

~~Reputation Reg. No. 1.~~

4° Bor.

Amtsblatt

103 σ
(1862

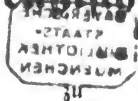
Königliches Bergrevier
Oestlich-Malle.

Linn. C. P. 88 Nr. 43.

Amts-Blatt

Der

Königlich Preussischen Regierung



Merseburg.



1862.

Merseburg.

Druck von Carl Zurf.



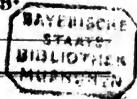
— 1 —

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 1.

Ausgegeben zu Merseburg am 4. Januar 1862.



Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(1) Die fünfte Verlosung der Staatsanleihe vom Jahre 1856 betr.

In der heute öffentlich bewirkten fünften Verlosung von Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1856 sind folgende Nummern gezogen worden:

Lit. A. Nr. 626. bis 630. 3106, bis 3110. 5432. bis 5436.	25 Stüd à 1000 Thlr. = 25000 Thlr.
5507. bis 5511. 5902. bis 5906.	
Lit. B. Nr. 1969. bis 1978. 2119. bis 2128. 3343. bis 3352. 9211. bis 9220.	40 " à 500 " = 20000 "
Lit. C. Nr. 480. bis 504. 9848. bis 9872. 14694. bis 14718.	75 " à 200 " = 15000 "
Lit. D. Nr. 4101. bis 4150. 11819. bis 11821.	53 " à 100 " = 5300 "

zusammen 193 Stüd über 65300 Thlr.

Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die Capitalbeträge vom 1. Juli l. J. ab in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr entweder bei der Staatsschulden-Zilgungskasse in Berlin, Oranienstraße Nr. 94., oder bei der nächsten Regiergungs-Hauptkasse gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen mit den dazu gehörigen, erst nach dem 1. Juli l. J. fälligen Zinscoupons Ser. II. Nr. 6. bis 8. und Talons baar in Empfang zu nehmen.

Um etwaigen Wünschen der Inhaber dieser Schuldverschreibungen zu genügen, sollen letztere schon vom 2. l. M. ab bei den vorgedachten Kassen eingelöst werden.

In diesem Falle werden die vom 1. Januar l. J. ab laufenden Zinsen zu 4½ Prozent bis zum 15. beziehungsweise bis zum Schlusse desjenigen Monats, in welchem die Schuldverschreibungen bei den gedachten Kassen eingereicht werden, gegen Ablieferung der Zinscoupons Ser. II. Nr. 5. bis 8. und Talons baar vergütet. Wird eine Schuldverschreibung erst in dem Zeitraum vom 16. Juni bis 1. Juli l. J. präsentirt, so ist der an letzterem Tage fällige Zinscoupon Ser. II. Nr. 5. davon zu trennen und für sich allein in gewöhnlicher Art zu realisiren.

Der Geldbetrag der etwa fehlenden, unentgeltlich mit abzuliefernden Zinscoupons wird von dem zu zahlenden Capitale in Abzug gebracht.

Die zu den Quittungen erforderlichen Formulare werden von den gedachten Kassen unentgeltlich verabreicht. Letztere können sich aber in einen Schriftwechsel über die Zahlungsleistung nicht einlassen und werden dergleichen Eingaben unberücksichtigt und portopflichtig den Bittstellern zurücksenden.

Die hier aufgeführten, in der 2. und 3. Verlosung gezogenen Schuldverschreibungen, nämlich

in der 2. Verlosung:
Lit. A. à 1000 Thlr. Nr. 1953. bis 1955.;

in der 3. Verlosung:
Lit. A. à 1000 Thlr. Nr. 912. 3381. bis 3384. 4278. 6946. 6947.,

Lit. B. à 500 Thlr. Nr. 424. 427. 429. 431. bis 433. 460. bis 464. 4166. bis 4169. 4171. bis 4175. 7686. bis 7695.,

Lit. C. à 200 Thlr. Nr. 5883. 5885. bis 5887. 5892. bis 5899. 5900. bis 5903. 8199. 8200. 8201. 8205. 8206. 8208. 8210. 8217. bis 8222.,

Lit. D. à 100 Thlr. Nr. 202. 203. 205. 207. 217. 225. 226. 239. bis 250. 3601. 3602. 3604. 3607. 3612. 3613. 3615. 3617. bis 3619. 3622. 3623.

sind bisher zur Einlösung nicht gelangt. Es werden daher die Besitzer derselben zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes, an die baldige Abgebung der Capitalbeträge nochmals hierdurch erinnert.

Berlin, den 28. December 1861.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(2) Die Umwechsehung der inländischen Scheidemünze gegen Courant betr.

Mit Bejugnahme auf die von uns unterm 15. Juli 1858 erlassene Bekanntmachung (abgedruckt im 30. Stüde des Amtsblatts pro 1858 Seite 227. Nr. 570.) bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die hiesige Regieruugs-Hauptkassc und sämtliche Kreisassen des hiesigen Regierungsbereichs in Folge eines auf die Allerhöchste Verordnung vom 15. Februar v. J. (Gesetz-Sammlung pro 1858 Seite 42.) geständigen Circular-Erlasses des Herrn Finanz-Ministers vom 7. d. M. veranlaßt worden sind, bis auf Weiteres den Umtausch der inländischen Scheidemünze in grobe Silbermünze zu bewirken, sofern nur die zur Umwechsehung angebotene Summe bei der Silberscheidemünze den Betrag von Fünf Thalern und bei der Kupferscheidemünze den Betrag von Zwei Thalern erreicht.

Merseburg, den 19. December 1859.

Rönigliche Regierung.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(3) Ausgeloste Obligationen des Wittenberger Deichverbandes pro term. 1. Juli 1862.

In Gemöftheit der durch die Allerhöchsten Cabinets-Ordres vom 21. August 1852 und vom 23. Juni 1854 dem Wittenberger Deichverbande verliehenen Privilegien zur Ausgabe von Deichobligationen im Gesamtbetrage von 180,000 Thlr. hat durch die dazu gewählte Commission des Deichamtes die Auslosung der auf das Jahr 1862 zu kündigenden und zu amortisirenden Deichobligationen im Betrage von 2200 Thlr. stattgefunden.

Nachstehende Nummern der Deichobligationen sind bei dieser Auslosung gezogen worden:

- I. Abtheilung: Litt. A. Nr. 67. 124. à 500 Thlr.,
 B. Nr. 107. 199. à 100 Thlr.,
 C. Nr. 23. 91. 149. 167. 176. à 25 Thlr.;
- II. Abtheilung: Litt. D. Nr. 158. à 500 Thlr.,
 E. Nr. 234. 271. 498. à 100 Thlr.,
 F. Nr. 357. 490. 539. à 25 Thlr.

Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe und gleichzeitig die gedachten Obligationen auf Grund des §. 2. der Allerhöchst verliehenen Privilegien hiermit kündige, fordere ich die Inhaber derselben auf, die ausgelosten Deichobligationen am 1. Juli 1862 der Kasse des Wittenberger Deichverbandes zu Preßschneß Coupons zu präsentiren, worauf deren Einlösung erfolgen wird.

In Bezug auf die Präklusivbestimmungen, wonach ausgeloste oder gekündigte Deichobligationen, deren Betrag in dem festgesetzten Termine nicht erhoben wird, innerhalb der nächsten 10 Jahre auch in spätern Terminen zur Einlösung präsentirt werden können, dann aber keine Zinsen mehr tragen und nach Verfluß von 10 Jahren nach ihrer Fälligkeit ihren Werth ganz verlieren, beziehe ich mich auf §. 5. der Allerhöchsten Privilegien, welcher jeder Obligation beige druckt ist.

Wittenberg, den 21. December 1861.

Der Deichhauptmann, Landrath v. Jagow.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Röniglichen Regierung.
 Gedruckt bei Carl Jursk in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
 Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

— 3 —

A m t s - B l a t t

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 2.

Ausgegeben zu Merseburg am 11. Januar 1862.

(4) Das 41. Stück der Gesetz-Sammlung de 1861, ausgegeben am 28. December 1861, enthält unter:

- Nr. 5467. Allerhöchster Erlaß vom 28. October 1861, betreffend die Anwendung der durch den Allerhöchsten Erlaß vom 16. Februar 1857 bezüglich des Baues und der Unterhaltung der Chaussee vom Golmberge nach der Stadt Ulfedom und weiter bis zum Reenestrom dem Ulfedom-Wolliner Kreise bewilligten Rechte auf die im Anschluß an diese Straße ausgeführte Chaussee vom Jährhause am linken Swine-Ufer durch die Stadt Swinemünde bis zum Golmberge.
- Nr. 5468. Allerhöchster Erlaß vom 18. November 1861, betreffend die Ermäßigung der Hafenaufgaben von den auf der Stolpmünder Rheide bleibenden Schiffen.
- Nr. 5469. Verordnung, betreffend die Revision des Deichwesens in der Priegnitz. Vom 4. December 1861.
- Nr. 5470. Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung, betreffend die Uebereinkunft zwischen Preußen und dem Großherzogthum Hessen wegen Verhütung der Forst-, wie der Feld-, Jagd-, Fischerei- und der an Wäldern- und sonstigen Baumpflanzungen, an Staatsstraßen, Eisenbahnen und Vicinalwegen und an Wasserbau-Anlagen vorkommenden Frevell und Polizei-Uebertretungen, welche in den gegenseitigen Staatsgebieten begangen werden. Vom 7. December 1861.
- Nr. 5471. Bekanntmachung, betreffend die Abänderungen des unter dem 8. April 1846 bestätigten Statuts der Cölnischen Rückversicherungsgesellschaft. Vom 11. December 1861.

Das 42. Stück de 1861, ausgegeben am 31. December 1861:

- Nr. 5472. Verordnung wegen Einberufung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie. Vom 21. December 1861.
- Nr. 5473. Allerhöchster Erlaß vom 18. November 1861, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte und des Rechts zur Chausseegeld-Erhebung an die Bürgermeistereien Witten rechts der Sieg und Friesenhagen im Kreise Akenkirchen, Regierungsbezirk Coblenz, Morabach und Edenbagen im Kreise Walddroel, Regierungsbezirk Köln, zu dem Bau einer Gemeinde-Chaussee von Witten an der Winden-Coblenzer Staatsstraße durch das Witterthal über Morabach, Steeg und Grottorf nach der Derschlag-Mühlmühle Bezirksstraße bei Wildbergerhütte.
- Nr. 5474. Allerhöchster Erlaß vom 18. November 1861, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausseen a) von Witten nach Hausberge, b) von Hausberge über Eisbergen bis an die Kurfürstlich Hessische Grenze in der Richtung auf Kinteln, c) von Hausberge über Holzhausen nach der Blotho-Rehmer Staatsstraße bei Babbenhausen, d) von Hartum über Süßhemmern und Hille bis zur Grenze des Kreises Lütbedde in der Richtung auf Frothelm.
- Nr. 5475. Statut des Dypmurscher Deichverbandes. Vom 4. December 1861.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(5) Die Zusammenberufung der beiden Häuser des Landtages der Monarchie betr.

Unter Bezugnahme auf die in Nr. 42. der Gesetz-Sammlung publicirte Allerhöchste Verordnung vom 21. v. M., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 14. Januar d. J. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungs-Sitzung in dem Bureau des Herrenhauses (Leipziger Straße Nr. 3.) und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten (Leipziger Straße Nr. 55.) am 12. und 13. Januar in den Stunden von 8 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends und am 14. Januar in den Morgenstunden offen liegen wird. In diesen

Büreaux werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungs-Sitzung ausgegeben, wie auch jede sonst etwa erforderliche Mittheilung in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 1. Januar 1862.

Der Minister des Innern.
Graf von Schwerin.

(6) Die Ausgabe neuer Kassenanweisungen vom Jahre 1861 betr.

Von den nach §. 2. des Gesetzes vom 7. Mai 1856 (Gesetz-Sammlung für 1856 Seite 334.) und nach unserer Bekanntmachung vom 1. December 1857 ausgegebenen Kassenanweisungen zu 1 Thlr. vom 15. December 1856 ist bereits eine so große Anzahl durch erlittene Beschädigungen zum ferneren Umlaufe untauglich geworden und gegen unbeschädigte Stücke eingetauscht, daß die zu diesem Behufe ursprünglich gefertigten Ersatzstücke sämmtlich verwendet sind und neue Ersatzstücke hergestellt werden mußten. Dies ist unterm 13. Februar d. J. geschehen und es sind dabei einige dringend nöthige Abweichungen von dem Muster der Kassenanweisungen vom Jahre 1856 vorgenommen worden; namentlich sind die Serien- und die Folien-Zahl, die Littera und Nummer — welche außer der Namensunterschrift des ausfertigenden Beamten nach §. 5. des Gesetzes vom 19. Mai 1851 (Gesetz-Sammlung für 1851 Seite 336.) und §. 5. des Gesetzes vom 7. Mai 1856 (Gesetz-Sammlung für 1856 Seite 335.) vollständig sichtbar sein müssen, um dem Inhaber der Kassenanweisung den Anspruch auf Ersatzleistung zu wahren — statt auf Seiten-Einschnitten, wo sie der Beschädigung zu sehr ausgesetzt waren, in der Mitte neben dem königlichen Wapen angebracht.

Die neuen Kassenanweisungen vom 13. Februar 1861, von denen eine Beschreibung hier beigelegt ist, werden nur insoweit ausgetauscht und in Umlauf gesetzt werden, als es zum Umtausche beschädigter Kassenanweisungen vom Jahre 1856, beziehungsweise zum Erfasse für die fortan noch zur Einziehung gelangenden Kassenanweisungen vom Jahre 1851 erforderlich ist, dergestalt, daß an Kassenanweisungen zu 1 Thlr. vom 2. November 1851, 15. December 1856 und 13. Februar 1861 zusammen genommen niemals mehr als der gesetzlich festgestellte Betrag von 7,842,347 Thlr. gleichzeitig im Umlaufe sich befinden wird.

In Bezug auf die Kassenanweisungen zu 5 Thlr. ist eine Aenderung nicht eingetreten.

Berlin, den 10. December 1861.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(7) Die bei den Ablösungen zur Anwendung kommenden Durchschnitts-Marktpreise aus den letzten 24 Jahren betr.

Mit Bezug auf die Publicanda vom 23. Juni 1850 (in der außerordentlichen Beilage zum 29. Stücke des Amtsblattes für den Regierungsbezirk Merseburg) und vom 14. August desselben Jahres (in der außerordentlichen Beilage zum 37. Stücke desselben Amtsblattes) machen wir hierdurch bekannt, daß die Martini-Durchschnitts-Marktpreise im Jahre 1861 betragen haben:

Für den Saalefl.											
Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.	tbl.	fg.	pf.
3	7	6	2	10	4	1	19	8	—	29	2
2	9	—	2	11	—	1	19	—	1	—	—
3	9	—	2	9	—	1	18	11	1	1	2
3	4	1	2	6	6	1	14	5	1	—	8
3	5	3	2	3	8	1	18	2	—	28	4
3	4	8	2	3	9	1	20	—	1	—	—
3	8	4	2	8	6	1	17	10	—	26	—
3	6	1	2	6	4	1	17	—	—	26	4
3	5	6	2	10	4	1	17	11	—	25	4
3	9	7	2	12	1	1	20	2	—	26	1
3	10	7	2	12	7	1	19	10	1	4	1

Der Durchschnitts-Marktpreis in der Stadt Halle beträgt für die Monate April und November d. J. (zusammengerechnet) 6 7 2 4 9 6 3 4 6 1 29 11 und der Durchschnitts-Marktpreis in der Stadt Merseburg für den Monat November d. J. 3 8 2 2 9 — 1 17 5 — 27 —

Unter Zugrundelegung dieser und der unserer Bekanntmachung vom 22. December 1852 beigefügten Preise aus den Jahren 1833 bis 1852 incl. sowie der in den vorigen Jahren durch uns bekannt gemachten Preise pro Martini 1853, 1854, 1855, 1856, 1857, 1858, 1859 und 1860 ergibt sich der bei den Ablösungen nach §. 19. sequ. des Ablösungsgesetzes vom 2. März 1850 zur Anwendung kommende Durchschnitts-Marktpreis aus den letzten 24 Jahren, nach Abzug der zwei theuersten und zwei wohltheuesten Jahre, für den Zeitraum von Martini 1861 bis 1862, wie folgt:

		für den Scheffel							
		Weizen.		Voggen.		Gerste.		Hafer.	
		tbl. fg.	pf.	tbl. fg.	pf.	tbl. fg.	pf.	tbl. fg.	pf.
A. in den 4 Elbkreisen Liebenwerda, Schweinitz, Torgau und Wittenberg:									
a)	für die Kreise Liebenwerda und Torgau der Marktpreis der Stadt Torgau	2 16	4	1 28	4	1 15	3	—	29 9
b)	für den Kreis Wittenberg der Marktpreis der Stadt Wittenberg	2 17	5	1 26	9	1 16	6	—	29 11
c)	für den Kreis Schweinitz und zwar:								
a)	für denjenigen Theil, welcher, wenn man der Jüterbogker Straße über Dohna nach Jessen bis zur Elster und der Letzteren flromabwärts bis zur Kreisgrenze folgt, westlich dieser Linie liegt, einschließlich der Ortschaften Dohna und Jessen und des auf dem linken Elbufer belegenen Dorfes Grabo, der Marktpreis des Stadt Wittenberg (wie vorstehend)	2 17	5	1 26	9	1 16	6	—	29 11
ß)	für den übrigen Theil des Kreises der Marktpreis der Stadt Torgau (wie vorstehend)	2 16	4	1 28	4	1 15	3	—	29 9
B. in den Kreisen Bitterfeld und Delitzsch:									
a)	für den Kreis Bitterfeld und zwar:								
a)	für den Theil rechts der Mulde der Marktpreis der Stadt Wittenberg (wie oben angegeben)	2 17	5	1 26	9	1 16	6	—	29 11
ß)	für den Theil links der Mulde der Marktpreis der Stadt Halle (conf. ad Ca.)	2 18	4	1 29	—	1 13	8	—	28 4
b)	für den Kreis Delitzsch und zwar:								
a)	für den Theil rechts der Mulde der Marktpreis der Stadt Torgau (wie oben)	2 16	4	1 28	4	1 15	3	—	29 9
ß)	für den Theil links der Mulde der Marktpreis der Stadt Halle (wie vorstehend)	2 18	4	1 29	—	1 13	8	—	28 4
C. im Stadtkreis Halle, im Saal- und Mansfelder Seekreise:									
a)	für den Stadtkreis Halle der Marktpreis der Stadt Halle (wie vorstehend)	2 18	4	1 29	—	1 13	8	—	28 4
b)	für den Saal- und Mansfelder Seekreis der Durchschnitt des Halle'schen Marktpreises in den Monaten April und November	2 13	6	1 26	3	1 11	7	—	28 8
D. im Kreise Sangerhausen und im Mansfelder Gebirgskreise:									
der sich aus den Durchschnitts-Marktpreisen der Städte Sangerhausen, Eisleben, Hettstedt, Halle, Nordhausen und Quedlinburg ergebende Durchschnitt									
		2 15	2	1 28	7	1 12	7	—	28 —
E. in den Kreisen Querfurt, Eudarsberga und Naumburg und zwar:									
a)	für den Kreis Naumburg der Marktpreis der Stadt Naumburg	2 18	6	1 29	11	1 12	4	—	24 9
b)	für den Kreis Eudarsberga und zwar:								
a)	für die Ortschaften Lössa, Bilsroda, Rothenberga, Bernsdorf, Allersdorf, Bildra, Vorgau, Braunsroda, Burgbecker, Burgholzhausen, Marienthal, Bursersroda, Kahlwinkel, Grabwinkel, Dietrichsrode, Eudarsberga mit Mallendorf, Frankroda, Göß-								

Für den Scheffel											
Weizen.			Roggen.			Gerste.			Hafer.		
tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.	tbl. sa. pf.
nis, Herrngossersiedt, Hohenndorf, Kalbitz, Kloster-Gähler, Girschroda, Willingsdorf, Niederholzhausen, Pleishnar, Saubach, Schimmel, Seena, Steinbach, Steinburg, Taufardt, Thüsdorf, Tromsdorf, Walrode und Wischerode, der Marktpreis der Stadt Naumburg (wie vorstehend)											
2	18	6	1	29	11	1	12	4	—	24	9
h) für die übrigen Ortshafien der Marktpreis der Stadt Nordhausen											
2	15	9	1	29	2	1	14	6	—	25	10
e) für den Kreis Querfurt und zwar:											
a) für die Ortshafien Cila, Gese, Martrählig, Dobichau, Rodelitz, Reuchfeld, Freyburg, Schleberode, Größt, Almsdorf, Leiba, Rethstedt, Rostbach, Lunsiedt, Rahlendorf, Branderode, Eberode, Münchrode, Gleina, Dorndorf, Laucha, Balgstiedt, Gröbmitz, Stedten, Groß-Wilsdorf, Klein-Wilsdorf, Ranfendorf, Rühmitz, Plöbnitz, Kirchscheldungen, Burgscheldungen, Thalwinkel, Trebsdorf, Golzen, Steigra, Albersrode, Jüdenrode, Schnellrode, Carsdorf und Reinsdorf, der Marktpreis der Stadt Naumburg (wie oben)											
2	18	6	1	29	11	1	12	4	—	24	9
b) für die Ortshafien Rothenschirmbach, Groß- und Klein-Osternhausen, Sittichenbach, Schönewerda, Schmainsdorf, Rottendorf, Röggen, Wendelsheim und Altenrode, der Marktpreis der Stadt Nordhausen (wie vorstehend)											
2	15	9	1	29	2	1	14	6	—	25	10
γ) für alle übrige Orte des Kreises der Marktpreis der Stadt Halle (wie oben)											
2	18	4	1	29	—	1	13	8	—	28	4
F. in den Kreisen Merseburg, Weissenfels und Zeitz und zwar:											
a) für den Kreis Merseburg der Marktpreis der Stadt Merseburg im Monat November											
2	17	6	2	—	3	1	12	3	—	27	—
b) für den Kreis Weissenfels und zwar:											
a) für den ersten Bezirk, welcher durch eine Linie über die Ortshafien Trebnitz an der Elster, Petewitz, Weissenborn, Romsdorf, Thierbach, Meinerzh, Bonar, Zschellau, Lagantz, Deuben, Wildschütz, Röditz, Röttichau, Steingrimma, Dobergast und Werben nach dem Zeitzer Kreise zu begrenzt wird, einschließlich der genannten Ortshafien, der Marktpreis der Stadt Zeitz											
2	19	8	2	2	1	1	13	11	—	27	10
h) für den zweiten Bezirk, welcher durch eine über die ad a. zuerst genannten 8 Ortshafien, also von Trebnitz an der Elster bis Zschellau und von da über Gröfßuln und Gröbütz gezogene Linie nach dem Naumburger Kreise zu abgegrenzt wird, einschließlich der beiden letzteren und ausschließlich der 8 ersteren Ortshafien, der Marktpreis der Stadt Naumburg (wie oben)											
2	18	6	1	29	11	1	12	4	—	24	9
γ) für den dritten Bezirk, welcher aus dem Rest des Kreises besteht, der Marktpreis der Stadt Weissenfels											
2	18	7	2	1	8	1	13	4	—	25	7
e) für den Kreis Zeitz, der Marktpreis der Stadt Zeitz (wie vorstehend)											
2	19	8	2	2	1	1	13	11	—	27	10

Es versteht sich übrigens von selbst, daß die vorstehenden Durchschnittspreise nur mit den in unseren Bekanntmachungen vom 23. Juni 1850 und vom 6. März 1851 festgesetzten Ermäßigungen und resp. Erhöhungen zur Anwendung kommen.

Merseburg, den 21. December 1861.

Königliche General-Commission.

(8) Niederlegung einer Agentur und Aufgebot der Caution.

Der Kaufmann Adalbert Kothé in Leipzig hat die Agentur für das Handlungshaus F. J. Wichelhausen und Comp. in Bremen zur Beförderung von Auswanderern niedergelegt und gebeten, seine bei der Agentur-Übernahme gestellte Caution von 300 Thlr. zurückzugeben.

In Gemäßheit des §. 14. des Reglements vom 6. September 1853 (Ministerialblatt für die innere Verwaltung de 1853 S. 201.) bringen wir dies hierdurch mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntniß, etwaige Ansprüche an die fragliche Caution, welche der Staats-Regierung und den Auswanderern für alle Nachteile und Auslagen haftet, die aus einer Ueberschreitung der dem Cautionssteller von seinem Vollmachtgeber erteilten Vollmacht oder aus einer Nichtbefolgung der für seinen bisherigen Geschäftsbetrieb bestehenden gesetzlichen oder polizeilichen Vorschriften erwachsen, binnen einer Frist von 8 wölk Monaten bei uns anzumelden. Werden innerhalb dieser Frist dergleichen Ansprüche nicht angemeldet, so wird die Rückgabe der Caution verfügt werden.

Merseburg, den 31. December 1861.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(9) Die Arzneitaxe pro 1862.

Der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat für das Jahr 1862 eine neue Arzneitaxe ausarbeiten lassen, welche in allen inländischen Buchhandlungen zu dem Preise von 10 Sgr. zu beziehen ist.

Merseburg, den 3. Januar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(10) Das von dem Oberhofprediger Dr. Grünelsen und dem Geheimen Obertribunalsrath a. D. Dr. Schnaase in Verbindung mit dem Director Schnorr von Carolsfeld herausgegebene „Christliche Kunstblatt“ betr.

Das von dem Oberhofprediger Dr. v. Grünelsen und dem Geheimen Obertribunalsrath a. D. Dr. Schnaase in Verbindung mit dem Director Schnorr von Carolsfeld herausgegebene, bei Ebner und Seubert in Stuttgart erscheinende „Christliche Kunstblatt“, welches sich sowohl nach seiner Tendenz, als nach der Ausführung für die Herren Geistlichen, insbesondere für deren Lese-Vereine eignet, wird auf Veranlassung des Herrn Ministers der geistlichen u. Angelegenheiten von uns hiermit empfohlen.

Merseburg, den 3. Januar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

(11) Den Verkauf von Viehsalz in Liebenwerda und in Kösen betr.

Zum 1. Januar 1862 treten, wie ich in Ergänzung meiner Amtsblatts-Bekanntmachung vom 11. d. M. zu 3. und 4. hierdurch bekannt mache, auch in Kösen und in Liebenwerda Verkaufsstellen für Viehsalz und am letzteren Orte auch für Viehsalzdecksteine ins Leben.

Magdeburg, den 27. December 1861.

Der Geheimen Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuerdirector. v. Jordan.

Bekanntmachungen anderer Behörden.**(12) Die Anmeldung und Prüfung der Freiwilligen zum einjährigen Militärdienst betr.**

Die unterzeichnete Königliche Commission macht unter Hinweisung auf die §§. 126—165. der Militär-Erlass-Instruction vom 9. December 1858, über die Erwerbung der Berechtigung zum einjährigen Militärdienst, Nachstehendes bekannt:

I. Die Anmeldung zum einjährigen Dienst darf frühestens im Laufe desjenigen Monats erfolgen, in welchem das 17. Lebensjahr vollendet wird und muß spätestens bis zum 1. Februar desjenigen Kalenderjahres stattfinden, in dem das 20. Lebensjahr vollendet wird. Der Nachweis der Berechtigung muß bis zum 1. April des letztgedachten Jahres geführt sein.

Wer diese Termine verläßt, verliert den Anspruch auf die Vergünstigung zum einjährigen Dienst und kann solche nur ausnahmsweise, bevor er an der Loosung zum dreijährigen Dienst Theil zu nehmen verpflichtet war, oder wenn er vermöge seiner Loosnummer disponibel blieb, vor der zweiten Aushebung auf den an die zuständige Kreis-Erlass-Commission zu richtenden Antrag, von den oberen Provinzial-Beörden wieder verliehen erhalten.

II. Die Anmeldungen müssen schriftlich angebracht und mit nachverzeichneten Attesten, als:

- 1) dem Geburtscheine,
- 2) der Einwilligung des Vaters oder Vormundes,
- 3) einem amtlichen Atteste über die jetzige Führung,

- 4) einem Zeugnisse über die in einer öffentlichen Lehranstalt oder durch Privatunterricht erlangte allgemeine Bildung,
 - 5) einer mit dem Signalement des betreffenden Jünglings versehenen Bescheinigung des competenten Landrathsamtes darüber, daß derselbe entweder Preussischer Unterthan, oder ein Staatsangehöriger der beiden Großherzogthümer Mecklenburg oder der Herzogthümer Anhalt sei und die Absicht, einjährig freiwillig dienen zu wollen, angezeigt habe, und
 - 6) einem Atteste eines Militair-Oberarztes, eines Kreisphysikus oder des Hausarztes über den Gesundheitszustand,
- unter der Adresse des Regierungs- und Militair-Departementsraths v. Breitenbach portofrei und spätestens bis zum

1. Februar resp. 20. August lat.

eingereicht werden.

III. Alle diejenigen, welche ihre wissenschaftliche Befähigung zum einjährigen Dienst durch Zeugnisse,

b. h. entweder durch

- a) ein von einem Preussischen Gymnasium ertheiltes Zeugniß der Reife für die Universität, oder
 - b) ein Zeugniß eines Preussischen Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung, daß der Inhaber entweder mindestens ein halbes Jahr in der Secunda an allen Gegenständen des Unterrichts Theil genommen, oder in der Prima der mit dem Gymnasium etwa verbundenen Realklassen gewesen sei, oder
 - c) ein Zeugniß des Königl. Cadettenhauses zu Berlin über mindestens halbjährlichen Aufenthalt in demselben, oder
 - d) ein Zeugniß eines zu Entlassungs-Prüfungen berechtigten Seminars, daß der Inhaber zum Elementar-Schulamt reif sei, oder
 - e) ein Zeugniß eines Königl. Theaters, daß der Inhaber zu Kunstleistungen bei demselben angestellt sei, oder
 - f) ein Zeugniß einer zu Entlassungen berechtigten höheren Bürger- oder Realschule zweiter Ordnung, daß der Inhaber mindestens ein halbes Jahr in der Prima gewesen habe oder das Abgangszeugniß einer solchen der Prima ermailigenden Lehranstalt, oder
 - g) ein gleiches Zeugniß eines Progymnasiums, oder
 - h) ein Zeugniß der Gärtner-Lehranstalt zu Potsdam über bestandene Prüfung als Grtenkünstler, oder
 - i) ein Zeugniß der Direction des Königl. Gewerbe-Instituts zu Berlin darüber, daß der Inhaber daselbst schon aufgenommen, oder zur Aufnahme zu einem bestimmt bezeichneten Termin auf Grund des Zeugnisses der Reife von einer Provinzial-Gewerbeschule notirt sei, oder
 - k) ein Zeugniß der betreffenden Lehranstalt, daß der Inhaber dieselbe vor dem 1. Mai 1859 verlassen habe und entweder Tertiarier eines Gymnasiums gewesen sei und an allen Lehrgegenständen der 3. Klasse Theil genommen habe, oder von einer höheren Bürger- oder Realschule aus der 2. Klasse mit dem Zeugniß der Reife für Prima entlassen worden sei,
- nachweisen und die sub II. bezeichneten Atteste beibringen, sind von der persönlichen Vorstellung vor uns entbunden.

IV. Wer den ad III. gedachten Nachweis nicht zu führen vermag, hat sich der vorgeschriebenen wissenschaftlichen Prüfung zu unterwerfen.

V. Zu Prüfungsterminen, die, wie gewöhnlich, im Sessionssaale der Abtheilung des Innern hiesiger Königl. Regierung stattfinden und früh um 8 Uhr ihren Anfang nehmen, werden hiermit für das nächste Jahr
der 26. März und der 8. September

festgesetzt. Merseburg, den 3. December 1861.

Königliche Departements-Prüfungs-Commission der Freiwilligen zum einjährigen Militrtdienst.

Hypothekensachen.

(12) Die Hypothekentabellen über nachfolgende, im Dorfe und der Flur von Starfiedel belegenen Grundstücke, nämlich:

A. der Pfarre zu Starfiedel gehörig, als: das Pfarrhaus sammt Zubehör und folgende dabei befindliche, in Starfiedeler Flur belegene Pertinenzien: a) 1 Ader 42 Muthen Feldes Nr. 26. des Flurbuchs, b) 4 1/2 Ader 35 Muthen Feldes Nr. 34. des Flurbuchs, c) 1 Ader 65 Muthen Feldes Nr. 615 a. b. des Flurbuchs, d) 1 Ader 29 Muthen Feldes Nr. 620. des Flurbuchs, e) 2 Ader 30 Muthen Feldes Nr. 605. des Flurbuchs, f) 1 Ader 28 Muthen Feldes Nr. 552. des Flurbuchs, g) 1 Ader 20 Muthen Feldes Nr. 503. des Flurbuchs, h) 2 Ader 24 Muthen Feldes Nr. 38. des Flurbuchs, i) 2 1/2 Ader

5 Aekuthen Feldes Nr. 102. 112. des Hurbuchs, k) 2) Ader 15 Aekuthen Feldes Nr. 222 a. des Hurbuchs, l) 1 Ader 20 Aekuthen Feldes Nr. 189. des Hurbuchs, m) 1 Ader 41 Aekuthen Feldes Nr. 222 b. des Hurbuchs, n) 1 Ader 23 Aekuthen Feldes Nr. 357. des Hurbuchs, o) 1 Ader 1 Aekuthen Feldes Nr. 318. des Hurbuchs, p) 3) Ader 30 Aekuthen Feldes Nr. 468. des Hurbuchs, q) 1) Ader 28 Aekuthen Feldes Nr. 432. des Hurbuchs, r) 2 Ader 3 Aekuthen Feldes Nr. 398. des Hurbuchs; B. der Schule zu Starkebel gehörrig, als: das Schulhaus mit folgenden dabei befindlichen, in Starkebeler Hurb gelegenen Pertinenzen: a) 1 Ader Feldes Nr. 607. des Hurbuchs, b) 1 Ader Feldes Nr. 249. des Hurbuchs, c) 1 Ader Feldes Nr. 452. des Hurbuchs,

sind fertig und können während zweier Monate, vom achten Tage des Erscheirens gegenwärtiger Bekanntmachung ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig. Lützen, den 21. October 1861.

(14) Die im 23. Stüde des diesjährigen Amtsblatts bekannt gemachte Hypothekenabelle über das zu Dragsdorf belegene, aus Nr. 15. katastrirte Schenkut nebst Zubehör des Johann Friedrich Louis König ist in das Hypothekenbuch übertragen worden und wird daher von nun an der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesem Grundstücke lediglich nach den Vorschriften des allgemeinen Landrechts, der allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden.

Reiz, den 30. October 1861.

(15) Die Tabelle über das in Marzahn belegene Wohnhaus mit eingebauter Schmiede nebst Hofraum und kleinen Garten, welches der Schmiedemeister Gottlieb Rüdert von der Häfnerchaft in Marzahn laut Kaufcontracts vom 27. März a. e. erkaufte hat, ist fertig und kann in unserm I. Bureau vom 11. Januar bis 11. März 1862 eingesehen werden. Spätere Einwendungen sind unzulässig.

Wittenberg, den 7. November 1861.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Königliches Kreisgericht. II. Abtheilung.

Patente für Kunstfindungen betr.

(16) Dem Chemiker Justus **Fuchs** zu Zerpyer Fabrik bei Posen ist unter dem 24. December 1861 ein Patent auf ein Verfahren, Blutausguss darzustellen, so weit dasselbe als neu und eigenthümlich erachtet worden, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(17) Dem Ingenieur Oscar **Haven** zu Hannover ist unter dem 24. December 1861 ein Patent auf eine in Beschreibung und Zeichnung dargelegte, für neu und eigenthümlich erkannte Maschine zur Fabrication von Cigarren, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(18) Den Fabrikanten J. M. **Ottensheimer**, Albert **Ottensheimer** und Adolph **Ottensheimer** in Stuttgart ist unter dem 24. December 1861 ein Einführungs-Patent auf eine für neu und eigenthümlich erkannte Ausführung des Zeugbaumes für Webestühle zur Korsetweberei, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

Personal-Chronik.

(19) Durch die freiwillige Emeritirung des Pfarrers **Reilhold** zu Pödelitz, in der Epchorie Freyburg, wird das Pfarramt dieses Orts, welches unter Privat-Patronat steht, mit Ende 1861 zur Erledigung kommen.

(20) Die unter Privat-Patronate stehende Pfarrstelle zu St. Marien in Stendal ist in Folge des Ablebens ihres bisherigen Inhabers erledigt worden.

(21) Der Pfarrer und Superintendent **Fulda** in Viere ist zum Superintendenten der Diöces Agendorf ernannt worden.

(22) Die unter Privat-Patronat stehende Archidiaconatsstelle zu St. Marien in Salzweel ist durch den Tod ihres bisherigen Inhabers erledigt worden.

(23) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Spröda mit Pösdorf und Laue, in der Diöces Delitzsch, ist dem bisherigen Pfarrer in Hinternabe, Diöces Schleusingen, Johann Christoph **Walz**, verliehen worden. Ueber die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Hinternabe ist bereits disponirt.

(24) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Ruchowitz, in der Diöces Lützen, ist der bisherige Adjunctus ministerii am Dom zu Merseburg, Wilhelm Hermann **Stephan**, berufen und beschäftigt worden. Ueber die dadurch vacant werdende Dom-Adjunctenstelle zu Merseburg ist bereits disponirt.

(25) Der Pfarrer **Freygang** in Roszbach, in der Diöces Freiburg a. d. U., ist am 1. Januar d. J. in den Ruhestand getreten. Die dadurch vacant werdende Pfarrstelle steht unter Königl. Patronate.

(26) Die unter dem Patronate Sr. Hoheit des Herzogs von Coburg-Gotha stehende Pfarrstelle zu Rottleben, in der Diöces Erfurt, ist durch den Tod ihres bisherigen Inhabers vacant geworden.

(27) Durch das Ableben des Kirchners **Günter** ist die unter Privat-Patronat stehende Kirchner-stelle an St. Michael in Zeitz vacant geworden.

(28) Der bisherige Kammergerichts-Auskultator **v. Hündelben** ist zum Referendarius bei der kaiserlichen Königl. Regierung ernannt worden.

(29) Der Kammerei-Rendant und Oekonom **Wehle** zu Lauchstädt ist zum Kreisagator in land-wirtschaftlichen Angelegenheiten für den Merseburger Kreis angenommen und als solcher verpflichtet worden.

(30) Der bisherige Schiedsmann für die Stadt Artern, Stadtsecretair **Hoffmann**, und dessen Stellvertreter, Armenkassen-Rendant **Gerger**, sind für die nächsten drei Jahre in vorgedachter Eigenschaft wieder gewählt und verpflichtet worden.

(31) Der Intendantur-Secretariats-Applikant **Koschöbler** ist zum Intendantur-Secretariats-Assistenten ernannt worden.

(32) Ausgeschieden: der Chausseegeldverheber **Evers** in Euzsch.

Versetzt: der Ober-Grenzcontrolleur **Gräßhof** von Emmerich als Ober-Steuercontrolleur nach Torgau, der Steueraufscher **Dieser** von Mucrena nach Neubesen, der Steueraufscher **Rufeld** von Neubesen nach Mucrena.

Neu angestellt: der pensionirte Steueraufscher **Otto** in Eisleben als Chausseegeldverheber in Ober-röblingen.

Hierzu eine Beilage, betr. die Beschreibung der Kassenanweisungen vom 13. Februar 1861.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Zurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 3.

Ausgegeben zu Merseburg am 18. Januar 1862.

- (33) Das 43. Stück der **Gesetz-Sammlung** de 1861, ausgegeben am 31. December 1861, enthält unter:
 Nr. 5476. Vertrag zwischen Preußen und dem Großherzogthum Luxemburg wegen Regelung der auf die Eisenbahn von Saarbrücken und Trier nach Luxemburg bezüglichen Verhältnisse. Vom 16. September 1861.
 Nr. 5477. Allerhöchster Erlaß vom 16. December 1861, betreffend die Erweiterung und Abänderung des Revidirten Reglements der Westphälischen Provinzial-Feuersocietät vom 26. September 1859.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

- (34) Die Festsetzung des Termins zur Beilegung der Concurrenz der Immobilien-Feuer-Versicherung für den Bereich der Provinzial-Städte-Feuer-Societät der Provinz Sachsen betr.

Nach dem Allerhöchsten Erlasse vom 2. Juli 1859 (Bef. Samml. 1859 S. 394.) sollen in Betreff der Versicherung von Immobilien die fortan zu concessionirenden oder zum Geschäftsbetriebe zuzulassenden Feuer-Versicherungs-Gesellschaften und die von diesen oder von den bereits concessionirten, beziehungsweise bereits zugelassenen Gesellschaften neu zu errichtenden Agenturen bis auf weitere Anordnung der Beschränkung unterliegen, daß sie nur solche Immobilien versichern dürfen, deren Aufnahme den betreffenden öffentlichen Societäten in ihren Reglements unterlagt oder von dem Ermessen derselben abhängig gemacht ist.

Nach dem ferneren Allerhöchsten Erlasse vom 18. September d. J. ist der Zeitpunkt, mit welchem diese Beschränkung der Privat-Feuer-Versicherungs-Gesellschaften und deren Agenturen fortfallen soll, für den Bezirk einer jeden öffentlichen Feuer-Societät von dem Minister des Innern besonders festzusetzen.

In Folge dessen bestimme ich nach Anhörung der Direction der Provinzial-Städte-Feuer-Societät der Provinz Sachsen, daß für den Bezirk dieser Societät die durch den Allerhöchsten Erlaß vom 2. Juli 1859 ausgesprochene Beschränkung des freien Betriebes der Gebäude-Versicherung mit dem 1. Januar 1863 in Fortfall kommt.

Diese Anordnung ist durch die Amtsblätter der Königl. Regierungen zu Magdeburg, Erfurt und Merseburg zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.

Berlin, den 28. December 1861.

Der Minister des Innern.

Graf von Schwerin.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

- (35) Die Direction der Provinzial-Hülfskasse von Sachsen betr.

In Gemäßheit des §. 29. des Statuts der Provinzial-Hülfskasse von Sachsen bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß für das Jahr 1862

der Herr Commerzienrath **Kricheldorf** hieselbst zum Vorsitzenden der Direction der Provinzial-Hülfskasse von Sachsen und

der Herr Regierungsrath **Dech** hieselbst zum Stellvertreter desselben wieder gewählt worden sind.

Magdeburg, den 7. Januar 1862.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen.

- (36) Die Uebertragung der Guts herrlichen allgemeinen Polizeiverwaltung in den Königl. Besitzbezirken auf die betreffenden Königl. Oberförstereibezirke betr.

Vom 1. I. M. ab haben wir den nachbenannten Königl. Oberförstereibezirkwaltern, als Stellvertreter, die Guts herrliche allgemeine Polizeiverwaltung übertragen, und zwar

- 1) dem Oberförster Pasche zu Eßnerwerda in der Oberförsterei Eßnerwerda,
- 2) dem Oberförster v. Hintz zu Liebenwerda in der Oberförsterei Liebenwerda,
- 3) dem Oberförstereiverwalter Möbes zu Rosenfeld in der Oberförsterei Willsdorf,
- 4) dem Oberförster Siegfried zu Hohenbudo in der Oberförsterei Hohenbudo,
- 5) dem Oberförster Sad zu Annaburg in der Oberförsterei Thiergarten,
- 6) dem Oberförster v. Vila daselbst in der Oberförsterei Annaburg,
- 7) dem Oberförster Benda zu Glücksburg in den beiden Oberförstereien Glücksburg und Seyda,
- 8) dem Oberförster Scheidemantel zu Tornau in der Oberförsterei Tornau,
- 9) dem Oberförster Reichenstein zu Söllschau in der Oberförsterei Söllschau,
- 10) dem Oberförster v. Wipleben zu Falkenberg in der Oberförsterei Falkenberg,
- 11) dem Oberförster Rint zu Doberschütz in der Oberförsterei Doberschütz,
- 12) dem Oberförster Pasow zu Eizenroda in der Oberförsterei Eizenroda,
- 13) dem Oberförster Stubenrauch zu Rothehaus in der Oberförsterei Rothehaus,
- 14) dem Oberförster Gallasch zu Jöckritz in der Oberförsterei Jöckritz,
- 15) dem Oberförster Rädert zu Schleuditz in der Oberförsterei Schleuditz,
- 16) dem Oberförster v. Münchhausen zu Zeitz in der Oberförsterei Cossera,
- 17) dem Oberförster v. Rauchhaupt zu Freyburg in der Oberförsterei Pödelitz,
- 18) dem Oberförster Mähz zu Helldringen in der Oberförsterei Helldringen,
- 19) dem Oberförster Goldmann zu Jiegelroda in der Oberförsterei Jiegelroda,
- 20) dem Oberförster Knorr zu Pölsfeld in der Oberförsterei Pölsfeld,
- 21) dem Oberförster Edert zu Annarode in der Oberförsterei Siebigerode,
- 22) dem Oberförster Reußel zu Bischofsrode in der Oberförsterei Bischofsrode,

was mit dem Bemerten bekannt gemacht wird, daß sich die Polizeiverwaltung der vorstehend genannten Königl. Oberförstereiverwalter auch auf diejenigen benohten und unbewohten fremden Grundstücke erstreckt, welche dem Bezirk der betreffenden Oberförstereien bei Ausführung des Gesetzes vom 14. April 1856, wegen der Landgemeinde-Versaffung in den 6 östlichen Provinzen, bereits einverleibt sind oder künftig noch zugeschlagen werden sollten.

Zu den Königl. Forsten gehörige Trennstücke und Forstdistrictetablissemens, welche dauernd andern selbstständigen Guts- oder Gemeindebezirken einverleibt sind, unterliegen auch ferner deren Polizeiverwaltung.

Merseburg, den 4. Januar 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

Den in vorstehender Bekanntmachung genannten Oberförstereiverwaltern sind auch die Functionen des Polizei-Anwaltes zur Verfolgung sämtlicher in ihrem Polizei-Verwaltungsbezirke vorkommenden Unverletzungen und derjenigen Vergehen, welche nach dem Gesetz vom 14. April 1856 (Ges. Samml. pag. 208.) der Cognition des Polizeirichters unterliegen, vom 1. Februar e. ab übertragen worden.

Merseburg, den 11. Januar 1862.

Der Reglerungs-Präsident. Rothe.

(37) Auction unbrauchbar gewordenen Rassenbücher zc.

Den 1. Februar e., Vormittags 11 Uhr, sollen in unserm Actenhanse 11 Centner unbrauchbar gewordenen Rassenbücher zc. unter der Bedingung des Einstampfens in Papiermühlen oder zu einem sonstigen vernünftigen Gebrauche, ferner 1 Centner reines Formularpapier, 11 Centner starke und 1 Centner schwache Pappe vor dem Actuar Luther auctionswelse gegen gleich baare Bezahlung in Preuß. Courant verkauft werden.

Raumburg, den 9. Januar 1862.

Königliches Appellationsgericht.

(38) Ausgeloste Rentenbriefe für das Halbjahr 1. October 1861 bis ult. März 1862.

In dem am 13. d. M. zur Ausloosung von Rentenbriefen der Provinz Sachsen für das laufende Halbjahr (1. October 1861 bis ult. März 1862) in Gemäßheit des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1860 abgehaltenen Termine sind folgende Rentenbriefe ausgelost worden:

1) Litera A. à 1000 Thlr., 36 Stüd, nämlich:

Nr. 8. 40. 617. 712. 826. 849. 1883. 2102. 2140. 2174. 2491. 2581. 2879. 2910. 3161. 3569. 3852. 4256. 4309. 4322. 4398. 4546. 4646. 4679. 4874. 4886. 5271. 5510. 5539. 5568. 5719. 5866. 6317. 6321. 6408. 6887.;

2) Litera B. à 500 Thlr., 8 Stüd, nämlich:

Nr. 56. 490. 737. 749. 754. 881. 1185. 1436.;

3) Litera C. a 100 Dfr., 45 Stück, nämlich:

Nr.	193.	767.	992.	1220.	1577.	1685.	1609.	2234.	2342.	2911.	3169.	3177.	3183.	3252.	3294.
	3306.	3506.	3554.	3794.	4049.	4269.	5264.	5580.	5976.	5982.	5990.	6129.	6294.	6348.	6392.
	6673.	6834.	7075.	7151.	7374.	7666.	7890.	8286.	8386.	8509.	8785.	8793.	8798.	8862.	9006.

4) Litera D. a 25 Tplr., 43 Stfcd, nmlich:
Nr. 489. 549. 825. 975. 1129. 1147. 1245. 1333. 1410. 1434. 1485. 1546. 1721. 1792. 1992. 2124.
2294. 2670. 2786. 3413. 3450. 3697. 4090. 4185. 4338. 4795. 5063. 5138. 5242. 5259. 5680.
5686. 5706. 5730. 6010. 6139. 6214. 6319. 6449. 6461. 6975. 7483. 7621:

5) Litera E. à 10 Thlr., 156 Stüd, nämlich:
Nr. 12013. bis 12130. und 12135. bis 12172.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 19. März 1862 ab durch die Kasse der unterzeichneten Rentenkass., Domplatz Nr. 4, hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr gegen Zurücklieferung der ausgelosten Rentenbriefe in coursefähigem Zustande und Cautionsleistung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Auswärts wohnenden Inhabern der vorstehend aufgeführten ausgelosten Rentenbriefe ist auch bis auf Weiteres gestattet, dieselben mit der Post an unsere Rentenbankkasse einzuliefern und die Ueberlieferung der Valuta auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, unter Beifügung einer in nachstehender Form ausgestellten Quittung zu beantragen.

Quittung.

Die Valuta der nachstehend verzeichneten ausgelooften Rentenbriefe, nämlich:

- 1) Lit. Rr. a Tblr. Capital.
2) 2c. 2c.

mit zusammen

von der königlichen Rentenbankasse in Magdeburg baar und richtig empfangen zu haben, bescheinigt

den 18 . . .

N. N.

Mit dem 31. März 1862 hört die weitere Verzinsung der gedachten Rentenbriefe auf; daher müssen mit diesen die dazu gehörigen Zinscoupons Serie II. Nr. 8. bis 16. unentgeltlich abgeliefert werden, indrigensfalls für die fehlenden Coupons der Betrag derselben vom Capitale zurückbehalten wird.

Die Inhaber der ausgelassenen Rentenbriefe fordern wir hierdurch auf, vom 19. März 1862 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten rechtzeitig in Empfang zu nehmen.

Zugleich werden die Inhaber folgender, bereits in früheren Jahren ausgelooften Rentenbriefe Lit. A. bis D., welche bisher nicht realisiert sind, nämlich:

- a) pro 1. April 1859, Lit. A. Nr. 6167., Lit. B. Nr. 1148, Lit. C. Nr. 5079;
b) pro 1. October 1859, Lit. C. Nr. 2939. 3690., Lit. D. Nr. 5912;
c) pro 1. April 1860, Lit. B. Nr. 958., Lit. C. Nr. 943. 1599. 3451. 8121. 8312., Lit. D. Nr. 6499. 7034;
d) pro 1. October 1860, Lit. A. Nr. 1573., Lit. B. Nr. 73., Lit. C. Nr. 2116. 3148. 7618. 7685., Lit. D. Nr. 8. 1177. 2989. 6625. 6984;
e) pro 1. April 1861, Lit. A. Nr. 1448. 2141. 3065. 3862., Lit. B. Nr. 54. 1216. 1521., Lit. C. Nr. 255. 1682. 2516. 3906. 6041. 6555. 7942. 8313., Lit. D. Nr. 2526. 2712. 2734. 3199. 3357. 5494. 5545. 6515. 6830. 7201.;
f) pro 1. October 1861, Lit. A. Nr. 356. 912. 1294. 2241. 4080., Lit. B. Nr. 169. 1073. 1138., Lit. C. Nr. 103. 298. 672. 945. 1007. 1453. 2202. 3357. 4146. 6188. 6401. 6442. 6647. 7620. 8706. 8727., Lit. D. Nr. 731. 746. 1683. 1950. 1984. 2525. 2655. 3531. 3855. 4166. 4435. 4587. 5605. 5748. 6516. 7017. 7028. 7311. 7417.

Hierdurch erinnert, dieselben unserer Kasse zur Zahlung des Betrages zu präsentiren.

Eine gleiche Erinnerung ergeht an diejenigen, welche noch Rentenbriefe der Provinz Sachsen Lit. E. a 10 Thlr. unter den Nummern 1. bis einschließlich 12,012. inne haben, da diese in früheren Terminen bereits sämmtlich ausgeliefert worden sind.

Magdeburg, den 14. November 1861.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(39) Ausgeloste Schuldverschreibungen der Eisenbahn Tilgungskasse für das Halbjahr 1. Januar bis ult. Juni 1862.

Zu dem am 13. d. M. zur Auslosung von Schuldverschreibungen der mit der hiesigen Provinzial-Rentenbank vereinigten Eisenbahn Tilgungskasse für das Halbjahr 1. Januar bis ult. Juni 1862 hieselbst abgehaltenen Termine sind folgende Schuldverschreibungen ausgelost worden:

- 1) von Lit. A. à 3½ %: a) zu 500 Thlr. Nr. 311. 384. 526. 723, b) zu 400 Thlr. Nr. 585;
- 2) von Lit. B. à 4 %: a) zu 500 Thlr. Nr. 154. 1617. 1686. 1770. 2308. 2944. 3288. 3859, b) zu 100 Thlr. Nr. 1576. 1715. 1766. 1778. 1806. 1832. 2771. 2843. 3244. 3355, c) zu 50 Thlr. Nr. 44. 796. 2183. 2488. 3499. 3537, d) zu 25 Thlr. Nr. 45. 1188. 1425. 1451.

Die Zahlung der Beträge derselben und der halbjährigen Zinsen pro 1. Januar bis ult. Juni 1862 erfolgt vom 1. Juli 1862 ab je nach der Wahl der Interessenten entweder

- a) durch die Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Domplatz Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr sofort gegen Zurückerlieferung der ausgelosten Schuldverschreibungen im coursfähigen Zustande oder
- b) durch die Königliche Kreiskasse zu Heiligenstadt binnen 10 Tagen nach der an dieselbe im coursfähigen Zustande bewirkten Uebergabe der Schuldverschreibungen gegen Rückgabe der von der Kreiskasse darüber einstweilen auszustellenden Empfangsbescheinigung.

Ueber den gezahlten Geldbetrag ist außerdem von dem Präsentanten der Schuldverschreibung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formular Quittung zu leisten.

Mit dem 30. Juni 1862 hört die weitere Verzinsung der gedachten Schuldverschreibungen, welche bis ult. 1861 mit Zinscoupons versehen sind, auf und werden daher zu denselben neue Zinscoupons vom Jahre 1862 ab nicht ausgereicht werden.

Indem wir die Inhaber der ausgelosten Schuldverschreibungen hierdurch auffordern, vom 1. Juli 1862 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir, daß die betreffenden beiden Kassen sich auf eine Uebersendung des Geldbetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen dürfen.

Zugleich fordern wir die Inhaber folgender, in früheren Terminen ausgelosten, aber noch nicht realisirten Schuldverschreibungen und zwar von folgenden Auslosungsterminen:

- a) 1. Juli 1854 à 4 %: Nr. 2211. zu 5 Thlr.;
- b) 1. Januar 1855 à 3½ %: Nr. 450. zu 10 Thlr., Nr. 468. zu 5 Thlr., à 4 %: Nr. 2920. zu 10 Thlr.;
- c) 1. Juli 1857 à 3½ %: Nr. 467. zu 25 Thlr.;
- d) 1. Juli 1859 à 4 %: Nr. 2853. zu 100 Thlr.;
- e) 1. Januar 1860 à 3½ %: Nr. 643. zu 25 Thlr.;
- f) 1. Juli 1860 à 4 %: Nr. 1801. zu 25 Thlr.;
- g) 1. Januar 1861 à 3½ %: Nr. 234. 641. zu 50 Thlr., à 4 %: Nr. 2005. zu 500 Thlr., Nr. 2905. zu 50 Thlr., Nr. 3403. zu 25 Thlr.;
- h) 1. Juli 1861 à 4 %: Nr. 87. 1620. zu 500 Thlr., Nr. 2011. 4229. zu 100 Thlr., Nr. 1263. 2219. zu 50 Thlr.,

hierdurch auf, dieselben bei unserer Rentenbankkasse hieselbst oder bei der Kreiskasse in Heiligenstadt zur Zahlung des Betrages zu präsentiren.

Magdeburg, den 14. November 1861.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(40) Bestimmung zu §. 12 des Regulativs zur Erhebung und Veranlagung der Mahl- und Schlachtsteuer in Weiskensels.

In Verfolg meiner Bekanntmachung vom 9. October 1855 — Amtsblatt 1855 Stüd 42. Seite 330. — bestimme ich zu §. 12. des Regulativs zur Erhebung und Veranlagung der Mahl- und Schlachtsteuer in Weiskensels vom 5. Januar 1853 — Extrablatt zu Stüd 6. des Amtsblatts — daß die Vorbeamten zu Weiskensels Abfertigungen zum Eingange, welche sie vollständig und schließlich ohne Theilnahme des Steueramtes zu geben befugt sind, nur ertheilen dürfen:

- a) in den Monaten October bis Februar einschließlich von 5 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends,
- b) in den übrigen Monaten von 4 Uhr Morgens bis 11 Uhr Abends.

Magdeburg, den 6. Januar 1862.

Der Geheimen Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuerdirector. v. Jordan.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(11) Die bei der Aufnahme in die Königl. allgemeine Wittwen-Versorgungs-Anstalt zu beobachtenden Formlichkeiten betr.

Die Königlichen Regierungs-Hauptkassen, denen im Interesse der Staatsbeamten und zur Vereinfachung unserer Verwaltung die Vermittelung von Aufnahmen in unsere Anstalt obliegt, werden seit längerer Zeit dadurch, daß die betreffenden Anträge von Behörden und einzelnen Personen in der Regel höchst unvollständig und mit unzulässigen Neben-Anträgen bei ihnen eingehehen, mit Correspondenzen zur Befreiung der vorgefundenen Mängel und Beantwortung unstatthafter Anträge in demselben Maße ungebührlich belastet, als unsere eigene Verwaltung. Wir machen daher in folgendem alles dasjenige bekannt, was bei der Reception in unsere Anstalt erforderlich ist, und bemerken dabei ausdrücklich, daß Abweichungen von diesen Bestimmungen unter keiner Bedingung gestattet werden können. Sollte also dagegen irgendwem verfallen oder irgend eine vorgeschriebene Form nicht ganz genau beachtet werden, worüber die mit uns in Verbindung stehenden Königlichen Kassen und unsere Agenten streng zu wachen haben, so müssen die betreffenden Personen erwarten, daß ihre Aufnahmen abgelehnt oder verzögert und ihnen umständliche Correspondenzen und Portokosten verursacht werden.

I. Es können in die Königlich Preussische allgemeine Wittwen-Versorgungs-Anstalt nach den bestehenden Bestimmungen nur aufgenommen werden (und zwar auch nur unter der Voraussetzung, daß nicht eine Gesundheits- oder Alters-Verhältnisse obwalten, die nach den §§. 3. und 4. unseres Reglements überhaupt gänzlich von der Reception ausschließen):

- a) diejenigen im unmittelbaren Staatsdienste angestellten Civilbeamten, welche nach dem Pensions-Reglement vom 30. April 1825 pensionsberechtigt sind und daher zum Pensionsfonds beitragen, jedoch mit der Mahgabe, daß diejenigen unter ihnen, deren fixirtes Dienstseinkommen die Summe von jährlich 250 Thlr. nicht übersteigt, höchstens eine Wittwenpension von 50 Thlr. versichern dürfen;
- b) die Assessoren bei den Regierungen, den Obergerichten und den Rheinischen Landgerichten, auch wenn sie weder Gehalt noch Diäten beziehen, sowie die bei den Auseinanderlegungs-Behörden als Special-Commissarien dauernd beschäftigten Deconomie-Commissarien, noch ehe sie in den Genus eines pensionsberechtigten Einkommens treten, jedoch alle diese unter b. angeführten Beamten nur mit der Versicherung einer Wittwen-Pension von höchstens 100 Thlr., vorbehaltlich einer künftigen Erhöhung derselben für den Fall, daß ihnen später die Pensions-Berechtigung beigelegt werden sollte;
- c) die im eigentlichen Seelsorger-Amte, sowohl unter Königlichen als unter Privat-Patronaten angestellten Geistlichen;
- d) die an Gymnasien und diesen gleich zu achtenden Anstalten, an Schullehrer-Seminarien sowie an höheren und an allgemeinen Stadtschulen angestellten wirklichen Lehrer; nicht aber auch die Hilfslehrer solcher Anstalten und die Lehrer an solchen Klassen derselben, welche als eigentliche Elementarklassen nur die Stelle der mit jenen höheren Unterricht-Anstalten verbundenen Elementarschulen ersetzen;
- e) die Professoren bei den Universitäten, wenn sie mit einer fixirten Besoldung angestellt sind;
- f) die reitenden Feldjäger.

Außerdem sind zwar noch einige andere Beamtenklassen, als die Hofdiener u. s. w., beitriffsfähig, diese befinden sich jedoch uns gegenüber in einer ganz besonderen Ausnahme-Stellung und werden niemals von unseren Agenten oder den Königlichen Regierungs-Hauptkassen, sondern zum größten Theil von ihren eigenen, mit unsern Aufnahme-Bestimmungen vollkommen bekannten Behörden zur Reception bei uns angemeldet. Es bedarf daher hier nicht weiter ihrer Erwähnung.

II. Wer nun hiernach der Königlich Preussischen allgemeinen Wittwen-Versorgungs-Anstalt beitreten will, hat vorzulegen:

- a) ein Attest seiner vorgesetzten Behörde, daß er zu einer der genannten Klassen gehöre, also zu Ia. ausdrücklich darüber, daß er ein pensionsbeitragspflichtiges Gehalt und event. zu welchem jährlichen Betrage beziehe, zu Ib. wegen der Deconomie-Commissarien, daß er bei einer Auseinanderlegungs-Behörde dauernd beschäftigt sei, zu Id. dagegen darüber, daß er zu den nach der Allerhöchsten Cabinets-Ordnung vom 17. April 1820 receptionsfähigen Lehrern gehöre. Ausgenommen sind hierbei nur die Geistlichen und die bei den Regierungen und Obergerichten oder anderen Landes-Collegien als wirkliche Räte angestellten Staatsbeamten, da diese über ihre Stellung keines besonderen Nachweises bedürfen.

Beitrags-Consense können nur dann die Stelle solcher Atteste vertreten, wenn in denselben das Verhältniß des Beamten oder Lehrers, welches ihn nach den obigen Bestimmungen zur Aufnahme in

unsere Anstalt berechtigt, besonders und bestimmt ausgedrückt, auch event. das pensionsbeitragspflichtige Dienst-Einkommen des Beamten ad Ia. angegeben ist. Versicherungen, welche die Recipienten selbst über ihre Stellung abgeben oder einfache Bescheinigungen einzelner Behörden: „daß N. N. berechtigt oder verpflichtet sei, der königlichen allgemeinen Wittwen- u. Verpflegungs-Anstalt beizutreten“ können uns niemals genügen, da wir diese Berechtigung oder Verpflichtung auf eigene Verantwortung selbst zu prüfen haben.

b) **Formliche Geburts-Atteste beider Gatten und einen Copulationsschein.**

Die in diesen Documenten vorkommenden Zahlen müssen mit Buchstaben ausgeschrieben sein und die Vor- und Zunamen beider Eheleute in den Geburtscheinen müssen mit den Angaben des Copulationscheins so genau übereinstimmen, daß die Identität der Personen durchaus keinem Zweifel unterliegt, der sonst anderweitig auf glaubhafte Weise zu heben sein würde.

Wlose Taufscheine ohne bestimmte Angabe der Geburtszeit sind ungenügend; sind aber solche Angaben im Copulationscheine vorhanden, so können sie als Ersatz etwa fehlender besonderer Geburts-Atteste nur dann gelten, wenn die Trauung in derselben Kirche erfolgt ist, in welcher die Taufe vollzogen wurde, und wenn die Copulations- und Geburts-Angaben ausdrücklich auf Grund der Kirchenbücher einer und derselben Kirche gemacht werden. Sollte in besonderen Fällen es nicht möglich sein, einen Geburtschein zu erhalten, und diese Unmöglichkeit beigelegt oder wenigstens wahrscheinlich gemacht werden, so muß das Alter durch gültige Atteste seit der Zeit der Confirmation, durch glaubwürdige Bescheinigung der Eltern oder Taufzeugen, durch gerichtliche Vormundschafts-Bestellungen, worin das Alter der aufzunehmenden Eheleute angeführt wird, durch Documente, welche geraume Zeit vor beantragter Reception im Druck erschienen sind, oder sonst durch andere, allenfalls durch das suppletorium zu bekräftigende Mittel erweislich gemacht werden.

Einer gerichtlichen Beglaubigung der Kirchzeugnisse bedarf es nicht mehr, wohl aber muß der Unterschrift des Ausstellers das Kircheniegel deutlich beigebracht sein. Auch sind diese Documente stempelfrei, den Predigern aber ist es nachgelassen, für Ausfertigung eines jeden solcher Zeugnisse kirchliche Gebühren, jedoch höchstens im Betrage von 7 Sgr. 6 Pf., zu fordern.

Da die Kirchzeugnisse bis nach Beendigung der Mitgliedschaft bei unsern Acten verbleiben müssen, so ist denjenigen Recipienten, die sie etwa auf Stempelpapier einreichen und also später auch zu anderen Zwecken als zum Einlauf in unsere Anstalt benutzen können, ganz besonders anzurathen, von vorn herein uns zu unsern Acten nicht die Originalen, sondern stempelfrei beglaubigte Abschriften zugehen zu lassen, jedoch mit dem ausdrücklichen Vermerke des vidimirenden Beamten, daß den Originalen die Kircheniegel beigebracht seien. Jedenfalls besitzen wir keine Arbeitskräfte, um später auf Verlangen einzelner Interessenten beglaubigte Abschriften der bei unsern Acten beruhenden Atteste ertheilen zu können.

c) **Ein ärztliches, ebenfalls stempelfreies Attest in folgender Fassung:**

„Ich (der Arzt) versichere hierdurch auf meine Pflicht und an Eidesstatt, daß nach meiner besten Wissenschaft Herr N. N. weder mit der Schwindsucht, Wasser sucht, noch einer andern chronischen Krankheit, die ein baldiges Absterben befürchten ließe, behaftet, auch überhaupt nicht krank, noch bettlägerig, sondern gesund, nach Verhältnis seines Alters bei Kräften und fähig ist, seine Geschäfte zu verrichten.“

Dieses Attest des Arztes muß von vier Mitgliedern unserer Anstalt, oder, wenn solche nicht vorhanden sind, von vier andern bekannten redlichen Männern dahin bekräftigt werden:

„daß ihnen der Aufzunehmende bekannt sei und sie das Gegentheil von dem, was der Arzt attestirt habe, nicht wissen.“

Wohnt der Recipient außerhalb Berlin, so ist noch außerdem ein Certificat hinzuzufügen, dahin lautend:

„daß sowohl der Arzt als die vier Zeugen das Attest eigenhändig unterschrieben haben, auch keiner von ihnen ein Vater, Bruder, Sohn, Schwiegersohn oder Schwager des Aufzunehmenden oder der Frau desselben sei.“

Dieses Certificat darf nur von Notar und Zeugen, von einem Gerichte oder von der Ortspolizeibehörde erteilt werden; bei den Gesundheits-Attesten für aufzunehmende Genbarmen sind jedoch ausnahmsweise auch die Certificate von Gendarmerie-Officieren zulässig.

Das ärztliche Attest selbst können wir nur von einem approbirten practischen Arzte oder von einem Kreis-Wundarzte annehmen. Wundärzte 1. Klasse, die nicht im Staatsdienste angestellt sind,

dürfen dergleichen Atteste nur dann ausstellen, wenn uns zugleich von der Ortsobrigkeit becheinigt wird, daß an ihrem Wohnorte zur Zeit ihrer Niederlassung daselbst ein zum Doctor promovirter practischer Arzt nicht anständig gewesen.

Das Attest, die Zeugen-Aussagen und das Certificat dürfen nie vor dem 16. Januar oder 16. Juli datirt sein, je nachdem die Aufnahme zum 1. April oder 1. October erfolgen soll, und die oben vorgeschriebene Form muß in allen Theilen Wort für Wort ganz genau beobachtet werden.

III. Die Aufnahme-Termine sind, wie oben angedeutet, der 1. April und 1. October eines jeden Jahres. Wer also nach 1. zur Reception berechtigt oder verpflichtet ist und diese durch eine königliche Regierungen-Haupt- oder Insinutenkasse, oder durch einen unserer Commissarien bewirken will, hat an dieselben seinen Antrag und die zu II. genannten Documente vor dem 1. April oder 1. October so zeitig einzureichen, daß sie spätestens bis zum 15. März oder 15. September von dort aus bei uns eingehen können. Anträge, welche nicht bis zu diesem Zeitpunkt gemacht und bis dahin nicht vollständig belegt worden sind, werden von den königlichen Kassen und Commissarien zurückgewiesen und können nur noch spätestens bis zum 1. April oder 1. October in portofreien Briefen unmittelbar an uns selbst eingelandt werden.

In der Zwischenzeit der vorgeschriebenen Termine werden keine Receptions-Anträge angenommen und keine Aufnahmen vollzogen.

IV. Den zu II. genannten Attesten sind womöglich gleich die ersten praenumerando zu zahlenden halbjährigen Beiträge beizufügen, die nach dem Tarif zu dem Gesetze vom 17. Mai 1856 sehr leicht berechnet werden können. Dieser Tarif ist im Verlage der hiesigen Dederichschen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei erschienen und ist also Jedermann zugänglich. Bei Berechnung der Alter ist jedoch der §. 5. unsers Reglements zu beachten, wonach einzelne Monate unter Sechs gar nicht, vollendete Sechs Monate aber und darüber als ein ganzes Jahr gerechnet werden.

Stundungen der ersten Beiträge oder einzelne Theilzahlungen zur Tilgung derselben sind unstatthaft, und vor vollständiger Einzahlung der tarifmäßigen Gelder und der vorgeschriebenen Atteste kann unter keinen Umständen eine Reception bewirkt werden.

V. Was die Festsetzung des Betrages der zu versichernden Pension betrifft, so haben hierüber nicht wir, sondern die den Recipienten vorgelegten Dienstbehörden zu bestimmen. Es kann daher hier nur im Allgemeinen bemerkt werden, daß nach den, höheren Orts erlassenen Verordnungen die Pension mindestens dem fünften Theile des Dienstentkommens gleich sein muß, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß die Versicherungen nur von 25 Thlr. bis 500 Thl. incl., immer mit 25 Thlr. steigend, stattfinden können.

VI. Bei späteren Pensions-Erhöhungen, die jedoch in Beziehung auf die Beiträge, Probejahre u. s. w. als ganz neue, von den älteren ganz unabhängige Versicherungen und nur insofern mit diesen gemeinschaftlich betrachtet werden, als ihr Gesammbetrag die Summe von 50 Thlr., resp. 100 Thl. und 500 Thlr. nicht übersteigen darf (cf. Ia. und b.), ist die abnormale Beibringung der Kirchzeugnisse nicht erforderlich, sondern nur die Anzeige der älteren Receptions-Nummer, ein neues vorchristianmäßiges Gesundheitsattest und, wenn die zu Ia. und b. bezeichneten Grenzen überschritten werden sollen, ein amtliches Attest über die veränderte Stellung und Besoldung, sowie über die etwa erlangte Pensions-Berechtigung. Auch die Beträge der Erhöhungen müssen wie die ersten Versicherungen durch 25 ohne Bruch theilbar sein.

VII. Nach dem Gesetze vom 17. Mai 1856 werden nicht mehr Goldsummen, sondern nur noch Summen in Silbergeld versichert, sowie auch die halbjährlichen Beiträge nur noch in Silbergeld berechnet werden.

VIII. Da wir im Schlusse der Receptions-Documente stets förmlich und rechtsgültig über die ersten halbjährlichen Beiträge quittiren, so werden besondere Quittungen über dieselben, wie sie sehr häufig von uns verlangt werden, unter keinen Umständen ertheilt.

Berlin, den 29. Januar 1859.

General-Direction der königlichen allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt.

(42) Verloosung von Kreis-Obigationen des Mansfelder Seekreises.

In der heute bewirkten 2. Verloosung von 2250 Thlr. Kreis-Obigationen des Mansfelder Seekreises de anno 1856 sind folgende Nummern gezogen worden:

- Litt. A. à 1000 Thlr. Nr. 51.,
- B. à 500 Thlr. Nr. 41.,
- C. à 200 Thlr. Nr. 97.,
- D. à 100 Thlr. Nr. 41, 209, 215, und 312.,
- E. à 25 Thlr. Nr. 40, 82, 184, 250, 255, und 294.

Dieselben werden den Inhabern hierdurch gekündigt mit dem Bemerken, daß die Rückzahlung des Capitalbetrags vom 31. December 1862 ab durch die Kreis-*Chaussee-Bautafse* in Eisleben und durch das Bankhaus *Vach und Frenkel* in Nordhausen gegen Rückgabe der Kreis-Obligationen erfolgen wird.
Vom 1. Januar 1863 ab hört die Verzinsung der ausgelooften Obligationen auf.
Eisleben, den 28. December 1861.

Die ständische Commission für den *Chausseebau* des *Thüringischen Kreises*.

Personal-Chronik.

(43) Die Kreisgerichtsräthe *Sacker* in Liebenwerda und *v. Nochow* in Wittenberg sind gestorben.
Der Referendar *Franz* ist zum Gerichts-Assessor ernannt.

Der Auscultator *Pfaff* ist auf seinen Antrag aus dem Justizdienste entlassen und der Auscultator *v. Seibdorf*, bisher bei dem Kammergerichte zu Berlin, in das Departement Naumburg übergetreten.

Der Appellationsgerichts-Secretair, Kanzleirath *Breitenbach* ist vom 1. Januar c. an pensionirt, und der Kreisgerichts-Secretair, Kanzleirath *Ischau* in Langensalza gestorben.

Der Kreisgerichts-Secretair und Deposital-Rendant *Mohrbach* in Eisleben ist zum Deposital-Rendanten bei dem Kreisgerichte zu Erfurt und an dessen Stelle der Salarien-Kassencontroleur und Export-Reviseur *Gille* in Euhl zum Kreisgerichts-Secretair und Deposital-Rendanten bei dem Kreisgerichte in Eisleben ernannt.

Dem ersten Gerichtsdienner *Brandt* bei dem Kreisgerichte zu Merseburg ist der Titel „*Notenmeister*“ beigelegt.

Der bisherige Hilfsbote *Wartmann* in Herzberg ist definitiv daselbst angestellt.

(44) Der Rechtsanwalt und Notar *Consentius* zu Nordhausen ist durch rechtskräftiges Erkenntniß seines Amtes verlustig gegangen.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath *Berge* zu Halberstadt ist auf seinen Antrag vom 1. December v. J. ab an das Stadt- und Kreisgericht zu Magdeburg versetzt.

Der Rechtsanwalt und Notar *Weber* zu Quedlinburg ist gestorben.

Der Rechtsanwalt und Notar *Seife* zu Nordhausen ist vom 1. April d. J. ab unter Verbeibaltung des Notariats im Departement des Appellationsgerichts zu Halberstadt an das Kreisgericht zu Mühlhausen versetzt.

Der Kreisgerichtsrath *Mende* in Quedlinburg ist vom 1. Januar d. J. ab zum Rechtsanwalt beim Kreisgerichte in Quedlinburg und zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Halberstadt mit dem Titel „*Justizrath*“ ernannt.

(45) Amtsblatt-Register pro 1861.

Das Register zum *Regierungs-Amtsblatte* pro 1861 ist nunmehr erschienen und werden Bestellungen darauf von den königlichen Postanstalten, zur alsbaldigen Effectuirung, entgegen genommen.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Furt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 4.

Ausgegeben zu Merseburg am 25. Januar 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(16) Die Eingelösung der Banknoten à 50 Thlr. betr.

Wir haben beschloffen, die Banknoten à 50 Thlr. aus dem Verkehr zu ziehen und fordern hierdurch auf, dieselben baldigst bei einer der Bankstellen hier oder in den Provinzen in Zahlung zu geben oder gegen andere Banknoten umzutauschen, da vom 1. Mai v. J. ab deren Einlösung nur hier bei der Haupt-Bankstelle erfolgen wird.

Berlin, den 15. Januar 1862.

Königl. Preuss. Haupt-Bank-Directorium.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(17) Die in dem Verlande zur Regulirung der schwarzen Elster gewählten Deichhauptleute und deren Stellvertreter.

In dem Verlande zur Regulirung der schwarzen Elster sind für das Meliorationsgebiet innerhalb des Regierungsbezirks Merseburg nachbenannte Personen zu Deichhauptleuten und Stellvertreter derselben gewählt und in Gemäßheit des §. 2. der Deichvertheidigungs-Ordnung vom 14. September v. J. (Amtsblatt 1861 Seite 249. seq.) auf die Dauer von 6 Jahren bestätigt worden.

Deichhauptmannschaft Raundorf-Elsterwerda, Deichhauptmann: Baron v. Welt in Müdenberg, Stellvertreter: Schichtmeister Jordan in Lauchhammer.

Deichhauptmannschaft Schraden, Deichhauptmann: Rittergutsbesitzer Dr. J. v. Lingenthal auf Großmehlen, Stellvertreter: Oberstleutnant v. Bojanowski ebendasselbst.

Deichhauptmannschaft Liebenwerda (I), Deichhauptmann: Oberförster v. Windtisch in Liebenwerda, Stellvertreter: Commissionsrath Schubart in Maasdorf.

Deichhauptmannschaft Liebenwerda (II), Deichhauptmann: Rittergutsbesitzer Fischer in Prieschla, Stellvertreter: Rittergutsbesitzer, Amtmann Delius in Saathain.

Deichhauptmannschaft München, Deichhauptmann: Rittergutsbesitzer Sahland zu Neudorf, Stellvertreter: Gutsadministrator, Inspector Lombard in Wiederau.

Deichhauptmannschaft Uebigau, Deichhauptmann: Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D. v. Hellwig auf Großfossen, Stellvertreter: Amtmann Frensius in Neumühl.

Deichhauptmannschaft Friedrichsluga-Arensnesa, Deichhauptmann: Bürgermeister Träger in Herzberg, Stellvertreter: Rittergutsbesitzer Schmidt auf Friedersdorf.

Deichhauptmannschaft Herzberg, Deichhauptmann: Baron v. Palombini auf Großwitz, Stellvertreter: Amtmann Voigt in Postberga.

Merseburg, den 16. Januar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(18) Die Ergänzungswahlen der Mitglieder und Stellvertreter für die Handelskammer in Halle betr.

Bei den am 7. resp. 12. December pr. stattgehabten, bestimmungsmäßig ausgeführten Ergänzungswahlen der Mitglieder und Stellvertreter für die Handelskammer für die Stadt Halle und die Saalbrüter sind der Kaufmann **Kilian** in Halle, der Fabrikant **Rebert** daselbst und der Fabrikbesitzer **Louis Referstein** in Grödlitz als Mitglieder,

der Kaufmann **Teuschner** zu Halle und der Fabrikbesitzer **Otto Referstein** in Grödlitz als Stellvertreter neu resp. wieder gewählt und sind diese Wahlen durch Ober-Präsidial-Erlaß vom 9. d. M. bestätigt worden.

Merseburg, den 16. Januar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(49) Die Vollständigkeit der Schiffsungen für die königliche Marine betr.

Auf Ansuchen der königlichen Marinekation der Ostsee zu Danzig bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß der Bedarf an Schiffsungen für die königliche Marine durch die bereits erfolgten Anmeldungen und Notirungen für das laufende Jahr vollständig gedeckt ist und deshalb bis auf Weiteres Niemandem Aussicht auf Einstellung gemacht werden kann.

Hierbei machen wir noch darauf aufmerksam, daß nach §. 167. ad a. der Militär-Erfaß-Instruktion vom 9. December 1858 nur solche junge Leute als Schiffsungen eingestellt werden dürfen, welche 14 Jahre alt sind, das 16. Lebensjahr jedoch noch nicht überschritten haben.

Merseburg, den 18. Januar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Hypothekensachen.

(50) Die in unserer Bekanntmachung Nr. 749. des 29. Stückes des Regierungs-Amtsblattes beschriebene Hypothekentabelle über die den Johann Gottfried Hessechen Eheleuten zu Steinbrücken gehörigen, in dortiger Flur gelegenen Grundstücke ist zum Hypothekenbuche übertragen worden und der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.

Seringen, den 16. October 1861.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(51) Die Hypothekentabelle über die in der Uhlener Flur gelegenen 25 Morgen 46 OR. Holz und Land auf der Gwind und 65 Morgen 20 OR. Holz und Land auf dem Bärenthale, welche von den bisherigen Besitzern, den Kieselber Hufenbesitzern an die Kämmerlei der Stadt Nordhausen verkauft worden sind, ist aufgestellt und kann 2 Monate lang, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen sind unzulässig.

Seringen, den 24. December 1861.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(52) Die Tabelle über das nachstehende, in der Flur Bostfeld gelegene Grundstück: ½ Ader 27 OR. Ruthen Feld in den Quersrüden Nr. 36. des Flurbuchs, Zubehör einer dreiarthigen Achteckhufe Feldes in der Zinschmarte, ist fertig und kann innerhalb zwei Monaten, vom achten Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in unserem Bureau eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind nicht zulässig.

Lützen, den 11. November 1861.

Königliche Kreisgerichts-Commission, I. Bez.

(53) Die Tabelle über nachstehendes Grundstück: das zu Alttrandt belegene, unter Nr. 60. des Brandkatasters eingetragene Wohnhaus, ist fertig und kann innerhalb zwei Monaten, vom achten Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in unserem Bureau eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind nicht zulässig.

Lützen, den 3. December 1861.

Königliche Kreisgerichts-Commission, I. Bez.

(54) Die Hypothekentabelle des von uns im 33. Stücke des diesjährigen Regierungs-Amtsblattes bezeichneten Grundstücks ist in das Hypothekenbuch eingetragen und wird der Erwerb neuer Hypothekenrechte nunmehr nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden.

Fergberg, den 19. November 1861.

Königliche Kreisgerichts-Commission II.

(55) Die im 32. Stück des Amtsblatts der königlichen Regierung zu Merseburg bekannt gemachte Hypothekentabelle über das dem August Brille zu Reinsdorf gehörige Gartengrundstück Nr. 71. ist in das Hypothekenbuch übertragen und wird nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem gedachten Grundstück lediglich nach den Vorschriften des allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.

Neubra, den 10. November 1861.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(56) Die Hypothekentabelle über 6 ORuthen Gemeindeanger an der Dorfstraße, welche die Gemeinde Rottleberode seit länger als 44 Jahren ruhig besessen und laut Vertrags vom 27. November 1861 an den Barbier Friedrich Müller verkauft und worauf derselbe ein Wohnhaus, die Nr. 145. fahrend, neu erbaut hat, ist fertig und kann innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage nach der Einrückung dieser Bekanntmachung ab, bei uns eingesehen werden. Spätere Erinnerungen bleiben unberücksichtigt.

Stolberg, den 8. December 1861.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(57) Die Tabelle über eine Parzelle Land in der Flur Dabrun in der sogenannten Dienenhütte von ohngefähr 1 Morgen 50 ORuthen mit Einschluß der darin befindlichen beiden Kolke, welche die Häfnerchaft in Dabrun mittelst Contracts vom 14. November a. e. an den Weinbergbesitzer Friedrich Bader in Dabrun

verkauft hat, ist fertig und kann in unserm I. Bureau vom 1. Februar bis 1. April 1862 eingesehen werden. Spätere Erinnerungen sind unzulässig.

Wittenberg, den 31. December 1861.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(88) Nachstehende fertige Hypothekentabellen:

I. Flur Donndorf: 1) Friedrich Gottlob Schaffner in Donndorf, $\frac{1}{2}$ Ader Krautland zwischen der Landwehr und der inwendigen Gemeinde neben Ernst Rünzenberg und Karl Kurzhals Erben; 2) Johann Karl Samuel Thiele in Donndorf, ein Krautland zwischen der Landwehr und der Gemeinde neben Friedrich Gahn und Ernst Rünzenberg; 3) Friederike Thiele, geb. am 2. Januar 1846 zu Donndorf, $\frac{3}{4}$ Ader Krautland zwischen der Landwehr und der inwendigen Gemeinde neben Samuel Michael; 4) Gottfried Hoffmann in Donndorf, $\frac{1}{4}$ Ader Feld auf der Oberkeller Nr. 1141.; 5) Karl Friedrich, Sophie Christiane und Christiane Friederike, Geschwister Eprodt in Donndorf, $\frac{1}{2}$ Ader Krautland zwischen der Landwehr und der inwendigen Gemeinde neben Samuel Rathe und der verehel. Börne geb. Wagner.

II. Dorf und Flur Bucha: die Kirche zu Bucha, a) das Kirchengebäude im Dorfe Bucha nebst dem daran gelegenen Gottesacker, b) 2 Ader Wiese im Eichelbache Nr. 358, liegen zwei Monate, vom achten Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, zur Einsicht und Revision in unserm Bureau bereit. Spätere Erinnerungen bleiben unberücksichtigt.

Wiese, den 4. Januar 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(89) Die von uns unterm 24. Januar 1861 in dem 15. Stück dieses Amtsblattes pro 1861 bekannt gemachten Tabellen sind in die Hypothekensbücher übertragen. Der Erwerb neuer Hypothekenrechte an den übertragenen Grundstücken ist von nun an lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen. Wiese, den 4. Januar 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Patente für Kunstfindungen betr.

(90) Dem Dr. med. **Gerold** zu Alten ist unter dem 10. Januar 1862 ein Patent auf einen Lichtmesser zum Gebrauche in Krankenzimmern bei Augenkrankheiten in der durch Zeichnung, Wobell und Beschreibung nachgewiesenen ganzen Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(91) Dem Civil-Ingenieur Theodor **Wulff** zu Breslau ist unter dem 8. Januar 1862 ein Patent auf einen Wassermesser, so weit derselbe nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(92) Das dem Civil-Ingenieur Heinrich **Weinhauer** zu Deutz unterm 27. November 1860 erteilte Patent auf ein oberflächliches Wasserrad in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(93) Die unter dem Patronate Sr. Hoheit des Aeltestenregierenden Herzogs zu Anhalt-Deßau-Cöthen stehende Pfarrstelle zu Walternienburg in der Diöcese Commern ist durch die anderweite Berufung ihres bisherigen Inhabers vacant geworden und über dieselbe bereits disponirt.

(94) Durch den am 1. Juli d. J. erfolgenden Eintritt des Pastors **Lachmann** in den Ruhestand wird die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Aersau in der Eparchie Salzmünde erledigt.

(95) Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle in Lindenhain in der Diöcese Eilenburg ist durch das Ableben des Pfarrers **Nothe** vacant geworden.

(96) Die dritte Mädchenlehrerstelle an der zweiten Bürgerschule zu Eisleben, königlichen Patronats, kommt durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers zur Erledigung.

(97) Die Schullehre in Lobitz, Eparchie Weiskensels, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(98) Der königliche Förster **Erreicher** zu Emfeloß ist auf die Försterstelle zu Annarode in der Oberförsterei Siebigerode vom 1. April a. ab versetzt worden.

(99) Dem forstverorgungsberechtigten Jäger Herrmann **Jensch** ist unter Ernennung desselben zum Forstausseher die Forstausseherstelle zu Großsena in der Oberförsterei Pödelitz vom 1. April e. ab definitiv verliehen worden.

(70) In der Stadt Torgau sind auf die Wahlperiode 1862/64 der Apotheker **Wieser** für den I. Stadtbezirk, der B. rgermeister a. D. **Bärwinkel** für den II. Stadtbezirk, der Kaufmann **Pöhler** für den III. Stadtbezirk, der Uhrmacher **Zimmermann** für den IV. Stadtbezirk zu Schiedsmännern gewählt und als solche verpflichtet worden.

(71) Der Kammerei-Kassenrendant **Presch** in Altleben ist zum Stellvertreter des dortigen Schiedsmanns gewählt und verpflichtet worden.

(72) In der Grafschaft Stolberg-Nosla sind zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern gewählt und verpflichtet worden:

für den VI. Bezirk Verga der bisherige Schiedsmann, Kaufmann **Kämmerer** in Verga zum Schiedsmann, der Ziegeleibesitzer **Schroth** daselbst zum Stellvertreter;

für den VII. Bezirk Tilleda der Schulze **Bierau** in Sittendorf zum Stellvertreter.

(73) Für die Stadt Wiehe ist der Magistrats-Assessor und Kaufmann **Rausch** zum Schiedsmann und der Kaufmann **Sack** zum Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

(74) Amtsblatt, Register pro 1861.

Das **Register zum Regierungs-Amtsblatte** pro 1861 ist nunmehr erschienen und werden Bestellungen darauf von den königlichen Postanstalten, zur alsbaldigen Effectuirung, entgegen genommen.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.
 Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
 Belagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 5.

Ausgegeben zu Merseburg am 1. Februar 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(75) Die 7. Verloosung der Staats-Prämienanleihe vom Jahre 1855 betr.

In der gestern und heute öffentlich bewirkten 7. Verloosung der Staats-Prämienanleihe vom Jahre 1855 sind auf diejenigen 2000 Schuldverschreibungen, welche zu den am 18. September v. J. gezogenen 20 Serien gehören, die in der beiliegenden Liste aufgeführten Prämien gefallen.

Die Besitzer dieser Schuldverschreibungen werden aufgefordert, den Betrag der Prämien vom 1. April d. J. ab in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hieselbst, Orantenstraße Nr. 94., gegen Quittung, wozu Formulare daselbst unentgeltlich verabfolgt werden, und gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen nebst den dazu gehörigen Coupons Ser. I. Nr. 7. und 8. über die Zinsen vom 1. April 1861 ab, welche nach dem Inhalte der Schuldverschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.

Der Betrag der etwa fehlenden Coupons wird vom Prämienbetrage zurückbehalten.

Auswärtige, welche die Prämien bei einer Regierungen-Hauptkasse in Empfang zu nehmen wünschen, haben dieser die Schuldverschreibungen vom 1. März d. J. ab einzureichen, und können bei derselben sodann den Betrag der Prämien am 1. April gegen eine den Empfang aus der Staatsschulden-Tilgungskasse bescheinigende Quittung erheben.

In einem Schriftwechsel wegen der Prämien-Auszahlung können wir uns nicht einlassen, und es werden daher Eingaben, welche diesen Gegenstand betreffen, ohne Weiteres portopflichtig zurückgeandt werden.

Aus bereits früher verloosten und gefündigten Serien und zwar aus

Serie 1279. 1328. 1356. 1418. 1441. (1. Verloosung für 1856),

• 42. 55. 79. 169. 180. 182. 211. 316. 319. 390. 391. 443. 542. 715. 722. 815. 855. 863. (2. Verloosung für 1857),

• 162. 570. 770. 782. 789. 890. 971. 1121. 1284. 1364. (3. Verloosung für 1858),

• 106. 198. 218. 263. 267. 279. 286. 303. 327. 483. 534. 543. 547. 555. 632. 702. 764. 797. 938. 958. 1010. 1042. 1084. 1218. 1480. 1487. 1495. (4. Verloosung für 1859),

• 39. 174. 290. 339. 490. 601. 832. 834. 837. 846. 857. 978. 996. 1109. 1158. 1187. 1244. 1336. (5. Verloosung für 1860),

• 1. 9. 63. 100. 223. 233. 264. 344. 362. 379. 416. 424. 436. 444. 482. 572. 646. 672. 711. 724. 848. 849. 949. 1086. 1088. 1159. 1266. 1306. 1311. 1383. 1404. 1485. (6. Verloosung für 1861),

sind viele Schuldverschreibungen bis jetzt noch nicht realisiert. Die Inhaber derselben werden zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes an die baldige Erhebung ihrer Capitalien erinnert.

Berlin, den 16. Januar 1862.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

(76) Gerichtl. mortifizierte Staatspapiere.

Liste der aufgerufenen und der Königl. Controlle der Staatspapiere im Rechnungsjahre 1861 als gerichtl. amortisiert nachgewiesenen Staatspapiere.

I. Staatsschuldscheine:

Lit. A. à 1000 Thlr. Nr. 2,545.

Lit. E. à 200 Thlr. Nr. 11,194. 17,610.

Lit. F. à 100 Thlr. Nr. 92,288. 102,496. 111,221. 167,998. 175,980. 199,868.

Lit. G. à 50 Thlr. Nr. 4,939. 28,313. 33,831.

Lit. H. à 25 Thlr. Nr. 6,290. 6,294. 11,188. 12,234. 41,108. 41,109. 51,015. 51,017.

II. Schuldverschreibungen der freiwilligen Staatsanleihe vom Jahre 1848:

Lit. C. & 100 Thlr. Nr. 15,167.

Lit. E. & 20 Thlr. Nr. 724. und 991.

III. Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1850:

Lit. D. & 100 Thlr. Nr. 10,028.

IV. Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1854:

Lit. D. & 100 Thlr. Nr. 5,923.

V. Prioritäts-Actien der Niederschl. Märkischen Eisenbahn Ser. I. & 100 Thlr. Nr. 27,729.

VI. Prioritäts-Obligationen der Niederschl. Märkischen Eisenbahn Ser. II. & 50 Thlr. Nr. 6,871.

14,272. 15,070. 34,961.

Berlin, den 4. Januar 1862.

Königliche Controlle der Staatspapiere.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Beörden.

(77) Verpachtung der Domaine Eßnerwerda.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 8. October v. J. bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die im Kreise Liebenwerda bei der Stadt Eßnerwerda belegene Königliche Domaine Eßnerwerda von Johannis 1862 ab anderweitig im Wege öffentlicher Licitation verpachtet werden soll und zwar in 3 verschiedenen Pachtungen, nämlich:

- 1) das Vorwerk Krauschütz mit der Schäferei Kraupa und dem Weinberge zu Biela und mit einem Gesamtareal von 1061 Morgen 25 Akuten, worunter 628 Mrg. 61 Ak. Ader, 200 Mrg. 160 Ak. Wiesen, 119 Mrg. 113 Ak. zu Wiesen geeignete Gütung und 21 Mrg. 57 Ak. an Weinbergen enthalten sind, auf 18 Jahre bis Johannis 1880,
- 2) das Vorwerk Reisdamm mit einem Areal von 396 Mrg. 98 Ak., worunter 43 Mrg. 151 Ak. Ader und 251 Mrg. 143 Ak. Wiese enthalten sind, auf 6 Jahre bis Johannis 1868,
- 3) das Vorwerk Oberbuschhaus mit einem Areal von 364 Mrg. 34 Ak., worunter 136 Mrg. 65 Ak. Ader, 197 Mrg. 49 Ak. Wiesen enthalten sind, gleichfalls auf 6 Jahre bis Johannis 1868.

Zu der Pachtung von Krauschütz gehört ein unverzinsliches Geld-Inventarium von 2000 Thlr.

Das Pachtgelb-Minimum ist für Krauschütz, Kraupa und den Bielaer Weinberg auf 1400 Thlr., für Reisdamm auf 300 Thlr., für Oberbuschhaus auf 400 Thlr. pro Jahr festgelegt, die Pachtcaution für Krauschütz zc. auf 1000 Thlr., für Reisdamm und Oberbuschhaus auf den Betrag des halben jährlichen Pachtzinses.

Pachtbewerber müssen, um zumieten zugelassen zu werden, zuvor den Nachweis eines disponiblen Vermögens für Krauschütz zc. zum Betrage von wenigstens 9000 Thlr., für Reisdamm zum Betrage von wenigstens 1200 Thlr., für Oberbuschhaus zum Betrage von wenigstens 1600 Thlr. führen.

Die Licitations-Termine sollen im Gasthose des Herrn Huth zu Eßnerwerda und zwar für Krauschütz zc. am 6. März d. J., für Reisdamm am 7. März d. J., für Oberbuschhaus am 8. März d. J. abgeschlossen werden und an jedem dieser Tage um 10 Uhr Vormittags beginnen.

Pachtlustige werden zu diesen Terminen mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verpachtungs-Bedingungen und die Regeln der Licitation mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich in unserer Domainen-Registratur und bei den gegenwärtigen Pächtern der Domaine Eßnerwerda, Herrn Amtsrath Häbler und Herrn Amtmann Häbler zu Krauschütz, in unserer Domainen-Registratur außerdem auch die betreffenden Karten und Vermessungs-Register eingesehen werden können.

Merseburg, den 16. Januar 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

(78) Die fernere Gültigkeit der Regulativ vom 4. März 1857 für die Provinzial-Geldstoffe und die resp. Ermäßigung des Zinsfußes pro 1862 betr.

Auf Grund der Bestimmungen der §§. 4. und 9. des Statuts, sowie des §. 14. des Geschäfts-Reglements der Provinzial-Geldstoffe von Sachsen wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die unterzeichnete Direction beschlossen hat:

die im 12. Stüde des Merseburger Regierungs-Amtsblattes de 1857 publicirten Regulativ vom 4. März 1857 in Bezug auf den Zinsfuß der gewöhnlichen und der Amortisations-Darlehen und die davon abhängigen Zahlungs-Mobalitäten auch für das Jahr 1862, als gültig beizubehalten, sowie ferner die Ermäßigung des Zinsfußes der aus Sparcassen und aus Provinzial-Gemeinde-

und Institutentlassen bei der Hülfskasse zu deponirenden Gelder auf 3 pro Cent, welche bereits pro 1861 erfolgt ist, für das Jahr 1862 ebenfalls gelten zu lassen, und daß dieser Beschluß Seitens des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen genehmigt worden ist. Magdeburg, den 17. Januar 1862. Direction der Provinzial-Hülfskasse von Sachsen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(79) Landbeschlagnahme Angelegenheit pro 1862.

Zur Benutzung Seitens der Herren Pferdebesitzer werden an den nachbenannten Orten Beschläger des Königl. Landgestüts zu Reipitz aufgestellt und so abgesandt werden, daß sie die von hier entfernteste Station am 6. Februar erreichen.

Die Beschläger wird bis Ende Juni e. dauern; die Deckstunden sind in den Monaten Februar, März und April des Morgens um 8 Uhr, des Nachmittags um 4 Uhr, in den Monaten Mai und Juni dagegen Morgens 7 und Nachmittags 5 Uhr und darf außer dieser Zeit weder eine Stute probirt noch gedeckt werden. Eben so wenig dürfen Stuten, welche alt, schwach, mit Erbfehlern behaftet, an Druse oder sonstigen Krankheiten leidend, oder aus Orten sind, in denen ansteckende Krankheiten unter den Pferden herrschen oder unlangst geherrscht haben, den Beschälern zugeführt werden.

An die Herren Stationshalter, welche der Königl. Landgestütskasse für die Sprunggelder aufkommen müssen, sind dieselben bei dem ersten Sprunge zu berichtigen, wegen der betreffende Stationshalter für jede, von einem Königl. Beschläger neu zu deckende Stute einen Sprungschein ausstellen wird, in welchem über das gezahlte Sprunggeld quittirt ist. Erst, nachdem dieser Schein dem Gestütswärter vorgezeigt worden, ist letzterer befugt, die Stute decken zu lassen. Außerdem sind 5 Sgr. Trintgeld für den Wärter und 2½ Sgr. Schreibgebühren für den Deckschein zu zahlen.

Endlich wird noch bemerkt, daß, falls eine Stute bei Gelegenheit der Bedeckung durch den Hengst verlegt werden sollte, Seitens der Gestüts-Verwaltung in keiner Weise irgend eine Entschädigung gewährt werden kann, da die Zuführung von Stuten zu den Königl. Hengsten auf einen Act der freien Uebereinkunft beruht und die Stutenbesitzer selbst bei eigener Verantwortlichkeit darauf zu achten haben, daß vor, während und nach dem Deckacte etwaige Unglücksfälle vermieden werden.

Gratitz, den 18. Januar 1862.

Königliche Gestüt-Direction.

Nachweisung

der Beschälstationen im Jahre 1862 im Regierungsbezirk Merseburg.

| Beschälstation. | | Dasselbst decken Beschläger à | | | | | Auf diesen Stationen decken außer den nebenbeschriebenen Hengsten, Hauptbeschläger zu 4 bis 6 Thlr. resp. zu 2 Thlr. bedeckter Sprunggeld. |
|-----------------|----------------|-------------------------------|---------|---------|---------|-------|--|
| Kreis. | Ort. | 4 Thlr. | 3 Thlr. | 2 Thlr. | 1 Thlr. | Summe | |
| | | Sprunggeld. | | | | | |
| Torgau | Gratitz. | — | — | 1 | — | 1 | |
| do. | Döhlen. | — | — | — | 1 | 1 | |
| do. | Reipitz. | — | 1 | 3 | — | 4 | |
| do. | Ariens. | — | 1 | 3 | — | 4 | |
| do. | Belgern. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Liebertwerda. | Lausitz. | — | — | 2 | 1 | 3 | |
| Schweinitz. | Schweinitz. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Wittenberg. | Preßsch. | — | 1 | 2 | — | 3 | |
| do. | Gutzsch. | — | — | 3 | — | 3 | |
| do. | Prüßlich. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Delitzsch. | Delitzsch. | 1 | — | 2 | — | 3 | |
| Saalkreis. | Weidersee. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Querfurt. | Bedra. | — | 1 | 1 | — | 2 | |
| do. | Leimbach. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Merseburg. | Merseburg. | — | 2 | — | — | 2 | |
| do. | Lützen. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Weißenfels. | Wernsdorf. | — | 1 | 1 | — | 2 | |
| Sangerhausen. | Oberöbblingen. | — | 2 | 1 | — | 3 | |
| do. | Rossla. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Raumburg. | Raumburg. | — | — | 2 | — | 2 | |

(80) Das 34. Ausschreiben der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät betr.

Den Interessenten der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät wird hierdurch bekannt gemacht, daß heute das 34. Ausschreiben erlassen und zur Deckung der Ausgaben seit dem 1. Juli d. J. der Beitrag von je 100 Thalern der Versicherungs-Summe auf:

| | |
|------------------------|---------------|
| in 1. Klasse | 2 Sgr., |
| in 2. Klasse | 2 Sgr. 8 Pf., |
| in 3. Klasse | 6 Sgr. 8 Pf. |

festgesetzt worden ist.

Von den im verfloffenen Jahre genehmigten Interims-Versicherungen ist gleichfalls der volle Beitrag, sowie auch von dergleichen Versicherungen im letzten halben Jahre nachträglich noch der Beitrag zum 33. Ausschreiben vom 30. Juni d. J. nach obigem Verhältnis zu entrichten.

Der Betrag der von jedem Orte aufzubringenden Beitragssumme wird durch die betreffende Kreis-Direction repartirt und eingefordert werden, und ist binnen 4 Wochen, nachdem dies geschehen, an die resp. Kreis-Recepturklasse der Societät in Preussischen Courant abzuliefern.

Die Verwendung der Beiträge wird den Interessenten demnächst nach Abnahme der Societäts-Jahres-Rechnung mittelst eines Extracts aus derselben durch die Amtsblätter nachgewiesen werden.

Altenhausen, den 31. December 1861.

Der General-Director der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät. Graf von der Schulenburg.

Personal-Chronik.

(81) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Weiskätz in der Diöces Freyburg ist dem bisherigen Predigamtis Candidaten Friedrich Wilhelm **Beyermann** verliehen worden.

(82) Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle zu Wanzleben in der Diöces Wanzleben ist der bisherige Predigamtis-Candidat und Rector Friedrich Wilhelm **Müller** berufen und beschäftigt worden.

(83) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Uechtritz mit Stortau in der Diöces Weissenfels ist der bisherige Predigamtis-Candidat Johann Friedrich Ferdinand Gustav **Rebe** berufen und beschäftigt worden.

(84) Die zweite Lehrersstelle in Preßel, Ephorie Eilenburg, Königl. Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(85) Die zweite Lehrersstelle zu Hohenpriesnitz, Ephorie Eilenburg, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(86) Die Schul- und Küstersstelle in Zöllschen, Ephorie Lützen, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(87) Die Schul- und Küstersstelle in Ritteburg, Ephorie Artern, Königl. Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(88) Amtsblatt-Register pro 1861.

Das Register zum Regierungs-Amtsblatte pro 1861 ist nunmehr erschienen und werden Bestellungen darauf von den Königl. Postanstalten, zur alsbaldigen Effectuirung, entgegen genommen.

Beilage zu Nr. 75. ein Verzeichniß ausgelookter Schulverschreibungen vom 16. Januar 1862.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurtz in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

— 27 —

A m t s - B l a t t

der Königlich Preussischen Regierung zu Merseburg.

Stück 6.

Ausgegeben zu Merseburg am 8. Februar 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(89) Das neue Reglement für die innerhalb des Deutsch-Oesterreichischen Telegraphen-Vereins sich bewegende telegraphische Correspondenz.

Zwischen den Verwaltungen des Deutsch-Oesterreichischen Telegraphen-Vereins ist das nachstehende neue Reglement für die innerhalb des Vereins sich bewegende telegraphische Correspondenz vereinbart worden. Dasselbe tritt an Stelle des bisherigen Reglements vom 1. Januar d. J. ab in Kraft.

Berlin, den 7. Januar 1862.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
von der Heydt.

R e g l e m e n t für die telegraphische Correspondenz im Deutsch-Oesterreichischen Telegraphen-Verein.

§. 1. Bereich der Wirksamkeit des Reglements.

Den Bestimmungen gegenwärtigen Reglements ist die telegraphische Correspondenz unterworfen, welche die Linien mindestens zweier der dem Deutsch-Oesterreichischen Vereine angehörigen Verwaltungen berührt. In wie weit das Reglement für solche Correspondenz gilt, welche sich nur auf den eigenen Linien bewegt, wird von jeder Verwaltung besonders bestimmt.

§. 2. Benutzung der Telegraphen.

Die Benutzung der für den öffentlichen Verkehr bestimmten Telegraphen steht Jedermann zu. Jede Verwaltung hat jedoch das Recht, ihre Linien und Stationen zeitweise ganz oder zum Theil für alle oder für gewisse Gattungen von Correspondenz zu schließen. Die Aufgabe von Depeschen Behufs der Telegraphirung kann nur bei den Telegraphen-Stationen (allenfalls auch brieflich) erfolgen.

§. 3. Bewahrung des Telegraphen-Geheimnisses.

Die Vereins-Regierungen werden Sorge tragen, daß die Mittheilung von Depeschen an Unbefugte verhindert und daß das Telegraphen-Geheimniß in jeder Beziehung auf das Strengste gewahrt werde.

§. 4. Aufgabe der Depeschen.

Die Telegraphen-Stationen zerfallen rücksichtlich der Zeit, während welcher sie für die Annahme und Beförderung der Depeschen offen zu halten sind, in drei Klassen, nämlich:

- a) Stationen mit Tag- und Nachtdienst;
- b) Stationen mit vollem Tagesdienst;
- c) Stationen mit beschränktem Tagesdienst.

Die Stationen mit Tag- und Nachtdienst sind ohne Unterbrechung für den Dienst geöffnet.

Die Dienststunden der Stationen mit vollem Tagesdienst sind:

- 1) vom 1. April bis Ende September von 7 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends;
- 2) vom 1. October bis Ende März von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends.

Die Dienststunden der Stationen mit beschränktem Tagesdienst sind an Wochentagen (einschließlich der auf Wochentage fallenden Festtage):

von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 7 Uhr Nachmittags;

an Sonntagen:

von 8 bis 9 Uhr Vormittags und von 2 bis 5 Uhr Nachmittags.

§. 5. Wohin Depeschen gerichtet werden können.

Telegraphische Depeschen können nach allen Orten aufgegeben werden, wozin die vorhandenen Telegraphen-Verbindungen auf dem ganzen Wege oder auf einem Theil desselben die Gelegenheit zur Beförderung darbieten. Befindet sich am Bestimmungsort keine Telegraphen-Station oder wünscht der Abfender, daß die Beförderung durch den Telegraphen nicht bis zum Bestimmungsorte oder bis zu der, diesem am nächsten gelegenen Telegraphen-Station geschehe, so erfolgt die Weiterbeförderung von der äußersten, beziehungsweise der von dem Aufgeber bezeichneten Telegraphen-Station entweder durch die Post, durch Stafetten, oder durch Expressboten.

Fehlt die Angabe über die Art der Weiterbeförderung, so wird die Beförderung per Post als vom Aufgeber verlangt, vorausgesetzt. In den geeigneten Fällen und wo solches ausdrücklich zugelassen ist, können auch die Eisenbahn-Betriebs-Telegraphen nach den hierüber ertheilten speciellen Vorschriften zur Weiterbeförderung benutzt werden. Findet aber die Adress-Station, daß die Depesche voraussichtlich durch die Post oder Boten schneller als durch den Eisenbahn-Betriebs-Telegraphen befördert werden kann, so wird sie ohne Rücksicht auf die eingezahlten Gebühren die Uebermittlung durch die Post oder durch Expressboten veranlassen. Die Aufgabe von Depeschen mit der Bezeichnung „Bureau restant“ oder poste restante ist zulässig.

§. 6. Erfordernisse der zu befördernden Depeschen.

Das Original jeder zu befördernden Depesche muß in solchen Buchstaben und Zeichen, welche sich durch den Telegraphen wiedergeben lassen, deutlich und verständlich geschrieben sein und darf weder ungewöhnliche Wortbildungen, noch dem Sprachgebrauch zuwiderlaufende Zusammensetzungen und Abkürzungen, noch auch Rasuren enthalten.

Obenan muß die Adresse stehen mit der etwaigen Angabe über die Art der Weiterbeförderung der Depesche, dann der Text und am Schluß die Unterschrift des Abfenders mit der etwaigen Beglaubigung folgen. Die Adresse muß den Empfänger und den Bestimmungsort so deutlich bezeichnen, daß in beiden Beziehungen Zweifel nicht entstehen können. Die Folgen ungenauer Adressirung sind vom Abfender zu tragen. Derselbe kann eine nachträgliche Vervollständigung der Adresse nur gegen Aufgabe und Bezahlung einer neuen Depesche beanspruchen.

Es ist dem Abfender einer Depesche gestattet, seiner Unterschrift eine beliebige Beglaubigung beifügen zu lassen.

§. 7. Sattungen der Depeschen.

Die Depeschen zerfallen rücksichtlich ihrer Behandlung in folgende Sattungen:

- I. Staatsdepeschen, d. h. Depeschen, welche von dem Staats-Oberhaupt und den Regierungs-Organen der dem Verein angehörigen Staaten ausgehen, oder denen die Bevorzugung der Staatsdepeschen anderweit vertragsmäßig eingeräumt worden ist.
- II. Dienstdepeschen.
- III. Privatdepeschen.

§. 8. Besondere Bestimmungen für Staatsdepeschen.

Staatsdepeschen können in beliebiger Sprache, auch chiffrirt, aufgegeben werden.

Sie müssen als Staatsdepeschen bezeichnet und durch Siegel oder Stempel als solche beglaubigt sein.

§. 9. Besondere Bestimmungen für Privatdepeschen.

Bei Privatdepeschen ist die Fassung in deutscher oder französischer Sprache Regel.

Die Stationen, wo auch die Aufgabe von Depeschen in niederländischer, englischer oder italienischer Sprache gestattet ist, werden besonders namhaft gemacht.

Die Anwendung der Chiffrenschrift ist bei Privatdepeschen ausgeschlossen; dagegen ist die Beförderung der Börsencourse, Waaren-, Getreidepreise u. in klosen Zahlen unter denjenigen Beschränkungen gestattet, welche die einzelnen Vereins-Regierungen etwa Behufs Abwendung von Mißbräuchen für nöthig erachten sollten.

§. 10. Beendigung der Annahme.

Depeschen, welche den vorsehend (§§. 8. u. 9.) angegebenen Erfordernissen nicht entsprechen, können zur Abänderung oder Erneuerung zurückgegeben werden.

§. 11. Zurückweisung.

Privatdepeschen, deren Inhalt gegen die Gesetze verstößt, oder aus Rücksichten des öffentlichen Wohles oder der Sittlichkeit für unzulässig erachtet wird, werden zurückgewiesen.

Die Entscheidung über die Zulässigkeit des Inhalts steht zunächst dem Vorsteher der Aufgabe-Station oder dessen Stellvertreter, und in weiterer Instanz der dieser Station vorgesetzten Central-Verwaltung zu, gegen deren Entscheidung ein Recurs nicht stattfindet.

Erfolgt die Zurückweisung einer Depesche nach deren Annahme, so wird dem Absender sogleich Nachricht davon gegeben.

Bei Staatsdepeschen steht den Telegraphen-Stationen eine Controle der Zulässigkeit des Inhalts nicht zu.

§. 12. Gebühren - Erhebung.

Bei Aufgabe der Depeschen sind sämtliche Telegraphirungs-Gebühren, sowie die Gebühren für die etwaige Weiterbeförderung mittelst Cassetten voraus zu entrichten. Die Gebühren für die Weiterbeförderung durch Post oder Boten können nach Wahl des Aufgebers im Voraus bezahlt oder von den Adressaten eingehoben werden. In letzterem Falle kann die Aufgabe-Station ein entsprechendes Depositum vom Aufgeber verlangen.

§. 13. Grundlagen für die Gebühren - Erhebung.

Die Gebühren für die telegraphische Beförderung werden einerseits durch die Wortzahl der Depeschen, andererseits durch die Entfernung (Zonenzahl) bestimmt.

Den nach den Vorschriften gegenwärtigen Reglements sich ergebenden Gebühren treten bei Depeschen, welche zum Theil auf den Linien von nicht zum Deutsch-Oesterreichischen Telegraphen-Berein gehörigen Verwaltungen befördert werden, die jenen Verwaltungen zuzurechnenden Gebühren in der Höhe der wirklich an dieselben zu zahlenden Beträge hinzu.

Eben so wird bei Depeschen, welche von der letzten Vereins-Station mittelst Eisenbahn-Betriebs-Telegraphen weiter zu befördern sind (§. 5.), die Tage um den Betrag der Gebühren für diese Weiterbeförderung erhöht.

§. 14. Beförderungs - Gebühren.

Die Einheit für die Beförderungs-Gebühren (§. 13.) bildet, je nach der Währung, welche bei der Aufgabe-Station besteht, den Satz von

12 Sgr., 60 Kr. Oesterreichisch, 42 Kr. süddeutsch, 70 Cents Niederländisch, 1 Franc 50 Centimes für die einfache Depesche, bis auf die Entfernung von 10 Meilen (erste Zone).

Eine einfache Depesche ist eine solche, welche nicht mehr als 20 Worte enthält. Für jede folgenden 10 Worte wird jedesmal die Hälfte der Einheitsgebühr mehr erhoben, so daß Depeschen mit 21 bis 30 Worten 18 Sgr. zc., dergleichen mit 31 bis 40 Worten 24 Sgr. zc. u. f. f. kosten.

Die Zonen bestimmen sich durch directe Entfernungen (Luftlinien) in der Weise, daß die ersten 10 geographischen Meilen die erste, die folgenden 15 geographischen Meilen die zweite, die folgenden 20 geographischen Meilen die dritte, und so fort immer die um 5 Meilen vergrößerte Meilenzahl eine weitere Zone bilden.

Die nach Maßgabe der Wortzahl für die erste Zone ermittelte Gebühr steigt jedesmal um denselben Betrag für jede folgende Zone.

Es ergibt sich hiernach folgende Tabelle:

| Entfernung | | Beförderungs - Gebühr für | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
|---------------------|-----------------|--|------|------------------------------|-----------------------------|-------------------------------|---------------|--------------------------------------|------|------------------------------|-----------------------------|-------------------------------|---------------|----|----|----|----|----|----|----|----|----|---|
| nach
Hö-
hen. | nach
Meilen. | eine einfache Depesche von 1 bis 20 Worten | | | | | | Zuschlag für jede folgenden 10 Worte | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | Tbl. | Sgr. | Oester-
reich.
fl. Kr. | Süd-
deutsch.
fl. Kr. | Nieder-
länd.
fl. Cent. | Frei-
Ent. | Tbl. | Sgr. | Oester-
reich.
fl. Kr. | Süd-
deutsch.
fl. Kr. | Nieder-
länd.
fl. Cent. | Frei-
Ent. | | | | | | | | | | |
| I. | bis 10 | — | 12 | — | 60 | — | 42 | — | 70 | 1 | 50 | — | 6 | — | 30 | — | 75 | | | | | | |
| II. | über 10—25 | — | 24 | 1 | 20 | 1 | 24 | 1 | 40 | 3 | — | — | 12 | — | 60 | — | 50 | | | | | | |
| III. | 25—45 | 1 | 6 | 1 | 80 | 2 | 6 | 2 | 10 | 4 | 50 | — | 18 | — | 90 | 1 | 3 | 1 | 5 | 2 | 25 | | |
| IV. | 45—70 | 1 | 18 | 2 | 40 | 2 | 48 | 2 | 80 | 6 | — | — | 24 | 1 | 20 | 1 | 24 | 1 | 40 | 3 | — | — | |
| V. | 70—100 | 2 | — | 3 | — | 3 | 30 | 3 | 50 | 7 | 50 | 1 | — | 1 | 50 | 1 | 45 | 1 | 75 | 3 | 75 | — | |
| VI. | 100—135 | 2 | 12 | 3 | 60 | 4 | 12 | 4 | 20 | 9 | — | — | 1 | 6 | 1 | 80 | 2 | 6 | 2 | 10 | 4 | 50 | |
| VII. | 135—175 | 2 | 24 | 4 | 20 | 4 | 54 | 4 | 90 | 10 | 50 | 1 | 12 | 2 | 10 | 2 | 27 | 2 | 45 | 5 | 25 | — | |
| VIII. | 175—220 | 3 | 6 | 4 | 80 | 5 | 36 | 5 | 60 | 12 | — | — | 1 | 18 | 2 | 40 | 2 | 48 | 2 | 80 | 6 | — | — |
| IX. | 220—270 | 3 | 18 | 5 | 40 | 6 | 18 | 6 | 30 | 13 | 50 | 1 | 24 | 2 | 70 | 3 | 9 | 3 | 15 | 6 | 75 | — | |
| X. | 270—325 | 4 | — | 6 | — | 7 | — | 7 | — | 15 | — | — | 2 | — | 3 | — | 3 | 30 | 3 | 50 | 7 | 50 | — |

Anmerkung. Auf den Linien des Staats-Telegraphen tritt vom 1. Januar 1862 ab eine Ermäßigung des Gebühren-Tarifs für die innerhalb des Preussischen Verwaltungs-Bezirks sich bewegende telegraphische Correpondenz in der Art ein, daß für die einfache nicht mehr als 20 Worte zählende Depesche

in der ersten Zone 8 Sgr.,

in der zweiten Zone . . . 16 Sgr.,
in der dritten Zone und darüber hinaus . . . 24 Sgr.
und für jede weitere 10 Worte die Hälfte dieser Einheitsgebühr zur Erhebung kommen.
Das Maximum der Beförderungs-Gebühr einer einfachen Depesche im internen Verlehr beträgt sonach nicht mehr als 3×8 Sgr. = 24 Sgr.

§. 15. Regeln für die Zählung der Worte.

Bei Ermittlung der Wortzahl einer Depesche Behufs der Tarification werden folgende Regeln beobachtet:

- 1) Die Wortzahl wird durch den Gesamtinhalt dessen bestimmt, was vom Absender zum Zwecke der Telegraphirung in das Original der Depesche geschrieben worden ist.

Jedes Wort, welches aus nicht mehr als sieben Sylben besteht, wird als ein Wort gezählt; bei längeren Worten wird der Ueberschuß wieder als ein Wort gerechnet.

- 2) Zusammenge setzte Worte gelten als ein Wort, wenn sie in einem Worte geschrieben sind und die Länge nicht über sieben Sylben hinausgeht.

Sind die einzelnen Theile dagegen getrennt geschrieben — wenn auch durch Bindestriche verbunden —, so gelten sie als eben so viele einzelne Worte. Mit Buchstaben ausgeschriebene Zahlen können in ein Wort zusammen geschrieben werden und unterliegen dann den Bestimmungen für die Zählung einfacher und zusammenge setzter Worte. Ausgeschriebene Bruchtheile sind von den Zahlen zu trennen und werden besonders gezählt. Zahlenangaben, welche in französischer Sprache mit Buchstaben ausgeschrieben sind, werden als so viele Worte tarirt, als erforderlich sind, um sie auszusprechen, und dürfen in französischen Depeschen dergleichen aus mehreren Worten bestehende Zahlenausdrücke nie in ein Wort zusammengezogen werden.

- 3) Jedes getrennt stehende Buchstaben- oder Zahlenzeichen, das Zeichen für Schilling (|), für Prozent (%), ferner jedes apostrophirte Wort oder Vorwort werden als ein Wort gezählt. — Zum Worttext der Depesche gehörige Interpunktionszeichen, Apostrophe, Bindestriche, Anführungszeichen, Parenthesen, die Zeichen für den neuen Absatz (Alinea), werden nicht mitgerechnet; dagegen werden die Zeichen für das Unterstreichen sowie alle durch den Telegraphen nicht darstellbare Zeichen, welche daher durch Worte wiedergegeben werden müssen, als Worte berechnet.

- 4) Zahlen, mit Ziffern geschrieben, gelten nur bis zur Summe von fünf Ziffern als ein Wort. Der etwaige Ueberschuß wird bis zur Summe von fünf Ziffern abermals als ein Wort berechnet. Die einer Zahl angehängten, sie als eine Ordnungszahl bezeichnenden Buchstaben, werden als eben so viele Ziffern der Zahl hinzugerechnet. Befinden sich innerhalb selbstständiger Zahlengrößen (Zahlengruppen) Kommata oder Bruchstriche, so werden diese mitgezählt und der Zeichenzahl der betreffenden Gruppe zugerechnet. Die zwischen den einzelnen Zahlengruppen als Trennungsmarkale erscheinenden Zeichen, wozu nur Kommata oder Punkte angewendet werden dürfen, werden nicht mitgezählt.

- 5) Bei schriftlichen Depeschen werden sämtliche als Chiffren benutzte Zahlen und Buchstaben, sowie Kommata und sonstige Zeichen im schriftlichen Texte zusammengezählt, die gefundene Summe wird durch drei getheilt und der Quotient als die für den schriftlichen Text zu tarirende Wortzahl angesehen. Sofern die Theilung durch drei einen Rest läßt, gilt dieser ebenfalls als ein Wort. Der Wortzahl des schriftlichen Textes tritt die Zahl der ausgeschriebenen Worte, nach den gewöhnlichen Regeln berechnet, hinzu.

- 6) Adresse und Unterschrift, ferner die Angabe über die Weiterbeförderung der Depesche von der letzten Telegraphen-Station aus, über bezahlte Rückantwort, und die nach der Unterschrift etwa folgende Beglaubigung werden mitgezählt.

- 7) Worte, Zahlen und Zeichen, welche die Telegraphen-Station selbst der Depesche zum Zwecke des Dienstes hinzufügt, werden nicht mit tarirt.

§. 16. Gebühren- Erhebung.

Die Gebühren- Erhebung erfolgt in der Landesverwaltung derjenigen Verwaltung, welcher die Aufgaben-Station angehört.

Die für die Gebühren- Erhebung maßgebenden Zonen- Verzeichnisse und Tarife liegen bei jeder Telegraphen-Station dem Publikum zur Einsicht auf.

§. 17. Bestimmung des zu benutzenden Weges.

Wenn zur Beförderung der Depeschen sich mehrere Wege darbieten, auf denen die Taxen verschieden sind, so werden die Gebühren nach dem billigsten Wege berechnet, sofern nicht vom Absender die Benützung eines theureren Weges ausdrücklich verlangt wird. Ist der Station bei Ausgabe der Depesche bekannt, daß

der billigste oder der vom Aufgeber bezeichnete Weg wegen Unterbrechung oder Störung der Verbindung, oder wegen Ueberfüllung der Linie nicht sogleich benutzt werden kann, so wird der Aufgeber hiervon in Kenntniß gesetzt und ihm die Wahl eines anderen, offenen Weges überlassen, in welchem Falle die Gebühr für den wirklich zu benutzenden Weg berechnet wird.

Aus dem Umstande, daß bei einer Depesche eine ungewöhnliche oder von der Bestimmung des Absenders abweichende Art der Beförderung stattgefunden hat, kann ein Anspruch auf Erstattung von Telegraphen-Gebühren nicht hergeleitet werden.

§. 18. Gebühren für Weiterbeförderung von Depeschen.

Die Gebühren für die Weiterbeförderung der Depeschen von der letzten Vereins-Station ab, welche bei der Aufgabe erhoben werden, betragen:

- a) Für die Beförderung per Post auf jede Entfernung innerhalb Europas 8 Sgr. = 40 Kr. Oesterreichisch = 28 Kr. süddeutsch = 47 Cents Niederländisch, für welche Gebühr innerhalb der deutschen Postvereins-Staaten (zu welchen das Königreich der Niederlande nicht gehört) die Beförderung und Befestigung als Cypres-Brief erfolgt; nach außereuropäischen Ländern 20 Sgr. = 1 Fl. Oesterreichisch = 1 Fl. 10 Kr. süddeutsch = 1 Fl. 17 Cents Niederländisch.
- b) Für die Beförderung durch Boten bis zu einer Entfernung von 2 Meilen 24 Sgr. = 1 Fl. 20 Kr. Oesterr. = 1 Fl. 24 Kr. süddeutsch = 1 Fl. 40 Cents Niederländisch.
- c) Für die Beförderung durch Eisenbahn-Betriebs-Telegraphen, nach Maßgabe der in den bezüglichen Staaten bestehenden Bestimmungen, ohne Rücksicht auf die Entfernung, 12 Sgr. = 60 Kr. Oesterr. = 42 Kr. süddeutsch = 70 Cent Niederl. für die einfache Depesche von 20 Worten mit Zuschlag der Hälfte dieser Tare für je 10 Worte mehr.
- d) Für die Beförderung durch Boten auf mehr als 2 Meilen oder mittelst Eilasseten die hierfür wirklich erwachsenden Auslagen.

Ist der Betrag der Auslagen für Boten- oder Eilasseten-Beförderung nicht im Voraus bekannt, so ist von dem Aufgeber eine zur Dedung des mutmaßlichen Betrages ausreichende Summe zu deponiren, von welcher der Ueberrest nach 5 Tagen zurückgefordert werden kann. Dieses Depositum soll bei jeder Depesche per Meile betragen 24 Sgr. = 1 Fl. 20 Kr. Oesterr. = 1 Fl. 24 Kr. süddeutsch = 1 Fl. 40 Cents Niederl.

Die Telegraphen-Station, bei welcher die Depesche den Telegraphen verläßt, wird der Aufgabe-Station die Höhe des Betrages der Boten- oder Eilasseten-Gebühr möglichst schnell auf telegraphischem Wege mittheilen, worauf die Abrechnung mit dem Aufgeber über den hinterlegten Betrag sofort erfolgt.

Findet die Bezahlung des Postporto oder der Botengebühr durch den Adressaten statt, so hat dieser nur den wirklichen Betrag der Postgebühr oder des Botenlohns zu entrichten.

§. 19. Depeschen an mehrere Adressaten.

Jede Depesche kann an mehrere Adressaten zugleich gerichtet werden. Ist die Depesche bei einer und derselben Adress-Station für mehrere Adressaten auszufertigen, so tritt der Beförderungs-Gebühr eine Vielfältigungs-Gebühr hinzu.

Diese beträgt für die zweite und jede weitere Ausfertigung je nach der bei der Aufgabe-Station bestehenden Währung:

6 Sgr., 30 Kr. Oesterreichisch, 21 Kr. süddeutsch, 35 Cents Niederländisch.

Ist die Depesche dagegen nach verschiedenen Adress-Stationen zu befördern, so wird dieselbe als so viele einzelne Depeschen behandelt und taxirt, wie Adress-Stationen angegeben sind, in der Weise, daß von der Aufgabe-Station bis zu jeder Adress-Station die volle Beförderungs-Gebühr in Ansatz kommt.

§. 20. Verlangen der Rückantwort.

Dem Aufgeber einer Depesche ist gestattet, bei Aufgabe derselben zugleich die Gebühr für die Rückantwort, unter Festsetzung einer beliebigen Wortzahl, zu hinterlegen.

Die Depesche muß in diesem Falle vor der Unterschrift die Notiz enthalten:

„Antwort bezahlt“

wenn nicht mehr als 20 Worte, und

„Antwort bezahlt“ (z. B. Antwort 30 bezahlt)

wenn mehr als 20 Worte vorausbezahlt werden.

Enthält die Depesche weniger Worte, als wofür die Gebühren bezahlt sind, so hat der Aufgeber keinen Anspruch auf Rückerstattung der erlegten Mehrgebühren. Geschieht die Aufgabe der Antwortdepesche später als 8 Tage nach der Aufgabe der Ursprungsdepesche, oder enthält sie mehr Worte, als bezahlt sind, so ist sie als eine neue Depesche zu betrachten und vom Antwortgeber zu bezahlen. Ist binnen 10 Tagen, vom

Tage der Aufgabe an gerechnet, keine Antwort eingegangen, oder hat der Antwortgeber, wegen Ueberschreitung der Wortzahl, die Antwort-Depesche selbst bezahlt, so kann der Aufgeber der ersten Depesche die von ihm hinterlegte Rückantwort-Gebühr zurückverlangen, hat aber 6 Sgr. = 30 Kr. Oesterreich. = 21 Kr. süddeutsch = 35 Cents Niederländ. zu erlegen.

Noch weitere 5 Tage über die obigen 10 Tage werden für die Rückforderung der hinterlegten Rückantwort-Gebühren gestattet. Wird die anberaumte Frist von 15 Tagen versäumt, so verfallen die hinterlegten Gebühren.

§. 21. Abtelegraphirung.

Bei der Abtelegraphirung wird unter Berücksichtigung der Richtung, in welcher die Depeschen zu befördern sind, die Reihenfolge beobachtet, in welcher sie bei der Station aufgestellt werden oder telegraphisch zu derselben gelangen. Jedoch haben Staatsdepeschen, und unter diesen wieder die Depeschen der Staats-Oberhäupter, der Ministerien und der Gesellschaften, den Vorrang. Hierauf folgen die Privatdepeschen, welche in der Regel nur dringenden Dienstdepeschen nachgesetzt werden.

§. 22. Verfahren bei veränderter Abtelegraphirung.

Wenn sich bei oder nach Aufgabe einer Depesche ergibt, daß deren Abtelegraphirung nicht ohne erheblichen Aufenthalt möglich ist, so wird der Absender hiervon so weit als thunlich in Kenntniß gesetzt und ihm überlassen, die Depesche unter Rücknahme der Gebühren zurückzuziehen.

§. 23. Zurückziehung und Unterdrückung von Depeschen.

Vor begonnener Abtelegraphirung kann jede Depesche zurückgefordert werden, wenn die rückfordernde Person sich als der Absender oder dessen Beauftragter legitimirt und die etwaige Empfangsbeseignung der Station zurückgibt.

Die Gebühren werden in solchem Falle nach Abzug von 6 Sgr., oder von 30 Kr. Oesterreichisch, oder von 21 Kr. süddeutsch, oder von 35 Cents Niederl. erstattet.

Dasselbe tritt insbesondere auch dann ein, wenn der Absender auf der Depesche eine bestimmte Zeit, bis zu welcher dieselbe abtelegraphiren sei, angegeben hat, und diese Zeit nicht innegehalten werden kann.

Hat die Abtelegraphirung einer Depesche bereits begonnen, so kann solche zwar aufgehoben und unterdrückt, aber nicht zurückgefordert, auch kann veranlaßt werden, daß eine bereits abgegangene Depesche nicht bestellt wird, insofern hierzu noch Zeit und Gelegenheit vorhanden ist.

Bei jedem derartigen Verlangen hat sich der Antragsteller als der Absender oder dessen Beauftragter vollständig zu legitimiren.

Für die Aufhaltung und Unterdrückung in der Telegraphirung befindlicher Depeschen wird eine besondere Gebühr nicht erhoben; die gezahlten Gebühren bleiben dagegen verfallen.

Das Verlangen, daß eine bereits abgegangene Depesche nicht bestellt werde, muß mittelst besonderer Depesche des Aufgebers erfolgen, wofür die tarifmäßigen Gebühren zu zahlen sind.

Die erlegten Gebühren für Depeschen, deren Bestellung unterdrückt wird, werden nicht erstattet. Ausländische und besondere Gebühren verfallen stets nur in so weit, als die ausländischen Linien schon berührt worden sind, oder eine Weiterbeförderung Statt gefunden hat.

§. 24. Verfahren bei der Adress-Station.

Die Depeschen werden gleich nach der Ankunft bei der Adress-Station durch wortgetreue Abschrift des ganzen Inhalts ausgefertigt.

Die nach dem Orte selbst gerichteten Depeschen werden in Couverts eingeschlossen, welche die vollständige Adresse der Depesche erhalten, und mit dem Siegel der Station versehen, so schnell als möglich bestellt.

Die nach anderen Orten bestimmten Depeschen werden, je nachdem sie durch Vermittelung von Eisenbahn-Betriebs-Telegraphen oder durch die Post als Expresbrief, durch Glasfette oder durch expresse Boten weiter zu senden sind, mit möglichster Beschleunigung den Eisenbahn-Betriebs-Telegraphen übergeben oder der Weiterbeförderung in der letztgenannten Weise zugeführt.

Wenn der Adressat seinen Aufenthaltsort verändert hat, so werden demselben für ihn anlangende Depeschen an den neuen Adressort nachtelegraphirt, wenn er in einer bei der betreffenden Telegraphenstation niederzulegenden schriftlichen Erklärung das Verlangen der Nachsendung ausdrücklich ausgesprochen hat. Zur Deckung der entfallenden Gebühren kann die Hinterlegung eines entsprechenden Geldebetrages verlangt werden.

§. 25. Bestellung durch Telegraphenboten.

Der Bote hat die Depesche nebst Empfangs-Beseignung ohne Aufenthalt nach der Wohnung, oder

nach dem Geschäftsflokal des Adressaten, oder nach der Post zu bringen und sich bei Abgabe derselben zu überzeugen, daß die richtige Zeit und Unterschrift in die Empfangs-Bescheinigung eingetragen ist.

Dem Voten ist die Annahme von Geschenken untersagt.

Zur Bescheinigung der Abgabe einer Staatsdepesche kann, wenn nicht eine besondere schriftliche Verfügung darüber getroffen ist, nur der Vorstand der betreffenden Behörde, oder in dessen Abwesenheit sein Stellvertreter, oder der diesem im Amte folgende älteste Beamte als berechtigt angesehen werden. Privat-Depeschen können, wenn der Adressat von dem Voten nicht zu Hause angetroffen wird, entweder an ein erwachsenes Mitglied seiner Familie oder an dessen Geschäftsgesülßen, Dienerschaft, Gast- oder Hauswirth abgegeben werden, insofern derselbe nicht für derartige Fälle einen besonderen Empfänger der Station schriftlich namhaft gemacht hat. In allen Fällen, wo der Vote den Adressaten nicht selbst antrifft und die Depesche einem Andern ausshändigt, so hat der Letztere in der Empfangs-Bescheinigung seiner eigenen Namens-Unterschrift das Wort „für“ und den Namen des Adressaten beizufügen.

§. 26. Unbestellbare Depeschen.

Un der Unbestellbarkeit einer Depesche und den Gründen der Unbestellbarkeit wird der Aufgabs-Station Beheuf Mitteilung an den Aufgeber telegraphische Meldung gemacht.

Ist eine Depesche unbestellbar, weil der Adressat nicht hat aufgefunden werden können, so wird dieselbe bei der Adress-Station ausgehängt.

Hat sich innerhalb sechs Wochen der Adressat zur Empfangnahme der Depesche nicht gemeldet, so wird solche vernichtet.

Ueber nachträgliche Empfangnahme wird eine dienstliche Mitteilung an die Abgangs-Station nicht erlassen.

§. 27. Garantie.

Die Telegraphen-Verwaltungen leisten für die richtige Ueberkunft der Depeschen oder deren Ueberkunft und Zustellung innerhalb bestimmter Frist keinerlei Garantie, und haben Nachtheile, welche durch Verlust, Verstümmelung oder Verspätung der Depeschen entstehen, nicht zu vertreten.

Für Depeschen, welche verloren gehen, oder in einer Art verstümmelt werden, daß sie erweislich ihren Zweck nicht erfüllen können, oder welche später in die Hände der Adressaten gelangen, als dies — die gleiche Adressirung vorausgesetzt — durch Vermittelung der Post hätte der Fall sein müssen, werden die gezahlten Gebühren erstattet, sofern deren Reclamation innerhalb 6 Monaten vom Tage der Aufgabe der Depesche ab erfolgt.

Die Erstattung der Gebühren für verlorene, verstümmelte oder verspätete Depeschen kann versagt werden, wenn der Verlust, die Verstümmelung oder die Verspätung durch den Eisenbahn-Betriebs-Telegraphen oder auf nicht vereinsländischen Linien vorgekommen ist. Die betreffende Vereins-Verwaltung wird sich jedoch auch im letzteren Falle bei der auswärtigen Verwaltung für Rückerstattung der Gebühren verwenden.

Verzögerungen, welche bei Weiterbeförderungen mittelst Post, Eilafette oder Expressboten eingetreten sind, begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung der Gebühren.

§. 28. Nachzahlung und Rückerstattung von Gebühren.

Gebühren, welche für beförderte Depeschen irrtümlich zu wenig erhoben worden sind, hat der Absender auf Verlangen nachzuzahlen; ebenso die nicht im Voraus bezahlten Gebühren für Weiterbeförderung mittelst Post oder Voten nach den für die Vorausbezahlung fixirten Beträgen im Falle der Unbestellbarkeit oder verweigerten Annahme eines Telegramms.

Die Verweigerung der Zahlung von Weiterbeförderungs-Gebühren durch den Adressaten wird der Verweigerung der Annahme des Telegramms gleich erachtet.

Irrtümlich zu viel erhobene Gebühren werden demselben nachträglich erstattet.

(90) Die Ausreichung neuer Dividendenscheine zu den Bankantheilscheinen betr.

Zu den Bankantheilscheinen sollen neue Dividendenscheine für die fünf Jahre 1862 bis 1866 einschließlich ausgereicht werden. Die Eigenthümer der Bankantheilscheine werden daher aufgefordert, diese (ohne den letzten Dividendenschein) mit einem doppelten Verzeichnisse derselben in dem Zeitraume vom 15. April bis 30. Mai 1862 in den Vormittagsstunden jedes Werktages von 9 bis 12 Uhr der Hauptbankkassse zu Berlin persönlich oder durch einen Dritten zu übergeben. Das mit eingzureichende doppelte Verzeichniß muß, in beiden Exemplaren, die Nummern der Bankantheilscheine einzeln nach deren Reihenfolge, die Stückzahl, bei jedem Stücke den Namen des eingetragenen Eigenthümers enthalten und von dem Eigenthümer mit Bemerkung seines Standes und Wohnorts deutlich unterschrieben sein. Die Hauptbankkassse bezieht auf

dem Verzeichniß-Duplicat den Empfang der Bankantheilscheine und giebt dasselbe dem Ueberbringer sofort zurück. Die Bankantheilscheine werden mit den neuen Dividendenscheinen von der Hauptbankkassse womöglich sogleich, spätestens aber am nächsten Werttage gegen Rückgabe des Verzeichniß-Duplicats und die darunter zu lesende Quittung ausgehändigt. Die Bank behält sich zwar das Recht vor, die Gültigkeit dieser Quittungen zu prüfen, übernimmt jedoch keine Verpflichtung dazu. Diejenigen Inhaber von Bankantheilscheinen, welche die neuen Dividendenscheine nicht bei der Hauptbankkassse in Berlin, sondern entweder bei dem Bankdirectorium zu Breslau, oder bei einem Bankcomtoir, oder einer Bankcommandite in den Provinzen in Empfang nehmen wollen, haben dies in dem vorgezeichneten Zeitraum vom 15. April bis 30. Mai 1862 bei von ihnen gewählten Provinzial-Bankstelle mit genauer Angabe der Nummern ihrer Bankantheilscheine (aber ohne deren Beifügung) zu melden. Spätestens 14 Tage nach dem Empfange dieser Meldung wird jede Provinzial-Bankstelle die ihr von hier aus zuzuführenden neuen Dividendenscheine den Präsesanten der betreffenden Bankantheilscheine, ebenso wie es vorstehend für die Hauptbank zu Berlin angeordnet ist, ausreichen. Gedruckte Formulare zu den Verzeichnissen wird die Hauptbankkassse zu Berlin und jede betreffende Provinzial-Bankstelle unentgeltlich verabfolgen.

Sollten übrigens Bankantheilscheine zur Beifügung der neuen Dividendenscheine nicht in der vorstehend bestimmten Art persönlich oder durch einen Dritten übergeben werden, sondern etwa durch die Post oder sonst mit Briefen von außerhalb eingehen, so müssen die Bankantheilscheine den Absendern ohne Weiteres zurückgeschickt werden, da sich die Bankverwaltung dieserhalb in Schriftwechsel nicht einlassen kann.

Berlin, den 15. Januar 1862.

Rönlgl. Preuß. Haupt-Bankdirectorium.

(91) Den Umlauf der alten Banknoten zu 25 und 10 Thlr. betr.

Da von dem am 3. Februar, 13. März und 22. September 1859, sowie am 11. Februar 1860 aufgerufenen alten Banknoten zu 25 Thlr. und 10 Thlr. ein großer Theil noch nicht eingegangen ist, so bringen wir jene Aufforderungen hierdurch mit dem Bemerkten nochmals in Erinnerung, daß der Umlauf der Noten gegenwärtig noch bei allen Regierungen, Haupt- und Bankkassen, vom 1. Mai d. J. ab aber nur bei der Haupt-Bankkassse in Berlin stattfinden kann.

Berlin, den 27. Januar 1862.

Rönlgl. Preuß. Haupt-Bankdirectorium.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Belehrden.

(92) Chausseegeld-Tarif für die Hebestelle bei Trotha auf der Kreischauffee von Trotha nach Blöb.

Nachdem der, von den Kreisständen des Saalkreises ausgeführte Neubau der Chaussee von Trotha nach Blöb in beiden Sectionen vollendet ist, tritt für die Befahrung dieser 3695 Ruthen langen Chausseestrecke die Chausseegeld-Erhebung für zwei Meilen vorläufig an der Hebestelle bei Trotha nach folgendem Tarife ein:

T a r i f

zur Erhebung des Chausseegeldes für 2 Meilen auf der Kreischauffee von Trotha nach Blöb an der Hebestelle bei Trotha.

An Chausseegeld wird entrichtet:

A. vom Fuhrwert einschließlich der Schlitten,

I. zum Fortschaffen von Personen, als: Extraposten, Kutschen, Kaleschen, Kabriciolets u. s. w., für jedes Zugthier 2 Sgr.,

II. zum Fortschaffen von Lasten:

1) von beladenen, d. h. von solchen, worauf sich außer dessen Zubehör und außer dem Futter für höchstens 3 Tage an andern Gegenständen mehr als zwei Zentner befinden, für jedes Zugthier 2 Sgr.,

2) von unbeladenen:

a) Frachtwagen, für jedes Zugthier 1 Sgr. 4 Pf.,
b) gewöhnliches Landfuhrwerk und Schlitten, für jedes Zugthier 8 Pf.,

B. von unangespannten Thieren:

I) von jedem Pferde, Maulthiere oder Maulesel mit oder ohne Reiter oder Last 8 Pf.,

II. von jedem Stüd Rindvieh oder Esel 4 Pf.,

III. von je 6 Fohlen, Kälbern, Schaaßen, Lämmern, Schweinen, Ziegen 4 Pf.,

Weniger als fünf der vorstehend zu III. gedachten Thiere sind frei.

Befreiungen.

Chausseegeld wird nicht erhoben:

- 1) von Pferden und Maulthierern, welche den Hofhaltungen des königlichen Hauses oder den königlichen Gestüten angehören;
- 2) von Armeefuhrwerken und von Fuhrwerken und Thieren, welche Militair auf dem Marsche bei sich führt, von Pferden, welche von Officieren oder in deren Kategorie stehenden Militairbeamten im Dienst und in Dienstuniform geritten werden, ingleichen von den unangelegenen etatsmäßigen Dienstpferden der Officiere, wenn dieselben zu dienstlichen Zwecken die Officiere begleiten oder besonders geführt werden, jedoch im letzteren Falle nur, sofern die Führer sich durch die von der Regierung ausgestellte Marschroute oder durch die von der oberen Militairbehörde ertheilte Ordre ausweisen;
- 3) von Fuhrwerken und Thieren, deren mit Freikarten versehene öffentliche Beamte auf Dienststreifen innerhalb ihrer Geschäftsbezirke oder Pfarren bei Amtsverrichtungen innerhalb ihrer Pfarre sich bedienen;
- 4) von ordinären Posten, einschließlich der Schnell-, Carriol- und Reitposten nebst Beiwagen, ingleichen von öffentlichen Courieren und Eilasseten und von allen von Postbeförderungen leer zur- und abfahrenden Wagen und Pferden;
- 5) von Fuhrwerken und Thieren, mittelst deren Transporte für unmittelbare Rechnung des Staats geschehen, auf Vorgehung von Freipässen, von Vorspannfuhren auf der Hin- und Rückreise, wenn sie sich als solche durch die Befestigung der Ortsbehörde, ingleichen von Lieferungsuhren, ebenfalls auf der Hin- und Rückreise, wenn sie sich als solche durch den Fuhrbefehl ausweisen;
- 6) von Feuerlöschungs-, Kreis- und Gemeine-Hilfsfuhren, von Armen- und Arrestantenfuhren;
- 7) a. von Fuhren mit thierischem Dünger (Stallwägen, Mist);
b. von Wirtschaftsvieh und von Vieheschlachtungen und Erntefuhren, einschließlich der Fuhren mit Alche, Gyps, Kalk u. s. w. zur Düngung in der Gemeinde- oder Gutsfelddarm, wo die Hebestelle liegt, sowie von und zu den in dieser Feldmark belegenen Grundstücken oder Weiden auswärtiger Besitzer;
c. von Fuhren mit Baumaterialien zum eigenen Bedarf und mit Brennmaterialien zum eigenen Heizungs- und gewöhnlichen landwirtschaftlichen Bedarf — einschließlich desjenigen für die mit der Landwirtschaft verbundenen Brau- und Brennerien, insofern diese Brau- und Brennmaterialien-Fuhren mit eigenem Gelpann oder durch Frohndienste verrichtet werden — in der Gemeinde- oder Gutsfelddarm, wo die Hebestelle liegt;
- 8) von Kirchen- und Leichenfuhren innerhalb der Pfarre;
- 9) von Fuhrwerken, die Chausseebaumaterialien anfahren, sofern nicht durch den Minister der Finanzen und des Handels Ausnahmen angeordnet werden.

Zugleich werden die zusätzlichen Strafbestimmungen zum Chausseegeld-Tarif vom 29. Februar 1840 (Gef. S. 5. 97.) auf die gedachte Chaussee für anwendbar erklärt, und der für die erste Section der letzteren durch unsere Amtsblatts-Verordnung vom 28. November 1859 (Amtsblatt S. 368.) sub II. publicirte Chausseegeld-Tarif hiermit aufgehoben.

Merseburg, den 31. Januar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(93) Verpachtung der Domaine Eistwerda.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 8. October v. J. bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die im Kreise Liebertwerda bei der Stadt Eistwerda belegene königliche Domaine Eistwerda von Johannis 1862 ab anderweitig im Wege öffentlicher Licitation verpachtet werden soll und zwar in 3 verschiedenen Pachtungen, nämlich:

- 1) das Vorwerk Krauschütz mit der Schäferlei Kraupa und dem Weinberge zu Biela und mit einem Gesamtareal von 1061 Morgen 25 Ruthen, worunter 628 Mrg. 61 QM. Ader, 200 Mrg. 160 QM. Wiesen, 119 Mrg. 113 QM. zu Wiesen geeignete Hutung und 21 Mrg. 57 QM. an Weinbergen enthalten sind, auf 18 Jahre bis Johannis 1880,
- 2) das Vorwerk Reisdamm mit einem Areal von 396 Mrg. 98 QM., worunter 43 Mrg. 151 QM. Ader und 251 Mrg. 143 QM. Wiese enthalten sind, auf 6 Jahre bis Johannis 1868,
- 3) das Vorwerk Oberbuschhaus mit einem Areal von 364 Mrg. 34 QM., worunter 136 Mrg. 65 QM. Ader, 197 Mrg. 49 QM. Wiesen enthalten sind, gleichfalls auf 6 Jahre bis Johannis 1868.

Zu der Pachtung von Krauschütz gehört ein unverzinsliches Geld-Inventarium von 2000 Thlr. Das Pachtgelder-Minimum ist für Krauschütz, Kraupa und den Bielaer Weinberg auf 1400 Thlr., für Reisdamm auf 300 Thlr., für Oberbuschhaus auf 400 Thlr. pro Jahr festgesetzt, die Pachtcaution für

Krauschütz zc. auf 1000 Thlr., für Reisdamm und Oberbuschhaus auf den Betrag des halben jährlichen Pachtzinses.

Pachtbewerber müssen, um zum Bieten zugelassen zu werden, zuvor den Nachweis eines disponiblen Vermögens für Krauschütz zc. zum Betrage von wenigstens 9000 Thlr., für Reisdamm zum Betrage von wenigstens 1200 Thlr., für Oberbuschhaus zum Betrage von wenigstens 1600 Thlr. führen.

Die Auktions-Termine sollen im Casshofs des Herrn Huth zu Eßterwerda und zwar für Krauschütz zc. am 6. März d. J., für Reisdamm am 7. März d. J., für Oberbuschhaus am 8. März d. J. abgehalten werden und an jedem dieser Tage um 10 Uhr Vermittags beginnen.

Pachtschlüsse werden zu diesen Terminen mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verpachtungs-Bedingungen und die Regeln der Auktion mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich in unserer Domainen-Registratur und bei den gegenwärtigen Pächtern der Domäne Eßterwerda, Herrn Amtsrath Hübner und Herrn Amtmann Hübner zu Krauschütz, in unserer Domainen-Registratur außerdem auch die betreffenden Karten und Vermessungs-Register eingesehen werden können.

Merseburg, den 16. Januar 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten.

(91) Die Bestellung von Markscheyern für die Geshwornen-Reviere der Provinz Sachsen betr.

Unter Bezugnahme auf unsere in Nr. 38. dieses Amtsblattes — Jahrgang 1861 — enthaltene Bekanntmachung vom 16. September v. J., die Auflösung der Königlichen Bergämter zu Eisleben und Halberstadt und die Bildung der Geshwornen-Reviere in der Provinz Sachsen betreffend, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß wir vorbehaltlich etwaiger späterer Abänderungen von jetzt ab

- 1) die beiden Reviere östlich und westlich Halle dem Königlichen Markscheider **Zierbogel** zu Halle als Geschäftskreis überwiesen,
- 2) für die fünf Reviere südlich und nördlich Eisleben, Pettefledt, Dürrenberg und Weissenfels die beiden Markscheider **Liebenam** und **Summckenberg** II. concessionirt haben, von denen der Erstere — wie bisher — in Eisleben wohnen, der Letztere dagegen seinen Wohnsitz in Weissenfels nehmen wird.

Für das Revier Groß-Ramsdorf, in welchem bisher der Königliche Ober-Berggeschworne **Spengler** in Groß-Ramsdorf die Markscheiderarbeiten verrichtet hat und für die Reviere Oschersleben, Schönstedt und Aschersleben, für welche die beiden Markscheider **Bock** in Aschersleben und **Summckenberg** I. in Halberstadt bereits früher concessionirt worden sind, bleiben diese Verhältnisse auch ferner bestehen und wird nur noch bemerkt, daß mit der Ausführung der Markscheiderarbeiten in dem Bezirke des Gräflich Stolbergischen Gemeinschafts-Bergamtes zu Stelberg a. H. bis auf Weiteres der Markscheider **Kirchhoff** daselbst beauftragt worden ist.

Halle, den 21. Januar 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

(92) Das Braunkohlen-Bergwerk „Kleiner Wilhelm“ bei Teutschenthal betr.

Daß durch Ministerial-Urtheile vom 14. October 1853 verliehene Braunkohlen-Bergwerk Kleiner Wilhelm bei Teutschenthal ist heut für bergfrei erklärt.

Halle, den 24. Januar 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(93) Landbeskaffaltions-Engelgenheit pro 1862.

Zur Benutzung Seitens der Herren Pferdebesitzer werden an den nachbenannten Orten Beschäler des Königlichen Landgestüts zu Reitz aufgestellt und so abgesandt werden, daß sie die von hier entfernteste Station am 6. Februar erreichen.

Die Beschälzeit wird bis Ende Juni o. dauern; die Deckstunden sind in den Monaten Februar, März und April des Morgens um 8 Uhr, des Nachmittags um 4 Uhr, in den Monaten Mai und Juni dagegen Morgens 7 und Nachmittags 5 Uhr und darf außer dieser Zeit weder eine Stute probirt noch gedeckt werden. Eben so wenig dürfen Stuten, welche alt, schwach, mit Erbfehlern behaftet, an Druse oder sonstigen Krankheiten leidend, oder aus Orten sind, in denen ansteckende Krankheiten unter den Pferden herrschen oder unlängst geherrscht haben, den Beschälern zugeführt werden.

An die Herren Stationshalter, welche der Königlichen Landgestütsklasse für die Sprunggelder aufkommen müssen, sind dieselben bei dem ersten Sprunge zu berichtigen, wogegen der betreffende Stationshalter für jede, von einem Königlichen Beschäler neu zu deckende Stute einen Sprungschein ausstellen wird.

in welchem über das gezahlte Sprunggeld quittirt ist. Erst, nachdem dieser Schein dem Gefüßwörter vorgezeigt worden, ist letzterer befugt, die Stute decken zu lassen. Außerdem sind 5 Sgr. Trinkgeld für den Wärrer und 2½ Sgr. Schreibgebühren für den Deckschein zu zahlen.

Endlich wird noch bemerkt, daß, falls eine Stute bei Gelegenheit der Bedeckung durch den Hengst verletzt werden sollte, Seitens der Gefüß-Verwaltung in keiner Weise irgend eine Entschädigung gewährt werden kann, da die Zuführung von Stuten zu den königlichen Hengsten auf einen Act der freien Uebereinkunft beruht und die Stutenbesitzer selbst bei eigener Verantwortlichkeit darauf zu achten haben, daß vor, während und nach dem Deckacte etwaige Unglücksfälle vermieden werden.

Grätz, den 18. Januar 1862.

Königliche Gefüß-Direction.

Nachweisung

der Beschäftigungsorte im Jahre 1862 im Regierungsbezirk Merseburg.

| Beschäftigung. | | Dasselbst decken Beschäler à | | | | Summa | |
|----------------|----------------|------------------------------|---------|---------|---------|-------|---|
| Kreis. | Ort. | 4 Thlr. | 3 Thlr. | 2 Thlr. | 1 Thlr. | | |
| | | Sprunggeld. | | | | | |
| Torgau. | Grätz. | — | — | 1 | — | 1 | Auf diesen Stationen decken, außer den nebenbezeichneten Hengsten, Hauptbeschäler zu 4 bis 6 Thlr. resp. zu 2 Friedrich'scher Sprunggeld. |
| do. | Döhlen. | — | — | — | 1 | 1 | |
| do. | Repiß. | — | 1 | 3 | — | 4 | |
| do. | Arien. | — | 1 | 3 | — | 4 | |
| do. | Belgern. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Liebenwerda. | Lausiß. | — | — | 2 | 1 | 3 | |
| Schweinitz. | Schweinitz. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Wittenberg. | Preßß. | — | 1 | 2 | — | 3 | |
| do. | Eupß. | — | — | 3 | — | 3 | |
| do. | Brühlß. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Delitzß. | Delitzß. | 1 | — | 2 | — | 3 | |
| Saalkreis. | Beidersee. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Querfurt. | Vedra. | — | 1 | 1 | — | 2 | |
| do. | Leimbach. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Merseburg. | Merseburg. | — | 2 | — | — | 2 | |
| do. | Lützen. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Weissenfels. | Wernsdorf. | — | 1 | 1 | — | 2 | |
| Sangerhausen. | Oberdöblingen. | — | 2 | 1 | — | 3 | |
| do. | Rosla. | — | — | 2 | — | 2 | |
| Raumburg. | Raumburg. | — | — | 2 | — | 2 | |

Personal-Chronik.

(97) Die erledigte evangelische Pfarrstelle an St. Laurentii in der Vernburger und Schloßvorstadt zu Calbe a. d. S. in der Diöces Calbe ist dem bisherigen Predigtamts-Candidaten und Rector in Barth, Johannes **Dufft**, verliehen worden.

(98) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Polzig mit Rädlig in der Diöces Merseburg ist der bisherige Predigtamts-Candidat Hermann Friedrich Julius **Gwallig** berufen und bestätigt worden.

(99) Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle zu Schönebeck in der Diöces Magdeburg ist der bisherige Predigtamts-Candidat August Franz **Winter** berufen und bestätigt worden.

(100) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Donndorf in der Diöces Arnheim ist der bisherige Predigtamts-Candidat Theodor Maximilian **Fischer** berufen und bestätigt worden.

(101) Die in Wittenberg neu errichtete Garnisonpredigerstelle ist dem bisherigen Pastor zu Dirschau, Dr. Carl Heinrich **Gebßer**, verliehen worden.

(102) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Rosla in der Diöces Eupß ist der bisherige Predigtamts-Candidat Carl August **Prädiciow** berufen und bestätigt worden.

(103) Die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Arendsee ist durch den Tod ihres bisherigen Inhabers vacant geworden.

(104) Zu der erledigten Stelle eines evangelischen Adjunctus ministerii an der Schloß- und Domkirche in Merseburg ist der bisherige Predigamt's-Candidat Friedrich August **Frobenius** berufen und bestätigt worden.

(105) Der Predigamt's-Candidat Georg Wilhelm **Schiele** ist an Stelle des nach Queblinburg berufenen Hülfspredigers **Worhauer** zum Hülfsprediger in der Parochie Budau-Fermersleben ernannt worden.

(106) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Bodwiz mit Rüdenberg in der Diöces Elsterwerda ist der bisherige Pfarrer in Dreblau, Diöces Calau, Carl Theodor **Seltmann**, berufen und bestätigt worden.

(107) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Knippelsdorf mit Wiepersdorf und Mehlsdorf in der Diöces Herzberg ist dem bisherigen Predigamt's-Candidaten und Rector in Lützen, Friedrich Franz **Schöbe**, verliehen worden.

(108) Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle in Hohenkirchen in der Diöces Zeitz ist durch das Ableben des Pfarrers **Gaubenreißer** vacant geworden.

(109) Die unter königlichem Patronate stehende Diaconatsstelle in Mansfeld ist durch das Ableben des Diaconus **Gadebusch** vacant geworden.

(110) Die Wahl des königlichen Wasserbau-Inspectors **Cuno** in Torgau als Deichinspectors für den Graditzer, Graunichau-Polbitzer und Plotho-Ammelgohwitzer Elbdeichverband ist bestätigt.

(111) Der seitherige Civil-Supernumerar Dr. Reinhold Eduard **Seidler** ist zum Kreissecretair ernannt worden.

(112) Der seitherige Thierarzt erster Klasse Carl Ferdinand **Schirlig** aus Torgau ist zum Kreis-thierarzt für den aus den landrätlichen Kreisen Zeitz, Naumburg und Weissenfels bestehenden kreisthierärztlichen Bezirk ernannt worden. Der Wohnsitz desselben ist, wie der seines verstorbenen Amtsvorgängers, die Stadt Zeitz.

(113) Die Rector- und erste Knabensekretstelle an der Stadtschule zu Lützen, Privat-Patronats, ist erledigt.

(114) Den königlichen Förstern **Reinhardt** zu Maßlau in der Oberförsterei Schleubitz, **Wrede** zu Schleberode in der Oberförsterei Pödelitz ist höhern Orts das Hirschjägerkoppel von grünem Saffian mit dem Adlerschloß verliehen.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Furt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 7.

Ausgegeben zu Merseburg am 15. Februar 1862.

(115) Das 1. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 13. Januar 1862, enthält unter:
Nr. 5478. Gesetz, betreffend die Errichtung einer Depositenkasse für den Bezirk des Appellationsgerichts Hofes zu Köln. Vom 24. Juni 1861.

Nr. 5479: Verordnung wegen des von der Depositenkasse für den Bezirk des Appellationsgerichts Hofes in Köln zu gewährenden Zinsfußes für die bei derselben zu hinterlegenden Gelder. Vom 28. October 1861.

Das 2. Stück, ausgegeben am 18. Januar 1862:

Nr. 5480. Urkunde, betreffend die Stiftung des Königlichen Kronen-Ordens. Vom 18. October 1861.

Nr. 5481. Urkunde, betreffend die Erweiterung des Königlichen Hausordens von Hohenzollern. Vom 18. October 1861.

Nr. 5482. Allerhöchster Erlaß vom 4. December 1861, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte und die Befugniß zur Erhebung des Chausseegeldes an die Gemeinde Bensberg im Kreise Mühlheim, Regierungsbezirk Köln, bezüglich der von ihr zu bauenden Strecke der Gemeinde-Chaussee von Stump an der Dünnwald-Dabringhausen-Kammerforstheider Bezirksstraße, im Regierungsbezirk Düsseldorf, über Kesselsbühn und Bechem nach Spitze an der Gladbach-Wipperfürther Bezirksstraße, im Regierungsbezirk Köln.

Nr. 5483. Allerhöchster Erlaß vom 4. December 1861, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von der Diesdorf-Niederdolebeener Feldmarksgrenze im Anschluß an die Magdeburg-Diesdorf Chaussee bis zum Dorfe Niederdolebelem im Kreise Wolmirstedt, Regierungsbezirk Magdeburg.

Nr. 5484. Allerhöchster Erlaß vom 16. December 1861, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte und des Rechts zur Chausseegeld-Erhebung an die Gemeinden Brilon, Thülen und Giersbögen im Kreise Brilon, Regierungsbezirk Arnberg, für die chausseemäßige Unterhaltung eines Theils der Arnberg-Weverunger Chaussee zwischen Brilon und Wevelar.

Nr. 5485. Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 16. December 1861, betreffend die Abänderung des §. 24. des Gesellschaftsstatuts der Actiengesellschaft zum Bau der Straße von Weyen nach Aternach und Neuwied vom 8. September 1851. Vom 28. December 1861.

Nr. 5486. Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 16. December 1861, betreffend die Genehmigung der unter der Benennung „Glabbacher Feuerversicherung-Actiengesellschaft“ in Gladbach, Regierungsbezirk Düsseldorf, zu domicilirten Actiengesellschaft zur Versicherung gegen Feuergefahr, Blitzschaden und Explosion. Vom 3. Januar 1862.

Das 3. Stück, ausgegeben am 22. Januar 1862:

Nr. 5487. Privilegium wegen Emission von vier und ein halbprocentigen Prioritäts-Obligationen II. Serie der Rheinischen Eisenbahngesellschaft zum Betrage von drei Millionen Thalern. Vom 30. December 1861.

Das 4. Stück, ausgegeben am 27. Januar 1862:

Nr. 5488. Allerhöchster Erlaß vom 18. November 1861, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts, der fiskalischen Vorrechte und des Rechts zur Chausseegeld-Erhebung an den Kreis Merseburg im Regierungsbezirk Posen für den Bau einer Chaussee von Merseburg bis an die Märkische Grenze bei Paradies.

Nr. 5489. Allerhöchster Erlaß vom 16. December 1861, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Prierosbrud über Gräbendorf in der Richtung auf Groß-Deßen bis zur Königs-Wusterhausen-Buchholzer Chaussee, im Kreise Teltow.

- Nr. 5490. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Teltower Kreises im Betrage von 11,050 Thaler. Vom 16. December 1861.
- Nr. 5491. Allerhöchster Erlaß vom 16. December 1861, betreffend die Errichtung eines Handelsgerichts in Düsseldorf.
- Nr. 5492. Befähigungs-Urkunde, betreffend die Genehmigung zur Erhöhung des Grundcapitals der Gladbacher Actiengesellschaft für Druckeri und Färberei, und Befähigung der Gesellschaftsbeschlüsse vom 7. November 1861. Vom 6. Januar 1862.
- Nr. 5493. Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 30. December 1861, betreffend die Genehmigung der Errichtung der „Berliner Gas-Actiengesellschaft“. Vom 14. Januar 1862.
- Das 5. Stück, ausgegeben am 6. Februar 1862:
- Nr. 5494. Verordnung, betreffend die durch die Einführung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuchs nöthig gewordene Ergänzung der Gesetze über die gerichtlichen Gebühren und Kosten. Vom 27. Januar 1862.
- Nr. 5495. Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung vom 7. Januar 1862, betreffend die mit mehreren Kantonen der Schweiz abgeschlossene Uebereinkunft wegen der Kosten der Verpflegung von erkrankten Angehörigen der contrahirenden Theile. Vom 25. Januar 1862.
- Nr. 5496. Allerhöchster Erlaß vom 13. Januar 1862, betreffend die Ausscheidung der Stadt Reichenbach aus dem Bezirke der für die Stadt und den Kreis Görlitz errichteten Handelskammer.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(116) Die Bekleidung der uniformirten Militair-Begräbniß-Vereine betr.

Des Königs Majestät haben in Erweiterung der für die uniformirten Militair-Begräbniß-Vereine hinsichtlich der Bekleidung der Mitglieder derselben zur Zeit bestehenden Allerhöchsten Festsetzungen unterm 23. November pr. zu genehmigen geruht, daß ferner auch

A. die Mitglieder dieser Vereine

- 1) einen Helm mit weißen Beschlagen, wie solcher in der Armee gebräuchlich, jedoch mit weißen Schuppenketten und statt des Adlers die Namensschiffe des Hochseligen Königs Majestät Friedrich Wilhelm IV. in durchbrochener Arbeit — ähnlich wie solche auf den Apsellappen der Waffenröcke zu tragen gestattet ist — umgeben von einem bandförmigen Metallstreifen mit der Firma des Vereins,
- 2) eine Mütze von der Farbe des Grundtuchs der Waffenröcke, rothwaspoilirt, mit Schirm, Preussischer Rolarde,
- 3) silberne Treppen an Knagen und Aufschlägen der Waffenröcke von beliebigem, jedoch innerhalb eines und desselben Vereins gleichem Muster von halber Breite der in der Armee üblichen Treppen für Infanterie-Untersoldaten, nach Wahl resp. Bestimmung des Vereins, ob sämmtliche oder nur gewisse Kategorien der Mitglieder diese Treppen anlegen haben,
- 4) einen Säbelquast am Hirschfänger von weißer Seide oder Baumwolle; ein Preussischer Offizier-Portepee nur dann, wenn die Mitglieder der gedachten Vereine zum Tragen desselben während ihrer Dienstzeit im Heere berechtigt gewesen sind,
- 5) Bekleider von der Grundfarbe der Waffenröcke, event. mit rothem Paspoil (die bereits bestehenden uniformirten Vereine können die etwa angelegten Bekleider anderer Farbe bis zum 1. Januar 1863 auftragen).

B. die in Offizierstellen gewählten Mitglieder dieser Vereine.

- 6) einen Offizierdegen resp. Säbel nach der Wahl des Vereins,
- 7) ein Portepee von Silber und weißer Seide, ein Preussischer Offizier-Portepee nur dann, wenn die Betreffenden zum Tragen desselben während ihrer Dienstzeit im Heere berechtigt gewesen sind,
- 8) eine Schärpe von Silber, jedoch ohne schwarze Durchwirbelung und mit kleinen — nach Art der Husarenfärbung — vorne zu tragenden Quasten von Silber, außerdem
- 9) die in Hauptmanns- oder Führerstellen der resp. Vereine gewählten Mitglieder zwei weiße Sterne an den Pauletten, endlich

C. die in Feldwebelstellen gewählten Mitglieder dieser Vereine

den sub B. 6. und 7. gedachten Degen resp. Säbel, sowie das Portepee, wie ad 7., anlegen dürfen.

Die nähere Feststellung einer Probe zu den ad 1. und 8. erwähnten Namenszügen resp. Schärpen, sowie zu den Pauletten der Offiziere ist noch zu gewärtigen, dagegen haben Allerhöchstdieselben gleichzeitig zu befehlen geruht, daß das Ablegen der von einigen dieser Vereine angelegten Preussischen Offizierschärpen,

sowie das Ablegen des Portepees von Seiten der zum Tragen desselben nicht Berechtigten sogleich erfolgen muß, wogegen das außer Gebrauch setzen resp. die Veränderung der sonst den vorstehenden, sowie den schon bestehenden allgemeinen Verordnungen über das Tragen militärischer Abzeichen zutwider angelegten Beseitigungs- u. c. Stücke und Abzeichen bis zum 1. Januar 1863 ausgeführt werden darf.

Berlin, den 9. Januar 1862.

Der Minister des Innern.

Graf von Schwerin.

Der Kriegs-Minister.

von Moos.

(117) Die Einlegung der Banknoten à 50 Thlr. betr.

Wir haben beschloffen, die Banknoten à 50 Thlr. aus dem Verkehr zu ziehen und fordern hierdurch auf, dieselben baldigst bei einer der Bankstellen hier oder in den Provinzen in Zahlung zu geben oder gegen andere Banknoten umzutauschen, da vom 1. Mai d. J. ab deren Einlösung nur hier bei der Haupt-Bankstelle erfolgen wird.

Berlin, den 15. Januar 1862.

Königl. Preuss. Haupt-Bank-Directorium.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(118) Statut für die Gemeinde-Kirchenräthe einiger evangelischen Pfarrgemeinden.

Das nachstehende:

Statut

für die Gemeinde-Kirchenräthe der evangelischen Pfarrgemeinden zu Unserer Lieben Frauen,

St. Ulrich und St. Moriz in Halle.

Nachdem durch Allerhöchsten Erlass vom 27. Februar 1860 verordnet ist, daß in allen evangelischen Gemeinden, in welchen für die innern und äußern kirchlichen Gemeinde-Angelegenheiten ein kirchlicher Gemeinde-Vorstand noch nicht besteht, ein solcher unter Leitung und Vorsitz des Pfarrers eingerichtet werden soll, ist solche Einrichtung auch für die unter dem Patronate des dortigen Magistrats stehenden evangelischen Gemeinden zu Halle getroffen und sind, mit Rücksicht auf die darin von Alters her bestehenden Kirchen-Collegien und deren Verfassung, für die evangelischen Gemeinden zu Unserer Lieben Frauen, St. Ulrich und St. Moriz in Halle, die nachstehenden statutarischen Bestimmungen festgesetzt:

1. Bei jeder der genannten Stadtpfarrkirchen wird ein Gemeinde-Kirchenrath auf Grund der Allerhöchsten Erlasse vom 29. Juni 1850 und 27. Februar 1860 eingerichtet, welcher bei jeder Kirche außer den dabei fungirenden Geistlichen aus zwölf gewählten Gemeindegliedern bestehen soll. Die gegenwärtigen Mitglieder der Kirchen-Collegien treten in Gemäßheit des Allerhöchsten Erlasses vom 27. Februar 1860 in die neu zu bildenden Gemeinde-Kirchenräthe als Mitglieder ein und werden deshalb bei der ersten Einrichtung in jeder Gemeinde nur so viel Mitglieder hinzugewählt, daß die Zahl zwölf erfüllt wird.

2. Die ersten und ferneren Wahlen erfolgen nach Vorschrift der Grundzüge einer kirchlichen Gemeinde-Ordnung für die östlichen Provinzen des Landes vom 29. Juni 1850, §. 7. des Allerhöchsten Erlasses vom 27. Februar 1860 und der dazu ergangenen kirchenregimentlichen Instruction. Zur Wählbarkeit wird außer der Gemeinde-Angehörigkeit, dem gesetzlichen Alter, Unbescholtenheit des Rufes und christlichem Leben und Wandel die zur Theilnahme an der kirchlichen Vermögensverwaltung nöthige Fähigkeit und Tüchtigkeit erfordert. Jedes Gemeindeglied, welchem die gehörige Qualification bewohnt, ist, wenn es nicht triftige Entschuldigungsgründe anzuführen vermag, zur Annahme einer Wahl verbunden.

3. Die Mitglieder der bisherigen Kirchen-Collegien bilden mit den dazu zu wählenden als Gemeinde-Kirchenrath ein ungetheiltes Collegium, auf welches alle den bisherigen Kirchen-Collegien zugehörigen Gerechtsame, Befugnisse und Pflichten, ingleichen diejenigen Rechte und Functionen übergehen, welche durch die angeführten neueren Verordnungen den Gemeinde-Kirchenräthen übertragen sind und noch übertragen werden. Insbesondere geht auf die neuen Collegien auch das Recht der Wahl der Geistlichen und Kirchenbedienten in seinen bisherigen Grenzen über.

4. Die Gemeinde-Kirchenräthe stehen unter der Leitung ihres Pfarrers, welcher auch den Vorsitz in den Versammlungen führt. In Verhinderungsfällen wird der Pfarrer dabei von dem zweiten Geistlichen der Gemeinde, resp. von demjenigen Geistlichen vertreten, welcher mit der einstweiligen Wahrnehmung der sonstigen parramillischen Functionen beauftragt ist.

5. Die für die kirchliche Vermögensverwaltung bei den bisherigen Kirchen-Collegien bestandenen Ordnungen werden auf die neuen Gemeinde-Kirchenräthe übertragen und insbesondere die Ämter des Ober-Kirchpaters (Seniors) und des Kirchen-Vorstehers (Rebanten) mit ihren wesentlichen Functionen

Beibehalten. Die gegenwärtig im Amte stehenden Ober-Kirchväter und Kirchenvorsteher verbleiben in ihren Aemtern, welche in künftigen Erledigungsfällen durch Wahl der Gemeinde-Kirchenräthe aus der Mitte ihrer weltlichen Mitglieder bezeugt werden. Sie haben in den Versammlungen des Collegii den Vortrag für die Angelegenheiten ihrer besonderen Functionen, insonderheit die Ober-Kirchväter den Vortrag bei allen Berathungen und Beschlüssen über Ankauf, Veräußerung, Verpfändung oder Belastung, Vermietung oder Verpachtung von Kirchengrundstücken, Einziehung, Ausleihung oder Verpfändung von Capitalien, Aufnahme von Schulden, Repartition von Gemeinde-Beiträgen und Führung von Processen. (Allg. L. R. II. 11. §§. 219. 227. 629. 637. 645. 650. 668. 720. 741.).

6. Die Geistlichen enthalten sich der Theilnahme an den Beschlüssen der Gemeinde-Kirchenräthe, wenn sie dabei persönlich oder mit ihren Dotationen, Amtswohnungen oder Pensionen interessirt sind, ingleichen wenn es sich um die Wahl eines Amtsgenossen handelt. In diesen Fällen wird die Leitung der Verhandlungen auf den Ober-Kirchvater übertragen.

Eine Ausnahme findet hiervon nur dann statt, wenn es sich um die Besetzung der Diaconate handelt, welche verfassungsmäßig nicht ohne Theilnehmung der Pfarrrer erfolgen soll. (Halle'sche Kirchenordnung v. Jahre 1541 Cap. XV.).

7. Die Gerechtigkeit des Magistrats als Patron der genannten Kirchen werden durch dieses Statut nicht berührt, vielmehr verbleiben denselben die ihm rechtlich zustehenden Befugnisse den neuen Gemeinde-Kirchenräthen gegenüber ebenso, wie sie ihm den bisherigen Kirchen-Collegien gegenüber zugestanden haben.

Vorstehendes, von dem Königl. Consistorium der Provinz Sachsen nach Anhörung der Betheiligten festgestellte Statut wird hierdurch auf Grund des §. 2. der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 27. Februar 1860 (Gef. S. S. 90.) im Einvernehmen mit dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten bestätigt. Berlin, den 16. Januar 1862.

wird hiernit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 28. Januar 1862.

Königliches Consistorium der Provinz Sachsen.

(119) Die Verwaltungs-Resultate der Landesstiftung als Nationalbank zur Unterstützung der vaterländischen Veteranen.

Nach dem uns vorliegenden Jahresberichte der allgemeinen Landesstiftung als Nationalbank zur Unterstützung der vaterländischen Veteranen und invaliden Krieger in Preußen für das Jahr 1860 betragen die Einnahmen der Stiftung im Jahre 1860. 96,935 Thlr. 19 Sgr. 9 Pf.

Davon sind

- | | |
|---|----------------------------|
| 1) an lebenslänglich fortdauernden Unterstützungen zu 1, 2, 3 Thlr. monatlich | 26,909 Thlr. 16 Sgr. 1 Pf. |
| 2) an einmaligen Unterstützungen | 45,811 " 28 " 8 " |
| 3) für verabreichte Naturalien, Beköstigung etc. | 3,088 " 24 " 9 " |

zusammen also 75,810 Thlr. 9 Sgr. 6 Pf.

verwendet worden.

Der am Schlusse des Jahres 1860 verbliebene disponible Cassen- und Vermögensbestand betrug 190,323 Thlr. 27 Sgr.

Wir machen vorstehende Verwaltungs-Resultate mit der Bitte bekannt, daß der vorgenannten sehr segensreichen Stiftung auch in unserem Verwaltungsbezirke mehr und mehr Theilnahme zugewendet werden möge. Merseburg, den 4. Februar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(120) Die diesjährigen Wahlfähigkeits-Prüfungen bei dem Schullehrer-Seminar in Weissenfels betr.

Der Anfang der diesjährigen Wahlfähigkeits-Prüfungen bei dem Schullehrer-Seminar in Weissenfels ist auf den 31. März d. J. festgesetzt worden.

Die außerhalb des Weissenfeler Seminars vorbereiteten, im Edartsbergauer, Raumburger, Zeitzer, Weissenfeler, Merseburger und Delitzscher Kreise wohnhaften Schülern-Aspiranten haben sich zu dem Ende am 30. März, Nachmittags 2 Uhr, die zur abermaligen Prüfung beschiedenen, zur Zeit in den obgenannten Kreisen angestellten Lehrer am 2. April, Abends 7 Uhr, und die Candidaten der Theologie und deselben Literaten, welche ihre Universitäts-Studien beendet haben am 3. April, Abends 7 Uhr, bei dem Seminar-Director Kreisfel in Weissenfels zu melden.

Im Uebrigen wird auf die Bekanntmachung im Amtsblatte vom Jahre 1838 St. 3. S. 19. verwiesen. Merseburg, den 8. Februar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(121) Verachtung der Domaine Elsterwerda.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 8. October v. J. bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die im Kreise Liebenwerda bei der Stadt Elsterwerda belegene Königl. Domaine Elsterwerda von Johannis 1862 ab anderweitig im Wege öffentlicher Licitation verpachtet werden soll und zwar in 3 verschiedenen Pachtungen, nämlich:

- 1) das Vorwerk Krauschütz mit der Schäferlei Kraupa und dem Weinberge zu Biela und mit einem Gesamtareal von 1061 Morgen 25 A. Ruthen, worunter 628 Mrg. 61 A. Ader, 200 Mrg. 160 A. Wiesen, 119 Mrg. 113 A. zu Wiesen geeignete Pflanzung und 21 Mrg. 57 A. an Weinbergen enthalten sind, auf 18 Jahre bis Johannis 1880,
 - 2) das Vorwerk Reisdamm mit einem Areal von 396 Mrg. 98 A., worunter 43 Mrg. 151 A. Ader und 251 Mrg. 143 A. Wiese enthalten sind, auf 6 Jahre bis Johannis 1868,
 - 3) das Vorwerk Oberbuschhaus mit einem Areal von 364 Mrg. 34 A., worunter 136 Mrg. 65 A. Ader, 197 Mrg. 49 A. Wiesen enthalten sind, gleichfalls auf 6 Jahre bis Johannis 1868.
- Su der Pachtung von Krauschütz gehört ein unverzinsliches Geld-Inventarium von 2000 Thlr. Das Pachtgelder-Minimum ist für Krauschütz, Kraupa und den Bielaer Weinberg auf 1400 Thlr., für Reisdamm auf 300 Thlr., für Oberbuschhaus auf 400 Thlr. pro Jahr festgesetzt, die Pachtcaution für Krauschütz zc. auf 1000 Thlr., für Reisdamm und Oberbuschhaus auf den Betrag des halben jährlichen Pachtzinses.

Pachtbewerber müssen, um zum Bieten zugelassen zu werden, zuvor den Nachweis eines disponiblen Vermögens für Krauschütz zc. zum Betrage von wenigstens 9000 Thlr., für Reisdamm zum Betrage von wenigstens 1200 Thlr., für Oberbuschhaus zum Betrage von wenigstens 1600 Thlr. führen.

Die Licitationen-Termine sollen im Gasthose des Herrn Gutb zu Elsterwerda und zwar für Krauschütz zc. am 6. März d. J., für Reisdamm am 7. März d. J., für Oberbuschhaus am 8. März d. J. abgehalten werden und an jedem dieser Tage um 10 Uhr Vormittags beginnen.

Pachtlustige werden zu diesen Terminen mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verpachtungs-Bedingungen und die Regeln der Licitation mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich in unserer Domainen-Registratur und bei den gegenwärtigen Pächtern der Domaine Elsterwerda, Herrn Amtsrath Hübler und Herrn Altmann Hübler zu Krauschütz, in unserer Domainen-Registratur außerdem auch die betreffenden Karten und Vermessungs-Register eingesehen werden können.

Merseburg, den 16. Januar 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern und Domainen und Forsten.

(122) Eine Aenderung des Wahl- und Schlichter-Regulativs der Stadt Merseburg betr.

Der Thor-Controlstelle am St. Gotthardthore zu Merseburg ist vom 1. I. M. ab die Befugniß ertheilt worden, die Steuer von den in den Stadtbezirk von Merseburg eingehenden mahl- und schlachtsteuerpflichtigen Gegenständen zu erheben, wenn deren Gewicht drei Centner nicht übersteigt. Die Thor-Controlstelle wird daher dergleichen Gegenstände nur bei einem Gewichte von mehr als drei Centnern künftig dem Steueramte in Merseburg zur Abfertigung überweisen. Unter Bezugnahme auf die hierdurch eine Abänderung erleidenden Vorschriften in den §§. 98. und 99. des Regulativs zur Erhebung zc. der Mahl- und Schlachtsteuer in Merseburg vom 16. Juni 1844 — Ertrablatt zum 26. Stücke des Regierungs-Amtsblatts für 1844 — wird dies zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 1. Februar 1862.

Der Geheime Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuerdirector. v. Jordan.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(123) Vorlesungen an der Königl. Preuss. landwirthschaftlichen Academie zu Poppelndorf bei Bonn.

Im Sommerhalbjahr 1862 werden an der landwirthschaftlichen Academie zu Poppelndorf folgende Vorlesungen gehalten:

Einleitung in die landwirthschaftlichen Studien; specieller Ackerbau; landwirthschaftliche Geräthe- und Maschinenkunde; Güter-Abzählungslehre; Bodenkunde und Anleitung zum Bonitiren: Director

Dr. **Partenstein.**

Allgemeine Thier- und Rindviehzucht; Wiesenbau; Trodenlegung der Felder: Administrator **Weng.**
Forstwissenschaft; Klimatologie in Beziehung auf Land- und Forstwirtschaft: Dr. **Bonhausen.**

Weinbau und Gemüsebau: Garteninspector **Sinning**.

Physik; organische Chemie; Agricultur-Chemie; praktische Uebungen in analytisch-chemischen Arbeiten im Laboratorium: Prof. Dr. **Fischhorn**.

Allgemeine und ökonomische Botanik; land- und forstwirtschaftliche Insectenkunde, Seiden- und Bienenzucht: Dr. **Sachs**.

Vollwirthschaftslehre: Prof. Dr. **Kaufmann**.

Landesculturgebung: Dr. **Achenbach**.

Landwirthschaftliche Baukunde; Planimetrie und Trigonometrie; Uebungen im Feldmessen und Niveliren: Baumeister **Schubert**.

Acute und Chron. Krankheiten der Hausthiere mit Berücksichtigung der bestehenden veterinär-polizeilichen Gesetzgebung; Pferdezucht und Pferdekennntniß: Departements-Thierarzt **Schell**.

Analytische Chemie: Dr. **Töppler**.

Außerdem: Zeichnenunterricht (Mahzeichnen, Aufnehmen und Zeichnen landwirthschaftlicher Geräthe und Maschinen); landwirthschaftliche Demonstrationen; land- und forstwirtschaftliche sowie botanische Excursionen.

Die Vorlesungen beginnen am 28. April c. gleichzeitig mit den Vorlesungen an der Universität zu Bonn. Auf betreffende Anfragen wegen Eintritts in die Academie wird der Unterzeichnete nähere Auskunft ertheilen. Pöppelsdorf bei Bonn, im Februar 1862.

Der Director Dr. Hartstein.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(124) Dem Apotheker **Hugo Betten** zu Aachen ist unter dem 15. Januar d. J. ein Patent auf ein durch Beschreibung erläutertes Verfahren, Leim darzustellen, so weit dasselbe als neu und eigenthümlich anerkannt worden ist, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Verfahrenswesen zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(125) Den Fabrikanten **Wilb. Eduard Peiß** und **Ernst August Jäger** zu Elberfeld ist unter dem 17. Januar 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung, Modell und Beschreibung dargestellte mechanische Vorrichtung an Bandmühlensäulen zur Theilung der Kette, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(126) Dem Dr. phil. **Georg Lunge** in Breslau ist unter dem 17. Januar 1862 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Apparat zum Entfetten der Wolle vermittelst Schwefelkohlenstoff, soweit derselbe als neu und eigenthümlich erachtet worden ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(127) Dem Klempnermeister **Friedrich Tradt** zu Dessau und dem Maschinenbauer **W. Müller** zu Bielefeld ist unter dem 17. Januar 1862 ein Patent auf eine Maschine zum Trocknen der Wolle in der durch Beschreibung, Zeichnung und Modell nachgewiesenen Zusammenfassung, ohne Andere in der Anwendung bekannter Theile dieser Maschine zu beschränken, auf vier Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(128) Dem Fabrikanten **Wilhelm Horemann** zu Berlin ist unter dem 22. Januar 1862 ein Patent auf eine in Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erkannte Glätt-Vorrichtung an Widelmachines für Floretseide, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(129) Dem Steuer-Supernumerar **W. Ballerstedt** in Köln ist unter dem 24. Januar 1862 ein Patent auf einen Control-Apparat für Branntweinbrennereien in seiner ganzen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(130) Dem Fabrikanten **Julius Casaraghi** in Leipzig ist unter dem 29. Januar 1862 ein Patent auf einen in seiner Zusammenfassung für neu und eigenthümlich erkannten Webstuhl, ohne Jemand in der Benutzung der bekannten Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(131) Das dem Ingenieur **Hermann Kubst** aus Wernigerode, zur Zeit in Halle a. d. S., unter dem 3. Mai 1860 ertheilte Patent auf eine Centrifugal-Trockenmaschine mit selbstthätiger Zuführung von edwärmtter Luft in der durch Zeichnung dargelegten ganzen Zusammenfassung ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(132) Von den königlichen Consistorio der Provinz Sachsen sind im 4. Quartale 1861 die Candidaten der Theologie:

1) Friedrich Wilhelm Hermann **Beher**, gebürtig aus Weissenfee; 2) Otto Heinrich **Eltingstein**, geb. aus Giesleben; 3) Karl Albert Louis **Göddike**, geb. aus Aden; 4) Friedrich Wilhelm Andreas **Hellmund**, geb. aus Geseleben; 5) Friedrich Hermann Otto **Leist**, geb. aus Magdeburg; 6) Johann Friedrich Alexander **de le Roi**, geb. aus Märtisch Friedland; 7) Karl August **Leidenroth**, geb. aus Nöthenien; 8) Hermann Oscar **Prode**, geb. aus Ermsleben; 9) Friedrich Wilhelm **Holzhausen**, geb. aus Egein; 10) Julius Albert Otto **Küstermann**, geb. aus Gersa; 11) Karl Friedrich Ludwig **Nottrott**, geb. aus Oppershausen; 12) Ernst Rudolph Theodor **Schmidt**, geb. aus Halle a. d. S.; 13) Friedrich Theodor Albert **Diethold**, geb. aus Schmlera; 14) August Ferdinand Karl **Heinrich**, geb. aus Hallsberg; 15) August Andreas Jacob **Kolli**, geb. aus Wolmirstedt; 16) Wilhelm Theodor **Jericke**, geb. aus Wittenberg; 17) Karl August Josias **Schindler**, geb. aus Stendal; 18) Friedrich Wilhelm Hermann **Schnitz**, geb. aus Halle a. d. S.; 19) Gustav Eduard **Sperber**, geb. aus Merseburg; 20) Adolph Christian Emil **Wedenstedt**, geb. aus Belsitz; 21) Johannes Franz Waldeemar **Wilke**, geb. aus Rothenburg.

pro ministerio geprüft und mit Befähigungs- u. Zeugnissen versehen worden.

(133) Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem Pfarrer **Sasemann** in Jmma, Diöces Torgau, zu seinem fünfzigjährigen Amtsjubiläum den rothen Adlerorden 4. Klasse zu verleihen.

(134) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Gref. Schwarzfelsen in der Diöces Tangermünde ist der bisherige Pastor in Klein-Schwechten, Johann Christian **Willing**, ernannt und befristet worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Klein-Schwechten, Diöces Stendal, ist Privat-Patronats.

(135) Das unter königlichem Patronate stehende Pfarramt zu Kneiburg ist durch den Tod des Pfarrers und Superintendents Dr. **Vollmann** zur Erledigung gekommen.

(136) Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle in Wegendorf in der Diöces Querfurt ist durch das Ableben des Pfarrers **Walther** vacant geworden.

(137) Dem Hülfslehrer **Bleichschmidt** ist die dritte ordentliche Lehrerstelle am königlichen Schullehrer-Seminar zu Elsterwerda verliehen worden.

(138) In der Grafschaft Stolberg-Rosla sind zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern gewählt und verpflichtet worden:

für den I. Bezirk Rosla: der Glasermeister **Kiebitz** in Rosla zum Stellvertreter;

für den II. Bezirk Quessenberg: der bisherige Schiedsmann, Ortschulze **Steinkopf** in Quessenberg zum Schiedsmann, der Deconom **Giesler** daselbst zum Stellvertreter;

für den III. Bezirk Ustrungen: der bisherige Schiedsmann, Deconom **Busch** in Breitung zum Schiedsmann, der bisherige Stellvertreter, Maurermeister **Reus** daselbst zum Stellvertreter.

(139) In der Grafschaft Stolberg-Rosla sind zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern gewählt und verpflichtet worden:

für den IV. Bezirk Breitenstein: der Adersmann **Sahnmann** in Breitenstein zum Schiedsmann, der Leintwebermeister **Chrig** daselbst zum Stellvertreter;

für den V. Bezirk Herrmannsacker: der bisherige Schiedsmann, Ortschulze **Gropengießer** in Herrmannsacker zum Schiedsmann, der Gerichtschöppe **Steincke** daselbst zum Stellvertreter.

(140) Im Edartsbergaeer Kreise sind zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern gewählt und verpflichtet worden:

für die Stadt Vibra: der Kaufmann **Hildebrandt** zum Schiedsmann, der Mühlenbesitzer **Kirchner** zum Stellvertreter;

für die Stadt Edartsberga: der bisherige Schiedsmann, Bürgermeister **Bieling** zum Schiedsmann, der Magistrats-Meßer **Kurze** zum Stellvertreter.

(141) Für die Stadt Cölleda ist der bisherige Schiedsmann, Bürgermeister und Polizei-Amtmann **Gottlüber** zum Schiedsmann und der bisherige Stellvertreter, Kaufmann **Bretschneider** zum Stellvertreter von Neuem gewählt und verpflichtet worden.

(142) Für die Stadt Hedlungen ist der Bürgermeister **Wörner** zum Schiedsmann und der Rentier **Abasa** zum Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

(143) Für den II. Bezirk (Braunroda) im Edartsbergaeer Kreise ist der bisherige Stellvertreter, Delonom **Steckenberg** in Breleben zum Schiedsmann und der Freigutsbesitzer **Schneppe** in Reinsdorf zum Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

(144) Für den I. Landbezirk im Bitterfelder Kreise ist der bisherige Schiedsmann, Ortsrichter **Woh** in Cossa zum Schiedsmann und der bisherige Stellvertreter, Gerichtschöppe **Hund** in Cossa zum Stellvertreter von Neuem gewählt und verpflichtet worden.

(145) Der bisherige Schiedsmann für die Stadt Gräfenhainichen, Bürgermeister **Hörster**, und dessen Stellvertreter, Rämmerer **Kunze** sind für die drei Jahre 1893 als Schiedsmann resp. Stellvertreter wieder gewählt und verpflichtet worden.

(146) Für den VII. Landbezirk im Bitterfelder Kreise ist der bisherige Schiedsmann, Rittergutsbesitzer **Kluge** in Wolfen von Neuem zum Schiedsmann und der bisherige Stellvertreter, Ortsrichter **Hofe** in Kleuden wieder zum Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

(147) Im Edartsbergaeer Kreise sind zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern auf die Periode 1893 gewählt und verpflichtet worden:

für den IV. Bezirk Bachra: der Schulze **Ganzler** in Schafau zum Schiedsmann;

für den XI. Bezirk Altenbeichlingen: der Schulze **Puff** in Batgendorf zum Stellvertreter des Schiedsmanns **Reifenstein** in Altenbeichlingen;

für den XII. Bezirk Badleben: der bisherige Schiedsmann, Schulze **Wfan** in Ostramondra zum Schiedsmann, der bisherige Stellvertreter, Schulze **Schröder** in Badleben zum Stellvertreter.

(148) Der Lazareth-Inspector **Kattlein** in Erfurt ist zum 1. Februar d. J. nach Bromberg, der Lazareth-Inspector **Wesig** in Torgau zum 1. Februar d. J. nach Thorn und der Lazareth-Inspector **Kathke** in Thorn zum 1. Februar d. J. nach Erfurt versetzt worden.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Zurf in Merseburg.

(Inserionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 8.

Ausgegeben zu Merseburg am 22. Februar 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(149) Die Aufnahme-Prüfung in dem Königl. Schullehrer-Seminar zu Weissenfels am 26. März c. betr.

Diesjenigen jungen Leute, welche dies Jahr in das Königl. Schullehrer-Seminar zu Weissenfels aufgenommen zu werden wünschen, haben mit Beachtung unserer Classe in den Merseburger Amtsblättern, Jahrgang 1829 Seite 106—109, und Jahrgang 1836 Seite 170, folgende Papiere bis zum 15. März, c. an die Direction des Seminars portofrei einzufenden, als:

- 1) einen Taufschein,
- 2) einen Revaccinationschein, welcher die Revaccination in den letzten zwei Jahren nachweist,
- 3) einen Gesundheitschein,
- 4) die lädtenlosen Bildungs- und Sittenzeugnisse von der Confirmation an bis zur Zeit der Meldung,
- 5) eine von dem betreffenden Landrathskämte oder Magistrat auszufertigende Bescheinigung darüber, daß die Eltern oder sonstigen Angehörigen im Stande und willig sind, 150 Thlr. zur Ausbildung des Meldlings während seines Aufenthalts im Seminare auf ihn zu verwenden.

In allen Zeugnissen ist auch der Name der Kreisstadt beizufügen und sind nach dem Merseburger Amtsblatt 1839 Seite 354, die erwähnten Documente ohne Anwendung des Stempelpapiers auszufertigen.

Die, welche ihre Zeugnisse einbringen, haben sich, ohne Bescheid abzuwarten, am 26. März, Nachmittags 3 Uhr, im Seminare ein und werden nach abgehaltener Prüfung über ihre Aufnahme beschieden. Die zur Aufnahme Ausgewählten müssen den 23. April in die Anstalt eintreten.

Sollte sich später finden, daß ein Ausgenommener die zu seinem Unterhalte nöthigen Mittel nicht hat, so wird das Seminar genöthigt sein, ihn wieder zu entlassen. Es ist daher auch aus diesem Grunde das unter Nr. 5 vorgeschriebene Attest nur nach sorgfältiger Prüfung der bezüglichen Verhältnisse auszufertigen.

Magdeburg, den 5. Februar 1862.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

(150) Die Ablieferung der wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung vorläufig Verhafteten an die Gerichtsbehörden betr.

In Ergänzung unserer Amtsblatts-Verordnung vom 25. September 1851 (Amtsblatt pro 1851 S. 289.) weisen wir die Ortspolizeibehörden unseres Verwaltungsbezirks, zu dem Zweck, daß vorläufig Verhaftete spätestens im Laufe des folgenden Tages entweder in Freiheit gesetzt oder zur gerichtlichen Untersuchung gezogen werden können, auf den Antrag der Königl. Staatsanwaltschaft hierdurch an, wegen des Verdachtes einer strafbaren Handlung vorläufig festgenommene Individuen nach polizeilicher Vernehmung derselben sofort an die Gerichtsbehörde unter welchen der Ort, wo die Verhaftung erfolgt ist, oder wenn der Sitz der Königl. Staatsanwaltschaft diesem Orte näher liegen sollte, unter Beifügung der polizeilichen Verhandlungen an diese abzuliefern.

Merseburg, den 10. Februar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(151) Die Theilnahme an den Landschafts-Verbänden zur Wahl der für den alten und den besetzten Grundbesitz zu präsentierenden Mitglieder des Herrenhauses betr.

Mittels Allerhöchsten Erlasses vom 5. November pr. (Staats-Anzeiger pro 1861 Nr. 267, 268, Ministerial-Blatt für die gesammte innere Verwaltung pro 1861 S. 261.) ist das Reglement über die Wahl der von den Provinzial-Verbänden der Grafen, sowie der für den alten und für den besetzten Grundbesitz zu präsentierenden Mitglieder des Herrenhauses vom 12. October 1854 abgeändert.

Diesjenigen Rittergutsbesitzer, welche das Recht der Theilnahme an den durch den Allerhöchsten Erlass vom 5. November pr. gebildeten Landschafts-Verbänden für sich in Anspruch nehmen, werden hiermit auf-

gefordert, sich bei der Kreisbehörde zu melden und, soweit dies erforderlich, die entsprechenden Nachweise beizubringen.

Diejenigen Rittergutsbesitzer, welche dies unterlassen, werden es sich selbst beizumessen haben, wenn sie in Folge dessen bei Aufstellung des Verzeichnisses der Berechtigten und bei den etwa zu veranstaltenden Präsentationswahlen unberücksichtigt bleiben sollten.

Merseburg, den 17. Februar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(152) Veränderungen in dem Personal der Kreisverordneten.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 22. Januar 1861 bringen wir hierdurch zur Kenntniß des betheiligten Publikums, daß bei den in Folge der Allerhöchsten Verordnung vom 30. Juni 1834 gewählten Kreisverordneten die nachstehenden Veränderungen stattgefunden haben.

Als Kreisverordnete sind neu gewählt und als solche von uns bekräftigt worden:

a) im Bitterfelder Kreise: 1) der Ortsrichter und Gutsbesitzer **Röpe** in Reuden an Stelle des verstorbenen Ortsrichters und Gutsbesizers **Grashoff** zu Gleibisch und 2) der Ortsrichter und Gutsbesitzer **Bräuer** zu Ostrau an Stelle des ausgeschiedenen Ortsrichters und Gutsbesizers **Pfeffer** zu Rütten;

b) im Torgauer Kreise: der Erbschultheißen **Steblich** zu Lausa an Stelle des ausgeschiedenen Freigutsbesizers **Gutmacher** zu Lünzwerda.

Im Kreise Querfurt ist der Ortsrichter und Kreisboniteur **Friedrich** zu Niedereichsleben verstorben.

Aus dem Kreise Sangerhausen sind die Kreisverordneten:

1) der Rittergutsbesitzer und Amtmann **Kleemann** zu Verga, 2) der Schulze **Wölbert** zu Schönefeld und 3) der Oekonom und Ortschulze **Reincke** zu Görsbach ausgeschieden. Eine Neuwahl steht bevor.

Merseburg, den 7. Februar 1862.

Königliche General-Commission.

(153) Eine Abänderung des Zeitungsstempelsteuer-Regulativs vom 7. November 1861 betr.

Statt der Bestimmung im ersten Satze des dritten Absatzes des §. 1. des zum Zeitungssteuergesetz vom 29. Juni v. J. erlassenen Regulativs vom 7. November v. J., nach welcher die Abstempelung der erscheinenden Zeitungen zc. bis zum 24. des ersten Monats im Quartale herbeigeführt werden soll, wird in Berücksichtigung mehrseitig vorgetragener Wünsche hiermit Folgendes angeordnet:

Am 27. des ersten Monats im Kalendervierteljahre oder, wenn dieser Tag auf einen Sonn- oder Festtag fällt, sowie wenn nach der Einrichtung des betreffenden Blattes keine Nummer desselben am 27. des gedachten Monats erscheint, am nächsten Werktage, an welchem das Blatt ausgegeben wird, dürfen, mit Ausnahme der für das Ausland bestimmten Exemplare (§. 8.) nur gestempelte Exemplare des Hauptblattes ausgegeben werden."

Im Uebrigen betonen wir bei den Bestimmungen des vorgedachten Regulativs.

Ew. Hochwohlgeboren wollen die vorstehende Anordnung durch die Amtsblätter zur öffentlichen Kenntniß bringen und die betreffenden Steuerbehörden mit Anweisung versehen.

Berlin, den 31. Januar 1862.

Der Finanz-Minister.
von Patow.

An den Königlichen Geheimen Ober-Finanzrath und Provinzial-
Steuerdirector Herrn v. Jordan, Hochwohlgeboren zu Magdeburg.

III. 1861.

Vorstehende Ministerial-Verfügung wird mit Bezug auf das im Amtsblatte der Königlichen Regierung zu Merseburg Nr. 47. do 1861 Seite 308. u. f. publicirte Regulativ für die Erhebung der Stempelsteuer von Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigebättern d. d. Berlin, den 7. November 1861 hierdurch zur Kenntniß der Verleger stempelspflichtiger Blätter gebracht.

Magdeburg, den 13. Februar 1862.

Der Geheime Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuerdirector. v. Jordan.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(154) Das Aufschreiben der Feuer-Societäts-Beiträge pro II. Semester pr. betr.

Von dem unterzeichneten General-Director der Feuer-Societät für das platte Land des Herzogthums Sachsen wird in Betreff der Feuer-Societäts-Beiträge pro II. Semester pr. bekannt gemacht, daß zur

Dedung des Societäts-Aufwandes für das abgelaufene II. Semester 1861 ein Beitrag von 2 Egr. 6 Pf. pro 100 Thlr. reducirter Beitragssumme erforderlich ist, so daß also pro 100 Thlr. Versicherungs-Summe

| | |
|----------------------|--------------|
| in Klasse I. | 1 Egr. 3 Pf. |
| II. | 1 8 |
| III. | 2 1 |
| IV. | 2 6 |

von welchen Sätzen die Kirchen nur die Hälfte zu tragen haben, zur Einziehung kommen muß.
Zur Erläuterung wird beigegeben nachstehende

Allgemeine Uebersicht:

I. Stand der Versicherung im II. Semester 1861.

| 1. | 2. | 3. | | 4. | 5. | 6. | 7. |
|---------|---|-----------------------------|---------|--|---|--|-------------------------------|
| Klasse. | Versiche-
rungs-
Summe
im I. Sem.
1861. | Durch Nachträge
entstand | | Versiche-
rungs-
Summe
im II. Sem.
1861. | Reducirte
Beitrags-
Summe
im II. Sem.
1861. | Zuschlag
wegen bau-
licher Mängel
einzelner
Gebäude. | Ausschrei-
bens-
Summe. |
| | Thlr. | Zugang. | Abgang. | Thlr. | Thlr. | Thlr. | Thlr. |
| I. | 4,016,640 | 145,600 | — | 4,162,240 | 2,081,120 | 12,100 | 2,093,220 |
| II. | 18,868,845 | 379,605 | — | 19,248,450 | 12,832,300 | 241,240 | 13,073,540 |
| III. | 27,045,036 | 299,292 | — | 27,344,328 | 22,786,940 | 1,518,400 | 24,305,340 |
| IV. | 14,647,600 | — | 131,540 | 14,516,060 | 14,652,460 | 2,468,940 | 17,121,400 |
| Summa | 64,578,121 | 824,497 | 131,540 | 65,271,078 | 52,352,820 | 4,240,680 | 56,593,500 |
| | | 692,957 | — | | | | |

Bemerkungen.

a) In Col. 5. sind unter der Beitrags-Summe der IV. Klasse 136,400 Thlr. für solche Gebäude enthalten, welche das Doppelte dieser Klasse zu tragen haben.

b) Die Zuschlags-Summe hat sich in Folge der Beseitigung baulicher Mängel einzelner Gebäude im II. Semester pr. wiederum und zwar um 34,660 Thlr. gemindert.

Nach vorstehender Zusammenstellung ergibt sich:

56,593,500 Thlr. Ausschreibens-Summe, davon ab
1,390,485 = Remis auf die Kirchengeschreibens-Summe.

55,203,015 Thlr. reine Ausschreibens-Summe pro II. Semester 1861.

II. Brandschäden.

In der Zeit vom 1. Juli bis ult. December 1861 sind 57 Brände zur Liquidation gekommen, wovon

- 5 durch Blitz,
- 1 durch ermittelte vorsätzliche Brandstiftung,
- 9 durch muthmaßlich vorsätzliche Brandstiftung,
- 4 durch fehlerhafte Bauart,
- 1 durch muthmaßlich fehlerhafte Essen,
- 2 durch ermittelte Verwahrlosung,
- 14 durch muthmaßliche Verwahrlosung (wovon 3 durch Streichzündhölzchen),
- 1 durch muthmaßliche Selbstentzündung,
- 20 durch unermittelte Ursache,

Summa wie oben,

veranlaßt wurden. Hierdurch sind beschädigt:

| | total | partiell |
|---|-------|----------|
| a) Wohnhäuser | 16 | 37 |
| b) Ställe, Schuppen und Seitengebäude | 36 | 33 |
| c) Scheunen | 30 | 9 |
| d) Backhäuser | — | 1 |
| e) Wollspinnereien | — | 3 |
| f) Ziegeleien | 1 | 1 |

| | | |
|---------------------------------|---|---|
| g) Wassermühlen | 1 | 4 |
| h) Schneidemühlen | 1 | 1 |
| i) Bodwindmühlen | — | 4 |
| k) Brau-, Malz- und Brennhäuser | — | 1 |

Summa 179 beschädigte Gebäude, welche

80 Gebäudebesitzern gehörig waren und an Brandvergütungsgeldern einen Aufwand von 42,383 Thlr. 24 Sgr. 10 Pf. verursacht haben.

Die verschiedenen Klassen in den einzelnen Kreisen haben vorstehende Brandvergütungsgelder angewiesen erhalten, wie folgt:

| Kreis. | I. Klasse. | | | II. Klasse. | | | III. Klasse. | | | IV. Klasse. | | | Summa der angewiesenen Brandvergütungsgelder. | | |
|--------------|------------|------|-----|-------------|------|-----|--------------|------|-----|-------------|------|-----|---|------|-----|
| | Thlr. | far. | pf. | Thlr. | far. | pf. | Thlr. | far. | pf. | Thlr. | far. | pf. | Thlr. | far. | pf. |
| Bitterfeld | — | — | — | 1455 | — | — | 89 | 21 | 7 | 126 | 14 | — | 1671 | 5 | 7 |
| Deltich | — | — | — | — | — | — | 237 | 6 | 4 | 1471 | 17 | 7 | 1708 | 23 | 11 |
| Edwardsberga | — | — | — | — | — | — | 24 | — | — | 21 | — | — | 45 | — | — |
| Erfurt | — | — | — | — | — | — | 3174 | — | — | 552 | 5 | 8 | 3726 | 5 | 8 |
| Langensalza | — | — | — | 3636 | 15 | 5 | 995 | 3 | 11 | 948 | 29 | 11 | 5580 | 19 | 3 |
| Niebuwerda | — | — | — | 802 | 7 | — | 727 | 15 | — | 651 | 2 | 6 | 2180 | 24 | 6 |
| Merseburg | — | — | — | 759 | 26 | 8 | — | — | — | 358 | 13 | 4 | 1118 | 10 | — |
| Raumburg | — | — | — | 44 | 11 | 2 | 323 | 18 | 10 | 160 | — | — | 528 | — | — |
| Querfurt | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 6 | 22 | 6 | 6 | 22 | 6 |
| Schleusingen | — | — | — | 50 | 3 | 11 | 1440 | 14 | 6 | 402 | 27 | 8 | 1893 | 16 | 1 |
| Schweinitz | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 510 | — | — | 510 | — | — |
| Torgau | — | — | — | 147 | 13 | 3 | 1971 | 21 | 6 | 243 | 28 | 8 | 2363 | 3 | 5 |
| Weissenfels | — | — | — | 290 | 21 | 9 | 846 | 18 | — | 664 | 22 | 10 | 1802 | 2 | 7 |
| Wittenberg | 2116 | 28 | 4 | 8253 | 25 | 10 | 1640 | — | — | 5915 | 1 | 1 | 17925 | 25 | 3 |
| Zeitz | — | — | — | — | — | — | 575 | 22 | 7 | 675 | 23 | 6 | 1251 | 16 | 1 |
| Ziegenrück | — | — | — | — | — | — | 72 | — | — | — | — | — | 72 | — | — |
| Summa | 2116 | 28 | 4 | 15440 | 5 | — | 12117 | 22 | 3 | 12708 | 29 | 3 | 42383 | 24 | 10 |

In den übrigen Kreisen sind Brände nicht vorgekommen.

III. Aufwand für die Zeit vom 1. Juli bis ult. December 1861.

42,383 Thlr. 24 Sgr. 10 Pf. angewiesene Brandvergütungsgelder,

1,805 „ 19 „ 3 „ an Kosten für Taxationen,

100 „ „ „ „ Druckkosten,

1,000 „ „ „ „ Prämien für Anschaffung von Feuerpistolen und für ausgezeichnete Brand-

hülfeleistung, sowie an Vergütung für Feuerlöschgeräte,

100 „ „ „ „ Prämien für Entdeckung von Brandfistern,

150 „ „ „ „ Beitrag zu dem Bauhülfen-Fonds,

340 „ „ „ 6 „ Diäten und Fuhrkosten aus den Jahren 1859, 1860 und 1861,

2 „ 9 „ 6 „ Prozeßkosten,

3 „ 12 „ 9 „ aufrückstehende Feuer-Societäts-Beiträge,

1 „ 1 „ „ „ Insgesamt,

2,655 „ 5 „ 2 „ Gehalt der Beamten der General-Direction nebst Hülfsarbeitern und der Kasse,

100 „ „ „ „ Bureaukosten,

3,019 „ „ 1 „ „ Gehalt an sämtliche Kreis-Directoren,

3,644 „ 22 „ „ „ zur Uebernahme in das nächste Semester,

55,306 Thlr. 5 Sgr. — Pf. Summa.

Bemerkung. Der eiserne Fonds besteht in:

66,100 Thlr. — Sgr. — Pf. Königl. Preuss. Staatsschuldscheinen,
10,543 . 2 . — .

baar, einschließlich der von obigen Staatsschuldscheinen bezogenen Zinsen pro II. Sem. pr., von welchen für das II. Sem. pr. 289 Thlr. 5 Sgr. 7 Pf. zu dem durch das Gesetz vom 28. Juli 1852 angeordneten Bauhülf's. Fonds für ärmere Societätsmitglieder verwendet worden sind.

IV. Deckung des betreffenden Aufwandes sub III.

Zur Deckung des obigen Aufwandes von 55,305 Thlr. 5 Sgr. — Pf. sind nach Abrechnung von 9,297 Thlr. 18 Sgr. 1 Pf. Ueberschuß aus vorigem Semester,

— . 1 . 6 . Einnahme aus Tit. I. der Rechnung (nachträglich eingegangene Feuer-Societäts-Beiträge),
5 . — . — . Einnahme aus Tit. II. der Rechnung (im Wege des Civilprocesses gewonnene Entschädigungen für Brandvergütungen),
nach erforderlich:

16,002 . 15 . 5 . Betrag des Ausschreibens von 2 Sgr. 6 Pf. pro 100 Thlr. reiner Ausschreibens-Summe (conf. sub I.).

Summa ut supra.

Schloß Hedra, den 4. Februar 1862.

Der General-Director der Feuer-Societät für das platte Land des Herzogthums Sachsen.
v. Heßdorff.

Hypothekensachen.

(185) Die im 40. Stüd des Regierungs-Amtsblatts Nr. 1010. bekannt gemachte Hypothekentabelle über das dem Friedrich Kühne zu Görsbach gehörige Grundstück ist zum Hypothekenbuche übertragen worden und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem Grundstück lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.

Heringen, den 12. December 1861.

(186) Die in unserer Bekanntmachung Nr. 1009. des Amtsblatts 40. Stüd beschriebene Hypothekentabelle über 2 Morgen 140 QR. Land vor dem Vorrieße Görsbacher Flur, dem Ludwig Gottschall dafelbst gehörig, ist zum Hypothekenbuche übertragen worden und der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.

Heringen, den 12. Januar 1862.

(187) Die in unserer Bekanntmachung im 44. Stüd des Regierungs-Amtsblatts pro 1861 unter Nr. 1109. beschriebene Hypothekentabelle über 1/2 Ader Land der verehlt. Louise Reinboth zu Hamma ist zum Hause übertragen worden und der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.

Heringen, den 22. Januar 1862.

(188) Die unserer Bekanntmachung vom 29. Juni 1861. abgedruckt im 40. Stüd des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Merseburg pro 1861, bezeichneten Hypothekentabellen sind in das Hypothekenbuch übertragen worden, es können daher neue Hypothekenrechte an den Grundstücken gedachter Hypothekensollen nur nach Vorschrift des allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung erworben werden. Melbra, den 28. December 1861.

(189) Die Hypothekentabelle über 1 Ader Feld in der Flur Markwerben, Flurbuch Nr. 645., auf dem Aubanger, den die Marie Rosine Schweinigel geb. Geißler zu Markwerben besitzt, ist fertig und kann dieselbe binnen 2 Monaten, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, in der hiesigen Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist finden Erinnerungen dagegen nicht mehr statt.

Weißenfels, den 27. December 1861.

(190) Die Hypothekentabelle über das der Johanne Elisabeth Steinide geb. Schwabe in Görsleben gehörige, in daffiger Flur belegene Grundstück, 1 Ader Holzberg unterm Pfarrholz, ist aufgestellt und kann innerhalb 2 Monaten, vom 8. Tage nach Insertion dieser Bekanntmachung an, in unserm Bureau eingesehen werden. Spätere Erinnerungen bleiben unberücksichtigt.

Heldrungen, den 14. December 1861.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(161) Die Hypothekentabelle über folgende der Pfarre zu Klosterhäseler gehörige, in der Niederbörfer Mark belegene Grundstücke:

1) 14 Ader Feld am alten Bache, Nr. 82. des Flurbuchs von Burahesler, 2) 1 Ader Feld daselbst, Nr. 84. desselben Flurbuchs, 3) 1 Ader Feld in den hohen Belängen, Nr. 101 des Flurbuchs, ist aufgestellt und kann innerhalb 2 Monaten, vom 8. Tage nach Insertion dieser Bekanntmachung, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen müssen unberücksichtigt bleiben. Edarisberga, den 13. Januar 1862.

(162) Es wird bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über das von dem Hüfner und Schenkert Friedrich Carl Stolz in Rakth von dem königlichen Domainen-Fiscus erkaufte, in der Flur Wiefers belegene Wiefengrundstück, welches von uns unterm 4. Juli a. p. öffentlich bekannt gemacht worden, vollendet ist, und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte auf dieses Grundstück lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist. Wittenberg, den 21. Januar 1862.

(163) Die Tabelle über das neue Wohnhaus, welches der Maurer Gottfried Ehrlich in Lammsdorf auf einer von den dortigen Hüfnern und Kossäthen mittelst Contracts vom 18. April a. pr. aus dem denselben zugehörigen f. g. Hirten-Gerten-Stüde erkauften Parzelle neu erbaut hat, ist fertig und kann in unserm Bureau vom 1. März bis 1. Mai e. eingesehen werden. Spätere Einwendungen sind unzulässig. Wittenberg, den 4. Februar 1862.

(164) Die Hypothekentabellen über folgende in der Raundorfer Feldmark gelegene Grundstücke: 1) die Großbergwiese zu 2 Morgen 32 Okuthen, Planstück Nr. 127 der Raundorfer Flurkarte der Pfarre in Hohenbucko, 2) 2 Morgen 66 Okuthen, Planstück Nr. 91 c. derselben Karte, und 3) 3 Morgen 81 Okuthen, Planstück Nr. 125. derselben Karte der Schule in Raundorf, 3) 22 Morgen 139 Okuthen, Planstück Nr. 55 a. und 4) 1 Morgen 54 Okuthen, Planstück Nr. 158. derselben Karte der Gemeindefasse in Raundorf, sind fertig und können innerhalb 2 Monaten, 8 Tage vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Einwendungen gegen diese Tabellen sind nicht zulässig. Schlieben, den 25. Januar 1862.

(165) Die Hypothekentabelle über das zu Göbrendorf sub Nr. 64. belegene, auf einem von der dafeligen Gemeinde abgetretenen Bauplatze neu erbaute Wohnhaus des Einwohners Friedrich Albert Herrfurth ist aufgestellt und kann binnen 2 Monaten von den Interessenten in unserm Hypotheken-Bureau eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind unzulässig. Querfurt, den 22. Januar 1862.

(166) Die Hypothekentabelle über folgende, der Gemeinde zu Teuditz gehörige Grundstücke in der Flur Teuditz:

1) der Pfingstanger, 8 Morgen 21 Okuthen, 2) der Gänseanger, 3) der Mittelanger, 4) der Oberanger A, 5) der Oberanger B, ad 2—5. 22 Morgen 19 1/2 Okuthen, ist fertig und kann innerhalb zweier Monate, vom achten Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, in unserem Bureau eingesehen werden. Spätere Einwendungen dagegen sind nicht zulässig. Lützen, den 12. December 1861.

(167) Die in unserer Bekanntmachung vom 16. April 1861, Amtsblatt Nr. 43. de 1861 Nr. 1079, beschriebene Hypothekentabelle über die der Wittwe Marie Schlag geb. Koch zu Unteressa gehörige, in Wernsdorfer Flur belegene Wiese, Flurbuch Nr. 26., ist in das Hypothekenbuch übertragen und der Erwerb von neuen Hypothekenrechten an diesem Grundstück lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen. Hohenmölsen, den 7. Januar 1862.

(168) Die Hypothekentabelle über das unter Nr. 28. im Dorfe Schützberg belegene ehemalige Hofmeisterhaus mit Stallgebäuden, Schuppengebäude, Hof- und Baustelle nebst Garten von 3 Morgen 30 Okuthen und einem in Anschlag belegenen Weideplane von 2 Morgen 137 Okuthen, welches von dem königlichen Domainenfiscus an den Hüfner Gottlob Kunze in Schützberg verkauft worden ist, ist aufgestellt und kann 2 Monate lang, vom Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen sind unzulässig. Jessen, den 31. Januar 1862.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(169) Dem Stadtbaurath Licht in Danzig und dem Baumeister Friedrich Hoffmann in Berlin ist unter dem 3. Februar 1862 ein Patent auf ein Verfahren zur Darstellung künstlicher Sandsteine, so weit

dasselbe nach der vorgelegten Beschreibung als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(170) Dem Königl. Commercienrath **Borsig** zu Berlin ist unter dem 11. Februar 1862 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten, in seiner ganzen Zusammenlegung als neu und eigenthümlich anerkannten Apparat zum Abdampfen zuckerhaltiger, salzhaltiger und anderer Flüssigkeiten, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile desselben zu beschränken, und ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten, in seiner ganzen Zusammenlegung als neu und eigenthümlich anerkannten, kontinuierlich arbeitenden Destillirapparat, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile desselben zu beschränken, jedes auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(171) Das dem Kaufmann **J. S. F. Brillwisch** in Berlin unter dem 27. October 1860 ertheilte Patent auf einen in seiner ganzen Zusammenlegung für neu und eigenthümlich erkannten Hockofen zur Gewinnung von Zink, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile desselben zu beschränken, ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(172) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Wippra mit Braunschwennda in der Diöces Mansfeld ist der bisherige Pfarrer in Abberode, Johann Christian Friedrich **Seyer**, berufen und bestätigt worden. Ueber die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Abberode ist bereits disponirt.

(173) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Zimmern in der Diöces Langensalza ist der bisherige Pfarrer **Güldenberger** in Klein-Bargula berufen und bestätigt worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Klein-Bargula, Diöces Langensalza, ist Privat-Patronats.

(174) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Hinternabe in der Diöces Schleusingen ist der bisherige Frühprediger und Rector zu Suhl, Constantin Eduard **Köllig**, ernannt und bestätigt worden. Ueber die dadurch vacant gewordene Frühprediger- und Rector-Stelle zu Suhl ist bereits disponirt.

(175) Des Königs Majestät haben dem Reichshauptmann, Rammerrath **Döring** zu Notha den rothen Adler-Orden 2. Klasse zu verleihen geruht.

(176) Die Wahl des Königl. Wasserbau-Inspectors **Cuno** in Torgau zum Amte als Deich-Inspector für den Wittenberger, Mühlberger, Brottenwisch-Triestewiger, Döbelitzer, Dauschen-Schützberger, Dommitzcher Kabel- und Dommitzcher Auehusen Elbdeichverband ist bestätigt.

(177) Im Kreise Torgau ist der Ortsrichter Johann Friedrich **Elßner** zu Laura zum Kreis-boniteur bestellt und als solcher generell vereidigt worden.

(178) Der Kreisgerichtsrath **Verndt** in Zeitz ist zum Rechtsanwalt und Notar bei dem Kreisgericht in Nordhausen und der Kreisrichter **Schröder** in Raumburg zum Rath bei dem Appellationsgericht in Magdeburg ernannt.

Die Kreisrichter **Pölke** in Seyda und **Schmidt** in Liebenwerda sind, Ersterer an das Kreisgericht zu Eilenburg und Letzterer an das Kreisgericht zu Torgau versetzt.

Als Kreisrichter sind angestellt: der Gerichts-Assessor **Franz** bei dem Kreisgericht zu Wittenberg mit der Function bei der Gerichts-Commission in Seyda und die Gerichts-Assessoren Dr. **Golberg** und **Kohland** bei dem Kreisgericht zu Liebenwerda.

Der Gerichts-Assessor **Franz** ist an das Landgericht in Bonn und der Referendar **Steinberg** an das Appellations-Gericht zu Halberstadt abgegangen, ingleichen der Referendar **Göbel** auf seinen Antrag aus dem Justizdienste entlassen, dagegen der Referendar **von Horn**, bisher bei dem Appellations-Gericht zu Posen, in das Departement Raumburg übergetreten.

Der Rechts Candidat **Wensch** ist zum Auscultator angenommen.

Der Rechtsanwalt und Notar Dr. **Hornig** zu Liebenwerda ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Grünberg im Departement Blogau versetzt.

Der Kreisgerichts-Secretair **Weider** in Jessen ist an das Kreisgericht zu Langensalza versetzt und der Kreisgerichts-Secretair **Ehrent** daselbst gestorben.

(179) Der Kaufmann **Reidhold** in Lilleda ist zum Schiedsmann für den VII. Bezirk Lilleda in der Grafschaft Stolberg-Köslar gewählt und verpflichtet worden.

(180) Im Edartsbergaer Kreise sind zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern auf die Periode 1882 gewählt und verpflichtet worden:

- für den VI. Bezirk Bernsdorf: der bisherige Stellvertreter, Deconom **Tröbs** in Saubach zum Schiedsmann, der Schmiedemeister **Fuhrmann** daselbst zum Stellvertreter;
- für den VII. Bezirk Frankroda: der bisherige Schiedsmann, Gerichtsschöppe **Kabe** in Pleismar zum Schiedsmann, der Schulze **Pröhsch** in Häleler zum Stellvertreter;
- für den VIII. Bezirk Auerstedt: der Schulze **Zulze** in Burgholzhausen zum Schiedsmann, der Deconom **Friedrich Bauer** in Herrngosserstedt zum Stellvertreter;
- für den XVI. Bezirk Burghefeler: der Schulze **Rudolph** in Burghefeler zum Schiedsmann, der Gerichtsschöppe **Kleine** in Dietrichsrode zum Stellvertreter.

(181) Der Kreisrichter **Schuck** zu Ratibor ist vom 1. März e. ab zum Rechtsanwalt beim Appellationsgerichte Halberstadt und zum Notar im Departement desselben mit Anweisung seines Wohnsitzes in Halberstadt ernannt.

Der Kreisgerichtsrath **Berndt** in Zeitz ist vom 1. April d. J. ab zum Rechtsanwalt beim Kreisgerichte in Nordhausen und zum Notar im Departement Halberstadt mit Anweisung seines Wohnsitzes in Nordhausen und mit dem Titel Justizrath ernannt.

(182) Gestorben: der Steueraufsesser **Schreyer** in Wiehe.

Pensionirt: der Hauptamts-Controleur **Diele** in Halle.

Entlassen: der Thormärter **Rigmann** in Zeitz.

Versetzt: der Hauptamts-Controleur **Damm** von Wittenberg nach Halle, der Steueraufsesser **Sehne** von Or. Wanzleben als verittener Steueraufsesser nach Halle, der Thorcontroleur **Gerlach** von Merseburg nach Weiskensfeld, der Thorcontroleur **Meier** von Weiskensfeld nach Merseburg.

Neu angestellt: der Supernumerar **Gueinzus** in Halle, zuletzt in Eilenburg, als Steueraufsesser in Or. Wanzleben, der invalide Feldwebel **Schmidt**, zuletzt in Raumburg, als Thorcontroleur in Wittenberg, der invalide Sergeant **Schaaf** in Weiskensfeld als Thormärter daselbst, der invalide Unteroffizier **Müller** in Pusleben als Thormärter in Zeitz.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Religionsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 9.

Ausgegeben zu Merseburg am 1. März 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(183) Den Gebrauch des Preussischen Adlers seitens der Preussischen Fabrikanten zur Bezeichnung ihrer Waaren oder Etiketten betr.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchsten Erlasses vom 4. v. M. allen Preussischen Fabrikanten den Gebrauch und die Abbildung des Preussischen Adlers in folgender Form:



zur Bezeichnung ihrer Waaren oder Etiketten zu gestatten geruht.

Unter Hinweisung auf die Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 16. October 1831 (Ges. Samml. S. 247) bringen wir dies mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss, daß es den Fabrikanten überlassen bleibt, den nach dieser Form im Schriftzuge verbleibenden freien Raum mit Angabe ihrer Firma oder des Sitzes derselben oder mit beiden beliebig auszufüllen, oder auch den Schriftzug ganz fortzulassen, in welchem letzteren Falle jedoch statt dessen die Form eines Wappenschildes nicht gewählt werden darf.

Merseburg, den 13. Februar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(184) Die Erfordernisse der Anträge auf Genehmigung zur Anlage von Windmühlen betr.

Zur Ergänzung unserer Amtsblatts-Verordnung vom 18. März 1852 (Amtsblatt pro 1852 S. 119.) bestimmen wir rüchichtlich der Entfernungen, in welchen Windmühlen von Gebäuden, von öffentlichen Wegen und von der nächsten Grenze der Nachbargrundstücke angelegt werden dürfen, Folgendes:

Die Entfernung der Windmühlen muß betragen

- 1) von Gebäuden mindestens 50 Ruthen. Nur die Wohnhäuser der Besitzer der Windmühlen dürfen in einer geringeren Entfernung von den Windmühlen, die jedoch mindestens 10 Ruthen betragen muß, erbaut werden.
- 2) von öffentlichen Wegen in der Regel 20 Ruthen, ausnahmsweise sollen aber, wenn die Lokal-Polizeibehörde und der Kreislandrath über die Zulässigkeit einer geringeren Entfernung einverstanden sind, wenigstens 10 Ruthen.
- 3) von der Grenze benachbarter Grundstücke und von Privatwegen wenigstens 6 Ruthen.

Merseburg, den 19. Februar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(185) Die Ergänzungswahl der Mitglieder und Stellvertreter bei der Handelskammer in Halle aus dem Handelsstande in Eisenburg.

Bei der am 27. Januar c. stattgehabten bestimmungsmäßig ausgeführten Ergänzungswahl der Mitglieder und Stellvertreter für die Handelskammer in Halle und die Saalröder aus dem Handelsstande zu Eisenburg sind:

der Fabrikant **Ehrenberg** in Eilenburg als Mitglied und
der Banquier **Höber** daselbst als Stellvertreter
neu resp. wieder gewählt und ist diese Wahl durch Ober-Präsidential-Erlass vom 10. d. M. bestätigt worden.
Reriburg, den 19. Februar 1862. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

(186) Verpachtung der Domaine Sablath.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 22. November v. J. bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß die im Kreise Sorau belegene Domaine Sablath, bestehend aus den Vorwerken Sablath, Willendorf, Jeshen, Meiersdorf und Rodtstod, mit einem Gesamt-Areal von 5088 Mrg. 88 QMth., worunter circa 40 Mrg. 46 QMth. Gärten, 2415 Mrg. 8 QMth. Ader, 974 Mrg. 57 QMth. Wiesen, 1470 Mrg. 90 QMth. Hütung, 5 Mrg. 169 QMth. bespannte Teichfläche, 19 Mrg. 61 QMth. Hof- und Baustelle und 163 Mrg. 17 QMth. unnußbares Land, von Johannis 1862 ab auf 18 Jahre anderweit im Wege der Vicitation verpachtet werden soll.

Das Angebot erfolgt alternativ im Ganzen und in zwei Theilen. Im letzteren Falle bilden die Vorwerke Sablath, Willendorf und Jeshen mit 185 Mrg. 128 QMth. Grundstücken bei Meiersdorf die eine, die Vorwerke Meiersdorf und Rodtstod, ausschließlich der von ersterem abgezweigten Grundstücke, die andere Pachtung. Das Areal besteht:

- a) beim Vorwerk Sablath überhaupt aus 1137 Mrg. 8 QMth., worunter an Gärten circa 10 Mrg. 151 QMth., an Ader 508 Mrg. 65 QMth., an Wiesen 160 Mrg. 37 QMth., an Hütungen 425 Mrg. 111 QMth., an Teichfläche 5 Mrg. 169 QMth., an Hof- und Baustelle 5 Mrg. 129 QMth., an unnußbarem Lande 20 Mrg. 66 QMth.;
- b) bei den Vorwerken Willendorf und Jeshen, unter Zurechnung von 185 Mrg. 128 QMth. bei Meiersdorf, aus 2166 Mrg. 135 QMth., worunter an Gärten circa 13 Mrg. 35 QMth., an Ader 976 Mrg. 56 QMth., an Wiesen 281 Mrg. 113 QMth., an Hütung 845 Mrg. 11 QMth., an Hof- und Baustelle 6 Mrg. 108 QMth. und an unnußbarem Lande 43 Mrg. 177 QMth., bei der Theilpachtung a. und b. überhaupt 3303 Mrg. 143 QMth.;
- c) beim Vorwerk Meiersdorf, ausschließlich der abgezweigten 185 Mrg. 128 QMth., überhaupt aus 920 Mrg. 95 QMth., worunter an Gärten circa 14 Mrg. 74 QMth., an Ader 389 Mrg. 111 QMth., an Wiesen 306 Mrg. 65 QMth., an Hütung 151 Mrg. 107 QMth., an Hof- und Baustelle 3 Mrg. 127 QMth. und an unnußbarem Lande 54 Mrg. 151 QMth.;
- d) beim Vorwerk Rodtstod überhaupt aus 864 Mrg. 30 QMth., worunter an Gärten circa 1 Mrg. 146 QMth., an Ader 540 Mrg. 136 QMth., an Wiesen 226 Mrg. 22 QMth., an Hütung 48 Mrg. 41 QMth., an Hof- und Baustelle 3 Mrg. 62 QMth. und an unnußbarem Lande 43 Mrg. 163 QMth., bei der zweiten Theilpachtung a. und c. im Ganzen 1784 Mrg. 125 QMth.,

Das Pachtminimum ist für die Gesamtpachtung auf 5500 Thlr., für Sablath, Willendorf und Jeshen auf 3500 Thlr., für Meiersdorf und Rodtstod auf 2000 Thlr. festgelegt.

Pachtbewerber haben, um zum Mitbieten zugelassen zu werden, sich über den Besitz eines disponiblen Vermögens für die ganze Domaine von 28000 Thlr., für die größere der beiden Theilpachtungen von 19000 Thlr. und für die kleinere von 11000 Thlr. auszuweisen.

Zur Entgegennahme der Gebote haben wir Termin auf den **24 April d. J., Vormittags 10 Uhr**, in dem königlichen Regierungsgebäude, Wilhelmplatz Nr. 19. hierelbst, vor dem Herrn Regierungsrath Bindler angelegt. Pachtbewerber werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verpachtungs-Bedingungen nebst den Regeln der Vicitation, wovon auf Verlangen und gegen Erstattung der Copialien Abschrift mitgetheilt werden soll, sowie Karten und Vermessungs-Register vom 1. t. M. ab täglich während der Dienststunden in unserer Registratur eingesehen werden können.

Frankfurt a. d. O., den 18. Februar 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(187) Vorlesungen bei der Königl. landwirthschaftlichen Academie in Posen.

Im Sommer-Semester 1862 werden bei der Königl. landwirthschaftlichen Academie in Posen folgende Vorlesungen gehalten:

- 1) Landwirthschaftliche Betriebslehre Geh. Reg. Rath Dr. **Heinrich**
- 2) Specieeller Pflanzenbau Detonomirath **Wagener**.

- | | | |
|---|---|---|
| 3) Schafzucht | } | Oekonomierath Wagner. |
| 4) Landwirtschaftliche Demonstrationen im Felde | | |
| 5) Ueber Abtheilung größerer Landgüter. | | |
| 6) Statistik des Landbaues. | | |
| 7) Demonstrationen auf dem Versuchsfelde. | | |
| 8) Gehaltlehre der Pflanzen und Systemkunde mit besonderer Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Culturpflanzen | } | Professor Dr. Seinzel. |
| 9) Krankheiten der Pflanzen | | |
| 10) Practische Uebungen in anatomisch-physiologischen Untersuchungen der landwirtschaftlichen Culturpflanzen | | |
| 11) Demonstrationen an lebenden Pflanzen | | |
| 12) Organische und Agricultur-Chemie | } | Professor Dr. Kroder. |
| 13) Landwirtschaftliche Technologie | | |
| 14) Analytische Chemie mit Uebungen im chemischen Laboratorium | | |
| 15) Ueber Trockenlegung mit besonderer Berücksichtigung der Drainirung der Felder | } | Baumeister Engel. |
| 16) Landwirtschaftliche Baukunde | | |
| 17) Uebungen im Niveliren, Feldmessen und Planzeichnen | | |
| 18) Forstschutz und Waldbau mit Excursionen | | Oberförster Wagner. |
| 19) Grundbestepfleger der landwirtschaftlichen Hausethiere | } | Departements-Thierarzt
Lützens. |
| 20) Innere Krankheiten derselben mit besonderer Berücksichtigung der akuten und aufsteigenden | | |
| 21) Obstbaumzucht mit Demonstrationen | | Institutsgärtner Hannemann. |
- Die Vorlesungen beginnen den 28. April o. Anmeldungen zur Aufnahme Studirender oder sonstige, die landwirtschaftliche Academie betreffende Anfragen sind entweder mündlich oder schriftlich an den Unterzeichneten zu richten, der jede Auskunft gern erteilen wird.

Brookau, Oberschlesien, den 14. Februar 1862.

Der Director und Geheime Regierungsrath. Dr. Heinrich.

Personal-Chronik.

(188) Dem Oberlehrer Dr. **Schmalzfeld** am Gymnasium zu Giesleben ist das Präbikat „Professor“ beigelegt worden.

(189) **Se. Majestät der König** haben Allergnädigst geruht, den **Gerichts-Assessor, Gräfl. Stolbergischen Regierungsrath Ludwig Carl Franz v. Döttingen de Hande** zum Landrathe des Kreises **Sangerhausen** zu ernennen. Die Einführung desselben in dieses Amt hat bereits stattgefunden.

(190) Die **Schul- und Küsterstelle** in **Möhringen, Ephorie Sangerhausen, Königlichen Patronats**, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(191) Die fünfte **Lehrerstelle** an der **Stadtschule zu Preßlich, Ephorie Remberg, Königlichen Patronats**, kommt durch den Abgang ihres bisherigen Inhabers zu **Ostern d. J.** zur Erledigung.

(192) Im **Bitterfelder Kreise** sind zu **Schiedsmännern resp. Stellvertretern** auf die Periode 1862/64 gewählt und verpflichtet worden:

für den **II. Landbezirk**: der bisherige Stellvertreter, **Gutsbesitzer Hille** zu **Nösa** zum **Schiedsmann**, der **Ortlicher Viehmann** in **Nösa** zum **Stellvertreter**;

für den **III. Landbezirk**: der bisherige **Schiedsmann, Edöppe** und **Seilermeister Dietrich** in **Ossa** zum **Schiedsmann**, der bisherige **Stellvertreter, Mühlenbesitzer Lange** in **Ossa** zum **Stellvertreter**;

für den **V. Landbezirk**: der bisherige **Schiedsmann, Kossath** und **Dorfsträmer Lichtner** in **Friedersdorf** zum **Schiedsmann**, der bisherige **Stellvertreter, Ortsrichter Koch** daselbst zum **Stellvertreter**;

für den **X. Landbezirk**: der bisherige **Schiedsmann, Gutsbesitzer Reichart** in **Prionau** zum **Schiedsmann**, der bisherige **Stellvertreter, Windmühlenbesitzer Hüß** in **Wösl** zum **Stellvertreter**;

für den **IV. Bezirk**: der bisherige **Schiedsmann, Zwickhüfner Schm dt** in **Björnewitz** zum **Schiedsmann**, der bisherige **Stellvertreter, Ortsrichter Ackermann** daselbst zum **Stellvertreter**;

- für den VI. Landbezirk: der bisherige Schiedsmann, Ortsrichter **Zeising** in Roitzsch zum Schiedsmann, der bisherige Stellvertreter, Fleischermeister **Zeising** daselbst zum Stellvertreter;
 für den VIII. Landbezirk: der bisherige Schiedsmann, Gutsbesitzer **Hobisch** in Spören zum Schiedsmann, der bisherige Stellvertreter, Gutsbesitzer **Täubrich** in Rodern zum Stellvertreter;
 für den IX. Landbezirk: der bisherige Stellvertreter, Ortsrichter **Brauer** in Nitrau zum Schiedsmann, der Maurermeister **Bergmann** in Stumsdorf zum Stellvertreter.

(193) Im Weissenfelder Kreise sind zu Schiedsmännern gewählt und verpflichtet worden:

- für den II. Landbezirk, Reichartsworben: der bisherige Schiedsmann, Ortsrichter **Langrock** in Grobcorbetha;
 für den III. Landbezirk, Langendorf: der bisherige Schiedsmann, Ortsrichter **Busch** in Leisling;
 für den IV. Landbezirk, Gröbzig: der bisherige Schiedsmann, Ortsrichter **Hofferau** in Gröbzig;
 für den V. Landbezirk, Löbzig: der Ortsrichter **Herrmann** in Löbzig;
 für den VI. Landbezirk, Grehelmisdorf: der Gutsbesitzer **Spindler** in Wöblitz;
 für den VII. Landbezirk, Droyßig: der bisherige Schiedsmann, Auctions-Commissar **Blüthner** in Droyßig;
 für den VIII. Landbezirk, Meineloh: der Privatsecretair **Fischer** in Meineloh;
 für den IX. Landbezirk, Gaumnitz: der bisherige Schiedsmann, Ortsrichter **Seudel** in Weissen;
 für den X. Landbezirk, Tachau: der bisherige Schiedsmann, Ortsrichter **Landmann** in Wildschütz;
 für den XI. Landbezirk, Kößlitz: der Gutsbesitzer **Baum** in Wöblitz;
 für den XII. Landbezirk, Böbau: der Ortsrichter **Munkelt** in Buschlaub;
 für den XIII. Landbezirk, Jorbau: der bisherige Schiedsmann, Ortsrichter **Herbst** in Seelau;
 für die Stadt Weissenfels: die bisherigen beiden Schiedsmänner, Uhrmacher **Kronenberg** und Posthalter und Gastwirth **Geppert**;
 für die Stadt Hohenmölsen: der Bürgermeister **Sempel** daselbst;
 für die Stadt Schölen: der bisherige Schiedsmann, Bürgermeister **Windisch**;
 für die Stadt Stößen: der bisherige Schiedsmann, Rämmerer **Körter**.

Besondere Stellvertreter der Schiedsmänner sind nicht gewählt. Es werden vielmehr vertreten:

der Schiedsmann des I. Bezirks durch den des II., der Schiedsmann des II. Bez. durch den des I., der Schiedsmann des III. Bez. durch den des IV., der Schiedsmann des IV. Bez. durch den in Stößen, der Schiedsmann des V. Bez. durch den in Otersfeld, der Schiedsmann des VI. Bez. durch den in Schölen, der Schiedsmann des VII. Bez. durch den des IX., der Schiedsmann des VIII. Bez. durch den des V., der Schiedsmann des IX. Bez. durch den des X., der Schiedsmann des X. Bez. durch den des XI., der Schiedsmann des XI. Bez. durch den des X., der Schiedsmann des XII. Bez. durch den in Hohenmölsen, der Schiedsmann des XIII. Bez. durch den Schiedsmann **Kronenberg** in Weissenfels, der Schiedsmann für Hohenmölsen durch den Schiedsmann für den XII. Bez., der Schiedsmann für Otersfeld durch den des V. Bez., der Schiedsmann für Schölen durch den des VI. Bez., der Schiedsmann für Stößen durch den des IV. Bez.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
 Gedruckt bei Carl Zart in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
 Beilagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 10.

Ausgegeben zu Merseburg am 8. März 1862.

- (191) Das 6. Stüd der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 26. Februar 1862, enthält unter:
 Nr. 5497. Allerhöchster Erlaß vom 3. Februar 1862, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Revidirten Reglements der Städte-Feuer Societät der Kur- und Neumark, mit Ausnahme der Stadt Berlin, sowie für die Städte der Niederlausitz und der Ämter Senftenberg und Finsterwalde vom 23. Juli 1844 und des Nachtrages zu demselben vom 2. Juni 1852.
 Nr. 5498. Allerhöchster Erlaß vom 3. Februar 1862, betreffend die Genehmigung zum Eisenbahnan Anschlusse der Steinkohlengrube „Wilhelmine Victoria“ an den Bahnhof Belsenkirchen der Cöln-Mindener Eisenbahn.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(193) Die Ausrichtung neuer Dividendscheine zu den Bankantheilscheinen betr.

Zu den Bankantheilscheinen sollen neue Dividendscheinen für die fünf Jahre 1862 bis 1866 einschließlich ausgereicht werden. Die Eigenthümer der Bankantheilscheine werden daher aufgefordert, diese (ohne den letzten Dividendschein) mit einem doppelten Verzeichnisse derselben in dem Zeitraume vom 15. April bis 30. Mai 1862 in den Vormittagsstunden jedes Werktages von 9 bis 12 Uhr der Hauptbankkasse zu Berlin persönlich oder durch einen Dritten zu übergeben. Das mit einzureichende doppelte Verzeichniß muß, in beiden Exemplaren, die Nummern der Bankantheilscheine einzeln nach deren Reihenfolge, die Stückzahl, bei jedem Stücke den Namen des eingetragenen Eigenthümers enthalten und von dem Einreicher mit Bemerkung seines Standes und Wohnorts deutlich unterschrieben sein. Die Hauptbankkasse bescheinigt auf dem Verzeichniß-Duplicat den Empfang der Bankantheilscheine und giebt dasselbe dem Ueberbringer sofort zurück. Die Bankantheilscheine werden mit den neuen Dividendscheinen von der Hauptbankkasse womöglich sogleich, spätestens aber am nächsten Werktage gegen Rückgabe des Verzeichniß-Duplicats und die darunter zu sendende Quittung ausghändig. Die Bank behält sich zwar das Recht vor, die Gültigkeit dieser Quittungen zu prüfen, übernimmt jedoch keine Verpflichtung dazu. Diejenigen Inhaber von Bankantheilscheinen, welche die neuen Dividendscheine nicht bei der Hauptbankkasse in Berlin, sondern entweder bei dem Bankdirectorium zu Breslau, oder bei einem Bankcomtoir, oder einer Bankcommandite in den Provinzen in Empfang nehmen wollen, haben dies in dem vorgebachten Zeitraum vom 15. April bis 30. Mai 1862 der von ihnen gewählten Provinzial-Bankstelle mit genauer Angabe der Nummern ihrer Bankantheilscheine (aber ohne deren Beifügung) zu melden. Spätestens 14 Tage nach dem Empfange dieser Meldung wird jede Provinzial-Bankstelle die ihr von hier aus zuzusendenden neuen Dividendscheine den Präsidenten der betreffenden Bankantheilscheine, ebenso wie es vorstehend für die Hauptbank zu Berlin angeordnet ist, ausreichen. Gedruckte Formulare zu den Verzeichnissen wird die Hauptbankkasse zu Berlin und jede betreffende Provinzial-Bankstelle unentgeltlich verabfolgen.

Sollten übrigens Bankantheilscheine zur Beifügung der neuen Dividendscheine nicht in der vorstehend bestimmten Art persönlich oder durch einen Dritten übergeben werden, sondern etwa durch die Post oder sonst mit Briefen von außerhalb eingehen, so müssen die Bankantheilscheine den Absendern ohne Weiteres zurückgeschickt werden, da sich die Bankverwaltung dieserhalb in Schriftwechsel nicht einlassen kann.

Berlin, den 15. Januar 1862.

Königl. Preuß. Haupt-Bankdirectorium.

(196) Die Einföhrung der Banknoten à 50 Thlr. betr.

Wir haben beschloffen, die Banknoten à 50 Thlr. aus dem Verkehr zu ziehen und fordern hierdurch auf, dieselben baldigst bei einer der Bankstellen hier oder in den Provinzen in Zahlung zu geben oder gegen andere Banknoten umzutauschen, da vom 1. Mai d. J. ab deren Einföhrung nur hier bei der Haupt-Bankkasse erfolgen wird.

Berlin, den 15. Januar 1862.

Königl. Preuß. Haupt-Bank-Directorium.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(197) Aufnahme-Prüfung bei dem Königl. Schullehrer-Seminar zu Gisleben.

Die Aufnahme-Prüfung bei dem Königl. Schullehrer-Seminar zu Gisleben wird am 1. und 2. Mai c. abgehalten werden. Die betreffenden Examinanden haben sich am Tage zuvor Nachmittags 2 Uhr bei dem Seminardirector Klingenstein persönlich zu melden und spätestens 8 Tage vor der Prüfung an denselben folgende Papiere portofrei einzusenden:

- 1) einen Taufschein,
- 2) einen Revaccinationschein,
- 3) einen Gesundheitschein,
- 4) Schul- und Sittenzugnisse,
- 5) ein Attest von der Ortsbehörde darüber, daß für den Aufzunehmenden jährlich 50 Thlr. Kostgeld gezahlt werden können.

Zu diesen Attesten sind keine Stempelbogen erforderlich.

Nach der Prüfung wird über Aufnahme und Eintritt in das Seminar sogleich Bescheid erteilt.
Magedburg, den 26. Februar 1862. Königl. Provinzial-Schul-Collegium.

(198) Die Chauffeergeld-Freiheit der Fuhrern mit thierischem Dünger auf den Staats-, Kreis-, Gemeinde-, Actien- und Privat-Chauffeen betr.

Im Hinblick auf das Ergebnis der veranlaßten Erörterungen ist beschlossen, zur Zeit die in Anregung gekommene Aufhebung der Bestimmung des Chauffeergeld-Tarifs vom 29. Februar 1840 unter den Befreiungen zu 7 a., nach welcher Fuhrern mit thierischem Dünger (Stalldünger, Mist) bei allen Gefestellen vom Chauffeergeld frei zu lassen sind, nicht weiter zu verfolgen. Dagegen wird in Betracht, daß die bisher nachgegebene Ausdehnung der für Fuhrern mit thierischem Dünger (Stalldünger, Mist) gewährten Befreiung auf Fuhrern mit andern Düngungsmitteln (als Poudrette, Stuben- und Straßenebricht, andern Abgängen aus Mäslgruben, Moler und dergleichen) durch den Wortlaut der angeführten Tarifbestimmung nicht geboten ist, daß andererseits der Bedürfnis vorliegt, jede Schwächung der Chauffeergeld-Einnahme zu vermeiden, unter Aufhebung früherer entgegenstehender Erlasse hiermit bestimmt, daß fortan auf Grund der mehrermähnten Vorschrift nur den Fuhrern mit thierischem Dünger (Stalldünger, Mist), nicht aber auch den Fuhrern mit andern Düngungsmitteln die Chauffeergeldfreiheit auf Staats- wie auf Kreis-, Gemeinde-, Actien-, Privat-Chauffeen u. s. w. zugesprochen werden soll.

Berlin, den 22. Januar 1862.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
von der Heydt.

Der Finanz-Minister.
v. Patow.

Vorliegendes Rescript wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Merseburg, den 24. Februar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(199) Belehnung für Ermittlung der Urheber wiederholter Brandstiftungen im Dorfe Reising.

In dem Dorfe Reising Kreises Weiskensfeld ist in diesem und im vergangenen Monat dreimal böswillig Feuer angelegt worden.

Für denjenigen, welcher den Urheber dieser Brandstiftungen zur Anzeige bringt mit dem Erfolge, daß derselbe zur Untersuchung und Bestrafung gezogen werden kann, wird hiermit eine Prämie von Funfzig Thalern aufgesetzt.

Merseburg, den 26. Februar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(200) Die Thätigkeit der Schiedsmänner im Departement Halberstadt im Jahre 1861 betr.

In dem Jahre 1861 sind in unserm Departement bei 69 Schiedsmännern des Magdeburger, 4 Schiedsmännern des Merseburger und 64 Schiedsmännern des Erfurter Regierungsbereichs überhaupt 7045 Streitfachen anhängig gewesen, hiervon 4046 durch Vergleich, 1047 durch Zurücknahme der Klage, 1857 durch Verwahrung an den Richter beendet und am Jahreschlusse noch 95 anhängig geblieben.

Durch eine größere Anzahl der verglichenen Streitsachen haben sich von den Schiedsmännern ausgezeichnet:
I. im Regierungsbereich Magdeburg: der Gärtner Fuhrmeister zu Dardesheim, welcher 149, der Kornhändler Fuhrmeister zu Oßersied, welcher 103, der Kaufmann Badtke zu Wipperfleth, welcher 127, der Cantor Reune zu Eilsdorf, welcher 165, der Cantor Krieg zu Bogelsdorf, welcher 132,

II. im Regierungsbezirke Erfurt: der Bürgermeister Köhler in Eürich, welcher 112, der Bürgermeister Küster in Vennedstein, welcher 121 Streichachsen verglichen hat, weshalb ihre Thätigkeit hierdurch lobend anerkannt wird. Halberstadt, den 19. Februar 1862. Königliches Appellationsgericht.

(201) Beilegung eines Braunkohlenbergwerks. Hierdurch wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Braunkohlenbergwerk Berechtigung bei Mählich mit einer Fundgrube und 1200 Maassen an den Gasthofsbesitzer Karl Grunberg zu Halle durch Urkunde vom heutigen Tage verliehen worden ist. Halle, den 11. Februar 1862. Königliches Ober-Bergamt.

(202) Aufforderung versorgungsberechtigter Militärpersonen zur Meldung für contractliche Stellen bei der Postverwaltung. Versorgungsberechtigte Militärpersonen, welche bereit sind, contractliche Stellen bei der Postverwaltung als Landbriefträger, Pachtträger und dergleichen, mit welchen je nach dem Umfange der Leistung eine Löhnung bis zum Betrage von 150 Thlr. jährlich verbunden ist, zu übernehmen, werden aufgefordert, sich schriftlich oder mündlich bei der unterzeichneten Ober-Postdirection zu melden, um nach besunderer Qualifikation notirt und bei eintretenden Vacanzen berücksichtigt werden zu können. Bei den Meldungen sind die Militärpapiere, welche den Versorgungsanspruch nachweisen, und die Führungsatteste vorzulegen; auch ist in jedem Falle anzugeben, ob der Bewerber die reglementsmäßige Caution von 50 Thlr. in cours-habenden Papieren zu bestellen vermag.

Bemerkt wird, daß durch die Uebernahme einer der bezeichneten contractlichen Stellen dem etwaigen Streben der Versorgungsberechtigten nach späterer Erlangung einer Anstellung als Postunterbeamter Nichts vergeben wird.

Halle, den 22. Februar 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(203) Dem Ingenieur J. G. **Sabrich** zu Eudenburg bei Magdeburg ist unter dem 15. Februar d. J. ein Patent auf einen, in Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, als neu und eigenthümlich erkannten Defantir-Apparat für Schweißstamm der Zuckfabriken und ähnliche Substanzen, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(204) Dem Kaufmann Friedr. Wilh. **Albert Graffie** in Königlich ist unter dem 18. Februar 1862 ein Patent auf ein durch Zeichnung und Beschreibung erläutertes Verfahren bei der Bereitung von Essig, soweit dasselbe als neu und eigenthümlich anerkannt worden ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

Personal-Chronik.

(205) Die erledigte evangelische Oberpfarrstelle an St. Michael zu Zeitz in der Diöces Zeitz ist dem bisherigen Archidiaconus an derselben Kirche, Friedrich Wilhelm **Hartung**, verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Archidiaconatsstelle an gedachter Kirche ist Königlichem Patronats. Die Superintendentur-Verwaltung in der Diöces Zeitz wird der nunmehrige Oberpfarrer Hartung in bisheriger Weise interimistisch fortführen.

(206) Die einstweilige Verwaltung des Superintendenturamtes in der ersten Halleschen Landdiöces ist dem Pfarrer **Gräfe** zu Peissen bei Halle übertragen worden.

(207) Zu der erledigten evangelischen Archidiaconatsstelle an St. Wenzel in Raumburg in der Diöces Raumburg ist der bisherige Diaconus an derselben Kirche, Friedrich August **Werkel**, berufen und bestätigt worden. Ueber die dadurch vacant gewordene Diaconatsstelle an genannter Kirche ist bereits disponirt.

(208) Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle an St. Wenzel in Raumburg in der Diöces Raumburg ist der bisherige Vormittagsprediger an der St. Marien-Magdalenen-Kirche daselbst, Friedrich Albert Emil **Küstermann**, berufen und bestätigt worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Vormittagspredigerstelle an der St. Marien-Magdalenen-Kirche in Raumburg ist der Magistrat daselbst.

(209) Durch das Ableben des Diaconus **Klingeb** ist das unter Privat-Patronat stehende Diaconat zu Walsleben, Eparchie Erfurt, vacant geworden.

(210) Für die nächste Gjährige Wahlperiode ist der Polizeiverwalter, Inspector **Lartsch** zu Hohenprichitz zum Deichhauptmann und der Kittergutsbesitzer **Grat v. Mengersen** auf Ziepplin zum stellvertretenden Deichhauptmann des Mendorf-Laufiger Muldedeichverbandes gewählt und benätigt worden.

(211) Der Gutsbesitzer **Guichard** zu Lützen ist zum Kreisagator in landwirthschaftlichen Angelegenheiten für den Merseburger Kreis angenommen und als solcher verpflichtet worden.

(212) Die Schulstelle in Kößlich, Ephorie Schleuditz, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt. Die Stelle ist Privat-Patronats, wird aber für dies Mal von der königlichen Regierung besetzt.

(213) Der bisherige Schiedsmann für die Stadt Hettstedt, Lohgerbermeister **Schäffer**, und dessen Stellvertreter, Kaufmann **Demelius**, sind als solche für die nächsten drei Jahre wieder gewählt und verpflichtet worden.

(214) Der Deconom **Kummel** in Merseburg ist zum Schiedsmann für den II. Bezirk der Stadt Merseburg gewählt und verpflichtet worden.

(215) Es sind bestätigt worden: der Hauptmann a. D. **Schmuelspennig** als Postmeister in Sangerhausen, der Postsecretair **Lehmann** in Halle als Ober-Postsecretair, die Postexpeditionsgehilfen **Böhme** in Bitterfeld, **Benne** in Halle und **Lehmann** in Herzberg als Postexpedienten, der invalide Trompeter **Eisenberg** in Halle als Eisenbahn-Postconducteur und der invalide Postillon **Keller** in Raumburg als Briefträger.

Verstet sind: der Ober-Postsecretair **Schmidt** von Wittenberg nach Halle, der Ober-Postsecretair **Lehmann** von Halle nach Wittenberg, die Postexpedienten **Singer** von Quedfurt nach Hettstedt, **Kurh** von Quedlinburg nach Quedfurt, **Diener** von Geilenkirchen nach Weisenfels und **Dubig** von Herzberg nach Torgau, sowie die Eisenbahn-Postconducteure **Eisengarten** von Bitterfeld nach Gera und **Schmidt** von Leipzig nach Bitterfeld.

Der Packbote **Ehrhardt** in Halle ist entlassen worden.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurs in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Bezugsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 11.

Ausgegeben zu Merseburg am 15. März 1862.

- (216) Das 7. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 3. März 1862, enthält unter:
 Nr. 5499. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Barmen im Betrage von 400,000 Rthlrn. Vom 27. Januar 1862.
 Nr. 5500. Allerhöchster Erlaß vom 24. Februar 1862, betreffend die in Gemäßheit des Gesetzes vom 22. Mai 1861 zum Bau der Altenbeken-Holzwindener Eisenbahn aufzunehmende Staatsanleihe von 4,800,000 Thalern.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(217) Verordnung, das Pflanzten der Communicationsfahrwege mit Bäumen betr.

Da die Sicherheit des Verkehrs auf den öffentlichen Communicationswegen unabwieslich erfordert, daß dieselben zu beiden Seiten mit Bäumen bepflanzt werden, um die Fahrstraße auch in der Nacht und wenn der Weg mit Schnee bedeckt ist, kenntlich zu machen, so wird hierdurch Nachstehendes verordnet:

§. 1. Zur ordnungsmäßigen Herstellung und Unterhaltung der öffentlichen Communicationsfahrwege gehört auch das Pflanzten derselben mit Bäumen auf beiden Seiten, und die Unterhaltung der Pflanzung als untrennbarer Theil der Wegebaulast.

§. 2. Sämmtliche im Regierungsbezirke befindliche öffentliche Communicationsfahrwege müssen bis Ende des Jahres 1865 auf beiden Seiten mit Bäumen bepflanzt sein.

§. 3. Die Bäume sind in der Weise zu pflanzen, daß dieselben auf jeder Seite des Weges höchstens 5 Ruthen weit von einander entfernt stehen.

§. 4. Die Pflanzung resp. Unterhaltung derselben liegt den zur Herstellung resp. Unterhaltung der öffentlichen Communicationsfahrwege Verpflichteten ob. Privatrechtliche Verhältnisse, durch welche in Bezug auf die Pflanzung solcher Wege etwas Anderes festgesetzt ist, werden durch die gegenwärtige Bestimmung nicht berührt.

§. 5. Die Pflanzung geschieht nach Anordnung des betreffenden Landraths, welcher den Zeitpunkt, innerhalb dessen dieselbe bis Ende des Jahres 1865 ausgeführt sein muß, sowie die zu diesem Zwecke zu wählenden Baumarten, die Größe und das Alter der Bäume u. nach Anhörung der Verpflichteten zu bestimmen hat.

§. 6. Wer die angeordnete Pflanzung innerhalb des von dem Landrathe bestimmten Zeitpunktes nicht oder nicht vollständig und vorschriftsmäßig ausgeführt hat, auf dessen Kosten wird die Pflanzung der fehlenden resp. nicht vorschriftsmäßig gepflanzten Bäume nach alleiniger Anweisung des Landraths ausgeführt und der Betrag der verwendeten Kosten event. im Wege der administrativen Exekution eingezogen.

In gleicher Weise wird gegen denjenigen verfahren, welcher sich in der Unterhaltung der Pflanzung säumig zeigt, und auf erhaltene Aufforderung des Landraths die Ausbesserung in der von dem Letzteren vorgeschriebenen Zeit nicht ausführt.

Außerdem verfallen die Vorstände der verpflichteten Gemeinden in eine Ordnungsstrafe von 5 Sgr. für jeden innerhalb der von dem Landrathe vorgeschriebenen Zeit nicht, oder nicht vorschriftsmäßig an den Communicationswegen in der Gemeindefur gepflanzten Baum.

Merseburg, den 2. März 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(218) Die Form der Dressirung für tragende Stuten behufs deren Zurückstellung bei einem eintretenden Mobilmachung betr.
 Um die bei der letzten Mobilmachung des Heeres in mehreren Landestheilen laut gewordenen Beschwerden über die Aushebung tragender Stuten für die Zukunft zu beseitigen, ist Seitens der Herren Minister des Krieges und des Innern im Anschluß an die bezügliche Vorschrift des Provinzial-Reglements zur Bestellung, Auswahl, Abnahme und Abschätzung der Mobilmachungspferde bestimmt worden:

daß ein Deckstein, durch welchen in beglaubigter Form bezeugt wird, daß eine Stute nach wiederholtem Versuche dem Hengst nicht mehr angenommen habe, als Beweis des Tragendseins dieser Stute, auch wenn sichtbare Kennzeichen dieses Zustandes fehlen, anerkannt werden soll, sofern zur Erfüllung des Bedarfs an Pferden andere Pferde, für welche eine Berücksichtigung wegen angeblichen Tragendseins nicht in Anspruch genommen wird, in ausreichender Zahl vorhanden sind.

Zu diesen Decksteinen ist von dem Königl. Ober-Präsidium in Magdeburg ein bestimmtes Schema vorgezeichnet, welches wir nachstehend mit dem Bemerkern zur öffentlichen Kenntniß bringen, daß es ohne Einfluß auf die Zurücksstellung ist, ob die Stuten durch Hengste desselben Besitzers, durch Privathengste oder durch Königliche Landesbeschäler gedeckt sind.

Merseburg, den 10. März 1862.

Nr.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Schema.

Kreis
Beschälstation

| Namen und Stand des Besitzers. | Wohnort. | National der Stute | | | ist bedeckt | | | hat abgeschlagen am | | | Be-merkungen. |
|--------------------------------|----------|---------------------|-------------|----------------|------------------------|----------------------|----------------------|---------------------|--|--|---------------|
| | | Farbe und Abzeichen | Alter. Jahr | Maß. Ruß Zell. | mit dem Hengst. (Name) | am Tag. Monat. Jahr. | am Tag. Monat. Jahr. | | | | |
| | | | | | | | | | | | |

Station den ten 18
Der Privathengstbesitzer. Der Stationshalter. (Beim Gebrauch ist die eine oder andere Bezeichnung je nach den Umständen zu streichen.)

Die Richtigkeit der vorstehenden Unterschrift wird bescheinigt.

. den ten 18
(Gemeinde-Siegel.) Die Ortsbehörde.

Bemerkung.

Die Besitzer, welche ihre Stuten bedecken lassen, haben den ausgestellten Sprungzettel bei wiederholten Versuchen der Nachsprünge jedesmal mit zur Station zu bringen, damit nicht allein die Nachsprünge darauf und in das Beschälregister eingetragen, sondern auch Seitens der Stationshalter oder der Hengstbesitzer, resp. der Ortsbehörde, die Bescheinigung ausgestellt werden kann, daß die Stute an dem und dem Tage dem Hengst abgeschlagen hat, mithin ihre Trächtigkeit anzunehmen ist. Durch dieses Attest, welches jeder Besitzer gut aufzubewahren und bei einer Mobilmachung mitzubringen und der Behörde vorzuzeigen hat, werden die gedachten Stuten bei einer Mobilmachung von der Ausbeutung befreit und es hat sich jeder Pferdezüchter selbst zuzuschreiben, wenn ihm bei Nichtbefolgung dieser Anweisung seine Mutterstute zur Ausbeutung genommen wird.

(219) Die diesjährigen Wahlfähigkeits-Prüfungen bei dem Schullehrer-Seminar in Gisleben betr.

Der Anfang der diesjährigen Wahlfähigkeits-Prüfungen bei dem Schullehrer-Seminar in Gisleben ist auf den 5. Mai d. J. festgelegt worden.

Die außerhalb des Gislebener Seminars vorbereiteten, im Querfurter, Sangerhäuser, Mansfelder See- und Gebirgskreis, Saalkreis und in der Stadt Halle wohnhaften Schulkamts-Aspiranten haben sich zu dem Ende am 4. Mai, Nachmittags 2 Uhr, die zur abermaligen Prüfung beschiedenen, zur Zeit in den oben genannten Kreisen angestellten Lehrer am 7. Mai, Abends 7 Uhr, und die etwa sich meldenden Lehrerinnen am 8. Mai, Abends 7 Uhr, bei dem Seminardirector Elingsein in Gisleben zu melden.

Im Uebrigen wird auf die Bekanntmachung im Amtsblatte vom Jahre 1838 St. 3. S. 19. verwiesen.
Merseburg, den 10. März 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für das Kirchen- und Schulwesen.

(220) Verpachtung der Domaine Sablatz.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 22. November v. J. bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die im Kreise Sorau belegene Domaine Sablatz, bestehend aus den Vorwerken Sablatz, Biskendorf, Jeshen, Weiersdorf und Rodtschod, mit einem Gesamt-Areal von

5088 Mrg. 88 QMth., worunter circa 40 Mrg. 46 QMth. Gärten, 2415 Mrg. 8 QMth. Ader, 974 Mrg. 57 QMth. Wiesen, 1470 Mrg. 90 QMth. Hütung, 5 Mrg. 169 QMth. bespante Teichfläche, 19 Mrg. 61 QMth. Hof- und Baustelle und 163 Mrg. 17 QMth. unnußbares Land, von Johannis 1862 ab auf 18 Jahre anderweit im Wege der Licitation verpachtet werden soll.

Das Angebot erfolgt alternativ im Ganzen und in zwei Theilen. Im letzteren Falle bilden die Vorwerke Sablath, Willendorf und Zehlen mit 185 Mrg. 128 QMth. Grundstücken bei Meiersdorf die eine, die Vorwerke Meiersdorf und Rodtisch, ausschließlich der von ersterem abgezweigten Grundstücke, die andere Pachtung. Das Areal besteht:

- a) beim Vorwerk Sablath überhaupt aus 1137 Mrg. 8 QMth., worunter an Gärten circa 10 Mrg. 151 QMth., an Ader 508 Mrg. 65 QMth., an Wiesen 160 Mrg. 37 QMth., an Hütungen 425 Mrg. 111 QMth., an Teichfläche 5 Mrg. 169 QMth., an Hof- und Baustelle 5 Mrg. 129 QMth., an unnußbarem Lande 20 Mrg. 66 QMth.;
- b) bei den Vorwerken Willendorf und Zehlen, unter Zurechnung von 185 Mrg. 128 QMth. bei Meiersdorf, aus 2166 Mrg. 135 QMth., worunter an Gärten circa 13 Mrg. 35 QMth., an Ader 976 Mrg. 56 QMth., an Wiesen 281 Mrg. 113 QMth., an Hütung 845 Mrg. 11 QMth., an Hof- und Baustelle 6 Mrg. 103 QMth. und an unnußbarem Lande 43 Mrg. 177 QMth., bei der Theilpachtung ad a. und b. überhaupt 3303 Mrg. 143 QMth.;
- c) beim Vorwerk Meiersdorf, ausschließlich der abgezweigten 185 Mrg. 128 QMth., überhaupt aus 920 Mrg. 95 QMth., worunter an Gärten circa 14 Mrg. 74 QMth., an Ader 389 Mrg. 111 QMth., an Wiesen 306 Mrg. 65 QMth., an Hütung 151 Mrg. 107 QMth., an Hof- und Baustelle 3 Mrg. 127 QMth. und an unnußbarem Lande 54 Mrg. 151 QMth.;
- d) beim Vorwerk Rodtisch überhaupt aus 864 Mrg. 30 QMth., worunter an Gärten circa 1 Mrg. 146 QMth., an Ader 540 Mrg. 136 QMth., an Wiesen 226 Mrg. 22 QMth., an Hütung 48 Mrg. 41 QMth., an Hof- und Baustelle 3 Mrg. 62 QMth. und an unnußbarem Lande 43 Mrg. 163 QMth., bei der zweiten Theilpachtung ad c. und d. im Ganzen 1784 Mrg. 125 QMth.,

Das Pachtzinsminimum ist für die Gesamtpachtung auf 5500 Thlr., für Sablath, Willendorf und Zehlen auf 3500 Thlr., für Meiersdorf und Rodtisch auf 2000 Thlr. festgesetzt.

Pachtbewerber haben, um zum Mitbieten zugelassen zu werden, sich über den Besitz eines disponiblen Vermögens für die ganze Domaine von 28 000 Thlr., für die größere der beiden Theilpachtungen von 19 000 Thlr. und für die kleinere von 11 000 Thlr. auszuweisen.

Zur Entgegennahme der Gebote haben wir Termin auf **den 24. April d. J., Vormittags 10 Uhr**, in dem königlichen Regierungsgebäude, Wilhelmplatz Nr. 19, hier selbst, vor dem Herrn Regierungsrath Windler angelegt. Pachtschwerer werden hiern mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verpachtungs-Bedingungen nebst den Regeln der Licitation, wovon auf Verlangen und gegen Erstattung der Copialien Abschrift mitgetheilt werden soll, sowie Karten und Vermessungs-Register vom 1. f. M. ab täglich während der Dienststunden in unserer Registratur eingesehen werden können.

Frankfurt a. d. O., den 18. Februar 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

(221) Betheiligung der Vernehmung, das Passiren der Stromelbe bei Magdeburg mit Rissen während der Zeit vom 1. Mai bis 1. August c. betr.

Während des Baues einer neuen Brücke über die Stromelbe bei Magdeburg und zwar in dem Zeitraume vom 1. Mai bis 1. August c. dürfen Fische, um nicht durch Echtern den die Gerüste zu zerstören, die Baustelle nur in einer Länge von höchstens 4 Tausen passiren.

Weitere Tafeln sind oberhalb der Baustelle ab- und unterhalb derselben wieder anzubringen.

Uebertretungen werden mit einer Geldstrafe bis zu 10 Thlr. oder im Unvermögensfalle mit verhältnismäßigem Gefängniß geahndet, sofern nicht andre schon bestehende Vorschriften eine höhere Strafe androhen. Vorstehendes wird auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung pag. 265) von uns angeordnet und auf Grund der Festsetzung im §. 6. des unter dem 7. April 1854 Allerhöchst genehmigten Schlussprotocolls der 3. Elbischiffahrt-Revisions Commission vom 8. Februar 1854 (Gesetz-Sammlung pag. 370.) hierdurch zur Kenntniß des Flößschiffahrt treibenden Publicums gebracht.

Magdeburg, den 27. Februar 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(222) Die Beförderung des Postfuhrwezens auf der Station Stolberg a. S. betr.

Die Beförderung des Postfuhrwezens auf der Station Stolberg a. S. soll event. zum 1. Juli 1862 im Wege der Submission anderweit verdingen werden.

Beizugte Bewerber wollen sich bis spätestens den 15. April c. Befußs Abgabe ihrer Forderungen entweder persönlich oder schriftlich bei der hiesigen Ober-Postdirection melden, in deren Registratur auch die näheren allgemeinen Bedingungen für Uebernahme der Postbatterie täglich, mit Ausnahme des Sonntags, innerhalb der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden können.

Auswärtigen wird auf ihren Antrag auch Abschrift dieser Bedingungen gegen Copialien mitgetheilt werden. Halle, den 5. März 1862. Der Ober-Postdirector. Strahl.

Patente für Kunstverständungen betr.

(225) Dem Maschinen-Fabrikanten Ewald **Silger** zu Essen an der Ruhr ist unter dem 28. Februar 1862 ein Patent auf eine Maschine zum Trocknen von Wolle, so weit dieselbe nach der vorgelegten Beschreibung und Zeichnung für neu und eigenthümlich erachtet worden ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(224) Das dem Nadelfabrikanten und Mechaniker Franz Joseph **Graf** zu Haaren unterm 13. December 1857 auf die Dauer von fünf Jahren für den Umfang des Preussischen Staats erteilte Patent auf eine Nähnadelspitzmaschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Zement in der Benützung bekannter Theile zu beschränken ist um drei fernere Jahre verlängert worden.

(223) Das dem Maschinenbauer August **Schulz** zu Porey a. E. unterm 7. December 1860 erteilte Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte Säemaschine für Rübsaamen, so weit dieselbe für neu und eigenthümlich erachtet worden, ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(226) Die erledigte evangelische Oberpfarrstelle zu Schleuditz in der Diöces Schleuditz ist dem bisherigen Diaconus in Schleuditz und Pfarrer in Eursdorf, Carl Christian **Weiß**, verliehen worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Diaconatsstelle zu Schleuditz ist der Magistrat daselbst. Die Verwaltung des Epyhoralamtes der Diöces Schleuditz wird von dem 2c. Weiß in bisheriger Weise interimistisch fortgeführt werden.

(227) Der Pfarrer in Gr. Rosenburg, Superintendent Dr. **Sickel**, ist definitiv zum Superintendenten der schon bisher von ihm versehenen Diöces Calbe a. d. S. ernannt worden.

(228) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Rauthausen mit Pressel und Cossa in der Diöces Eilenburg ist dem bisherigen Pfarrer in Gorden, Diöces Elsterwerda, Karl Julius **Giegold**, verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Gorden ist königlichen Patronats.

(229) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Friedrichsstadt-Magdeburg in der Diöces Magdeburg ist dem bisherigen Hülfsprediger in Roitzsch, Julius Carl **Kessel**, verliehen worden.

(230) Der bisherige Appellationsgerichts-Auscultator **Oesten** ist zum Referendarius bei der hiesigen königlichen Regierung ernannt worden.

(231) Der Feldmesser Anton Friedrich Julius **Schulze** zu Artern ist zum Vermessungs-Revisor ernannt.

(232) Die Schul- und Küsterstelle in Zeuchfeld, Ephorie Freyburg, königlichen Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.
Gebruckt bei Carl Jurtz in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Beilagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 12.

Ausgegeben zu Merseburg am 22. März 1862.

- (235) Das 8. Stüd der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 11. März 1862, enthält unter:
- Nr. 5501. Verordnung, betreffend die Registrirung von Seelschiffen. Vom 27. Februar 1862.
- Nr. 5502. Allerhöchster Erlaß vom 17. Februar 1862, betreffend die Verleihung des Rechts an die Stadt Teltow zur Erhebung eines Chausseegeldes für eine halbe Meile nach dem doppelten Betrage der in dem Chausseegeld-Tarife vom 29. Februar 1840 bestimmten Sätze für die Teltow-Zehlendorfer Chaussee auf fernere fünf Jahre.
- Nr. 5503. Bekanntmachung über den Beitritt der Kantone Aargau, Neuenburg und Solothurn zu der von Preußen mit mehreren Kantonen der Schweiz abgeschlossenen Uebereinkunft wegen der Kosten der Verpflegung von erkrankten Angehörigen der contrahirenden Theile. Vom 3. März 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

- (234) Den Verlauf des Staßfurter seinen Tafelsalzes betr.
- Auf dem königlichen Steinsalzbergwerk zu Staßfurt wird vom 1. April d. J. ab aus Kryallsalz ein sehr feines Tafelsalz bereitet und in Mengen von
- 126 Wd. 8 Loth ($\frac{1}{4}$ Tonne), in einfache Säcke verpackt, zum Preise von 4 Thlr., und von
- 94 Wd. 21 Loth ($\frac{1}{2}$ Tonne), in kleine Beutel und diese wieder in Kisten verpackt, zum Preise von 3 Thlr. 15 Sgr.
- zum Verkauf gestellt werden.

Bestellungen auf dieses Salz sind portofrei unter Einsendung des Preises an die königliche Salz-factorie in Staßfurt mit der Angabe zu richten, ob die Verendung des Salzes vermittelst der Eisenbahn oder auf welche sonstige Weise erfolgen solle. Die Kosten und die Gefahr des Transports trägt der Käufer.

Berlin, den 4. März 1862. Der Generaldirector der Steuern. v. Pommer-Esche.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

- (235) Das im Buchhandel erschienene erläuterte und ergänzte Reglement der königlichen allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt vom 28. December 1775 betr.
- Das Patent und Reglement für die königliche allgemeine Wittwen-Verpflegungsanstalt vom 28. December 1775 ist im Laufe der Zeit so vielfach ergänzt, erläutert und abgeändert worden, daß es in seiner ursprünglichen Gestalt ohne einen gründlichen Commentar nicht mehr geeignet ist, das theilhabende Publikum über seine Rechte und Pflichten bei unserem Institut vollständig zu belehren. Die Staatsbehörden, und namentlich die unterzeichnete Generaldirection, haben diesen Uebelstand bisher am Meisten empfinden müssen, da sie alljährlich mit einer großen Menge unstatthafter Anträge und mit vielen irtigen, weitläufigen Widerlegungen erfordernden Ansichten über die unsere Anstalt leitenden Grundzüge belästigt worden sind. Zur künftigen Vermeidung solcher Belästigungen machen wir nun unsere Mitglieder und die in Zukunft unserer Societät beitretenen Staatsdiener auf die so eben im Verlage der hiesigen königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (H. Deder) erschienene Schrift:

„Das Patent und Reglement für die königlich Preussische allgemeine Wittwen-Verpflegungsanstalt, unter Benützung der Acten dieses Instituts bearbeitet von Dr. Eduard Wegener, erpedirendem Secretair und Calculator bei der gedachten Anstalt“

aufmerksam, welche durch alle Buchhandlungen, sowie durch unsere Buchhalterei, für den Preis von 10 Sgr. zu beziehen ist, und woraus sich jeder Theilhabende über unsere Einrichtungen und die unsere Verwaltung leitenden Gesetze, Verordnungen und Bestimmungen leicht und gründlich wird informieren können.

Berlin, den 5. März 1862.

Generaldirection der königlichen allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt.

Indem vorstehende Bekanntmachung zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird, werden alle mit der Generaldirection der Königl. allgemeinen Wittwen-Verpflegungsanstalt in Verbindung stehenden Behörden auf die darin angeführte Schrift aufmerksam gemacht und deren Anschaffung empfohlen.

Merseburg, den 15. März 1862.

Der Regierungs-Präsident. Nothe.

(236) Die Wiederbesetzung der erledigten Kreisbierarztsstelle der Kreise Edartsberga und Querfurt betr.

Durch das Ableben des Kreisbierarzts Dominid in Donndorf ist die Stelle des Kreisbierarzts für den aus den Kreisen Edartsberga und Querfurt bestehenden Bezirk vacant geworden.

Qualificirte Bewerber haben sich binnen 4 Wochen unter Vorlegung ihrer Papiere bei uns zu melden.
Merseburg, den 9. März 1862. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

(237) Die Annahme von Schiffsjungen bei der Königl. Marine betr.

Nachstehende Bekanntmachung:

Zum Zweck der Completirung der Schiffsjungen-Division sollen im Laufe des nächsten Monats circa 52 Schiffsjungen eingestellt werden.

Demzufolge werden diejenigen jungen Leute, die eine solche Einstellung wünschen und den nachstehend aufgeführten Bedingungen entsprechen, resp. deren Eltern u. c. aufgefordert, ihre Annahmegesuche bis spätestens den 1. April d. J. an das unterzeichnete Commando portofrei einzureichen. Die Annahme als Schiffsjunge bedingt:

- a) ein Alter von vollendetem 14. Jahre bis einschließlich des 16. Lebensjahres,
- b) körperliche Tauglichkeit,
- c) bisherige gute Führung,
- d) erfolgte Confirmation,
- e) genügende Schulkenntnisse,
- f) die mit Genehmigung der Eltern eingegangene Verpflichtung, 12 Jahre in der Königl. Marine zu dienen.

Dem Annahmegesuche ist hiernach beizufügen:

- a) der Tauschein,
- b) der Impfschein,
- c) ein ärztliches Attest über Gesundheit und dem Alter angemessene Entwicklung der Körperkräfte,
- d) ein polizeiliches Attest über gute Führung,
- e) der Confirmationsschein,
- f) ein Schulzeugniß.

Die vorläufige Untersuchung und Prüfung der angemeldeten und nach den eingereichten Attesten für die Annahme qualificirt befundenen jungen Leute durch eine Commission wird in dem weiteren Verlauf des Monats April a. c. in den Städten Berlin, Stettin resp. Danzig stattfinden, Ort und Tag hierfür jedem Einzelnen aber noch näher bezeichnet werden.

An diesem noch zu bezeichnenden Orte müssen die Betreffenden der Commission durch einen ihrer Angehörigen auf eigene Kosten vorgestellt werden, wegen der Beförderung nach dem Stationsorte (Danzig), wo dieselben noch einer ärztlichen Superrevision unterworfen werden, auf Kosten des Staats bewirkt wird.

Danzig, den 9. März 1862.

Königliches Commando der Marinestation der Offsee.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 15. März 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(238) Die Dienststunden der Postexpedition in Böbzig betr.

Die Dienststunden der Postexpedition in Böbzig, welche von einem alleinstehenden Beamten verwaltet wird, sind wie folgt anderweit festgelegt worden:

- a) an Wochentagen: von 7 (im Winter von 8) bis 12 Uhr Vormittags, von 3 bis 8 Uhr Nachm.;
- b) an Festtagen, die nicht auf einen Sonntag fallen: von 7 (resp. 8) bis 9 Uhr Morgens, von 11 bis 12 Uhr Mittags und von 3 bis 8 Uhr Abends;
- c) an Sonntagen, wie bisher: von 7 (resp. 8) bis 9 Uhr Morgens und von 5 bis 8 Uhr Abends.

Böbzig, den 8. März 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(239) Ausgeloste Obligationen der Stadt Leiz.

Planmäßig wurden heute von unseren Stadtoobligationen ausgelost:

Litt. A. Nr. 14. & 200 Thlr.,

Litt. B. Nr. 156. und 167. & 100 Thlr.,

Litt. C. Nr. 51. und 140. & 40 Thlr.,

Litt. D. Nr. 110. 120. 357. & 20 Thlr.

Wir kündigen diese Beträge, welche am 1. Juli 1862 in unserer Stadthauptkasse gegen Rückgabe der Obligationen und Coupons nebst den laufenden Zinsen ausgezahlt werden. Weitere Verzinsung findet von jenem Tage an nicht statt.

Gleiches fordern wir den Inhaber der unterm 14. December pr. gekündigten Obligation Litt. B. Nr. 91. & 100 Thlr. nochmals zur Abhebung des Geldbetrags mit dem Bemerken auf, daß die Verzinsungsverpflichtung am 1. Juli c. aufgehört hat, und die bei Präsentation der Obligation etwa fehlenden Coupons vom Capitale abgezogen werden.

Leiz, den 11. December 1861.

Der Magistrat.

(240) Ausgeloste Obligationen des Wittenberger Deichverbandes pro term. 1. Juli 1862.

In Gemäßheit der durch die Allerhöchsten Cabinets-Ordres vom 21. August 1852 und vom 23. Juni 1854 dem Wittenberger Deichverbande verliehenen Privilegien zur Ausgabe von Deichobligationen im Gesamtbetrage von 180.000 Thlr. hat durch die dazu gewählte Commission des Deichamtes die Auslosung der auf das Jahr 1862 zu kündigenden und zu amortisirenden Deichobligationen im Betrage von 2200 Thlr. stattgefunden.

Nachstehende Nummern der Deichobligationen sind bei dieser Auslosung gezogen worden:

I. Abtheilung: Litt. A. Nr. 67. 124. & 500 Thlr.,

B. Nr. 107. 199. & 100 Thlr.,

C. Nr. 23. 91. 149. 167. 176. & 25 Thlr.;

II. Abtheilung: Litt. D. Nr. 158. & 500 Thlr.,

E. Nr. 234. 271. 498. & 100 Thlr.,

F. Nr. 357. 490. 539. & 25 Thlr.

Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe und gleichzeitig die gedachten Obligationen auf Grund des §. 2. der Allerhöchst verliehenen Privilegien hiermit kündige, fordere ich die Inhaber derselben auf, die ausgelosten Deichobligationen am 1. Juli 1862 der Kasse des Wittenberger Deichverbandes zu Prestsch nebst Coupons zu präsentieren, worauf deren Einlösung erfolgen wird.

In Bezug auf die Bräuchselbestimmungen, wonach ausgeloste oder gekündigte Deichobligationen, deren Betrag in dem festgesetzten Termine nicht erhoben wird, innerhalb der nächsten 10 Jahre auch in spätern Terminen zur Einlösung präsentirt werden können, dann aber keine Zinsen mehr tragen und nach Verfluß von 10 Jahren nach ihrer Fälligkeit ihren Werth ganz verlieren, beziehe ich mich auf §. 5. der Allerhöchsten Privilegien, welcher jeder Obligation beigeschrieben ist.

Wittenberg, den 21. December 1861.

Der Deichhauptmann, Landrath v. Jagow.

(241) Verlosung von Kreis-Obligationen des Mansfelder Seekreises.

In der heute bepirkten 2. Verlosung von 2250 Thlr. Kreis-Obligationen des Mansfelder Seekreises de anno 1856 sind folgende Nummern gezogen worden:

Litt. A. & 1000 Thlr. Nr. 51.,

B. & 500 Thlr. Nr. 41.,

C. & 200 Thlr. Nr. 97.,

D. & 100 Thlr. Nr. 41. 209. 215. und 312.,

E. & 25 Thlr. Nr. 40. 82. 184. 250. 255. und 294.

Dieselben werden den Inhabern hierdurch gekündigt mit dem Bemerken, daß die Rückzahlung des Capitalbetrags vom 31. December 1862 ab durch die Kreis-Chaussee-Baukasse in Eisleben und durch das Bankhaus Bach und Frenkel in Nordhausen gegen Rückgabe der Kreis-Obligationen erfolgen wird.

Vom 1. Januar 1863 ab hört die Verzinsung der ausgelosten Obligationen auf.

Eisleben, den 28. December 1861.

Die ständische Commission für den Chausseebau des Mansfelder Seekreises.

(212)

E x t r a c t

aus der 16. Rechnung der Hauptkasse der Magdeburger Land-Feuer-Societät.
Vom Januar bis ultimo December 1860.

| T i t e l | | E i n n a h m e. | | fl. | gr. |
|-----------------------|---|------------------|----------|---------|-------|
| 1 | An Bestand incl. 66,500 Thlr. in Activis. | | | 73,230 | 29 5 |
| 2 | An Zinsen von belegten Capitation, nach Abzug der gezahlten Zinsen von Bank-Anlehen | | | 3,309 | 25 — |
| 3 | An Beiträgen. | | | | |
| | a) Reste aus früheren Ausschreiben | 6,269 | Thlr. 20 | Sgr. 8 | Pf. |
| | b) Beiträge zum 30. und 31. Ausschreiben | 180,828 | " 20 | " 9 | " |
| | c) Eintrittsgeld der neuen Interessenten | 193 | " 12 | " 6 | " |
| | Anmerkung. Die Beiträge zum 32. Ausschreiben vom 31. December 1860 können erst in der Rechnung pro 1861 in Einnahme erscheinen. | | | 187,291 | 23 11 |
| 4 | An zufälligen Einnahmen | | | 361 | 25 — |
| | Summa | | | 264,194 | 13 4 |
| A u s g a b e. | | | | | |
| | | | | | |
| 1 | An Brandentschädigung und dazu gehörigen Nebenkosten. | | | | |
| | a) Indemnification. | | | | |
| | 1) Für Brandschäden aus früheren Jahren | 57,974 | Thlr. 21 | Sgr. 1 | Pf. |
| | 2) Für dergleichen aus dem Jahre 1860 | 59,589 | " 9 | " 3 | " |
| | b) Prämien für Spritzen und sonstige Löschhülfe | 2,789 | " 15 | " — | " |
| | c) Diäten und Reisekosten wegen der Untersuchung | 511 | " 17 | " 6 | " |
| | d) Taxationskosten wegen brandbeschädigter und resp. wieder aufgebafter Gebäude | 251 | " 1 | " — | " |
| | An Indemnification ist zu zahlen geblieben bis ult. December 1860 | | | 121,116 | 3 10 |
| | 17,250 Thlr. 26 Sgr. 7 Pf. | | | | |
| 2 | An Prämien für Entdeckung von Brandstiftern | | | 45 | — |
| 3 | An Bonificationen auf neue Feuerspritzen | | | 1,200 | — |
| 4 | An Verwaltungskosten. | | | | |
| | a) Fixirtes Gehalt und Pension | 10,898 | Thlr. 15 | Sgr. — | Pf. |
| | b) Gehalt und Emolumente der Kreisrendanten | 2,551 | " 5 | " 1 | " |
| | c) Revisions- und Abhängungskosten wegen der Versicherung resp. neuer Aufnahme zc. | 3,558 | " 12 | " 6 | " |
| | d) Bureaukosten, Druckkosten, Reisekosten, Copialien zc. | 1,326 | " 21 | " 7 | " |
| | e) Gerichts- und Prozeßkosten. | 124 | " 17 | " 6 | " |
| | Für Bauten, Utensilien, Laiten und Abgaben | | | 18,459 | 11 8 |
| 5 | An zufälligen Ausgaben, Niedererschlagungen zc. | | | 70 | 27 2 |
| | Summa | | | 141,005 | 26 8 |
| | A b s c h l u ß. | | | | |
| | Die Einnahme beträgt | | | 264,194 | 13 4 |
| | Die Ausgabe beträgt | | | 141,005 | 26 8 |
| | Bleibt Bestand incl. 118,500 Thlr. in Activis | | | 123,188 | 16 8 |

B e m e r k u n g e n.

| | | | | | |
|--|--------------------------|------------|-------|------------|---|
| Die Gesamt-Versicherungssumme pro 1860 betrug: | | | | | |
| | in 1ter Klasse | 12,407,325 | Thlr. | | |
| | in 2ter " | 38,971,075 | " | | |
| | in 3ter " | 14,351,075 | " | 65,729,475 | — |

Die Summe, nach welcher die Beiträge zu leisten waren, betrug nach Abzug der Hälfte für Kirchen- und Thurmgebäude:

| | |
|--------------------------|----------------------|
| in 1ter Klasse | 12,003,437 1/2 Thlr. |
| in 2ter | 38,787,712 1/2 „ |
| in 3ter | 14,347,637 1/2 „ |

Sämmtliche im Jahre 1860 ins Soll gestellte Ausgaben beliefen sich auf

Hierunter befinden sich an Brandentschädigungen:

71,732 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf.

Zur Deckung sämmtlicher Soll-Ausgaben sind die Beiträge zum 31. Ausschreiben vom 30. Juni und zum 32. Ausschreiben vom 31. December 1860 auf je:

in 1ter Klasse . . . 2 Sgr. — Pf.

in 2ter . . . 2 „ 8 „

in 3ter . . . 6 „ 8 „

dem Hundert Thaler der obigen resp. Beitrags-Summe festgesetzt worden, wodurch im Ganzen einkommen mußten

Die Zahl der verschiedenen Brandschäden, für welche im Jahre 1860 die Indemnifikationen zc. in Soll-Ausgabe gestellt worden, betrug: 119.

Magdeburg, den 30. December 1861.

Fleischmann General-Adjutant.

Vorliegender Extract wird hierdurch in Gemäßheit des §. 110. des Societäts-Reglements vom 28. April 1843 zur Kenntniß der betreffenden Interessenten gebracht.

Der Generaldirector der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät. Graf von der Schulenburg.

(243) Vorechtungs- und Abschlags-Resultate im Bereiche des Regierungskreises Merseburg p. a. 1861.

Auszug aus der Nachweisung von den mit königlich Preussisch, Sächsischen Landesbeschlüssen im Jahre 1861 bedachten Stuten aus dem Regierungskreise Merseburg.

| Aufstehe Nr. | Beschälstation im | | Hengste: | | Diese haben Stuten gedeckt, und zwar gegen Sprunggeld | | | | | | Bemerkungen. |
|--------------|-------------------|--------------|----------|------------|---|-------|-------|-------|-------|-------|--------------|
| | Ort. | Kreis. | alte. | 4 jährige. | 4 4 | | 3 3 | | 2 2 | | in Summa |
| | | | | | Stut. | Stut. | Stut. | Stut. | Stut. | Stut. | |
| 1 | Grabitz | Torgau | 2 | — | — | — | — | 21 | 3 | — | 24 |
| 2 | Döhlen | „ | 1 | — | — | — | 5 | — | — | — | 5 |
| 3 | Repiß | „ | 2 | 3 | — | 3 | 158 | — | — | — | 161 |
| 4 | Arten | „ | 4 | — | — | — | 194 | — | 4 | — | 198 |
| 5 | Belgern | „ | 2 | — | — | — | 106 | — | 2 | — | 108 |
| 6 | Lautz | Liebertwerda | 1 | 2 | — | — | 69 | 38 | 3 | — | 110 |
| 7 | Schweinitz | „ | 3 | — | — | — | 62 | — | 3 | — | 65 |
| 8 | Hersberg | „ | 2 | — | — | — | 60 | — | 2 | — | 62 |
| 9 | Preßlich | Wittenberg | 3 | — | — | 30 | 87 | — | 3 | — | 120 |
| 10 | Lamsdorf | „ | 2 | — | — | — | 149 | — | — | — | 151 |
| 11 | Brühlitz | „ | 2 | — | — | — | 58 | — | 2 | — | 60 |
| 12 | Delitzsch | Delitzsch | 3 | — | 48 | — | 81 | — | 3 | — | 132 |
| 13 | Weißensee | Saalkreis | 2 | — | — | 39 | 70 | — | 2 | — | 111 |
| 14 | Bedra | Querfurt | 2 | — | — | — | 58 | — | 2 | — | 60 |
| 15 | Merseburg | Merseburg | 2 | — | 34 | — | 44 | — | 2 | — | 80 |
| 16 | Bernsdorf | Weissenfels | 2 | — | — | 39 | 42 | — | 2 | — | 83 |
| 17 | Wien | Merseburg | 2 | — | — | — | 84 | — | 2 | — | 86 |
| 18 | Leimbach | Querfurt | 3 | — | — | 38 | 55 | — | 3 | — | 96 |
| 19 | Oberöbilingen | Sangerhausen | 3 | 1 | 79 | — | 53 | — | 4 | — | 136 |
| 20 | Rosla | „ | 1 | 1 | — | — | 41 | 22 | 2 | — | 65 |
| 21 | Raumburg | Raumburg | 2 | — | — | 33 | 40 | — | 2 | — | 75 |
| 22 | Hettstedt | Blankenfeld | 2 | — | — | — | 56 | — | 2 | — | 58 |
| Summa | | | 48 | 7 | 161 | 187 | 1588 | 63 | 47 | 2046 | |

Auszug aus der **Abzählungs-Tabelle** von dem Königlich Preussisch-Sächsischen Landgestüt, aus

| Laufende Nr. | Reschälstation hin | | Hengste: | | Diese haben Stuten gedeckt | | Davon sind | | Es haben verfohlt |
|--------------|-------------------------|--------------|----------|-----------------|----------------------------|-------------|-------------------------|---------------------------|-------------------|
| | Ort. | Kreis. | alte. | 4 jäh-
rige. | im
Einzel-
nen. | in
Summa | güft
geblie-
ben. | tragend
gewor-
den. | |
| 1 | Gradiß | Torgau | 2 | — | — | 20 | 6 | 14 | 1 |
| 2 | Döhlen | " | — | — | — | — | — | — | — |
| 3 | Repiß | " | 3 | 1 | — | 197 | 98 | 99 | 9 |
| 4 | Arien | " | 2 | 3 | — | 222 | 130 | 92 | 4 |
| 5 | Laufß | Liebenwerda | 1 | 2 | — | 123 | 55 | 68 | 5 |
| 6 | Schweinitz | Schweinitz | 3 | — | — | 123 | 63 | 60 | 3 |
| 7 | Brehß | Wittenberg | 3 | — | — | 102 | 38 | 64 | 1 |
| 8 | Lamsdorf | " | 2 | 1 | — | 96 | 46 | 50 | 1 |
| 9 | Kropßstädt | " | 2 | — | — | 48 | 25 | 23 | 1 |
| 10 | Schönwalde | Schweinitz | 3 | — | — | 70 | 34 | 36 | 4 |
| 11 | Delitzsch | Delitzsch | 2 | 1 | — | 113 | 59 | 54 | 1 |
| 12 | Peidersee | Saalfeld | 2 | — | — | 91 | 36 | 55 | — |
| 13 | Bedra | Querfurt | 2 | — | — | 72 | 45 | 27 | 1 |
| 14 | Merseburg | Merseburg | 2 | — | — | 106 | 52 | 54 | 1 |
| 15 | Bernsdorf | Weißenfels | 2 | — | — | 80 | 43 | 37 | 3 |
| 16 | Leimbach | Querfurt | 2 | 1 | — | 118 | 76 | 42 | 2 |
| 17 | Oberroßlingen | Sangerhausen | 3 | 1 | — | 146 | 45 | 101 | 11 |
| 18 | Rosla | " | 2 | — | — | 26 | 9 | 17 | 2 |
| 19 | Hettstedt | Mansfeld | 2 | — | — | 89 | 63 | 26 | 2 |
| Summa | | | 40 | 10 | — | 1842 | 923 | 919 | 52 |

Gradiß, den 8. März 1862.

Der Landstallmeister. von Göben.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(241) Dem Nadelfabrikanten **Witte** zu Herlorn ist unter dem 13. März 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Nadelschleifmaschine, soweit solche als neu und eigenthümlich erkannt ist, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(243) Das dem Rittergutsbesitzer Herrn **A. F. v. Arnim** auf Gerswalde unterm 7. August 1860 erteilte Patent auf einen Dampfentwinder, der in seiner ganzen, durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung als neu und eigenthümlich erkannt ist, ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(246) Zu der erledigten evangelischen Pfarrerstelle zu Schleusingen in der Diöcese gleiches Namens ist der bisherige Pfarrer in Niedertopßstedt, Friedrich Bernhard **Conrad**, ernannt und bestätigt worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Niedertopßstedt ist Privat-Patronats.

(247) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Bennndorf mit dem Filiale Rannndorf in der Landdiöcese Merseburg, ist der bisherige Pfarrer in Gosel, Diöcese Freyburg, Julius **Wegner**, berufen und bestätigt worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Gosel, aber welche bereits disponirt worden, ist Privat-Patronats.

(248) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Neumdorf a. Sped in der Diöcese Stendal ist der bisherige Rector und Hilfsprediger **Oesterwig** in Leitzkau ernannt und bestätigt worden. Die dadurch vacant gewordene, unter Privat-Patronate stehende Hilfspredigerstelle zu Leitzkau, Ephorie Loburg, wird in Folge Reverses diesmal vom Consistorium zu Magdeburg besetzt.

dem Regierungsbezirk Merseburg, für das Jahr 1861.

| Nach den Listen
sind im Jahre
1861 lebende
Fohlen geboren | | Summa. | Von den gedekten Stuten
sind nach den Listen | | | Summa. | Davon sind bis
Ende November
mit dem Gestüt-
braude gezeich-
net | | Summa. | Bemerkungen
unter Angabe der vor-
gekommenen Zwillingsge-
burten. |
|--|---------|--------|---|-----------------|-----------------------------|--------|--|---------|--------|--|
| Hengste. | Stuten. | | ver-
kauft. | ge-
storben. | nicht
nachge-
wiesen. | | Hengste. | Stuten. | | |
| 6 | 7 | 13 | — | — | — | — | — | — | — | Haben zur Hauptgekauftengebede. |
| 37 | 42 | 79 | 5 | 4 | 2 | 11 | — | — | — | |
| 37 | 46 | 83 | 2 | 3 | — | 5 | 4 | 1 | 5 | |
| 29 | 29 | 58 | 4 | 1 | — | 5 | 2 | 1 | 3 | |
| 24 | 31 | 55 | 3 | — | — | 3 | 1 | 3 | 4 | incl. 1 Zwillingsgeburt. |
| 24 | 36 | 60 | 4 | — | — | 4 | — | — | — | incl. 1 do. |
| 25 | 23 | 48 | 1 | — | — | 1 | — | — | — | |
| 14 | 8 | 22 | 1 | — | — | 1 | — | — | — | incl. 1 do. |
| 17 | 13 | 30 | 1 | — | 1 | 2 | 4 | 2 | 6 | |
| 19 | 29 | 48 | 2 | 3 | — | 5 | — | — | — | |
| 24 | 25 | 49 | 3 | 3 | 1 | 7 | — | — | — | incl. 1 do. |
| 11 | 12 | 23 | 1 | 2 | — | 3 | — | — | — | |
| 18 | 23 | 41 | 5 | 3 | 4 | 12 | — | — | — | |
| 21 | 9 | 30 | — | 1 | 3 | 4 | — | — | — | |
| 17 | 16 | 33 | 4 | 1 | 2 | 7 | 10 | 9 | 19 | |
| 21 | 31 | 52 | 7 | 2 | 30 | 39 | — | — | — | incl. 1 do. |
| 9 | 5 | 14 | 1 | — | — | 1 | — | — | — | |
| 12 | 6 | 18 | 2 | 2 | 3 | 7 | — | — | — | incl. 1 do. |
| 365 | 391 | 756 | 46 | 25 | 46 | 117 | 21 | 16 | 37 | incl. 6 Zwillingsgeburten. |

(249) Der Pfarrer **Weincke** in Kl. Ammenleben, Diöces Barleben, wird am 1. October d. J. in den Ruhestand treten. Die dadurch vacant werdende Pfarrstelle steht unter königlichem Patronate.

(250) Zu der erledigten evangelischen Oberpfarrstelle ad St. Stephani in Tangermünde, Diöces gleichen Namens, ist der bisherige Pfarrer in Cassied, Adalbert Benno **Sahn**, ernannt und bestätigt worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Cassied ist königlichen Patronats.

(251) Die Schul- und Küsterstelle in Burgwenden, Ephorie Heldrungen, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt. Dieselbe ist Privat-Patronats, wird aber für dieses Mal auf Grund eines Reverses von der königlichen Regierung besetzt.

(252) Der Kreisgerichtsrath **Schollnus** in Erfurt ist gestorben.

Der Kreisrichter **Gorsen** zu Suhl ist an das Kreisgericht in Wittenberg versetzt.

Die Gerichts-Assessoren **Varthey** und **v. Schönberg** sind zu Kreisrichtern, Ersterer bei dem Kreisgerichte zu Suhl und Letzterer bei dem Kreisgerichte zu Naumburg, ernannt.

Der Gerichts-Assessor **Rüders**, bisher bei dem Appellationsgericht zu Breslau, ist in das Departement Naumburg übergetreten.

Die Referendarien **Becker** und **Röppe** sind zu Gerichts-Assessoren, ingleichen die Auscultatoren **Gutsche** und **Otte** zu Referendarien ernannt.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath **Schweizer** in Erfurt ist gestorben.

Die Bureau-Assistenten **Christiani** und **Senze** sind als Secretaire, Ersterer bei dem Kreisgerichte in Torgau und Letzterer bei dem Kreisgerichte zu Wittenberg mit der Function bei der Gerichts-Commission in Schweinitz, angestellt.

Zu Bureau-Assistenten sind ernannt: die Bureau-Diätarien **Lange** bei der Gerichts-Commission zu Dommitzsch, **Krebs** bei der Gerichts-Commission zu Hohenmölsen, **Möbst** bei der Gerichts-Commission zu Osterfeld und **Zoberbier** bei der Gerichts-Commission zu Jessen, ingleichen der Bureaugehülfe **Karsch** bei dem Kreisgericht in Eisleben zum Voten bei dem Appellationsgericht.

Der Kreisgerichts-Kanzlist **Graf** in Halle ist vom 1. Juni c. an pensionirt.

(233) Im Eckartsbergaer Kreise sind zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern auf die Periode 1862/64 gewählt und verpflichtet worden:

für den III. Bezirk, Derssdorf: der Schulze **Weise** zu Derssdorf zum Schiedsmann, der Deonom **Schnuphase** daselbst zum Stellvertreter;

für den XI. Bezirk, Altbeichlingen: der bisherige Stellvertreter, Schulze **Reisenstein** in Altbeichlingen zum Schiedsmann;

für den IV. Bezirk, Bachra: der Schulze **Rünzler** in Rothenberga zum Stellvertreter des Schiedsmanns **Gangler** in Schafau;

für den V. Bezirk, Donndorf: der bisherige Schiedsmann, Schulze **Sachse** in Donndorf zum Schiedsmann, der Landmann **Jäger** in Langenroda zum Stellvertreter;

für den XIII. Bezirk, Allersiedt: der bisherige Schiedsmann, Schulze **Bieling** in Memleben zum Schiedsmann, der Schulze **Schmidt** in Allersiedt zum Stellvertreter;

für den IX. Bezirk, Bilzingsleben: der bisherige Schiedsmann, Deonom **Müller** in Bilzingsleben zum Schiedsmann, der Einwohner **Borenheit** daselbst zum Stellvertreter;

für den X. Bezirk, Rannawurf: der Deonom **Dreßler** in Rannawurf zum Schiedsmann, der Materialwaarenhändler **Gisert** daselbst zum Stellvertreter;

für den XIV. Bezirk, Harras: der Sattlermeister **Nolle** in Oberheldrungen zum Schiedsmann, der Deonom **Grünwald** in Gauteroda zum Stellvertreter;

für den XV. Bezirk, Vorgau: der bisherige Schiedsmann, Schulze **Schmidt** in Vorgau zum Schiedsmann.

(234) Der bisherige Schiedsmann für die Stadt Lößjün, Kaufmann **Niesch** daselbst, ist als solcher von Neuem gewählt und verpflichtet worden.

(235) Für den VI. Landbezirk im Kreise Merseburg ist der Ortsrichter **Blanke** in Greipau zum Schiedsmann und der Einwohner **Bubam** daselbst zu dessen Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Jurs in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 13

Ausgegeben zu Merseburg am 29 März 1862.

Meyers

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(236) Die Eingabe der Banknoten à 50 Thlr. betr.

Wir haben beschloßen, die Banknoten à 50 Thlr. aus dem Verkehr zu ziehen und fordern hierdurch auf, dieselben baldigst bei einer der Bankstellen hier oder in den Provinzen in Zahlung zu geben oder gegen andere Banknoten umzutauschen, da vom 1. Mai d. J. ab deren Einlösung nur hier bei der Haupt-Bankstelle erfolgen wird.

Berlin, den 15. Januar 1862.

Königl. Preuß. Haupt-Bank-Directorium.

(237) Den Verkauf des Staßfurter Steinsalzbergwerks betr.

Auf dem königlichen Steinsalzbergwerk zu Staßfurt wird vom 1. April d. J. ab aus Kryallsalz ein sehr feines Tafelsalz bereitet und in Mengen von

126 Qtd. 8 Loth ($\frac{1}{2}$ Tonne), in einfache Säcke verpackt, zum Preise von 4 Thlr., und von

94 Qtd. 21 Loth ($\frac{1}{2}$ Tonne), in kleine Beutel und diese wieder in Kisten verpackt, zum Preise von 3 Thlr. 15 Sgr.

zum Verkauf gestellt werden.

Bestellungen auf dieses Salz sind portofrei unter Einlieferung des Preises an die königliche Salz-factorie in Staßfurt mit der Angabe zu richten, ob die Verladung des Salzes vermittelt der Eisenbahn oder auf welche sonstige Weise erfolgen solle. Die Kosten und die Gefahr des Transports trägt der Käufer.

Berlin, den 4. März 1862.

Der Generaldirector der Steuern. v. Pommer Eiche.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(238) Die Herabsetzung der Zinsen der Staatsanleihen von 1850 und 1852 von 4 $\frac{1}{2}$ auf 4 Prozent betr.

Das Publikum wird auf die diesem Amtsblatt als Extrabeilage beigelegte Bekanntmachung der königlichen Haupt-Verwaltung der Staatsanleihen vom 21. d. M., betreffend die Herabsetzung der Zinsen der Staatsanleihen von 1850 und 1852 von 4 $\frac{1}{2}$ auf 4 Prozent aufmerksam gemacht.

Merseburg, den 25. März 1862.

Königliche Regierung.

(239) Concessionierung der Nordischen Feuer- und Lebens-Versicherungsgesellschaft zu Aberdeen.

Die in der Vorlage abgedruckte Concession nebst Statuten der Nordischen Feuer- und Lebens-Versicherungsgesellschaft zu Aberdeen werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 12. März 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(240) Tarpreis der Blutegel.

Der Tarpreis eines Blutegels ist für die Zeit vom 1. April bis ultimo September c. auf 2 Sgr. 3 Pf. festgesetzt worden.

Merseburg, den 25. März 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(241) Verpachtung der Domainen Sablatz.

Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 22. November v. J. bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die im Kreise Sorau belegene Domainen Sablatz, bestehend aus den Vorwerken Sablatz, Willendorf, Jeshen, Meiersdorf und Rodstedt, mit einem Gesamt-Areal von

6088 Mrg. 88 QMth., worunter circa 40 Mrg. 46 QMth. Garten, 2415 Mrg. 8 QMth. Acker, 974 Mrg. 57 QMth. Wiesen, 1470 Mrg. 90 QMth. Hütung 5 Mrg. 169 QMth. bespannte Teichfläche, 19 Mrg. 61 QMth. Hof- und Bauwelle und 163 Mrg. 17 QMth. ungenutzbares Land,

von Johannis 1862 ab auf 18 Jahre anderweit im Wege der Licitation verpachtet werden soll.

Das Ausgebot erfolgt alternativ im Ganzen und in zwei Theilen. Im letzteren Falle bilden die Vorwerke Sablatz, Willendorf und Jeshen mit 185 Mrg. 128 QMth. Grundkudon bei Meiersdorf die eine, die

Vormerkte Meiersdorf und Rodstedt, ausschließlich der von ersterem abgezweigten Grundstücke, die andere Pachtung. Das Areal besteht:

- a) beim Vormerkte Sablath überhaupt aus 1137 Mrg. 8 QMth., worunter an Gärten circa 10 Mrg. 151 QMth., an Acker 508 Mrg. 65 QMth., an Wiesen 160 Mrg. 37 QMth., an Hütungen 425 Mrg. 111 QMth., an Teichfläche 5 Mrg. 169 QMth., an Hof- und Kaustelle 5 Mrg. 129 QMth., an unnußbarem Lande 20 Mrg. 66 QMth.;
- b) bei den Vormerkten Willendorf und Zehlen, unter Zurechnung von 185 Mrg. 128 QMth. bei Meiersdorf, aus 2166 Mrg. 135 QMth., worunter an Gärten circa 13 Mrg. 35 QMth., an Acker 976 Mrg. 56 QMth., an Wiesen 281 Mrg. 113 QMth., an Hütungen 845 Mrg. 11 QMth., an Hof- und Kaustelle 6 Mrg. 103 QMth. und an unnußbarem Lande 43 Mrg. 177 QMth., bei der Theilpachtung ad a. und b. überhaupt 3:03 Mrg. 143 QMth.;
- c) beim Vormerkte Meiersdorf, ausschließlich der abgezweigten 185 Mrg. 128 QMth., überhaupt aus 920 Mrg. 95 QMth., worunter an Gärten circa 14 Mrg. 74 QMth., an Acker 389 Mrg. 111 QMth., an Wiesen 306 Mrg. 65 QMth., an Hütungen 151 Mrg. 107 QMth., an Hof- und Kaustelle 3 Mrg. 127 QMth. und an unnußbarem Lande 54 Mrg. 151 QMth.;
- d) beim Vormerkte Rodstedt überhaupt aus 864 Mrg. 30 QMth., worunter an Gärten circa 1 Mrg. 146

(262)

Stunden

für das Sommer-Semester 1862 bei der Königl.

| Stunden. | Montag. | Dienstag. | Mittwoch. |
|--------------------------|--|---|--|
| 6—7 | Krankheiten der landwirthschaftlichen Culturgewächse.
Professor Dr. Körnicke. | Land- und forstwirtschaftliche Insektenkunde.
Professor Dr. Körnicke. | Demonstrationen im Obstbau.
Institutsgärtner Strauß. |
| 7—8 | Organische Chemie und Agriculturchemie.
Professor Dr. Witthausen. | | |
| 8—9 | Krankheiten der Hausthiere.
Thierarzt Neumann. | Anbau der Handelsgewächse.
Der Administrator. | Trockenlegung der Grundstücke und Drainage.
Der Administrator. |
| 9—10 | Pferdekenntniß.
Thierarzt Neumann. | Systematische Botanik mit besonderer Berücksichtigung der norddeutschen Flora und der Culturgewächse.
Professor Dr. Körnicke. | Specieller Pflanzenbau.
Director Settegast. |
| 10—11 | Mikroskopische Uebungen im | Thierzüchtungskunde.
Director Settegast. | Anleitung zum |
| 11—12 | physiologischen Laboratorium.
Professor Dr. Körnicke. | Landwirthschaftlich-technische Gewerbe.
Professor Dr. Witthausen. | Pflanzenzeichnen.
Baumeister Ringel. |
| Nachmittag von 2 Uhr ab. | Uebungen im Feldmessen und Abstecken.
Baumeister Ringel. | Practische Anleitung zum Bonitiren und Abschätzen ländlicher Grundstücke.
Director Settegast.
Abwechselfeld.
Demonstrationen auf den Versuchsfeldern.
Der Versuch-Dirigent. | Landwirthsch. Demonstrationen und Excursionen.
Der Administrator. |

NRth., an Ader 540 Mrg. 136 NRth., an Wiesen 226 Mrg. 22 NRth., an Gütung 48 Mrg. 41 NRth., an Hof- und Baustelle 3 Mrg. 62 NRth. und an unnutzbarem Lande 43 Mrg. 163 NRth., bei der zweiten Theilpachtung ad c. und d. im Ganzen 1784 Mrg. 125 NRth., Das Pachtsminimum ist für die Gesamtpachtung auf 5500 Tblr., für Sablatz, Willendorf und Zehien auf 3500 Tblr., für Meiersdorf und Rodsted auf 2000 Tblr. festgesetzt.

Pachtbewerber haben, um zum Mitbieten zugelassen zu werden, sich über den Besitz eines disponiblen Vermögens für die ganze Domaine von 28 000 Tblr., für die größere der beiden Theilpachtungen von 19 000 Tblr. und für die kleinere von 11 000 Tblr. auszuweisen.

Nur Entgegennahme der Gebote haben wir Termin auf den **24. April d. J., Vormittags 10 Uhr**, in dem königlichen Regierungsgebäude, Wilhelmplatz Nr. 19. hieselbst, vor dem Herrn Regierungsrath Windler angelegt. Pachtbewerber werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß die Verpachtungs-Bedingungen nebst den Regeln der Vocation, wovon auf Verlangen und gegen Erstattung der Copialien Abschrift mitgetheilt werden soll, sowie Karten und Vermessungs-Register vom 1. f. M. ab täglich während der Dienststunden in unserer Registratur eingesehen werden können.

Frankfurt a. d. D., den 18. Februar 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten.

Plan

landwirthschaftlichen Academie in Waldbau.

| Donnerstag. | Freitag. | Sonntag. |
|--|---|--|
| Systematische Botanik mit besonderer Berücksichtigung der norddeutschen Flora und der Culturgewächse.
Professor Dr. Rörnicke . | Gemüsebau.
Instituts-Gärtner Strauß . | Die Lehre von der Fütterung der Hausthiere.
Der Versuch-Dirigent. |
| Physik I. Theil und Meteorologie.
Professor Dr. Nitthausen . | | Ueber landwirthschaftliches Versuchswesen.
Der Versuch-Dirigent. |
| Schweinezucht.
Der Administrator. | Wiesenbau.
Der Administrator. | Mikroskopische Uebungen im
physiologischen Laboratorium.
Professor Dr. Rörnicke . |
| Systematische Botanik mit besonderer Berücksichtigung der norddeutschen Flora und der Culturgewächse.
Professor Dr. Rörnicke . | Krankheiten der Hausthiere.
Thierarzt Neumann . | |
| Gütertaxation.
Director Settegast . | Die Landwirthschaft Englands und ihre Anwendbarkeit unter deutschen Verhältnissen.
Director Settegast . | Waldbau und
Forstschutz.
Oberförster Gebauer . |
| Landwirthschaftlich-technische Gewerbe.
Professor Dr. Nitthausen . | Gesundheitspflege der landwirthschaftl. Hausthiere.
Thierarzt Neumann . | |
| Uebungen im chemischen Laboratorium.
Professor Dr. Nitthausen . | | Botanische Excursionen.
Professor Dr. Rörnicke .
Abwechselnd.
Forstwissenschaftl. Excursionen.
Oberförster Gebauer . |

Die Bibliothek ist Montag und Donnerstag von 1 — 2 Uhr geöffnet.

(263) Die Errichtung einer Postexpedition in dem Dorfe Trotha bei Halle betr.

In dem Orte Trotha bei Halle wird mit dem 1. f. M. eine Postexpedition II. Klasse eingerichtet und deren Verwaltung dem Kaufmann J. C. Brandt daselbst übertragen werden.

Diese Postanstalt erhält ihre Verbindung

- 1) durch die täglich zwischen Halle einer- und Cönnern, Löbejün und Wettin anderseits courfrenden Personenposten, welche Trotha in der Richtung von Halle gegen 4½ Uhr Nachmittags, in der Richtung nach Halle gegen 8 Uhr Vormittags passiren,
- 2) durch eine tägliche Botenpost zwischen Halle und Trotha, welche aus Halle um 8½ Uhr Vormittags, aus Trotha um 4 Uhr Nachmittags abg. fertig und in ½ Stunden befördert wird.

Personen, welche die .s.d. l. bezeichneten Personenposten von Trotha ab benutzen wollen, haben vom obengenannten Zeitpunkt ab sich bei der Postexpedition daselbst Bedarfs Einschreibung zu melden.

Nach Aufgabc jenes Postenganges sind die Dienststunden der Postexpedition in Trotha für den Verkehr mit dem Publikum wie folgt festgesetzt:

- 1) im Sommerhalbjahre (vom 1. April bis ultimo September) von 7 Uhr bis 11 Uhr Vormittags,
- 2) im Winterhalbjahre (vom 1. October bis ultimo März) von 8 Uhr bis 11 Uhr Vormittags,
- 3) zu allen Jahreszeiten von 2 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Abends.

An Sonntagen fallen jedoch die Dienststunden von 9 Uhr Morgens bis 5 Uhr Nachmittags aus. An solchen gesetzlichen Festtagen, welche nicht auf einen Sonntag treffen, ferner am Geburtstage Sr. Majestät des Königs, ist das Postbureau dagegen in der Zeit von 7 (8) bis 9 Uhr Vormittags, von 11 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Abends geöffnet.

Halle, den 24. März 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

Personal-Chronik.

(264) In Gemäßheit Allerhöchster Ordre vom 28. November 1859 und Verfügung des Coangelischen Ober-Kirchenraths vom 24. December 1859 ist der Herr Consistorialrath D. **Neunhaus** in Halle mit der kirchlich-ephoralen Aufsichtsführung über die drei evangelisch-reformirten Gemeinden zu Magdeburg commissariisch beauftragt worden.

(265) Des Königs Majestät haben Allergnädigt geruht, dem Pfarrer **Roch** zu Naunh in der Diöces Weissenfee zu seinem 50jährigen Amts Jubiläum den rothen Adler-Orden 4. Klasse zu verleihen.

(266) Durch den Tod des Pfarrers **Gebhardt** zu Branderode in der Diöces Freyburg ist die von demselben innegehabte Stelle, welche unter Privat-Patronat steht, zur Erledigung gekommen.

(267) Der Königs Majestät haben dem Landrath v. **Münchhausen** zu Cöln die Annahme und Auflegung des demselben verliehenen Fürstl Schwarzburgischen Ehrenkreuzes II. Kl. zu gestatten geruht.

(268) Dem Bürgermeister **Dose** zu Schweinitz sind auch die Functionen der Polizei-Anwaltschaft für den Landbezirk der dänischen königlichen Kreisgerichts-Commission, excl. des Forstreviers Glücksburg, vom 1. April c. ab commissariisch übertragen worden.

Hierzu zwei Beilagen, enthaltend:

- 1) die Verabfolgung der Zinsen der Staatsanleihen von 1850 und 1852 von 4½ auf 4 Prozent,
- 2) die Concession nebst Statuten der Nordischen Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Aberdeen.

Abgedr. im Amtsblatt. Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Kurt in Krefeldburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Beilage

zum Amtsblatt
der Königl. Regierung zu Merseburg.

Concession

zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten für die
Nordische Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu Akerboen.

Der unter der Firma „**Nordische Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft**“ in Akerboen domicilirte Actiengesellschaft wird die Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten auf Grund der Statuten (Parlaments-Akte vom 30. Juni 1848, resp. §§. 113 bis 117 und 131 bis 136 der Parlaments-Akte vom 8. Mai 1845, sowie Parlaments-Akte vom 7. Juni 1861) für die daselbst bezeichneten Versicherungszweige hiermit unter nachfolgenden Bedingungen ertheilt:

- 1) Jede Veränderung der bei der Zulassung gültigen Statuten muß bei Verlust der Concession angezeigt, und ehe nach derselben verfahren werden darf, von der Preussischen Staatsregierung genehmigt werden.
- 2) Die Veröffentlichung der Concession, der Statuten und der etwaigen Änderungen derselben erfolgt in den Amtsblättern derjenigen Königl. Regierungen, in deren Bezirken die Gesellschaft Geschäfte zu betreiben beabsichtigt, auf Kosten der Gesellschaft.

- 3) Die Gesellschaft hat wenigstens an einem bestimmten Orte in Preußen eine Haupt-Niederlassung mit einem Geschäfts-Bekale und einem dort domicilirten General-Bevollmächtigten zu begründen.

Dieselbe ist verpflichtet, derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk sein Wohnsitz belegen, in den ersten sechs Monaten eines jeden Geschäftsjahres neben dem Verwaltungsberichte und der Generalbilanz der Gesellschaft eine ansehnliche Uebersicht der im verfloßenen Jahr in Preußen betriebenen Geschäfte einzureichen.

Zu dieser Uebersicht — für deren Aufstellung von der betreffenden Regierung nähere Bestimmungen getroffen werden können — ist das in Preußen befindliche Activum von dem übrigen Activum gesondert aufzuführen.

Für die Richtigkeit der Bilanz und der Uebersicht, sowie der von ihm geführten Bücher einzustehen, hat der General-Bevollmächtigte sich persönlich und ersorderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zum Vortheile sämmtlicher inländischer Gläubiger zu verpflichten. Außerdem muß derselbe auf amtliches Verlangen unweigerlich alle diejenigen Mittheilungen machen, welche sich auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft oder auf den der Preussischen Geschäftsniederlassung beziehen, auch die zu diesem Behufe etwa nöthigen Schriftstücke, Bücher, Rechnungen &c. zur Einsicht vorlegen.

- 4) Durch den General-Bevollmächtigten und von dem inländischen Wohnorte desselben aus sind alle Verträge der Gesellschaft mit den Inländern abzuschließen.

Die Gesellschaft hat wegen aller aus ihren Geschäften mit Inländern entstehenden Verbindlichkeiten, je nach Verlangen des inländischen Versicherten, entweder in dem Gerichtsstande des General-Bevollmächtigten, je nach Verlangen des Agenten, welcher die Versicherung vermittelt hat, als Beklagte Recht zu nehmen und diese Verpflichtung in jeder für einen Inländer auszustellenden Versicherungspolice ausdrücklich auszusprechen.

Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese Letztern, mit Einschluß des Mannes, Preussische Unterthanen sein.

- 5) Die Gesellschaft ist verpflichtet, vor Eröffnung ihrer Geschäfte in Preußen eine Caution im Betrage von 100,000 Thaler auf so lange zu bestellen, bis auf das Grundcapital volle 20 pCt. eingezahlt sein werden. Es dürfen zu der Caution nur Preussische Staatspapiere oder von der Königl. Preussischen Regierung garantierte Papiere verwandt werden.

Der Betrieb der Immobilien-Versicherung unterliegt der durch den Allerhöchsten Erlass vom 2. Juli 1859 (Gesetz-Sammlung S. 394) angeordneten Beschränkung, daß nämlich nur solche Gebäude zur Versicherung gegen Feuergefahr angenommen werden dürfen, deren Aufnahme den betreffenden öffentlichen Societäten unterlagt oder von deren Ermessen abhängig gemacht worden ist, so lange und in so weit, bis der fernere Allerhöchste Erlass vom 18. September 1861 (Gesetz-Sammlung S. 790) zur Ausführung gelangt ist.

Die vorliegende Concession — welche übrigens die Verzug zum Erwerbe von Grundeigenthum in den Preussischen Staaten, wozu es der, in jedem einzelnen Falle besonders nachzusuchen landesherrlichen Erlaubniß bedarf, nicht in sich schließt — kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermessen der Preussischen Staats-Regierung zurückgenommen und vor erloschen erklärt werden.

Berlin, den 11. Januar 1862.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

Grav von Scherwin.

Statuten der „Nordischen Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft.“

Parlaments-Acte

zur Incorporation der „Nordschottischen Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft“ unter dem Namen die „Nordische Versicherungs-Gesellschaft“ („The Northern Assurance Company“), welche besagte Gesellschaft befähigt, gerichtlich zu verklagen und verklagt zu werden, sowie Eigenthum zu übernehmen, zu besitzen und zu übertragen, welche die Statuten und Einrichtungen der besagten Gesellschaft bekräftigt, und für andere hierauf bezügliche Zwecke.

(Königliche Zustimmung, am 30. Juni 1848.)

Sintemal sich gewisse Personen durch einen Vertrag, der die Artikel der Mitgenossenschaft enthält und als Datum den zweiten Tag des Juni im Jahre 1836, und verschiedene nachherige Daten an sich trägt, zu einer Gesellschaft vereinigt haben, die sich des Namens „Nordschottische Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft“ bedient, um Geschäfte zu betreiben zur Versicherung jeder Art von Eigenthum gegen Verlust oder Beschädigung durch Feuer; zur Versicherung einzelner Leben, vereinigter Leben und der Ueberlebenskraft; zum Kauf von Policen und zu Versicherungen auf ihre Hinterlegung, zum Kauf und Verkauf von Anwartschaften, anwartschaftlichen Interessen und Leibern, zur Aussteuerung für Kinder und zu ähnlichen anderen Geschäften, wie sie im Allgemeinen betrieben, und ausgeführt werden von ähnlichen Gesellschaften:

Und sintemal die genannte Gesellschaft, seitdem sie sich etabliert, die erwähnten Geschäfte betrieben hat und jezt noch betreibt, und zur Verreibung derselben Lokalanreue in London, Edinburgh und Glasgow, sowie Agenturen in anderen Städten und Plätzen Englands und Irlands, auch Schottlands errichtet hat, auch Actien verkauft und Policen ertheilt worden sind an Personen, die in Großbritannien und Irland und anderswo ihren Wohnsitz haben:

Und sintemal durch übereingekommene Artikel und schriftlichen, tatsächlichen Zutritt zu dem erwähnten Vertrage der Mitgenossenschaft unter dem Datum des ersten Tages des April im Jahre 1847, und unter verschiedenen nachfolgenden Daten, die besagte Gesellschaft zur Theilhaberschaft angenommen und mit sich eng vereinigt hat eine andere Versicherungs-Gesellschaft, die unter dem Namen „Westliche Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft von Schottland“ in Glasgow ihre Geschäfte betreibt, und erwähnte „Westliche Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft von Schottland“ und die Theilhaber derselben aufgehört haben und Theilhaber der gedachten „Nordschottischen Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft“ geworden sind, welche jezt in Glasgow und gewissen andern Theilen des westlichen Schottlands unter dem Namen die „Nord- und Westschottische Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft“ Geschäfte betreibt:

Und sintemal das Publikum durch die Bildung solcher Gesellschaften oder Genossenschaften ansehnlichen Vortheil hat und Ihrer Majestät daraus ein bedeutendes Einkommen erwächst:

Und sintemal es zum nachhaltigeren Geschäftsbetrieb der besagten Gesellschaft und zur Beseitigung der Schwierigkeiten, welche sich bei gerichtlichen Prozessen von oder gegen besagte Gesellschaft (zumal da, dem Gesetze nach, alle zur Zeit vorhandenen Mitglieder besagter Gesellschaft in solchen Prozessen mit ihren Namen genannt sein müssen) erheben haben oder nachmals erheben möchten, zweckdienlich erscheint, daß besagte Gesellschaft befähigt werde, sowohl gerichtlich zu verklagen wie verklagt zu werden; und es gleicherweise für besagte Gesellschaft von großem Nutzen sein würde, wenn besagte Gesellschaft ermächtigt wäre, erklisches Eigenthum in Schottland und Real-Eigenthum in England und Irland zu übernehmen, zu besitzen und zu übertragen:

Und sintemal es außerordentlich viel zur guten Führung der Geschäfte besagter Gesellschaft beitragen würde, wenn die Bedingungen, Statuten und Einrichtungen, unter welchen besagte Gesellschaft sich vereinigt hat, bekräftigt und unwiderrüßlich gemacht würden, wie hierin später geschieht, und wenn ferner der besagten Gesellschaft weitere Vollmachten und Privilegien ertheilt würden; jedoch diese benannten verschiedenen Vortheile nicht erlangt werden können, ohne Genehmigung des Parlaments:

So möge es deshalb Ihrer Majestät belieben:

§. 1. (Incorporation der Gesellschaft.) Daß verfügt werde und verfügt sei durch der Königin Allerschöste Majestät, durch und mit Rath und Zustimmung der geistlichen und weltlichen Lords und der Gemeinen, versammelt in diesem gegenwärtigen Parlament und mit Genehmigung desselben, daß die besagte „Nordschottische Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft“ und die gegenwärtigen Actionäre derselben, und jede andere Person oder Personen, Staatsförer oder Körperschaften, welche künftig Actionäre oder Actionäre bei der besagten Versicherungs-Gesellschaft werden sollten, und ihre verschiedenen und respektiven Nachfolger, Vollstrecker, Verwalter und Bevollmächtigte sollen sein (so lange sie Actionäre sind) und sind hierdurch incorporirt unter dem Namen und der Bezeichnung der „Nordischen Versicherungs-Gesellschaft“ (Northern Assurance Company) und sollen das Recht haben, das Geschäft einer Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft zu betreiben, in allen seinen Zweigen, gemäß den Statuten, Anordnungen und Einrichtungen, wie hierin später aufgeführt, und unterworfen den in Kraft hiervon gemachten Nebenverordnungen; und die Gesellschaft soll fortwährend so incorporirt sein kraft dieser Acte, bis sie von den Actionären aufgelöst wird und ihre Geschäfte abgewickelt sind.

§. 2. (Die Actionäre sind denselben Verbindlichkeiten unterworfen wie vormals.) Immer

4
sei vorbehalten und verfügt, daß hierin nichts enthalten sein soll, die Gesellschaft oder irgend einen der Actionäre derselben zu befreien oder zu entlasten von irgend einer Verantwortlichkeit, Schuld, Verbindlichkeit, Vertrag, Pflicht, Verpflichtung, zu welcher sie jetzt verbunden sind oder nachmals verbunden sein mögen, entweder zwischen der Gesellschaft und anderen Parteien, oder zwischen der Gesellschaft und einzelnen Mitgliefern derselben, noch in irgend einer Weise die Verbindlichkeit irgend eines Actionärs der Gesellschaft zu beschränken durch irgend einen richterlichen Ausspruch, Dekret oder Befehl wegen Geldzahlungen, welche erlangt worden sind oder werden gegen die Gesellschaft in irgend einer Klage oder Rechtshandel, erheben von oder gegen die Gesellschaft bei irgend einem Gerichtshof; sondern jeder solcher Actionär soll fortbauend verbindlich sein für und in Bezug auf solche Gelder, in derselben Art und Weise, wie er es gewesen sein würde, wenn die Gesellschaft durch diese Acte nicht incorporirt worden wäre.

§. 3. (Geschäfte der Gesellschaft.) Und es sei verfügt, daß die Geschäfte der Gesellschaft sich erstrecken sollen auf Versicherungen aller Art von Eigenthum gegen Verlust oder Beschädigung durch Feuer; auf Versicherungen einzelner Leben, vereinter Leben und Ueberlebensschaften; auf Kauf von Policen; auf Vorschüsse unter Hinterlegung der Policen; auf Kauf und Verkauf von Anwartschaften, anwartschaftlichen Interessen und Leibrenten; auf Aussteuerung von Kindern; auf Annahme von Geld zur Zins-Anlage und Zins auf Zins; und im Allgemeinen auf das Betreiben aller anderen Geschäfte einer Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft in jedem Theile Ihrer Majestät Staaten von Großbritannien und Irland, in den Colonien oder anderwärts. Und alle solche Versicherungen, Käufe, Vorschüsse und Aussteuerungen sollen bewittet, zugestanden und angenommen werden zu solchen Sätzen und unter solchen Bestimmungen und Bedingungen, wie sie das Generaldirectorium der Gesellschaft zu Aberdeen, welches hierdurch ausdrücklich bevollmächtigt ist zur Unterhandlung und Betreibung der Geschäfte, für geeignet halten wird, und es soll vollständig dem Gutdünken dieser Directoren oder jeder Person oder Personen, die von ihnen hierzu bevollmächtigt sind, überlassen sein, Anträge zu solchen Versicherungen, Käufen, Vorschüssen und Aussteuerungen anzunehmen oder zurückzuweisen, und es soll ihnen gesetzlich zustehen, jede Leibrente, bewilligt unter Bedingungen, wie sie ihnen billig scheinen, einzulösen oder zurückzukaufen, und ferner die Police jeder versicherten oder an einer Aussteuerungsumme theilhaftigen Person, die über dieselbe zu verfügen wünscht, zu kaufen, und zwar zu solchem Preise, wie sie für geeignet halten.

§. 4. (Verzuegniß der Gesellschaft, Geschäfte zu machen sowohl mit als ohne Antheilnahme am Gewinn.) Und es sei verfügt, daß die Gesellschaft Geschäfte machen darf sowohl mit als ohne Antheil am Gewinn, und sie soll gewane und gesonderte Rechnungen über jeden dieser Zweige führen und diejenigen, welche nach dem Gewinn-Antheilnahme- oder Gegenseitigkeits-Versicherungs-System versichert sind, sollen die Bezugniß haben, im Fall sie deren Ausübung für geeignet halten, jährlich bei der gewöhnlichen Versammlung der Gesellschaft (welcher zu diesem Zwecke beizumohnen sie berechtigt sein sollen), im Verhältniß zu der von ihnen versicherten Summe, drei aus ihrer Zahl als einen Ausschuß zu bestellen, welcher berechtigt sein soll, mit den Directoren zu sitzen und zu stimmen in allen Angelegenheiten, welche die Anlage und Verwaltung der Fonds desjenigen Geschäfts-zweiges der Gesellschaft betreffen, der sich aus den Prämien herschreibt, welche die nach dem besagten System versicherten bezahlt haben.

§. 5. (Eigenthum x. im Besiz durch Verträge der Mitgenossenschaft, in diese Gesellschaft einzulegen.) Und es sei verfügt, daß alles Eigenthum, erbliches und bewegliches, sachliches und persönliches, das der besagten Gesellschaft an dem Datum gehört, an welchem diese Acte durchgeht, und ferner alle Handschriften, Verfügungen, Pfänder, Hypotheken und Leibrenten-Bewilligungen, Anweisungen, Uebertragungen, Verträge, Urkunden und andere Schriften, Instrumente, Versicherungen oder Dokumente, welcher Art und Natur sie auch immer sein mögen, nebst den Ränderien, Gegenständen, dem Eigenthume oder den darin enthaltenen Besitzthumen, welche bereits übernommen und empfangen worden sind zu Gunsten der besagten Gesellschaft, oder welche übernommen und empfangen worden sind zu Gunsten der besagten „Westlichen Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft von Schottland,“ oder welche übernommen und empfangen worden sind zu Gunsten der Bevollmächtigten oder anderer zum Vortheil der besagten „Nord-schottischen Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft,“ oder der besagten „Westlichen Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft von Schottland,“ oder der Directoren oder des Vorstehers, oder des Secretärs einer der genannten Gesellschaften, oder auf andere Weise, zum Nutzen oder Vortheil derselben, ob dasselbe freier Besiz ist oder als Pfand dient, soll sein und dasselbe ist hierdurch übermacht der hiermit incorporirten Gesellschaft, als ob dasselbe erworben, zugestanden und übernommen worden nach dem Durchgehen dieser Acte, und dasselbe soll in Zukunft beissen, verwaltet, verkauft, übertragen, angewiesen, aufgegeben, abgelassen oder über dasselbe auf andere Weise verfügt werden unter dem vereinigten Namen und der Bezeichnung der „Nordischen Versicherungs-Gesellschaft,“ (Northern Assurance Company) ohne die Nothwendigkeit irgend einen Titel hinzuzunehmen oder fortzusetzen, oder ohne eine besondere andere Bestallung als diese Acte; und gleicherweise alle Policen, Verschreibungen und andere Verbindlichkeiten, welcher Natur oder Art sie auch sein mögen, die, unter irgend einer der oben erwähnten Bezeichnungen gemacht, bewilligt und ausgegeben worden von der „Nord-schottischen Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft“ oder der besagten „Westlichen Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft von Schottland,“ oder den Directoren einer der besagten Gesellschaften, im Namen oder Seitens derselben, in Bezug auf die Geschäfte der Gesellschaft, sollen sein und dieselben sind hierdurch erklärt zu sein vollständig und bestehend gegen und leistungsfähig von der Gesellschaft, die hierdurch incorporirt ist, und von den Directoren und

Aktionären, und von dem Grundkapital und den Fonds der Gesellschaft in derselben Weise und auch wirksam gemäß den Bedingungen derselben, als ob dieselben ausgefertigt worden wären unter der Kraft dieser Acte.

(Die Rechte der Gesellschaft.) Und mit Bezug auf die Rechte der Gesellschaft sei verfügt wie folgt:

§. 6. (Gebrauch des Namens der Gesellschaft; verlagten und verlagte werden; Policen ausgeben u. s. w.) Daß es für die Gesellschaft gesetzmäßig sein soll, in allen Sachen und Prozessen, welcher Art sie auch sein mögen, sich des besagten Namens und der Bezeichnung „Nordische Versicherungs-Gesellschaft“ (Northern Assurance Company) zu bedienen, und die Gesellschaft soll durch diesen Namen eine vereinigte Körperschaft sein, mit immer dauernder Nachfolge, und sie darf und mag verlagten und verlagte werden, belangen und belangt werden, nachsuchen und beschieden werden, antworten und darauf Antwort erhalten, vertheiligen und vertheilt werden, verfolgen und verfolgt werden in allen und in jedem Gerichtshofe, und belasten und belastet werden in jedem Theile des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, oder anderswo innerhalb der Staaten Ihrer Majestät in derselben Weise und zu allen Absichten und Zwecken, als ob die Gesellschaft mit diesem Namen incorporirt worden wäre durch einen königlichen Freibrief unter den großen Siegeln von England, Schottland und Irland; und sie soll das Recht haben, Versicherungspolicen auszugeben, in Verträge, Vergleiche und alle anderen Urkunden und Dokumente einzutreten, und jeden Schritt und jede Handlung zu thun, sowie jeden gesetzlichen und ihr zustehenden Act zu unternehmen, der auf irgend eine Weise mit den Geschäften oder Angelegenheiten der Gesellschaft in Verbindung steht, sie berührt oder sich auf dieselben bezieht.

§. 7. (Geld anzulegen in Versicherungen, Leibrenten u. s. w.) Daß es soll gesetzmäßig sein für die besagte Gesellschaft zu kaufen Leibrenten und ferner Anwartschaften und ausgelegte Gelder und ausgelegte Rechte, mögen sie ebenfals oder bedingungsweise auf oder für das Leben oder die Leben irgend einer Person oder Personen, welche sie auch immer sein mögen, oder für ein anderes Ereigniß oder Ereignisse, oder für Tater bestimmbar sein beim Aufhören eines Lebens oder mehrerer Leben und bei oder mit oder ohne Ueberlebenschaften, und mögen sie unterworfen sein oder frei von dem Rechte des Rückkaufes von Seiten des Bewilligers oder der Bewilliger derselben oder anderen zur Zeit vorhandenen Parteien, und mögen dieselben herrühren oder nicht, und belastet oder belastbar, oder als Bürgschaft gestellt sein auf Ländereien innerhalb des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland von irgend einem Lehnbesitzer oder irgend einer Beschaffenheit, und entweder frei sein oder verspfändet, oder unter Anwartschaft oder für irgend ein geringeres oder anderes Besitztumsrecht, oder ob dieselben seinen belastet oder nicht und beruhend aus irgend welchen Dividenden oder Anteil an Besitztum, oder aus irgend welchen Kapitalien, Fonds, Geldern oder Sicherheiten, entweder im Besitz oder in Anwartschaft, versichert oder versichert zu werden auf Ländereien, Dividenden, oder auf Interessen, Kapitalien, Fonds, Gelder oder Bürgschaften, und entweder mit oder ohne irgend eine Versicherungs-Police oder Policen auf das Leben irgend einer Person; und daß bei dem Kauf jeder solchen Leibrente, Anwartschaft, ausgelegten Geldsumme und ausgelegten Rechtes es für die Gesellschaft gesetzmäßig sein soll entweder allein oder zusammen mit den von den Direktoren zum Vortheil der Gesellschaft bestellten Bevollmächtigten, oder durch die Bevollmächtigten allein, aber zu Gunsten der Gesellschaft, zu empfangen und zu übernehmen eine Bewilligung auf solche Leibrenten, Anwartschaften, ausgelegte Gelder und ausgelegte Rechte, mit solchen Vollmachten, Bedingungen und solchem Zutrauen auf und in Betreff derselben, und auf und in Betreff solcher Ländereien, Dividenden, Interessen, Kapitalien, Fonds, Gelder, Bürgschaften, Police oder Policen, und mit irgend anderen Bürgschaften (im Fall solche vorhanden wären) als übereingekommen wurde in Betreff der besagten Leibrenten, Anwartschaft oder ausgelegter Gelder oder ausgelegter Rechte oder auf andere Weise; und es soll gesetzmäßig für die Gesellschaft sein, zu verkaufen Leibrenten, Anwartschaften, oder ausgelegte Gelder oder ausgelegte Rechte, bewilligt oder erworben, wie vorher gesagt, und Bürgschaften, die sie besitzt oder besitzen wird für dieselben, wann und wie die Direktoren es für geeignet halten werden, entweder durch öffentliche Versteigerung oder durch Privatverträge, auch dieselben anzuweisen, zur Verfügung zu stellen und zu übertragen; ferner zu klagen und jedem Eifer und jede Anstrengung anzuwenden in Betrach der selben, und zu befreien und zu entlasten dieselben, und zu thun, zu bewilligen und auszuführen, oder zu bewirken, daß gethan, bewilligt oder ausgeführt werden alle solche Handlungen, Thaten, Sachen und Dinge, wie sie nothwendig sein mögen, um die verschiedenen Zwecke, wie vorher angegeben, zu bewirken und zu Ende zu bringen.

§. 8. (Geld zu leihen auf Sicherheit.) Daß es gesetzmäßig für die Gesellschaft sein soll, und sie ist hierdurch ermächtigt und beauf, von Zeit zu Zeit irgend welche Gelder oder anderes Kapital oder der Gesellschaft gehöriges Eigenthum zu verleihen und vorzusichern auf Hypothek oder Sicherheit von irgend welchem jährlichen Grundeinkommen, Grundrenten, Lehnabgaben, Ländereien, Pachtungen oder Ertragsgütern, ob anwartsch oder auf irgend eine andere Weise, innerhalb des Vereinigten Königreichs von Großbritannien und Irland, von irgend einem Lehnbesitzer oder irgend einer Beschaffenheit, und entweder auf ein einfaches freies Lehen, oder auf Pfand, oder unter Anwartschaft, oder für irgend ein geringeres oder anderes Besitztum, und dies entweder durch Uebernahme von erblichen Versicherungen, oder von Versicherungen und Verfügungen, als Pfändern oder vollständigen Uebertragungen, hierzu durch Rückversicherungen geeignet, oder in denjenigen anderen Formen, welche der Gesellschaft rathsam scheinen mögen oder dem General-Directorium der Gesellschaft zu Werben, oder auf Hypotheken, Grundkapital oder Verpfändung von Kanälen, Eisenbahnen, Ertragsmitteln, Zölle oder anderem sachlichen oder persön-

lichen Eigenthum, das innerhalb des vorgenannten Vereinigten Königreichs vorhanden ist, und zu empfangen durch oder von jeder Person oder Personen, von Staatskörpern oder Körperchaften, Hypotheken oder andern Sicherheiten auf jedes solches jährliches Grundeinkommen, auf Grundrenten, Lehnabgaben, Ländereien, Pachtungen und Erbgüter, auf Kanäle, Eisenbahnen, Ertragnisse, Zölle oder anderes Eigenthum als eine Bürgschaft für die Rückzahlung der Gelder, Kapitalien und anderes Eigenthum, und daß das jährliche Grundeinkommen, die Grundrenten, Lehnabgaben, Pachtungen und Erbgüter, Kanäle, Eisenbahnen, Ertragnisse, Zölle oder anderes Eigenthum, welches mit integrirten ist in jeder solchen Hypothek, Grundkapital oder Verpfändung soll, gemäß der bezüglichen Verordnungen oder Eigenschaften derselben, übertragen, übergeben, zur Verfügung gestellt, angewiesen oder auf andere Weise zugesichert sein der Gesellschaft oder den Bevollmächtigten für dieselbe, ihren Erben, Volltreuern, Verwaltern und Bevollmächtigten, unterworfen einem Vorbehalt für den Rückkauf, bei Rückzahlung oder Wiederaufhängigkeit des Kapitals oder anderen Eigenthums, das auf diese Weise vorgeschaffen worden, zu der Zeit oder den Zeiten, die für diesen Zweck angeht sind, und mit Zinsen oder Nutzen, zu solchem Satze, als man übereingekommen wegen oder in Bezug auf solche Gelder, Kapitalien oder anderes Eigenthum, oder mit einem Äquivalent für unmittelbare Dividenden oder andere Rückzahlung auf oder in Bezug auf solche Gelder, Kapitalien oder anderes Eigenthum, und ferner mit oder ohne Zusatz-Provisionen für den Verkauf des jährlichen Grundeinkommens, der Grundrenten, Ländereien, Pachtungen, Erbgüter, Kanäle, Eisenbahnen, Ertragnisse, Zölle oder anderen Eigenthums oder anderer Rechte, welche sie auch immer sein mögen, die auf diese Weise verpfändet oder als Sicherheit gestellt sind, welcher bewirkt werden soll im Fall der Nichtrückzahlung des Geldes oder Antheils, oder der Nichtrückgabe des Kapitals oder anderen Eigenthums und des Äquivalents für die Dividenden, oder einer anderen Rückerstattung derselben, nach oder innerhalb einer gegebenen Frist, nach der Zeit, die bezüglich für die Rückzahlung oder Rückerstattung derselben in der hierin vorher erwähnten Verwahrung des Rückkaufs, und mit oder ohne irgend andere Befugnisse und Vorkehrungen, als sie die Gesellschaft oder das General-Direktorium der Gesellschaft zu überlegen für geeignet oder rathsam halten mag; und ferner zu verkaufen, zur Verfügung zu stellen, zu überweisen und zu übertragen, aufzugeben und zu entlasten alle solche Hypotheken, Kapitalien oder andere Bürgschaften, welche sie auch immer sein mögen, wie hierin vorher erwähnt, in solcher Weise und in solchem Umfange, wie es die Gesellschaft oder die Direktoren für geeignet halten.

§. 9. (Klagen u. s. w. anzufstellen.) Daß es für die Gesellschaft gesetzlich sein soll, anzubringen, zu beginnen und zu verfolgen jeden Rechtshandel oder Rechtshandel bei Ihrer Majestät hohem Kanzleigerichtshof oder bei jedem anderen Gerichtshof oder Gerichtshöfen, welche in der Sache und innerhalb des vorgenannten Vereinigten Königreichs die Gerichtbarkeit haben, um zu verhindern oder zu vernichten das Recht und die Befugnis zum Rückkauf von irgend welchem jährlichen Grundeinkommen, von Grundrenten, Lehnabgaben, Ländereien, Pachtungen, oder Erbgütern, Kanälen, Eisenbahnen, Ertragnissen, Zöllen oder anderem Eigenthum, welches verpfändet oder übertragen, übergeben, angewiesen oder auf andere Weise zugesichert worden ist oder werden soll, oder in Gewahrhabe sich befindet als eine Sicherheit für die Rückzahlung irgend einer Geldsumme oder Summen, oder für Rückgabe irgend eines Kapitals oder Rückerstattung oder Rückzahlung irgend eines Eigenthums, welches vorgestreckt oder geliehen worden ist oder werden soll von der Gesellschaft, oder welches der Gesellschaft schuldig ist, wie vorher gesagt, oder für Zahlung und Geldentmachung von Leihrenten, Anwartschaften, ausgesetzten Geldern oder ausgeübten Rechten, welche gekauft oder erworben worden sind oder werden sollen von der Gesellschaft und unter Genehmigung des besagten Kanzleigerichtshofes oder eines anderen vorgenannten Gerichtshofes, um zu erhalten und vollständig durchzuführen einen Befehl oder Befehle zur Verhinderung und Vernichtung jedes oder irgend eines solchen Rechtes oder einer solchen Befugnis zum Rückkauf, und ferner zu kaufen oder zu erwerben das Recht oder die Vollmacht zum Rückkauf von irgend welchem jährlichen Grundeinkommen, von Grundrenten, Lehnabgaben, Ländereien, Pachtungen oder Erbgütern, Kanälen, Eisenbahnen, Ertragnissen, Zöllen oder anderem Eigenthum, welches auf diese Weise verpfändet, übertragen, übergeben, angewiesen, oder in anderer Weise zugesichert worden ist als eine Sicherheit, wie vorher gesagt: Vorbehalten, daß mit Bezug auf alle Pfandschaften oder Sicherheiten, welche unbedingt werden sollen oder deren Rückkaufrecht verhindert oder vernichtet worden ist vor dem Durchgehen dieser Acte, und in Bezug auf das jährliche Grundeinkommen, auf Grundrenten, Lehnabgaben, Ländereien, Pachtungen oder Erbgüter, Kanäle, Eisenbahnen, Ertragnisse, Zölle oder anderes Eigenthum, dessen Rückkaufsrecht verhindert, vernichtet, gekauft oder erworben worden ist, wie vorher gesagt, unter dieser Acte, oder in Bezug auf alle Ländereien, Pachtungen und Erbgüter, auf welche die Gesellschaft einen unbedingten Anspruch hat, solches jährliche Grundeinkommen, solche Grundrenten, Lehnabgaben, Ländereien, Pachtungen oder Erbgüter, Kanäle, Eisenbahnen, Ertragnisse, Zölle oder anderes Eigenthum nichts desto weniger verkauft werden darf auf Anordnung oder unter Genehmigung der Gesellschaft, auf öffentlichem Wege oder durch Privatvertrag, und in allen Beziehungen auf solche Weise, wie es die Gesellschaft für geeignet halten mag: Vorbehalten dessen ungeachtet, daß die Gesellschaft nicht aufgefordert werden darf, zu verkaufen, wie vorher angedeutet, Eigenthum, das aus Geldern, Kapitalien oder Fonds besteht, welches von Natur nur persönlisches oder bewegliches Eigenthum ist oder sein soll.

§. 10. (Gewisse Ländereien u. s. w., erworben von der Gesellschaft, sind innerhalb fünf Jahren zu verkaufen.) Stellt vorbehalten, und es sei verfügt, daß der Verkauf von jährlichem Einkommen,

von Grundrenten, Lehnabsakben, Ländereien, Pachtungen oder Erbgütern, Kanälen, Eisenbahnen, Ertragnissen oder anderm Eigenthum, dessen Rückkaufrecht verbunden, vernichtet, gekauft oder erworben oder unbefugt, wie vorher gesagt, zugegriffen worden ist oder werden soll der Gesellschaft, und welches zu verkaufen die Gesellschaft, wie vorher angeordnet, nachgesucht hat, nicht verschoben werden soll über den Zeitraum von fünf Jahren, von der Zeit an, wo die Verhinderung, Vernichtung, der Kauf oder die Erwerbung, wie vorher gesagt, vollbracht ist; wenn derselbe statthaten soll nach dem Durchgehen dieser Acte, oder innerhalb fünf Jahren von dem Durchgehen dieser Acte an, wenn derselbe vollbracht werden soll, doch von Zeit zu Zeit angestellt und vollbracht worden ist innerhalb des Zeitraumes der genannten fünf Jahre, wie dies der Fall sein mag, sei es auf Grund von Einwänden gegen die Ansprüche, den Vertragsbruch, oder von irgend einer Klage, einem Rechtshandel oder anderm Prozesse, oder auf irgend einen andern Grund hin, soll die Ausführung eines solchen Verkaufs unvermeidlich verschoben oder verhindert sein, in welchem Falle solcher Verkauf innerhalb der nächsten zwölf Kalendermonate statthaten soll nach Beilegung eines solchen Hindernisses, vorbehaltend, daß die hierin vorher enthaltenen Befugnisse hinsichtlich der Verkäufe, die der Verpflichtung nach innerhalb einer bestimmten Frist zu machen sind, nicht angewendet werden auf irgend ein Haus oder Eigenthum, welches die Gesellschaft zum Zwecke ihrer Geschäfte erworben haben sollte. (Unterworfen den Verwahrungen für Verkauf, mag die Gesellschaft Ländereien besitzen ohne Erlaubniß.) Daß, unterworfen den vorhergenannten Verwahrungen, die Gesellschaft oder jede Person oder Personen zum Vortheil für die Gesellschaft dem Gesetze nach befugt und befähigt sein soll, inne zu haben, zu empfangen, zu besitzen und zu genießen alle Ländereien, Pachtungen oder Erbgüter, Kanäle, Eisenbahnen, Ertragnisse, Mühle oder anderes Eigenthum, rückveräußert oder nur unter Auktorität, oder in der Weise der Bürgschaft für Leibrenten, oder in der Weise der Pfandschaft, und soll fortfahren zu besitzen und zu genießen dieselben, zum Zwecke von und unter den Verwahrungen, die in dieser Acte enthalten sind, ohne daß sie damit gegen das Gesetz über die todte Hand verstoßen und den in diesem Gesetze enthaltenen Strafen oder irgend andern Strafen, Bußen oder Unfähigkeiten ausgesetzt sein soll, ungeachtet irgend eines Gesetzes oder Gebrauchs für das Gegentheil.

§. 11. (Befugniß für die Gesellschaft, ein gemeinschaftliches Siegel zu haben.) Und es sei verfügt, daß es gesetzlich für die Gesellschaft sein soll, ein gemeinschaftliches Siegel zu haben (mit der Befugniß, dasselbe von Zeit zu Zeit abzuändern, zu ändern und zu wechseln), auf welchem jedoch stets der Name der Gesellschaft eingeschrieben sein muß; und alle Versicherungs-Policen, Leibrenten-Versicherungen, andere Versicherungen, Wechsel, Verträge, Uebereinkünfte, Urkunden und Documente, für welche die Befähigung und Ausführung von Seiten der Gesellschaft erforderlich ist, sollen das Siegel der Gesellschaft tragen und unterzeichnet sein von dem Verwalter oder Sekretär (die Unterzeichnung der Documente betreffend) mit irgend drei von dem Direktorium der Gesellschaft, die sich zur Zeit zu Werben befinden; und was die Versicherungs-Policen betrifft, die von irgend einem Lokal-Direktorium, wie hierin später vorgehien ist, ausgegeben worden, so sollen solche Policen das Siegel der Gesellschaft tragen und von irgend drei Direktoren, die das Lokaldirektorium bilden, von dem dieselbe herrührt, und von dem derzeitigen Verwalter oder Sekretär eines solchen Lokaldirektoriums unterschrieben sein; und alle Documente und Urkunden, auf diese Weise gesiegelt und unterschrieben, sollen gut, göltig und wirksam sein, und bindend und verpflichtend für die Gesellschaft und alle Beamten und Mitglieder derselben, und jede Forderung oder Anzeige, oder jedes andere Document, das die Beglaubigung durch die Gesellschaft erfordert, soll von einem der Direktoren oder von dem Verwalter oder Sekretär oder von folchem andern Beamten, den die Direktoren dazu anweisen mögen, unterzeichnet sein, und des gemeinschaftlichen Siegels der Gesellschaft nicht bedürfen, auch mögen dieselben geschrieben oder gedruckt, oder theils geschrieben und theils gedruckt sein; und was die Forderungen, Anzeigen und andere Documente betrifft, die von irgend einem der Lokaldirektorien erlassen werden, so sollen diese Documente von einem der Direktoren, aus denen das Lokaldirektorium besteht, oder von dem Verwalter oder Sekretär eines solchen Lokaldirektoriums unterzeichnet sein und nicht des gemeinschaftlichen Siegels der Gesellschaft bedürfen; und bei allen Sachen und Prozessen, bei denen es erforderlich sein sollte, irgend eine Erklärung oder eidliche Aussage von oder im Namen der Gesellschaft abzugeben, soll solche Erklärung, eidliche Aussage oder dergleichen von dem Verwalter oder Sekretär oder von irgend einem der zeitigen Direktoren der Gesellschaft abgegeben werden; und dieselbe, wenn sie auf diese Weise abgegeben ist, soll gut, göltig und wirksam sein.

§. 12. (Geschäfts-Platz und Befugniß, Agenten zu bestellen.) Und es sei verfügt, daß die Geschäfte der Gesellschaft in einem Hause oder Geschäftslokale innerhalb der Stadt Aberdeen oder der von dem Parlamente festgesetzten Grenzen derselben betrieben werden sollen, welches für das Hauptbureau der Gesellschaft angesehen werden soll; und die Direktoren sollen velle Befugniß und Macht haben, solche Personen, entweder Actionäre der Gesellschaft oder nicht, wie es ihnen beliebt, in solchen Städten und Plätzen innerhalb Großbritanniens und Irlands oder anderswo, die sie für geeignet halten mögen, zu bestellen, um als Agenten für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft zu handeln, mit solchen Vollmachten und unterwerfen solchen Bestimmungen, wie sie die Direktoren für zweckmäßig halten mögen.

§. 13. (Kapital der Gesellschaft.) Und ferner durch den Originalvertrag der Mitgenossenschaft der besagten Gesellschaft das Grundkapital derselben auf Eine Million Pfund Sterling, getheilt in zwanzigtausend Aktien, jede zu zwanzig Pfund Sterling, angegeben ist; jedoch vorbehalten ist, daß es in der Ermächtigung der

4

Direktoren der besagten Gesellschaft liegen soll, benanntes Grundkapital bis zu einer solchen Ausdehnung, als sie dieselbe für geeignet erachten, doch nicht über zwei Millionen Pfund Sterling hinaus, unter einer gleichen Verteilung der nachträglichen Aktien, zu erhöhen; und ferner das Grundkapital bis auf die Summe von Einer Million zweimal hundert neun und fünfzig tausend sieben hundert und sechzig Pfund Sterling, getheilt in Aktien zu zwanzig Pfund Sterling erhöht worden, auf welche Summe ein Pfund Sterling auf jede Actie eingezahlt ist; und fernermal es notwendig erscheinen möchte, das Grundkapital der besagten Gesellschaft noch ferner zu erhöhen: So sei hierdurch verfügt, daß es für die Gesellschaft gesetzlich sein soll und mag, in jeder Generalversammlung der Aktionäre, einberufen in der nachher erwähnten Weise, das Grundkapital der Gesellschaft, falls eine solche Versammlung es für angemessen hält, zu erhöhen auf jede, zwei Millionen Pfund Sterling nicht überschreitende Summe, die in Aktien zu zwanzig Pfund Sterling getheilt und ausgegeben werden mag zu solchen Zeiten, Preisen und Bedingungen, wie es die Direktoren für zweckmäßig halten, und die Gesellschaft mag dies in jeder Generalversammlung, die besonders für diesen Zweck einberufen ist, beschließen; und ungeachtet jeder Einschränkung in besagtem Vertrag mit Bezug auf den Betrag der Aktien, die jeder Aktionär besitzt, oder auf andere Weise bezüglich der Aktionäre, die verbriefet sind, mehr als eine namhaft gemachte Anzahl von Aktien zu besitzen, soll es für jeden Aktionär gesetzlich sein, zu kaufen, zu erwerben und zu besitzen solche Anzahl von Aktien, wie die Direktoren von Zeit zu Zeit festsetzen und bestimmen mögen durch irgend eine Nebenverordnung, unterworfen der Kontrolle der ersten Generalversammlung der Eigentümer, die demgemäß abgehalten wird.

§. 14. (Aktien sind persönliches Eigenthum.) Und es sei verfügt, daß das Grundkapital der Gesellschaft und der Gewinn aus demselben und alle Aktien an demselben sollen persönliches oder bewegliches Eigenthum und als solches übertragbar sein und nicht den Charakter eines sachlichen Besitztums haben.

§. 15. (Aktionäre haben Anrecht auf den Gewinn und sind verpflichtet für Verluste.) Und es sei verfügt, daß die verschiedenen Aktionäre der Gesellschaft ein Anrecht auf den Gewinn haben und für die Verluste in den Gesellschaften verbindlich sein sollen; und sie sollen gehalten sein, sich gegenseitig bei allen Schulden und Verbindlichkeiten der Gesellschaft zu unterstützen, im Verhältnis zu der Zahl von Aktien, welche sie respective in der Gesellschaft besitzen.

§. 16. (Alle Aktien sind verbindlich für die Ansprüche der Gesellschaft als Bürgschaft für Schulden u. s. w.) Und es sei verfügt, daß die jedem derzeitigen Aktionär der Gesellschaft gehörigen Aktien mit dem ganzen Gewinn und Nutzen, der denselben zugehört, und der Anteil, den er an der Gesellschaft hat, hierdurch überwiesen und erklärt worden sind als der Gesellschaft angehörig, als Sicherheit für alle Schulden, Verbindlichkeiten oder Leistungen, die derselbe der Gesellschaft schuldig oder leistbar sein mag oder werden wird, auch als Sicherheit für die Erfüllung und Beobachtung der ihm auf seinen Theil zukommenden Verpflichtungen; und wenn notwendig, sind die Direktoren hierdurch ermächtigt und beauftragt, zu verkaufen und zu verfügen über die besagten Aktien, mit den Dividenden, dem Gewinn und Nutzen, der zu denselben gehört, auch über den Anteil, den irgend ein Aktionär an der Gesellschaft hat, der Regeln gemäß, wie sie von den Direktoren festgesetzt worden.

§. 17. (Aktionäre, die ihre Aktien abtreten, sind von allen Verpflichtungen für die Gesellschaft befreit.) Und es sei verfügt, daß jeder Aktionär, der über seine Aktie an dem Grundkapital der Gesellschaft, übereinstimmend mit den hierin enthaltenen Anordnungen verfügen oder der aufhören sollte, durch Verkauf oder auf andere Weise, Anteil an der Gesellschaft zu besitzen, soll zu allen Zeiten danach berechtigt sein zur Enthebung von allen Schulden, welche besagte Gesellschaft schuldig ist oder schuldig werden wird, auch von allen Verbindlichkeiten, die für dieselbe eingegangen sind, und im Allgemeinen von allen Leistungen, die auf ihm als einem Aktionär der Gesellschaft lasten, und die anderen Aktionäre sollen gehalten sein, ihn, sowie seine Erben und die Nachfolger derselben zu entlasten: Vorbehalten stets, daß solcher Aktionär alle persönlichen Verbindlichkeiten, die ihm zustanden, oder welche von ihm der genannten Gesellschaft zu leisten waren, der besagten Gesellschaft erfüllt und geleistet hat: und keine Person, die zu einem Anrecht auf Aktien kommt, die vormals einem solchen Aktionär gehörten, der auf diese Weise aufhört ein Aktionär zu haben, soll gegen seine Mitgenossen einen Anspruch auf Enthebung von den Schulden und Verbindlichkeiten haben, die von der besagten Gesellschaft kontrahirt worden sind, ungeachtet derselben kontrahirt worden sein möchten, ehe er Aktionär geworden, wie vorher angedeutet; sondern er soll genau den Platz des ersten Inhabers und Vorgängers einnehmen und allen Verbindlichkeiten, die auf diesem lasteten, unterworfen werden.

§. 18. (Politen der Aktionäre haften als Sicherheit für die Schulden u. s. w. der Gesellschaft.) Und es sei verfügt, daß die einem jeden derzeitigen Aktionär der Gesellschaft gehörigen Politen mit allem, demselben gebührenden Gewinn und Nutzen unterworfen und übergeben sein sollen, und dieselben sind hierdurch zugewiesen und erklärt als gehörend der Gesellschaft als Bürgschaft für alle Schulden, Verbindlichkeiten und Leistungen, die er der Gesellschaft schuldig oder leistbar sein oder werden mag, auch als Bürgschaft für die Erfüllung und Beobachtung der ihm auf seinen Theil zukommenden Verpflichtungen; und die Direktoren sind hierdurch ermächtigt und beauftragt, dieselben zu verkaufen und über dieselben, wenn notwendig, zu verfügen, mit allem Gewinn und Nutzen, der zu denselben gehört, gemäß den Regeln, wie sie von den Direktoren festgesetzt werden sollen; doch wenn eine Session zu Gunsten einer dritten Person bereits zugestanden oder überwiesen ist, oder nachmals zugestanden und

überwiesen werden sollte, und wenn sie nachmals unter gehöriger Anzeige zugestanden und überwiesen worden ist; so soll, gemäß dieser Acte, keine Schuld, nachmals für die Gesellschaft kontrahirt, mit solcher Gession kontrahiren.

§. 19. (Verzeichniß der Aktionäre.) Und es sei verfügt, daß die Gesellschaft ein Buch führen soll, genannt „Verzeichniß der Aktionäre;“ und in solches Buch sollen sorgfältig und genau, von Zeit zu Zeit, die Namen der verschiedenen Körperschaften und die Namen und Nachträge der verschiedenen Personen, die auf Aktien an der Gesellschaft Anspruch haben, eingetragen werden, zugleich mit der Anzahl der Aktien, auf welche solche Aktionäre respektive berechtigt sein sollen, auch mit dem Betrage der Subskriptionen, die auf solche Aktien eingeträgt sind; auch die Zunamen oder Korporationsnamen der besagten Aktionäre sollen in alphabetischer Ordnung verzeichnet sein; und solches Buch soll beglaubigt sein durch das demselben beigesetzte gemeinschaftliche Siegel der Gesellschaft, und solche Beglaubigung soll stattfinden in der ersten gewöhnlichen Jahresversammlung nach dem Durchgehen dieser Acte, und auf diese Weise von Zeit zu Zeit bei jeder gewöhnlichen Jahresversammlung der Gesellschaft.

§. 20. (Adressen der Aktionäre.) Und es sei verfügt, daß, als Nachtrag zu dem besagten Verzeichniß der Aktionäre, die Gesellschaft für ein Buch sorgen soll, genannt „Adressbuch der Aktionäre,“ in welches von Zeit zu Zeit in alphabetischer Ordnung die Korporationsnamen und Geschäftsplätze der verschiedenen Aktionäre der Gesellschaft, die Korporationen hind, und die Vornamen der verschiedenen anderen Aktionäre, mit ihren respektiven Vornamen, Wohnorten und Personalien, so weit dieselben der Gesellschaft bekannt sind, eingetragen werden sollen; und jeder Aktionär oder, wenn ein solcher Aktionär eine Korporation ist, der Sekretär oder Agent solcher Korporation, darf zu allen vorkommenden Zeiten dies Buch inenutzlich durchlesen, auch eine Abschrift desselben oder von einem Theile desselben fordern; und für jede hundert Worte, die auf solche Weise gefordert und abgeschrieben worden sind, darf die Gesellschaft eine Summe nicht über sechs Pence verlangen.

§. 21. (Aktionäre haben Anzeigen vom Verlust des Namens, Wohnortes u. s. w. zu machen.) Und es sei verfügt, daß jeder Aktionär oder Aktionärin, der oder die zu irgend einer Zeit seinen oder ihren Namen oder Wohnort wechseln, oder, wenn es eine Frauensperson ist, sich verheirathen sollte, unmittelbar hiervon schriftlich in dem Bureau der Gesellschaft Anzeige machen und in dieser Anzeige seinen oder ihren Namen und den Wohnsitz ihres Gatten (im Fall der derzeitige Aktionär, der solche Anzeige macht, eine Frauensperson sein und sich dann verheirathet haben sollte) erwähnen soll; und falls irgend ein Aktionär es unterläßt, dieser Verfügung nachzukommen, soll der Verwalter oder Sekretär nicht gehalten sein, Anzeigen, die im Auftrag an Aktionäre zu richten sind, zu befördern, ausgenommen an die letzte, der Gesellschaft angegebene und im Adressbuch der Aktionäre eingetragene Adresse; selbstverständlich, daß die auf solche Weise vertretenden Aktionäre nicht berechtigt sein sollen, gegen die Regelmäßigkeit besagter Anzeigen Einwände zu erheben, sondern sie sollen so angesehen werden, als hätten sie die genaue und regelmäßige Mittheilung solcher Anzeigen erhalten.

§. 22. (Aktien-Certifikate sind anzustellen für die Aktionäre.) Und es sei verfügt, daß auf die Forderung des Besitzers irgend einer Aktie die Gesellschaft ein Certificat der Eigenthümerschaft einer solchen Aktie ausfertigen soll, welches einem solchen Aktionär zu übergeben ist; und solchem Certificat soll das gemeinschaftliche Siegel der Gesellschaft beigesetzt sein; auch soll es von dem Verwalter oder Sekretär unterzeichnet sein und die Zahl der Aktien namhaft machen, zu welcher ein solcher Aktionär berechtigt ist; und dasselbe mag sein nach der Form, die im Schema (A) dieser Acte beigesetzt ist, oder auf eine beliebige Weise; und für solches Certificat mag die Gesellschaft irgend eine Summe, die nicht über zwei Schillinge und sechs Pence geht, fordern; und ein solches Certificat soll bei allen Gerichtshöfen zugelassen sein als erster augenscheinlicher Beweis der Berechtigung eines solchen Aktionärs, seiner Vollstrecker, Administratoren, Nachfolger oder Bevollmächtigten, mit Bezug auf die Anzahl der darin namhaft gemachten Aktien; nichts desto weniger soll der Mangel eines solchen Certificats für den Verlust irgend einer Aktie kein Hinderniß sein, über dieselbe zu verfügen.

§. 23. (Certifikate werden erneuert, wenn sie vernichtet worden.) Und es sei verfügt, daß, wenn irgend ein solches Certificat zerissen oder beschädigt werden, dann, nachdem es bei einer Versammlung der Direktoren vorgelegt worden, diese Direktoren verfügen mögen, daß es für ungültig erklärt und ein ähnliches Certificat demjenigen gegeben werde, welchem das Eigenthum eines solchen Certificats und der darin erwähnten Aktien zu dieser Zeit zugeht; oder wenn solches Certificat verloren gegangen oder vernichtet werden, so soll dann, nachdem dies zur Befriedigung der Direktoren bewiesen ist, demjenigen, der ein Anrecht auf das in dieser Weise verloren gegangene oder vernichtete Certificat hat, ein ähnliches Certificat gegeben werden; und in jedem dieser Fälle soll von dem Verwalter oder Sekretär das substituirt Certificat genau in das Verzeichniß der Aktionäre eingetragen werden; und für jedes solches Certificat, das auf diese Weise gegeben oder ausgetauscht worden, mag die Gesellschaft irgend eine Summe, jedoch nicht über zwei Schillinge und sechs Pence, fordern.

(Betreffend das Uebertragen der Aktien u. s. w.) Und mit Bezug auf das Uebergeben oder Uebertragen der Aktien und Gessionen und Entlastungen der Pölicen sei verfügt, wie folgt:

§. 24. (Aktionäre können unter gewissen Bedingungen ihre Aktien übertragen.) Daß jeder Aktionär alle oder irgend eine seiner Aktien an der Gesellschaft verlanfen und übertragen darf, vorbehaltens, daß, im Falle eines solchen Verlanfs oder einer solchen Uebertragung unter Lebenden, zuerst den Direktoren zum Vortheil der Gesellschaft ein Anbieten schriftlich gemacht werden soll, in welchem die Person, welcher der Verkauf angetragen worden, und der dafür stipulirte Preis erwähnt sein muß, welches Angebot hinsichtlich des

darin namhaft gemachten Preises die Direktoren, in der später bestimmten Weise, anzunehmen ermächtigt sein sollen; und wenn nach Verlauf von acht Tagen, vom Datum des Empfanges des besagten Angebots an, ein solches Angebot von den Direktoren abgelehnt oder nicht angenommen worden, so soll der Verkauf an die Person oder die Personen, deren im besagten Angebot Erwähnung gethan, statthaben, zu oder über den von der Gesellschaft geforderten Preis, nicht aber zu einem niederen Preise, bevor zuerst ein neues schriftliches Angebot zu solchem niederen Preise den Direktoren zum Vortheil der Gesellschaft gemacht worden, in derselben Weise, wie bezüglich auf das erste Angebot; und im Fall irgend ein Aktionär geneigt sein sollte, seine Aktien als Schenkung zu übertragen, so soll solche Uebertragung nicht gültig sein ohne die vorherige Bewilligung des Bevollmächtigten oder der Bevollmächtigten von den Direktoren: Vorbehalten stets, daß es für keine Person gesetzlich sein soll, durch eine Urkunde unter Lebenden oder auf andere Weise weniger als eine Aktie an dem Grundkapital der Gesellschaft zu übertragen oder zu verkaufen; und im Fall die Aktien eines verstorbenen Aktionärs zufällig, entweder nach den Gesetzen der Nachfolge oder durch Testament, oder durch eine Urkunde des Todes wegen in Theile, geringer als eine Aktie, getheilt werden sollten, so sollen die Besitzer solcher Bruchtheile, es sei denn, daß sie unter sich übereinkommen, daß nicht mehr als eine Person Besitzer einer und derselben Aktie sein soll, kein Recht haben, sich in irgend einer Hinsicht in die Verwaltung der Gesellschaft zu mischen, oder den Versammlungen derselben beizuwohnen, oder mitzustimmen; doch sollen sie in jeder anderen Beziehung hinsichtlich der Verkäufe und anderweitig denselben Regeln und Einrichtungen unterworfen sein, als wenn jeder von ihnen Besitzer einer vollständigen und ganzen Aktie wäre.

§ 25. (Das Uebertragen der Aktien geschieht durch eine gehörig gestempelte Urkunde.) Daß jede solche Uebertragung mittelst gehörig gestempelter Urkunde stattfinden soll, in welcher die Werth-Summe, ob dieselbe eine vollgültige sei oder nicht, der Wahrheit gemäß festgesetzt sein soll; und eine solche Urkunde mag nach der Form des dieser Acte angefügten Schemas (B) oder in einer beliebigen Weise abgefaßt sein.

§ 26. (Entlassungen der Polizen.) In allen Fällen, sobald der Betrag einer Police in Folge des Ablebens der versicherten Partei zahlbar wird, soll eine Entlassung auf der Rückseite der Police, unterzeichnet von der Partei, welche den Betrag derselben in Empfang zu nehmen berechtigt ist, wie hierin später vorgesehen ist, nach der Form des dieser Acte angefügten Schemas (C) oder in einer beliebigen Weise eine hinreichende Entlassung und Entbindung für die Gesellschaft sein.

§ 27. (Bestimmung der Form der Uebertragungen von Aktien, und der Ueberweisungen u. s. w. von Polizen.) Und statumal viele Personen, welche außerhalb Schottlands ihren Wohnsitz haben, Aktionäre an der Gesellschaft und Besitzer von oder Theilhaber an Polizen jetzt sind oder später sein möchten; und es mit Unbequemlichkeit verbunden sein würde, wenn alle Uebertragungen von Aktien und Cessionen und Entlassungen von Polizen nach den gesetzlichen Formen von Schottland ausgeführt werden müßten: so sollen alle Uebertragungen von Aktien der besagten Gesellschaft, auch Cessionen und Entlassungen von Polizen gültig und wirksam sein, wenn sie nach der gewöhnlichen Art der Ausführung solcher Instrumente entweder in Schottland oder in England, und zum Theil nach der einen oder zum Theil nach der anderen Form, ausgeführt sind.

§ 28. (Aktien-Uebertragungen müssen registriert sein u. s. w.) Die besagte Urkunde der Uebertragung (wenn sie gehörig ausgefaßt ist) soll dem Verwalter oder Sekretär übergeben und von ihm aufbewahrt werden; und nachdem er die Genehmigung der Direktoren erhalten, soll er ein Memorial hiervon in ein Buch, genannt „Verzeichniß der Uebertragungen“, eintragen, und diese Eintragung auf die Rückseite der Uebertragungs-Urkunde schreiben und auf Erfordern dem Käufer ein neues Certificat aushändigen; und für jedes solches Eintragen, unterschreiben und Certificatausstellen darf die Gesellschaft irgend eine Summe, jedoch nicht über zwei Schillinge und sechs Pence, fordern; und auf Ansuchen des Käufers irgend einer Aktie soll ein Umschreiben solcher Uebertragung auf der Rückseite des Certificats solcher Aktie vorgenommen werden, an Stelle der Bewilligung eines neuen Certificats; und solche Umschreibung, die von dem Verwalter oder Sekretär unterzeichnet ist, soll in jeder Hinsicht ganz so wie ein neues Certificat angesehen werden; und bis solche Uebertragung dem Verwalter oder Sekretär, wie vorher bemerkt, übergeben worden ist, soll der Verkäufer der Aktie fortwährend der Gesellschaft verbindlich sein für alle Ansprüche, die an solche Aktie erhoben werden mögen, und der Käufer soll zu einem Antheil an dem Nutzen des Unternehmens nicht berechtigt sein, oder mitzustimmen in Bezug auf solche Aktie, oder irgend ein anderes Recht eines Theilhabers oder Aktionärs zu besitzen oder ausüben.

§ 29. (Uebertragungen dürfen nicht stattfinden, bis alle Ansprüche bezahlt sind.) Kein Aktionär soll berechtigt sein, irgend eine Aktie zu übertragen, nachdem irgend ein Anspruch in Bezug auf dieselbe erhoben ist, bis er solchen Anspruch bezahlt hat, noch bis er alle zeitigen Ansprüche bezahlt hat, die auf jeder Aktie lasten, welche er besitzt.

§ 30. (Das Schließen der Uebertragungs-Bücher.) Es soll gesetzlich für die Direktoren sein, das Uebertragungs-Verzeichniß vom ersten Tage des Mai bis zum zwanzigsten Tage des Juni in jedem Jahre zu schließen; wovon sieben Tage vorher in einigen Zeitungen, wie nachher erwähnt, Anzeige gemacht werden soll; und jede Uebertragung, die während der Zeit, in welcher die Uebertragungs-Bücher geschlossen sind,

statfindet, soll so angesehen werden, als wäre sie zwischen der Gesellschaft und der Partei, die von derselben etwas fordert, doch nicht in anderer Weise, nach dem besagten Tage des zwanzigsten Juni gemacht.

§ 31. (Ueberweisungen von Aktien oder Policen auf anderem Wege als dem der Uebertragung sind durch eine Deklaration rechtskräftig zu machen.) Wenn der Antheil an einer Aktie oder das Anrecht auf eine Police in Folge des Todes oder des Bankrotts, oder der Zahlungsunfähigkeit eines Aktionärs, oder in Folge der Verheirathung eines weiblichen Aktionärs oder auf jedem anderen gesetzlichen Wege als durch eine Uebertragung überwiesen wird, so soll solche Ueberweisung durch eine schriftliche Deklaration, wie hierin nachher erwähnt ist, oder auf eine andere Weise, wie die Direktoren sie für erforderlich halten, rechtskräftig gemacht werden, und jede solche Deklaration soll die Weise angeben, in welcher, und die Partei, welcher solche Aktie oder Police überwiesen werden soll, und sie soll vor einem Scheriff oder Richter angefertigt und von irgend einem glaubwürdigen Person unterzeichnet sein; und eine solche Deklaration soll dem Verwalter oder Sekretär überlassen sein; worauf der Verwalter, nachdem er von den Direktoren die Genehmigung erhalten, für den Fall einer Police den Betrag derselben an die hierzu berechtigte Partei, nach Empfang einer hinreichenden Entbindung oder Entlastung, in der hierin vorher vorgesehenen Weise, zahlen soll, und für den Fall einer Aktie soll der Verwalter oder Sekretär den Namen der zu solcher Ueberweisung berechtigten Person in das Verzeichniß der Aktionäre eintragen; und für jede solche Eintragung darf die Gesellschaft irgend eine Summe, jedoch nicht über fünf Schillinge, fordern; und bis solche Ueberweisung rechtskräftig gemacht worden ist, soll keine kraft solcher Ueberweisung Anspruch erhebende Person berechtigt sein, irgend einen Antheil an dem Gewinn der Gesellschaft zu erhalten, noch mitzusimmen in Bezug auf irgend eine Aktie als Besitzer derselben, oder für einen Aktionär gehalten werden, oder zur Ausübung irgend eines Rechtes der Aktionäre befugt sein.

§ 32. (Beweis der Ueberweisung durch Heirath, Testament u. s. w.) Wenn solche Ueberweisung in Folge der Verheirathung eines weiblichen Aktionärs statt hat, so soll die besagte Deklaration eine Abschrift des Trauungsbuchs solcher Verheirathung oder irgend eine andere Beglaubigung der vollstehenden Ehe enthalten und die Identität der Frau mit der Besitzerin solcher Aktie nachweisen; und wenn eine solche Ueberweisung kraft eines testamentarischen Instruments oder in Mangel eines Vermächnisses (Intestat-Erbfolge) stattgefunden hat, so soll die gerichtliche Befestigung des Testaments oder der Nachweise der Güter-Verwaltung oder ein amtlicher Auszug aus demselben, erlangt von irgend einem privilegierten Gerichtshof, wenn in England zugekauft, oder ein testamentarisches Instrument, oder ein vom Gericht bestelltes Testament, wenn in Schottland angefertigt, oder ein amtlicher Auszug aus demselben nebst solcher Deklaration dem Verwalter oder Sekretär vorgelegt werden; und wenn solche Ueberweisung statthabe in Folge eines Bankrottes oder einer Zahlungsunfähigkeit, so soll der Rechtsanspruch des Kurators oder Bevollmächtigten, des gesetzlichen oder freiwilligen, ob in England, Irland oder Schottland, wie der Fall eben sein mag, zur Verurtheilung der Direktoren nebst solcher Deklaration dem Verwalter oder Sekretär vorgelegt werden, und solche Vorlage in irgend einem der Fälle soll hinreichend sein, so weit als es die Gesellschaft angeht, den Rechtsanspruch der Partei auf solche Aktien oder auf den Betrag solcher Police zu beweisen und festzustellen, und auf solche Vorlage in jedem der vorgenannten Fälle soll der Verwalter oder Sekretär die Deklaration in das besagte Verzeichniß der Uebertragungen einzeichnen, und falls es solchergehalt überwiesene Policen betrifft, so soll der Verwalter den Betrag der Police auszahlen, nachdem dieselbe der Gesellschaft ausgehändigt und gelöscht worden; und in solchen Fällen sollen solche Deklationen und andere Beweise, wie vorher gesagt, eine hinreichende Vollmacht zur Bewirtung solcher Uebertragung oder Auszahlung sein und sollen die Gesellschaft vor jeder Anforderung und jedem Anspruche, beim Ansuchen irgend einer anderen Partei, für alle Zeiten nachmals, befreien und entlasten. Doch soll solche Deklaration oder Beweis, wie vorher erwähnt, die Gesellschaft nicht verhindern, andere Beweise, bezüglich einer Sache oder Anforderung zu verlangen oder zu veranlassen, daß der Anspruch irgend eines Rekurrenten durch das Urtheil oder Erkenntniß eines Gerichtshofes von zuständiger Jurisdiction in Schottland, England oder Irland gesetzlich bestätigt oder deklarirt werde.

§ 33. (Die Gesellschaft ist nicht verbunden, auf die Ausführung der Kuratel zu sehen.) Die Gesellschaft soll nicht gehalten sein, auf die Ausführung irgend einer Kuratel, ob ausdrücklich, stillschweigend oder der Deutung nach, welcher irgend eine der besagten Aktien unterworfen sein möchte, zu sehen; und die Quittung der Partei, unter deren Namen die Aktie in den Büchern der Gesellschaft verzeichnet stehen sollte, soll von Zeit zu Zeit eine hinreichende Entlastung für die Gesellschaft sein in Bezug auf irgend eine Dividende oder andere Geldsumme, zahlbar in Betreff solcher Aktie, ungeachtet irgend einer Bevormundung, welcher solche Aktie zuweilen unterworfen sein mag, und ob die Gesellschaft Kenntniß von solcher Bevormundung hat oder nicht; auch soll die Gesellschaft nicht gehalten sein, die Verwendung der Gelder, die auf solche Quittung gefaßt sind, zu beanfichtigen.

§ 34. (Arreste sind auszulösen und Beschlagnahmen frei zu machen.) Im Fall die Aktien eines Aktionärs mit Arrest oder die Aktien eines verstorbenen Aktionärs mit Beschlagnahme belegt werden sollten, auf befristete Anklage einer Person als des Thäters, so soll es für die Direktoren gesetzlich sein, von solchem Aktionär oder seinen Vertretern die Auslösung des Arrests, oder von den Vertretern eines verstorbenen Aktionärs die Freimachung der Beschlagnahme zu fordern, innerhalb drei Monaten, nachdem sie brieflich durch einen von

den Direktoren bestellten Beamten der Gesellschaft hierzu aufgefordert worden sind; anderweitig und ferner in dem Falle, wo es Niemandem beliebt, einen solchen verstorbenen Aktionär durch einen befristenden Vollstrecker innerhalb drei Monaten nach seinem Ableben zu vertreten, soll es gesetzlich für die Direktoren sein, solche Aktien in öffentlicher Versteigerung zu verkaufen und über sie zu verfügen an den Meistbietenden, nachdem Zeit und Ort eines solchen Verkaufs, einmal wöchentlich, drei Wochen hindurch, in einer oder in mehreren der zu Aberdeen erscheinenden Zeitungen angezeigt sind, und den höchsten Preis festzustellen, und, wenn nöthig, die Auktion von Zeit zu Zeit zu verlagern, auch den höchsten Preis herabzusetzen, und nachdem solcher Verkauf stattgefunden, den Preis zu empfangen und zu lösen, und hierauf besagte Aktien an die Käufer zu übertragen und zu überweisen; und solche Uebertragung und Anweisung soll gut und gültig für den Käufer sein zu allen Absichten und Zwecken, welche sie auch immer sein mögen, vorbehalten, daß die Direktoren verbunden sein sollen, für den von ihnen in Empfang genommenen Preis Rechnung abzulegen und denen auszugeben, die ein Recht auf irgend einen Ueberfluß hinaus haben, welcher in ihren Händen bleiben soll, bis alle durch die Anzeigen und den Verkauf verursachten Ausgaben und jede Schuld oder Verbindlichkeit getridt sind, die der Aktionär, dessen Aktien verkauft wurden, der Gesellschaft schuldig oder leistbar war.

§ 35. (Einzahlungen sind zu zahlen, wenn sie eingefordert werden.) Und fernermal es in den zuerst oben angeführten Artikeln der Mitgenossenschaft vorbehalten ward, daß von den Aktionären solche Einzahlungen auf die Aktien, die von ihnen gezeichnet worden, ob aus das ursprüngliche oder erhöhte Grundkapital der Gesellschaft, dann beigeleitet und eingezahlt werden sollten, wenn sie von den Direktoren an sie gemacht würden, auch es ausdrücklich vorbehalten ist, daß, im Falle solche Einzahlungen nicht regelmäßig gezahlt werden sollten, es dann in der Ermächtigung der Direktoren liegen soll, entweder wegen derselben nebst den Interessen daraus gerichtliche Klage anzustellen, oder nach ihrem Belieben die Aktien eines solchen Säumigen in öffentlicher Auktion zu verkaufen, wie hierin vorgesehen ist: So sei verfügt, daß, im Fall das Grundkapital der Gesellschaft erhöht worden ist, die verschiedenen Personen, welche Geld zuhören oder Aufträge zu Aktien an dem erhöhten Grundkapital geben wollen, und ihre gesetzlichen respektiven Vertreter, in gleicher Weise verbunden sein sollen, die respektive so gezeichneten Summen oder solche Theile darauf zu zahlen, wie sie von Zeit zu Zeit von der Gesellschaft eingefordert werden, zu solchen Zeiten und an solchen Orten, wie sie die Direktoren bestimmen werden; und mit Bezug auf die hierin enthaltenen Verordnungen, um die Zahlung der Einzahlungen zu erzwingen, so soll das Wort „Aktionär“ auf alle gesetzlichen Vertreter eines solchen Aktionärs ausgedehnt sein und diese einschließen.

§ 36. (Ermächtigung, Einzahlungen auszusprechen.) Und es sei verfügt, daß es gesetzlich für die Gesellschaft sein soll, von Zeit zu Zeit solche Geldeinzahlungen an alle und jeden der Aktionäre in Bezug auf den Betrag des Kapitals, des ursprünglichen oder erhöhten, zu machen, der respektive von ihnen gezeichnet worden, oder von ihnen oder den Parteien schuldig ist, auf deren Aktien sie in irgend einer Art und Weise, wie sie es für geeignet halten mag, ein Recht erworben hat, vorbehalten, daß wenigstens drei Kalendermonate vorher von jeder solcher Einzahlung Anzeige gemacht werde, und daß keine Einzahlung den Betrag von fünf Procent überschreitet, auch daß auf einander folgende Einzahlungen nur in einer Zwischenfrist von sechs Kalendermonaten ausgesprochen werden können; und jeder Aktionär sei verbunden sein, den Betrag der Einzahlungen, der hinsichtlich der von ihm besessenen Aktien ausgesprochen wird, den Personen und zu den Zeiten und an den Orten zu zahlen, die von Zeit zu Zeit von den Direktoren der Gesellschaft bestimmt werden sollen.

§ 37. (Für die nicht bezahlten Einzahlungen sind Zinsen zu entrichten.) Und es sei verfügt, daß, wenn vor oder an dem zur Zahlung festgesetzten Tage ein Aktionär den Betrag einer Einzahlung, zu welcher er verpflichtet ist, nicht zahlen sollte, dann solcher Aktionär verbunden sein soll, für dieselbe nach dem gesetzlich vorgeschriebenen Satze die Zinsen zu bezahlen, von dem zur Zahlung festgesetzten Tage an bis zur Zeit der wirklichen Zahlung. (Erzwingung der Einzahlung durch Klage.) Wenn zu der von den Direktoren für die Zahlung einer Einzahlung bestimmten Zeit ein Aktionär den Betrag dieser Einzahlung zu erlegen unterläßt, so soll es für die Gesellschaft gesetzlich sein, einen solchen Aktionär für den Betrag derselben bei jedem Gerichtshofe, dem die Jurisdiction zusteht, zu verklagen und denselben mit den gesetzlichen Zinsen von dem Tage an, an welchem solche Einzahlung zu leisten war, einzufordern, oder nach dem Belieben der Direktoren nach Verlauf von sechs Wochen, nachdem dem oder den säumigen Aktionären von dem Verwalter oder Sekretäre eine briefliche Anzeige zu dem Zwecke gemacht werden, die Aktien solcher Säumigen in öffentlicher Auktion zu verkaufen, nachdem drei Wochen hindurch in zwei der zu Aberdeen erscheinenden Zeitungen Ankündigungen hierüber erlassen; auch von Zeit zu Zeit den Verkauf zu verlagern, den höchsten Preis, wenn sie es für geeignet halten, zu ermäßigen, und diesen Preis einzunehmen und zu lösen, und an die Käufer besagte Aktien zu überweisen und zu übertragen; selbstverständlich, daß, im Falle eines solchen Verkaufs die Direktoren verpflichtet sein sollen, über den von ihnen eingenommenen Preis Rechnung abzulegen und denen, die ein Recht daran haben, den Ueberfluß auszugeben, welcher in ihren Händen bleiben soll, bis die Kosten für die Anzeige und den Verkauf und jede Schuld und Verbindlichkeit, die der Aktionär, dessen Aktien verkauft worden, der Gesellschaft schuldig war oder zu leisten hatte, getridt sind.

§ 38. (Bei Klagen brauchen keine besonderen Klagepunkte angegeben zu werden.)

Und es sei verfügt, daß es bei jedem von der Gesellschaft gegen einen Aktionär angebrachten Rechtshandel oder Klage, um sei für eine Einzahlung schuldige Geld einzufordern, nicht nothwendig ist, einen besondern Klagepunkt anzugeben, sondern es soll für die Gesellschaft hinreichend sein, zu behaupten, daß der Verklagte Besitzer einer oder mehrerer Aktien an der Gesellschaft (mit Angabe der Anzahl der Aktien) und der Gesellschaft verschuldet ist für eine Geldsumme, auf welche sich die rückständigen Einzahlungen belaufen mögen, hinsichtlich einer oder mehrerer Einzahlungen auf eine oder mehrere Aktien (mit Angabe der Zahl und des Betrages jeder solcher Einzahlung oder Einzahlungen), wodurch für die Gesellschaft eine Klage entstanden ist kraft dieser Akt; und bei der Untersuchung oder dem Verhör einer solchen Klage soll es hinlänglich sein, zu beweisen, daß der Verklagte zu der Zeit, als die Einzahlung angeschrieben ward, Besitzer einer oder mehrerer Aktien an der Gesellschaft war, zu welchem Zwecke die Verlage des Verzeichnisses der Aktionäre als erster Hauptbeweis gelten soll, auch daß eine solche Einzahlung wirklich angeschrieben und die Anzeige hiervon gemacht worden, wie es durch diese Akt bestimmt ist; und darauf soll die Gesellschaft ermächtigt sein, das zurückzufordern, was für solche Einzahlung nebst den Zinsen für dieselbe verschuldet ist, ausgenommen, wenn es scheinen sollte, daß entweder eine solche Einzahlung den vorgenannten festgestellten Betrag überschreitet, oder die schuldige Anzeige einer solchen Einzahlung nicht gemacht worden oder die vorgenannte vorgeschriebene Zwischenfrist zwischen den auf einander folgenden Einzahlungen nicht verstrichen ist.

§ 39. (Die Direktoren können Aktien zum Vortheil der Gesellschaft kaufen.) Und es sei verfügt, daß es gesetzlich für die Direktoren sein und in ihrer Ermächtigung liegen soll, zum Vortheil der Gesellschaft alle Aktien an der Gesellschaft, die ihnen durch Privathandel angeboten werden oder dem öffentlichen Verfauf übergeben sein mögen, entweder selbst oder durch andere zu kaufen, nach den Bestimmungen der in dieser Akt festgestellten Vorkehrungen, zu solchem Preise, wie sie es für die Gesellschaft für vortheilhaft erachten, welche auf solche Weise gekaufte Aktien im Namen der Gesellschaft oder eines solchen Bevollmächtigten oder solcher Bevollmächtigten, wie sie die Direktoren für geeignet halten, befehlen sein sollen; und die Direktoren sollen ermächtigt sein, in dieser Weise gekaufte Aktien zu verkaufen und zu übertragen, mit denselben Erfolge in allen Beziehungen, wie ein Aktionär seine Aktien verkaufen und übertragen mag oder kann.

§ 40. (Anlage des Kapitals.) Und es sei verfügt, daß das gezeichnete Kapital und andere Fonds oder anderes Eigenthum, das sich zur Zeit in den Händen der Gesellschaft befindet, so weit dasselbe zur Befriedigung der unmittelbaren Ansprüche an die Gesellschaft oder zu den Ausgaben derselben nicht erforderlich sein sollte, ausgeliehen und angelegt werde in öffentlichen oder Staatspapieren von Großbritannien oder Irland, oder in Fellen- oder in Schatz-Bills, India Bonds, oder in India-Stocks oder Stocks der Bank von England, oder auf erbliche Sicherheiten oder unzuverlässige persönliche Sicherheit, vorbehaltend, daß, wenn die Sicherheit eine persönliche ist, die Uebereinstimmung der Majorität der Direktoren zur Genehmigung der Anlegung nothwendig sein muß, oder bei dem Kauf von erblichem Eigenthum oder Leihrenten, oder bei der Verpfändung von Lebenspolicen der Gesellschaft oder irgend einer anderen Versicherungsgesellschaft; und die Direktoren mögen, wenn sie es für geeignet halten, über alle auf solche Weise ausgeliehenen und angelegten Fonds oder Eigenthum verfügen, sie einziehen oder auf andere Weise in Geld umsetzen, und das hieraus gekelte Geld wiederum ausleihen oder anlegen, wie oben bestimmt und genehmigt worden; und so von Zeit zu Zeit, wie es die Gelegenheit erfordern mag: Vorbehalten stets, daß die Direktoren ermächtigt sein sollen, eine solche Summe, wie sie dieselbe zur Führung der laufenden Geschäfte der Gesellschaft für geeignet erachten, zurückzubehalten, welche für diesen Zweck reservirte Summe in eine Bank oder ein Bauhaus, das die Direktoren bestimmen mögen, niedergelegt werden und auf laufende Rechnung im Namen der Gesellschaft niedergelegt sein und damit operirt werden soll von dem Verwalter oder solchem Beamten der Gesellschaft, den die Direktoren bestellen mögen: jede Tratte soll nicht nur von solchen Beamten der Gesellschaft gezeichnet, sondern auch von dem Buchhalter gegengezeichnet sein, und der Bankier darf dieselbe nicht auszahlen, wenn sie nicht auf diese Weise gezeichnet und gegengezeichnet ist.

(General-Versammlungen.) Und mit Bezug auf die General-Versammlungen der Gesellschaft und die Ausübung des Stimmrechts von Seiten der Aktionäre sei verfügt, wie folgt:

§ 41. (Gewöhnliche Versammlungen sollen jährlich gehalten werden.) Es soll eine bestimmte General-Versammlung der Aktionäre der Gesellschaft am zweiten Freitag des Juni in jedem Jahre stattfinden, welche Versammlung die „Gewöhnliche jährliche Versammlung der Gesellschaft“ genannt werden soll, und alle Versammlungen, ob gewöhnliche oder außerordentliche, sollen in Aberdeen, in irgend einem Pölsale, welches die Direktoren bestimmen mögen, abgehalten werden.

§ 42. (Geschäfte bei den gewöhnlichen Versammlungen.) Keine Angelegenheit, angenommen solche, wie sie durch diese Akt für die gewöhnliche jährliche Versammlung bestimmt sind, sollen in einer solchen Versammlung verhandelt werden, wenn nicht eine besondere Anzeige in der eine solche Versammlung betreffenden Anündigung gemacht worden ist.

§ 43. (Außerordentliche Versammlungen.) Jede General-Versammlung der Aktionäre, eine andere, als die gewöhnliche jährliche Versammlung, soll eine „Außerordentliche Versammlung“ heißen; und solche Versammlungen mögen von den Direktoren zu allen Zeiten, wenn sie es für geeignet halten, einberufen werden.

§ 44. (Geschäfte bei den außerordentlichen Versammlungen.) Keine außerordentliche Versammlung darf sich mit Geschäften befassen, die nicht in der Anzeige angegeben sind, durch welche die Versammlung einberufen worden ist.

§ 45. (Das Einberufen außerordentlicher Versammlungen kann von den Aktionären gefordert werden.) Es soll gesetzlich sein für drei Direktoren oder für irgend eine Anzahl von Aktionären, die zusammen nicht weniger als ein Drittel des Kapitals der Gesellschaft repräsentieren, durch eigenhändige Schreiben jeder Zeit den Verwalter, Sekretär oder einen anderen Beamten aufzufordern, eine außerordentliche Versammlung der Gesellschaft einzuberufen; und eine solche Aufforderung muß vollständig den Gegenstand für die Versammlung, deren Einberufung gefordert wird, enthalten, und soll im Bureau der Gesellschaft hinterlegt werden; und nach Empfang solcher Aufforderung soll der Verwalter oder Sekretär unverzüglich eine Versammlung der Aktionäre einberufen; und wenn innerhalb einundzwanzig Tagen nach solcher Aufforderung der Verwalter oder Sekretär solche Versammlung einzuberufen unterläßt, so dürfen die Aufforderer, berechtigt wie vorher gesagt, eine solche Versammlung einberufen, nachdem sie vierzehn Tage zuvor eine öffentliche Anzeige hiervon gemacht.

§ 46. (Ankündigung der Versammlungen.) Alle Versammlungen, ob gewöhnliche oder außerordentliche, müssen wenigstens vierzehn Tage zuvor durch eine Ankündigung, welche den Ort, den Tag und die Stunde der Versammlung genau angeben muß, angezeigt werden; und jede Anzeige einer außerordentlichen Versammlung oder der gewöhnlichen jährlichen Versammlung soll, wenn andere, als die für dieselbe hierdurch bestimmten Geschäfte verhandelt werden sollen, den Zweck namhaft machen, zu welchem die Versammlung zusammenberufen ist, und die Anzeige oder Ankündigung einer solchen außerordentlichen Versammlung soll mittheilen, ob die Versammlung von oder auf Anfordern von drei Direktoren oder Aktionären, hierzu berechtigt, wie vorher gesagt, einberufen worden ist.

§ 47. (Bestimmte Anzahl für eine General-Versammlung.) Um eine General-Versammlung (ob gewöhnliche oder außerordentliche) zu konstituieren, soll entweder persönlich oder durch Betretung eine Anzahl von Aktionären gegenwärtig sein, die nicht weniger als zweitausend Aktien an der Gesellschaft besitzen; und wenn innerhalb einer Stunde von der Zeit an, die für solche Versammlung angesetzt war, die besagte Anzahl nicht gegenwärtig ist, so sollen in solcher Versammlung keine anderen Geschäfte verhandelt werden, als die Deklaration einer Dividende, im Fall dies einer der Gegenstände der Versammlung sein sollte, doch soll solche Versammlung, ausgenommen, daß es eine Versammlung für die Wahl der Direktoren wäre, wie hierin hernach erwähnt ist, sich vertagen können, ohne hierfür einen bestimmten Tag anzugeben.

§ 48. (Der Vorsitzende bei der General-Versammlung.) Bei jeder Versammlung der Gesellschaft soll der Vorsitzende des General-Direktoriums der Gesellschaft zu Abarbeiten, oder in seiner Abwesenheit einer der Direktoren der Gesellschaft, zu diesem Zwecke von der Versammlung erwählt, oder, in Abwesenheit des Vorsitzenden und aller Direktoren, irgend ein Aktionär zu diesem Zwecke von der Majorität der in solcher Versammlung gegenwärtigen Aktionäre gewählt, als Vorsitzender präsidieren.

§ 49. (Geschäfte in den Versammlungen und vertagten Versammlungen.) Die in einer solchen Versammlung anwesenden Aktionäre sollen zur Ausübung der Rechte der Gesellschaft befugt sein, mit Bezug auf die Angelegenheiten, für welche solche Versammlung zusammenberufen worden ist, und nur für diese; und solche Versammlung mag sich von einer Zeit auf die andere und von einem Plage zum anderen vertagen; doch sollen in einer vertagten Versammlung keine anderen Geschäfte verhandelt werden, als diejenigen, welche in der Versammlung unentgeltlich blieben, von welcher aus eine solche Vertagung statthatte.

§ 50. (Scala der Abstimmung.) Bei allen General-Versammlungen der Gesellschaft soll jeder Aktionär zu stimmen berechtigt sein nach Verhältniß der Zahl der Aktien, die er respektive besitzt, indem jede Aktie für eine Stimme gerechnet wird: Vorbehalten stets, daß kein Aktionär in irgend einer Versammlung zu stimmen berechtigt sein soll, wenn er nicht alle Einzahlungen, damals zahlbar auf die von ihm besessenen Aktien, gezahlt hat.

§ 51. (Art und Weise des Stimmgebens.) Die Stimmen können entweder persönlich gegeben werden oder durch Stellvertreter, die Aktionäre und bevollmächtigt sind durch ein in der Form des dieser Art beizugebenden Schemas (D) oder in einer beliebigen Form verfaßtes Schreiben, eigenhändig unterzeichnet von dem Aktionär, der solchen Vertreter ernannt, oder, wenn solcher Aktionär eine Korporation ist, dann mit dem gemeinschaftlichen Siegel derselben versehen, und jeder Vorschlag in jeder solchen Versammlung soll durch die Majorität der Stimmen der gegenwärtigen Personen, mit Einschluß der Vertreter, entschieden werden, wobei der Vorsitzende der Versammlung nicht nur als Vorsteher und Stellvertreter zu stimmen berechtigt sein, sondern, wenn eine Gleichheit der Stimmen vorhanden ist, eine entscheidende Stimme haben soll.

§ 52. (Bestimmungen bezüglich der Stellvertreter.) Keine Person soll als Stellvertreter zu stimmen berechtigt sein, wenn nicht das Instrument, das ihn zum Stellvertreter bestellt, wenigstens achtundvierzig Stunden vor der Zeit, die zur Abhaltung der Versammlung, in welcher solche Stellvertretung ausgeübt werden soll, angezeigt war, dem Verwalter oder Sekretär der Gesellschaft eingehändigt worden ist.

§ 53. (Stimmabgeben vereinigter Aktionäre.) In jedem Falle, wo Aktien der Gesellschaft von Interperten oder nicht interpretierten Gesellschaften besessen werden, soll nur einer der Beamten oder ein

Theilhaber solcher Gesellschaft oder sein Stellvertreter zu stimmen und zu handeln berechtigt sein, indem der Name eines solchen Beamten oder Theilhabers in die Bücher der „Nordischen Versicherungs-Gesellschaft“ eingetragen wird; und wenn verschiedene Personen zusammen zu einer Aktie berechtigt sind, so soll die Person, deren Name zuerst im Verzeichniß der Aktionäre als einer der Besitzer solcher Aktie steht, mit Bezug auf das Stimmen in irgend einer Versammlung als der alleinige Besitzer derselben angesehen werden; und bei allen Gelegenheiten soll die Stimme eines solchen zuerst genannten Aktionärs, ob in Person oder durch Stellvertretung, als die Stimme hinsichtlich solcher Aktie anerkannt werden, ohne den Nachweis der Uebereinstimmung von Seiten der anderen Besitzer derselben.

§ 54. (Stimmabgeben der Mondsüchtigen, Minderjährigen u. s. w.) Wenn ein Aktionär eine mondsüchtige, blödsinnige, schwachsöpfige oder verrückte Person ist, so mag solcher Mondsüchtige oder Blödsinnige, Schwachsöpfige oder Verrückte durch seinen Pfleger, Kurator oder Vormund oder durch eine andere, zur Verwaltung seines Vermögens bestellte Person stimmen; und wenn irgend ein Aktionär ein Minderjähriger ist, so mögen seine Pfleger oder Kuratoren, oder irgend einer von ihnen stimmen; und jede Stimme soll entweder persönlich oder durch Stellvertretung abgegeben werden.

§ 55. (Der Nachweis einer besonderen Majorität ist nur erforderlich, im Fall eine Zählung der Stimmen verlangt wird.) Zu jeder Zeit, wenn die Zustimmung einer besonderen Stimmenmehrheit in irgend einer Versammlung der Gesellschaft gefordert wird, um irgend ein Verfahren der Gesellschaft zu bestätigen, so soll solche besondere Stimmenmehrheit nur dadurch nachgewiesen zu werden nöthig sein, daß in solcher Versammlung genaue Zählung der Stimmen verlangt wird; und wird solche Stimmzählung nicht gefordert, dann soll eine Erklärung von dem Vorsitzenden, daß der ein solches Verfahren genehmigende Beschluß erlangt worden ist, ein Eintragen zu diesem Zwecke in die Protokolle der Gesellschaft eine hinreichende Genehmigung für solches Verfahren sein, ohne Nachweis der Zahl oder des Verhältnisses der zu Gunsten oder gegen dasselbe registrirten Stimmen.

§ 56. (Abstimmen bei der Wahl eines Komitès der Gewinnantheil habenden Policen-Besitzer.) Bei der Wahl eines Komitès, um mit den Direktoren zu sigen und zu stimmen in allen Angelegenheiten, welche die Anlage und Verwaltung der Fonds des gegenseitigen Versicherungs-Geschäftszweiges der Gesellschaft betreffen, wie hierin vorher vorgesehen ist, sollen alle nach diesem gegenseitigen Versicherungs-System versicherten Personen zu stimmen berechtigt sein (persönlich oder durch einen Stellvertreter, der ebenfalls nach diesem System versichert ist) nach Verhältnis der von ihnen resp. versicherten Summen, wobei jede versicherten einhundert Pfund als eine Stimme zählen.

(Aufstellung der Direktoren.) Und mit Bezug auf die Anstellung der Direktoren sei verfährt, wie folgt:

§ 57. (Zahl und Qualifikationen der Direktoren.) Die Zahl der Direktoren, die das General-Direktorium der Gesellschaft zu Aberdeen bilden, soll sieben sein, und die Zahl der Direktoren, aus denen jedes Lokal-Direktorium bestehen soll (an Plätzen, wo bereits Agenturen mit Lokal-Bureau bestehen, oder nachmals von der Gesellschaft errichtet werden mögen) soll sieben sein; und die Qualifikation eines Direktors, ob Mitglied des General-Direktoriums zu Aberdeen oder eines Lokal-Direktoriums, soll in dem eigenthümlichen Besitze von fünfzig Aktien an der Gesellschaft bestehen: Vorbehalten stets, daß es für die Gesellschaft gesetzlich sein soll, von Zeit zu Zeit in irgend einer General-Versammlung, nach der zu diesem Zwecke schuldigen Anzeige, die Zahl der Direktoren, entweder die des Generaldirektoriums zu Aberdeen oder irgend eines Lokaldirektoriums zu vermehren oder zu vermindern, vorbehalten, daß die vermehrte Zahl für das Generaldirektorium zu Aberdeen nicht elf überschreitet, und die verminderte Zahl nicht weniger als fünf ist, und daß die vermehrte Zahl für irgend ein Lokaldirektorium nicht über neun geht, und die verminderte Zahl nicht weniger als drei ist; und bei allen Versammlungen der Direktoren, ob des Generaldirektoriums zu Aberdeen oder irgend eines Lokaldirektoriums, sollen drei eine beschlußfähige Zahl bilden.

§ 58. (Wahl der Direktoren.) Die gegenwärtig im Ante befindlichen Direktoren, ob sie das Generaldirektorium zu Aberdeen oder irgend ein Lokaldirektorium bilden, oder die, welche beim Durchgehen dieser Aktie im Ante sein sollten, sollen bis zur ersten gewöhnlichen jährlichen Versammlung, die am zweiten Freitag des Juni nach dem Durchgehen dieser Aktie gehalten wird, im Ante bleiben, und in solcher Versammlung mögen die persönlich oder durch Stellvertretung gegenwärtigen Aktionäre, die gegenwärtig im Ante befindlichen Direktoren, ob sie das Generaldirektorium zu Aberdeen oder ein Lokaldirektorium bilden, oder eine Anzahl von ihnen entweder im Ante lassen oder ein neues Generaldirektorium und ferner neue Lokaldirektorien für alle Plätze, wo bereits Lokalbureau sind oder nachmals errichtet werden möchten, oder Direktoren wählen, um die Stellen derer zu ersetzen, die nicht im Ante bleiben, wobei dann die im Ante bleibenden Direktoren wieder wählbar sind; und bei der gewöhnlichen jährlichen Versammlung, die nachmals jedes Jahr abgehalten wird, sollen sich die Direktoren, ob Mitglieder des Generaldirektoriums zu Aberdeen oder der Lokaldirektorien, in gleicher Weise vom Ante zurückziehen, und die entweder persönlich oder durch Vertretung gegenwärtigen Aktionäre sollen in gleicher Weise zur Ersetzung ihrer Stellen Personen wählen, und die sich auf diese Weise von dem jährlichen Ante

zurückziehenden Personen sollen stets wieder wählbar sein, vorausgesetzt, daß sie immer noch die nöthigen Qualifikationen besitzen.

§ 59. (Die vorhandenen Direktoren bleiben im Amte beim Wähligen der für die Wahl der Direktoren angesetztten Versammlung.) Wenn bei einer Versammlung, in welcher die Wahl der Direktoren statthaben soll, die vorhergenannte Anzahl innerhalb einer Stunde von der Zeit an, welche für die Versammlung angesetzt war, nicht gegenwärtig sein sollte, so soll die Direktoren-Wahl nicht stattfinden, doch soll sich solche Versammlung sofort auf den folgenden Tag zu derselben Zeit und für denselben Platz verlagern; und wenn bei einer auf diese Weise verlagerten Versammlung die vorgeschriebene Anzahl innerhalb einer Stunde von der Zeit an, welche für die Versammlung angesetzt war, nicht gegenwärtig sein sollte, so sollen die vorhandenen Direktoren, sowohl die, welche das Generaldirektorium zu Aberdeen bilden, wie auch die der Lokaldirektorien, als für wiedergewählt angesehen werden, und sie sollen fortfahren zu handeln und ihre Ermächtigungen beizubehalten, bis in der ersten gewöhnlichen jährlichen Versammlung des folgenden Jahres neue Direktoren bestellt werden.

§ 60. (Nicht Qualifikation der Direktoren.) Keine Person, die bei der Gesellschaft ein Amt hat oder eine Stellung, die entweder nur Sache des Vertrauens ist oder Gewinn abwirft, oder bei irgend einem Vertrage mit der Gesellschaft theilhaftig ist, soll befähigt sein, zuzugehen zu sein oder mitzustimmen in irgend einer Angelegenheit, die sich auf solches Amt oder solche Stellung des Vertrauens oder des Nutzens oder auf solchen Vertrag bezieht.

§ 61. (Fälle, in welchen das Amt des Direktors vakant werden kann.) Wenn einer der Direktoren, ob Mitglied des Generaldirektoriums zu Aberdeen oder irgend eines der Lokaldirektorien, zu irgend einer Zeit nach seiner Wahl diese anzunehmen sich weigern, oder, nachdem er sie angenommen, resigniren, oder notorisch bankrott werden oder ausführen sollte, fünzig Aktien an der Gesellschaft zu besitzen, so soll das Amt eines solchen Direktors, in jedem der vorgenannten Fälle, vakant werden, und er soll sofort aufhören, als Direktor zu stimmen oder zu handeln.

§ 62. (Ergänzung zufälliger Vakanten in dem Amte eines Direktors.) Wenn ein Direktor stirbt oder resignirt, oder nicht mehr die Qualifikation hat oder unfähig wird als Direktor zu handeln, oder wenn er durch irgend eine andere Ursache, als den gewöhnlichen Amtswechsel, wie vorher gesagt, aufhören sollte, Direktor zu sein, so mögen die übrigen Direktoren, die das Generaldirektorium zu Aberdeen bilden, wenn sie es für angemessen erachten, statt seiner irgend einen andern Aktionär, der zum Direktor gehörig qualifizirt ist, wählen; und der solchergestalt zur Ergänzung solcher Vakanz gewählte Aktionär soll nur bis zur nächsten gewöhnlichen jährlichen Versammlung im Amte als Direktor bleiben.

(Ermächtigungen der Direktoren.) Und mit Bezug auf die Ermächtigungen der Direktoren und die Ermächtigungen der Gesellschaft, die nur in den Generalversammlungen auszuüben sind, sei verfügt, wie folgt:

§ 63. (Ermächtigungen der Gesellschaft, die von den Direktoren zu Aberdeen ausgeübt werden, und ausgeübt werden in Uebereinstimmung mit dieser Akte.) Die Direktoren, die das Generaldirektorium zu Aberdeen bilden, sollen die allgemeine Verwaltung und Aufsicht über die Angelegenheiten der Gesellschaft haben, und sie mögen in geschickter Weise alle Ermächtigungen der Gesellschaft ausüben, mit Ausnahme aller derjenigen Dinge, die durch diese Akte als solche bezeichnen sind, welche in einer General-Versammlung der Gesellschaft verhandelt werden sollen; sie sollen die Ermächtigung haben, Verwalter, Sekretäre, Agenten und andere Beamte zu ernennen, deren Gehalt und Emolumente zu bestimmen, und sie aus ihren resp. Ämtern zu entfernen, wenn sie es für nöthig halten, auch ferner die Ermächtigung, jede Person, welche beim Durchgehen dieser Akte irgend eine Beschäftigung hat, im Amte zu lassen, wie vorher gesagt; doch sollen alle diese Ermächtigungen in Uebereinstimmung mit und unterworfen den Verwahrungen dieser Akte ausgeübt werden, und die Ausübung aller solcher Ermächtigungen soll ferner der Kontrolle und Brüstung jeder General-Versammlung, für diesen Zweck speciell zusammenberufen, unterworfen sein, jedoch nicht in so weit, als irgend eine von den Direktoren angeführte Handlung ungültig erklärt werde, bevor von solcher General-Versammlung irgend ein Beschluß angenommen worden ist.

§ 64. (Ermächtigung der Direktoren, die Lokaldirektorien bilden.) Die Direktoren, welche die Lokaldirektorien bilden, sollen die Verwaltung und Aufsicht über die Gesellschafts-Angelegenheiten in ihren respectiven Bezirken, die von dem Generaldirektorium zu Aberdeen bestimmt sein sollen, haben; insbesondere soll ihnen die Ermächtigung zustehen, Versicherungs-Polizen in hierin vorgesehener Weise zu unterzeichnen und auszugeben und (mit Uebereinstimmung des Generaldirektoriums zu Aberdeen) Verwalter, Sekretäre und andere Beamte zur Leitung der Geschäfte der Gesellschaft in die respectiven Ämter solcher Lokalbureauz einzusetzen, Gehalt und Emolumente solcher Beamten zu bestimmen und sie aus ihren Ämtern zu entfernen, wenn sie es für nöthig halten.

§ 65. (Gewisse Ermächtigungen, die von den Direktoren nicht ausgeübt werden.) Die folgenden Ermächtigungen der Gesellschaft, (das heißt) die Wahl und Absetzung der Direktoren, ob sie das Generaldirektorium zu Aberdeen oder irgend eins der Lokaldirektorien bilden, ausgenommen die Fälle, die hierin vorher erwähnt sind, und die Vermehrung oder Verminderung der Zahl derselben, die Bestimmung hinsichtlich

der Remuneration der Direktoren, ob sie das Generaldirektorium zu Aberdeen oder irgend eins der Lokaldirektorien bilden, die Bestimmung bezüglich der Vernehrung des Kapitals und die Deklaration der Dividenden, sollen nur in einer General-Versammlung der Gesellschaft ausgestellt werden.

(Verfahren der Direktoren.) Und mit Bezug auf das Verfahren und die Verbindlichkeiten der Direktoren sei verfügt, wie folgt:

§ 66. (Versammlungen der Direktoren.) Die Direktoren, ob sie das Generaldirektorium zu Aberdeen oder irgend eins der Lokaldirektorien bilden, sollen zu solchen Zeiten und an solchen Plätzen, wie sie für diesen Zweck bestimmen, Versammlungen halten, und sie mögen sich von Zeit zu Zeit versammeln und vertragen, wie sie es für geeignet halten; und um eine Versammlung der Direktoren zu konstituieren, sollen wenigstens drei von ihnen gegenwärtig sein; und alle Fragen in solcher Versammlung sollen durch Stimmmehrheit der anwesenden Direktoren entschieden werden; und im Falle einer Gleichheit der Stimmen soll der Vorsitzende eine entscheidende Stimme haben, nachträglich zu seiner Stimme, als einer der Direktoren.

§ 67. (Der permanente Vorsitzende der Direktoren.) Bei der ersten Versammlung des Generaldirektoriums zu Aberdeen und jedes Lokaldirektoriums, gehalten nach jeder jährlichen Anstellung der Direktoren, sollen die in solcher Versammlung gegenwärtigen Direktoren aus ihrer Zahl einen wählen, der als Vorsitzender eines jeden solchen Bureau respektive für das Jahr zu handeln hat, welches auf die Wahl folgt; und wenn der Vorsitzende irgend eines Bureau stirbt oder resignirt, oder aufhört Direktor zu sein, oder auf andere Weise nicht mehr qualifizirt ist zu handeln, so sollen die ein solches Bureau bildenden Direktoren einen anderen der solches Bureau bildenden Direktoren zur Ergänzung der Bilanz wählen, und der auf solche Weise gewählte Vorsitzende, wie zuletzt bemerkert, soll nur so lange im Amte bleiben, wie die Person, an deren Stelle er solchergestalt gewählt worden, zu bleiben berechtigt gewesen, wenn solcher Todesfall, solche Resignation, Absetzung oder Nicht-Qualifikation sich nicht ereignet hätte.

§ 68. (Zufälliger Vorsitzender der Direktoren.) Wenn in irgend einer Versammlung der Direktoren, ob des Generaldirektoriums oder der Lokaldirektorien, der Vorsitzende solches Direktoriums nicht gegenwärtig sein sollte, so sollen die anwesenden Direktoren aus ihrer Mitte einen als Vorsitzenden solcher Versammlung wählen.

§ 69. (Ausschüsse der Direktoren und ihre Ermächtigungen.) Es soll für die Direktoren, ob sie das Generaldirektorium zu Aberdeen oder irgend eins der Lokaldirektorien bilden, gesetzlich sein, in irgend einer ihrer Versammlungen durch irgend einen Beschluß oder Beschlässe einen oder mehrere Ausschüsse, aus solcher Anzahl von Direktoren bestehend, wie sie es für geeignet halten, zu bestellen; und sie mögen solchen respektiven Ausschüssen Ermächtigungen zum Vortheil der Gesellschaft ertheilen, um alle Handlungen, welche sich auf die Angelegenheiten der Gesellschaft beziehen und die sie gesetzlich ansähen dürfen, zu vollziehen, und mit solcher Ermächtigung mögen sie dieselben von Zeit zu Zeit, wie sie es für geeignet halten, versehen.

§ 70. (Versammlungen der Ausschüsse.) Die besagten Ausschüsse mögen sich, um die mit ihrer Einsetzung verbundenen Zwecke auszuführen, von Zeit zu Zeit versammeln und von einem Orte zum andern vertragen, wie sie es für geeignet halten, und kein solcher Ausschuss soll die ihm anvertraute Ermächtigung ausüben, ausgenommen in einer Versammlung, in welcher eine beschlußfähige Anzahl, bestehend aus der Mehrheit eines solchen Ausschusses, gegenwärtig ist.

§ 71. (Die Verhandlungen sind in ein Buch einzutragen und gelten als Beweis.) Die Direktoren, ob sie das Generaldirektorium oder Lokaldirektorien bilden, sollen genaue Protokolle oder Abschriften, wie es der Fall erfordern mag, über alle von ihnen getroffenen Anordnungen, über die Maßregeln und Verhandlungen aller Versammlungen der Gesellschaft und der Direktoren und der Ausschüsse der Direktoren in die zu diesem Zwecke von Zeit zu Zeit angeschafften Bücher gehörig eintragen lassen, und jede solche Eintragung soll von dem Vorsitzenden solcher Versammlung unterzeichnet sein, und solche, auf diese Weise unterzeichnete Eintragung soll bei allen Gerichten und vor allen Richtern und anderen als Beweis gelten, ohne nachzuweisen, daß solche respektive Versammlungen gehörig einberufen und abgehalten worden, oder daß die Personen, die solche Maßregeln oder Verhandlungen veranlaßten oder einführten, Aktionäre oder Direktoren oder respektive Ausschussmitglieder seien, oder daß es die Unterschrift des Vorsitzenden sei oder daß er thatsächlich Vorsitzender gewesen, welche also zuletzt erwähnten Dinge angenommen werden sollen, bis das Gegentheil erwiesen ist.

§ 72. (Formfehler bei Anstellung der Direktoren machen die Verhandlungen nicht ungültig.) Alle, von einer Versammlung der Direktoren, ob sie das Generaldirektorium oder Lokaldirektorien bilden, oder von einem Ausschusse der Direktoren oder von irgend einer als Direktor fungirenden Person vollzogenen Handlungen sollen, auch wenn sich nachmals ergeben sollte, daß irgend ein Fehler bei der Anstellung solcher Direktoren oder solcher, wie vorher bemerkt, fungirenden Personen vorgefallen, oder daß sie oder einer von ihnen nicht qualifizirt seien oder wären, eben so gültig sein, als wenn solche Personen gehörig angestellt oder als Direktor qualifizirt gewesen.

§ 73. (Die Direktoren sind nicht persönlich verpflichtet.) Die Direktoren, die das Genera-

oder ein Lokaldirektorium bilden, sollen nicht für die Mangelhaftigkeit oder die Unzulänglichkeit, weber dem Berthe noch dem Rechtsanspruch nach, der Sicherheiten oder Besichtigungen, auf welche sie die Fonds der Gesellschaft angelegt haben, oder für die Handlungen und Zulassungen des Verwalters, Sekretairs, der Agenten oder anderer Beamten der Gesellschaft, oder für irgend eine andere Person, der Gelder oder Geschäfte der Gesellschaft anvertraut sind, verbindlich sein, auch sollen sie nicht solidarisch oder für das, was der eine oder der andere zugelassen hat, haften, auch soll kein Direktor, der entweder bei einem Vertrage oder einem anderen Instrument zum Vortheil der Gesellschaft Partei oder Vollstrecker in seiner Eigenschaft als Direktor ist, oder auf eine andere Weise irgend eine der den Direktoren zugewiesenen Ermächtigungen gesetzlich ausübt, der gerichtlichen Klage oder Verfolgung von irgend einer Person, welche sie auch sein mag, unterworfen sein; und die Personen oder Älter oder Besichtigungen der Direktoren sollen keiner Exekution in irgend einem gesetzlichen Prozesse auf Grund irgend eines Vertrages oder anderen Instrumentes, auf das sie sich eingelassen, das sie unterzeichnet oder ausgeführt haben, oder auf Grund irgend eines gesetzlichen Aktes, der von ihnen in Ausübung ihrer Ermächtigungen als Direktoren vollzogen worden, ausgelegt sein; und die Direktoren, (Schadloshaltung der Direktoren) ob sie das Generaldirektorium oder Lokaldirektorien bilden, ihre Erben, Vollstrecker und Verwalter sollen aus dem Kapital der Gesellschaft schadlos gehalten werden für alle von ihnen geleisteten Zahlungen oder für jede Verbindlichkeit, die in Bezug auf alle von ihnen vollzogenen Handlungen erwächst, und für alle Verluste, Kosten und Beschädigungen, die in Ausübung der ihnen zugestandenen Ermächtigungen erwachsen mögen; und die zeitigen Direktoren der Gesellschaft mögen die vorhandenen Fonds und Kapitalien der Gesellschaft zum Zwecke solcher Schadloshaltung verwenden, und, wenn es für diesen Zweck notwendig ist, Einzahlungen des noch unbezahlt gebliebenen Kapitals, im Falle solches vorhanden, aus schreiben.

§ 74. (Kontroleur.) Und fernermal die Direktoren einen Kontroleur angestellt haben, um Kontrolle über die Rechnungen der Gesellschaft zu führen und die jährlichen und anderen periodischen Untersuchungen der Angelegenheiten der Gesellschaft zu beaufsichtigen: So sei zu diesem Zwecke verfügt, daß besagter Kontroleur bis zu der ersten Versammlung des Generaldirektoriums zu Aberdeen, nach der ersten jährlichen Austellung desselben, nachdem diese Akte durchgegangen, die Pflichten besagten Amtes ausüben soll, in welcher Versammlung die Direktoren einen Kontroleur für das folgende Jahr wählen sollen, und bei der ersten Versammlung der Direktoren, nach jeder stattgehabten jährlichen Austellung derselben, sollen sie einen Kontroleur wählen, und jeder, auf solche Weise gewählte Kontroleur soll in seinem Amte bleiben, bis an seine Stelle ein anderer erwählt worden ist; und im Falle irgend eine Bilanz in besagter Stelle durch Tod, freiwilligen Rücktritt oder Abfertigung von Seiten der Direktoren eintritt, sollen die Direktoren irgend eine andere Person als Kontroleur für besagten Zweck wählen, um bis zur ersten gewöhnlichen jährlichen Versammlung nachmals das Amt zu führen.

§ 75. (Verantwortlichkeit der Beamten.) Und es sei verfügt, daß die Klauseln oder Bestimmungen der Akte (1845), welche die Klauseln der Gesellschaft für Schottland feststellt, mit Bezug auf die Verantwortlichkeit der Beamten der Gesellschaft, von Klausel 113 bis Klausel 117, beide Klauseln eingeschlossen, dieser Akte einverleibt sein sollen und es hierdurch sind.

(Rechnungen.) Und mit Bezug auf die Führung der Rechnungen sei verfügt, wie folgt:

§ 76. Die Direktoren sollen genaue und richtige Rechnung führen über alle Geldsummen, welche sie auf Rechnung der Gesellschaft empfangen oder ausgeben, und über alle Personen, die von oder unter ihnen beschäftigt sind, auch über alle Angelegenheiten und Dinge, für welche sie Geld eingenommen oder ausgelegt und bezahlt haben.

§ 77. (Abschluss der Bücher.) Die Bücher sollen am dreizehnten Tage des April in jedem Jahre oder zu solcher anderen Zeit, wie sie die Direktoren von Zeit zu Zeit bestimmen mögen, abgeschlossen und aus den auf diese Weise abgeschlossenen Büchern eine genaue Bilanz gezogen werden, welche einen vollständigen Bericht über das Grundkapital, über die Aktiva und aller Art Eigentum, das der Gesellschaft gehört, auch über die Passiva geben soll, die zu der Zeit, wo solche Bilanz gemacht ist, auf der Gesellschaft lasten, auch eine genaue Uebersicht des Gewinnes oder Verlustes, die sich aus den Geschäften der Gesellschaft im Laufe des vorhergehenden Jahres ergeben haben mag; und solche Bilanz soll vor der gewöhnlichen jährlichen Versammlung von dem Kontroleur geprüft, vibimirt und unterzeichnet sein, und in dieser Versammlung soll der Vorsitzende, der Verwalter oder Sekretär den wesentlichen Inhalt der Bilanz vorlesen oder darüber berichten.

(Dividenden.) Und mit Bezug auf das Deklariren von Dividenden sei verfügt, wie folgt:

§ 78. Vor jeder gewöhnlichen jährlichen Versammlung, in welcher beabsichtigt wird, eine Dividende zu deklariren, sollen die Direktoren einen Entwurf vorbereiten lassen, welcher den Gewinn der Gesellschaft, wenn solcher vorhanden, für die laufende Periode seit der vorhergehenden gewöhnlichen jährlichen Versammlung, in welcher eine Dividende deklariert ward, darlegt, und welcher denselben oder so viel von demselben, als die Direktoren für den Zweck der Dividende anwendbar halten, verhältnismäßig unter die Aktionäre theilt, den Aktien, die sie respective besitzen, dem hierauf bezahlten Betrage und den Zeiten gemäß, während welcher derselbe bezahlt worden ist, und solcher Entwurf soll in solcher gewöhnlichen jährlichen Versammlung vorgelegt werden, und in solcher Versammlung mag, solchem Entwurfe gemäß, die Deklaration einer Dividende stattfinden.

§ 79. (Das Kapital darf durch Dividenden nicht verringert werden.) Die Gesellschaft darf keine Dividende deklariren, wodurch ihr Grundkapital in irgend einem Grade verringert wird.

§ 80. (Ein Fond für unvorhergesehene Fälle ist zurückzubehalten.) Vorbehalten steht, daß die Direktoren, wenn sie es für geeignet halten, vor der verhältnißmäßigen Vertheilung des Gewinnes, um unter die Aktionäre vertheilt zu werden, von demselben eine solche Summe zurückbehalten mögen, als sie für zweckmäßig erachten, um unvorhergesehenen Fällen zu begegnen, und nur den Ueberschuß mögen sie unter die Aktionäre vertheilen.

§ 81. (Keine Dividende soll gezahlt werden, bis alle Einzahlungen bezahlt sind.) Keine Dividende soll auf irgend eine Aktie gezahlt werden, bis alle Einzahlungen, damals schuldig auf diese oder jede andere Aktie, welche die Person besitzt, der solche Dividende gezahlt werden soll, bezahlt worden sind.

§ 82. (Ueber die Angelegenheiten der Gesellschaft sind periodische Untersuchungen anzustellen.) Und es sei verfügt, daß die Direktoren von Zeit zu Zeit von dem Kontroleur der Gesellschaft oder durch einen von den Direktoren bestellten Aktuar oder Rechnungsführer periodische Untersuchungen über den Zustand der Angelegenheiten der Gesellschaft anstellen lassen sollen, und die erste solcher Untersuchungen, nach dem Durchgehen dieser Akte, soll am dreißigsten Tage des April 1851 stattfinden, und nachmals alle fünf Jahre, oder zu solchen anderen Zeiten, wie sie die Direktoren bestimmen mögen; und der Gewinn, der sich dann sicher heransstellt, soll, wie es die Direktoren festsetzen mögen, verhältnißmäßig vertheilt werden, angenommen stets der Gewinn, welcher sich aus dem gegenseitigen Versicherungsgeschäftszweig der Gesellschaft ergibt, über welchen, wie hierin hernach vorgeesehen, verfügt werden soll.

§ 83. (Ein Theil des Gewinnes aus dem Lebens-Versicherungs-Geschäft gehört den Gewinnantheil habenden Policenbesitzern.) Und mit Bezug auf den gegenseitigen Versicherungsgeschäftszweig der Gesellschaft sei verfügt, daß es in der Ermächtigung der Direktoren und des Ausschusses, der, wie vorher bemerkt, von denen bestellt ist, die nach dem gegenseitigen Versicherungssystem versichert sind, liegen soll, solche Regeln und Bestimmungen von Zeit zu Zeit zu treffen, wie sie dieselben für die Verwaltung und Anhäufung der Fonds, die sich aus diesem Geschäftszweig ergeben, für geeignet halten; und der hieraus sich ergebende Gewinn soll dazu verwendet werden, um entweder den Policen, welche die nach diesem System versicherten Personen besitzen, nachträglich gut geschrieben zu werden, oder, ganz nach ihrem Belieben, die von ihnen zu zahlenden jährlichen Prämien zu vermindern, nach Abzug von zehn Procent von den Prämien, als festgesetzte Remuneration, welche die Gesellschaft für Verwaltung dieses Geschäftszweiges erhalten soll, und als Garantie für diejenigen, welche es vorziehen, sich nach demselben zu versichern, im Fall die Fonds des Geschäftszweiges für diesen Zweck nicht für hinreichend gefunden werden sollten.

§ 84. (Ermächtigung, Nebenverordnungen zu erlassen, um das Benehmen der Beamten der Gesellschaft zu regeln.) Und es sei verfügt, daß es für die Direktoren gesetzlich sei, von Zeit zu Zeit solche Nebenverordnungen, wie sie dieselben für geeignet halten, zu erlassen, um das Benehmen der Beamten und Diener der Gesellschaft zu regeln und um Vorsee für die gehörige Leitung der Angelegenheiten der Gesellschaft in allen nur möglichen Beziehungen zu treffen, auch von Zeit zu Zeit alle solche Nebenverordnungen zu ändern oder aufzuheben, und andere zu erlassen, vorbehaltlich, daß solche Nebenverordnungen nicht mit den Gesetzen in demjenigen Theile des vereinigten Königreichs, wo sie in Wirksamkeit treten sollen, oder mit den Vorherbestimmungen dieser Akte in Widerspruch stehen. Vorbehalten stets, daß solche Nebenverordnungen, Regeln und Bestimmungen in allen Fällen zuerst einer Generalversammlung der Gesellschaft vorgelegt werden, und dann von der Versammlung darüber verfügt werden soll, und während der Zeit und bis auf diese Weise über sie verfügt werden, sollen sie volle Geltung haben und in voller Kraft sein; und solche Nebenverordnungen sollen aufgeschriebenen und ihnen das gemeinschaftliche Siegel der Gesellschaft beigelegt sein; und eine Abschrift solcher Nebenverordnungen soll jedem Beamten und Diener der Gesellschaft, den sie angehen, gegeben werden.

§ 85. (Streitigkeiten werden durch schiedsrichterlichen Spruch geschlichtet.) Und mit Bezug auf die Schlichtung von Streitigkeiten durch schiedsrichterlichen Spruch sei verfügt, daß alle Streitigkeiten, Streitfragen und Differenzen, bezüglich auf die Gesellschaft oder mit derselben in Verbindung stehend, welche sich erheben oder eintreten mögen zwischen einem und dem anderen Theilhaber, oder zwischen der Gesellschaft und den Direktoren, oder zwischen den Direktoren und einem von ihnen besonders, oder zwischen den Direktoren oder Theilhabern und irgend einem Policen-Besitzer oder irgend einer anderen Person oder Personen, welche sie auch immer sein mögen, durch schiedsrichterlichen Spruch geschlichtet werden sollen in der Weise, wie in der vorher erwähnten Akte (1845), welche die Klauseln der Gesellschaften für Schottland feststellt, vorgeesehen ist.

(Anzeigen.) Und mit Bezug auf das Befolgen von Anzeigen sei verfügt, wie folgt:
§ 86. (Befolgung von Anzeigen in Bezug auf die Gesellschaft.) Alle Anforderungen oder Anzeigen, oder irgend eine Verabredung oder andere gerichtliche Verhandlung, die in Bezug auf die Gesellschaft erlassen zu werden nöthig ist, mag an dieselbe erlassen werden, indem sie persönlich dem Sekretär oder Verwalter übergeben oder für ihn im Hauptbureau der Gesellschaft in Aberdeen hinterlassen wird, oder im Falle der Sekretär oder Verwalter nicht zugegen sein sollte, dann mag sie einem der Direktoren, die das Generaldirektorium der Gesellschaft zu Aberdeen bilden, eingehändigt werden.

§ 87. (Befolgung von Anzeigen Seitens der Gesellschaft an die Aktionäre.) Anzeigen, die in Bezug auf die Aktionäre von Seiten der Gesellschaft erlassen zu werden nöthig sind, mögen von derselben, wenn die persönliche Verhandlung nicht ausdrücklich erfordert wird, durch Uebergabe an die Post erlassen werden,

gerichtet an die aufgekennzeichnete oder eine andere bekannte Adresse des Aktionärs, innerhalb solcher Zeit, als anzunehmen ist, daß sie innerhalb der vorgeschriebenen Zeit (wenn solche vorhanden) für solche Anzeige gehörig eingebracht werden kann; und um solche Vorlegung zu beweisen, soll es hinreichend sein, darzutun, daß solche Anzeige gehörig adressirt war, gemäß der Adresse des Aktionärs, wie sie im Adreßbuche der Aktionäre enthalten ist, und daß solche Anzeige in das Postbureau gebracht worden. Vorbehalten stets, daß keine Vorlegung irgend einer richterlichen Verhandlung als gültig angesehen werden soll, wenn dieselbe durch die Post befördert worden ist.

§ 88. (Anzeigen an gemeinschaftliche Besitzer von Aktien.) Alle Anzeigen, bestimmt an Aktionäre erlassen zu werden, sollen mit Bezug auf jede Aktie, auf welche Personen einen gemeinschaftlichen Anspruch haben, an diejenige der besagten Personen erlassen werden, welche zuerst im Verzeichniß der Aktionäre aufgeführt ist; und jede, in solcher Weise erlassene Anzeige soll hinreichende Anzeige für alle Besitzer solcher Aktie sein.

§ 89. (Anzeigen durch Antündigung.) Alle Anzeigen, die kraft dieser Akte durch Antündigung zu erlassen sind, sollen in einer in Hereben erscheinenden Zeitung angekündigt werden.

§ 90. (Quittungen der Beamten der Gesellschaft für eine hinreichende Entlastung.) Und es sei verfügt, daß in jedem Falle, in welchem irgend eine Geldsumme an die Gesellschaft zahlbar, und ferner in jedem Falle, in welchem irgend ein Kapital oder anderes Eigenthum an die Gesellschaft übertragbar wird, in Betracht der Uebertragung oder Bezahlung oder Entlastung die Quittung oder die Quittungen der Person oder der Personen, welche von der Gesellschaft entweder durch eine Urkunde unter dem gemeinschaftlichen Siegel oder durch eine Schrift oder anderes Instrument, unterzeichnet von drei dergleichen Direktoren und dem Verwalter, dem Sekretär oder einem anderen Beamten, wie vorher bemerkt, ermächtigt oder angestellt sind, dasselbe zu empfangen oder anzunehmen, die Person oder Personen, welche dasselbe bezahen oder übertragen, vollständig entlassen sollen von aller Verantwortlichkeit für solche Verwendung oder Nicht-Verwendung besagten Geldes oder Kapitals, oder von der Verbindlichkeit oder der Sorge, auf die Verwendung desselben Acht zu haben.

§ 91. (Die Gesellschaft ist der Jurisdiktion der höheren Gerichte in England unterworfen.) Und es sei verfügt, daß die besagte Gesellschaft, außerdem, daß sie den Gerichtshöfen in Schottland unterworfen ist, der Jurisdiktion der höheren Gerichtshöfe des gemeinen Rechts zu Westminster in gleicher Weise unterworfen sein soll, als ob besagte Gesellschaft ihr Domizil in England hätte; und daß jedes Urtheil jedes der höheren Gerichtshöfe des gemeinen Rechts zu Westminster, oder jedes Decret oder jeder Befehl des hohen Kanzleigerichtshofes erlangt, erlassen oder verkündet gegen die besagte Gesellschaft, auch in Schottland ausgeführt werden mag gegen die besagte Gesellschaft oder jede Person oder Personen, verbindlich demselben nachzukommen oder zu entsprechen, eben so vollständig und mit demselben Erfolg, als ob solches Urtheil, Decret oder solcher Befehl erlangt, erlassen oder verkündet wäre in irgend einem Rechtsstreit oder Prozesse im Sessionsgerichtshof in Schottland; und daß bei Vorlegung einer amtlichen Abschrift eines solchen Urtheils, Befehls oder Decrets bei einem der ersten Gerichtsschreiber des besagten Sessions-Gerichts oder seinem Stellvertreter, um dasselbe zu registriren, solches Urtheil, Decret oder solcher Befehl sogleich registrirenbar sein und registriert werden soll, und die Vollstreckung soll und mag erfolgen auf ein dazu ermitteltes Decret in gleicher Weise, als ob die Vollstreckung erfolgte auf Registrations-Decrete in Schottland.

§ 92. (Nachweis der Schulden beim Bankrott.) Und es sei verfügt, daß, wenn eine Person, gegen welche die Gesellschaft irgend einen Anspruch oder eine Forderung haben sollte, bankrott wäre, oder die Wohlthat irgend einer Akte zur Anfechtung insolventer Schuldner ansprüche, es für den Verwalter oder Sekretär oder irgend einen anderen, durch eine Vollmacht der Direktoren hierzu ermächtigten Beamten der Gesellschaft gesetzlich sein soll, in allen Prozessen gegen das Bestehen eines solchen Bankrotts oder Insolventen, oder bei irgend einem gerichtlichen Befehl zur Begnahme der Habe und des Utes des Verfallenen, oder Sequestration oder einer Insolvenz-Akte gegen solchen Bankrott oder solche Insolvenz, die Gesellschaft zu repräsentiren und in ihrem Vertheil in allen Verziehungen so zu handeln, als ob solcher Anspruch oder solche Forderung der Anspruch oder die Forderung eines solchen Verwalters, Sekretärs oder anderen Beamten, und nicht der Gesellschaft wäre; und ein Anzeig der besagten Vollmacht, eigenhändig unterzeichnet von dreien dergleichen Direktoren, soll in allen Gerichtshöfen, welche sie auch immer sein mögen, als Beweis angenommen und zugelassen werden.

§ 93. (Anerbieten der Buße.) Und es sei verfügt, daß, wenn sich irgend eine Partei eine Unregelmäßigkeit, ein Vergehen oder ein anderes ungerechtes Verfahren bei Vollstreckung dieser Akte oder kraft einer durch dieselbe verliehenen Ermächtigung oder Gewalt sich hat zu Schulden kommen lassen, und wenn, bevor in Bezug hierauf ein Prozeß anhängig gemacht werden, welche Partei der verletzten Partei das Anerbieten einer hinreichenden Buße macht, so soll die zuletzt erwähnte Partei solchen Prozeß nicht fortsetzen; und wenn kein solches Anerbieten gemacht worden ist, so soll es für den Verfallenen gesetzlich sein, mit Erlaubniß des Gerichtshofes, bei welchem solcher Prozeß schwört, bevor die schriftliche Verhandlung geschlossen ist, im Gerichtshofe solche Summe Geld zu zahlen, als er für passend hält, und hierauf sollen die Verhandlungen so gehalten sein, wie in anderen Fällen, wo es den Verfallenen gestattet ist, im Gerichtshofe Geld zu zahlen.

§ 94. (Verstehe die Verträge u. s. w. bleiben in so weit in Kraft, als sie nicht geändert werden.) Und es sei verfügt, daß nichts, was hierin enthalten ist, so angesehen werden soll, um den vorher bemerkten Vertrag der Mitgenossenschaft, die Artikel der Uebereinkunft und die Urkunde des vorher erwähnten ~~Vertrages~~ oder irgend eine der Bestimmungen oder respektive hierin enthaltenen Ermächtigungen ungültig zu

machen, oder dieselben anzutasten, oder irgend eine der Nebenverordnungen oder Bestimmungen oder irgend welche Aenderungen an dem besagten Verträge, oder irgend welche Verträge, Urkunden oder Instrumente, welche eingegangen, vollzogen oder respektive ausgeführt worden sind kraft derselben, welche sämmtlich für die Mitglieder oder Theilhaber der Gesellschaft oder Andern eben so verbindlich sein sollen, als ob diese Akte nicht durchgegangen wäre, ausgenommen in so fern, als sie durch diese Akte geändert werden, oder der Absicht und Meinung derselben entgegen stehen.

§ 95. (Abdrücke dieser Akte sind von der Gesellschaft aufzubewahren und können eingesehen werden.) Und es sei verfügt, daß die Gesellschaft jeder Zeit nach dem Verlaufe von sechs Monaten, nach dem Durchgehen dieser Akte, einen Abdruck dieser Akte gedruckt von den Druckern Ihrer Majestät oder einigen derselben, in ihrem Hauptgeschäftsbureau aufzubewahren soll.

§ 96. (Auslegung der Akte.) Und es sei verfügt, daß in dieser Akte folgende Worte und Ausdrücke verschiedene hierin denselben beigelegte Bedeutungen haben sollen, wenn nicht etwas an dem Gegenstande oder in dem Texte solcher Auslegung widerspricht; das heißt:

Worte, welche die Einheit bedeuten, sollen die Mehrheit einschließen, und Worte, die bloß die Mehrheit andeuten, sollen die Einheit einschließen;

Worte, die das männliche Geschlecht bedeuten, sollen auch das weibliche einschließen;

Das Wort „Ländereien“ soll umfassen Häuser, Ländereien, Lehnsabgaben, Grund-Jahrgelder, Grundrenten, Pachtungen, Erbschaften, Vorwerke und Erbgüter von jeder Beschaffenheit und jedem Lehnbesitz, und entweder in Großbritannien oder in Irland oder in den Kolonien;

Das Wort „Vertragler“ soll den Vertragten und den Vertheiliger einschließen;

Der Ausdruck „die Gesellschaft“ soll „die Norbische Versicherungs-Gesellschaft“, incorporirt durch diese Akte, bedeuten;

Der Ausdruck „die Direktoren“ soll das Generaldirektorium „der Norbischen Versicherungs-Gesellschaft“ zu Aberdeen und ihre beschlußfähige Zahl bedeuten, wenn derselbe nicht besonders umschrieben ist, als bildeten sie eine der Lokaldirektorien;

Der Ausdruck „der Verwalter“ soll den General-Verwalter der Norbischen Versicherungs-Gesellschaft zu Aberdeen bedeuten;

Der Ausdruck „der Sekretär“ soll den Sekretär der Norbischen Versicherungs-Gesellschaft zu Aberdeen bedeuten;

Das Wort „Aktionär“ soll bedeuten Aktionär, Theilhaber oder Mitglied der Gesellschaft, und mit Bezug auf jeden solchen Aktionär sollen Ausdrücke, die eigentlich nur auf eine Person anwendbar sind, auch auf eine Korporation oder Gesellschaft angewendet werden können.

§ 97. (Die Gesellschaft soll nicht ausgenommen sein von Verordnungen irgend einer künftigen allgemeinen Akte.) Und es sei verfügt, daß nichts, was hierin enthalten ist, so angesehen werden soll, um die Gesellschaft von den Verordnungen irgend einer allgemeinen Akte, welche während der gegenwärtigen oder einer künftigen Parlaments-Session durchgeht und die Versicherungs-Gesellschaften berührt, die sich vor dem Durchgehen solcher allgemeinen Akte gebildet haben, zu befreien.

§ 98. (Kosten der Akte.) Und es sei verfügt, daß die Kosten dieser Akte von der Gesellschaft aus den Geldern bezahlt werden sollen, welche beim Durchgehen derselben sich unter der Kontrolle der Direktoren, die nach dem vorgenannten Verträge der Mitgenossenschaft handeln, befinden mögen, oder nachmals befinden werden, oder die sie auf andere Weise auf Rechnung derselben oder der Gesellschaft im Besitz haben.

§ 99. (Öffentliche Akte.) Und es sei verfügt, daß diese Akte für eine öffentliche Akte angesehen und gehalten werden soll, auch soll dieselbe von Gerichtswegen als solche anerkannt werden.

Anno Octavo Victoriae Reginae. Cap. XVII.

Akte für Codifizierung gewisser Bestimmungen, die sich gewöhnlich in Akten vorfinden bezüglich der Konstitutionierung von Gesellschaften, welche zum Betriebe von öffentlichen Geschäfts-Unternehmungen in Schottland incorporirt worden.

8. Mai 1845.

§ 113. (Beamte haben auf Verlangen Rechnung zu legen.) Jeder von der Gesellschaft beschäftigte Beamte soll von Zeit zu Zeit, wenn er von den Directoren dazu aufgefordert wird, ihnen oder irgend einer von ihnen zu diesem Zwecke ernannten Person vollständige und getreue Rechnung legen unter eigenhändiger Unterschrift, betreffs aller Gelder, die von ihm für die Gesellschaft eingenommen worden und soll aus einem solchen Rechenschaftsbericht ersichtlich sein, auf welche Weise, für wen und zu welchem Zwecke solche Gelder verwandt worden und soll ein solcher Beamte sammt solchem Rechenschaftsbericht die Beläge und Quittungen für solche Zahlungen übergeben und jeder solcher Beamte soll den Directoren oder irgend einer von ihnen ernannten Person alle Gelder zahlen, welche bei der Bilanz solcher Rechnungen von ihm geschuldet werden.

§ 114. (Summarisches Verfahren gegen Personen, welche unterlassen Rechnung zu legen.) Im Falle ein solcher Beamte es unterläßt Rechnung zu legen, oder die Beläge und Quittungen, die sich darauf beziehen und sich in seinem Besitz oder seiner Gewalt finden, vorzulegen, oder wenn er dazu aufgefordert wird, die Bilanz zu zahlen, oder wenn er, nachdem er dazu aufgefordert worden, es drei Tage unterläßt,

sämmtliche Papiere und Schriften, alles Eigenthum und alle Effecten, die in seinem Besitz und seiner Gewalt sind) und sich auf die Vollziehung dieser oder der speciellen Acte oder irgend einer incorporirten Acte beziehen, oder der Gesellschaft gehören, den Directoren oder einer von ihnen zur Empfangnahme derselben ermächtigten Person auszuhandeln, dann soll, nach gegebener Klage bei dem Sheriff oder einem Friedensrichter, ein solcher Sheriff oder Friedensrichter einen solchen Beamten vor sich laden, wenn die Vorladung oder Order von einem Sheriff erlassen werden, oder vor zwei oder mehreren Richtern, wenn die Vorladung oder Order von einem Richter erlassen worden, zu einer Zeit und an einem Orte, der in solcher Vorladung oder Order angegeben sein muß, um solche Klage zu beantworten, und kann, nachdem ein solcher Beamte erschienen, oder, in seiner Abwesenheit, nachdem Beweis beigebracht worden, daß eine solche Vorladung oder Order ihm persönlich influirt, oder in seiner zuletzt bekannten Wohnung abgegeben worden, ein solcher Sheriff oder Richter die Sache in summarischer Weise hören und aburtheilen und auf die Bilanz erkennen, die ein solcher Beamte schuldet; und wenn es sich herausstellt, sei es durch eigenes Geständniß eines solchen Beamten, durch Beweis oder durch Inspection der Rechnung, daß Gelder der Gesellschaft sich in Händen eines solchen Beamten befinden oder von ihm der Gesellschaft geschuldet werden, so kann ein solcher Sheriff oder Richter einem solchen Beamten befehlen, dieselben zu zahlen und wenn er es unterläßt den Betrag zu zahlen, so soll der Sheriff oder Richter gesetzlich befugt sein, einen Befehl zu erlassen, denselben im Wege des Verkaufs (Execution) einzuziehen, oder in Ermangelung dessen, den Schuldner ins Gefängniß zu setzen, wo derselbe ohne Kaution für einen Zeitraum, der drei Monate nicht übersteigen darf, zu verbleiben hat.

§ 115. (Beamte, welche es verweigern, Documente ic. ic. herauszugeben, werden verhaftet.) Wenn ein solcher Beamte sich weigert dem besagten Sheriff oder den Richtern die verschiedenen Verträge und Quittungen, welche sich auf seine Rechnungen beziehen, vorzulegen und auszuhandeln, oder Böcher, Papiere, Schriften, Eigenthum, Effecten und Sachen, die sich in seinem Besitz oder seiner Gewalt befinden und der Gesellschaft gehören, zu übergeben, so kann ein solcher Sheriff oder Richter solchen Schuldner ins Gefängniß setzen, wo derselbe so lange verbleibt, bis er sämmtliche Verträge und Quittungen, wenn welche sich in seinem Besitz, oder seiner Gewalt befinden und sich auf solche Rechnungen beziehen und sämmtliche Böcher, Papiere, Schriften, Eigenthum, Effecten und Sachen, wenn welche sich in seinem Besitz oder in seiner Gewalt befinden und der Gesellschaft gehören, angeliefert hat.

§ 116. (Gegen einen Beamten, der im Begriff steht zu entfliehen, kann ein Verhaftsbefehl erlassen werden.) Vorbehaltlich jederzeit, daß wenn ein Director oder eine andere Person, die für die Gesellschaft fungirt, beschwört, daß er triftige Veranlassung zu glauben habe, aus Gründen, die in seiner Deposition angegeben sind, und daß er glaube, daß es eines solchen Beamten Absicht ist, sich, wie vorbesagt, heimlich zu entfernen, so soll es dem Sheriff oder Richter, vor dem die Klage angebracht worden, gesetzlich freistehen, anstatt seinen Befehl oder seine Order zu erlassen, einen Verhaftsbefehl auszufertigen, um einen solchen Beamten vor den Sheriff zu sistiren, um wie hierin vorher bestimmt, die Klage zu beantworten, wenn nämlich der Verhaftsbefehl von dem Sheriff erlassen worden, oder vor einen Richter, wenn der Verhaftsbefehl von einem Richter erlassen sein sollte, vor welchen ein solcher Beamte sistirt wird, gesetzlich zuzusehen, solchen Beamten entweder zu entlassen, wenn er glaubt, daß kein genügender Grund für seine weitere Detention vorhanden sei, oder zu befehlen, daß ein solcher Beamter in Haft gehalten werde, um vor zwei Richter gebracht zu werden, zu einer Zeit und an einem Orte, der in solchen Haftbefehl angegeben sein muß, wenn nicht ein solcher Beamter zur Verteidigung eines solchen Richters Sicherheit bestellt, für sein Erscheinen vor einem solchen Richter, um die Klage der Gesellschaft zu beantworten.

§ 117. (Bürgen werden nicht aus der Verbindlichkeit entlassen.) Keine derartige Proceßur oder Verfahrungsweise gegen solche Beamte soll die Gesellschaft des Rechtsmittels berauben, welches dieselbe gegen einen solchen Beamten oder gegen dessen Bürgen anzustellen gesonnen ist.

§ 131. (Ernennung von Schiedsrichtern, wenn Fragen durch schiedsrichterliches Verfahren entschieden werden sollen.) Wenn ein Streit entstanden, welcher, wie durch diese oder die speciellen Acte, oder durch eine mit derselben vereinigte Acte, vorgeschrieben worden, durch schiedsrichterliches Verfahren auszugleichen ist, so soll die eine Parthei auf Ansuchen der andern, wenn nicht beide Partheien in der Ernennung eines und desselben Schiedsrichters übereinstimmen, einen Schiedsrichter ernennen, schriftlich unter eigener Hand und bestimmen, dem dann ein solcher Streit zu unterbreiten ist; und nachdem eine solche Ernennung erfolgt, soll keiner Parthei das Recht zustehen, selbige ohne Zustimmung der andern, zu revociren, noch soll der Tod einer der Partheien, als Revocation gelten; und wenn für die Zeit von vierzehn Tagen, nach der Entstehung eines solchen Streites und nach dem ein schriftliches Gesuch von der einen Parthei der andern zugesellt worden, einen Schiedsrichter zu ernennen, solche letztgedachte Parthei es unterläßt einen Schiedsrichter zu ernennen, so kann nach solcher Unterlassung diejenige Parthei, welche das Gesuch angebracht und selbst einen Schiedsrichter ernannt hat, einen solchen bestimmen, um für beide Partheien zu fungiren und kann ein solcher Schiedsrichter damit vorgehn, die streitige Sache zu hören und zu entscheiden und soll in einem solchen Falle das Arbitrium oder die Entscheidung eines solchen einzelnen Schiedsrichters, endgültig sein.

§ 132. (Vacanz des Schiedsrichters ist zu befehen.) Wenn vor der Entscheidung der bezüglichen Angelegenheit, ein von einer der Partheien ernannter Schiedsrichter sterben, unfähig werden, es ablehnen,

oder während sieben Tagen es vernachlässigen sollte als Schiedsrichter zu fungiren, so kann diejenige Partei, von welcher ein solcher Schiedsrichter ernannt worden, eine andere Person ernennen, um an dessen Statt zu fungiren, und wenn, während der Dauer von sieben Tagen, nachdem schriftliche Nachricht von der andern Partei zu diesem Zwecke gegeben worden, er es unterläßt, so zu handeln, so kann der andere Schiedsrichter *ex parte* in der Sache vorgehen; und soll ein jeder, so wie vorbelegt, zu substituierende Schiedsrichter, dieselbe Gewalt und Vollmacht haben, die dem ersteren, zur Zeit seines Todes, seiner Weigerung, oder Unfähigkeit, übertragen gewesen.

§ 133. (Ernennung des Obmanns.) In Fällen, wo mehr als ein Schiedsrichter ernannt worden, sollen solche Schiedsrichter, ehe sie sich auf die ihnen unterbreiteten Angelegenheiten einlassen, einen Obmann schriftlich unter eigener Hand ernennen, um in solchen Angelegenheiten eine Entscheidung herbei zu führen, betreffs welcher sie getheilte Meinung sind; im Falle ein solcher Obmann stirbt, sich weigert, oder für die Dauer von sieben Tagen es unterläßt zu fungiren, so sollen sie allsogleich nach solchem Tode, solcher Weigerung oder Vernachlässigung einen andern Obmann an seiner Statt ernennen, und soll die Entscheidung eines solchen, mit Bezug auf die ihm unterbreiteten Angelegenheiten endgültig sein.

§ 134. (Das Handelsgericht ist ermächtigt, einen Obmann zu ernennen, wenn die Schiedsrichter es verabsäumen sollten.) Wenn in einem der vorgedachten Fälle die besagten Schiedsrichter sich weigern, oder für die Dauer von sieben Tagen auf Ansuchen einer der Parteien, es vernachlässigen sollten, einen Obmann zu ernennen, so soll der Lord Ordinary, auf Antrag einer der Parteien, gesetzlich befugt sein, einen Obmann zu ernennen und soll die Entscheidung eines solchen Obmannes in den Angelegenheiten, bezüglich welcher die Schiedsrichter differiren, endgültig sein.

§ 135. (Vollmacht des Schiedsrichters Bücher &c. sich vorlegen zu lassen.) Die besagten Schiedsrichter, oder ihr Obmann können die Vorlegung von Dokumenten fordern, die sie, oder er für die Entscheidung der streitigen Frage für nothwendig erachten und die sich im Besitz, oder in der Gewalt einer der Parteien befinden, ferner können sie die Parteien oder deren Zeugen eidlich vernehmen, und zu diesem Zwecke nothwendige Eide auferlegen und Frist für die Herbeischaffung solcher Dokumente gewähren, wie es die Parteien verlangen, so wie für die Laudirung von Zeugen; und sollen auf Gesuch an den Lord Ordinary, Ergänzungs-Vollmachten (Letters of Supplement), oder andere nöthige Dekrete, zur Unterstützung solcher Frist, von dem Lord Ordinary erlassen werden.

§ 136. (Kosten werden nach dem Ermeßen der Schiedsrichter festgesetzt.) Ausgenommen wo es durch diese, oder die speciellen Acte, oder durch eine andere mit derselben vereinigte Acte nicht anderswie bestimmt worden, sollen die Kosten eines solchen schiedsrichterlichen Verfahrens von den Schiedsrichtern oder dem Obmann nach Ermeßen festgesetzt werden, wie es der Fall erscheinen mag.

Anno Vicesimo Quarto Victoriae Reginae. Cap. XL. Acte.

Zur Amendment einer Acte, welche in einer, im elften und zwölften Jahre der Regierung Ihrer Majestät der Königin Victoria abgehaltenen Parlamentssession zum Gesetz erhoben worden und betitelt ist: „Acte zur Incorporirung der North of Scotland Feuer- und Lebensversicherungs-Gesellschaft unter dem Namen der Northern Versicherungs-Gesellschaft um besagte Gesellschaft in den Stand zu setzen, zu klagen und verklagt zu werden, Eigenthum zu erwerben, zu besitzen und zu veräußern, zur Verstärkung der Gesetze und Bestimmungen besagter Gesellschaft und anderer damit in Verbindung stehender Zwecke; desgleichen um gewisse Befugnisse besagter Gesellschaft abzuändern, auszubehnen und zu erweitern, sowie für andere auf die Gesellschaft Bezug habende Zwecke.

7. Juni 1861.

(Einführung. Gesellschafts-Vertrag.) Sientemalen eine Gesellschaft oder Compagniegesellschaft unter dem Namen North of Scotland Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft gebildet worden auf Grund eines gewissen Societätsvertrags tragend das Datum des zweiten Tages des Juni im Jahre Ein Tausend Acht Hundert und Sechs und Dreißig und verschiedene andere Daten, um Geschäfte zu betreiben, Versicherungen aller Art abzuschließen auf Eigenthum gegen Feuergefahr, Versicherungen auf einzelne Leben, verbundene Leben, und Lebensversicherung, den Kauf von Policen und Vorschüsse gegen Sicherheit derselben, den Kauf und Verkauf von Heimfallrechten, heimfallsrechtlichen Interessen, Leibrenten, Anstreuern für Kinder und solche weitere Geschäfte, die von derartigen Gesellschaften gewöhnlich betrieben werden und

Sientemalen auf Grund von Vertragsartikeln und eines Cessionvertrags zu besagtem Societäts-Contrakt, tragend den Datum des ersten Tages des April im Jahre Ein Tausend Acht Hundert und Sieben und Bierzig, eine gewisse andere Versicherungs-Gesellschaft in Glasgow Geschäfte betreibend, unter dem Namen Western Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft für Schottland, mit besagter North of Scotland Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft verschmolzen worden, welche nach geschehener Verschmelzung, in Glasgow und anderen Orten Geschäfte betrieben unter dem Namen: North and West of Scotland Feuer- und Lebens-Versicherungs-Gesellschaft und

(11 und 12 Victor. c. 46.) Sientemalen auf Grund und kraft einer im elften und zwölften Jahre der Regierung Ihrer Majestät der Königin Victoria, cap. 46 abgehaltenen Parlamentssession gesetzlich besagte Acte, betitelt: Acte zur Incorporirung der North of Scotland Feuer- und Lebensversicherungs-Gesellschaft unter dem Namen Northern Versicherungs-Gesellschaft, um besagte Gesellschaft in den Stand zu setzen zu klagen

und verkauft zu werden, Eigenthum zu erwerben, zu besitzen und zu veräußern, zur Befestigung der Geseze und Bestimmungen besagter Gesellschaft und anderer in Verbindung damit stehender Zwecke, — die Gesellschaft incorporirt worden unter dem Namen und der Bezeichnung Northern Versicherungs-Gesellschaft und

Sintemalen auf Grund der aqact. Acte der besagten Gesellschaft, verschiedene Befugnisse verliehen und verschiedene Bestimmungen getroffen worden, betreffs des Geschäftsbetriebs derselben und anderer in Verbindung damit stehender Angelegenheiten und

Sintemalen die besagte Gesellschaft seit der gesetzlichen Befestigung der besagten Acte, an verschiedenen Orten Local-Directionen und Agenturen errichtet hat in Gemäßheit der Bestimmungen der besagten Acte und Geschäfte durch die Vermittlung derartiger Local-Directionen und Agenturen betrieben hat im vereinigten Königreich und in den Colonien und Dependenzien desselben, sowie in verschiedenen fremden Ländern und Staaten und Sintemalen auf Grund der Geseze oder des Heilommens in gewissen Colonien, Dependenzien, fremden Ländern und Staaten, Personen und Gesellschaften, welche Versicherungsgeschäfte treiben, gehalten sind, gewisse Bestimmungen im Namen von Kuratoren zu deponiren und anzulegen als Sicherheit für die Erfüllung ihrer Verpflichtungen, und sich andern Bestimmungen zu fügen, welche zu Kraft bestehen in solchen Colonien, Dependenzien, fremden Ländern und Staaten mit Bezug auf Personen und Gesellschaften, die derartige vorbelegte Geschäfte betreiben und

Sintemalen die Machtbefugnisse der besagten Gesellschaft nicht genügen, dieselbe in den Stand zu setzen in allen derartigen Fällen die verlangte Deponirung oder Anlage vorzunehmen oder sich den speciellen Bestimmungen zu fügen und

Sintemalen die Befugnisse der Gesellschaft betreffs der Investitur auch in anderer Weise ungenügende sind und

Sintemalen es gerathen erscheint zwecks der Colonial- und auswärtigen Geschäfte der Gesellschaft, die den Local-Directionen und Agenten übertragenen Befugnisse zu erweitern und Bestimmungen zu erlassen, vermittelst welcher die Uebertragung derartiger Befugnisse erleichtert wird, ingleichen die Gesellschaft in den Stand zu setzen durch Vermittlung solcher Local-Directionen und Agenten in irgend welchen der Colonien oder Dependenzien von Großbritannien, oder in irgend welchen fremden Ländern oder Staaten, Geschäfte zu betreiben in Uebereinstimmung mit den Gesezen, Gebräuchen und Institutionen bereeter Colonien, Dependenzien, fremder Länder und Staaten und

Sintemalen es zwecks Verstehenben, sowie im Allgemeinen zur Betreibung der Geschäfte besagter Gesellschaft gerathen erscheint, daß besagte Acte amendirt werde und daß gewisse Nachvollkommenheiten der Gesellschaft abgeändert, ausgedehnt und erweitert werden, sowie daß gewisse neue Befugnisse der besagten Gesellschaft übertragen und neue Bestimmungen zur Regulirung des Geschäftsbetriebs derselben erlassen werden oder in anderer Weise auf besagte Gesellschaft Bezug haben.

So mögen Euer Majestät dahero geröhen,

daß bestimmt werde und hiermit bestimmt sei durch Ihre Majestät die Königin, unter dem Rathe und der Zustimmung der geistlichen und weltlichen Verds und Gemeinen des gegenwärtig versammelten Parlaments und mit Genehmigung desselben, wie folgt:

§ 1. (Vollmacht zur Anlage von Geldern, die auf Grund der Geseze fremder Länder erforderlich sind.) Es soll die besagte Gesellschaft gesetzlich befugt sein, im Namen von Kuratoren, oder auf andere Weise, alle solche Deponirungen und Anlagen zu machen und vorzunehmen, wie es die Geseze, Gebräuche oder Gewohnheiten in den Colonien und Dependenzien von Großbritannien oder eines fremden Staates erfordern, wo die besagte Gesellschaft Geschäfte betreibt, oder solche zu betreiben wünscht, oder wie es nöthwendig und geboten erscheinen mag, zwecks des wirksameren Geschäftsbetriebs besagter Gesellschaft in besagten Colonien, Dependenzien, fremden Ländern oder Staaten, bezugleich soll sie befugt sein, allen Bestimmungen nachzukommen, welche in solchen Colonien, Dependenzien, fremden Ländern und Staaten zeitweilig in Kraft bestehen und in solchen Colonien, Dependenzien, fremden Ländern oder Staaten, in Gemäßheit der Geseze, Gebräuche und Gewohnheiten derselben, Feuer- und Lebensversicherungs-Geschäfte zu betreiben, bezugleich alle solche Geschäfte, die gewöhnlich damit in Verbindung stehen und soll die Gesellschaft zu diesem Zwecke gesetzlich befugt sein, Policen anzustellen, Contratte zu schließen und Handlungen vorzunehmen in Gemäßheit der Geseze solcher Colonien, Dependenzien, fremder Länder und Staaten, bezugleich Klagen anstellen, die aus solchen Policen oder Contratten, oder aus irgend welcher andern Angelegenheit entstehen, welche auf besagte Gesellschaft in solcher Colonie, Dependenz, in solchem fremden Lande oder Staate Bezug haben, entweder im Incorporations-Namen der Gesellschaft, oder im Namen der Local-Directionen oder Agenten und zwar in solcher Weise, wie es die Geseze solcher Colonien, Dependenzien, fremden Länder oder Staaten gestatten oder erheischen und wie es ratsam erscheinen mag.

§ 2. (Vollmacht zur Ernennung auswärtiger Agenten und Uebertragung gewisser Privilegien.) Es soll die besagte Gesellschaft gesetzlich befugt sein, ihre Geschäfte in den Colonien, Dependenzien, fremden Ländern und Staaten, durch Vermittlung von Agenten zu betreiben und zu diesem Zwecke (an Orten wo keine Local-Directionen sind) den Agenten solche Vollmacht zu ertheilen und zu übertragen, die gerathen erscheinen mag zur Annahme von Versicherungs-Anträgen, Ausstellung von Policen, Auszahlung von

Verlust, Anstellung von Klagen, Schließung von Verträgen und Verbindlichkeiten für die Gesellschaft in solcher Weise und in solchen Formen, die den Agenten durch die Instruktionen vorgeschrieben sind, kraft deren sie fungiren, ferner zur Verwaltung des Eigenthums besagter Gesellschaft in solcher Kolonie, Dependenz, in solchem fremden Lande und Staate, sowie zur Anstellung von Unter-Agenten mit solcher Vollmacht, wie es geboten erscheint und im allgemeinen zur Betreibung der Kolonial- und Auswärtigen Geschäfte der Gesellschaft mit der Vollmacht, solche Ernennungen vorzunehmen und eine jede dergartige zu widerrufen.

Alle solche Befugnisse können solchen Agenten verliehen und übertragen werden und von Zeit zu Zeit abgeändert und widerrufen werden durch ein von drei Direktoren der General-Direktion der besagten Gesellschaft in Aberdeen eigenhändig vollzogenes und unterzeichnetes Schreiben, welches vom Geschäftsführer oder Sekretair der Gesellschaft contrasignirt sein muß; auch können Agenten von den Lokal-Direktionen ernannt und jede Ernennung eines solchen Agenten zurückgenommen werden, auch alle solche Befugnisse und Machtvollkommenheiten den Agenten innerhalb ihrer respectiven Geschäftsdistrikte übertragen und verliehen werden durch ein von drei Direktoren der Lokaldirektion eigenhändig vollzogenes und unterzeichnetes Schreiben, welches von dem Sekretair einer solchen Lokal-Direktion gegengezeichnet sein muß und sollen alle Ernennungen, Revocationen, Vollmachten und Befugnisse, oder andere Angelegenheiten, die von der General- oder Lokal-Direktion auf Grund eines solchen vorbezeichneten Schreibens vorgenommen werden dürfen, bezüglichen alle von den Agenten innerhalb des Kreises ihrer ihnen übertragenen und ertheilten Befugnisse vorgenommene Handlungen, als von der Gesellschaft ausgegangen erachtet werden und verbindlich für sie sein, ohne Bedrückung des Gesellschaftsiegels oder einer andern hierin vorgeschriebenen Formalität, unter dem Vorbehalte jedoch, daß die Direktoren und andere, solch vorbezeichnete Schreiben vollziehende Beamte, betreffs derselben nicht persönlich verpflichtet sind:

§ 3. (Fremde Policen und Instrumente bedürfen des Gesellschafts-Siegels nicht.) Alle von drei Direktoren und dem Sekretair der Lokal-Direktion im vereinigten Königreiche unterzeichnete Versicherungs-Policen und andere Instrumente haben in jeder Beziehung dieselbe Wirksamkeit, als wenn sie mit dem Gesellschaftsiegel unterzeichnet wären.

§ 4. (Vollmacht zur Geldanlage.) Es soll der Gesellschaft gesetzlich frei stehen, außer den, ihr durch angelegene Akte übertragenen Befugnissen, einen solchen Theil des Kapitals, oder anderer, in ihrem Besitze befindlichen Fonds, auszuliehen und anzulegen, wie es ihr beliebt, in Sicherheiten der Regierung von Indien, oder deren Präsidien, in Prioritäten, Bonds, Sicherheiten, Aktien, oder in Papieren von Kompagnien, die eine Garantie der indischen Regierung genießen bezüglichen in Hypotheken, oder Sicherheiten von Ländern und Liegenschaften, gleichviel ob reversionär oder in anderer Weise, in Kanälen, Eisenbahnen, Steuern, Zöllen oder andern Eigenthum, real oder personal, in Kolonien, Dependenzien, fremden Ländern und Staaten, bezüglichen in Staatspapieren, Fonds, Prioritäten, Bonds oder anderen Sicherheiten der Regierung der Kolonien, Dependenzien von Großbritannien, oder in bezüglichen Sicherheiten fremder Länder oder Staaten, und Prioritäts-papiere von Kompagnien zu kaufen, die durch Parlamentsakte für das vereinigte Königreich incorporirt worden.

§ 5. (Vollmacht zur Abänderung der Nebengesetze.) Es soll der besagten Gesellschaft gesetzlich freistehen, auf Beschluß der General-Direktion zu Aberdeen die bestehenden Bestimmungen und Nebengesetze der besagten Gesellschaft, abzuändern und neue bezüglichen Bestimmungen und Nebengesetze zu erlassen für den Geschäftsbetrieb und die Leitung der Angelegenheiten der Gesellschaft, welche nicht in Widerspruch stehen mit den Bestimmungen gegenwärtiger Akte, oder mit den Bestimmungen der oben angezogenen Akte, in soweit selbige in Kraft bleibt.

§ 6. (Die Bestimmungen der bestehenden Akte und Urkunde verbleiben in Kraft, inso weit sie nicht aufgehoben sind.) Die Bestimmungen der besagten angezogenen Akte, sowie die bestehenden Bestimmungen des besagten, die Kompagnieschaft betreffenden Kontrakte, sollen inso weit in Kraft bleiben, als sie in Uebereinstimmung stehen mit den hierin vorher enthaltenen Bestimmungen, jedoch nicht anderwärts.

§ 7. (Kosten für die Akte.) Die Kosten für diese Akte bezahlt die gedachte Gesellschaft aus den Geldern, die sich, nachdem dieselbe Gesetzeskraft erlangt hat, in den Händen besagter Gesellschaft befinden.

§ 8. (Benennung.) Diese Akte kann bei allen Gelegenheiten genannt werden: Northern Versicherungs-Amendirungs-Akte.

§ 9. (Öffentliche Akte.) Diese Akte soll als öffentliche Akte erachtet und von den Gerichten dafür anerkannt werden.

Daß die vorstehenden verschiedenen Uebersetzungen aus den angebogenen englischen Originalen von mitren und wöllrich in die deutsche Sprache übertragen worden, bescheinige ich mit Namens-Unterschrift und Bedrückung des Amts-Siegels.

Berlin, den 28. Dezember 1861.

(L. S.)

A. Wagner, vereideter Dolmetscher am kgl. Kammer- und Stadtgericht.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 14.

Ausgegeben zu Merseburg am 5. April 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(279) Die Ausreichung neuer Dividendenscheine zu den Bankanttheilscheinen betr.

Zu den Bankanttheilscheinen sollen neue Dividendenscheine für die fünf Jahre 1862 bis 1866 einschließlich ausgereicht werden. Die Eigentümer der Bankanttheilscheine werden daher aufgefordert, diese (ohne den letzten Dividendenschein) mit einem doppelten Verzeichniß derselben in dem Zeitraume vom 15. April bis 30. Mai 1862 in den Vormittagsstunden jedes Werktages von 9 bis 12 Uhr der Hauptbankkasse zu Berlin persönlich oder durch einen Dritten zu übergeben. Das mit einzureichende doppelte Verzeichniß muß, in beiden Exemplaren, die Nummern der Bankanttheilscheine einzeln nach deren Reihenfolge, die Stückzahl, bei jedem Stücke den Namen des eingetragenen Eigentümers enthalten und von dem Einreicher mit Bemerkung seines Standes und Wohnorts deutlich unterzeichnet sein. Die Hauptbankkasse beisteigt auf dem Verzeichniß-Duplicat den Empfang der Bankanttheilscheine und giebt dasselbe dem Ueberbringer sofort zurück. Die Bankanttheilscheine werden mit den neuen Dividendenscheinen von der Hauptbankkasse womöglich sogleich, spätestens aber am nächsten Werktag gegen Rückgabe des Verzeichniß-Duplicats und die darunter zu setzende Quittung ausgetauscht. Die Bank behält sich zwar das Recht vor, die Gültigkeit dieser Quittungen zu prüfen, übernimmt jedoch keine Verpflichtung dazu. Diejenigen Inhaber von Bankanttheilscheinen, welche die neuen Dividendenscheine nicht bei der Hauptbankkasse in Berlin, sondern entweder bei dem Bankdirectorium zu Breslau, oder bei einem Bankcomtoir, oder einer Bankcommandite in den Provinzen in Empfang nehmen wollen, haben dies in dem vorgedachten Zeitraum vom 15. April bis 30. Mai 1862 bei von ihnen gewählten Provinzial-Bankstelle mit genauer Angabe der Nummern ihrer Bankanttheilscheine (aber ohne deren Beifügung) zu melden. Spätestens 14 Tage nach dem Empfange dieser Meldung wird jede Provinzial-Bankstelle die ihr von hier aus zuzusendenden neuen Dividendenscheine den Präsesanten der betreffenden Bankanttheilscheine, ebenso wie es vorkiebt für die Hauptbank zu Berlin angeordnet ist, ausreichen. Gebrauchte Formulare zu den Verzeichnissen wird die Hauptbankkasse zu Berlin und jede betreffende Provinzial-Bankstelle unentgeltlich verabsolgen.

Sollten übrigens Bankanttheilscheine zur Beifügung der neuen Dividendenscheine nicht in der vorkiebt bestimmten Art persönlich oder durch einen Dritten übergeben werden, sondern etwa durch die Post oder sonst mit Briefen von außerhalb eingehen, so müssen die Bankanttheilscheine den Absendern ohne Weiteres zurückgeschickt werden, da sich die Bankverwaltung dieserhalb in Schriftwechsel nicht einlassen kann.

Berlin, den 15. Januar 1862.

Königl. Preuss. Haupt-Bankdirectorium.

(280) Den Verkauf des Staßfurter feinen Tafelsalzes betr.

Auf dem Königlichen Steinsalzbergwerk zu Staßfurt wird vom 1. April d. J. ab aus Kryallsalz ein sehr feines Tafelsalz bereitet und in Mengen von 126 Pfd. 8 Loth ($\frac{1}{4}$ Tonne), in einfache Säde verpackt, zum Preise von 4 Thlr., und von 94 Pfd. 21 Loth ($\frac{1}{4}$ Tonne), in kleine Beutel und diese wieder in Kisten verpackt, zum Preise von 3 Thlr. 15 Sgr. zum Verkauf gestellt werden.

Bestellungen auf dieses Salz sind portofrei unter Einsendung des Preises an die Königliche Salzfactorie in Staßfurt mit der Angabe zu richten, ob die Verladung des Salzes vermittelst der Eisenbahn oder auf welche sonstige Weise erfolgen solle. Die Kosten und die Gefahr des Transports trägt der Käufer.

Berlin, den 4. März 1862.

Der Generaldirector der Steuern. v. Pommer. Esche.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(281) Die Erledigung der Kreiswundarztsstelle zu Liebenwerda betr.

Die Kreiswundarztsstelle des Liebenwerdaer Kreises ist durch Domcilveränderung des bisherigen Inhabers erledigt.

Zur Wiederbesetzung dieses Postens fordern wir qualificirte Bewerber auf, unter Einreichung ihrer Zeugnisse und eines ausführlichen Lebenslaufs binnen 4 Wochen bei uns sich zu melden.

Merseburg, den 27. März 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(282) Die Controlirung der Auslosungen deponirter Werthpapiere betr.

Alle in unserm Departement wohnhaften Vormünder und Curatoren, für deren Pflegebefohlene Staatspapiere, Renten- oder Pfandbriefe, Actien und ähnliche Werthpapiere in gerichtlichen Depositorien verwahrt werden, sowie alle sonstige Depositital-Interessenten, welche bei der Deposititalverwaltung von dergleichen Documenten für ihre eigene Person theilhaftig sind, werden hierdurch darauf aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sind, selbst ein wachsames Auge auf die in neuerer Zeit häufig vorkommenden und aus den Bekanntmachungen in öffentlichen Blättern ersichtlichen Auslosungen, Ründigungen oder Convertirungen solcher Papiere, ingleichen auf die Beschaffung der Zinecupons und deren Umlag zu richten, und daß sie bei eigener Verantwortung die entsprechenden Anträge wegen der Realisirung oder der sonst erforderlichen Maßregeln in Betreff derjenigen Documente, bei denen ihre Pflegebefohlenen oder sie selbst interessieren, an das Gericht zu stellen haben.

Raumburg, den 24. Februar 1857.

Königliches Appellationsgericht.

Vorstehendes Publicandum wird hierdurch wiederholt in Erinnerung gebracht.

Raumburg, den 25. März 1862.

Königliches Appellationsgericht.

(283) Das Braunkohlen-Bergwerk Emilie bei Strenz, Raundorf betr.

Durch Resolut vom heutigen Tage sind die dem Braunkohlen-Bergwerke Emilie bei Strenz, Raundorf unter dem 21. Januar 1860 nachverliehenen 165 Maassen in das landesherrliche Freie erklärt.

Halle, den 15. März 1862.

Königliches Ober-Vergamt.

(284) Verkauf des kaiserlichen Braunkohlen-Bergwerks bei Mertendorf.

In Folge der Einstellung des Betriebes der Saline Kösen soll das im Raumburger Kreise belegene kaiserliche Braunkohlenbergwerk bei Mertendorf, bestehend aus einer Fläche von gegen 70 Morgen Ackerland, worunter ein Kohlenlager von etwa 3 Millionen Tonnen ansteht, einem Zechenbaue mit Hofraum und Garten, Materialenscuppen und Stallgebäude, einem in Mauerung stehenden Stollen mit dergleichen Lichtlöchern und einem kleinen Steinbruchgrundstücke,

Wittwoch den 7. Mai d. J., Vormittags 9 Uhr,

im Gasthose zu Mertendorf öffentlich meistbietend verkauft werden. Auf Kohlenlager und Oberfläche können getrennte Gebote abgegeben werden, der Grund und Boden wird in Parzellen bis zu 1 Morgen herab ausgetheilt. Die Verkaufsbedingungen können bereits vor dem Termine im Odrisiteramente zu Mertendorf, sowie bei dem Oberbergsechswornen Franke zu Weiskreis, der auch nähere Auskunft über das Werk erteilen kann, sowie in unserer Registratur eingesehen, auch gegen Erstattung der Copialien abschriftlich vom uns bezogen werden.

Halle, den 18. März 1862.

Königliches Ober-Vergamt.

(285) Im Schluß der Renten-Uebnahme auf die Provinzial-Rentenbank zu Magdeburg pro 1. April 1862 betr.

Die Uebnahme von Renten auf die hiesige Provinzial-Rentenbank pro 1. April c. ist jetzt geschlossen und es sind die Berechtigten und Verpflichteten von der erfolgten Uebnahme in jedem einzelnen Falle, mit Angabe des Accesses und des übernommenen Rentenbetrages, von uns benachrichtigt worden.

Aus den bis jetzt etwa noch abgeschlossenen Accessen, wegen welcher eine derartige Benachrichtigung an die Berechtigten und Verpflichteten von uns nicht ergangen ist, kann die Renten-Uebnahme auf die Rentenbank zum 1. April c. nicht mehr stattfinden; die in diesen Accessen stipulirten Renten sind vielmehr, nach den Vorschriften der §§. 15. bis 17. des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850, bis auf Weiteres von den Verpflichteten an die Berechtigten zu entrichten.

Wegen Aushändigung der Ründigungen für die zum 1. April c. auf die Rentenbank übernommenen Renten von Privaten wird den Berechtigten die diesseits vorbehaltene nähere Eröffnung noch im Laufe des Monats April c. zugehen.

Anlangend die Abfindung aus solchen Recessen, nach welchen die Ablösung der Renten mittelst Capitalzahlung durch Vermittelung der Staatskasse und der Rentenbank erfolgt, so können dieselben erst dann ausgehändigt werden, wenn die Ablösungs-Capitalien wirklich bei den Königlichen Reglerungs-Hauptkassen eingezahlt sind und uns dies durch die Königlichen Regierungen mitgetheilt worden ist.

Ueber den Zeitpunkt der Verabfolgung aus dieser Abfindungen wird jedem Berechtigten eine besondere Benachrichtigung von uns zu seiner Zeit gleichfalls zugehen.

Magdeburg, den 26. März 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(286) Die Sendungen unter Streif- oder Kreuzband mit der Post betr.

Uebertretungen der Postgesetze kommen erfahrungsmäßig hauptsächlich bei solchen Sendungen vor, welche unter Band (Streif- oder Kreuzband) zur Beförderung mit der Post eingeliefert werden. Zum Zweck möglicher Abwendung der Uebertretungen wird, unter Bezugnahme auf den §. 15. des Reglements vom 21. December 1860, auf die einschlagenden Vorschriften aufmerksam gemacht.

Gegen die ermähnte Lage von vier Pfennigen bis zu 1 Loth excl. u. f. w. nach Maßgabe des Gewichts können innerhalb des Preussischen Postgebiets und des Deutschen Postvereinsgebiets unter Band frankirt befördert werden: alle gedruckte, lithographirte, metallographirte, oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, zur Beförderung mit der Briefpost geeignete Gegenstände, mit Ausnahme der gebundenen Bücher und der mittelst der Copirmaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Adresse muß auf dem Streif- oder Kreuzbande und darf nicht auf der Sendung selbst angebracht sein. Die Verendung unter Band gegen die ermähnte Lage ist im Allgemeinen unzulässig, wenn die Gegenstände nach ihrer Fertigung durch Druck u. f. w. außer der Adresse irgend welche Zusätze oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Zusätze oder Aenderungen geschrieben oder auf andere Weise bewirkt sind, z. B. durch Stempel, durch Druck, durch Uebertreiben von Worten, Ziffern oder Zeichen, durch Punktieren, Unterstreichen, Durchstreichen, Ausradiren, Durchstechen, Ab- oder Aus schneiden einzelner Worte, Ziffern oder Zeichen u. f. w.

Es kann jedoch den Preis-Couranten, Circularen und Empfehlungsschreiben noch eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Adresse, sowie Ort, Datum und Namensunterchrift hinzugefügt werden; ferner dürfen Circulare von Handlungsbäuern mit der handschriftlichen Unterzeichnung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein. Den Correcturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Correctur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt werden; das Manuscript darf dagegen den Correcturbogen nicht beigelegt werden. Modebilder, Landkarten u. f. w. dürfen colorirt sein; die Bilder und Karten dürfen aber nicht in Handzeichnungen bestehen, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich u. f. w. hergestellt sein.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter Einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Verendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adreßumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Verendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verbotener Zusätze unter Streifband nicht versandt werden dürfen, wird nach §. 35. des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Thalern bestraft.

Halle, den 26. März 1862.

Der Ober-Postdirector. Strahl.

(287) Die Stunden bei der Postexpedition in Laucha.

Die Nachmittagsstunden bei der Postexpedition in Laucha sind für die Werktage von 3—8½ Uhr auf 2—8½ Uhr verlegt worden, wovon das betheiligte Publikum hierdurch in Kenntniß gesetzt wird.

Halle, den 28. März 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(288) Das dem Kaufmann J. H. F. **Wissniß** zu Berlin unterm 19. December 1860 ertheilte Patent auf mechanische Vorrichtungen an Spinnmühlen zur Leitung des Garns auf Spulen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(289) Die unter Privat-Patronat stehende Diaconatsstelle an St. Stephani in Calbe a. d. S. ist durch das Ableben des Diaconus **Kleist** vacant geworden.

(290) Die unter königlichem Patronat stehende Pfarrstelle in Hohenmöhlen in der Diöcese Meißenfels ist durch das Ableben des Pfarrers **Kottrott** vacant geworden.

(291) Durch den Tod des Pfarrers **Hörster** zu Hohenstedt in der Ephorie Gerbstedt ist die von demselben inne gehabte Stelle, welche unter Privat-Patronat steht, zur Erledigung gekommen.

(292) Der Bauführer Julius Herrmann **Muß** aus Halle ist zum Feldmesser ernannt worden.

(293) Der Bauführer Carl Friedrich Wilhelm **Driesemann** aus Torgau ist zum Feldmesser ernannt worden.

(294) Die Schul- und Ränkerstelle zu Seppin, Ephorie Bitterfeld, königlichen Patronats, kommt durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers zu Otern d. J. zur Erledigung.

(295) Die Schul- und Ränkerstelle in Budau, Ephorie Herzberg, Privat-Patronats, kommt zu Michael d. J. durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers zur Erledigung.

(296) Für die Stadt Brehna sind auf die Periode 1857 der Bürgermeister **Büthig** zum Schiedsmann und der Oekonom **Krechling** zum Stellvertreter desselben gewählt und verpflichtet worden.

(297) Gestorben: der Chausseegeldheber **Grafenstein** in Artern, der Chausseegeldheber **Stöckgen** in Queisig, der Thortwärter **Bache** in Torgau.

Befördert: der Steuereinnehmer **v. Bernstorff** in Gisleben zum Hauptamts-Controleur in Wittenberg.

Berieht: der Bureau-Assistent **Wiese** in Magdeburg als Steuereinnehmer nach Gisleben.

(298) 2 Louisdor Honorar

erhält derjenige Herr Pfarrer oder Kirchenbuchführer ausgezahlt, welcher nachweisen kann, in welcher Kirche

der Bergmann Johann Gottfried, auch Johann Friedrich **Killge** genannt, geb. 1736 zu Grillen-berg bei Sangerhausen, mit Regina Liebeld oder Leopold aus Alstedt (Weimar) getraut worden ist, welches zwischen 1760—1766 geschehen sein muß.

Entsprechende Auskunft erbittet sich möglichst bald der Gastwirth **A. Steinbach** zur Stadt Rieka in Leipzig.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.

Gedruckt bei Carl Jurf in Merseburg.

(Intentionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Belegblätter pro Bogen 1 Sgr.)

— 88 —

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 15.

Ausgegeben zu Merseburg am 12. April 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(298)

Regulativ

über die

Portofreiheit in denjenigen Staatsdienst-Angelegenheiten, welche zu den Ressorts der
Königlichen Ministerien:

- 1) für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten,
- 2) der Finanzen,
- 3) für landwirthschaftliche Angelegenheiten,
- 4) der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten und
- 5) des Innern

gehören.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Grundsätze.

§. 1. In Staatsdienst-Angelegenheiten sind Sendungen zwischen Königlichen Behörden und Königlichen Rassen portofrei, sofern dieselben nicht im Interesse einer Privatperson abgelassen werden, wogegen Sendungen zwischen Königlichen Behörden und Königlichen Rassen einerseits, und Privatpersonen, Privatgesellschaften und nicht Königlichen Behörden andererseits der Portozahlung unterliegen, sofern die Sendung nicht im ausschließlichen Interesse des Staats abgelassen worden ist, sondern das Interesse einer Privatperson u. s. w. dabei concurrirt.

Den Königlichen Behörden werden in dieser Beziehung die Communal-Behörden und Guts-Obrigkeiten, sowie die Behörden der vormalig reichsunmittelbaren Standesherrn in allen den Fällen gleichgeachtet, in welchen dieselben in Staatsdienst-Angelegenheiten, wie z. B. in Polizei-, Militair- und Staats-Steuerfachen, als Organe der Staatsgewalt fungiren und in dieser Eigenschaft Sendungen ablassen oder empfangen.

Zu den Sendungen, die im ausschließlichen Interesse des Staates erlassen werden, gehören allen Sendungen, welche Behufs Wahrnehmung des staatlichen Ober-Aufsichtsrechts über die im Verzeichniß zu Abschnitt III. unter 11. 17. 24. 25. 27. 28. 30. und 37. benannten öffentlichen Corporationen und Institute, zwischen diesen einerseits und den Königlichen Behörden andererseits, erfolgen. Das Nähere hierüber und über die sonst diesen Körperschaften zustehende Portofreiheit ergibt der Abschnitt III.

§. 2. Zu den Sendungen in Staatsdienst-Angelegenheiten, bei denen ein Privat-Interesse concurrirt (§. 1.), und welche deshalb die Portofreiheit nicht genießen, gehören insbesondere:

- 1) Gesuche um Anstellung und Gesuche der Beamten in persönlichen Angelegenheiten, z. B. um Urlaub, Zulage, Beförderung u. s. w., sowie die auf dergleichen Gesuche erlassenen Bescheide;
- 2) Verfügungen und Sendungen, welche durch das Verschulden eines Beamten herbeigeführt werden, woin insbesondere Strafverfügungen und alle Monitorien zu rechnen sind, welche durch eine, nach dem Ermeßsen der vorgesetzten Behörde, ungerechtfertigte Nichtbeachtung schon ergangener Erinnerungen notwendig werden;
- 3) Bureau-Utensilien, Bücher, Zeitschriften, Schreibmaterialien, Druckmaterialien zu Formularen und Tabellen u. s. w., welche Behörden für den Königlichen Dienst von Privatpersonen beziehen, bei ihrer Versendung an die Behörden. Diese haben übrigens bei Abschließung von Lieferungs-Verträgen auch

darauf Bedacht zu nehmen, das Post-Interesse dadurch zu sichern, daß den Lieferanten die Tragung des Porto für alle das Versendungsgeſchäft betreffende Correſpondenz und ſonſtige Sendungen ausdrücklich zur Pflicht gemacht wird.

Sendungen zwischen der Königl. Staatsdruckerei in Berlin und den Königl. Behörden ſind portofrei. Der Widerruf Meier Portofreiheit bleibt jedoch vorbehalten;

- 4) Zahlungs-Aufforderungen und Requiſitionen der Behörden um executivſche Einziehung rückſtändiger Abgaben, Gebühren, Koſten, Geſälle u. ſ. w.
- 5) Zeitſchriften, welche von Zeitungs-Redactionen an Königl. Behörden und Beamte gratis überſandt werden, ohne daß eine geſetzh. Verpflichtung dazu vorhanden iſt.

Dienſtlich zur Verſendung gelangende, an Behörden oder Beamte u. ſ. w. adreſſirte Gratis-Exemplare ſolcher Kreisblätter, in welche nicht ausschließlich amtliche, den Kreis-Eingeſeſſenen bekannt zu machende Erlaſſe oder Verordnungen der Behörden, ſondern daneben auch Privat-Annoucen oder Aufſätze reſp. Nachrichten aufgenommen werden; doch ſind Kreisblätter, welche die Landräthe im dienſtlichen Intereſſe ſich untereinander zuwenden, oder an die Königl. Regierungen reſp. Ober-Präſidien einreichen, ausnahmsweiſe portofrei zu beſördern, auch wenn ſie Privat-Annoucen enthalten.

Dahin gehört auch:

- 6) Die Correſpondenz wegen Ertheilung von Jagdscheinen, die Ueberweiſung ausgefertiger Jagdscheine und die dadurch veranlaßten Geſendungen, ſie mögen zwischen den Landraths-Ämtern und den einzelnen Jagd-Inhabern, oder zwischen eiteren und Orts- reſp. Polizei-Behörden vorkommen. Portofreiheit für die Sendungen tritt nur dann ein, wenn es ſich dabei um Ertheilung von Jagdscheinen an Königl. Forſt- und Jagd-Beamte Behufs der Ausübung der Jagd in ihren Forſtbezirken handelt, und dabei kein Intereſſe der einzelnen, die Jagd ausübenden Perſonen, ſondern lediglich das dienſtliche Intereſſe obwaltet.

§ 3. Portopflichtig ſind ferner alle Sendungen von und an Königl. Behörden und Staats-Institute, welche ſich mit einem kaufmännlichen oder ſonſt gewerblichen Geſchäftsbetriebe befaſſen, ſo weit dieſelben auf einen ſolchen Geſchäftsbetrieb Bezug haben. Dahin gehören inbeſondere:

- 1) Sendungen, welche dadurch hervorgerufen werden, daß Königl. Behörden Zeitſchriften, Bücher, Karten u. ſ. w. zu amtlichen Zwecken herausgeben, welche entweder nicht ausschließlich amtlichen Inhalts ſind, oder gegen Bezahlung abgeliefert werden;
- 2) alle Sendungen der Königl. Strafanſtalt, in Bezug auf deren kaufmännlichen Geſchäftsbetrieb, ohne Unterſchied, ob die Verſendung zwischen den Straf- und Arbeitshaus-Anſtalt und Privatperſonen, oder zwischen den Anſtalt und anderen Behörden ſtattfindet, die wegen Anſchaffung von Fabrikaten mit den Anſtalt in Verbindung treten;
- 3) alle Correſpondenz, Gold und Kaſſet Sendungen an und von Privatperſonen wegen des kaufmännlichen Geſchäftsbetriebes der Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Verwaltungen, ſowie auch die deſſelben Sendungen zwischen den Bergwerks- u. Behörden ſelbſt, wofern ſie direct dieſen Handelsverkehr betreffen, ſowie die Correſpondenz dieſer Behörden nach und von dem Auslande.

§ 4. Geldsendungen aus Königl. Kaſſen an Beamte und Privatperſonen oder von dieſen an Königl. Kaſſen, welche dadurch veranlaßt werden, daß die Empfangnahme, reſp. Zahlung nicht bei derjenigen Kaſſe hatgefunden hat, auf welche die Zahlungsanweiſung lautet (erſte Receptur), ſind portopflichtig, ſofern nicht der Empfänger oder Zahlende von der Verbindlichkeit, die Zahlung bei der erſten Receptur in Empfang zu nehmen oder zu leiſten, redigentlich entbunden iſt.

Inbeſondere dürfen Beſoldungsgelder, Dienen und Gebühren an Beamte oder Commiſſarien nicht portofrei abgeſandt werden, vielmehr hat für dergleichen Sendungen der Empfänger das Porto zu zahlen, es ſei denn, daß die Verſendung durch dienſtliche Anordnungen nothwendig geworden iſt, welche den Empfänger verhindern, die Beträge bei der betreffenden Kaſſe zu erheben.

§ 5. Auf welche Kaſſe eine Zahlungs-Anweisung zu lauten hat, und welche in Folge deſſen als erſte Receptur anzuziehen iſt, wird nach den darüber beſt. Verſchriften und allgemeinen Verwaltungs-Grundsätzen beurtheilt. Soweit nicht beſondere Ausnahmen in den ſolgenden Verſchriften ein Anderes beſtimmen, können nur Königl. Kaſſen als erſte Receptur angegeben werden.

§ 6. Wird eine portopflichtige Mittheilung einer portofreien hinzugefügt, oder ein portopflichtiger Gegenſand mit einem portofreien zuſammengepackt, ſo iſt die ganze Sendung portopflichtig und darf mit dem Portofreiheits-Vermerke nicht verſehen werden.

§. 7. In solchen bei Staatsbehörden schwebenden Angelegenheiten, in denen die Verpflichtung einer Privat-Partei zur Portosablung noch ungewiss ist, sind alle Sendungen als portovorsichtig zu behandeln.

Die bei der Sache betheiligte Partei muß ihre Sendungen frankiren, und für andere Sendungen muß das Porto von derjenigen Behörde a conto der betheiligten Partei vorschußweise gezahlt werden, bei welcher die Sache schwebt. Dieß muß insbesondere geschehen:

- 1) in allen Contraventions- und Deiraudations-Sachen, namentlich in allen Steuer-, Zoll-, Stempel-, Post- und Porto Contraventions-Sachen;
- 2) in allen fiscalischen Civil-Prozessen, sowohl für die Correspondenz mit den Gerichten als mit den Mandatarien des Fiscus, und zwar soll die Verichtigung des Porto für die Correspondenz mit den Mandatarien des Fiscus diesen überlassen werden, so daß die Schreiben der Behörden an die Mandatarie unfrankirt von diesen an die Behörden aber frankirt eingeliefert werden.

Hi in dergleichen Fällen das vorgeschossene Porto uneinziehbar, sei es, weil die betheiligte Partei nach dem Ausgange der Sache zur Erstattung der Porto-Auslagen überhaupt nicht verpflichtet ist, oder weil die zu erstattenden Porto-Auslagen im Wege der Execution nicht haben beigetrieben werden können, so ist das ausgelegte Porto definitiv auf den zu dergleichen Ausgaben bestimmten Geschäftsfonds resp. auf den fiscalischen Projektkosten-Fonds zu übernehmen.

In den Fällen, wo in Contraventionsfachen das Unvermögen oder die Nichtverpflichtung des Angeklagten bereits feststeht, oder die Denuncianten den ergangenen Erkenntnissen oder Requisitionen vollständig genügt haben, also kein Anspruch an sie mehr vorhanden ist, sondern nur noch über die ordnungsmäßige Verrechnung und formelle Verdonnung der Sache ein Schriftwechsel stattfindet, geht die amtliche Correspondenz vorstefei.

§. 8. Es ist möglichst dafür zu sorgen, daß die nach den vorbegegangenen Bestimmungen portofreien Packetendungen in solchen Packeten zur Post gegeben werden, welche das Gewicht von 20 Pfund nicht übersteigen.

Dabei ist den Behörden empfohlen worden, da, wo directe Eisenbahn-Verbindungen bestehen, größere Pakete, wenn nicht besondere Gründe dagegen sprechen, als Frachtgut mit den Eisenbahnen zu versenden und die desfalligen Kosten aus ihren Fonds zu beitreten.

Packetendungen, welche nicht Schriften, Acten, dienstliche Listen, Tabellen oder Rechnungen, sondern andere Gegenstände, z. B. Porben, Mäster, Modelle, Maasse, Waagen und Gewichte, überhaupt Utensilien enthalten, haben nur bis zum Gewicht von 20 Pfund für jede abgehende Post auf Portofreiheit Anspruch, soweit nicht Ausnahmen hiervon ausdrücklich bestimmt sind.

Uebrigens sollen die Posten überhaupt nicht dazu benutzt werden:

- 1) um die Verendung von Acten auszuführen, welche dadurch notwendig wird, daß Registraturen verlegt, ganz oder theilweise geräumt, oder unbrauchbar gewordene Acten verkauft werden sollen.
- 2) um Behörden oder Beamten Schreibmaterialien zuzufenden und
- 3) um besonders umfangreiche Gegenstände, wie z. B. leere Fässer, Kisten, Kisten und andere Behältnisse, zu versenden.

Auch Geldsendungen sollen möglichst vermieden werden und es haben die Behörden die Zahlungen durch Abrechnungen und Anweisungen in allen den Fällen zu bewirken, in denen dies füglich geschehen kann.

§. 9 Auch für portofreie Sendungen muß entrichtet werden:

- 1) das Bestellgeld; die Bestellung mag am Orte der Post-Anstalt durch die gewöhnlichen Briefträger, oder außerhalb dieses Orts durch die Landbriefträger auszuführen sein;
- 2) das Packammer- oder Lagergeld;
- 3) die Insinuationsgebühr für Schreiben mit Insinuations-Documenten;
- 4) die Einablugsgebühr für baare Einablungen;
- 5) die Procurationgebühr für Verkauf-Sendungen und die Recommandations-Gebühr.

Bei Sendungen in reinen Staatsdienst Angelegenheiten bleiben diese Gebühren (Nr. 5.) außer Ansatz.

In Betreff der Sendungen nach dem Auslande sind zu unterscheiden:

I. Sendungen nach solchen fremden Staaten, welche zum deutschen Postvereine gehören.

- 1) Correspondenz Sendungen (Briefschaften).

Dergleichen Sendungen, welche in reinen Staatsdienst Angelegenheiten von Staats- und anderen öffentlichen Behörden des einen Postgebiets mit solchen Behörden eines anderen gewechselt werden, sind bis zum Gewichte von 1 Pfund einschließlich im ganzen Postvereine portofrei, wenn sie in der Weise,



wie es in dem Postbegirt der Aufgabe für die Berechtigung zur Portofreiheit vorgeschrieben ist, als Officialsache bezeichnet und mit dem Dienstsiegel verschlossen sind, auch auf der Adresse die absendende Behörde angegeben ist. Den Behörden sind jene alleinstehenden Beamten gleich zu achten, welche eine Behörde repräsentiren.

- 2) Fahrpost-Sendungen (Pakete und Gelder, Briefe mit declarirtem Werthe, mit baaren Einzahlungen und mit Postvorschußen).

Im ganzen Gebiet des Postvereins werden gewöhnliche Pakete mit Schriften und Acten in reinen Staatsdienst-Angelegenheiten von Staats- und anderen öffentlichen Behörden des einen Postgebiets mit solchen Behörden eines anderen, vom Abgangsbis zum Bestimmungsorte, portofrei befördert, wenn sie in der Weise, wie es in dem Postbegirt der Aufgabe für die Berechtigung zur Portofreiheit vorgeschrieben ist, als Staatsdienstsache bezeichnet und mit dem Dienstsiegel verschlossen sind, auch auf der Adresse die absendende Behörde angegeben ist. Den Behörden sind jene alleinstehenden Beamten gleich zu achten, welche eine Behörde repräsentiren.

Alle Fahrpost-Gegenstände anderer Art sind im Postvereins-Verkehr vom Abgangsbis zum Bestimmungsorte portopflichtig.

- II. Sendungen von solchen fremden Staaten, welche nicht zum deutschen Postverein gehören.

Vergleichen Correspondenz- und Fahrpost-Sendungen werden, sofern denselben nach den vorangegangenen oder folgenden Bestimmungen im Inlande die Portofreiheit zusteht, von dem Preussischen Porto freigelassen; eine Betreibung von der Entrichtung des ausländischen Porto tritt dagegen nicht ein, es sei denn, daß besondere Verträge für gewisse Sendungen die Portofreiheit auch auf den ausländischen Strecken zusichern.

Zweiter Abschnitt.

Ausnahme-Bestimmungen in Bezug auf einzelne Staatsdienst-Angelegenheiten.

§. 10. Versendung der Regierungen, Amtsblätter und der Gesetz-Sammlung.

Die Regierungen, Amtsblätter, die Gesetz-Sammlung nebst dazu gehörigen Sach-Registern werden bei ihrer Versendung an die Abonnenten portofrei befördert.

§. 11. In Angelegenheiten der Preussischen Bank.

In Angelegenheiten der Preussischen Bank, sowohl des Haupt-Bank-Directoriums als seiner Filial-Anstalten, tritt Portofreiheit in dem für die Portofreiheit in Staatsdienst-Angelegenheiten bestimmten Umfange mit folgenden Beschränkungen ein:

- 1) Die von der Bank ausgehenden Baarforderungen werden nur bis zum Gewichte von 600 Pfund mit jeder abgehenden Post portofrei befördert. Für das jedesmalige Mehrgewicht ist außer dem Gewicht-Porto auch die tarifmäßige Asscuranz-Gebühr zu erheben, wobei der Werth des 600 Pfund übersteigenden Mehrgewichts nach dem Verhältnisse dieses Gewichtes zu dem Gewichte der ganzen Sendung berechnet und von dem hiernach ermittelten Werthbetrage die Asscuranz-Gebühr in Anschlag gebracht wird. Das Gewicht von Sendungen in Papiergeld soll dabei nicht in Anschlag kommen;
- 2) die von Privatpersonen an die Bank eingehenden oder von der letzteren an Privatpersonen gerichteten Geldsendungen innerhalb der zu 1. bestimmten Grenze werden nur dann portofrei befördert, wenn die betreffenden königlichen Bankstellen ein besonderes Attest darüber geben, daß die fraglichen Sendungen wirklich und lediglich im Interesse der Bank erfolgen und daß in keiner Hinsicht das Interesse der Privatpersonen dabei obwaltet.

§. 12. Bau-Sachen.

Bausachen sind auch portofrei:

1) die Correspondenz der königlichen Bau-Beamten über die im Auftrage ihrer königlichen Behörde unterzubringenden Entreprisen mit den Duvriers oder Unternehmern, sobald diese Correspondenz lediglich auf die betreffende königliche Bau-Angelegenheit sich beschränkt, selbst nach eingegangener Entreprise. Dasselbe gilt von dergleichen Correspondenz der königlichen Behörden, wenn sie etwas das Interesse der bauenden Behörde betrifft. Die von den Duvriers oder Unternehmern ausgehende desfallige Correspondenz ist unbedingt auszutariren, das Porto jedoch auf Beiseinigung des königlichen Bau-Beamten oder der königlichen Behörde, daß der Brief, und zwar ausschließlich nur das königliche Interesse betreffe, sofort zu erstatten;

- 2) die in Kreis-, Provinzial- und Actien-Ebaufreebau-Angelegenheiten durch das Aufsichts-Interesse des Staats verursachte Correspondenz zwischen den königlichen Behörden und den betreffenden Commis-sionen und Gesellschaften;

3) Geldersparnisse, welche die bei öffentlichen Bau-Ausführungen (Chaussee, Eisenbahn, Festung, Kanal, u. Bauten) beschäftigten Arbeiter ihren Angehörigen in der Heimath zufließen lassen wollen, bei ihrer Versendung Seitens der betreffenden Behörde oder des von letzterer der Orts-Postanstalt namhaft zu machenden Beamten, an die Ortsbehörden. Dergleichen Sendungen müssen mit dem Dienstiegel der Behörde oder des absendenden Beamten verschlossen sein. Schriftliche oder andere Mittheilungen der Arbeiter dürfen diesen Sendungen nicht beigegeben werden.

§. 13. Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Sachen.

In Bergwerks-, Hütten- und Salinen-Sachen soll auch die Correspondenz der königlichen Behörden mit Privat-Bergwerks- und Hütten-Anstalten, wegen Ausübung des Ober-Aufsichtsrechts des Staats, namentlich wegen der terminlich einzureichenden Betriebs-Übersichten u., portofrei befördert werden.

§. 14. Cautions- Angelegenheiten.

Amtescautionen (in Gelde oder in Staatspapieren), sowie die dafür zu zahlenden Zinsen geben bei der Versendung zwischen königlichen Rassen portofrei, sind aber bei ihrer Versendung zwischen der ersten Receptur und den betheiligten Beamten portopflichtig. Dasselbe gilt von den auszuhändigenden oder zurückzuliefernden Cautions- Empfangscheinen.

§. 15. In Angelegenheiten der Chausseegeld-Einnahme.

Portofreiheit genießen:

- 1) die Dienst-Correspondenz der Chausseegeld-Einnehmer bei königlichen Hebestellen mit den vorgeordneten königlichen Behörden;
- 2) die an die vorgeordneten königlichen Behörden gerichteten Geldsendungen derjenigen Chausseegeld-Einnehmer, welche die Hebestelle für königliche Rechnung verwalten, wegen Geldsendungen derjenigen Einnehmer, welche die Hebestelle als Pächter für eigene Rechnung verwalten, portopflichtig sind.

In Ermangelung eines öffentlichen Siegels sind die hiernach portofreien Sendungen mit dem schwarzen Tagesstempel der Hebestelle zu verschließen.

§. 16. Collectengelder.

Alle von dem Evangelischen Ober-Kirchenrath, von den katholischen Bischöfen oder von den Provinzial-Behörden für Kirchen, Schulen und andere milde Zwecke, insbesondere auch für Freitische armer Studenten auszuscheidende Haus- und Kirchen-Collectengelder gehen bei der Versendung an die betreffenden Behörden oder Rassen unter öffentlichem Siegel portofrei.

Dasselbe gilt von Collectengeldern, welche mit Genehmigung der Behörden für arme Abgebrannte gesammelt worden sind, doch tritt für diese die portofreie Beförderung erst dann ein, wenn von dem General-Postamte bestimmt worden ist, zwischen welchen Personen resp. Behörden, und unter welchen Formen die Versendung geschehen muß.

§. 17. Denuncianten-Antheile in Steuerfällen.

Die Versendung von Denuncianten-Antheilen und Gratificationen, die aus Anlaß von Steuer- und Zoll-Contraventionen Seitens der Steuerbehörden an einzelne Empfänger gezahlt werden, soll portofrei erfolgen.

§. 18. Domainen-Rentgelder, Forst- und Contributionsgelder.

Wenn Seitens der Domainen- und Forst-Verwaltung Domainenpächter oder andere Personen für einen bestimmten Bezirk mit Einhebung von Domainen- oder Forstgällen, resp. mit Leistung von Zahlungen für Rechnung der Domainen- und Forst-Verwaltung amtlich beauftragt sind, so genießen die desfallsigen Geldsendungen zwischen solchen Domainen- resp. Forst-Untererbebern und den vorgeordneten königlichen Rassen Portofreiheit.

Dagegen bleiben portopflichtig:

- 1) der Pachtkins, welchen die Domainenpächter für die ihnen verpachteten Realitäten an die Regierungen-Hauptkassen oder sonstige ihnen contractlich bezeichnete königliche Rassen einzusenden haben;
- 2) der Geldverkehr zwischen den königlichen Forstkassen und solchen Forst-Untererbebern, welche von den Forstkassen-Rendanten privatim angenommen worden sind.

§. 19. Eichungs-Sachen.

Sendungen von Gewichtsstücken zwischen den Zoll- und Steuer-Behörden einerseits und den Eichungs-Commissionen oder Eichungs-Ämtern andererseits, welche durch die gesetzlich angeordnete dreijährige Prüfung der Zollgewichte herbeigeführt werden, gehen

- 1) auf Eisenbahn-Courren bis zum Gewichte von 20 Pfund mit jeder abgehenden Post,
- 2) auf anderen Courren bis zum Gewichte von 100 Pfund mit jeder abgehenden Post portofrei.

Maasse und Gewichte, welche an Eichungs-Kemter zum Eichen gesendet und von diesen remittirt werden, sind in allen Fällen portofrei.

§ 20. Gen. armere Sachn.

Portofrei sind:

- 1) die Dienstberichte, welche die Gendarmen an die landrätlichen Behörden und bei außerordentlichen Ereignissen dem Ersten Wachmeister und dem Chef der Land-Gendarmerie zu erstatten haben,
- 2) Gendarmerie-Effecten, welche zur dienstlichen Kleidung und Ausrüstung zwischen dem Chef der Land-Gendarmerie und den Gendarmerie-Behörden und zwischen der Oekonomie Commission der Land-Gendarmerie und einzeln stationirten Gendarmen oder Stationen zur Versendung kommen, mit der Beschränkung des Freigewichts auf 20 Pfund für jede abgehende Post von einem und demselben Absender an eine und dieselbe Gendarmerie-Behörde oder Station, nach Aufgäbe der in dieser Beziehung über die Portofreiheit der Militair-Effecten getroffenen Bestimmungen.

§ 21. In Impfungs-sachen.

In Impfungs-sachen geht portofrei: die Correspondenz der Behörden und Medicinal-Beamten unter öffentlichem Siegel, desgleichen die Versendung von Lymphen Seitens der Königl. Schutz-Impfungs-Anstalt in Berlin und der Kreis-Physikate.

Auch sollen die von den Ortsbehörden in der Eigenschaft als Impfstations-Vorstände gesammelten Impfkosten bei der Einfindung an die Landratsämter oder Kreisstellen portofrei befördert werden.

§ 22. Invaliden-Anstellung- und Unterstützung-sachen.

Es soll jedem Invaliden, welcher sich bei der Postanstalt seines Wohnorts als zur Versorgung qualificirt ausweisen hat, gestattet sein, vierteljährlich einen Brief in seinen Anstellungssachen an irgend eine beliebige Behörde mit der Post portofrei zu versenden und eben so oft eine Resolution in dergleichen Angelegenheiten portofrei zu empfangen. Invaliden-Unterstützungsgelder, die aus Königl. Fonds oder in Folge der vom Staate angeordneten Collecten gezahlt werden, sind bei ihrer Versendung zwischen Königl. Behörden und Kassen, oder von denselben, ebenfalls portofrei.

§ 23. All. ob. Cabinets-Schreiben und Gnadengeschenke.

Allerböchte Cabinets-schreiben gehen portofrei, wenn sie mit dem Portofreiheits-Merkmale versehen sind. Sind Allerböchte Cabinets-schreiben auf Immediat-, Unterstützungs- u. d. d. Wünsche von Privatpersonen ohne einen solchen Vermerk an die betreffenden Provinzial-Behörden gerichtet, so ist das Porto dafür zu zahlen und von der betreffenden Privatperson wieder einzuzahlen. Kann solches wegen Armuth der Leuten nicht geschehen, so ist das Porto den Behörden gegen Ausgabe der desfalls zu bescheinigenden Adresse zu erstatten.

Königliche Gnadengeschenke und Unterstützungen sind portofrei zu befördern.

§ 24. Landes-Güter-sachen.

In Angelegenheiten der Abloosen, Dienstaufhebungen, Gemeinheitsbeisungen und Regulirungen der gütsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse sollen ausnahmsweise portofrei befördert werden:

- 1) die Correspondenz
 - a) mit Kirchen Königl. Patronats,
 - b) mit unvermögenden Privatkirchen, Pfarren und Schulen, und
 - c) mit armen Parteien.

Ist jedoch bei dergleichen Sendungen eine andere, nicht arme Partei beihellig, so findet diese Portofreiheit keine Anwendung, vielmehr muß alsdann die Zahlung des vollen Portos erfolgen.

Daß eine Privatkirche, Pfarre oder Schule als unvermögend anzusehen ist, muß der General- oder Special-Commission nach der Bestimmung des §. 4. unter Nr. 4. des Gesetzes, betreffend den Anlag und die Erhebung der Gerichtskosten vom 10 Mai 1851, Gesetz-Sammlung Seite 622, bescheinigt sein. In so weit aber in dergleichen Angelegenheiten unvermögender Privatkirchen u. s. w. Ansprüche, welche lediglich das zeitliche Interesse derjenigen, welchen die Leistungen des betreffenden Vermögens für ihre Person zufließt, zugleich mit verhandelt werden, haben letztere, wenn sie sich nicht etwa zum Armenrechte qualificiren, das durch ihre Concurrenz entstandene Porto zu tragen.

Das Armenrecht einer Partei muß nach der Bestimmung des §. 5. des Gesetzes vom 10. Mai 1851 den General- oder Special-Commissionen nachgewiesen sein;

- 2) der Schiffswechsel der General- und Special-Commissionen mit den Königl. Regierungen, Landrats- und Steuerämtern wegen Vertheilung der Abgaben auf die bei Regulirung der gütsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse abgetretenen Grundstücke, imgleichen die Versendung der Acte in

Separationsfachen der Kirchen, Schulen und milden Stiftungen an die Staatsbehörden, denen die Oberaufsicht obliegt;

- 3) die Correspondenz, welche die General- und Special-Commissionen wegen der an Commissarien, Sachverständige oder Zeugen zu leistenden Zahlungen zu führen haben und die aus den Staatskassen, insbesondere aus den Kassen der General-Commissionen an Commissarien, Sachverständige und Zeugen zu zahlenden Gebühren und Auslagen, wegen der Correspondenz wegen der von den Parteien einzuwendenden an königliche Kassen, Commissarien, Sachverständige oder Zeugen zu berichtenden Gelder der Portozahlung unterliegt, wobei es keinen Unterschied macht, ob eine solche Partei aus einem einzelnen Interessenten oder aus ganzen Gemeinden besteht. Es soll jedoch in den Fällen, in welchen von der Auseinanderlegungs-Behörde nachgegeben ist, daß dergleichen Gelder in Abschlagszahlungen an die Steuer-Empfangskasse abgeführt werden, diese als erste Receptur angelehen werden.

Endlich soll

- 4) von portofreichtigen Acten-Sendungen, wenn sie in Packetform unter der Bezeichnung: „Guteberichtlich-bäuerliche Regulirungssachen, Porto-Moderation laut Allerhöchster Ordre vom 26. April 1836“

von den General- oder Special-Commissionen zur Versendung eingeliefert werden, nicht das Brief-, sondern nur das Güter-Porto erhoben werden.

Auf Sendungen in Briefform bis 16 Loth findet diese Bestimmung keine Anwendung.

§. 23. In Angelegenheiten der beiden Häuser des Landtags.

Während der Dauer der Sitzungen des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten sind portofrei:

- 1) alle Briefe und Acten-Sendungen, welche an die Präsidenten des Herrenhauses und des Hauses der Abgeordneten, oder an die Häuser direct adressirt sind, oder welche von den Präsidien abgeleitet werden, sofern diese Sendungen mit dem Vermerke:

„Angelegenheiten des Herrenhauses“,

oder:

„Angelegenheiten des Hauses der Abgeordneten“

bezeichnet, mit dem Stempel des Hauses bedruckt und mit der Namensunterschrift oder dem Namensstempel des Präsidenten, oder mit der eigenhändigen Namensunterschrift des Bureau-Directors versehen sind;

- 2) Briefe bis zum Gewichte von 2 Loth, welche an die Mitglieder des Herrenhauses oder des Hauses der Abgeordneten, unter Bezeichnung dieser Eigenschaft nach Berlin adressirt sind, oder von denselben in Berlin zur Post gegeben werden, sofern die Briefe von dem Mitgliede handchriftlich mit seinem Namen bezeichnet sind.

Ausgenommen von der portofreien Beförderung sind jedoch die couvertirten regelmäßigen Versendungen von Zeitungen und Tagesblättern.

Außerdem sind

- 3) nach dem Schlusse der Sitzung die zu den Verhandlungen der Häuser abhörigen Drucksachen, deren Ueberbringung an die Mitglieder noch erforderlich wird, portofrei zu befördern, so weit die Versendung durch die betreffenden Bureau's unmittelbar unter deren Siegel und unter Bezeichnung des Inhalts und dessen Beglaubigung durch die eigenhändige Namensunterschrift des Bureau-Directors stattfindet.

§. 26. Königliche Lotterie: Sachen.

Die Correspondenz, Pacete mit Lotterie-Akten, Loosen, Registern und Rechnungen, sowie die Geldsendungen von der General-Lotterie-Direction an die von derselben angestellten Einnahmer, oder von diesen an die gedachte Behörde sind portofrei, wegen der Correspondenz, Geld und Packet Sendungen der angestellten Lotterie-Einnahmer und ihrer Untereinnahmer unter einander, dergleichen die Correspondenz u., welche blos das Interesse einzelner Privatpersonen in Lotterie-Angelegenheiten zum Gegenstande hat, der Portozahlung unterliegen.

§. 27. Münz: Sachen.

In Angelegenheiten der königlichen Münze sind:

- 1) die von der königlichen Münze an die königlichen Regierungen und deren Kassen abgehenden Scheidemünz-Sendungen,

2) alle Gold- und Silber-Sendungen, welche an die königliche Münze eingehen, mit dem Vorbehalte portofrei, daß der Postverwaltung diejenigen baaren Auslagen zu erstatten sind, welche

dieselbe für die Beförderung der Sendungen an extraordinären Post-Transportkosten und Eisenbahnfracht-Gebühren zu entrichten hat. Die Ermittlung dieser baaren Auslagen und deren Liquidirung erfolgt nach der Verfügung vom 2. März 1853 (Post-Amtsblatt-Seite 139).

Von der Portofreiheit ausgeschlossen sind die Metallsendungen, welche fremde Regierungen der Münze zum Ausprägen zugehen lassen.

Die von der königlichen Münze an Privatpersonen für eingelieferte Metalle abzufendenden Gelder (Münzgelde) sind portofrei.

Die in den Klingebenteln vorgefundnen ungültigen Münzsorten sind, wenn sie von den Geistlichen und Kirchenvorständen — in Perioden von 2 bis 3 Jahren — an die königliche Münze eingeliefert werden, ebenso wie der von der königlichen Münze dafür zu vergütende Metallwerth, portofrei zu befördern.

§ 28. Vapptolirliche Angelegenheiten.

Die Correspondenz, welche zwischen den Behörden dadurch hervorgerufen wird, daß Wanderbücher, wenn sie abgelaufen sind und erneuert werden sollen, nicht an dem Orte, wo sich der Inhaber aufhält, sondern nur an dem Heimathsorte erneuert werden können, soll mit den Wanderbüchern und der dafür zu entrichtenden Stempelgebühr portofrei befördert und wenn der Betrag der Stempelgebühr durch Postverschuss eingezogen wird, Procuregebühr nicht erhoben werden.

Ortsbehörden, welche im Auftrage der Landtrahsämtler Reisepässe und Paßkarten an die Extrahenten ausändigen und die Gebühren dafür einziehen, sind als erste Receptur anzusehen und dürfen diese Gebühren portofrei an die Kreisasse abführen.

§ 29. In Angelegenheiten der Rentenbank-Directionen.

Die den Rentenbank-Directionen übertragenen Geschäfte genießen Portofreiheit.

§ 30. Salz-Debits-Eachen.

Das Comtoir der königlichen Salz-Schiffahrt in Berlin und die Salz-Sellereien haben keinen Anspruch auf Portofreiheit. Es sollen jedoch:

- 1) die dienstlichen Erlasse der königlichen Behörden an das Comtoir der königlichen Salz-Schiffahrt in Berlin oder an dessen Schiffahrts-Expedition in Schönebeck,
- 2) die rein dienstliche Correspondenz zwischen den Salzsellern und den königlichen Behörden portofrei befördert werden.

§ 31. Sanitäts-Angelegenheiten.

Die den Kreis-Physici zugehenden amtlich verordneten Anzeigen der Aerzte, Chirurgen, Thierärzte und Hebammen über Krankheitsfälle sollen unter der Rubrik:

„Krankheits-Anzeigen“

portofrei befördert werden.

Sanitätsberichte der königlichen Regierungen, welche auf Anordnung der letzteren unter den Medicinal-Personen der Provinz circuliren, sind bei diesen Verwendungen ebenfalls portofrei. Wofern inbess dabei die Anwendung eines Dienstsigels ermangelt, ist die Versendung offen oder unter Kreuz- oder Streifband zu bewirken.

§ 32. Staatschulden-Angelegenheiten.

Bei Ausreichung neuer Zins-Coupons

zu Staatschuldscheinen und anderen Staatschuld-Verschreibungen,

zu Kur- und Reumärtischen Schuldverschreibungen,

zu den Rentenbriefen und den Schuldverschreibungen der Paderborner und der Eichsfeldischen Tilgungskassen,

zu den Stamm- und Prioritäts-Actien und den Prioritäts-Obligationen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn, und

zu den Stamm- und Prioritäts-Actien der Münster-Hammer Eisenbahn,

sollen, unter Vorbehalt des Widerrufs, die betreffenden Staatschuldscheine, Schuldverschreibungen, Prämien-scheine, Rentenbriefe und Actien, und die dazu gehörigen Coupons, wenn sie zwischen königlichen Kassen und zwischen diesen und Privatpersonen zu dem gedachten Zwecke und innerhalb der zur Ausreichung der neuen Coupons bestimmten Frist zur Verendung gelangen, unter der Bezeichnung:

„Staatschuldscheine u. s. w. zur Verfügun neuer Coupons, resp. mit neuen Coupons“

portofrei befördert werden.

Ebenso soll die Beförderung

- a) der von den königlichen Kassen über den Eingang der betreffenden Staatschuldscheine u. s. w. an die Einlieferer zu überfendenden Quittungen;

- b) der Aufforderungen der Königlichen Behörden zur Wiedereinreichung dieser Quittungen und zur Ein-
sendung der Quittungen über den Rückempfang der Staatsschuldscheine u. s. w. und die Befähigung der Coupons;
c) der Sendungen, mit welchen die ad b. genannten Quittungen eingereicht werden, unter dem Rubrum:
„Angelegenheiten, betreffend die Ausreichung neuer Zins-Coupons zu Staatsschuldscheinen u. s. w.“,
portofrei erfolgen.

§. 33. Stempel-Angelegenheiten.

In Stempel-Angelegenheiten sind insbesondere portofrei:

- 1) die Stempelmaterien, welche das Haupt-Stempelmagazin in Berlin von Berlin nach den Provinzen versendet, bis zum Gewichte von 700 Pfund mit jeder abgehenden Post, doch darf jedes einzelne Paket das Gewicht von 100 Pfund nicht übersteigen. Werden durch dergleichen Sendungen unterwegs besondere Kleipferdefolien veranlaßt, so können dergleichen Sendungen zur Ersparung dieser Kosten jedoch nur um höchstens zwei Posttage zurückgehalten werden;
- 2) die Sendungen von Stempelpapier Seitens einer Stempel-Distribution an Notare, welche dadurch notwendig werden, daß sich an dem Wohnorte des Notars eine Stempel-Distribution nicht befindet, und er die zu seinen Acten nöthigen Stempel von einer auswärtigen Distribution beziehen muß, dergleichen die diesjährige Correspondenz und Geldsendungen zwischen der Stempel-Distribution und dem Notar;
- 3) die Correspondenz, welche in Stempel-Revisions-Angelegenheiten zwischen den Königlichen Provinzial-Steuer-Verwaltungen und Stempel-Fiscalen einerseits und den Notaren, sowie den sonst zu revolvirenden Stellen andererseits geführt wird.

In Erbschafts-Stempel-Angelegenheiten steht den Steuer- und Stempelpflichtigen die Portofreiheit grundsätzlich nicht zu.

In der Rheinprovinz werden die Erbschafts-Stempel-Angelegenheiten nicht von den Gerichtsbehörden, sondern von dem Stempel-Fiscalat regulirt.

In diesen Angelegenheiten sind portopflichtig:

- 1) die Aufforderung des Stempel-Fiscalats an die Erben, zur Anmeldung der Erbschaftsfälle und zur Declaration der Erbschaften;
- 2) die Einwendung der Inventarien und Beläge von den nach §§. 16. und 17. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 stempelpflichtigen Erbschafts Vermächtnissen oder Schenkungen an das Stempel-Fiscalat;
- 3) die darauf bezüglichen Rückfragen, wenn sie durch die Schuld oder Verjaumniß der Erben veranlaßt worden sind;
- 4) die Versendung der Feststellungs-Atteste des Stempel-Fiscalats und der Stempelbogen an dasselbe, sowie die Beibringung desselben über die geschehene Beibringung der Stempel.

Dagegen sind portofrei:

alle Sendungen des Stempel-Fiscalats und der Erben, hinsichtlich derjenigen Erbschafts-Stempel-Regulirungs-Angelegenheiten, die entweder gar nicht stempelpflichtig sind, oder bei denen die Stempelpflichtigkeit noch zweifelhaft ist, sowie alle diejenigen Verhandlungen, die lediglich das fiscalische Interesse betreffen und nicht durch die Schuld der Erben herbeigeführt worden sind.

Diese Bestimmungen finden auch Anwendung auf den Schriftwechsel, welcher zwischen dem Stempel-Fiscalat und den Bürgermeistereien in Erbschafts-Stempel-Regulirungs-Angelegenheiten geführt wird. Die betreffenden Steuerbehörden und das Stempel-Fiscalat sind angewiesen, diejenigen Fälle, welche portofrei behandelt worden sind und hiernächst als stempelpflichtig, mithin auch als portopflichtig befunden werden, den Postanstalten zur Nachtragung und Erhebung des Porto anzuzeigen.

Deshalb sind die in diesen Angelegenheiten stattfindenden portofreien Rubricirungen überall zu respectiren. Bei Stempel-Strafgebern gilt diejenige Behörde als erste Receptor, welche die Stempelstrafe festgesetzt hat und bei Stempel-Nachforderungen die der Stempel-Revision unterworfenen Stelle.

§ 34. Steuer-Eachen.

Es sollen ausnahmsweise:

- 1) bei der Klassensteuer,
- 2) bei der Grundsteuer,
- 3) bei der Gewerbesteuer,
- 4) bei den Schöfsgeldern (Hufen-, Siebelschoß- und Biergelbern),
- 5) bei den Servisgeldern,

6) bei den Renten in Rentenbank-Angelegenheiten und

7) bei den Domainen-Amortisations-Renten

die mit der Einziehung dieser Steuern und Renten zur königlichen Kasse beauftragten Communal-Behörden und Communal-Empfänger als erste Receptur angeleben werden.

Grundsteuer Gelder, welche in der Ober- und Nieder-Baußig von den Ortsberhebern an die ständischen Rassen eingehendet werden, sind portofrei.

Werden in Gewerbesteuer-Rekurs-Angelegenheiten die Begutachtungen der Reclamationen von den Abgeordneten der betreffenden Gewerbesteuer Klasse schriftlich in der Form von Rundschreiben gefordert, so soll die Circulation der desfallsigen Schreiben portofrei erfolgen, wenn von dem betreffenden Landrathe oder von der betreffenden Regierung jeder solchen Sendung von Schriften ein offener beigelagerter Begleitschein in Form eines Rundschreibens beigefügt und darin bemerkt wird, daß der Gegenstand der Sendung eine Gewerbesteuer-Reclamation betrifft, über welche das Gutachten der jedesmal zugleich namhaft zu machenden Abgeordneten der betreffenden Steuer-Gesellschaft eingeordert werde, und wenn die betreffenden Abgeordneten die ihnen zugegangenen Schriften und ihr Gutachten mit ihrem Privatstempel verschließen und als Legitimation für die portofreie Weitersendung den obengedachten offenen Begleitschein unter Kreuzband beifügen.

§ 35. In Angelegenheiten der Untersuchungs- und Strafanstalten.

Die Ueber Verdienstgelder, welche zum Vortheil gerichtlicher Straf- und Untersuchungs Gefangener Seitens der Gerichte an die Ortsobrigkeiten, oder zum Vortheil der aus den Strafanstalten entlassenen Sträflinge Seitens der Strafanstalts-Directionen entweder, wie es der Regel nach geschieht, an die Ortsobrigkeiten der künftigen Wohnorte der Sträflinge, oder an einen, an solchen Orten bestehenden Verein zur Fürsorge für entlassene Sträflinge, oder an die betreffenden Kreisbehörden verhandelt werden, sind bei dieser ihrer Vergebung portofrei.

Werden in königlichen Strafanstalten detinirte Gefangene nach Maßgabe des Gesetzes vom 11. April 1854 außerhalb der Anstalt beschäftigt, so sollen die durch solche Beschäftigung veranlaßten dienstlichen Correspondenzen und Acten-Sendungen zwischen den Strafanstalts-Directionen und den Beamten, denen die Beaufsichtigung der Gefangenen übertragen ist, in soweit die Acten das Gewicht von 20 Pfund nicht übersteigen und die Geldsendungen der Strafanstalts-Directionen an solche Beamte portofrei befördert werden.

Wenn Geistliche der königlichen Strafanstalten auf Veranlassung der vorgelegten Behörden sich mit der Unterbringung und dem weiteren Fortkommen der entlassenen Sträflinge beschäftigen, so sind außer den dienstlichen Communicationen mit den königlichen Behörden auch portofrei:

- 1) die desfalls stattfindende Correspondenz zwischen den geachteten Geistlichen und Privatpersonen,
- 2) die von genannten Geistlichen an Privatpersonen abzuwendenden Pakete mit Kleibungsstücken oder Erbauungsbüchern für die entlassenen Sträflinge bis zum Gewichte von 5 Pfund.

Sämmtliche Briefe und Adressen ad 1. und 2. sowie die unter und bis zu 1 Pfund schweren Pakete sind offen oder unter Kreuz- oder Streifband und unter dem Vermerk:

„Strafanstalts-Angelegenheit“

zu versenden.

§ 36. In Angelegenheiten, betreffend den Transport und die Verpflegung von Vagabonden und Gefangenen.

Geldsendungen, welche von königlichen Strafanstalts-Directionen für den Transport von Vagabonden und sonstigen Gefangenen an Eisenbahn-Verwaltungen zu zahlen sind, sowie die zwischen den Eisenbahn-Verwaltungen resp. deren Beamten und den Strafanstalts-Directionen wegen des Transports von Vagabonden und Gefangenen zu führende Correspondenz sind portofrei.

Die Correspondenz muß offen oder unter Kreuz- oder Streifband aufgegeben werden.

Im Uebrigen haben Vagabonden: zc. Transport- oder Verpflegungsgelder nur dann auf Portofreiheit Anspruch, wenn sie aus königlichen Fonds oder als Auslagen an andere Behörden aus Landarmen-Fonds zu zahlen sind.

In der Regel sollen dergleichen Gelder gleich durch die zurückgehenden Transporteurs erstattet und die Verendung mit der Post hierdurch vermieden werden.

§ 37. Angelegenheiten der königlichen allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt.

In Angelegenheiten der königlichen allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt werden portofrei befördert:

- 1) die Correspondenz der General-Direction der allgemeinen Wittwen-Verpflegungs-Anstalt mit den königlichen Behörden, sowie mit ihren Commissarien, in sofern dieselbe das allgemeine Interesse der Anstalt betrifft;

- 2) die Wittwen-Kassen-Beiträge, welche von den Behörden den auf ihren Etats stehenden Beamten in Abzug gebracht und entweder an die allgemeine Wittwen-Kasse unmittelbar, oder an die Haupt-, beziehungsweise Instituten-Kassen der königlichen Regierungen oder andere königliche Kassen zur weiteren Beförderung an die allgemeine Wittwen-Kasse versendet werden;
- 3) diejenigen Gelder, welche von der allgemeinen Wittwen-Kasse an die Haupt-, beziehungsweise Instituten-Kassen der königlichen Regierungen als Zuschüsse zu den aus diesen Kassen zu zahlenden Wittwen-Pensionen, wenn die den Beamten von ihren Besoldungen abgezogenen Beiträge nicht ausreichen, abgeleitet werden.

Alle anderen Sendungen, insbesondere Geldsendungen in Bezug auf die Verwaltung der Anstalt, Wittwen-Kassen Beiträge, welche von einzelnen Personen an die gedachten Behörden und Kassen eingeleitet werden, Beiträge, welche an einzelne Interessenten verhandelt werden, und alle Sendungen an die einzelnen Interessenten oder von denselben unterliegen der Portozahlung.

§. 38. Zollvereins-Eachen.

In Angelegenheiten des Zollvereins sind portofrei:

- 1) Briefe und Pakete mit Acten bei ihrer Versendung zwischen den Behörden und Beamten der Vereinsstaaten im ganzen Umfange des Zollvereins;
- 2) Pakete mit Rechnungen, Schriften und Drucksachen, welche von dem Central-Bureau des Zollvereins in Berlin an die Regierungen des Zollvereins-Staaten versandt werden, mit Vorbehalt des Widerrufs und mit der Maßgabe, daß die portofrei zu befördernden Pakete einzeln das Gewicht von 20 Pfund nicht übersteigen dürfen.

Dritter Abschnitt.

Vorschriften über den Umfang der Portofreiheit bestimmter staatlicher oder anderer öffentlichen Corporationen und Institute.

§. 39. Die in dem nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten öffentlichen Corporationen und Institute genießen in ihren Angelegenheiten Portofreiheit nur in dem in dem Verzeichnisse ausdrücklich bestimmten Umfange. Steht ihnen hiernach die portofreie Versendung von Paketen zu einem Gesamtgewichte von mehr als 20 Pfund zu, so darf dennoch jedes einzelne Paket das Gewicht von 20 Pfund nicht übersteigen, wenn es auf portofreie Beförderung Anspruch haben soll.

Vierter Abschnitt.

Äußere Beschaffenheit der portofreien Sendungen.

§. 40. Soll eine nach den vorhergegangenen Bestimmungen portofreie Sendung von den Postbeamten als solche anerkannt werden, so muß sie, soweit specielle Vorschriften nicht ausdrücklich ein Anderes bestimmen,

- 1) mit einem öffentlichen Siegel verschlossen und
- 2) auf der Adressseite mit dem Portofreiheitsvermerke versehen sein.

Bei Sendungen, welche von einem lebenden königlichen Beamten ausgehen, welche keine königliche Behörde repräsentiren, und an andere einzeln stehende Beamte, oder an Privatpersonen, oder an nicht königliche Behörden (S. 1. Absatz 2.) und insbesondere von den im dritten Abschnitte bezeichneten öffentlichen Instituten ausgehen, muß

- 3) der Portofreiheitsvermerk vorschriftsmäßig beglaubigt sein (§. 43.).

§. 41. Verschluss.

Ausnahmsweise soll den Sendarmen gestattet sein, ihre Dienstberichte (§. 20) in Ermangelung eines Dienstiegels mit ihrem Privatstempel zu verschließen.

Dasselbe soll den Salzseilern, den städtischen und Communal-Förstern, Unterförstern und Waldwärttern in Betreff der nach §. 30. und resp. nach der Bestimmung unter Nr. 11. des Verzeichnisses portofreien Dienst Correspondenz in Staatsdienst-Aufsichtssachen gestattet sein.

Walten in diesen Fällen Bedenken über die dienstliche Eigenschaft des Absenders ob, so muß diese auf Verlangen der Postankalt, bei welcher die Einlieferung erfolgt, näher nachgewiesen werden.

§. 42. Portofreiheits-Vermerk.

Die Bezeichnung

„Königliche Dienstsache“

reicht für alle diejenigen Sendungen aus, welche in Staatsdienst-Angelegenheiten nach den allgemeinen Grundsätzen im ersten Abschnitte portofrei befördert werden.

Bei Sendungen, für welche Portofreiheit auf Grund der Bestimmungen des zweiten und dritten Abschnitts in Anspruch genommen wird, muß der Portofreibei's-Bemerkel in genereller Fassung die Angelegenheit bezeichnen, für welche die Portofreiheit in Anspruch genommen wird, z. B. „Dienst-Cautionsgelder“, „Allgemeine Kirchensache“, Cathedral-Steuergerlder“ u. s. w., damit der Postbeamte durch eine Vergleichung des Inhalts des Portofreibei's-Bemerkels mit den über die Portofreiheit ergangenen Bestimmungen beurtheilen kann, ob der Sendung die Portofreiheit zusteht.

§. 43. Beglaubigung.

Die Beglaubigung des Portofreibei's-Bemerkels erfolgt dadurch, daß der absendende Beamte oder der Vorsteher der im §. 40. bezeichneten mittelbaren Behörden und öffentlichen Institute dem Portofreibei's-Bemerkel seine Namensunterschrift und seinen Stand oder amtlichen Character eigenhändig hinzusetzt. Die Vorsteher der erwähnten Behörden und öffentlichen Institute können zwar einen ihnen beigegebenen Bureau-Beamten ein- für allemal beauftragen, für sie den Portofreibei's-Bemerkel durch ihre Namensunterschrift zu beglaubigen, sie müssen jedoch, wenn die Beglaubigung durch die Namensunterschrift des Beauftragten von den Postbeamten berücksichtigt werden soll, den Beauftragten der Orts-Postanstalt namhaft machen. Ebenso muß diese von Stellvertretungen, durch welche eine Veränderung in der Person des zur Beglaubigung berechtigten Beamten u. s. w. eintritt, in Kenntniß gesetzt werden.

Unterbeamte dürfen mit der Beglaubigung des Portofreibei's-Bemerkels nicht beauftragt werden.

Wegen Angabe der absendenden Behörde auf der Adresse bei portofreien Correspondenzen und Sendungen im Postvereins-Verkehr siehe §. 9.

§. 44. Entspricht die äußere Beschaffenheit der Sendung den Vorschriften der §§. 40. bis 43. in der einen oder anderen Beziehung nicht, so muß die Sendung von den Postanstalten als portofreischädlich behandelt und ausgetrigt werden, auch wenn dieselbe an eine königliche Behörde gerichtet sein sollte. Dabei ist der Grund der Ausgetrigung auf der Adresse kurz zu vermerken, z. B. öffentliches Siegel fehlt, Beglaubigung fehlt.

Wird in dergleichen Fällen die Portofreiheit der Sendung

a) durch Verzeigung des Inhalts, oder

b) bei Sendungen an königliche Behörden durch Namhaftmachung des Absenders und kurze Angabe des

Inhalts der Sendung und deren Bezeichnung auf dem Couvert dargelegt, so wird das vom Adressaten erhobene Porto demselben erstattet, der absendenden Behörde aber von der Nichtbeachtung der betreffenden Vorschrift zur Abstellung ähnlicher Versehen von der betreffenden Postanstalt Nachricht gegeben.

Die Erstattung des Porto erfolgt nur gegen Rückgabe des Couverts oder einer mit allen Postzeichen versehenen beglaubigten Abschrift desselben.

Fünfter Abschnitt.

Controllirung der portofreien Rubriken.

§. 45. Es gehört zu den dienstlichen Obliegenheiten aller Behörden und Beamten, jede Verstärkung der Porto-Einnahme durch mißbräuchliche Anwendung des Portofreibei's-Bemerkels von der Staatskasse abzuwenden und insbesondere streng darüber zu wachen, daß

1) nur solche Sendungen unter dem Vermerke der Portofreiheit abgelassen werden, denen die Portofreiheit zugestanden ist, daß ferner

2) bei portofreien Sendungen die Vorschriften der §§. 40. bis 43. über die äußere Beschaffenheit einer portofreien Sendung genau beachtet werden, und daß endlich

3) bei eingehenden, mit dem Portofreibei's-Bemerkel versehenen Sendungen sorgfältig geprüft wird, ob der Sendung die Portofreiheit auch zusteht, und wenn solches nicht der Fall ist, der Orts-Postanstalt unter Beifügung des Couverts oder einer, mit allen Postzeichen versehenen beglaubigten Abschrift desselben, mit Bezeichnung des Absenders und kurzer Angabe und Bezeichnung des Inhalts, sowie bei Sendungen von Behörden mit Angabe der Expeditionsnummer, von der mißbräuchlichen Anwendung des Portofreibei's-Bemerkels Nachricht gegeben wird.

§. 46. Die Postbehörden und Postbeamten sind nicht nur befugt, sondern auch verpflichtet, die mit dem Portofreibei's-Bemerkel versehenen Sendungen in Abicht auf die Anwendbarkeit dieses Vermerkes zu kontrolliren, und, wenn begründete Zweifel gegen die Anwendbarkeit der Portofreiheit obwalten, die Sendung bis zur näheren Ausweisung über den portofreien Inhalt mit Porto zu belegen.

Bei Ausführung der Controle soll jedoch, zur Vermeidung jeder unzeitigen Beschäftigung der Behörden, mit Vorsicht und möglicher Schonung zu Werke gegangen werden. Wollen begründete Zweifel gegen die Anwendbarkeit der Portofreiheit ob, so wird auf die Adresse der Vermerk gesetzt:

„bis zur näheren Ausweisung über die Portofreiheit“
und wenn der Adressat die Erstattung des von ihm erhobenen Portos verlangt, damit auf gleiche Weise wie in dem §. 44. bestimmten Falle verfahren.

Ergiebt sich bei Vorzeigung des Inhalts der Sendung, oder bei Sendungen an Behörden aus der Bescheinigung des Inhalts auf der Adresse, daß eine portoflichtige Sendung mit dem Portofreiheits Vermerke versehen worden ist, so hat die distribuirende Post-Anstalt der Post-Anstalt des Ausgabeortes von dem Falle unter Mittheilung der Beweisstücke, Nachricht zu geben.

Diese zieht vom dem Absender (auch von der absendenden Behörde) das Porto für die Sendung und das einfache Briefporto für die Rücksendung ein, und veranlaßt das Erforderliche in Abticht auf die Einleitung der Untersuchung wegen Porto Contravention gegen den Absender. Die Einleitung der Untersuchung bleibt jedoch bei Sendungen von Behörden auf diejenigen Fälle beschränkt, in welchen sich ergiebt, daß der betreffende Beamte bei der mißbräuchlichen Anwendung des Portofreiheits Vermerks durch ein eigenes persönliches Interesse geleitet worden ist, insbesondere keine amtliche Stellung dazu gemißbraucht hat, Privat-sendungen unter dem Portofreiheits Vermerke abzusenden oder portofreien dienstlichen Sendungen Privat-mittheilungen beizufügen.

In allen übrigen Fällen der unrichtigen Anwendung des Portofreiheits Vermerks muß bei der absendenden Behörde die Rüge im Disciplinarwege gegen den betreffenden Beamten beantragt werden.

Zu diesem Zwecke sind die Acten der vorgelegten Ober-Post-Direction zu überreichen, welche die Rüge gegen den betreffenden Beamten bei dessen vorgesetzter Dienstbehörde zu beantragen und sich davon Kenntniß zu verschaffen hat, daß dergleichen mißbräuchliche Anwendungen des Portofreiheits Vermerks nicht ungerügt bleiben.

Sollten sich bei einer und derselben Behörde die Fälle einer mißbräuchlichen Anwendung des Portofreiheits Vermerks oft wiederholen, so ist die Abstellung solcher Mißbräuche bei der höheren Behörde zu beantragen oder, nach Bewandniß der Umstände, an das General-Post-Amt zur weiteren Veranlassung zu berichten.

§ 47. Wird bei Sendungen, welche entweder wegen Mängel in der äußeren Beschaffenheit (§§. 40. bis 43.) oder wegen begründeter Zweifel über die Anwendbarkeit der Portofreiheit (§. 40.) anstößig worden sind, die Zahlung des Portos und in Folge dessen die Annahme der Sendung verweigert, so sind dergleichen Sendungen von den Post-Anstalten als unbestellbar zu behandeln und an die Post-Anstalt des Abgangeorts zurück zu schicken. Ist jedoch eine solche Sendung von einer königlichen Behörde abgelaufen worden und wird Seitens des Adressaten deren portofreie Verabfolgung verlangt, so ist dieser zwar kein Anstand zu geben, in solchen Fällen aber eine genaue Abschrift der Adresse, mit Angabe der absendenden Behörde, welche aus dem Siegel zu ersehen, oder vom Empfänger zu erfragen ist, zur weiteren Veranlassung, unter Angabe der obwaltenden Zweifel über die Anwendbarkeit der Portofreiheit, der vorgelegten Ober-Post-Direction einzureichen.

§ 48. Meinungsverschiedenheiten über die Portofreiheit einer Sendung zwischen einer Post-Anstalt und einer anderen Behörde muß die Post-Anstalt zur Entscheidung der vorgelegten Ober-Post-Direction vortragen und darf sich über dergleichen Meinungsverschiedenheiten in eine Correspondenz mit anderen Behörden nicht einlassen.

Die Ober-Post-Directionen haben in den ihnen zweifelhaften Fällen die Entscheidung des General-Post-Amtes einzuholen.

Die Vorschriften dieses Regulativs treten an die Stelle der betreffenden Bestimmungen der Uebersicht der Portofreiheits Verhältnisse, von denen die §§. 22. bis 79, §§. 85. bis 90, §§. 92. bis 101., §§. 139. bis 181., §§. 216. bis 220., §§. 223. bis 246., §§. 250. bis 285 und §§. 287. bis 294 und die dazu ergangenen abändernden und ergänzenden Bestimmungen hiermit aufgehoben werden.

Berlin, den 3. Februar 1862.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
von der Heydt.

V e r z e i c h n i s

derjenigen öffentlichen Corporationen und Institute, auf deren Portofreiheit die Bestimmung des dritten Abschnitts Anwendung findet.

| Pfd.
Nr. | In Angelegenheiten. | Sind portofrei. |
|-------------|--|--|
| 1 | der Königl. Academie der Künste in Berlin. | <p>A. die das allgemeine Interesse der Academie betreffende Correspondenz,
 B. die an die Academie und für dieselbe eingehenden Gelder.</p> <p>Diese Portofreiheit erstreckt sich auch auf die betreffenden Correspondenz- und Geldsendungen der mit der Academie in Verbindung stehenden Provinzial-Kunstschulen, und zwar:</p> <p>a) der Kunstschule zu Königsberg i. Pr.,
 b) der Kunst- und Handwerkschule zu Danzig,
 c) der Kunst-, Bau- und Handwerkschule zu Breslau,
 d) der Kunst- und Handwerkschule zu Magdeburg,
 e) der Kunstschule in Erfurt,</p> <p>C. die von den vorgedachten Provinzial-Kunstschulen an die Academie eingehenden Probearbeiten der Schüler, sowie die Rücksendung dieser Probearbeiten von der Academie, ferner die von der letzteren an die Provinzial-Kunstschulen und an die Zeichen-Klassen der Gymnasien und der Realschulen zu versendenden Zeichnungen, Ornamente und ähnlichen Lehrmittel. Das Freigewicht dieser Sendungen ist jedoch bei den Sendungen der Kunstschulen an die Academie auf 20 Pfd., und bei den Sendungen der Academie an die Kunstschulen auf 40 Pfd. im Ganzen mit jeder abgehenden Post beschränkt.</p> |
| 2 | der Königl. Kunst-Academie in Düsseldorf und der Kunst-Academie in Königsberg in Pr. | <p>A. die das allgemeine Interesse dieser Academieen betreffende Correspondenz;
 B. die an und für diese Academieen eingehenden Gelder.</p> |
| 3 | der Königl. Academie der Wissenschaften in Berlin. | <p>A. Correspondenz- und Päcktsendungen, letztere bis zum Gewichte von 20 Pfd. mit jeder abgehenden Post, insoweit diese Sendungen ausschließlich nur das allgemeine Interesse der Academie und nicht das Privat-Interesse einzelner Mitglieder oder anderer Personen betreffen und von der Academie abgelaassen werden;
 B. Gelder, welche aus Königl. Kassen an die Academie und für dieselbe gezahlt werden.</p> |
| 4 | der Academie der gemeinnützigen Wissenschaften in Erfurt. | Briefe und Päcktsendungen, welche im ausschließlichen Interesse der Academie von dieser abgelaassen werden, oder an dieselbe eingehen. |
| 5 | der ritterschaftlichen Privatbank von Pommern. | die Correspondenz der ritterschaftlichen Privatbank von Pommern in Stettin mit ihren Beamten und Agenten innerhalb der Provinz Pommern. |
| 6 | der Königl. Leihbank für Weber in Bielefeld. | die Correspondenz mit den Behörden in allgemeinen Angelegenheiten der Leihbank, insofern bei dieser Correspondenz ein Privat-Interesse nicht concurrirt. |
| 7 | der Königl. Bibliothek in Berlin. | <p>A. die Correspondenz- und Päcktsendungen, letztere bis zum Gewichte von 20 Pfd. mit jeder abgehenden Post, insoweit diese Sendungen deren eigene Angelegenheiten und ihr eigenes Interesse betreffen;
 B. Gelder, welche aus Königl. Fonds an die Bibliothek und für dieselbe gezahlt werden.</p> |
| 8 | der Königl. Blinden-Anstalt in Berlin. | <p>A. die rein amtliche Correspondenz im allgemeinen Interesse der Anstalt,
 B. Gelder, welche aus Staatsfonds der Anstalt gezahlt werden.</p> |

| Zfd.
Nr. | In Angelegenheiten. | Sind portofrei. |
|-------------|--|--|
| 9 | des Königl. botanischen Gartens in Berlin. | A. Correspondenz- und Pachtentendungen, letztere bis zum Gewicht von 40 Pfd. mit jeder abgehenden Post, insoweit diese Sendungen dessen eigene Angelegenheiten und sein eigenes Interesse betreffen;
B. Gelder, welche aus Königl. Fonds an diese Anstalt und für dieselbe eingezahlt werden. |
| 10 | der Königl. Heilanstalt der Charité in Berlin. | A. die amtliche Correspondenz, wobin jedoch Aufforderungen an Privatpersonen wegen Zahlung von Kur- und Verpflegungskosten, und Erlasse, bei denen ein Privat-Interesse concurrenzt, nicht gehören;
B. Geldzuschüsse aus Königl. Kassen;
C. die durch die Königl. Regier. Hauptkass. zu Breslau zu beziehenden Revenüen. |
| 11 | der Communal-Verwaltung. | Sendungen, bei denen es sich um solche Gegenstände handelt, welche das Ober-Aufsichtsrecht des Staates über die Communal-Verwaltung betreffen.
Zu den hiernach portofreien Sendungen wird auch gerechnet der dienstliche Schriftwechsel
1) der von den Königl. Regierungen angestellten und be-
stigten Communal-Oberförster, und in der Rheinprovinz
auch der Kreisförster unter sich und mit den betreffenden
Königl. Behörden,
2) der städtischen und Communal-Förster, Unter-Förster und
Waldwärter einerseits, mit den ihnen vorgesetzten Communal-
Oberförstern resp. Kreisförstern und den betreffenden Kö-
nigl. Behörden andererseits,
soweit es sich dabei um eine Angelegenheit der von diesen Beam-
ten im Namen des Staats auszuübenden Aufsicht über die Com-
munal-Forstverwaltungen handelt.
Diese Sendungen müssen mit öffentlichem Siegel verschlossen
sein oder unter Kreuz- oder Streifband aufgegeben werden. |
| 12 | der Deichschau-Commissionen. | die amtliche Correspondenz der Deichschau-Commissionen mit Kö-
nigl. Behörden, soweit es sich dabei lediglich um Ausübung des
Ober-Aufsichtsrechts des Staats handelt. |
| 13 | der Domkister zu Brand-
burg, Merseburg, Raumburg
und Zeitz. | die Correspondenz mit Königl. Behörden, welche durch das dem
Staate zustehende Ober-Aufsichtsrecht hervorgerufen wird. |
| 14 | der Privat-Eisenbahnen. | Correspondenz, Acten und Drucksachen bei ihrer Versen-
dung
A. zwischen den Eisenbahn-Verwaltungen und den Königl. Be-
hörden in Aufsichtssachen und in Dienstssachen,
B. zwischen der Direction einer Eisenbahn-Gesellschaft, ihren verschie-
denen Büreaus und ihren oberen Beamten (bis zum Stations-
Vorsteher und Güter-Expediten einschließlich abwärts) unterein-
ander und zwischen ihnen einerseits, und
a) ihren übrigen Beamten, sowie
b) den Directionen anderer Eisenbahn-Verwaltungen, mit denen
sie durch den Eisenbahn-Geschäftsbetrieb in Verbindung
stehen, deren Büreaus und deren oberen Beamten anderer-
seits in reinen Dienstssachen;
C. zwischen den Directionen der durch den Deutschen Eisenbahn-
Verein verbundenen Eisenbahn-Gesellschaften untereinander in
Angelegenheiten des Deutschen Eisenbahn-Vereins. |

| No
Nr | In Angelegenheiten. | Sind portofrei. |
|----------|---|---|
| | | <p>Concurriert bei diesen Sendungen (A., B. und C.) ein Privat-Interesse, so sind dieselben portoflichtig.</p> <p>Die Sendungen müssen mit dem Dienstsiegel verschlossen sein oder offen oder unter Kreuz- oder Streifband eingeliefert werden.</p> <p>Die zwischen den Eisenbahn Gesellschaften oder Verwaltungen vorkommenden Geldsendungen und Sendungen von geldwerthen Sachen, welche die Ausgleichung ihrer Forderungen aus dem directen Verkehr zum Gegenstande haben, insofern die Sendungen bei einer Preussischen Post-Anstalt aufgegeben werden und nach einer anderen Preussischen Post-Anstalt bestimmt sind.</p> <p>Vergleichen Sendungen müssen mit dem Dienstsiegel der Eisenbahn Gesellschaft verschlossen sein und die Bezeichnung „Eisenbahn-Dienstliche“ tragen.</p> |
| 15 | des Schlesiſchen Freikugel-der-Fonds. | <p>die Correſpondenz, Gelder und Pacete, welche in Angelegenheiten des Freikugelder-Fonds zwischen den Königlich-Berg-Behörden und den Knoppschafts-Alteiten in Schlesien zur Verſendung gelangen, ſowie die aus diesen Fonds zu zahlenden Schulgeld-Beträge bei ihrer Verſendung von den Königlich-Behörden an die betreffenden Kreis-Communalkassen.</p> |
| 16 | des Königl.ichen Gewerbe-Inſtituts in Berlin. | <p>A. die das allgemeine Interesse des Instituts betreffenden Correſpondenz- und Pacetſendungen;</p> <p>B. die Correſpondenz mit den Curatoren der Provinzial-Gewerbeschulen, ſowie für Pacetſendungen in Angelegenheiten derselben;</p> <p>C. Geldſendungen aus Königl.ichen Kassen an das genannte Institut.</p> |
| 17 | der Handelsgerichte. | <p>Die Sendungen müssen mit einem Dienstsiegel verschlossen sein, die mit öffentlichem Siegel verschlossene, rein amtliche Correſpondenz der Handelsgerichte, wohin auch die Dienst-Correſpondenz der einzelnen Handelsgerichte unter ſich gehört.</p> |
| 18 | der Handelskammern. | <p>A. die Correſpondenz zwischen den Behörden des Staats und den Handelskammern, wenn ſie unter öffentlichem Siegel oder unter dem Siegel einer Handelskammer (§. 25. des Geſetzes vom 11. Februar 1848) geführt wird;</p> <p>B. die dienſtliche Correſpondenz zwischen einer Handelskammer und einzelnen Mitgliedern derselben, wenn diese nicht an einem und demſelben Orte wohnen, und die Correſpondenz offen oder unter Kreuz- oder Streifband aufgegeben wird.</p> <p>C. Waaren, welche von dem Miniſterium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten im allgemeinen Interesse an eine Handelskammer zur Anſicht und Weiterbeſörderung an andere Handelskammern abgeſandt werden, ſofern ſie bei der Weiterbeſörderung mit dem Siegel der Handelskammer verschlossen und mit dem Vermerke: „circulirt auf Anweiſung des Miniſteriums“ verſehen ſind.</p> |
| 19 | der Hebeammen-Institute. | <p>A. die rein dienſtliche Correſpondenz dieser Institute;</p> <p>B. Gelder, welche Behufs der Unterſtützung der Land-Hebeammen</p> <p>a) die Geſtlichen bei Trauungen und Taufen erheben, bei ihrer Einſendung an die betreffenden Superintendeten oder Kreis-läſſen, oder Regierungs-Hauptkassen,</p> <p>b) bei Trauungen und Geburten unter den Juden und Chriſtlichen eingeſogen werden, bei ihrer Verſendung an die betreffenden Königl.ichen Kassen.</p> |

| Zfd.
Nr. | In Angelegenheiten. | Sind portofrei. |
|-------------|---|--|
| 20 | <p>der Provinzial-Hülfskassen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) der Rheinprovinz zu Köln; 2) der Provinz Schlesien zu Breslau; 3) der Provinz Posen zu Posen; 4) der Provinz Sachsen zu Magdeburg; 5) der Provinz Preußen zu Königsberg in Pr., einschließlich der dieser Hülfskasse übertragenen Verwaltung des Meliorationsfonds für die Provinz Preußen. <p>der Hülfskassen für die communalständischen Verbände:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1) der Mark zu Berlin; 2) der Neumark zu Cüstrin; 3) der Altmark zu Stendal; 4) der Ober-Lausitz zu Görlitz; 5) der Nieder-Lausitz zu Lubben; 6) von Neupommern und Rügen zu Stralsund; 7) von Alt-pommern zu Stettin; | <p>die Correspondenz mit den Behörden, sowie mit ihren Beamten und Agenten innerhalb der Landestheile, welche jeder einzelne Verband umfaßt.</p> <p>Diese Portofreiheit ist unter Vorbehalt des Widerrufs und unter der Bedingung bewilligt worden, daß die Briefe offen oder unter Kreuzband versandt werden.</p> |
| 21 | <p>der Provinzial-Hülfskasse zu Münster.</p> | <p>A. die vorstehend unter Nr. 20. erwähnte Correspondenz,
B. Geldsendungen zwischen der Provinzial-Hülfskasse in Münster und den Westphälischen Sparcassen, wegen zinsbarer Unterbringung von Sparcassengeldern bei der gedachten Hülfskasse.</p> |
| 22 | <p>nachbenannter kaufmännischer Corporationen:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) der Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin; b) der Vorsteher der Kaufmannschaft zu Stettin; c) der Aeltesten der Kaufmannschaft zu Danzig; d) des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft zu Memel; e) der Aeltesten der Kaufmannschaft zu Tilsit; f) des Vorsteher-Amtes der Kaufmannschaft zu Königsberg in Pr.; g) der Aeltesten der Kaufmannschaft zu Elbing; h) der Vorsteher der Kaufmannschaft zu Magdeburg; i) der Deputirten der Kaufmannschaft zu Stralsund; k) der Aelterleute der Kaufmannschaft zu Greifswald; | <p>die Correspondenz dieser Corporationen mit den Staatsbehörden, sofern solche mit öffentlichem Siegel versehen ist.</p> |

| Lfd.
Nr. | In Angelegenheiten. | Sind portofrei. |
|-------------|---|---|
| | <p>l) der Alterleute der Kaufmannschaft zu Barth, und
m) der Deputirt. des Kaufmanns-Collegiums zu Wolgast.</p> | |
| 23 | der Knappschafts-Vereine resp. Kassen. | die Correspondenz dieser Vereine resp. Kassen mit königlichen Behörden in Aufsichts-Angelegenheiten. |
| 24 | der Kirchen und in Cultus-Sachen. | die Dienst- Correspondenz, Tabellen und Listen, welche in allgemeinen kirchlichen Angelegenheiten der Evangelischen, der von der evangelischen Landeskirche sich getrennt haltenden Lutheraner, und der Katholiken, zwischen der Geistlichkeit und ihren vorgelegten Behörden zur Verleumdung kommen, sowie jeder dienstliche Schriftwechsel welcher das Ober-Aufsichtsrecht des Staats zum Zwecke hat, wozu insbesondere die Verleumdung |
| | | <p>a) der Nothwendigkeit in Separations-Sachen der Kirchen;
b) der Kirchen-Rechnungssachen,
c) der Hypotheken-Dokumente zur Prüfung der Sicherheit, und
d) der courrehabenden Papiere zur In- oder Außer-Courssetzung
an die vorgelegten königlichen Aufsichts-Behörden gehört.</p> <p>Dagegen sind alle Correspondenz- und sonstigen Sendungen, welche das Privat-Interesse der einzelnen Kirchen, namentlich deren Rauten, die Verwaltung des Grund- und Capital-Vermögens, sowie Bestallungs-, Ordinations- und andere Privatsachen betreffen, portopflichtig.</p> <p>Es sollen jedoch ausnahmsweise noch portofrei befördert werden:</p> <p>A. Kirchengelder, welche Verhufs der zinebaren Belegung bei der Preussischen Bank von den Verwaltungs-Behörden an die Bank-Aufhalten verordnet werden oder von diesen zurückkommen, sowie die aus diesem Verleibre mit der Bank entspringenden Zinezahlungen und der Schriftwechsel mit den Bank-Anstalten;</p> <p>B. die Amts-Correspondenz wegen der Pfarr-Rauten königlichen Patronats, sowie die desfalls aus königlichen Kassen ersolgenden Patronats-Geldbeiträge;</p> <p>C. die Correspondenz der Litthauischen und der Ostpreussischen Aemter-Kirchen wegen der Verwaltung ihres Grund- und Capital-Vermögens und wegen ihrer sonstigen Privat-Interessen, sofern dabei ausschließlich das Interesse dieser Kirchen und nicht das Interesse eines Andern concurrirt;</p> <p>D. die von der Rheinischen und von der Westphälischen Provinzial-Synode ausgehenden Geldleistungen, sowie Geldleistungen der Kreisynoden an die Rheinische und die Westphälische Provinzial-Synode; dagegen sind Geldleistungen der einzelnen Kirchen-Gemeinden an die Kreis-Synodalkassen, resp. deren Rechner portopflichtig;</p> <p>E. die für die katholischen Dom-Kirchen bestimmten Cathedral-Steuergelder bei ihrer Verleumdung von den Pfarren an die Erzprießer und Dekanten und von diesen an die Domkirchen-Baukassen in allen betheiligten Diöcesen;</p> <p>F. die Mehr- Gebattergelder, welche in Alt-Pommern (Regierungs-Begirke Stettin und Cöslin) zur Erhebung kommen; bei ihrer</p> |

Lfd
Nr.

In Angelegenheiten.

Sind portofrei.

Verwendung von den Superintendenten an die königlichen Regierungen-Hauptkassen.

Bei der Verwendung dieser Gelder von den einzelnen Kirchspielen bis zu den Superintendenten sind dieselben portopflichtig; G. die Gebühren für Haustrauungs-Cessionen bei ihrer Verwendung von den Superintendenten an die königlichen Regierungen-Hauptkassen;

H. Collocatengelder nach Maßgabe des §. 16. des Regulativs;

I. die gedruckten Zettel, vermittelt deren die katholischen geistlichen Brüderchaften oder Sodaliitäten am Schlusse des Jahres die Namen aus ihrer Mitte verstorbener Sodalen einander mittheilen.

In Angelegenheiten der, in Gemäßheit des Gesetzes über die Verhältnisse der Juden vom 23. Juli 1847 gebildeten Synagogen-Gemeinden sind Correspondenz Sendungen zwischen den Vorständen dieser Gemeinden einer- und den königlichen Staatsbehörden andererseits in Cultusachen, bei denen es sich lediglich um eine Angelegenheit der vom Staate über das Cultuswesen auszuübenden Ober-Aufsicht handelt, portofrei, ebenso genießen die von den Juden-Aeltesten an königliche Behörden einzureichenden Tabellen (Sterbelisten) Portofreibei.

25 der Landarmen-, Landirren-, Landarbeits- und Corrections-Anstalten, d. h. solcher Anstalten, welche einem nach den Vorschriften der §§. 9, 10. und 11 des Gesetzes über die Armenpflege vom 31. December 1842 (Gesetz-Sammlung de 1843 S. 8.) gebildeten Landarmen-Verbande angehören.

A die dienstlichen Correspondenz- und Acten-Sendungen zwischen diesen Anstalten und anderen öffentlichen Behörden, sofern diese Sendungen das ausschließliche Interesse dieser Anstalten betreffen oder durch das Ober-Aufsichtsrecht des Staats hervorgerufen werden;

B. die an diese Anstalten aus Staats-Fonds eingehenden Gelder;

C. Landarmen-Geldbeiträge, welche die Kreis- und Kammerrei- (Communal-) Kassen an diese Anstalten einsenden. Wo, wie in der Rheinprovinz, diese Geldbeiträge von den königlichen Regierungen-Hauptkassen von den zum Verbande gehörenden Gemeinden eingezogen und zu gewissen Terminen der Landarmen-Anstalt überhendet werden, sind diese Sendungen portofrei, dagegen diese Geldbeiträge bei ihrer Verwendung von Gemeinden an die Regierungen-Hauptkassen der Portogablung unterliegen;

D Geldsendungen, welche diese Anstalten für eigene Rechnung Schuß der Erstattung von Anträgen an andere Behörden oder zur Auszahlung von Unterstützungsgeldern an Behörden oder direct an die betreffenden Empfänger zur Post geben.

Dagegen sind portopflichtig:

a) alle Sendungen, welche das Privat-Interesse der in diese Anstalten aufgenommenen Individuen oder der theilhaftigen einzelnen Communen betreffen;

b) alle Sendungen in Bezug auf den kaufmännischen Geschäftsbetrieb der Anstalten, sowie in Bezug auf die Verwaltung des Grund- und Capital-Vermögens derselben.

Diese Portofreibei der Landarmen- u. Anstalten genießen auch die Landarmen Anstalten der Städte Berlin, Potsdam, Frankfurt a. d. O. und Breslau, welche jede einzeln für sich einen Landarmen-Verband bildet. Da jedoch die Landarmen-Anstalten dieser Städte zugleich zu Ortsarmen-Zwecken verwendet werden,

| Rfd.
Nr. | In Angelegenheiten. | Sind portofrei. |
|-------------|--|---|
| | | <p>so beschränkt sich für diese Anstalten die Portofreiheit lediglich auf diejenigen der getachten Sendungen, welche ausschließlich zur Erreichung von Zwecken der Landarmenpflege erlassen werden.</p> <p>Auf Privat- und Communal-Armen-Anstalten bezieht sich diese Portofreiheit nicht, vielmehr haben dergleichen Anstalten nur dann und nur insoweit auf Portofreiheit Anspruch, als ihnen solche ausdrücklich bewilligt worden ist, oder nach den allgemeinen Bestimmungen unter Nr. 11. resp. 30. dieses Verzeichnisses steht.</p> <p>Die Correspondenz- und die Paket-Sendungen mit Acten bis zum Gewichte von 20 Pfd. zwischen den General-, Provinzial- und Departements-Landschafts-Directionen und deren Directoren einerseits und dem königlichen Ministerium des Innern und den für einzelne Landschaften bestellten königlichen Commissarien andererseits, soweit sie in allgemeinen Landschafts-Angelegenheiten stattfinden und unter Diebstahls- und Verschluss- und der Verzeichnung: „Herrschaftliche Landschafts-Sachen“ abgehandelt werden.</p> <p>A. die den Landraths-Ämtern von den Orts-Obrikeiten — Städten und Dorfgemeinden über den Erfolg der im Auftrage des Staats vorgenommenen Wahlen der Mitglieder der Land- und Kreistage zu machenden Anzeigen;</p> <p>B. die brieflichen Mittheilungen, welche zwischen dem Vorsitzenden des Landtages resp. Kreistages und den einzelnen Mitgliedern derselben in Land- resp. Kreistags-Angelegenheiten, z. B. bei Einberufung der Mitglieder, bei Zusage oder Ablehnung Seitens der Eingeladenen, oder bei Nachsuchung der Diäten- und Reisekosten-Vergütung u. d. d. notwendig stattfinden haben.</p> <p>Sofern die Anzeigen zu A. und die Briefe der Land- resp. Kreistags-Mitglieder zu B. nicht offen oder unter Kreuz- oder Streifband eingeliefert werden, sind dieselben zwar auszuzeichnen, das Porto ist aber auf Verweisung des Landraths-Amtes resp. des Vorsitzenden des Land- oder Kreistages sofort zu löschen oder zu erlassen.</p> <p>C. der Schriftwechsel, welcher in Landtags-Angelegenheiten zwischen dem Vorsitzenden des Landtages und dem königlichen Landtags-Commissarius oder zwischen dem Vorsitzenden der Communal-Landtage und öffentlichen Behörden geführt wird;</p> <p>D. Geldbeiträge der Provinzial-Einsassen zu den Kosten der Provinzial- und Communal-Landtage bei ihrer Versendung von den Communen an die zur Verwaltung dieser Gelder bestimmte Kasse.</p> <p>Die Portofreiheit sonstiger Sendungen in Land- oder Kreistags-Angelegenheiten, welche von königlichen Behörden ausgehen oder an königliche Behörden gerichtet sind, wird nach den allgemeinen Grundätzen über Portofreiheit in Staatsdienst-Angelegenheiten beurtheilt.</p> <p>In ständischen Angelegenheiten sind Geldbeiträge portofrei, welche für kreisständische Zwecke von den Communen an die kreisständische Kasse oder von letzterer an öffentliche Behörden oder Institute versandt werden.</p> |
| 26 | der landschaftlichen Credit-Institute, einschließlich des neuen landschaftlichen Credit-Vereins für die Provinz Posen. | |
| 27 | der Provinzial- und Communal-Landtage und der Kreistage, sowie in ständischen Angelegenheiten. | |
| 28 | <p>der öffentlichen Lehr-Anstalten, nämlich:</p> <p>1) der Gymnasien, Realschulen,</p> | <p>A. die Correspondenz- und Padesendungen, letztere bis zum Gewichte von 20 Pfd. mit jeder abgehenden Post, insoweit diese Sendungen deren eigene Angelegenheiten und ihr eigenes Interesse</p> |

| Fb.
Nr. | In Angelegenheiten. | Sind portofrei. |
|------------|---|---|
| | und sonstigen anerkannten höheren Lehr-Anstalten (Progymnasien, höhere Bürger-schulen);
2) der öffentlichen Elementar-schulen. | <p>betreffen, sowie der dienstliche Schriftwechsel, welcher das Ober-Aufsichtsrecht des Staates zum Zwecke hat, wohin insbesondere die Versendung</p> <ul style="list-style-type: none"> a) der Recesse in Separations-sachen der Schulen, b) der Schulrechnung-sachen, c) der Hypotheken-Documente zur Prüfung der Sicherheit, d) der cours-habenden Papiere zur In- oder Außer-Cours-Setzung <p>an die vorgelegten königlichen Aufsichts-behörden gehört;</p> <p>B. Gelder, welche aus königlichen Kassen oder von Communen an diese Lehr-Anstalten und für dieselben gezahlt werden;</p> <p>C. Programme, so weit deren Einreichung den höheren Lehranstalten und Realschulen vorgeschrieben ist, bei deren Versendung an die betreffenden Staats-behörden oder deren Registraturen und Schul-Anstalten.</p> <p>Dagegen sind portopflichtig Geldsendungen, welche an einzelne Empfänger gerichtet sind, sowie Correspondenz-, Geld- und sonstige Sendungen, bei welchen das Interesse eines bei der Lehr-Anstalt angestellten Individuums oder einer Privatperson concurrirt, wie solches bei Sendungen zwischen den Lehr-Anstalten und Buchhandlungen zc. wegen der Anschaffung von Büchern zc. der Fall ist, oder welche die Verwaltung des Grund- und Capital-Vermögens dieser Lehr-Anstalten betreffen.</p> <p>Ausnahmsweise sollen jedoch noch portofrei befördert werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> D. Gelder dieser Lehr-Anstalten, welche Befuß der zinsbaren Verlegung bei der Vant von den betreffenden Verwaltungs-behörden an die Vant-Anstalten versendet werden oder von diesen zurückkommen, sowie die aus diesem Verkehre mit der Vant entspringenden Zinszahlungen und der Schriftwechsel mit den Vant-Anstalten; E. die Correspondenz wegen Schulbauten königlichen Patronats, sowie die desfalls aus königlichen Kassen erfolgenden Patronats-Gelbeiträge; F. Schulstrafgelder, welche zur Versendung für Schulzwecke bestimmt sind, bei ihrer Versendung von den ersten Recepturen (Landraths-Aemtern zc.) an die königlichen Superintendenten; G. Collectengelder nach Maßgabe des §. 16. des Regulativs; H. die den Schullehrern in Ostpreußen aus dem Königsbergischen monte pietatis durch Vermittelung der Kreiskassen zugehenden Gelder. |
| 29 | der königlichen höheren Forst-Lehr-Anstalt zu Renthad-Eberwalde. | <ul style="list-style-type: none"> A. die Correspondenz- und Badetsendungen, letztere bis zum Gewichte von 20 Fb. mit jeder abgehenden Post, insoweit diese Sendungen deren eigene Angelegenheiten und ihr eigenes Interesse betreffen; B. Gelder, welche aus königlichen Kassen an diese Anstalt und für dieselbe gezahlt werden, <p>wogegen Geldsendungen, welche an einzelne Empfänger gerichtet sind, sowie Correspondenz-, Geld- und Badetsendungen, bei welchen das Interesse eines bei der Anstalt angestellten Individuums oder einer Privatperson concurrirt, portopflichtig sind.</p> |
| 30 | der milden Stiftungen, wosin alle öffentlichen Armen-Anstalten, insbesondere Armenhäuser, | <ul style="list-style-type: none"> A. der dienstliche Schriftwechsel, welcher durch das Ober-Aufsichtsrecht des Staats hervorgerufen wird, in dem für Kirchen bestehenden Umfange; |

| Vid.
Nr. | In Angelegenheiten. | Sind portofrei. |
|-------------|---|---|
| 31 | <p>Hoepitälern, Waisen- und Arbeitshäuser (§§. 32. ff. Tit. 19. Th. II. des Allg. Landrechts), sowie die unter Aufsicht des Staats stehenden Damenstifter zu rechnen sind.</p> <p>die Königlichen Museen.</p> | <p>B. Geldzuschüsse, welche aus Staatsfonds an milde Stiftungen gesandt werden;</p> <p>C. die aus dem Verkehr zwischen den milden Stiftungen und den Königlichen Anstalten entstehenden Hin- und Herwendungen der Gelder und Correspondenz;</p> <p>D. Collectengelder nach Maßgabe des §. 16. des Regulativs, die Correspondenz, Geld- und Pachtentwendungen der Verwaltung der Königlichen Museen, welche das allgemeine und ausschließliche Interesse der Königlichen Museen betreffen; Geldentwendungen jedoch nur bis zum Betrage von 100 Rthlrn., und Pachtentwendungen nur bis zum Gesamtgewichte von 20 Pfd. mit jeder abgehenden Post.</p> |
| 32 | <p>der Pensions- und Unterstützungskassen für Beamte:</p> <p>a) der Königlichen Staats-Eisenbahnen;</p> <p>b) der unter dauernder Verwaltung des Staats stehenden Privat-Eisenbahnen, welche von den betreffenden Königlichen Eisenbahn-Directionen verwaltet werden.</p> | <p>A. die Correspondenz- und Actenentwendungen, welche zwischen Königlichen Behörden in allgemeinen Angelegenheiten der gedachten Kassen stattfinden;</p> <p>B. die an die genannten Kassen zu zahlenden Beiträge, wenn solche durch die Königlichen Eisenbahnbehörden von den bei diesen angestellten Beamten erhoben und an die Pensions-Kassen eingesandt werden;</p> <p>C. die Pensionen und Unterstützungsgelder, wenn deren Uebersendung Seitens der Pensions-Kassen an Königliche Kassen oder Behörden zur Auszahlung an die Empfänger erfolgt.</p> |
| 33 | <p>der von dem Königlichen Consistorium in Stettin verwalteten Pensionskasse für emeritirte evangelische Geistliche.</p> | <p>A. die Correspondenz mit den Königlichen Behörden;</p> <p>B. die von den Geistlichen zu dieser Kasse zu leistenden Geldbeiträge bei ihrer Verendung von den Superintendenten an die genannte Pensions-Kasse in Stettin.</p> |
| 34 | <p>der mit Genehmigung des Staats bestehenden Kreis- und Communal-Sparkassen, sowie der Kreis- Darlehns-Kassen zu Menzies, Schleiden und Walmersdorf.</p> | <p>die Correspondenz mit den Königlichen Behörden in Aufsichtssachen.</p> <p>Diese Portofreiheit ist unter Vorbehalt des Widerrufs bewilligt worden.</p> |
| 35 | <p>der Königlichen Seminarien für Lehrer und Lehrerinnen.</p> | <p>die Correspondenz zwischen den Königlichen Seminarien und den Superintendenten, Schul-Inspectoren und Ortsbehörden:</p> <p>a) über Führung und Verhalten der Zöglinge;</p> <p>b) über Einberufung zu Aspiranten- und anderen Prüfungen, sowie Mittheilungen über Seminar-Verhältnisse und über Bedingungen der Aufnahme;</p> <p>c) in Kostgeld- und Preistisch Angelegenheiten, imgleichen</p> <p>d) in Betreff der abzuhaltenden pädagogischen Lehrcurse, sowie</p> <p>e) Mittheilung allgemeiner Anordnungen und Vorschriften wegen der Seminar-Wilnung; und endlich</p> <p>f) Programme für Schulmänner und Präparanden-Wilbner, insofern dabei die Ausübung des Ober-Aufsichts-rechts des Staats in Betracht kommt.</p> <p>Tagegen darf bei der Correspondenz in Königlichen Seminar-Angelegenheiten, welche die Seminarien mit Privatpersonen zu führen haben, die Portofreiheit ebenso wenig angewendet werden, wie bei der Correspondenz in reinen Privat-Angelegenheiten der</p> |

| Ffd
Nr | In Angelegenheiten. | Sind portofrei. |
|-----------|---|---|
| | | <p>Böglinge, und bei den Sendungen, welche sich auf Lieferungen für den Bedarf der Seminaristen beziehen</p> |
| 36 | <p>der in den verschiedenen Provinzen unter Leitung der königlichen Regierungen stehenden Schullehrer, Witwen, und Waisen - Unterstützungs - Anstalten.</p> | <p>die Correspondenz, und Geldsendungen, welche zwischen den betreffenden Verwaltungsbeförden oder den Regierungen Haupt, und Institutentassen einerseits und den Kreis - Organen der unter ihrer Leitung stehenden Unterstützungs - Anstalten andererseits verkommen, wozu die Correspondenz, und Geldsendungen zwischen einzelnen Interessenten und den Kreis - Organen oder Verwaltungs - und Kassen Behörden der Portosablung unterliegen.</p> |
| 37 | <p>der königlichen Universitäten, der königlichen theologischen und philosophischen Akademie zu Münster - und des Lyceum Hosianum zu Braunsberg, sowie der mit denselben verbundenen Institute.</p> | <p>A. die Correspondenz, und Päcktsendungen, letztere bis zum Gewichte von 20 Pfd. mit jeder abgehenden Post, insoweit diese Sendungen deren eigene Angelegenheiten und ihr eigenes Interesse betreffen;
 B. Gelder, die aus königlichen Fonds an die Universitäten u. s. w. oder deren Institute und für dieselben gezahlt werden.</p> |
| | | <p>Dagegen sind portopflichtig Correspondenz, Geld, und sonstige Sendungen, welche die Verwaltung des Grund - oder Capital - Vermögens der Universitäten zc. betreffen, oder dadurch veranlaßt werden, oder bei welchen das Interesse der bei den Universitäten zc. angestellten Individuen oder einer Privatperson concurrenzt.</p> <p>Ausnahmeweise soll jedoch noch portofrei befördert werden:</p> <p>C. die Informations - Correspondenz der Quästuren bei den Universitäten u. s. w. mit den Behörden, Behufs der Einziehung gesunkener Honorare.</p> |
| 38 | <p>der öffentl. Immobilien - Feuer - Versicherungs - Societäten, und zwar:</p> <p>a) der landchaftlichen Feuer - Versicherungs - Societät für Westpreußen.</p> | <p>A. die von den Departements - Directionen der landchaftlichen Feuer - Versicherungs - Societät für Westpreußen — in Danzig, Marienwerder und Schneidemühl — bei eintretenden Brandschäden an Societäts - Mitglieder zu erlassenden Aufträge zur Untersuchung dieser Brandschäden;
 B. die Ansichreiben der Departements - Directionen an die einzelnen Societäts - Mitglieder, Behufs Einzahlung der jährlich zu repartirenden Feuer - Societäts - Beiträge;
 C. die von den Departements - Directionen an die Abgebrannten mit der Post zu verzehenden Entschädigungsgelder, und
 D. alle Berichte, Schreiben und Verfügungen, Gelder und Päckete, die in Angelegenheiten der landchaftlichen Feuer - Versicherungs - Societät für Westpreußen zwischen den Societäts - Behörden unter sich, sowie zwischen denselben und königlichen Staatsbehörden versandt werden.</p> |
| | <p>b) der übrigen öffentlichen Immobilien - Feuer - Societäten, welche nach dem Regulativ vom 12. October 1855 (Post -</p> | <p>Geldbeiträge der Societäts - Mitglieder sind bei der Einsendung an die Societätskasse resp. an die Departementskasse — auch wenn die Einsendung durch Ortsbehörden erfolgt — unbedingt portopflichtig.</p> <p>alle Berichte, Schreiben und Verfügungen, Gelder und Päckete, die in Angelegenheiten der Societäten zwischen den Behörden hin- und hergesandt werden, einschließlich der Geldbeiträge der einzelnen Societäts - Mitglieder bei ihrer Versendung von den Orts-</p> |

Lfd.
Nr.

In Angelegenheiten.

Sind portofrei.

Amteblatt Seite 251, Ministerialblatt für innere Verwaltung 1855 Nr. 10) Portofreiheit zu gewährenz ist, nämlich:

- 1) der Feuer-Societät der Ostpreussischen Landschaft;
- 2) der Immobilien-Feuer-Societät der landschaftlich nicht associationsfähigen ländlichen Grundbesitzer in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen mit Einschluß der ländlichen Grundstücke in dem zum Mohrunger landschaftlichen Departement gehörigen Theile des Regierungsbezirks Marienwerder;
- 3) der Immobilien-Feuer-Societät der sämtlichen Städte des Regierungsbezirks Königsberg, mit Ausnahme von Königsberg und Remel, und des Regierungsbezirks Gumbinnen;
- 4) der Immobilien-Feuer-Societät der Regierungsbezirke Marienwerder und Danzig mit Ausschluß der ländlichen Grundstücke in dem zum Mohrunger landschaftlichen Departement gehörigen Theile des Regierungsbezirks Marienwerder;
- 5) der Feuer-Societät für die Städte der Kur- und Neumark (mit Ausschluß der Stadt Berlin), sowie für die Städte der Niederlausitz und der Ämter Senftenberg und Finsterwalde;
- 6) der Land-Feuer-Societät der Neumark;
- 7) der Land-Feuer-Societät für die Kurmark Brandenburg (mit Ausschluß der Altmark), für das Markgrathum Niederlausitz und die Districte Jüterbog und Belgig;
- 8) der Feuer-Societät für sämtliche Städte Altpommerns, mit Ausschluß der Stadt Stettin, einschließlich jedoch der Flecken Werber, Gollnow und Stepenitz;

behörden, welche mit deren Eingiebung beauftragt gewesen, und deshalb als erste Receptur zu betrachten sind, sowohl an die Societäts-Haupt- (General-, resp. Regierungs-Haupt-) Kassen, als an die Special- (Kreis-) Kassen; woegen

Privatpersonen und einzelne Interessenten ihre Briefe an die Feuer-Societät frankiren müssen, indem ihnen und den an sie ergebenden Antworten die Portofreiheit nicht zu Statten kommt, sowie überhaupt alle Sendungen in diesen Feuer-Societäts-Angelegenheiten, welche nicht zugleich von Behörden ausgehen und an Behörden gerichtet sind, der Portozahlung unterliegen.

| Zfr.
Nr. | In Angelegenheiten. | Sind portofrei. |
|-------------|--|---|
| | <p>9) der Feuer-Societät für das platte Land von Altpreußen;</p> <p>10) der Neu-Vorpommerschen Brand-Assicuranz-Societät;</p> <p>11) der Feuer-Societät der sämtlichen Städte der Provinz Schlesien, der Grafschaft Glog und des Markgrafthums Oberlausitz, mit Ausschluß der Stadt Breslau;</p> <p>12) der Feuer-Societät des platten Landes der Provinz Schlessen, der Grafschaft Glog und des Markgrafthums Ober-Lausitz;</p> <p>13) der Feuer-Societät des Markgrafthums Ober-Lausitz-Preussischen Antheils;</p> <p>14) der Provinzial-Feuer-Societät der Provinz Posen;</p> <p>15) der Provinzial-Städte-Feuer-Societät der Provinz Sachsen;</p> <p>16) der Feuer-Societät des platten Landes des Herzogthums Sachsen;</p> <p>17) der Feuer-Societät des platten Landes der Grafschaft Hohnstein;</p> <p>18) der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät;</p> <p>19) der ritterschaftlichen Feuer-Societät des Fürstenthums Halbesandt;</p> <p>20) der Provinzial-Feuer-Societät der Provinz Westphalen;</p> <p>21) der Provinzial-Feuer-Societät der Rheinprovinz;</p> | |
| 39 | <p>der Versicherungs-Gesellschaft der Provinz Schlessen zur Verhütung der durch Hindernisse veranlaßten Verluste (Gesetz vom 30. Juni 1841, Gef. Samml. S. 285.).</p> | <p>A. die amtliche Correspondenz der betreffenden Behörden wegen Aufnahme und Revision der Vieh-Assicuranz-Kataster;</p> <p>B. die amtliche Correspondenz zwischen den königlichen Regierungen und den Unterbehörden, sowie zwischen den letzteren und den Vieh-Assicuranz-Kassen (Regierungs-Hauptkassen) in den übrigen allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft.</p> <p>Andere als die zu 1. und 2. bezeichneten Sendungen, insbesondere Geldsendungen in diesen Angelegenheiten, sind portopflichtig.</p> |

Vorordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(300) Die Herabsetzung der Zinsen der Staatsanleihen von 1850 und 1852 von 4½ auf 4 Prozent betr.

Durch Allerhöchsten Erlaß vom heutigen Tage ist genehmigt worden, den Zinsfuß der Staatsanleihen aus den Jahren 1850 und 1852 vom 1. October d. J. ab von 4½ auf 4 Prozent herabzusetzen.

Demgemäß werden:

- 1) die sämtlichen Schuldverschreibungen dieser beiden Anleihen, soweit sie nicht in den früheren und in den am 19. d. M. stattgehabten Verlosungen gezogen und zur Auszahlung gefündigt sind, den Inhabern behufs der Auszahlung des Capitals am 1. October d. J. hierdurch gefündigt;

zu 3. und 4. folgenden Bestimmungen bis zum 30. April d. J. zu erkennen geben, eine Prämie von einem halben Prozent des Capitals bewilligt.

- 3) Diejenigen Obligations-Inhaber, welche mit der Zinsherabsetzung einverstanden sind, werden aufgefordert, dies spätestens bis zum 30. April d. J., Abends 6 Uhr, zu erkennen zu geben, und zu diesem Zwecke die Schuldverschreibungen, und zwar die vom Jahre 1850 ohne Coupons, dagegen die vom Jahre 1852 mit den Coupons Serie III. Nr. 6. bis 8. und Talons, bis zu dem oben bezeichneten Termine an die Controle der Staatspapiere hieselbst, Drauisstraße Nr. 93., oder an die zunächst gelegene Registrars-Hauptkassse in den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr einzureichen. Für etwa fehlende Coupons Serie III. Nr. 6. bis 8. muß der Betrag derselben beigelegt werden. Die Schuldverschreibungen werden möglichst bald den Besitzern, mit dem Reductionsstempel bedruckt und mit einer neuen Serie Coupons über die 4prozentigen Zinsen vom 1. October 1862 bis dahin 1866 und Talons versehen, zurückgegeben, zugleich aber die Prämie von einem halben Prozent ausgezahlt werden.
- 4) Denjenigen Personen, welche ihre Documente als Cautionen niedergelegt haben und unter Einreichung des Cautionen-Empfangscheins bis zum 30. April d. J. die Convertirung beantragen, sind diese gleichfalls zugelassen.
- 5) Die eintreichenden Schuldverschreibungen müssen nach Littern und Nummern geordnet, und es muß für jede Anleihe ein besonderes Verzeichniß beigelegt sein, und zwar müssen diese Verzeichnisse bei den Einlieferungen an die Registrars-Hauptkassen doppelt angefertigt werden, da das eine Exemplar, mit der Empfangsbezeichnung versehen, den Einreichern zurückgegeben wird. Für die Controle der Staatspapiere genügen einfache Verzeichnisse. Formulare zu diesen Verzeichnissen sind bei den Registrars-Haupt- und Kreiskassen und bei der Controle der Staatspapiere in einigen Tagen unentgeltlich zu haben.
- 6) Für die Einlieferung der bis zum 30. April d. J. bei der Controle der Staatspapiere oder bei einer der Registrars-Hauptkassen beifus der Convertirung eingehenden Schuldverschreibungen wird die Befreiung vom Preussischen Porto gewährt, wenn auf dem Couverte bemerkt ist: „Schuldverschreibungen der Staatsanleihe von 1850 (beziehungsweise 1852) beifus der Convertirung.“ Für solche Sendungen jedoch, die von Orten eingehen oder nach Orten bestimmt sind, welche außerhalb des Preussischen Postbezirks, aber innerhalb des deutschen Postvereinsgebiets belegen sind, kann eine Befreiung vom Porto nach Maßgabe der Vereinsbestimmungen nicht stattfinden.
- 7) Von denjenigen Besitzern von Schuldverschreibungen, welche diese nicht bis zum 30. April d. J. eingereicht, beziehungsweise nach Nr. 4. angemeldet haben, wird angenommen, daß sie auf die Zinsherabsetzung nicht eingehen wollen, und die Rückzahlung des Capitals vorziehen. Dieselben werden daher aufgefordert, das Capital, gegen Rückgabe der Schuldverschreibungen und Quittung, vom 15. September d. J. ab, in den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr bei der Controle der Staatspapiere oder einer der Registrars-Hauptkassen in Empfang zu nehmen. Mit den Schuldverschreibungen der Anleihe von 1852 sind zugleich die Zinscoupons Serie III. Nr. 6. bis 8. und Talons zurückzugeben. Vom 1. October d. J. ab hört die Verzinsung der nicht convertirten Schuldverschreibungen auf, und es wird der Betrag der etwa nicht mit zurückgegebenen Coupons Serie III. Nr. 6. bis 8. von Schuldverschreibungen der Anleihe von 1852 bei der Auszahlung des Capitals von diesem in Abzug gebracht werden.

Berlin, den 21. März 1862.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende, schon dem 13. Stück des Amtsblatts als Extrabeilage beigelegte Bekanntmachung wird nochmals mit dem Hinzufügen wiederholt, daß Formulare zu den Verzeichnissen auch bei sämmtlichen Kreiskassen und bei den Magistraten zu Weiskensfeld, Eilenburg, Bitterfeld, Herzberg, Quersfurt, Cölleda und Wettin zu haben, und daß außer der Registrars-Hauptkassse die Kreiskassen zur Annahme der zur Convertirung eintreichenden Schuldverschreibungen ebenfalls ermächtigt sind.

Merseburg, den 9. April 1862.

Königliche Regierung.

(321) Die Ausnahme der wüsten Hohenborfer Mark im Delitzscher Kreise in die angrenzenden Gemeindebezirke betr.

Seitens des Königlichen Ober-Präsidiums der Provinz Sachsen ist auf Grund des §. 1. des Gesetzes über die Landgemeinde-Versaffung vom 14. April 1856 die Einverleibung der wüsten Hohenborfer Mark im Delitzscher Kreise in die angrenzenden Gemeindebezirke in der Weise genehmigt worden, daß

- 1) die Pläne Nr. 125. und 126. der Separationskarte von Altischmar dem Gemeindebezirk Dobershausen,

- 2) die Pläne Nr. 98. bis incl. 101. und Nr. 106. bis Nr. 124. einschließlich dem Gemeindebezirke
 Zickernitz,
 3) die Pläne Nr. 102. bis 105. dem Gemeindebezirke Großkybna und
 4) die Pläne Nr. 127. bis 135. und Nr. 97. dem Gemeindebezirke Klitzschmar
 einverleibt werden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.
 Merseburg, den 3. April 1862. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(322) Den Gebrauch des Preussischen Adlers Seitens Preussischer Fabrikanten zur Bezeichnung ihrer Waaren betr.
 Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 13. Februar c. (Amtsblatt Stück 9. pag. 55. Nr. 183.), betr. den Gebrauch des Preussischen Adlers Seitens Preussischer Fabrikanten zur Bezeichnung ihrer Waaren oder Eisselten, bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß uns eine Anzahl von Abbildungen des anzunehmenden Adlers zugegangen ist, wovon einzelne Exemplare an Gewerbetreibende als Muster abgegeben werden können. Die Anträge deshalb sind durch die Hand der Ortspolizeibehörde hieher zu richten.
 Merseburg, den 4. April 1862. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(323) Polizei-Verordnung wegen zwangsweiser Vertilgung des cultur-schädlichen Ungeziefers.

Auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11 März 1850 verordnen wir für den ganzen Umfang unseres Verwaltungsbezirks was folgt:

§. 1. Die Besitzer von Feld- und Gartengrundstücken sind verpflichtet, Maßregeln zur Vertilgung der Hamster, Mäuse, Engerlinge und der Maikäfer zu treffen, wenn durch das häufige Auftreten dieser Thiere ein erheblicher Schaden für die Feldfrüchte, beziehungsweise für die Bäume zu besorgen ist.

§. 2. Den Kreis-Landräthen wird die Befugniß beilegt, zu bestimmen, wann der Fall einer zwangsweisen Vertilgung dieser Thiere vorliegt und es sind sodann von denselben die Gemeinde-Vorstände resp. in selbstständigen Gutsbezirken die Gutsbesitzer mit näherer Anweisung zu versehen, sowie mit der Aufsicht zu beauftragen. Eine solche Anordnung kann nicht nur für einzelne oder mehrere Feldmarken, sondern auch für den ganzen Kreis erfolgen.

Durch die den Landräthen beilegte Ermächtigung wird die Befugniß der Aufsichtsbehörde, eine zwangsweise Vertilgung anzuordnen, nicht ausgeschlossen.

§. 3. Das Vertilgen der Hamster und Mäuse erfolgt je nach der Beschaffenheit der Vertilgung,

- a) durch Ausgraben,
- b) durch Ausgießen der Löcher mit Wasser (wo möglich mit Kalklauge),
- c) bei den Mäusen durch das Einfangen in zu diesem Zwecke gezogenen Gräben oder in glatt geränderten Bohrlöchern oder in Töpfen, welche in die Erde eingesenkt sind.

Das Vergütten nach Maßgabe der hierüber erlassenen besonderen Polizei-Verordnung bleibt gestattet, kann jedoch nicht unter Zwang gestellt werden.

§. 4. Die Landräthe haben für jede Feldmark die Art resp. die Art der Vertilgung, sowie den Zeitpunkt derselben zu bestimmen, und die Gemeinde-Vorstände resp. Gutsbesitzer danach die näheren Anweisungen zu ertheilen. Die letzteren Organe überwachen die Ausführung und lassen für diejenigen, welche in der gestellten Frist den ergangenen Geboten nicht genügen, auf deren Kosten — mit Vorbehalt der verwirkten Strafe — die bezüglichen Arbeiten ansähen.

§. 5. Die Vertilgung der Engerlinge erfolgt durch Sammeln und Töden (Verfütteln) derselben. Das Ausammeln haben die Grundstücksbesitzer rüchlich ihrer mit dem Pfluge oder dem Spaten cultivirten Grundstücke bei Gelegenheit des Pflügens oder Grabens zu bewirken und dafür Sorge zu tragen, daß die mit dem Graben beschäftigten Arbeiter dazu Gefälle erhalten und den Pflügern eine verhältnismäßige Zahl von besonderen Ausammeln folgt. Die desfallige Controle liegt den Gemeinde-Vorständen resp. Gutsbesitzer ob.

§. 6. Die Vertilgung der Maikäfer erfolgt gleichfalls durch Sammeln und Töden derselben. Die Verpflichtung hierzu hat jeder Besitzer rüchlich seiner in Gärten, Plantagen, Alleen, sowie auf den Feldern und Wiesen stehenden Laubböhlzäume. Die Besitzer forstunäßig benutzter Grundstücke sind von dieser Verpflichtung ausgenommen.

Von den Gemeinde-Vorständen resp. Gutsbesitzer ist jedem Besitzer von Laubböhlzäumen nach der Menge derselben das Sammeln eines nach Scheffeln bestimmten Maasses in jeder Woche desjenigen Zeitraumes, welcher für die Vertilgung angeordnet worden ist, aufzulegen. Davon, daß dieser Verpflichtung überall nachgekommen und die Einkämpfung des gesammelten Quantums erfolgt ist, haben die Gemeinde-Vorstände resp. Gutsbesitzer sich in geeigneter Weise Ueberzeugung zu verschaffen.

§. 7. Für den Stadtkreis Halle werden die vorstehend den Landräthen zugewiesenen Befugnisse und Verpflichtungen der städtischen Polizei-Verwaltung dafelbst übertragen.

§. 8. Grundstücksbesitzer, welche den in Folge dieser Verordnung ergebenden Anweisung nicht genügen, versallen in eine Geldstrafe bis zum Betrage von Fünf Thalern.

Merseburg, den 8. April 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(324) Abänderungen des Statuts der Actien-Gesellschaft „Neue Actien-Zucker-Raffinerie“ zu Halle betr.

Nachstehender Allerhöchster Erlaß:

Auf Ihren Bericht vom 18. März d. J. will Ich den in dem notariellen Protocolle vom 10. Februar d. J. verlautbarten Abänderungen des Statuts der Actien-Gesellschaft „Neue Actien-Zuckerraffinerie“, insbesondere der Erhöhung des Grundcapitals auf eine Million Thaler durch Ausgabe von Prioritäts-Actien Meine Genehmigung auf Grund des Art. 12. des Einführungs-Gesetzes zum Allgemeinen Deutschen Handels-Gesetzbuch, jedoch mit der Maßgabe ertheilen, daß in Erfüllung des Art. 238. des ebenbezeichneten Handels-Gesetzbuchs der Zweck der General-Versammlung jeder Zeit bei der Berufung bekannt gemacht werden muß und sich danach der Zusatz zu §. 35. der Statuten berichtigt. Dieser Mein Erlaß ist nebst dem Statut. Aenderungen durch das Amtsblatt Meiner Regierung zu Merseburg unter Anzeige davon in der Gesetz-Sammlung bekannt zu machen.

Die Anlagen Ihres Berichts erfolgen zurück.

Berlin, den 24. März 1862.

gez. Wilhelm.

gegg. von der Heydt. Graf zur Lippe.

An das Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche
Arbeiten und den Justiz-Minister.

und der

Nachtrag

zu dem unter dem 26. September 1859 Allerhöchst bestätigten Statut der
Neuen Actien-Zuckerraffinerie in Halle a. d. S.

I. Zusatz zu §§. 6. 7. u. 9. des Statuts.

Das Grundcapital der Gesellschaft wird durch Emittirung von Fünfhundert Actien zu je Tausend Thalern von 500,000 Thlr. auf Eine Million Thaler Preuß. Courant erhöht.

Die Actien zweiter Emission sind Stamm-Prioritäts-Actien und genießen die durch diesen Nachtrag bestimmten Vorzugsrechte. Dieselben lauten auf jeden Inhaber; sie werden nach dem beigefügten Formular D. in fortlaufenden Nummern von 501. bis 1000. ausgefertigt, und mit Dividendenscheinen und Talons nach den Formularen E. und F. versehen.

Alle Bestimmungen des Statuts über die Actien erster Emission finden auch auf die neu ausgegebenen Actien Anwendung, soweit nicht dieser Nachtrag Aenderungen ausdrücklich anordnet.

Bis jetzt sind 400 Actien gezeichnet.

Unmittelbar nach Eingang der landesherrlichen Bestätigung dieses Nachtrages sind auf jede gezeichnete Actie sofort zwanzig Prozent (20 %) des Nennwerthes einzuzahlen. Die weiteren Zahlungen sind nach den im Statut für die Actien erster Emission gegebenen Bestimmungen einzufordern und zu leisten.

II. Zusatz zu §. 14.

Der zweite Satz dieses Paragraphen, beginnend mit den Worten: „der vorgesetzten Behörde“, fällt weg und tritt an dessen Stelle Nachstehendes:

„Geht eins oder das andere der Gesellschafts-Blätter ein, so hat die General-Versammlung andere Blätter in gleicher Zahl zu wählen. Bis dieses geschehen ist, genügt die Insertion in den fortbestehenden Blättern.“

Der erste und dritte Satz bleiben unverändert in Kraft.

III. Zusatz zu §. 24.

Zur Erhebung von beschwerten und unbeschwerten Briefen und Poststücken genügt die Unterschrift eines Directors oder desjenigen Beamten, welcher vom Verwaltungsrath zur Vertretung eines Directors ermächtigt ist. Die Directoren sind befugt, zu einzelnen bestimmten Zwecken und zu Processen einen besondern Bevollmächtigten zu bestellen. Einer Bekanntmachung des Letzteren bedarf es nicht.

IV. Zusatz zu §. 33.

Der §. 35. wird aufgehoben und tritt an dessen Stelle Folgendes:

Auch in ordentlicher General-Versammlung kann

- 1) die Vermehrung des Grundcapitals über den Betrag von einer Million Thalern (1,000,000 Thlr.) hinaus,
 - 2) die Abänderungen der Statuten,
 - 3) die Verlängerung der Zeit, welche als Dauer der Gesellschaft bestimmt ist,
 - 4) die Aufnahme dauernder, nicht den gewöhnlichen Geschäftsverkehr betreffender Anleihen (§. 20.) nur dann beschloffen werden, wenn in der zum Zwecke der Einberufung zu erlassenden Bekanntmachung ausdrücklich bemerkt ist, daß ein hierauf bezüglicher Antrag zur Verhandlung kommen soll.
- Außerdem bedürfen die Beschlüsse unter 1. 2. und 3., um verbindliche Kraft zu erhalten, der landesherrlichen Bestätigung.

V. Zusatz zu §. 41.

Der zweite Satz dieses Paragraphen von den Worten „nach Abschreibung“ bis „verwendet“ fällt weg und wird an dessen Stelle bestimmt:

Nach Abschreibung für den Reservefond erhalten die Actien zweiter Emission aus dem Reingewinn zunächst prioritätsmäßig eine Dividende bis zu fünf Prozent. Sodann wird aus demselben die §. 27. vorgelebene Tantième gewährt. Von dem weiter verbleibenden Reingewinn empfangen die Actien erster Emission eine Dividende bis zu gleichfalls fünf Prozent. Ergiebt sich demnächst noch ein Ueberschuß, so bezieht der Verwaltungsrath davon 3 § Tantième. Der Rest wird als Superdividende auf die Actien erster und zweiter Emission gleichmäßig vertheilt.

Sollte in einem Betriebsjahre den Actien zweiter Emission die ihnen in vorgedachter Weise prioritätsmäßig zustehenden fünf Prozent Dividende nicht voll gewährt werden können, so muß der Rest bis zu diesem Verlauf aus dem Reinertrage der folgenden Jahre vorzugsweise nachgezahlt werden.

VI. Zusatz zu §. 42.

Bei dem Vertrage auf Auflösung der Gesellschaft und bei der Beschlussfassung über dieselbe, wobei die Anzahl der vertretenen Actien entscheidend ist, werden die ausgegebenen Actien beider Emissionen zusammen gerechnet.

Erfolgt die Auflösung, so wird der reine Vermögensbestand zunächst zur vollen Bezahlung der Actien zweiter Emission, und sodann zur Zahlung der Actien erster Emission, beides nach dem Renntwerth, verwendet. Der Ueberschuß wird gleichmäßig auf die gesammten Actien vertheilt.

D.

Stamm-Prioritäts-Actie Nr.

der
Neuen Actien-Zucker-Raffinerie zu Halle a. d. S.
über

Tausend Thaler Preuß. Courant.

Der Inhaber dieser Actie ist auf Höhe von Tausend Thaler Courant an dem gesammten Eigenthum und den Erträgen der oben genannten Gesellschaft theilhaftig und ist dadurch in alle Rechte und Pflichten eingetreten, welche das unter dem 26. September 1859 Allerhöchste bestätigte Statut und dessen unterm Allerhöchste bestätigter Nachtrag für die Actionairs feststellen.

Halle, den

18

Der Verwaltungsrath der Neuen Actien-Zucker-Raffinerie.
(Unterschrift des Vorsitzenden und eines Mitgliedes.)

Folio des Actienbuchs.

Die Direction.
(Eine Unterschrift.)

E.

Serie

Dividendenschein

Nr.

zu der
Stamm-Prioritäts-Actie der Neuen Actien-Zucker-Raffinerie.
Nr.

Gegen Rückgabe dieses Scheines empfängt Inhaber am 18 auf dem Comptoir der Gesellschaft zu Halle denjenigen Antheil an dem Reinertrage, welcher für das Geschäftsjahr 18 für

die mit dem prioritätlichen Vorrechte auf fünf Prozent Dividende ausgegebenen Actien statutenmäßig bekannt gemacht werden wird.

Halle, den

Der Verwaltungsrath.
(2 Unterschriften per facsimile.)

Aus §. 41. des Gesellschaftsstatuts.

Dividenden, welche nicht binnen vier Jahren nach dem Fälligkeitstermine abgehoben sind, verfallen zum Besten der Gesellschaft.

F.

Neue Actien-Zucker-Raffinerie.

Anweisung zum Empfang der Serie der Dividendenscheine

zu der

Stamm-Prioritäts-Actie Nr.

Inhaber empfängt am
dem Comptoir der Gesellschaft in Halle die

gegen diese Anweisung gemäß §. 41. des Statuts auf
Serie der Dividendenscheine für vorbezeichnete Actie.

Der Verwaltungsrath.

Die Direction.

(2 Unterschriften facsimile.)

(Eine Unterschrift.)

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 10. April 1861.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(323) Die Wirksamkeit der Schiedsmänner im Appellationsgerichts-Departement Naumburg im Jahre 1861 betr.

In dem verfloßenen Jahre 1861 sind bei 65 Schiedsmännern des Erfurter und 304 Schiedsmännern des Merseburger Regierungsbezirks im Ganzen 20,202 Streitsachen anhängig gewesen, von welchen

12,264 durch Vergleich,

2,670 durch Zurücktreten der Parteien und

5,150 durch Verweisung an den Richter beendet worden und

118 am Schluß des Jahres anhängig geblieben sind.

Durch eine größere Zahl zu Stande gebrachter Vergleiche haben sich folgende Schiedsmänner ausgezeichnet, deren vorzügliche Thätigkeit hierdurch öffentlich anerkannt wird.

A. im Regierungsbezirk Erfurt.

- 1) der Expediteur **Brandt** in Erfurt,
- 2) der Kaufmann **Meyer** daselbst,
- 3) der Privatsecretair **Strödter** in Langensalza,
- 4) der Buchbindermeister **Jungmann** daselbst,
- 5) der Webermeister und Steuererheber **Gerber** in Schmiedefeld,
- 6) der Rathmann **Forberg** in Sommerda;

B. im Regierungsbezirk Merseburg.

- 1) der Schneidermeister **Kauser** in Düben,
- 2) der Agent **Fehmel** in Eilenburg,
- 3) der Bürgermeister **Gottlöber** in Cölleda,
- 4) der Hüfner **Gröger** in Naundorf,
- 5) der Schuhmachermeister **Schwarz** in Eisleben,
- 6) der Oberknecht **Weinhardt** daselbst,
- 7) der Cantor **Kästner** in Merseburg,
- 8) der Bürgermeister **Flügel** in Lützen,
- 9) der Privat-Secretair **Weißer** in Naumburg,
- 10) der Amtsrichter a. D. **Steinacker** in Sangerhausen,
- 11) der Heilgehilfe **Franz** in Herzberg,
- 12) der Uhrmacher **Kronenberg** in Weißenfels und
- 13) der Kaufmann **Nothe** in Zeitz.

Von den vorgenannten Schiedsmännern haben insbesondere

der Privat-Secretair **Strödter** 337 (darunter 133 verglichen),
der Bürgermeister **Gottlöber** 466 (darunter 306 verglichen),
der Schuhmachermeister **Schwarz** 393 (darunter 358 verglichen),

der Privat-Secretair **Pfeiffer** 331 (darunter 242 verglichen),
der Amtsrichter a. D. **Steinacker** 312 (darunter 190 verglichen) und
der Uhrmacher **Kronenberg** 308 (darunter 195 verglichen),

und von den Uebrigen ein Jeder mehr als 150 Sachen verhandelt.

Indem wir dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, bemerken wir, daß auch in dem verflossenen Jahre das Institut der Schiedsmänner sich bewährt und des fortdauernden Vertrauens des Publikums zu erfreuen gehabt hat.

Raumburg, den 3. April 1862.

Königliches Appellationsgericht.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(326) Ermäßigung der Beförderungs-Gebühr für auf Preussischen Telegraphen-Linien zu befördernde **Dresdner**.

Vom 1. April c. ab werden laut Verfügung des Königlichen Ministeriums für Handel u. d. d. 28. März c. die Gebühren für interne Correspondenz in der Weise ermäßigt, daß die bisherige dritte Zone in Wegfall kommt, mitbin nur zwei Gebühren-Zonen bestehen bleiben: die erste bis zu 10 Meilen, die zweite über 10 Meilen Entfernung. Das Maximum der Beförderungs-Gebühr für eine einfache, ausschließlich auf Preussischen Telegraphen-Linien zu befördernde Depesche (20 Wörter) beträgt demnach 16 Sgr., für eine Depesche von 30 Wörtern 24 Sgr. u. f. w.

Berlin, den 29. März 1862.

Königliche Telegraphen-Direction.

Personal-Chronik.

(327) Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle an St. Marien in Salzwebel, in der Diöces gleiches Namens, ist der bisherige Predigtamts-Candidat Rudolph **Jahn** berufen und bestätigt worden.

(328) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Roshach mit dem titiale Lunstedt in der Diöces Freyburg, ist dem bisherigen Pfarrer und Superintendentur-Vicar in Wiedersbach, Diöces Schleusingen, Ferdinand Ludwig **Vreuss**, verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Wiedersbach ist königlichen Patronats.

(329) Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle in Nebra mit der Pfarrstelle in Orschwangen in der Diöces Quercfurt ist der bisherige Predigtamts-Candidat Karl Benjamin **Reichold** berufen und bestätigt worden.

(330) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Obergebra in der Diöces Bleicherode ist der bisherige Pfarrer **Kumpel** zu Albrechts ernannt und bestätigt worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Albrechts, Ephorie Suhl, ist königlichen Patronats.

(331) Der Predigtamts-Candidat Wilhelm Edward **Schliephal** ist zum Hülfsprediger in Benndenstein ernannt worden.

(332) Der Predigtamts-Candidat Gustav Adolph **Warnack** ist zum Hülfsprediger der Parochie Roßbach in der Diöces Bitterfeld ernannt worden.

(333) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Esleben in der Diöces Heldrungen ist dem bisherigen Pfarrer in Obig, Diöces Zeig, Friedrich Moritz **West** verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Obig ist königlichen Patronats.

(334) Zu der erledigten evangelischen Fröhpredigerstelle an der Hauptkirche zu Suhl in der Diöces gleiches Namens ist der bisherige Predigtamts-Candidat Theodor Friedrich Ernst **Koch** ernannt und bestätigt worden.

(335) Der Einwohner **Hölzer** in Nahnitz ist vom 1. April c. ab als interimistischer Waldwärter für den Belsau Nahnitz in der Oberförsterei Schleuditz entlassen und an dessen Stelle der Haus- und Feldbesizer Friedrich **Nicolai** zu Brischbna in gleicher Eigenschaft angenommen worden.

(336) Dem forstverorgungsberechtigten Jäger Karl Gustav **Schneider** ist die Waldwärterstelle zu Elbden in der Oberförsterei Annaburg vom 1. Juli c. ab verliehen worden.

(337) Dem bisherigen Waldwärter **Kranke** zu Elbden ist unter Ernennung desselben zum königlichen Förster die Försterstelle zu Doppelhain in der Oberförsterei Elsterwerda vom 1. Juli c. ab verliehen worden.

(338) Der Staatsanwalt **Ullung** in Erfurt ist zum Ober-Staatsanwalt bei dem Kammergerichte zu Berlin und die Kreisrichter v. **Landwüst** in Halle, **Schick** in Suhl und **Triebel** in Weitten sind

zu Kreisgerichtsräthen Allerhöchst ernannt, ingleichen ist den Rechtsanwälten und Notaren **Bromme** hier und **Berner** in Langensalza der Character als Justizrath verliehen.

Der Gerichts-Affessor **Stamm** in Eisleben ist gestorben.

Der Referendarius **v. Rafowski** ist zum Gerichts-Affessor ernannt.

Die Referendarien **Weißer**, bisher bei dem Appellationsgerichte zu Stettin, und **Begner**, bisher bei dem Appellationsgerichte zu Frankfurt a. d. O., sind in das Departement Raumburg versetzt.

Die Ausrultatoren **Osten** und **Wensch** sind auf ihren Antrag aus dem Justizdienste entlassen und die Rechtskandidaten **Hummel** und **v. Trotha** als Ausrultatoren angenommen.

Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath **Schloßwerder** in Wittenberg ist gestorben.

Der Rechtsanwalt und Notar **Panse** in Solleda ist nach Erfurt versetzt und der Kreisrichter **Paschke** in Berleberg zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte zu Liebenwerda und Notar im Departement ernannt.

Der Kreisgerichts-Secretair **Ernst** in Torgau ist gestorben.

(339) Für den Bezirk Morl im Saalkreise ist der Gutsbesitzer **Ebert** in Morl zum Schiedsmann gewählt und verpflichtet worden.

(340) Dem Rechtsanwalt und Notar **Neper** in Discherleben ist die beantragte Entlassung von seinen Aemtern als Rechtsanwalt und Notar ertheilt.

Der Gerichts-Affessor **Roch** ist zum Stadt- und Kreisrichter in Danzig ernannt.

(341) Der Secretariats-Applicant **Becker** ist auf seinen Antrag aus dem Militair-Intendantur-Dienst entlassen.

(342) Versetzt: der berittene Steueraufsieber **Giese** in Rühlhausen als Steueraufsieber zu Jitz nach Wiehe, der Steueraufsieber **Schlüter** von Weissenfels nach Magdeburg, der Steueraufsieber **Oehlert** von Alt-Gatersleben nach Weissenfels.

Neu angestellt: der invalide Trompeter **Zimmermann** in Nordhausen als Chausseegeldbesorger in Eupisch.

A m t s - B l a t t

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 17.

Ausgegeben zu Merseburg am 26. April 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(343) Polizei-Verordnung, die Bedeutung der durch ein Göpelwerk in Bewegung gesetzten Dreschmaschinen während ihres Betriebes betr. In neuerer Zeit sind bei dem Betriebe von Dreschmaschinen, welche durch ein außerhalb der Druschhütte aufgestelltes Göpelwerk in Bewegung gesetzt werden, erhebliche Verletzungen der dabei beschäftigten Arbeiter vorgekommen, die in einigen Fällen sogar den Tod der Verletzten zur Folge gehabt haben.

Zur Verhütung weiterer Unglücksfälle verordnen wir auf Grund des §. 11. des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung hiermit für den gesammten Regierungsbezirk was folgt:

Sobald die Dreschmaschinen, welche durch ein außerhalb der Druschhütte aufgestelltes Göpelwerk in Bewegung gesetzt werden, in Betrieb kommen, muß nicht allein die das letztere mit der eigentlichen Dreschmaschine verbindende liegende Welle in ihrer ganzen Länge, sondern es müssen auch alle frei liegende Räder des Göpelwerks und der eigentlichen Dreschmaschine mit einer Uebelung von hinlänglich starken und gut zusammengefügt Bretern versehen werden.

Gewerkschaften gegen diese Verordnung ziehen Geldbuße bis zu 10 Tblr. nach sich.

Merseburg, den 5. April 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(344) Die Sirkirung der Anwenbung der gewerblichen ortskantonalen Bestimmungen für den Gemeindebezirk Osminde. Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die im Amtsblatte Jahrgang 1858 S. 287. ff. publicirten ortskantonalen Bestimmungen vom 19. September 1858, betr. die gewerblichen Unterstüßungskassen, für die im Gemeindebezirk Osminde belegene Zuckerfabrik Gröbers so lange außer Anwendung bleiben, als die jetzige Einrichtung in Kraft besteht, wonach der resp. die Inhaber dieser Fabrik ihre Arbeiter in Krankheitsfällen in der festgesetzten Weise unterstützen, ohne von letzteren Beiträge hierzu zu fordern.

Merseburg, den 10. April 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(345) Polizei-Verordnung, das Verfahren beim Ausbruch der Lungenseuche unter dem Rindviehe betr. Auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 verordnen wir unter Aufhebung der Polizei-Verordnung vom 30. December 1850 (Amtsblatt 1851 pag. 5.) für den ganzen Verwaltungsbezirk folgendes:

§. 1. Anmelbung.

Is ein Stück Rindvieh von der Lungenseuche befallen oder bereits daran gestorben, so ist von dem Eigenthümer, dem behandelnden Thierarzte und dem Abbecker dies sofort der Ortspolizeibehörde anzumelden, welche den Ortsvorstand der betreffenden Gemeinde davon in Kenntniß setzt.

§. 2. Absonderung der erkrankten Häupter.

Nach erfolgtem Ausbruche der Lungenseuche sind die erkrankten Häupter von den gesunden sofort abzusondern, und zwar sind

- A. bei eingeführter Stallfütterung die kranken Stücke von den Gesunden, oder besser noch diese von jenen, welche in dem Stalle, wo der Ausbruch erfolgt ist, verbleiben, in gesonderte, durch keine Thür oder andere Oeffnungen mit dem erstern in Verbindung stehende Räumlichkeiten unterzubringen;
- B. beim Weidegange der Rindviehherde sind rücksichtlich der von der Seuche ergriffenen Viehstände
 - a) die erkrankten Stücke in dem Stalle zurückzuhalten,
 - b) die anscheinend noch gesunden, aber mit jenen in Berührung gewesen Häupter entweder gleichfalls zurückzuhalten, oder auf abgesonderte, mindestens 200 Schritte von dem auch für anderes Vieh bestimmten Weideplatz oder von Chauffeen und Landstraßen entfernte und abgepflasterte Weide zu bringen. Im letztern Falle muß das Vieh auch Nachts auf der abgesonderten Weide verbleiben.

§. 3. Besondere Wärdter und Stallgeräthe.

Zur Verhütung des an der Seuche erkrankten Rindviehes sind besondere Wärdter anzunehmen, welche mit dem gesunden in keine Berührung kommen dürfen. Auf gleiche Weise sind dazu besondere Stallgeräthe zu bestimmen.

§. 4. Verunreinigtes Futter.

Futter und Getränk, von welchem die an der Seuche Erkrankten, oder die daran Genesenden genossen haben, oder welches der Einwirkung ihrer Ausdünstung ausgesetzt gewesen oder sonst mit Auswurfsstoffen derselben verunreinigt ist, wird an einem abgelegenen Orte oder in dem Düngerhaufen vergraben. Größere Quantitäten solchen Futters können zwar bei Pferden, Schaaßen und Schweinen verwerflich werden, jedoch so, daß dabei jede Berührung mit dem Rindvieh vermieden wird.

§. 5. Mist des Krankensalles.

Der Mist des Krankensalles ist entweder sogleich ohne Verstreuerung an einem dem Rindvieh unzugänglichen Ort zu schaffen, oder aus dem Düngerhaufen in den alten Mist zu vergraben. Dieser darf nur mit Pferden auf den Ader gefahren und muß hier sofort mit gleichem Zugvieh untergepflügt werden.

§. 6. Behandlung der Cadaver.

Das an der Lungenseuche krepirte und der gedachten Krankheit halber getödtete Vieh ist nach dem Erkalten auf einem besondern Karren oder einer Schleife unter Vermeidung der Berührung mit andern Rindvieh zur Grube zu schaffen und mindestens sechs Fuß tief zu vergraben:

§. 7. Die Cadaver dürfen nicht durch fremde Fluren geführt, sondern müssen in der Flur des inficirten Ortes und zwar mindestens sechs Ruten von Wegen und Tristen entfernt verscharrt werden. Das Füttern der Hunde mit dem Fleische der gefallenen Thiere ist verboten.

§. 8. Ablebern und Entnahme des Fettes.

Das Ablebern der Cadaver und die Entnahme der Fetttheile an dem Verdrigungsorte ist gestattet, jedoch muß Fell und Fett in einem fugenbichten und verpichteten Kasten wohlverdeckt nach der Abdeckeri geschafft werden. Die Felle sind in dieser mindestens sechs Wochen lang an einem dem Rindvieh nicht zugänglichen Orte aufzuhängen oder sofort in Kalk zu legen.

§. 9. Anzeige des Ausbruchs an die Nachbarschaft.

Der Ausbruch der Seuche (§. 1.) ist vom Ortsvorstande der Gemeinde in der für polizeiliche Bekanntmachungen ortsüblichen Weise zur Kenntniß zu bringen und noch außerdem sowohl dem Rindvieh haltenden Publikum der Gemeinde, als auch den benachbarten Gemeinden besonders anzuzeigen.

§. 10. Vom Tage des Ausbruchs ab darf zwischen den inficirten und andern Ortschaften kein Verkehr mit Rindvieh, Raufutter und Stroh stattfinden.

Dies Verbot dauert so lange fort, bis es von der Ortspolizeibehörde ausdrücklich aufgehoben worden und darf dies erst sechs Wochen nach dem gänzlichen Aufhören der Krankheit erfolgen. Diese Unterbrechung des Verkehrs ist mit geschärfter Strenge unter Gemeinden, die einen gemeinschaftlichen Viehstall halten, aufrecht zu erhalten. Von der Seuche wiedergenesene Häupter können aber erst 3 Monate nach dem völligen Aufhören der Krankheit in der Gemeinde auswärts verkauft werden.

§. 11. Viehmärkte

Viehmärkte dürfen an einem von der Seuche ergriffenen Ort nicht abgehalten werden. Der Landrath ist befugt, solche auch dann aufzuheben und zu untersagen, wenn der Markort zwar frei ist, die Seuche aber in der Nachbarschaft grassirt.

§. 12. Reinigung der Ställe und Stallgeräthe.

Nach dem Aufhören der Seuche sind die Ställe und Stallgeräthe in folgender Weise von dem Ansteckungshofe zu reinigen:

Nach der in Gemäßheit der §. 5. angeordneten Vorsichtsmaßregel erfolgten Entfernung des Mistes ist der Fußboden, wenn er gepflastert ist, zu wiederholten Malen mit heißer Seifensiederlauge oder mit Wasser, unter welches zum zwölften Theil des Gewichts Chlorkalk gemischt ist, auszugießen; ist derselbe aber nicht gepflastert, so ist der Boden in einer Höhe von mindestens 3 Zoll in gleicher Weise wie der Mist zu entfernen und dann mit den genannten Flüssigkeiten zu begießen. Demnächst werden sämtliche Oeffnungen des Stalles sorgfältig verschlossen und dieser mit Chlordämpfen stark angefüllt. Diese werden dadurch bereitet, daß der käufliche Chlorkalk mit Wasser zu einem dünnen Brei gerührt und in legeren Schwefelsäure gegossen wird, worauf der Stall schleunig zu schließen und 24 Stunden so zu bewahren ist. Demnächst ist er acht Tage hindurch dem Zutritte der freien Luft auszuweisen, die Wände und Pfeiler werden dann mit Kalk überstrichen.

Verrostete Stallgeräthe werden vernichtet. Rausen und Krippen sind, wenn sie nicht verbrannt werden, mit heißem Wasser sorgfältig zu reinigen und dann mit verdünnten Chlorkalk zu befreieren. Dasselbe Verfahren tritt für die Reinigung der Karren und Schleifen, mit welchen die Cadaver fortgeschafft sind, ein. Wollene Decken werden mit warmer Seifensiederlauge gereinigt und unter mehrmaligem Ausklopfen sechs Wochen lang an die Luft gehangen.

§. 13. Strafen.

Gegen die Nichtbefolgung der vorstehenden Polizeivorschriften wird Geldstrafe bis zum Betrage von 10 Thlr. hierdurch angedrohet. Diese Strafe trifft dem Zuwiderhandelnden, auch wenn kein Nachtheil für einen Dritten verursacht ist. Haben Zuwiderhandelnde aber die Verbreitung der Seuche verschuldet, so unterliegen sie den Strafbestimmungen des Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851.

Merseburg, den 15. April 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(316) Die Aufnahme in das evangelische Lehrerinnen-Seminar zu Drossig betr.

Zu Anfang September d. J. findet bei dem evangelischen Lehrerinnen-Seminar zu Drossig in Regierungsbezirk Merseburg eine neue Aufnahme von Jungfrauen statt, welche sich für den Beruf als Lehrerinnen ausbilden wollen.

Das Seminar nimmt Jünglinge aus allen Provinzen der Monarchie auf. Der Cursus ist ein zweijähriger. Die jährlich zu entrichtende Pension beträgt 65 Thlr.

Zweck und Einrichtung des Seminars, sowie die Bedingungen, unter welchen die Aufnahme erfolgen kann, sind in der Bekanntmachung vom 29. März 1859, abgedruckt in dem Centralblatt für die gesammte Unterrichtsverwaltung pro 1859 Seite 405., ausgesprochen.

Auf diese Bekanntmachung wird hierdurch mit dem Bemerten verwiesen, daß die Zulassung zu der diesjährigen Aufnahme spätestens bis zum 20. Mai d. J. bei derjenigen königlichen Regierung, in deren Bezirk die Bewerberin wohnt, unter Einreichung der in der obenerwähnten Bekanntmachung bezeichneten Schriftstücke und Zeugnisse nachzusuchen ist.

Die zur Aufnahme fähig Befundenen haben ihre Einberufung seiner Zeit von hier aus zu erwarten.

Wegen der diesjährigen Aufnahme in das Gouvernanten-Institut und in das mit demselben verbundene Töchter-Pensionat ist besondere Bekanntmachung ergangen.

Berlin, den 7. April 1862.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
von Mähler.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch mit dem Bemerten zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß von den Bewerberinnen bei der Meldung folgende Schriftstücke und Zeugnisse einzureichen sind:

- 1) Geburts- und Taufschein, wobei bemerkt wird, daß die Bewerberin am 1. October d. J. nicht unter 17 Jahre alt sein darf.
- 2) Ein Zeugniß eines königlichen Kreisphysikus über normalen Gesundheitszustand, namentlich, daß die Bewerberin nicht an Brustschwäche, Kurzsichtigkeit, Schwerhörigkeit, sowie an anderen, die Ausübung des Lehramts behindernden Gebrechen leidet, auch in ihrer körperlichen Entwicklung soweit vorgeschritten ist, um den Aufenthalt im Seminar ohne Gefährdung ihrer Gesundheit übernehmen zu können. Zugleich ist ein Zeugniß über stattgefundene Impfung vorzulegen.
- 3) Ein Zeugniß der Ortspolizeibehörde über die sittliche Führung der Aspirantin, eben ein solches von ihrem Seelsorger über ihr Leben in der Kirche und in der christlichen Gemeinschaft.
- 4) Ein von der Bewerberin selbst verfaßter Lebenslauf, aus welchem ihr bisheriger Lebensgang zu ersehen und auf die Entwicklung ihrer Neigung zum Lehrerberuf zu schließen ist. Dieses Schriftstück gilt zugleich als Probe der Handschrift.
- 5) Eine Erklärung der Eltern oder Vormünder, daß dieselben das Pensionsgeld von 65 Thlr. jährlich auf zwei Jahre zu zahlen sich verpflichten.

Im Fall von der Bewerberin auf Unterstützung Anspruch gemacht wird, ist ein von der Ortsbehörde ausgestelltes Armuthszeugniß beizubringen, aus welchem die Vermögens-Verhältnisse der Bewerberin und ihrer Angehörigen genau zu ersehen sind.

Zur Aufnahme in das Seminar sind, mit Ausnahme der Ausbildung in der Musik, diejenigen Kenntnisse und Fertigkeiten erforderlich, wie sie in dem Regulativ vom 2. October 1854 (Berlin, Bessert'sche Verlagsbuchhandlung) für die Vorbildung der Seminar-Präparanden bezeichnet sind, außerdem Fertigkeit in weiblichen Handarbeiten. Ein Anfang im Verständniß der französischen Sprache, sowie im Klavierspiel, Gesang und Zeichnen sind erwünscht.

Die Vorprüfung der Bewerberinnen aus dem diesseitigen Regierungsbezirk wird von dem Herrn Consistorialrath Frobenius am Mittwoch den 4. Juni, von Vormittag 8 Uhr an, in dem Sessionszimmer der unterzeichneten Regierungs-Abtheilung abgehalten werden. Die Bewerberinnen haben sich am 3. Juni, Abends 6 Uhr, bei dem Herrn Consistorialrath Frobenius hieselbst zu melden.

Merseburg, den 14. April 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.

(347) Die diesjährige Aufnahme in das evangelische Gouvernanten-Institut zu Tressbig betr.

In der unter der unmittelbaren Leitung des Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten stehenden Bildungsanstalt für evangelische Gouvernanten und Lehrerinnen an höheren Töchter-Schulen zu Tressbig im Regierungsbezirk Merseburg beginnt zu Anfang September d. J. ein neuer Cursus.

Der Cursus dauert drei Jahre. Die Röglinge werden nach einer vor einer königlichen Prüfungs-Commission abgelegten Prüfung mit dem Qualifications-Zeugniß für den Beruf als Erzieherinnen und Lehrerinnen in Familien und höheren Töchterischen entlassen.

An Pension sind jährlich 105 Thlr. zu zahlen.

Das Nähere über Zweck und Einrichtung der Anstalt, sowie über die Bedingungen zur Aufnahme, ist in der Bekanntmachung vom 31. März 1859, abgedruckt in dem Centralblatt für die gesammte Unterrichts-Verwaltung pro 1859 Seite 407., enthalten.

Indem in allen Beziehungen auf diese Bekanntmachung verwiesen wird, bemerke ich, daß Meldungen zur Aufnahme spätestens bis zum 1. Juli d. J. direct bei mir einzureichen sind.

Jenselben müssen die in der erwähnten Bekanntmachung bezeichneten Schriftstücke und Zeugnisse beigelegt sein.

In das mit dem Gouvernanten-Institut verbundene Pensionat für evangelische Töchter höherer Stände können ebenfalls noch Jöglinge vom 10. bis 16. Lebensjahre aufgenommen werden. Diefelben sind bei dem königlichen Seminardirector Krüger in Tressbig bei Zeit anzumelden, von welchem auch ausführliche Programme über das Pensionat bezogen werden können.

Berlin, den 7. April 1862.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.
von Mähler.

Vorstehende Bekanntmachung wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht und im Uebrigen auf die Bekanntmachung vom 31. März 1859 (Amtsbl. 1859 St. 15. S. 126.) verwiesen.

Merseburg, den 14. April 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen und Schulwesen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(348) Ausgeloste Obligationen des Wittenberger Deichverbandes pro term. 1. Juli 1862.

In Gemäßheit der durch die Allerhöchsten Cabinets-Ordres vom 21. August 1852 und vom 23. Juni 1854 dem Wittenberger Deichverbaude verliehenen Privilegien zur Ausgabe von Deichobligationen im Gesammtbetrage von 180,000 Thlr. hat durch die dazu gewählte Commission des Deichamtes die Auslosung der auf das Jahr 1862 zu kündigenden und zu amortisirenden Deichobligationen im Betrage von 2200 Thlr. stattgefunden.

Nachstehende Nummern der Deichobligationen sind bei dieser Auslosung gezogen worden:

- I. Abtheilung: Litt. A. Nr. 67. 124. à 500 Thlr.,
 " B. Nr. 107. 199. à 100 Thlr.,
 " C. Nr. 23. 91. 149. 167. 176. à 25 Thlr.;
II. Abtheilung: Litt. D. Nr. 158. à 500 Thlr.,
 " E. Nr. 234. 271. 498. à 100 Thlr.,
 " F. Nr. 357. 490. 539. à 25 Thlr.

Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe und gleichzeitig die gedachten Obligationen auf Grund des §. 2. der Allerhöchsten verliehenen Privilegien hiermit kündige, forberg ich die Inhaber derselben auf, die ausgelosten Deichobligationen am 1. Juli 1862 der Kasse des Wittenberger Deichverbandes zu Preßch nebst Coupons zu präsentieren, worauf deren Einlösung erfolgen wird.

In Bezug auf die Präclüßionsbestimmungen, wonach ausgeloste oder gekündigte Deichobligationen, deren Betrag in dem festgesetzten Termine nicht erhoben wird, innerhalb der nächsten 10 Jahre auch in spätern Terminen zur Einlösung präsentirt werden können, danu aber keine Zinsen mehr tragen und nach Verfluß von 10 Jahren nach ihrer Fälligkeit ihren Werth ganz verlieren, beziehe ich mich auf §. 5. der Allerhöchsten Privilegien, welcher jeder Obligation beigedruckt ist.

Wittenberg, den 21. December 1861.

Der Deichhauptmann, Landrath v. Jagow.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Zurl in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Belagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königl.ichen Regierung zu Merseburg.

Stück 18.

Ausgegeben zu Merseburg am 3. Mai 1862.

- (349)** Das 13. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 11. April 1862, enthält unter:
- Nr. 5513. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Bommerscher Provinzial-*Chaussee*-bau-Obligationen III. Emission zum Betrage von 200,000 Thalern. Vom 13. März 1862.
 - Nr. 5514. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Meßrigger Kreises im Regierungsbezirk Posen, im Betrage von 30,000 Thalern. Vom 13. März 1862.
 - Nr. 5515. Urkunde, betreffend die Stiftung einer Medaille zur Erinnerung an die Krönung. Vom 22. März 1862.

Das 14. Stück, ausgegeben am 17. April 1862:

- Nr. 5516. Allerhöchster Erlaß nebst Tarif vom 13. März 1862, nach welchem das Bohlwerks, Pfahl- und Brädengeld in der Stadt Lassan im Greifswalder Kreise des Regierungsbezirks Stralsund zu entrichten ist.
- Nr. 5517. Allerhöchster Erlaß vom 13. März 1862, betreffend die Verleiher der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-*Chaussee* im Kreise Reidenburg von Reidenburg bis zur Landesgrenze bei Rapierten.
- Nr. 5518. Allerhöchster Erlaß vom 13. März 1862, betreffend die Verleiher der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-*Chaussee* von Mohrunen nach Waldenten, im Kreise Mohrunen, Regierungsbezirk Königsberg.
- Nr. 5519. Privilegium wegen Emission auf den Inhaber lautender Obligationen dritter Serie über eine Anleihe der Stadt Elberfeld von 100,000 Thalern. Vom 17. März 1862.
- Nr. 5520. Allerhöchster Erlaß vom 17. März 1862, betreffend die Umänderung der Apoints derjenigen Charlottenburger Stadt-Obligationen zum Betrage von 10,000 Thalern, welche nach dem Allerhöchsten Privilegium vom 19. October 1860 in Apoints von 25 Thalern ausgefertigt werden sollen, in Apoints von 1000 Thalern.
- Nr. 5521. Allerhöchster Erlaß vom 31. März 1862, betreffend die Convertirung aller bei dem Vergiß-Wärkischen Eisenbahn-Unternehmen noch vorhandenen fünfprozentigen in vier und ein halbprozentige Obligationen.
- Nr. 5522. Bekanntmachung, betreffend den Beitritt der Kantone Schwyz und St. Gallen zu der von Preußen mit mehreren Kantonen der Schweiz abgeschlossenen Uebereinkunft wegen der Kosten der Verpflegung von erkrankten Angehörigen der contrahirenden Theile. Vom 5. April 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

- (350)** Die im Quartiertermin 1862 zu Merseburg ausgelassenen Steuer-Credit-Kassenscheine betr.
- Bei der heute erfolgten Verloosung der im Jahre 1764, sowie der anstatt der früheren unvertheilten und unverloosbaren Steuerscheine, im Jahre 1836 ausgefertigten Steuer-Credit-Kassenscheine sind nachstehende Nummern, deren Realisirung im Michaelietermin 1862 erfolgen wird, gezogen worden:

1) von den Steuer-Credit-Kassenscheinen aus dem Jahre 1764

von Litt. A. à 1000 Thaler:

Nr. 55. 319. 523. 583. 1296. 1324. 1478. 1642. 1837. 2152. 2212. 2466. 2882. 3072. 3207. 3707. 3823. 3923. 3927. 4113. 4729. 4827. 4864. 5315. 5448. 5533. 6181. 6548. 6600. 6745. 6910. 7546. 7563. 7638. 8200. 8409. 8820. 8856. 8970. 9133. 10088. 10162. 10301. 10382. 10427. 10492. 10723. 10734. 10843. 11047. 12084. 14177.;

von Litt. B. à 500 Thaler:

Nr. 267. 529. 813. 988. 2296. 2494. 2541. 2573. 2580. 2756. 2891. 3376. 3929. 4031. 4786. 4946. 5164. 5436. 5625. 5711. 5754. 5774. 5856. 6199. 6225. 6761. 7551.;

von Littr. D. à 100 Thaler:

Nr. 38. 88. 935. 1045. 1605. 2011. 2412. 3202. 3301. 3552. 3812. 3983. 4385. 4804. 4833. 4983.
5241. 5458. 5706.

2) von den Steuer-Credit-Kassenscheinen aus dem Jahre 1836

von Littr. A. à 1000 Thaler:

Nr. 10. 125. 170. 226. 274. 277;

von Littr. B. à 500 Thaler:

Nr. 37. 128;

von Littr. C. à 50 Thaler:

Nr. 47.

Außerdem wurden von den unverzinslichen Kammer-Credit-Kassenscheinen Littr. E. à 45 Thaler, die Scheine Nr. 8899. 8900. 8901. 9298. 9336. 9342. 9443. 9452. 9471. 9921. 9924. 9927. 10065. und 10066. zur Zahlung im Michaelisternine 1862 ausgelegt.

Die Inhaber der vorherzeichneten verloosten und resp. zur Zahlung ausgelegten Scheine werden hierdurch aufgefodert, die Capitalien gegen Rückgabe der Scheine und der zu den verzinslichen Scheinen gebenden Talons und Coupons mit dem Eintritt des Michaelisternins 1862, wo die Verzinsung der jetzt ausgelosten Steuer-Credit-Kassenscheine aufhört, bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse zu erheben.

Merseburg, den 24. April 1862.

Im Auftrage der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden:
der Regierungs-Präsident Roth.

(331) Verpachtung der Domains Kloster Mansfeld.

Höherer Anordnung zufolge soll die im Mansfelder, Gebirgskreise, belegene, 14 Meilen von Eisleben, 6 Meilen von Halle, 3 Meilen von Aichersleben, 5 Meilen von Quedlinburg entfernte königliche Domaine Kloster-Mansfeld von Johannis 1863 ab auf 18 hintereinander folgende Jahre im Wege des öffentlichen Ausgebotes anderweit verpachtet werden. Zu dieser Pachtung gehören

| | | |
|--------------|--------|--------------------------|
| 3 Morgen 104 | Ruthen | Hofraum und Baustellen, |
| 1137 | 146 | Acker, |
| 4 | 161 | Gärten und Plantagen, |
| 38 | 48 | Wiesen, |
| 100 | 104 | Hütung, |
| 1 | 21 | Wege, Gräben und Unland, |

1286 Morgen 44 Ruthen zusammen.

Das Pachtgelb. Minimum beträgt 5000 Thaler, die Pachtcaution 2000 Thaler und ist zur Übernahme der Pachtung überhaupt ein disponibles Vermögen von 22,000 Thalern erforderlich.

Den Licitationstermin haben wir auf **den 5. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr**, vor dem Herrn Regierungsrath Lenz in dem Sessionszimmer der unterzeichneten Regierungs-Abtheilung anberaunt, wogu wir Pachtbewerber mit dem Bemerken einladen, daß sich dieselben vor der Licitation über ihre Qualifikation als Landwirth, sowie über ihr ausreichendes Vermögen vollständig auszuweisen haben.

Die Verpachtungs-Bedingungen und Regeln der Licitation, so die Karte und das Vermessungs-Register können, mit Ausnahme der Sonn- und Feittage, täglich sowohl in unserer Domänen-Registratur als auf der Domaine Kloster-Mansfeld eingesehen werden, auch sind wir bereit, Abschrift der speciellen Pachtbedingungen, sowie die allgemeinen gedruckten Bedingungen gegen Erstattung der Copialien und resp. Druckkosten auf Verlangen zu ertheilen.

Pachtlufige, welche die Domainne und die zu derselben gehörigen Ländereien in Augenschein nehmen wollen, haben sich an den Herrn Domainenpächter Bennede in Kloster-Mansfeld zu wenden.

Merseburg, den 22. April 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

(332) Kreisverordnunge des Kreises Sangerhausen betr.

Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 7. Februar a. bringen wir zur Kenntniß des theiligtigten Publikums, daß die Kreisverordneten des Kreises Sangerhausen:

1) der Rittergutspächter und Ammänn **Kleemann** zu Verga, 2) der Schulze **Wölfer** zu Schönefeld und 3) der Oekonom und Ortschulze **Reincke** zu Gdrsdach, als solche nicht ausgeschieden, sondern noch als in Function befindlich anzusehen sind.

Merseburg, den 21. April 1862.

Königliche General-Commission.

(353) Die Sendungen unter Streif-, oder Kreuzband mit der Post betr.

Uebertretungen der Postgesetze kommen erfahrungsmäßig hauptsächlich bei solchen Sendungen vor, welche unter Band (Streif-, oder Kreuzband) zur Beförderung mit der Post eingeliefert werden. Zum Zweck möglicher Abwendung der Uebertretungen wird, unter Bezugnahme auf den §. 15. des Reglements vom 21. December 1860, auf die einschlagenden Vorschriften aufmerksam gemacht.

Gegen die ermäßigte Lage von vier Pfennigen bis zu 1 Loth excl. u. f. w. nach Maßgabe des Gewichtes können innerhalb des Preussischen Postgebiets und des Deutschen Postvereinsgebiets unter Band frankirt befördert werden: alle gedruckte, lithographirte, metallographirte, oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, zur Beförderung mit der Briefpost geeignete Gegenstände, mit Ausnahme der gebundenen Bücher und der mittelst der Copirmaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Adresse muß auf dem Streif- oder Kreuzbande und darf nicht auf der Sendung selbst angebracht sein.

Die Beförderung unter Band gegen die ermäßigte Lage ist im Allgemeinen unzulässig, wenn die Gegenstände nach ihrer Fertigung durch Druck u. f. w. außer der Adresse irgend welche Zusätze oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Zusätze oder Aenderungen geschrieben oder auf andere Weise bewirkt sind, z. B. durch Stempel, durch Druck, durch Ueberstreiben von Worten, Ziffern oder Zeichen, durch Punctiren, Unterstreichen, Durchstreichen, Ausradiren, Durchstechen, Ab- oder Ausschneiden einzelner Worte, Ziffern oder Zeichen u. f. w.

Es kann jedoch den Preis-Couranten, Circularen und Empfehlungsschreiben noch eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Adresse, sowie Ort, Datum und Namensunterschrift hinzugefügt werden; ferner dürfen Circularen von Handlungshäusern mit der handschriftlichen Unterzeichnung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein. Den Correcturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Correctur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt werden; das Manuscript darf dagegen den Correcturbogen nicht beigelegt werden. Modebilder, Landkarten u. f. w. dürfen colorirt sein; die Bilder und Karten dürfen aber nicht in Handzeichnungen bestehen, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich u. f. w. hergestellt sein.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter Einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Beförderung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adressumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Beförderung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verbotener Zusätze unter Streifband nicht versandt werden dürfen, wird nach §. 35. des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Portos, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Thalern bestraft.

Halle, den 26. März 1862.

Der Ober-Postdirector. Straßl.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(354) Verlosung von Kreis-Obligationen des Mansfelder Seekreises.

In der heute bewirkten 2. Verlosung von 2250 Thlr. Kreis-Obligationen des Mansfelder Seekreises de anno 1856 sind folgende Nummern gezogen worden:

- Litt. A. à 1000 Thlr. Nr. 51.,
- B. à 500 Thlr. Nr. 41.,
- C. à 200 Thlr. Nr. 97.,
- D. à 100 Thlr. Nr. 41. 209. 215. und 312.,
- E. à 25 Thlr. Nr. 40. 82. 184. 250. 255. und 294.

Dieselben werden den Inhabern hierdurch gekündigt mit dem Bemerken, daß die Rückzahlung des Capitalbetrags vom 31. December 1862 ab durch die Kreis-Cassaee-Bauckasse in Eisleben und durch das Bankhaus Bach und Frenkel in Nordhausen gegen Rückgabe der Kreis-Obligationen erfolgen wird.

Vom 1. Januar 1863 ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Obligationen auf.
Eisleben, den 28. December 1861.

Die ständische Commission für den Cassaubau des Mansfelder Seekreises.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(355) Dem Techniker G. **Sübner** in Berlin ist unter dem 10. April d. J. ein Patent auf einen

Rubizirungs-Apparat zum Messen des in den Brennereien erzeugten Weingeistes in seiner ganzen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(336) Dem Mechaniker J. M. **März** in Berlin ist unter dem 10. April 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenbümlich erkannte Vorrichtung, die Zähne an Sägeblättern anzuschneiden, ohne Jemanden in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

Personal-Chronik.

(337) Die erledigte evangelische Pfarrstelle an St. Jacobi in Sangerhausen in der Diöces Sangerhausen ist dem bisherigen Archidiaconus in Delitzsch, Dr. Gustav Emil **Burkhardt**, verliehen worden. Patron der dadurch vacant gewordenen Archidiaconatsstelle zu Delitzsch ist der Magistrat daselbst.

(338) Der Predigtkamts-Candidat Eduard Albert Theodor **Göldner** ist zum Hülfsgeistlichen an der Strafanstalt zu Halle berufen und beschäftigt worden.

(339) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Klein-Schwachten und Möllendorf in der Diöces Stendal ist der bisherige Predigtkamts-Candidat Udo **Wagner** berufen und beschäftigt worden.

(360) Der Predigtkamts-Candidat Friedrich Franz **Nägler** ist zum Hülfsprediger in der Pfarochie Perber, Ephorie Salzwedel, ernannt worden.

(361) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Döbendorf in der Diöces Egeln ist dem bisherigen Anstaltsgeistlichen und Diaconus an St. Trinitatis in Zeitz, Emil Julius **Schenk**, verliehen worden. Die dadurch vacant gewordene Diaconatsstelle an St. Trinitatis zu Zeitz ist königlichen Patronats.

(362) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Klein-Vargula in der Diöces Langensalza ist der bisherige Predigtkamts-Candidat Victor August Karl Emil **Schardt** berufen und beschäftigt worden.

(363) Durch die Berufung des Pfarrers **Thümmel** in das Pfarramt zu Zeuden wird das unter Privat-Patronat stehende Pfarramt in Eulich, Diöces Wittenberg, vacant, über welche bereits disponirt ist.

(364) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Abberode mit Wiggerode, Steinbrücken und dem Filiale Hermerode in der Diöces Ermsleben ist der bisherige Predigtkamts-Candidat Julius Carl **Gebhardt Herrmann** berufen und beschäftigt worden.

(365) Die Feldmesser Friedrich August **Wohlfahrt** zu Merseburg und Julius **Berent** zu Raumburg sind zu Vermessungs-Revisionen ernannt.

(366) Der Landes-Oekonomierath **Bernicke** zu Eilenburg ist aus Gesundheitsrücksichten auf seinen Wunsch von der Stellung als Veranlagungs-Commissarius für den Kreis Torgau entbunden und an dessen Stelle der Oekonomie-Commissarius **Koch** zu Torgau berufen.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Zurl in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 19.

Ausgegeben zu Merseburg am 10. Mai 1862.

- (367) Das 15. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 1. Mai 1862, enthält unter:
- Nr. 5523. Allerhöchster Erlaß vom 13. März 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chaussee von der Bernstein-Dölizer Chaussee durch das Dorf und die Mühle Dölitz bis zum Bahnhofe der Stargard-Posener Eisenbahn im Kreise Piritz.
- Nr. 5524. Allerhöchster Erlaß vom 13. März 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chausseen von Obra über Nahtau, Straschin, Gr. Kleiskau, Goltzau nach Garzau, von Braust über Schwintsch nach Fichtekrug und von Braust bis zum Weichsbeich bei der Lehlauer Fähre.
- Nr. 5525. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Graudenger Kreises im Betrage von 86,000 Thalern III. Emission. Vom 13. März 1862.
- Nr. 5526. Allerhöchster Erlaß vom 31. März 1862, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts, der fiskalischen Vorrechte und des Rechts der Chausseegeld-Erhebung für den Chausseebau von Runigundenhütte bis Jacobsgrube im Kreise Leutden des Regierungsbezirks Oppeln, an den Unternehmer, Major a. D. v. Tiele-Wintler zu Miedowitz.
- Nr. 5527. Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 24. März 1862, die Genehmigung der Abänderungen des Statuts der Actiengesellschaft „Neue Actien-Zuckerraffinerie“ in Halle a. d. S. betreffend. Vom 31. März 1862.
- Nr. 5528. Allerhöchster Erlaß vom 5. April 1862, betreffend die Einrichtung von Kreisynoden in der Provinz Posen.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(368) Den Ankauf von Remonten im Jahre 1862 betr.

Zum Ankauf von Remonten im Alter von drei bis einschließlich sechs Jahren sind im Bezirke der Königl. Regierung zu Merseburg und den angrenzenden Vereichen für dieses Jahr nachstehende Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

den 2. Juni in Ludau,

den 7. Juni in Preßsch,

den 5. Juni in Torgau,

den 10. Juni in Belgig.

Die von der Militär-Commission erkauften Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Pferde, deren Mängel den Kauf gesetzlich rückgängig machen, und Krippenseher, welche sich als solche innerhalb der ersten 10 Tage herausstellen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der sämtlichen Unkosten zurückzunehmen.

Mit jedem Pferde sind eine neue riadleberne Trense mit haltbarem Gebisse, eine Gurtbälster und zwei hanfene Stride ohne besondere Vergütung zu übergeben.

Berlin, den 15. März 1862.

Kriegsministerium, Abtheilung für das Remonte-Wesen.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(369) Verfabren, betreffend die Abführung der Grubenwasser über Tage.

Das laut unserer Verfügung vom 7/23. August 1860 in Nr. 35. und 39. des Merseburger Amts-Blattes vorgeschriebene Verfabren, betreffend die Abführung der Grubenwasser über Tage, wird hiermit wieder aufgehoben.

Merseburg, den 29. April 1862.

Halle, den 10. März 1862.

Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

Königliches Ober-Bergamt.

(370) Die Einzahlung der Beiträge zum Domainen-Feuerschäden-Fonds pro 1. Mai 1862/63 betr.

Sämmtliche Theilnehmer an dem Domainen-Feuerschäden-Versicherungs-Vereine im hiesigen Regierungsbezirk werden auf Grund des Regulativs vom 28. April 1826 §. 20. und unserer Circular-Versfügung vom 11. October 1844 (Nr. 17937.) hierdurch aufgefordert, ihre fälligen Beiträge für das Societätsjahr vom 1. Mai 1862 bis dahin 1863 von den nach Maßgabe der in ihren Händen befindlichen Kataster und Recapitulationen versicherten Gesamtwerthsbeträge der Gebäude und zwar:

der ersten Klasse mit 2 Sgr. von jedem Hundert Thaler,
der zweiten Klasse mit 3 Sgr. von jedem Hundert Thaler
bis den 15. Mai c., die Erhöhung dieses Beitrags zur Hälfte mit
1 Sgr. von jedem Hundert Thaler der ersten Klasse und
1 Sgr. 6 Pf. von jedem Hundert Thaler der zweiten Klasse
aber bis längstens den 1. December d. J. an unsere Hauptkasse bei Vermeidung der Execution einzuzahlen.
Königliche Regierung,
Mertzeburg, den 30. April 1862.

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

Hypothekensachen.

(371) Die Hypothekentabelle über das laut Attestes des Königlichen Provinzial-Schul-Collegiums vom 30. December 1861 seit länger als 44 Jahren im Besitz der Landesschule Porta gewesene, und von der letztern laut des unterm 30. December 1861 bestätigten Kaufvertrags vom 21. December 1861 an den Generalarzt a. D. und Geheimen Sanitätsrath Dr. Hauck zu Raumburg a. d. E. verkaufte, in Rößen gelegene Grundstück, bestehend aus dem frühern Salinen-Dirigenten-Wohngebäude sammt Hof- und Wirtschaftsgebäuden nebst dem dazu gehörigen Garten, sowie einem von dem frühern Salinenbauhof an der nördlichen Seite des Wohngebäudes in der ganzen Front der nördlichen Seite des Grundstücks dazu gelegten Streifen Landes von durchschnittlich 30 Fuß Breite von Süd nach Nord, ist fertig und kann innerhalb zwei Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatte abgerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig. Raumburg, den 30. Januar 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(372) Die Hypothekentabelle über das in unserer Bekanntmachung vom 11. November 1861 (4. Stück des Regierungs-Amtsblatts pro 1862 Seite 20.) aufgeführte Grundstück ist in das Hypothekencbuch übertragen worden und ist der Erwerb von Hypothekenrechten an diesem Grundstück von nun an lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen. Lützen, den 1. Februar 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission, I. Bezirks.

(373) Die Hypothekentabelle über das in unserer Bekanntmachung vom 3. December 1861 (4. Stück des Regierungs-Amtsblatts pro 1862 Seite 20.) aufgeführte Grundstück ist in das Hypothekencbuch übertragen worden und ist der Erwerb von Hypothekenrechten an diesem Grundstück von nun an lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen. Lützen, den 2. Februar 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission, I. Bezirks.

(374) Die Hypothekentabelle über die in der Vorstadt Düben vor dem Mühlthore belegene Scheune, welche der Kaufmann Friedrich Wilhelm Hoffmann zu Neumarkt bei Düben von seinem Vater Johann Gottlob Hoffmann laut Kaufvertrags vom 4. Januar 1859 erkaufte hat, ist fertig und kann innerhalb zwei Monaten an hiesiger Gerichtsstelle eingesehen werden. Spätere Einwendungen können nicht berücksichtigt werden. Düben, den 6. Februar 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(375) Die Hypothekentabellen über die in unserer Bekanntmachung vom 15. October 1861 — Amtsblatt Stück 48. — bezeichneten Grundstücke in Burgkennitz, Brösa, Großmühlau, Golpa, Müßel, Müßelbed, Niemeß, Priorau und Schlerau von den Kirchen, Pfarren, Schulen, Gemeindefassen u. sind in das Hypothekencbuch übertragen und ist der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken lediglich nach den allgemeinen Landesgesetzen zu beurtheilen.

Wittenberg, den 8. Februar 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission II.

(376) Die Tabelle über das neue Wohnhaus, welches der Schneidermeister Gottfried Sachwig in Selbig auf einer von der dortigen Hüfnerschaft mittelst Contracts vom 16. März a. p. aus dem Plane Nr. 113. der Separationskarte erkauften Parzelle von 18 Aukuten erkaufte hat, ist fertig und kann in unserm I. Bureau vom 17. Mai bis 17. Juli c. eingesehen werden. Spätere Einwendungen sind unzulässig.

Wittenberg, den 26. Februar 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(377) Dem Kaufmann **J. G. F. Prillwitz** zu Berlin ist unter dem 8. April d. J. ein Patent auf eine nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtete Pumpe, ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(378) Dem Schlosser **Hermann Urbahn** zu Berlin ist unter dem 10. April 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erachtete Feilenbaumaschine, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile und Anordnungen zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(379) Dem Kaufmann **J. G. F. Prillwitz** zu Berlin ist unter dem 11. April d. J. ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Einrichtung an Lasten-Instrumenten, um die angeschlagenen Lasten nach Aufhebung des Druckes niedergebrückt zu erhalten, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(380) Dem Professor **Dr. Schwarz** zu Breslau ist unter dem 10. April d. J. ein Patent auf eine durch Beschreibung nachgewiesene, als neu und eigenthümlich erkanntes Verfahren, Bleitöbren im Innern mit einem schützenden Ueberzuge zu versehen, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile desselben zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

Personal-Chronik.

(381) Von dem Königl. Consistorio der Provinz Sachsen sind im I. Quartale d. J. die Candidaten der Theologie:

1) **Karl Heinrich Ludwig Bethge**, gebürtig aus Neudenz; 2) **Heinrich Andreas Peyer**, geb. aus Satuelle; 3) **Friedr. Gustav Robert Kobilhardt**, geb. aus Blankenheim; 4) **Friedr. Wilhelm Otto Starck**, geb. aus Briest; 5) **Rud. Eugen Karl Maximilian Wiegner**, geb. aus Werseburg; 6) **Victor Aug. Karl Emil Eckhardt**, geb. aus Subl; 7) **Karl Theodor Freygang**, geb. aus Eilenburg; 8) **Johannes Karl Adolph Glöckner**, geb. aus Seebäusen i./M.; 9) **Gustav Ferdinand Krause**, geb. aus Trebitz; 10) **Karl Heinrich Hugo Müller**, geb. aus Remberg, pro ministerio geprüft und mit Wahlfähigkeits-zeugnissen versehen worden.

(382) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Jeeze und Siepe in der Diöces Elbze ist der bisherige Predigamt.-Candidat **Joachim Heinrich Wilhelm Neubauer** berufen und bestätigt worden.

(383) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Gosek mit Culau in der Diöces Freyburg ist der bisherige Pfarrer in Lindentwerder in der Provinz Posen, **August Engelhard Winkler**, berufen und bestätigt worden.

(384) Im Edartsbergaer Kreise ist für den I. Landbezirk (Büchel) der Schulze **Löser** zu Gorseleben zum Schiedsmann, der Stellmachermeister **Roch** ebenbaselbst zum Stellvertreter, und für den XV. Landbezirk (Borgau) der Deconom **Weilepp** in Kalbitz zum Stellvertreter des Schiedsmanns gewählt und verpflichtet worden.

(385) Im Mansfelder Seekreise sind für die Jahre 1862 bis 1864 zu Schiedsmännern und Stellvertretern gewählt und verpflichtet worden:

für den I. Bezirk, Dorf Alleben: der Schulze **Bock** in Dorf Alleben zum Stellvertreter;
für den II. Bezirk, Strenz-Naundorf: der Gastwirth **Sinke** in Strenz-Naundorf zum Schiedsmann, der Kossath **Wilke** daselbst zum Stellvertreter;
für den III. Bezirk, Friedeburg: der Schulze **Dies** in Friedeburg zum Schiedsmann, der Commissionair **Schöllner** daselbst zum Stellvertreter;
für den IV. Bezirk, Amt Gerstebdt: der Expedient **Gäbelein** in Heiligenthal zum Schiedsmann, der Kaufmann **Dittmar** daselbst zum Stellvertreter;
für den V. Bezirk, Helbra: der bisherige Schiedsmann, Gutsbesitzer **Höndorf** in Helbra zum Schiedsmann, der bisherige Stellvertreter, Schulze **Zellmer** daselbst zum Stellvertreter;
für den VI. Bezirk, Polleben: der bisherige Schiedsmann, Gastwirth **Uckermann** in Polleben zum Schiedsmann, der Anspanner **Sochheim** daselbst zum Stellvertreter;
für den VII. Bezirk, Debersbdt: der bisherige Stellvertreter, Schulze **Uckermann** in Debersbdt zum Schiedsmann, der Gastwirth **Kleinmann** daselbst zum Stellvertreter;

- 1) wenn der Contravenient wegen einer gleichen Uebertretung bereits bestraft ist,
- 2) wenn die Uebertretung zur Nachtzeit, d. h. während des Zeitraums von einer Stunde nach Sonnenuntergang bis zu einer Stunde vor Sonnenaufgang, oder an einem Sonn- oder Festtage verübt worden ist.

§. 3. Die gegenwärtige Verordnung gilt für fiskalische Dorfmoore unbedingt, für andere dagegen nur insoweit, als von deren Eigentümern Control-Regeln der im §. 1. bezeichneten Art eingeführt sind. Abgesehen von dieser Einschränkung hat sie für alle Dorfmoore Gültigkeit, dieselben mögen innerhalb eines Forstgrundstücks gelegen sein und zu einem solchen gehören oder nicht.

Mierseburg, den 8. Mai 1862.

Königliche Regierung.

(392) Geschenke an Kirchen und Schulen.

Die nachstehend aufgeführten Geschenke an Kirchen und Schulen bringen wir unter Anerkennung des lobenswerthen kirchlichen Sinnes hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Es sind geschenkt worden:

1) Epchorie Artern.

Der Kirche zu Artern vom Rechtsanwalt Romeiß in Sangerhausen 25 Thlr. zu einem Kronleuchter und 25 Thlr. zu einer Altarbelleidung, desgl. von Fräulein Romeiß 100 Thlr. zu einem Altargemälde.

2) Epchorie Belgern.

a. Der Kirche zu Belgern 1 Kronleuchter nebst 16 Lichtern.

b. Der Kirche zu Eizenroda eine Hostienkachel.

3) Epchorie Bitterfeld.

a. Der Kirche zu Gremmin von Henriette Knecht eine Tauffteinbelleidung.

b. Der Kirche zu Thalheim von Sr. Hoheit dem Herzog von Dessau 25 Thlr. zur Reparatur der Orgel.

c. Der Kirche zu Abba vom Kossath Volter ein Communiontisch.

d. Der Kirche zu Golpa vom Kaufmann Schilling in Dessau 1 Altartisch, 1 Hostienbüchse, 1 Tellerchen.

4) Epchorie Cönnern.

a. Der Kirche zu Domnitz vom Hrn. Amtmann Rudloff nebst Frau ein Altarfußteppich, vom Hrn. Amtmann Smeiß ein Kronleuchter.

b. Der Kirche zu Trebnitz von Frau Amtmann Roth eine Altar-, Kanzel- und Kniebankbelleidung.

c. Der Kirche zu Mittleldehn von Frau Moldenhauer eine Kanzelbelleidung.

d. Der Kirche zu Beßen zwei Unterlagen unter Patene und Kelch und eine Decke.

e. Der Kirche zu Priestorf vom Gutsbesitzer Häbke ein Paar Altarleuchter mit Lichtern.

5) Epchorie Delitzsch.

a. Der Kirche zu Hohenrode ein Crucifix von zwei Ungenannten und von der Wittve und Mutter des Hrn. Grafen v. Hohenhausen-Döberitz ein Taufstein mit Taufbecken.

b. Der Hr. Amtmann Schirmer sen. hat die Vorhalle der Kirche zu Paupitzsch auf seine Kosten neu herstellen lassen.

6) Epchorie Eisleben.

Der Kirche zu St. Petri-Pauli in Eisleben: a) von einem Ungenannten 2 Altarkerzen, b) von einer Anzahl Gemeindeglieder ein Altarfußteppich, c) vom Directorium der Berggewerkschaft 25 Thlr. und von der städtischen Behörde 10 Thlr. zum Ankauf der Vesperglocke.

7) Epchorie Elsterwerda.

a. Der Kirche zu Gröden eine Lesepultdecke.

b. Der Kirche zu Stolzenhain eine Altar-, Kanzel- und Tauffteinbelleidung.

8) Epchorie Freyburg.

a. Der Kirche zu Laucha von dem Dr. med. Hrn. Wolff 3 Legate, von resp. 1000 Thlr., 500 Thlr. und 300 Thlr.

b. Der Kirche zu Burgscheidungen von der Wittve Bischof und Dörfer 2 Altarkerzen, eine Communion-Weinanne von F. J. und von unbekannter Hand eine Altar- und Kanzelbelleidung.

c. Der Kirche zu Gämmeritz von der Gemeinde eine Altar- und Kanzelbelleidung, von einem Einwohner eine Altarbibel und von einem Gemeindegliede eine Liedertafel.

d. Der Kirche zu Kirchseidungen von den Frauen der Gemeinde eine Altar-, Kanzel- und Tauffteinbelleidung, von einem Ungenannten ein Teppich und eine Decke über den Altar.

e. Der Kirche zu Reiba von den Frauen der Gemeinde eine Altardecke.

f. der Kirche zu Marktröhlitz von dem Einwohner Gohrau ein Teppich, von der Familie Heinlein eine Altarbibel, von den Jünglingen und Jungfrauen 9 Thlr. zu kirchlichen Zwecken.

g. Der Kirche zu Schnellroda vom Schmiedemeister Wiedersberg eine Kanzelbibel, von der Gemeinde eine Taufsteinbekleidung, von Unbekannten ein Cymbel und die Kosten zur Vergoldung des Altar- Crucifixes.

h. Der Kirche zu Albersroda von einem Unbekannten eine Prachtbibel und ein Taufstift. Auch haben die Frauen der Gemeinde einen neuen Priesterrock angeschafft.

9) Ephorie Gerbstedt.

a. Der Kirche zu Müllerdorf von dem Anspanner Wolf eine Thurmuhr.

b. Der Kirche zu Freist eine Altar- und Kanzelpultbekleidung und eine Altardecke.

c. Der Kirche zu Söhlstedt von Frau Dorenberg eine sammetne Altardecke und eine desgl. von Spitzen.

d. Der Kirche zu Mollsdorf von Frau Springensguth ein Crucifix.

e. Der Kirche zu Trebitz eine Altar-, Kanzel- und Taufsteinbekleidung.

f. Der Kirche zu Lechwitz von Marie Dorothea Siegmeyer in Gohra 2 Thlr.

10) Ephorie Gollme.

a. Der Kirche zu Jaasch eine Altarbekleidung.

b. Der Schule in Wiesenena 10 Landarten.

11) Stadt-Ephorie Halle.

a. Der Kirche zu Unfre Lieben Frauen vom Kaufmann Jänisch ein Legat von 50 Thlr.

b. Der Kirche zu Diemitz von Köhlers Erben 2 Altarbänke.

12) Die Land-Ephorie Halle.

a. Der Kirche zu Braschwitz eine Taufsteinbekleidung und 2 Altarterzen.

b. Der Kirche zu Möplich 2 Altarleuchter und Kerzen.

c. Der Kirche zu Morl ein Teppich und 4 Wachskerzen.

d. Der Kirche in Teicha eine Tuchbekleidung der Altarbänken, 3 Kanzelbekleidungen und Altarterzen, von den Jünglingen, Jungfrauen und Schulkindern 2 Leuchter und 1 Crucifix, von mehreren Confirmanden ein Teppich und 2 Altarleuchter, 2 Liedertafeln, eine Altarbibel; durch freiwillige Beiträge wurde eine Altar-, Taufstein-, Kesselpultbekleidung, sowie ein Crucifix, ein Teppich und Collectenbeden beschafft.

e. Der Kirche in Sennewitz eine Kanzel- und Altarbekleidung und Altarleuchter, von den Jungfrauen ein Taufstisch nebst Bekleidung, ferner eine Bibel und Altarterzen, 2 Liedertafeln, ein Fußteppich, 2 Altarleuchter, 2 Altartücher, 1 Altarpultbekleidung, ein Kelch mit Kanne, ein desgl. und Hostienteller.

13) Ephorie Heldrungen.

a. Der Kirche zu Heldrungen eine Taufsteindecke.

b. Der Capelle zu Braunsroda eine Orgel.

c. Der Kirche zu Altenbeichlingen eine Altar- und Taufstischbede.

d. Der Kirche zu Batgendorf eine Altar-, Kanzel- und Taufsteinbekleidung.

e. Der Kirche zu Bützingsleben von Frau Böttner ein Altarfußteppich.

14) Ephorie Lauchstädt.

Der Kapelle zu Knapendorf von dem Einwohner Dannenberg ein Altarteppich.

15) Ephorie Liffen.

a. Der Kirche zu Britz von Frau Kohl eine Abendmahlstanne.

b. Der Kirche zu Bötewitz von den Gastwirth Körscherschen Eheleuten eine Altarbibel.

c. Der Kirche zu Schellau von einem Ungenannten ein Sparsassenduch über 100 Thlr.

16) Ephorie Lützen.

a. Der Kirche zu Lützen eine Altardecke und ein Altarteppich.

b. Der Kirche zu Bilschen vom Lehrer Bohle ein Altarteppich.

c. Der Kirche zu Schkeitbar von dem Oekonomen Dieke in Gaja ein Hostienteller.

d. Der Kirche zu Bilschen durch freiwillige Beiträge der Gemeindeglieder eine Kanzel-, Altar- und Taufsteinbekleidung und ein Leuchter.

17) Ephorie Mansfeld.

a. Der Schule in Groß-Dörner von Fräul. v. Waldenburg ein Gemälde.

b. Der Kirche zu Burgdörner von Frau v. Bülow zwei Glasfassen, vom Kammerdiener Ranefeler ein Delgemälde.

c. Der Kirche zu Augsdorf von dem Hrn. Landrath v. Kerkenbrock ein Altar- und Taufsteingebild und 2 Altarleuchter.

- d. Der Kirche zu Hettstedt 50 Thlr.
- e. Der Kirche zu Großbörner von den Frauen der Gemeinde eine Altar- und Kanzelbelleidung.
- f. Der Kirche zu Kloster Mansfeld ein Crucifix.
- g. Der Kirche zu Biscaborn von der Frau Cantor Schönleben eine Altarbede.
- h. Der Kirche zu Biegelrode 3 Bilder unter Glas und Rahmen.
- i. Der Kirche zu Augsdorf von mehreren Frauen der Gemeinde eine Decke vor den Altar.

18) Land-Ephorie Merseburg.

- a. Der Schule zu Frankleben von der Wittwe Bachmann 25 Thlr.
- b. Der Kirche zu Niederbeuna die Kosten zur Vergoldung des Crucifixes.
- c. Der Kirche zu Gröllwitz die Kosten zum Lackiren der Beichtstühle.
- d. Schule zu Gröllwitz von den Gemeinde Kirchentraths-Mitgliedern und den Schulvorstehern ein Gemälde.

19) Ephorie Querfurt.

- a. Der Kirche zu Weisenschirmbach ein Altar-Crucifix.
- b. Der Kirche zu Rothenhenschirmbach von der Gemeinde eine Altarbelleidung, eine Altarbede, ein Fußteppich und Leuchtereller.

20) Ephorie Sangerhausen.

- a. Der Kirche zu Bornstedt von dem Bergwerksbesitzer Dr. Müller zu Neuglück die Kosten zur Renovation der Altargemälde.
- b. Der Kirche zu Hackpfüffel von einem Ungenannten 7 Thlr. zur Reparatur der Kirchstühle.
- c. Der Kirche zu Gohlstedt von dem Einwohner Kraß eine Altar- und Kanzelbelleidung, eine bezgl. von der Gemeinde.
- d. Der Kirche zu Martinsrieth ein Behang über das Lesepult.
- e. Der Kirche zu Nienstedt von Frau Pomplitz eine Altarbelleidung.
- f. Der Kirche zu Oberröblingen von der Gemeinde ein Taufstein und 5 Thlr. zu den Kosten der Reparatur und Neuvergoldung des Abendmahlsstisches, ferner vom Pastor Schrader eine Altarbibel.
- g. Der Kirche zu Rieselstedt von einem Unbekannten 2 Thlr.
- h. Der Kirche zu Rietznordhausen von einem Ungenannten eine Kanzelbelleidung.

21) Ephorie Schlieben.

- a. Der Kirche zu Colschau: 1) eine Altarbelleidung, 2) eine Kanzelbelleidung, 3) ein Altarüberhang, 4) eine Altarbibel und 5) ist das Altar-Crucifix neu vergolbet worden.
- b. Der Kirche zu Maligsdorf 9½ Thlr. zu einem Kronleuchter und 2 Altarterzen.
- c. Der Capelle zu Osterode 2 Altarleuchter mit Lichtern.

22) Ephorie Schraplau.

Der Kirche zu Dornstedt eine Taufkanne.

23) Ephorie Weisenseel.

- a. Der Kirche zu Zaucha eine Taufsteinbelleidung.
- b. Der Kirche zu Grunau: 1) von der Wittwe Marcus und dem Gütebesitzer Marcus in Mödnitz 500 Thlr. für die Orgel, 2) von dem Rittergutsbesitzer Grn. Bach 85 Thlr. für das Abputzen des Thurmes und 50 Thlr. für Beschaffung der Altarrückwand, 3) von dem Grn. Kirchenpatron, Amtmann Reuter zu Domsen eine Altar- und Taufsteinbelleidung, 4) von den Gemeindebegliedern 2 Altarbeden und ein Altarteppich, 5) von dem Herrn Pfarrer Lindner ein Altargemälde, 6) von Meister Müller 2 Altarleuchter und die Kosten zur Vergoldung des Crucifixes, 7) vom Schullehrer Köthe eine Altarbibel, 8) vom Maurermeister Engelmann in Hohenmölsen 2 Liedertafeln, 9) von der Gemeinde zu Grunau ein Cymbel, 10) von Meister Paschke in Mödnitz und Samuel Thierbach daselbst die Kosten für Vergoldung der Altargeräthe.

24) Ephorie Zahna.

Der Kirche zu Möllnsdorf eine Decke über den Taufstein.

25) Ephorie Zeitz.

- a. Der Kirche St. Michael in Zeitz von den Confirmanten 7 Thlr. 7 Sgr. zu einer Altarbelleidung, von Frau Burruder und Frau Peter je 1 Thlr., zu einer neuen Altar- und Kanzelbelleidung von der Frau Justizrätin Senf 5 Thlr., von dem Grn. Carius sen. 5 Thlr., von der Frau Dr. Schröder 1 Thlr. und von einem Ungenannten 1 Thlr.
- b. Der Kirche St. Stephan in Zeitz 2 Altarterzen.
- c. Der Kirche zu Draschwitz zwei Altarterzen.
- d. Der Kirche zu Schanditz vom Gütebesitzer Schreder ein Crucifix.

- a. Der Kirche zu Großpöthten ein Paar Altartergen.
- f. Der Kirche zu Lobas von der Zeitzer Bibelgesellschaft eine Altarbibel.
- g. Der Kirche zu Loitschütz von den Confirmanden eine Altardecke.
- h. der Kirche zu Prosen ein Fußteppich.
- i. Der Kirche zu Ohlig ein Taufstisch mit Lesepult.

26) In der Grafschaft Stolberg-Stolberg.

a. Der Kirche zu Strahberg: 1) ein Taufstich, 2) ein Taufstich, 3) ein Sockelteller, 4) die Kosten zur Neugoldung der Altarleuchter, 5) ein Gotteskasten, 6) ein Verschlag an die Orgel, 7) 4 Pfd. Lichter und 8) eine Taufanne.

b. Der Kirche zu Seringen eine Kanzelbekleidung und ein Paar Leuchter.

c. Der Kirche zu Gamma eine Altarbekleidung.

d. Der Kirche zu Görsbach eine Lesepultdecke.

e. Der Kirche zu Vielen 1 Thlr.

f. Der Kirche zu Koldisleben von dem Aderwirth Fuhrmann eine Glasthur.

Merseburg, den 7. Mai 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Hypothekensachen.

(393) Die Hypothekentabellen über die im nachstehenden Verzeichnisse aufgeführten Grundstücke sind vollendet und können innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage nach erfolgter Bekanntmachung an gerechnet, täglich in unserm II. Geschäfts-Bureau eingesehen werden. Auf später angebrachte Erinnerungen wird keine Rücksicht genommen.

Heß, den 22. Januar 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Verzeichniß der zur öffentlichen Bekanntmachung notirten Hypothekentabellen.

A. Flur Lützowig. Karl Julius Lorenz und dessen Ehefrau Emilie Auguste geborne Reinhardt in Prosen: 1) $\frac{1}{2}$ Ader Feld an der Chaussee Nr. 34. neu, 429. alt des Flurbuchs, 2) $\frac{1}{2}$ Ader Feld im Gölzig Nr. 100. neu, 500. alt des Flurbuchs, 3) 1 Ader Feld im untersten Rasewege Nr. 140. neu, 538 b. alt des Flurbuchs, 4) $\frac{1}{2}$ Ader Feld über dem obersten Rasewege Nr. 271. neu, 718 a. alt des Flurbuchs, 5) $\frac{1}{2}$ Ader Feld über dem obersten Rasewege Nr. 320. neu, 690 b. alt des Flurbuchs, 6) $\frac{1}{2}$ Ader Feld am Pfefferberge Nr. 384. neu, 820. alt des Flurbuchs, 7) $\frac{1}{2}$ Ader Feld am Pfefferberge Nr. 388. neu, 817. alt des Flurbuchs, 8) $\frac{1}{2}$ Ader Feld, Gemeindetheil, Nr. 464. neu des Flurbuchs, 9) $\frac{1}{2}$ Ader Feld, Gemeindetheil, Nr. 468. neu des Flurbuchs.

B. Flur Prosen. Dieselben Besizer: 1) $\frac{1}{2}$ Ader Feld an der Straße Nr. 44. neu, 45. alt des Flurbuchs, 2) $\frac{1}{2}$ Ader Feld am Märzerwege Nr. 50. neu, 52. alt des Flurbuchs, 3) $\frac{1}{2}$ Ader Feld am Märzerwege Nr. 146. neu, 148. alt des Flurbuchs, 4) $\frac{1}{2}$ Ader Feld in der Raummühle Nr. 167. neu, 166. alt des Flurbuchs, 5) 1 Ader Feld am Profener Wege Nr. 361. neu, 324. alt des Flurbuchs, 6) $\frac{1}{2}$ Ader Feld am Profener Wege Nr. 377. neu, 339. alt des Flurbuchs, 7) 1 Ader Feld im Krummwege Nr. 534. neu, 942. alt des Flurbuchs, 8) $\frac{1}{2}$ Ader Feld am Krummwege Nr. 572. neu, 980. alt des Flurbuchs, 9) $\frac{1}{2}$ Ader Feld am Krummwege Nr. 571. neu, 981. alt des Flurbuchs, 10) $\frac{1}{2}$ Ader Feld im Drehwinkel Nr. 643. neu, 744. alt des Flurbuchs, 11) $\frac{1}{2}$ Ader Holz in der Heringeane Nr. 830. neu des Flurbuchs, 12) $\frac{1}{2}$ Ader Feld und Holz in der Heringeane Nr. 851. neu des Flurbuchs, 13) $\frac{1}{2}$ Ader Wiese, die Froshweide, Nr. 821. neu des Flurbuchs, 14) $\frac{1}{2}$ Ader Wiese in den Oberwiesen Nr. 880. neu des Flurbuchs, 15) $\frac{1}{2}$ Ader Wiese in den Oberwiesen Nr. 895. neu des Flurbuchs.

C. Flur Lützowig. Emilie Auguste Lorenz geborne Reinhardt in Prosen: $\frac{1}{2}$ Ader Feld über dem untern Rasewege Nr. 172. neu, 569. alt des Flurbuchs.

D. Flur Prosen. Dieselbe Besizerin: 1) $\frac{1}{2}$ Ader Feld in den Quersüden an der Quersauer Flurgrenze Nr. 1162. alt, 741. neu des Flurbuchs, 2) $\frac{1}{2}$ Ader Holz, die Froshweide, Nr. 859. neu des Flurbuchs, 3) $\frac{1}{2}$ Ader Wiese, die Unterwiese, Nr. 941. neu des Flurbuchs, 4) $\frac{1}{2}$ Ader Wiese, die Unterwiese, Nr. 976. neu des Flurbuchs, 5) $\frac{1}{2}$ Ader Holz und Wiese über der Elßer Nr. 1041. neu des Flurbuchs, 6) $\frac{1}{2}$ Ader Wiese am Durchstich beim Bodsholze Nr. 1147. neu des Flurbuchs.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(394) Das dem Ingenieur **Kayser**, damals zu Gleiwitz, jetzt zu Breslau, unter dem 22. November 1859 ertheilte Patent auf eine selbstthätig registrirende Vorrichtung zum Vertheilen von Rundstäben

und andern Substanzen ähnlicher Art, die nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erkannt worden, ist aufgehoben, demselben dagegen unter dem 26. April 1862 ein Patent auf eine selbstthätig registrirende Vorrichtung zum Verwiegen von festen und flüssigen Körpern, die nach vorgelegten Zeichnungen nebst Beschreibung für neu und eigenthümlich erkannt ist, auf drei Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(395) Dem Baumeister Julius **Fölsche** in Magdeburg ist unter dem 30. April d. J. ein Patent auf ein durch Beschreibung erläutertes Verfahren, Chlorkalium aus den Stahlfurter Kalisalzen zu gewinnen, insoweit dasselbe als neu und eigenthümlich erkannt worden ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(396) Das dem Kaufmann J. H. **Prillwitz** in Berlin unter dem 10. Februar 1861 ertheilte Einführungs-Patent auf ein Verfahren, gußeisener Korbbandagen darzustellen, soweit dasselbe als neu und eigenthümlich anerkannt worden ist, ist aufgehoben.

(397) Das dem Kaufmann J. H. **Prillwitz** in Berlin unter dem 21. Februar v. J. ertheilte Patent auf eine Zwirnmachine in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, ist aufgehoben worden.

(398) Das dem Fabrikbesitzer E. **Schmidt** in Breslau unter dem 13. Februar 1861 ertheilte Patent auf einen Kolben für Rübenpressen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Ausführung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(399) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Walternienburg in der Diöcese Gommern ist der bisherige Pfarrer zu Grimme, Carl **Luppe**, berufen und bestätigt worden.

(400) Der Pfarrer **Vahst** in Neumark, Diöcese Freyburg, wird am 1. October d. J. in den Ruhestand treten. Die Stelle ist königlichen Patronats. Die Pfarodie hat 3 Kirchen und 1 Schule. Das Einkommen der Stelle ist auf 1274 Thlr. 20 Sgr. angegeben, wovon der Emeritus 430 Thlr. beziehen wird.

(401) Zu der vacanten Stelle eines Kirchners an St. Michael zu Zeitz ist der bisherige dortige Lehrer Johann Christian Friedrich **Frank**e gewählt und bestätigt worden.

(402) Dem Bürgermeister **Schmidt** zu Schmiedeberg ist die Führung der Polizei-Anwaltschaft für den Gesamtbezirk der basigen königlichen Kreisgerichts-Commission vom 1. Juni c. ab commissarisch übertragen worden.

(403) Die Schul- und Küsterstelle zu Battaune, Ephorie Eilenburg, Privat-Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(404) Die Gerichts-Assessoren **Rebe** und **Zeichen** sind zu Kreisrichtern, Ersterer bei dem Kreisgerichte in Grünberg und Letzterer bei dem Kreisgerichte in Greifswald mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Lotz, ingleichen die Referendarien **Enlau** I. und **Jacke** zu Gerichts-Assessoren ernannt.

Die Referendarien **Deves** und **Uhde** sind, Ersterer an das Kammergericht zu Berlin und Letzterer an das Appellationsgericht zu Halberstadt versetzt.

Dem Appellationsgerichts-Kanzlei-Inspcctor **Grotthe**, dem Kreisgerichts-Secretair, Kanzleidirector **Brüder** zu Merseburg und dem Kreisgerichts-Secretair, Calculator **Große** zu Naumburg ist aus Veranlassung ihres 50-jährigen Dienstjubiläums und zwar den beiden Erstern der Character als Kanzleirath, und dem Letztern der Character als Rathenrath Allerhöchst verliehen.

Der Kreisgerichts-Secretair **Köhler** in Düben ist an das Kreisgericht zu Merseburg, der Kreisgerichts-Secretair **Wohlfahrt** in Merseburg an das Kreisgericht zu Wittenberg und der Kreisgerichts-Secretair **Werner** in Wittenberg an das Kreisgericht zu Torgau versetzt.

Der Kreisgerichts-Bureau-Assistent **Soppe** in Liebenwerda ist seines Amtes entsetzt.

Der invalide Unterofficier **Marg** ist als erster Gerichtsdiener mit der Function als Botenmeister bei dem Kreisgericht zu Sangerhausen und der bisherige Hülfsbote **Mühlberg** zu Artern als Bote bei dem Kreisgericht zu Eisleben angestellt.

(405) Die Kreisrichter **Hertwig** in Mühlhausen und **Gerhardt** in Heiligenstadt sind zu Kreisgerichtsräthen ernannt.

Der Gerichts-Assessor **Goldschmidt** aus Berlin ist zum Rechtsanwalt beim Kreisgerichte zu Halber-

Stadt und zugleich zum Notar im Departement Halberstadt mit Anweisung seines Wohnortes in Niesleben ernannt. Der Rechtsanwalt und Notar **Schuck** zu Halberstadt ist unter Beibehaltung des Notariats im Departement Halberstadt als Rechtsanwalt an das Kreisgericht in Quedlinburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes zu Niesleben, versetzt worden.

Der Appellationsgerichtsbote **Saalf** zu Halberstadt ist zum Votenmeister bei dem Appellationsgerichte und der invalide Trompeter **Elias** zu Halberstadt ist zum Appellationsgerichtsboten ernannt.

(106) Der bisherige Secretair **Spangenberg** ist als Buchhalter und der frühere Regierungs-Civil-Supernumerarius **Klinge** als Secretair bei der Provinzial-Rentenbank zu Magdeburg angestellt worden.

(107) Der Lazareth-Inspector **Traube** in Stargard in Pommern ist in die durch den Tod des Ober-Lazareth-Inspectors **Müller** zu Magdeburg vacant gewordene Stelle mit dem 1. Juni versetzt.

(108) Preussische Renten-Versicherungs-Anstalt.

Nachdem am 26. März c. die vorgeschriebene Revision des Abchlusses und der Geld- und Documenten-Bestände der Anstalt stattgefunden, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniss, daß beim Jahreschlusse 1861 das mit pupillarischer Sicherheit verwaltete Vermögen der Anstalt

9,192,687 Thlr. 26 Sgr. 7 Pf.,

mithin 350,255 Thlr. 11 Sgr. 10 Pf. mehr als beim Jahreschlusse 1860 betragen hat. Die näheren Details ergibt der so eben erschienene 23. Rechenschaftsbericht für das Jahr 1861, welcher bei den Haupt- und Special-Agenten und bei der Hauptkasse in Berlin, Mohrenstraße 59, zu haben ist.

Die vom 2. Januar 1863 ab zahlbaren Renten einer vollständigen Einlage von 100 Thlr. für das Jahr 1862 betragen:

| Bei der Jahres-
Gesellschaft | in Klasse | | | | | |
|---------------------------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|
| | I. | II. | III. | IV. | V. | VI. |
| | off. Spr. d. | off. Spr. d. | off. Spr. d. | off. Spr. d. | off. Spr. d. | off. Spr. d. |
| 1839 | 4 13 6 | 5 5 6 | 5 29 6 | 7 — 6 | 12 4 — | 25 5 — |
| 1840 | 4 9 6 | 5 1 6 | 5 21 6 | 6 17 6 | 10 14 — | 28 16 — |
| 1841 | 4 9 6 | 4 29 6 | 5 15 — | 6 14 — | 8 1 6 | 24 10 — |
| 1842 | 4 9 6 | 5 1 — | 5 16 — | 6 17 6 | 9 10 — | 22 2 6 |
| 1843 | 4 11 — | 4 28 6 | 5 17 6 | 6 21 6 | 9 25 6 | 26 18 — |
| 1844 | 4 16 — | 5 1 6 | 5 21 6 | 6 15 6 | 16 5 6 | — |
| 1845 | 4 5 6 | 4 19 — | 5 — 6 | 6 — 6 | 7 24 — | — |
| 1846 | 4 — — | 4 14 6 | 4 29 — | 6 1 6 | 7 25 6 | — |
| 1847 | 4 3 — | 4 21 6 | 5 7 — | 5 24 — | 7 6 — | — |
| 1848 | 4 3 — | 4 15 6 | 5 7 6 | 6 4 — | 12 5 6 | — |
| 1849 | 4 2 — | 4 28 — | 4 27 6 | 6 1 6 | 8 3 6 | — |
| 1850 | 4 2 — | 4 17 6 | 4 24 6 | 5 9 — | 8 13 — | — |
| 1851 | 4 — 6 | 4 21 6 | 4 28 — | 5 5 6 | 6 12 — | — |
| 1852 | 4 1 — | 4 15 — | 5 8 6 | 6 28 6 | 6 13 — | — |
| 1853 | 4 3 — | 4 14 — | 4 24 — | 5 13 — | 7 1 — | — |
| 1854 | 4 2 6 | 4 13 6 | 5 — 6 | 5 7 — | 5 24 6 | — |
| 1855 | 4 3 6 | 4 17 6 | 4 21 6 | 5 5 6 | 6 18 — | — |
| 1856 | 4 1 6 | 4 9 6 | 4 19 6 | 5 14 — | 5 22 6 | — |
| 1857 | 4 1 — | 4 15 — | 4 21 — | 5 8 — | 5 13 — | — |
| 1858 | 4 1 6 | 4 7 6 | 4 19 6 | 5 6 — | 5 12 6 | — |
| 1859 | 4 1 — | 4 11 — | 4 25 6 | 6 10 — | 5 13 6 | — |
| 1860 | 3 26 — | 4 7 — | 4 19 6 | 5 6 — | 5 12 6 | — |
| 1861 | 3 10 — | 3 10 — | 3 20 — | 4 14 — | 4 10 — | — |

Berlin, den 20. April 1862. Direction der Preussischen Renten-Versicherungsanstalt.

Bei Gelegenheit der vorstehenden Bekanntmachung erlauben wir uns auf die Bedeutung und Richtigkeit der Anstalt in Kürze aufmerksam zu machen.

Die Anstalt ist — von jeder Speculation fern — lediglich dem Gemeinwohl gewidmet, allen Personen ohne Unterschied des Standes, des Alters und der Gesundheitsbeschaffenheit zugänglich und gewährt Allen gleiche Vortheile. Sie sichert den Theilnehmern eine steigende Jahresrente, welche den Betrag von jährlich 150 Thlr. pro Einlage erreichen kann und für eine erhebliche Anzahl von Einlagen erreichen muß, wie der Rechenschaftsbericht nachweist.

Der Betrag einer vollständigen Einlage ist 100 Thlr. Es ist indessen auch gestattet, unvollständige Einlagen von 10 Thlr. ab zu machen und sich daraus, entweder durch ratenweise Nachzahlungen in beliebiger Höhe (jedoch in vollen Thalern), sowie durch den Hingutritt der berechneten Rente, oder auch durch letztere allein, ein vollständiges Renten-Capital zu bilden und daraus demnachst den gleichen Nutzen zu ziehen, welcher den von Anfang an vollständigen Einlagen zu Theil wird. Bei dem Tode oder der Auswanderung eines Mitgliedes geht das eingelegte Geld den Interessenten nicht verloren, es wird vielmehr bei unvollständigen Einlagen die ganze eingezahlte Summe zurückerstattet, bei vollständigen Einlagen nur der Betrag der baar bezogenen Renten in Abzug gebracht.

Es erhellt, wie segensreich diese Anstalt für Alle ist, welche die Zeit der Jugend und Erwerbsfähigkeit benutzen, sich durch kleine Einlagen nach und nach ein Capital zu bilden, das ihnen im Alter eine sorgenfreie Existenz zu sichern vermag. Mit demselben Nutzen können aber auch ältere Personen bei der Anstalt sich betheiligen, da sie von Anfang an eine höhere Rente beziehen. — Es ist auch gestattet, daß eine Person für eine beliebige andere Einlagen macht, und sich dabei den Bezug der Rente und Rückgewähr vorbehält.

Die Statuten, sowie die ausführlichen Prospective können bei uns unentgeltlich in Empfang genommen werden. Jede weitere wünschenswerthe Auskunft zu erteilen, sowie Meldungen zum Beitritt und Einzahlungen in Empfang zu nehmen, sind wir jederzeit bereit.

Haupt-Agentur Halle a. d. S. Barnitzon.

Merseburg, L. Meißner.
 Artern, Fr. Henschel.
 Ballenstedt, J. Simon.
 Bernburg, G. Stollberg.
 Bitterfeld, P. Köbel.
 Cölleda, Rentant Kranth.
 Cönnern, L. Rögler.
 Cöthen, J. G. Reising.
 Delitzsch, Aug. Rathmann.

Deßau, T. Mohr.
 Düben, E. Jähnichen jun.
 Edartsberga, J. G. Häder.
 Eilenburg, A. Jrmisch.
 Gisleben, A. L. Gisele.
 Eßnerwerda, E. Reibler.
 Hettstedt, Dammann.
 Lützen, C. A. Goldberg.

Raumburg, Müller.
 Querfurt, D. M. Röser.
 Sangerhausen, F. Burghardt.
 Torgau, J. C. Jahn.
 Weißenfels, C. L. Rickmantel.
 Wiehe, C. A. Knorr.
 Wittenberg, M. G. Merker.
 Zeitz, C. A. Rorpe.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
 Gedruckt bei Carl Jurtz in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
 Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 21.

Ausgegeben zu Merseburg am 24. Mai 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(409) Die Vortrefflichkeit in geistlichen und sächlichen Angelegenheiten betr.

In dem Stück 15 des diesjährigen Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Merseburg ist das fortan geltende Regulativ des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 3. Februar d. J. über die Vortrefflichkeit in Staatsdienst-Angelegenheiten publicirt worden.

Insofern darin auch über die Vortrefflichkeit in geistlichen und sächlichen Angelegenheiten die maßgebenden Bestimmungen enthalten sind, machen wir die Herren Superintendenden und Pfarrgeistlichen, die Herren Kirchenpatrone und Kirchenvorstände hiermit darauf aufmerksam und empfehlen dessen Inhalt zur genauen Nachachtung.

Wir verweisen insbesondere auf die im ersten Abschnitte des Regulativs enthaltenen allgemeinen Grundsätze und auf die speciellen Anordnungen:

Abchnitt II. § 16., betreffend die Vortrefflichkeit der Collectengelder,

§ 35., betreffend die Correspondenz der Strafanstaltsgeistlichen,

§ 37., betreffend die Angelegenheiten der königlichen allgemeinen Wittwen-Versorgungsanstalt,

IV. §§. 40 — 44., betreffend die äußere Beschaffenheit der portofreien Sendungen,

ferner auf die in dem Regulativ beigefügten Verzeichnisse unter den Nr. 24. und 30. enthaltenen Bestimmungen, und auf die im Abchnitt V. des Regulativs für Contraventionsfälle angedrohten Nachtheile.

Magdeburg, den 26. April 1862.

Königliches Consistorium der Provinz Sachsen.

(410) Die Eingetragung der wäsen Schweifsa- und Stridmark im Dellsicher Kreise in die angrenzenden Gemeindebezirke betr.

Seitens des Königlichen Ober-Präsidiums der Provinz Sachsen ist auf Grund des §. 1. des Gesetzes über die Landgemeinde-Versammlungen vom 14. April 1856 die Vereinigung der wäsen Schweifsa- und Stridmark im Dellsicher Kreise mit den angrenzenden Gemeindebezirken in der Weise genehmigt worden, daß

1) von der Schweifsmark

a) die Pläne Nr. 1. bis incl. 11. der Separationskarte über die Schweifsmark dem Gemeindebezirke Selben,

b) die Pläne Nr. 31. bis incl. 39., Nr. 41. bis incl. 43., Nr. 46 bis incl. 49. und Nr. 56. bis incl. 57., ingleichen der Plan Nr. 40. mit Ausschluß des in die Feldmark Hocherwitz hineinragenden, durch die Steine Nr. 297. 300 und 302. begrenzten Stückes, dem Gemeindebezirke Crama,

c) das zuletzt bezeichnete Stück des Planes Nr. 40. dem Gemeindebezirke Hocherwitz und

d) alle übrigen Parzellen, also die Pläne Nr. 12. bis incl. 30., Nr. 44. und 45., Nr. 50. bis incl. 54. und Nr. 58. bis incl. Nr. 86. dem Gemeindebezirke Zschortau;

2) von der Stridmark

a) die Pläne Nr. 15. bis incl. 22. und Nr. 28. der Separationskarte von Zschortau dem Gemeindebezirke Zschortau und

b) die Pläne Nr. 23. bis incl. 27. dem Gemeindebezirke Selben

einverleibt werden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 3. Mai 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(411) Der Nachlassverwalter zur Eingetragung der emittirten Herzoglich Anhalt-Desautischen Staatsanleihe in Anwartschaft in 1 Tblr.

Durch Bekanntmachung der Herzoglich Anhalt-Desautischen Staatsanleihe Verwaltung zu Dessau vom 10. März c. sind alle Inhaber auf der Grund des Gesetzes vom 1. August 1849 emittirten Herzoglich Anhalt-

Deßauischen Staatskassenscheine in Appoints zu 1 Thlr. aufgefördert worden, diese Staatskassenscheine zum Umtausch zu bringen und zwar spätestens bis zum 1. April 1863, indem nach Ablauf dieser Frist alle nicht eingelöstten Staatskassenscheine der bezeichneten Art ihre Gültigkeit verlieren und alle Ansprüche wegen derselben an die Herzoglichen Kassen erlöschen.

Höherer Anordnung zufolge bringen wir dies hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 16. Mai 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(412) Amtskalender für Prediger und Lehrer pro 1863.

Der Amtskalender für Prediger und Lehrer des Regierungsbezirks Merseburg pro 1863 — enthaltend die Angaben der amtlichen Einrichtungen und Terminaleingaben der Geistlichen, die Eporthen, Pfarreien und eingepfarrten Orte, die Namen der angestellten Prediger und Lehrer und endlich das Einkommen-Verzeichniß der sämtlichen Schulstellen des Regierungsbezirks Merseburg — erscheint Anfangs December d. J. Bestellungen darauf à Exemplar 15 Sgr. können bei den hies. Herren Superintendenten gemacht werden.

Merseburg, den 30. April 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(413) Verpachtung der Domäne Kloster-Mansfeld.

Höherer Anordnung zufolge soll die im Mansfelder Gebirgsstreife belegene, 1½ Meilen von Eisleben, 6 Meilen von Halle, 3 Meilen von Aichersleben, 5 Meilen von Quedlinburg entfernte königliche Domäne Kloster-Mansfeld von Johannis 1863 ab auf 18 hintereinander folgende Jahre im Wege des öffentlichen Angebots anderweit verpachtet werden. In dieser Pachtung gehören

| | | | |
|----------|-----|-----------|--------------------------|
| 3 Morgen | 104 | Ortshufen | Hofraum und Baustellen, |
| 1137 | 146 | „ | Acker, |
| 4 | 161 | „ | Gärten und Plantagen, |
| 88 | 48 | „ | Wiesen, |
| 100 | 104 | „ | Hütung, |
| 1 | 21 | „ | Wäge, Gräben und Unland, |

1286 Morgen 44 Ortschaften zusammen.

Das Pachtgelde-Minimum beträgt 5000 Thaler, die Pachtcaution 2000 Thaler und ist zur Uebernahme der Pachtung überhaupt ein disponibles Vermögen von 22,000 Thalern erforderlich.

Den Licitationstermin haben wir auf den 5. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Regierungsrath Lenz in dem Sessionszimmer der unterzeichneten Regierungs-Abtheilung anberaumt, wozu wir Pachtbewerber mit dem Bemerkten einladen, daß sich dieselben vor der Licitation über ihre Qualification als Landwirth, sowie über ihr ausreichendes Vermögen vollständig auszuweisen haben.

Die Verpachtungs-Bedingungen und Regeln der Licitation, so die Karte und das Vermessungs-Register können, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich sowohl in unserer Domainen-Registerratur, als auf der Domäne Kloster-Mansfeld eingesehen werden, auch sind wir bereit, Abschrift der speciellen Pachtbedingungen, sowie die allgemeinen gedruckten Bedingungen gegen Erstattung der Copialien und resp. Druckkosten auf Verlangen zu ertheilen.

Pachtlustige, welche die Domäne und die zu derselben gehörigen Ländereien in Augenschein nehmen wollen, haben sich an den Herrn Domainenpächter Bennede in Kloster-Mansfeld zu wenden.

Merseburg, den 22. April 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

(414) Verpachtung der Domainen - Vorwerk Mühlhans.

Das im Dantscher Kreise 3 Meilen von Dantz und 1½ Meile von Dirschau an der Elbmaue von Dantz nach Dirschau gelegene Domainen-Vorwerk Mühlhans soll in dem auf den 4. September c. in unserem Sessionszimmer im königlichen Regierungsgebäude Vormittags 11 Uhr vor dem Departementsrath, Herrn Regierungsrath Delrichs, anberaumten Termine im Wege der öffentlichen Licitation auf 18 hintereinanderfolgende Jahre vom 24. Juni 1863 bis zum 24. Juni 1881 verpachtet werden.

Das Vorwerk enthält im Ganzen 796 Morgen 148 Ortschaften, darunter 376 Morgen 120 Ortschaften Acker, meistens zweiter und dritter Klasse, und 316 Morgen 100 Ortschaften Wiesen.

Das der Licitation zum Grunde zu legende Pachtgelde-Minimum ist auf 2000 Thlr. in Thalerwährung, und die zu bestellende Pachtcaution auf 1000 Thlr. festgesetzt. Zur Uebernahme der Pacht ist der

Nachweis der landwirthschaftlichen Qualification der Bewerber und des Besizes eines Vermögens von 12000 Thlr. erforderlich. Dem Königl. Finanz-Ministerium bleibt die Entscheidung darüber, ob der Zuschlag überhaupt zu erteilen, sowie die Auswahl unter den drei Bestbieten vorbehalten.

Die näheren Bedingungen der Verpachtung, sowie die Regeln der Licitation können in unserer Domainen-Registatur während der Dienststunden, sowie auf dem Domainen-Vormerk-Rüßbank eingesehen, auch sollen auf Verlangen Abschriften derselben gegen Erstattung der Copialien erteilt werden.

Dauzig, den 23. April 1862. Königliche Regierung, Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

(415) Dienststunden der Post-Exposition in Laucha.

Die Rücksicht auf den gegenwärtigen Gang der den Ort Laucha passirenden Posten sind die Dienststunden für die Post-Exposition daselbst wie folgt festgesetzt worden:

- 1) im Sommerhalbjahre (vom 1. April bis letzten September) von 7 Uhr Morgens bis 11 Uhr Mittags,
- 2) im Winterhalbjahre (vom 1. October bis letzten März) von 8 Uhr Morgens bis 11 Uhr Vormittags,
- 3) zu allen Jahreszeiten von 4 Uhr Nachmittags bis 8½ Uhr Abends.

An Sonntagen ist jedoch das Bureau nur von 7 (8) bis 9 Uhr Vorm. und 5 Uhr Nachm. bis 8½ Uhr Abends und an den gesetzlichen Festtagen, welche nicht auf einen Sonntag fallen, von 7 (8) bis 9 Uhr Vorm., von 11 Uhr Vorm. bis 1 Uhr Mittags und von 4 Uhr Nachm. bis 8½ Uhr Abends geöffnet.

Das Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Galle, den 15. Mai 1862. Königliche Ober-Postdirection.

(416) Ausgeloste Rentenbriefe für das Halbjahr 1 April bis ult. September 1862.

In dem am 9. d. M. zur Auslosung von Rentenbriefen der Provinz Sachsen für das laufende Halbjahr (1. April bis ult. September 1862) in Gemäßheit des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 abgehaltenen Termine sind folgende Rentenbriefe ausgelost worden:

- 1) Litera A. a 1000 Thlr., 41 Stück, nämlich:

Nr. 222. 231. 532. 813. 884. 1067. 1089. 1223. 1353. 1549. 1578. 1593. 1685. 1729. 2478. 2529. 2864. 2882. 3003. 3098. 3142. 3207. 3505. 3636. 3647. 3834. 3844. 3895. 4124. 4137. 5227. 5356. 5533. 5543. 5593. 5927. 6236. 6269. 6578. 6662. 6871.

- 2) Litera B. a 500 Thlr., 13 Stück, nämlich:

Nr. 9. 27. 336. 342. 601. 735. 974. 1105. 1239. 1376. 1423. 1603. 1740.

- 3) Litera C. a 100 Thlr., 55 Stück, nämlich:

Nr. 177. 324. 347. 451. 486. 660. 752. 1080. 1198. 1433. 1467. 2065. 2203. 2231. 2578. 2959. 3202. 3313. 3404. 3870. 4258. 4575. 4893. 4939. 4974. 5051. 5256. 5277. 5305. 5336. 5482. 5714. 5829. 5868. 5891. 6254. 6317. 6382. 6507. 6510. 6806. 6844. 7129. 7328. 7415. 7695. 8384. 8512. 8651. 8822. 8833. 8843. 8936. 8954. 9052.

- 4) Litera D. a 25 Thlr., 45 Stück, nämlich:

Nr. 129. 131. 187. 213. 217. 288. 656. 1273. 1442. 1478. 1533. 1857. 1871. 2034. 2473. 2751. 2789. 2825. 2904. 2950. 3206. 3883. 4126. 4138. 4340. 4495. 4741. 5088. 5174. 5246. 5290. 5703. 5797. 6090. 6150. 6151. 6456. 6951. 7139. 7362. 7384. 7389. 7725. 7727. 7815.

- 5) Litera E. a 10 Thlr., 119 Stück, nämlich:

Nr. 12. 173. bis 12.291.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 19. September 1862 ab durch die Kasse der untergeordneten Rentenbank, Comptoir Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr gegen Zurücklieferung der ausgelosten Rentenbriefe in coursfähigem Zustande und Quittungsleistung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Auswärts wohnenden Inhabern der vorstehend aufgeführten ausgelosten Rentenbriefe ist auch bis auf Weiteres gestattet, dieselben mit der Post an unsere Rentenbankfiliale einzuliefern und die Heberlösung der Valuta auf gleiche Weise, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, unter Befügung einer in nachstehender Form ausgestellten Quittung zu beantragen.

Quittung.

Die Valuta der nachstehend verzeichneten ausgelosten Rentenbriefe, nämlich:

- 1) Lit. Nr. a Thlr. Capital,

zusammen Thaler.

(buchstäblich) Thaler.

.....

.....

.....

.....

von der Königl. Rentenbankkass. in Magdeburg baar und richtig empfangen zu haben, bescheinigt durch diese Quittung.

..... den ..ten 18 ..

N. N.

Mit dem 30. September 1862 hört die weitere Verzinsung der gedachten Rentenbriefe auf; daher müssen mit diesen die dazu gehörigen Zinscoupons Serie II. Nr. 9. bis 16. unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls für die fehlenden Coupons der Betrag derselben vom Capitale zurückbehalten wird.

Die Inhaber der ausgelosten Rentenbriefe fordern wir hierdurch auf, vom 19. September 1862 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten rechtzeitig in Empfang zu nehmen.

Zugleich werden die Inhaber folgender, bereits in früheren Jahren ausgelosten Rentenbriefe Lit. A bis D, welche bisher nicht realisirt sind, nämlich:

- a) pro 1. April 1859: Lit. A. Nr. 6167., Lit. C. Nr. 5079.;
- b) pro 1. October 1859: Lit. C. Nr. 2939 3690, Lit. D. Nr. 5912.;
- c) pro 1. April 1860: Lit. B. Nr. 958., Lit. C. Nr. 1599. 8121., Lit. D. Nr. 6499. 7034.;
- d) pro 1. October 1860: Lit. B. Nr. 73., Lit. C. Nr. 3148. 7618. 7685., Lit. D. Nr. 8. 1177. 6625. 6984.;
- e) pro 1. April 1861: Lit. A. Nr. 1448 2141. 3065 3862., Lit. B. Nr. 54. 1216., Lit. C. Nr. 255. 1682. 2516. 3906. 6041. 6555. 7942. 8313., Lit. D. Nr. 2526. 2734. 3199. 3357. 5494. 5545. 6515. 6830. 7201.;
- f) pro 1. October 1861: Lit. A. Nr. 356. 912. 1294. 4080., Lit. B. Nr. 169. 1073., Lit. C. Nr. 298. 672. 1007. 3357. 4146. 6188. 6442. 7620 8705. 8727., Lit. D. Nr. 731. 1683. 1984. 2525. 2655. 3531. 3855. 4435. 5605 5748. 7017. 7028. 7311 7417.;
- g) pro 1. April 1862: Lit. A. Nr. 712. 2102 2140 5719 6321 6408. 6887., Lit. B. Nr. 490. 749. Lit. C. Nr. 992. 1220. 1609 2911 3169. 3252 4269 5264 5580. 5990. 6673. 7151. 7666. 8509 8793., Lit. D. Nr. 1245 1721 2124 5259. 5686. 5730 6214.,

hierdurch erinnert, dieselben unserer Kasse zur Zahlung des Betrages zu präsentiren.

Eine gleiche Erinnerung ergeht an diejenigen, welche noch Rentenbriefe der Provinz Sachsen Lit. E. à 10 Thlr. unter den Nummern 1. bis einschließlich 12,130. und von 12,135. bis einschließlich 12,172. inne haben, da diese in früheren Terminen bereits sämmtlich ausgelost worden sind.

Magdeburg, den 10. Mai 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(417) Ausgeloste Schulverschreibungen der Eisenbahn Tilgungskasse für das Halbjahr 1. Juli bis ult. December 1862.

In dem am 9. d. M. zur Auslösung von Schuldverschreibungen der mit der hiesigen Provinzial Rentenbank vereinigten Eisenbahn Tilgungskasse für das Halbjahr 1. Juli bis ult. December 1862 hieselbst abgehaltenen Termine sind folgende Schulverschreibungen ausgelost worden:

- 1) von Lit. A. à 3½ %: a) zu 500 Thlr. Nr. 257 550., b) zu 100 Thlr. Nr. 230.;
- 2) von Lit. B. à 4 %: a) zu 500 Thlr. Nr. 265. 620 844. 3107. 4248., b) zu 400 Thlr. Nr. 725., c) zu 100 Thlr. Nr. 1442. 1701. 3348. 4114., d) zu 50 Thlr. Nr. 1591., e) zu 25 Thlr. Nr. 1193. 3618.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 2. Januar 1863 ab je nach der Wahl der Interessenten entweder

- a) durch die Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Domplatz Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr sofort gegen Zurücklieferung der ausgelosten Schulverschreibungen im coursfähigen Zustande oder
- b) durch die Königl. Kreisasse zu Heiligenstadt binnen 10 Tagen nach der an dieselbe im coursfähigen Zustande bewirkten Uebergabe der Schuldverschreibungen gegen Rückgabe der von der Kreisasse darüber einzuweisenden Empfangsbcheinigung.

Ueber den gezahlten Geldbetrag ist außerdem von dem Präsentanten der Schuldverschreibung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare Quittung zu leisten.

Mit dem 1. Januar 1863 hört die weitere Verzinsung der gedachten Schuldverschreibungen auf.

Indem wir die Inhaber der ausgelosten Schulverschreibungen hierdurch auffordern, vom 2. Januar 1863 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir, daß

die betreffenden beiden Kassen sich auf eine Uebersendung des Geldbetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen dürfen.

Zugleich fordern wir die Inhaber folgender, in frühern Terminen ausgelooften, aber noch nicht realisirten Schuldverschreibungen und zwar von folgenden Ausloosungsterminen:

- a) 1. Juli 1854: à 4 % Nr. 2211. zu 5 Thlr.;
- b) 1. Januar 1855: à 3½ % Nr. 450. zu 10 Thlr., Nr. 468. zu 5 Thlr., à 4 % Nr. 2920. zu 10 Thlr.;
- c) 1. Juli 1857: à 3½ % Nr. 467. zu 25 Thlr.;
- d) 1. Januar 1861: à 3½ % Nr. 641. zu 50 Thlr., à 4 % Nr. 2905. zu 50 Thlr.;
- e) 1. Juli 1861: à 4 % Nr. 1620 zu 500 Thlr., Nr. 4229. zu 100 Thlr., Nr. 2219. zu 50 Thlr.;
- f) 1. Januar 1862: à 4 % Nr. 3932 zu 25 Thlr.,

hierdurch auf, dieselben bei unserer Rentenbankkasse hieselbst oder bei der Kreiskasse in Heiligenstadt zur Zahlung des Betrages zu präsentiren.

Magdeburg, den 10. Mai 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(118) Die Vernichtung ausgeloofter und bezahlter Rentenbriefe betr.

Nachstehende Verhandlung:

Verhandelt Magdeburg, den 9. Mai 1862.

In Gemäßheit der Paragraphe 46. bis 48. des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 wurden diejenigen ausgelooften Rentenbriefe der Provinz Sachsen, welche nach dem von der Königlichen Direction der Rentenbank zu den Acten gegebenen Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben sind, und zwar:

| | |
|--|------------------------------------|
| 31 Stück zu 1000 Thlr. = 31,000 Thlr., | 43 Stück zu 25 Thlr. = 1075 Thlr., |
| 9 " " 500 " = 4,500 " | 273 " " 10 " = 2,730 " |
| 40 " " 100 " = 4,000 " | |

überhaupt: Drei und Bierzig Tausend Drei Hundert und Fünf Thaler nebst 4,115 Stück Zinscoupons in Gegenwart der Unterzeichneten heute durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Friedrich Adolph Damm, Justizrath und Notarius.
v. Nathusius, } Abgeordnete der Provinzial-Vertretung.
L. F. Kricheldorf, }
Brenning, Commissarius der Rentenbank-Direction.

wird nach Vorschrift des §. 48. des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Magdeburg, den 10. Mai 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(119) Die Vernichtung ausgeloofter und bezahlter Schuldverschreibungen der Wieschelschen Tilgungskasse betr.

Nachstehende Verhandlung:

Verhandelt Magdeburg, den 9. Mai 1862.

In Gemäßheit der Paragraphe 46. bis 48. des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 wurden diejenigen ausgelooften Schuldverschreibungen der mit der Königlichen Rentenbank für die Provinz Sachsen vereinigten Wieschelschen Tilgungskasse, welche nach dem von der Königlichen Rentenbank-Direction zu den Acten gegebenen Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben sind, und zwar:

| I. à 3½ % | | II. à 4 % | |
|-----------------------|---------------|-----------------------|---------------|
| 2 Stück zu 500 Thlr., | = 1000 Thlr., | 7 Stück zu 500 Thlr., | = 3500 Thlr., |
| 1 " " 100 " = 100 " | | 2 " " 100 " = 200 " | |
| 1 " " 50 " = 50 " | | 1 " " 50 " = 50 " | |
| 2 " " 25 " = 50 " | | 4 " " 25 " = 100 " | |

überhaupt: Fünf Tausend und Fünfzig Thaler nebst 13 Stück Coupons in Gegenwart der Unterzeichneten heute durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Friedrich Adolph Damm, Justizrath und Notarius.
v. Nathusius, } Abgeordnete der Provinzial-Vertretung.
L. F. Kricheldorf, }
Brenning, Commissarius der Rentenbank-Direction.

wird nach Vorschrift des Rentenbank-Gesetzes vom 2. März 1850 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Magdeburg, den 10. Mai 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(420) Ausgeloste Obligationen des Wittenberger Deichverbandes pro term. 1. Juli 1862.

In Gemäßheit der durch die Allerhöchsten Cabinets-Ordres vom 21. August 1852 und vom 23. Juni 1854 dem Wittenberger Deichverbande verliehenen Privilegien zur Ausgabe von Deichobligationen im Gesamtbetrage von 180.000 Tblr. hat durch die dazu gewählte Commission des Deichamtes die Auslosung der auf das Jahr 1862 zu kündigenden und zu amortisirenden Deichobligationen im Betrage von 2200 Tblr. stattgefunden.

Nachstehende Nummern der Deichobligationen sind bei dieser Auslosung gezogen worden:

- I. Abtheilung: Litt. A. Nr. 67. 124. & 500 Tblr.,
 B. Nr. 107. 199. & 100 Tblr.,
 C. Nr. 23. 91. 149. 167. 176. & 25 Tblr.;
 II. Abtheilung: Litt. D. Nr. 158. & 500 Tblr.,
 E. Nr. 234. 271. 498. & 100 Tblr.,
 F. Nr. 357. 490. 539. & 25 Tblr.

Indem ich dies zur öffentlichen Kenntniß bringe und gleichzeitig die gedachten Obligationen auf Grund des §. 2. der Allerhöchst verliehenen Privilegien hiermit künde, fordere ich die Inhaber derselben auf, die ausgelosten Deichobligationen am 1. Juli 1862 der Kasse des Wittenberger Deichverbandes zu Preßich nebst Coupons zu präsentiren, worauf deren Einlösung erfolgen wird.

In Bezug auf die Präclufionsbestimmungen, wonach ausgeloste oder gekündigte Deichobligationen, deren Betrag in dem festgesetzten Termine nicht erhoben wird, innerhalb der nächsten 10 Jahre auch in spätern Terminen zur Einlösung präsentirt werden können, dann aber keine Zinsen mehr tragen und nach Verfluß von 10 Jahren nach ihrer Fälligkeit ihren Werth ganz verlieren, beziehe ich mich auf §. 5. der Allerhöchsten Privilegien, welcher jeder Obligation beigebracht ist.

Wittenberg, den 21. December 1861.

Der Deichhauptmann, Landrath v. Jagow.

Hypothekensachen.

(421) Die im 44. Stüd des vorjährigen Amtsblatts bekannt gemachte Hypothekentabelle über die in Gersfelder Flur belegenen Grundstücke der Pfarre in Gersfeld ist in das Hypothekenbuch übertragen worden und wird daher von nun an der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden.

Zeib, den 16. Januar 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(422) Die Hypothekentabelle über die laut Attestes des Königl. Provinzial-Schul-Collegiums vom 30. December 1861 seit länger als 44 Jahren im Besitze der Landesschule Worta gewesene und von der letzteren laut des unterm 4. November 1861 bestätigten Kaufvertrags vom 2. October 1861 an Hermann Edmund Weber zu Kösen verkauften, in Kösen vor dem Gutsbese zum müßigen Acker gelegene Fläche Land von circa 129½ Akkern, wie solche in dem bei den Grundrathen in Copie ersichtlichen Situationsplan näher bezeichnet ist, ist fertig und kann innerhalb zwei Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatt ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig.

Raumburg, den 30. Januar 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(423) Die Hypothekentabelle über das zu Wertendorf sub Nr. 44. katastrirt, von der Witwe Röderitz, Johanne Sophie geborne Bornschein zu Wertendorf aus dem Nachlasse ihres verstorbenen Ehemannes Christian Gottlob Röderitz, laut Erbzeugnisses vom 30. November 1861 ganz übernommene, auf einem der beiden genannten Eheleuten von der Commune geschenkten Grundstück von circa 8 Akkern, laut der ordrichtlichen Atteste vom 29. November und resp. 30. December 1861, im Jahr 1825 aus gemeinschaftlichen Mitteln erbaute Wohnhaus ist fertig und kann innerhalb zwei Monaten, von den ersten acht Tagen, des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatt ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen nicht zulässig.

Raumburg a. d. S., den 24. Februar 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(421) Folgendes, von der königlichen Landeschule zu Pforta laut Attestes des königlichen Provinzial-Schul Collegiums zu Magdeburg vom 4. d. M. seit länger als funfzig Jahren ruhig und ungestört als Eigenthum bebesessenes, und von derselben laut des unterm 1. October 1859 bestätigten Kaufvertrags vom 5. August 1859 an den Kaufmann Wilhelm Köster zu Mannheim verkauftes Grundstück, als: ein dem zu Pforta gelegenen Wohnhause Nr. 88, des neuen Katasters als Pertinenz hinzugezetzter Flächenraum von Sieben und 1/2 Ruthen, welcher östlich an den sogenannten Schäferelgarten zu Köben, südlich an den zur Saline führenden Weg, westlich an das sub Nr. 88. katastrirte Wohnhaus und nördlich an den zu diesem gehörigen Garten, grenzt, ist bei dem schon gedachten Gause Rubrica I. Vol. IV. Nr. 146. des Gausehypothekenbuchs von Köben nachgetragen worden und kann die Hypothekentabelle darüber innerhalb zwei Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatt ab gerechnet, in unserer Registratur eingelegen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig. Naumburg, den 14. März 1862. Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(425) Die Hypothekentabellen, welche nach unserer Bekanntmachung vom 4. Juni 1861 in dem Merseburger Regierungs-Amtsblatte pro 1861 Stück 32 die gezeigte Zeit ausgelegen haben, sind nunmehr in die Hypothekendbücher übertragen und es wird der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Hypotheken-Ordnung beurtheilt. Es sind ferner die Tabellen über

I. Obersdorf: das Aelst der geschiedenen Frau Antimann Hildebrandt dafelbst Nr. 17;

II. Flur Niesedt: 1 Ader Land am Kullerberge, am Hoferaine, dem Christian Kollfinke in Niesedt gebörig, und

III. Flur Wallhausen: 11 Ruthen Land vom Plane Nr. 214 c., dem Zimmermann Müller dafelbst gebörig,

durch alle drei Rubriken fertig und können von den Interessenten innerhalb der zweimonatlichen Frist, welche vom 8. Tage der Einrückung dieser Bekanntmachung an gerechnet wird, in unserer Registratur eingelegen werden. Spätere Erinnerungen können nicht berücksichtigt werden.

Sangerhausen, den 4. Februar 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(426) Die Hypothekentabelle über 1 Ader Feld in der Flur Klouß Nr. 221., 1 Ader von 2 Acker nach dem Salzenberge zu neben Eckardt ist fertig und kann vom 31. Mai bis 31. Juli c. in unserm Amt eingelehen werden. Spätere Erinnerungen sind unzulässig. Artern, den 30. Januar 1862. Königliche Kreisgerichts Commission.

(427) Sie im 43. Stück des Amtsblatts der königlichen Regierung zu Merseburg pro 1861 bekannt gemachte Hypothekentabelle über das der Wilhelmine Henriette Erbs in Altenroda gehörige Gutsstück ist in das Hypothekenbuch übertragen und wird nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem gedachten Grundstück lediglich nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.

Meßburg, den 4. Februar 1862.

Königliche Kreisgerichts Commission.

(428) Es wird bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über das Schmiedehaus in Markbana, welches der Schmiedemeister Gottlieb Aulert von der dortigen Fürstlichkeit mittelst Contracts vom 27. März a. pr. erkaufte hat und von uns unterm 7. November a. pr. öffentlich bekannt gemacht worden, vollendet ist und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte auf dieses Grundstück lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist. Wittenberg, den 3. April 1862. Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(429) Es wird bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über das in Dabrun belegene, von uns unterm 31. December a. pr. bekannt gemachte Adersche Grundstück vollendet und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte auf dasselbe lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist. Wittenberg, den 29. April 1862. Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(430) Die Hypothekentabelle über folgende, der Gemeinde zu Klosterbäcker gehörige, in Niederböfser Mark über der sogenannten großen Gemeinde belegene Grundstücke:

- a) Nr. 623. des Flurbuchs von Klosterbäcker 1/2 Ader, b) Nr. 624. des Flurbuchs von Klosterbäcker 1/2 Ader, c) Nr. 625. des Flurbuchs von Klosterbäcker 1/2 Ader, d) Nr. 626. des Flurbuchs von Klosterbäcker 1/2 Ader, e) Nr. 627. des Flurbuchs von Klosterbäcker 1/2 Ader, f) Nr. 628. des Flurbuchs von Klosterbäcker 1/2 Ader, g) Nr. 646. des Flurbuchs von Klosterbäcker 1/2 Ader, h) Nr. 648. des Flurbuchs von Klosterbäcker 1/2 Ader, i) Nr. 649. des Flurbuchs von Klosterbäcker 1/2 Ader,

ist aufgestellt und kann innerhalb 2 Monaten, vom 8. Tage nach Insertion dieser Bekanntmachung, in unserer Registratur eingeleben werden. Spätere Erinnerungen dagegen müssen unberücksichtigt bleiben.
 Ederisberga, den 26. Februar 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission.

Patente für Kunstfindungen betr.

(431) Dem Pianoforte-Fabrikanten **C. Scholz** in Breslau ist unter dem 10. Mai 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Repetitions-Vorrichtung für Pianofortes auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(432) Das dem Kaufmann **J. H. F. Prillwitz** in Berlin unter dem 20. November 1860 erteilte Patent auf eine Maschine zur Fabrication von Ziegeln in ihrer ganzen Zusammenlegung, so weit dieselbe nach Zeichnung und Beschreibung als neu und eigenthümlich erachtet worden, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile derselben zu behindern, ist erloschen.

(433) Das dem Kaufmann und Fabrikhaber **Wilhelm Schaffen** zu Remscheid unter dem 3. März 1861 erteilte Patent auf eine nach der vorgelegten Beschreibung und Zeichnung als neu und eigenthümlich erkannte selbstthätige Pressvorrichtung an Flachsenkloßen, ohne Andere in der Anwendung bekannter Theile dieser Vorrichtung zu beschränken, ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(434) Die erledigte evangelische Oberpfarrstelle zu Alten a. d. E. in der Diöces Calbe a. d. E. ist dem bisherigen Pfarrer in Walbeck, Diöces Weyerslingen, **Karl Friedrich Bischoff**, verliehen worden.

(435) Zu der erledigten evangelischen Kapellenpredigerstelle zu Wörben in der Diöces Gommern ist der Hülfsprediger und Rector **August Adolph Niegemann** zu Gommern berufen und befristet worden.

(436) Bei dem Gymnasium in Wittenberg sind folgende Veränderungen eingetreten: die durch den Abgang des zum Director in Colberg berufenen Oberlehrers **Erier** erledigte Stelle ist durch Accension der nachfolgenden Lehrer wieder besetzt, so daß der **Dr. Wentrup** zum Subconrector und 1. ordentlichen Lehrer, der Lehrer **Knappe** zum 2. und der erste Adjunct **Dr. Winter** zum 3. ordentlichen Lehrer befördert sind. Auch hat der Herr Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten dem Conrector und Oberlehrer **Dr. Bernhardt** das Prädicat „Professor“ und dem ordentlichen Lehrer **Dr. Wentrup** dem „Oberlehrer“ Titel beigelegt.

(437) Für die Stadt Quedfurt sind der bisherige Stellvertreter, Kaufmann **Thöpelmann** zum Schiedsmann, der Rentier **Möhl** zu dessen Stellvertreter, der Kaufmann **Dix** zum Schiedsmann und der Kaufmann **Birnstein** zu dessen Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

(438) Mit Pension ausgeschieden: der Steueraufscher **Kautenstrauch** in Weiskensels, der Chausseegelderheber **Grieser** in Sierleben.

Veriezt: der Schleusengelderheber **Möller** in Wendig als Schleusengeldeinnehmer nach Calbe a. d. E., der Chausseegelderheber **Kretzsch** von Schneidlingen als Schleusengelderheber nach Wendig.

Neu angeheilt: der pensionirte Gensdarm **Kochrube** in Nordhausen als Chausseegelderheber in Quesitz, der invalide Unteroffizier **Ehrhardt** in Halle als Thormwärter in Torgau.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 22.

Ausgegeben zu Merseburg am 31. Mai 1862.

- (439) Das 17. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 22. Mai 1862, enthält unter:
- Nr. 5532. Bestätigungs-Urkunde über einige Abänderungen der Statuten der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft. Vom 5. Mai 1862.
 - Nr. 5533. Allerhöchster Erlaß vom 5. Mai 1862, betreffend Aenderungen und Ergänzungen des Feuer-Spectakels-Reglements für das platte Land von Alt-Pommern vom 20. August 1841, sowie der Verordnung, betreffend einige Abänderungen dieses Reglements, vom 23. October 1854.

Das 18. Stück, ausgegeben am 24. Mai 1862:

- Nr. 5534. Allerhöchster Erlaß vom 23. April 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Epaußer von Juden über Altdorf und Kirchberg nach Jülich.
- Nr. 5535. Allerhöchster Erlaß nebst Tarif vom 5. Mai 1862, nach welchem die Abgabe für das Befahren der Wasserstraßen zwischen der Oder und Elbe zu erheben ist.
- Nr. 5536. Allerhöchster Erlaß nebst Tarif vom 5. Mai 1862, nach welchem die Abgabe für das Befahren des Bromberger Kanals zu erheben ist.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(440) Den Verkauf von Remonten im Jahre 1862 betr.

Zum Anfaufe von Remonten im Alter von drei bis einschließlic sechs Jahren sind im Bezirke der Königlichen Regierung zu Merseburg und den angrenzenden Bereichen für dieses Jahr nachstehende Morgens 8 Uhr beginnende Märkte anberaumt worden und zwar:

den 2. Juni in Lützen,

den 5. Juni in Torgau,

den 7. Juni in Pörsch,

den 10. Juni in Belgitz.

Die von der Militär-Commission erlauteten Pferde werden zur Stelle abgenommen und sofort baar bezahlt.

Pferde, deren Mängel den Kauf gefehlich rückgängig machen, und Kruppenfehler, welche sich als solche innerhalb der ersten 10 Tage herausstellen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der sämtlichen Unkosten zurückzunehmen.

Mit jedem Pferde sind eine neue rindlederne Trense mit haltbarem Gebisse, eine Gurthalter und zwei hanfene Stride ohne besondere Vergütung zu übergeben.

Berlin, den 15. März 1862.

Kriegsministerium, Abtheilung für das Remonte-Wesen.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(441) Die Abtrennung zweier sogenannten Quellsche von dem Gutsbezirke Merzdorf und deren Vereinigung mit dem Gemeindebezirke Seyffertsmühl im Kreise Liebenwerda betr.

Durch Erlaß des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Sachsen vom 29. April a. in auf Grund des §. 1. des Gesetzes über die Landgemeinde-Verfassungen vom 14. April 1856 die Abtrennung der im Liebenwerdaer Kreise unmittelbar im Dorfe Seyffertsmühl belegenen, zum Bezirke des Ritterguts Merzdorf gehörigen, laut Vertrags vom 7. Juli 1846 an den Mühlenbesitzer Richter in Seyffertsmühl verkauften sogenannten beiden Quellsche von zusammen 2 Morgen 277 Okuthen Fläche von dem Gutsbezirke Merzdorf und deren Aufschlagung zum Gemeindebezirke Seyffertsmühl genehmigt worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 17. Mai 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Justiz.

(442) Das Verbot der Anführung und des Verkaufs der hiesigen Seife betr.

Der Fabrikant Quellsberg zu Berlin hat in den meisten Städten der Monarchie Depots zum Verkauf einer von ihm angefertigten und als Heilmittel bei verschiedenen Hautkrankheiten angepriesenen Tanninseife errichtet.

Da nach der Anlage A. der Bekanntmachung vom 29. Juli 1857 (Feseg. Sammlung 1857 S. 657.) der Debit der „Sapones medicinales mixti“, zu welchen die Tanninseife zu rechnen ist, den Apothekern ausschließlich vorbehalten ist, so untersagen wir hierdurch auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 die Anführung der genannten Seife bei Vermeidung einer Strafe bis zu 10 Thalern. Gegen den unbefugten Verkauf dieser Seife wird auf Grund des §. 345. ad 2. des Strafgesetzbuchs eingeschritten werden.

Merseburg, den 26. Mai 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(443) Die Sendungen unter Streif- oder Kreuzband mit der Post betr.

Uebertretungen der Postgesetze kommen erfahrungsmäßig hauptsächlich bei solchen Sendungen vor, welche unter Band (Streif- oder Kreuzband) zur Beförderung mit der Post eingeliefert werden. Zum Zweck möglicher Anwendung der Uebertretungen wird, unter Bezugnahme auf den §. 15. des Reglements vom 21. December 1860, auf die einschlagenden Vorschriften aufmerksam gemacht.

Gegen die ermähnte Lage von vier Pfennigen bis zu 1 Loth excl. u. f. w. nach Maßgabe des Gewichts können innerhalb des Preussischen Postgebiets und des Deutschen Postvereinsgebiets unter Band frankirt befördert werden: alle gedruckte, lithographirte, metallographirte, oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, zur Beförderung mit der Briefpost geeignete Gegenstände, mit Ausnahme der gebundenen Bücher und der mittelst der Copirmaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Adresse muß auf dem Streif- oder Kreuzband und darf nicht auf der Sendung selbst angebracht sein. Die Verendung unter Band gegen die ermähnte Lage ist im Allgemeinen unzulässig, wenn die Gegenstände nach ihrer Fertigung durch Druck u. f. w. außer der Adresse irgend welche Zuläge oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Zuläge oder Aenderungen geschrieben oder auf andere Weise bewirkt sind, z. B. durch Stempel, durch Druck, durch Ueberleben von Worten, Ziffern oder Zeichen, durch Punctieren, Unterstreichen, Durchstreichen, Ausradiren, Durchstechen, Ab- oder Auszeichnen einzelner Worte, Ziffern oder Zeichen u. f. w.

Es kann jedoch den Preis-Constanten, Circularen und Empfehlungsschreiben noch eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Adresse, sowie Ort, Datum und Namensunterschrift hinzugefügt werden; ferner dürfen Circulare von Handlungshäusern mit der handschriftlichen Unterzeichnung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein. Von Correcturbogen können Aenderungen und Zuläge, welche die Correctur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt werden; das Manuscript darf dagegen den Correcturbogen nicht beigelegt werden. Modelbilder, Landkarten u. f. w. dürfen colorirt sein; die Bilder und Karten dürfen aber nicht in Handzeichnungen besessen, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich u. f. w. hergestellt sein.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zuläge, welche keinen Bestandteil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Verendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber gleichwohl nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Empfehlungsschreiben versehen sein.

Der Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Verendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verbotener Zuläge unter Streifband nicht versandt werden dürfen, wird nach §. 36. des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Thalern bestraft.

Halle, den 26. März 1862.

Der Ober-Postdirector. Straßl.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(444) Die Verlosung von Kreis-Obligationen des Preussischen Staatsb.

In der heute befristeten 2. Verlosung von 2250 Thlr. Kreis-Obligationen des Preussischen Staatsb. de Anno 1856 sind folgende Nummern gezogen worden:

Litt. A. & 1000 Tblr. Nr. 51.,

• R. & 500 Tblr. Nr. 41.,

• C. & 200 Tblr. Nr. 97.,

• D. & 100 Tblr. Nr. 41. 209. 215. und 312.,

• E. & 25 Tblr. Nr. 40. 82. 184. 250. 255. und 294.

Dieselben werden den Inhabern hierdurch gekündigt mit dem Bemerken, daß die Rückzahlung des Capitalbetrags vom 31. December 1862 ab durch die Kreis-Cassaess-Bankasse in Giesleben und durch das Bankhaus Bach und Grenfel in Nordhausen gegen Rückgabe der Kreis-Obligationen erfolgen wird.

Vom 1. Januar 1863 ab hört die Verzinsung der ausgelassenen Obligationen auf.

Giesleben, den 28. December 1861.

Die ständische Commission für den Cassaessbau des Mansfelder Kreises.

Hypothekensachen.

(443) Die Hypothekentabellen über die nachverzeichneten Grundstücke:

I. Merseburg: die Gemeinde Leuna und Osendorf, ein Stück sog. Gräfenanger, 223½ QM. längs der Saale zwischen Merseburg und Leuna;

II. Leuna: die Pfarre zu Leuna, das unter Nr. 15. Brandkataster Nr. 18. daselbst belegene Pfarrhaus nebst Wirthschaftsgebäuden, Hof und Garten;

III. Zweimen: die Pfarre zu Zweimen, a) Nr. 107. ein Garten, ¼ Ader 1 QMuth, b) Nr. 34. 7 Ader 5 QMuthen Feld in der Langenmark liegend, c) Nr. 59. 3¼ Ader 41 QM. desgl. daselbst, d) Nr. 71. 6¼ Ader 24 QM. desgl. daselbst, e) Nr. 90. 2¼ Ader 2 QM. desgl. am spitzen Kaine, f) Nr. 137. 1¼ Ader 25 QM. desgl. am Schuppenberg, g) Nr. 151. 3¼ Ader 41 QM. desgl. daselbst, h) Nr. 176. 7¼ Ader 30 QM. desgl. über der Lehmgrube, i) Nr. 195. 7¼ Ader 6 QM. desgl. daselbst, k) Nr. 212. 2 Ader 20 QM. Wiese an der Sauertwiese, l) Nr. 252. 3¼ Ader 17 QM. desgl. im Flethe, m) Nr. 305. ¼ Ader 12 QM. desgl. auf der Layden, n) Nr. 313. 3 Ader 41 QM. Wiese, der große Prügel, o) Nr. 362. 5¼ Ader 20 QM. Wiese, die spitze Wiese;

sind fertig und liegen während zweier Monate, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, in unserer Hypotheken-Registratur zur Erinnerung offen. Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen dagegen nicht mehr zulässig.

Merseburg, den 22. Februar 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(446) Die Hypothekentabelle über die in unserer Bekanntmachung vom 12. December 1861 (S. 124) des Regierungs-Amtsblatts pro 1862 S. 523) aufgeführten Grundstücke der Gemeinde Tenditz:

1) der Pfingstanger von 8 Morgen 21 QMuthen, 2) der Gänzsanger, 3) der Mittelanger, 4) der Oberanger A. und 5) der Oberanger B. von 22 Morgen 19¼ QMuthen, ist in das Hypothekenbuch übertragen und der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken von nun an lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Lützen, den 2. März 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission, I. Bezirks.

(447) Die im 2. Stück des diesjährigen Regierungs-Amtsblatts bekannt gemachten Hypothekentabellen über die der Pfarre und Schule zu Starnsiedel gehörigen, im Dorfe und der Flur von Starnsiedel belegenen Haus- und Feldgrundstücke sind in das Hypothekenbuch übertragen worden und wird daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken von jetzt ab lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden.

Lützen, den 21. März 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission, II. Bezirks.

(448) Die Hypothekentabelle über die in der Flur Verndorf an der Vorkener Grenze und der Berlin-Dresdener Straße belegene Wiese von 208 Morgen 178 QMuthen, incl. 8 Morgen 178 QMuthen Unland, der Wittve Bobach, Dorothee gebornen Lochmann aus dem Jagdhaus bei Gorden gehörig, ist fertig und kann innerhalb der vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab laufenden zweimonatlichen Frist in der Registratur des unterzeichneten Gerichts eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen gegen die Tabelle nicht mehr zulässig.

Hertzberg, den 16. März 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission I.

(449) Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über einen, auf den hiesigen Bergen hinter der Willrichschen Wiese belegenen, ausgeklagten Weinberg von 10 Morgen Ausmaß, jetzt dem Pferdehändler Friedrich Wilhelm Kriest gehörig, zufolge unserer Bekanntmachung vom 25. Sep-

tember 1861 vollendet ist und der Erwerb neuer Hypothekenrechte auf dieses Grundstück lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Schweinitz, den 16. März 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(450) Die Hypothekentabelle über die in unserer Bekanntmachung Nr. 51. des 4. Stücks des Regierungs-Amtsblatts beschriebenen Grundstücke ist zum Hypothekenbuche übertragen worden und der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken lediglich nach den allgemeinen geltenden Gesetzen zu beurtheilen.

Heringen, den 25. März 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(451) Die Hypothekentabelle über das der Marie Dorothee Gartenbach geborene Reiche gehörige, in der Flur Gehofen gelegene Grundstück: 1 Acker Land von dem 2 Ackerstück der vierte Theil nach dem Salgenberge zu, ist fertig und kann vom 7. Juni c. ab binnen 4 Wochen in unserm Bureau von den Theilhabenden eingesehen werden. Erinnerungen gegen die Tabelle sind später nicht mehr zulässig.

Artern, den 14. April 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Patente für Kunsterrfindungen betr.

(452) Das dem Ingenieur Emil **Fleischhauer** in Eisenach unter dem 10. März 1861 erteilte Patent auf einen in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung als neu und eigenthümlich erkannten Gasregulator ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(453) Die Pfarrstelle zu Kropfschütz in der Ephorie Jahna ist durch den Tod des Pfarrers **Kirsten** zur Erledigung gekommen. Dieselbe steht unter Privat-Patronat und ihr Einkommen ist auf 1174 Thlr. angegeben. Die Pfarochie Kropfschütz hat drei Kirchen und drei Schulen.

(454) Bei dem Gymnasium in Wittenberg ist vom 1. Mai c. ab der Adjunct **Adolph Müller** zum 4. ordentlichen Lehrer befördert worden.

(455) Die Schul- und Küsterstelle in Gadegast, Ephorie Seyda, Königlichen Patronats, ist durch Amtsentlegung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(456) Die Schulstelle in Frankeroda, Ephorie Edartsberga, Privat-Patronats, kommt zum 1. Juli c. durch die Amtsniederlegung ihres bisherigen Inhabers zur Erledigung.

(457) Für die Stadt Jessen ist auf die drei Jahre vom 1. April 1862 bis dahin 1865 der bisherige Schiedsmann, Kaufmann **Rechel** zum Schiedsmann und der Posthalter **Möller** zu dessen Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königlichen Regierung.

Gebruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Beilagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 23.

Ausgegeben zu Merseburg am 7. Juni 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(438) Den am 1. October c. an der Königl. Central-Turnanstalt in Berlin beginnenden Cursus für Civil-Gleichen betr.

Am 1. October d. J. wird an der Königl. Central-Turnanstalt hieselbst wiederum ein sechs-monatlicher Cursus für Civil-Gleichen beginnen.

Zu demselben können außer solchen Schulmännern, welchen der Unterricht in der Gymnastik an Gymnasien, Real- und Bürger Schulen, sowie an Schullehrer-Seminarien übertragen werden soll, auch solche Elementarlehrer zugelassen werden, welche dazu geeignet sind, für die Ausbreitung der gymnastischen Übungen in weiteren Kreisen thätig zu sein.

Der gesammte Unterricht in der Anstalt wird unentgeltlich erteilt, und können in dazu geeigneten Fällen auch einzelnen Gleichen Unterstüzungen gewährt werden.

Die Anmeldungen zum Eintritt sind an die betreffenden Königl. Provinzial-Schul-Collegien resp. Regierungen zu richten und vor dem 20. Juli d. J. eingzureichen.

Berlin, den 26. Mai 1862.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten.

In Vertretung: Lehnert.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(439) Den freiwilligen Eintritt in die Schiffsjungen-Division betr.

M a r s h e n

für diejenigen Freiwilligen, welche in die Schiffsjungen-Division eingestellt zu werden wünschen.

§. 1. Freiwillige der Schiffsjungen-Division. Im Allgemeinen.

Die Schiffsjungen-Division hat die Bestimmung, Matrosen und Unteroffiziere für die Marine auszubilden.

§. 2. Militair-Dienstzeit der in die Schiffsjungen-Division eingetretenen Individuen.

Diejenigen, welche in der Schiffsjungen-Division auf Staatskosten ausgebildet werden, müssen sich verpflichten, nach Ablauf von drei Jahren — welche Zeit auf ihre Ausbildung, bis sie in die Rangstufe der Matrosen 3. resp. 4. Klasse einzutreten fähig sind, verwandt worden ist — für jedes dieser Jahre außer der Erfüllung der allgemeinen gesetzlichen dreijährigen Dienstpflicht noch anderweitige zwei Jahre der königlichen Marine zu dienen. — Wer daher drei volle Jahre in der Schiffsjungen-Division bleibt, hat im Ganzen zwölf Jahre zu dienen.

§. 3. Anmeldung Beabs. freiwilligen Eintritts in die Schiffsjungen-Division.

Wer die Aufnahme in die Schiffsjungen-Division wünscht, hat sich persönlich bei dem Landwehr-Bataillons-Commando seiner Heimat oder wer in der Nähe der Marine-Station wohnt, bei dem Commando der Station zu melden und sich einer Prüfung zu unterwerfen, zu welcher er folgende Papiere beizubringen hat:

- a) Taufschein, Confirmationschein,
- b) ärztliches Attest incl. Impfschein,
- c) Einwilligung des Vaters oder Vormundes, worin ausgesprochen sein muß, daß sie mit den Aufnahme-Bedingungen bekannt, ihrem Sohne oder Mündel erlauben, sich zur Aufnahme in die Schiffsjungen-Division einschreiben zu lassen.

§. 4. Annahme-Bedingungen.

- 1) Der Eingestellende muß 14 Jahre alt sein, darf jedoch das 16. Lebensjahr nicht überschritten haben.

- 2) Er muß gesund, im Verhältniß zu seinem Alter kräftig gebaut (starke Knochen, kräftige Muskulatur) und frei von Fehlern (Anlage zu Unterleibsbrüchen) sein, ein klares Auge, gutes Gehör und fehlerfreie (nicht flatternde) Sprache haben.

Hierüber hat sich der Landwehr-Bataillons-Commandeur mit dem untersuchenden Arzte in einem Atteste auszusprechen.

- 3) Er muß sich gut geführt haben.
4) Er muß confirmirt sein.
5) Er muß lesen, schreiben und die vier Species rechnen können.
6) Er muß sich bei seiner Ankunft in Danzig zu einer 12-jährigen Dienstzeit in der Marine verpflichten.
7) Er muß mit Schußzeug und Wäsche so versehen sein, wie jeder in die Armee eintretende Rekrut. Ingleichen mit zwei Haltern, um sich nach seiner Ankunft in der Division das nöthige zc. Fußzeug verschaffen zu können.
8) Jeder eingestellte Schiffsjunge, welcher den an ihn zu machenden Anforderungen nicht genügt, kann ohne Weiteres entlassen werden.
9) Für den Fall, daß der Schiffsjunge für den Matrosendienst oder Werftdienst nicht geeignet erscheint, hat er, wie jeder andere Militairpflichtige, seine Dienstzeit in dem Landheere zu erfüllen und wird demselben eine besondere Dienstverpflichtung für seine Ausbildung in der Marine nicht auferlegt.

§. 5. Uebernahme der Freiwilligen zur Schiffsjungen-Division.

- 1) Die Landwehr-Bataillons haben, sobald nach stattgehabter Prüfung der sich Meldende zur Aufnahme in die Schiffsjungen-Division geeignet erscheint, ein National desselben nach dem für die Aufnahme in die Unteroffizierschulen vorgeschriebenen Schema nebst den Attesten zum 1. des der Prüfung folgenden Monats an die Marine-Station einzulenden.
2) Das Ober-Commando der Marine hat nach Rückgabe der eingegangenen und von der Marine-Station demselben vorzulegenden Anmeldungen die Aufnahme zu verfügen.
3) Reclamationen oder Vorstellungen wegen etwaiger Nichtübernahme bleiben unberücksichtigt.
4) Diejenigen Individuen, welche in dem ersten Jahre ihrer Anmeldung wegen mangelnder Vacanz nicht angenommen werden, können in den nächsten Jahren bei wiederholt nachgewiesener Qualifikation wiederum zur Aufnahme in Vorschlag gebracht werden, soweit dies das festgesetzte Alter gestattet.
Berlin, den 2. Mai 1862.

Der Kriegs- und Marine-Minister.
von Roon.

Vorstehende Nachrichten werden hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die in denselben enthaltenen Bestimmungen mit dem 1. Juli d. J. in Kraft treten.

Marienburg, den 24. Mai 1862. Königl. Regierung, Abtheilung des Innern.

(460) Civil-Bevölkerungstabelle pro 1861.

Ergebnis

der Civil-Bevölkerungstabelle vom Regierungsbezirk Marienburg im Jahre 1861.

Geboren sind 16,766 männlichen und 16,013 weiblichen Geschlechts, überhaupt also 32,779

Gestorben 11,645 „ 11,303 „ 22,948

mithin sind mehr geb. 5,121 „ 4,710 „ 9,831

Im Jahre 1860 sind geboren 32,213
und gestorben 18,412,

mithin Ueberschuß 13,801,

folglich hat sich die Bevölkerung in den beiden letzten Jahren um 23,632 vermehrt.

Lothgeboren sind:

in den Städten . . .

auf dem Lande . . .

zusammen . . .

| eheliche Kinder | | uneheliche Kinder | | zusammen | |
|-----------------|---------|-------------------|---------|----------|---------|
| Knaben | Mädchen | Knaben | Mädchen | Knaben | Mädchen |
| 233 | 185 | 43 | 25 | 276 | 210 |
| 437 | 344 | 70 | 55 | 507 | 399 |
| 670 | 529 | 113 | 80 | 783 | 609 |
| 1,199 | | 193 | | 1,392 | |

Das Verhältniß der Todtgeborenen zu den Geborenen stellt sich demnach

- 1) in den Städten: 486 : 11,469 = 1 : 23,599.
- 2) auf dem Lande: 906 : 21,310 = 1 : 23,521.
- 3) überhaupt: 1,392 : 32,779 = 1 : 23,549.

Uneheliche Kinder sind geboren:

| | Knaben | Mädchen | zusammen |
|--------------------------|--------|---------|----------|
| in den Städten | 669 | 659 | 1,328 |
| auf dem Lande | 1,164 | 1,102 | 2,266 |
| überhaupt | 1,833 | 1,761 | 3,594 |

so daß also bei 32,779 Geborenen unter 9 Ein uneheliches ist.

Zwillingsgeburten sind vorgekommen:

| | |
|--------------------------|-----|
| in den Städten | 143 |
| auf dem Lande | 313 |
| zusammen | 456 |

Dreiflingsgeburten kamen vor:

| | |
|--------------------------|---|
| in den Städten | 5 |
| auf dem Lande | 2 |
| zusammen | 7 |

Getrauet wurden: in den Städten 2,180 Paar,

auf dem Lande 4,334 "

zusammen 6,514 Paar,

darunter sind 30 Männer über 60 Jahre befindlich, von denen sich

- 9 mit Frauen unter 30 Jahren,
- 11 " " über 30 und unter 45 Jahren,
- 10 " " 45 Jahren

ehelich verbunden haben.

Gestorben sind

a) dem Alter nach:

| | |
|---|--------|
| vor vollendetem 1. Jahre | 7,683, |
| nach dem 1. und vor vollendetem 14. Jahre | 4,628, |
| " " 14. " " 30. " | 1,248, |
| " " 30. " " 45. " | 1,533, |
| " " 45. " " 60. " | 2,050, |
| " " 60. " " 80. " | 3,778, |
| " " 80. " " 90. " | 603, |
| über 90 Jahre | 33, |

b) den Krankheiten und anderen Todesarten nach:

| | | | |
|--|----------|----------|----------|
| 1) an Altersschwäche und Entkräftung: | männlich | weiblich | zusammen |
| in den Städten | 366 | 463 | 829 |
| auf dem Lande | 760 | 849 | 1,609 |
| zusammen | 1,126 | 1,312 | 2,438 |
| 2) durch Selbstmord: | | | |
| in den Städten | 65 | 24 | 89 |
| auf dem Lande | 76 | 24 | 100 |
| zusammen | 141 | 48 | 189 |
| 3) durch allerlei Unglücksfälle: | | | |
| in den Städten | 74 | 21 | 95 |
| auf dem Lande | 166 | 37 | 203 |
| zusammen | 240 | 58 | 298 |
| 4) Bei der Niederkunft und im Kindbette: | | | |
| in den Städten | 72 | | 72 |
| auf dem Lande | 161 | | 161 |
| zusammen | 233 | | 233 |

| 5) durch die Pöden: | männlich | weiblich | zusammen |
|--------------------------|----------|----------|----------|
| in den Städten | 2 | 4 | 6 |
| auf dem Lande | 12 | 6 | 18 |
| zusammen | 14 | 10 | 24 |

und zwar:

| | | | |
|--------------------------------------|-------------|---------------------------------|--------------|
| im Kreise Bitterfeld | — Personen, | im Saalkreise | 10 Personen, |
| „ „ Delitzsch | — „ | „ Kreise Sangerhausen | — „ |
| „ „ Eudartsberga | — „ | „ „ Schweinitz | — „ |
| „ „ Liebenwerda | 8 „ | „ „ Torgau | — „ |
| „ Mansfelder Gebirgskreise | 3 „ | „ „ Weissenfels | — „ |
| „ „ Sektkreise | 2 „ | „ „ Wittenberg | — „ |
| „ Kreise Merseburg | — „ | „ „ Zeitz | — „ |
| „ „ Naumburg | — „ | in der Stadt Halle | — „ |
| „ „ Querfurt | 1 „ | | |

| 6) durch die Wasserscheu: | männlich | weiblich | zusammen |
|---------------------------|----------|----------|----------|
| in den Städten | — | — | — |
| auf dem Lande | — | 1 | 1 |
| zusammen | — | 1 | 1 |

7) durch innere Krankheiten, und zwar

| a) durch acute (schnell tödtliche): | | | |
|-------------------------------------|-------|-------|-------|
| in den Städten | 1,380 | 1,303 | 2,683 |
| auf dem Lande | 2,415 | 2,379 | 4,794 |
| zusammen | 3,795 | 3,682 | 7,477 |

b) durch chronische (langwierige):

| | | | |
|--------------------------|-------|-------|-------|
| in den Städten | 1,288 | 1,359 | 2,647 |
| auf dem Lande | 1,913 | 1,898 | 3,811 |
| zusammen | 3,201 | 3,257 | 6,458 |

8) durch Schlagflüsse:

| | | | |
|--------------------------|-------|-----|-------|
| in den Städten | 393 | 375 | 768 |
| auf dem Lande | 6 2 | 529 | 1,171 |
| zusammen | 1,035 | 904 | 1,939 |

9) an äußern Krankheiten:

| | | | |
|--------------------------|-----|-----|-----|
| in den Städten | 32 | 37 | 69 |
| auf dem Lande | 85 | 74 | 159 |
| zusammen | 117 | 111 | 228 |

10) an nicht bestimmten Krankheiten:

| | | | |
|--------------------------|-----|-----|-----|
| in den Städten | 77 | 74 | 151 |
| auf dem Lande | 139 | 150 | 289 |
| zusammen | 216 | 224 | 440 |

Merseburg, den 30. Mai 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(461) Beileidung des Braunkohlenbergwerks Friedrich bei Erdborn.

Durch Urkunde von heute ist dem Steiger Albert Schulze zu Riebsdorf das Braunkohlenbergwerk Friedrich bei Erdborn im Mansfelder Sektkreise, Regierungsbezirk Merseburg, Bergrevier „Nördlich Eisleben“, mit Hundgrube und Reunhundert Fünf und Fünfzig Maassen gewierten Feldes verliehen worden. Halle, den 17. Mai 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

(462) Aufforderung versorgungsberechtigter Militärpersonen zur Meldung für contractliche Stellen bei der Pöstverwaltung. Versorgungsberechtigte Militärpersonen, welche bereit sind, contractliche Stellen bei der Pöstverwaltung als Landbriefträger, Packträger und dergleichen, mit welchen je nach dem Umfange der Leistung eine Löhnung bis zum Betrage von 150 Thlr. jährlich verbunden ist, zu übernehmen, werden aufgefordert, sich schriftlich oder mündlich bei der unterzeichneten Ober-Postdirection zu melden, um nach befundener

Qualifikation notirt und bei eintretenden Vacanzen berücksichtigt werden zu können. Bei den Meldungen sind die Militairpapiere, welche den Versorgungsanspruch nachweisen, und die Führungsatteste vorzulegen; auch ist in jedem Falle anzugeben, ob der Bewerber die reglementsmäßige Caution von 50 Thlr. in cours-habenden Papieren zu bestellen vermag.

Bemerkt wird, daß durch die Ueberrahme einer der bezeichneten contractlichen Stellen dem etwahlen Streben der Versorgungsberechtigten nach späterer Erlangung einer Anstellung als Postunterbeamter Nichts vergeben wird.

Halle, den 30. Mai 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

(463) Die Anmeldung der diesjährigen Tabackpflanzungen betr.

Nach der Bestimmung des §. 5. der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 29. März 1828 — Gesetz-Sammlung de 1828 Seite 39. — ist jeder Inhaber einer mit Taback bepflanzten Ackerfläche von sechs und mehr Quadratrußen Größe verpflichtet, vor Ablauf des Monats Juli jeden Jahres der Steuerbehörde die bepflanzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe in Preussischen Morgen und Quadratrußen genau und wahrhaft, gegen eine von dieser Behörde zu ertheilende Bescheinigung, schriftlich oder mündlich anzumelden.

Zur Vermeidung der gesetzlichen Folgen einer Anmeldungs-Versäumnis mache ich die Bewohner der Provinz Sachsen, welche im laufenden Jahre Tabacksbau zu betreiben beabsichtigen, auf die obige gesetzliche Anmeldungs-Verpflichtung mit dem Hinzufügen hierdurch aufmerksam, daß in Fällen, wo die Ländereien ausnahmsweise erst nach Ablauf des Monats Juli in diesem Jahre mit Taback bepflanzt werden sollten, die Declaration, bei Vermeidung der Defraudationsstrafe, jedenfalls vor dem Beginne der Anpflanzung erfolgen muß.

Magdeburg, den 27. Mai 1862.

Der Geheime Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuerdirector. v. Jordan.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(464) Die Erlas-Aushebung für das stehende Heer im Bezirke der 14. Infanterie-Brigade betr.

Die diesjährige Erlas-Aushebung für das stehende Heer wird im Bezirke der 14. Infanterie-Brigade in den dazu bestimmten Lokalen wie folgt abgehalten werden:

| | | |
|---|---|---------------------|
| Montag den 23. Juni, Morgens 10 Uhr in Bitterfeld, | } | für den Stadtkreis, |
| Dienstag den 24. Juni, Morgens 8 Uhr, in Bitterfeld, | | |
| Donnerstag den 26. Juni, Morgens 10 Uhr, in Halle, | } | für den Saalkreis, |
| Freitag den 27. Juni, Morgens 8 Uhr, in Halle, | | |
| Sonabend den 28. Juni, Morgens 10 Uhr, in Siebichenstein, | } | |
| Montag den 30. Juni, Morgens 8 Uhr, in Siebichenstein, | | |
| Mittwoch den 2. Juli, Morgens 10 Uhr, in Eisleben, | } | |
| Donnerstag den 3. Juli, Morgens 8 Uhr, in Eisleben, | | |
| Freitag den 4. Juli, Morgens 10 Uhr, in Mansfeld, | } | |
| Sonabend den 5. Juli, Morgens 8 Uhr, in Mansfeld. | | |

Magdeburg und Merseburg, den 21/26. Mai 1862.

Königliche Departements-Erlas-Commission im Bezirk der 14. Infanterie-Brigade, Reg. Bez. Merseburg.

(465) Departements-Erlasgeschäft im Bezirke der 16. Infanterie-Brigade.

Behufs Abhaltung des diesjährigen Departements-Erlasgeschäfts tritt die unterzeichnete Commission an folgenden Tagen zusammen:

- am 7. Juli c. zu Wittenberg,
- „ 9. Juli c. zu Herzberg (Kreis Schweinitz),
- „ 10. Juli c. zu Liebenwerda,
- „ 11. Juli c. zu Torgau,
- „ 14. und 15. Juli c. zu Delitzsch,
- „ 16. und 17. Juli c. zu Merseburg,
- „ 18. und 19. Juli c. zu Weißenfels,
- „ 21. Juli c. zu Zeitz,
- „ 23. Juli c. zu Raumburg,
- „ 25. Juli c. zu Colleda (Kreis Eudartsbirga).

Dies wird hierdurch mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß den Ortsbehörden die nähern Bestimmungen über die Reihenfolge der Vorführung der Militairpflichtigen Seitens der königlichen Landratsämter zugehen werden.

Erfurt und Merseburg, den 26/30. Mai 1862.

Königliche Departements Erlaß Commission im Bezirke der 16. Infanterie-Brigade.

(466) Die Erlaß-Aushebung für das stehende Heer im Bezirke der 15. Infanterie-Brigade bet.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die unterzeichnete Commission Befußs Abhaltung des diesjährigen Departements Erlaßgeschäfts

am 31. Juli und 1. August zu Sangerhausen und

am 4. und 5. August zu Quedlinburg

zusammentreten wird.

Erfurt und Merseburg, den 3. Juni 1862.

Königl. Departements Erlaß Commission im Bezirke der 15. Infanterie-Brigade des Reg. Bez. Merseburg.

Hypothekensachen.

(467) Die Hypothekentabelle über das dem Wilhelm Eduard Korrman zu Schorgula gehörige, in der Flur Bräuschütz belegene Grundstück, als: 1/2 Acker Holz, 96 Q Ruthen groß, das Lindicht genannt, Litt. B. Nr. 2. der Karte, Pertinenz des Gutes Nr. 13. zu Schorgula, ist fertig und kann innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen dagegen sind nicht zulässig.

Dierfeld, den 15. März 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(468) Die Hypothekentabelle über die sub Nr. 573 der Stadt Torgau katastrirte, am sogenannten Spitalwalde belegene Scheune, deren Bekanntmachung im 52. Stück sub Nr. 1252. des Regierungs-Amtsblatts zu Merseburg erfolgt ist, ist in das Hypothekenbuch übertragen und wird der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Vorschriften der Preuß. Gesetze beurtheilt werden.

Torgau, den 10. März 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(469) Die im 52. Stücke des vorjährigen Amtsblatts bekannt gemachte Hypothekentabelle der Gemeinde Wetterzeube über zwei Grundstücke Nr. 75. und Nr. 2. des Flurbuchs ist in das Hypothekenbuch übertragen worden und wird daher von nun an der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden.

Witz, den 17. März 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(470) Die Hypothekentabelle über die Blankstücke in der Werchinger Flur Nr. 91. zu 9 Morgen 17 Q Ruthen und Nr. 180. zu 13 Morgen 157 Q Ruthen der Gemeindefläche zu Werchinger ist fertig und kann innerhalb 2 Monaten, 8 Tage vom Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Einwendungen gegen diese Tabelle sind nicht zulässig.

Schlieben, den 16. April 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(471) Die in unserer Bekanntmachung vom 25. Januar d. J. Nr. 164. bezeichneten Hypothekentabellen sind in das Hypothekenbuch übertragen. Der Erwerb neuer Hypothekenrechte auf diese Grundstücke ist daher nach den Vorschriften des Landrechts, der Hypotheken- und Gerichts-Ordnung zu beurtheilen.

Schlieben, den 2. Mai 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(472) Die in unserer Bekanntmachung vom 14. September 1861 (Amtsblatt Nr. 52. do 1861 Nr. 1246.) beschriebenen Hypothekentabellen über

a) das Wohnhaus der verehelichten Pießer, Christiane Friederike geborne Limbach Nr. 29a. des Brandkafasters von Ortrand und b) die früher zu diesem Hause gehörige, im Besitz der Stadtcommun zu Ortrand befindliche Kuchengabel

sind in das Hypothekenbuch übertragen und ist der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.

Eisnerwerda, den 20. März 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(473) Die in unserer Bekanntmachung vom 12. October 1861 (Amtsblatt Nr. 52. do 1861 Nr. 1247.) beschriebene Hypothekentabelle über ein Stück Weinberg von 82 Q Ruthen Fläche in den Hainstüden in Ordenr Flur ist in das Hypothekenbuch übertragen und der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.

Eisnerwerda, den 20. März 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(474) Die Hypothekentabelle des Waldarbeiters Ernst Sander in Breitenstein in Ansehung des Grundstücks B. Nr. 6., als: ein halber Morgen Land am Postwege, ein Gemeindeheil neben Martin Viebau und Gemeindeganger, ist fertig und kann innerhalb 2 Monaten, vom 8. Tage der Einrückung dieser Bekanntmachung ab, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Erinnerungen müssen unberücksichtigt bleiben. Stolberg, den 4. Mai 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission.

(475) Die Tabelle über den in der Mitte des Dorfes Radstich belegenen wüsten Gemeindeplatz von 12 Aukuten Flächeninhalt, welchen die Kothuth und Schneidermeister Christoph Heingelnden Ebeleute in Radstich von der dortigen Gemeinde mittelst Contracts vom 4. April a. c. erkaufte haben, ist fertig und kann in unserm I. Bureau vom 14. Juni bis 14. August c. eingesehen werden. Spätere Einwendungen sind unzulässig. Wittenberg, den 8. Mai 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission, II. Abtheilung.

(476) Die in unserer Bekanntmachung vom 13. Januar 1862 (Amtsblatt de 1-62 Stüd 8. Nr. 161.) beschriebene Landungs-Hypothekentabelle ist in das Hypothekenbuch übertragen worden und ist der Erwerb von Hypothekenrechten an diesen Grundstücken lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Hypotheken- und Gerichts-Ordnung zu beurtheilen. Edarstberga, den 7. Mai 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission.

(477) Ueber nachfolgende Grundstücke Badleberner Flur, als:

- 1) Nr. 4140. der Karte in der Wüstung Bihdorf 1 Stüd von $\frac{1}{4}$ Auktern, zu 67 Auktern vermessene,
- 2) P. 3059. der Althäuser Anger $\frac{1}{2}$ Ader, 3) V. 4154. in Bihdorf 1 Ader 1 Stüd, 4) P. 2914. der Althäuser Anger $\frac{1}{2}$ Ader 1 Stüd, 5) 4164. in Bihdorf $\frac{1}{4}$ Ader 1 Stüd, 6) P. 3054. der Althäuser Anger $\frac{1}{2}$ Ader 1 Stüd,

welche der Herr Graf Hans Carl Ottobald v. Werthern-Beichlingen auf Schloßbeichlingen durch Contract vom 10. Januar 1856 und zwar das erstere von Adam Rötting für 22 Thlr., Nr. 2. 3. 4. und 5. von Julius Hahn für 200 Thlr. und Nr. 6. von der verehelichten Susanne Hahn gebornen Frankenlein für 100 Thlr. gekauft hat, ist die Hypothekentabelle fertig und liegt zwei Monate lang, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, zur Einsicht in unserer Registratur bereit. Spätere Erinnerungen gegen diese Tabelle sind unzulässig. Goleba, den 10. Mai 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission.

(478) Die in unserer Bekanntmachung im 8. Stüd des Regierungs-Amtsblattes pro 1862 unter Nr. 168. näher beschriebene Hypothekentabelle ist nunmehr in das Hypothekenbuch übertragen und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte auf dies Grundstück lediglich nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen. Jessen, den 3. Mai 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission.

(479) Die Hypothekentabelle über das zu Reichs sub Nr. 23. belegene, dem Johann Gottfried Schulze zugehörige Wohnhaus, welches letztere der zc. Schulze auf einem von der Gemeinde Reichs laut Contracts vom 8. März 1862 erkauften Fiede errichtet hat, ist fertig und kann innerhalb zwei Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatte ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig. Schweinitz, den 11. Mai 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission.

(480) Die Hypothekentabelle über das zu Buschkunsdorf sub Nr. 17. belegene ehemalige Schulhaus, welches Christian Richter durch Contract vom 8. März 1862 von der dazigen Gemeinde erworben, ist fertig und kann innerhalb 2 Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatte ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig. Schweinitz, den 11. Mai 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission.

(481) Die Hypothekentabellen über folgende, in Gorkauer Flur im kleinen Felde belegene Grundstücke, als:

- 1) des Johann Friedrich August Huth von Gorkau über ein Stückchen Feld, 9 Auktern haltend, Nr. 410. des Flurbuchs, 2) der Wilhelmine Firsch daselbst über ein dergleichen, 8 Auktern haltend, Nr. 410. des Flurbuchs, 3) des Stellmachermesiers Wilhelm Schubert und dessen Ehefrau Wilhelmine geborne Jahn daselbst über ein Stück Wiede von 25 Auktern, Nr. 410. des Flurbuchs, 4) des August Schumann daselbst über ein Stückchen Feld von 11 Auktern, Nr. 410. des Flurbuchs,

sind aufgestellt und können zwei Monate lang, vom achten Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung an gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen unzulässig. Lützen, den 7. April 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission, II. Bezirks.

Personal-Chronik.

(182) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Schlanstedt in der Diöces Anderbed ist dem bisherigen Priester an St. Benedicti in Quedlinburg, Bernhard **Gichenberg**, verliehen worden.

(183) Die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle in Walbeck in der Diöces Meersingen, zu welcher der Gemeinde drei Geistliche zur Wahl präsentirt werden, ist durch die Veretzung des Priesters Bischoff vacant geworden. Das Einkommen derselben ist auf 679 Thlr. 25 Sgr. 3 Pf. angegeben; sie hat eine Kirche und zwei Schulklassen.

(184) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Gorden mit Doppelhain in der Diöces Elsterwerda ist dem bisherigen Hilfsgeistlichen an der Strafanstalt in Lichtenburg, Carl August **Böttger**, verliehen worden.

(185) Dem Bürgermeister **Mühlberg** zu Edartsberga ist die Führung der Polizei-Anwaltschaft für den Gesamtbezirk der dasigen königlichen Kreisgerichts-Commission (excl. der Forst-Polizei-Verwaltungsbezirke) commissarisch übertragen worden.

(186) Die Schul- und Küsterstelle in Hainsburg, Ephorie Zeitz, königlichen Patronats, kommt zum 1. Juli d. J. durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers zur Erledigung.

(187) Dem forstverorgungsberechtigten Jäger, bisherigen Hilfsausseher **Werner** ist die Försterstelle zu Prossa in der Oberförsterei Liebenwerda vom 1. Juni a. ab definitiv verliehen worden.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurt in Meersburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 24.

Ausgegeben zu Merseburg am 14 Juni 1862.

- (488) Das 19 Stück der **Gefes-Sammlung**, ausgegeben am 5. Juni 1862, enthält unter:
- Nr. 5537. Allerhöchster Erlaß vom 5. Mai 1862, betreffend die Verleihung der fidejussorischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde Chaussee von Rittershausen in der Gemeinde Barmen längs der Bupper nach Daberaue, im Kreise Lennep.
- Nr. 5538. Statut der Genossenschaft für die Melioration der großen rothen Ley und des Nitzieth im Kreise Mörk. Vom 16. Mai 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(489) Die Ausgabe neuer Noten der Preussischen Bank zu 50 Thlr. betr.

Da in den nächsten Tagen die neuen Noten der Preussischen Bank à 50 Thlr. ausgegeben werden sollen, so bringen wir die Beschreibung derselben hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Berlin, den 28. Mai 1862. Königl. Preuß. Haupt-Bank-Directorium.

Beschreibung der neuen Noten der Preussischen Bank zu 50 Thaler.

Die neuen Noten der Preussischen Bank zu 50 Thlr. sind 5 Zoll 8 Linien lang, 3 Zoll 10 Linien hoch und haben in jeder Ecke ein guillochirtes Wasserzeichen mit der dunkel gehaltenen Zahl 50.

Die Schauseite ist durch Buchdruck hergestellt und hat einen Rand von dunkelbrauner Farbe, welcher aus guillochirten Quadraten mit den Zahlen 5 oder 0 besteht. Auf dem Rande steht oben und unten Preussische Banknote und an jeder Seite die Zahl 50.

Der Raum innerhalb der Randeinsaffung hat einen Unterdruck von schwarzer Farbe und wird durch weiße Linien in 18 Felder getheilt, welche in Medaillen-Manier ausgeführt, abwechselnd gegen und von einander gewendete Merkturköpfe enthalten.

Der Ueberdruck der Schauseite ist theils in schwarzer, theils in rothbrauner Farbe und zeigt

- 1) in der Mitte, nach oben gerüdt das Königl. Wappen,
- 2) über dem Wappen, rechts und links getheilt, die Bezeichnung Preussische Banknote in verzerrten Buchstaben,
- 3) links und rechts neben dem Wappen L. Litt. A. (B. C. oder D.) und die fortlaufende Nummer,
- 4) unter dem Wappen den Text mit folgenden Worten:

Fünfzig Thaler

zahlt die Haupt-Bank-Kasse in Berlin

ohne Legitimations-Prüfung dem Entlieferer dieser Banknote, welche bei allen Staatsklassen statt baaren Geldes und Kassen Anweisungen in Zahlung genommen wird.

Berlin, den 9. Juni 1860.

Haupt-Bank-Directorium.

v. Lamprecht. Meyen. Schmidt. Deebend. Woywod. Kühnemann.

- 5) die Strafanndrohung gegen Nachbildung in dreifacher Wiederholung untereinander, die mittlere in rothbrauner, die obere und untere in schwarzer Farbe mit Diamantschrift.

Die Rehrseite ist durch Kupferdruck hergestellt und enthält

- 1) in der Mitte nach unten gerüdt den ausgeprägten Controllstempel mit heraldischem Adler und der Umschrift K. Inmed. Comm. z. Contr. d. Banknoten in rothbrauner Farbe, umgeben mit einem verzerrten Rande in schwarzer Farbe, worin die Werthbezeichnung fünfzig sich vielfach wiederholt,
- 2) zu beiden Seiten des Controllstempels in rothbrauner Farbe zwei in Medaillen-Manier ausgeführte Merkturköpfe,
- 3) unmittelbar über dem Controllstempel und quer durch die beiden Merkturköpfe die Worte Fünfzig Thaler in schwarzer Schrift,

- 4) als Einfassung unten eine guillochirte schwarze Leiste mit dem Namen der Mitglieder der Controll-Commisſion: Co-tenolla, Handſin, Klamn und dem geſchriebenen Namen des eintragenden Beamten,
- 5) über der Leiste zur Linken das Bild der Juſtitia mit dem Seiten des Adlerbaues und des Handels zu ihren Füßen, zur Rechten das Bild der Minerva mit dem Seiten der Wiſſenſchaft und ſomit, darüber links und rechts Eidenbränge mit der Werthezahl 50 und der Verzeichnung Billet de la Banque de Prusse, Banknote und zwischen denselben zwei geſtülzte Figuren, welche einen die Königl. Preuß. Krone einſchließenden Lorbeerkranz unterſtützen.

Die ganze Fläche der Rehrſeite mit Ausnahme der Meturköpfe iſt mit einem fein guillochirten Netz überzogen.

(130) Die Unterſtützung der durch Feuersbrunnſt brod- und obdachlos gewordenen Einwohner des Ortes Naundorf im Kreiſe Torgau betr.

Durch eine am 2. d. M. Nachmittags allem Anſehne noch durch rauchloſe Hand entlaundere Feuersbrunnſt iſt der größte Theil des Ortes Naundorf im Kreiſe Torgau ein Raub der Flammen geworden. 207 Gebäude und darunter 62 Wohn-, 106 Stallgebäude und 39 Schuren ſind necht ſämmtlichem Vieh, Viehwäſſen- und Hausgeräthe verbrannt. Die Abweſenheit des größten Theils der Einwohner und die Schwelchheit, mit der die Flammen um ſich griffen, vereitelten alle Vorſorgungen zur Rettung. Leider ward eine Einwohnerin, nachdem es ihr gelungen, mehrere Kinder von Flammen zu entreißen, das beſagte gewerthe Ocul der Verbrände, und etwas von ihrer Habe zu bergen. Es ſind nahe an 500 Menſchen mit einem Schlage in vollſtändige Brod- und Obdachloſigkeit gerathen. Die Nachbargemeinden haben zwar die Sorge für den erſten Unterhalt der von Allem Entbliebenen auf ſich genommen. Es bedarf aber weiterer und unzureichender Hülfe, um den Unterhalt der Verunglückten bis zur Erndte ſicher zu ſtellen und die Mittel zur Wiederherſtellung der nur ungenügend verſichert geweſen Gebäude, ſowie zur Anſchaffung des nöthigſten Viebes und Geräthes zu beſchaffen. Es iſt aber auch ſofortige Hülfe dringend nöthig.

Im Vertrauen auf den mißthätigen Sinn der Regierung unſeres Regierungsbezirks bitten wir daher Alle, die geneigt ſein möchten, ſich an dieſem Werke der Barmherzigkeit zu betheiligen, die dazu bestimmten Beiträge entweder direct oder durch Vermittelung der Ortsbedürten an unſere Hauptcaſſe gelangen zu laſſen und der gewiſſenhaften und zweckentſprechenden Verwendung verſichert zu ſein.

Die Ortsbedürten werden zugleich beauftragt, ſich die angemehne Verbreitung dieſer Aufforderung, ſowie die Annahme und Abführung der ihnen dargebotenen milden Gaben an die Regierungs-Hauptcaſſe anzuzeigen ſein zu laſſen.

Merſeburg, den 9. Juni 1862.

Königliche Regierung.

(131) Die Annahme verwandelter Perſonen betr.

Mit Bezug auf Artikel 1. des Geſetzes vom 21. Mai 1855 über die Armenpflege (Geſetz-Sammlung 1855 Seite 311.) und auf Grund des § 11. des Geſetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung (Geſetz-Sammlung 1850 Seite 267.) verordnet die unterzeichnete Königl. Regierung, was folgt:

§ 1. Ein Jeder, welcher an dem Orte, wo er ſeinen Aufenthalt nimmt, einen eigenen Haushalt begründet, oder überhaupt Einrichtungen trifft, aus welchen auf die Abſicht, einen dauernden Aufenthalt zu nehmen, geſchloſſen werden kann, iſt verpflichtet, die ihm nach § 8. des Geſetzes über die Aufnahme neu ankommender Perſonen vom 31. December 1842 (Geſetz-Sammlung 1843 S. 5.) obliegende Meldung binnen 14 Tagen nach dem Anzuge zu machen.

§ 2. Die Meldung ſoll erfolgen:

in den Städten bei der Polizei-Obrigkeit, auf dem platten Lande und zwar:

- a) an denjenigen Orten, wo die Polizei-Obrigkeit oder deren Vertreter ihren Sitz haben, bei dieſer;
- b) an denjenigen Orten, wo die Polizei-Obrigkeit oder deren Vertreter ihren Sitz nicht haben, bei dem Ortsvorſtande (Schulen, Ortsrichter u. ſ. w.).

§ 3. Ein Jeder, welcher einem Neuanziehenden Wohnung oder Unterkommen gewährt, iſt verpflichtet, darauf zu halten, daß die Meldung nach § 1. und 2. dieſer Polizei-Verordnung bewirkt werde (§ 9 des Geſetzes über die Aufnahme neuankommender Perſonen vom 31. December 1842, Geſetz-Sammlung 1843 S. 5.)

§ 4. Wer den vorſtehenden Beſtimmungen zuwider handelt, verſällt in eine Polizeistrafe bis zu 10 Thlr.

§ 5. Die Vorſchriften wegen der polizeilichen Meldungen bei dem Fremdenverkehr werden durch die vorſtehenden Beſtimmungen nicht berührt.

Alle entgegenstehenden Polizei-Verordnungen, insbesondere Nr. 12. bis 14. der Amtsblatts-Verordnung vom 21. Juli 1847 (Amtsblatt 1847 S. 200.) sind aufzuheben.

Merseburg, den 18. October 1866.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Vorstehende Polizei-Verordnung wird mit dem Bemerken hierdurch in Erinnerung gebracht, daß die in §. 3. derselben bezeichneten Personen durch Unterlassung der Anmeldung eines Renanzgebenden nicht nur die in §. 4. angedrohte Strafe verwirken, sondern für den Fall einer der betheiligten Gemeinde oder Gutsbesitzerschaft durch den fortgesetzten Aufenthalt des Renanzgezeigten erwachsenden Annahmelaft nach §. 11. des Gesetzes über die Aufnahme neu angiehender Personen vom 31. December 1842, also tendend:

„Auf der Renanzgebende die im §. 8. vorgeschriebene Meldung mitzulegen, so kann er einen Wohnsitz im Sinne des Gesetzes vom heutigen Tage über die Verpflichtung zur Armenpflege (§. 1. und 2.) nicht erwerben. Ist aber in einem solchen Falle durch den fortgesetzten Aufenthalt (§. 1. und 3. des angeführten Gesetzes) eine Fälschung der Gemeinde oder Gutsbesitzerschaft für den Beträumten nothwendig geworden, so bleibt ihr der Anspruch auf Schadloshaltung gegen denselben, welcher nach Vorbericht des §. 9 für die Meldung zu sorgen verpflichtet war, nach den allgemeinen Rechtsgrundsätzen vorbehalten.“

auch einen Nachschaden von Seiten jener Gemeinde oder Gutsbesitzerschaft zu gewärtigen hat.

Anßerdem wird den Polizei-Behörden resp. Obrigkeiten und Ortsvorständen wiederholt hierdurch zur Pflicht gemacht, darüber zu wachen, daß Jeder, welcher zur Meldung verpflichtet ist, dieselbe auch bewirke, und für den Unterlassungsfall nicht nur zur Bestrafung gezogen, sondern unter Umständen und nach Maßgabe des oben eingerückten §. 11. des Gesetzes vom 31. December 1842 auch wegen Schadloshaltung der Gemeinde oder Gutsbesitzerschaft sofort in Anspruch genommen werde. Nicht minder haben die Polizei-Behörden resp. Obrigkeiten und Ortsvorstände die Meldung selbst herbeizuführen, wenn sie amtlich oder außeramtlich von dem Angezeigten zur Meldung verpflichteter Personen Kenntniz erlangen.

Merseburg, den 29. Mai 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(492) Die Beilegung der Qualifikation zum Feldmesser an Privat-Baummeister betr.

Wir bringen hierdurch zur öffentlichen Kenntniz, daß zufolge Recripts des Herrn Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten vom 23. v. M. die für Baumeister und Bauwüchter, Behufs Erlangung der Qualifikation zum Feldmesser, erfolgten Bestimmungen vom 19. September v. J. — Amtsblatt pro 1861 Seite 265. Nr. 1065. — auch auf diejenigen Privat-Baumeister Anwendung finden, welche wenigstens die zur die Zulassung zur Feldmesserprüfung vorgeschriebene Schulbildung erlangt haben.

Merseburg, den 5. Juni 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(493) Verpachtung der Domaine Kloster-Mansfeld.

Höherer Anordnung zufolge soll die im Mansfelder Gebirgskreise belegene, 1½ Meilen von Gielesben, 6 Meilen von Halle, 3 Meilen von Nienroben, 5 Meilen von Quedlinburg entfernte königliche Domaine Kloster-Mansfeld von Johannis 1863 ab auf 18 hintereinander folgende Jahre im Wege des öffentlichen Ausgebotes anderweit verpachtet werden. Zu dieser Pachtung gehören

| | |
|--------------|---------------------------------|
| 3 Morgen 104 | Maßen Hofraum und Baustellen, |
| 1137 | „ 146 „ Acker, |
| 4 | „ 161 „ Gärten und Plantagen, |
| 38 | „ 48 „ Wiesen, |
| 100 | „ 104 „ Hutung, |
| 1 | „ 21 „ Wege, Gräben und Unland, |

1286 Morgen 44 Maßen zusammen.

Das Pachtgebel. Minimum beträgt 5000 Thaler, die Pachtcaution 2000 Thaler und ist zur Uebnahme der Pachtung überhaupt ein disponibles Vermögen von 22,000 Thalern erforderlich.

Den Licitationstermin haben wir auf den 5. Juli d. J., Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Regierungsrath Lenz in dem Sessionszimmer der unterzeichneten Regierungs-Abtheilung anberaumt, wozu wir Päch Bewerber mit dem Bemerken einladen, daß sich dieselben vor der Licitation über ihre Qualifikation als Landwirth, sowie über ihr ausreichendes Vermögen vollständig auszuweisen haben.

Die Verpachtungs-Bedingungen und Regeln der Licitation, so die Karte und das Vermessungs-Register können, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich sowohl in unserer Domainen-Registratur als auf der Domaine Kloster-Mansfeld eingesehen werden, auch sind wir bereit, Abschrift der speziellen Pachtbedin-

gungen, sowie die allgemeinen gedruckten Bedingungen gegen Erstattung der Copialien und resp. Druckkosten auf Verlangen zu erteilen.

Bachtlustige, welche die Domaine und die zu derselben gehörigen Ländereien in Augenschein nehmen wollen, haben sich an den Herrn Domainenpächter Vennede in Kloster-Mansfeld zu wenden.

Merseburg, den 22. April 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

(494) Verpachtung des Domainen-Vorwerks Mühlbanz.

Das im Danziger Kreise 3 Meilen von Danzig und 1 1/2 Meile von Dirschau an der Chaussee von Danzig nach Dirschau gelegene Domainen-Vorwerk Mühlbanz soll in dem auf **den 1. September c.** in unserem Sessionszimmer im königlichen Regierungsgebäude Vormittags 11 Uhr vor dem Departementsrathe, Herrn Regierungsrath Delrichs, anberaumten Termine im Wege der öffentlichen Licitation auf 18 hintereinanderfolgende Jahre vom 24. Juni 1863 bis zum 24. Juni 1881 verpachtet werden.

Das Vorwerk enthält im Ganzen 796 Morgen 148 Ruthen, darunter 376 Morgen 120 Ruthen Acker, meistens zweiter und dritter Klasse, und 316 Morgen 100 Ruthen Wiesen.

Das der Licitation zum Grunde zu legende Pachtgelde-Minimum ist auf 2000 Thlr. in Thalerwährung und die zu bestellende Pachtcaution auf 1000 Thlr. festgesetzt. Zur Uebernahme der Pacht ist der Nachweis der landwirthschaftlichen Qualifikation der Bewerber und des Besitzes eines Vermögens von 12000 Thlr. erforderlich. Dem königlichen Finanz-Ministerium bleibt die Entscheidung darüber, ob der Zuschlag überhaupt zu erteilen, sowie die Auswahl unter den drei Bestbietenden vorbehalten.

Die näheren Bedingungen der Verpachtung, sowie die Regeln der Licitation können in unserer Domainen-Registratur während der Dienststunden, sowie auf dem Domainen-Vorwerk Mühlbanz eingesehen, auch sollen auf Verlangen Abschriften derselben gegen Erstattung der Copialien erteilt werden.

Danzig, den 23. April 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

Personal-Chronik.

(495) Von Seiner Majestät dem Könige ist dem Rükter **Seinemann** zu Helbrungen das Allgemeine Ehrenzeichen Allerhöchstdigst verliehen worden.

(496) Die Schul- und Rükterstelle in Seena, Ephorie Edartsberga, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(497) Die Mädchenlehrerstelle in Elden, königlichen Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(498) Die Schul- und Rükterstelle in Hainsburg, Ephorie Zeiß, königlichen Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.

Gedruckt bei Carl Jurtz in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Belagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königlichcn Regierung zu Merseburg.

Stück 25.

Ausgegeben zu Merseburg am 21. Juni 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(499) Die Ferien im Departement des Appellationsgerichts zu Raumburg betr.

Nach der allgemeinen Ferien-Ordnung vom 16. April 1850 (Justiz-Ministerialblatt Seite 129.) werden bei dem unterzeichneten Appellationsgerichte sowohl, als auch bei den zu dessen Departement gehörigen Kreisgerichten und Gerichts-Commissionen in der Zeit vom 21. Juli bis 31. August c. Ferien stattfinden.

Während dieser Ferien ruht der Betrieb aller nicht schleunigen Sachen sowohl in Bezug auf die Abfassung der Erkenntnisse, als auch auf die Decretur und die Abhaltung der Termine; dagegen werden die noch vor Beginn der Ferien beschlossenen Erkenntnisse und erlassenen Verfügungen auch während der Ferien erledigt werden.

Schleunige Gesuche sind als solche zu begründen und als „Ferien-Sache“ zu bezeichnen. Geßen andere Gesuche ein, so hat das Gericht keine Verpflichtung, dieselben während der Ferien zu erledigen.

Indem wir Vorstehendes hierdurch zur öffentlichen Kenntniss bringen, fordern wir Jedermann auf, seine bei den Gerichten anzubringenden Anträge während der Ferien auf diejenigen Angelegenheiten zu beschränken, welche einer Beschleunigung bedürfnis; insbesondere haben auch in den bereits anhängigen, nicht schleunigen Sachen die Parteien und Rechtsanwälte sich während der Ferien aller Anträge und Gesuche zu enthalten. Raumburg, den 4. Juni 1862.

Königliches Appellationsgericht.

(500) Ausgeloste Rentenbriefe für das Halbjahr 1. April bis ult. September 1862.

In dem am 9. d. M. zur Auslosung von Rentenbriefen der Provinz Sachsen für das laufende Halbjahr (1. April bis ult. September 1862) in Gemäßheit des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 abgehaltenen Termine sind folgende Rentenbriefe ausgelost worden:

1) Litera A. à 1000 Thlr., 41 Stück, nämlich:

Nr. 222. 231. 532. 813. 884. 1067. 1089. 1223. 1353. 1549. 1578. 1593. 1685. 1729. 2478. 2529. 2864. 2882. 3003. 3098. 3142. 3207. 3505. 3636. 3647. 3834. 3844. 3895. 4124. 4137. 5227. 5356. 5533. 5543. 5593. 5927. 6236. 6269. 6578. 6662. 6871.

2) Litera B. à 500 Thlr., 13 Stück, nämlich:

Nr. 9. 27. 336. 342. 601. 735. 974. 1105. 1239. 1376. 1428. 1603. 1740.

3) Litera C. à 100 Thlr., 55 Stück, nämlich:

Nr. 177. 324. 347. 451. 486. 660. 752. 1080. 1198. 1433. 1467. 2065. 2203. 2231. 2578. 2959. 3202. 3313. 3404. 3870. 4258. 4675. 4893. 4999. 4974. 5051. 5256. 5287. 5305. 5336. 5482. 5714. 5829. 5868. 5891. 6254. 6317. 6382. 6507. 6510. 6806. 6844. 7129. 7328. 7415. 7695. 8384. 8512. 8651. 8822. 8833. 8843. 8936. 8954. 9052.

4) Litera D. à 25 Thlr., 45 Stück, nämlich:

Nr. 129. 131. 187. 213. 217. 238. 656. 1273. 1442. 1478. 1533. 1857. 1871. 2034. 2473. 2751. 2789. 2825. 2904. 2950. 3266. 3883. 4126. 4138. 4340. 4495. 4741. 5088. 5174. 5246. 5290. 5703. 5797. 6090. 6150. 6151. 6456. 6951. 7139. 7362. 7384. 7389. 7726. 7727. 7815.

5) Litera E. à 10 Thlr., 119 Stück, nämlich:

Nr. 12.173. bis 12.291.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 19. September 1862 ab durch die Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Comptoir Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagshunden von 9 bis 12 Uhr gegen Zurücklieferung der ausgelosten Rentenbriefe in coursfähigem Zustande und Quittungseinstellung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Auswärts wohnenden Inhabern der vorstehend aufgeführten ausgelosten Rentenbriefe ist auch bis auf

b) durch die Königliche Kreiskasse zu Heiligenstadt binnen 10 Tagen nach der an dieselbe im coursfähigen Zustande bewirkten Uebergabe der Schuldverschreibungen gegen Rückgabe der von der Kreiskasse darüber einstweilen auszustellenden Empfangsbescheinigung.

Ueber den gezahlten Geldebetrag ist außerdem von dem Präsentanten der Schuldverschreibungen nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare Quittung zu leisten.

Mit dem 1. Januar 1863 hört die weitere Verzinsung der gedachten Schuldverschreibungen auf.

Indem wir die Inhaber der ausgelassenen Schuldverschreibungen hierdurch auffordern, vom 2. Januar 1863 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir, daß die betreffenden beiden Kassen sich auf eine Uebersendung des Geldebetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen dürfen.

Zugleich fordern wir die Inhaber folgender, in frühern Terminen ausgelassenen, aber noch nicht realisirten Schuldverschreibungen und zwar von folgenden Auslosungsterminen:

a) 1. Juli 1854: à 4 % Nr. 2211. zu 5 Thlr.;

b) 1. Januar 1855: à $3\frac{1}{2}$ % Nr. 450. zu 10 Thlr., Nr. 468. zu 5 Thlr., à 4 % Nr. 2920. zu 10 Thlr.;

c) 1. Juli 1857: à $3\frac{1}{2}$ % Nr. 467. zu 25 Thlr.;

d) 1. Januar 1861: à $3\frac{1}{2}$ % Nr. 641. zu 50 Thlr., à 4 % Nr. 2905. zu 50 Thlr.;

e) 1. Juli 1861: à 4 % Nr. 1620. zu 500 Thlr., Nr. 4229. zu 100 Thlr., Nr. 2219. zu 50 Thlr.;

f) 1. Januar 1862: à 4 % Nr. 3932. zu 25 Thlr.,

hierdurch auf, dieselben bei unserer Rentenanstalt hier selbst oder bei der Kreiskasse in Heiligenstadt zur Zahlung des Betrages zu präsentieren.

Magdeburg, den 10. Mai 1862.

Königliche Direction der Rentenanstalt für die Provinz Sachsen.

(502) Die Ausständigen der endgültigen Quittungen über die an die Provinzial-Rentenanstalt eingezahlten Ablösungs-Capitalien betr.

Die von uns bescheinigten Quittungen unserer Rentenanstalt über die zum 31. März d. J. gekündigt und eingezahlten Ablösungs-Capitalien sind den zuständigen Königlichen Kreiskassen aufgefertigt worden mit dem Auftrage: dieselben den Empfangsberechtigten gegen Rückgabe der Interims-Quittungen, unter welchen der Empfang der endgültigen Quittungen bescheinigt sein muß, auszuhändigen.

Wir benachrichtigen hiermit die Interessenten mit der Aufforderung, die gedachten Quittungen bei der betreffenden Kreiskasse spätestens bis zum 20. Juli d. J. zur Vermeidung der sonst nöthig werden den Justification der Quittungen und Rückforderung der Interims-Quittungen, sowie der ihnen daraus erwachsenden Kosten in Empfang zu nehmen.

Magdeburg, den 31. Mai 1862.

Königliche Direction der Rentenanstalt für die Provinz Sachsen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(503) Ausgelassene Real- und Röhshauser gewerkschaftliche Obligationen.

Bei der am heutigen Tage stattgehabenen Auslosung Teuditz Röhshauser gewerkschaftlichen Obligationen ist wiederum im Interesse der Gläubiger die früher alljährlich in getheiltem Betrage zur Zeit der Leinigkeit Oster- und Michaelismessen zur Auslosung zu bringende Capitalrate, welche für das laufende Jahr auf 3000 Thlr. festgelegt ist, sofort in ungeheilter Summe, daher unter Wegfall des Michaelismessenterrains, in den nachfolgenden Nummern der Schulddocumente gezogen worden, und zwar:

Litt. A. Nr. 13. 105. 112. 189. 200. 317. 336. 356. 367. 377. 437. 516. 562. 597. 617.

Litt. B. Nr. 25. 31. 42. 130. 136. 169. 166. 191. 229. 245. 382. 414. 425. 488. 490. 502. 515.

559. 640. 703. 740. 966. 976. 1025. 1120. 1133. 1187. 1223. 1293. 1419.

und werden daher die Inhaber dieser Obligationen aufgefordert, letztere Befuß planmäßiger Realisirung vom 1. Juli c. ab bei dem Handlungshause Frege und Comp. hier selbst zu präsentieren.

Zugleich wurden im heutigen Termine die inzwischen von den Gläubigern gegen Zahlung des Capitals retradirten Obligationen:

Litt. A. Nr. 59. 94. 181. 307. 541. 562. 579. 589. 604. 627. 722.

Litt. B. Nr. 18. 216. 221. 254. 278. 316. 319. 330. 352. 357. 410. 417. 544. 560. 655. 744. 762.

799. 818. 1026. 1050. 1054. 1070. 1100. 1279. 1321. 1364. 1435. 1472,

nebst zugehörigen Talons und Coupons vorchriftsmäßig vernichtet.

Leipzig, den 21. Juni 1862.

Die Schulden-Abzugs-Commission für die gewerkschaftlichen Salzbergwerke bei Teuditz und Röhshan.

Ebers, Geh. Bergrath.

Frege und Comp.

Patente für Künstlerfindungen betr.

(501) Dem Kaufmann **J. H. F. Prillwitz** in Berlin ist unter dem 26. Mai 1862 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten, in seiner Zusammenlegung als neu erkannten Apparat zur Abscheidung von Oel aus ölhaltigen Flüssigkeiten, ohne jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staates erteilt worden.

(502) Dem Kaufmann **Otto Kühnemann** in Stettin ist unter dem 26. Mai d. J. ein Patent auf ein Sprengpulver, soweit die Zusammenlegung desselben als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staates erteilt worden.

Personal-Chronik.

(503) Der Superintendent **v. Rechenberg** in Halberstadt ist auf seinen Wunsch vom 1. Juli a. ab von der Verwaltung der Superintendentur der Diöces Halberstadt entbunden und letztere dem Oberprediger **Görne** in Derenburg einstweilen übertragen worden.

(504) Der Pfarrer **Lochte** in Wolfsburg, Diöces Wolfsburg, wird Michaelis d. J. in den Ruhestand treten. Das Einkommen der dadurch vacant werdenden, unter Privat-Patronat stehenden Pfarrstelle ist auf 1049 Thlr. 17 Sgr. 9 Pf. angegeben, wovon 330 Thlr. Emeritengehalt zu gewähren sind. Die Pfarodie hat 2 Kirchen und 2 Schulen.

(505) Die Schul- und Küsterstelle in Loitschütz, Ephorie Zeitz, Privat-Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(506) Der Gerichts-Assessor **Reinert** ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Torgau, mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Dommigsh, ingleichen sind die Referendarien **Dr. Cuno**, **Günther** und **Meyer** zu Gerichts-Assessoren ernannt.

Der Gerichts-Assessor **Saberland** und der Referendarius **v. Rönen**, bisher bei dem Kammergericht zu Berlin, der Referendarius **Dr. Barlow**, bisher bei dem Appellationsgericht zu Greifswald, und der Referendarius **Caslein**, bisher bei dem Appellationsgericht zu Magdeburg, sind in das Departement Naumburg übergetreten.

Der Referendarius **Walter** ist in Folge seiner Anstellung als Communalbeamter in Nordhausen aus dem Justizdienste geschieden.

Der Rechtscandidate **Dortel** ist zum Ausrultator angenommen.

Der Staatsanwalt **Jepe** zu Jüterburg ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Erfurt versetzt.

Der Gerichts-Assessor **Träger** ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Naumburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Cölleda, und zum Notar im Departement ernannt.

Der Bureau-Assistent **Sellwig** in Zeitz ist gestorben und der Bureau-Diätar **Richter** in Sangerhausen als Bureau-Assistent bei dem Kreisgericht zu Liebenwerda angestellt.

Der Gerichtsbote **Krähmer** in Sommerda ist nach Weissenfee, der Gerichtsbote **Schmidt** in Weissenfee nach Sommerda und der Gerichtsbote **Liebetrau** in Zeitz nach Halle versetzt.

Der Gerichtsbote **Jordan** in Delitzsch ist als erster Gerichtsdiener, mit der Function als Votenmeister, ingleichen der Hülfsbote **Clarus** definitiv als Bote bei dem Kreisgericht daselbst angestellt.

Der Gerichtsbote **Mauß** und der Gefangenwärter **Kühn** bei dem Kreisgericht zu Erfurt sind vom 1. August resp. 1. September c. an pensionirt.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königlich Regierung zu Merseburg.

Stück 26.

Ausgegeben zu Merseburg am 28 Juni 1862.

- (510) Das 20. Stüd der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 18. Juni 1862, enthält unter:
- Nr. 5539. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Barenter Kreises im Betrage von 31,000 Thalern II. Emission. Vom 19. April 1862.
- Nr. 5540. Allerhöchster Erlaß vom 17. Mai 1862, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 an die Stadt Rheinbach im Regierungsbezirk Köln.
- Nr. 5541. Allerhöchster Erlaß vom 21. Mai 1862, betreffend eine Abänderung des Dauph. Schützberger Reichstatutes vom 6. Juli 1853 (Gesetz-Sammlung für 1853 S. 597. ff.).
- Nr. 5542. Privilegium wegen Emission von 1,000,000 Rthlr. vier und ein halbprozentiger Prioritäts-Obligationen IV. Serie der Bergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft. Vom 28. Mai 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(511). Die sechste Verlesung der Staatsanleihe vom Jahre 1856 betr.
In der heute öffentlich bewirkten sechsten Verlosung von Schuldverschreibungen der Staatsanleihe vom Jahre 1856 sind folgende Nummern gezogen worden:

| | |
|---|-------------------------------------|
| Lit. A. Nr. 146. bis 150. 2961. bis 2965. 3316. bis 3320. | 25 Stüd à 1000 Thlr. = 25,000 Thlr. |
| 3631. bis 3635. 6357. bis 6361. | |
| Lit. B. Nr. 1180. bis 1189. 2069. bis 2078. 3003. bis 3012. | |
| 8921. bis 8930. | 40 " à 500 " = 20,000 " |
| Lit. C. Nr. 4802. bis 4826. 8898. bis 8922. 13 523. bis 13 547. | 75 " à 200 " = 15 000 " |
| Lit. D. Nr. 9306. bis 9356. 11 219. bis 11 237. | 69 " à 100 " = 6 900 " |

zusammen 209 Stüd über 66,900 Thlr.

Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die Capitalbeträge vom 2. Januar l. J. ab in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr entweder bei der Staatsschulden-Zilgungskasse in Berlin, Oranienstraße Nr. 94., oder bei der nächsten Regierung's Hauptkasse gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen mit den dazu gebhörigen, erst nach dem 2. Januar l. J. fälligen Zinscoupons Ser. II. Nr. 7. und 8. nebst Talons baar in Empfang zu nehmen.

Um etwaigen Wünschen der Inhaber dieser Schuldverschreibungen zu genügen, sollen letztere schon vom 1. J. ab bei den vorgebachten Kassen eingelöst werden.

In diesem Falle werden die vom 1. Juli d. J. ab laufenden Zinsen zu 4½ Prozent bis zum 15., beziehungsweise bis zum Schlusse desjenigen Monats, in welchem die Schuldverschreibungen bei den gedachten Kassen eingereicht werden, gegen Ablieferung der Zinscoupons Ser. II. Nr. 6. bis 8. und Talons baar vergütet. Wird eine Schuldverschreibung erst in dem Zeitraum vom 16. December d. J. bis 2. Januar l. J. präsentiert, so ist der an letzterem Tage fällige Zinscoupon Ser. II. Nr. 6. davon zu trennen und für sich allein in gewöhnlicher Art zu realisiren.

Der Gelbbetrag der etwa fehlenden, unentgeltlich mit abzuliefernden Zinscoupons wird von dem zu zahlenden Capitale in Abzug gebracht.

Die zu den Quittungen erforderlichen Formulare werden von den gedachten Kassen unentgeltlich verabreicht. Letztere können sich aber in einen Schriftwechsel über die Zahlungseistung nicht einlassen, und werden die betreffenden Eingaben unberücksichtigt und portopflichtig den Bittstellern zurücksenden.

Die in den früheren Verlosungen gezogenen Schuldverschreibungen, nämlich:

in der 2. Verlosung:

Lit. A. à 1000 Thlr. Nr. 1953. bis 1955;

in der 3. Verlosung:

Lit. A. à 1000 Thlr. Nr. 3381. 3382. 4278.

lung der Termine bei dem unterzeichneten Appellationsgerichte und den Gerichten erster Instanz ruht, und daß schleunige Gesuche als solche begründet und als „Ferien-Sache“ bezeichnet werden müssen. In den nicht schleunigen Sachen haben die Parteien und Rechtsanwälte während der Ferien sich aller Anträge und Gesuche zu enthalten.

Halberstadt, den 17. Juni 1862.

Königliches Appellationsgericht.

(515) Verleihung eines Braunkohlen-Bergwerks.

Durch Urkunde vom heutigen Tage ist dem Rittergutsbesitzer Otto Koch zu Vennstedt das Braunkohlenbergwerk Sophie IV. bei Giesdorf, Wansfelder Seefreis, Regierungsbezirk Merseburg, Bergrevier Wesslich-Galle mit einer Kundgrube und 1200 Raaden geolerten Feldes verliehen worden.

Galle, den 30. Mai 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

(516) Bekanntmachung wegen Einföhrung lebenden Schlachtviehes in die Stadt Wittenberg durch das dassige Eiserthor.

In Folge Genehmigung des Königl. Finanz-Ministeriums wird im Anschlusse an die Vorschriften im §. 9. des Natl.- und Schlachtsteuer-Regulativs für die Stadt Wittenberg vom 10. Juni 1844 und unter Nr. 4. der Bekanntmachung vom 27. October 1859 hierdurch bekannt gemacht, daß vom 1. Juli d. J. ab durch das Eiserthor in Wittenberg auch die Einföhrung lebenden Schlachtviehes in die Stadt Wittenberg nach Maßgabe der in den §§. 75. und 82. des Natl.- und Schlachtsteuer-Regulativs vom 10. Juni 1844 ertheilten näheren Bestimmungen erfolgen darf.

Magdeburg, den 18. Juni 1862.

Der Geheimde Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuerdirector. v. Jordan.

(517) Aufforderung zum Declariren von Geld- und Werthsendungen.

Für die zur Post gegebenen Briefe mit Geld- oder Werthinhalt, deren Werth auf der Adresse nicht angegeben ist, wird im Falle ihres Verlustes oder der Beschädigung ihres Inhaltes den gesetzlichen Bestimmungen zufolge kein Schadenersatz geleistet; hat dagegen die Angabe des Werthes auf der Adresse stattgefunden, so erlebt die Postverwaltung den Schaden nach Maßgabe der Declaration. Im Interesse der Abiender solcher Briefe liegt es daher, den Werth des Inhaltes auf der Adresse der Briefe anzugeben und wird für diese Werthdeclaration nur eine im Verhältniß geringe, dem gewöhnlichen Portosatz hinzutretende Gebühr Seitens der Post erhoben.

Diese Gebühr beträgt bei Sendungen bis 50 Thlr. an Werth, sofern dieselben den Preussischen Postbezirk nicht überschreiten,

| | |
|--|---------|
| für Entfernungen bis 10 Meilen | 1 Egr., |
| für Entfernungen über 10 bis 50 Meilen | 1 „ |
| für größere Entfernungen | 2 „ |

Da solche Briefe indeß noch häufig ohne Werthangabe zur Post geliefert werden, so wird das Publikum auf die vorstehenden Bestimmungen hiermit wiederholt aufmerksam gemacht.

Galle, den 20. Juni 1862.

Der Ober-Postdirector. Straßl.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(518) Die Ausloosung Leipziger Stadtschuldscheine der Anleihen vom 1. Juli 1850 und 1. Juli 1856 betr.

Bei der heute öffentlich erfolgten Ausloosung von Capitalscheinen der hiesigen Stadtschuldscheine vom 1. Juli 1850 und 1. Juli 1856 sind

von der ersten die in Serie 68 enthaltenen Nummern Lit. A. & 500 Thlr. Nr. 336. 337. 338. 339. 340.,

Lit. B. & 100 Thlr. Nr. 1006. 1007. 1008. 1009. 1010. 1011. 1012. 1013. 1014. 1015. 1016. 1017. 1018. 1019. 1020.,

Lit. C. & 50 Thlr. Nr. 1341. 1342. 1343. 1344. 1345. 1346. 1347. 1348. 1349. 1350. 1351. 1352. 1353. 1354. 1355. 1356. 1357. 1358. 1359. 1360.;

von der letzten die Nummern 274. 450. 469. 521. 531. 585. 593. 670. 717. 798. 930. 993. 1046. 1180. 1243. 1450. 1525. 1545. 1625. 1630. 1714. 1756. 1864. 2019. 2264. 2340. 2558. 2665. 2710. 2794. 2797. 2810. 2850. 2990. 3190. 3203. 3238. 3405. 3509. 3594. 4029. 4036. 4427. 4658. 4700. 4708. 4836. 4910. 4999. 5047. 5215. 5477. 5512. 5543. 5678. 5713. 5750. 5778. 5812. 5914. 6032. 6034. 6152. 6217. 6226. 6245. 6392. 6459. 6690. 6850. 7024. 7065. 7149. 7184. 7216. 7336. 7432. 7448. 7666. 7700. 7708. 7748. 7806. 7835. 7887. 8036. 8169.

8260. 8514. 8521. 8536. 8572. 8653. 8705. 8772. 9146. 9176. 9434. 9471. 9553. 9562. 9612. 9700. 9785. 10079. 10184. 10159. 10252. 10355. 10460. 10888. 10912. 10933. 10946. 10956. 11007. 11399. 11533. 11704. 11915. 11987. 12022. 12032. 12360. 12475.

gezogen worden, deren Nominalbeträge sammt den davon bis Ende December d. J. laufenden Zinsen mit Ablauf dieses Zinstermines gegen Rückgabe der Capitalcheine nebst dazu gehörenden Talons und Coupons an die Inhaber derselben bei unserer Einnahmestube ausgezahlt werden sollen.

Wir fordern die Letzteren auf, die gedachten Capitalbeträge und Zinsen zu Ende des Monats December d. J. in Empfang zu nehmen. Im Falle der Nichterhebung des Capitaless werden die etwa auf spätere Termine erhobenen, mithin ohne Verpflichtung gezahlten Zinsen davon am Capitale bei dessen späterer Erhebung gekürzt werden.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß von den bereits im vorigen Jahre ausgelassen und zahlbar gewordenen Obligationen

a) bezüglich der Anleihe des Jahres 1850: Serie 63. Lit. A. Nr. 313., Lit. C. Nr. 1241. 1242. 1243. 1244. 1245.

b) bezüglich der Anleihe des Jahres 1856: Nr. 10691.

bis jetzt nicht erhoben worden sind. Wir fordern daher deren Inhaber zur ungesäumten Erhebung derselben bei der Einnahmestube alhier mit der ausdrücklichen Bemerkung nochmals auf, daß eine weitere Verzinsung als bis zu ihrer eingetretenen Zahlbarkeit nicht stattfindet und daher die zu viel erhobenen Zinsen bei späterer Empfangnahme der Capitalien zu restituieren sind.

Leipzig, den 19. Juni 1862.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Berger. Schleißner.

Personal-Chronik.

(519) Die unter Privat-Patronat stehende Oberpfarrstelle in St. Salze in der Döbces Auenhofs ist durch das Ableben des Oberpfarrers **Koch** vacant geworden. Das Einkommen der Stelle ist auf 1556 Thlr. 8 Sgr. 9 Pf. angegeben. Die Pfarodie hat 1 Kirche und 3 Schulen.

(520) Dem Gerichts-Assessor **Doffe** ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Justizdienste ertheilt worden.

(521) Gestorben: der Chausseegelderheber **Stripp** in Radis.

Versetzt: der Steuerausheber **Simpell** von Cönnern nach Bentendorf, der Steuerausheber **Gundermann** von Bentendorf nach Cönnern, der Steuerausheber **Wesner** von Unseburg nach Kothleben, der Steuerausheber **Föll** von Torgau als berittener Steuerausheber nach Debitzfelde, der Steuerausheber **Ganzer** von Gochstedt nach Torgau, der Steuerausheber **Horst** von Brachstedt nach Berlin, der Grenzauheber **Wenzel** von Wahrenberg als Steuerausheber nach Weissenfels.

Neu angestellt: der invalide Wachmeister vom Thüringischen Husaren-Regiment Nr. 12. **Franzenhäuser** als Chausseegelderheber in Artern.

Hierzu eine außerordentliche Beilage, 5 Bogen stark, die summarische Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben bei der Provinzial-Städte-Feuer-Societät für die Provinz Sachsen betreffend, welche jedoch blos an die städtischen Amtsblätter-Interessenten zu verabreichen ist.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurs in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 27.

Ausgegeben zu Merseburg am 5. Juli 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(522) Den Abfab und Vertrieb von Loosen zu der in Rom beabsichtigten Auspielung von Mobilien-Gegenständen zu Gunsten Sr. Heiligkeit des Papstes betr.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 4. d. M. zu genehmigen geruht, daß zu der von dem Domcapitular Dr. Droitz und Genossen in Eöln nachgesuchten Zulassung des Debits von Loosen zu der in Rom beabsichtigten Auspielung von Mobilien-Gegenständen zu Gunsten Seiner Heiligkeit des Papstes innerhalb der Preussischen Monarchie die staatliche Erlaubniß erteilt werde.

Indem wir solchen hiernit zur öffentlichen Kenntniß bringen, weisen wir die Polizeibehörden unseres Verwaltungsbezirks hiernit an, dafür zu sorgen, daß dem Abfab und Vertrieb der auf den Betrag von einem Franc festgesetzten Loose zu dem obigen Unternehmen überall kein Hinderniß in den Weg gelegt werde.

Merseburg, den 25. Juni 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(523) Sperrung der Wettiner Schiffschleuse.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Saal-Schiffschleuse bei Wettin vom 28. Juli c. ab auf etwa 8 Tage für die Schifffahrt gesperrt sein wird.

Merseburg, den 27. Juni 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(524) Die Sendungen unter Streif- oder Kreuzband mit der Post betr.

Uebertretungen der Postgesetze kommen erfahrungsmäßig hauptsächlich bei solchen Sendungen vor, welche unter Band (Streif- oder Kreuzband) zur Beförderung mit der Post eingeliefert werden. Zum Zweck möglicher Abwendung der Uebertretungen wird, unter Bezugnahme auf den §. 15. des Reglements vom 21. December 1860, auf die einschlagenden Vorschriften aufmerksam gemacht.

Gegen die ermäßigte Taxe von vier Pfennigen bis zu 1 Poth excl. u. f. w. nach Maßgabe des Gewichts können innerhalb des Preussischen Postgebiets und des Deutschen Postvereinsgebiets unter Band frankirt befördert werden: alle gedruckte, lithographirte, metallographirte, oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, zur Beförderung mit der Briefpost geeignete Gegenstände, mit Ausnahme der gebundenen Bücher und der mittelst der Copirmaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Adresse muß auf dem Streif- oder Kreuzbände und darf nicht auf der Sendung selbst angebracht sein. Die Versendung unter Band gegen die ermäßigte Taxe ist im Allgemeinen unzulässig, wenn die Gegenstände nach ihrer Fertigung durch Druck u. f. w. außer der Adresse irgend welche Zusätze oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Zusätze oder Aenderungen geschrieben oder auf andere Weise bewirkt sind, z. B. durch Stempel, durch Druck, durch Ueberstreichen von Worten, Ziffern oder Zeichen, durch Punctiren, Unterstreichen, Durchstreichen, Ausradiren, Durchstechen, Ab- oder Ausschneiden einzelner Worte, Ziffern oder Zeichen u. f. w.

Es kann jedoch den Preis-Couranten, Circularen und Empfehlungsschreiben noch eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Adresse, sowie Ort, Datum und Namensunterschrift hinzugefügt werden; ferner dürfen Circulars von Handlungshäusern mit der handschriftlichen Unterzeichnung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein. Den Correcturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Correctur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt werden; das Manuscript darf dagegen den Correcturbogen nicht beigelegt werden. Modelibber, Landkarten u. f. w. dürfen colorirt sein; die Bilder und Karten dürfen aber nicht in Handzeichnungen bestehen, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich u. f. w. hergestellt sein.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter Einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adressumschlägen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verbotener Zusätze unter Streifband nicht verpackt werden dürfen, wird nach §. 35. des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Thalern bestraft.

Halle, den 26. März 1862.

Der Ober-Postdirector. Strahl.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(325) Die Ermäßigung des Preises der Stückföhlen auf dem Königl. Steinkohlenwerke zu Köbenitz betr.

Zufolge höherer Bestimmung ist der Preis der Stückföhlen auf dem Königl. Steinkohlenwerke zu Köbenitz vom 1. Juli d. J. an einschließlich von Ein Thaler auf Sieben und Zwanzig Silbergroschen Sechs Pfennige für die Tonne 1. Sorte und von Zwei und Zwanzig Silbergroschen auf Zwanzig Silbergroschen für die Tonne 2. Sorte herabgesetzt worden, was hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht wird.

Bettin, den 23. Juni 1862.

Die Königl. Berginspection.

(326) Die Herabsetzung des Verkaufspreises der Stückföhlen auf dem Königl. Steinkohlenwerke bei Bettin betr.

Zufolge höherer Bestimmung ist der Verkaufspreis der Stückföhlen auf dem Königl. Steinkohlenwerke bei Bettin vom 1. Juli d. J. an einschließlich von Ein Thaler auf Sieben und Zwanzig Silbergroschen Sechs Pfennige für die Tonne 1. Sorte und von Zwei und Zwanzig Silbergroschen auf Zwanzig Silbergroschen für die Tonne 2. Sorte herabgesetzt worden, was hierdurch zur Kenntniß des Publikums gebracht wird.

Bettin, den 26. Juni 1862.

Die Königl. Berginspection.

Hypothekensachen.

(327) Die im 52. Stücke des Regierungs-Amtsblatts pro 1861 sub Nr. 1250. bezeichnete Hypothekentabelle über das dem Ortsrichter Gneiß zu Göthowitz gehörige Grundstück: 1 Ader Wiese in Göthowitz Flur am Grünacke Nr. 407. des Flurbuchs, ist in das Hypothekenbuch übertragen worden und der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesem Grundstücke lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.

Göthemöhlen, den 10. Mai 1862.

Königl. Kreisgerichts-Commission.

(328) Die Hypothekentabelle über den in Schönwalder Flur zwischen dem Reugraben und Schugts Garten belegenen, früher der Hufnerschaft des Wühlthores, jetzt dem Nagelschmiedemeister Heinrich Puchmann gehörigen Hirtengarten ist vollendet und kann innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage nach erfolgter Bekanntmachung an gerechnet, täglich in unserm Geschäftsbureau eingesehen werden. Auf später angebrachte Erinnerungen kann keine Rücksicht genommen werden.

Schweinik., den 17. Mai 1862.

Königl. Kreisgerichts-Commission.

(329) Es wird bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über das neue Wohnhaus des Maurers Gottfried Ehrlich in Lammsdorf, welches von uns unterm 4. Februar a. c. öffentlich bekannt gemacht worden, vollendet ist, und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte auf dieses Grundstück lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist. Wittenberg, den 28. Mai 1862.

Königl. Kreisgericht, II. Abtheilung.

(330) Die in Nr. 8. Jahrgang von 1862 des Amtsblattes der Königl. Regierung zu Merseburg in unserer Bekanntmachung vom 27. December 1861 näher beschriebene Hypothekentabelle über 1 Ader Feld in der Flur Markwerben Nr. 645. des Flurbuchs, der Marie Rosine Schweinigel geb. Geißler dafelbst gehörig, ist in das Hypothekenbuch übertragen worden und der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Vorschriften der allgemein geltenden Landesgesetze zu beurtheilen.

Weißenfels, den 12. Mai 1862.

Königl. Kreisgerichts-Commission, III. Bezirks.

(331) Die in unserer Bekanntmachung vom 14. December 1861, abgedruckt im 8. Stück des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Merseburg pro 1862, bezeichnete Hypothekentabelle über 1 Ader Holz-

berg unterm Pfarrhofe, der Johanne Elisabeth Steinide geb. Schwabe in Gorsleben, ist in das Hypothekenbuch übertragen worden und der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.

Veldrungen, den 23. Mai 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(532) Die in unserer Bekanntmachung vom 5. September 1861 (Amtsblatt pro 1861 Seite 287.) beschriebenen Hypothekentabellen über:

A. in der Flur Nachra: Nr. 4506. $\frac{1}{2}$ Morgen Acker, der Mühlgarten genannt, dem Landwirth Friedrich Andreas Schmidt daselbst gehörig, an der Mittagsseite des Dorfes Nachra an;

B. in der Flur von Badleben: $\frac{1}{2}$ Ar. Sottel an der langen Ilse, dem Johann Karl Gottlob Schönebeck daselbst gehörig, und $\frac{1}{2}$ Ar. Aßfild ein Striegel ($\frac{1}{2}$ Ar. nach Weimarischen Maasse) am Badlebener Wege zu Althausen, dem Landwirth Friedrich August Seidenfaden und der Wittve Marie Sophie Ludwig geb. Palm in Badleben gemeinschaftlich zugehörend, sind in das Hypothekenbuch übertragen und ist der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken nunmehr lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.

Sölleda, den 20. Mai 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission I.

(533) Die Hypothekentabelle über ein Stückchen Hopfland, ohngefähr $\frac{1}{2}$ Ader enthaltend, an Rohls Wege in Flur Rismitz, dem Einwohner Friedrich Ernst Trübner gehörig, ist fertig und kann innerhalb zweier Monate, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Einwendungen dagegen sind unzulässig.

Greypburg a. d. U., den 30. Mai 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Patente für Kunstfindungen betr.

(534) Dem Mühlenbaumeister Franz **Drauden** zu Burscheid bei Aachen ist unter dem 7. Juni 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erkannte Vorrichtung zur Befestigung der Messer in den Trommeln von Holzraspelmaschinen, bei welcher das Schleifen der Messer ohne Herausnahme derselben geschehen kann, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(535) Dem Dr. Karl **Schrader** in Berlin ist unter dem 14. Juni 1862 ein Patent auf ein als neu und eigenthümlich erkanntes Verfahren zur ~~Abscheidung~~ **Abscheidung** von Chloralium aus den Staßfurter Abraumfalsen auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(536) Dem Büchsenmachermeister G. **Teschner** in Frankfurt a. d. O. ist unter dem 4. Juni 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, als neu und eigenthümlich erkannte Einrichtung an Zündnadelgewehren zur selbstthätigen Entfernung der Kapsel- und Patronen-Trümmer, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(537) Dem Ingenieur W. G. Chr. **Bos** zu Berlin ist unter dem 5. Juni 1862 ein Patent auf eine nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtete rotirende Dampfmaschine auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(538) Dem Ingenieur Brami **Andrae** zu Bulauf bei Magdeburg ist unter dem 19. Juni 1862 ein Einführungs-Patent auf einen Wasserhammer bei Dampfleitungen, der nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung als neu und eigenthümlich erkannt ist, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(539) Dem Civil-Ingenieur Wilhelm Richard **Schürmann** in Elberfeld ist unter dem 19. Juni 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung erläuterte, für neu und eigenthümlich erachtete Korbel-Flechtmaschine, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(540) Das dem Maschinenbauer W. **Wedding** in Berlin unter dem 10. April v. J. ertheilte Patent auf eine doppelt wirkende calorische Maschine, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung und ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken, ist aufgehoben worden.

(541) Das dem Ingenieur **H. Schmöle** zu Uimburg a. d. Lenne unter dem 16. April 1861 erteilte Patent auf eine mechanische Vorrichtung zur Vorbereitung von Draht für Schusterable in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung ist aufgehoben worden.

Personal-Chronik.

(542) Die erledigte evangelische Oberpfarrstelle zu Dommigisch in der Diöces Torgau ist dem bisherigen Archidiaconus daselbst, **Johann Gottlieb Hauffe**, verliehen worden.

(543) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Eusch in der Diöces Wittenberg ist der bisherige Pfarrer in Collochau, Diöces Schlieben, **Carl Hermann Wösch**, berufen und bestätigt worden.

(544) Der Pfarrer **Wendler** in Großlissa, Diöces Delitzsch, wird Michaelis d. J. in den Ruhestand treten. Die dadurch vacant werdende, unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle gewährt ein Einkommen von 1130 Thlr., von welchem nach Abzug des Emeritengehalts für jetzt 730 Thlr. frei bleiben. Die Pfarochie hat 1 Kirche und 1 Schule.

(545) Zu der erledigten evangelischen Archidiaconatsstelle zu Delitzsch in der Diöces Delitzsch, ist der bisherige Diaconus dortselbst, **Friedrich Gustav Julius Scharr**, berufen und bestätigt worden.

(546) Die durch die Versetzung des Pfarrers **Weck** vacant gewordene, unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Dösig in der Diöces Zeitz gewährt ein Einkommen von 539 Thlr. 27 Sgr. 11 Pf. und hat eine Kirche und eine Schule.

(547) Durch das Ableben des Pfarrers **Müller** ist die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Grumbach in der Diöces Langensalza vacant geworden. Das Einkommen dieser Pfarrstelle, zu welcher eine Kirche und eine Schule gehört, ist auf 644 Thlr. angegeben.

(548) Die Schulstelle in Schlabbitz, Epchorie Delitzsch, königlichen Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(549) Für die Stadt Eckartsberga ist der Bürgermeister **Mühlberg** daselbst zum Schiedsmann gewählt und verpflichtet worden.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.

Gedruckt bei Carl Zurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 28.

Ausgegeben zu Merseburg am 12. Juli 1862.

- (350) Das 21. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 30. Juni 1862, enthält unter:
- Nr. 5543. Allerhöchster Erlaß vom 19. Juni 1862, betreffend die Genehmigung eines Organisations-Reglements für die Marinestationen, die Werften, die Depots und die Marine-Intendantur.
- Das 22. Stück, ausgegeben am 30. Juni 1862:
- Nr. 5544. Allerhöchster Erlaß vom 21. Mai 1862, betreffend die Ermäßigung der von Rähnen zu entrichtenden Schiffsabgaben für die Befahrung der Peene, Swine, Divenow, sowie des großen und kleinen Haffs.
- Nr. 5545. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Obligationen des Alten-Rosenburger Deichverbandes, im Betrage von 50,000 Thalern. Vom 28. Mai 1862.
- Nr. 5546. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Obligationen des Magdeburger-Rothenseer-Wolmirfleiter-Deichverbandes im Betrage von 30,000 Rthlrn. Vom 28. Mai 1862.
- Das 23. Stück, ausgegeben am 3. Juli 1862:
- Nr. 5547. Allerhöchster Erlaß vom 26. Mai 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Guts- und Gemeinde-Chaussee von Neuhaldensleben über Dönsleben und Alvensleben bis zur Magdeburger-Helmfleiter Staatsstraße bei Brumby.
- Nr. 5548. Allerhöchster Erlaß vom 28. Mai 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussee von Hamminkeln an der Wesel-Bocholter Bezirksstraße über Volkum und Wertherbruch nach der Münster-Emmericher Bezirksstraße bei Werth.
- Nr. 5549. Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 31. Mai 1862, betreffend die Bestätigung der in dem notariellen Protocolle vom 20. December 1861 zusammengestellten Abänderungen des Statuts der Actien-Gesellschaft Porta Westphalica zu Porta. Vom 12. Juni 1862.
- Nr. 5550. Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 24. Mai 1862, betreffend die Genehmigung der in dem notariellen Acte vom 7. April 1862 verlaublichen Revidirten Statuten der Schleifischen Bergwerks- und Hütten-Actiengesellschaft Vulcan in Beuthen d. Schl. Vom 14. Juni 1862.
- Nr. 5551. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Genossenschaft für die Melioration der Erstniederung zu Bedburg im Regierungsbezirk Köln im Betrage von 250,000 Thalern. Vom 18. Juni 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(351) Die Sammlung milder Beiträge für die Abgebrannten in Raundorf
— Kreis Torgau — betr.

In Folge unserer Aufforderung vom 9. v. M. sind für die Abgebrannten in Raundorf bis jetzt bei unserer Hauptkasse eingegangen:

aus dem hiesigen Orte 17 Thlr. 10 Sgr., aus Cöthen 5 Thlr., aus Wintel 24 Sgr. 3 Pf., aus Rahna 20 Sgr., Hohndorf 1 Thlr. 13 Sgr. 9 Pf., Rothenberga 2 Thlr. 17 Sgr., Mennschütz 2 Thlr., Wittenberg 100 Thlr., Liebenwerda 11 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf., von einem Ungenannten (Poststempel Raumburg) 3 Thlr.

Indem wir für diese Beiträge den milden Gebern im Namen der Abgebrannten den warmsten Dank hierdurch abstaten, können wir die traurige Lage derselben dem menschenfreundlichen Wohlwollen unserer

Mitbürger nicht dringend genug an das Herz legen. Die angestellten ~~nach~~ Ermittlungen haben ein bei Weitem höheres Maas von Verlusten ~~herausgestellt~~, als in der Aufforderung vom 9. v. M. bezeichnet worden und bei der vor wenigen Tagen an Ort und Stelle bewirkten Untersuchung hat sich ergeben, daß es ohne umfangreiche äußere Hülfe nicht möglich werden wird, den mit wenigen Ausnahmen ihres Obdachs und ihrer sonstigen Habe beraubten Bewohnern bis zum Eintritte der rauhen Jahreszeit in den Besitz eines nothdürftigen Unterkommens zu setzen.

Die Wiederherstellung der Wohnhäuser hat sich wegen des Mangels an allen Mitteln dazu schon jetzt als unreichbar ergeben und die Abgebrannten müssen sich darauf beschränken, in den zunächst zu erbauenden Stallungen sich ein einstweiliges Unterkommen für den Winter zu beschaffen. Aber auch dazu reichen die eigenen Kräfte nicht aus, so daß auch für diesen Zweck die Hoffnung allein auf die Mithätigkeit aller Derer gerichtet bleibt, die vor ähnlichem Ungemach verschont geblieben sind. In dem Vertrauen, daß eine so große Noth zum Helfen geneigte Herzen und Hände finden werde, wiederholen wir daher die Bitte, die für die Abgebrannten in Raumborf bestimmten Beiträge auf dem bezeichneten Wege baldigst an uns gelangen zu lassen und fordern die Ortsvorstände auf, die Sammlungen zu beschleunigen und für einen ergiebigen Ertrag derselben so viel als möglich wirksam zu sein.

Merseburg, den 8. Juli 1862.

Königliche Regierung.

(352) Die Einverleibung der wästen Markt Briegsch, des sogenannten Panschhains und einer zwischen beiden belegenen halben Hufe Feld des Gutsbesizers Schröder in Brinnis im Delitzscher Kreise in die angrenzenden Gemeindebezirke betr.

Erstens des Königlichen Ober-Präsidiums der Provinz Sachsen ist auf Grund des §. 1. des Gesetzes über die Landgemeinde-Versassungen vom 14. April 1856 die Einverleibung der im Delitzscher Kreise belegenen wästen Markt Briegsch, des sogenannten Panschhains und einer zwischen beiden liegenden halben Hufe Feld des Gutsbesizers Gottfried Schröder in Brinnis in die angrenzenden Gemeindebezirke in der Weise genehmigt worden, daß

- 1) von der Briegsch: Markt
- a) die Pläne Nr. 1. 2. und 3. der Separationskarte von Gollmenz dem Gemeindebezirke Lindenbain,
- b) die Pläne Nr. 4a. 4b. 5a. und 5b. ibid. dem Gemeindebezirke Gollmenz und
- c) der Plan Nr. 6. ibid. dem Gemeindebezirke Brinnis

zugechlagen, dagegen

- 2) der Panschhain und
 - 3) die Schrödersche halbe Hufe Feld
- im Ganzen mit dem Gemeindebezirke Brinnis vereinigt werden.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 28. Juni 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(353) Den Turnunterricht in den Volksschulen betr.

Nach dem Erlasse des Königlichen Ministeriums der geistlichen u. Angelegenheiten vom 21. März d. J. soll fortan der Unterricht in den gymnastischen Uebungen einen unerlässlichen Theil des Volksschul-Unterrichts für die männliche Jugend bilden. Die zur Unterhaltung der betreffenden Volksschule Verpflichteten sind demnach verbunden, die für den Turnunterricht erforderlichen Kosten aufzubringen, und wir geben uns der Erwartung hin, daß dieselben in richtiger Würdigung dieses wichtigen Unterrichtsgegenstandes die Einführung desselben durch ein bereitwilliges Entgegenkommen zu fördern bemüht sein werden.

Die Herren Landräthe wollen dafür Sorge tragen, daß die vorstehende Bekanntmachung zur Kenntniß aller derjenigen Gemeinden gelangt, deren Schulen zur Zeit noch eines geregelten Turnunterrichts entbehren sollten. Merseburg, den 3. Juli 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Hypothekensachen.

(354) Die Hypothekentabelle über die laut Attestes des Königlichen Provinzial-Schul-Collegiums zu Magdeburg vom 15. Mai 1862 seit länger als 44 Jahren im Besz der Landesschule Witten gewesen, und von der letzteren beilage. des unterm. 15. Mai 1862, bestätigten Kaufvertrags vom 5. April 1862 an

den **Ratler Hugo Meyer** zu Erfurt verkauft, unterhalb des oberen Grabmwerks zu Köhen neben der Förstlerwohnung daselbst belegene Baustelle mit dem darauf befindlichen früheren Grabmweiserwohngebäude nebst Grabmweiserhäuschen sammt Hof, Garten und Wirtschaftsgebäuden ist fertig und kann innerhalb zwei Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatt ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig.

Naumburg, den 26. Juni 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(555) Die Hypothekentabelle über das der Gemeinde Hamma gehörige, daselbst unter Nr. 57. gelegene Schäfereigebäude ist aufgestellt und kann zwei Monate lang, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen unzulässig. Heringen, den 27. Mai 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(556) Die Hypothekentabelle des Adermanns Heinrich Böbel in Buchholz in Ansehung des Grundstücks Nr. 5. — 1 Ader Land im talten Thale — Ader Herrmannsader, ist fertig und können Erinnerungen dagegen innerhalb 2 Monaten, vom 8. Tage der Einrückung dieser Bekanntmachung ab, bei uns angebracht werden, wogegen spätere Erinnerungen unberücksichtigt bleiben müssen.

Stolberg a. H., den 10. Juni 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(557) Die Hypothekentabelle über diejenigen 20 Acker Gemeindegüter, welche der Bergmann Adam Nidel laut Vertrags vom 11. Mai 1861 von der Gemeinde Strahberg erkaufte und mit einem Wohnhause bebaut hat, ist fertig und können innerhalb 2 Monate, vom 8. Tage nach Einrückung dieser Bekanntmachung in das Amtsblatt ab, Erinnerungen dagegen hier angebracht werden, spätere Erinnerungen müssen unberücksichtigt bleiben.

Stolberg a. H., den 28. Juni 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(558) Die Hypothekentabelle über einen Morgen Acker im Oberbärenthale in Streng-Raundorfer Flur, dem Roskoths Andreas Gottfried Weinhardt in Gnölzig gehörig, ist fertig und kann innerhalb zwei Monaten, vom achten Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in unserm Bureau eingesehen werden. Spätere Erinnerungen sind unzulässig.

Altleben, den 26. Juni 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Patente für Kunstfindungen betr.

(559) Dem Brauereibesitzer **H. Heine** und dem Mechaniker **H. Schatten** zu Kassel ist unter dem 30. Juni d. J. ein Patent auf einen, nach Zeichnung, Beschreibung und Modellen als neu und eigenthümlich erkannten Gasmesser, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

Personal-Chronik.

(560) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle an St. Ulrich in Sangerhausen in der Diöcese Sangerhausen ist der bisherige Diaconus an derselben Kirche, Dr. Hermann Julius **Gerhardt**, berufen und bestätigt worden. Ueber die dadurch vacant gewordene Diaconatsstelle an gedachter Kirche ist Seitens des Patrons bereits disponirt.

(561) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Reibsen mit Gnölzig und Jellewitz in der Diöcese Gonnern ist der bisherige Hülfsgeistliche an der Correctionsanstalt in Zeitz, Karl Otto **Hoffmann**, berufen und bestätigt worden.

(562) Der Kreisgerichtsdirector **Rindler** in Langensalza ist zum Rath bei dem Appellationsgericht in Frankfurt a. d. O. Allerhöchst ernannt.

Der Gerichts-Assessor Dr. **Fuchen** in Suhl ist als Staatsanwaltsgehilfe in Labiau angestellt.

Der Gerichts-Assessor **Meyer** ist in das Departement des Appellationsgerichts zu Glogau übergetreten.

Der Referendar **Alee** zum Gerichts-Assessor und der Auscultator **Meyer** zum Referendar ernannt.

Der Referendar **Schröder** ist in das Departement des Kammergerichts zu Berlin und der Referendar **Serbe** aus demselben in das Departement zu Naumburg versetzt.

Die Rechtsanwalte und Notare **Bürger** in Langensalza und **Romeis** zu Sangerhausen sind auf ihren Antrag, Ersterer aus dem Amte als Notar und Letzterer unter Verleihung des Characters als Justizrath, gänzlich entlassen, ingleichen ist der Rechtsanwalt und Notar **v. Wedelschädt** zu Wittenberg an das Kreisgericht zu Meise, Departement Ratibor, versetzt.

Der vormalige Gerichts-Assessor **Franke** ist als Secretair bei dem Kreisgericht zu Langensalza und der Bureau-Diätar **Hoffmann** in Zeitz als Bureau-Assistent bei dem Kreisgericht daselbst angestellt. Der Gerichtsbote **Röpel** in Schleusingen ist an das Kreisgericht zu Halle, mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Lobbejün, verlegt.

Die bisherigen Hülfsboten **Geddicke** in Sangerhausen und **Schaudin** zu Edartsberga sind definitiv, Ersterer bei dem Kreisgericht zu Zeitz und Letzterer bei dem Kreisgericht zu Wittenberg angestellt.

(563) Gestorben: der Steueraufseher **Blume** in Stöben.

Berufen: der berittene Steueraufseher **Müller** von Edartsberga als Fußsteueraufseher nach Burg, der berittene Grenzaufseher **Krämer** von Vollitz als berittener Steueraufseher nach Edartsberga, der Steueraufseher **Kloz** von Zeitz als berittener Steueraufseher nach Nordhausen, der Steueraufseher **Guejnigius** von Gr. Wanzleben nach Zeitz.

20 Ebaler Belohnung

(564) werden demjenigen Herrn Geistlichen von dem Unterzeichneten zugesichert, welcher kirchenbuchlich beizubringen im Stande ist:

- 1) den Tauffchein eines Johann Gottlieb **Schäfer**, welcher 1719 geboren sein soll, als Bäder mit einer Kleinvoegel verheirathet gewesen und 1787 in Halle a. d. S. gestorben ist;
- 2) den Tauffchein seines Vaters, eines Müllers und Vaders Johann Gottlieb **Schäfer**, dessen Frau und Mutter des Erstern eine Magdalene Warpurgerin gewesen, der 1725 nach Ostrau bei Halle a. d. S. gekommen ist und 1748 alhier verstorben. Letzterer soll ein Sohn von Hans Georg **Schäfer** sein.

Ostlau b. Stumsdorf, den 7. Juli 1862.
Kloß, Pastor,
Namens der Schäferschen Erben.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurs in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Beilagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 29.

Ausgegeben zu Merseburg am 19. Juli 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(365) Die Pflanzung der Communicationswege mit Bäumen betr.

Mit Hinweisung auf unsere, durch das Amtsblatt publicirte Verordnung vom 2. März d. J., die Pflanzung der Communicationswege betreffend, empfehlen wir allen Gemeinden unseres Verwaltungsbezirks die baldigste Anlage von Baumschulen, in welchen die nöthigen Pflänzlinge gezogen werden, da, wo die käufliche Beschaffung der letzteren den Gemeinden unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen sollte, und machen darauf aufmerksam, daß nach Ablauf der zur Pflanzung der Wege bestimmten Frist die Beschaffung der Bäume ohne Rücksicht auf den Kostenpunkt im Zwangswege würde durchgeführt werden müssen, wenn es unterlassen werden sollte, sich die Pflänzlinge durch Anlegung von Pflanzschulen bei Zeiten zu sichern.

Merseburg, den 9. Juli 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(366) Die Ferien im Departement des Appellationsgerichts zu Raumburg betr.

Nach der allgemeinen Ferien-Ordnung vom 16. April 1850 (Justiz-Ministerialblatt Seite 129.) werden bei dem unterzeichneten Appellationsgerichte sowohl, als auch bei den zu dessen Departement gehörigen Kreisgerichten und Gerichts-Commissionen in der Zeit vom 21. Juli bis 31. August c. Ferien stattfinden.

Während dieser Ferien ruht der Betrieb aller nicht schleunigen Sachen sowohl in Bezug auf die Abfassung der Erkenntnisse, als auch auf die Decretur und die Abhaltung der Termine; dagegen werden die noch vor Beginn der Ferien beschlossenen Erkenntnisse und erlassenen Verfügungen auch während der Ferien erliebt werden.

Schleunige Gesuche sind als solche zu begründen und als „Ferien-Sache“ zu bezeichnen. Gehen andere Gesuche ein, so hat das Gericht keine Verschiebung, dieselben während der Ferien zu erledigen.

Indem wir Vorstehendes hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen, fordern wir Jedermann auf, seine bei den Gerichten anzubringenden Anträge während der Ferien auf diejenigen Angelegenheiten zu beschränken, welche einer Beschleunigung bedürfen; insbesondere haben auch in den bereits anhängigen, nicht schleunigen Sachen die Parteien und Rechtsanwälte sich während der Ferien aller Anträge und Gesuche zu enthalten. Raumburg, den 4. Juni 1862.

Königliches Appellationsgericht.

(367) Polizei-Verordnung, den Betrieb u. auf den Braunkohlengruben betr.

Auf Grund der §§. 8. und 9. des Gesetzes vom 10. Juni 1861, betreffend die Competenz der Oberbergämter, wird hierdurch für unseren Verwaltungsbezirk angeordnet was folgt:

Art. I.

Auf den Braunkohlentagebaugruben darf die Höhe der Abraumstößen nicht über 10 Fuß, die Breite derselben nicht unter 10 Fuß betragen.

Die Kohle darf nur bei einer Mächtigkeit bis zu 3 Lchtr. auf ein Mal gewonnen werden, bei größerer Mächtigkeit aber ist dieselbe in mehreren Stößen, von denen die Höhe jeder einzelnen 3 Lchtr. nicht überschreiten darf, abzubauen. Bezüglich der Breite der Kohlenstößen gilt das bei den Abraumstößen Gesagte.

Bei dauernder Einstellung der Abraumarbeit sind die Abraumstößen unter einem Winkel und zwar:

- a) bei thonigem Gebirge von 45°
- b) bei sandigem Gebirge von 60°

zurückzuliegen.

Ueber die Art und Weise der Schramarbeit und namentlich:

- 1) über die Zulässigkeit des Schramens überhaupt wie über die zulässige Tiefe des Schrams,
- 2) über die von den schrammenden Arbeitern gegen den Schram während der Arbeit einzunehmende Stellung,
- 3) über die Maßregeln zur Beobachtung der unterschränkten Masse während der Arbeit,

4) Aber die Stellung und den Aufenthalt der beim Schramen selbst nicht betheiligten Arbeiter innerhalb der Sturzrichtung der unterschürmten Rassen, sind vom Betriebsführer (Steiger) der Grube, der überhaupt für Beobachtung vorstehender Verordnung verantwortlich ist, vom Königlichen Revierbeamten specielle Bestimmungen zu extrahiren.

Von der Verantwortlichkeit befreit wird der Betriebsführer (Steiger) nur dadurch, daß er nachweist, daß der resp. die Arbeiter vorstehende Bestimmungen gegen seine ausdrückliche Weisung übertreten haben, alsdann trifft die Strafe nicht ihn sondern die Arbeiter.

Der Königliche Revierbeamte ist befugt, auf Antrag des Betriebsführers Abweichungen gegen diese Verordnung durch Eintragung in das Rechnungsbuch der Grube zu genehmigen.

Art. II.

Auf keiner unterirdischen oder Tagebaugrube darf, mit Ausnahme des Wasserhaltungsmaschinenbetriebes, irgend welcher andere Betrieb zur Tages- oder Nachtzeit stattfinden, ohne daß derselbe durch einen vom unterzeichneten Oberbergamte als qualificirt anerkannten Steiger beaufsichtigt wird.

Für Bestellung des Steigers hat der Alleineigenthümer, Repräsentant oder Grubenvorstand Sorge zu tragen.

Als im Betriebe stehend wird die Grube angesehen, wenn auch nur 1 Arbeiter auf derselben mit bergmännischen Arbeiten beschäftigt ist.

Der die Aufsicht führende Steiger darf die Grube während der Schichtzeit nicht verlassen.

Art. III.

Zum Betreten der Kesselhäuser und Maschinenräume der Gruben und zum Aufenthalt in denselben sind nur das mit Wartung der Kessel und Maschinen resp. mit Reparatur und Aufstellung derselben beauftragte Personal, der Grubenbesitzer oder dessen Vertreter, das Aufsichtspersonal der Gruben, wie diejenigen Personen berechtigt, die die Erlaubniß dazu vom Grubenbesitzer oder dessen Vertreter oder vom Betriebsführer (Steiger) erhalten haben. Arbeitern der Grube und ihren Angehörigen darf die Erlaubniß niemals erteilt werden. Allen übrigen Personen ist der Zutritt verboten.

An den Eingangssthüren der genannten Räume ist vom Betriebsführer (Steiger) eine schriftliche Bekanntmachung im Sinne vorstehender Bestimmung anzuschlagen.

Art. IV.

Zuwiderhandlungen gegen diese Verordnung werden mit einer Geldbuße bis zu zehn Thalern bestraft.
Königliches Ober-Bergamt.

(568) Ausgelooftte Rentenbriefe für das Halbjahr 1. April bis ult. September 1862.

In dem am 9. d. M. zur Ausloosung von Rentenbriefen der Provinz Sachsen für das laufende Halbjahr (1. April bis ult. September 1862) in Gemäßheit des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 abgehaltenen Termine sind folgende Rentenbriefe ausgelooft worden:

1) Litera A. à 1000 Thlr., 41 Stück, nämlich:

Nr. 222. 231. 532. 813. 884. 1067. 1089. 1223. 1353. 1549. 1578. 1593. 1686. 1729. 2478. 2529. 2864. 2882. 3003. 3098. 3142. 3207. 3505. 3636. 3647. 3834. 3844. 3895. 4124. 4137. 5227. 5356. 5533. 5543. 5593. 5927. 6236. 6269. 6578. 6662. 6871.

2) Litera B. à 500 Thlr., 13 Stück, nämlich:

Nr. 9. 27. 336. 342. 601. 735. 974. 1105. 1239. 1376. 1423. 1603. 1740.

3) Litera C. à 100 Thlr., 55 Stück, nämlich:

Nr. 177. 324. 347. 451. 486. 660. 752. 1080. 1198. 1433. 1467. 2065. 2203. 2231. 2578. 2959. 3202. 3313. 3404. 3870. 4258. 4575. 4893. 4939. 4974. 5051. 5256. 5287. 5305. 5356. 5482. 5714. 5829. 5868. 5891. 6254. 6317. 6382. 6507. 6510. 6806. 6844. 7129. 7328. 7415. 7695. 8384. 8512. 8651. 8822. 8833. 8843. 8936. 8954. 9052.

4) Litera D. à 25 Thlr., 45 Stück, nämlich:

Nr. 129. 131. 187. 213. 217. 238. 656. 1273. 1442. 1478. 1533. 1857. 1871. 2034. 2473. 2751. 2789. 2825. 2904. 2950. 3266. 3883. 4126. 4138. 4340. 4495. 4741. 5088. 5174. 5246. 5290. 5703. 5797. 6090. 6150. 6151. 6456. 6951. 7139. 7362. 7384. 7389. 7725. 7727. 7815.

5) Litera E. à 10 Thlr., 119 Stück, nämlich:

Nr. 12.173. bis 12.291.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 19. September 1862 ab durch die Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Domplatz Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr gegen

Zurücklieferung der ausgelosten Rentenbriefe in couvräbigem Zustande und Quittungsleistung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Auswärts wohnenden Inhabern der vorsehend aufgeführten ausgelosten Rentenbriefe ist auch bis auf Weiteres gestattet, dieselben mit der Post an unsere Rentenbankasse einzusenden und die Uebersendung der Baluta auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, unter Beifügung einer in nachstehender Form ausgestellten Quittung zu beantragen.

Q u i t t u n g.

Die Baluta der nachstehend verzeichneten ausgelosten Rentenbriefe, nämlich:

- | | | |
|-----------------------|----------|----------|
| 1) Lit. Rr. | 2c. | 2c. |
| 2) | 2c. | 2c. |

mit zusammen

(buchstäblich) Thalern,
von der Königlichen Rentenbankasse in Magdeburg baar und richtig empfangen zu haben, bezeugt
diese Quittung.

..... den ..ten 18 ..

N. N.

Mit dem 30. September 1862 hört die weitere Vergütung der gedachten Rentenbriefe auf; daher müssen mit diesen die dazu gehörigen Gincoupons Serie II. Rr. 9. bis 16. unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls für die fehlenden Coupons der Betrag derselben vom Capitale zurückgehalten wird.

Die Inhaber der ausgelosten Rentenbriefe fordern wir hierdurch auf, vom 19. September 1862 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten rechtzeitig in Empfang zu nehmen.

Zugleich werden die Inhaber folgender, bereits in früheren Jahren ausgelosten Rentenbriefe Lit. A. bis D., welche bisher nicht realisiert sind, nämlich:

- a) pro 1. April 1859: Lit. A. Rr. 6187., Lit. C. Rr. 5079.;
- b) pro 1. October 1859: Lit. C. Rr. 2939. 3690., Lit. D. Rr. 5912.;
- c) pro 1. April 1860: Lit. B. Rr. 958., Lit. C. Rr. 1599. 8121., Lit. D. Rr. 6499. 7034.;
- d) pro 1. October 1860: Lit. B. Rr. 73., Lit. C. Rr. 3148. 7618. 7685., Lit. D. Rr. 8. 1177. 6625. 6984.;
- e) pro 1. April 1861: Lit. A. Rr. 1448. 2141. 3065. 3862., Lit. B. Rr. 54. 1216., Lit. C. Rr. 255. 1682. 2516. 3906. 6041. 6555. 7942. 8313., Lit. D. Rr. 2526. 2734. 3199. 3357. 5494. 5545. 6515. 6830. 7201.;
- f) pro 1. October 1861: Lit. A. Rr. 356. 912. 1294. 4040., Lit. B. Rr. 169. 1073., Lit. C. Rr. 398. 872. 1007. 3357. 4146. 6188. 6442. 7620. 8705. 8727., Lit. D. Rr. 731. 1683. 1984. 2525. 2655. 3531. 3855. 4435. 5605. 5748. 7017. 7028. 7311. 7417.;
- g) pro 1. April 1862: Lit. B. Rr. 712. 2102. 2140. 5719. 6321. 6408. 6887., Lit. B. Rr. 490. 749. Lit. C. Rr. 992. 1220. 1609. 2911. 3169. 3252. 4269. 5264. 5580. 5990. 6673. 7151. 7666. 8509. 8793., Lit. D. Rr. 1245. 1721. 2124. 5259. 5686. 5730. 6214.,

hierdurch erinnert, dieselben unserer Kasse zur Zahlung des Betrages zu präsentieren.

Eine gleiche Erinnerung ergeht an diejenigen, welche noch Rentenbriefe der Provinz Sachsen Lit. E. & 10 Thlr. unter den Nummern 1. bis einschließlich 12,130. und von 12,135. bis einschließlich 12,172. inne haben, da diese in früheren Terminen bereits sämmtlich ausgelost worden sind.

Magdeburg, den 10. Mai 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(369) Ausgeloste Schuldverschreibungen der Sächsischen Tilgungskasse für das Halbjahr 1. Juli bis ult. December 1862. In dem am 9. d. M. zur Auslosung von Schuldverschreibungen der mit der hiesigen Provinzial-Rentenbank vereinigten Sächsischen Tilgungskasse für das Halbjahr 1. Juli bis ult. December 1862 hier selbst abgehaltenen Termine sind folgende Schuldverschreibungen ausgelost worden:

- 1) von Lit. A. & 3½ %: a) zu 500 Thlr. Rr. 257. 550., b) zu 100 Thlr. Rr. 230.;
- 2) von Lit. B. & 4 %: a) zu 500 Thlr. Rr. 265. 620. 844. 3107. 4248., b) zu 400 Thlr. Rr. 725., c) zu 100 Thlr. Rr. 1442. 1701. 3348. 4114., d) zu 50 Thlr. Rr. 1591., e) zu 25 Thlr. Rr. 1193. 3618.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 2. Januar 1863 ab je nach der Wahl der Interessenten entweder

- a) durch die Kasse der unterzeichneten Rentenkass., Domplatz Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr sofort gegen Zurücklieferung der ausgelosten Schuldverschreibungen im coursfähigen Zustande oder
- b) durch die Königliche Kreiskasse zu Heiligenstadt binnen 10 Tagen nach der an dieselbe im coursfähigen Zustande bewirkten Uebergabe der Schuldverschreibungen gegen Rückgabe der von der Kreiskasse darüber einstweilen auszustellenden Empfangsbefcheinigung.

Ueber den gezahlten Geldbetrag ist außerdem von dem Präsentanten der Schuldverschreibung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare Quittung zu leisten.

Mit dem 1. Januar 1863 hört die weitere Verzinsung der gedachten Schuldverschreibungen auf.

Indem wir die Inhaber der ausgelosten Schuldverschreibungen hierdurch auffordern, vom 2. Januar 1863 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir, daß die betreffenden beiden Kassen sich auf eine Uebersendung des Geldbetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen dürfen.

Gleiches fordern wir die Inhaber folgender, in frühern Terminen ausgelosten, aber noch nicht realisirten Schuldverschreibungen und zwar von folgenden Auslosungsterminen:

- a) 1. Juli 1854: à 4 % Nr. 2211. zu 5 Thlr.;
 b) 1. Januar 1855: à 3½ % Nr. 450. zu 10 Thlr., Nr. 468. zu 5 Thlr., à 4 % Nr. 2920. zu 10 Thlr.;
 c) 1. Juli 1857: à 3½ % Nr. 467. zu 25 Thlr.;
 d) 1. Januar 1861: à 3½ % Nr. 641. zu 50 Thlr., à 4 % Nr. 2905. zu 50 Thlr.;
 e) 1. Juli 1861: à 4 % Nr. 1620. zu 500 Thlr., Nr. 4229. zu 100 Thlr., Nr. 2219. zu 50 Thlr.;
 f) 1. Januar 1862: à 4 % Nr. 3932. zu 25 Thlr.,

hierdurch auf, dieselben bei unserer Rentenkass. hieselbst oder bei der Kreiskasse in Heiligenstadt zur Zahlung des Betrages zu präsentiren.

Magdeburg, den 10. Mai 1862.

Königliche Direction der Rentenkass. für die Provinz Sachsen.

Personal-Chronik.

(570) Von dem Königlichen Consistorio der Provinz Sachsen sind im II. Quartale d. J. die Candidaten der Theologie:

- 1) Karl Otto **Böttcher**, gebürtig aus Sachsa; 2) Emil Theodor **Elschner**, geb. aus Wehnia; 3) Karl Bernhard Ulrich **Silgenfeld**, geb. aus Groß-Chüden; 4) Hermann Edmund **Röbler**, geb. aus Koberseben; 5) Karl Hermann **May**, geb. aus Carlsefeld; 6) Karl Eduard **Weißner**, geb. aus Delitzsch; 7) Gustav Hermann **Seipke**, geb. aus Kaltendorf, pro ministerio geprüft und mit Wahlsähigkeitszeugnissen versehen worden.

(571) Zu der erledigten evangelischen Archidiaconatsstelle an der St. Michaeliskirche in Zeitz in der Diöces gleiches Namens ist der bisherige Pfarrer in Hornsömmern, August Hermann Valentin **Gräfenhan**, ernannt und befristet worden.

(572) Dem Bürgermeister **Blüthgen** zu Laucha ist die Führung der Polizei-Anwaltschaft für den Gerichtstagsbezirk Laucha vom 1. August c. ab commissarisch übertragen worden.

(573) Die Kreiswundarztstelle des Kreises Liebenwerda ist dem Wundarzt I. Klasse und Geburtshelfer **Schröder** aus Schildau, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Liebenwerda, verliehen worden.

(574) Der Ortsrichter **Drescher** in Tollwitz ist zum Stellvertreter des Schiedsmanns für den XI. Landbezirk im Merseburger Kreise gewählt und verpflichtet worden.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königlichen Regierung.

Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 30.

Ausgegeben zu Merseburg am 26. Juli 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Beörden.

(575) Die Ausreichung der Zinscoupons Serie XIV. und Talons zu Preussischen Staatsschuldscheinen betr.

Die den Zeitraum vom 1. Januar 1863 bis 31. December 1866 umfassenden Zinscoupons Serie XIV. nebst Talons zu den Preussischen Staatsschuldscheinen werden von der Controlle der Staatspapiere hieselbst, Dranienstrasse Nr. 92., vom 4. August d. J. ab, von 9 bis 1 Uhr Vormittags, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der drei letzten Tage jedes Monats, ausgereicht werden.

Wer sich zu diesem Behufe unmittelbar an die Controlle der Staatspapiere wenden will, hat derselben die Staatsschuldscheine mit einem doppelten Verzeichnisse, worin sie nach Litern, Nummern und Beträgen aufzuführen sind, zu übergeben. Das eine dieser Verzeichnisse wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, dem Einreicher sofort wieder eingehändigt. Dasselbe ist gegen Empfangnahme der betreffenden Schuld-documente nebst neuen Coupons und Talons der Controlle zurückzugeben.

In Schriftwechsel hierüber kann sich so wenig die Controlle, wie die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staatsschulden einlassen, und es werden alle betreffende Schreiben unerledigt zurückgeschickt, beziehungsweise unbeantwortet gelassen.

Andere Beihelligte haben ihre Staatsschuldscheine mit einem doppelten, nach Litern, Nummern und Beträgen geordneten, aufgerechneten und unterschriebenen Verzeichnisse an die nächste Regierungs-Hauptkassse einzulösen oder abzugeben, von welcher sie sofort das eine Verzeichniss, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, und später gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigung, die Documente nebst den Coupons und Talons zurückempfangen werden.

Formulare zu den Verzeichnissen sind in Berlin bei der Controlle der Staatspapiere, in Hamburg beim Preussischen Ober-Postamte, ferner bei den Regierungs-Hauptkassen und den von den Königl. Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden Kassen unentgeltlich zu haben.

Die Beförderung der Staatsschuldscheine durch die Post erfolgt bis zum 1. August l. J. portofrei, wenn auf dem Couverte bemerkt ist:

„Staatsschuldscheine zur Verfügun neuer Zinscoupons.“

Später tritt die Portopflichtigkeit ein, und es werden dann auch die Documente mit den Coupons und Talons den Einsendern auf ihre Kosten zurückgeschickt werden. Für solche Sendungen, die von Orten einzulösen oder nach Orten bestimmt sind, welche außerhalb des Preussischen Postbezirks, aber innerhalb des deutschen Postvereinsgebiets liegen, kann eine Befreiung vom Porto nach Massgabe der Vereins-Bestimmungen nicht stattfinden.

Die am 2. Januar 1863 fälligen Coupons Serie XIII. Nr. 8. der Staatsschuldscheine sind bei Abgabe der Letzteren zur Verfügun neuer Coupons und Talons von den Besitzern zurückzubehalten.

Berlin, den 10. Juli 1862.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.
Vorstehende Bekanntmachung bringen wir mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss, daß die Besitzer von Staatsschuldscheinen diese Papiere mit einer, sorgfältig nach dem nachstehenden Muster doppelt angefertigten Nachweisung, wozu ganze Bogen verwendet werden müssen, an die hiesige Regierungs-Hauptkassse und zwar, wenn die Sendung durch die Post erfolgt, unter der portofreien Aufschrift:

„Staatsschuldscheine zur Verfügun neuer Zinscoupons“

einzuschicken haben, worauf ihnen eine Empfangsbescheinigung der gedachten Hauptkassse zugehen wird.

Deutliche eigenhändige Namensunterschrift mit Bezeichnung des Standes oder Gewerbes, genaue Angabe des Wohnorts, bei den Einsendern aus den Städten auch der Nr. der Wohnung und bei Landbewohnern der nächsten Poststation, sowie überhaupt die richtige Aufstellung der erwähnten Nachweisung empfehlen wir dringend. In derselben sind die eingereichten Staatsschuldscheine zunächst nach den Beträgen, die vom

Vertheilt

höchsten Betrage zuerst, demnachst jede Gattung in sich nach der Nummersfolge in der Art zu ordnen, wie dies in dem nachstehenden Muster angedeutet ist.

Gedruckte Formulare zu den Nachweisungen können zwar bei sämtlichen Kreiskassen, sowie bei den Magisträten zu Weissenfels, Eilenburg, Bitterfeld, Herzberg, Querfurt, Colleba und Wiehe in Empfang genommen werden, doch genügen auch geschriebene, wenn solche genau nach der hier gegebenen Anleitung aufgestellt werden.

Die Einfindung der Staatschuldscheine, vom 4. August d. J. an, ist möglichst zu beschleunigen. Wir behalten uns vor, späterhin einen Termin bekannt zu machen, nach dessen Ablauf die Inhaber sich wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons unmittelbar an die königliche Controlle der Staatspapiere in Berlin wenden müssen. Die zu den einzufindenden Staatschuldscheinen gehörenden, noch nicht realisirten Zinscoupons sind zurück zu behalten, außer Cours gesetzt verbleiben in diesem Zustande.

Die Rückfindung der Papiere nebst neuen Coupons und Talons erfolgt sofort nach dem Eingange von Berlin unter Beifügung des eingereichten Duplicatverzeichnis an die Einreicher, welche nach deren Empfang ohne allen Verzug die von der Hauptkasse erhaltene Empfangsbefcheinigung, nachdem sie die darunter vorgedruckte Rückempfangsquittung gehörig ausgefüllt und vollzogen, derselben unter der portofreien Rubrik „wegen Beifügung neuer Zinscoupons zu Staatschuldscheinen“ bei Vermeidung portopflichtiger Erinnerung einzureichen haben.

Sollte der Einsender nach Ablauf von 3 Monaten noch nicht in den Besitz der Staatschuldscheine wieder gelangt sein, so hat er uns solches anzuzeigen, widrigenfalls er sich die etwaigen Weitläufigkeiten, welche ihm aus der Versäumnis dieser Anzeige für die Folge entstehen könnten, selbst beizumessen haben würde.

Merseburg, den 17. Juli 1862.

Königliche Regierung.

**Formular zur
Nachweisung
von Stück Staatschuldscheinen zur Beifügung der Zinscoupons Serie XIV. und Talons.**
Name, Stand und Wohnort des Einreichers.

| Laufende Nr. | Der Staatschuldscheine | | | | Laufende Nr. | Der Staatschuldscheine | | | |
|--------------|------------------------|------|---------|------------------------|--------------|------------------------|------|---------|------------------------|
| | Nr. | Lit. | Betrag. | Summe für jede Klasse. | | Nr. | Lit. | Betrag. | Summe für jede Klasse. |
| 1 | 705 | A. | 1,000 | 3,000 | 10 | 795 | F. | 100 | Uebertrag 5,300 |
| 2 | 10,926 | A. | 1,000 | | 11 | 837 | F. | 100 | 200 |
| 3 | 15,713 | A. | 1,000 | | 12 | 84 | H. | 25 | 25 |
| 4 | 54 | B. | 500 | 1,000 | | | | | zusammen 5,525 |
| 5 | 197 | B. | 500 | | | | | | |
| 6 | 296 | C. | 400 | | | | | | |
| 7 | 4,292 | D. | 300 | 900 | | | | | den 1862. |
| 8 | 4,693 | D. | 300 | | | | | | |
| 9 | 4,696 | D. | 300 | | | | | | |
| | | | | Seite 5,200 | | | | | (Unterschrift.) |

(376) Den unter Bedingungen freigegebenen Debit der Huelshergischen Tanninseife betr.

Im Verfolg des im Amtsblatte Stück 22. Nr. 442. erlassenen Verbots der Ankündigung und des Verkaufs der Huelshergischen Tanninseife wird zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Fabrikant C. G. Huelsherg zu Berlin sich verpflichtet hat, die von ihm ersundene Tannin-Palmsäure ferner nur als Lottemittel zu verkaufen, und daß ihm demnach der Debit derselben höhern Orts unter der Bedingung freigegeben ist, daß er sich bei der öffentlichen Ankündigung seines Fabrikats der eignen oder durch Andere bewirkten Anpreisung derselben als eines Heilmittels enthält.

Merseburg, den 15. Juli 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(377) Concessionierung der Lebens- und Renten-Versicherungs-Gesellschaft Royale Belge zu Brüssel.

Die in der Beilage abgedruckte Concession nebst Statuten der Lebens- und Renten-Versicherungs-Gesellschaft Royale Belge zu Brüssel werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 22. Juli 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(378) Das 35. Ausschreiben der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät betr.

Den Interessenten der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät wird hierdurch bekannt gemacht, daß heute das 35. Ausschreiben erlassen und zur Deckung der Ausgaben seit dem 1. Januar d. J. der Beitrag von pro 100 Thlr. der Versicherungssumme festgesetzt worden ist auf:

| | |
|------------------------|---------|
| in 1. Klasse | 2 Sgr., |
| 2. " | 2 1/2 " |
| 3. " | 6 1/2 " |

Von den im verfloffenen halben Jahre genehmigten Interims-Versicherungen ist gleichfalls der volle Beitrag nach obigem Verhältnis zu entrichten, sowie außerdem die mit dem 1. Januar d. J. neubestimmten Interessenten von pro 100 Thlr. ihrer Versicherungssumme 2 Sgr. Eintrittsgeld zu zahlen haben.

Der Betrag der von jedem Orte aufzubringenden Beitragssumme und des Eintrittsgeldes wird durch die betreffende Kreisdirection repartirt und eingefordert werden und ist binnen 4 Wochen nach der Insinuation des speciellen Ausschreibens an die betreffenden Recepturtafeln der Societät in Preussischem Conrath abzuliefern.

Die Verwendung der Beiträge wird den Interessenten demnächst nach Abnahme der Societät-Jahres-Rechnung durch einen Extract aus derselben in den Amtsblättern näher nachgewiesen werden.

Allenhausen, den 1. Juli 1862.

Der Generaldirector der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät. Graf von der Schulenburg.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(379) Dem Civil-Ingenieur Joseph Friedländer in Berlin ist unter dem 5. Juli 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesene Flachs-Schwingmaschine, soweit solche für neu und eigenthümlich erachtet worden ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(380) Das dem Julius Schubert, Firma: J. Schubert und Co. in Leipzig, unter dem 9. Januar 1861 erteilte Patent auf eine in ihrer ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erachtete Notendruckpresse ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(381) Seine Majestät der König haben Allernädigt geruht, dem Provinzial-Schul-Secretair Sirelbrink zu Magdeburg den Character als Rechnungsrath zu verleihen.

(382) Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle an der Kirche zu Unserer Lieben Frauen in Halle a/S. ist der bisherige Hilfsprediger Friedrich Jacob Heinrich Wanne berufen und bestätigt worden.

(383) Durch das Ableben des Pfarrers Artus ist die unter Königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Daubichen in der Ephorie Jessen vacant geworden. Dieselbe gewährt ein Einkommen von circa 620 Thlr. und hat eine Kirche und eine Schule.

(384) Durch den Tod des Pfarrers Schöber ist das Pfarramt zu Rahnsdorf in der Ephorie Rahna erledigt worden, dessen Einkommen auf 1171 Thlr. veranschlagt ist. Die Pfarochie Rahnsdorf hat zwei Kirchen, die unter Königlichem Patronate stehen, und eine Schule.

(385) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle in Gursdorf und Diaconatsstelle zu Schleuditz in der Diöcese gleiches Namens ist der bisherige Pfarrer zu Neuken in der Ephorie Belgern, Ernst Constantin Vistorius, ernannt resp. berufen und bestätigt worden.

(386) Die erledigte evangelische Pfarrstelle an der Stadtkirche zu Torgau in der Diöcese gleiches Namens ist dem bisherigen Pfarrer zu Ritzthi in der Diöcese Witten, Gustav Weser, verliehen und ist derselbe bestätigt worden.

(387) Der Baukunstbesessene Robert Hermann Hubn aus Halle ist zum Bauführer ernannt und als solcher vereidigt worden.

(388) Die Schulstelle in Breitenbach, Ephorie Zeitz, Königlichem Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(889) Dem forstverorgungsaberechtigten Jäger, bisherigen Hilfsaufseher **Reichold** ist die königliche Forstlaufseherstelle zu Neusorgefeld in der Oberförsterei Hohenbudo vom 1. Juli c. ab definitiv verliehen worden.

(890) Der forstverorgungsaberechtigte Jäger, bisherige Hilfsaufseher **Jädr Kiefer** ist zum königlichen Forstlaufseher zu Bahna in der Oberförsterei Seyda vom 1. November c. ab definitiv ernannt worden.

(891) 1) Es sind befördert: der Postklassencontrolleur **Nitschmann** zum commissariischen Post-Inspector für den Bezirk der Ober-Postdirection zu Magdeburg und der Ober-Postsecretair **Schrader** in Halle zum commissarischen Postklassencontrolleur für den Bezirk der Ober-Postdirection zu Halle.

2) Es sind versetzt: die Postexpedienten **Rühme** von Delitzsch nach Artern, **Schulze** von Neurode nach Herzberg, **John** von Wittenberg nach Bitterfeld.

3) Es sind angestellt: die Postexpedienten-Anwärter **Wiedicke** bei dem Postamte in Eilenburg, **Schmidt II.** bei dem Postamte in Halle und **Apell** bei der Postexpedition in Artern.

4) Es sind gestorben: der Postassistent **Walch** in Herzberg und der Briefträger **Rosenstein** in Eilenburg.

Hierzu eine Beilage, die Concession nebst Statuten der Lebens- und Renten-Versicherungs-Gesellschaft Royale Belge zu Brüssel, enthaltend.

Redigirt im Amtsblatt, Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Belageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Beilage
zum
Amtsblatt
der Königl. Regierung zu Merseburg.

Concession

zum Geschäftsbetriebe in den Königl. Preuss. Staaten für die Lebens- und Renten-
Versicherungs-Gesellschaft Royale Belge zu Brüssel.

(Orig.: 15 Silbergroschen Stempel.)

Der unter der Firma:

Lebens- und Renten-Versicherungs-Gesellschaft „Royale Belge“

in Brüssel domicilirten Actien-Gesellschaft wird die Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königl. Preuss. Staaten, auf Grund der unterm 17. Februar 1853 und 19. April 1856 landesherrlich bestätigten Statuten, hienmit unter nachfolgendem Bedingungen ertheilt:

- 1) Jede Veränderung der bei der Zulassung gültigen Statuten muß bei Verlust der Concession angesetzt und, ohne nach denselben verfahren werden: darf, von der Preuss. Staats-Regierung genehmigt werden.
- 2) Die Veröffentlichung der Concession, der Statuten und der etwaigen Änderungen derselben erfolgt in den Amtsblättern derjenigen Königl. Regierungen, in deren Bezirken die Gesellschaft Geschäfte zu betreiben beabsichtigt, auf Kosten der Gesellschaft.
- 3) Die Gesellschaft hat wenigstens an einem bestimmten Orte in Preussen eine Hauptniederlassung, mit einem Geschäfts-Polize und einem dort domicilirten General-Bevollmächtigten zu begründen.

Derselbe ist verpflichtet, derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk sein Wohnsitz belegen, in den ersten sechs Monaten eines jeden Geschäftsjahres neben dem Verwaltungsberichte und der General-Bilanz der Gesellschaft eine ausführliche Uebersicht der im verkauften Jahre in Preussen betriebenen Geschäfte einzureichen.

In dieser Uebersicht — für deren Aufstellung von der betreffenden Regierung nähere Bestimmungen getroffen werden können — ist das in Preussen befindliche Activum von dem übrigen Activum gesondert anzuführen. Für die Richtigkeit der Bilanz und der Uebersicht, so wie der von ihm gestellten Bücher, einzusehen, hat der General-Bevollmächtigte sich persönlich, und erforderlichen Falles unter Stellung zutüchtlicher Sicherheiten zum Vortheil sämmtlicher inländischer Gläubiger zu verpflichten. Außerdem muß derselbe auf amtliches Verlangen unweigerlich alle diejenigen Mittheilungen machen, welche sich auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft oder auf den der preussischen Geschäfts-Niederlassung beziehen, auch die zu diesem Behufe etwa nöthigen Schiedsrichte, Bücher, Rechnungen &c. zur Einsicht vorlegen.

- 4) Durch den General-Bevollmächtigten und von dem inländischen Wohnorte desselben aus, sind alle Verträge der Gesellschaft mit den Inländern abzuschließen.

Die Gesellschaft hat wegen aller aus ihren Geschäften mit Inländern entstehenden Verbindlichkeiten, je nach Verlangen des inländischen Versicherers, entweder in dem Gerichtsstande des General-Bevollmächtigten oder in demjenigen des Agenten, welcher die Versicherung vermittelt hat, als Besagte Recht zu nehmen und diese Verpflichtung in jeder für einen Inländer auszustellenden Versicherungs-Police ausdrücklich anzudeuten. Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren, mit Einschluß des Obmanns, preussische Unterthanen sein.

Die vorliegende Concession — welche übrigens die Befugnis zum Erwerbe von Grundeigenthum in den preussischen Staaten, wo es der in jedem einzelnen Falle besonders nachzuforschenden landesherrlichen Erlaubnis bedarf, nicht in sich schließt.

— kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermeßsen der Preuss. Staats-Regierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

Berlin, den 10. Mai 1862.

(L. S.)

Der Minister des Innern,
gez. v. Jagow.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten,
Im Auftrage: gez. Delbrück.

W. d. S. L. A. 3291. W. f. O. Nr. IV. 4538.

Der Belgische Moniteur.

Offizielles Journal.

26. Jahrgang.

Sonnabend, den 19. April 1866.

Nr. 110.

Offizielle Partie.

Das Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten.

Statuten

der anonymen Gesellschaft für Lebens-Versicherungen, genannt die Royale Belge, durch königliche Verordnungen des Königs Leopold vom 17. Februar 1853 und den 19. April 1856 autorisirt, wie dieses aus dem Verwaltungs-Akte, welcher den 8. Februar 1858 von dem Rotarius van Bevern beschloß, und einregistrirt und den Modifikations-Akten vom 7. Oktober 1854 und 29. März 1856 vor demselben Rotarius, hervorgeht.

Den dritten Februar achtzehn Hundert drei und fünfzig vor dem Herrn Wilhelm Joseph Eduard van Bevern, Notarius in Gegenwart der weiter benannten Zeugen.

Sind erschienen:

1. Herr Eduard Joseph Mercier, Staats-Minister, ehemaliger Finanz-Minister, Mitglied der Repräsentanten-Kammer, wohnhaft in Braine-l'Alleud, Aufenthaltsort Brüssel;
2. Heinrich Alphonse Marie Pitteurs, Eigenthümer, Mitglied der Repräsentanten-Kammer, wohnhaft in St. Trond;
3. August Joseph Dumon, Eigenthümer, Mitglied der Repräsentanten-Kammer, wohnhaft in Tournai;
4. Herr Prosper, Nicolas Peter Trumper, Bauquier, wohnhaft in Brüssel;
5. André Langrand-Dumonceau, General-Director der Belgischen Compagnie der vereinigten Reutner, wohnhaft in Brüssel, in seinem eignen Namen, als auch für Herrn Carl Victor Pennequin, Eigenthümer, wohnhaft in Singelom, laut Vollmacht vom 27. Januar or., worauf bemerkt ist: einregistrirt, Brüssel, Norden, den zweiten Februar Tausend acht Hundert drei und fünfzig. Vol 13. fol. 40. v. case 4., erhalten für Gebühren zwei Franken ein und Zwanzig Centimen, der Einnehmer. Unterzeichnet P. Jypersiel, ist dem Gegenwärtigen beigelegt und als treu und aufrichtig bescheinigt.
6. Carl Ceters, Doctor der Rechte, Eigenthümer, wohnhaft in Brüssel, Läden-Straße Nr. 28.
7. Philipp Fritz Balshazar Otto Ghislain Graf van Merode, Staats-Minister, wohnhaft in Rixensart, und Karl Antoin Ghislain Graf van Merode-Deckerloo, wohnhaft in Deckerloo, Beide Eigenthümer und Mitglieder der Repräsentanten-Kammer;
8. Julius Joseph Baron van Aethan, ehemaliger Justiz-Minister, Mitglied des Senats, wohnhaft in Esgerbeek, Königs-Straße Nr. 1.;
9. Herr Adolphe Stanislas Humbert Graf van Liebeferte Beaufort, Mitglied der Repräsentanten-Kammer, wohnhaft in Gelles, Provinz Namur.
10. Herr Johann Joseph Kriener Baron van Ols, Mitglied der Repräsentanten-Kammer, wohnhaft in Antwerpen;
11. Ludwig Desiré Mathieu, Repräsentant der Kammer, wohnhaft in Enghien;
12. Eugen Johann Ador van Overlooy, Advokat am Appellationsgericht zu Brüssel, Mitglied der Repräsentanten-Kammer, wohnhaft in Brüssel;

13. Antoin Karl Hennequin Graf von Biffermont, Eigenthümer, wohnhaft in Petigny;
14. Florent Felix Victor Bourdin, Notarius in Brüssel, daselbst Marijn-Vloeg wohnend;
15. Karl Friedrich Vorel, Eigenthümer, wohnhaft in Brüssel Marais-Straße Nr. 28;
16. Peter Joseph Mastracien, Eigenthümer, Communalrath der Stadt Brüssel, daselbst in der Verleiment-Straße wohnend, in seinem Namen als auch für den Herrn Florian Bouqueau, Doctor der Medizin, wohnhaft in Jodoigne;
17. Simon Adrian Franz Mercier, Director des Finanz-Ministeriums, wohnhaft in St. Josse-ten-Noode;
18. Felix Carez, Eigenthümer, wohnhaft in St. Josse-ten-Noode Union-Straße Nr. 25;
19. Eugen Ferdinand Brugman, Advokat am Appellationsgericht in Brüssel, Eigenthümer, daselbst wohnhaft Legum-Straße Nr. 16. bis;
20. Peter Antoin Martin Maertens, Banquier, wohnhaft in St. Josse-ten-Noode, Kunststraße;
21. Eduard Messelman Eigenthümer, wohnhaft in Brüssel, St. Ghislain-Straße;
22. Herr Kimé, Jacques Friedrich Roelands, Sachwalter am Appellationsgericht in Brüssel, wohnhaft in Saint-Josse-ten-Noode, Charité-Straße Nr. 53;
23. Dr. Marie Gaspar Ludwig Xavier Heuschling, ehemaliger Escadrons-Chef, wohnhaft in St. Josse-ten-Noode, Prozeßhaus-Straße;
24. Dr. Karl Daudelooch, Negociant, wohnhaft in Brüssel, Neun Brücken-Straße;
25. Dr. Johann Baptist Langrau-Horath, Eigenthümer, wohnhaft in Brüssel;
26. Dr. Adolph Johann Joseph Baed, Beamter, wohnhaft in Brüssel, Pergament-Straße.
27. Dr. Johann Franz Grabbé, Notariats-Candidat, wohnhaft in Brüssel in der St. Laurent-Straße.

Die Herren Mercier, Pitteurs, Dumon, Trumper, Langrand-Dumonceau, Cctors und der Graf von Biffermont, handeln sowohl in ihrem eignen Namen als auch im Namen der nachbenannten Herren: Dr. Mercier für Herrn Heinrich L'rint van Raeyer, Mitglied der Repräsentanten-Kammer, wohnhaft in Gent;

Herr Pitteurs für Herrn Nicolas Desgeur, Notarius und Bürgermeister in St. Trond, daselbst wohnhaft und für Herrn Joseph L'Poest, Director der Dampfmühlen in Châteaufineau, wohnhaft daselbst;

Herr Dumon für Herrn Julius André Joseph Hubert van Grand'ry, Eigenthümer und Industrial, wohnhaft in Derviers.

Herr Trumper für Herrn Prosper Terrade Eigenthümer, wohnhaft in Saint Josse-ten-Noode;

Herr Langrand-Dumonceau für:

1. Madame Marie Elisabeth Cécile Colpin, Wittve des Hrn. Johann Franz Hennequin, Eigenthümer, wohnhaft in Gungelom.
2. Madame Jeanne Catharine Steenderghen, Wittve aus der ersten Ehe mit Johann Franz Dumonceau und aus zweiter Ehe mit Herrn Johann Baptist Verbruggen, Negotiantin, wohnhaft in Brüssel in der Allen-Straße;
3. Fräulein Regine Rosine Verbruggen, Rentnerin, wohnhaft in Brüssel;
4. Peter Joseph Marien, Priester-Becarius, wohnhaft in Brüssel;
5. Wilhelm Michiels, Priester-Becarius, wohnhaft in Brüssel und
6. Franz Johann Communale Antoin, Cels, Rentner, wohnhaft in Pierre.

Herr Cctors für:

1. Madame Marie Decort in getrennten Öktern lebende Gemahlin des Herrn Joseph Ghislain Vanderfincken von Hooghoorck, Eigenthümer, wohnhaft in Brüssel, Paelen-Strasse;
2. Herr Johann Nicolas Paquet, Rath am Cassationshofe, wohnhaft in Tresselt;
3. Herr Peter Joseph Cctors, Notarius zu Tilbend, und daselbst wohnhaft;
4. Herr Johann Baptist Cctors, Negociant, wohnhaft in Löwen;
5. Herr Johann Franz Van Mol, Geburtshelfer und Eigenthümer wohnhaft in Löwen; und endlich

Herr Graf von Biffermont, für:

1. Ludwig Marie Hennequin, Graf von Biffermont Bürgermeister zu Nette, Departement der Aisne, Frankreich, daselbst wohnhaft;
2. Madame Elisabeth Kimé Françoise Distrée Savary, Gemahlin des Herrn Michel Picot, Eigenthümer, wohnhaft in Nismes, Provinz von Nauru;
- und
3. Herr Alphonse Picot, Eigenthümer, wohnhaft in Nismes.

Diese Herren sind übereingekommen eine anonyme Gesellschaft unter der Benennung die Royale Belge zu bilden deren Zweck weiterhin erklärt wird; sie haben die Statuten dieser Gesellschaft folgender Massen festgesetzt:

- Art. 1.** Es bildet sich, mit Vorbehalt der königlichen Genehmigung, unter den Erschienenen und denjenigen Personen für die sie Bürgen leisten, eine anonyme Gesellschaft unter der Benennung die Royal Belge.
Der dauernde Sitz der Gesellschaft ist in Brüssel.
- Art. 2.** Die Dauer der Gesellschaft ist auf neunzig Jahre, vom Tage der königlichen Genehmigung an, festgesetzt, mit Vorbehalt des Falls einer Auflösung, bewirkt im Artikel 47.
Die Actionäre werden wenigstens ein Jahr vor dem Ablauf dieser Frist berufen werden, laut Artikel 44, die Fortsetzung oder die Liquidation der Gesellschaft zu bestimmen.
Die Fortsetzung kann nur unter den Bedingungen, die in den beiden letzten Paragraphen des Artikel 42. (Generalversammlung vom 30. October 1855) sind, stattfinden.
- Art. 3.** Die Operationen der Gesellschaft bestehen ausschließlich in: Versicherungen oder Leibrenten aller Art zu sichern, dieselben mögen einzeln, aufgehoben, zeitliche auf ein einzelnes oder auf mehrere Leben gestellte, vereinigt oder getrennt, oder mit Rücksicht auf eine bestimmte Ordnung des Ueberlebens, mit einem Worte, alle nur mögliche auf das Leben berechnete Uebereinkünfte zu schließen. Versicherungen auf bestimmte Frist, unabhängig vom Tode der versicherten Person. Diese Versicherungen haben zum Gegenstande, Capitalien auf Zinsen zu placiren, die ganze Summe zurückzahlbar oder zu bestimmten aufeinanderfolgenden Epochen nach den zu bestimmenden jährlichen Leibrenten.
Kauf und Verkauf von Eigenthümern, Nießbrauche, Leibrenten und zeitliche jährliche Leibrenten.
Versicherung von Capitalien die zur Befreiung des Militärdienstes dienen sollen; zahlbar im Lebensfalle, wenn der Versicherte als Militärselbst berufen wird.
Versicherungen zeitlicher oder lebenslänglicher Entschädigungen für Krankheits- oder Unglücksfälle, die die versicherte Person ihre Geschäfte zu treiben verhindert. Diese Versicherungen können nur dann unterschrieben werden, nachdem die Staatsverwaltung den Tarif für diese Art Versicherungen genehmigt hat.
Die Operationen, die von den menschlichen Leben abhängen, werden nach den von der Staatsverwaltung bestätigten Tarifen regulirt. (Generalversammlung vom 30. October 1855.)
- Art. 4.** Es kann keine Versicherung die eintretlich beim Tode einer dritten Person ohne schriftliche Zustimmung dieser dritten Person contractirt werden, oder was den zum Contrahiren unfähigen Personen anbelangt, ohne die schriftliche Genehmigung ihres Vaters, ihrer Mutter, Vormundes oder Curatoren, es sei denn, daß die Contrahirende bei der Anfertigung des Contractes rechtfertige, daß für die Fälligkeit der dritten Person ein Interesse vorhanden ist, welches wenigstens der versicherten Summe gleichkommt.
Die Umstände, woher dieses Interesse entsteht, werden in dem Contracte aufgezeichnet sein. Die Genehmigung des Valters für eine Lebensversicherung seiner Frau, entbindet nicht von der Genehmigung der Letzteren. (Generalversammlung vom 30. October 1855.)
- Art. 5.** Der Contrahirende kann im Todesfalle das Eigenthum der Versicherungscontracte durch eine regelmäßige Indossirung, die den geleisteten Beitrag anzeigt, laut Artikel 137 und 138 des Gemeinde-Gesetzbuches übertragen.
Dem darauf ein Recht habenden steht dasselbe frei; es wird aber die schriftliche Zustimmung des Versicherten vorzuweisen verlangt, oder nachzuweisen, daß es dem Cessionar an der Fälligkeit des Versicherten liegt; in diesem letzteren Falle muß das Uebertragen von der Compagnie bestätigt werden. Das Uebertragen muß den Namen dessen, dem das Eigenthum übertragen wird, angeben. (Generalversammlung vom 30. October 1855.)
- Art. 6.** Die Tarife der Gesellschaft können durch den Administrations-Rath mit Genehmigung der Staatsverwaltung modificirt oder completirt werden.
Die Modification der Tarife können in keinem Falle nachtheilig noch vortheilhaft für die vorhandenen Contracte sein.
Die Bedingungen der Contracte auf die man im Voraus keine Tarife machen kann, werden auf Grund der bestehenden Tarife regulirt. Die Gesellschaft kann nach Belieben die combinirten Versicherungen mit Wahrscheinlichkeit auf Sterblichkeit verhandeln, wenn die zu versichernden Personen mehr als sechzig Jahre alt sind. (Generalversammlung vom 30. October 1855.)
- Art. 7.** Die Gesellschaft kann, zu Gunsten der Versicherten eine Theilnahme an den Beneficien genehmigen.
Die Art und der Betrag dieser Theilnahme werden von dem Administrations-Rath mit der Bewilligung der Staatsverwaltung bestimmt. (Generalversammlung vom 30. October 1855.)
- Art. 8.** Das Maximum der Lebensversicherung, zahlbar beim Absterben einer Person, ist auf Hundert Tausend Franken festgesetzt.

Art. 29. Er ist mit der Ausführung der Vorschläge und Beschlüsse des Verwaltungsrathes betraut.
Er leitet die Bureau-Geschäfte, ordnet und bestimmt nach der Entscheidung des Rathes die Bedingungen der Versicherungen.
Er legt dem Rathe die Verordnungen der Verluste und Schaden der Gesellschaft vor.
Er beantragt die Ernennung, Entlassung und Absetzung der Beamten und Diener der Gesellschaft.

Art. 30. Der Direktor unterschreibt laut Artikel 26 mit einem oder mehreren Verwaltern die Acten der Gesellschaft, der Direktor und zwei Verwalter können den Beschlag aufheben und die theilweise oder gänzliche Redaction der Inscriptions gewähren, mit und ohne Zahlung die zum Nutzen der Gesellschaft erhoben wird.
Klagen werden nur im Namen der Gesellschaft, gerichtliche Verfolgungen und Betreibungen von dem Direktor, ausgeübt.

Art. 31. Im Verhinderungsfalle kann der Direktor von einem der Verwalter remplaceirt werden.

Art. 32. In Krankheitsfällen, Abwesenheit, Suspension des Direktors, nennt der Verwaltungsrath ihn zu remplaceiren einen interimistischen Direktor, der die Sitzungen des Verwaltungsrathes mit beratender Stimme beizwohnt. Zum interimistischen Direktor kann nur einer der Verwalter genannt werden. Der interimistische Direktor hat dieselbe Nachausübung und dieselben Funktionen als der Direktor selbst. Wenn die Hindernisse längere Zeit dauern, so ist der Verwaltungsrath gehalten die Generalversammlung in gewöhnlicher oder außerordentlicher Sitzung davon in Kenntniß zu setzen.

Art. 33. Mit Ausnahme des Artikels 27 und auf Grund der gegenwärtigen Statuten ist Herr Andre Langrand-Dumonceau zum Direktor ernannt worden.

Generalversammlung.

Art. 34. Die Generalversammlung vertritt die Gesamtheit der Actionnaire; ihre Entscheidungen sind für alle auch selbst für die Abwesenden verpflichtend.

Art. 35. Die Generalversammlung besteht aus Inhabern von drei Aktien.
Jeder Inhaber von drei Aktien hat eine Stimme und jeder Inhaber von sechs und mehr Aktien zwei Stimmen. Das Recht der Versammlung beizuwohnen kann beauftragt werden, aber nur einem Actionnaire der selbst das Recht hat dieser Versammlung beizuwohnen. In diesem Falle kann ein Bevollmächtigter nicht mehr als zwei Actionnaire vertreten.

Art. 36. Die Generalversammlung wird von dem Verwaltungsrath direkt oder auf Verlangen von zehn Actionnairen, oder zwei Kommissaren einberufen.

Der Präsident des Verwaltungsrathes und im Verhinderungsfalle einer der gegenwärtigen Verwalter steht dieser Versammlung vor.
Die zwei ältesten gegenwärtigen Mitglieder werden zu Wahlzeugen ernannt.
Der jüngste der Mitglieder ist Secrétaire.
Die Wahlzeugen und der Secrétaire dürfen nicht zu den Verwaltern gehören.
Die Sitzungen, Protokolle, sind mit der Unterschrift des Präsidenten, der Wahlzeugen und des Secrétaires versehen. (Generalversammlung vom 30. October 1855.)

Art. 37. Die Beschlüsse der Generalversammlung haben nur dann Gültigkeit, wenn wenigstens zwanzig Mitglieder gegenwärtig oder vertreten sind und wenigstens den vierten Theil des Aktienfonds vertreten.
Im entgegengesetzten Falle wird die Versammlung von neuem berufen. Diese neue Versammlung kann nur über Gegenstände beraten die der ersten Versammlung vorgelegt werden durften, aber ihre Entscheidungen sind rechtsgültig, welche auch die Zahl der gegenwärtigen Mitglieder und der repräsentirten Aktien sein mag.

Art. 38. Die Generalversammlung findet gewöhnlich im Monat April jeden Jahres statt.
Die Art und Weise der Einberufung ist weiter im Artikel 41 bezeichnet.

Art. 39. Die Versammlung hört, diskutiert und wenn es nöthig ist bestätigt die Rechnungen der Gesellschaft.
Sie bestimmt wenn Beneficien da sind den Betrag der Dividendenvertheilung mit Vorbehalt der Genehmigung des Kommissars der Staatsverwaltung.

In keinem Falle können Dividenden und Beneficien vertheilt werden als nur von wirklich vorhandenen

Beschlüssen.

Art. 40. Die Generalversammlung berathschlagt nur über das was sich in den Grenzen der gegenwärtigen Statuten befindet.

1) über die Geschäfte die ihr entweder von dem Verwaltungsrathe oder von den Commissaren vorgelegt werden.

2) Ueber Vorschläge von wenigstens fünf Mitgliedern unterzeichnet und wenigstens zehn Tage vor der Versammlung dem Verwaltungs-Rathe zur Tages-Ordnung zu bringen, mitgetheilt.

Die Entscheidungen geschehen durch Stimmenmehrheit der gegenwärtigen Mitglieder; mit Vorbehalt der Ausnahmen bemerkt in den Artikeln 42, 43 und 47. — Geheime Abstimmung findet jedes mal statt, wenn sie von fünf Mitgliedern verlangt wird. Die Generalversammlung ernannt die Verwalter bei geheimer Abstimmung mit Stimmen-Mehrheit der gegenwärtigen Mitglieder. Wenn die beiden ersten Abstimmungen kein Resultat ergeben, so findet Ballotirung der beiden Kandidaten statt, die bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen vereinigen. Bei allen Wahlen, wenn Stimmengleichheit vorhanden ist, so wird demjenigen der die meisten Aktien besitzt, der Vorzug eingeräumt und wenn auch hierin Gleichheit stattfindet, so wird der Ältere vorgezogen. (Generalversammlung vom 30. October 1865.)

Art. 41. Die Generalversammlung wählt jährlich bei ihrer Zusammenkunft im Monat April unter ihren Mitgliedern, die Verwalter ausgenommen, fünf Commissare, die beauftragt sind, die Operationen der Gesellschaft zu beobachten und zu kontrolliren, die der Generalversammlung vorzulegenden Rechnungen zu examiniren, sie zu bekräftigen und wenn es nöthig ist, die Bilanz und das Budget der Gesellschaft.

Die Commissare haben das Recht, Kenntniss von den Büchern und allen Urkunden der Gesellschaft zu nehmen, und die Gesellschafts-Casse zu bewahren.

Die ihnen anvertraute Sorgfalt der allgemeinen Aufsicht können sie unter sich einem oder dem andern übertragen.

Die Commissare erhalten vom Verwaltungsrathe und dem Director alle ihnen nöthig scheinenden Mittheilungen und Erläuterungen. Sie fassen der Generalversammlung davon Bericht ab. Dieser Bericht wird vorläufig dem Rathe und dem Commissare mitgetheilt.

Es wird den Commissaren jährlich von dem Gewinn der Gesellschaft eine Vorausnahme die die Generalversammlung festsetzt, gewährt.

Art. 42. Die Generalversammlung kann außerordentlich berufen werden, sie kann auf den Vorschlag des Verwaltungsrathes, oder nachdem der Rath vernommen zu haben, diejenigen Modificationen dieser gegenwärtigen Statuten, die zu machen sie für nöthig erachtet, vornehmen; aber in diesem Falle, damit ihre Entscheidungen Gültigkeit haben, so müssen sie in Einverständnis mit wenigstens der Hälfte der Aktionäre denen das Recht der Generalversammlung beizuwohnen zusteht, und der Majorität der drei Viertel der Stimmen der gegenwärtigen Mitglieder genommen werden.

Diese Modificationen sind nur nach Befätigung der Staatsverwaltung ausführbar.

Art. 43. Wenn in der ersten Versammlung nicht die nöthige Zahl der Aktionäre vorhanden ist, so wird eine neue Versammlung einberufen; eine Entscheidung kann statt haben, wenn eine Majorität von drei Vierteln der Stimmen der gegenwärtigen oder vertretenen Aktionäre vorhanden ist; die Anzahl der Anwesenden möge sein welche sie wolle, aber die Entscheidung kann nur über einen Gegenstand der ersten Einberufung bestimmen.

Art. 44. Die Einberufungsbefehle der gewöhnlichen und außerordentlichen Generalversammlungen müssen wenigstens zwanzig Tage vor der Sitzung abgeschickt sein und gleichzeitig den Gegenstand der Einberufung anzeigen; außerdem wird ein Bericht der Einberufung in das Amtsblatt (Mouiteur) und in eine der täglich erscheinende Brüsseler Hauptzeitungen eingebracht werden.

Art. 45. Es wird alle Jahre ein Inventarium gemacht und der Zustand in dem sich die Gesellschaft den 31. December befindet.

Nachdem der Rath den Zustand der Gesellschaft wahrgenommen, bestimmt die Vertheilung des Gewinns, wenn solcher vorhanden.

Das Inventarium, die Umstände in denen sich die Gesellschaft befindet und die Vertheilung, werden mit den Beglaubigungs-Akten dem Commissar der Staats-Verwaltung wenigstens vierzehn Tage vor dem Zusammenhuf der Generalversammlung zur Prüfung vorgelegt und der Generalversammlung zur Befätigung.

Ein Duplicat der Rechnungen wird gleichzeitig an den Minister in dessen Bereiche die Handels-Angelegenheiten sich befinden, übersandt. (Generalversammlung vom 30. October 1865.)

Art. 46. Der auf Grund des Artikel 30. constatirte Reingewinn der Gesellschaft, wird nach Abzug der Interessen des Gesellschafts-Capitals auf folgende Weise verwendet:

1) Zwanzig Prozent an die Verwaltung laut Artikel 21.

2) Beträge die den Commissären laut Artikel 41 gebühren.

3) Fünf und zwanzig Prozent werden in den Reservefonds gezogen, bis dieser Fonds eine Million beträgt;

Ein und Zwanzig und ein halbes Prozent sobald er eine Million passiert. Der Reservefonds vermehrt sich durch die jährlichen Interessen dieses Fonds zu 4 %.

Der Ueberschuß wird unter die Aktionäre im Verhältnis ihrer Interessen in der Gesellschaft verteilt.

Bei jeder Verteilung wird eine Summe von Zwei Prozent gleich der den Aktionären zugekauften erhoben, und von dem Verwaltungsrathe zu wohlthätigen Zwecken verwandt.

Ein Viertel des Gewinns wird dann erhoben, wenn der Reservefonds auf weniger als eine Million reducirt ist. (Generalversammlung vom 30. October 1855.)

Auflösung und Abrechnung der Gesellschaft.

Art. 47. Die Auflösung der Gesellschaft kann rechtlich stattfinden:

1) Wenn mehr als die Hälfte des bereits ganz eingezahlten Aktien-Kapitals nebst dem Reservefonds verloren gegangen ist.

2) Wenn der Antrag zur Auflösung von zwei Drittel der in der Generalversammlung vereinigten Aktionäre, welche im Besig wenigstens zwei Drittel der Aktien sind, gestellt wird.

In diesem letzten Falle kann die Auflösung nur durch vorläufige Genehmigung der Staats-Verwaltung in Ausführung gebracht werden.

Art. 48. In dem vorstehenden Artikel vorhergesehenem Falle ist der Verwaltungsrath gehalten, sogleich die Generalversammlung einzuberufen.

Das der Versammlung vorzulegende Inventarium und in welchem Zustande sich die Gesellschaft befindet, werden vorläufig den zur Prüfung bestimmten Commissären die auf Grund des Artikels 41. dazu ernannt sind, sowie dem Commissar der Staatsverwaltung, mitgetheilt.

Art. 49. Im Falle der Auflösung der Gesellschaft werden von der Generalversammlung in derselben Sitzung drei Commissäre zu Liquidatoren, und wenn sie es für nöthig erachtet zwei Ersatzmänner ernannt.

Art. 50. Die Commissäre, Liquidatoren versehen den Verwaltungsrath und den Director und wird ihnen die Liquidation durchzuführen dieselbe Vollmacht als die dem Verwaltungsrathe verliehen.

Sie bewirken die Reasscuranz der noch nicht getilgten Discos, oder heben die Versicherungs-Akte, wenn dieses freiwillig geschehen kann, auf.

Sie ordnen und bestimmen die Rückzahlungen oder Verluste und Schaden der Gesellschaft.

Sie bewerkstelligen die Aktivschulden der Gesellschaft. Der Verkauf und Uebertragung der der Gesellschaft gehörigen Werthe, so wie auch die Correspondenz und alle anderen Aktenstücke müssen mit der Unterschrift wenigstens zweier Commissäre versehen sein.

Die Liquidations-Commission kann sich dem Schiedsspruche unterwerfen und Vergleiche über Litidcontestationen und Forderungen treffen.

Sie kann zu diesem Behufe substituiren.

Die Beschlüsse werden durch Stimmenmehrheit bekräftigt.

Art. 51. Wenn in Folge einer Entlassung, Ablebens oder aus irgend einem andern Grunde die Liquidations-Commission vollständig zu sein aufhört, so wird die Generalversammlung sogleich, um diese Lücken auszufüllen, einzuberufen.

Art. 52. Es wird am Ende des Jahres in welchem die Auflösung der Gesellschaft beschlossen worden, und später alle 6 Monate bis zur völligen Beendigung der Liquidation ein Inventarium der Zustände der Gesellschaft gemacht.

Art. 53. Es wird darüber der Generalversammlung Rechnung abgelegt, die sich über die Art der Liquidation ausspricht.

Allgemeine Dispositionen.

Art. 54. Sollten sich Streitigkeiten unter den Aktionären und der Gesellschaft oder unter den Aktionären selbst ergeben, so sind dieselben auch die im Artikel 51 und folg. des Handels-Gesetzbuches vorgeschriebene Weise, durch Schiedsrichter zur Entscheidung zu bringen.

Art. 55. Der Minister, in dessen Bereiche die Handelsangelegenheiten sich befinden, kann einen Commissar für die Gesellschaft ernennen, dessen jährliches Gehalt von höchstens 1200 Franken der Gesellschaft obliegt, welches Gehalt in dreimonatlichen Zahlungen geleistet wird. Dieser Commissar hat das Recht Kenntniß von den Büchern, Rechnungen Correspondenz und überhaupt von allen Geschäften und Operationen der Gesellschaft zu nehmen; die Zahlungen und Werthe jeder Art zu prüfen, Auskünfte die seine Aufsicht erleichtern zu verlangen, namentlich Mittheilung der Sitzungs-Protokolle des Verwaltungs-Rathes und der Commissäre.

Dieser Commissar hat das Recht den Sitzungen der Generalversammlung beizuwohnen und wird dazu einberufen.

Er theilt der Generalversammlung, dem Verwaltungsrathe oder den Commissären, was er für nützlich und nothwendig erachtet, mit und kann verlangen, daß seine Mittheilungen in das Sitzungs-Protokoll eingetragen werden.

Dieses Alles ohne Nachtheil der im gegenwärtigen Statuten vorhergesehenen specialen Stipulationen.

Uebersetzung, gleichlautend dem französischen Original: Belgischer *Moniteur*, offizielles Journal No. 110, Sonnabend, den 19. April 1856.

Pour traduction conforme à l'original francais: de *Moniteur belge*, Journal officiel No. 110. Samedi, le 19. Avril 1856.

gez. **Dr. J. J. Silbermann,**

traducteur juré de la Cour et du tribunal.

Vu par nous, Président de la Chambre des vacations du Tribunal de premiere Instance siégeant à Bruxelles pour légalisation de la signature de Mr. Silbermann, qualifié ci dessus.

Bruxelles, le 26. Août 1862.

{ L. S.
Tribunal de 1re
Instance. }

R. Harnignie.

Vu au Ministère de la Justice pour légalisation de la signature de Mr. Harnignie qualifié si contre.

Bruxelles, le 9. 7. 1861.

Le Secrétaire Général

{ L. S.
Ministère de la Justice. }

gez. **Pulzeys.**

Vu pour légalisation de la signature de Mr. Pulzeys opposée si contre.

Bruxelles, le 9. 7. 1861.

Pour le Ministre des affaires Etrangères

Le Directeur,

{ L. S.
Ministère des affaires
Etrangères. }

gez. **Julien van Overloop.**

Gratis

Zur Beglaubigung der umstehenden Unterschrift des Königl. belg. Ministerial-Directors Hrn. Julien van Overloop.

Brüssel, den 10. September 1861.

Königlich Preussische Gesandtschaft.

(L. S.)

gez. **Graf Niebuhr.**

Man kann sich jedoch auf eine höhere Summe versichern, wenn man den Ueberschuß zwei Monate nach der Versicherung von einer anderen Gesellschaft wieder versichern läßt; dieser Aufschub kann mit der Genehmigung des Kommissärs der Staatsverwaltung verlängert werden. Das Maximum der lebenslänglichen Rente ist auf 20,000 Franken festgesetzt. (Generalversammlung vom 30. October 1855.)

Art. 9. Die Gesellschaft ist berechtigt, die statutenmäßigen Geschäfte sowohl im Inlande als im Auslande abzuschießen.

Art. 10. Alle anderen Operationen, als die im Artikel 3 hier oben bezeichneten und das Placiren der empfangenen Summen nach der im Artikel 25 angegebenen Art, ist der Gesellschaft ausdrücklich untersagt.

Die Gesellschaft kann unter keiner Bedingung Banknoten noch Schuldscheine ausstellen.

Von dem Garantie-Fonds der Gesellschaft.

Art. 11. Der Fond der Gesellschaft besteht aus drei Millionen Franken und wird durch fünfzehnhundert Aktien à zweitausend Franken gebildet. Diese fünfzehnhundert Aktien à zweitausend Franken sind im folgenden Verzeichnisse von den weiter benannten Personen unterschrieben:

| | |
|--|-----|
| 1. Hr. Eduard Joseph Mercier für fünf und siebenzig Aktien | 75. |
| 2. Hr. Heinrich Alphons Marie Pilleurs für fünf und siebenzig Aktien | 75. |
| 3. August Joseph Dumon, fünf und siebenzig Aktien | 75. |
| 4. Hr. Prosper Nicolas Trumper fünf und siebenzig Aktien | 75. |
| 5. André Langrand-Dumonceau fünf und siebenzig Aktien | 75. |
| 6. Karl Viktor Hennequin, fünf und siebenzig Aktien | 75. |
| 7. Hr. Karl Ectors, acht und sechzig Aktien | 68. |
| 8. Philipp Felix Valthasar Otto Ghislain Graf von Mérode, zehn Aktien | 10. |
| 9. Hr. Julius Joseph Baron von Aethan dreißig Aktien | 80. |
| 10. Hr. Hubert Stanislaus Humbert Graf von Liebelerke-Beaufort zwanzig Aktien | 20. |
| 11. Hr. Johann Joseph Reimer Baron v. v. zehn Aktien | 10. |
| 12. Hr. Ludwig Desiré Mathieu fünfzig Aktien | 50. |
| 12b. Hr. Karl Antoin Ghislain Graf von Mérode-Westerloo fünf Aktien | 5. |
| 13. Hr. Heinrich T. Kint von Nacher fünf Aktien | 5. |
| 14. Hr. Eugen Johann Fibor van Overloop drei Aktien | 3. |
| 15. Hr. Antoin Karl Hennequin Graf von Billermonst fünf und siebenzig Aktien | 75. |
| 16. Hr. Florian Felix Victor Bourdin zwanzig Aktien | 20. |
| 17. Hr. Karl Friedrich Borel fünfzig Aktien | 50. |
| 18. Peter Joseph Mastracken zehn Aktien | 10. |
| 19. Hr. Florian Soucqueau zehn Aktien | 10. |
| 20. Hr. Simeon Adrian Franz Mercier zwei und zwanzig Aktien | 22. |
| 21. Hr. Felix Carez zwanzig Aktien | 20. |
| 22. Hr. Eugen Ferdinand Drugmann fünf Aktien | 5. |
| 23. Hr. Peter Antoin Martin Maertens ein und fünfzig Aktien | 51. |
| 24. Hr. Eduard Rossemann zehn Aktien | 10. |
| 25. Hr. Aimé Jacques Friedrich Roelandts fünf Aktien | 5. |
| 26. Hr. Johann Baptist Langrand-Horath fünfzig Aktien | 50. |
| 27. Hr. Adolph Johann Joseph Baed sieben und zwanzig Aktien | 27. |
| 28. Hr. Karl Dandelooy, zehn Aktien | 10. |
| 29. Marie Gaspard Ludwig Xavier Houslin g, fünf Aktien | 5. |
| 30. Hr. Johann Franz Crabbe, fünfzehn Aktien | 15. |
| 31. Hr. Nicolas Delgeur, fünf und zwanzig Aktien | 25. |
| 32. Hr. Joseph I'Hoest, sechsundzwanzig Aktien | 16. |
| 33. Hr. Julius André Joseph Hubert von Grandpré, fünfzig Aktien | 50. |
| 34. Hr. Prosper Terrade, vierzig Aktien | 40. |
| 35. Madame Marie Elisabeth Célestine Colpin, Wittve des Herrn Johann Franz Hennequin, ein und vierzig Aktien | 41. |

| | |
|---|------------------|
| 36. Madame Jeanne Katharina Steenberghe, Wittve aus der zweiten Ehe mit Herrn Johann Baptist von Verbruggen fünf und zwanzig Aktien | Transport 1,208. |
| 37. Fräulein Regine Rosine Verbruggen ein und vierzig Aktien | 25. |
| 38. Hr. Peter Joseph Marien fünf Aktien | 41. |
| 39. Hr. Wilhelm Michiels fünf Aktien | 5. |
| 40. Hr. Franz Johann Gommaire Antoine Cels, drei Aktien | 5. |
| 41. Madame Marie von Cort, Gemahlin des Herrn Emil Joseph Chielain Pantalonien von Freeghvorst, fünf Aktien | 3. |
| 42. Hr. Johann Nicolas Paquet zehn Aktien | 5. |
| 43. Hr. Peter Joseph Ectors zehn Aktien | 10. |
| 44. Hr. Johann Baptist Ectors zehn Aktien | 10. |
| 45. Hr. Johann Franz Van Mol acht Aktien | 10. |
| 46. Hr. Ludwig Marie Hennequin Graf von Fissermont, fünf und siebenzig Aktien | 8. |
| 47. Madame Elisabeth Aimée François Desfrée Sabary, Gemahlin des Herrn Michel Picot, fünf und siebenzig Aktien | 75. |
| 48. Hr. Alphonse Picot zwanzig Aktien | 75. |
| | 20. |

1,500.

Art. 12. Die Einzahlung von fünfzehn Prozent für jede Aktie hat vor dem Anfange der Operationen der Gesellschaft und längstens binnen drei Monaten nach königlicher Genehmigung dieser Gesellschaft, statt.

Die Aktionäre haben durch die Annahme der Aktien allein die Verpflichtung übernommen, falls es nöthig ist, die Summe bis zur Konfurrenz des Betrages ihrer Aktien zu erlegen.

Die Aktionäre wählen zu ihrem Aufenthaltsorte Brüssel, woselbst alle Aktien in Bezug auf Aktionäre rechtsgültig bekannt gemacht werden.

Der Verwaltungsrath bestimmet die Tamtième, die die Aktionäre zu erlegen haben. (Generalversammlung vom 30. October 1855.) —

Art. 13. Sollte durch Verluste der Reservefond aufgezehrt, und der Aktienfond selbst angegriffen worden sein, so ist der Verwaltungsrath verpflichtet, im Verhältnisse zu dem erlittenen Verluste, sofort eine Einzahlung von den Aktionären bis zur Konfurrenz von zwei Tausend Franken per Aktie, einzufordern.

Die Aktionäre sind gehalten, die Verichtigung einer vom Verwaltungsrathe ausgeschriebenen Rate binnen zehn Tage zu leisten.

Art. 14. Die Aktionäre sind nur für die Unternehmungen der Gesellschaft bis auf die Konfurrenz des Betrages ihrer Aktien verantwortlich.

Art. 15. Die Aktien sind auf den Namen der Aktionäre in die Gesellschaftsbücher einzutragen. Jeder Aktionär erhält einen Unterinschreib mit der Unterschrift zweier Verwalter und der des Direktors versehen.

Art. 16. Kein Aktionär kann mehr als fünf und siebenzig Aktien besitzen.

Jeder Aktiencessionar muß von dem Verwaltungsrathe, kraft einer Berathung, geheimer Stimmenanzahlung und der Majorität drei Viertel der gegenwärtigen Mitglieder genehmigt werden.

Die Uebertragung der Aktien geschieht durch Umschreibung auf ein Register, welches zu diesem Zwecke im Besitze der Gesellschaft gehalten wird.

Die Umschreibung ist von den Abtretenden unterschrieben, und von dem Cessionar in Empfang genommen und von einem Verwalter oder dem Direktor visirt. Die Umschreibung einer Aktie begreift nur in Rücksicht auf die Gesellschaft ein Abtreten aller der Aktie angehörigen Rechte und Ansprüche.

Die Gesellschaft erkennt keinen Aktienbruch an.

Art. 17. Im Todesfalle eines Aktionärs haben seine Erben oder Berechtigten Befugniß binnen sechs Monate einen oder mehrere Aktionäre ihn zu remplaciren vorzustellen.

Art. 18. Wenn die Aktionäre die auf Grund des Artikels 12. und 13. verlangten Einzahlungen binnen zehn Tagen nicht leisten; wenn nach Ablauf der im Artikel 17. fixirten Frist von sechs Monaten die Erben oder Berechtigten der Aktionäre noch keinen Aktienair vorgestellt haben, oder wenn die vorgeschlagenen Aktionäre von dem Rathe nicht genehmigt worden, wenn endlich ein Aktionär in Bankrot erklärt ist, so werden die Aktien ohne eine Anzeige oder Autorisation dazu nöthig zu haben, auf Auktionen und Bißte des Aktionärs oder seiner Repräsentanten durch einen Wechselmäkler verkauft, der Ertrag dieser Aktien wird befristet zur Aus-

gleichung des der Gesellschaft Schuldigen, der Ueberschuß, wenn ein solcher vorhanden ist, wird den dazu Berechtigten übergeben.

Zum Falle eines Deficit, verfolgt die Gesellschaft die Beitreibung desselben auf alle rechtlichen Wege.

Von der Verwaltung der Gesellschafts-Angelegenheiten.

Art. 19. Die Angelegenheiten der Gesellschaft werden durch einen Verwaltungsrath besorgt, der aus sechs Aktionären, die in der General-Versammlung durch Stimmenmehrheit gewählt, besteht.

Die Dauer ihres Amtes ist auf vier Jahre bestimmt, sie sind aber immer von der Generalversammlung widerruflich.

Die Verwalter sind immer wieder wählbar.

Nach dem Ableben oder Entlassung eines oder mehrerer Verwalter, werden die vakanten Plätze vorläufig durch die übrigen Mitglieder, im Einverständnisse mit den Kommissairen, ersetzt.

Die Generalversammlung wird bei der nächsten Zusammenkunft zur definitiven Ersetzung der verstorbenen oder entlassenen Mitglieder schreiten.

Die neuernannten Mitglieder vollenden das Mandat ihrer Vorgänger. (Generalversammlung vom 30. October 1855.)

Art. 20. Jeder Verwalter muß Eigenthümer von zwanzig Aktien sein, die während der Dauer seines Amtes unveräußerlich sind. Diese Unveräußerlichkeit wird in den Urkunden, die in der Kasse der Gesellschaft deponirt sind, so lange bemerkt, bis die Generalversammlung den Rechnungsabluß der Verwaltung des neu ernannten Verwalters vornimmt.

Art. 21. Die Verwalter beziehen kein bestimmtes Gehalt. Sie beziehen jährlich einen Gewinn-Anteil von zwanzig Prozent. Diese Vorausnahme kann in keinem Falle weniger als sechsstaufen Franken betragen. (Generalversammlung vom 30. October 1855.)

Art. 22. Der Verwaltungsrath ernennt von seinen Mitgliedern einen Präsidenten und einen Vice-Präsidenten. Die Dauer ihrer Aemter ist auf ein Jahr festgesetzt, sie können wieder gewählt werden.

Art. 23. Als Ausnahme des Artikels 19. u. nur in Betreff der gegenwärtigen Statuten wird die Gesellschaft für das erste Mal durch die weiter benannten Personen, Stifter der Gesellschaft, verwaltet werden, nämlich:

Herr Edward Joseph Mercier, Staatsminister, Mitglied der Repräsentanten-Kammer,

Herr Heinrich Alphons Marie Piltheurs, Mitglied der Repräsentanten-Kammer,

Herr August Joseph Dumon, Mitglied der Repräsentanten-Kammer,

Herr Prosper Nicolas Peter Trumper, Vanquier,

Herr Karl Viktor Hennequin,

Herr Karl Ectors, Doktor der Rechte und Eigenthümer.

Ihr Amt hört im Monat April 1856 auf, es sei denn sie werden wieder gewählt.

Art. 24. Der Verwaltungsrath versammelt sich wenigstens alle vierzehn Tage.

Eine Verhandlung ist nur dann rechtmäßig, wenn wenigstens vier Mitglieder dem Rathe beizuhören und die Sitzungs-Protokolle müssen von allen gegenwärtigen Mitgliedern unterschrieben sein.

Mit Vorbehalt der Ausnahme, vorgesehen in den Artikeln 16. u. 17., so wird nur durch die Stimmenmehrheit der gegenwärtigen Mitglieder entschieden, bei Gleichheit der Stimmen giebt jene des Vorsitzenden den Ausschlag.

Art. 25. Der Verwaltungsrath verhandelt und statuiert alle Geschäfte der Gesellschaft und namentlich:

Er bestimmt über die Anweisung des disponibeln Fonds, in Staatspapieren oder garantirt von der Belgischen Staatsverwaltung.

Aktien der Nationalbank oder Kapital-Aktien der General-Gesellschaft zur Begünstigung der National-Industrie und privilegierte Obligationen der Eisenbahnen; Pfandbriefe der credit foncier, möglichen Falles durch das Gesetz zu etabliren. — Obligationen von gesetzlich dazu autorisirten Anleihen der belgischen Provinzen und Gemeinden.

Darlehen auf dieselben Verthe mit wenigstens 20 Prozent, nicht länger als auf zwölf Monate.

Diskonte von Geschäftsertheile auf Belgien, durch drei für solchable anerkannten Personen unterschrieben, und nicht länger als auf sechs Monate angesetzt. Unter den Unterschriften darf sich keine von den Verwaltern oder Kommissairen der Gesellschaft oder solche, der noch nicht solidirt Aktien besitzen.

Darlehen auf hypothekarische Contracte oder auf in Belgien liegenden Immobilien;

Ankauf von Versicherungs-Kontracten, unterschrieben von der Gesellschaft, oder Darlehn auf den gegenwärtigen Werth dieser Contrace.

Ankauf von hypothekarischen Schuldbforderungen durch Immobilien in Belgien sich befindend, garantirt.

Ankauf von in Belgien liegenden Immobilien.

Die Gesellschaft kann im Ankauf von Immobilien nicht den vierten Theil des Gesellschafts-Kapitals überschreiten.

Das Placiren auf Hypotheken kann nicht länger als zehn Jahre dauern.

Es kann weder Verkauf, Tausch noch Ankauf von unbeweglichen Gütern der Gesellschaft ohne einen speziellen Beschluß des Verwaltungsrathes geschehen.

Eine Summe, die nicht 150,000 Francs überschreiten darf, es sei denn durch eine specielle Autorisation der Staatsverwaltung, kann zum Ankauf ausländischer öffentlicher Fonds angewendet werden, damit die Gesellschaft im Stande sei den Staatsverfassungen eine Sicherstellung dieser Art zu gewähren mit der Bedingung, daß es der Gesellschaft in ihren Staaten Operationen zu machen gestattet sei.

Das Placiren der Fonds geschieht unmittelbar und auf solche Weise, daß eine Summe von wenigstens 375,000 Franken durch realisierte Werthe auf kurze Frist repräsentirt ist; die Gesellschaft behält nur in der Kasse die für den täglichen Dienst nöthigen Summen, die placirten Kapitalien werden nur eingezogen und realisiert zu neuen rechtmäßig autorisirten Placirungen, oder zu Dienstbedürfnissen.

Jeden Monat wird dem Kommissair der Staatsverwaltung Rechnung der Lage abgelegt, namentlich der gegenwärtigen Placirungen.

Der Verwaltungsrath verkauft und veräußert die Immobilien, Renten und andere der Gesellschaft angehörende Werthe nach der Bestimmung des nachstehenden 20. Artikels. Er berathschlägt und bestimmt die Hauptbedingungen der Versicherungs-Kontracte, er bestimmt die Tarife der Gesellschaft laut dem Artikel 6.

Er setzt die Schadeneintrichtungen und die Verluste der Gesellschaft fest.

Ernennt, revokirt und entläßt alle Agenten und Beamten der Gesellschaft, bestimmt ihr Gehalt und Lohn; so wie auch die Hauptausgaben der Verwaltung.

Er beruft die Generalversammlung der Actionaire, wenn er es für nöthig hält, oder wenn die Zusammenberufung nach Artikel 36 verordnet ist.

Er bestimmt mit Vorbehalt der Genehmigung der Generalversammlung und des Kommissairs der Staatsverfassung, den Betrag der zu vertheilenden Benefizien.

Er kann verhandeln, Vergleich treffen und Compromettiren über die Interessen der Gesellschaft.

Er kann auch substituiren. (Generalversammlung vom 30. Oktober 1855.)

Art. 26. Die Korrespondenz, die Versicherungs-Policen, das Übertragen der Renten auf den Staat oder andere der Gesellschaft gehörigen Werthe und die Verpflichtungen der Gesellschaft werden von einem Verwalter und dem Director unterschrieben; zu diesem Behufe ist täglich ein Verwalter gegenwärtig.

Was die Vollmachten, An- und Verkaufs-Akten von Immobilien betrifft, so müssen selbige mit der Unterschrift zweier Verwalter und der des Directors versehen sein. Die der Gesellschaft angehörenden Werthe und solche die ihren Händen anvertraut sind in einem Koffer der zwei Schlüssel hat, verschlossen; ein Schlüssel befindet sich in den Händen des einen Verwalters, der andere in denen des Directors.

Von der Direktion.

Art. 27. Die Verwaltung der Gesellschaft wird durch einen Director, der auf den Vorschlag des Verwaltungsrathes in der Generalversammlung der Actionaire ernannt worden, unterstützt.

Der Director muß zwanzig Aktien besitzen, die unveräußerlich sind und sind, wie es im Artikel 20 gesagt ist, während der Dauer seiner Amtsverwaltung und bis zum Rechnungsabluß deponirt. Die ihm zu gewährenden Vortheile werden von der Generalversammlung auf den Vorschlag des Verwaltungsrathes und nachdem man die Kommissare angehört hat, bestimmt.

Der Verwaltungsrath kann die Entlassung desselben verfügen mit vier Stimmenmehrheit wenn der ganze Rath gegenwärtig ist und mit drei Stimmen-Mehrheit wenn nicht alle Mitglieder des Rathes gegenwärtig sind.

Der Rath hatet im Laufe eines Monats der Generalversammlung einen Bericht darüber ab.

Der Director kann auch durch eine Entscheidung dieser Versammlung durch Stimmen-Mehrheit der gegenwärtigen Mitglieder entlassen werden.

Im Falle des Absterbens und Entlassung des Directors, nennt der Verwaltungsrath einen provisorischen Director; nach Verlauf von spätestens einem Jahre schreibt die Generalversammlung zu der definitiven Ernennung eines Directors.

Art. 28. Der Director wohnt den Sitzungen des Verwaltungsrathes bei und hat daselbst beratende Stimme.

Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 31.

Ausgegeben zu Merseburg am 2. August 1862.

- (892) Das 24. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 18. Juli 1862, enthält unter:
- Nr. 5552. Allerhöchster Erlass vom 6. Juni 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Rees nach dem Bahnhofe zu Empel der Köln-Arnhaimer Eisenbahn.
- Nr. 5553. Allerhöchster Erlass vom 6. Juni 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussée von Götensleben über Ohresleben und Wadersleben nach Samersleben, im Regierungsbezirk Magdeburg.
- Nr. 5554. Allerhöchster Erlass vom 11. Juni 1862, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts und der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Eichteln in gerader Richtung auf Brühlheim, im Kreise Kempen des Regierungsbezirks Düsseldorf.
- Nr. 5555. Allerhöchster Erlass vom 14. Juni 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Deuz an der Sieg-Lahnstraße über Reutersbach, Caan, Marienborn nach Siegen und von Siegen über Trupbach und Seelbach nach Freudenberg an der Minden-Coblenzer Straße, sowie einer Zweig-Chaussée von der Werthe-Straße nach Werthenbach.
- Nr. 5556. Allerhöchster Erlass vom 14. Juni 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von der Stadt Varmen und zwar von der am linken Wupperufer hinlaufenden Heddinghäuser Gemeinde-Chaussée über Lichtenplatz bis zur Varmen-Rondorfer Staatsstraße bei Herberts-Richtenscheid.
- Nr. 5557. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Prenz-lauer Kreises, im Regierungsbezirk Potsdam, im Betrage von 200,000 Thalern. Vom 18. Juni 1862.
- Nr. 5558. Allerhöchster Erlass vom 23. Juni 1862, betreffend die Herstellung eines Eisenbahn-Verbin-dungsstranges am sogenannten Wehrbahren bei Düsseldorf.
- Nr. 5559. Bekanntmachung über die unterm 31. Mai 1862 erfolgte Allerhöchste Genehmigung der von der letzten Generalversammlung der Berlinischen Lebens-Versicherungs-Gesellschaft beschlossenen Ein-führung einer neuen Tabelle des Geschäftsplanes der Gesellschaft, resp. Uebertragung der Ge-nehmigung fernerer Änderungen des Geschäftsplanes auf den Minister des Innern. Vom 30. Juni 1862.
- Nr. 5560. Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 21. Juni 1862, die Genehmigung der Errich-tung einer Actiengesellschaft unter der Firma „Preussische Hypothekenversicherungs-Actiengesell-schaft“ mit dem Domizil in Berlin und die Befätigung ihrer Statuten betreffend. Vom 2. Juli 1862.
- Das 25. Stück, ausgegeben am 28. Juli 1862:
- Nr. 5561. Allerhöchster Erlass vom 16. Juni 1862, betreffend die Verleihung der Befugniß an die Ge-meinden Congen und Eicherscheidt, im Kreise Montjoie des Regierungsbezirks Aachen, auf dem von ihnen chauffemäßig ausgebauten Communalwege von der Aachen-Trierer Staatsstraße am Entenpuhl über das sogenannte Gericht an der Düren-Montjoier Bezirksstraße bis Eicherscheidt Chauffeergeld zu erheben.
- Nr. 5562. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Lublitzher Kreises im Betrage von 33,000 Rthlrn. Vom 23. Juni 1862.
- Nr. 5563. Allerhöchster Erlass vom 23. Juni 1862, betreffend die Aufhebung der Verpflichtung zur Entfel-lung von Krauscheinen an die Berg-, Hütten- und Salinenarbeiter.

- Nr. 5564. Allerhöchster Erlaß vom 23. Juni 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Ghanssee von Lublinitz über Jawnornitz und Koschnowitz bis zur Landesgrenze bei Herby, im Kreise Lublinitz, Regierungsbezirk Oppeln.
- Nr. 5565. Bekanntmachung, betreffend die Erhöhung des Grundcapitals der Actiengesellschaft „Zoologischer Garten in Köln“ auf 150,000 Thaler. Vom 14. Juli 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Beörden.

(553) Verkauf des fiskalischen Braunkohlen-Vergewerks bei Merzdorf resp. Verpachtung der dazu gehörigen Ländereien betr.

Höherer Anordnung zufolge soll das im Raumburger Kreise belegene fiskalische Braunkohlen-Vergewerk bei Merzdorf, bestehend aus einer Fläche von gegen 70 Morgen Ackerland, worunter ein Kohlenlager von etwa 3 Millionen Tonnen ansteht, einem Zechenhause mit Hofraum und Garten, Materialschuppen und Stallgebäude, einem in Mauerung stehenden Stolln mit dergl. Lichtlöchern und einem kleinen Steinbruchgrundstücke, nochmals öffentlich ausgeteilt werden, wozu wir Termin auf

Mittwoch den 20. August d. J., Vormittag 8 Uhr,

im Gasthose zu Merzdorf angesetzt haben, in welchem zunächst das Vergewerk im Ganzen und demnachst der Grund und Boden ohne die anstehende Kohle in Parzellen zum Verkauf gestellt wird. Werden hierbei keine ausreichenden Gebote abgegeben, so wird sofort zur meistbietenden parzellenweisen Verpachtung der Ackerstücke auf 12 Jahre geschritten.

Die Veräußerungsbedingungen können bereits vor dem Termine im Ortsrichteramte zu Merzdorf, bei dem Ober-Vergewerksrathen Franke zu Wehsenfeld und in unserer Registratur eingesehen, auch gegen Copialien abschriftlich von uns bezogen werden.

Halle, den 21. Juli 1862.

Königliches Ober-Vergewerk.

(554) Die Sendungen unter Streif- oder Kreuzband mit der Post betr.

Uebertretungen der Postgesetze kommen erfahrungsmäßig hauptsächlich bei solchen Sendungen vor, welche unter Band (Streif- oder Kreuzband) zur Beförderung mit der Post eingeliefert werden. Zum Zweck möglicher Abminderung der Uebertretungen wird, unter Bezugnahme auf den §. 15. des Reglements vom 21. December 1860, auf die einschlägigen Vorschriften aufmerksam gemacht.

Gegen die ermäßigte Tare von vier Pfennigen bis zu 1 Loth exel. u. f. w. nach Maßgabe des Gewichts können innerhalb des Preussischen Postgebiets und des Deutschen Postvereinsgebiets unter Band frankirt befördert werden: alle gedruckte, lithographirte, metallographirte, oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, zur Beförderung mit der Briefpost geeignete Gegenstände, mit Ausnahme der gebundenen Bücher und der mittelst der Copirmaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Adresse muß auf dem Streif- oder Kreuzbande und darf nicht auf der Sendung selbst angebracht sein.

Die Versendung unter Band gegen die ermäßigte Tare ist im Allgemeinen unzulässig, wenn die Gegenstände nach ihrer Fertigung durch Druck u. f. w. außer der Adresse irgend welche Zusätze oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Zusätze oder Aenderungen geschrieben oder auf andere Weise bewirkt sind, z. B. durch Stempel, durch Druck, durch Ueberleben von Worten, Ziffern oder Zeichen, durch Punktieren, Unterstreichen, Durchstreichen, Ausradiren, Durchstechen, Ab- oder Auskneiden einzelner Worte, Ziffern oder Zeichen u. f. w.

Es kann jedoch den Preis-Couranten, Circularen und Empfehlungsschreiben noch eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Adresse, sowie Ort, Datum und Namensunterschrift hinzugefügt werden; ferner dürfen Circulare von Handlungshäusern mit der handschriftlichen Unterzeichnung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein. Den Correcturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Correctur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt werden; das Manuscript darf dagegen den Correcturbogen nicht beigelegt werden. Radebilder, Landarten u. f. w. dürfen colorirt sein; die Bilder und Karten dürfen aber nicht in Handzeichnungen bestehen, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich u. f. w. hergestellt sein.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter Einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alsdann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Adressumschlägen versehen sein.

Der Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Vergebung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verbotener Zulage unter Streifband nicht verhandelt werden dürfen, wird nach §. 35. des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Thalern bestraft.

Halle, den 26. März 1862.

Der Ober-Postdirector. Stephl.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(593) Die Ernennung eines General-Agenten der Berliner allgem. Wittwen-, Pensions- und Unterstützungskasse und dessen Befugnis zur Bestellung von Spezial-Agenten betr.

Den Interessenten unserer Anstalt wird hierdurch bekannt gemacht, daß wir mit Genehmigung des Curatoriums der ehemaligen Belgischen Consul A. J. Sponholz hieselbst zu unserem General-Agenten mit der Befugnis ernannt haben, innerhalb des Preussischen Staates und des Deutschen Bundesgebiets Spezial-Agenten, nach eingeholter Directions-Bestätigung, zu bestellen, und mit Hülfe derselben die Reception neuer Mitglieder zu vermitteln.

Die bereits von uns ernannten, bisher mit günstigem Erfolge für uns thätig gewesenen Provinzial-Agenten bleiben durch diese Ernennung in ihren Befugnissen unberührt.

Berlin, den 9. Juli 1862.

Direction der Berliner allgemeinen Wittwen-, Pensions- und Unterstützungskasse.

Hypothekensachen.

(596) Die Hypothekentabelle über das laut landrätlichen Attestes vom 18. Juni 1862 seit länger als 44 Jahren von der Gemeinde Pressel besessene Schulhaus daselbst ist fertig und kann innerhalb 2 Monate, von den ersten 8 Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatte ab gerechnet, in unserer Hypotheken-Registrierung eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen dagegen nicht weiter zulässig.

Eltenburg, den 2. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(597) Die Hypothekentabelle über das in der Flur des Dorfes Kuleben gelegene, den Gebrüdern August und Günther Lüder daselbst gehörige Grundstück, 1 Ader Land am Heidemale, ist festgestellt und kann zwei Monate lang, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung an in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen unzulässig.

Seringen, den 3. Juli 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(598) Folgendes, dem Christian August Voigt zu Prititz von seiner Mutter Erdmuthe Voigt geb. Bach laut Kaufvertrages vom 12. Juli 1849 übereignete, in der Flur Blotha gelegene Grundstück, als: ein Flecken Wiese, 9 Aukuten haltend, im Grunde Nr. 709. des Flurbuchs, ist Nr. 157. des Flurbuchhypothekenbuchs von Blotha unter der laufenden Nummer 6. nachgetragen worden und kann die Hypothekentabelle hierüber innerhalb zwei Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatt ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig.

Raumburg, den 7. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(599) Die Hypothekentabellen über

- a) die der Kirche in Dietersdorf gehörigen 9 Grundstücke, b) das der Pfarre daselbst zugehörige Wohnhaus und 18 Grundstücke, c) das dem Cantorat daselbst zugehörige Wohnhaus und 6 Grundstücke und d) die der politischen Gemeinde daselbst zugehörigen 5 Grundstücke

sind aufgestellt und können Erinnerungen dagegen innerhalb 2 Monaten, vom 8. Tage der Einrückung dieser Bekanntmachung ab, bei uns angebracht werden, wogegen spätere Erinnerungen unberücksichtigt bleiben müssen.

Rosla, den 17. Juli 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Personal-Chronik.

(600) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Klein-Ammensleben in der Diöces Barleben ist der bisherige Oberprediger Dr. Kirchner in Wolmirstedt ernannt und bestätigt worden.

(601) Die Candidaten der Feldmesskunst Gustav Hermann Martineit und Friedrich Woldemar Maximilian Müller sind zu Feldmessern ernannt und als solche vereidigt worden.

(602) Die Schulstelle zu Jobersdorf, Ephorie Liebenwerda, königlichen Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(603) Die zweite (Mädchen-) Lehrerstelle in Teuditz, Ephorie Lützen, Privat-Patronats, ist durch den Tod ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(604) Für den III. Landbezirk im Zeitzer Kreise ist der Ortsvorsteher und Gutsbesitzer **Gentsch** in Großpörschen zum Schiedsmann und der Gutsbesitzer **Schneider** daselbst zum Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

(605) Für den Bezirk Rothenburg im Saalkreise ist der Schnelldetmeißter **Wiegand** in Rothenburg zum Schiedsmann gewählt und verpflichtet worden.

(606) Für die Stadt Kelbra ist der bisherige Stellvertreter, Rämmerer **Sebert** zum Schiedsmann und der Kaufmann **Seyer** zum Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 32.

Ausgegeben zu Merseburg am 9. August 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(607) Tarif für die Benutzung der Schiffschleuse in der schwarzen Elster bei der Mühle zu Pleßsa.

Es wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß der Gewerkschaft des Gräflich Finstelschen Hüttenwerks Lauchhammer mittelst Allerhöchster Cabinets-Ordnre vom 19. Mai c. die Befugniß beigelegt ist, für die Benutzung der Schiffschleuse in der schwarzen Elster bei der Mühle zu Pleßsa ein Schleusengeld nach nachfolgendem Tarife zu erheben.

Der Tarif tritt mit dem Tage dieser Publication in Kraft und hat der Mühlenbesitzer Ferdinand Kühne zu Pleßsa zur Erhebung des Schleusenzinses Vollmacht erhalten.

T a r i f.

nach welchem die Abgabe für die Benutzung der Schiffschleuse in der schwarzen Elster bei der Mühle zu Pleßsa im Kreise Torgau, Regierungsbezirks Merseburg, zu erheben ist.

Es wird entrichtet:

- | | |
|---|---------------|
| 1) von jedem Fahrzeuge, mit Ausnahme der Handlähne, | |
| a.) wenn dasselbe beladen ist | 15 Egr. — Pf. |
| b.) wenn es unbeladen ist | 7 6 |
| 2) von einem Handlähne | 1 — |

A. Befreiungen.

Die Abgabe wird nicht entrichtet:

- 1) von Fahrzeugen, welche ausschließlich mit Gegenständen für Rechnung des Staates oder des Verbandes zur Regulirung der schwarzen Elster befrachtet sind oder leer für Rechnung des Staates oder des gedachten Verbandes die Schleuse passiren, sofern sie sich darüber durch Bescheinigungen der betreffenden Behörden oder Beamten anweisen.
- 2) von Handlähnen, welche zu einem größeren Fahrzeuge gehören und gleichzeitig mit demselben durch die Schleuse gehen.

B. Zusätzliche Bestimmung.

Für Handlähne, welche nicht mit größeren Fahrzeugen zugleich die Schleuse passiren können, wird die Schleuse nur während einer Stunde nach Sonnenaufgang und während einer Stunde vor Sonnenuntergang geöffnet.

Merseburg, den 31. Juli 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(608) Den Aufgang der niederen Jagd betr.

Der Aufgang der niederen Jagd wird für den ganzen Umfang unseres Verwaltungsbezirks auf den 27. d. Mts. hiermit festgesetzt.

Merseburg, den 5. August 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(609) Verkauf des fiskalischen Braunkohlen-Bergwerks bei Merseburg resp. Verpachtung der dazu gehörigen Immobilien betr.

Höherer Anordnung zufolge soll das im Raumburger Kreise belegene fiskalische Braunkohlen-Bergwerk bei Merseburg, bestehend aus einer Fläche von gegen 70 Morgen Ackerland; wotunter ein Kohlenlager von etwa 3 Millionen Tonnen ansteht, einem Leichenhause mit Hofraum und Garten, Materialenschuppen und Stallgebäude, einem in Mauerung stehenden Stollen mit dergl. Schloßstein und einem kleinen Steinbruchgrundstücke, nochmals öffentlich ausgebaut werden, wozu wir Termin auf

Mittwoch den 20. August d. J., Vormittag 8 Uhr,

im Gasthose zu Merseburg angesetzt haben, in welchem zunächst das Bergwerk im Ganzen und demnächst

der Grund und Boden ohne die anstehende Kohle in Parzellen zum Verkauf gestellt wird. Werden hierbei keine ausreichenden Gebote abgegeben, so wird sofort zur meistbietenden parzellenweisen Verpachtung der Ackerstücke auf 12 Jahre geschritten.

Die Veräußerungsbedingungen können bereits vor dem Termine im Ortsrichteramte zu Mertenstorf, bei dem Ober-Berggeschwornen Franke zu Weißenfels und in unserer Registratur eingesehen, auch gegen Copialien abschriftlich von uns bezogen werden.

Halle, den 21. Juli 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(610) Das Ausschreiben der Feuer-Societäts-Beiträge pro I. Semester er. betr.

Von dem unterzeichneten General-Director der Feuer-Societät für das platte Land des Herzogthums Sachsen wird in Betreff der Feuer-Societäts-Beiträge pro I. Semester er. bekannt gemacht, daß zur Deckung des Societäts-Aufwandes für das abgelaufene I. Semester 1862 ein Beitrag von 5 Sgr. — Pf. pro 100 Thlr. reducirter Beitragssumme erforderlich ist, so daß also pro 100 Thlr. Versicherungs-Summe

| | |
|----------------------|---------------|
| in Klasse I. | 2 Sgr. 6 Pf., |
| II. | 3 „ 4 „ |
| III. | 4 „ 2 „ |
| IV. | 5 „ — „ |

von welchen Sätzen die Kirchen nur die Hälfte zu tragen haben, zur Eingiehung kommen muß.

Zur Erläuterung wird beigegeben nachstehende

Allgemeine Uebersicht:

I. Stand der Versicherung im I. Semester 1862.

| 1. | 2. | 3. | | 4. | 5. | 6. | 7. |
|---------|--------------------------------------|--------------------------|---------|--------------------------------------|---|--|----------------------|
| Klasse. | Versicherungs-Summe im I. Sem. 1861. | Durch Nachträge entstand | | Versicherungs-Summe im I. Sem. 1862. | Reducirte Beitrags-Summe im I. Sem. 1862. | Zuschlag wegen baulicher Mängel einzelner Gebäude. | Ausschreibens-Summe. |
| | Fthr. | Zugang. | Abgang. | Fthr. | Fthr. | Fthr. | Fthr. |
| I. | 4,162,240 | 11,120 | — | 4,173,360 | 2,086,680 | 12,100 | 2,098,780 |
| II. | 19,248,450 | 117,840 | — | 19,366,290 | 12,910,860 | 239,020 | 13,149,880 |
| III. | 27,344,328 | 204,408 | — | 27,548,736 | 22,957,280 | 1,513,140 | 24,470,420 |
| IV. | 14,516,060 | — | 92,900 | 14,423,160 | 14,565,800 | 2,442,460 | 17,008,260 |
| Summa | 65,271,078 | 333,368 | 92,900 | 65,511,546 | 52,520,620 | 4,206,720 | 56,727,340 |
| | | 240,468 | — | | | | |

Bemerkungen.

a) In Col. 5. sind unter der Beitrags-Summe der IV. Klasse 142,640 Thlr. für solche Gebäude enthalten, welche das Doppelte dieser Klasse zu tragen haben.

b) Die Zuschlags-Summe hat sich in Folge der Beseitigung baulicher Mängel einzelner Gebäude im I. Semester er. wiederum und zwar um 33,960 Thlr. gemindert.

Nach vorstehender Zusammenstellung ergibt sich:

56,727,340 Thlr. Ausschreibens-Summe, davon ab
1,393,240 „ Remis auf die Kirchengauschreibens-Summe.

55,334,100 Thlr. reine Ausschreibens-Summe pro I. Semester 1862.

II. Brandschäden.

In der Zeit vom 1. Januar bis ult. Juni 1862 sind 46 Brände zur Liquidation gekommen, wovon

- 2 durch Blitz,
- 22 durch mutmaßlich vorsätzliche Brandstiftung,
- 1 durch fehlerhafte Bauart,
- 2 durch mutmaßlich fehler- resp. schadhafte Essen,
- 3 durch ermittelte Verwahrlosung.

10 durch mutmaßliche Verwahrlosung (wovon 1 durch Streichgünderhölzchen),
6 durch unermittelte Ursache,

Summa wie oben,

veranlaßt wurden. Hierdurch sind 149 Societätsgegnossen an Gebäuden und andern den Zwecken derselben dienenden besonders katastrirten Versicherungs-Objecten (conf. Zusatz §. 5. der Verordnung vom 7. November 1845)

| | total | partiell |
|---|-------|----------|
| a) Wohnhäuser | 55 | 58 |
| b) Ställe, Schuppen und Seitengebäude | 143 | 63 |
| c) Scheunen | 71 | 16 |
| d) Backhäuser | 6 | 1 |
| e) Schmieden zc. | 2 | — |
| f) Wasser- und Dampfmaschinen zc. | 6 | 3 |
| g) Oelmühlen | 2 | — |
| h) Schneidemühlen | 3 | — |
| i) Brau-, Malz- und Brennhäuser zc. | 4 | 15 |
| k) Starksfabriken zc. | — | 2 |
| l) Kirchen- und Thurmgebäude | — | 2 |

in Summa 452 Versicherungs-Objecte be-

schädigt worden, welche Beschädigungen an Brandvergütungsgeldern einen Aufwand von 83,863 Thlr. 9 Sgr. verursacht haben.

Die verschiedenen Klassen in den einzelnen Kreisen haben verschiedene Brandvergütungsgelder angewiesen erhalten, wie folgt:

| K r e i s . | I. Klasse. | | | II. Klasse. | | | III. Klasse. | | | IV. Klasse. | | | Summa der angewiesenen Brandvergütungsgelder. | | |
|------------------------|------------|------|-----|-------------|------|-----|--------------|------|-----|-------------|------|-----|---|------|-----|
| | Thlr. | far. | pf. | Thlr. | far. | pf. | Thlr. | far. | pf. | Thlr. | far. | pf. | Thlr. | far. | pf. |
| Bitterfeld | — | — | — | 58 | 22 | 4 | 109 | 3 | 11 | 70 | — | — | 237 | 26 | 3 |
| Delitzsch | — | — | — | 29 | 13 | 3 | — | — | — | 300 | — | — | 329 | 13 | 3 |
| Erfurt | — | — | — | — | — | — | 285 | — | — | 3412 | 8 | 3 | 3697 | 8 | 3 |
| Langensalza | — | — | — | — | — | — | 145 | 15 | — | 2319 | 21 | — | 2465 | 6 | — |
| Niebornda | — | — | — | — | — | — | 2310 | 23 | 7 | 1644 | 27 | 8 | 3955 | 21 | 3 |
| Merseburg | — | — | — | 8587 | 4 | 4 | 2002 | 25 | 2 | 1038 | 25 | 11 | 11628 | 25 | 5 |
| Sangerhausen | — | — | — | 67 | 5 | 2 | 987 | 17 | 8 | — | — | — | 1064 | 22 | 10 |
| Schleusingen | — | — | — | — | — | — | — | — | — | 56 | 26 | 3 | 56 | 26 | 3 |
| Schweinitz | — | — | — | — | — | — | 452 | 19 | 9 | 80 | — | — | 532 | 19 | 9 |
| Torgau | 3550 | 2 | 4 | 1258 | 19 | 5 | 23390 | 13 | 4 | 16398 | 5 | 11 | 44597 | 11 | — |
| Weißenfels | — | — | — | — | — | — | 658 | 19 | 8 | 766 | 11 | 7 | 1425 | 1 | 3 |
| Wittenberg | — | — | — | 2137 | 5 | — | 3970 | 28 | 7 | 5318 | 3 | 10 | 11426 | 7 | 5 |
| Zeitz | — | — | — | — | — | — | 1279 | 15 | — | 1176 | 15 | 1 | 2456 | — | 1 |
| Summa | 3550 | 2 | 4 | 12138 | 9 | 6 | 35593 | 1 | 8 | 32581 | 25 | 6 | 83863 | 9 | — |

In den übrigen Kreisen sind Brände nicht vorgekommen.

III. Aufwand für die Zeit vom 1. Januar bis ult. Juni 1862.

83,863 Thlr. 9 Sgr. — Pf. angewiesene Brandvergütungsgelder,

1,163 „ 9 „ 6 „ an Kosten für Tagationen,

100 „ — „ — „ Druckkosten,

1,000 „ — „ — „ Prämien für Anschaffung von Feuerpfeifen und für ausgezeichnete Brand-

100 „ — „ — „ hilfsleistung, sowie an Vergütung für Feuerlöschgeräte,

150 „ — „ — „ Prämien für Entdeckung von Brandstiftern,

Beitrag zu dem Bauhülfs-Fonds,

86,376 Thlr. 18 Sgr. 6 Pf. Latua.

| | | | |
|--------|----------|--------|---|
| 86,376 | Thlr. 18 | Sgr. 6 | Pf. Transport. |
| 24 | 8 | 6 | Diäten und Fuhrkosten, |
| 6 | 16 | — | zurückgebliebene Feuer-Societäts-Beiträge, |
| 19 | 14 | 4 | Insgesamt, |
| 2,555 | 5 | 3 | Gehalt der Beamten der General-Direction nebst Hülfarbeitern und der Kasse, |
| 100 | — | — | Büreaufosten, |
| 3,019 | — | — | Gehalt an sämmtliche Kreis-Directoren, |
| 3,772 | 4 | 5 | zur Ueberrahme in das nächste Semester, |

95,873 Thlr. 7 Sgr. — Pf. Summa.

Bemerkung. Der eiserne Fonds besteht in:

| | | | |
|--------|---------|--------|--|
| 68,100 | Thlr. — | Sgr. — | Pf. Königl. Preuß. Staatsschuldscheine, |
| 9,591 | 17 | 9 | baar, einschließlich der von obigen Staatsschuldscheinen bezogenen Zinsen pro I. Sem. cr., von welchen für das I. Sem. cr. 292 Thlr. — Sgr. 3 Pf. zu dem durch das Gesetz vom 28. Juli 1852 angeordneten Bauhülfs-Fonds für ärmere Societätsangehörigen verwendet worden sind. |

IV. Dedung des betreffenden Aufwandes sub III.

Zur Dedung des obigen Aufwandes von 95,873 Thlr. 7 Sgr. — Pf. (unter welchem auch der zum Schluß des Semesters noch zur Liquidation gekommene, durch das zu Raasdorf (Kreis Torgau) stattgehabte Brandunglück verursachte Schaden von 35,389 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf. mit begriffen ist), sind nach Abrechnung von 3,644 Thlr. 22 Sgr. — Pf. Ueberschuß aus vorigem Semester, Einnahme aus Tit. II. der Rechnung (im Wege des Civilprozeßes gewonnene Entschädigungen für Brandvergütungen), noch erforderlich:

92,223 . 15 . — . Betrag des Ausschreibens (conf. sub I.).

Summa ut supra.

Schloß Pebra, den 18. Juli 1862.

Der General-Director der Feuer-Societät für das platte Land des Herzogthums Sachsen.
v. Hellsdorf.

Personal-Chronik.

(611) Der hiesige Königl. Kreisrichter Wilhelm Theodor **Stolzmann** zu Ermsleben ist mit Genehmigung der Königl. Ministerien Seitens des regierenden Herrn Grafen zu Stolberg-Stolberg zum polizeilichen Oberbeamten für die Grafschaft Stolberg-Stolberg, einschließlich des Amtes Heringen, und zum Vorsitzenden des Gräflichen Consistoriums ernannt worden.

(612) Dem Secrétaire der Königl. General-Commission zu Merseburg, Rechnungsrath **Jagow** ist Allerhöchsten Orts der rothe Adlerorden IV. Klasse verliehen worden.

Redigirt im Amtsblatt-Büreau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Just in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Belagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königl.ichen Regierung zu Merseburg.

Stück 33.

Ausgegeben zu Merseburg am 16. August 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(613) Auszeichnungen, welche bei der Vertheilung auf der Londoner Ausstellung den dem Regierungsbezirk Merseburg angehörenden Ausstellern zuerkannt werden sind.

Indem wir nachstehend die Auszeichnungen zur öffentlichen Kenntniß bringen, welche bei der Preisvertheilung auf der Londoner Ausstellung am 11. v. M. den dem hiesigen Regierungsbezirk angehörigen Ausstellern zuerkannt worden sind, ist es für uns eine angenehme Pflicht, denselben zugleich die dankbare Anerkennung für die Mühe und Sorgfalt auszusprechen, wodurch es ihnen gelungen ist, den Fortschritten der heimischen Industrie unter den hervorragenden Ergebnissen des Gewerbleißes aller Welttheile eine so rühmliche, der ehrenvollsten Auszeichnung würdig befundene Stelle zu erringen.

Aussteller.

Art, Gegenstand und Grund des Preises.

Medaillen haben erhalten:

Mansfeldische Gewerkschaft für Kupferchieferbergbau zu Eisleben.

Schöne Sammlung von Kupferproducten und Kupfer von ausgezeichneter Qualität, inbesondere die Schalen von 1/4 Fuß Durchmesser und 2 Fuß 1 Zoll Tiefe.

Königliches Ober-Bergamt zu Halle.

Geologische Karte und Riß, welche die Begiebung der Koble und anderer Schichten zu dem Feuerstein darstellen.

Hübner, Dr., Bernhard zu Nehmsdorf bei Zeitz.

Für schönes Paraffin und Del und für die Förderung dieses Zweiges der chemischen Fabrication in Deutschland.

Sächsisch-Thüringische Gesellschaft für Braunkohlen-Verwerthung zu Halle a. d. S.

Für schönes Paraffin und Del und für die Förderung dieses Zweiges der chemischen Fabrication in Deutschland.

Werthen-Weiskensfelder Actien-Gesellschaft, Weiskensfeld.

Für schöne Paraffine und Oele und für die Förderung dieses Zweiges der chemischen Fabrication in Deutschland.

Verein der Rübenzucker-Fabrikanten des Zollvereins, Halle a. d. S.

Rübenzucker in erläuternder Zusammenstellung.

Ruge, Wilschütz bei Hohenmölsen.

Vortreffliche Fabrikate von Paraffin und Paraffin-Lichten.
Deegleichen.

Sächsisch-Thüringische Actien-Gesellschaft für Braunkohlen-Verwerthung, Halle a. d. S.

Mitscherlich, J. A., Eilenburg.
Keller, J. C. u. Sohn, Weiskensfeld.

Vorzüglicher Piqué und andere Baumwollwaaren.
Schönes Sortiment von Febrüden und ganz vorzüglich gearbeitete Febrümmenfutrer.
Vortreffliche Eisengußwaaren.

Gräflisch-Einsiedelsches Eisenwerk Raachhammer bei Müdenberg.

Notzenburger Kupferhammer.

Vortrefflich gearbeitete Vacuumspanne.

Mahr, Gebrüder, Raumburg a. d. S.

Nacob, Bernhard jun., Weiskensfeld a. d. S.

Kopsche, Reinhold, Weiskensfeld.

Eine ehrenvolle Erwähnung:

Eisenbeinkämme von guter Qualität.

Gute Lohgerbung.

Papierlaternen.

Merseburg, den 11. August 1862.

Königliche Regierung, Google

(614) Die diesjährige Aufnahme-Prüfung für das Königl. Schullehrer-Seminar zu Elsterwerda betr.

Die diesjährige Aufnahmeprüfung für das Königl. Schullehrer-Seminar zu Elsterwerda findet
den 2. und 3. October c.

statt. Diejenigen jungen Leute, welche sich zu denselben zu stellen beabsichtigen, haben ihre Meldungen spätestens bis zum 1. September c. bei dem Seminardirector Materne zu Elsterwerda einzureichen und folgende Schriftsätze beizufügen:

- 1) ein Taufzeugniß, aus dem hervorgeht, daß der Anzumelbende das 17. Lebensjahr zurückgelegt hat,
- 2) ein Zeugniß über die erlangte Vorbildung für die Aufnahme in ein Seminar,
- 3) ein Zeugniß der Ortspolizeibehörde über den bisherigen unbescholtenen Lebenswandel,
- 4) ein Zeugniß des Seelforgers über die religiöse und sittliche Befähigung des Anzumelbenden für die Wahl des Lehrberufs und das Leben in der kirchlichen Gemeinschaft,
- 5) eine von dem Königl. Landrathsamte oder dem Magistrat auszustellende Bescheinigung darüber, daß die Eltern oder der Vormund des Anzumelbenden im Stande und bereit sind, 50 Thlr. jährlich für denselben als Kostgeld während seines Aufenthalts im Seminare zu zahlen,
- 6) einen selbstverfaßten und selbstgeschriebenen Lebenslauf, aus welchem der bisherige Bildungsgang zu ersehen und auf die Entwicklung der Neigung für den Lehrberuf zu schließen ist.

Die ärztliche Untersuchung der zur Prüfung Erschienenen geschieht am 1. October c. durch den Amtsarzt. Die Angemeldeten haben, sofern sie von der Prüfung nicht ausdrücklich zurückgewiesen sind, eine besondere Vorladung nicht abzuwarten, und sich am 1. October c. spätestens bis Nachmittags 4 Uhr bei dem Seminardirector Materne persönlich vorstellen.

Magdeburg, den 17. Juli 1862.

Königliches Provinzial-Schul-Collegium.

(615) Die diesjährigen Wahlfähigkeits-Prüfungen bei dem Schullehrer-Seminar zu Elsterwerda betr.

Der Anfang der diesjährigen Wahlfähigkeits-Prüfungen bei dem Schullehrer-Seminar in Elsterwerda ist auf den 4. October d. J. festgesetzt worden.

Die außerhalb des Elsterwerdaer Seminars vorbereiteten, im Wittenberger, Torgauer, Bitterfelder, Schweiniger und Liebenwerdaer Kreise wohnhaften Schulumkandidanten haben sich am 5. October, Nachmittags 2 Uhr, die Candidaten der Theologie und diejenigen Literaten, welche ihre Universitätsstudien beendigt haben, am 8. October, Abends 7 Uhr, und die zur abermaligen Prüfung einberufenen Lehrer am 9. October, Abends 7 Uhr, bei dem Seminardirector Materne in Elsterwerda zu melden. Im Uebrigen wird auf die Bekanntmachung im Amtsblatte vom Jahre 1838 St. 3. S. 19. verwiesen.

Merseburg, den 30. Juli 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(616) Verpachtung des Domainen-Vorwerks Mühlbanz.

Das im Danziger Kreise 3 Meilen von Danzig und 1½ Meile von Dirschau an der Chaussee von Danzig nach Dirschau gelegene Domainen-Vorwerk Mühlbanz soll in dem auf den 4. September c. in unserm Sessionszimmer im Königl. Regierungsgedäude Vermittlags 11 Uhr vor dem Departementsrathe, Herrn Regierungsrath Delrichs, anberaumten Termine im Wege der öffentlichen Licitation auf 18 hintereinanderfolgende Jahre vom 24. Juni 1863 bis zum 24. Juni 1881 verpachtet werden.

Das Vorwerk enthält im Ganzen 746 Morgen 148 Akuthen, darunter 376 Morgen 120 Akuthen Acker, meistens zweiter und dritter Klasse, und 316 Morgen 100 Akuthen Wiesen.

Das der Licitation zum Grunde zu legende Pachtgeld - Minimum ist auf 2000 Thlr. in Thalerwährung und die zu bestellende Pachtcaution auf 1000 Thlr. festgesetzt. Zur Uebernahme der Pacht ist der Nachweis der landwirthschaftlichen Qualification der Bewerber und des Besizes eines Vermögens von 12000 Thlr. erforderlich. Dem Königl. Finanz-Ministerium bleibt die Entscheidung darüber, ob der Zuschlag überhaupt zu ertheilen, sowie die Auswahl unter den drei Bestbietenden vorbehalten.

Die näheren Bedingungen der Verpachtung, sowie die Regeln der Licitation können in unserer Domainen-Registratur während der Dienststunden, sowie auf dem Domainen-Vorwerk Mühlbanz eingesehen, auch sollen auf Verlangen Abschriften derselben gegen Erstattung der Copialien ertheilt werden.

Danzig, den 23. April 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

(617) Verpachtung des Domainen-Vorwerks Budweischn.

Das im Kreise Stallupönen gelegene Königl. Domainen-Vorwerk Budweischn soll von Johannis 1863 ab auf achzehn nach einander folgende Jahre, also bis Johannis 1881, anderweit meistbietend ver-

pachtet werden. Der Pachttermin dazu ist auf **Freitag den 26. September d. J., Vormittags 11 Uhr**, im Conferenzsaale des hiesigen Regierungsgebäudes vor dem Departementsrathe, Herrn Regierungsrath Walde, angesetzt, zu welchem geeignete Pachtbewerber hierdurch eingeladen werden. Die speciellen Verpachtungs-Bedingungen, sowie die in Anwendung zu bringenden Regeln der Licitation können hier zur Stelle in dem Bureau Nr. 62. des Regierungsgebäudes und bei dem Domainen-Polizei-Verwalter, Domainenrath de la Bruyere zu Stallupönen zu jeder Zeit während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Vorwerk Budweisken, 1 Meile von der von der Landesgrenze bei Eydtkuhnen nach der Kreisstadt Stallupönen führenden Chaussee und je 1 Meile von den Eisenbahnhöfen zu Stallupönen und Eydtkuhnen belegen, umfasst:

| | | |
|------------------------|-------------|------------|
| an Acker | 1298 Morgen | 45 Akuten, |
| • Wiesen | 264 „ | 15 „ |
| • Weide | 6 „ | 170 „ |
| • Hoffstelle | 18 „ | 115 „ |
| • Gärten | 6 „ | 112 „ |
| • Gräben etc. | 74 „ | 72 „ |

insgesamt also ein Areal von 1668 Morgen 169 Akuten.

Das Pachtgeld, Minimum ist auf 2000 Thlr. festgesetzt und zur Uebernahme der Pacht ein disponibles Vermögen von 15,000 Thlr. auf Seiten der Pachtbewerber für erforderlich erachtet.

Gumbinnen, den 24. Juli 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(618) Vorlesungen an der landwirthschaftlichen Academie zu Poppelndorf bei Bonn im Winterhalbjahr 1862/63.

Im Winterhalbjahr 1862/63 werden an der landwirthschaftlichen Academie zu Poppelndorf folgende Vorlesungen gehalten:

Einleitung in die landwirthschaftlichen Studien; landwirthschaftliche Betriebslehre; allgemeiner Ackerbau; die englische Landwirthschaft und ihre Anwendbarkeit auf Deutschland: Director Dr. **Gartstein**.

Schafzucht, Wollkunde und Schweinezucht; landwirthschaftliche Rechnungsführung; Mittheilungen aus dem Wirthschaftsbetriebe und landwirthschaftliches Repertorium: Administrateur **Weng**.

Forstwissenschaften; Jagd- und Fischereiwesen: Dr. **Bonhausen**.

Obstbaumzucht: Garteninspector **Zinning**.

Physik; landwirthschaftliche Technologie; organische Chemie; analytische Chemie mit Uebungen in landwirthschaftlich-chemischen Arbeiten: Professor Dr. **Sichorn**.

Mineralogie und Geognosie; Pflanzen-Anatomie und Physiologie; allgemeine und landwirthschaftliche Zoologie; künstliche Fischzucht: Dr. **Sachs**.

Volkswirthschaftslehre: Professor Dr. **Kaufmann**.

Landwirthschaftsrecht: Professor Dr. **Achenbach**.

Arithmetik und Algebra, mit Uebungs-Aufgaben; Mechanik mit besonderer Berücksichtigung der landwirthschaftlichen Geräthe und Maschinen; landwirthschaftliche Baukunde; Zeichnen. Unterricht: Baumeister **Schubert**.

Anatomie und Physiologie der Hausthiere; äußere Krankheiten der Hausthiere, Geburtshülfe und Hufbeschlag; Gesundheitspflege der Hausthiere: Departements-Thierarzt **Schell**.

Die Vorlesungen beginnen am 15. October o. gleichzeitig mit den Vorlesungen an der Universität zu Bonn. Auf betreffende Anfragen wegen Eintritts in die Academie wird der Unterzeichnete nähere Auskunft erteilen. Poppelndorf bei Bonn, im August 1862.

Der Director Dr. Gartstein.

Patente für Kunstfindungen betr.

(619) Das dem Ingenieur W. H. Chr. **Boß** in Berlin unterm 24. März, 1860 ertheilte Patent auf eine hydrodynamisch wirkende Rotations-Dampfmaschine, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammensetzung, ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(620) Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle an St. Ulrich in Sangerhausen ist der bisherige Pfarradjunct **Gustav Reinhold Voigt** berufen und bestätigt worden.

(621) Durch Weiterbeförderung des Pfarrers **Wösch** ist die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Collochau in der Epchorie Schlieben, mit welcher ein Einkommen von 919 Thlr. 18 Sgr. 2 Pf. verbunden ist und wozu zwei Kirchen und zwei Schulen gehören, vacant geworden. Ueber dieselbe ist bereits disponirt.

(622) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Casied und Algenstedt in der Diöces Gardelegen ist der bisherige Pfarrer **Heinzelmann** zu Kloster Neuendorf in derselben Diöces ernannt und bestätigt worden.

(623) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Bödelist mit Dobichau in der Diöces Freyburg ist der bisherige Predigtamts-Candidat **Albert Julius Otto Küstermann** berufen und bestätigt worden.

(624) Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle zu Walschleben in der Diöces Erfurt ist der bisherige Diaconus **Grüning** zu Rindelbrück berufen und bestätigt worden.

(625) Der Predigtamts-Candidat **Alfred Gustav Nagelski** ist als Hülfsprediger an der Corrections- und Landarmen-Anstalt in Zeitz berufen und bestätigt worden.

(626) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Schönberg in der Diöces Seehausen a/M. ist der bisherige Predigtamts-Candidat **Heinrich Andreas Scher** berufen und bestätigt worden.

(627) Dem zum Oberpfarrer in Torgau ernannten bisherigen Pfarrer **Besser** in Ristritz ist die interimistische Verwaltung der Superintendentur der Diöces Torgau übertragen worden.

(628) Die unter dem Patronate des Domprobites in Raumburg stehende, durch die Versetzung des Pfarrers **Besser** vacant gewordene Pfarrstelle in Ristritz, Diöces Lützen, ist mit einem Einkommen von 830 Thlr. 24 Sgr. 3 Pf. verbunden. Die Parochie Ristritz hat 1 Kirche und 2 Schulen.

(629) Durch die Versetzung des Oberpredigers **Dr. Kirchner** ist die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle in Wolmirstedt, Diöces Wolmirstedt, vacant geworden. Dieselbe gewährt ein Einkommen von 1229 Thlr. 26 Sgr. 8 Pf., wovon 400 Thlr. Emeritengehalt abzugeben sind. Die Parochie hat 1 Kirche und 2 Schulen.

(630) Die vacante Küsterstelle an der Kirche zu Jessen ist dem zweiten Mädchenlehrer **Tillich** daselbst verliehen worden.

(631) Des Königs Majestät haben dem Ledersabrikanten **G. W. Seyffarth** zu Raumburg den königlichen Kronen-Orden 4. Klasse zu verleihen geruht.

Redigirt im Antzblatt-Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

M u t s - B l a t t

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 31.

Ausgegeben zu Merseburg am 23. August 1862.

- (632) Das 26. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 8. August 1862, enthält unter:
 Nr. 5566. Allerhöchster Erlaß vom 21. Juni 1862, betreffend die Einrichtung von Kreis-Synoden in der Provinz Pommern.
 Nr. 5567. Allerhöchster Erlaß vom 17. Juli 1862, betreffend die Classification der zum Preussischen Heere und zur Marine gehörenden Militärpersonen.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Verhönden.

(633) Die Sendungen unter Streif- oder Kreuzband mit der Post etc.

Uebertretungen der Postgesetze kommen erfahrungsmäßig hauptsächlich bei solchen Sendungen vor, welche unter Band (Streif- oder Kreuzband) zur Beförderung mit der Post eingeliefert werden. Zum Zweck möglicher Abwendung der Uebertretungen wird, unter Bezugnahme auf den §. 15. des Reglements vom 21. December 1860, auf die einschlagenden Vorschriften aufmerksam gemacht.

Gegen die ermäßigte Taxe von vier Pfennigen bis zu 1 Loth excl. u. f. w. nach Maßgabe des Gewichts können innerhalb des Preussischen Postgebiets und des Deutschen Postvereinsgebiets unter Band frankirt befördert werden: alle gedruckte, lithographirte, metallographirte, oder sonst auf mechanischem Wege hergestellte, zur Beförderung mit der Briefpost geeignete Gegenstände, mit Ausnahme der gebundenen Bücher und der mittelst der Copirmaschine oder mittelst Durchdrucks hergestellten Schriftstücke.

Die Adresse muß auf dem Streif- oder Kreuzbände und darf nicht auf der Sendung selbst angebracht sein.

Die Versendung unter Band gegen die ermäßigte Taxe ist im Allgemeinen unzulässig, wenn die Gegenstände nach ihrer Fertigung durch Druck u. f. w. außer der Adresse irgend welche Zusätze oder Aenderungen am Inhalte erhalten haben. Dabei macht es keinen Unterschied, ob die Zusätze oder Aenderungen geschrieben oder auf andere Weise bewirkt sind, z. B. durch Stempel, durch Druck, durch Ueberstreichen von Worten, Ziffern oder Zeichen, durch Punctiren, Unterstreichen, Durchstreichen, Ausradiren, Durchstechen, Ab- oder Ausschneiden einzelner Worte, Ziffern oder Zeichen u. f. w.

Es kann jedoch den Preis-Couranten, Circularen und Empfehlungsschreiben noch eine innere, mit der äußeren übereinstimmende Adresse, sowie Ort, Datum und Namensunterschrift hinzugefügt werden; ferner dürfen Circulare von Handlungshäusern mit der handschriftlichen Unterzeichnung der Firma von mehreren Theilnehmern der Handlung versehen sein. Den Correcturbogen können Aenderungen und Zusätze, welche die Correctur, die Ausstattung und den Druck betreffen, hinzugefügt werden; das Manuscript darf dagegen den Correcturbogen nicht beigelegt werden. Modelbilder, Landkarten u. f. w. dürfen colorirt sein; die Bilder und Karten dürfen aber nicht in Handzeichnungen bestehen, sondern müssen durch Holzschnitt, Lithographie, Stahlstich, Kupferstich u. f. w. hergestellt sein.

Auf der inneren oder äußeren Seite des Bandes dürfen sich solche Zusätze, welche keinen Bestandtheil der Adresse bilden, nicht befinden, mit Ausnahme des Namens oder der Firma des Absenders.

Mehrere Gegenstände dürfen unter Einem Bande versendet werden, sofern sie von ein und demselben Absender herrühren und überhaupt zur Versendung unter Band geeignet sind; die einzelnen Gegenstände dürfen aber alldann nicht mit verschiedenen Adressen oder besonderen Aufschlüssen versehen sein.

Wer Gegenstände unter Streif- oder Kreuzband zur Versendung mit der Post einliefert, welche überhaupt oder wegen verbotener Zusätze unter Streifband nicht versandt werden dürfen, wird nach §. 35. des Gesetzes vom 5. Juni 1852 mit dem vierfachen Betrage des Porto, jedoch niemals unter einer Geldbuße von fünf Thalern bestraft.

Halle, den 26. März 1862.

Der Ober-Postdirector. Straßl.

(634) Aufferberung zum Verloren von Geld- und Werthsendungen.

Für die zur Post gegebenen Briefe mit Geld- oder Werthinhalt, deren Werth auf der Adresse nicht angegeben ist, wird im Falle ihres Verlustes oder der Beschädigung ihres Inhaltes den gesetzlichen Bestimmungen zufolge kein Schadensersatz geleistet; hat dagegen die Angabe des Werthes auf der Adresse stattgefunden, so ersetzt die Postverwaltung den Schaden nach Maßgabe der Declaration. Im Interesse der Absender solcher Briefe liegt es daher, den Werth des Inhalts auf der Adresse der Briefe anzugeben und wird für diese Werthdeclaration nur eine im Verhältniß geringe, dem gewöhnlichen Portosatz hinzutretende Gebühr Seitens der Post erhoben.

Diese Gebühr beträgt bei Sendungen bis 50 Thlr. an Werth, sofern dieselben den Preussischen Postbezirk nicht überschreiten,

| | | |
|--|-------|--------|
| für Entfernungen bis 10 Meilen | . . . | 1 Sgr. |
| für Entfernungen über 10 bis 50 Meilen | . . . | 1 |
| für größere Entfernungen | . . . | 2 |

Da solche Briefe indeß noch häufig ohne Werthangabe zur Post geliefert werden, so wird das Publikum auf die vorstehenden Bestimmungen hiermit wiederholt aufmerksam gemacht.

Halle, den 20. Juni 1862.

Der Ober-Postdirector. Strahl.

Hypothekensachen.

(635) Die Hypothekentabelle über das dem Maurer Christian Samuel Abicht zu Bilzingsleben gehörige, in der Hlur Bilzingsleben belegene Grundstück, als: $\frac{1}{2}$ Ader über dem Delmüllerstrafen Nr. 2604. des Flurbuchs, ist aufgestellt und kann innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen unzulässig.

Heldbrungen, den 5. Juli 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(636) Die in unserer Bekanntmachung vom 6. Februar 1862 (Amtsblatt pag. 142.) gedachte Scheune des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Hoffmann zu Neumark bei Düben ist nunmehr in das Hypothekenbuch übertragen und ist der Erwerb neuer Hypothekenrechte an derselben nunmehr lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts-Ordnung und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Düben, den 16. Juli 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(637) Es ist die Tabelle über folgendes, dem Obsthändler Christian Gottfried Gebhardt zu Naumburg a. d. S. von der Königlichen Landesschule Pforta laut Kaufvertrags vom 24. Mai 1861 übereignete Grundstück in der Hlur Naumburg a. d. S., als: 105,3 Ruthen von dem todgelegten Saalbette in der krummen Kufe bei deren südöstlichen Grenze, angelegt worden und kann diese Tabelle hierüber innerhalb zwei Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatt ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig.

Naumburg, den 11. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(638) Die Hypothekentabellen über folgende Grundstücke:

- A. der Pfarre zu Reinsdorf: Nr. 1. 8 Ader Wiese über den Gemeinetheilen, Nr. 2. $\frac{1}{2}$ Ader Wiese auf dem großen Haken, Nr. 3. 3 Ader Wiese zwischen dem Schneefelderwege und den Spedwiesen, Nr. 4. 4 Ader Wiese auf dem Hühnergöhren, Nr. 5. 1 Ader Wiese unter dem Damme, Nr. 6. 1 Ader Wiese auf dem Hühnergöhren und der Sandlache, Nr. 7. 3 Ader Wiese unter dem Damme, Nr. 8. 8 Ader Wiese auf dem Hühnergöhren, Nr. 9. 4 Ader Wiese in den Spedwiesen; Oberfeld: Nr. 10. 2 $\frac{1}{2}$ Ader Land im Brettleber Grunde, Nr. 11. 2 Ader Land unter dem Brettleber Wege, Nr. 12. $\frac{1}{2}$ Ader Land daselbst, Nr. 13. $\frac{1}{2}$ Ader Land über und unter der Zeigerischen Gebreite, Nr. 14. 8 Ader Land auf dem Heldbrunger Berge, Nr. 15. 6 Ader Land auf dem Querberge und Ragenkriß, Nr. 16. 2 Ader Land hinter dem Dorfe an dem Heldbrunger Wege, Nr. 17. 3 Ader Land auf dem Sperlingsberge, Nr. 18. 6 Ader Land im Trage, auch Sommergang genannt, Nr. 19. $\frac{1}{2}$ Ader Land zwischen dem Dorfe und Gehofener Wege, Nr. 20. $\frac{1}{2}$ Ader Land in der Kerbe, Nr. 21. $\frac{1}{2}$ Ader Land über dem Gehofener Wege und der Schanze, Nr. 22. 8 Ader Land auf dem Nummerberge, Nr. 23. 4 Ader Land im Bärenthale.

B. der Schule zu Reinsdorf: Nr. 1. 1 Ader Wiese, das Pfingstfeld genannt, Nr. 2. 2 Ader Grummtwiese, Hühnergöhren und Sandlache genannt, Nr. 3. $\frac{1}{2}$ Ader Land auf dem Helbrunger Berge, Nr. 4. $\frac{1}{2}$ Ader Land am Feldrunder Wege hinter dem Dorfe, Nr. 5. $\frac{1}{2}$ Ader Land am Dornentraine im Lindenthal, Nr. 6. $\frac{1}{2}$ Ader Land auf dem Kirchhofe, auch Borrieth genannt, Nr. 7. $\frac{1}{2}$ Ader Land über dem Gehöfener Wege in der Schanze, Nr. 8. $\frac{1}{2}$ Ader Land im Bärenthale.

C. die Gemeinde Reinsdorf: Nr. 1. 3 Ader Wiese an der Gemeinde, Nr. 2. 24 Ader Wiese, das Pfingstfeld, Nr. 3. 4 Ader Wiese, der Hühnergöhren und die Sandlache, Nr. 4. $3\frac{1}{2}$ Ader Wiese neben dem Pfingstfeld, Nr. 5. 3 Ader Wiese Göhren auf dem Haken, Nr. 6. 3 Ader Wiese auf dem Hühnergöhren, Nr. 7. 3 Ader Wiese zwischen dem Schneefelderwege und den Spedwiesen, Nr. 8. 4 Ader Wiese auf dem Kälberriethe, Nr. 9. 1 Ader Wiese auf dem Maulande, Nr. 10. 7 Ader Wiese auf dem Nachsfelde, Nr. 11. 5 Ader Wiese, der Kirchhof, auch Borrieth genannt, Nr. 12. 1 Ader Land im Unterfelde, der Bädersfeld genannt,

sind fertig und können innerhalb zwei Monaten und 8 Tagen nach Insertion dieser Bekanntmachung in unserm Bureau eingesehen werden. Später sind Erinnerungen dagegen nicht weiter zulässig.

Artern, den 17. Juli 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(639) Die in unserer Bekanntmachung vom 16. April d. J. Nr. 470. bezeichnete Hypothekentabelle ist in das Hypothekenbuch übertragen. Der Erwerb neuer Hypothekenrechte auf diese Grundstücke ist daher nach den Vorschriften des Landrechts, der Hypotheken- und Gerichts-Ordnung zu beurtheilen.

Schlieben, den 25. Juli 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Personal-Chronik.

(640) Der Predigamt's-Candidat Ferdinand Adolph Leopold **Vauli** ist als Hülfsprediger in der Pfarodie Jlesar angestellt worden.

(641) Der Superintendent a. D., Pfarrer Dr. **Gerold** in Schueiblingen, Diöces Adersleben, wird Martini d. J. in den Ruhestand treten. Die Stelle ist königlichen Patronats und das Einkommen derselben auf 2116 Thlr. 10 Sgr. angegeben, wovon 750 Thlr. Emeritengehalt zu zahlen sind. Die Pfarodie hat 1 Kirche und 4 Schullassen.

(642) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Städten und Dornsdorf in der Diöces Helldringen ist der bisherige Diaconus in Cölleda in derselben Diöces, Friedrich Ernst Theodor **Flemming**, berufen und bestätigt worden.

(643) Zu der erledigten evangelischen Hülfspredigerstelle an den vier evangelischen Pfarrkirchen in Stendal in der Diöces Stendal ist der bisherige Predigamt's-Candidat Friedrich Heinrich Justin **Kromphardt** berufen und bestätigt worden.

(644) Die durch die Verlegung des Pfarrers **Gräfenhan** vacant gewordene, unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle in Hornsömmern, Diöces Sandhausen, ist mit einem jährlichen Einkommen von 486 Thlr. 12 Sgr. 2 Pf. verbunden. Die Pfarodie hat eine Kirche und eine Schule.

(645) Die Mädchenlehrer- und Organistenstelle zu Königerode, Epchorie Ermsleben, Privat-Patronats, wird durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(646) Der Kreisrichter **Dächsel** in Schmöderda ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgerichte in Sangerhausen mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst und zum Notar im Departement, und der **Gerichts-Assessor Anstett** zum Kreisrichter bei dem Kreisgerichte zu Neustettin mit der Function bei der Gerichts-Commission in Barmbeke ernannt.

Die Auscultatoren **Kranold**, **Walther** und **Weber** sind zu Referendarien befördert.

Dem Rechtsanwalt, Justizrath **Schade** zu Halle ist aus Veranlassung seines Ausscheidens aus dem Amte als Universitätsrichter daselbst der rothe Adlerorden 4. Klasse Allerhöchstd. verliehen.

Der Gerichtsbote **Schließer** in Altleben ist auf seinen Antrag entlassen. Versetzt sind: die Gerichtsboten **Seitner** in Ranis an das Kreisgericht zu Erfurt, **Pöcher** in Ziegenrück an die Gerichts-Commission zu Ranis und **Wächter** zu Helldringen an die Gerichts-Commission zu Cölleda.

Definitiv angestellt sind: die Hülfsboten **Neumeyer** in Langensalza bei dem Kreisgerichte zu Eisleben mit der Function bei der Gerichts-Commission in Altleben, **Tischler** in Cölleda bei dem Kreisgerichte zu Suhl mit der Function bei den Gerichts-Commissionen in Schleusingen und **Gubler** in Eisleben bei dem Kreisgerichte daselbst.

(647) Der Schiedsmann für die Stadt Mühlberg, Apotheker **Lichtenberg**, und dessen Stellvertreter, Kaufmann **Paatz**, sind nach Ablauf ihrer Wahlperiode als Schiedsmann resp. Stellvertreter wieder gewählt und verpflichtet worden.

(648) Der bisherige Stellvertreter, Schulze **Bock** in Dorf Alsleben, ist zum Schiedsmann für den Bezirk Dorf Alsleben und der Agent **Hartmann** daselbst zu dessen Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

(649) Die Secretariats-Aspiranten, Wachtmeister **Oppermann** vom 7. schweren Landwehr-Regiment und Sergeant **Zachs** vom 2. Thüringischen Infanterie-Regiment Nr. 32. sind als Secretariats-Assistenten bei der Intendantur des 4. Armee-Corps angestellt worden.

(650) Der Intendantur-Secretair **Hartmann** von der Intendantur des 8. Armee-Corps ist zu der des 4. Armee-Corps versetzt worden.

(651) Gestorben: der Steueraufscher **Mesner** in Nohleben.

Pensionirt: der Steuereinnnehmer **Schneider** in Bitterfeld.

Versetzt: der Ober-Steuercontroleur **Beniger** von Merseburg nach Quedlinburg, der Steuereinnnehmer v. Schiefelbdt von Merseburg nach Egeln, der Steuereinnnehmer **Hergt** von Sachsenburg nach Gentzin, der Hauptamts-Assistent **Fischer** von Salzwedel als Steuereinnnehmer nach Merseburg, der Thorcontroleur **Thron** von Halle als Steuereinnnehmer nach Sachsenburg, der Thorwärter **Pecht** von Wittenberg als Thorcontroleur nach Halle, der Thorwärter **Drechsler** von Weissenfels nach Wittenberg.

Neu angestellt: der pensionirte Gensdarm **Brückner** in Gräfenhainichen als Chausseegeldheber in Habis, der invalide Unteroffizier **Großmann** in Budau als Thorwärter in Weissenfels.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt der Königlichen Regierung zu Merseburg. Stück 33.

Ausgegeben zu Merseburg am 30. August 1862.

- (632) Das 27. Stüd der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 23. August 1862, enthält unter:
 Nr. 5568. Allerhöchster Erlaß vom 30. Juni 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der im Kreise Minden belegenen Chaussee von der Hannoverschen Grenze bei Loccum über Schlüsselburg bis wiederum zur Hannoverschen Grenze bei Nüßlingen.
 Nr. 5569. Privilegium zur Ausgabe auf den Inhaber laufender Obligationen der Stadt Stolp, Regierungsbezirks Cöslin, zum Betrage von 100.000 Rblrn. Vom 30. Juni 1862.
 Nr. 5570. Allerhöchster Erlaß nebst Tarif vom 21. Juli 1862, nach welchem die Abgaben für die Benützung der Eisenanlagen zu Pfahlbude bei Braunsberg zu entrichten sind.
 Nr. 5571. Allerhöchster Erlaß vom 7. Juli 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chaussee von der Kreisstadt Hilburg nach Echter-nachbrück, im Regierungsbezirk Trier.
 Nr. 5572. Allerhöchster Erlaß vom 14. Juli 1862, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 an die Landgemeinde Honnef, im Regierungsbezirk Köln.
 Nr. 5573. Allerhöchster Erlaß vom 26. Juli 1862, betreffend einen Zusatz zu §§. 8. und 30. des Reglements für die Feuerocietät der Preussischen Landschaft vom 30. December 1837.
 Nr. 5574. Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 28. Juli 1862, betreffend die Befestigung der in dem notariellen Acte vom 30. April 1862 zusammengestellten Abänderungen des Statuts der unterm 9. Februar 1857 bestätigten Arenbergischen Actiengesellschaft für Bergbau und Pflanzbetrieb zu Effen. Vom 7. August 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Verhöden.

(633) Festsetz. Breitenmang, den Betrieb der in der Nähe von Wegen, Flüssen und Schiffsahrtskanälen gelegenen Steinebrücken betr.

Um die Wege, Flüsse und Schiffsahrtskanäle gegen die Nachtheile und Gefahren sicher zu stellen, von welchen dieselben und der Verkehr auf ihnen bei den in unmittelbarer Nähe und zugleich höher gelegenen Steinbrücken durch das Herabfallen von Steinen und Geröll bedroht sind, verordnen wir auf Grund der Bestimmungen der §§. 6. 11. und 20. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 folgendes:

§. 1. Jeder Besitzer oder Unternehmer eines innerhalb 60 Ruthen — (horizontal gemessen) — von einem Wege, Flusse oder Schiffsahrtskanale und zugleich höher belegenen Steinbruchs hat vor dem Beginne des Betriebes desselben, resp. in Ansehung der zur Zeit bereits im Betriebe befindlichen Steinbrücke spätestens innerhalb 4 Wochen nach Publication dieser Polizei-Verordnung dem Kreislandrathe Anzeige zu machen und ist verpflichtet, diejenigen Sicherungsmassregeln zu treffen, welche zur Abwendung von Gefahren und Nachtheilen erforderlich sind.

§. 2. Findet der Kreislandrath, event. nach vorangegangener Prüfung an Ort und Stelle, zu welcher die Betheiligten einzuladen sind, das Gefahren und Nachtheile für die gedachten Land- und Wasserstrassen oder den Verkehr auf denselben zu besorgen sind, so hat derselbe, nöthigenfalls nach Vernehmung des Kreisbaubeamten, die zu deren Abwendung erforderlichen Sicherungsmassregeln vorzuschreiben, welche von den Steinbruchsbesitzern resp. Unternehmern vor Beginn des Betriebes und in Ansehung der zur Zeit schon im Betriebe befindlichen Steinbrücke innerhalb der ihnen von dem Kreislandrathe zu bestimmenden Frist auszuführen sind.

§. 3. Wer die im §. 1. angeordnete Anzeige von dem Betriebe, resp. der Fortsetzung des Betriebes eines Steinbruchs unterläßt, oder wer den Betrieb eines Steinbruchs beginnt oder nach der ihm im §. 2. bestimmten Frist fortsetzt, ohne vorher die in Gemässheit des §. 2. angeordneten Sicherungsmassregeln aus-

geführt zu haben, versäkt, vorbehaltlich der im Zwangswege auf seine Kosten auszuführenden Herstellung der vorgeschriebenen Sicherheitsmaßregeln in eine Geldbuße von fünf bis zehn Thalern.

Merseburg, den 22. August 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(634) Die unter §. 18. des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 fallenden Gewerbetreibenden betr.

Es ist mehrfach zu unserer Kenntniß gekommen, daß verschiedene der unter §. 18. des Hausir-Regulativs vom 28. April 1824 fallenden Gewerbetreibenden, als Aussteller von Volzenschießständen, Photographen, Schaupspieler, Equilibristen, Vorzeiger von Panoramen, Marionetten-, Puppen- und Taschenspieler, Personen, die sonstige Kunst- oder Naturseltsamkeiten zur Schau ausstellen, Gaukler u. dgl., ihr Gewerbe umherziehend betreiben, ohne im Besitze eines dazu nöthigen Gewerbscheins zu sein.

Wir machen die Ortspolizeibehörden sowohl als die Gewerbetreibenden selbst darauf aufmerksam, daß letztere sich dadurch der Gewerbesteuer-Contraventions-Schuldig machen, die in jedem einzelnen Falle neben Nachzahlung einer Steuer von 16 Thlr. mit dem vierfachen Betrage derselbe, also mit 64 Thlr., im Unerwidlungsfalle mit verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe geahndet wird.

Merseburg, den 16. August 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(635) Die Errichtung einer Telegraphenstation zu Hilsdorf.

Zu Hilsdorf im Regierungsbezirk Merseburg ist eine Telegraphenstation eingerichtet worden, welche am 26. August c. mit beschränktem Tagesdienste (sfr. §. 4. des Reglements für die telegraphische Correspondenz im Deutsch-Oesterreichischen Telegraphen-Verein) dem öffentlichen Verkehre übergeben werden wird.

Berlin, den 21. August 1862.

Königliche Telegraphen-Direction.

Hypothekensachen.

(636) Die Hypothekentabellen, welche nach unserer Bekanntmachung vom 4. Februar 1862 in dem Merseburger Regierungs-Amtsblatte pro 1862 Stück 21. die gesetzliche Zeit ausgelegt haben, sind nunmehr in die Hypothekenbücher übertragen und es wird der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Hypotheken-Ordnung beurtheilt. Es sind ferner die Tabellen über

I. Flur Niesedt: 1) Stellmacher Friedrich Wilhelm Gottlob Eduard Berndt, Grundstück B. 1. der Tabelle, 2) verheirathete Anspänner Friederike Wilhelmine Todte geb. Rudolph, Grundstücke B. 21. und 22. der Tabelle, 3) das Cantorat zu Niesedt, die Grundstücke C. 5. bis 18. der Tabelle.

II. Wierode: Cantor Friedrich Wagner in Wierode, das Grundstück A. 1. der Tabelle (Wohnhaus Nr. 79.).

III. Kleinleinungen: Friedrich Wilhelm Walther, Grundstück A. 1. der Tabelle (Wohnhaus Nr. 40.).

IV. Großleinungen: Handarbeiter Christian Nünke und Ehefrau Marie geb. Nidel, Grundstück A. 1. der Tabelle (Wohnhaus Nr. 129.).

V. Martinsrieth: Handarbeiter Christian Gerth, Wohnhaus Nr. 60.

durch alle drei Rubriken fertig und können von den Interessenten innerhalb der zweimonatlichen Frist, welche vom 8. Tage der Einrichtung dieser Bekanntmachung an gerechnet wird, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Einwendungen können nicht berücksichtigt werden.

Sangerhausen, den 31. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(637) Die in unserer Bekanntmachung vom 26. Februar c. (Amtsblatt de 1862 Stück 21.) beschriebene Hypothekentabelle über folgende, der Gemeinde Klosterbäcker gehörigen, in Niederbörfer Markt gelegenen Grundstücke, als:

a. in Klosterbäcker Flur: Nr. 623. in Niederbörfer Markt, über der großen Gemeinde, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 624. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 625. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 626. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 627. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 628. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 648. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 649. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 650. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 651. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 652. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 653. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 654. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 655. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 656. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 657. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 658. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 659. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 660. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 661. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 662. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 663. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 664. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 665. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 666. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 667. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 668. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 669. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 670. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 671. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 672. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 673. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 674. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 675. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 676. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 677. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 678. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 679. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 680. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 681. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 682. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 683. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 684. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 685. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 686. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 687. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 688. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 689. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 690. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 691. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 692. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 693. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 694. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 695. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 696. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 697. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 698. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 699. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 700. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 701. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 702. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 703. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 704. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 705. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 706. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 707. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 708. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 709. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 710. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 711. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 712. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 713. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 714. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 715. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 716. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 717. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 718. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 719. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 720. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 721. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 722. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 723. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 724. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 725. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 726. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 727. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 728. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 729. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 730. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 731. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 732. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 733. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 734. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 735. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 736. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 737. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 738. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 739. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 740. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 741. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 742. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 743. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 744. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 745. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 746. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 747. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 748. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 749. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 750. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 751. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 752. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 753. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 754. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 755. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 756. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 757. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 758. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 759. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 760. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 761. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 762. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 763. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 764. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 765. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 766. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 767. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 768. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 769. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 770. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 771. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 772. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 773. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 774. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 775. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 776. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 777. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 778. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 779. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 780. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 781. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 782. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 783. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 784. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 785. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 786. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 787. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 788. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 789. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 790. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 791. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 792. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 793. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 794. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 795. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 796. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 797. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 798. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 799. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 800. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 801. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 802. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 803. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 804. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 805. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 806. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 807. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 808. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 809. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 810. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 811. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 812. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 813. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 814. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 815. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 816. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 817. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 818. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 819. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 820. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 821. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 822. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 823. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 824. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 825. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 826. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 827. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 828. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 829. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 830. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 831. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 832. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 833. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 834. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 835. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 836. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 837. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 838. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 839. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 840. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 841. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 842. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 843. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 844. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 845. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 846. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 847. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 848. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 849. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 850. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 851. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 852. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 853. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 854. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 855. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 856. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 857. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 858. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 859. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 860. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 861. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 862. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 863. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 864. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 865. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 866. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 867. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 868. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 869. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 870. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 871. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 872. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 873. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 874. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 875. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 876. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 877. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 878. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 879. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 880. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 881. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 882. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 883. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 884. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 885. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 886. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 887. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 888. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 889. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 890. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 891. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 892. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 893. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 894. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 895. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 896. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 897. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 898. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 899. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 900. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 901. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 902. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 903. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 904. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 905. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 906. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 907. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 908. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 909. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 910. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 911. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 912. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 913. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 914. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 915. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 916. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 917. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 918. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 919. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 920. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 921. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 922. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 923. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 924. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 925. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 926. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 927. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 928. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 929. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 930. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 931. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 932. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 933. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 934. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 935. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 936. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 937. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 938. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 939. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 940. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 941. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 942. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 943. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 944. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 945. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 946. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 947. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 948. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 949. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 950. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 951. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 952. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 953. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 954. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 955. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 956. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 957. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 958. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 959. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 960. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 961. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 962. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 963. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 964. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 965. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 966. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 967. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 968. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 969. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 970. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 971. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 972. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 973. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 974. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 975. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 976. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 977. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 978. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 979. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 980. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 981. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 982. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 983. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 984. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 985. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 986. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 987. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 988. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 989. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 990. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 991. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 992. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 993. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 994. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 995. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 996. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 997. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 998. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 999. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1000. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1001. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1002. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1003. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1004. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1005. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1006. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1007. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1008. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1009. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1010. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1011. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1012. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1013. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1014. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1015. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1016. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1017. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1018. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1019. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1020. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1021. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1022. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1023. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1024. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1025. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1026. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1027. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1028. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1029. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1030. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1031. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1032. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1033. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1034. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1035. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1036. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1037. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1038. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1039. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr. 1040. dafelbst, $\frac{1}{2}$ Ader, Nr.

dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in unserer Registratur eingelesen werden. Spätere Einwendungen dagegen sind unzulässig.

Kreuzburg, den 11. August 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(659) Das in unserer im 22. Stücke des diesjährigen Amtsblatts Seite 163. Nr. 448. enthaltenen Bekanntmachung vom 16. März c. näher bezeichnete Grundstück der Wittve Bobach, Dorthee gebornen Lochmann auf dem Jagdhaufe bei Vorben: eine Wiese von 208 Morgen 178 Okuthen, incl. 8 Morgen 178 Okuthen Unland, in der Hür Vernsdorf, an der Vorstener Grenze und der Berlin-Dresdener Straße, ist in das Hypothekeneuch übertragen. Es wird nunmehr der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesem Grundstücke lediglich nach dem Allgemeinen Landrecht, der Gerichts-, und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden. Herzberg, den 13. August 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission I.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(660) Dem Maschinen-Fabrikanten L. **Schwarzpoff** in Berlin ist unter dem 4. August 1862 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten, für neu und eigenthümlich erkannten Universal-Schraubenschlüssel auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(661) Dem Civil-Ingenieur G. A. **Siebrecht** in Kassel ist unter dem 15. August 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Maschine zum Zerklern von Holz für die Papierbereitung, soweit dieselbe für neu und eigenthümlich erachtet ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(662) Dem Fabrikanten-Commissarius J. G. **Sofmann** zu Breslau ist unter dem 16. August 1862 ein Patent auf eine Schiebersteuerung für Dampfmaschinen, soweit dieselbe nach vorgelegter Zeichnung und Beschreibung als neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(663) Das dem Kaufmann C. F. **Wappenhaus** in Berlin unter dem 20. November 1860 ertheilte Patent auf einen in seiner ganzen Zusammensetzung für neu und eigenthümlich erkannten mechanischen Webstuhl ist erloschen.

Personal-Chronik.

(664) Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, dem Superintendenten a. D., Oberpfarrer **Contius** in Prebna zu seinem 50jährigen Amtsjubiläum den rothen Adler 4. Klasse zu verleihen.

(665) Zu der erledigten evangelischen Vormittagspredigerstelle an der St. Marien-Magdalenen-Kirche in Naumburg in der Diöces Naumburg ist der bisherige Predigtamts-Candidat Karl Friedrich Ludwig **Wottrott** berufen und beschäftigt worden.

(666) Zu der erledigten evangelischen Archidiaconatsstelle an St. Marien in Salzwedel in der Diöces Salzwedel ist der bisherige Diaconus an derselben Kirche, Rudolph Theodor **Jahn**, berufen und bestätigt worden.

(667) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Lössen in der Diöces Cönnern ist dem bisherigen Pfarrer in Gonna, Diöces Sangerhausen, Friedrich August **Wonicke**, verliehen worden.

(668) Der seitherige Kreisbierarzt **Lehnhardt** zu Wittenberg ist in gleicher Eigenschaft in den vacant gewordenen kreisbierärztlichen Bezirk Querfurt-Edartsberga mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wiebe verlegt. Dagegen ist der bisherige Kreisbierarzt **Groth** in Schleusingen in gleicher Eigenschaft in den durch die Verlegung des Kreisbierarztes Lehnhardt eröffneten kreisbierärztlichen Bezirk Wittenberg-Schweinitz, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Wittenberg, verlegt worden.

(669) Dem Königl. Kreisphysikus Dr. **Märker** zu Cölleba ist durch den Herrn Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten die silberne Impf-Medaille ertheilt worden.

Regirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Belagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

the first of these is the fact that the
 second of these is the fact that the
 third of these is the fact that the
 fourth of these is the fact that the
 fifth of these is the fact that the
 sixth of these is the fact that the
 seventh of these is the fact that the
 eighth of these is the fact that the
 ninth of these is the fact that the
 tenth of these is the fact that the

the first of these is the fact that the
 the second of these is the fact that the
 the third of these is the fact that the
 the fourth of these is the fact that the
 the fifth of these is the fact that the
 the sixth of these is the fact that the
 the seventh of these is the fact that the
 the eighth of these is the fact that the
 the ninth of these is the fact that the
 the tenth of these is the fact that the

Amts-Blatt der Königl.ichen Regierung zu Merseburg. Stück 36.

Ausgegeben zu Merseburg am 6. September 1862.

- (670) Das 28. St.ück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 29. August 1862, enthält unter:
 Nr. 5575. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Pr. Star-
 gardter Kreises im Betrage von 80,000 Thalern, II. Emission. Vom 7. Juli 1862.
 Nr. 5576. Privilegium wegen Ausfertigung einer zweiten Serie von auf den Inhaber lautender Kreis-
 Obligationen des Trossener Kreises, im Regierungsbezirk Frankfurt, im Betrage von 44,500
 Rthln. Vom 21. Juli 1862.
 Nr. 5577. Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 11. August 1862, betreffend die Genehmigung
 der Errichtung einer Actiengesellschaft unter der Benennung „Magdeburger Rückversicherungs-
 gesellschaft“ mit dem Wohnsitz in Magdeburg und die Befätigung ihres Statuts. Vom 19. Au-
 gust 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(671) Die Herabsetzung des Zinsfußes gekündigten Schuldverschreibungen der Preussischen Staatsanleihen von 1850 und 1852 betr.

In unserer Bekanntmachung vom 21. März d. J., die Convertirung der Staatsanleihen de 1850 und 1852 betreffend, Staatsanzeiger Nr. 71. 86. und 94., sind die Inhaber der Befußs Herabsetzung des Zinsfußes dieser Anleihen zum 1. October c. gekündigten Schuldverschreibungen aufgefordert, dieselben zur Empfangnahme des Betrages an die Controlle der Staatspapiere, Dranienstraße Nr. 92., oder an Eine der Königl.ichen Regierungs-Hauptkassen einzureichen.

In Bezug hierauf bleibt folgendes zu beachten:

- 1) Es sind zu obigem Zweck nur solche Schuldverschreibungen der gedachten Anleihen einzureichen, welche zum ferneren Umlauf geeignet sind.

Ausgeschlossen sind hiernach:

- a) die Befußs der Tilgung bereits verloosten Schuldverschreibungen jener Anleihen, deren Einlösung bewirkt die Staatschulden-Tilgungskasse in der geordneten Weise,
- b) solche Schuldverschreibungen, welche außer Cours gesetzt und entweder gar nicht oder nicht in gebö-
 riger Form wieder in Cours gesetzt, oder welche mit Namen versehen, oder durch sonstige Ver-
 merke, erhebliche Flecke oder Beschädigungen zum Umlauf unbrauchbar sind, so lange dieselben
 nicht in einen coursfähigen Zustand zurückgebracht worden.

Wir verweisen in dieser Hinsicht auf die beiden Gesetze vom 4. Mai 1843, Gesetz-Sammlung de 1843 Seite 177. und 179.

Schulddocumente, welche zu gedachtem Zweck eingehen, obgleich sie bereits verloost, oder nicht in coursfähigen Zustande sind, werden den Interessenten zurückgegeben.

- 2) Die Schulddocumente, welche nicht durch Vermittelung der Regierungs-Hauptkassen, sondern unmittelbar an die Controlle der Staatspapiere gelangen sollen, sind an dieselbe nicht brieflich einzureichen. Auf einen Schriftwechsel hierüber mit Inhabern der Schuldverschreibungen kann sich die Controlle der Staatspapiere nicht einlassen.

- 3) Die Schuldverschreibungen sind von jedem Inhaber mit einem Verzeichnisse in doppelter Ausfertigung für jede Anleihe besonders einzureichen, worin die Documente nach Littern, Nummern und Beträgen geordnet und zusammengerechnet aufgeführt werden.

Ein Exemplar jedes Verzeichnisses wird gegen Abgabe der Documente sofort quittirt zurückge-
 geben und ist demnach bei Erledigung des Geschäfts wieder abzugeben.

Formulare zu solchen Verzeichnissen sind bei der Controlle der Staatspapiere und bei den
 Regierungs-Hauptkassen unentgeltlich zu haben.

- 4) Den Schuldverschreibungen der Anleihe de 1852 sind die Coupons, Ser. III. Nr. 6—8. und die Talons beizufügen.
Für hierbei etwa fehlende Zinscoupons wird der Betrag bei Auszahlung des Capitals zurückbehalten.
- 5) Die Annahme der einzutretenden Schuldurkunden, und nach deren Prüfung die Auszahlung der Beträge derselben, erfolgt bei der Controle der Staatspapiere und bei den Regierungs-Hauptkassen vom 15. September a. an, in den Werktagen täglich von 9 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Mittags: Berlin, den 3. September 1862. **Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.**

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(672) Die Anordnung der Zinscoupons Serie XIV. und Talons zu Preussischen Staatsschuldscheinen (1863)

Die den Zeitraum vom 1. Januar 1863 bis 31. December 1866 umfassenden Zinscoupons Serie XIV. nebst Talons zu den Preussischen Staatsschuldscheinen werden von der Controle der Staatspapiere hierelbst, Oranienstraße Nr. 92., vom 4. August d. J. ab, von 9 bis 1 Uhr Vormittags, mit Ausnahme der Sonntage und Festtage und der drei letzten Tage jedes Monats, ausgereicht werden.

Wer sich zu diesem Behufe unmittelbar an die Controle der Staatspapiere wenden will, hat derselben die Staatsschuldscheine mit einem doppelten Verzeichnisse, worin sie nach Littern, Nummern und Beträgen aufzuführen sind, zu übergeben. Das eine dieser Verzeichnisse wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, dem Einreicher sofort wieder eingehändigt. Dasselbe ist gegen Empfangnahme der betreffenden Schuldurkunde nebst neuen Coupons und Talons der Controle zurückzugeben.

Im Schriftwechsel darüber kann sich so wenig die Controle, wie die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staatsschulden einlassen; und es werden alle betreffende Schreiben unterlebigt zurückgeschickt, beziehungsweise unbeantwortet gelassen werden.

Andere Betheiligte haben ihre Staatsschuldscheine mit einem doppelten, nach Littern, Nummern und Beträgen geordneten, aufgerechneten und unterschriebenen Verzeichnisse an die nächste Regierungs-Hauptkasse einzusenden oder abzugeben, von welcher sie sofort das eine Verzeichniß, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, und später gegen Rückgabe der Empfangsbescheinigung, die Documente nebst den Coupons und Talons zurückempfangen werden.

Formulare zu den Verzeichnissen sind in Berlin bei der Controle der Staatspapiere, in Hamburg beim Preussischen Ober-Postamte, ferner bei den Regierungs-Hauptkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden Kassen unentgeltlich zu haben.

Die Beförderung der Staatsschuldscheine durch die Post erfolgt bis zum 1. August l. J. porto-frei, wenn auf dem Couvert bemerkt ist:

„Staatsschuldscheine zur Beifügung neuer Zinscoupons.“

Später tritt die Portopflichtigkeit ein, und es werden dann auch die Documente mit den Coupons und Talons den Einsendern auf ihre Kosten zurückgeliefert werden. Für solche Sendungen, die von Orten eingehen oder nach Orten bestimmt sind, welche außerhalb des Preussischen Postbezirks, aber innerhalb des deutschen Postvereinsgebiets liegen, kann eine Befreiung vom Porto nach Abgabe der Vereins-Bestimmungen nicht stattfinden.

Die am 2. Januar 1863 fälligen Coupons Serie XIII. Nr. 8. der Staatsschuldscheine sind bei Abgabe der Letzteren zur Beifügung neuer Coupons und Talons von den Besitzern zurückzubehalten.

Berlin, den 10. Juli 1862.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Besitzer von Staatsschuldscheinen diese Papiere mit einer, sorgfältig nach dem nachstehenden Muster doppelt angefertigten Nachweisung, wozu ganze Bogen verwendet werden müssen, an die hiesige Regierungs-Hauptkasse und zwar, wenn die Sendung durch die Post erfolgt, unter der portofreien Aufschrift:

„Staatsschuldscheine zur Beifügung neuer Zinscoupons“

einzuwickeln haben, worauf ihnen eine Empfangsbescheinigung der gedachten Hauptkasse zugehen wird.

Die deutsche eigenhändige Namensunterschrift mit Bezeichnung des Standes oder Gewerbes, genaue Angabe des Wohnorts, bei den Einsendern aus den Städten auch der Nr. der Wohnung und bei Landbewohnern der nächsten Poststation, sowie überhaupt die richtige Aufstellung der erwähnten Nachweisung, empfehlen wir dringend. In derselben sind die einzureichenden Staatsschuldscheine zunächst nach den Beträgen, die vom höchsten Betrage an, demnächst jede Gattung in sich nach der Nummerfolge in der Art zu ordnen, wie dies in dem nachstehenden Muster angedeutet ist.

Gebruckte Formulare zu den Nachweisungen können zwar bei sämmtlichen Kreisämtern, sowie bei den Magistraten zu Weissenfels, Eilenburg, Bitterfeld, Herzberg, Quersfurt, Colleda und Wiehe in Empfang genommen werden, doch genügen auch geschriebene, wenn solche genau nach der hier gegebenen Anleitung aufgestellt werden.

Die Einlieferung der Staatsschuldcheine, vom 4. August d. J. an, ist möglichst zu beschleunigen. Wir behalten uns vor, späterhin einen Termin bekannt zu machen, nach dessen Ablauf die Inhaber sich wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons unmittelbar an die königliche Controlle der Staatspapiere in Berlin wenden müssen. Die zu den einzuliefernden Staatsschuldcheinen gehörenden, noch nicht realisirten Zinscoupons sind zurückzubehalten, außer Cours gesetzte verbleiben in diesem Zustande.

Die Rückführung der Papiere nebst neuen Coupons und Talons erfolgt sofort nach dem Eingange von Berlin unter Vorlegung des eingereichten Duplicatverzeichnisses an die Einreicher, welche nach deren Empfang ohne allen Verzug die von der Hauptkasse erhaltene Empfangsbcheinigung, nachdem sie die darunter vorgedruckte Rückempfangsanweisung gehörig ausgefüllt und vollzogen, derselben unter der portofreien Rubrik „wegen Vorlegung neuer Zinscoupons zu Staatsschuldcheinen“

bei Vermeidung portoflichtiger Erinnerung einzureichen haben.

Sollte der Einsender nach Ablauf von 3 Monaten noch nicht in den Besitz der Staatsschuldcheine wieder gelangt sein, so hat er uns solches anzuzeigen, widrigenfalls er sich die etwaigen Weitläufigkeiten, welche ihm aus der Versäumniss dieser Anzeig für die Folge entstehen könnten, selbst beizumessen haben würde.

Herzberg, den 17. Juli 1862.

Königliche Regierung.

Formular zur Nachweisung

von Stück Staatsschuldcheinen zur Vorlegung der Zinscoupons Serie XIV. und Talons.

Name, Stand und Wohnort des Einreichers.

| Laufende Nr. | Der Staatsschuldcheine | | | | Laufende Nr. | Der Staatsschuldcheine | | | |
|--------------|------------------------|------|---------|------------------------|--------------|------------------------|------|----------|------------------------|
| | Nr. | Lit. | Betrug. | Summe für jede Klasse. | | Nr. | Lit. | Betrug. | Summe für jede Klasse. |
| 1 | 705 | A. | 1,000 | | | | | | |
| 2 | 10,926 | A. | 1,000 | | 10 | 795 | F. | 100 | |
| 3 | 15,713 | A. | 1,000 | 3,000 | 11 | 837 | F. | 100 | 200 |
| 4 | 54 | B. | 500 | | 12 | 84 | H. | 25 | 25 |
| 5 | 197 | B. | 500 | 1,000 | | | | zusammen | 5,525 |
| 6 | 296 | C. | 400 | 400 | | | | | |
| 7 | 4,292 | D. | 300 | | | | | | |
| 8 | 4,695 | D. | 300 | | | | | | |
| 9 | 4,696 | D. | 300 | 900 | | | | | |
| | | | | Seite 5,300 | | | | | |

..... den ..ten 1862.

(Unterschrift)

(673) Die Incommunalisirung der innerhalb der Zur Raundorf, Kreis Schweinitz, belegenen früher fiskalischen sog. halben Lehnwiese betr.

Seitens des Herrn Ober-Präsidenten der Provinz ist auf Grund des §. 1. des Gesetzes über die Landgemeinde-Versammlungen vom 14. April 1856 genehmigt worden, daß die jetzt dem Schmiedemeister Yamide in Hohenbudo gebörige, innerhalb der Zur Raundorf, Kreis Schweinitz, belegene, 1 Morgen 59 Ruthen große sogenannte halbe Lehnwiese, welche bisher in dem Besitze des königlichen Forstfiskus gewesen ist, von dem fiskalischen Forstbezirk Hohenbudo getrennt und dem Gemeindebezirk von Raundorf zugeschlagen werde.

Herzberg, den 23. August 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(674) Den neuen Lehrkursus der Provinzial-Gewerbeschule zu Halle betr.

Auf der besonders zur gründlichen Vorbildung von Bauhandwerkern, Maschinenbauern und Chemikern bestimmten Provinzial-Gewerbeschule zu Halle beginnt mit dem Monat October d. J. ein neuer vierjähriger Lehrkursus.

11 Gegenstände des Unterrichts sind
in der unteren Klasse: Mathematik, Mechanik, praktisches Rechnen, Physik, chemische Technologie, Mineralogie, Maschinenlehre, Bauconstructionslehre, Architectur-, Maschinen- und Freihandzeichnen, Modelliren in Thon und praktische Uebungen im chemischen Laboratorium;

12 in der oberen Klasse: Mathematik, praktisches Rechnen, Physik, Chemie, Architectur-, Maschinen- und Freihandzeichnen, sowie Projectionenlehre.

Das Schulgeld wird vierteljährlich höchstens 4 Thlr. betragen.

Die Anmeldungen zur Aufnahme geschehen bei dem Herrn Director Dr. Schrader in Halle. Der Aufzunehmende muß mindestens 14 Jahr alt sein, eine leserliche Handschrift haben und deutlich ohne große orthographische Fehler schreiben, auch Uebung im praktischen Rechnen besitzen. Er hat außerdem 1) ein Zeugniß der früher von ihm besuchten Schule, 2) ein Sittenzugniß der Obrigkeit und 3) die Zeugnisse über etwa schon erfolgte praktische Ausbildung und Führung während derselben einzureichen.

Der neue Cursus beginnt am 2. October d. J. nach einer am Tage vorher vorzunehmenden Prüfung der Aufzunehmenden.

Am Schlusse jedes Jahres findet für diejenigen, welche den zweijährigen Cursus durchgemacht haben, eine Abiturienten-Prüfung statt.

Wer mit dem Zeugnisse der Reise entlassen wird, hat die Befugniß zum Besuche des Königl. Gewerbe-Instituts in Berlin, sofern den übrigen Erfordernissen genügt wird, und die Berechtigung zum einjährigen Militärdienst, sobald er eine Bescheinigung über erfolgte Notirung zur Aufnahme in das Königl. Gewerbe-Institut für einen bestimmten Zeitpunkt beibringt. Das Zeugniß der Reise befreit ferner von der Ablegung des mündlichen Theils der Meisterprüfung bei den Baugewerken der Zimmerleute, Maurer, Steinbauer, Schiefer-, oder Ziegelfreder, Mühlenbauer und Brunnenbauer.

Endlich kann die Gesellen-Prüfung bei sämmtlichen Handwerken noch ausnahmsweise schon nach einjähriger Lehrzeit und ebenso die Meister-Prüfung schon nach Ablauf eines Jahres seit Entlassung aus dem Lehrlingsverhältnisse stattfinden, wenn der Examinand durch den Besuch einer Provinzial-Gewerbeschule die zu dem beabsichtigten Gewerbebetriebe erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten erworben hat.

Merseburg, den 27. August 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(675) Verordnung, betrefend der Gesellen- und Fabrikarbeiter-Verbindungen und Kassen zur gegenseitigen Unterstützung, in dem Gemeindebezirke der Stadt Nebra.

Auf Grund des §. 11. des Gesetzes vom 11. März 1850 und des §. 3. des Gesetzes vom 3. April 1854 wird in Betreff der Gesellen- und Fabrikarbeiter-Verbindungen und Kassen zur gegenseitigen Unterstützung in dem Gemeindebezirke der Stadt Nebra Nachstehendes festgesetzt.

§. 1. Alle im Gemeindebezirke der Stadt Nebra beschäftigten Gesellen (Gehülsen) und Fabrikarbeiter sind verpflichtet, den daselbst bestehenden oder noch zu errichtenden Kassen und Verbindungen zur gegenseitigen Unterstützung beizutreten und die den Mitgliedern nach den betreffenden, von der unterzeichneten Regierung zu bestätigenden Statuten obliegenden Leistungen so lange zu erfüllen, als ihre Beschäftigung in Nebra dauert. Welcher dieser Klassen und Verbindungen die den einzelnen Handwerkern und Fabrikgebern angehörenden Gesellen (Gehülsen) und Fabrikarbeiter beitreten sollen, hat die Communalbehörde nach Anhörung betheiligter Gewerbetreibende mit Genehmigung der unterzeichneten Regierung zu bestimmen und in der für die Publication lokalpolizeilicher Verordnungen vorgeschriebenen Weise bekannt zu machen.

§. 2. Niemand darf Gesellen (Gehülsen) oder Fabrikarbeiter, welche nach den auf Grund des §. 1. getroffenen Anordnungen einer Kasse zur gegenseitigen Unterstützung beitreten müssen, im Gemeindebezirke von Nebra in Arbeit nehmen, ohne gleichzeitig davon der betreffenden Kasse Anzeige zu machen.

§. 3. Jede Auflösung eines angemeldeten Arbeitsverhältnisses muß vom Arbeitsherrn binnen 3 Tagen nach dem Ausscheiden des Gesellen (Gehülsen) oder Fabrikarbeiters aus der Arbeit bei der Kasse angezeigt werden.

§. 4. Die Arbeitsherrn in Nebra sind verpflichtet, die fälligen Kassenbeiträge und Eintrittsgelder ihrer Gesellen und Gehülsen von deren Arbeitslöhne zurückzubehalten und zu den Kassen, welchen dieselben nach den auf §. 1. gegründeten Anordnungen beitreten müssen, zu zahlen.

Wird auf Stücklohn gearbeitet, und ist das Stück zur Zeit der Fälligkeit des Beitrags noch nicht beendet, so muß der Arbeitsherr den Betrag der fälligen Beiträge vorzuschüsse zur Kasse beschaffen.

Durch den Einwand, daß der Arbeitslohn schon vorläufigsweise gezahlt sei, kann sich der Arbeitsherr den vorstehenden Verpflichtungen nicht entziehen. Rückständige Zahlungen, welche in Folge dieser Verpflichtungen

zu den Kassen zu leisten sind, werden nach Ablauf der gestellten Zahlungsfrist von den Arbeitsherren im Verwaltungswege mit Vorbehalt der Berufung auf gerichtliche Entscheidung beigegeben.

§. 5. Diejenigen Handwerker, welche im Gemeindebezirke von Nebra gleiche oder verwandte Gewerbe selbstständig betreiben, sind verpflichtet, zu den Unterstützungskassen der Gesellen des Handwerks, welches sie betreiben, Beiträge bis zur Hälfte desjenigen Betrages, welchen ihre betheiligten Gesellen und Gehälfen entrichten, zu zahlen, soweit dies nach Anordnung der Communalbehörde zur Erhaltung der Lebensfähigkeit der betr. Unterstützungskasse notwendig ist.

§. 6. Die Inhaber der im Gemeindebezirke von Nebra befindlichen Fabrik-Etablissements sind verpflichtet, sich bei den dortigen Fabrikarbeiter-Unterstützungskassen mit der Hälfte des Betrages, welchen die von ihnen in jenem Bezirke beschäftigten Arbeiter zu den Unterstützungskassen nach den von der unterzeichneten Regierung zu bestätigenden Kassenstatuten aufbringen müssen, zu betheiligen, wobei den Fabrikinhabern eine ihrer Stellung als Arbeitgeber und die Höhe ihrer Beiträge entsprechende Theilnahme an der Kassenverwaltung eingeäumt werden wird.

Die durch örtliche Verhältnisse bedingten nähern Festsetzungen darüber, welche Betriebsstätten als Fabrik-Etablissements im Sinne der vorstehenden Bestimmungen anzusehen sind, bleibt nach Anhörung der Communalbehörde vorbehalten.

§. 7. Die näheren Bestimmungen über die Errichtung der Kassen, insbesondere über die Höhe der Beiträge, über die Grundsätze, nach welchen die Unterstützungen gewährt werden sollen, sowie über die Mitwirkung der Gesellen (Gehälfen) und ihrer Meister, der Fabrikarbeiter und ihrer Arbeitsherren bei der Verwaltung und Verwaltung der Kassenangelegenheiten, bleiben den für die einzelnen Kassen festzusetzenden Statuten vorbehalten.

Soweit diese Statuten den betheiligten Innungen eine Mitwirkung bei der Kassenverwaltung übertragen, ist jeder Innungsgenosse verpflichtet, sich derselben zu unterziehen und die Vorschriften des betreffenden Innungsstatutes über Verpflichtung zur Annahme des Vorsteheramtes finden auch auf die Erfüllung der oben gedachten Ehrenpflicht Anwendung.

§. 8. Arbeitsherren, welche den Bestimmungen des §. 2. durch die Beschäftigung eines bei der Kasse nicht angemeldeten Gesellen, Gehälfen oder Fabrikarbeiters zuwiderhandeln oder die erfolgte Auflösung eines angemeldeten Arbeitsverhältnisses innerhalb der in §. 3. vorgeschriebenen Frist bei der Kasse nicht anzeigen, sind mit einer Geldbuße von 10 Sgr. bis zu Einem Thaler zu bestrafen, welche der betreffenden Gesellenkasse überwiesen wird. Sinktlich der Festsetzung dieser Polizeitraße kommen die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften zur Anwendung.

Merseburg, den 28. August 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(676) Verpachtung des Domänen-Vorwerk Budweisichen.

Das im Kreise Stallupönen belegene Königliche Domänen-Vorwerk Budweisichen soll von Johannis 1863 ab auf achtzehn nach einander folgende Jahre, also bis Johannis 1881, anderweit meistbietend verpachtet werden. Der Vietungstermin dazu ist auf **Freitag den 26. September d. J., Vormittags 11 Uhr**, im Konferenzsaale des hiesigen Regierungsgebäudes vor dem Departementsrathe, Herrn Regierungsrath Balde, angesetzt, zu welchem geeignete Pachtbewerber hiezu eingeladen werden. Die speciellen Verpachtungs-Bedingungen, sowie die in Anwendung zu bringenden Regeln der Vicitation können hier zur Stelle in dem Bureau Nr. 62. des Regierungsgebäudes und bei dem Domänen-Polizei-Verwalter, Domainenrath de la Brupere zu Stallupönen zu jeder Zeit während der Dienststunden eingesehen werden.

Das Vorwerk Budweisichen, 1 Meile von der von der Landesgrenze bei Spdkubnen nach der Kreisstadt Stallupönen führenden Chaussee und je 1 Meile von den Eisenbahnhöfen zu Stallupönen und Spdkubnen belegen, umfaßt

| an Ader | 1298 Morgen | 45 Aukthen |
|---------------|-------------|------------|
| • Wiesen | 264 | 15 |
| • Weide | 6 | 170 |
| • Hoffelle | 18 | 115 |
| • Gärten | 6 | 112 |
| • Gräben etc. | 74 | 72 |

insgesamt also ein Areal von 1668 Morgen 169 Aukthen.

Das Pachtgelde- Minimum ist auf 2000 Thlr. festgesetzt und zur Uebernahme der Pacht ein disponibles Vermögen von 15,000 Thlr. auf Seiten der Pachtbewerber für erforderlich erachtet.
Gumbinnen, den 24. Juli 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten.

(677) Den Credit von gekauften Wechsel-Formularen, vom 1. October d. J. ab, betr.

In Gemäßheit eines Decrets des Herrn Finanz-Ministers von der Heydt Excellenz vom 20. August d. J. bringe ich hiernit zur öffentlichen Kenntniß, daß die Haupt-Steuerämter und die denselben untergeordneten Stempelverkaufsstellen von mir ermächtigt worden sind, vom 1. October d. J. ab gekaufte Wechsel-Formulare zum Werthe von fünf, zehn, funfzehn, zwanzig, fünf und zwanzig Silbergroßen und von einem Thaler zu verkaufen und daß die betreffenden Verkaufsstellen von dem oben bemerkten Zeitpunkt ab mit diesen Formularen versehen sein werden.

Magdeburg, den 29. August 1862.

Für den Provinzial-Steuerdirector, der Ober-Regierungsrath Osberg.

(678) Die Dienststunden bei der Pösterpedition in Annaburg betr.

Die Dienststunden bei der Pösterpedition in Annaburg sind vom 1. September a. für die Wochenange vomittags von 8 bis 1 Uhr, Nachmittags von 4 bis 7 Uhr festgesetzt, was hierdurch zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Galle, den 27. August 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(679) Vorlesungen bei der Königl. landwirthschaftlichen Academie zu Waldau bei Königsberg in Preußen.
Bei der Königl. preuß. landwirthschaftlichen Academie zu Waldau bei Königsberg in Pr. beginnen die Vorlesungen für das Winter-Semester 1862/63 am 15. October d. J.

Vorlesungen an der Anstalt:

Ueber das Studium und Leben auf landwirthschaftlichen Academies; Volkswirtschaftslehre; landwirthschaftliche Betriebslehre; Schafzucht und Vollernde; Unterweisung im Classificiren und Zubereiten der Schafe, im Ponitiren und Sortiren der Wolle: Director, Oeconomerath **Settegast**.

Allgemeiner Acker- und Pflanzenbau; landwirthschaftliche Maschinen- und Geräthkunde; allgemeine Thier- und Rindviehzucht; Demonstrationen in der Gutswirtschaft: Administrator Dr. v. d. Holt.

Physik; unorganische Chemie; Übungen im chemischen Laboratorium: Professor Dr. **Witthausen**.

Landwirthsch. Mineralogie; Anatomie und Physiologie der Pflanzen; landwirthsch. Zoologie: Professor

Dr. **Körncke**.

Anatomie und Physiologie der Hausthiere; innere Krankheiten der Hausthiere; Viehbeacht: **Thierarzt Neumann**.

Theoretische Anleitung zum Färbemessen und Abfärbem; landwirthschaftliche Baukunde: Baumeister **Finzel**.

Volkswirtschaftslehre: Oberförster **Gebauer**.

Gartenbau: Insititutionsrath **Strasß**.

Die Grundlagen der National-Oekonomie mit besonderer Berücksichtigung der landwirthschaftlichen Gewerbes; Grundlagen der Physiologie der Viehweidhüter mit anatomisch-microscopischen Demonstrationen: Dr. **Cenffleben privatim**.

Gütmittel des Unterrichts:

Die circa 2100 Morgen umfassende Gutsanwirthschaft. Das Versuchsfeld. Die Baumchule. Der oekonomisch-botanische Garten. Die Bibliothek nebst Lesezimmer. Die naturhistorische Sammlung. Der physikalische Apparat. Das chemische Laboratorium. Die Instrumente- und Modell-Sammlung.

Der Lehr-Cursus ist einjährig. Bedürftigen Acad. kann das Studiren Conterat ganz oder zur Hälfte erlassen werden.

Auf Anfragen über die Verhältnisse der Academie, sowie in Betreff des Eintritts in dieselbe, ertheilt der Unterzeichnete gern Auskunft.

Waldau, im August 1862.

H. Settegast.

Hypothekensachen.

(680) Die im 21. Stüd des Amtsblatts der Königliden Regierung zu Weckebo vom Jahre 1862 bekannt gemachte Hypothekenabelle über ein dem Kaufmann Wilhelm Köber zu Mannheim zugehöriger, dem

zu Köfen gelegenen Wohnhause Nr. 88. des neuen Katasters als Pertinenz hinzugetretener Flächenraum von 7 und $\frac{1}{100}$ Ruthen, welcher östlich an den sogenannten Schäfereigarten zu Köfen, südlich an den zur Saline führenden Weg, westlich an das sub Nr. 88. katastrirte Wohnhaus und nördlich an den zu diesem gehörigen Garten grenzt, ist in dem betreffenden Hypothekenbuche übertragen und wird nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem gedachten Grundstücke lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.

Raumburg, den 1. August 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(681) Die in unserer Bekanntmachung vom 14. April 1862 (Amtsblatt von 1862 Nr. 22, pag. 164.) bezeichnete Hypothekentabelle ist in das Hypothekenbuch über die Flur Gohsen fol. 295. übertragen und ist der Erwerb von Hypothekenrechten an diesem Grundstücke von nun an lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und der Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Artern, den 14. August 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(682) Die in unserer Bekanntmachung des 23. Stücks des diesjährigen Regierungs-Amtsblatts sub Nr. 481. näher beschriebenen Hypothekentabellen sind nunmehr in das Hypothekenbuch von Gosau übertragen worden und der Erwerb neuer Hypothekenrechte daher lediglich nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Lützen, den 17. August 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission, II. Bezirks.

(683) Die Hypothekentabelle über die der Gemeinde Kleinwangen gehörigen, in der Feldflur Kleinwangen belegenen Grundstücke, als:

a) das Planstück Nr. 97., 3 Mrg. 3 QM., b) das Planstück Nr. 98., 10 Mrg. 83 QM., c) das Planstück Nr. 47., 8 Mrg. 163 QM., ist aufgestellt und kann innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen unzulässig. Rebra, den 20. August 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Personal-Chronik.

(684) Der Pfarrer Wald an der St. Annenkirche in Eisleben wird am 1. October c. in den Ruhestand treten. Die dadurch vacant werdende, unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle ist mit einem Einkommen von 550 Thlr. verbunden, wovon ein Emeritengehalt von 200 Thlr. zu gewähren ist.

(685) Durch die Beförderung des Pfarrers Vistorius ist die evangelische Pfarrstelle zu Neussen in der Eparchie Belgern vacant geworden. Ueber dieselbe ist bereits disponirt.

(686) Die unter Privat-Patronate stehende Pfarrstelle zu Gade in der Eparchie Jieslar ist durch den Eintritt ihres bisherigen Inhabers in den Ruhestand erledigt worden. Ueber dieselbe ist bereits disponirt.

(687) Durch den am 1. September c. erfolgenden Eintritt des Pfarrers Hindenburg in den Ruhestand wird die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Neulengen in der Diöcese Salzwehel, zu welcher 3 Kirchen und 3 Schulen gehören, vacant. Das Einkommen beträgt 599 Thlr., wovon dem Emeritus 200 Thlr. jährliches Ruhestandsgehalt zu zahlen sind.

(688) Ueber die durch Beförderung ihres bisherigen Inhabers vacant gewordene, unter Privat-Patronat stehende Diakonatsstelle zu Gölleda in der Eparchie Heilbrunn ist bereits anderweit verfügt worden.

(689) Die Rector- und erste Knabenlehrerstelle an der Stadtschule zu Schmiedeberg, Eparchie Remberg, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(690) Die siebente Lehrerstelle an der Stadtschule zu Altleben, Eparchie Gonnern, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurek in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Belagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 37.

Ausgegeben zu Merseburg am 13. September 1862.

- (691) Das 29. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 9. September 1862, enthält unter:
 Nr. 5578. Allerhöchster Erlaß vom 26. Juli 1862, betreffend die Verleihung des Expropriationsrechts und der fiskalischen Vorrechte an den Grafen Guido Sengel, von Donnersternard für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Ostrosniza, im Deuthener Kreise des Regierungsbezirks Oppeln, über Groß- und Klein-Zoglin nach Wietzel und von Wietzel über Sohnsniza nach Lubowitzthal mit einer Zweigktrasse von Sohnsniza nach Woißknitz, im Lubliner Kreise.
 Nr. 5579. Statut für den Verband der Wiesenbesitzer im oberen Rudritzhale bei Winterberg, Kreises Brilon. Vom 19. August 1862.
 Nr. 5580. Privilegium wegen Emission von 7,000,000 Thalern Prioritäts-Obligationen der Berlin-Potsdam-Magdeburger Eisenbahngesellschaft. Vom 25. August 1862.
 Nr. 5581. Bekanntmachung, betreffend die durch den Allerhöchsten Erlaß vom 11. August 1862 erfolgte Befestigung des Statuts des Aktienvereins zum Bau und zur Unterhaltung einer Chaussee von Königsberg nach Fuchsberg. Vom 25. August 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

- (692) Die Verwendung der zur Unterstützung der durch die diesjährigen Ueberschwemmungen in Noth gerathenen Einwohner der Elb- und Elster-Niederungen eingegangenen milden Beiträge.

Zur Unterstützung der durch die diesjährigen Ueberschwemmungen in Noth gerathenen Einwohner der Elb- und Elster-Niederungen in den Regierungsbezirken Magdeburg und Merseburg sind dem Unterzeichneten von verschiedenen Seiten milde Gaben zur Disposition gestellt worden. Zunächst gerütheten des Königs Majestät gleich nach dem in den ersten Tagen des Monats Februar d. J. erfolgten Eintritt der Hochfluthen eine Summe von 1000 Thlr. aus Allerhöchstherrn Schatzkammer zur Linderung der ersten Noth mir abzutheilen zu lassen. Gleichzeitig trat in hiesiger Stadt ein Comité zur Sammlung von Beiträgen für die Ueberschwemmten zusammen, welches nach beendigter Collecte den sehr reichlichen Ertrag derselben dem Unterzeichneten zur Verfügung stellte. Neben einzelnen Wohlthätern, die ihre Spenden theils direct, theils durch die vereinigten Redactionen der hiesigen beiden Zeitungen und des Eisenbener Tageblattes an den Unterzeichneten gelangen ließen, wurde auch von einem, dem Herzogthum Magdeburg angehörenden, geehrten Mitgliede des Herrenhauses unter den Mitgliedern des letzteren eine Sammlung veranstaltet, die einen nicht unerheblichen Ertrag gewährte und ausschließlich für die von der Ueberschwemmung betroffenen Landbewohner des Herzogthums Magdeburg bestimmt war. Endlich ging dem Unterzeichneten noch die bedeutende Summe von 8500 Thlr. zu, die von Seiten des Herrn Ministers des Innern aus den denselben zur Unterstützung der Ueberschwemmten zur Disposition gestellten Mitteln für die diesseitige Provinz überwiesen wurde und wodurch der Unterstützungsfonds die Höhe von überhaupt 7725 Thlr. 8 Sgr. 4 Pf. erreichte.

Mit Hülfe dieser reichlichen Gaben, neben den Erträgen der in den einzelnen, von der Ueberschwemmung heimgesuchten Kreisen selbst veranstalteten Sammlungen, ist es möglich geworden, nicht allein dem augenblicklichen Nothstand der Calamitosen abzuwehren, sondern auch denselben zur Herstellung ihrer beschädigten Gebäude und Grundstücke, sowie zur Anschaffung verloren gegangener Wintervorräthe, nach Verhältniß der Bedürftigkeit der Dammkatasten und des Umfangs der Beschädigungen, angemessene Unterstützungen zu gewähren. Bei diesen Anwenbungen, welche auf Grund der von den betreffenden Herren Landräthen und von den in den Kreisen gebildeten Hilfs-Comités angestellten Ermittlungen erfolgten und wobei einige der geehrten Mitglieder des in hiesiger Stadt bestehenden Unterstützungs-Comités mitwirkten, ist man von dem Gesichtspunkte ausgegangen, nur die der Verhältnisse wirklich Bedürftigen mit Unterstützungen zu bedenken, alle diejenigen Beschädigten aber davon auszuschließen, deren Vermögensverhältnisse eine Befürsorge nicht notwendig erscheinen ließen. In dieser Weise sind die zu gewährenden Unterstützungsbeträge

Verf. H. H.

festgestellt, und durch die Herren Landräthe unter Zuziehung der Ortsvorstände und Hülfs-Comités vertheilt worden.

Nachdem der obengeachtete Unterstützungsfond vollständig ausgeschüttet worden ist, bringt nunmehr der Unterzeichnete, indem er zugleich im Namen der Unterstützten den edlen Gebern seinen aufrichtigsten Dank abstattet, die nachstehende Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

I. Einnahme.

| | | | | | | |
|--|-------------|--------------|----------|-------------|----------|------------|
| 1) Von Seiner Majestät dem Könige | 1000 | Thlr. | — | Sgr. | — | Pf. |
| 2) Ertrag der Sammlung im Hertenbaue durch den Herrn Ritterchasisrath v. Ratte | 655 | — | 20 | — | — | — |
| 3) von dem Unterstützungs-Comité in Magdeburg, Ertrag der Sammlung | 2308 | — | 20 | — | — | — |
| 4) Von der Frau Gräfin von der Aßburg geb. Gräfin Wäcker v. Wahlstatt | 50 | — | — | — | — | — |
| 5) Von der Redaction des Cölestener Tagesblattes | 14 | — | 7 | — | 6 | — |
| 6) Von der Redaction der Magdeburgischen Zeitung | 39 | — | 20 | — | 10 | — |
| 7) Von der Redaction des Magdeburger Correspondenten | 49 | — | — | — | — | — |
| 8) Von der Frau v. Moensleben geb. v. Kröcher in Ergleben, Ertrag einer Lotterie | 108 | — | — | — | — | — |
| 9) Von dem Herrn Minister des Innern | 3500 | — | — | — | — | — |
| Summa der Einnahme | 7725 | Thlr. | 8 | Sgr. | 4 | Pf. |

II. Ausgabe.

| | | | | | | |
|--|-------------|--------------|----------|-------------|----------|------------|
| An Unterstützungen sind gewährt worden für die Beschädigten: | | | | | | |
| 1) im Kreisse Verichow I. | 2981 | Thlr. | 23 | Sgr. | 4 | Pf. |
| 2) „ „ Verichow II. | 13 | — | 15 | — | — | — |
| 3) „ „ Wolmirstedt | 426 | — | — | — | — | — |
| 4) „ „ Magdeburg | 55 | — | — | — | — | — |
| 5) „ „ Calbe a. d. S. | 980 | — | — | — | — | — |
| 6) „ „ Stendal | 200 | — | — | — | — | — |
| 7) „ „ Osterburg | 100 | — | — | — | — | — |
| 8) „ „ Torgau | 930 | — | — | — | — | — |
| 9) „ „ Schweinitz | 1528 | — | — | — | — | — |
| 10) „ „ Liebenwerda | 372 | — | — | — | — | — |
| 11) „ „ Wittenberg | 140 | — | — | — | — | — |
| Summa der Ausgabe | 7725 | Thlr. | 8 | Sgr. | 4 | Pf. |

Magdeburg, den 28. August 1862.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen. v. Wälsleben

(698) Verpachtung der Güter Schlaben-Wellmitz im Guben'schen Kreisse.

Die zum Stifte Neuzelle gehörigen, im Gubener Kreisse in unmittelbarer Nähe der Nieder-Sächsisch-Märkischen Eisenbahnhöfe Neuzelle und Wellmitz belegenen Güter Schlaben-Wellmitz mit der zugehörigen Brantweinbrennerei, der Wassermühle und Brauerei in Neuzelle und mit einem Areal von 3038 Morgen 35 QMth., wovon 1216 Morgen 94 QMth. in der Oberriederung liegen, sollen auf die 18 Jahre von Johannis 1863 bis dahin 1881 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Wir haben zu diesem Behuf einen Licitationstermin auf **den 30. October d. J., Vormittags 10 Uhr**, im königlichen Regierungsgebäude hieselbst und zwar in unserem Sitzungszimmer vor dem Herrn Regierungsrath Wiedler anberaunt und bringen solches mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß das Pachtpreis-Minimum auf 6500 Thlr. festgelegt und zur Uebernahme der Pachtung ein disponibles Vermögen von 24,000 Thlr. erforderlich ist.

Die Verpachtungsbedingungen und die Regeln der Licitation, sowie die Karte und die Fischennachweisung können in unserer Registratur während der Dienststunden eingesehen werden, auch sind wir bereit, auf Verlangen die Verpachtungsbedingungen, gegen Erstattung der Copialien durch Postvorschuß, abgeschrieben mitzutheilen.

Frankfurt a. d. O., den 4. September 1862,

Königliche Regierung,
Abtheilung für Acker- und Schulwesen.

(688) Berechtigung mehrerer Braunkohlenbergwerke zu einem ungetrennten Ganzen betr.

Durch Urkunde von heute sind die im Saalkreise im Bergkreuzere Besitz Hase belegenen Braunkohlenbergwerke:

a) Christoph Friedrich bei Möglish, b) Glückauf bei Trotha, c) Gut Glück bei Seeben, zu einem ungetrennten Ganzen unter dem Namen Glückauf vereinigt worden.

Halle, den 7. August 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

(695) Aufforderung versorgungsberechtigter Militärpersonen zur Meldung für contractliche Stellen bei der Versorgungsberechtigten Militärpersonen, welche bereit sind, contractliche Stellen bei der Postverwaltung als Landbriefträger, Paketträger und dergleichen, mit welchen je nach dem Umfange der Leistung eine Rohnung bis zum Betrage von 150 Thlr. jährlich verbunden ist, zu übernehmen, werden aufgefordert, sich schriftlich oder mündlich bei der unterzeichneten Ober-Postdirection zu melden, um nach besondener Qualification notirt und bei eintretenden Vacanzen berücksichtigt werden zu können. Bei den Meldungen sind die Militairpapiere, welche den Versorgungsanspruch nachweisen, und die Führungsbefehle vorzulegen; auch ist in jedem Falle anzugeben, ob der Bewerber die reglementsmäßige Caution von 50 Thlr. in court-habenden Papieren zu bestellen vermag.

Bemerkt wird, daß durch die Uebernahme einer der bezeichneten contractlichen Stellen dem etwaigen Streben der Versorgungsberechtigten nach späterer Erlangung einer Anstellung als Postunterbeamter Nichts vergeben wird.

Halle, den 3. September 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(696) Die Geschäfts-Anweisung für die Lotterie-Einnehmer und Unternehmern vom 1. Juli 1862 betr.

In Gemäßheit des §. 7. des Lotterie-Edicts vom 28. Mai 1810 veröffentlichen wir hierdurch, daß von uns eine Geschäfts-Anweisung für die Lotterie-Einnehmer und Unternehmern vom 1. Juli 1862 unter Ausfertigung sämmtlicher, denselben in der früheren Geschäfts-Instruction vom 1. Mai 1841, sowie in besonderen Circular-Versügungen zugefertigten Anordnungen erlassen und daß die neue Geschäfts-Anweisung vom 1. Juli d. J. durch Vermittelung eines jeden Lotterie-Einnehmers für den Preis von 10 Sgr. zu beziehen ist.

Berlin, den 6. September 1862.

Königliche General-Lotteriedirection.

Patente für Kunstfindungen betr.

(697) Dem Civil-Ingenieur **Windhausen** in Duderstadt und dem Kaufmann Ed. Heinson aus Braunschweig ist unter dem 23. August 1862 ein Patent auf eine calorische Maschine in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen ganzen Zusammenfügung und ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(698) Dem Maschinenfabrikanten **H. Häfner** zu Chemnitz ist unter dem 23. August 1862 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, für neu und eigenthümlich erkannten Flügel für Zwirnmäschinen auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

Personal-Chronik.

(699) Mittels Allerhöchster Ordre vom 11. August o. sind zu Superintendenten ernannt worden: der Oberpfarrer **Hogge** in Egeln für die Diöces Egeln, der Pfarrer **Theune** in Bensleben für die Diöces Schraplau, der Oberpfarrer **Wetten** in Osterwied für die Diöces Bellheim und der Pfarrer **Delje** in Zichtau für die Diöces Gardelegen.

(700) Die erledigte evangelische Diaconatsstelle zu Mansfeld in der Diöces Mansfeld ist dem bisherigen Pfarrer **Niesche** in Gr. Wittenberg verliehen worden.

(701) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Collochau mit Jesnitz in der Diöces Schleien ist der bisherige Archidiaconus in Herzberg, **Edvard Moritz Ehrenhaus** berufen und bestätigt worden. Ueber die dadurch vacant werdende Archidiaconatsstelle, welche unter Privat-Patronat steht, ist bereits disponirt.

(702) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Wiedersbach in der Diöces Schleusen ist der bisherige Fröhprediger in Erfurt, **Friedrich Wilhelm v. Schöner**, ernannt und bestätigt worden.

(703) Die durch Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigte Kreisbaummeisterstelle zu Delitzsch ist dem Kreisbaummeister **Gebauer** verliehen worden.

(704) Die Schul- und Rüstlerstelle in Döbern, Epchorie Torgau, Königlichen Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(705) Die Schulstelle in Gabitz, Epchorie Remberg, Königlichen Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(706) Die Schulstelle in Soltenitz, Epchorie Bitterfeld, Königlichen Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(707) Die Schul- und Rüstlerstelle in Kleinpörlitz, Epchorie Zeitz, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(708) Die Cantor- und zweite Knabenlehrerstelle in Lützen, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(709) Der Director der Kreisgerichts-Deputation, Kreisgerichtsrath **Wildechen** zu Bernitzgerode ist zum Director des Kreisgerichts in Langensalza und der Gerichts-Assessor **Ehrhardt** zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht zu Erfurt mit der Function bei der Gerichts-Commission in Sommerda ernannt.

Der Kreisgerichtsrath **Treiber** in Quetsfurt ist gestorben.

Der Gerichts-Assessor **Köppe** ist in Folge seiner Anstellung bei der städtischen Verwaltung zu Wittenberg aus dem Justizdienste entlassen und der Gerichts-Assessor **Belitz** in das Departement des Appellationsgerichts zu Breslau versetzt.

Der Referendar **Schweiger**, bisher bei dem Appellationsgericht zu Magdeburg, ist in das Departement Naumburg übergetreten.

Gestorben sind: der Gerichts-Assessor, Kreisgerichts-Secretair **Rausch** in Jörbig, der Kreisgerichts-Secretair **Hasenbalg** in Zeitz und der Bureau-Assistent **Thalacker** in Erfurt.

Der Bureau-Diätar **Rüstner** in Wittenberg ist als Bureau-Assistent bei dem Kreisgericht zu Erfurt angestellt.

(710) Der Kreisgerichtsrath **Genzmer** zu Laube ist vom 1. September d. J. ab zum Rechtsanwalte beim Kreisgerichte Halberstadt und zugleich zum Notar im Departement Halberstadt unter Annahme seines Wohnsitzes in Halberstadt mit dem Titel Justizrath ernannt.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königlichen Regierung.

Gedruckt bei Carl Zurl in Magdeburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für

Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 38.

Ausgegeben zu Merseburg am 20. September 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(711) Austreibung der Zinscoupons Ser. III. und Talons zu den Schuldverschreibungen der Preussischen Staatsanleihe von 1854.

Die den Zeitraum vom 1. October 1862 bis dahin 1866 umfassenden Zinscoupons Ser. III. nebst Talons zu den Schuldverschreibungen der Preussischen Staatsanleihe von 1854 werden vom 13. October d. J. ab in Berlin von der Controlle der Staatspapiere, Oranienstrasse Nr. 92., in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der drei letzten Tagen jeden Monats, in den Provinzen durch die Regierungen-Hauptkassen in den dort üblichen Geschäftsstunden ausgereicht werden.

Dabei ist Folgendes zu beachten:

1) Die Schuldverschreibungen sind mit einem doppelten Verzeichnisse, worin sie nach Ritters Nummern und Beträgen aufzuführen sind, einzureichen. Das eine dieser Verzeichnisse wird, mit einer Empfangsbescheinigung versehen, dem Einreicher sofort wieder eingehändigt, und ist später, gegen Empfangnahme der betreffenden Schulddocumente nebst neuen Coupons und Talons, zurückzugeben.

Formulare zu diesen Verzeichnissen sind in Berlin bei der Controlle der Staatspapiere, in Hamburg beim Preussischen Ober-Postamte, ferner bei den Regierungen-Hauptkassen und den von den königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden Kassen unentgeltlich zu haben.

2) Die Schuldverschreibungen, welche unmittelbar an die Controlle der Staatspapiere gelangen sollen, sind an dieselbe nicht brieflich, sondern persönlich oder durch Bevollmächtigte einzureichen. In einen Schriftwechsel mit den Inhabern der Schuldverschreibungen kann sich die Controlle der Staatspapiere nicht einlassen; und es werden daher alle auf die Ausreichung der in Rede stehenden Zinscoupons bezüglichen Schreiben portopflichtig zurückgeschickt, beziehungsweise unerledigt gelassen werden.

3) Die Beförderung der Schuldverschreibungen durch die Post erfolgt bis zum 1. Mai l. J. portofrei, wenn auf dem Couvert bemerkt ist:

„Angelegenheit, betreffend die Austreibung neuer Zinscoupons zu Schuldverschreibungen von 1854.“

Später tritt die Portopflichtigkeit ein, und es werden dann auch die Documente mit den Coupons und Talons den Einsendern auf ihre Kosten zurückgeschickt werden.

Für solche Sendungen, die von Orten eingehen, oder nach Orten bestimmt sind, welche außerhalb des Preussischen Postbezirks, aber innerhalb des deutschen Postvereinsgebietes liegen, kann eine Befreiung vom Porto nach Maßgabe der Vereinsbestimmungen nicht stattfinden.

Berlin, den 3. September 1862.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir mit folgenden, genau zu beachtenden Bemerkungen zur öffentlichen Kenntniss.

Die Besitzer von Schuldverschreibungen der Anleihe von 1854 haben diese Papiere mittelst einer Nachweisung, wozu ganze Bogen verwendet werden müssen, an die hiesige Regierungen-Hauptkasse und zwar, wenn die Sendung durch die Post erfolgt, unter der oben ad 3. bezeichneten portofreien Aufschrift einzuschicken, worauf ihnen eine Empfangsbescheinigung der gedachten Hauptkasse zugehen wird.

In den mit den Schuldverschreibungen einzureichenden Nachweisungen sind erstere zunächst nach den Beträgen, die vom höchsten Betrage zuerst, demnächst jede Gattung für sich nach der Nummernfolge zu ordnen.

Gedruckte Formulare zu den Nachweisungen können bei sämmtlichen Kreisämtern, sowie bei den Magistraten zu Weissenfels, Eilenburg, Bitterfeld, Herzberg, Gölleda und Wiehe in Empfang genommen werden. Es genügen aber auch geschriebene, wenn sie genau in der vorangezeichneten Art aufgestellt werden.

Die Einreichung der Schuldverschreibungen erfolgt erst vom 13. October c. an; sie ist jedoch dann zu beschleunigen.

Außer Courts gesehte Schuldverschreibungen verbleiben in diesem Zustande.

Die noch nicht realisirten Zinscoupons sind zurückzubehalten.

Die Zurücksendung der Papiere nebst den neuen Coupons und Talons erfolgt sofort nach deren Eingange von Berlin unter Beifügung des eingereichten Duplicat-Verzeichnisses an die Einreicher, welche nach deren Empfang ohne allen Verzug die von der Hauptkasse erhaltene Empfangsbescheinigung, nachdem sie die darunter angedruckte oder geschriebene Rückempfangsquittung gehörig ausgefüllt und vollzogen, derselben unter der oben zu 3. vorgeschriebenen portofreien Rubrik bei Vermeidung portopflichtiger Erinnerung einzureichen haben.

Sollte der Einsender nach Ablauf von 3 Monaten noch nicht in den Besitz der Schuldverschreibungen wieder gelangt sein, so hat er uns solches anzuzeigen, widrigenfalls er sich die etwaigen Verläufigkeiten, welche ihm aus der Versäumnis dieser Anzeige für die Folge entstehen könnten, selbst beizumessen haben würde. Merseburg, den 12. September 1862.

Rönigliche Regierung.

(712) Die Realisirung der nicht convertirten Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850 und 1852 betr.

Mit Bezugnahme auf die pag. 221. des diesjährigen Amtsblatts enthaltene Bekanntmachung der Röniglichen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden vom 3. d. M. wegen Auszahlung der nicht convertirten Schuldverschreibungen der Staatsanleihen von 1850 und 1852 benachrichtigen wir das Publikum, daß die gedruckten Formulare zu den aufzustellenden Verzeichnissen bei sämmtlichen Kreiskassen des Bezirks und den Magisträten zu Weissenfels, Eilenburg, Bitterfeld, Herzberg, Quedfurt, Wiehe und Cöleba in Empfang genommen und daß bei diesem Geschäfte geschriebene Verzeichnisse nicht angenommen werden können. Ganz besonders mögen wir noch darauf aufmerksam:

- 1) daß verkaupte und außer Courts gesehte oder sonst nicht zum Umlauf geeignete Schuldverschreibungen in diese Verzeichnisse nicht aufgenommen werden dürfen,
- 2) daß für jede Anleihe eine besondere Declaration aufzustellen, die darunter vorgedruckte Quittung aber erst bei Empfang des Baarbetrages auszufüllen ist, und daß die Zahlung derselben in der Regel auf Anweisung der Regierungen- Hauptkasse durch die betreffende Kreiskasse erfolgen wird,
- 3) daß alle Sendungen dieser Art frankirt werden müssen, da solche der Portofreiheit unterliegen, insofern die Einsendung nicht an Behörden erfolgt, die auf die Portofreiheit Anspruch haben.

Merseburg, den 11. September 1862.

Rönigliche Regierung.

(713) Die Verschließung des Blauer Canals im Regierungsbezirk Magdeburg betr.

Der **Blauer Canal** wird wegen größerer Regulirungsbauten vom 1. November c. an bis zum 1. März f. 3. für den Schiffsverkehr verschlossen sein, wonach das Schiffsahrt treibende Publikum sich einzurichten hat.

Magdeburg, den 8. September 1862.

Rönigliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(714) Den Ehrenrath unter den Rechtsanwälten und Notaren des Departements des Röniglichen Appellationsgerichts zu Rammberg betr.

Nachdem mit dem 9. Juli d. 3. die Frist abgelaufen, mit welcher die Hälfte der in der Bekanntmachung vom 29. Juli 1859 (Merseburger Amtsblatt Seite 250.) genannten Mitglieder und Stellvertreter aus dem Ehrenrath unter den Rechtsanwälten und Notaren des hiesigen Departements ausgeschieden, hat in Gemäßheit der Vorschriften §§. 22. und 25. der Verordnung vom 30. April 1847 (Gesetz-Sammlung Seite 200.) zur Ergänzung am 21. Juli c. eine Neuwahl stattgefunden, bei welcher gewählt resp. wieder gewählt worden sind:

A. als Mitglieder:

- 1) Justizrath Dr. **Günther** in Sangerhausen, 2) Justizrath **Gedede** in Halle, 3) Justizrath **Habelich** in Erfurt, 4) Justizrath **Wachsmuth** hier (ad 1. bis 4. früher, im Jahre 1859, gewählt), 5) Geheimer Justizrath **Hoffmann** hier, 6) Justizrath **Bielski** hier, 7) Justizrath **Niewandt** in Weissenfels, 8) Justizrath **Göy** hier, 9) Justizrath **Windert** in Erfurt, 10) Justizrath **Fritsch** in Halle (ad 5. bis 10. am 21. Juli c. gewählt).

B. als Stellvertreter:

- 1) Rechtsanwalt und Notar **Schumann** in Zeitz, 2) Rechtsanwalt und Notar **Seeligmüller** in Halle (ad 1. und 2. früher, im Jahre 1859, gewählt), 3) Justizrath **Franz** hier, 4) Justiz-

rath **Hunger** in Merseburg, 5) Rechtsanwalt und Notar **v. Bieren** in Halle, 6) Rechtsanwalt und Notar **Lorenz** in Zeitz (ad 3. bis 6. am 21. Juli e. gewählt).

Seitens des als Mitglied gewählten Justizraths **Bindert** zu Erfurt ist jedoch über die Annahme oder Ablehnung dieser Wahl eine definitive Erklärung noch nicht abgegeben worden und zur Zeit auch nicht erforderlich.

Es besteht demnach der Ehrenrath für die nächsten drei Jahre zunächst aus folgenden Mitgliedern: Justizrath Dr. **Günther** in Saugherhausen, Justizrath **Gödecke** in Halle, Justizrath **Sadelich** in Erfurt, Justizrath **Wachsmuth** hier, Geheimrath Justizrath **Hoffmann** hier, Justizrath **Bielis** hier, Justizrath **Niewandt** in Weiskensels, Justizrath **Göh** hier, Justizrath **Fritsch** in Halle.

Die Stellvertreter sind die oben sub B. Genannten.

Zum Vorsitzenden des Ehrenraths ist wieder der Geheimrath Justizrath **Hoffmann** hieselbst gewählt worden.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Raumburg, den 6. September 1862.

Der Erste Präsident des Königl. Appellationsgerichts. **Roch.**

Patente für Kunsterfindungen betr.

(715) Dem Maschinenfabrikanten **Albert Fesca** zu Berlin ist unter dem 23. August 1862 ein Patent auf eine in ihrer Zusammenfügung als neu und eigenthümlich erkannte Vorrichtung zum Reinigen und Darren von Malz und ähnlichen Substanzen, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(716) Dem Mechaniker **Caspar Trinks** in Helmstedt ist unter dem 23. August e. ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Apparat zur nassen Vermessung von Maischbottichen und anderen Gefäßen, soweit derselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

(717) Dem Dr. **Germann Grüneberg** — in Firma Vorster und Grüneberg — zu Rall bei Deutz ist unter dem 30. August 1862 ein Patent auf ein als neu und eigenthümlich erkanntes Verfahren zur Gewinnung von schwefelsaurem Kali aus dem Staßfurter Abraumsalzen auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(718) Dem Techniker **Wilhelm Palm** in Erier ist unter dem 3. September 1862 ein Patent auf eine mechanische Vorrichtung zur Herstellung von Hufnägeln in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfügung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(719) Dem Kaufmann **C. F. Wappenhaus** zu Berlin ist unter dem 4. September 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erkannte Gasmaschine, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(720) Dem Kaufmann **C. F. Wappenhaus** zu Berlin ist unter dem 4. September 1862 ein Patent auf eine mechanische Vorrichtung zur Anfertigung von gedrehten Schnüren, Seilen und Tauen in der durch Zeichnungen und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfügung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(721) Dem Nähmaschinen-Fabrikanten **Ferdinand Otto Schmidt** zu Berlin ist unter dem 6. September d. J. ein Patent auf einen durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, als neu und eigenthümlich erkannten Greiser an Nähmaschinen, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(722) Das dem **Eduard Zumbusch** und dem **Heinrich Roch** in Berlin unter dem 16. Juli 1861 ertheilte Patent auf einen Wassermesser in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfügung ist aufgehoben.

(723) Das dem Kaufmann **F. W. Hoppe** in Berlin unter dem 23. November 1860 ertheilte Patent auf eine Torfeschneidmaschine in der durch Zeichnung und Beschreibung dargelegten ganzen Zusammenfügung und ohne Andere in der Benutzung bekannter Theile derselben zu beschränken, ist aufgehoben.

(724) Das dem Salinenförker **J. Köhr** zu Saline Schönebeck bei Magdeburg unter dem 16. Juni 1861 ertheilte Patent auf ein Gesehrschloß mit Venturien in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung, ohne Jemand in der Benutzung der bekannten Theile zu beschränken, ist aufgehoben.

(725) Das dem Maschinenbauer **E. Geld** in Berlin unter dem 31. Juli 1861 ertheilte Patent auf eine Pumpen-Construction in ihrer ganzen, durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung ist aufgehoben.

(726) Das dem Mechanikus **L. Dost** zu Aachen unter dem 24. Juni 1861 ertheilte Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Weise für Eisenbahnen, in so weit dieselbe für neu und eigenthümlich erkannt ist, ist aufgehoben.

(727) Das dem Baumeister **A. Marks** zu Magdeburg unter dem 4. Juni 1861 ertheilte Patent auf einen Ofen zum Verbrennen der bei der Spiritus-Brennerei aus Rübenmelasse gewonnenen Schlempe in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen ganzen Zusammenfassung, und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu behindern, ist aufgehoben.

Personal-Chronik.

(728) Durch die Versetzung des Pfarrers **Konike** zu Gonna in der Exhorie Sangerhausen ist die dortige Pfarrstelle zur Gledigung gekommen, deren Einkünfte nach dem Anschläge 628 Thlr. betragen. Die Parochie Gonna hat zwei unter königlichem Patronate stehende Kirchen und zwei Schulen.

(729) Dem Schulamts-Candidaten **Dr. Rudolf Bouterwek** ist an der Klosterschule zu Hohenleben die 2. ordentliche Lehrerstelle verliehen worden.

(730) Der bisherige Secretariats-Assistent **Drobs** ist zum Regierungs-Secretair und der selbiger Bureau-Dictarius **Ränge** zum Regierungs-Secretariats-Assistenten ernannt.

(731) Zu Schiedsmännern in der Stadt Naumburg sind auf die Periode 1862/64 gewählt und verpflichtet worden:

für den I. Bezirk der bisherige Schiedsmann, Privatsecretair **Weisser**,
für den II. Bezirk der bisherige Schiedsmann, Privatsecretair **Krägel**,
für den III. Bezirk der bisherige Schiedsmann, Bäckermeister **Schauseil**,
für den IV. Bezirk der Mehlhändler **Schilling**,
für den V. Bezirk der bisherige Schiedsmann, Rentier **Bose**.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurtz in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Extra-Blatt

zum 38. Stück

des Amtsblatts der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Ausgegeben zu Merseburg den 20. September 1862.

(732) Allgemeine Gebühren-Tarif für die Eichungs-Behörden vom 20. Juli 1862.

Auf Grund der Vorschriften im §. 35. der Maas- und Gewicht-Ordnung vom 16. Mai 1816 (Ges. Samml. S. 142.) und im §. 11. des Gesetzes, die Stempelung und Beaufsichtigung der Waagen im öffentlichen Verkehr betreffend, vom 24. Mai 1853 (Ges. Samml. S. 589.), wird nachstehender

Allgemeiner Gebühren-Tarif

für

die Eichungs-Behörden

hierdurch erlassen.

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Gebührensätze für | |
|-------------------------|--|--------------------|---------------------|
| | | neue
Eichungen. | Nach-
eichungen. |
| | | af. 1/2 Gr. A | af. 1/2 Gr. A |
| I. Längenmaasse. | | | |
| 1 | Ganze Ruthen | 8 | 5 |
| 2 | Halbe | 6 | 4 |
| 3 | Gewöhnliche Fußstöcke ohne Zolltheilung, bis 6 Fuß Länge pro laufenden Fuß | 1 | 9 |
| | Fußstöcke über 6 Fuß Länge: wie ganze Ruthen (Nr. 1.) | | |
| 4 | Maasstäbe aus Metall oder Elfenbein: | | |
| | mit Transversalen, bis 1 Fuß Länge | 5 | 3 6 |
| 5 | ohne Transversalen, bis 1 Fuß Länge | 2 6 | 1 9 |
| | Für jeden Fuß Zunahme in der Länge die Hälfte der vorstehenden | | |
| | Sätze (5, 6) mehr. | | |
| 6 | Gewöhnliche Zollstöcke, pro Fuß | 1 6 | 1 4 |
| 7 | Ellen | 2 6 | 1 9 |
| 8 | Weissen oder Garnhaspel | 2 6 | 1 9 |
| 9 | Spurweiten-Maasse | 5 | 3 6 |
| 10 | Felgenbreiten-Maasse | 1 3 | 10 |
| II. Hoblmaasse. | | | |
| A. Für Getreide. | | | |
| 11 | Ganze Scheffel | 20 | 10 |
| 12 | Halbe | 13 6 | 6 9 |
| 13 | Viertel | 9 | 4 6 |
| 14 | Achtel | 6 | 3 6 |
| 15 | Ganze Meßen | 4 | 2 |
| 16 | Halbe | 2 9 | 1 4 |
| 17 | Viertel | 1 9 | 10 |
| 18 | Achtel und 1/8 Meßen | 1 3 | 8 |
| 19 | 1/4 und 1/2 | 1 | 6 |
| 20 | Große Streichschläger | 2 6 | 1 6 |
| 21 | Kleins | 1 3 | 9 |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Gebühren für | |
|-----|--|--------------------|---------------------|
| | | neue
Eichungen. | Nach-
eichungen. |
| | | auf Sgr. A. | auf Sgr. A. |
| 22 | Ganze Quarte | 3 | 2 |
| 23 | Halbe | 2 | 1 4 |
| 24 | Viertel | 1 6 | 1 |
| 25 | Achtel und $\frac{1}{8}$ Quarte | 9 | 6 |
| 26 | $\frac{1}{8}$ und $\frac{1}{16}$ | 6 | 4 |
| 27 | Metallene Maasfannen (Kanten) zu 2 und 3 Quart Inhalt | 4 6 | 3 |
| 28 | desgl. zu 4 und 5 Quart Inhalt | 6 | 4 |
| 29 | desgl. von 6 bis 10 | 7 6 | 5 |
| 30 | desgl. 11 15 | 10 | 6 9 |
| 31 | desgl. 16 20 | 12 6 | 8 6 |
| | und so fort für je 1 bis 5 Quart mehr Inhalt immer $\frac{1}{4}$ Sgr.
resp. $\frac{1}{2}$ Sgr. Gebühren mehr. | | |
| 32 | Gebinde (Fässer) unter 25 Quart | 4 | 4 |
| 33 | desgl. von 25 bis 49 Quart | 5 | 5 |
| 34 | desgl. 50 99 | 7 6 | 7 6 |
| 35 | desgl. 100 299 | 10 | 10 |
| 36 | desgl. 300 499 | 12 6 | 12 6 |
| 37 | desgl. 500 749 | 15 | 15 |
| 38 | desgl. 750 1000 | 17 6 | 17 6 |
| | Werden dergleichen Gebinde in einer Anzahl von sechs oder mehr
Stücken zur Eichung gebracht, oder befindet sich in der Eichungs-
anfalt eine Wasserleitung eingerichtet, so werden nur Drei Viertel
der obigen Sätze erhoben. | | |
| 39 | Für das Tariren eines Gebindes | 6 | 6 |
| | C. Für trockene Körper. | | |
| 40 | Tonnengemäße zu 4 Scheffel Inhalt | 20 | 10 |
| 41 | desgl. 3 | 17 6 | 8 9 |
| 42 | desgl. 2 | 15 | 7 6 |
| 43 | desgl. 1 | 10 | 5 |
| | Für Maasfannen gelten dieselben Sätze. | | |
| 44 | Leinfaß-Tonnen | 17 6 | 8 9 |
| 45 | Klafter-Rahmen zu $\frac{1}{2}$ Klafter | 5 | 2 6 |
| 46 | desgl. $\frac{1}{4}$ | 6 | 3 |
| 47 | desgl. $\frac{1}{8}$ | 8 | 4 |
| 48 | desgl. $\frac{1}{16}$ | 8 | 4 |
| 49 | desgl. 2 | 10 | 5 |
| | und so fort für je 1—2 Klafter, 2 und 1 Sgr. mehr. | | |
| 50 | Torfkumme zu 1 Klafter | 15 | 7 6 |
| 51 | desgl. $\frac{1}{2}$ | 10 | 5 |
| 52 | desgl. $\frac{1}{4}$ | 8 | 4 |
| 53 | Ein Aufsat zum Kummte | 10 | 5 |
| 54 | Ein neues Schuß dazu | 5 | 2 6 |
| 55 | Zwei neue Schüsse zu demselben Kummte gehörig | 7 6 | 3 9 |
| 56 | Drei | 10 | 5 |
| | III. Gewichte. | | |
| | A. Allgemeine Landesgewichte. | | |
| | a. Gußeiserne Gewichte. | | |
| 57 | Ganze Centner | 7 6 | 3 9 |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Gebühren/sätze für neue Eichungen. | | Nach-eichungen. | |
|--|--|------------------------------------|---------|-----------------|---------|
| | | fl. Kr. | fl. Kr. | fl. Kr. | fl. Kr. |
| 58 | Halbe Centner | — | 5 | — | 2 6 |
| 59 | Viertel | — | 3 9 | — | 2 |
| 60 | Gewichtsstücke zu 20 Pfund | — | 2 6 | — | 1 3 |
| 61 | desgl. 10 | — | 2 | — | 1 |
| 62 | desgl. 5 | — | 1 3 | — | 8 |
| 63 | desgl. 3 | — | 1 | — | 6 |
| 64 | desgl. 2 | — | 10 | — | 5 |
| 65 | desgl. 1 | — | 8 | — | 4 |
| Nur zum Gebrauch der Steuerbehörden: | | | | | |
| 66 | Gewichtsstücke zu $\frac{2}{16}$ Centner | — | 2 6 | — | 1 3 |
| 67 | desgl. $\frac{1}{16}$ | — | 2 | — | 1 |
| b. Messingene Gewichte. | | | | | |
| 68 | Gewichtsstücke zu 100 Pfund | — | 25 | — | 16 8 |
| 69 | desgl. 50 | — | 15 | — | 10 |
| 70 | desgl. 25 | — | 10 | — | 6 8 |
| 71 | desgl. 20 | — | 8 | — | 5 4 |
| 72 | desgl. 10 | — | 5 | — | 3 4 |
| 73 | desgl. 5 | — | 3 | — | 2 |
| 74 | desgl. 3 | — | 2 6 | — | 1 8 |
| 75 | desgl. 2 | — | 2 | — | 1 4 |
| 76 | desgl. 1 | — | 1 3 | — | 9 |
| 77 | $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Pfundstücke | — | 9 | — | 6 |
| 78 | 10 Lothstücke | — | 9 | — | 6 |
| 79 | 5, 3, 2 und 1 Lothstücke | — | 6 | — | 4 |
| 80 | 5 bis 1 Quentchen | — | 4 | — | 3 |
| 81 | 5 Zent bis 1 Korn | — | 3 | — | 2 |
| Werden von den unter Position 81 erwähnten blechernen Gewichten zwölf Sag (48 Stück) auf einmal zur Eichung gebracht, so kommen nur zwei Dritttheile der Gebühren in Anrechnung. | | | | | |
| 82 | Einfachgewichte zu $\frac{1}{2}$ Pfund | — | 3 | — | 2 |
| 83 | desgl. $\frac{1}{4}$ | — | 2 6 | — | 1 6 |
| B. Proportionalgewichte. | | | | | |
| a. Zum Gebrauch bei der Decimalwaage. | | | | | |
| 84 | Gewichtsstücke zu 0,5 Pfund aus Messing oder Eisen | — | 9 | — | 6 |
| 85 | desgl. 0,2 und 0,1 Pfund desgl. | — | 6 | — | 4 |
| 86 | desgl. 1,5 und 1,0 Loth aus Messing | — | 6 | — | 4 |
| 87 | desgl. 0,5 0,1 desgl. | — | 4 | — | 3 |
| b. Zum Gebrauch bei der Centesimalwaage. | | | | | |
| 88 | Gewichtsstücke zu 0,50 Pfund aus Messing oder Eisen | — | 9 | — | 6 |
| 89 | desgl. 0,20 und 0,10 Pfund desgl. | — | 6 | — | 4 |
| 90 | desgl. 0,05 0,02 aus Messing | — | 4 | — | 3 |
| 91 | desgl. 0,01 Pfund und 0,10 Loth desgl. | — | 4 | — | 3 |
| c. Nur zum Gebrauch der Steuerbehörden durch die Normal-Eichungs-Commission. | | | | | |
| 92 | Gewichtsstücke zu $\frac{1}{16} \times \frac{4}{16}$ aus Eisen | — | 1 6 | — | 1 |
| 93 | desgl. $\frac{1}{16} \times \frac{4}{16}$ desgl. | — | 1 | — | 8 |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Gebührensätze für | |
|--------------------------------------|--|--------------------|---------------------|
| | | neue
Eichungen. | Nach-
eichungen. |
| | | auf Sgr. d. | auf Sgr. d. |
| C. Mäzgewichte. | | | |
| 94 | Gewichtsstücke zu 5 Z. | — 1 | — 9 |
| 95 | desgl. 2 und 1 Z. | — 10 | — 7 |
| 96 | desgl. 5 H, 2 H und 1 H. | — 8 | — 6 |
| 97 | desgl. 5 T, 2 T und 1 T. | — 6 | — 4 |
| 98 | desgl. 5 A, 2 A und 1 A. | — 4 | — 3 |
| 99 | Einsatzgewichte 32 Duc. | — 5 | — 3 |
| 100 | desgl. 64 | — 6 | — 4 |
| 101 | desgl. 128 | — 7 | — 5 |
| D. Medicinalgewichte. | | | |
| 102 | Gewichtsstücke zu 1 Medicinal-Pfund | — 1 3 | — 10 |
| 103 | Kleinere Gewichtsstücke bis einschließlich 2 Unzen | — 6 | — 4 |
| 104 | Gewichtsstücke von 1 Unze und darunter | — 4 | — 3 |
| 105 | Garnituren von 36 Stüd (1 Schachtel) | — 5 | — 4 |
| IV. Waagen. | | | |
| A. Gleicharmige Balkenwaagen. | | | |
| 106 | Waagebalken bis zu 9 Zoll Länge | — 1 6 | — 9 |
| 107 | desgl. über 9 bis 16 Zoll Länge | — 2 9 | — 1 4 |
| 108 | desgl. 16 " 23 " | — 4 | — 2 |
| 109 | desgl. 23 " 30 " | — 5 6 | — 2 9 |
| 110 | desgl. 30 " 36 " | — 7 | — 3 6 |
| 111 | desgl. 36 " 42 " | — 8 6 | — 4 3 |
| 112 | desgl. 42 " 48 " | — 10 6 | — 5 3 |
| 113 | desgl. 48 " 54 " | — 12 6 | — 6 3 |
| 114 | desgl. 54 " 60 " | — 14 6 | — 7 3 |
| 115 | desgl. 60 " 66 " | — 16 | — 8 |
| 116 | desgl. 66 " 72 " | — 17 6 | — 8 9 |
| 117 | desgl. 72 " 78 " | — 19 | — 9 6 |
| | und so fort für je 6 Zoll Zunahme in der Länge bezüglich 1 Sgr.
6 Pf. und 9 Pf. mehr an Gebühren. Als Länge des Balkens ist
die Entfernung der Endschneiden von einander zu verstehen. | | |
| 118 | Ein Paar blecherne Waagschalen | — 1 3 | — 1 3 |
| 119 | hölzerne | — 2 6 | — 2 6 |
| B. Schnellwaagen. | | | |
| 120 | Bei einer Tragfähigkeit bis 25 Pfund incl. | — 4 | — 2 |
| 121 | desgl. über 25 bis 50 Pfund incl. | — 5 | — 2 6 |
| 122 | desgl. 50 " 100 " | — 7 6 | — 3 9 |
| 123 | desgl. 100 " 150 " | — 10 | — 5 |
| 124 | desgl. 150 " 200 " | — 12 6 | — 6 3 |
| 125 | desgl. 200 " 300 " | — 15 | — 7 6 |
| 126 | desgl. 300 " 400 " | — 17 6 | — 8 9 |
| 127 | desgl. 400 " 500 " | — 20 | — 10 |
| | und so fort für jede 100 Pfund Tragfähigkeit mehr, immer 21 Sgr.
und 11 Sgr. mehr. Ist der Waagebalken mit zwei Staken ver-
sehen, so werden die Gebühren nach der größten Tragfähigkeit, welche
die zweite Staka angiebt, erhoben. | | |
| 1 | Anmerkung. Ungleicharmige Hebelwaagen für Rüdenjeder-Fabriken zu
steueramtlichen Verwiegungen | — 10 | — |

| Nr. | Benennung der Gegenstände. | Gebührensätze für | | | |
|---|---|--------------------|----------|---------------------|----------|
| | | neue
Eichungen. | | Nach-
eichungen. | |
| | | of Gr. 3 | of Gr. 3 | of Gr. 3 | of Gr. 3 |
| C. Brückenwaagen. | | | | | |
| 128 | Bei einer Tragfähigkeit bis 50 Pfund incl. | — | 6 | — | 3 |
| 129 | desgl. über 50 bis 100 Pfund incl. | — | 7 6 | — | 3 6 |
| 130 | desgl. " 1 " 5 Ctr. | — | 10 | — | 5 |
| 131 | desgl. " 5 " 10 " | — | 15 | — | 7 6 |
| 132 | desgl. " 10 " 15 " | — | 20 | — | 10 |
| 133 | desgl. " 15 " 20 " | — | 25 | — | 12 6 |
| 134 | desgl. " 20 " 30 " | 1 | — | — | 15 |
| 135 | desgl. " 30 " 40 " | 1 | 5 | — | 17 6 |
| 136 | desgl. " 40 " 50 " | 1 | 10 | — | 20 |
| und so fort für jede 10 Centner Tragfähigkeit mehr, bezüglich 5 und 2½ Sgr. Gebühren mehr. | | | | | |
| Wird eine Brückenwaage bei angestellter Prüfung für nicht stem-
pelsfähig befunden, so sind für diese Prüfung die für Nacheichungen
angegebenen Gebühren zu entrichten. | | | | | |
| V. Gasmesser. | | | | | |
| 137 | Bei einem Inhalt der Trommel von 1 Kubitus | — | 10 | — | 5 |
| 138 | desgl. " 1½ " | — | 14 | — | 7 |
| 139 | desgl. " 2 " | — | 20 | — | 10 |
| 140 | desgl. " 2½ " | — | 27 6 | — | 13 9 |
| 141 | desgl. " 3 " | 1 | — | — | 15 |
| 142 | desgl. " 3½ " | 1 | 5 | — | 17 6 |
| 143 | desgl. " 4 " | 1 | 15 | — | 22 6 |
| 144 | desgl. " 4½ " | 1 | 25 | — | 27 6 |
| 145 | desgl. " 5 " | 2 | 5 | 1 | 2 6 |
| 146 | desgl. " 6 " | 2 | 12 6 | 1 | 6 3 |
| 147 | desgl. " 7 " | 2 | 22 6 | 1 | 11 3 |
| 148 | desgl. " 8 " | 3 | — | 1 | 15 |
| 149 | desgl. " 9 " | 3 | 7 6 | 1 | 18 9 |
| 150 | desgl. " 10 " | 3 | 15 | 1 | 22 6 |
| 151 | desgl. " 11 " | 3 | 22 6 | 1 | 26 3 |
| 152 | desgl. " 12 " | 4 | — | 2 | — |
| 153 | desgl. " 13 " | 4 | 7 6 | 2 | 3 9 |
| und so fort steigend für jeden Kubitus mehr immer 7½, resp. 3½
Sgr. mehr. Bei Berechnung der Inhalte bleiben Bruchtheile unter
½ außer Ansat und werden Bruchtheile von ½ und darüber für
voll gerechnet. | | | | | |
| Werden fünf Gasmesser von gleicher Größe gleichzeitig zur
Eichung gebracht, so findet eine Ermäßigung der hier festgesetzten
Gebühren um den dritten Theil derselben statt. | | | | | |
| Außer den Eichungsgebühren ist für die bei der Stempelung
vorkommenden Neben-Arbeiten, wie das Löthen, Bezeichnen des
Kubitusinhaltes u. ein den wirklichen Auslagen entsprechender Betrag
zu entrichten, welcher indeß nachstehende Sätze nicht übersteigen darf. | | | | | |
| 154 | Bei einem Inhalt der Trommel von 1½ und 1 Kubitus | — | 6 | — | — |
| 155 | desgl. " 2 " 1½ " | — | 7 6 | — | — |
| 156 | desgl. " 3 " 1 " | — | 10 | — | — |
| 157 | desgl. " 4 " 2 " | — | 15 | — | — |

Ertrahent die nöthigen Arbeitskräfte und die zur Befastung der Baage bis zu ihrer höchsten Tragfähigkeit erforderlichen Materialien auf seine Kosten zu beschaffen.

Berlin, den 20. Juli 1862

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
v. Holzbrind.

Vorstehender Allgemeiner Gebühren-Tarif für die Eichungsbehörden vom 20. Juli c. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht mit dem Bemerken, daß die in diesem Tarife ausgeworfenen Gebühren-sätze fortan an die Stelle der in den bisherigen Tarifen und in besonderen Verfügungen festgestellten Gebühren für die Eichung und Stempelung neuer oder bereits früher gestempelter Gegenstände treten.

In Bezug auf die Competenz der königlichen Eichungs-Commission in Halle a. d. S. und der Eichungs-Ämter zu Raumburg, Sangerhausen, Eisleben, Wittenberg, Torgau, Eilenburg, Zeitz und Weiskensfeld hinsichtlich der Eichungen gewisser Gegenstände bemerken wir zur Nachachtung, daß die im vorgedachten Tarif

- 1) sub 66 — 67. ad III. bezeichneten Gewichtsstücke nur von der königlichen Normal-Eichungs-Commission erteilt und gestempelt werden, aber durch die königliche Eichungs-Commission in Halle a. d. S. zu beziehen sind;
 - 2) die sub 94 — 101 ad III. C. genannten Münzgewichte,
 - 3) die sub 137 — 165. ad V. genannten Gaßmesser, und
 - 4) die sub 166 — 171. ad VI. aufgeführten Thermometer und Alkoholometer nur von der königlichen Eichungs-Commission in Halle a. d. S. gestempelt werden können, und
 - 5) die erste Stempelung der sub 128 — 136. ad IV. C. aufgeführten Brückenwaagen von der königlichen Eichungs-Commission in Halle eingeholt werden muß,
- während die zweite Stempelung der ebengedachten, wie die Eichung und Nachzeichnung der übrigen Gegenstände sowohl der königlichen Eichungs-Commission in Halle a. d. S., als den vorgenannten Eichungs-Ämtern zusteht.

In allen Fällen, wo es nur auf eine Prüfung, nicht auf Verichtigung und nochmalige Stempelung vorgelegter Gegenstände ankommt, dürfen nur die unter der Rubrik „Nachzeichnungen“ festgesetzten Gebühren berechnet und erhoben werden. Ueber diese Prüfungen sind von den Eichungsbehörden ebenfalls Eichscheine zu erteilen.

Merseburg, den 9. September 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.

Gedruckt bei Carl Zurf in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Belagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 39.

Ausgegeben zu Merseburg am 27. September 1862.

- (733) Das 30. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 11. September 1862, enthält unter:
- Nr. 5582. Vertrag zwischen Preußen und Bayern über die Einquartierung und Verpflegung Königlich Preussischer Truppen in Bayern, sowie über die Vorspannsleistung an dieselben. Vom 14. Juni 1862.
- Das 31. Stück, ausgegeben am 13. September 1862:
- Nr. 5583. Verordnung, die Einführung der auf den Zwangsverkauf Bezug habenden Vorschriften des Allgemeinen Landrechts in dem Jadegebiete betreffend. Vom 19. August 1862.
- Nr. 5584. Allerhöchster Erlaß vom 9. August 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chaussee von Allenstein über Wartenburg bis zur Kreisgrenze in der Richtung auf Seeburg.
- Nr. 5585. Allerhöchster Erlaß vom 15. August 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Chaussee von Rikstowo, im Kreise Gnien des Regierungsbezirks Bromberg, nach der Schrodaer Kreisgrenze in der Richtung auf Rudowitz.
- Nr. 5586. Statut für den Verband zur Melioration der oberhalb der Mühle zu Altkloster in den Kreisen Traustadt, Bomsß und Kosten belegenen Bruchgrundstücke. Vom 25. August 1862.
- Das 32. Stück, ausgegeben am 20. September 1862:
- Nr. 5587. Gesetz, betreffend die Anfertigung und Verwendung von Stempelmarken. Vom 2. September 1862.
- Nr. 5588. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Lauenburger Kreises im Betrage von 20,000 Rthlrn., II. Emission. Vom 2. August 1862.
- Nr. 5589. Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung, betreffend die Uebereinkunft zwischen Preußen und Hannover über den gegenseitigen Schutz der Waarenbezeichnungen gegen Mißbrauch und Verfälschung. Vom 12. September 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(734) Die 8te Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 betr.

Bei der heute öffentlich bewirkten 8ten Verloosung der Staats-Prämien-Anleihe vom Jahre 1855 sind die 33 Serien

Nr. 52. 57. 144. 184. 203. 217. 241. 315. 394. 403. 432. 446. 477. 502. 551. 637. 660. 676. 729. 748. 830. 851. 858. 922. 977. 985. 1019. 1175. 1357. 1402. 1424. 1454. 1484.

gezogen worden.

Die Besitzer der zu diesen Serien gehörigen 3300 Stück Schuldverschreibungen werden aufgefordert, den Prämienbetrag vom 112 Thlr. für jede Schuldverschreibung vom 1. April 1863 ab, entweder bei der Staatschulden-Abzugskasse hiersebst, Oranienstraße Nr. 94. oder bei den Regierungs-Hauptkassen, gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen nebst den dazu gehörigen Coupons Ser. I. Nr. 8. über die Zinsen vom 1. April 1862 ab, welche nach dem Inhalte der Schuldverschreibungen unentgeltlich abzuliefern sind, zu erheben.

Der Betrag der etwa fehlenden Coupons wird von der Prämie zurückbehalten.

Die Schuldverschreibungen können übrigens schon vom 1. März f. J. ab zur Prüfung bei den gedachten Kassen vorgelegt werden, auch werden dort Quittungs-Formulare unentgeltlich verabfolgt.

Von den bereits früher verloosten und gekündigten Serien, und zwar

aus der ersten Verloosung (1856):

von Ser. 1279. 1328. 1366. 1418. und 1441;

- aus der zweiten Verloosung (1857):
 von Ser. 42. 55. 79. 169. 180. 182. 211. 315. 319. 390. 391. 443. 542. 715. 722. 815. 855. 863.;
 aus der dritten Verloosung (1858):
 von Ser. 162. 570. 770. 782. 789. 890. 971. 1121. 1284. 1364.;
 aus der vierten Verloosung (1859):
 von Ser. 106. 198. 218. 263. 267. 279. 286. 303. 327. 483. 534. 543. 547. 555. 632. 702. 764.
 797. 938. 953. 1010. 1042. 1084. 1218. 1480. 1487. 1495.;
 aus der fünften Verloosung (1860):
 von Ser. 39. 174. 290. 339. 490. 601. 832. 834. 837. 846. 857. 978. 996. 1109. 1158. 1187.
 1244. 1336.;
 aus der sechsten Verloosung (1861):
 von Ser. 1. 9. 63. 100. 223. 233. 264. 344. 362. 379. 416. 424. 436. 444. 482. 572. 646. 672.
 711. 724. 848. 849. 949. 1086. 1088. 1159. 1266. 1306. 1311. 1383. 1404. 1485.;
 aus der siebenten Verloosung (1862):
 von Ser. 61. 149. 179. 294. 296. 334. 357. 401. 442. 500. 514. 811. 931. 1003. 1148. 1215.
 1344. 1479.

Auf viele Schuldverschreibungen bis jetzt noch nicht realisirt, es werden daher die Inhaber derselben zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes an die baldige Erhebung ihrer Capitalien hiedurch von Neuem erinnert.
 In einen Schriftwechsel über die Prämien-Anzeigenschaft kann die Staatschulden-Zilgungskasse sich nicht einlassen, es werden vielmehr dergleichen Eingaben ohne Weiteres zurückgeschickt, beziehungsweise unerledigt gelassen werden.

Berlin, den 15. September 1862.

Haupt-Verwaltung der Staatschulden.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(735) Die Vereinigung des hiesigen Königl. Schlosses und der dazu gehörigen Grundstücke mit dem Stadtbezirk betr.
 Durch Erlass des Herrn Ministers des Innern ist auf Grund der Bestimmungen im §. 2. der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 genehmigt worden, daß das hiesige Königl. Schloß und die dazu gehörigen Grundstücke, namentlich auch der Königl. Schloßgarten nebst der Schloßgärtner Wohnung mit dem Bezirke der Stadt Merseburg vereinigt werden.

Dies wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 13. September 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(736) Sperrung der Brückenmühl-Schleuse bei Weiskels.

Da an der Brückenmühl-Schleuse bei Weiskels eine Reparatur ausgeführt werden muß, so wird dieselbe auf die Zeit vom 1. bis 11. October c. für die Schifffahrt gesperrt sein.

Merseburg, den 18. September 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(737) Die Verwaltung des Fonds der allgemeinen Unterstützungsanstalt für evangelische Schullehrer-Witwen und Waisen pro 1861 betr.

Die Rechnung über die Verwaltung des Fonds der allgemeinen Unterstützungsanstalt für evangelische Schullehrer-Witwen und Waisen unseres Verwaltungsbezirks ist von unserer Hauptkassa für das Jahr 1861 gelegt und nach vorgängiger Revision von uns beschärft worden.

Die finanziellen Verhältnisse der Anstalt waren am Schlusse des Jahres 1861 folgende:

I. die Einnahme des Jahres 1861 bestand in:

| | | | | | | |
|--|------|-------|----|------|----|-----|
| 1) harem Bestande aus dem Jahre 1860 | 134 | Thlr. | 23 | Sgr. | 4 | Pf. |
| 2) Neueinnahmen | 63 | | 29 | | 11 | |
| 3) eingegangenen Activ-Capitalien | 1200 | | — | | — | |
| 4) Zinsen von Activ-Capitalien | 3374 | | 15 | | — | |
| 5) Antrittsgeldern | 170 | | — | | — | |
| 6) laufenden Beiträgen von Mitgliedern | 3527 | | 20 | | — | |
| 7) Strafgeldern | — | | — | | — | |
| 8) Schenkungen und Vermächnissen | — | | — | | — | |
| 9) Zuschüssen aus andern Fonds | 36 | | — | | — | |
| 10) Collectengeldern | 203 | | 10 | | 2 | |

Summa der Einnahme . . . 9210 Thlr. 8 Sgr. 6 Pf.

II. die Ausgabe des Jahres 1861 bestand in:

| | | | | | | |
|---|------|-------|----|------|---|-----|
| 1) rüchständigen Provisionen von Wittwen | 37 | Thlr. | 6 | Sgr. | — | Pf. |
| 2) Verwaltungskosten | 182 | „ | 16 | „ | — | „ |
| 3) currenten Provisionen der Wittwen und Waisen | 3253 | „ | 12 | „ | — | „ |
| 4) Anlegung von Activ-Capitalien | 5812 | „ | 17 | „ | 9 | „ |
| 5) Insgesamt | — | „ | — | „ | — | „ |

Summa der Ausgabe 9065 Thlr. 21 Sgr. 9 Pf.

Die Einnahme beträgt 9210 „ 8 „ 5 „

mithin sind Ende 1861 144 Thlr. 16 Sgr. 8 Pf. als baar

er Bestand verblieben.

Das Capital-Vermögen der Anstalt betrug am Schlusse des Jahres 1860 100,600 Thlr.,

hiervon wurden 1,200 „

zurückgezahlt und es verblieben 99,400 Thlr.,

welchen im Laufe des Jahres 1861 am erworbenen Staatspapieren nach deren Kennwerthe 5,600 „

zugetreten sind, wodurch sich der Activ-Capitalbestand bis zum Schlusse des Jahres 1861 auf 105,000 Thlr. erhöht hat.

Merseburg, den 16. September 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(738) Verpachtung der Güter Schlaben, Wellmitz im Guben's Kreise.

Die zum Stifte Neuzelle gehörigen, im Guben's Kreise in unmittelbarer Nähe der Nieder-Schlesisch-Märkischen Eisenbahnstöße Neuzelle und Wellmitz belegenen Güter Schlaben-Wellmitz mit der zugehörigen Branntweinbrennerei, der Wassermühle und Brauerei in Neuzelle und mit einem Areal von 2038 Morgen 35 Qlth., wovon 1216 Morgen 94 Qlth. in der Oederwiederung liegen, sollen auf die 18 Jahre von Johannis 1863 bis dahin 1881 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Wir haben zu diesem Behuf einen Auktionsstermin auf den 30. October d. J., Vormittags 10 Uhr, im königlichen Regierungsgebäude hiersebst und zwar in unserem Sitzungszimmer vor dem Herrn Regierungsrath Windler anberaumt und bringen solches mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß das Pachtgeld-Minimum auf 6500 Thlr. festgesetzt und zur Uebernahme der Pachtung ein disponibles Vermögen von 24,000 Thlr. erforderlich ist.

Die Verpachtungsbedingungen und die Regeln der Auktion, sowie die Karte und die Flächenangabe können in unserer Registratur während der Dienststunden eingesehen werden, auch sind wir bereit, auf Verlangen die Verpachtungsbedingungen, gegen Erstattung der Copialien durch Postvorschuß, abschriftlich mitzutheilen.

Frankfurt a. O., den 4. September 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(739) Vorlesungen bei der königlichen landwirthschaftlichen Academie in Proskau.

Im Winter-Semester 1862/63 werden bei der königlichen landwirthschaftlichen Academie in Proskau folgende Vorlesungen gehalten:

| | Wöchentl.
Stunden. | |
|--|-----------------------|------------------------------|
| 1) Volkswirtschaftslehre | 3 | } Oekonomierath Wagener. |
| 2) Allgemeiner Ader- und Pflanzenbau | 2 | |
| 3) Wiesenbau | 1 | |
| 4) Wollkunde | 1 | |
| 5) Demonstrationen im Felde oder in der Hofwirthschaft | 3 | } Lehrer der Landwirthschaft |
| 6) Allgemeine Thierproductionslehre und Rindviehzucht | 4 | |
| 7) Landwirthschaftliche Geräthekunde | 1 | } Walter-Funk. |
| 8) Diätetik und Geognosie | 3 | |
| 9) Anatomie und Physiologie der Pflanzen | 3 | } Professor Dr. Geinzel. |
| 10) Land- und forstwirtschaftliche Insektenkunde | 2 | |

| | | |
|--|---|--------------------------------------|
| 11) Unorganische Chemie | 4 | } Professor Dr. Krocker . |
| 12) Physik | 3 | |
| 13) Analytische Chemie und Uebungen in landwirthschaftlich-chemischen Arbeiten im Laboratorium (3 Nachmittage) | 9 | |
| 14) Mathematik und Maschinenkunde | 1 | } Baumeister Engel . |
| 15) Landwirthschaftliche Baukunde | 2 | |
| 16) Landwirthschaftliche Buchführung | 1 | } Rentant Schneider . |
| 17) Forsttaxation und Forstbenutzung | 2 | |
| 18) Anatomie und Physiologie der Hausthiere | 2 | } Depart. Thierarzt Luthers . |
| 19) Pferde- und Schweinezucht | 2 | |
| 20) Gemüse- und Weinbau | 1 | } Inst. Gärtner Gannemann . |

Die Vorlesungen beginnen den 1. November o. Anmeldungen zur Aufnahme Studirender oder sonstige, die landwirthschaftliche Academie betreffende Anfragen sind entweder mündlich oder schriftlich an die unterzeichnete Direction zu richten, die jede gewünschte Auskunft gern erteilen wird.

Proslau, den 6. September 1862.

Die Direction der königlichen landwirthschaftlichen Academie.

Personal-Chronik.

(740) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Kropfstadt mit Jähmo und Webbin in der Diöces Jahna ist der bisherige Pfarrer in Winterburg, Johann August **Schabach**, berufen und bestätigt worden.

(741) Zu der erledigten evangelischen Diaconatsstelle an St. Stephani zu Calbe a. d. S. in der Diöces Calbe a. d. S. ist der bisherige Pfarrer in Werbellin, Gottlieb Moritz **Rocke**, berufen und bestätigt worden. Ueber die dadurch vacant gewordene Pfarrstelle zu Werbellin ist von dem Patronate bereits disponirt.

(742) Durch das Ableben des Pastors **Sildebrandt** ist die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle zu Göttiln in der Eparchie Sandau, zu welcher zwei Kirchen und zwei Schulen gehören und mit welcher ein Einkommen von 707 Thlr. 24 Sgr. 9 Pf. verbunden ist, erledigt worden.

(743) Durch die Beförderung des Frähpredigers **v. Schuß** ist die evangelische Frähpredigerstelle an der Predigerkirche in Erfurt, womit ein Einkommen von 94 Thlr. 10 Sgr. und 1 Malter Roggen verbunden, vacant geworden. Patron der Stelle ist der Magistrat in Erfurt.

(744) Die Rector- und erste Knabenlehrerstelle an der Stadtschule zu Abbeßn, Eparchie Ginnern, Privat-Patronats, kommt durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers zur Erledigung.

(745) Die Schul- und Küsterstelle zu Langenau, Eparchie Reiz, königlichen Patronats, kommt durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers zum 1. October d. J. zur Erledigung.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Inscriptionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Bezugsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 40.

Ausgegeben zu Merseburg am 4. October 1862.

- (747)** Das 33. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 26. September 1862, enthält unter:
- Nr. 5590. Gesetz wegen Einstellung der Erhebung von Schiffsabgaben auf der Mosel. Vom 16. September 1862.
- Nr. 5591. Allerhöchster Erlaß vom 19. August 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Ban und die Unterhaltung einer Kreis-Capussie von Tilsit bis zur Grenze des Kreises Niederung, in der Richtung auf Einfuhren.
- Nr. 5592. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Tilsiter Kreises im Betrage von 27,200 Rthln. Vom 19. August 1862.
- Nr. 5593. Privilegium wegen Emision von 5,750,000 Thaler Prioritäts-Obligationen III. Serie Litt. B. der Vergisch-Märkischen Eisenbahngesellschaft. Vom 25. August 1862.
- Nr. 5594. Allerhöchster Erlaß vom 5. September 1862, betreffend die Verleihung der Städte-Ordnung für die Provinz Westphalen vom 19. März 1856 an die Stadtgemeinde Rheda im Regierungsbezirk Minden.
- Nr. 5595. Allerhöchster Erlaß vom 13. September 1862, betreffend die Kündigung von zusammen 7,000,000 Rthln. Prioritäts-Obligationen der Thüringischen Eisenbahngesellschaft zum Zwecke der Herabsetzung des Zinsfußes.
- Das 34. Stück, ausgegeben am 27. September 1862:
- Nr. 5596. Gesetz wegen Aufhebung des Orts-Briefbeschlages. Vom 16. September 1862.
- Nr. 5597. Gesetz, betreffend die Beförderung gerichtlicher Erlasse durch die Post. Vom 20. September 1862.
- Nr. 5598. Gesetz, betreffend den Bau einer Eisenbahn von Koblurt und Gölzig über Lauban, Greifenberg und Hirschberg nach Waldenburg, sowie einer directen Eisenbahn von Custrin nach Berlin. Vom 24. September 1862.
- Nr. 5599. Allerhöchster Erlaß vom 6. September 1862, betreffend die Kündigung von Prioritäts-Obligationen der Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahngesellschaft, Behufs der Ermäßigung des Zinsfußes.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(748) Die im Michaelitermine 1862 zu Merseburg ausgelassenen Steuer-Credit-Kassenscheine betr.
Bei der heute erfolgten Verlosung der im Jahre 1764, sowie der anstatt der früheren unterwechselten und unlosbaren Steuer-Cassenscheine im Jahre 1836 ausgefertigten Steuer-Credit-Kassenscheine sind nachstehende Nummern, deren Realisirung im Ostertermine 1863 erfolgen wird, gezogen worden:

1) von den Steuer-Credit-Kassenscheinen aus dem Jahre 1764

von Lit. A. à 1000 Thaler:

Nr. 47. 88. 94. 179. 299. 394. 639. 1601. 2238. 2486. 2867. 3076. 3201. 3342. 4590. 5193. 5317. 5414. 6006. 6466. 6535. 6652. 6680. 6816. 7107. 7183. 7416. 7433. 7500. 7746. 8106. 8371. 8580. 8613. 9048. 9071. 9433. 9512. 10376. 10454. 10777. 10948. 11410. 11702. 11950. 12366. 12645. 12745. 12995. 13390. 13701. 13898;

von Lit. B. à 500 Thaler:

Nr. 683. 941. 999. 1060. 1106. 1446. 1642. 1767. 1993. 2103. 2279. 2824. 3269. 4037. 4225. 4939. 5157. 5372. 5518. 5833. 5959. 6301. 6308. 6760. 6972. 6985. 7090. 7193;

von Lit. D. à 100 Thaler:

Nr. 10. 59. 220. 378. 428. 448. 679. 994. 1027. 1142. 1231. 1511. 1664. 1807. 1920. 1952. 2378. 2807. 3115. 3404. 3682. 5251. 6087. 6563.

2) von den Steuer-Credit-Kassenscheinen aus dem Jahre 1836

von Lit. A. à 1000 Thaler:

Nr. 6. 56. 152. 162. 182. 241.;

von Lit. C. à 200 Thaler:

Nr. 5. 29. 88. 89. 126.;

von Lit. D. à 100 Thaler:

Nr. 36.;

von Lit. E. à 50 Thaler:

Nr. 36.

Außerdem wurden von den unbegründlichen Kammer-Credit-Kassenscheinen Lit. E. à 45 Thaler die Scheine Nr. 10210. 10264. 10387. 10668. 10801. 10809. 11090. 11291. und 11430. zur Zahlung im Ostertermin 1863 ausgesetzt.

Die Inhaber der vorverzeichneten verloosten und resp. zur Zahlung ausgelegten Scheine werden hierdurch aufgefordert, die Capitalien gegen Rückgabe der Scheine und der zu den vergünstigten Scheinen gehörenden Talons und Coupons mit dem Eintritt des Ostertermins 1863, wo die Verzinsung der jetzt ausgelosten Steuer-Credit-Kassenscheine aufhört, bei der hiesigen Regierungs-Hauptkasse zu erheben.

Merseburg, den 25. September 1862.

Im Auftrage der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatsschulden:
der Regierungs-Präsident Nothe.

(749) Die Bekleidung der uniformirten Militär-Begräbnis-Vereine betr.

Se. Majestät der König haben im Verfolg der dem Königl. General-Commando und dem Königl. Ober-Präsidium unterm 9. Januar c. mitgetheilten Allerhöchsten Ordre vom 23. November v. J. uns mittelst anderweiter Ordre vom 31. Juli d. J. drei Proben zu einzelnen Uniforms, 2c. Stücken für Mitglieder der Militär-Begräbnisvereine zugehen zu lassen geruht, nämlich:

- 1) eine Zeichnung zu der als Helmverzierung in Stelle des Adlers dienenden Namensschiffre des Hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV., umgeben von einem bandartigen Metallstreifen mit der Firma des Vereins und der entsprechenden Ortsbezeichnung;
- 2) eine Probe zu einer nach Art der Husaren-Schärpen zu tragenden Schärpe für die zu Offizieren gewählten Mitgliedern, und
- 3) eine Probe zu den Epauletten der in Hauptmanns- oder Führerstellen gewählten Mitglieder.

Die Einführung einer allgemeinen Bezeichnung für sämtliche Vereine ist Allerhöchsten Orts nicht für erforderlich erachtet worden, dieselben vielmehr gestattet, die von ihnen bisher geführten verschiedenen Namen auch ferner beizubehalten.

Das Königl. General-Commando und das Königl. Ober-Präsidium setzen wir hiervon, unter Mittheilung einer beglaubigten Abschrift der qu. Allerhöchsten Ordre vom 31. Juli c. zur gefälligen weiteren Veranlassung mit dem ergebensten Bemerken in Kenntniß, daß die unter 2. und 3. genannten Probestücke bei dem Haupt-Montirungs-Depot hieselbst werden alservirt werden, wo sie jederzeit den Vereinen zur Ansicht offen liegen, und daß die Zeichnung ad 1. von dem Hofbronceur Imme, die Proben ad 2. und 3. von dem Hoflieferanten Henkel und Schumann hieselbst angefertigt sind.

Berlin, den 31. August 1862.

Der Minister des Innern.
von Jagow.

Der Kriegs-Minister.

Im Auftrage: von Gieseler.

An das Königl. General-Commando des 4. Armee-Corps und
das Königl. Ober-Präsidium der Provinz Sachsen in Magdeburg.

N. d. J. I. N. J. 1753.

N. N. 748/8. A. I.

Abschrift vorliebenden Rescripts lasse ich der Königl. Regierung unter Beifügung einer Abschrift der Allerhöchsten Ordre vom 31. Juli c. mit Bezugnahme auf meinen Erlaß vom 30. Januar c. zur gefälligen Kenntnissnahme und weiteren Veranlassung ergebenst zugehen.

Magdeburg, den 11. September 1862.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen. v. Wipleben.

Ich lasse Ihnen auf den im Verfolg Meiner Ordre vom 23. November v. J. erstatteten gemeinschaftlichen Bericht vom 9. Januar c. in der Anlage drei Proben zu einzelnen Uniforms, 2c. Stücken für Mitglieder der Militär-Begräbnisvereine zugehen. Nämlich: 1) eine Zeichnung zu der als Helmverzierung in

Stelle des Adlers dienenden Namensschiffe des Hochseligen Königs Friedrich Wilhelm IV., umgeben von einem banbartigen Metallstreifen mit der Firma des Vereins und der entsprechenden Ortsbezeichnung; 2) eine Probe zu einer nach Art der Husarenharnen zu tragenden Schärpe für die zu Disziplinirten gewählten Mitglieder, und 3) eine Probe zu den Epauletten der in Hauptmanns- oder Führerstellen gewählten Mitglieder. Die Einführung einer Allgemeinen Bezeichnung für sämtliche Vereine erachte Ich nicht für erforderlich, und will denselben gestatten, die von ihnen bisher geführten verschiedenen Namen auch ferner beizubehalten. Sie haben hiernach das Weitere bekannt zu machen.

Berlin, den 31. Juli 1862.

Wilhelm.

von Roen. von Jagow.

An den Kriegs- und Marine-Minister und den Minister des Innern.

Vorstehender Ober-Präsident-Erlaß und die darin allegirte Allerhöchste Ordre vom 31. Juli a. werden unter Bezugnahme auf die Amtsblatts-Bekanntmachung vom 9. Januar 1862 (Amtsblatt de 1862 Stüd 7. S. 40.) hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Wersburg, den 21. September 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(750) Die Verpachtung der Domänen Subtau und Rathstube betr.

Die in dem Kr. Stargardter Kreise 1½ und 2 Meilen von Dirschau und resp. 1 Meile von der Chaussee von Reine nach Dirschau gelegenen Domänen Subtau und Rathstube sollen in dem auf den 20. November c. in dem Königlichen Regierungs-Conferenzgebäude hieselbst Vormittags 11 Uhr vor dem Herrn Regierungsrath Delrichs anberaumten Termine, eine jede Domaine besonders, im Wege der öffentlichen Vicitation auf 18 auf einander folgende Jahre vom 24. Juni 1863 bis zum 24. Juni 1881 verpachtet werden.

Die Domaine Subtau enthält im Ganzen 1154 Morgen 86 Q Ruthen, darunter bei den Vorwerken Subtau selbst 858 Morgen 156 Q Ruthen Acker, 32 Morgen 129 Q Ruthen Wiesen und 44 Morgen 34 Q Ruthen Garten und außerdem eine bei Gatttau im Danziger Werber gelegene Separatwiesenfläche von 164 Morgen 142 Q Ruthen.

Das Minimum des Pachtzinses ist auf 3000 Thlr., die zu bestellende Pachtcaution auf 1500 Thlr. festgesetzt.

Die Domaine Rathstube, auf welcher sich auch ein Brennereigebäude befindet, besteht aus den Vorwerken Rathstube und Starrenzyn mit 2077 Morgen 163 Q Ruthen und einer bei Gatttau im Danziger Werber gelegenen Wiesenfläche von 258 Morgen 102 Q Ruthen. Unter obiger Fläche von 3077 Morgen 163 Q Ruthen befinden sich 2408 Morgen 39 Q Ruthen Acker, 262 Morgen 102 Q Ruthen Wiesen und 68 Morgen 23 Q Ruthen Garten.

Das Minimum der Pacht ist für diese Domaine auf 5500 Thlr., die zu bestellende Pachtcaution auf 2500 Thlr. festgesetzt.

Zur Zulassung der Pachtgebote ist der Nachweis der landwirthschaftlichen Qualifikation und außerdem des Besizes eines eigenthümlichen disponiblen Vermögens bei der Domaine Subtau von mindestens 18,000 Thlr. und bei der Domaine Rathstube von mindestens 25,000 Thlr. erforderlich.

Dem Königlichen Finanz-Ministerio bleibt die Entscheidung darüber, ob der Zuschlag überhaupt zu erteilen, sowie die Auswahl unter den drei Bestbietenden vorbehalten.

Die näheren Bedingungen der Verpachtung und die Regeln der Vicitation können in unserer Domänen-Registratur während der Dienststunden, sowie auf den Domänen-Vorwerken Subtau und Rathstube eingesehen, auch sollen auf Verlangen Abschriften derselben gegen Erstattung der Copialien erteilt werden.

Danzig, den 15. September 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten.

(751) Die Bildung neuer Schiedsmannbezirke auf dem platten Lande des Querfurter Kreises und die Wahl der Schiedsmänner für diese Bezirke betr.

Statt der früheren 11 Schiedsmannbezirke auf dem platten Lande des Querfurter Kreises sind wegen ihrer zu großen Ausdehnung jetzt 28 neue Schiedsmannbezirke gebildet, und es sind zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern gewählt und verpflichtet worden:

für den 1. Bezirk, Großosterhausen, bestehend aus den Dörfern Großosterhausen, Kleinosterhausen, Notbenschirmbach und Sittichenbach: der Schöppe **Seidler** zu Notbenschirmbach zum Schiedsmann, der **Delonon Ruppert** in Großosterhausen zum Stellvertreter;

- für den 2. Bezirk, Farnstedt, bestehend aus Döckly, Oberfarnstedt und Unterfarnstedt: der Gutsbesitzer **Bischoff** in Oberfarnstedt zum Schiedsmann;
- für den 3. Bezirk, Obhausen, bestehend aus Autenburg, Obhausen Johannis, Obhausen Nikolai, Obhausen Petri und Weldenbach: der Ortsrichter **Gellwig** in Obhausen Johannis zum Schiedsmann, der Anspanner **Nelle** in Obhausen Petri zum Stellvertreter;
- für den 4. Bezirk, Lobersleben, bestehend aus Gatterstedt und Lobersleben: der Oekonom **Trantmann** in Lobersleben zum Schiedsmann, der Steinpauermeister **Thieme** daselbst zum Stellvertreter;
- für den 5. Bezirk, Thaldorf, bestehend aus Leimbach und Thaldorf: der Ziegeleibesitzer **Schreiber** in Thaldorf zum Schiedsmann;
- für den 6. Bezirk, Vierdörfer, bestehend aus Barnstedt, Gbrendorf, Gbriß und Nemsdorf: der Oekonom **Friedrich** in Barnstedt zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Ritter** daselbst zum Stellvertreter;
- für den 7. Bezirk, Reinsdorf, bestehend aus Kleinwangen, Reinsdorf mit Jingsl und Grabenmühle, Egenburg: der Ortsrichter **Märberger** in Kleinwangen zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Reiche** in Reinsdorf zum Stellvertreter;
- für den 8. Bezirk, Schmon, bestehend aus Großstedt, Kleineichstedt, Niederschmon, Oberschmon und Spielberg: der Ortsrichter **Jahn** in Kleineichstedt zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Recke** in Oberschmon zum Stellvertreter;
- für den 9. Bezirk, Weichenschirmbach, bestehend aus Gölbig, Krautdorf, Liebersfeld, Bretzig und Weichenschirmbach: der Ortsrichter **Lobedann** in Weichenschirmbach zum Schiedsmann;
- für den 10. Bezirk, Kofleben, bestehend aus Kofleben, Wendelstein und Ziegelrode: der Gastwirth **Reiß** in Kofleben zum Schiedsmann, der Schöppe **Kennewitz** in Kofleben zum Stellvertreter;
- für den 11. Bezirk, Vottendorf, bestehend aus Vottendorf, Eßmannsdorf und Schneewerda: der Schöppe **Bleichrodt** in Vottendorf zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Illgen** daselbst zum Stellvertreter;
- für den 12. Bezirk, Carßdorf, bestehend aus Carßdorf, Wennungen und Rechenorf: der Mühlenbesitzer **Eisenschmidt** in Carßdorf zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Reiche** daselbst zum Stellvertreter;
- für den 13. Bezirk, Altenrode, bestehend aus Altenrode mit Virsligt, Großwangen, Thalwinkel und Wippach: der Oekonom **Müller** in Thalwinkel zum Schiedsmann, der Dorfgerichtschreiber **Herrß** daselbst zum Stellvertreter;
- für den 14. Bezirk, Kirchseidungen, bestehend aus Burgscheidungen, Wolzen, Kirchseidungen und Tröbsdorf: der vormalige Ortsrichter **Becker** in Kirchseidungen zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Schöneburg** in Tröbsdorf zum Stellvertreter;
- für den 15. Bezirk, Steigra, bestehend aus Calzendorf, Jüdenorf und Steigra: der Ortsrichter **Lettenborn** in Jüdenorf zum Schiedsmann, der Oekonom **Mühlemann** daselbst zum Stellvertreter;
- für den 16. Bezirk, Gleina, bestehend aus Albersrode, Baumerrode, Ebersrode, Gleina und Schnellrode: der Ortsrichter **Hersfurth** in Albersrode zum Schiedsmann, der Oekonom **Voigt** daselbst zum Stellvertreter;
- für den 17. Bezirk, Balgstedt, bestehend aus Balgstedt, Dorndorf, Münzerode, Ploßnitz, Weischütz und Zscheipitz: der Ortsrichter **Geier** in Dorndorf zum Schiedsmann;
- für den 18. Bezirk, Wilsdorf, bestehend aus Gröbnitz, Großwilsdorf, Kleinwilsdorf, Rißnitz, Rausendorf und Städten: der Ortsrichter **Lautenschläger** in Städten zum Schiedsmann, der Schöppe **Andrae** in Rausendorf zum Stellvertreter;
- für den 19. Bezirk, Eischstedt, bestehend aus Niedereichstedt, Obereichstedt und Oberwänsch: der Rittergutspächter **Ritter** in Oberwänsch zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Herre** daselbst zum Stellvertreter;
- für den 20. Bezirk, Döckly, bestehend aus Döckly, Schmirza, Ect. Mädeln, Ect. Ulrich und Eibnitz: der Bürgermeister a. D. **Moncke** in Ect. Ulrich zum Schiedsmann;
- für den 21. Bezirk, Möderling, bestehend aus Eptingen, Gehäfte, Möderling, Zöbfigler, Jorbau und Wenden: der Mühlenbesitzer **Apel** in Gehäfte zum Schiedsmann;

- für den 22. Bezirk, Grumpa, bestehend aus Cämmeritz, Grumpa und Rügendorf: der Oekonon **Lange** in Grumpa zum Schiedsmann;
 für den 23. Bezirk, Neumark, bestehend aus Geißelröhlitz, Gräfenhain, Neumark, Bernsdorf und Rügendorf: der Ortsrichter **Göke** in Rügendorf zum Schiedsmann;
 für den 24. Bezirk, Vedra, bestehend aus Vedra, Braunsdorf, Rügendorf und Schortau: der Ortsrichter **Groschupp** in Braunsdorf zum Schiedsmann;
 für den 25. Bezirk, Rossbach, bestehend aus Leiba, Lunsfeld, Rügendorf, Rossbach und Retsfeld: der Ortsrichter **Löblich** in Rossbach zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Walther** in Lunsfeld zum Stellvertreter;
 für den 26. Bezirk, Größ, bestehend aus Almsdorf und Größ: der Oekonon **Rügendorf** in Größ zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Hesseltarh** daselbst zum Stellvertreter;
 für den 27. Bezirk, Brandorode, bestehend aus Brandorode, Schleberode und Zeuschfeld: der Ortsrichter **Werner** in Schleberode zum Schiedsmann, der Oekonon **Thieme** daselbst zum Stellvertreter;
 für den 28. Bezirk, Markröhlitz, bestehend aus Eulau, Dobichau, Goseck, Pödelitz und Markröhlitz: derendant **Lange** in Goseck zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Wittorf** in Pödelitz zum Stellvertreter.

In denjenigen Bezirken, in welchen ein besonderer Stellvertreter nicht ernannt ist, wird in Behinderungs-fällen der Schiedsmann durch benachbarte Schiedsmänner vertreten und zwar:

- der Schiedsmann für den 5. Bezirk durch den Schiedsmann **Trautmann** in Lodersleben,
 der Schiedsmann für den 6. Bezirk durch den Schiedsmann **Jahn** in Kleinetschelt,
 der Schiedsmann für den 17. Bezirk durch den Schiedsmann **Lautenschläger** in Stäbten,
 der Schiedsmann für den 20. Bezirk durch den Schiedsmann **Apel** in Gehäse,
 der Schiedsmann für den 21. Bezirk durch den Schiedsmann **Noncke** in Sct. Ulrich,
 der Schiedsmann für den 22. Bezirk durch den Schiedsmann **Groschupp** in Braunsdorf,
 der Schiedsmann für den 23. Bezirk durch den Schiedsmann **Lange** in Grumpa,
 der Schiedsmann für den 24. Bezirk durch den Schiedsmann **Göke** in Rügendorf.

Die Ernennung eines Stellvertreters für den Schiedsmann des 2. Bezirkes steht noch bevor.

Naumburg, den 22. September 1862.

Königliches Appellationsgericht.

(732.) Die Anmeldung des diesjährigen Weingewinns bei der Erstehende, Verkuß der Erhebung der Weinksteuer betr.
 Auf Grund des Gesetzes vom 25. September 1820 §. 5., die Erhebung der Weinksteuer betreffend, werden diejenigen Besitzer von Weinplantagen, welche den Weinbau Behufs Kelterung der gewonnenen Trauben betreiben, hierdurch aufgefordert, ihren diesjährigen Weingewinn bis zum 20. November d. J. bei der betreffenden Ortsbehörde nach Eimerzahl und unter Angabe des Aufbewahrungsorts, gegen eine von dieser Behörde über die Declaration zu ertheilende Bescheinigung schriftlich anzumelden.
 Magdeburg, den 20. September 1862.

Der Geheime Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuerdirector. v. Jordan.

(733.) Den Schluß der Renten-Übernahme auf die Prov. Rentenbank zu Magdeburg pro 1. October 1862 betr.
 Die Uebernahme von Renten auf die hiesige Provinzial-Rentenbank pro 1. October c. ist jetzt geschlossen und es sind die Berechtigten und Verpflichteten von der erfolgten Uebernahme in jedem einzelnen Falle, mit Angabe des Recesses und des übernommenen Rentenbetrages, von uns benachrichtigt worden.

Aus den bis jetzt etwa noch abgeschlossenen Recessen, wegen welcher eine derartige Benachrichtigung an die Berechtigten und Verpflichteten von uns nicht ergangen ist, kann die Renten-Übernahme auf die Rentenbank zum 1. October c. nicht mehr stattfinden; die in diesen Recessen titulirten Renten sind vielmehr, nach den Vorschriften der §§. 15. bis 17. des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850, bis auf Weiteres von den Verpflichteten an die Berechtigten zu entrichten.

Wegen Aushändigung der Abfindungen für die zum 1. October v. auf die Rentenbank übernommenen Renten von Privaten, wird den Berechtigten die hiesigst vorhandene nähere Eröffnung noch im Laufe des Monats October c. zugehen.

Anlangend die Abfindung aus solchen Recessen, nach welchen die Ablösung der Renten mittelst Capitalzahlung durch Vermittelung der Staatskasse und der Rentenbank erfolgt, so können dieselben erst dann ausgehändigt werden, wenn die Ablösungs-Capitalien wirklich bei den Königlichen Regierungs-Hauptkassen eingezahlt sind und uns dies durch die Königlichen Regierungen mitgetheilt worden ist.

Ueber den Zeitpunkt der Verabsolugung auch dieser Abhandlungen wird jedem Berechtigten eine besondere Benachrichtigung von uns zu seiner Zeit gleichfalls zugehen.
Magdeburg, den 24. September 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(754) Die Errichtung einer ordentlichen Professur für Landwirtschaft an der Universität zu Halle und den Beginn der Vorlesungen für das bevorstehende Winter-Semester betr.

Um jungen angehenden Landwirthen Gelegenheit zu geben, sich gleichzeitig eine höhere wissenschaftliche Bildung zu erwerben, haben Seine Majestät der König geruht, an der hiesigen Universität eine ordentliche Professur für Landwirtschaft zu errichten, und dieselbe dem Dr. phil. Julius Kühn, bisher Wirtschafts-Director der Gräflich Egloffsteinischen Güter zu Schwusen zu verleihen. Indem ich dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß bringe, bemerke ich, daß nach Ausweis des bereits ausgegebenen Verzeichnisses der Vorlesungen für das bevorstehende Winter-Semester die Vorträge sowohl in der eigentlichen Landwirtschaft, als in den betreffenden Hilfwissenschaften am 15. I. M. beginnen werden. Eine Lebranstalt für praktische Erlernung der Landwirtschaft ist mit dem neu gegründeten Lehrstuhle nicht verbunden; es wird vielmehr vorausgesetzt, daß die eine höhere Ausbildung hier suchenden jungen Leute mindestens zwei Jahre hindurch die Landwirtschaft practisch erlernt haben.

Inländer, welche das bei der Immatriculation vorchriftsmäßig vorzulegende Gymnasial-Zeugniß der Reife nicht besigen, haben sich zur Beseitigung dieses Hindernisses an den Unterzeichneten zu wenden.

Halle, den 23. September 1862.

Der Königliche Curator der vereinigten Friedrichs-Universität Halle-Wittenberg. v. Beermann.

(755) Vacante Ober-Prebigerstelle in Treuenbriegen.

Die hiesige Ober-Prebigerstelle soll wegen Emeritirung des bisherigen Inhabers anderweit besetzt werden. Das Einkommen der Stelle ist auf 1350 Thlr. berechnet, wovon ein Drittel dem Emeritus zusteht. Geeignete Bewerber wollen ihre Gesuche und Zeugnisse bis zum 15. I. M. an uns einreichen. Einladungen zur Präsentation und Probepredigt werden besonders von uns erlassen werden. Auch wird bemerkt, daß der zu Wählende verpflichtet ist, gleichzeitig die Geschäfte der königlichen Superintendentur, welche mit der Stelle bisher vereinigt war, zu übernehmen.

Treuenbriegen, den 25. September 1862.

Der Magistrat.

Hypothekensachen.

(756) Die Tabelle über diejenige Parzelle von 24 1/2 Aukuthen von dem in hiesiger Stadt in der Nähe des Eßkretters belegenen sogenannten Kurzerpläze, welche der königliche Militär-Magazin-Fiskus von der hiesigen Stadtcommune laut Contracts vom 6. Juni a. e. erkaufte hat, ist fertig und kann in unserm I. Bureau vom 11. October bis 11. December e. eingesehen werden. Spätere Einwendungen sind unzulässig. Wittenberg, den 23. August 1862.

(757) Es wird bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über das neue Wohnhaus, welches der Schneidermeister Gottfried Eadwig in Silbig auf einer von der dortigen Hüfnerschaft mittelst Contracts vom 16. März a. pr. aus dem Plane Nr. 113, der Separationskarte erkauften Parzelle von 18 Aukuthen erbaut hat und welches von uns unterm 26. Februar bekannt gemacht worden, vollendet ist und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte auf dieses Grundstück lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 3. September 1862.

(758) Die Tabelle über die im Bremerlug gelegene, 1 Morgen Fläche haltende Wiese, welche letztere der Hüfner Johann Gottlieb Häbiger zu Schmüllendorf laut notariellen Kaufcontracts vom 27. Mai 1843 von der verelichteten Fied, Hanne Christiane geb. Schwente erworben hat, ist fertig und kann in unserm I. Bureau vom 11. October bis 11. December e. eingesehen werden. Spätere Einwendungen sind unzulässig. Wittenberg, den 3. September 1862.

(759) Es wird bekannt gemacht, daß das Hypothekenbuch über den im Dorfe Blakitz gelegenen, 12 Aukuthen Fläche haltenden Bauplatz, welchen der Schneidermeister Christoph Heinge und dessen Ehefrau, Hanne Christiane geb. Grube mittelst Contracts vom 4. April a. e. erkaufte haben und welcher von uns unterm 8. Mai a. e. öffentlich bekannt gemacht worden, vollendet ist und daher der Erwerb neuer Hypo-

pfandrechte auf dieses Grundstück lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen ist.

Wittenberg, den 17. September 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(760) Die im 19. Stück des Amtsblattes der Königlichen Regierung zu Merseburg vom Jahre 1862 Seite 142. bekannt gemachte Hypothekentabelle über das dem Generalarzt a. D. und Geheimen Sanitätsrath Dr. Hauck zu Raumburg a. d. S. zugehörige, in Rösen gelegene Grundstück, bestehend aus dem früheren Salinen-Dirigenten-Wohngebäude sammt Hof- und Wirtschaftsgebäuden nebst dem dazu gehörigen Garten, sowie einem von dem früheren Salinenbauhof an der nördlichen Seite des Wohngebäudes in der ganzen Fronte der nördlichen Seite des Grundstücks dazu gelegten Streifen Landes von durchschnittlich 30 Fuß Breite von Süd nach Nord, ist in das Hypothekenbuch übertragen und wird nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem gedachten Grundstück lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.

Raumburg, den 22. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(761) Die im 21. Stück des Amtsblattes der Königlichen Regierung zu Merseburg vom Jahre 1862 unter der laufenden Nummer 422. bekannt gemachte Hypothekentabelle über die dem Herrmann Edmund Weber zu Rösen zugehörige, in Rösen vor dem Gasthofs zum muthigen Ritter gelegene Fläche Land von circa 129½ Ruthen ist in das Hypothekenbuch übertragen worden und wird nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem gedachten Grundstücke lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts und der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.

Raumburg, den 2. September 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(762) Die Hypothekentabelle über den neben dem Wohnpaße des Webermeisters Ludwig Wege Nr. 340. belegenen Theil des zur Oberpfarre Quersfurt gehörigen sogenannten alten Gottesackers am Nebraer Thore von 41½ Ruthen ist aufgestellt und kann von den Interessenten binnen 2 Monaten in unserm Hypothekenbureau eingesehen werden. Späterhin sind Erinnerungen dagegen unzulässig.

Quersfurt, den 21. Juli 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(763) Die Hypothekentabelle über die dem Fleischermeister Gottfried Kaiser hier gehörige, vom alten Gottesacker am Nebraer Thore hier selbst abgetrennte Parzelle von 20½ Ruthen Größe ist aufgestellt und kann von den Interessenten binnen 2 Monaten in unserm Hypothekenbureau eingesehen werden. Späterhin sind Erinnerungen dagegen nicht mehr zulässig.

Quersfurt, den 16. September 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(764) Der Inhalt der Hypothekentabelle über das in unserer Bekanntmachung vom 30. Januar d. J. bezeichnete Grundstück Gehofner Flur ist in das Hypothekenbuch übertragen, der Erwerb neuer Hypothekenrechte auf dieses Grundstück ist daher lediglich nach dem Allgemeinen Landrechte, der Gerichts- und Hypotheken-Ordnung zu beurtheilen.

Artern, den 13. September 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(765) Die Hypothekentabellen über die in unserer Bekanntmachung vom 22. Februar c. — Stück Nr. 22. des Amtsblatts pro 1862 — aufgeführten Grundstücke sind in die betreffenden Hypothekenbücher übertragen und es ist nunmehr der Erwerb neuer Hypothekenrechte rücksichtlich dieser Grundstücke lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.

Merseburg, den 11. September 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(766) Dem Kaufmann J. G. F. **Prillwitz** in Berlin ist unter dem 19. September 1862 ein Patent auf einen nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erkannten Druck-Telegraphen, ohne Beschränkung Anderer in der Anwendung bekannter Theile desselben, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats ertheilt worden.

Personal-Chronik.

(767) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Dautschen in der Diöcese Prettin ist dem bisherigen Pfarrer in Wügel, Diöcese Seyda, Johann Julius Ferdinand **Wichmann**, verliehen worden.

(768) Durch das Ableben des Pfarrers **Gerlach** ist die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle zu Oberdörla in der Eparchie Seebach, zu welcher eine Kirche und drei Schulen gehören, vacant geworden. Das Einkommen dieser Stelle ist auf 998 Thlr. 4 Sgr. 11 Pf. jährlich veranschlagt.

(769) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Reideburg mit Büschdorf in der ersten halbeschen Landdiece ist dem bisherigen Garnison- und Civilprediger in Saarlouis, Johann Eduard Gebhard **Kaba-**
rius, verliehen worden.

(770) Die Schul- und Küsterstelle in Gölsdorf, Ephorie Senba, Königlichen Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(771) Für den XV. Landbezirk im Kreise Merseburg ist der Einwohner **Reichardt** in Meuschen zum Schiedsmann und der Ortsrichter **Bühligen** in Käpitz zu dessen Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

(772) Gestorben: der Steueraufseher **Lewis** in Jörbzig, der Chausseegeld-Erheber **Nietenführ** in Wenddorf.

Pensionirt: der Steueraufseher **Fleßa** in Brehna und demnächst zum Steuerreceptor in Rodenrode ernannt.

Versetzt: der Ober-Steuercontroleur v. **Wedell** von Trebbin (Brandenburg) nach Merseburg, der Steuereinnnehmer **Hfer** von Seehausen a./A. nach Bitterfeld.

Neu angestellt: der invalide Wachtmeister **Friesicke** in Ascherleben als Chausseegelderheber in Siersleben.

(773) Der Secretariats-Applicant, frühere Appellationsgerichts-Referendar **Demme** bei der Intendantur des 4. Armeekorps ist zum Secretariats-Assistenten und der Feldwebel **Pohl** vom 2. Schlesischen Grenadier-Regiment Nr. 11. zum Lazareth-Inspector beim Garnison-Lazareth in Torgau ernannt.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königlichen Regierung.
Gedruckt bei Carl Furt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Extra-Blatt

zum 39. Stück

des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Merseburg.

Ausgegeben zu Merseburg den 27. September 1862.

(746) Ausgelooft Schuldverschreibungen der 4½ procentigen Staatsanleihen vom Jahre 1848, 1854, 1855 A., 1857 und 1859, pro term. 1. April 1863.

In der am heutigen Tage öffentlich bewirkten Verloosung von Schuldverschreibungen der 4½ procentigen Staatsanleihen vom Jahre 1848, 1854, 1855 A., 1857 und 1859 sind die in der Anlage verzeichneten Nummern gezogen worden.

Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die darin verschriebenen Capitalbeträge vom 1. April l. J. ab, in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, entweder bei der Staatsschulden-Tilgungskasse hier selbst, Oranienstraße Nr. 94., oder bei der nächsten Regierungshauptkasse gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen mit den dazu gehörigen, nach dem 1. April l. J. fälligen Zinscoupons daar in Empfang zu nehmen.

Um etwaigen Wünschen der Inhaber dieser Schuldverschreibungen entgegen zu kommen, sollen letztere auf Verlangen schon vom 1. l. M. ab eingelöst werden.

In diesem Falle werden die vom 1. October d. J. ab laufenden Zinsen bis zum 15. und beziehungsweise bis zum Schlusse desjenigen Monats, in welchem die Schuldverschreibungen bei den gedachten Kassen eingereicht werden, gegen Ablieferung der am 1. April l. J. und später fälligen Zinscoupons daar vergütet.

Wird eine Schuldverschreibung erst in der Zeit vom 16. März bis zum 1. April l. J. präsentiert, so ist der an letzterem Tage fällige Zinscoupon davon zu trennen und für sich in gewöhnlicher Art zu realisiren. Der Geldbetrag der etwa fehlenden, unentgeltlich mit abzuliefernden Zinscoupons wird von dem zu zahlenden Capitale zurückbehalten.

Formulare zu den Quittungen werden von den vorgedachten Kassen unentgeltlich verabreicht. Letztere können sich aber in einen Schriftwechsel über die Zahlungsleistung nicht einlassen, es werden daher hierauf bezügliche Eingaben portopflichtig zurückgesendet, beziehungsweise unerledigt gelassen werden.

Auf der Anlage sind die Nummern der Schuldverschreibungen der oben bezeichneten Anleihen, sowie der Anleihen aus den Jahren 1850, 1852 und 1853 mit abgedruckt, welche in den bisherigen Verloosungen (mit Ausschluß der am 19. März d. J. stattgehabten) gezogen, aber bis jetzt noch nicht realisiert sind. Die Inhaber dieser nicht mehr verzinslichen Schuldverschreibungen werden zur Vermeidung weiteren Zinsverlustes an die Erhebung ihrer Capitalien erinnert.

In Betreff der am 19. März d. J. ausgelooften und zum 1. October d. J. gekündigten Schuldverschreibungen der in Rede stehenden Anleihen wird auf das an dem ersten Tage bekannt gemachte Verzeichniß Bezug genommen, welches bei den Regierungshauptkassen, den Kreis-, den Steuer- und den Forstkassen, den Kammer- und anderen Communkassen, sowie auf den Büreaux der Landräthe, Magisträte und Domainen-Ämter zur Einsicht offen liegt.

Berlin, den 15. September 1862.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Hierzu eine Beilage, ausgelooft Schuldverschreibungen von Staatsanleihen betr.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Juck in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

100 37 110

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg. Stück 41.

Ausgegeben zu Merseburg am 11. October 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(774) Die Adressirung von Postsendungen, welche an Gesellschaften oder Vereine oder an Agenturen, Comitees, Directionen, Ausschüsse, Niederlagen, Bureaux, Expeditionen u. ähnl. Firmen gerichtet sind, betr.

Bei Postsendungen, welche an Gesellschaften oder Vereine oder an Agenturen, Comitees, Directionen, Ausschüsse, Niederlagen, Bureaux, Expeditionen und ähnliche Firmen gerichtet sind, wird von den Absendern häufig die Angabe des Vertreters der Gesellschaft &c., an welchen die Ausshändigung erfolgen soll, unterlassen.

Ist die Sendung für eine Handelsgesellschaft oder eine Handelsfirma bestimmt, deren Eintragung in die Handelsregister nach den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches stattfinden muß, so ist der Vertreter derselben den Postanstalten durch die Seitens der Gerichte erfolgten Veröffentlichungen der Eintragungen bekannt.

Dagegen treten bei solchen Gesellschaften und Firmen, welche keine Handelsgeschäfte betreiben, mithin nicht in die Handelsregister eingetragen werden, wenn der Repräsentant einer solchen Gesellschaft oder Firma auf der Adresse nicht angegeben ist, häufig Zweifel darüber ein, an wen die Ausshändigung der Sendung bewirkt werden soll. Hierdurch werden Unsicherheiten und Verzögerungen bei der Befüllung solcher Sendungen herbeigeführt; es kommt selbst vor, daß recommandirte Sendungen, Pakete, Briefe mit baaren Einzahlungen, Geld- und Werthsendungen überhaupt nicht bestellt werden können, weil die Vertreter dieser Gesellschaften &c. nicht auf der Adresse bezeichnet sind und diejenigen, welche die Befähigung der unvollständig adressirten Sendung in Anspruch nehmen, ihrer Legitimation dazu gegenüber der Postanstalt entbehren. Hiernach liegt es nicht minder im Interesse der Correspondenten, wie der Postverwaltung, daß die zum Empfang derartiger Sendungen berechtigten Personen auf der Adresse der Sendungen von den Absendern genau bezeichnet werden, und empfiehlt es sich, die betreffenden Sendungen entweder unmittelbar an den Empfänger, als Vertreter der Gesellschaft &c. zu adressiren oder, wenn die Adressirung an die Gesellschaft &c. durchaus nothwendig erscheint, etwa durch folgende Fassung der Adresse:

An den Verein N. N. zu Händen des Herrn N. N.

oder

An die Agentur der Gesellschaft N. N. abzugeben an Herrn N. N.

den Namen des Empfängers der bestellenden Postanstalt mitzutheilen.

Die Vorsteher der betreffenden Gesellschaften, Vereine, Agenturen, Comitees, Directionen, Ausschüsse, Niederlagen, Bureaux, Expeditionen u. s. w., deren Eintragung in die Handelsregister durch das Handelsgesetzbuch nicht vorgeschrieben ist, werden deshalb ersucht, ihren Correspondenten den Namen derjenigen Person, an welche die Ausshändigung der betreffenden, für die von ihnen vertretenen Gesellschaften &c. eingehenden Sendungen zu erfolgen hat, genau zu bezeichnen und sie zu veranlassen, entweder die Sendungen an diese Person direct zu adressiren oder doch den Namen der Letzteren in der oben angegebenen Weise den Adressen der Sendungen ausdrücklich beizufügen. Bei dem Interesse, welches die genannten Gesellschaften &c. an der sicheren und schnellen Verrichtung der für sie bestimmten Sendungen selbst haben, werden dieselben kein Bedenken tragen, der obigen Aufforderung zu entsprechen; anderenfalls würden sie sich die, aus der Unterlassung der gedachten Mittheilung an ihre Correspondenten entspringenden nachtheiligen Folgen selbst bezumessen haben.

Berlin, den 20. September 1862.

General-Postamt.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(775) Die Anwendung der zutrefflichen polizeilichen Strafbestimmungen des Schauffergeld-Tarifs vom 29. Februar 1840 auf mehrere regisirte kassische Straßen betr.

Unter Bezugnahme auf unsere Amtsblatts-Bekanntmachung vom 24. Juli v. J. (Amtsblatt Seite 197.)

veröffentlichen wir hiermit ein weiteres Verzeichniß derjenigen Straßen unseres Verwaltungsbezirks, welche inzwischen soweit regulirt und ausgebaut worden sind, daß auf dieselben im Sinne der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 31. August 1832 (Gef. Samml. 1832 Seite 214.) die zugehörigen polizeilichen Bestimmungen aus 7. bis 23. (mit Ausschluß der Nr. 20.) des Chausseegeld-Tarifs vom 29. Februar 1840 (Gef. Samml. 1840. S. 98.) Anwendung finden.

I. Baukreis Weiskensfeld:

- 1) die 127 Ruthen lange Strecke der Freyburg-Mühlsteinischen Straße von der Göhle ab, bis zum Communicationswege nach Ebersdorf in Schleierodaer Flur;
- 2) die 200 Ruthen lange Strecke der Eistecken-Quersfurt Weiskensfelder Straße in Storkauer Flur.

II. Baukreis Sangerhausen:

- 3) die 120 Ruthen lange Strecke der Magdeburg-Erfurter Frachtsstraße an der Mansfeld-Siebligerodaer Grenze;
- 4) die 35 Ruthen lange Strecke derselben Straße zu Anfang des Dorfes Siebligerode im Anschluß an den ausgebauten Straßenast von Riebeck an über Annarode bis Siebligerode.

III. Baukreis Bitterfeld:

- 5) die Grafenbainichen-Altenauer Straße auf dem 350 Ruthen langen Tracte zwischen der Breitewitzer Forst und dem Dorfe Hohentutha;
- 6) die Dübener-Torgauer Straße auf dem 269 Ruthen langen Tracte von dem Wege nach dem Forsthaufe Barthä bis nach dem Dorfe Giechlich;
- 7) die Straße von Halle nach Loberitz und Dessau auf dem 647 Ruthen langen Tracte von Loberitz bis zur Herzoglich-Dessauischen Landesgrenze bei Wadendorf.

IV. Baukreis Delitzsch:

- 8) die Eichen-Landsberg-Leipziger Straße vom Anfange an der Berlin-Casseler Chaussee bis zur Königlich-Sächsischen Landesgrenze.

V. Baukreis Liebenwerda:

- 9) die Schweinitz-Holzborcker Straße innerhalb Schweinitz und Mönchenhöfer Flur.

Merseburg, den 29. September 1862. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(776) **Genehmigung der Sächsischen Hypotheken-Versicherungs-Gesellschaft zu Dresden.**

Die in der Beilage abgedruckte Concession für die Sächsische Hypotheken-Versicherungs-Gesellschaft in Dresden zum Geschäftsbetriebe in den Königlich-Preussischen Staaten, sowie die Statuten dieser Gesellschaft, werden höherem Auftrage gemäß zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 30. September 1862. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(777) **Der Toppreis der Blutegel betr.**

Der Toppreis eines Blutegels ist für die Zeit vom 1. October d. J. bis ultimo März l. J. auf 2 Sgr. festgesetzt.

Merseburg, den 3. October 1862. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(778) **Empfehlung einer Druckschrift von Dr. Rapp, betitelt „Nützliche Regeln für Jedermann“.**

Der Redacteur der deutschen Feuerwehrgesellschaft zc. Dr. F. G. Rapp zu Stuttgart hat eine von ihm herausgegebene Druckschrift, betitelt: „Feuerlöschregeln für Jedermann“, mit der Bitte um deren Empfehlung vorgelegt. Da dieses Werkchen sowohl der Form als dem Inhalte nach seinem Zwecke recht wohl entspricht, indem es besonders für schon bestehende Feuerlösch-Institute zur Regelung des Dienstes im Ganzen und Einzelnen sehr Brauchbares enthält, so wird auf das Erscheinen der gedachten empfehlenswerthen Schrift hiernächst aufmerksam gemacht.

Merseburg, den 4. October 1862. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(779) **Verkauf von Gütern, bestehend im Guben Kreis.**

Die zum Estke Neuzelle gehörigen, im Gubener Kreise in unmittelbarer Nähe der Nieder-Sächsisch-Märkischen Eisenbahnhofs Neuzelle und Wellmitz belegenen Güter Eschleben-Wellmitz mit der zugehörigen Brannknechtbrennerei, der Wassermühle und Brauerei in Neuzelle und mit einem Areal von 3038 Morgen 85 Ruthen, wovon 1216 Morgen 94 Ruthen in der Oberförsterei liegen, sollen auf die 18 Jahre von Johannis 1863 bis dahin 1881 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Wir haben zu diesem Verfaß einen Licitationstermin auf den 30. October d. J., Vormittags 10 Uhr, im Königl. Regierungsgebäude hier selbst und zwar in unserem Sitzungszimmer vor-

dem Herrn Regierungsrath Windler anberaunt und bringen solches mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß das Pachtgeld-Minimum auf 6500 Tblr. festgesetzt und zur Uebernahme der Pachtung ein disponibiles Vermögen von 24,000 Tblr. erforderlich ist.

Die Verpachtungsbedingungen und die Regeln der Licitation, sowie die Karte und die Flächenangabe können in unserer Registratur während der Dienststunden eingesehen werden, auch sind wir bereit, auf Verlangen die Verpachtungsbedingungen, gegen Erstattung der Copialen durch Postvorschuß, abschriftlich mitzutheilen.

Frankfurt a. d. O., den 4. September 1862.

Königliche Regierung.
Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(780) Dem Ehrenrath unter den Rechtsanwälten und Notarien im Bezirke des Appellationsgerichts zu Galtzstadt betr. Der Ehrenrath der Rechtsanwälte und Notarien für den Bezirk des hiesigen Appellationsgerichts ist in der heute stattgehabten General-Versammlung für die Zeit vom 18. October d. J. bis dahin 1865 in Gemäßheit der §§ 22. und 25. der Verordnung vom 30. April 1847 neu constituirt worden.

Mitglieder desselben sind:

die Justizräthe Weydemann, Zimmermann, Krüger, Pflaume und der Rechtsanwalt Lohrmann hier, der Justizrath Danner in Mühlhausen, der Justizrath Zugbaum in Heiligenstadt und der Rechtsanwalt Theilfuß in Bernigerohe.

Stellvertreter sind:

der Rechtsanwalt Schellwein und Justizrath Mende zu Duedlinburg, der Rechtsanwalt Reinecke zu Dicksleben, der Justizrath Sadlich in Micksleben, der Justizrath Schröder in Bleichgerode und der Rechtsanwalt Hesse in Mühlhausen.

Zum Vorsitzenden ist der Justizrath Weydemann hier wieder gewählt.

Galtzstadt, den 4. October 1862.

Präsidium des königlichen Appellationsgerichts.

(781) Verleihung des Eisenbergwerks Matilde bei Schmiedal.

Durch Urkunde von heute ist dem Hüttenverwalter Adolph Bernhard **Pohlsenz** zu Königin Marienhütte bei Jvicau das Eisenbergwerk Matilde bei Schmiedal im Kreise Bitterfeld, Bergrevier Delitzsch Halle, mit einer Fundgrube und Zwölfhundert Raassen gevierten Feldes verliehen worden.

Halle, den 16. September 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

(782) Verleihung des Eisenbergwerks Emilie bei Köbnitz.

Durch Urkunde von heute ist dem Hüttenverwalter Adolph Bernhard **Pohlsenz** zu Königin Marienhütte bei Jvicau das Eisenbergwerk Emilie bei Köbnitz im Kreise Delitzsch, Bergrevier Delitzsch Halle, mit einer Fundgrube und Zwölfhundert Raassen gevierten Feldes verliehen worden.

Halle, den 16. September 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

(783) Verleihung des Eisenbergwerks Auguste bei Döbern.

Durch Urkunde von heute ist dem Hüttenverwalter Adolph Bernhard **Pohlsenz** zu Königin Marienhütte bei Jvicau das Eisenbergwerk Auguste bei Döbern im Kreise Delitzsch, Bergrevier Delitzsch Halle, mit einer Fundgrube und Zwölfhundert Raassen gevierten Feldes verliehen worden.

Halle, den 16. September 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

(784) Die Lieferung von Wäsche für die Garnison-Kasernen im Bezirke des 4. Armeekorps.

Die Lieferung nachbenannter Wäschestücke 2c. für die Garnisonkasernen unseers Corps-Bereichs, als:

27 feine Bettdecken-Überszüge,
32 „ Kopfpolster-Überszüge,
38 „ Bettlatten,
22 „ Handtücher,
800 blaue ordinäre Bettdecken-Überszüge,
2000 „ Kopfpolster-Überszüge,
39 weiße „ Bettdecken-Überszüge,
100 „ Kopfpolster-Überszüge,

3160 ordinäre Bettlatten,
3385 „ Handtücher,
600 wollene Decken,
1000 Leibschürzen,
500 Kopfpolsterstücke,
4 Badebettlatten,
6 Badehemden,

soll dem Mindestfordernden übertragen werden.

Die Lieferungs-Bedingungen und Proben können in den Geschäftslokalen der königlichen Garnisonverwaltung und des königlichen Garnisonlazareths hieselbst eingesehen werden. Versiegelte Offerten für

Sämmtliche oder einzelne der erwähnten Gegenstände, welche mit der Aufschrift: „Wäschelieferungs-Submission“ zu versehen sind, werden bis zum 20. d. M. in unserem Büreau local angenommen und dieselbst an diesem Tage Vormittags 10 Uhr in Gegenwart etwa anwesender Submittenten oder deren legitimirter Stellvertreter eröffnet werden.

In den vorbereiteten Offerten bleibt von den betreffenden Submittenten auch noch genau in Zahlen anzugeben, wie viel Wäschelüde sie zu den offerirten Preisen noch außer dem vorstehend angegebenen Bedarf für den diesseitigen Corps-Bereich für andere Armee-Corps an die hiesigen Wäschdepots einzuliefern bereit sind, wobei bemerkt wird, daß die Kosten des Transports der für andere Armee-Corps gelieferten Wäschelüde von den Einlieferungsstellen nach den Verwendungsorten nicht von dem Lieferanten zu tragen sind. Magdeburg, den 1. October 1862. Königl.che Intendantur 4. Armee-Corps.

(788) Bestimmungen über Verwendung von Stempelmarken.

Bestimmungen

Über Verwendung von Stempelmarken zu stempelpflichtigen Schriftstücken, welche nicht unter öffentlicher Autorität abgefaßt werden.

In Gemäßheit des Gesetzes vom 2. September 1862 (Ges. Samml. S. 295.) wird wegen Verwendung von Stempelmarken Folgendes angeordnet:

§. 1. Vom 1. November d. J. ab werden Stempelmarken in Werthsbeträgen von 5 Sgr., 10 Sgr., 15 Sgr., 20 Sgr., 25 Sgr., 1 Thlr. mit dem Vermerk: „Stempelmarke“ und der Angabe des Steuerbetrages, für welchen sie gelten, versehen, zur Verwendung für die im §. 2. Nr. 1. bis 7. bezeichneten Schriftstücke bestimmt, bei allen Steuerstellen, mit Einschluß der Stempelvertheiler, zum Verkauf gestellt, welche bisher Stempelpapier u. s. w. (siehe §. 36. des Stempelgesetzes vom 7. März 1822) verkauft haben, oder künftig verkaufen werden.

§. 2. Die Verwendung von Stempelmarken ist gestattet:

- 1) zu ausländischen, dem Preussischen Wechselstempel unterliegenden Wechseln, Handelspapieren und Anweisungen (§. 20. des Stempelgesetzes, ers. Nr. 1. ff. der Allerhöchsten Cabinets-Ordre vom 3. Januar 1830, Ges. Samml. S. 9., §. 1. des Gesetzes vom 26. Mai, 1852, Ges. Samml. S. 299.);
- 2) zu stempelpflichtigen Gesuchen, Eingaben, Bittschriften und Beschwerverbeschriften (siehe die Tarifpositionen des Stempelgesetzes bei den genannten Worten);
- 3) zu stempelpflichtigen Quittungen, welche zum Rechnungsablage bei Ablegung der Rechnung vor einer öffentlichen Behörde dienen (Tarifposition „Quittungen“ Absatz 1.);
- 4) zu Gutachten von Sachverständigen, sowie zu Inventarien;
- 5) zu Mästerattesten (und Schlußzetteln der Mäster);
- 6) zu Vollmachten,

(zu 4., 5. und 6. vergleiche die Tarifpositionen bei diesen Worten);

7) zu Geburts- oder Tauffcheinen, Trauscheinen und Todenscheinen (siehe die Tarifpositionen bei diesen Worten und die Tarifposition „Atteste“ Absatz drei), welche ursprünglich in einer stempelfreien Angelegenheit stempelfrei ausgestellt, demnachst zu einem die Stempelverwendung bedingenden Zwecke gebraucht werden.

§. 3. a) Nur der erste inländische Inhaber eines ausländischen, in Preussen stempelpflichtigen Wechsels, Handelspapiers oder einer Anweisung (§. 2. Nr. 1.) ist befugt, seiner Verpflichtung, die Steuer zu entrichten, durch Verwendung von Marken in dem der Steuer entsprechenden Werthbetrage zu genügen. Es darf dies aber nicht später geschehen, als im §. 20. des Stempelgesetzes Absatz 1. angeordnet ist.

b) Die Verwendung von Stempelmarken zu den §. 2. Nr. 2. bis 7. aufgeführten Schriftstücken muß binnen derselben Frist erfolgen, innerhalb welcher nach den bestehenden Vorschriften die Verwendung von Stempelpapier zu bewirken sein würde.

§. 4. In Bezug auf die Art der Verwendung von Stempelmarken ist Folgendes zu beachten:

I. für ausländische Wechsel, Handelspapiere und Anweisungen.

Sollten im Auslande ausgestellte, der inländischen Stempelsteuer unterliegende Wechsel, Handelspapiere und Anweisungen nicht zur Stempelung vorgelegt, sondern mit Stempelmarken versehen werden (§. 3. a.), so müssen die dem erforderlichen Steuerbetrage entsprechenden Marken (ers. §. 5.) auf der Rückseite der genannten Urkunden und zwar, wenn sie noch unbeschrieben ist, am obersten Rande derselben, wenn sich aber auf der Rückseite bereits Vermerke (Indossamente, Blanco-Indossamente oder ähnliches) befinden, unmittel-

bar unter dem letzten Vermerke dergestalt aufgeklebt werden, daß oberhalb der Marke kein zur Niederschreibung eines Vermerkes (Indossaments, Blanco-Indossaments u. s. w.) hinreichender Raum übrig bleibt. Der inländische Inhaber, welcher die Stempelmarken aufklebt, hat in jeder aufgeklebten Marke den Anfangsbuchstaben seines Wohnortes, das Datum, an welchem die Marke aufgeklebt wird, in Zahlen, und seinen Namen, beziehungsweise seine Firma, ersieren jedoch nur mit dem ersten, oder einigen der ersten Buchstaben, letztere nur mit dem Anfangsbuchstaben des oder der etwa dazu gehörigen Vornamen und mit dem ersten oder einigen der ersten Buchstaben des Hauptnamens zu vermerken.

§. 8. B. R. 7/8. 62. statt: Berlin, den 7. August 1862.

C. F. H. (Firma) C. F. Haase.

C. H. statt (Firma) C. Haase.

H. statt (Name oder Firma) Haase.

Wo die Firma von dem Gegenstande der Unternehmung vergenommen ist, oder aus mehreren Namen, oder Worten, besteht, ist der erste Buchstabe jedes solche Firma bildenden Wortes, auf der Marke niederzuschreiben, §. 8. statt: „Berliner Kassen-Verein“ B. R. R., statt: „Direction der Disconto-Gesellschaft“ D. d. D. G., statt: „C. F. Haase Söhne“ oder „C. F. Haase & Comp.“ C. F. H. S. oder C. F. H. u. C. — Der Vermerk muß in allen Fällen mittelst deutlicher Schriftzeichen (Buchstaben und Ziffern) und ohne jede Rasur, Durchstreichung oder Ueberschrift geschrieben sein.

II. In allen übrigen §. 2. Nr. 2. bis 7. genannten Schriftstücken sind die entsprechenden Marken, und zwar aus dem oberen unbeschriebenen Theile der ersten Seite des Bogens links, aufzukleben.

Die Anbrauchbarmachung der Marken erfolgt in der unter I. vorgeschriebenen Weise mit der Maßgabe, daß der zur Kassation der Marke Verpflichtete statt der Anfangsbuchstaben des Namens oder der Firma seinen vollen Namen oder die volle Firma deutlich auf dieselbe zu schreiben hat. Sollte die Größe der Marke für diese Vermerke nicht ausreichen, so genügt es, wenn nur ein Theil derselben auf die Marke, das Uebrige aber auf das die aufgeklebte Marke umgebende Papier gelegt wird.

§. 8. Die Verwendung von Stempelmarken zu Wechseln, Handelspapieren, Anweisungen und Quittungen (§. 2. Nr. 1. und 3.) ist nur dann zulässig, wenn der zu entrichtende Stempelbetrag den Betrag von Drei Thalern nicht übersteigt. Mehr als drei Marken dürfen zur Darstellung des erforderlichen Stempels auf einem Schriftstücke nicht verwendet werden.

Berlin, den 30. September 1862.

Der Finanz-Minister.
von der Heydt.

B.

Bestimmungen

über Verwendung von Stempelmarken zu Stempelpflichtigen, unter öffentlicher
Autorität ausgefertigten Schriftstücken.

In Gemäßheit des Gesetzes vom 2. September d. J., Ges. Samml. S. 295., wird wegen Verwendung von Stempelmarken Folgendes angeordnet:

§. 1. Öffentliche Behörden, soweit dieselben zur Verwendung von Stempelpapier verpflichtet sind, und Beamte, einschließlich der Notare und Geistlichen, können statt des Stempelpapiers die in Werthbeträgen von 5 Egr., 10 Egr., 15 Egr., 20 Egr., 25 Egr., 1 Thlr. verkäuflichen Stempelmarken zu allen unter ihrer amtlichen Autorität ausgefertigten Urkunden verwenden, welche einem Stempel von nicht mehr als Zwei Thalern unterliegen.

Für Erfüllung dieses Steuerbetrages dürfen nicht mehr Marken verwendet werden, als durchaus erforderlich sind; bei Stempelbeträgen bis zu 1 Thlr. ist mitbin nur eine, bei Stempelbeträgen von über 1 Thlr. bis zu 2 Thlr. sind nicht mehr als zwei Marken zu verwenden.

§. 2 Die Verwendung von Marken statt des Stempelpapiers ist nur unter den nachfolgenden Bedingungen zulässig:

Die Marken sind auf der ersten Seite des ersten Bogens der Urkunde oben links aufzukleben. Die Kassation der Marken erfolgt bei Behörden durch Vermerk der Journalnummer und des Datums — in Zahlen —, an welchem die Marke aufgeklebt wird, möglichst auf dem unteren Theile jeder verwendeten

Marke, sowie durch Vermerk des Orts, an welchem die Verwendung erfolgt, §. 8. {
Rr. 1756
7/8. 62. Rotare und
Berlin

solche Beamten, welche kein Correspondenz-Journal führen, haben außer dem Datum, an welchem die Marke aufgelegt wird, in Zahlen, und dem Orte, an welchem die Verwendung erfolgt und zwar darunter, ihren ausgehriebenen Namen auf dem unteren Theile der Marke und soweit die Größe der Marke dazu nicht ausreicht, unter Mitbenutzung des die aufgelegte Marke umgebenden Papiers zu vermerken.

Auch in den Fällen, wo Behörden und Beamte nach den bisherigen Bestimmungen verpflichtet sind, Stempelbogen zu ihren Acten zu kasfieren, können, statt derselben, Marken bis zum Werthsbetrage von Zwei Thalern verwendet werden, welche auf der stempelpflichtigen Verhandlung, wie oben vorgeschrieben, besiegelt und kasfirt werden müssen.

Die Kassationsvermerke müssen in allen Fällen in deutlichen Schriftzeichen (Buchstaben und Ziffern) ohne jede Ratur, Durchstreichung oder Ueberschrift geschrieben sein.

§. 3. Abgegeben von dem im §. 2. vorgeschriebenen Kassationsvermerken haben Behörden und Beamte, mit Einschluss der Notare, die aufgelegten Marken mit einem farbigen Abdruck ihres amtlichen Siegels versehen, dass der Abdruck zum Theil auf der oberen, mit den Kassationsvermerken nicht versehenen Hälfte der Marke — ohne die Schriftzeichen (§. 2.) zu bedecken — zum Theil auf dem die Marke umgebenden Papiere zu sieben kommt. Beamte, welche kein amtliches Siegel führen, haben statt eines Siegelabdrucks ihre volle amtliche Firma auf den oberen Theil der Marke unter Mitbenutzung des die Marke umgebenden Papiers zu setzen.

Berlin, den 30. September 1862.

Der Finanz-Minister.
von der Heydt.

Die unter A. und B. vorstehenden ministeriellen Bestimmungen über die Verwendung von Stempelmarken vom 30. September c. werden mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniss gebracht, dass die Stempelmarken vom 1. November d. J. ab bei allen Stempelverkaufsstellen zu haben sein werden.

Magdeburg, den 4. October 1862.

Der Geheime Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuerdirector. v. Jordan.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(1786) Die fernere Leitung der Grundsteuer-Regulirung im Kreise Zeitz betr.

Nachdem der Regierungsrath v. Breitenbach zu Merseburg sich wegen seiner anderweitigen Dienstgeschäfte zur Niederlegung der ihm übertragenen gewesenen Stellung als Veranlagungs-Commissar für den Kreis Zeitz veranlasst gesehen hat, ist dem Gerichts-Assessor Schmeißer zu Weiskensfeld die fernere Leitung der Grundsteuer-Regulirung im Kreise Zeitz übertragen worden.

Merseburg, den 4. October 1862.

Der stellvertretende Bezirks-Commissar, Regierungsrath v. Fischel.

(1787) Ausgeloste Obligationen der Gasbeleuchtungs-Anleihe der Stadt Halle pro termo 1. April 1863.

Bei der heute auf Grund des festgestellten Tilgungsplanes bewirkten Ausloosung sind die nachstehenden, zur Gasbeleuchtungs-Anleihe der Stadt Halle gebhörigen Stadt-Obligationen à 100 Thlr. Nr. 2. 24 43. 64. 83. 89. 98. 103. 120. 127. 132. 148. 193. 224. 234. 250. 311. 321. 334. 339. 377. 393. 421. 443. 450. 452. 466. 487. 491. 514. 549. 556. 564. 574. 594. 616. 630. 696. 697. 699. 733. 747. 749. 769. 796. 806. 849. 852. 867. 894. 910. 915. 921. 925. 928. 932. 984. 986. 994. 1012. 1111. 1116. 1118. 1122. 1143. 1153. 1223. 1275. 1296. 1305. 1320. 1375. 1288. 1399. 1456. 1458. 1484. 1500. 1519. 1597. 1606. 1683. 1744. 1754. 1758. 1762. 1769. 1821. 1840. 1862. 1867. 1895. 1914. 1944. 1946. 1957. 1987. 1972. 1984. 1987.

gegeben. — Wir fordern die Inhaber derselben hiermit auf, dieselben am 1. April 1863, mit welchem Tage ihre Verzinsung aufhört, bei der Kasse der Gasanstalt hieselbst zur Einlösung zu präsentieren.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, dass die bereits früher ausgelosten Obligationen:

Nr. 388., deren Verzinsung vom 1. October 1860,

Nr. 765., deren Verzinsung vom 1. April 1861,

Nr. 254. 265. 727. 924. 1025. 1522. 1767. 1900., deren Verzinsung vom 1. April d. J. an aufgehört hat, von deren derzeitigen, uns unbekannten Inhabern an noch einzulösen sind.

Der Betrag solcher Coupons wird am Capital gekürzt werden.

Halle, den 25. September 1862.

Das Curatorium der Gasanstalt.

Hypothekensachen.

(788) Die in unserer Bekanntmachung vom 15. März d. J. (Amtsblatt Seite 170.) bezeichnete Hypothekentabelle ist in das Hypothekenbuch übertragen und daher der Erwerb neuer Hypothekenrechte lediglich nach den Vorschriften des Landrechts, der Hypotheken- und Gerichts-Ordnung zu beurtheilen.
 Osnersfeld, den 30. August 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission.

(789) Die im 28. Stück des Amtsblatts der Königl. Regierung zu Merseburg vom Jahre 1862 unter der laufenden Nummer 554. bekannt gemachte Hypothekentabelle über die dem Maler Hugo Meyer zugehörige, unterhalb des oberen Gradirwerks zu Kösen neben der Föhrerwohnung daselbst belegene Baustelle mit dem darauf befindlichen früheren Gradirmeisterwohngebäude nebst Gradirwachhäuschen sammt Hof, Garten und Wirthschaftsgebäuden, ist in das Hypothekenbuch übertragen worden und wird nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem gedachten Grundstück lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.
 Raumburg, den 16. September 1862. Königl. Kreisgericht, II. Abtheilung.

(790) Die in unserer Bekanntmachung vom 30. Mai d. J. (Amtsblatt pro 1862 Seite 187.) beschriebene Hypothekentabelle über ein Stückchen Hopsland, ohngefähr 1/2 Acker enthaltend, an Köhls Wege in Flur Nismig, dem Einwohner Friedrich Ernst Trübner gebörig, ist in das Hypothekenbuch übertragen und ist der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesem Grundstück nunmehr lediglich nach den allgemein geltenden Landesgesetzen zu beurtheilen.
 Freyburg, den 22. September 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission.

(791) Die Hypothekentabelle über das der Gemeinde Delitz a. B., jetzt dem Johann Friedrich Gottlob Richtenfeld gebörige Haus mit Stall, Hof, Garten und Zubehör, früher das Hirtenhaus zu Delitz a. B., ist aufgestellt und kann innerhalb zwei Monaten, vom achten Tage nach Einrückung dieser Bekanntmachung an gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist dagegen angebrachte Erinnerungen können nicht berücksichtigt werden.
 Lauchstädt, den 26. September 1862. Königl. Kreisgerichts-Commission.

Personal-Chronik.

(792) Die unter Königlichem Patronate stehende Diaconatsstelle an St. Benedicti in Queblinburg, mit welcher ein Einkommen von 733 Thlr. verbunden ist, ist durch die Versetzung ihres Inhabers vacant geworden.

(793) Der Pfarrer **Sasemann** in Sinna in der Diöces Torgau wird am 1. October d. J. in den Ruhestand treten. Mit der dadurch vacant werdenden, unter Königl. Patronat stehenden Pfarrstelle ist nach Abzug des Emeritengehalts ein Einkommen von ungefähr 1000 Thlr. verbunden. Die Parochie hat 2 Kirchen und 2 Schulen.

(794) Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruht, den Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirten, Kammerherrn Hans Christoph Hildebrand Mopsius Freiherrn v. **Gardenberg** auf Oberwiederstadt zum Landrathe des Mansfelder Gebirgskreises zu ernennen. Die Uebergabe dieses Amtes an denselben hat bereits stattgefunden.

(795) Die Schul- und Küsterstelle in Kleinkaina, Exhorie Weissenfels, Königl. Patronats, ist durch den Tod ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(796) Die erste Lehrer- und Küsterstelle in **Bischau**, Exhorie Torgau, Königl. Patronats, kommt zum 1. April l. J. durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers zur Erledigung.

(797) Der Kreisgerichtsrath **Kersten** in Hettstedt ist gestorben.
 Der Referendar **Franke** ist zum Gerichts-Assessor ernannt.
 Der Referendar **Feld** ist an das Kammergericht zu Berlin versetzt, der Ansculator **Veis** auf seinen Antrag aus dem Justizdienste entlassen und der Rechtscandidate **Meuter** zum Ansculator angenommen.
 Der Staatsanwalt **Starke** in Eilenburg ist an das Kreisgericht zu **Küstrin** und der Staatsanwalt **Dalcke** in **Remel** an das Kreisgericht zu **Eilenburg** versetzt.

Der Rechtsanwalt und Notar, Geh. Justizrath **Salzmann** in Sömmerda ist auf seinen Antrag entlassen und ihm zugleich der rothe Adlerorden 4. Klasse Allerhöchst verliehen.

Die Kreisgerichts-Secretaire **Brandis** in Torgau und **Häner** in Wittenberg sind gestorben.

Definitiv angestellt sind: die Hülfsboten **Süptis** zu Eilenburg bei dem Kreisgericht in Zeitz, **Elze** zu Artern bei dem Kreisgericht in Querfurt mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Nebra und **Werseburger** zu Freyburg bei dem Kreisgericht in Raumburg mit der Function bei der Gerichts-Commission zu Freyburg.

Hierzu eine Beilage, die Concession und Statuten der Sächsischen Hypotheken-Versicherungs-Gesellschaft betr.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Junk in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 42.

Ausgegeben zu Merseburg am 18. October 1862.

- (798) Das 35. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 9. October 1862, enthält unter:
- Nr. 5600. Allerhöchster Erlass vom 9. August 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte an den Kreis Ludau, des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. O., für den Bau und die Unterhaltung der innerhalb des genannten Kreises belegenen Straße der Kreis-Chaussée von Ludau nach Jüterbog, im Kreise Jüterbog-Ludowigsdorfe des Regierungsbezirks Potsdam.
- Nr. 5601. Privilegium wegen Ausfertigung einer zweiten Serie auf den Inhaber lauter Kreis-Obligationen des Jülich-Aachen-Schweidnitzer Kreises im Betrage von 15,000 Thalern. Vom 29. August 1862.
- Nr. 5602. Allerhöchster Erlass vom 1. September 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-Chaussée von Werben an der Ruhr bis zur Krummweg-Werderschen Staatsstraße bei Kettwig vor der Brücke, im Regierungsbezirk Düsseldorf.
- Nr. 5603. Allerhöchster Erlass vom 15. September 1862, betreffend die Ertheilung des Rechts zur Expropriation der Behufs Herstellung einer neuen Einföhrung der Danabrid-Löhner Eisenbahn in die Bahnhofsbefestigung zu Minden planmäßig erforderlichen Grundstücke.
- Nr. 5604. Privilegium wegen Emission von Prioritäts-Obligationen der Köln-Mindener Eisenbahngesellschaft zum Gesamtbetrage von 4,500,000 Thalern. Vom 17. September 1862.
- Das 36. Stück, ausgegeben am 11. October 1862:
- Nr. 5605. Gesetz, betreffend die Stempelsteuer von ausländischen Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigebültern. Vom 26. September 1862.
- Nr. 5606. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Verordnung vom 14. October 1844 wegen periodischer Revision des Grundsteuer-Katasters der beiden westlichen Provinzen Rheinland und Westphalen. Vom 26. September 1862.
- Nr. 5607. Allerhöchster Erlass vom 23. August 1862, betreffend die Aufhebung der in dem Reglement für das platte Land des Herzogthums Schleien und der Grafschaft Glatz vom 19. Mai 1765 und in der Dorfpolizei-Ordnung für die gedachten Landesheile vom 1. Mai 1804 enthaltenen baupolizeilichen Bestimmungen, sowie deren Regelung durch eine allgemeine Verordnung.
- Nr. 5608. Allerhöchster Erlass vom 27. September 1862, betreffend die Auflösung des Königlichen Eisenbahn-Commissariats zu Breslau und den Uebergang der Geschäfte desselben an das Königliche Eisenbahn-Commissariat zu Berlin.
- Nr. 5609. Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung vom 4. Juni 1862, betreffend die mit der Herzoglich Anhalt-Desau-Cöthenschen Regierung vereinbarte Modification der wegen Verleendung der Eisenbahn-Abgabe in den Staatsverträgen über die Berlin-Anhaltische und die Magdeburg-Cöthen-Halle-Leipziger Eisenbahn vom 26. April 1839 enthaltenen Bestimmungen. Vom 30. September 1862.
- Nr. 5610. Bekanntmachung der Ministerial-Erklärung vom 4. Juni 1862, betreffend die mit der Herzoglich Anhalt-Bernburgischen Regierung vereinbarte Modification der wegen Verleendung der Eisenbahn-Abgabe in den Staatsverträge über die Berlin-Anhaltische Eisenbahn vom 11. Juli 1839 enthaltenen Bestimmungen. Vom 30. September 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(799) Die Ausrückung der Zinscoupons Serie XIV. und Talons zu Preussischen Staatschuldscheinen betr. Die den Zeitraum vom 1. Januar 1863 bis 31. December 1866 umfassenden Zinscoupons Serie XIV. nebst Talons zu den Preussischen Staatschuldscheinen werden von der Controlle der Staatspapiere hiersebst, Oranienstraße Nr. 92., vom 4. August d. J. ab, von 9 bis 1 Uhr Vormittags, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage und der drei letzten Tage jedes Monats, ausgereicht werden.

Wer sich zu diesem Behufe unmittelbar an die Controlle der Staatspapiere wenden will, hat derselben die Staatsschuldscheine mit einem doppelten Verzeichnisse, worin sie nach Altern, Nummern und Beträgen aufzuführen sind, zu übergeben. Das eine dieser Verzeichnisse wird, mit einer Empfangsbestätigung versehen, dem Einreicher sofort wieder eingehändigt. Dasselbe ist gegen Empfangnahme der betreffenden Schulddocumente nebst neuen Coupons und Talons der Controlle zurückzugeben.

In Schriftwechsel hierüber kann sich so wenig die Controlle, wie die unterzeichnete Haupt-Verwaltung der Staatsschulden einlassen, und es werden alle betreffende Schreiben unerledigt zurückgeschickt, beziehungsweise unbeantwortet gelassen werden.

Andere Betheiligte haben ihre Staatsschuldscheine mit einem doppelten, nach Altern, Nummern und Beträgen geordneten, aufgerechneten und unterschriebenen Verzeichnisse an die nächste Regierungs-Hauptkasse einzulenden oder abzugeben, von welcher sie sofort das eine Verzeichniß, mit einer Empfangsbestätigung versehen, und später gegen Rückgabe der Empfangsbestätigung, die Documente nebst den Coupons und Talons zurückempfangen werden.

Formulare zu den Verzeichnissen sind in Berlin bei der Controlle der Staatspapiere, in Hamburg beim Preussischen Ober-Postamte, ferner bei den Regierungs-Hauptkassen und den von den Königlichen Regierungen in den Amtsblättern zu bezeichnenden Kassen unentgeltlich zu haben.

Die Beförderung der Staatsschuldscheine durch die Post erfolgt bis zum 1. August l. J. portofrei, wenn auf dem Couvertre bemerkt ist:

„Staatsschuldscheine zur Verfügung neuer Zinscoupons.“

Später tritt die Portopflichtigkeit ein, und es werden dann auch die Documente mit den Coupons und Talons den Einkindern auf ihre Kosten zurückgeschickt werden. Für solche Sendungen, die von Orten eingehen oder nach Orten bestimmt sind, welche außerhalb des Preussischen Postbezirks, aber innerhalb des deutschen Postvereinsgebiets liegen, kann eine Befreiung vom Porto nach Maßgabe der Vereins-Bestimmungen nicht stattfinden.

Die am 2. Januar 1863 fälligen Coupons Serie XIII. Nr. 8. der Staatsschuldscheine sind bei Abgabe der Letzteren zur Verfügung neuer Coupons und Talons von den Besitzern zurückzubehalten.

Berlin, den 10. Juli 1862.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Vorliegende Bekanntmachung bringen wir mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Besitzer von Staatsschuldscheinen diese Papiere mit einer, sorgfältig nach dem nachstehenden Muster doppelt angefertigten Nachweisung, wozu ganze Bogen verwendet werden müssen, an die hiesige Regierungs-Hauptkasse und zwar, wenn die Sendung durch die Post erfolgt, unter der portofreien Aufschrift:

„Staatsschuldscheine zur Verfügung neuer Zinscoupons“

einguschieben haben, worauf ihnen eine Empfangsbestätigung der gedachten Hauptkasse zugehen wird.

Deutliche eigenhändige Namensunterschrift mit Bezeichnung des Standes oder Gewerbes, genaue Angabe des Wohnorts, bei den Einkindern aus den Städten auch der Nr. der Wohnung und bei Landbewohnern der nächsten Poststation, sowie überhaupt die richtige Ausfüllung der erwähnten Nachweisung empfehlen wir dringend. In derselben sind die eingureichenden Staatsschuldscheine zunächst nach den Beträgen, die vom höchsten Betrage zuerst, demnächst jede Gattung in sich nach der Nummerfolge in der Art zu ordnen, wie dies in dem nachstehenden Muster angedeutet ist.

Gedruckte Formulare zu den Nachweisungen können zwar bei sämtlichen Kreisämtern, sowie bei den Magistraten zu Weissenfels, Eilenburg, Bitterfeld, Herzberg, Querfurt, Cölleda und Wiehe in Empfang genommen werden, doch genügen auch geschriebene, wenn solche genau nach der hier gegebenen Anleitung aufgestellt werden.

Die Einreichung der Staatsschuldscheine, vom 4. August d. J. an, ist möglichst zu beschleunigen. Wir behalten uns vor, späterhin einen Termin bekannt zu machen, nach dessen Ablauf die Inhaber sich wegen Ausreichung der neuen Zinscoupons unmittelbar an die königliche Controlle der Staatspapiere in Berlin wenden müssen. Die zu den einzusendenden Staatsschuldscheinen gehörenden, noch nicht realisirten Zinscoupons sind zurückzubehalten, außer Cours gesetzte verbleiben in diesem Zustande.

Die Rücksendung der Papiere nebst neuen Coupons und Talons erfolgt sofort nach dem Eingange von Berlin unter Verfügung des eingereichten Duplicatverzeichnisses an die Einreicher, welche nach deren Empfang ohne allen Bezug die von der Hauptkasse erhaltene Empfangsbestätigung, nachdem sie die darunter vorgedruckte Rückempfangsbestätigung gehörig ausgefüllt und vollzogen, derselben unter der portofreien Aufschrift:

„wegen Verfügung neuer Zinscoupons zu Staatsschuldscheinen“

bei Vermeidung portopflichtiger Erinnerung einzureichen haben.

Sollte der Einsender nach Ablauf von 3 Monaten noch nicht in den Besitz der Staatsschuldsscheine wieder gelangt sein, so hat er uns solches anzuzeigen, widrigenfalls er sich die etwaigen Weitläufigkeiten, welche ihm aus der Versäumnis dieser Anzeige für die Folge entstehen könnten, selbst beizumessen haben würde.
 Merseburg, den 17. Juli 1862.

Königliche Regierung.

Formular zur Nachweisung

von Stück Staatsschuldsscheinen zur Beifügung der Zinscoupons Serie XIV. und Talons,
 Name, Stand und Wohnort des Einreichers.

| Laufende Nr. | Der Staatsschuldsscheine | | | | Laufende Nr. | Der Staatsschuldsscheine | | | |
|--------------|--------------------------|------|---------|------------------------|--------------|--------------------------|------|-----------|------------------------|
| | Nr. | Lit. | Betrag. | Summe für jede Klasse. | | Nr. | Lit. | Betrag. | Summe für jede Klasse. |
| 1 | 705 | A. | 1,000 | | | | | Uebertrag | 5,300 |
| 2 | 10,926 | A. | 1,000 | | 10 | 795 | F. | 100 | |
| 3 | 15,713 | A. | 1,000 | 3,000 | 11 | 837 | F. | 100 | 200 |
| 4 | 54 | B. | 500 | | 12 | 84 | IL | 25 | 25 |
| 5 | 197 | B. | 500 | 1,000 | | | | zusammen | 5,525 |
| 6 | 296 | C. | 400 | 400 | | | | | |
| 7 | 4,292 | D. | 300 | | | | | | |
| 8 | 4,693 | D. | 300 | | | | | | |
| 9 | 4,696 | D. | 300 | 900 | | | | | |
| | | | Seite | 5,300 | | | | | |

. den . . . ten 1862.

(Unterschrift.)

(800) Concessirkung der Allgemeinen Rentenanstalt zu Stuttgart.

Die in der Beilage dieses Amtsblattsblatts abgedruckte Concession der Allgemeinen Rentenanstalt zu Stuttgart zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten und die Statuten dieser Anstalt werden hierdurch zur öffentlichen Kenntniss gebracht.

Merseburg, den 3. October 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(801) Den Verkauf zweier 4 sigen Personenpostwagen und mehrerer Unterstellte zu 6 sigen dergl. betr.

Sonnabend den **23. October c., Vormittags 11 Uhr**, sollen auf dem hiesigen Posthofe zwei ausrangirte vierstige Personenpostwagen nebst mehreren Unterstellten zu 6 sigen Personenpostwagen unter den, im Verkaufstermine näher bekannt zu machenden Bedingungen öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden, wozu Kauflustige eingeladen werden.

Halle, den 11. October 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(802) Die Auswahl zweier Curatoren und zweier Stellvertreter der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungskasse betr.

Die geehrten Interessenten der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungskasse werden hierdurch ergebenst benachrichtigt, daß zum Ersatze der reglementsmäßig auscheidenden Mitglieder unsers Curatoriums und deren Stellvertreter zum 1. Januar 1863, nach Vorschrift des §. 23. lit. d. bis g. unsers Reglements vom 3. September 1836, Neuwahlen zweier Curatoren und zweier Stellvertreter zu vollziehen sind. Zu diesem Behufe werden wir die erforderlichen Wahlzettel den geehrten Interessenten bei Ausreichung der Beiträge-Quittungen in dem mit dem 1. December d. J. beginnenden Zahlungsstermine zugehen lassen.

Berlin, den 9. September 1862.

Direction der Berliner allgemeinen Wittwen-Pensions- und Unterstützungskasse.

(803) Ausgelooste Obligationen der Gasbeleuchtungs-Anleihe der Stadt Halle pro 1862. 1. April 1863.

Bei der heute auf Grund des festgestellten Tilgungsplanes bewirkten Auslosung sind die nachstehenden, zur Gasbeleuchtungs-Anleihe der Stadt Halle gehörigen Stadt-Obligationen à 100 Thlr.

Nr. 2. 24. 43. 64. 83. 89. 98. 103. 120. 127. 132. 148. 193. 224. 234. 250. 311. 321. 334. 339.

377. 393. 421. 443. 450. 452. 486. 487. 491. 514. 540. 556. 564. 574. 594. 616. 630. 696.
697. 699. 733. 747. 749. 769. 796. 805. 849. 862. 867. 894. 910. 915. 921. 926. 928. 932.
984. 986. 994. 1012. 1111. 1116. 1118. 1122. 1143. 1153. 1223. 1275. 1296. 1305. 1320.
1375. 1388. 1399. 1456. 1458. 1484. 1500. 1519. 1597. 1603. 1683. 1744. 1754. 1759. 1762.
1769. 1821. 1840. 1862. 1867. 1895. 1914. 1944. 1946. 1957. 1967. 1972. 1984. 1987.

gegeben. — Wir fordern die Inhaber derselben hiermit auf, dieselben am 1. April 1863, mit welchem Tage ihre Verzinsung aufhört, bei der Kasse der Gasanstalt hieselbst zur Einlösung zu präsentiren.

Zugleich machen wir darauf aufmerksam, daß die bereits früher ausgetauschten Obligationen:

Nr. 388, deren Verzinsung vom 1. October 1860,

Nr. 765, deren Verzinsung vom 1. April 1861,

Nr. 254. 265. 727. 924. 1025. 1522. 1767. 1900, deren Verzinsung vom 1. April d. J. an aufgehört hat, von deren derselbigen, und unbekannten Inhabern an noch einzulösen sind.

Der Betrag fehlender Coupons wird am Capital gefügt werden.

Galle, den 25. September 1862.

Das Curatorium der Gasanstalt.

Personal-Chronik.

(804) Des Königs Majestät haben Allergnädigt geruhet, dem Pfarrer **Althaus** in Creuma zu seinem 50 jährigen Amtsjubiläum den rothen Adlerorden 4. Klasse zu verleihen.

(805) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Wolsburg mit Gehltingen in der Diöces Wolsburg ist der bisherige Diaconus an St. Servatii in Queblinburg, Carl August **Vorhauer**, berufen und bestätigt worden.

(806) Die erledigte evangelische Diaconatsstelle an St. Trinitatis in Zeitz ist mit der Stelle des Anstaltsgeistlichen an der dortigen Corrections- u. Anstalt in der Diöces Zeitz dem bisherigen Pfarrer in Zaatz, Friedrich Ferdinand **Heinrich**, verliehen worden.

(807) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Lindenhain mit Scholtz in der Diöces Eilenburg ist der bisherige Predigtamts-Candidat Oskar Eduard Alfred **Kamparth** berufen und bestätigt worden.

(808) Der bisherige Predigtamts-Candidat und Seminarlehrer Theodor Friedrich Albert **Erschauer** ist zum Pfarr-Vicar in Friedrichsbrunnen, Diöces Queblinburg, ernannt worden.

(809) Der Forstmeister **Lichtenfels** ist von Torgau nach Merseburg versetzt.

(810) Der Regierungs-Assessor **Jentsch** ist bei dem Regierungs-Collegio zu Merseburg eingetreten.

(811) An Stelle des verstorbenen Rathmanns **Zippich** in Eisleben ist der Kammereikassen-Controllleur **Strohmeyer** daselbst zum Rentanten des Eichungsamtes in Eisleben erwählt und bestätigt worden.

(812) Die Schul- und Küsterstelle in Limehna, Ephorie Eilenburg, Königl. Patronats, ist durch das Abgehen ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(813) Die fünfte Lehrersstelle an der Stadtschule zu Gerbstädt, Königl. Patronats, kommt durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers zur Erledigung.

Hierzu eine Beilage, die Concession und Statuten der Allgemeinen Rentenanstalt zu Stuttgart betr.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Zurl in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für Beilagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Beilage zum Amtsblatt der Königlichen Regierung in Merseburg.

Der unter der Firma:

„Allgemeine Renten-Anstalt“

in Stuttgart domicilirten, auf Gegenseitigkeit gegründeten Gesellschaft wird die Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten, auf Grund der durch das Königlich Württembergische Ministerium des Innern unterm 12. November 1861 bestätigten Statuten hiermit unter nachfolgenden Bedingungen erteilt:

- 1) Jede Veränderung der bei der Zulassung gültigen Statuten muß bei Verlust der Concession angezeigt und, ehe nach derselben verfahren werden darf, von dem Königlich Preussischen Ministerium des Innern genehmigt werden.
- 2) Die Veröffentlichung der Concession, der Statuten und der etwaigen Änderungen derselben erfolgt in den Amtsblättern derjenigen Königlichen Regierungen, in deren Bezirken die Anstalt Geschäfte zu betreiben beabsichtigt, auf Kosten der Gesellschaft.
- 3) Die Anstalt hat wenigstens an einem bestimmten Orte in Preußen eine Haupt-Niederlassung mit einem Geschäfts-Local und einem dort domicilirten Generalbevollmächtigten zu begründen.

Derselbe ist verpflichtet, derjenigen Königlichen Regierung in deren Bezirk sein Wohnsitz belegen, alljährlich sofort nach erfolgtem Drucke den Rechnungsjahresbericht und, außer der Generalbilanz der Anstalt eine ausführliche Uebersicht der im verflossenen Jahre in Preußen betriebenen Geschäfte einzureichen.

In dieser Uebersicht — für deren Aufstellung von der betreffenden Regierung nähere Bestimmungen getroffen werden können — ist das in Preußen befindliche Activum von dem übrigen Activum gesondert aufzuführen.

Für die Richtigkeit der Bilanz und der Uebersicht, sowie der von ihm geführten Bücher, einzustehen, hat der Generalbevollmächtigte sich persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung zulänglicher Sicherheit zum Vortheile sämmtlicher inländischer Gläubiger zu verpflichten. Außerdem muß derselbe auf amtliches Verlangen unweigerlich alle diejenigen Mittheilungen machen, welche sich auf den Geschäftsbetrieb der Anstalt oder auf den der Preussischen Geschäftsniederlassung beziehen, auch die zu diesem Behufe etwa nöthigen Schriftstücke, Bücher, Rechnungen &c. &c. zur Einsicht vorlegen.

- 4) Durch den Generalbevollmächtigten und von dem inländischen Wohnorte desselben aus sind alle Verträge der Anstalt mit den Inländern abzuschließen.

Die Anstalt hat wegen aller aus ihren Geschäften mit Inländern entstehenden Verbindlichkeiten, je nach Verlangen des inländischen Versicherten, entweder in dem Gerichtshande des Generalbevollmächtigten oder in demjenigen des Agenten, welcher die Versicherung vermittelt hat, als Veflagte Recht zu nehmen und diese Verpflichtung in jeder für einen Inländer auszustellenden Versicherungs-police ausdrücklich auszusprechen.

Sollen die Streitigkeiten durch Schiedsrichter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren, mit Einschluß des Obmanns, Preussische Unterthanen sein.

- 5) Für die in §. 9. der Statuten vorbehaltenen Eingehung anderer Vattungen von Versicherungs-Geschäften, als der in §. 1. genannten, ist die vorgängige Genehmigung des Königlich Preussischen Ministeriums des Innern erforderlich.
- 6) Sowohl die öffentlichen Aufforderungen (§. 48. der Statuten), als auch die Einladungen zur General-Versammlung (§. 119) müssen in zwei Preussischen Blättern erfolgen, welche zugleich mit der Veröffentlichung der Statuten ein für alle Mal als Gesellschaftsblätter bekannt zu machen sind.

Die vorliegende Concession, — welche übrigens die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigenthum in den Preussischen Staaten, wozu es der in jedem einzelnen Falle besonders nachzuforschenden landesherrenlichen Glaubniß bedarf, nicht in sich schließt — kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf lediglich nach dem Ermessen der Preussischen Staats-Regierung zurückgenommen und für erloschen erklärt werden.

Berlin, den 18. August 1862.

(L. S.)

Der Minister des Innern.

gez. v. Jagow.

Concession

zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten für die allgemeine Renten-Anstalt zu Stuttgart. I. A. 7074.

Statuten.

Erster Abschnitt. Grundbestimmungen.

§. 1. Die Geschäfte, mittelst welcher die Theiligung an der Anstalt in der rechtlichen Stellung eines Mitglieds bewirkt wird, sind folgende:

- 1) Kapital- und Rentenversicherungen, wodurch gegen Einzahlungen an die Anstalt für die Einleger das Recht auf den periodisch wiederkehrenden oder einmaligen Bezug gewisser Summen unter der Voraussetzung, daß die Einleger den betreffenden Zeitpunkt erleben, erworben wird;
- 2) Lebens- und Ueberlebens-Versicherungen, wobei die Anstalt gegen Einzahlungen die Verpflichtung übernimmt, beim Ableben einer gewissen Person deren Nachkommen, beziehungsweise einer andern zum Voraus bezeichneter Person, wenn letztere den Tod der ersten erlebt, ein zum Voraus bestimmtes Kapital auszubezahlen, oder auch der letzteren in periodisch wiederkehrender Weise bestimmte Leistungen (Renten) zu machen;
- 3) Kapital-Einlagen behufs der Verwaltung, Verzinsung und künftigen Zurückbezahlung des eingelegten Kapitals.

§. 2. Die Anstalt ist auf volle Gegenseitigkeit gegründet. Ein Gewinn oder Verlust, welcher sich durch die wirkliche gegenüber der vorausgenommenen Sterblichkeit, durch den Sicherheitszuschlag bei den Lebens- und Ueberlebens-Versicherungen, sowie durch die — einzelnen Mitgliedern gewährten Abfindungen ergibt, kommt je der Gesamtheit Derjenigen zu Gute oder zur Last, welche bei der betreffenden Hauptversicherungsform als Mitglieder theilhaftig sind. Jeder andere Gewinn gebührt der Gesamtheit aller Mitglieder, und jeder andere Verlust ist von dieser Gesamtheit zu tragen.

§. 3. Die Allgemeine Renten-Anstalt bildet eine juristische Persönlichkeit und ist in dieser Eigenschaft von dem württembergischen Staate anerkannt. Für die Verbindlichkeiten der Anstalt haften deren gesamtes Vermögen; die einzelnen Mitglieder als solche stehen mit ihren Ansprüchen den Gläubigern der Anstalt nach, können aber von den letzteren nie persönlich in Anspruch genommen werden.

§. 4. Der Wohnsitz der Anstalt ist die Stadt Stuttgart; ihr Maaßfuß der 52½ Ouldenfuß; ihre Firma „Allgemeine Renten-Anstalt zu Stuttgart; ihr Siegel enthält die gleiche Inschrift.

§. 5. Zur Verausichtigung der Anstalt ist von Seiten der K. Regierung ein eigener Kommissär bestellt, welcher die Befugniß hat, von den Büchern und Urkunden der Anstalt jederzeit Einsicht zu nehmen und den Generalversammlungen, sowie den Sitzungen des Gesellschafts-Ausschusses und des Verwaltungsrathes anzuwohnen. Er nimmt an der Prüfung des Rechnungsabschlusses Theil und hat die öffentlich bekannt zu machenden Rechnungsergebnisse zu beglaubigen.

§. 6. Der Zinsfuß, in welchem die Tarife der Versicherungen berechnet sind, und die Kapital-Einlagen verzinst werden, beträgt derzeit 4%. Der Zinsfuß soll auch im Falle einer künftigen Erhöhung oder Herabsetzung für Versicherungen und für Kapital-Einlagen stets der gleiche sein.

§. 7. Bei allen Versicherungsgeschäften, welche die Anstalt unternimmt, werden die gegenseitigen Leistungen so berechnet, daß sie sich dem pecuniären Werthe nach ausgleichen, wenn einerseits die Einlagen sammt Zinsen und Zinseszinsen nach dem angenommenen Zinsfuße, andererseits die wahrcheinliche Sterblichkeit der zu Versicherenden nach den zu Grunde gelegten Sterblichkeitstafeln, beiderseits aber die Größe und Dauer der Leistungen in Rechnung genommen werden. Außerdem ist bei allen Lebens- und Ueberlebens-Versicherungen, mit Ausnahme der für die abgelaufenen Lebensversicherungen festgesetzten Zusatzprämien, zur Sicherstellung gegen etwaige Verluste dem Nettobetrag der Einlage ein Zuschlag von 15% beigesügt, welcher, soweit er nicht zur Deckung von Ausfällen in Anspruch genommen wird, dem Sicherheitsfond und nach dessen Ergänzung den Mitgliedern dieser Versicherungsformen als Dividende zu Gute kommt.

§. 8. Der Gewinn und Verlust der Anstalt gegenüber der Gesamtheit der übrigen Versicherten darf

hienach nur durch solche Zufälligkeiten bedingt sein, welche die wirkliche Lebensdauer der versicherten Person gegenüber von der bei der Berechnung vorangenommenen wahrscheinlichen Lebensdauer derselben darbietet.

§. 9. Die Statuten bezeichnen diejenigen von Versicherungsgeheimen, welche von der Anstalt der Regel nach eingezogen werden. Unter Zustimmung des Gesellschafts-Ausschusses ist der Verwaltungsrath insoweit berechtigt, auch einzelne andere Versicherungsgeheimnisse einzuziehen; für dieselben aufzustellenden Bedingungen müssen aber den in den §§. 7 und 8 enthaltenen Grundsätzen entsprechen. Sollen derartige andere Versicherungsgeheimnisse in den regelmäßigen Geschäftsbetrieb aufgenommen werden, so ist die Entscheidung hierüber der nächsten ordentlichen Generalversammlung anheim zu geben und entsprechenden Falls der Genehmigung der Regierung zu unterstellen.

§. 10. Den Tarifen für die in den gegenwärtigen Statuten vorgesehenen Versicherungsgeheimnisse ist neben dem Betrag der Einlagen der künftige Zinsfuß von 4%, ferner die Berechnung von Zinseszinsen und

- 1) bei den Kapital- und Rentenversicherungen die Sterblichkeitstafel I,
- 2) bei den Lebens- und Ueberlebensversicherungen bezüglich der versicherten Person die Sterblichkeitstafel IIa, bezüglich der zu versorgenden Person bei den Ueberlebensversicherungen aber die Sterblichkeitstafel II b zu Grunde gelegt.

§. 11. Der Verwaltungsrath ist ermächtigt, falls er dies für angemessen erachtet, als Beitrag zu den Verwaltungs- und Agentenkosten ein Eintrittsgeld, sowie für die Vermerkung des Geschehen bei den Kapital-Einlagen und für den Uebergang von einer Versicherungsform zu einer anderen eine Umschreibgebühr zu erheben und den Betrag dieser Gebühren für die einzelnen Betheiligungsformen mit Genehmigung des Gesellschafts-Ausschusses festzusetzen. Die Umschreibgebühr darf keinesfalls mehr betragen, als das Eintrittsgeld betragen würde, wenn das umzuschreibende Kapital, beziehungsweise das Deduktionskapital als neue Einlage zu behandeln wäre. Bei angeschobenen Renten ist für den Uebergang zum wirklichen Rentenbezug keine Umschreibgebühr zu entrichten. Außer diesen Gebühren und den Einlagen selbst haben die Einleger nichts an die Anstalt zu entrichten.

Zweiter Abschnitt. Kapital- und Renten-Versicherungen.

§. 12. Jede Person ohne Rücksicht auf Geschlecht, Stand, Religion, Geburts- und Wohnort, im In- und Auslande kann mittelst einer Einlage auf Kapital- oder Renten-Versicherung Mitglied der Allgemeinen Renten-Anstalt werden. Die Altersgrenze ist bei den einzelnen Versicherungsarten besonders festgesetzt.

§. 13. Wer einzutreten wünscht, hat dem Verwaltungsrath oder dem betreffenden Agenten der Anstalt ein von ihm unterzeichnetes Aufnahmegeheim zu übergeben, welches den Vor- und Zunamen, Wohnort, Stand, Tag, Jahr und Ort der Geburt des Angemerkten, sowie die Art und den Betrag der beabsichtigten Einlagen zu enthalten hat. Die Zeit der Geburt ist durch Weibung eines Tauf- oder Geburtscheines oder durch ein anderes rechtlich genügendes Zeugniß nachzuweisen.

§. 14. Für solche Personen, welche einen gesetzlichen Vertreter haben, hat Letzterer das Aufnahmegeheim zu unterzeichnen und denselben seinen eigenen Namen, Wohnort und Stand beizufügen. Der Name des gesetzlichen Vertreters ist auf der Versicherungsurkunde und in den Büchern der Anstalt vorzumerken.

§. 15. Es ist ferner gestattet, für eine andere Person Einlagen in die Anstalt zu machen und die Ausübung der für Letztere hiedurch erworbenen Rechte dem Einleger vorzubehalten. In diesem Falle hat der Einleger das Aufnahmegeheim zu unterzeichnen und denselben seinen eigenen Namen, Wohnort und Stand beizufügen.

§. 16. Der Einleger kann die Rechte des durch seine Vermittlung Aufgenommenen nur für seine Person vorbehalten und nur zu Gunsten des Aufgenommenen darauf verzichten. Nach dem Tode des Einlegers tritt der Aufgenommene demselben in den eigenen Genuss seiner Rechte als Mitglied ein.

§. 17. Zugleich mit Uebergabe des Aufnahmegeheimnisses ist der Betrag der Einlage, sowie beziehungsweise das Eintrittsgeld einzubehalten, wofür der Einleger eine Interimbescheinigung erhält.

§. 18. Die Aufnahme erfolgt durch den Verwaltungsrath. Die Interimbescheinigung soll nach erfolgter Aufnahme spätestens binnen drei Monaten gegen eine Versicherungsurkunde ausgewechselt werden.

§. 19. Aufnahme- und Umschreibgebühren können das ganze Jahr angemeldet werden. Gebühre dieser Art, welche im Monat Dezember einkommen, werden, sofern dies durch die Rücksicht auf den Rechnungsabluß geboten ist, erst für das folgende Jahr angenommen.

§. 20. Die von der Anstalt der Regel nach einzugehenden Versicherungsgeheimnisse sind folgende:

- 1) Kapital-Versicherungen, bei welchen der Einleger das Recht erwirbt, in einem zum Voraus bestimmten Zeitpunkt, wenn er denselben erbt, ein zum Voraus bestimmtes Kapital zu erheben;
- 2) angeschobene Renten (Pensions-Versicherung), bei welchen der Bezug einer Rente nicht sofort, sondern erst später eintritt;
- 3) einfache Renten, deren jährlicher Betrag bis zum Tode des Versicherten sich gleich bleibt;
- 4) Renten auf das künftige Leben zweier verbundener Personen, welche durch eine gemeinschaftliche Einlage für zwei Personen erworben und nicht nur während des Lebens dieser beiden Personen, son-

bern auch nach dem Tode der einen bis zu dem Tode der überlebenden jährlich in gleichem Betrage ausbezahlt werden;

- 5) Leibrenten mit beschränkter Zeitdauer, welche an den Versicherten nur während einer begrenzten, zum Voraus bezeichneten, zusammenhängenden Reihe von Lebensjahren ausbezahlt werden, deren jährlicher Betrag aber während dieser Reihe von Lebensjahren sich gleich bleibt, und zwar in der Art, daß der Bezug der Leibrente entweder sofort oder erst später (aufgeschobene Leibrenten mit beschränkter Zeitdauer) eintritt;
- 6) steigende Renten, deren jährlicher Betrag mit den Lebensjahren des Versicherten bis zu dem festgesetzten Maximum zunimmt.

§. 21. Die Einlagen, mittelst welcher die in §. 20 aufgeführten Versicherungen erworben werden können, erfolgen:

- a) bei sämtlichen Formen durch Bezahlung einer einmaligen Kapitalsumme;
- b) bei den Kapital-Versicherungen, aufgeschobenen Renten und aufgeschobenen Leibrenten mit beschränkter Zeitdauer außerdem auch durch Bezahlung einer jährlichen Prämie.

§. 22. Ferner ist für diese sämtlichen Versicherungsgeellschaften der Regel nach eine doppelte Art der Einlegung vorgesehen nämlich:

- a) Diejenige, bei welcher nach dem Tode des betreffenden Mitgliedes dessen baare Einlagen über Abzug der von ihm bereits bezogenen oder verzögerten Renten zurückbezahlt werden, d. h. auf Rückvergütung;
- b) Diejenige, bei welcher keine Rückvergütung stattfindet, d. h. auf Einlagerverlust.

§. 23. Eine Ausnahme hiervon findet bei Leibrenten auf das längste Leben zweier verbundener Personen und bei Leibrenten mit beschränkter Zeitdauer statt, bei welchen nur auf Einlagerverlust eingelegt werden kann. Bei aufgeschobenen Leibrenten mit beschränkter Zeitdauer kann infolgedessen bis zu denjenigen Jahren, in welchen erstmals die Rente fällig wird, durch Kombination dieser Versicherungsform mit der Kapitalversicherung eine Versicherung auf Rückvergütung gewährt werden.

§. 24. Neben den für alle Versicherungsformen maßgebenden, in den §§. 6 und 7 enthaltenen allgemeinen Grundlagen beruht die Berechnung der folgenden Renten im Wesentlichen darauf:

- a) daß von der Einlage ein Anteil aufgeschoben und mit Zinseszinsen bis zum Beginn der Kapitalauflösung für das betreffende Mitglied zur Verstärkung der späteren Rente desselben angesammelt wird;
- b) daß die Kapitalauflösung bei Denjenigen, welche bis zum vierzigsten Lebensjahre einlegen, vom vollendeten fünfundvierzigsten Lebensjahre an, bei Denjenigen, welche später einlegen, fünf Jahre nach ihrem Eintritt in Rechnung genommen wird;
- c) daß das Maximum der aus einer Einlage von hundert Gulden zu genießenden Jahresrente auf hundert Gulden festgesetzt wird.

§. 25. Bei den Einlagen auf aufgeschobene Renten kann das Lebensalter, in welchem der Uebergang zum Rentenbezug erfolgen soll, gleich beim Eintritt vorausbestimmt werden (Einlagen auf bestimmte Zeit), oder es findet eine solche Vorabestimmung nicht statt (Einlagen auf unbestimmte Zeit).

§. 26. Im ersten Falle tritt das betreffende Mitglied in den vorausbestimmten Zeitpunkt in den Rentenbezug ein. Im letzteren Falle kann der Einzeler seine in Gemäßheit der §§. 7 und 10 anwachsende Einlage beziehungsweise sein hiernach berechnendes Deduktionskapital jeder Zeit zu Erwerbung einer seiner Alterskategorie entsprechenden, in den Statuten vorgesehenen Rente verwenden. Hierbei ist die zu Erwerbung einer solchen Rente erforderliche Summe durch Aufzahlung nöthigenfalls zu ergänzen.

§. 27. Der Einzeler auf aufgeschobene Renten, welcher zum wirklichen Rentenbezug übergeht, wird ganz so behandelt, wie wenn er in dem Zeitpunkt des Uebergangs mit derjenigen Summe der Anflast belegten wäre, zu welcher seine Einlagen bis dahin angewachsen sind. Es steht ihm unter Einzahlung der in den §§. 30 und 32 enthaltenen Bestimmungen die Wahl zwischen steigenden und Leibrenten frei.

§. 28. Die in jedem Jahre verfällenden Prämien sind, wegen des im Dezember stattfindenden Rechnungsabschlusses, spätestens je am 30. November an die Kasse einzubezahlen.

§. 29. Wenn ein Mitglied die rechtzeitige Bezahlung seiner Prämien versäumt, so wird sein am Schlusse desjenigen Jahres, in welchem letztmals die Prämie bezahlt worden ist, vorhandenes Deduktionskapital, über Abzug der statutenmäßigen Umlagegebühr, als eine einmalige in jenem Jahre erfolgte Einlage behandelt, welche in Gemäßheit des §. 7 und 10 anwächst. Der hiernach sich ergebende Betrag kann bei Kapitalversicherungen an dem für die künftige Kapitalbezahlung bis daher bestimmt gewesenem Zeitpunkte erhoben, bei aufgeschobenen Leibrenten mit beschränkter Zeitdauer an dem zum Eintritt in den Rentenbezug bis daher bestimmt gewesenem Zeitpunkt, bei anderen aufgeschobenen Renten oder jederzeit zur Erwerbung einer Rente verwendet werden.

§. 30. Eine einmalige Einlage kann betragen:

- 1) Fünf Gulden oder ein Vielfaches von fünf Gulden bei Kapitalversicherungen und Versicherungen auf aufgeschobene Renten;

- 2) Hundert Gulden oder ein Vielfaches von hundert Gulden bei einfachen Leibrenten, Leibrenten auf das längste Leben zweier verbundener Personen und steigenden Renten;
- 5) Diejenige Summe, welche zur Erwerbung eines künftigen Kapitals von hundert Gulden, einer aufgeschobenen Rente aus einem auf die Zeit des Uebergangs berechneten Deckungskapital von hundert Gulden, einer einfachen oder aufgeschobenen Leibrente von fünf Gulden, einer Leibrente auf das längste Leben zweier verbundener Personen von fünf Gulden und einer Leibrente mit beschränkter Zeitdauer von fünf Gulden erforderlich ist, oder ein Vielfaches dieser Summen.

§. 31. Die jährlichen Prämien können betragen:

- 1) fünf Gulden oder ein Vielfaches von fünf Gulden bei Kapitalversicherungen und Versicherungen auf aufgeschobene Renten;
- 2) Diejenige Summe, welche zur Erwerbung eines künftigen Kapitals von hundert Gulden, einer aufgeschobenen Rente aus einem auf die Zeit des Uebergangs berechneten Deckungskapital von hundert Gulden, einer aufgeschobenen Leibrente von fünf Gulden und einer aufgeschobenen Leibrente mit beschränkter Zeitdauer von fünf Gulden erforderlich ist, oder ein Vielfaches dieser Summen.

§. 32. Eine Kapital-Versicherung ist spätestens auf das 70. Lebensjahr und spätestens fünf Jahre vor dem für die Kapitalausbezahlung festgesetzten Zeitpunkt zulässig. Einlagen auf aufgeschobene Renten können zur Erwerbung von Leibrenten spätestens im siebenzigsten Lebensjahre, zur Erwerbung der steigenden Renten spätestens im sechzigsten Lebensjahre verwendet werden. Einlagen auf einfache Leibrenten, auf Leibrenten auf das längste Leben zweier verbundener Personen, auf Leibrenten mit beschränkter Zeitdauer sind nur bis zum zurückgelegten siebenzigsten Lebensjahre, Einlagen auf steigende Renten nur bis zum zurückgelegten sechzigsten Lebensjahre zulässig.

§. 33. Jeder Einleger wird für die Bestimmung seines Verhältnisses zu der Anstalt so behandelt, wie wenn er das in dem Kalenderjahr seines Eintritts zurückgelegt: Alter mit Ablauf des 31. Decembers dieses Jahres zurückgelegt hätte, und erst mit dem Ablaufe dieses Jahres eingetreten wäre. Hiernach sind insbesondere auch die Alters- und Zeitgrenzen zu bestimmen. Sämmtliche Einlagen und Prämien der Mitglieder werden als mit Ablauf des 31. Decembers des Einlagejahres erfolgt angesehen.

§. 34. Ebenso versallen sämmtliche Leistungen der Anstalt an ihre Mitglieder je mit Ablauf des 31. Decembers. Insbesondere werden föllig:

- a) die Renten erstmals mit Ablauf des 31. Decembers des auf das Eintrittsjahr folgenden Jahres, letztmals mit Ablauf des 31. Decembers des Sterbejahres; beziehungsweise bei Zeitrenten mit beschränkter Zeitdauer mit Ablauf des 31. Decembers des zum Voraus bezeichneten letzten Rentenbezugsjahrs;
- b) die Rückvergütungen mit Ablauf des 31. Decembers des Sterbejahres;
- c) versicherte Kapitalien mit Ablauf desjenigen 31. Decembers, auf welchen sie zugesichert sind, wenn das Mitglied dessen Ablauf erlebt.

§. 35. Wenn ein Einleger vor Ablauf des 31. Decembers des Einlagejahres stirbt, wird unter allen Umständen, auch wenn er auf Rückvergütung verzichtet hat, der Betrag der baaren Einlage, nicht aber das Eintrittsgeld zurückbezahlt.

§. 36. Sollte sich durch die beabsichtigten Einlagen einer Person oder durch den beabsichtigten Uebergang zu einer anderen Versicherungsform für irgend ein künftiges Jahr die Möglichkeit eines jährlichen Bezugs von mehr als tausend Gulden während dieser Person ergeben, so hat der Verwaltungsrath mindestens den Mehrbetrag über tausend Gulden für die betreffenden Jahre bei einer anderen zuverlässigen Anstalt in Rückversicherung zu geben.

§. 37. Ist eine solche Rückversicherung nicht thunlich, so bildet die Summe von tausend Gulden das Maximum der sämmtlichen, je für ein Jahr möglichen Bezüge einer Person aus der Anstalt, welches weiter durch Einlagen noch durch Uebergang zu anderen Versicherungsformen überschritten werden darf.

§. 38. Bei der Versicherung von Kapitalien bildet ein künftiger Kapitalbezug von zehntausend Gulden das Maximum der zulässigen Versicherung, welches ohne Rückversicherung nicht überschritten werden darf. Der jährliche Betrag einer Leibrente mit beschränkter Zeitdauer kann nur dann auf mehr als 1000 fl. festgesetzt werden, wenn die Summe der in Aussicht stehenden Leibrenten im Ganzen nicht über 10,000 fl. ausmacht, oder der Verwaltungsrath nicht mindestens den Mehrbetrag über 10,000 fl. für die betreffenden Jahre bei einer anderen zuverlässigen Anstalt in Rückversicherung geben kann.

§. 39. Jedem neu eintretenden Mitgliede wird eine Versicherungsurkunde zugestellt, in welcher der Wohnort, Stand, Vor- und Zuname der versicherten Person und bei Einlagen für Andere ebenso des Einlegers, ferner die Art der Versicherung deren Nummer, die Einlagen, beziehungsweise die zu entrichtenden Prämien, sowie die von der Anstalt zugesicherten Leistungen enthalten sein sollen. In derselben Weise wie in der Versicherungsurkunde

Ist die Person des Versicherten, beziehungsweise des Einlegers, in den Büchern der Anstalt vorzumerken. Bei Versicherungen auf ausgeschobene Renten ist mit dem Eintritte in den Rentenbezug eine neue Versicherungsurkunde auszustellen. In die Versicherungsurkunden sind die §§. 44, 46 und 47 der Statuten wörtlich aufzunehmen. In denselben soll auch auf die von der Dividende und der Deckung des Abwanzels handelnden §§. 101 bis 112 hingewiesen werden.

§. 40. Den Versicherungsurkunden für steigende Renten oder Leibrenten sind für die jedes Jahr zu beziehenden Renten Coupons beigelegt, in welchen die Art und Nummer der Versicherung, sowie der Verfalltag und Betrag der Rente enthalten sein sollen.

§. 41. Die von der Anstalt den Mitgliedern zugesicherten Leistungen erfolgen nach Eintritt des Verfalltermins und zwar die Ausbezahlung:

- a) der Rente an diejenige Person, welche den Coupon mit dem Lebendzeugniß,
- b) der Rückvergütung an diejenige, welche die Versicherungsurkunde, betreffenden Falls mit sämtlichen Coupons, und einen Totenkchein,
- c) des versicherten Kapitals an diejenige, welche die Versicherungsurkunde, ein Lebendzeugniß des Mitglieds und betreffenden Falls die letzte Prämienquittung vorweist.
- d) Zu Verweisung der Umwandlung einer Versicherung in eine andere und zur Empfangnahme der neuen Versicherungsurkunde, ferner zur Verweisung der Abfindung und zum Bezug der Abfindungssumme erscheint diejenige Person als legitimirt, welche die ursprüngliche Versicherungsurkunde, ein Lebendzeugniß des Mitglieds und betreffenden Falls die letzte Prämienquittung übergibt.

§. 42. Eine Uebertragung der durch die Einlagen erworbenen Rechte auf das Leben einer anderen Person findet nicht statt.

§. 43. Ebenso ist eine Zurückbezahlung der Einlagen an die Person des Einlegers unzulässig. Ausnahmsweise ist es jedoch dem Verwaltungsrathe gestattet, den Mitgliedern aus besondern Gründen, z. B. im Falle der Auswanderung, gegen Verzicht auf alle ferneren Ansprüche an die Anstalt eine nach den Verhältnissen festzusetzende Abfindung, welche jedoch 75 Prozent des jeweiligen dem Mitgliede zukommenden Deckungskapitals nicht übersteigen darf, an gewähren.

§. 44. Wer ein Jahr lang seine verfallene Rente nicht erbeht, wird derselben zu Gunsten der Anstalt verlustig. Dieselbe Regel findet bei ausgeschobenen Renten ihre Anwendung, wenn die Zeit des Rentenbezugs zum Voraus bestimmt und die bis dahin zu berechnende erste Rente verfallen ist. Die Erben eines verstorbenen Mitglieds, welche ein Jahr lang den verfallenen Rückvergütungsbetrag oder die Renten des Sterbjahrs nicht erheben, werden derselben zu Gunsten der Anstalt verlustig.

§. 45. Wird eine verfallene Rente oder eine verfallene Rückvergütung binnen eines Jahres, jedoch ohne Vorlegung der zur Erhebung erforderlichen Dokumente, reklamirt, und erscheint der Mangel der letzteren auf glaubhafte Weise entschuldigt, so kann der Verwaltungsrath die Frist zu deren Einbringung, beziehungsweise zu Erhebung der verfallenen Beträge nach Erörterniß über dieses Jahr hinaus erstrecken.

§. 46. Von Demjenigen, welcher zwei auf einanderfolgende Jahre lang seine verfallenen Renten, ebenso, wer ein versichertes Kapital zwei Jahre lang nach der Verfallzeit nicht erbeht, wird zu Gunsten der Anstalt angenommen, daß er vor der Verfallzeit der erstmals nicht erhobenen Rente, beziehungsweise des versicherten Kapitals, gestorben sei. Demgemäß fällt das ganze Deckungskapital eines für todt erklärten Mitglieds der Anstalt anheim, und ist die Bezahlung eines Rückvergütungsbetrags an dessen Erben ausgeschlossen.

§. 47. Dieselbe Regel findet bei ausgeschobenen Renten ihre Anwendung, wenn die Zeit des Rentenbezugs zum Voraus bestimmt war und die zwei ersten Renten nicht erhoben wurden. Ist aber bei ausgeschobenen Renten die Zeit des Rentenbezugs zum Voraus nicht bestimmt, so wird der Inhaber als verstorben angenommen, wenn er nicht spätestens in demjenigen Kalenderjahr, in welchem er das siebenzigste Lebensjahr zurückgelegt, die Verwandelung seiner ausgeschobenen Rente in statutenmäßiger Weise bewirkt. Ist in einem solchen Falle das betreffende Mitglied erst in diesem letzten Kalenderjahr gestorben, oder war es bei dessen Ablauf noch am Leben, so steht ihm, beziehungsweise seinen Erben, das Recht zu, binnen eines weiteren Kalenderjahres die Rückvergütung zu erheben.

§. 48. Vor jeder Todesannahme soll eine sorgfältige Erkundigung über Leben und Aufenthaltsort der Betroffenen eingeleitet und je nachdem Ergebnisse entweder eine zweimalige persönliche Aufforderung oder, wo die Zustellung einer solchen nicht möglich oder mit allzu großen Schwierigkeiten verknüpft ist, eine zweifache schriftliche namentliche Aufforderung an dieselben erlassen werden, ihre Interessen durch Abholung ihrer Renten, oder ihres versicherten Kapitals, oder durch statutenmäßige Verwandelung der ausgeschobenen Rente zu wahren. Von diesen Aufforderungen soll die eine in der ersten und die andere in der zweiten Hälfte desjenigen Jahres erlassen werden, mit dessen Ablauf die Annahme des Todes eintritt.

§. 49. Wird vor dem Eintritte des Zeitpunkts der Todesannahme das Leben des betreffenden Mitglieds von diesem selbst oder von einem Dritten in dessen Interesse, jedoch ohne Vorlegung der erforderlichen Dokumente

bei der Anstalt gestellt gemacht, und erscheint der Mangel der letzteren auf glaubhafte Weise entschuldigend, so kann der Verwaltungsrath die Frist zu deren Verrichtung und zu Nachholung derjenigen Handlungen, welche Verhütung der Wahrung der Rechte als Mitglied erforderlich sind, nach Umständen über die in den §§. 46 und 47 vorgesehenen Zeitpunkte hinaus erstrecken.

Dritter Abschnitt. Lebens- und Ueberlebens-Versicherungen.

§. 50. Bei Lebens- und Ueberlebens-Versicherungen wird der Regel nach diejenige Person als Mitglied angesehen, durch deren Tod die von der Anstalt zugesicherte Leistung bedingt ist.

§. 51. Bezüglich dieser Person sind die Bedingungen, unter welchen eine Versicherung eingegangen werden kann, folgende:

- 1) Wohnsitz in Deutschland oder einem angrenzenden Lande;
- 2) unbescholtener Ruf;
- 3) gute Gesundheit;
- 4) der Regel nach ein Alter von wenigstens 15 und höchstens 70 Jahren;
- 5) Beruf, gewöhnliche Beschäftigung und Lebensweise der versicherten Person dürfen nicht von der Art sein, daß deren Leben oder Gesundheit besonderen Gefahren ausgesetzt ist.

Bei Ueberlebens-Versicherungen darf diejenige Person, zu deren Gunsten die Versicherung eingegangen wird (die zu versorgende Person) der Regel nach gleichfalls nicht über 70 Jahre alt sein. Die Tarife der Ueberlebens-Versicherungen mit beschränkter Zeitdauer sind bis zum 25. Lebensjahr der zu versorgenden Person berechnet. Ausnahmsweise kann indessen der Verwaltungsrath auch Versicherungen bis zu einem späteren Lebensjahre annehmen.

§. 52. Die Ausübung der durch die Versicherung erworbenen Rechte kann bei deren Eingabe statt der in §. 50 benannten Person einer dritten, bei Ueberlebens-Versicherungen insbesondere derjenigen Person vorbehalten werden, welche auf den Tod der ersten Leistungen Seitens der Anstalt zu erwarten hat, und welche in Ermangelung einer anderen Verfügung mit dem Eintritt dieses Ereignisses der Anstalt gegenüber obnehin als berechtigt gilt. Im Falle des Nachb vorbehaltenfalls zu Gunsten einer dritten Person wird letztere als Mitglied behandelt. Unter dem Ausdruck „Versicherter“ ist stets derjenige zu verstehen, durch dessen Tod die Versicherung in Wirkung tritt.

§. 53. Es ist auch gestattet, auf den Tod einer anderen Person einzulegen. In einem solchen Fall ist indessen der Regel nach die Zustimmung dieser letzteren (des Versicherten), beziehungsweise ihres gesetzlichen Stellvertreters zu Eingehung der Versicherung nachzuweisen.

§. 54. Wer eine Versicherung eingehen will, hat das Aufnahmegesuch dem Bureau der Anstalt oder einem Agenten persönlich zu übergeben. Dasselbe hat den Vor- und Zunamen, Wohnort, Stand, Tag, Jahr und Ort der Geburt der zu versichernden, so wie bei Ueberlebens-Versicherungen der zu versorgenden Person, ferner die Art und den Betrag der beabsichtigten Versicherung zu enthalten. Im Falle eines Nachb vorbehaltenfalls zu Gunsten eines Dritten, beziehungsweise einer Einlage auf den Tod eines Anderen ist auch der weitere Theilhaber nach Namen, Wohnort und Stand genau zu bezeichnen. Das Aufnahmegesuch ist von dem zu Versichernden, im Falle des §. 53 aber von dem Einleger zu unterzeichnen. Zugleich ist in letzterem Falle die Zustimmung des Versicherten nachzuweisen oder der Mangel dieses Nachweises zu begründen.

§. 55. Der Antragsteller hat ferner folgende Urkunden beizubringen:

- 1) ein amtliches Zeugnis über den Tag der Geburt der zu versichernden, bei Ueberlebens-Versicherungen außerdem ein solches Zeugnis von der zu versorgenden Person;
- 2) ein Zeugnis des Hausarztes der zu versichernden Person über deren Gesundheitsbeschaffenheit nach einem Seitens der Anstalt vorgeschriebenen Formular;
- 3) eine Deklaration des zu Versichernden über diejenigen Momente, deren Kenntniß die Anstalt zur Beurtheilung des Versicherungsantrags für geboten erachtet und welche in dem vorgeschriebenen Formular bezeichnet sind.

Wird von einer dritten Person eingelegt, so hat der Einleger die Deklaration des zu Versichernden ausdrücklich anzuerkennen, im Falle der in §. 53 vorgesehenen Ausnahme aber solche anstatt des letzteren auszustellen und unter allen Umständen deren Richtigkeit gerade so zu vertreten, wie wenn er sein eigenes Leben versichern würde. Die Richtigkeit der in §§. 2 und 3 vorgesehenen Urkunden ist von dem Agenten oder von zwei dem Agenten als glaubwürdig bekannten Zeugen, oder öffentlich zu beurkunden.

§. 56. Abgesehen von dem in §. 53 enthaltenen Ausnahmefalle muß zwischen der zu versichernden Person und einem Beamten, Agenten oder sonstigen Vertreter der Anstalt eine persönliche Zusammenkunft stattfinden, um letzterem Gelegenheit zu geben, sich die zur Beurtheilung des Versicherungsantrags erforderlichen Anskünfte durch unmittelbare Wahrnehmung und Rücksprache mit dem zu Versichernden zu verschaffen. Außerdem wird deren ärztliche Untersuchung durch den Anstaltsarzt oder durch einen andern damit zu beauftragenden Arzt zur gewöhnlichen Bedingung der weiteren Prüfung des Antrags gemacht.

§. 57. Die Aufnahme erfolgt durch den Verwaltungsrath nach vorgängiger Begutachtung des Gesuchs durch den Arzt der Anstalt. Im Falle einer Zurückweisung des Antrags ist ersterer nicht verpflichtet, Gründe hierfür anzugeben. Ueber jede Versicherung wird unter dem Datum der Aufnahme eine Lifunde ausgestellt, welche Wohnort, Stand, Vor- und Zunamen der versicherten, beziehungsweise der zu versorgenden Person und des Einlegers, ferner die Art der Versicherung, deren Nummer und Anfangstermin, die Einlagen beziehungsweise die zu entrichtenden Prämien, sowie die von der Anstalt zugesicherten Leistungen zu enthalten hat. In derselben Weise wie in der Versicherungsurkunde ist die Person des Versicherten, beziehungsweise der zu versorgenden Person und des Einlegers, in den Büchern der Anstalt vorzumerken.

§. 58. Die Versicherung beginnt an dem Tage der Aufnahme Mittags 12 Uhr, wenn der Versicherte diese Stunde erlebt hat. Der Aufgenommene ist von der erfolgten Aufnahme baldmöglichst zu benachrichtigen, und zugleich aufzufordern, die Versicherungsurkunde gegen Bezahlung der erforderlichen Einlagen, beziehungsweise der ersten Prämie oder der ersten Prämienrate spätestens binnen 30 Tagen in Empfang zu nehmen, widrigenfalls die Aufnahme als nicht geschehen zu betrachten wäre.

§. 59. Wegen ihres Berufs dürfen unter Anderem nicht versichert werden: Personen, welche im Seebienst stehen oder welche den wirtlichen Kriegsdienst angetreten haben. Uebrigens ist die Aufnahme von Angehörigen des Heeres in Friedenszeiten zulässig, vorbehaltlich der in §. 79. Ziff. 3 vorgesehenen Bestimmungen für den Kriegsfall. Bringt der Beruf des zu Versicherten eine minder erhebliche Gefährdung mit sich, welche sich durch eine Erhöhung der Einlage ausgleichen läßt, so kann der Verwaltungsrath die Aufnahme gegen Bezahlung von Zusatzprämien verwilligen.

§. 60. Wegen mangelnder Gesundheit sind namentlich schwächliche kränkliche Personen von der Versicherung ausgeschlossen. Sind dagegen die Gesundheitsverhältnisse der Art, daß eine unbedingte Zurückweisung nicht als geboten erscheint, so ist der Verwaltungsrath nach eingeholtem Gutachten des Anstaltsarztes ermächtigt, die Versicherung von der Erhebung einer Probezeit abhängig zu machen, oder auch nach Umständen dieselbe an die Bedingung einer höheren Einlage zu knüpfen.

§. 61. Der Verwaltungsrath ist ferner befugt, die Bedingung bezüglich der Gesundheitsverhältnisse der zu versichernden Personen zu mildern, wenn ganze Gesellschaften, Korporationen, Berufsclassen etc. für ihre sämtlichen jetzigen und künftigen Mitglieder die Aufnahme nachsuchen. Die in einem solchen Falle zur Sicherung der Anstalt aufzustellenden besonderen Bestimmungen bedürfen der Genehmigung des Gesellschaftsausschusses und der Kognition der Regierung.

§. 62. Die von der Anstalt der Regel nach einzugehenden Versicherungsgeschäfte sind folgende:

I. Lebensversicherungen und zwar:

- 1) Einfache Lebensversicherungen (auf die ganze Lebensdauer), bei welchem von Seiten der Anstalt nach dem Tode des Versicherten, oder falls der Tod nicht früher eintritt, nach dessen zurückgelegtem 85. Lebensjahr ein bestimmtes Kapital ausbezahlt wird.
- 2) Beschränkte Lebensversicherungen (Versicherungen auf eine bestimmte Zeit), bei welchen ein zum Voraus festgelegtes Kapital ausbezahlt wird, wenn der Versicherte innerhalb einer bestimmten Zeit stirbt. Er folgt der Zeit binnen früher Zeit nicht, so erlischt die Versicherung.
- 3) Abgekürzte Lebensversicherungen, welche ausbezahlt werden, wenn der Versicherte einen zum Voraus bestimmten Zeitraum erlebt hat, oder wenn er früher stirbt.

II. Ueberlebensversicherungen, und zwar:

- 1) Einfache Ueberlebensversicherungen (Versicherungen ohne Zeitbeschränkung); die Person, zu deren Gunsten die Versicherung eingegangen wird, erhält nach dem Tode des Versicherten, wenn sie denselben erlebt, entweder:
 - a) eine zum Voraus bestimmte Kapitalsumme (Ueberlebenskapitalversicherung) oder
 - b) eine zum Voraus bestimmte, bis zu ihrem eigenen Tode dauernde jährliche Rente (Ueberlebensrentenversicherung).
- 2) Beschränkte Ueberlebensversicherungen (Versicherungen mit beschränkter Zeitdauer); die Person zu deren Gunsten die Versicherung eingegangen wird, erhält nach dem Tode des Versicherten, wenn sie denselben erlebt, und wenn sie nicht ein gewisses Lebensalter bereits zurückgelegt hat, entweder:
 - a) eine zum Voraus bestimmte Kapitalsumme (Ueberlebenskapitalversicherung mit beschränkter Zeitdauer), oder
 - b) eine zum Voraus bestimmte, bis zur Erreichung eines gewissen Lebensalters, oder falls ihr Tod früher erfolgt, bis zu ihrem Tode dauernde, jährliche Rente (Ueberlebensrentenversicherung mit beschränkter Zeitdauer).

Da die Ueberlebensversicherung ohne Zeitbeschränkung hauptsächlich zur Versorgung von Wittwen, die mit Zeitbeschränkung aber hauptsächlich zur Versorgung von Waisen dienen wird, so ist erstere als Wittwenversorgung, letztere als Waisenversorgung zu bezeichnen.

§. 63. Bei abgekürzten Lebensversicherungen muß das Lebensalter des Versicherten, nach dessen Erreichung die versicherte Summe auch bei Lebzeiten des Versicherten ausbezahlt werden soll, durch fünf theilbar und mindestens 5 Jahre von Eingehung der Versicherung entfernt sein. Ueberlebensrenten mit beschränkter Zeitdauer können bis zum 14., 18., 21. und 25. Lebensjahr der zu versorgenden Person bedungen werden.

§. 64. Die Einlage, mittelst welcher die in §. 62 aufgeführten Versicherungen erworben werden, erfolgt:

- a) entweder durch Bezahlung einer einmaligen Kapitalsumme, oder
- b) durch Bezahlung einer jährlichen Prämie.

§. 65. Eine zu versichernde Kapitalsumme soll wenigstens 100 fl. oder ein Vielfaches von 100 fl., eine zu versichernde Ueberlebensrente wenigstens 10 fl. oder ein Vielfaches von 10 fl. betragen.

§. 66. Für die Berechnung des Alters der zu versichernden sowie bei Ueberlebensversicherungen der zu versorgenden Personen ist der Tag der Aufnahme in der Art maßgebend, daß ein halbes Jahr und darüber für ein ganzes gilt, die Zeit unter einem halben Jahre aber nicht in Rechnung genommen wird. Beschränkte Lebensversicherungen können nur für ganze vom Tage der Aufnahme zu berechnende Jahre abgeschlossen werden. Ebenso ist bei abgekürzten Lebensversicherungen der feste Zeitpunkt für die Ausbezahlung des Kapitals nach solchen ganzen Jahren zu bemessen und das 85. Lebensjahr des Versicherten, nach dessen Zurücklegung bei einfachen Lebensversicherungen das versicherte Kapital spätestens auszubahlen ist, wird ebenfalls auf diesen Zeitpunkt berechnet.

§. 67. Die Prämien sind am Tage, beziehungsweise am Jahrestag der Aufnahme je für das folgende Jahr zu entrichten. Bei einfachen und abgekürzten Lebensversicherungen ist es indessen dem Verwaltungsrathe gestattet, den Einlegern die je am Jahrestag der Aufnahme verfallenden Prämien für das folgende Jahr unter Einzurechnung eines Zinses von 5%, für die betreffenden Beträge in der Art zu stunden, daß dieselben in halbjährigen oder vierteljährigen gleichen Raten abgetragen werden und nur die erste Rate am Verfalltermin selbst zu entrichten ist. Bei beschränkten Lebensversicherungen und Ueberlebensversicherungen findet eine solche Stundung nicht statt; dagegen ist es den Einlegern gestattet, die künftig verfallenden Prämien unter Berechnung einer Zinsvergütung von 4 % Entren der Anstalt, ratenweise vorauszubahlen. Dieselbe Vergütung findet auch dann statt, wenn bei der einen oder anderen Versicherungsform volle Jahresprämien vorausbezahlt werden wollen.

§. 68. Die letzte Jahresprämie verfällt an demjenigen Jahrestag, welcher dem Tode des Versicherten, oder auch bei Ueberlebensversicherungen, dem Tode des Versorgten unmittelbar vorhergeht. Die beim Eintritt eines solchen Todesfalles noch nicht einbezahlten Raten der letzten fälligen Jahresprämie werden bei Ausbezahlung der versicherten Summe von letzterer in Abzug gebracht; vorausbezahlte, seitdem noch nicht verfallene Jahresprämien dagegen werden von der Anstalt zurückerstattet.

§. 69. Für die Leistungen der Anstalt gilt bei Lebens- und Ueberlebenskapitalversicherungen, sofern erstere nicht schon früher, nach Erlebung eines gewissen Zeitpunktes von Seiten des Versicherten zu machen sind, der Todestag des Versicherten als Verfalltermin.

§. 70. Die wirkliche Ausbezahlung einer versicherten Kapitalsumme erfolgt, wenn die Sterbepapiere, sowie die sonstigen Nachweise in Ordnung sind und keinen Anstand ergeben, binnen drei Monaten nach deren Uebergabe an die Anstalt. Die Zahlung wird baar in Stuttgart geleistet, kann aber nach dem Wunsch des Empfängers, wenn er Kosten und Gefahr übernimmt, durch Wechsel, Baarzahlung oder Zahlung der Agenten gewährt werden.

§. 71. Ueberlebensrentenversicherungen geben mit dem Todestage des Versicherten in einfache Leibrentenversicherungen, beziehungsweise in Leibrentenversicherungen mit beschränkter Zeitdauer, je in dem vorgesehene Beträge, über. Die Berechnung der Renten beginnt gleichfalls mit jenem Todestage; deren Verfalltermin ist indessen je auf den 31. Dezember zu stellen, so daß an dem auf den Todestag des Versicherten nächstfolgenden 31. Dezember die auf die Zwischenzeit fallende Rate, sofort aber an jedem folgenden 31. Dezember eine volle Jahresrente verfällt. Stirbt der Rentenberechtigte, ehe er den betreffenden Verfalltag erlebt, so wird nur das Datum bis zum Todestage ausbezahlt. Ebenso ist bei Ueberlebensrentenversicherungen mit beschränkter Zeitdauer dieses Datum auszubezahlen, wenn der Rentenberechtigte vor jenem Verfalltermin dasjenige Alter, auf welches die Versicherung beschränkt ist, überschreitet.

§. 72. Die Ueberlebensrenten können dem Berechtigten auf Verlangen in gleichen viertel- oder halbjährigen Raten ausbezahlt werden, wobei für diejenigen Beträge, welche vor dem in §. 71 vorgesehene Termine zur Bezahlung kommen, der Anstalt 5 % Zinsen gut zu rechnen sind. Im Uebrigen werden die durch den Tod des Versicherten in Wirklichkeit getretenen Ueberlebensrenten durchaus nach den Statutenbestimmungen über Leibrenten, die Zugabeberechtigten aber als Mitglieder auf Leibrenten behandelt.

§. 73. Wer eine Versicherung gegen Prämieineinlagen eingegangen hat, ist berechtigt, statt sämtlicher künftiger Prämien ein für alle Mal eine entsprechende Kapitalsumme einzubahlen. Diese Summe besteht in der Differenz zwischen dem gegenwärtigen Deckungskapital des Versicherten, und der einmaligen Einlage, welche er jetzt für die fragliche Versicherung zu entrichten hätte.

§. 74. Will ein mittelst Prämieineinlagen Versicherter die Bezahlung weiterer Prämien aufgeben, so wird derjenige Kapitalbetrag, beziehungsweise diejenige Ueberlebensrente berechnet, welche in der bisherigen Versicherungs-

form dem gegenwärtigen Deckungskapital des Versicherten, abgesehen von weiteren Prämienzahlungen, entsprechen würde, und die Versicherung auf den hiernach ermittelten Betrag beschränkt. Die zur Abwendung des letzteren im Sinne des §. 65 erforderliche Ergänzung des Deckungskapitals ist durch den Versicherten zu bewirken. Ist das Deckungskapital zur Zeit der Einstellung der Prämienzahlungen gleich Null, so erlischt die Versicherung.

§. 75. Wird eine Prämie nicht auf den Versfalltermin bezahlt, so ist der Versicherte zu deren Bezahlung binnen einer Frist von 30 Tagen mit dem Anfügen aufzufordern, daß im Versäumnungsfall die Versicherung auf den seinem gegenwärtigen Deckungskapital entsprechenden Betrag vermindert werden würde. Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist wird die Verminderung in Gemäßheit des §. 74 vorgenommen. Die etwa übrige Ergänzung des Deckungskapitals ist binnen einer weiteren von der hierzu ergangenen Aufforderung an zu bestimmenden Frist von 30 Tagen einzubezahlen, widrigenfalls die neuermittelten Versicherungsbeträge auf die nächst niedere runde Summe vermindert, und der in diesem Fall sich ergebende Ueberschuß des vorhandenen Deckungskapitals der Anstalt anheim fallen würde.

§. 76. Die im vorigen Paragraphen vorgesehenen Aufforderungen an die Mitglieder sind unter der auf der Versicherungsurkunde und in den Büchern der Anstalt bemerkten Adresse brieflich abzuenden. Kann das Mitglied unter dieser Adresse nicht ermittelt werden, so tritt eine ebendat. Aufforderung in öffentlichen Blättern an die Stelle.

§. 77. Eine Zurückbezahlung der Einlagen an die Person des Eingelagerten findet nicht statt. Ausnahmsweise ist es jedoch dem Verwaltungsrathe gestattet, den Mitgliedern aus besonderen Gründen, z. B. im Falle der Auswanderung, gegen Verzicht auf alle ferneren Rechte an die Anstalt, eine Abfindung zu gewähren, welche mindestens die Hälfte des Deckungskapitals betragen soll, im Uebrigen aber nach den besonderen Umständen des Falles und den Verhältnissen des Deckungskapitals zu dem versicherten Kapital, beziehungsweise zu dem Kapitalwerth der versicherten Ueberlebenden, zu bemessen ist.

§. 78. Die Anstalt ist jeder durch den Versicherungsvertrag übernommenen Leistung entbunden, wenn sich früher oder später ergeben sollte, daß der Antragsteller oder der Versicherte auf die Fragen in der zum Beuf der Versicherung ausgestellten Deklaration wissenschaftlich oder aus grober Verschuldung irgend eine Unrichtigkeit angegeben oder etwas verschwiegen hat, oder daß in den eingereichten Zeugnissen Unrichtigkeiten oder Unvollständigkeiten enthalten sind, welche dem Antragsteller bekannt waren, oder ohne grobe Verschuldung nicht unbekannt bleiben konnten; überall vorausgesetzt, daß der unrichtig angegebene oder der verschwiegene Umstand geeignet war, auf die Beschlußfassung über die Aufnahme oder auf die Bemessung der Einlagen einen Einfluß auszuüben. Die bis zur Ermittlung der Unrichtigkeit gemachten Einlagen fallen ohne Ertrag der Anstalt beim.

§. 79. Die Verbindlichkeit der Anstalt zur Leistung der versicherten Beträge hört auf:

- 1) Wenn der Versicherte sein Leben im Zweikampfe, oder durch Selbstentlebung, oder in Folge einer versuchten Selbstentlebung, oder durch die Hände der Gerechtigkeit oder sonst durch eine grobe eigene Verschuldung verloren hat. Unter letzterer Bestimmung sind jedoch diejenigen Fälle ausdrücklich nicht begriffen, wenn der Versicherte bei Hilfeleistungen für Nothleidende oder Rettungslüste, oder in Erfüllung allgemeiner Bürgerpflichten, oder bei Vertheidigung seines Lebens und Eigenthums umkommen sollte.
- 2) Wenn der Versicherte sein Leben durch eine grobe eigene Verschuldung gefährdet oder verliert; insbesondere wenn in den Fällen der vorigen Ziffer statt des Todes nur eine Gräueltat oder Verletzung des Lebens eintritt, ferner wenn der Versicherte in einen geistlichen oder sonst die Gesundheit gefährdenden Lebenswandel verfällt, oder wenn er wegen gemeiner Verbrechen zu schwerer Gefängniß- oder Leibesstrafe verurtheilt wird.
- 3) Wenn der Versicherte sich einem seinem Leben oder seiner Gesundheit gefährlichen Berufe widmet, insbesondere wenn er in Seefahrt geht, oder wenn er als Angehöriger der bewaffneten Macht den wirklichen Kriegsdienst anzutreten hat.
- 4) Wenn der Versicherte eine als Gefahr bringend zu betrachtende große Land- oder Seereise angetreten hat. Hierher sind besonders zu rechnen:
 - a) Landreisen außerhalb Europa;
 - b) Seereisen, welche nicht von einem europäischen Seehafen in einen andern stattfinden, oder zu Kriegszeiten, oder in anderer Weise als mittelst eines Dampf- oder bedeckten Seegeschiffes gemacht werden.
- 5) Wenn der Versicherte seinen Wohnsitz außerhalb der in §. 51, Ziff. 1 für die Annahme von Versicherungen vorgesehenen Länder verlegt.

§. 80. Stirbt ein Versicherter, welcher sich in einem der so eben aufgeführten Fälle befindet, so tritt an die Stelle der versicherten Beträge von Seiten der Anstalt eine Leistung, für welche das Deckungskapital nach seinem Betrage beim Beginn der Gefährdung, beziehungsweise der Verlegung des Wohnsitzes maßgebend ist. Dieses Deckungskapital wird bei Lebensversicherungen mit Zins und Zinzesinsen zu 4 % verzinst und in der hiernach sich ergebenden Summe eintretenden Falls statt des Versicherungskapitals ausbezahlt. Bei Ueberlebensversicherungen wächst dasselbe je nach dem Lebensalter des Versicherten in dem für aufgeschobene Renten ohne

Mückvergütung vorgesehenen Maße an und kommt letzterem nach dem Tode des Versicherten in der Art zu gute, daß dasselbe in der hiernach sich ergebenden Summe bei der Ueberlebenskapitalversicherung an ihn ausgezahlt, bei der Ueberlebensrentenversicherung in eine auf sein Leben gestellte Leibrente verwandelt wird. Hierbei ist selbstverständlich, daß auch dieses Deduktionskapital der Anstalt verfällt, wenn der Versicherte bei Versicherungen auf bestimmte Zeit diese Zeit, oder bei Ueberlebensversicherungen den zu Versorgenden überlebt.

§. 81. Die in §. 80 vorgesehene Abrechnung ist auf den dem Beginn der Gefährdung nächst vorangehenden Jahrestag der bisherigen Versicherung vorzunehmen, und ihr Ergebnis den Betreffenden mitzutheilen, sobald die Anstalt, und wäre es auch erst nach dem Tode des Versicherten, von dem die bisherige Versicherung aufhebenden Ereignissen Kenntniß erhalten hat. Sollten seit dessen Eintritt weitere Prämien bezahlt worden sein, so wird für dieselben kein Ersatz geleistet. Ist das Deduktionskapital im maßgebenden Zeitpunkt gleich Null, so fällt jede weitere Verbindlichkeit der Anstalt hinweg.

§. 82. Bei Lebensversicherungen beginnt die Berechnung der Zinsen des ermittelten Deduktionskapitals an dem auf den Abrechnungstermin nächstfolgenden 30. Juni, bei Ueberlebensversicherungen die Berechnung des dem aufzuhebenden Renten entsprechenden Kapitalzuwachs an dem auf den Abrechnungstermin nächstfolgenden 31. Dezember. Bezüglich des Antheils an Dividende und Abmangel werden so reduzierte Lebensversicherungen wie Kapitalentlagen und so reduzierte Ueberlebensversicherungen wie aufgeschobene Renten behandelt.

§. 83. In den Fällen des §. 79, Ziff. 3—5, kann der Verwaltungsrath auf Antrag des Versicherten die Fortdauer der Versicherung entweder gegen Bezahlung einer entsprechenden Zusatzprämie, oder wenn nach den Umständen eine besondere Gefährdung überhaupt nicht zu befürchten ist, auch ohne eine solche Zusatzprämie bewilligen. Ferner ist es dem Verwaltungsrathe gestattet, den Versicherten in seine frühere Versicherung wieder einzufügen oder ihm die Zusatzprämien für seine künftige Lebenszeit zu erlassen, wenn die in §. 79, Ziff. 2—5 vorgesehenen Verhältnisse vorübergegangen sind und sich aus einer Untersuchung seines Gesundheitszustandes ergibt, daß derselbe in keiner Weise einen Schaden gelitten hat. Im Falle der Wiedereinfügung sind jedoch die auszufallen den Prämien mit Zinsen à 5 % nachzubezahlen.

§. 84. Wenn das Leben des Versicherten durch eine absichtliche Handlung desjenigen verkürzt wurde, welcher die versicherten Beträge ganz oder theilweise anzusprechen hätte, so geht der Anspruch des letzteren verloren. Dagegen bleiben die Ansprüche anderer Berechtigter, welche an der Verfürgung des Lebens des Versicherten keine Schuld haben, in Gültigkeit.

§. 85. Hat im Falle einer abgeschätzten Lebensversicherung der Versicherte den für die Ausbezahlung der versicherten Summe vorgesehenen Zeitpunkt erlebt, so wird letztere an Denjenigen ausgetheilt, welcher die Versicherungsurkunde, ein amtliches Zeugniß über das Leben des Versicherten und betreffenden Falls die letzte Prämienquittung übergibt. Ebenso begründet bei sonstigen Lebensversicherungen, sowie bei Ueberlebensversicherungen der faktische Besitz und die Uebergabe der Versicherungsurkunde die Legitimation zur Empfangnahme der versicherten Summe, beziehungsweise bei Ueberlebensrenten der neu auszufertigenden Rentenversicherungsurkunde. Zur Erhebung der Dividende legitimirt der Besitz der Versicherungsurkunde, oder im Falle der Ausfertigung von Dividendencoupons der Besitz des letzteren.

§. 86. Der Inhaber der Versicherungsurkunde hat nach erfolgtem Tode des Versicherten einem Agenten oder dem Bureau der Anstalt möglichst bald Anzeige hieven zu machen, dabei die bekannte oder vermuthliche Ursache des Todes anzugeben und außer der Versicherungsurkunde folgende Sterbefallpapiere beizubringen:

- a) einen amtlichen Todesbescheinigung;
- b) einen genauen Bericht des Arztes über die letzte Krankheit oder sonstige Todesursache des Verstorbenen;
- c) bei Ueberlebens-Versicherungen außerdem noch ein amtliches Zeugniß darüber, daß Derjenige, zu dessen Gunsten die Versicherung eingegangen wurde, die Zeit des Todes des Versicherten erlebt hat.

§. 87. Wenn der Verwaltungsrath die übergebenen Papiere nicht für genügend erachtet, so kann er vor Ausbezahlung der Versicherungssumme, beziehungsweise vor Ausfertigung der Rentenversicherungsurkunde weitere Nachweisungen über den einen oder andern Punkt, insbesondere über die Todesursache und über diejenigen Verhältnisse verlangen, zu deren Ermittlung die Bestimmungen des §. 79 Veranlassung geben könnten. Wird der Inhalt der Sterbefallpapiere oder der weiteren Nachweisungen als unrichtig erfinden und fällt hierbei den Betheiligten absichtliche Täuschung oder grobe Verschulung zur Last, so gehen ihre aus dem Versicherungsvortrag hergeleiteten Ansprüche an die Anstalt verloren.

§. 88. Wenn innerhalb zweier Jahre vom Tode der versicherten Person oder von dem Eintritt des den Anfall der Versicherungssumme begründenden Zeitpunkts an keine Ansprüche aus der Versicherung der Anstalt gegenüber erhoben werden, so fallen die versicherten Beträge der letzteren anheim. Wird sowohl von dem Verwaltungsrath, als auch auf erhobene Weisung von dem Gesellschaftsausschusse die Zahlung eines versicherten Betrages verweigert, so haben die Interessenten bei Verlust ihrer Ansprüche binnen 6 Monaten nach schriftlicher Eröffnung dieser Weigerung eine Entscheidung des Schlichtergerichts zu verlangen, beziehungsweise gerichtliche Klage zu erheben.

§. 89. Eine Kapitalsumme von 10,000 fl. oder eine jährliche Ueberlebensrente von 1000 fl. bildet das Maximum der Beträge, welche auf den Tod einer Person versichert werden können, sofern eine Rückversicherung des Ueberschusses bei einer andern zuverlässigen Anstalt nicht als thunlich erscheint. Der Verwaltungsrath hat, insofern auch innerhalb dieses Maximums auf die theilweise Rückversicherung größerer Beträge Bedarf zu nehmen, so lange die Gesamtsumme der eingegangenen Versicherungen und der anzulegende Sicherheitsfond die Maßregel nicht überflüssig macht.

Vierter Abschnitt. Verwaltung und Verrechnung.

§. 90. Das Vermögen der Anstalt ist von dem Verwaltungsrathe so bald als möglich gegen angemessene Verzinsung anzulegen und zwar:

- 1) gegen wenigstens doppelte gerichtliche Pfandung von Realitäten mit bestimmten Kündigungsfristen oder Heinzahlungsterminen oder auf Annuitäten;
- 2) in Schuldscheinen deutscher Bundesstaaten;
- 3) ohne besondere Sicherheitsstellung bei soliden unter Staatsaufsicht stehenden Anstalten und Körperschaften, deren Verbindlichkeit durch ein entsprechendes Aktiv-Vermögen gesichert sind; desgleichen bei wohlhabenden Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften;
- 4) gegen Hinterlegung von Obligationen, der in Ziff. 1—3 erwähnten Art oder andern Obligationen, welche einen regelmäßigen Zinsentwurf haben, als Hauptpfand jedoch nur auf längere Zeit und in der Art, daß das Anlehen höchstens drei Vierteltheile von dem künftigen Werthe des Hauptpfandes betragen darf;
- 5) gegen Hinterlegung von Versicherungsurkunden der Anstalt selbst als Hauptpfand unter den im folgenden Paragraphen enthaltenen Bestimmungen.

§. 91. Sollte der Verwaltungsrath die Anlegung von Vermögensheilen in anderer als in der vorgezeichneten Weise, oder die Eingebung von Verbindlichkeiten, welche sich aus dem statutenmäßigen Betrieb der Anstalt und der statutenmäßigen Verwaltung ihres Vermögens nicht ergeben, für angemessen erachten, so hat er hiezu die Ermächtigung des Gesellschafts-Ausschusses einzuholen. Derartige ausnahmsweise Vermögensanlagen, beziehungsweise die Eingebung von Verbindlichkeiten der bezeichneten Art, hat der Gesellschafts-Ausschuß in dem nächsten Rechenschaftsberichte zu erörtern und auf diese Weise zur Kenntniß der Generalversammlung zu bringen.

§. 92. Mit der Allgemeinen Renten-Anstalt ist eine Spar- und Depositenkasse verbunden, welche von den Organen und auf Rechnung der ersten verwaltet wird.

§. 93. Für jeden Einleger auf eine der Versicherungsformen ist jedes Jahr diejenige Summe zu berechnen, welche nach den angenommenen Sterblichkeitsverhältnissen und unter Berücksichtigung des Zinszuwachses, sowie beziehungsweise der von dem Einleger künftig noch zu machenden Leistungen zu Erfüllung der ihm gemachten Zusagen wahrscheinlich Weise erforderlich ist. Diese Summe bildet das Deduktionkapital des betreffenden Mitgliedes.

§. 94. Auf den Schluß eines jeden Jahres wird über das Vermögen der Anstalt eine Bilanz gefertigt. In dieselbe ist aufzunehmen:

- 1) Das Aktivvermögen nach den verschiedenen Rubriken in seinem wirklichen Werthe;
- 2) das Passiv-Vermögen gleichfalls nach Rubriken und mit spezieller Aufzählung:
 - a) des für sämtliche Mitglieder erforderlichen Deduktionkapitals;
 - b) der auf 31. Dezember verfällenen Renten- und Kapitalversicherungsbeträge;
 - c) der auf 31. Dezember verfällenen Rückvergütungsbeträge;
 - d) ebenso der verfällenen Lebens- und Ueberlebensversicherungsbeträge;
 - e) der Verbindlichkeiten der Spar- und Depositenkasse an Kapital und Zinsen.

Eine Vergleichung des Aktiv- und Passivstandes ergibt das reine Vermögen der Anstalt.

§. 95. Das reine Vermögen der Anstalt theilt sich in die beiden Sicherheitsfonds und in den allgemeinen Reservefond. Die ersten sind dazu bestimmt, die Abweichungen der wirklichen von der bei Feststellung der Tarife vorangegangenen Sterblichkeit auszugleichen; der letztere die zu Deduktion sonstiger Ausfälle und zum Betrieb des Geschäftes nöthigen Mittel zu gewähren.

§. 96. Es besteht ein Sicherheitsfond für die Kapital- und Renten-Versicherungen und ein solcher für die Lebens- und Ueberlebens-Versicherungen. Ersterer soll wenigstens 2 und höchstens 3 % des Deduktionkapitals der Kapital- und Renten-Versicherungen betragen. Die Größe des letzteren bestimmt sich nach dem Unterschied zwischen dem Gesamtreduktionkapital und dem Gesamtbetrag der versicherten Summe, und es soll derselbe wenigstens 2 %, und höchstens 5 % jenes Unterschiedes betragen. Bei Ermittlung des Gesamtbetrags der versicherten Summen wird für die Ueberlebensrenten ihr jeweiliger Kapitalwerth in Rechnung genommen.

§. 97. Die regelmäßigen Einnahmen der beiden Sicherheitsfonds bestehen in den Ueberschüssen, welche sich durch die wirkliche gegenüber der bei Feststellung der Tarife vorangegangenen Sterblichkeit, durch die ein-

zelnen Mitgliedern gewährten Abfindungen, ferner bei Lebens- und Ueberlebens-Versicherungen durch den Sicherheitszuschlag ergeben, wie andererseits in ungünstigen Jahren ein durch die wirkliche Sterblichkeit herbeigeführter Abmangel aus diesen Sicherheitsfonds zu erkennen ist.

§. 98. Wenn der eine oder der andere dieser Sicherheitsfonds unter seinen Normalstand herabsinkt, oder so lange er denselben nicht erreicht hat, sind diejenigen Beträge, welche aus dem allgemeinen Reservefond beauftragt zur Vertheilung einer Dividende auf die betreffende Hauptversicherungsform entfallen, zunächst zur Ergänzung ihres Sicherheitsfonds zu verwenden.

§. 99. Der allgemeine Reservefond ist für sämtliche Mitglieder der Anstalt gemeinschaftlich. Derselbe soll wenigstens 4 und höchstens 8%, des für sämtliche Mitglieder erforderlichen Deckungskapitals, sowie der bei der Spar- und Depositokasse als Anlehen angelegten Kapitalien betragen. Bei Bestimmung des Minimums ist indessen vorausgesetzt, daß die zum Betrieb des Geschäfts erforderlichen Vermögenstheile nach einem das Jahr hindurch sich ergebenden ungefähren Durchschnitt nicht über die Hälfte jenes Minimums ausmachen, inbeim andernfalls der Mehrbetrag an derartigen Vermögenstheilen in dasselbe nicht eingerechnet werden darf. Zum Betrieb des Geschäfts sind hauptsächlich diejenigen Vermögenstheile als erforderlich anzusehen, welche nicht oder nicht dauernd gegen Verzinsung angelegt werden können.

§. 100. Dem allgemeinen Reservefond fließen sämtliche Ueberschüsse zu, welche nicht speziell für die Sicherheitsfonds vorbehalten sind, gleichviel ob die Aktivvermögensverwaltung, oder das Versicherungswesen oder irgend ein anderer Umstand die Veranlassung dazu gegeben hat. Ebenso sind von demselben sämtliche bei dem Betrieb der Anstalt sich ergebende Ausfälle, welche nicht den beiden Sicherheitsfonds zur Last fallen, und ihrem Betrag oder ihrer Natur nach die Kräfte des allgemeinen Reservefonds nicht übersteigen, zu tragen. Der allgemeine Reservefond hat ferner den beiden Sicherheitsfonds, wenn deren Bestand unerschütet des in §. 97 bemerkten Zuflusses für die ihnen obliegenden Leistungen zeitweilig ungenügend sein sollte, die nöthigen Verschüsse unverzüglich und auf künftigen Wiedererfaz, jedoch nur in dem Maße zu gewähren, daß dadurch die zum Betrieb des Geschäfts erforderlichen Vermögenstheile nicht angegriffen werden.

§. 101. Die bei den vermögenswerten Fonds sich ergebenden Ueberschüsse sind ausschließlich zu Dividenden zu verwenden. Hat der Bestand dieser Fonds das vorgeschriebene Minimum überschritten, so kann der Ueberschuß ganz oder theilweise zu Vertheilung einer Dividende bestimmt werden. Ein Ueberschuß über das Maximum ist jedenfalls in dieser Weise zu verwenden. Es ist übrigens auch dann, wenn der allgemeine Reservefond das vorgeschriebene Minimum noch nicht erreicht hat, gestattet, den je im verflossenen Jahre erzielten Zuwachs bis zur Hälfte seines Betrags zu Vertheilung einer Dividende zu verwenden, Alles unbeschadet der in §. 98 getroffenen Bestimmung.

§. 102. So lange der betreffende Fond das vorgeschriebene Maximum noch nicht erreicht hat, kann die in den oben bemerkten Grenzen zulässige Vertheilung einer Dividende von dem Verwaltungsrathe nur mit Genehmigung des Gesellschafts-Ausschusses beschlossen werden.

§. 103. Die aus Ueberschüssen eines der beiden Sicherheitsfonds sich ergebende Dividende kommt nur denjenigen Mitgliedern zu gute, welche bei der betreffenden Hauptversicherungsform theilhaftig sind. Dagegen nehmen an der aus dem allgemeinen Reservefond sich ergebende Dividende sämtliche Mitglieder Theil.

§. 104. Die Vertheilung dieser letzteren Dividende erfolgt in der Weise, daß die zur Vertheilung bestimmte Summe zunächst auf den Gesamtbetrag:

- a) der Kapital- und Renten-Versicherungen,
- b) der Lebens- und Ueberlebens-Versicherungen,
- c) der Kapital-Einlagen,

je nach dem Verhältniß ihres Deckungskapitals ausgeschieden und der betreffenden Hauptbetheiligungsform zugewiesen wird.

§. 105. Derjenige Dividende-Anteil aber, welcher für die Renten- und Kapital-Versicherungen einerseits, für die Lebens- und Ueberlebens-Versicherungen andererseits ausgeschieden wird, ist eintretenden Falls vor Allem zu Ergänzung der Sicherheitsfonds, und erst nach deren Ergänzung auf ihren statutenmäßigen Betrag, unter analoger Anwendung der im §. 102 enthaltenen Vorchrift zur Austheilung an die Mitglieder zu verwenden. Gewährt der betreffende Sicherheitsfond selbst einen aus Dividende verwendbaren Ueberschuß, so ist letzterer mit dem von dem allgemeinen Reservefond herkommenden Betrag zu vereinigen, und es ergibt sich hiernach die für die betreffende Hauptversicherungsform disponible Dividende.

§. 106. Die Unterausbeilung der für die Kapital- und Renten-Versicherungen bestimmten Dividende wird hierauf folgendermaßen vorgenommen: Zunächst wird deren Gesamtbetrag unter die Versicherungen auf steigende und Leibrenten einerseits und unter die Versicherungen auf Kapitalien und ausgeschobene Renten andererseits, wiederum im Verhältniß der beiderseitigen Gesamtdeckungskapitalien, ausgetheilt. Für die weitere Unterausbeilung der hiernach auf die bemerkten Versicherungsformen entfallenden Summen auf die einzelnen dabei versicherten Mitglieder bilden sodann bei den Versicherungen auf steigende und Leibrenten die von den Einlegern

§. 125. Der sofort durch Stimmennmehrheit zu erwählende Vorsitzende hat die Verhandlungen zu leiten. Er bestimmt die Reihenfolge der zu verhandelnden Gegenstände, ertheilt das Wort, stellt die Fragen und zieht die Beschlüsse. Er hat den Protokollführer zu bezeichnen, wozu ein Beamteter der Anstalt verwendet werden kann.

§. 126. Die Beschlüsse der Generalversammlung werden nach Mehrheit der vertretenen Stimmen gefaßt, und zwar entscheidet bei den Wahlen die relative, bei andern Gegenständen die absolute Mehrheit.

§. 127. Zu authentischer Erklärung oder Abänderung der Statuten ist eine absolute Mehrheit von zwei Dritttheilen der vertretenen Stimmen erforderlich. Da jedoch eine Beschlusnahme in Gemäßheit des §. 112 nicht als eine Abänderung in den Statuten erscheint, so sind die in den Beilagen aufgestellten Berechnungen und deren Rechnungsgrundlagen in dem unterstellten Fall nicht als wesentliche Bestandtheile der Statuten zu betrachten und der Abänderung mit einfacher absoluter Stimmennmehrheit unterworfen.

§. 128. Anträge auf authentische Interpretation oder Abänderung der Statuten sind bei dem Verwaltungsrathe so zeitig anzugehen, daß dieselben von letzterem wenigstens vier Wochen vor der betreffenden Versammlung durch die öffentlichen Blätter zur Kenntniß der Mitglieder gebracht werden können. Ebenso sind Anträge auf Abreise der Berechnungen zu behandeln.

§. 129. Gegen ordnungsmäßig beschlossene Abänderungen der Statuten oder der Berechnungen steht den einzelnen Mitgliedern ein Einspruchrecht unter keinen Umständen, insbesondere auch dann nicht zu, wenn hierdurch die ihnen nach den früheren Bestimmungen zugesicherten oder in Aussicht gestellten Bezüge eine Abänderung erleiden sollten.

§. 130. Wird gegen einen von der Generalversammlung gefaßten Beschluß noch vor Beendigung derselben der Einspruch erhoben, daß durch denselben die besonderen statutenmäßigen Rechte einer der drei Hauptkategorien von Mitgliedern zum Vortheile der beiden andern Kategorien oder einer derselben verlegt würden, so muß eine abgesonderte Abstimmung der Mitglieder der sich beschwert erachteten Kategorie vorgenommen werden. Tritt deren Mehrheit dem gefaßten Beschlusse bei, so hat es hiebei sein Verweilen; schließt sich aber deren Mehrheit der gegen den Plenarbeschluß erhobenen Einsprache an, und kann eine Verständigung nicht erzielt werden, so kommt die Entscheidung über die Statthalftigkeit dieser Einsprache dem Schiedsgerichte zu, welches übrigens hiebei nicht an die Grundsätze des strengen formellen Rechts gebunden ist, sondern eben so sehr die gegenseitige Willigkeit und das Gemeinwohl der Anstalt berücksichtigen darf. In Ermangelung einer sofort in der Generalversammlung selbst geltend gemachten Einsprache sind auch die im Eingange dieses Paragraphen erwähnten Beschlüsse derselben für alle Mitglieder verbindlich und unanfechtbar.

§. 131. Vor jeder ordentlichen Generalversammlung hat der Verwaltungsrath den an dieselbe zu erscheidenden Rechenschaftsbericht zu veröffentlichen. Derselbe soll die erforderlichen Mittheilungen über den Stand und Erfolg der Anstalt in dem verflossenen Jahre enthalten, und ist demselben von dem Gesellschafts-Ausschusse die Beurkundung der Rechnungsergebnisse und des Standes des Gesellschafts-Vermögens, sowie die Ordrierung über eine etwa stattgefundene ausnahmungsweise Anlegung dieses Vermögens beizufügen.

§. 132. Demselben ist beizulegen:

- 1) die Bilanz (§. 94) nebst einer Nachweisung der Rechnungsergebnisse des verflossenen Jahres, insbesondere des Aktiv- und Passiv-Vermögensstandes;
- 2) ein Verzeichniß der in den Gesellschafts-Ausschuß wählbaren, in Stuttgart wohnhaften Personen;
- 3) ein Verzeichniß derjenigen Personen, welche bei den Kapital- und Renten-Versicherungen von einer Todesannahme bedroht sind;

Die eine der oben vorgeseheneu ekkstalen Aufforderungen an letztere kann je nach Umständen hiemit verbunden werden.

§. 133. Bei der Wahl in den Gesellschafts-Ausschuß findet schriftliche und geheime Stimmgebung statt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Loos.

B. Gesellschafts-Ausschuß.

§. 134. Der Gesellschafts-Ausschuß besteht aus fünfzehn von der Generalversammlung gewählten Mitgliedern. Wählbar sind die freit eigenen Rechts oder als gesetzliche Stellvertreter von Mitgliedern zur Theilnahme an der Generalversammlung berufenen Personen. Zehn der Ausschusmitglieder müssen in Stuttgart, die übrigen fünf können auch auswärts ihren Wohnsitz haben. Die Mitglieder des Ausschusses beziehen als solche keinen Gehalt. Auswärtige Mitglieder sind jedoch für ihren Reiseaufwand zu entschädigen.

§. 135. Je nach Ablauf von zwei Jahren treten fünf Mitglieder aus. Das Loos bestimmt die Reihenfolge, in welcher die erstmals gewählten fünfzehn Mitglieder austreten. In der Folge dauert das Amt eines Ausschusmitglieds je sechs Jahre. Die Ausretenden sind sogleich wieder wählbar.

§. 136. Die Generalversammlung wählt je in demjenigen Jahre, in welchem Mitglieder in den Gesellschafts-Ausschuß zu wählen sind, fünf in Stuttgart wohnhafte Ersatzmänner, welche im Fall der Verhinderung oder des Austritts eines Ausschusmitglieds zeitweilig, beziehungsweise bis zu der nächsten Generalversammlung an

dessen Stelle treten. Letztere hat sodann an die Stelle des vor Ablauf seiner Wahlperiode ausgetretenen Ausschussesmitglied für den Rest der letzteren eine neue Wahl vorzunehmen.

§. 137. Der Gesellschafts-Ausschuss wählt aus seiner Mitte je auf die Dauer von zwei Jahren einen Präsidenten, einen Stellvertreter desselben und einen Schriftführer; als letzterer kann auch ein Beamter der Anstalt verwendet werden. Zur Gültigkeit der Beschlüsse des Gesellschafts-Ausschusses ist die Anwesenheit von mindestens acht Mitgliedern, beziehungsweise Ersatzmännern erforderlich. Der Ausschuss faßt seine Beschlüsse mit absoluter Stimmenmehrheit. Der Präsident hat nur bei Stimmengleichheit eine Stimme.

§. 138. Die Aufgabe des Ausschusses umfaßt folgende Haupterichtungen:

- 1) Er bildet die ständige Commission der Generalversammlung für die ihr zukommende Abnahme der Rechnung und Kontrolle über die Verwaltung im Allgemeinen.

- 2) Es ist ihm in den hiernach speziell bezeichneten Verwaltungssachen die Genehmigung, beziehungsweise Beschlussfassung vorbehalten.

- 3) Er hat über Beschwerden einzelner Mitglieder wegen Verletzung ihrer statutenmäßigen Rechte durch den Verwaltungsrath, überhaupt über Streitigkeiten, welche sich aus den gegenseitigen Verhältnissen der Anstalt zu ihren einzelnen Mitgliedern ergeben, zu entscheiden.

- 4) Er hat den Director, den Rechtsrath, die übrigen Mitglieder des Verwaltungsraths und deren Stellvertreter, sowie die Mitglieder des Anstalts-Schiedsgerichts zu wählen.

Für die pflichtmäßige Vollziehung dieser Aufgabe sind die Mitglieder des Gesellschafts-Ausschusses der Generalversammlung nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen verantwortlich.

§. 139. In seiner Eigenschaft als ständige Kontrollcommission hat er insbesondere über das Kassen- und Rechnungswesen der Anstalt eine fortwährende Aufsicht zu führen, die Kassenvorräthe und Umlaufen nach Ordnen zu führen und die Revision der Rechnung vornehmen zu lassen. Die Kassen der Anstalt und die Umlaufen müssen vom ihm wenigstens einmal im Jahr unvermuthet gestärkt werden, und ist hiebei mit der Zeit das Sturzes zu wechseln. Diesen Sturz hat der Präsident unter Zuziehung zweier weiterer Ausschussmitglieder zu leiten und das Resultat dem Ausschusse vorzulegen. Zur Revision der Rechnung hat der Ausschuss einen aus der Kasse der Anstalt zu behebenden, hiezu befähigten Mann zu bestellen, welcher das Ergebnis der Revision dem Ausschusse vorzulegen hat. Die Braufsichtigung der Revision und die Erstattung des Vortrages über dieselbe wird einem Referenten aus der Mitte des Ausschusses übertragen, und hat der Ausschuss über das Ergebnis der Rechnungsrevision Beschlüsse zu fassen, welches auch der Generalversammlung vorzutragen. Dem Rechnungsabbericht des Verwaltungsraths hat er eine Beurtheilung darüber beizufügen, daß, beziehungsweise ob er denselben in Uebereinstimmung mit den Rechnungsbüchern, und mit dem vorhandenen Vermögen gefunden habe.

§. 140. Ausstellungen, zu welchen die Revision der Rechnung oder die Verwaltung im Uebrigen dem Ausschusse Veranlassung gibt, hat derselbe dem Verwaltungsrath zur Aeußerung und etwaigen Erledigung mitzutheilen. Kann auf diesem Wege eine Ausgleichung nicht erzielt werden, so bleibt es dem Ausschusse überlassen, bei der Generalversammlung die ihm nöthig scheinenden Beschlüsse zu beantragen und erforderlichen Falls von dem Verwaltungsrath die Einkerbung einer außerordentlichen Generalversammlung zu verlangen. Nur wenn nach dem pflichtmäßigen Ermeßen des Gesellschafts-Ausschusses die Interessen der Anstalt durch den Verwaltungsrath schwer gefährdet, eine anderweitige Abhilfe aber nicht zu erzielen wäre, und dringende Gefahr auf dem Verzug stünde, kann derselbe den Verwaltungsrath, oder einzelne Mitglieder desselben, beziehungsweise den Vorstand suspendiren und, für die Verwaltung, provisorische Vorkehrung treffen. In diesem Falle ist alsbald eine Generalversammlung einzuberufen, welcher in Gemäßheit des oben angeführten Paragraphen die weiteren Verfügungen anheimgestellt sind.

§. 141. Beschlüsse der Aeußerung der ihm obliegenden Kontrolle steht dem Ausschusse, welcher hiemit auch einzelne seiner Mitglieder beauftragen kann, die Einsicht aller Rechnungsbücher, Alben, Urkunden der Anstalt, sei es auch die Mitglieder des Verwaltungsraths und die Beamten je zu ihrem Theile verpflichtet, ihm auf Verlangen genügende Auskunft und Nachweisung zu geben. Dasselbe Recht hat der Präsident des Ausschusses für sich allein, welchem auch die Kassenauszüge und Monatsbilanzen vorzulegen sind.

§. 142. Folgende Verwaltungssachen sind der Beschlussnahme des Gesellschafts-Ausschusses vorbehalten:

- 1) Die Regulierung der Gehalte, sowie überhaupt aller Belohnungen und Vergütungen an die Mitglieder des Verwaltungsraths;

- 2) Die Bestimmung der Besoldungen des Bureaupersonals;

- 3) Die Bestimmung der von dem Bureaupersonal zu bestellenden Rationen;

- 4) Die Bestimmung der von dem Bureaupersonal zu bestellenden Rationen;

- 5) zur Eingehung anderer, als der in den Statuten vorgesehenen Versicherungsgeschäfte;

- 6) zur Festlegung des Eintrittsgeldes für die Kapitaleinlagen wie für die einzelnen Versicherungsgesellschaften und der Umschreibgebühr für die einzelnen Arten des Uebergangs;

- 7) zur Ablehnung weiterer Aufstellungen von Kapitaleinlagen, und zur Kündigung solcher Einlagen

- 8) zur Kündigung der Anstalt;

- 7) zu Feststellung der besonderen Bestimmungen für den Fall einer Gruppenversicherung;
- 8) zu Einlegung von Vermögensbitten in andere als der in dem §. 90 vorgezeichneten Weise;
- 9) zu Eingehung von Verbindlichkeiten, welche sich nicht aus dem statutenmäßigen Betrieb der Anstalt und der statutenmäßigen Verwaltung ihres Vermögens ergeben, insbesondere zu Aufnahme von Geldern;
- 10) zu Feststellung oder Abänderung der näheren Vorschriften in Betreff der mit der Anstalt zu verbindenden Spar- und Depositionskasse;
- 11) zu Vertheilung einer Dividende, so lange der allgemeine Reversend oder der betreffende Sicherstellung ihr statutenmäßiges Maximum noch nicht erreicht haben;
- 12) zu Eingehung der Verbindlichkeit, bei etwaigen Streitigkeiten zwischen der Anstalt und ihren einem auswärtigen Staate angehörigen Mitgliedern statt vor dem statutenmäßigen Schiedsgericht vor den ordentlichen Gerichten des betreffenden Staats Recht zu geben und zu nehmen;
- 13) zu Dienstaufsündigung oder Entlassung der bleibend angestellten Bureaubeamten.
- §. 143. Bei den vom Gesellschaftsausschuss obliegenden Wahlen sind die betreffenden Personen je einzeln zu wählen. Wenn sich hierbei eine absolute Stimmenmehrheit wiederholt nicht ergeben hat, so kann im dritten Wahlgang nur über diejenigen beiden Personen abgestimmt werden, welche im zweiten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben.

C. Verwaltungsrath.

§. 144. Der Verwaltungsrath besteht aus fünf von dem Gesellschaftsausschuss gewählten Personen, nämlich: a) dem Direktor, b) dem Revisor (Zustützer), c) drei weiteren Mitgliedern.

§. 145. Bei der Wahl des Direktors und Revisors ist der Gesellschaftsausschuss nicht auf die Mitglieder der Anstalt beschränkt. Die drei übrigen Mitglieder des Verwaltungsraths sind aus der kraft eigenen Rechts oder als gesetzliche Stellvertreter von Mitgliedern zur Theilnahme an der Generalversammlung berechtigten Personen zu wählen. Es sind auch Mitglieder des Gesellschaftsausschusses wählbar, da aber Niemand zugleich Mitglied des Gesellschaftsausschusses und des Verwaltungsraths sein kann, so hat der Gewählte in einem solchen Fall, wenn er in den Verwaltungsrath eintreten will, aus dem Gesellschaftsausschuss auszutreten, und es rückt an seine Stelle ein Ersatzmann ein.

§. 146. Sämmtliche Mitglieder des Verwaltungsraths müssen in Stuttgart ihren Wohnsitz haben. Die Mitglieder des Verwaltungsraths dürfen bei der Leitung und Verwaltung einer mit der Anstalt konkurrierenden Anstalt nicht betheilig sein. Den Mitgliedern des Verwaltungsraths ist die Annahme eines Besandes oder einer Belohnung von irgend Jemand, der mit der Anstalt in Verkehr, insbesondere in einem Geldverkehr steht, sowie jede Art der eigenen Betheiligung an den von Dritten mit der Anstalt eingegangenen Geschäften untersagt. Die Mitglieder des Verwaltungsraths haften jeder für seinen Theil in derselben Weise, wie öffentliche Verwalter, für die durch ihre Schuld der Anstalt erwachsenden Verluste.

§. 147. Der Direktor und der Revisor werden von dem Gesellschaftsausschuss in bleibender Weise ernannt, d. h. ohne daß durch den bloßen Zeitablauf eine Neubahl derselben nöthig gemacht würde. In den mit denselben über ihre Anstellung abzuschließenden Verträgen ist ausdrücklich festzusetzen, daß und in welcher Form sie von dem Gesellschaftsausschuss wegen Nichtverlegung, Untauglichkeit oder aus andern Gründen entlassen werden können. Von den drei übrigen erstmals gewählten Mitgliedern des Verwaltungsraths tritt das eine nach zwei, das andere nach vier, das dritte nach sechs Jahren aus. Das Loos bestimmt die Reihenfolge, in der die erstmals gewählten drei Mitglieder austreten. In der Folge dauert das Amt dieser Mitglieder je sechs Jahre. Die Ausgetretenen sind sogleich wieder wählbar.

§. 148. Im Fall der längeren Verhinderung oder des Austritts eines Mitglieds ernannt der Gesellschaftsausschuss einen Stellvertreter. Bei gänzlichem Austritt eines der aus sechs Jahre gewählten Mitglieder wird ein Stellvertreter für den Rest der Wahlperiode als Mitglied des Verwaltungsraths gewählt.

§. 149. Dem Vorsitz im Verwaltungsrath führt der Direktor. Die Geschäftsführung wird einem Bureaubeamten der Anstalt übertragen. Der Verwaltungsrath faßt seine Beschlüsse nach absoluter Stimmenmehrheit. Zu Fassung eines gültigen Beschlusses ist die Anwesenheit von wenigstens drei Mitgliedern erforderlich. Im Fall der Stimmengleichheit gilt diejenige Ansicht als Beschuß, für welche sich der Direktor entschieden hat. Die Mitglieder des Verwaltungsraths erhalten einen mit der Größe ihrer Bemühungen und den Kräften der Anstalt im Verhältnis stehenden Gehalt.

§. 150. Dem Verwaltungsrath ist die gesammte Verwaltung der Anstalt übertragen, beziehungsweise untergeordnet. Es liegt ihm die Beforgung sämmtlicher Angelegenheiten der Anstalt in rechtlicher und administrativer Beziehung ob, welche von den Statuten nicht ausdrücklich einem andern Organe vorbehalten worden sind. Der Verwaltungsrath hat in administrativer Beziehung namentlich die Führung der Bücher und deren

Abschluß zu überwachen, das Ergebnis des letzteren, beziehungsweise die Rechnung anzuerkennen, und durch diese, sowie durch Erhaltung des jährlichen Rechnungsführers über seine Verwaltung Rechenschaft abzulegen. Er vertritt die Anstalt hinsichtlich ihrer Rechte und Verbindlichkeiten sowohl gegenüber den den Vereinsmitgliedern, als auch gegenüber den dritten Personen und den Behörden.

§. 151. Die Erledigung milder bedeutender Verwaltungs- Angelegenheiten kann der Verwaltungsrath ständig dem Direktor übertragen; soweit dieselben aber rechtlicher Natur sind, ist die Mitwirkung und Zustimmung des Rechtsraths, und falls ein ständiger Referent für sie bestellt ist, des letzteren nothwendig.

§. 152. Der Verwaltungsrath hat diese, sowie die zur kollegialischen Beforgung vorbehaltenen Angelegenheiten zu beschließen. Er ist befähigt zu jeder Zeit berechtigt, erstere wieder an sich zu ziehen und maßgebende Beschlüsse zu fassen. Dasselbe Recht steht ihm bezüglich derjenigen Geschäfte zu, welche die Statuten selbst als die vorzugsweise Aufgabe des Directors und des Rechtsraths bezeichnen haben.

§. 153. Die Bureaugeschäfte werden unter steter Aufsicht und Leitung des Verwaltungsraths, des Directors und des Rechtsraths von den Bureaubeamten, die hiernach bezeichneten Geschäfte der Anstalt außerhalb ihres Sitzes in derselben Weise von den Agenten besorgt.

§. 154. Der Verwaltungsrath hat die Bureaubeamten und die Agenten auf wechselseitige Aufständigung anzuweisen und ertheilt ihnen eine Dienstinstruktion. Die Aufständigungsfrist soll den Zeitraum von drei Monaten nicht übersteigen.

§. 155. Alle Ausfertigungen der Verwaltung werden im Namen des Verwaltungsraths von dem Direktor unterzeichnet. Letzterer ist dafür verantwortlich, daß die von ihm unterzeichneten Ausfertigungen den Beschlüssen des Verwaltungsraths, beziehungsweise dem ihm ertheilten ständigen Auftrage entsprechen.

§. 156. Alle die Anstalt verpflichtenden Urkunden, insbesondere Urkunden über Kapital- Einlagen, Versicherungen- Urkunden, Sparkassen- und andere Schuldscheine, Verträge u. s. f., erfordern die Unterschrift des Directors, des Rechtsraths, des Kassiers und des Buchhalters. Sie müssen ferner mit dem Anstaltsiegel versehen sein. Bei bloßen Quittungen genügt die Unterschrift des Kassiers und des Buchhalters. Die in der bezeichneten Weise ausgefertigten Urkunden sind für die Anstalt bindend. Verloren gegangene Einlagen- und Versicherungs- Urkunden Sparkassen- und Depositionsscheine, Coupons, Talons, Interimsscheinigungen können nur nach vorangegangener Amortisation, welche unter Vermittlung des Verwaltungsraths zu bewirken ist, durch neue ersetzt werden. Die neuen Urkunden werden an die nach den Büchern der Anstalt als berechtigt anzunehmenden Personen oder deren gesetzliche Vertreter gegen Ertrag der Kosten der Amortisation ausgeteilt.

1106 §. 157. Direktor, Rechtsrath und übrige Mitglieder des Verwaltungsraths.

§. 157. Der Direktor soll ein für die Verwaltung der Anstalt befähigter, im kaufmännischen Rechnen, wesen, oder in der Administration hinlänglich bewandelter Mann sein.

§. 158. Derselbe ist Vorstand der Anstalt und hat die oberste Leitung der Geschäfte. Er bestimmt die Sitzungen des Verwaltungsraths, führt in denselben den Vorsitz und sorgt für die Vollziehung der gefassten Beschlüsse; er unterzeichnet die Ausfertigungen und Urkunden der Anstalt; er führt die unmittelbare Aufsicht über die Bureaubeamten und Agenten; er leitet insbesondere das Kassens- und Rechnungswesen, sowie das Versicherungsgeschäft, und ist im Verwaltungsrathe der Referent in administrativen Angelegenheiten. Er hat am Schlusse jeden Monats dem vom Kassier zu fertigenden Kassenausgang und die von dem Buchhalter auszuschickende Monatsbilanz zu prüfen und anzuerkennen, sich auch von dem Vorhandensein des berechneten Kassenvorraths zu überzeugen. Außerdem hat er von Zeit zu Zeit im Gemeinschaft mit einem weiteren Mitgliede des Verwaltungsraths und dem Buchhalter einen unvermutheten Kassensatz vorzunehmen. Die ihm, beziehungsweise ihm unter Mitwirkung des Rechtsraths oder des betreffenden Referenten zur alleinigen Beforgung zugewiesenen Gegenstände hat er gehörig zu erledigen, überhaupt aber für den geordneten Fortgang der Verwaltung in Gemäßheit der Statuten und der sonstigen organischen Bestimmungen Sorge zu tragen.

§. 159. Der Rechtsrath soll ein zum Richteramt befähigter, hinlänglich erfahrener Rechtsgelehrter sein.

§. 160. Derselbe ist im Fall einer vorübergehenden Verhinderung des Directors dessen Stellvertreter, und hat alle rechtlichen Angelegenheiten der Anstalt zu besorgen. Insbesondere liegt ihm hinsichtlich der Verwaltung des Aktivvermögens die Wahrung der rechtlichen Interessen der Anstalt ob; er prüft die Informationspflicht und Schuld Dokumente in Beziehung auf Güte, rechtliche Form und Sicherheit, er begutachtet die Eingehung von Verträgen und sonstigen Verbindlichkeiten, er leitet das Schuldlagewesen und führt neben dem Direktor über die Bureaubeamten bezüglich der Aktivvermögensverwaltung die unmittelbare Aufsicht; er ist im Verwaltungsrathe der Referent in rechtlichen Angelegenheiten, und sofern er zur Rechtspraxis ermächtigt ist, in der Regel der Bevollmächtigte der Anstalt in deren Rechtsstreitigkeiten. Die ihm in alleiniger Gemeinschaft mit dem Direktor zugewiesenen rechtlichen Angelegenheiten hat er gehörig zu besorgen und alle die Anstalt verpflichtenden Urkunden mit zu unterzeichnen. Anstände, welche sich hinsichtlich der gegenseitigen Rechtsverhältnisse zwischen der Anstalt und einzelnen Mitgliedern ergeben, sind von ihm zu begutachten, und er hat hierüber seine

Anträge im Verwaltungsrathe zu stellen. Ueberhaupt aber, hat er sein Augenmerk auf genaue Einhaltung der Statuten von Seiten der verschiedenen Organe der Anstalt zu richten und, im Fall einer Verletzung, die geeigneten Schritte zu Wiederherstellung des statutenmäßigen Zustandes einzuleiten.

§. 161. Die übrigen Mitglieder des Verwaltungsraths haben in Gemäßheit der §§ 150—154 an der Verwaltung der Anstalt, sowie an den Sitzungen Theil zu nehmen. Den Direktor und den Revisorath, so weit es nöthig erscheint, in ihrer Thätigkeit, insbesondere durch Uebernahme des Revisors einzelner Gegenstände zu unterstützen, bei einer vorübergehenden Verhinderung derselben ihre Stelle zu vertreten und, über die wichtigeren Fragen ein Collegialrat zu erstatten.

Es kann auch einzelnen dieser Mitglieder nach dem Ermessen des Verwaltungsraths das ständige Revisorat eines bestimmten Geschäftszweiges übertragen werden, in welchem Fall derselben die einschlägigen, hiezu getheilten Verfügungen in allererster Gemeinschaft mit dem Direktor zu besorgen haben.

§. 162. Zur Vergütung der Lebens- und Ueberlebens-Versicherungsanträge, sowie der Sterbefälle bei dieser Art von Versicherungen in medizinischer Beziehung steht dem Verwaltungsrathe ein gewisser Theil zur Seite, dessen Gutachten vor jeder Aufnahme und vor jeder auf dem Tode des Versicherten beruhenden Auszahlung oder Einweisung in den Heilungsgenuß einzuholen ist. Seine Bestellung geschieht nach den Vorschriften der Statuten in widerruflicher Weise.

§. 163. Die Agenten nehmen Aufnahmeforschung entgegen und befördern solche an den Verwaltungsrath; sie vollziehen dessen Beschlüsse bezüglich der auswärtigen Mitglieder, sie erheben von diesen die Einlagen, besorgen die Auszahlung von Jahresrenten, von Rückvergütungen und versicherten Kapitalien, sowie die übrigen Aufträge des Verwaltungsraths, insbesondere auch in Betreff der Verwaltung des Umlaufvermögens der Anstalt. Sie sind an die Einhaltung der Statuten gebunden.

§. 164. Die Agenten erhalten ihre Dienstinstruktion vom Verwaltungsrathe, welcher auch die ihnen für ihre Dienstleistung zu gewöhnlicher Vergütung und die nach Umständen zu bewillende Ration festsetzt.

§. 165. Die Agenten stellen für die an sie geleisteten Zahlungen Interimsscheinungen aus, welche binnen drei Monaten gegen Versicherungsurkunden, beziehungsweise von dem Kassier und Buchhalter unterzeichnete Quittungen, eingewechselt werden sollen. Wenn diese Einreichung binnen drei Monaten von dem Agenten nicht bewirkt wird, so hat der Zahlende binnen eines weiteren Monats dem Verwaltungsrath von der gemachten Zahlung Anzeige zu erstatten, widrigenfalls er einen etwaigen Verlust des Geldes bei dem Agenten selbst zu tragen hat.

Als General-Bevollmächtigter für die Königl. Preussischen Staaten ist Herr

F. A. Wehlhose in Berlin, Landsbergerstr. 78, ernannt.

Zu Geschäftsführern der Anstalt sind der Königl. Preussische Staatsanzeiger und die Deutsche Versicherungs-Zeitung bestimmt.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg

Stück 43.

Ausgegeben zu Merseburg am 25. October 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(814) Die Vereinigung des Gemeindebezirks Grünstraße mit dem Gemeindebezirk der Stadt Delitzsch betr.

Durch Allerhöchste Ordre vom 2. August c. ist die Vereinigung des ländlichen Gemeindebezirks Grünstraße mit dem Gemeindebezirk der Stadt Delitzsch auf Grund der Bestimmungen im §. 2. der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1853 und die Abtretung der dem Königl. Domänen-Fiskus zustehenden polizeibeherrschenden Gewalt in der seitverigen Gemeinde Grünstraße an den Magistrat zu Delitzsch landesherrlich genehmigt worden, was hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Merseburg, den 6. October 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(815) Den Beisitzern zu der Eingekung der emittirten Herzoglich Anhalt-Deßsauesen Staatskassenscheine in Appoints zu 1 Tkr. betr.

Durch Bekanntmachung der Herzoglich Anhalt-Deßsauesen Staatskassen-Verwaltung in Dessau vom 10. März c. sind alle Inhaber der auf Grund des Gesetzes vom 1. August 1849 emittirten, Herzoglich Anhalt-Deßsauesen Staatskassenscheine in Appoints zu 1 Tkr. aufgefordert worden, diese Staatskassenscheine zum Umtausch zu bringen und zwar spätestens bis zum 1. April 1863, indem nach Ablauf dieser Frist alle nicht eingelieferten Staatskassenscheine der bezeichneten Art ihre Gültigkeit verlieren und alle Ansprüche wegen derselben an die Herzoglichen Kassen erlöschen.

Höherer Anordnung zufolge bringen wir dies anderweit zur öffentlichen Kenntniss.

Merseburg, den 17. October 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(816) Nachtrag zu dem Statut der Werchen-Weissenfeller Braunkohlen-Actien-Gesellschaft.

Der in der vorgeschriebenen anderaumten und am 27. Juni 1862 zu Weissenfels abgehaltenen General-Versammlung der Werchen-Weissenfeller Braunkohlen-Actien-Gesellschaft beschlossene

Nachtrag

zu dem unterm 20. Juli 1857 Allerhöchst bestätigten Statut der Werchen-Weissenfeller Braunkohlen-Actien-Gesellschaft in Weissenfels als:

I. Im §. 17. soll der erste Satz künftig lauten:

„In jedem Geschäftsjahre beruht der Verwaltungsrath vor dem 1. August die regelmäßige General-Versammlung.“

(Der weitere Inhalt des §., beginnend mit den Worten: „Außerordentlich“ bis zum Schluß, bleibt unangewandelt.)

II. §. 26. soll künftig lauten:

„Unmittelbar nach dem 31. März jedes Jahres sind sämtliche Geschäftsbücher abzuschließen, ein vollständiges Inventarium über das ganze Geschäftsvermögen aufzunehmen und die Bilanz zu ziehen. Dieser Gesamtabschluss ist sodann baldigst den nach §. 21. gewählten Commissarien im Local der Gesellschaft zur Prüfung vorzulegen. Die Bilanz wird nach Feststellung der Königlichen Regierung zu Merseburg sofort mitgetheilt und durch die Gesellschaftsblätter bekannt gemacht.“

III. Der erste Satz des §. 29. soll künftig lauten:

„Die Dividenden werden alljährlich am 1. August auf dem Comtoir der Gesellschaft in Weissenfels gegen die ausgegebenen Dividendenscheine gezahlt.“

(Der Schluß des §., beginnend mit den Worten: „Die Dividenden verfahren“, bleibt unangewandelt.)

IV. Der Context des Dividendenscheins soll künftig lauten:

„Gegen Rückgabe dieses Scheins empfängt Inhaber am 1. August 1862 auf dem Comtoir der

Gesellschaft in Weiskensels denjenigen Antheil von dem Reinertrage, welcher für das Geschäftsjahr vom 1. April 18... bis 31. März 18... statutengemäß bekannt gemacht werden wird.“

(Sonst ungeändert.)

Weiskensels, den 27. Juni 1862.

Jacob. E. Dörzig. Delzen.

und der nachstehende Allerhöchste Erlaß:

Auf den Bericht vom 19. September d. J. ertheile Ich den, in dem anbei zurücksolgenden notariellen Protocolle vom 27. Juni d. J. zusammengefaßten Abänderungen des Statuts der mittelst Urkunde vom 20. Juli 1857 bestätigten Weiskensels Weiskensels Braunkohlen-Actien-Gesellschaft zu Weiskensels auf Grund des Artikels 12. des Einführungsgegesetzes zum Allgemeinen deutschen Handels-Gesetzbuche vom 24. Juni v. J. hierdurch Meine Befähigung.

Schloß Babelsberg, den 24. September 1862.

Wilhelm.

Graf zur Lippe. v. Holzbrunn.

An den Justiz-Minister und den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Merseburg, den 16. October 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(817) Preisverzeichniß der Königlich Landbesaumschule bei Potsdam.

Von der Königlich Landbesaumschule zu Sans-Souci bei Potsdam ist das Preisverzeichniß der in- und ausländischen Wald-, Obst- und Schmuckbäume und Zier- und Obststräucher, welche aus der gedachten Anstalt zu beziehen sind, für das Jahr 1862/3 erschienen. Dasselbe kann bei den Königlich Landraths-Ämtern unseres Verwaltungsbereichs eingesehen werden, was wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß bringen.

Merseburg, den 18. October 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(818) Capitalien-Ausleihung aus dem Fonds des Procuraturamts zu Reg.

Bei dem Procuraturamt zu Reg. sind Capitalien auf Grundstücke zum Zinsfuß von 4 1/2 Procent bis zum Betrage von 19,000 Thlr. zum 1. Januar und 1. April l. J. auszuliehen. Bewerber werden aufgefordert, ihre Anträge binnen 4 Wochen a dato unter Beifügung der erforderlichen Nachweise der Sicherheit bei der unterzeichneten Regierung einzureichen.

Merseburg, den 17. October 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulanwesen.

(819) Die Klassensteuerfreiheit und Klassensteuerpflichtigkeit der im Auslande lebenden Preussischen Staatsangehörigen betr.

In Betreff der Klassensteuerpflichtigkeit der im Auslande sich aufhaltenden Preussischen Staatsangehörigen wird bestimmt, daß fortan diejenigen Personen, welche unter Aufgebung ihres Wohnsitzes in einem inländischen Klassensteuerpflichtigen Orte denselben in das Auslande verlegen, wenigstens deren Staatsangehörigkeit nicht erlöschen ist, zur Klassensteuer während ihres Aufenthaltes im Auslande nicht ferner herangezogen sind. Es ist deshalb in allen Fällen, wo der Verlust des Wohnsitzes in dem Klassensteuerpflichtigen Orte mit der Verlegung desselben in das Auslande verbunden ist, von der bei Auskündigung der Pässe oder Heimathscheine zu ertheilenden Belehrung über die Fortdauer der Klassensteuerpflichtigkeit während des Aufenthaltes im Auslande, und ebenso von der Vorentscheidung gedachter Legitimationen wegen der nach Verlegung des Wohnsitzes fällig gewordenen Klassensteuer Abstand zu nehmen.

Einschließlich derjenigen Klassensteuerpflichtigen Personen, welche unter Beibehaltung des inländischen Wohnsitzes einen vorübergehenden Aufenthalt im Auslande nehmen, oder dort einen zweiten Wohnsitz begründen, ohne daß der bisherige inländische Wohnsitz in einem Klassensteuerpflichtigen Orte erlischt, bewendet es bei den bestehenden Vorschriften.

Die Königl. Regierung hat dafür Sorge zu tragen, daß die vorstehenden Bestimmungen den Unterbeförden unverzüglich bekannt gemacht und vom 1. October d. J. ab allgemein zur Anwendung gebracht werden. Das durch die Circular-Verfügung des Finanz-Ministers vom 13. Juli 1859 (HL 13,287.) angeordnete Verfahren bezüglich zu Klassensteuerrückstände der im Auslande abziehenden Staatsangehörigen kann beibehalten werden, insofern sich bei Ausführung der obigen Grundsätze im Bezirke derselben noch ein Bedürfnis dazu ergeben sollte.

Berlin, den 26. September 1862.

Der Finanz-Minister.

Der Minister des Innern.

Der Herr Herrschel.

Der Herr Herrschel.

Vorstehendes Rescript wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Nürnberg, den 7. October 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten.

(820) Bezeichnung eines Braunkohlen-Vergewalts.

Durch Urkunde von heute ist dem Stelger Gottlieb Klostermann zu Nork das in der Feldmark Sennewitz im Saalkreise, Bergrevier westlich Halle, belegene Braunkohlen-Bergwerk Vertha bei Sennewitz mit Fundgrube und Hüttenwerk fünf und vierzig $\frac{1}{2}$ Maassen georteten Feldes verliehen worden.

Halle, den 2. October 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

(821) Die Lieferung des Bedarfs an Roggen, Hafer und Stroh für die Magazine des Bereichs des 4. Armee-Corps pro 1863 betr.

Die Lieferung des Bedarfs an Roggen, Hafer und Stroh für die königlichen Magazine des hiesseitigen Corpsbereichs pro 1863 soll im Wege des Submissions-Verfahrens an Mindestfordernde verhandelt werden. Zu diesem Behuf werden folgende Termine angesetzt:

- 1) Hiersebst im dem Bureau der unterzeichneten Stelle am Dienstag den 28. d. M., Morgens 10 Uhr, wegen der Lieferung für die Magazine hiersebst, zu Schönebeck, Stendal, Salzwedel, Barby, Magersleben, Quedlinburg und Halberstadt;
- 2) zu Wittenberg im Geschäftslocal des dortigen Proviantamts auf Mittwoch den 29. d. M., Morgens 10 Uhr, wegen der Lieferung für die Magazine daselbst, zu Torgau, Remberg und Schmiedeberg;
- 3) zu Weissenfels im Bureau der Magazin-Verwaltung auf Donnerstag den 30. d. M., Morgens 10 Uhr, wegen der Lieferung für die Magazine zu Weissenfels, Merseburg und Naumburg;
- 4) zu Erfurt im Geschäftslocal des dortigen Proviantamts auf Freitag den 31. d. M., Morgens 10 Uhr, wegen der Lieferung für die Magazine daselbst, zu Langensalza und Mühlhausen.

Qualifizierte Lieferungs-Unternehmer, insbesondere Producenten, werden hierdurch aufgefordert, ihre Offerten versehen mit der Aufschrift: „Submission auf Lieferung von Roggen, Hafer und Stroh pro 1863“ vor den vorbezeichneten Terminen und zwar zu 1. an die unterzeichnete Stelle und zu 2. bis 4. an die Magazin-Verwaltungen der Orte, an welchen die Termine abgehalten werden, entweder einzuliefern oder persönlich abzugeben, auch der Eröffnung der Submission entweder selbst beizuwohnen oder sich durch gehörig legitimirte Personen vertreten zu lassen. Es wird jedoch ausdrücklich bemerkt, daß nach dem Stodeschlage 10 Uhr keine Submission mehr angenommen wird und daß jeder Submittent sich im Termine auf Erfordern seines Deputirten über seine Lieferungsfähigkeit durch ortsobrigkeitliche Atteste ausweisen muß. Die Offerten können auf beliebige Quantitäten lauten, doch ist die Zeit der Einkleidung, das Gewicht des Scheffels Körnerfrucht und das Magazin, für welches die Offerte erfolgt, darin anzugeben. Die über Lieferung zum Grunde zu legenden schriftlich aufgestellten Bedingungen sind in unserem Bureau und bei sämtlichen vorgebachten Magazin-Verwaltungen einzusehen und werden auch in den Terminen selbst offen liegen.

Magdeburg, den 14. October 1862.

Königliche Intendantur 4. Armee-Corps.

(822) Aufforderung zum Declairen von Geld- und Werthsendungen.

Für die Post abgegebenen Briefe mit Geld- oder Werthinhalt, deren Werth auf der Adresse nicht angegeben ist, wird im Falle ihres Verlustes oder der Beschädigung ihres Inhaltes den gesetzlichen Bestimmungen zufolge kein Schadenersatz geleistet; hat dagegen die Angabe des Werthes auf der Adresse stattgefunden, so erzieht die Postverwaltung den Schaden nach Maßgabe der Declaration. Im Interesse der Absender solcher Briefe liegt es daher, den Werth des Inhalts auf der Adresse der Briefe anzugeben und wird für diese Werthdeclaration nur eine im Verhältnis geringe, dem gewöhnlichen Portosatz hinzutretende Gebühr seitens der Post erhoben.

Diese Gebühr beträgt bei Sendungen bis 50 Thlr. an Werth, sofern dieselben den Preussischen Postbezirk nicht überschreiten,

für Entfernungen bis 10 Meilen 1 Sgr.,

für Entfernungen über 10 bis 50 Meilen 1 Sgr. 6 Pf.,

für größere Entfernungen 2 Sgr. 6 Pf.

Da solche Briefe indeß noch häufig ohne Werthangabe zur Post geliefert werden, so wird das Publikum auf die vorstehenden Bestimmungen hiernit wiederholt aufmerksam gemacht.

Halle, den 20. Juni 1862.

Der Ober-Postdirector. Straßl.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(828) Der Handelsgesellschaft **Albert Weber** und Comp. in Warmen ist unter dem 4. October 1862 ein Einführungs-Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, als neu und eigenthümlich erkannte Garn-Waschmaschine, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile derselbe zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

Personal-Chronik.

(824) Durch die Beförderung ihres bisherigen Inhabers ist die unter Privatpatronat stehende Pfarrstelle zu **Koltsch** mit **Käthig** in der Eparchie Werben vacant geworden. Ueber dieselbe ist bereits disponirt.

(825) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu **Ablum** mit **Stöckheim** und **Langeln** in der Diöcese **Berghausen** ist der bisherige Pfarrer **Gwallig** in **Koltsch** berufen und bestätigt worden.

(826) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu **Neussen** in der Diöcese **Belgern** ist der bisherige Hülfsprediger in **Stendal**, **Friedrich Heinrich Justin Kromphardt**, berufen und bestätigt worden.

(827) Zu der erledigten evangelischen Frühpredigerstelle an der Predigerkirche zu **Erfurt** ist der bisherige Nachmittagsprediger **Kaufmann** an **St. Thomä** daselbst berufen und bestätigt worden. Patron der dadurch vacant werdenden Stelle ist der Magistrat zu **Erfurt**.

(828) Zu der erledigten evangelischen Pfarrvicarstelle zu **Schönstedt** in der Diöcese **Weißenfe** ist der bisherige Rector in **Alleben**, **Friedrich Albert König**, ernannt worden.

(829) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu **Cade** in der Diöcese **Bieslar** ist der bisherige Predigant's-Candidat **Adolph Friedrich Ferdinand Wasmandorf** berufen und bestätigt worden.

(830) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu **Thalwinkel** mit **Trebsdorf** in der Diöcese **Frohburg** a. d. U. ist der bisherige Predigant's-Candidat und Rector **Rudolph Theodor Christian Walb** berufen und bestätigt worden.

(831) Zu der erledigten evangelischen Archidiaconatsstelle zu **Herzberg** mit dem Pfarramt zu **Gröden** in der Diöcese **Herzberg** ist der bisherige Predigant's-Candidat **Gustav Ferdinand Krause** berufen und bestätigt worden.

(832) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu **Hohenkirchen** mit **Bernsdorf** in der Diöcese **Zeitz** ist der bisherige Predigant's-Candidat **Franz Adolph Wiedemann** berufen und bestätigt worden.

(833) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu **Wegendorf** in der Diöcese **Querfurt** ist der bisherige Predigant's-Candidat **Otto Hann** berufen und bestätigt worden.

(834) Die Schul- und Küsterstelle in **Creuma**, Eparchie **Delitzsch**, Königl. Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(835) Der Maurermeister **Franke** in **Trottha** ist zum Schiedsmann für den Landbezirk **Trottha** im Saalkreise gewählt und verpflichtet worden.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Just in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für die beiden
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

A m t s - B l a t t

der Königl.ichen Regierung zu Merseburg.

Stück 22.

Ausgegeben zu Merseburg am 1. November. 1862.

- (836) Das 37. Stüd der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 25. October 1862, enthält unter:
- Nr. 5611. Allerhöchster Erlaß vom 17. September 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung einer Chaussee von Samplawa bis zur Grenze des Kreises Abau in der Richtung auf Deutsch-Polau, im Regierungsbezirk Marienwerder.
- Nr. 5612. Privilegium wegen Ausfertigung auf den Inhaber lautender Kreis-Obligationen des Kreises Abau im Betrage von 26,000 Thalern. Vom 17. September 1862.
- Nr. 5613. Allerhöchster Erlaß vom 17. September 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Chaussee von Rothschloß nach Streblen, im Regierungsbezirk Breslau.
- Nr. 5614. Allerhöchster Erlaß vom 6. October 1862, betreffend die Befätigung verschiedener Beschlüsse des 24. Generallandtages der Preussischen Landschaft.
- Nr. 5615. Bekanntmachung des Allerhöchsten Erlasses vom 24. September 1862, betreffend die Befätigung der Abänderungen des Statuts der Weischen-Weischenfeller Braunkohlen-Actiengesellschaft zu Weischenfeld. Vom 7. October 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(837) Die Befätigung des Beschlusses zum Beginn des Hünflüssen-Systems bei der Provinzial-Städte-Feuer-Societät der Provinz Sachsen betr.

Auf Grund der ersten Uebergangs-Bestimmung des Allerhöchsten Erlasses vom 3. Juni 1861 (Gesetz-Samm. Seite 410. folg.), betreffend die Abänderungen und Ergänzungen des Reglements für die Provinzial-Städte-Feuer-Societät der Provinz Sachsen vom 5. August 1838 (Gesetz-Samm. Seite 381. folg.), bestimme ich auf den gutachtlichen Antrag der Societäts-Direction, daß die Abänderungen der §§. 30. 34 a. und 34 b. des gedachten Reglements vom 1. Januar 1863 ab in Kraft treten, und bringe dies hiermit zur öffentlichen Kenntniß.

Magdeburg, den 16. October 1862.

Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen. v. Willeben.

(838) Die Feuergefährlichkeit des Gebrauchs der Streichhündbölger betr.

Obgleich wir durch unsere Amtsblatts-Bekanntmachungen vom 9. Februar 1850 und 7. August 1857 auf das Gefährliche des Gebrauchs der Streichhündbölger aufmerksam gemacht und allen denjenigen Personen, welchen die Beaufsichtigung von Kindern obliegt, die zur Verhütung von Unglücksfällen nöthige Aufmerksamkeit dringend empfohlen haben, so sind doch in neuerer Zeit durch das Spielen von Kindern mit Streichhündbölger verschiedene Brände von größerem oder geringerem Umfange, insbesondere im Rauenburger Kreise und in der Grafschaft Stolberg-Köslar veranlaßt worden. Wir legen daher den Eingefessenen unseres Verwaltungsbereichs dringend ans Herz, diesen für die allgemeine Sicherheit so wichtigen Gegenstande eine größere Aufmerksamkeit als bisher zu schenken, und die Streichhündbölger namentlich in bledernen Büchsen so zu verwahren, daß es den Kindern unmöglich ist, in den Besitz derselben zu gelangen.

Merseburg, den 10. October 1862.

Königl.iche Regierung, Abtheilung des Innern.

(839) Die Aufhebung der Kreiswundarztsstelle in Liebenwerda betr.

Die Kreiswundarztsstelle zu Liebenwerda ist anderweit zur Erledigung gekommen. Zur Wiederbesetzung dieses Postens fordern wir qualifizierte Bewerber auf, unter Vorreichung ihrer Zeugnisse und eines ausführlichen Lebenslaufs binnen 4 Wochen bei uns sich zu melden.

Merseburg, den 24. October 1862.

Königl.iche Regierung, Abtheilung des Innern.

(840) Die Verpachtung der Domainen Sublau und Rathstube betr.

Die in dem Pr. Stargarder Kreise 1, und 2 Meilen von Dirschau und resp. 1 Meile von der Gaussee von Rewe nach Dirschau gelegenen Domainen Sublau und Rathstube sollen in dem auf den 20. November c. in dem Königl. Regierung.-Conferenzgebäude hieselbst Vormittags 11 Uhr vor dem Herrn Regierungsrath Delrichs anberaumten Termine, eine jede-Domaine besonders, im Wege der öffentlichen Auktion auf 18 auf einander folgende Jahre vom 24. Juni 1863 bis zum 24. Juni 1881 verpachtet werden.

Die Domaine Sublau enthält im Ganzen 1154 Morgen 86 Q Ruthen, darunter bei dem Vorwerke Sublau selbst 858 Morgen 158 Q Ruthen Acker, 32 Morgen 129 Q Ruthen Wiesen und 44 Morgen 34 Q Ruthen Garten und außerdem eine bei Gattkau im Danziger Werder gelegene Separatwiesenfläche von 164 Morgen 142 Q Ruthen.

Das Minimum des Pachtzinses ist auf 3000 Thlr., die zu bestellende Pachtcaution auf 1500 Thlr. festgesetzt.

Die Domaine Rathstube, auf welcher sich auch ein Brennereigebäude befindet, besteht aus dem Vorwerken Rathstube und Starrenzgn mit 2077 Morgen 163 Q Ruthen und einer bei Gattkau im Danziger Werder gelegenen Wiesenfläche von 258 Morgen 102 Q Ruthen. Unter obiger Fläche von 3077 Morgen 163 Q Ruthen befinden sich 2408 Morgen 39 Q Ruthen Acker, 252 Morgen 102 Q Ruthen Wiesen und 68 Morgen 23 Q Ruthen Garten.

Das Minimum der Pacht ist für diese Domaine auf 5500 Thlr., die zu bestellende Pachtcaution auf 2500 Thlr. festgesetzt.

Zur Zulassung der Pachtgebote ist der Nachweis der landwirthschaftlichen Qualifikation und außerdem des Bestehens eines eigenhümlichen disponiblen Vermögens bei der Domaine Sublau von mindestens 18,000 Thlr. und bei der Domaine Rathstube von mindestens 25,000 Thlr. erforderlich.

Dem Königl. Finanz-Ministerio bleibt die Entscheidung darüber, ob der Zuschlag überhaupt zu theilen, sowie die Auswahl unter den drei Bestbietenden vorbehalten.

Die näheren Bedingungen der Verpachtung und die Regeln der Auktion können in unserer Domainen-Registatur während der Dienststunden, sowie auf den Domainen-Vorwerken Sublau und Rathstube eingesehen, auch sollen auf Verlangen Abschriften derselben gegen Erhaltung der Copialien ertheilt werden.

Danzig, den 15. September 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

Hypothekensachen.

(841) Folgendes, von dem Einwohner Friedrich Adam Voigt III. zu Britz über 10 Jahre und von dem Ortsrichter Johann Christian Kahl daselbst ebenfalls seit länger als 10 Jahren ruhig und ungekört besessene, hierauf von dem Ersten an Letzteren besage gerichtlicher Urkunde vom 10. d. M. verkaufte Kirchens Wiese in der Flur Blotha vor dem Dorfe, Lit. W. Nr. 4. der Karte, ist Nr. 52. des Flurhypothekenbuchs von Blotha unter der laufenden Nr. 2. nachgetragen worden, und kann die Hypothekentabelle hierüber innerhalb zwei Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatt abgerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig.

Rammburg, den 20. September 1862.

das königliche Kreisgericht, II. Abtheilung.

(842) Folgendes, von dem Einwohner Friedrich Adam Voigt III. zu Britz über 10 Jahre und von der Verheiratheten Johanne Christiane Fuhrmann gebornen Koch zu Posenbain ebenfalls seit länger als 10 Jahren ruhig und ungekört besessene, hierauf aber von dem Ersten an Letztere besage gerichtlicher Urkunde vom 10. d. M. verkaufte Grundstück, als: eine Wiese in der Flur Blotha vor dem Dorfe, Lit. W. Nr. 6. der Karte, ist Nr. 50 des Flurhypothekenbuchs von Blotha unter der laufenden Nummer 4. nachgetragen worden und kann die Hypothekentabelle hierüber innerhalb zwei Monaten, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatt ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig.

Rammburg, den 20. September 1862.

das königliche Kreisgericht, II. Abtheilung.

(843) Die Hypothekentabellen über folgende, der Kirche, Pfarre, Schule und Gemeinde zu Wernungen in der Wernungen belegenen Grundstücke, als:

- 1) die Kirche: 7 Morgen 159 Q Ruthen im Steinfeld am Göggenwende Nr. 20. der Karte.
- 2) die Pfarre: 1) 9 Morgen 36 Q Ruthen im Steinfeld Nr. 17. der Karte, 2) 168 Q Ruthen; die alte

Seele, Nr. 40. der Karte, 3) 8 Morgen 3 **QR.** im Wiesenfelde Nr. 117 a. der Karte, 4) 130 **QR.** daselbst Nr. 117 b., 5) 160 **QR.** im Wiesenfelde und den kurzen Wiesen Nr. 140. der Karte, 6) 90 **QR.** in den Wällen Nr. 249. der Karte, 7) 52 **QR.** daselbst Nr. 257. der Karte.

3) die Schule: 1) 10 **QR.** in den tiefen Wiesen Nr. 157. der Karte, 2) 4 Morgen 93 **QR.** im Steinfelde am Hopfengewende Nr. 205. der Karte.

4) die Gemeinde: 1) 51 Morgen 156 **QR.** am Disauberge Nr. 76. der Karte, 2) 1 Morgen im Wiesenfelde, nach den Wiesen und in den langen Wiesen, Nr. 148. der Karte, 3) 3 Morgen 3 **QR.** am Dorle Nr. 182. der Karte, 4) 33 Morgen 21 **QR.** am Dorle Nr. 202. der Karte, 5) 6 Morgen 169 **QR.** im Steinfelde am Hopfengewende Nr. 204. der Karte, 6) 7 Morgen 91 **QR.** im Holze Nr. 230. der Karte, 7) 3 Morgen 83 **QR.** an der Unstrut Nr. 244. der Karte.

sind fertig und steht es den Interessenten frei, dieselben binnen 8 Wochen, vom 8. Tage des Erscheins dieser Bekanntmachung an gerechnet, in unserer Registratur einzusehen und Erinnerungen dagegen zu machen.

Neubra, den 4. October 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Patente für Kunst-erfindungen betr.

(844) Dem Fabrikbesitzer **C. Hoppe** in Berlin ist unter dem 10. October d. J. ein Patent auf ein durch salorische Maschinen zu bewegendes Fuhrwerk, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfassung und ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(845) Dem August **Thunes** zu Rheydt ist unter dem 13. October 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung, Beschreibung und Modell nachgewiesene, in ihrer Verbindung für neu und eigenthümlich erachtete Spül- und Walkmaschine für wollene und halbwoollene Stückmaaren ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(846) Das dem Ingenieur **H. Nädiger** und dem **W. S. Rhodes** zu Chemnitz unter dem 19. Juli 1861 ertheilte Patent auf eine durch Zeichnungen und Beschreibungen nachgewiesene Verbindung mechanischer Mittel zum Aufwickeln von Garnen auf Spindeln von Drosselstäben, soweit sie als neu und eigenthümlich erkannt worden, ist aufgehoben worden.

Personal-Chronik.

(847) Von dem Königl. Consistorio der Provinz Sachsen sind im III. Quatale d. J. die Candidaten der Theologie:

1) Otto Heinrich **Glingenstein**, gebürtig aus Gisleben, 2) Otto **Gunn**, geb. aus Merseburg, 3) Carl Franz Fridrich **Vergesell**, geb. aus Götting, 4) Oskar Eduard Alfred **Ramprath**, geb. aus Aleslin, 5) Paul Berthold **Müller**, geb. aus Göttingen, 6) Carl Friedrich Hans **Neumann**, geb. aus Genthin, 7) Johann Eduard Hermann **Wiesner**, geb. aus Halle a. d. S., 8) Carl Heinrich Gotthold **Bahr**, geb. aus Wittenberg, 9) Gustav Adolph Theodor Felix **Bönede**, geb. aus Brandenburg, 10) Carl Rudolph Moritz **Müller**, gebürtig aus Raumburg.

pro ministerio geprüft und mit Wahlfähigkeits-Zeugnissen versehen worden.

(848) Des Königs Majestät haben Allernädigst geruht, dem Superintendenten, Propst **Schleusner** zu Remberg den rothen Adler-Orden 4. Klasse mit der Zahl 50 zu verleihen.

(849) Die unter Königl. Consistorio stehende Diaconatsstelle an St. Servatii in Quedlinburg, mit welcher ein jährliches Einkommen von 409 Thlr. 6 Sgr. 3 Pf. verbunden, ist durch die Veretzung ihres Inhabers vacant geworden.

(850) Der Pfarrer **Bollmann** in Frobie, Diöces Mendorf, wird Oftern i. J. in den Ruhestand treten. Ueber die dadurch vacant werdende, unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle ist bereits disponirt.

(851) Die unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle in Oeberröblingen, Diöces Schraplau, ist durch das Ableben des Pfarrers und Superintendenten a. D. **Lieblicher** vacant geworden. Die Stelle ist mit einem Einkommen von 1744 Thlr. 29 Sgr. 4 Pf. verbunden. Zur Pfarodie gehören zwei Kirchen und zwei Schulen.

(852) Der zum Pfarrer in Heideburg berufene bisherige Garnison- und Civilprediger **Kabarin** wird mit dem Eintritte in das Heideburger Pfarramt auch die interimistische Verwaltung der Superintendentur der 1. Halleschen Landdiöces übernehmen.

(853) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Ruhlhausen in der Diöces Sandau ist der bisherige Diaconus **Penning** in Osterburg ernannt und bestätigt worden.

(854) Der bisherige Appellationsgerichts-Auscultor v. **Ponickau** ist zum Referendarius bei der Königl. Regierung zu Merseburg ernannt worden.

(855) Die Cantor- und zweite Knabenlehrerstelle an der Stadtschule zu Lößjün, Ephorie Cönnern, Privat-Patronats, kommt zum 1. Januar 1863 durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers zur Erledigung.

(856) Dem Lehrer emer. **Kröpfch** in Rosenfeld ist die Forstreceptur für die Oberförsterei Zillsdorf interimistisch übertragen worden.

(857) In der Stadt Wittenberg sind zu Schiedsmännern gewählt und verpflichtet worden: der Seilermeister und Stadtorordnete **Schwerdt** für den ersten städtischen Bezirk, der Rentier **Schäffer** für den zweiten städtischen Bezirk, der Maurermeister **Zimmermann** für den dritten — vorstädtischen — Bezirk.

(858) Pensionirt: der Steueraufseher **Mähig** in Schaffstedt.

Versetzt: der berittene Steueraufseher **Siedel** von Quersfurt als Steueraufseher nach Unseburg, der berittene Grenzaufseher **Fiedler** von Grammenthin (Pommern) als berittener Steueraufseher nach Quersfurt, der Steueraufseher **Krampe** von Halle nach Siendal, der Steueraufseher **Jäger** von Königsberg (Preußen) nach Halle, der Steueraufseher **Rothhardt** von Treffurt nach Stößen, der Steueraufseher **Gräben** von Dahlemlarsleben nach Stößen, der Steueraufseher **Gubne** von Stößen nach Dahlemlarsleben, der Steueraufseher **Weidemann** von Görzbach nach Sudenburg, der Grenzaufseher **Montag** von Perleberg (Brandenburg) als Steueraufseher nach Görzbach, der Steueraufseher **Ballersiedt** von Langenbogen nach Aken, der Grenzaufseher **Koch** von Pont (Rhein) als Steueraufseher nach Langenbogen, der Steueraufseher **Helbig** von Heringen nach Brachstedt, der Grenzaufseher **Schranf** von Wendisch-Barnew (Brandenburg) als Steueraufseher nach Heringen, der Steueraufseher **Dänigmann** von Lößjün nach Trebitz bei Cönnern, der Steueraufseher **Thelle** von Trebitz bei Cönnern nach Lößjün, der Steueraufseher **Reiche** von Ostrau nach Brehna, der Grenzaufseher **Grüttner** von Gr. Woltersdorf (Brandenburg) als Steueraufseher nach Ostrau, der Steueraufseher **Fied** von Königsau nach Ermsleben, der Steueraufseher **Weidlich** von Weizendorf nach Schaffstedt, der Kangleidiener **Thronicke** von Ragdeburg als Steueraufseher nach Rosleben.

Neu angestellt: der invalide Unteroffizier **Schlesser** in Alleben als Steueraufseher in A. Dörsleben.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Furt in Merseburg.

(Injectionen) Gebilben für den Raum einer gewöhnlichen Drucks. 4 Sgr. und für
Belagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 45.

Ausgegeben zu Merseburg am 8. November 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Belehrden.

(859) Die Eröffnung des Landtages der Provinz Sachsen.
Des Königs Majestät haben durch Allerhöchste Ordre vom 27. v. M. die Einberufung des Landtages der Provinz Sachsen nach Merseburg auf

Samstag den 16. November d. J.

anzuordnen und den Herrn Grafen Botho zu Stolberg, Wernigerode zum Landtags-Marschall, den Herrn Geheimen Regierungsrath und Landrath v. Leipziger auf Niemegk zu dessen Stellvertreter, sowie den Unterzeichneten zum Landtags-Commissarius zu ernennen geruht.

Die Eröffnung des Provinzial-Landtages wird an dem bezeichneten Tage in dem Ständehause zu Merseburg nach vorangegangenen Gottesdienste in der Schloß- und Domkirche daselbst stattfinden.

Der Königliche Landtags-Commissarius,
Ober-Präsident der Provinz Sachsen. v. Willeben.

(860) Die Forstinspektionen im Regierungsbezirke Merseburg betr.

Nachdem die Forstinspektion Annaburg aufgelöst worden; bestehen im Regierungsbezirke fortan vier Forstinspektionen, welchen die nachbenannten Oberförstereien zugetheilt sind:

- 1) die von dem Forstmeister Lichtenfels hieselbst verwaltete Forstinspektion Merseburg I. mit den Oberförstereien Annaburg, Eßnerwerda, Glücksburg, Hohenbudo, Liebenwerda, Seyda, Thiergarten und Zülsebör;
- 2) die von dem Forstmeister Grafen von der Schulenburg hieselbst verwaltete Forstinspektion Merseburg II. mit den Oberförstereien Gossera, Rothehaus, Schleuditz und Röderitz;
- 3) die von dem Forstmeister Dreger hieselbst verwaltete Forstinspektion Merseburg III. mit den Oberförstereien Döberstschütz, Falkenberg, Eigenrode, Eßlschan und Tormau;
- 4) die von dem Forstmeister Grafen von der Schulenburg-Wolfsburg zu Wendelslein verwaltete Forstinspektion Wendelslein mit den Oberförstereien Bischofshrode, Feldrungen, Pödelitz, Pölsfeld, Siebigerode und Ziegelrode.

Merseburg, den 1. November 1862.

Der Regierungs-Präsident. Nohe.

(861) Das Auswachen der Fuhrwerke, Reiter, Viehstreiter und Kutschenführer den marschirenden Militär-Abtheilungen und öffentlichen Aufzügen gegenüber.

Auf Grund des §. 11. des Gesetzes vom 11. März 1850 verordnen wir hiermit für den ganzen Umfang unseres Verwaltungsbezirks, was folgt:

Marschirenden Militär-Abtheilungen, Reichen und anderen von der Polizeibehörde gestatteten öffentlichen Aufzügen müssen Fuhrwerksführer, Reiter, Viehstreiter und Kutschenführer ausweichen.

Je zum Vorbeipassiren kein Raum vorhanden, so muß so lange angehalten werden, bis der Zug vorüber ist.

Gegen die Nichtbefolgung dieser Polizei-Verordnung wird eine Geldstrafe bis zu 10 Thlr. durch angedrohet.

Merseburg, den 25. October 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(862) Betrachtung des zum Stift Neuzelle gehörigen Vorwerks Oschendorf.
Das im Gubenener Kreise der Niederlausitz belegene, 3 Meilen von der Niederlausitz-Märkischen Eisenbahn Station Neuzelle entfernte, zum Stift Neuzelle gehörige Vorwerk Oschendorf nebst Zubehör, mit einem Areal von 1218 Morgen 179 Ruthen, wovon 7 Morgen 16 Ruthen Gärten, 1092 Morgen 123 Ruthen

Ader, 38 Morgen 148 Quth. Wiesen, 51 Morgen 98 Quth. Hütung, 4 Morg. 36 Quth. Fischelei, Gewässer und 24 Morgen 119 Quth. Heils Hof- und Baustelle, theils unbrauchbares Land, soll auf die 16 Jahre von Johannis 1863 bis dahin 1879 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Wir haben zu diesem Behuf einen Pachtationstermin auf den 18. December d. J., Vormittags 10 Uhr, im Königlichen Regierungsgebäude hier selbst und zwar in unserm Sitzungszimmer vor dem Herrn Regierungsrath Windler anberaumt und bringen solches mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniss, daß das Pachtgeld-Minimum auf 1200 Thlr. festgesetzt und zur Uebernahme der Pachtung ein disponibles Vermögen von 7000 Thlr. erforderlich ist.

Die Verpachtungsbedingungen und die Regeln der Pachtung, sowie die Karte, können in unserer Registratur während der Dienststunden eingesehen werden, auch sind wir bereit, auf Verlangen die speciellen Verpachtungsbedingungen gegen Erstattung der Copialien durch Postvorschuß abschriftlich mitzutheilen.

Frankfurt a. d. D., den 28. October 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(863) Verpachtung des zum Stifte Neuzelle gehörigen Vorwerks Treppeln.

Das im Gubener Kreise der Niederlausitz belegene, 1 Meile von der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahnstation Neuzelle entfernte, zum Stifte Neuzelle gehörige Vorwerk Treppeln nebst Zubehör, mit einem Areal von 709 Morgen 166 Quthen, wovon 19 Morgen 86 Quthen Haus- und Feldgärten, 613 Morgen 62 Quthen Ader, 32 Morgen 26 Quthen Wiesen, 13 Morgen 89 Quthen Hütung, 11 Morgen 8 Quthen Fischeleigewässer und 20 Morgen 75 Quthen Heils Hof- und Baustelle, theils unbrauchbares Land, soll auf die 16 Jahre von Johannis 1863 bis dahin 1879 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Wir haben zu diesem Behuf einen Pachtationstermin auf den 8. December d. J., Vormittags 10 Uhr, im Königlichen Regierungsgebäude hier selbst und zwar in unserm Sitzungszimmer vor dem Herrn Regierungsrath Windler anberaumt und bringen solches mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniss, daß das Pachtgeld-Minimum auf 700 Thlr. festgesetzt und zur Uebernahme der Pachtung ein disponibles Vermögen von 5000 Thlr. erforderlich ist.

Die Verpachtungsbedingungen und die Regeln der Pachtung, sowie die Karte, können in unserer Registratur während der Dienststunden eingesehen werden, auch sind wir bereit, auf Verlangen die speciellen Verpachtungsbedingungen gegen Erstattung der Copialien durch Postvorschuß abschriftlich mitzutheilen.

Frankfurt a. d. D., den 28. October 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(864) Die Stempelsteuer von ausländischen, in Preußen steuerpflichtigen Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigebülleten betr.

Nachdem durch das Gesetz vom 26. September d. J. (Gesetz-Sammlung Seite 335.) die Vorschriften des Gesetzes vom 29. Juni d. J. (Gesetz-Sammlung Seite 689.) hinsichtlich der Stempelsteuer von ausländischen, in Preußen steuerpflichtigen Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigebülleten theilweise abgeändert worden sind, wird die in Betreff der erwähnten Zeitungen u. s. w. interimistisch in Kraft gewesene Verfügung vom 10. Januar d. J. III. 495. hierdurch aufgehoben.

Nach den vorgedachten Gesetzen beträgt vom 1. Januar d. J. ab die Steuer von jedem Jahrgange eines Exemplars der in Rede stehenden Zeitungen u. s. w.

1. für solche, welche nicht öfter als dreimal wöchentlich erscheinen und zwar:

1) wenn sie nicht öfter als einmal wöchentlich erscheinen 15 Sgr.,

2) wenn sie zwei- oder dreimal wöchentlich erscheinen 1 Thlr.

Falls jedoch das im §. 2. des Gesetzes vom 29. Juni d. J. bestimmte Drittel des Abonnementspreises geringer sein sollte als die obengedachten Pauschbeträge, so ist jenes Drittel als Steuer zur Hebung zu bringen.

II. für Zeitungen u. s. w. der in Rede stehenden Art, welche öfter als dreimal wöchentlich erscheinen, beträgt die Steuer (§. 4. des Gesetzes vom 29. Juni d. J.) ein Drittel des am Dreimonatspreis geltenden Abonnementspreises, jedoch höchstens 2 Thlr. 15 Sgr.

III. Nach §. 2. des Gesetzes vom 26. September d. J. ist der, nach §. 3. des Gesetzes vom 29. Juni d. J., für inländische Blätter vorgeschriebene Betrag von allen oben unter I. und II. gedachten

ausländischen Zeitungen u. s. w. zu erheben, sofern diese Art der Besteuerung von dem Verleger beantragt wird und von ihm die nachstehenden Bedingungen befolgt werden:

1) Der Antrag ist an das Haupt-Steueramt für inländische Gegenstände zu richten und

dabei demselben von dem betreffenden Blatte ein vollständiges Exemplar, welches sämtliche Nummern des verfloßenen Kalender-Vierteljahres enthält, zu überreichen. Nach Abgabe des Umfangs dieses Exemplars wird der für das laufende und nächstfolgende Vierteljahr zu erlegenden Steuerjahr — in Silbergrößen abgerundet — festgestellt, und es wird dieser Satz durch den Preiscurant des Zeitungs-Comtoirs bekannt gemacht, durch den Verleger mitgetheilt.

2) Der Verleger hat zum künftig am Schlusse jedes Kalender-Vierteljahres dem Haupt-Steuerante für inländische Gegenstände zu Berlin ein vollständiges Exemplar, welches alle in dem letzten Vierteljahr ausgegebenen Nummern enthält, einzureichen. Nach dem Umfange desselben, wenn solcher von dem Umfange des Blattes im früheren Quartale abweicht, wird der Steuerfuß für das nächstfolgende Vierteljahr anderweit festgestellt und sowohl im Preiscurant des königlichen Zeitungs-Comtoirs als dem Verleger unter Angabe des Termins, von welchem ab der neue Satz Platz greifen wird, mitgetheilt.

3) Ist der Umfang des Blattes im abgelaufenen Quartale größer gewesen, als in demjenigen, nach welchem die Steuer festgestellt ist, so findet doch eine Steuernachforderung nicht statt; ebenso wenig wird eine Steuererstattung gewährt, wenn der Umfang des Blattes im abgelaufenen Vierteljahr geringer gewesen ist, als in dem vorgedachten früheren.

4) In Bezug auf die Person des zur Steuerzahlung Verpflichteten wird durch vorstehende Bestimmungen nichts geändert.

Euer Hochwohlgeboren wollen nach vorstehender, in den Amtsblättern zu veröffentlichenden Verfügung verfahren und die Steuerstellen danach mit Anweisung versehen.

Berlin, den 22. October 1862.

Der Finanz-Minister.

Im Auftrage: von Kommer. Rath.

An den königlichen Geheimen Ober-Finanzrath Herrn v. Jordan.

Hochwohlgeboren zu Magdeburg.

III. 22.307.

Vorstehende Ministerial-Verfügung vom 22. d. M. wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Magdeburg, den 28. October 1862.

Der Geheimen Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuerdirector. v. Jordan.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(865) Die Eröffnung einer Telegraphenstation zu Sangerhausen betr.

Zu Sangerhausen im Regierungsbezirk Merseburg wird am 1. November c. eine Telegraphen-Station mit beschränktem Tagesdienste (confr. §. 4. des Reglements für die telegraphische Correspondenz im Deutsch-Oesterreichischen Telegraphen-Verein) eröffnet werden.

Berlin, den 29. October 1862.

Königliche Telegraphen-Direction.

Hypothekensachen.

(866) Die im 20. Stück des diesjährigen Amtsblatts bekannt gemachten Hypothekentabellen der Lorenzischen Eheleute und der verehelichten Lorenz in Proßen über Grundstücke in daziger und Lühlewigker Flur sind in die Hypothekenbücher übertragen worden und wird daher von nun an der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesen Grundstücken lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt werden.

Reß, den 10. October 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(867) Die Hypothekentabelle über das dem Oeconomen Friedrich Theodor Wolf zu Cannawurf gehörige, in der Feldflur von Cannawurf belegene Grundstück: 1 Ader im Niederfelde Nr. 3755. des Flurbuchs, ist aufgestellt und kann innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung abgerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Spätere Einwendungen dagegen sind unzulässig.

Selbrungen, den 12. October 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

(868) Die Hypothekentabelle über das dem Johann Andreas Berndt zu Schillingstedt gehörige, in der Flur Cannawurf belegene Grundstück: 1 Ader am Müllendorfer Wege Nr. 1516. des Flurbuchs, ist aufgestellt und kann innerhalb zweier Monate, vom 8. Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung abgerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen dagegen unzulässig. Selbrungen, den 12. October 1862.

Königliche Kreisgerichts-Commission.

Personal-Chronik.

(869) Des Königs Majestät haben Allergnädigst geruhet, dem Pfarrer **Jülich** zu Hayna zu seinem 50 jährigen Amtsjubilo den rothen Adler-Orden 4. Klasse zu verleihen.

(870) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle an der St. Marienkirche in Stendal in der Diöces gleiches Namens ist der bisherige Predigtamts-Candidat und Lehrer **Albert Kirchner** ernannt und bestätigt worden.

(871) Der Predigtamts-Candidat Carl Heinrich Theodor **Woltersdorf** ist als Hülfsprediger an der Straf- und Besserungsanstalt zu Lichtenburg berufen und bestätigt worden.

(872) Des Königs Majestät haben dem Commerzienrath **Jacob** zu Halle den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen geruht.

(873) Die Schulstelle in Eiserfeldra, Ephorie Wittenberg, Privat-Patronats, ist durch die Dienstentlassung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(874) Die sechste Lehrerstelle an der Stadtschule zu Alleben a. d. S., Ephorie Cönnern, Privat-Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(875) Die Schul- und Küsterstelle in Großmühlau, Ephorie Bitterfeld, Privat-Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(876) Für den XIII. Landbezirk des Kreises Liebenwerda ist der Zimmermeister **Pompsch** in Müdenberg zum Schiedsmann gewählt und verpflichtet worden.

(877) Der Appellationsgerichts-Rangleibdiätar **Templin** zu Halberstadt ist zum Ranglisten ernannt und an das Kreisgericht zu Worbis versetzt. Der Sergeant **Weißling** vom 27. Landwehr-Regiment, zu Halberstadt ist als Rangleibdiätar beim Appellationsgerichte Halberstadt angenommen.

Erdrigt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Infectionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Zusatzblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 46.

Ausgegeben zu Merseburg am 15. November 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(878) Die gefündigten Schuldverschreibungen der Staatsanleihen de 1850 und 1852 betr.

In unserer Bekanntmachung vom 21. März d. J., Staatsanzeiger Nr. 71. 94. und 96., sind die Schuldverschreibungen der Staatsanleihen de 1850 und 1852, welche bis zum 30. April a. nicht zur Convertirung eingereicht würden, zum 1. October d. J. gefündigt, und deren Besitzer aufgefordert, den Capitalbetrag vom 15. September c. an bei der Controlle der Staatspapiere hieselbst, oder einer der königlichen Regierungs-Hauptkassen in Empfang zu nehmen. Unsere Bekanntmachung vom 3. September d. J. (Staatsanzeiger Nr. 206.) betrifft dieselbe Angelegenheit.

Obgleich wir für die möglichste Verbreitung dieser Bekanntmachungen durch die Zeitungen, die Amts- und die Kreisblätter Sorge getragen, und in der ersigedachten Bekanntmachung Pos. 7. ausdrücklich bemerkt haben, daß mit dem 1. October d. J. die Verzinsung solcher nicht convertirten Schuldverschreibungen aufhört, ist dennoch ein nicht unerheblicher Theil der Letzteren Dehufs des Empfanges des Capitalbetrages bis jetzt nicht eingereicht. Wir bringen deshalb jene Bekanntmachungen hiermit in Erinnerung.

Berlin, den 1. November 1862.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(879) Die Verlegung der Stadt Altleben in die 3te Gewerbesteuer-Abtheilung.

Im Anschlusse an unsere Bekanntmachung vom 9. Januar 1861 (Amtsblatt S. 27.) wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Stadt Altleben durch Rescript des Herrn Finanz-Ministers vom 29. v. M. vom 1. Januar l. J. ab aus der vierten in die dritte Gewerbesteuer-Abtheilung versetzt worden ist.

Königliche Regierung,
Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

(880) Die Verpachtung des Stiftungsgutes Rägelsiedt im Kreise Langensalza betr.

Das dem Griefstedter Stiftungsfonds gehörige Gut Rägelsiedt, welches im Kreise Langensalza an der Unkruut belegen, einen Umfang von 1065 Morgen, darunter

| | |
|-----|------------------|
| 784 | Morgen Aderland, |
| 106 | Wiesen, |
| 128 | Gutung, |

hat, soll vom 14. Juni 1863 ab auf 24 Jahre, also bis zum 14. Juni 1887, im Wege der Vicitation verpachtet werden.

Die der Verpachtung zu Grunde zu legenden allgemeinen und speziellen Bedingungen, die Karte des Guts, sowie die Regeln der Vicitation, liegen sowohl im Amtshause des Gutes Rägelsiedt, als in der Domainen-Registratur der unterzeichneten Regierung aus und können in letzterer täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, während der Dienststunden eingesehen werden.

Der Vicitationsstermin wird am 29. November d. J., Vormittags 11 Uhr, im Sessionssaale des hiesigen königlichen Regierungsgebäudes von dem Domainen-Departementsrathe unseres Collegii abgehalten werden.

Indem wir zu demselben einladen, bemerken wir, daß Pachtstlehaber Dehufs ihrer Zulassung zum Mitbieten sich möglichst vor Beginn des Termins, spätestens in demselben, über den Besitz eines disponiblen Vermögens von 18,000 Thlr., sowie über ihre Qualification als Landwirthe gegen den Commissarius über-

zeugend auszuweisen haben. Das Pachtgelder-Minimum beträgt 4000 Thlr., die zu erlegende Caution 1800 Thlr.

Erfurt, den 31. October 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(881) Verpachtung der zum Stifte Neuzelle gehörigen Güter Steinsdorf, Laufschütz und Breslad.

Die zum Stifte Neuzelle gehörigen, im Guben'schen Kreise ungefähr 1 Meile von der Kreisstadt entfernten belegenen Güter Steinsdorf, Laufschütz und Breslad werden zu Johannis 1863 pachtlos und sollen von da ab anderweit öffentlich verpachtet werden.

Das dazu gehörige Areal beträgt:

- a) bei Steinsdorf etwa 1400 Morgen, worunter circa 23 Morgen Gärten, 1340 Morgen Acker und 5 Morgen Wiesen,
- b) bei Laufschütz ungefähr 500 Morgen und zwar 17 Morgen Gärten, 447 Morg. Acker, 26 Morg. Wiesen,
- c) bei dem von der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn durchschnittenen Vorwerk Breslad ungefähr 973 Morgen, darunter ca. 650 Morgen Acker und ca. 270 Morgen Wiesen.

Auf dem Hauptvorwerk Steinsdorf befindet sich eine Branntweinbrennerei.

Das zum Vorwerk Breslad gehörige Areal liegt mit ca. 878 Morgen in der verwalteten Reife-Niederung und mit 11 Morgen auf der angrenzenden Höhe, ca. 84 Morgen in der Niederung liegen außerhalb des Hauptdesches.

Das Ausgebot wird in 2 Theilen und zwar in der Art erfolgen, daß Steinsdorf mit Laufschütz und mit einem noch beizulegenden Wiesenplan in der Ober-Niederung bei Neuzelle die eine, Breslad die andere Pachtung bildet.

Vorbestehendes wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Bestimmung und und Veranlassung des Zeitpunktes, von welchem ab die Verpachtungs-Bedingungen und Licitations-Regeln eingelesen resp. Abschriften mitgetheilt werden können, noch vorbehalten bleibt, die Besichtigung der Pachtstücke aber schon von jetzt ab stattfinden kann.

Frankfurt a. d. O., den 4. November 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

Patente für Kunstfindungen betr.

(882) Dem Königl. Commersienrath G. S. Hecker zu Stahfurt ist unter dem 20. October 1862 ein Patent auf ein System von Apparaten zur Gewinnung von Zucker aus Puntelrüben vermittelst Alkohol in dem durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenhange, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf acht Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(883) Dem Herrn Theodor Würz in Leipzig ist unter dem 28. October 1862 ein Patent auf die durch Beschreibung erläuterte, für neu und eigenthümlich erkannte Darstellung eines blauen Farbstoffes auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(884) Dem Maschinen-Fabrikanten Richard Hartmann in Chemnitz ist unter dem 3. November 1862 ein Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erachtete Vorrichtung an Streich- oder Krepelmaschinen für Wolle zur besseren Verarbeitung des Materials, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(885) Dem Herrn R. Strecker in Berlin ist unter dem 4. November 1862 ein Patent auf eine durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene, für neu und eigenthümlich erachtete rotirende Egge, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staats erteilt worden.

(886) Das dem Maschinenbauer August Leopold Biege zu Brandenburg a. d. H. unter dem 19. August v. J. erteilte Patent auf eine in Zeichnung und Beschreibung dargelegte Maschine zum Zusammenlegen von Zeugwaaren, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile derselben zu beschränken, ist aufgehoben.

(887) Das den Chemikern Baldamus und Grüne in Charlottenburg unter dem 30. Juni 1861 erteilte Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten Apparat zur Darstellung von Leuchtgas, ohne Jemand in der Benutzung bekannter Theile desselben zu beschränken, ist aufgehoben.

(888) Das den Chemikern Baldamus und Grüne in Charlottenburg unter dem 21. August 1861 erteilte Patent auf ein für neu und eigenthümlich erachtetes Verfahren zur Gewinnung der Sasse aus Sehwasser, ist aufgehoben.

(989)

E g t r a c t

aus der 17. Rechnung der Hauptkasse der Magdeburger Land-Feuer-Societät.
Vom Januar bis ultimo December 1861.

E i n n a h m e.

| | | | | |
|---|---|---------|----------|------------|
| 1 | An Bestand incl. 118,500 Thlr. in Activis | 123,188 | 16 | 8 |
| 2 | An Zinsen von belegten Capitallen, nach Abzug der gezahlten Zinsen von Bank-Anleihen | 5,176 | 3 | — |
| 3 | An Beiträgen. | | | |
| | a) Reste aus früheren Ausschreiben | 5,328 | Thlr. 23 | Sgr. 7 Pf. |
| | b) Beiträge zum 32. und 33. Ausschreiben | 143,023 | 6 | 9 |
| | c) Eintrittsgelder der neuen Interessenten | 233 | 5 | — |
| | Anmerkung. Die Beiträge zum 34. Ausschreiben vom 31. December 1861 können erst in der Rechnung pro 1862 in Einnahme erscheinen. | 148,685 | 5 | 4 |
| 4 | An zufälligen Einnahmen | 1,382 | 5 | 10 |
| | Summa | 278,332 | — | 10 |

A u s g a b e.

| | | | | |
|---|--|---------|----------|-------------|
| 1 | An Brandentschädigung und dazu gehörigen Nebenkosten. | | | |
| | a) Indemnification. | | | |
| | 1) Für Brandschäden aus früheren Jahren | 13,290 | Thlr. 15 | Sgr. 10 Pf. |
| | 2) Für dergleichen aus dem Jahre 1861 | 80,027 | — | 2 |
| | b) Prämien für Spritzen und sonstige Vöschhäuser | 2,494 | 15 | — |
| | c) Diäten und Reisefkosten wegen der Untersuchung | 502 | 5 | — |
| | d) Taxationskosten wegen brandbeschädigter und resp. wieder auf gebauter Gebäude | 228 | 11 | — |
| | An Indemnification ist zu zahlen geblieben bis ult. December 1861 | 32,820 | Thlr. 14 | Sgr. 6 Pf. |
| 2 | An Prämien für Entdeckung von Brandstiftern | 115 | — | — |
| 3 | An Bonificationen auf neue Feuerspritzen | 873 | — | — |
| 4 | An Verwaltungskosten. | | | |
| | a) Fixirtes Gehalt und Pension | 10,972 | Thlr. 5 | Sgr. — Pf. |
| | b) Gehalt und Emolumente der Kreisrendanten | 2,400 | 4 | 6 |
| | c) Revisions- und Abschätzungskosten wegen der Versicherung resp. neuer Aufnahme zc. | 5,171 | 3 | 9 |
| | d) Bureaukosten, Druckkosten, Reisefkosten, Copialien zc. | 1,008 | 2 | 11 |
| | e) Gerichts- und Proceßkosten. | — | — | — |
| 5 | Für Bauten, Utensilien, Lasten und Abgaben | 839 | 11 | 5 |
| 6 | An zufälligen Ausgaben, Niederschlagungen zc. | 952 | 3 | 1 |
| | Summa | 118,873 | 17 | 8 |

A b s c h l u ß.

| | | | |
|--|---------|----|----|
| Die Einnahme beträgt | 278,332 | — | 10 |
| Die Ausgabe beträgt | 118,873 | 17 | 8 |
| Reibt Bestand incl. 155,500 Thlr. in Activis | 159,458 | 13 | 2 |

B e m e r k u n g e n.

Die Gesamt-Versicherungssumme pro 1861 betrug:

| | | |
|----------------|------------|-------|
| in 1ter Klasse | 13,033,275 | Thlr. |
| in 2ter | 39,616,375 | — |
| in 3ter | 13,732,725 | — |
| | 66,382,375 | — |

Die Summe, von welcher die Beiträge zu leisten waren, betrug nach Abzug der Hälfte für Kirchen- und Thurmgebäude:

| | | | |
|--|-------------------|------------|-------|
| in 1ster Klasse | 12,611,637½ Thlr. | | |
| in 2ter | 39,432,625 | | |
| in 3ter | 13,729,287½ | 65,773,550 | |
| Sämmtliche im Jahre 1861 ins Soll gestellte Ausgaben beliefen sich auf | | 134,330 | 14 10 |
| Hierunter befinden sich an Brandentschädigungen:
108,887 Thlr. 3 Sgr. 11 Pf. | | | |
| Zur Deckung sämmtlicher Soll-Ausgaben sind die Beiträge zum 33. Ausschreiben vom 30. Juni und zum 34. Ausschreiben vom 31. December 1861 auf je: | | | |
| in 1ster Klasse | 2 Sgr. — Pf. | | |
| in 2ter | 2 . . . 8 . | | |
| in 3ter | 6 . . . 8 . | | |
| pro Hundert Thaler der obigen resp. Beitrags-Summe festgesetzt worden, wodurch im Ganzen einkommen mußten | | 147,937 | 6 |
| Die Zahl der verschiedenen Brandschäden, für welche im Jahre 1861 die Indemnification u. in Soll-Ausgabe gestellt worden, betrug: 116. | | | |

Magdeburg, den 30. September 1862.

Fleischmann, General-Rendant.

Vorliegender Extract wird hierdurch in Gemäßheit des §. 110. des Societäts-Reglements vom 28. April 1843 zur Kenntniß der betreffenden Interessenten gebracht.

Der Generaldirector der Magdeburgischen Land-Feuer-Societät. Graf von der Schulenburg.

Personal-Chronik.

(890) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Brandersode in der Diöces Freyburg ist der bisherige Predigantens-Candidat August Andreas Jacob **Goltz** berufen und bekräftigt worden.

(891) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Neumarkt mit Geiselsröhlitz und Bernsdorf in der Diöces Freyburg ist dem bisherigen Pfarrer in Greisfeld, Diöces Mansfeld, Robert Ottomar **Glöckner**, verliehen worden.

(892) Die Cantor- und zweite Knabenlehrerstelle an der Stadtschule zu Remberg, Privat-Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

Abgedruckt im Amtsblatt, Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Mittels-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 47.

Ausgegeben zu Merseburg am 22. September 1862.

- (893) Das 38. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 11. November 1862, enthält unter:
- Nr. 5616. Gesetz, die Vergewalts. Abgaben betreffend. Vom 20. October 1862.
- Nr. 5617. Allerhöchster Erlaß vom 27. September 1862, betreffend die Berechtigung der fiskalischen Vorrechte an den Kreis Wörlitz im Regierungsbezirk Magdeburg, für den hauserwerbigen Anbau der Straße von Reichenbach bis zum Anschlusse an die Riesa-Elbbauwer Chaussee bei Obbischütz.
- Nr. 5618. Allerhöchster Erlaß vom 30. September 1862, betreffend die Berechtigung der fiskalischen Vorrechte an die Gemeinden Odenkirchen, Widrach, Dahlen, Harb, und Döllsen für den Bau einer Gemeindef. Chaussee von Odenkirchen, im Kreise Elbbach, über Widrach zum Kreise Grevenbroich, Dahlen und Harb, im Kreise Elbbach, nach Döllsen, im Kreise Rempen, Regierungsbezirks Düsseldorf.
- Nr. 5619. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Cleve im Betrage von 90,000 Thalern. Vom 6. October 1862.
- Nr. 5620. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Genossenschaft für die Melioration der Miers- und Nordkanal-Niederung zu Biersen im Regierungsbezirk Düsseldorf im Betrage von 160,000 Thalern. Vom 7. October 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Beörden.

(894) Die Eröffnung des auf Allerhöchsten Befehl einberufenen Provinzial-Landtages der Provinz Sachsen. Nachdem am gestrigen Tage der auf Allerhöchsten Befehl einberufene Provinzial-Landtag der Provinz Sachsen in vollkommenster Weise eröffnet worden ist, bringe ich den nachstehenden Allerhöchsten Landtags-Beschluß für die in den Jahren 1860 und 1861 versammelt gewesenenen Sächsischen Provinzial-Landtage vom 15. d. M., sowie das Allerhöchste Propositions-Decret für den gegenwärtig versammelten Provinzial-Landtag vom 27. v. M., höherer Anordnung zufolge hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

Merseburg, den 17. November 1862.

Der Königlich Landtags-Commissarius, u. s. w. Ober-Präsident der Provinz Sachsen, v. Willeben.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen, haben durch das Gesetz vom 15. Juni 1861, betreffend die Anlegung von Hypothekenstellen für Gerechtigkeiten zur Verpfändung des Stein- und Braunkohlen in den vormals Königlich Sächsischen Landesherrschaften, in welchen das kaiserlich Sächsische Mandat vom 13. August 1743 Gültigkeit hat (Gesetz-Sammlung Seite 353.), und durch die mit diesem Gesetze erfolgte Publication des Reglements für den Betrieb und die Veranfassungung der Stein- und Braunkohlengruben in den gedachten Landesherrschaften vom 19. October 1843 (Gesetz-Sammlung Seite 356.), ihre Erldigung erhalten.

- I. Auf die gütachtlichen Erklärungen über die Propositionen:
- Gesetz, Entwurf, betreffend die Anlegung von Hypotheken-Steilen für Gerechtigkeiten zur Verpfändung des Stein- und Braunkohlen in den vormals Königlich Sächsischen Landesherrschaften.
- Die in der Denkschrift vom 5. November 1860 enthaltenen Entwürfe haben durch das Gesetz vom 15. Juni 1861, betreffend die Anlegung von Hypothekenstellen für Gerechtigkeiten zur Verpfändung des Stein- und Braunkohlen in den vormals Königlich Sächsischen Landesherrschaften, in welchen das kaiserlich Sächsische Mandat vom 13. August 1743 Gültigkeit hat (Gesetz-Sammlung Seite 353.), und durch die mit diesem Gesetze erfolgte Publication des Reglements für den Betrieb und die Veranfassungung der Stein- und Braunkohlengruben in den gedachten Landesherrschaften vom 19. October 1843 (Gesetz-Sammlung Seite 356.), ihre Erldigung erhalten.
- II. Auf die rändischen Petitionen:
- 1) Stadt Dingelstedt.
- Die Petition der Stadt Dingelstedt auf Provinzial-Landtagen: haben Wir in der von Unseren getreuen Ständen beantragten Weise genehmigt.

2) Reform des Hypothekendefens und Errichtung eines Credit-Instituts für das Gichfeld.

Der Antrag Unserer getreuen Stände in der Petition vom 13. November 1860, daß eine Reform des Hypothekendefens, bezüglich der leichteren Uebertragbarkeit der Hypotheken-Dokumente, namentlich auch zur allmählichen Umbildung eines Hypothekendefens stattfindend, wird bei den auch anderweitig angeregten Verathungen über die Reform des Hypothekendefens die geeignete Erwägung finden.

Dem ferneren Antrage Unserer getreuen Stände in derselben Petition: daß in denjenigen Theilen der Provinz, in welchen, wie beispielsweise in dem Gichfeldischen und in den Kreisen Giegenrüd und Schleusingen, das Bedürfnis einer Creditanleihe für die Eigentümer kleinerer ländlichen Nahrungen dringend auftritt, sofern solchem Bedürfnis durch eine von den Kreisständen zu errichtende Anstalt, welche gegen Hypothek, Faustpfand oder Wirksamkeit, Darlehne gebe, abgeholfen wird, solche Anstalten durch Vorschüsse aus Staatsmitteln unterstützt und sie zur Annahme von Sparcassen-Geldern autorisirt werden,

hat nicht Folge gegeben werden können, da die in Vorschlag gebrachte Art der Credit-Anleihe durch kreisständische Credit-Anstalten nicht für täglich und zweckentsprechend zu erachten ist, und die Gewährung von Vorschüssen aus Staatsmitteln bei der dermaligen Finanzlage nicht stattfinden kann.

Zu Urkund dieser Unserer gnädigsten Bescheidungen haben Wir den gegenwärtigen Landtags-Abchied Hochfreigehändig vollzogen und verbleiben Unsern getreuen Ständen in Gnaden genöthigt.

Gegeben Berlin, den 15. November 1862.

Wilhelm.

von Bismarck, von Bodelschwingh, von Roon,
Frenckh, G. v. Lippe, von Jagow.

Landtags-Abchied
für die Provinzial-Stände der Provinz Sachsen.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc.,

entbieten Unsern zum Provinzial-Landtage einberufenen getreuen Ständen der Provinz Sachsen Unsern gnädigsten Gruß, und lassen ihm folgende Propositionen zur Verathung und Erledigung zugehen:

- 1) Mit Rücksicht auf die den getreuen Ständen durch die §§. 5. und 47. des Gesetzes vom 2. März 1850 in den Angelegenheiten der Rentenbank zugewiesene Mitwirkung und Controle haben die getreuen Stände nach den näheren Mittheilungen, welche Unser Commissarius machen wird, die Wahl von Abgeordneten und Stellvertretern vorzunehmen.
- 2) Zu den der Provinz angehörigen Bezirks-Commissionen für die klassifizierte Einkommensteuer haben Unsere getreuen Stände neue Mitglieder und Stellvertreter in Gemäßheit des §. 24. des Gesetzes vom 1. Mai 1851 zu wählen. Hinsichtlich der Zahl der für die einzelnen Bezirks-Commissionen zu wählenden Mitglieder und Stellvertreter, sowie hinsichtlich der übrigen bei den Wahlen zu beobachtenden Momente benutze es bei den Vorschriften, nach welchen die früheren diesfälligen Wahlen stattgefunden haben, und waden Unseren getreuen Ständen die Nachweisungen der einkommensteuerpflichtigen Einwohner der einzelnen Bezirke durch Unseren Commissarius mitgetheilt werden.
- 3) Unsere getreuen Stände werden ferner, soweit es nöthig, die Wahl des Ausschusses in Gemäßheit des §. 5. Nr. 2. des Gesetzes, wegen der Kriegsteilnahmen und deren Vergütung vom 11. Mai 1851 unter angemessener Theilnahme der einzelnen Stände zu bewirken haben.
- 4) Nach §. 8. Nr. 4. und 5. des Gesetzes, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer vom 21. Mai 1861 (Ges. Samml. S. 317.), sollen in denjenigen ländlichen Ortschaften, in welchen keine überwiegende Anzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch Vermietung benutzt wird, die außer den Wohngebäuden der Steuer unterliegenden, im §. 5. zu 1. und 2. des gedachten Gesetzes bezeichneten Gebäude, ingleichen die zu andern, als den in Verbindung mit Landwirthschaft betriebenen Fabriken und ähnlichen Anlagen gehörigen Wohngebäude in diejenige Steuerstufe eingeschätzt werden, in welche die Gebäude von derselben Art und von gleichem oder ähnlichem Umfange in denjenigen Städten eingeschätzt sind, welche zum Zwecke der Vergleichung nach Anhörung des Provinzial-Landtages für jeden Kreis bezeichnet werden; ferner für jede Provinz nach Vernehmung des Provinzial-Landtages die Merkmale zusammengestellt werden, nach welchen in denjenigen ländlichen Ortschaften, in welchen keine überwiegende Anzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch Vermietung benutzt wird, die

steuerpflichtigen Gebäude mit Berücksichtigung der in der Provinz obwaltenden Verhältnisse zu die verschiedenen Stufen des Tarifs einzuschätzen sein werden.

Unsere getreuen Stände wollen hiernach ihr Gutachten über die auszustellenden Normalstädte und Einschätzungs-Merkmale nach den näheren Mittheilungen, welche Unser Commissarius denselben hierüber zugehen lassen wird, abgeben.

5) Wir wollen endlich das Gutachten Unserer getreuen Stände über die Grundlagen der von Uns in Aussicht genommenen Reform der Kreis-Ordnung hören. Zu diesem Zwecke wird Unsern getreuen Ständen durch Unsern Commissarius eine Denkschrift zugestellt werden, welche diejenigen Hauptfragen hervorhebt, bei deren Beantwortung die Rücksicht auf abweichende Verhältnisse in den einzelnen Landestheilen sich besonders geltend macht.

In Betreff der laufenden ständischen Verwaltung wird Unser Commissarius die nöthigen Mittheilungen an Unsere getreuen Stände machen.

Die Dauer des Provinzial-Landtages haben Wir auf zwei Wochen bestimmt.

Wir verbleiben Unsern getreuen Ständen in Gnaden gewogen.

Gegeben, Schloß Babelsberg, den 27. October 1862.

Wilhelm.

von Bismark. J. genl. v. Mähler.

Gr. v. Lippe, von Jagow.

An die zum Provinzial-Landtage der Provinz Sachsen versammelten Stände.

(895) Die unverkürzte Ablieferung des bei Einleitung des Transports der Strafgefangenen dem Transporteur abzugebenden baaren Geldes an die betreffenden Strafanstalten.

Mit den aus den Gerichtsgefängnissen in die Strafanstalten abzuführenden Personen werden der Behörde, welche den Transport einleiten, nicht selten Gelder übergeben, die von diesen Personen theils in die Gerichtsgefängnisse mitgebracht, theils in denselben als Ueberverdienst erworben waren. Diese Gelder sind als Affersats im Sinne der §§. 21. 26. 29. der General-Transport-Instruktion vom 16. September 1816 anzusehen und müssen nach den Vorschriften der letzteren um so mehr unverkürzt am Bestimmungsorte mit abgeliefert werden, als das von einem Sträfling in die Strafanstalt mitgebrachte baare Geld — ausschließlich der Ueberverdienstgelder — zur Deckung der entstandenen Transportkosten von der Anstaltsklasse vercinnt werden soll.

Nichts desto weniger sind dergleichen Affersats von den Transporteuren in mehreren Fällen während des Transports angeblich zur besseren Verpflegung des Transportaten ganz, resp. theilweise verwendet worden, obwohl die Transportationen während des Transports gegen die feststehenden Entschädigungssätze für die ausreichende Verpflegung des Transportaten zu sorgen haben.

Die Transportationen unseres Verwaltungsbezirks werden daher hiermit angewiesen, nicht allein die richtige Ueberlieferung des von der Behörde des Ablieferungsorts auf dem Transportzettel in bestimmter Summe anzugebenden Affersats genau zu kontrolliren, sondern auch den Transporteuren bei eigener Vertretung jede Verwendung desselben zum Besten des Transportaten unterwegs zu unterlagen. Sollte dennoch eine solche Verwendung vorgekommen sein, so ist der an dem Affersat fehlende Betrag an den Gebühren des Transporteurs zu kürzen.

Merseburg, den 8. November 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(896) Die Einziehung von Herzoglich Sachsen-Gothaischen Rassenanweisungen etc.

Nach einer Mittheilung des Herzoglich Sächsischen Staats-Ministeriums zu Gotha sollen innerhalb drei Jahren, vom 12. September 1862 an gerechnet, die sämmtlichen, auf Grund des Gesetzes vom 30. September 1847 ausgegebenen Herzoglich Sachsen-Gothaischen Rassenanweisungen bei der Staatskasse daselbst eingereicht und gegen baare Zahlung umgetauscht werden. Demgemäß ist durch Bekanntmachung des Herzoglichen Staats-Ministeriums vom 12. September d. J. der Schlusstermin der Aukercourssetzung der bezeichneten Rassenanweisungen auf den 12. September 1865 bestimmt, dergestalt, daß dieselben nach Ablauf dieses Termins bis zu welchem sie nach wie vor bei allen öffentlichen Kassen des Herzogthums in Zahlung verwendet werden können, völlig wertlos werden und gegen deren Einwerthung auch eine Berufung auf die Nichtsichtigkeit der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nicht stattfindet.

Merseburg, den 12. November 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(897) Die Concessionirung der National- u. Provincial- Spiegelglas- u. Versicherungs- Gesellschaft in London zum Geschäftsbetriebe in Preußen betr.

Da die vom dem Königl. Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten in Berlin der National- u. Provincial- Spiegelglas- u. Versicherungs- Gesellschaft in London zum Geschäftsbetriebe in den Königl. Preussischen Staaten unter dem 8. November 1861 ertheilte Concession nebst einem Auszuge an den Statuten dieser Gesellschaft, insoweit solche für das diesseitige Publikum von Interesse sind, werde durch die anliegende Beilage mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntniss gebracht, daß der Kaufmann Theodor David in Aachen zum General-Bevollmächtigten der Gesellschaft ernannt ist.
Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(898) Die Verpachtung des Stiftungsgutes Nägelsiedt im Kreise Langensalza betr.
Das dem Stiftsbeder Stiftungsfonds gehörige Gut Nägelsiedt, welches im Kreise Langensalza an den Unstrut gelegen, einen Umfang von 1065 Morgen, darunter

784 Morgen Ackerland,
106 „ Wiesen,
128 „ Hutung,

hat, soll vom 14. Juni 1863 ab, auf 24 Jahre, also bis zum 14. Juni 1887, im Wege der Vicitation verpachtet werden.

Die der Verpachtung zu Grunde zu legenden allgemeinen und speciellen Bedingungen, die Karte des Guts, sowie die Regeln der Vicitation, liegen sowohl im Amtshause des Gutes Nägelsiedt, als in der Domainen-Registratur der unterzeichneten Regierung aus und können in letzterer täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, während der Dienststunden eingesehen werden.

Der Vicitationstermin wird am 29. November d. J., Vormittags 11 Uhr, im Sitzungszimmer des hiesigen Königl. Regierungsgebäudes von dem Domainen-Departementsrathe unseres Collegii abgehalten werden.

Indem wir zu demselben einladen, bemerken wir, daß Pacht Liebhaber Befußs ihrer Zulassung zum Mitstehen sich möglichst vor Beginn des Termins in demselben, über den Besiz eines disponiblen Vermögens von 18,000 Thlr., sowie über ihre Qualification als Landwirthe gegen den Commissarius auszuweisen haben. Das Pachtgeld- Minimum beträgt 4000 Thlr., die zu erlegende Caution 1800 Thlr.

Erfurt, den 31. October 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(899) Verpachtung des zum Stifte Neuzelle gehörigen Vorwerks Ossendorf.

Das im Gubener Kreise der Niederlausitz belegene, 3 Meilen von der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Station Neuzelle entfernte, zum Stifte Neuzelle gehörige Vorwerk Ossendorf nebst Zubehör, mit einem Areal von 1218 Morgen, 179 Aukuten, wovon 7 Morgen 15 Aukuten Gärten, 1092 Morgen 123 Aukuten Acker, 38 Morgen 148 Aukuten Wiesen, 51 Morgen 98 Aukuten Hutung, 4 Morg. 36 Aukuten Fischerei, Gewässer und 24 Morgen 119 Aukuten theils Hof- und Baustelle, theils unnußbares Land, soll auf die 16 Jahre von Johannis 1863 bis dahin 1879 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Wir haben zu diesem Befuß einen Vicitationstermin auf den 18. December d. J., Vormittags 10 Uhr, im Königl. Regierungsgebäude hier selbst und zwar in unserm Sitzungszimmer vor dem Herrn Regierungsrath Bindler anberaumt und bringen solches mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniss, daß das Pachtgeld- Minimum auf 1200 Thlr. festgesetzt und zur Uebernahme der Pachtung ein disponibles Vermögen von 7000 Thlr. erforderlich ist.

Die Verpachtungsbedingungen und die Regeln der Vicitation, sowie die Karte, können in unserer Registratur während der Dienststunden eingesehen werden, auch sind wir bereit, auf Verlangen die speciellen Verpachtungsbedingungen gegen Erstattung der Copialien durch Postvorschuß abschriftlich mitzutheilen.

Frankfurt a. d. O. den 28. October 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(900) Verpachtung des zum Stifte Neuzelle gehörigen Vorwerks Treppeln.

Das im Gubener Kreise der Niederlausitz belegene, 1 Meile von der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Station Neuzelle entfernte, zum Stifte Neuzelle gehörige Vorwerk Treppeln nebst Zubehör, mit einem Areal von 709 Morgen 166 Aukuten, wovon 19 Morgen 86 Aukuten Haus- und Feldgärten, 613 Morgen 62 Aukuten Acker, 32 Morgen 26 Aukuten Wiesen, 13 Morgen 89 Aukuten Hutung, 11 Mor-

gen 8 Ruthen Fischereigewässer und 20 Morgen 75 Ruthen theils Hof- und Baustelle, theils unbrauchbares Land, soll auf die 16 Jahre von Johannis 1863 bis dahin 1879 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Wir haben zu diesem Behuf einen Auctationstermin auf **den 8. December d. J., Vormittags 10 Uhr**, im Königl. Regierungsgebäude hieselbst und zwar in unserm Sitzungszimmer vor dem Herrn Regierungsrath Bindler anberaumt und bringen solches mit dem Bemerten zur allgemeinen Kenntniß, daß das Pachgelb Minimum auf 700 Thlr. festgesetzt und zur Ueberrahme der Pachtung ein disponibiles Vermögen von 5000 Thlr. erforderlich ist.

Die Verpachtungsbedingungen und die Regeln der Auctation, sowie die Karte, können in unserer Registratur während der Dienststunden eingesehen werden, auch sind wir bereit, auf Verlangen die speciellen Verpachtungsbedingungen gegen Erstattung der Copialien durch Postvorschuß abschriftlich mitzutheilen.

Freystadt a. d. O., den 28. October 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(901) Versteigerung eines Braunkohlen-Bergwerks betr.

Durch Urkunde von heute ist das Braunkohlen-Bergwerk Vorkwärts in der Feldkur Stedten im Mansfelder Seekreise, Bergrevier südlich Eisleben, mit einer Fundgrube und fünfshundert neun und dreißig Maassen georteten Feldes an den Bergwerksbesitzer Hermann **Gruhl** zu Weisenfels verliehen worden.

Königliches Ober-Bergamt.

(902) Ausgeloste Rentenbriefe der Provinz Sachsen für das Halbjahr 1. October 1862 bis ult. März 1863.

In dem am 12. d. M. zur Auslösung von Rentenbriefen der Provinz Sachsen für das laufende Halbjahr (1. October 1862 bis ult. März 1863) in Gemäßheit des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 abgehaltenen Termine sind folgende Rentenbriefe ausgelost worden:

1) Litera A. à 1000 Thlr., 39 Stück, nämlich:

Nr. 3. 20. 149. 415. 428. 870. 1257. 1311. 1599. 1762. 2049. 2122. 2716. 2931. 2936. 3388. 3555. 3659. 4066. 4303. 4401. 4566. 4735. 4870. 4979. 5045. 5142. 5190. 6083. 6111. 6457. 6532. 6665. 6756. 6790. 6842. 6912. 6916. 7019;.

2) Litera B. à 500 Thlr., 9 Stück, nämlich:

Nr. 96. 964. 1185. 1255. 1409. 1511. 1541. 1833. 1897;.

3) Litera C. à 100 Thlr., 51 Stück, nämlich:

Nr. 301. 316. 402. 542. 1105. 1319. 1444. 1592. 1664. 1759. 2066. 2170. 2263. 2595. 3096. 3120. 3519. 3640. 3713. 3799. 3898. 4018. 4753. 5104. 5244. 5382. 5647. 5661. 5674. 5745. 6306. 6366. 6407. 6564. 6770. 6809. 6890. 6934. 7217. 7267. 7284. 7324. 7330. 7718. 7922. 7996. 8036. 8099. 8336. 8526. 8942;.

4) Litera D. à 25 Thlr., 43 Stück, nämlich:

Nr. 47. 393. 408. 454. 533. 596. 614. 686. 1110. 1150. 1530. 1838. 1928. 1986. 2316. 2432. 2505. 2843. 2849. 2909. 2931. 2978. 3164. 3305. 3545. 3569. 3833. 4144. 4217. 5279. 5322. 5454. 5760. 5768. 5776. 5983. 5984. 5989. 6810. 6753. 6909. 7141. 7861;.

5) Litera E. à 10 Thlr., 54 Stück, nämlich:

Nr. 12131. bis 12134. und 12292. bis 12341.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom **19. März 1863** ab durch die Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Domplatz Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr gegen Zurücklieferung der ausgelosten Rentenbriefe in coursfähigem Zustande und Quittungsleistung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Auswärts wohnenden Inhabern der vorstehend aufgeführten ausgelosten Rentenbriefe ist auch bis auf Weiteres gestattet, dieselben mit der Post an unsere Rentenbankkasse einzuliefern und die Uebersendung der Saluta auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, unter Beifügung einer in nachstehender Form ausgestellten Quittung zu beantragen.

Q u i t t u n g.

Die Saluta der nachstehend verzeichneten ausgelosten Rentenbriefe, nämlich:

1) Lit. Nr. à Thlr. Capital.
2) 2c. 2c.

mit zusammen

(buchstäblich) Thaler,

von der Königlichen Rentenbankkasse in Magdeburg baar und richtig empfangen zu haben, bescheinigt durch diese Quittung.

..... den ten 18 ..

N. N.

Mit dem 31. März 1863 hört die weitere Verzinsung der gedachten Rentenbriefe auf; daher müssen mit diesen die dazu gehörigen Zinscoupons Serie II. Nr. 10. bis 16. unentgeltlich abgeliefert werden, widrigenfalls für die fehlenden Coupons der Betrag derselben vom Capitale zurückbehalten wird.

Die Inhaber der ausgelosten Rentenbriefe fordern wir hierdurch auf, vom 19. März 1863 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten rechtzeitig in Empfang zu nehmen.

Gleichzeitig werden die Inhaber folgender, bereits in früheren Jahren ausgelosten Rentenbriefe Lit. A. bis D., welche bisher nicht realisiert sind, nämlich:

- a) pro 1. April 1859: Lit. A. Nr. 6167., Lit. C. Nr. 5079.;
- b) pro 1. October 1859: Lit. C. Nr. 2939. 3690.;
- c) pro 1. April 1860, Lit. B. Nr. 958., Lit. C. Nr. 1599. 8121., Lit. D. Nr. 7034.;
- d) pro 1. October 1860: Lit. B. Nr. 73., Lit. C. Nr. 3148. 7618. 7685., Lit. D. Nr. 8. 1177. 6984.;
- e) pro 1. April 1861: Lit. A. Nr. 1448. 2141.3065. 3862., Lit. B. Nr. 54. 1216., Lit. C. Nr. 255. 1682. 2516. 3906. 6041. 6555. 7942. 8313., Lit. D. Nr. 2526. 2734. 3199. 3357. 5545. 6515. 6830. 7201.;
- f) pro 1. October 1861: Lit. A. Nr. 356. 912. 4080., Lit. B. Nr. 169., Lit. C. Nr. 298. 672. 1007. 4146. 6188. 6442. 7620. 8705. 8727., Lit. D. Nr. 731. 1683. 1984. 2525. 2655. 5531. 8855. 4435. 5605. 5748. 7017. 7028. 7311. 7417.;
- g) pro 1. April 1862: Lit. A. Nr. 712. 2140. 6321. 6408., Lit. B. Nr. 490., Lit. C. Nr. 1220. 1609. 3252. 5990. 6673. 8509. 8798., Lit. D. Nr. 1245. 2124.;
- h) pro 1. October 1862: Lit. A. Nr. 1089. 1578. 1685. 2529. 3142. 6236. 6269., Lit. B. Nr. 1376., Lit. C. Nr. 324. 347. 660. 1433. 2203. 2231. 3404. 4893. 5051. 5256. 5305. 5829. 6254. 6317. 6382. 6507. 6510. 7328. 7415. 8954., Lit. D. Nr. 129. 131. 238. 656. 1273. 1442. 1478. 1857. 1871. 2950. 3883. 4340. 4495. 5246. 6090. 6150. 6151. 7139.,

hierdurch erinnert, dieselben unserer Kasse zur Zahlung des Betrages zu präsentieren.

Eine gleiche Erinnerung ergeht an diejenigen, welche noch Rentenbriefe der Provinz Sachsen Lit. E. à 10 Thlr. unter den Nummern 1. bis einschließlic 12,130. und von 12,136. bis einschließlic 12,291. inne haben, da diese in früheren Terminen bereits sämmtlich ausgelost worden sind.

Magdeburg, den 13. November 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(303) Ausgeloste Schuldverschreibungen der Eisenfeldschen Tilgungskasse für das Halbjahr 1. Januar bis ult. Juni 1863.

Zu dem am 12. d. M. zur Auslosung von Schuldverschreibungen der mit der hiesigen Provinzial-Rentenbank vereinigten Eisenfeldschen Tilgungskasse für das Halbjahr 1. Januar bis ult. Juni 1863 hieselbst abgehaltnen Termine sind folgende Schuldverschreibungen ausgelost worden:

- 1) von Lit. A. à $3\frac{1}{2}\%$: a) zu 500 Thlr. Nr. 322. 332. 557. 699., b) zu 300 Thlr. Nr. 151.;
- 2) von Lit. B. à 4%: a) zu 500 Thlr. Nr. 274. 448. 1009. 1691. 2606. 2729. 3448. 3968. 4009. 4222., b) zu 300 Thlr. Nr. 1437., c) zu 100 Thlr. Nr. 952. 1513. 1805. 2025. 2543. 2617. 2983. 3849., d) zu 50 Thlr. Nr. 982. 1066. 1443., e) zu 25 Thlr. Nr. 203.

Die Zahlung der Beträge derselben und der halbjährigen Zinsen pro 1. Januar bis ult. Juni 1863 erfolgt vom 1. Juli 1863 ab je nach der Wahl der Interessenten entweder

- a) durch die Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Domplatz Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr sofort gegen Zurücklieferung der ausgelosten Schuldverschreibungen im cours-fähigen Zustande oder
- b) durch die Königliche Kreisasse zu Heiligenstadt binnen 10 Tagen nach der an dieselbe im cours-fähigen Zustande bewirkten Übergabe der Schuldverschreibungen gegen Rückgabe der von der Kreisasse darüber einstweilen auszuhebbenden Empfangsbescheinigung.

Ueber den gezahlten Gelbbetrag ist außerdem von dem Präsentanten der Schuldverschreibung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare Quittung zu leisten.

Mit dem 1. Juli 1863 hört die weitere Verzinsung der gedachten Schuldverschreibungen auf; daher

müssen mit diesen zugleich die zugehörigen Coupons Ser. V. Nr. 2. bis 4. unentgeltlich zurückgeliefert werden, widrigenfalls für jeden fehlenden Coupon der Betrag desselben vom Capitale zurückbehalten wird. Indem wir die Inhaber der ausgelosten Schuldverschreibungen hierdurch auffordern, vom 1. Juli 1863 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir, daß die betreffenden beiden Klassen sich auf eine Uebersendung des Geldbetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen dürfen.

Zugleich fordern wir die Inhaber, folgender, in früheren Terminen ausgelosten, aber noch nicht realisirten Schuldverschreibungen und zwar von folgenden Auslosungsterminen:

- a) 1. Juli 1854: à 4 % Nr. 2211. zu 5 Thlr.;
- b) 1. Januar 1855: à 3½ % Nr. 450. zu 10 Thlr., Nr. 468. zu 5 Thlr., à 4 % Nr. 2920. zu 10 Thlr.;
- c) 1. Juli 1857: à 3½ % Nr. 467. zu 25 Thlr.;
- d) 1. Januar 1861: à 4 % Nr. 2905. zu 50 Thlr.;
- e) 1. Januar 1862: à 4 % Nr. 3932. zu 25 Thlr.;
- f) 1. Juli 1862: à 4 % Nr. 1686. zu 500 Thlr., Nr. 1451. zu 25 Thlr.,

hierdurch auf, dieselben bei unserer Rentenbankkasse hiersebst oder bei der Kreiskasse in Heiligenstadt zur Zahlung des Betrages zu präsentiren.

Magdeburg, den 13. November 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(904) Ausgeloste Elster-Obligations.

Von den Elster-Obligations sind am 6. d. M. nachstehende Nummern ausgelost:

Lit. A. Nr. 41. 121.

Lit. B. Nr. 150. 211. 303. 304. 399. 492. 495. 526. 547. 548. 643. 731. 733. 935. 995. 1425. 1471. 1484. 1499.

Lit. C. Nr. 30. 101. 185. 205. 220. 347. 352. 375. 460. 612. 658. 659. 769. 880. 913. 954. 1104. 1213. 1316. 1317. 1321. 1401. 1434. 1438. 1439. 1484. 1488. 1878. 1881. 1981. 1987. 1991. 2000.

Diese Obligations werden hierdurch den Inhabern dergestalt gekündigt, daß sie am 1. Juli 1863 eingelöst werden. Mit diesem Tage hört ihre Verzinsung auf und werden sie am 1. Juli 1873 werthlos. Die Bezahlung des Nominalwerthes erfolgt bei der Hauptkasse des Elster-Verbandes in Liebenwerda und den Spezialkassen in Senftenberg, Ruhland, Herzberg und Torgau. Die Inhaber wollen sie zu diesem Zwecke mit den noch nicht eingelösten Coupons einer dieser Kassen übergeben oder portofrei einsenden.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß von den früher gekündigten Obligations nachstehende bis jetzt nicht präsentirt sind:

Auslosung vom 12. April 1860: Lit. B. Nr. 694. 855. 1060,

Lit. C. Nr. 578. 937.

Auslosung vom 15. November 1860: Lit. B. Nr. 393. 732,

Lit. C. Nr. 415. 553.

Dieselben werden seit dem 1. Juli 1861 nicht mehr verzinst und am 1. Juli 1871 werthlos.

Auslosung vom 12. December 1861: Lit. A. Nr. 136,

Lit. B. Nr. 39. 575. 675. 712. 755. 879. 1140. 1141,

Lit. C. Nr. 65. 67. 685. 732. 874.

Letztere werden seit dem 1. Juli 1862 nicht mehr verzinst und am 1. Juli 1872 werthlos.

Berlin, den 8. November 1862.

Der Vorstand des Verbandes zur Regulirung der Schwarzen Elster. v. Fund.

Personal-Chronik.

(905) Zu der erledigten evangelischen Obergarrstelle zu Gr. Salze, in der Diöces Agendorf ist der bisherige Pfarrer in Winterfeld, Diöces Brehendorf, Friedrich Wilhelm Grünwald, berufen und bestätigt worden.

(906) Bei der Landesschule Pforta ist der Schulanwits-Candidat Dr. Dieblich Volkmann als 1. Adjunct angestellt worden.

(907) Auf Grund des §. 11. der Anweisung zum Geſetze wegen Regelung der Grundsteuer vom 21. Mai 1861 iſt, nachdem der Präſident Freiherr v. **Reibnitz** wegen ſeines Geſundheitszuſtandes von den Geſchäften als Bezirks-Commiſſar entbunden worden, der Regierungsrath v. **Reich** mit der obern Leitung der Grundsteuer-Regulirungsarbeiten im Regierungsbezirk Merſeburg beauftragt und zum Bezirks-Commiſſar beſtellt worden.

(908) Bergbau- & Hütten-Actien-Geſellſchaft zu Stolberg a. S.

Die Betheiligten der Geſellſchaft laden wir hierdurch zu der ordentlichen General-Verſammlung auf **Montag den 22. December a. c. Vormittags 9 Uhr,** auf dem geſellſchaftlichen Hockwerke bei Stolberg mit dem Bemerkten ein, daß folgende Gegenſtände zur Berathung und Beſchließung vorgelegt werden ſollen:

- 1) Vorlage der Bilanz vom 30. Juni c., Beſchluß der Decharge über dieſelbe,
- 2) Wahl der Rechnungs-Reviſoren,
- 3) Wahl zur Ergänzung des Verwaltungsrathes,
- 4) Antrag auf Vervollständigung des Betriebs-Capitals durch Zuſchüſſe der Betheiligten,
- 5) Offerte eines Darlehens gegen Hypothek, Beſtimmung der Höhe deſſelben, der Bedingungen, event. Ermächtigung des Verwaltungsrathes oder Generaldirectors zum Abſchluſſ deſſelben,
- 6) Beſchluß über den demnächſtigen Betrieb,
- 7) Ermächtigung des Verwaltungsrathes event. Generaldirectors zur rechtsgültigen Erwerbung oder Veräußerung von Immobilien im Werthe von über 5000 Thlr., Contrahirung von Anleihen über jenen Betrag, mithin Abänderung des §. 21. ad 7. des Statutes, ferner Beſchluß über eine Special- und General-Vollmacht für den Verwaltungsrath bis zur Genehmigung der Statuten-Änderung, Eintragungen auf Grundſtücke, Löſchungen eingetragenener Rechte und Forderungen im Hypothekenbuche zu bewilligen reſp. auch Beſitztitel-Verrichtungen ohne Einſchränkung des Capitalwerthes zu beantragen,
- 8) Genehmigung der vom Verwaltungsrathe geſetzten Schritte zur Förderung des jetzigen Betriebes der Werke.

Wir verweiſen auf §§. 14. 15. 16. 18. des Statuts und bemerken, daß Actien bei Herren Gebr. **Kron**s in Berlin und Herrn **Carl Tuch** in Nordhauſen mindeſtens 8 Tage vorher von den an der General-Verſammlung Theilnehmenden gegen Empfangsſchein niedergelegt werden müſſen.

Stolberg am Garz, den 14. November 1862.

Der Verwaltungsrath.
H. Galling, Vorſitzender.

Hierzu eine Beilage, die Conceſſion und Statuten der National-Provincial-Spiegelglas-Verſicherungs-Geſellſchaft in London betr.

Redigirt im Amtsblatt-Büreau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl **Tuch** in Merſeburg.

(Inſertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Beilage

zum Amtsblatt

der Königlich Preussischen Regierung zu Merseburg.

Konzession

zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten für
die National-Provincial-Spiegelglas-Versicherungs-Gesellschaft zu London.

IV. 11,231.

Der unter der Firma:

„National-Provincial-Spiegelglas-Versicherungs-Gesellschaft“

(National Provincial Plate Glass Insurance Company) in London

errichteten Aktiengesellschaft wird die Konzession zum Betriebe des Geschäftes der Versicherungsleistung gegen durch Zufälligkeit, Bruch oder irgend welche Beschädigung entstandenen Verlust auf Spiegelglas, silberbelegtes Glas und jegliche andere Art von Glas, gleichviel ob fest oder lose, an Ort und Stelle bleibend, oder auf der Reise befindlich, in den Königlich Preussischen Staaten, unter Vorbehalt des Widerrufs, auf Grund der für England gesetzlich genehmigten Statuten vom 24. August 1854, hienmit unter nachfolgenden Bedingungen erteilt:

1. Jede Veränderung der Gesellschafts-Statuten ist anzuzeigen, und bei Verlust der erteilten Konzession der Genehmigung des Ministers für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten zu unterbreiten.
2. Die Statuten, bezüglich ein von der Königlich Preussischen Regierung zu machen zu bestimmender Auszug aus denselben und etwaige Abänderungen derselben sind in den Amtsblättern derjenigen Regierungen, in deren Bezirken die Gesellschaft Geschäft betreibt, auf Kosten der Gesellschaft zur öffentlichen Kenntniss zu bringen.
3. Die Gesellschaft hat wenigstens an einem bestimmten Orte in Preussen, in welchem dieselbe Geschäfte betreibt, einen General-Bevollmächtigten zu bestellen, von welchem Orte aus regelmäßig ihre Verträge mit den Preussischen Unterthanen abzuschließen sind und wegen aller aus ihren Geschäften mit Preussischen Unterthanen entstehenden Verbindlichkeiten je nach Wahl der Versicherten, entweder bei dem Gerichte des Orts oder am Gerichtesstande des die Versicherung vermittelnden Agenten Recht zu nehmen ist, welche Verpflichtung in jedem zu schließenden Versicherungsvertrage angenommen werden muß.
4. Die durch Schiedsrichter und Obmänner zu schlichtenden Streitigkeiten können nur durch Preussische Unterthanen geschlichtet oder entschieden werden.
5. Der Königl. Regierung, in deren Bezirk die Geschäfts-Niederlassung sich befindet, ist in den ersten drei Monaten eines jeden Geschäftsjahres durch den General-Bevollmächtigten außer der General-Bilanz der Gesellschaft eine Spezial-Bilanz der bezüglichen Geschäfts-Niederlassung für das verflossene Jahr einzureichen und in dieser Bilanz das in Preussen befindliche Aktivum, von dem übrigen Aktivum getrennt, aufzuführen, wobei es der betreffenden Regierung überlassen bleibt, über die Aufstellung besondere Bestimmung zu treffen, den General-Agenten persönlich und erforderlichen Falls unter Stellung hinlänglicher Sicherheit verantwortlich zu machen, für die Richtigkeit der Bilanz einzustehen.
6. Der General-Bevollmächtigte ist verpflichtet, die von der Gesellschaft ausgehenden oder bereits ausgegangenen, sich auf den Geschäftsbetrieb beziehenden Schriftstücke, namentlich Instruktionen, Tarife, Geschäftsanweisungen ac. auf Erfordern dem obengenannten Minister oder den Königl. Bezirks-Regierungen vorzulegen, auch alle in Bezug auf die Gesellschaft und die Niederlassung zu gehende Auskunft zu beschaffen und resp. die betreffenden Papiere vorzulegen.

Die Befugniß zum Erwerbe von Grundeigenthum in Preußen wird mit der gegenwärtigen Konzeßion nicht erteilt, zu diesem Besufe bedarf es vielmehr der besonderen, in jedem einzelnen Falle nachzuforschenden Erlaubniß der Staats-Regierung.

Berlin, den 8. November 1861.

(L. 8.)

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.

(94.) von der Seydt.

A u s z u g.

Dieser Kontrakt geschlossen am vier und zwanzigsten Tage des August, im Jahre unseres Herrn 1864, zwischen den verschiedenen Personen, deren Unterschriften und Siegel hierunter gezeichnet und beigefügt sind (mit Ausschluß der verschiedenen Parteien zweiter und dritterseits: ersterseits: George Sims, wohnhaft No. 150, Aldersgate Street, in der Stadt London, Spiegelglashändler, Alfred Goslett, wohnhaft No. 26, Soho Square, in der Grafschaft Middlesex, Spiegelglashändler, John Larring, wohnhaft No. 23, Charles Street, Middlesex Hospital, in derselben Grafschaft, Architekt, John Robert Cusley, wohnhaft No. 4, Finsbury place, in derselben Grafschaft, Kunstschmiedewarenfabrikant aus gros, Perry Christie, wohnhaft No. 99, Patton Garden, in derselben Grafschaft, Londoner Geschäftsführer der Union Spiegelglas-Kompagnie und John Poole, wohnhaft No. 127, Chesham, in der genannten Stadt London, zweiterseits, und William John Barret, wohnhaft in der Stadt London, Gentleman, Bevollmächtigter der Gesellschaft, welche durch hierin später enthaltene übereingekommene Paragraphen gegründet wird) dritterseits.

In Betracht, daß die genannten verschiedenen Personen, Parteien ersterseits und zweiterseits, übereingekommen sind eine Kompagnie mit gemeinschaftlichem Kapital zu hierin weiter unten erwähnten Zwecken, innerhalb des Umkreises der im 7. und 8. Jahre der Regierung Ihrer jetzigen Majestät, der Königin Victoria, durchgegangenen Parlaments-Akte, benannt: „Eine Akte betreffend die Registrierung, Inkorporation und Einrichtung von Gesellschaften mit Veremigtem Kapital“ zu errichten;

In Betracht, daß die genannte Gesellschaft am ein und dreißigsten Tage des März eintausend acht hundert vier und fünfzig, nach Vorchrift der genannten Akte, unter dem Namen: „Die Londoner und Provinzial-Spiegelglas- und überbelegtes Glas-Versicherungs-Gesellschaft“ interimistisch eingeregistrit worden:

In Betracht, daß der Name der genannten Gesellschaft seitdem in: „Die National-Provinzial-Spiegelglas-Versicherungs-Gesellschaft“ abgeändert, und dieser so veränderte Name demgemäß nach der Verordnung genannter Akte interimistisch eingeregistrit worden, und es beabsichtigt wird, in Gemäßheit der Bestimmungen genannter Akte die genannte Kompagnie so schnell irgend möglich unter dem letzteren Namen völlig einregistriten zu lassen:

In Betracht, daß der vierte Theil des Stammkapitals der genannten Kompagnie von den Personen, Parteien ersterseits und zweiterseits, gezeichnet, und die Zahl der Aktien in diesem Stammkapital, welche von den genannten respektiven Parteien ersterseits und zweiterseits genommen ist, oder wird, in dem hierunter geschriebenen und angehängten Verzeichniß ihrer respektiven Unterschriften und Siegeln gegenüber geschrieben ist, und in Betracht, daß die Uebereinkunft getroffen ist, daß diejenigen Aktien des Stammkapitals, welche am Tage gegenwärtiger Urkunde nicht gezeichnet sind, wie hierin weiter unten bestimmt, an solche Personen und in solcher Weise wie die jedesmaligen Direktoren der genannten Kompagnie in Gemäßheit der hierin weiter unten enthaltenen Bestimmungen beschließen mögen verkauft werden sollen;

So bezeugt gegenwärtige Urkunde, daß zu dem Zwecke um die Absichten der genannten verschiedenen Parteien ersterseits und zweiterseits in Ausführung zu bringen, und in Betracht des vorher Gesagten, eine jede der genannten verschiedenen Personen, Parteien ersterseits und zweiterseits, (soweit indessen nur, als Handlungen und Unterlassungen von Seiten seiner oder ihrer selbst und seiner oder ihrer respektiven Erben, Testamentvollstrecker und Vermögensverwalter in Betracht kommen) hierdurch respektive für sich selbst, seine oder ihre respektiven Erben, Testamentvollstrecker und Vermögensverwalter mit dem genannten William John Barret, als juristischen Bevollmächtigten für die Kompagnie seinen Testamentvollstreckern, Vermögensverwaltern und Bevollmächtigten respektive die nachfolgende Uebereinkunft abschließen, nämlich:

1. Es sollen die verschiedenen Personen, welche jetzt oder später Parteien ersterseits und zweiterseits, und weiter unten Aktionäre genannt werden, und alle solche andere Personen, welche später in der genannten Kompagnie, Aktien-Inhaber werden mögen, so lange sie im Besitz ihrer respektiven Aktien

- vom hierin später angeführten Stammkapital derselben bleiben, eine Gesellschaft mit vereinigttem Kapital, nach dem Verstande genannter hierin früher erwähnter Parlaments-Akte sein und bilden, welche die **National-Provinzial-Spiegelglas-Verfälscherungs-Gesellschaft** genannt werden soll, auch zu den Zwecken unter den Beschränkungen und Bedingungen und in Gemäßheit der hierin später enthaltenen Klauseln eine Gesellschaft unter genanntem Namen sein und bleiben.
2. Die jedesmaligen Direktoren der Kompagnie sollen und können die nachstehenden, am Tage gegenwärtiger Urkunde noch nicht gezeichneten Aktien vom Stammkapital der genannten Kompagnie, oder auch jedweden Theil derselben, an ihnen passend dünkende Personen überweisen, und jeder Aktionär in der genannten Kompagnie besonders hat die ihm für seinen oder ihrn Theil respektiven abliegenden verschiedenen hierin später erwähnten Verpflichtungen in Gemäßheit der Bestimmungen gegenwärtiger Urkunde zu erfüllen, soll und wird auch die Terminzahlungen auf die respektiven Aktien in der genannten fest projectirten Kompagnie, welche er oder sie genommen hat oder nehmen mag, zu den Zeiten und auf die Weise wie gegenwärtige Urkunde weiter unten besagt, innehalten. Und ferner soll die genannte Kompagnie, in Gemäßheit der weiter unten hierin enthaltenen Bestimmungen, vom Tage des Datums dieser gegenwärtigen Urkunde an so lange fortbestehen bis dieselbe aufgelöst wird und ihre Angelegenheiten abgewickelt sind.
 3. Das Geschäft der Kompagnie soll sein, unbeschränkte Versicherungen gegen durch Zufälligkeit, Bruch, oder irgend welche Beschädigung, was auch immer die Ursache davon sein mag, entstehenden Verlust auf Spiegelglas, silberbelegtes Glas oder jegliche andere Art von Glas, gleichviel ob fest oder lose, an Ort und Stelle bleiben, oder auf der Reise, zu bewilligen und auszuführen, indem sie, nachdem der Verlust Statt gefunden haben und gemeldet sein wird, entweder denselben mit aller möglichen Schnelligkeit durch anderes Glas von gleichem Fabrikat und gleicher Qualität ersetzt, oder die Versicherten durch Auszahlung des Werthes oder Betrages des so vernichteten oder beschädigten Glases entschädigt.
 4. Das Geschäft der Kompagnie wird in dem jedesmaligen Haupt-Bureau der Kompagnie, oder an anderem, oder statt dessen an solchem anderen Orte, oder solchen anderen Orten betrieben, wie die Direktoren der Kompagnie von Zeit zu Zeit für gut finden mögen, auch kann solches Geschäft betrieben werden obwohl das Kapital der Kompagnie nicht gänzlich gezeichnet sein mag.
 5. Die genannten Georg Sims, Alfred Godlett, John Larring, John Robert Cusken, Henry Christie und John Poole (Parteien ersterseits und zweiterseits) sollen die ersten und gegenwärtigen Direktoren derselben mit den Vollmachten und zu den Zwecken sein, welche hierin weiter unten erwähnt werden, und die Zahl der Direktoren der genannten Kompagnie soll zu keiner Zeit geringer sein wie fünf, oder größer wie eif.
 6. John Geary, wohnhaft Nro. 4, Moorgate Street, in der Stadt London und Edmund Glensh wohnhaft Nro. 127, Cheapside, in der Stadt London, sollen die gegenwärtigen Rechnungswisoren der Kompagnie zu den weiter unten erwähnten Zwecken sein.
 7. William Mansford, wohnhaft Nro. 29, Bonverie Street, in der Stadt London, Thomas Wilmouth, wohnhaft Nro. 7 Sufferplace, Canonbury, in der Grafschaft Middlesex, der genannte Georg Sims, Parteien ersterseits und zweiterseits, und der genannte John Poole, Partei zweiterseits, sollen die gegenwärtigen Bevollmächtigten der genannten Kompagnie mit und zu den weiter unten erwähnten Vollmachten und Zwecken sein.
 8. Der obgenannte William Barret, wohnhaft Nro. 8, Belliard, Doctors Commons, in der Stadt London, Gentleman, soll der gegenwärtige Rechtsbeistand der genannten Kompagnie sein.
 9. Thomas Drake junior, wohnhaft Nro. 13, Gibson Square, Islington, in der Grafschaft Middlesex, Gentleman, soll der gegenwärtige Sekretair der Kompagnie, und die Personen, welche in der Stadt London unter dem Titel und der Firma der „Commercial-Bank of London“ Geschäfte machen, sollen die gegenwärtigen Bankiers derselben sein.
 10. Das Stammkapital der genannten Kompagnie soll fürs Erste aus fünfzigtausend Pfund bestehen, eingetheilt in zehntausend Aktien von fünf Pfund jede, für welche zu den Terminen und in der Weise wie hierin weiter unten angegeben, Zahlung zu leisten, doch kann das Kapital in der hierin weiter unten bestimmten Weise vergrößert werden, — und Niemanden soll es frei stehen nur einen Theil einer Aktie oder mehr als fünfshundert Aktien zu besitzen und im Falle die ganzen zehntausend Aktien nicht gezeichnet werden, oder im Falle das die Anzahl der Aktien sich zu irgend einer späteren Zeit aus was immer für eine Ursache, bis unter die genannte Anzahl von zehntausend ver-

mindern sollte, so sollen die derzeitigen Aktionaire der Kompagnie dessen ungeachtet, in Gemäßheit und Kraft der gegenwärtigen Urkunde, associirt und verbindlich, und die hierin enthaltenen Vollmachten, Clausein und Bestimmungen in Betreff der derzeitig gezeichneten oder genommenen Aktien, in derselben Weise in Kraft bleiben und sein, als wenn die Zahl solcher Aktien die volle Zahl der Aktien gewesen wäre die nach Uebereinkunft ausgegeben werden sollte, und die Anzahl der Aktien, gezeichnet und im Besitze von jedweden Aktionair, soll seinem dieser Urkunde unterzeichneten Namen gegenüber geschrieben werden, — und die Aktien sollen in regelmäßiger Reihenfolge von 1 bis 10,000, oder die zu der andern Zahl, welche die derzeitige Anzahl von Aktien der Kompagnie sein wird, nummerirt, und stets nach denselben Nummern unterschieden werden.

14. Die Kompagnie soll, — ausgenommen wie es aus dieser Urkunde weiter unter hervorgeht, — für keinerlei Verbindlichkeiten gleichviel ob offen oder geheim und ob der Kompagnie davon Mittheilung gemacht worden oder nicht, auf irgend eine Aktie irgend wie Verbindlichkeit haben, sondern die Person oder Personen, unter deren Namen eine Aktie im Register der Aktionaire steht, soll als unbedingtes Eigenthum oder sollen als unbedingte Eigentümer derselben betrachtet und die Empfangsbescheinigung solcher Person, oder etlicher jeden solcher Personen wenn ihrer mehr als eine sind, oder der Testamentsvollstrecker, oder Exekutoren solcher Person, oder des Nachbleibenden solcher Personen, oder des Bevollmächtigten oder der Bevollmächtigten solcher Person oder Personen oder solches Nachbleibenden im Falle seines oder ihres Banlerottes, oder seiner oder ihrer Zahlungsunfähigkeit, oder des Ehemannes irgend einer solchen Person die ein Frauenzimmer ist, soll der Kompagnie zur genügenden Quittung über jede im Betreff derselben zahlbare und gezahlte Dividende oder Geldsumme dienen.
20. Die Aktionaire der Kompagnie sollen sich zu den hierin weiter unten festgesetzten Zeiten und überhaupt so oft sie, wie weiter unten gesagt, ordnungsmäßig zusammenberufen werden, am derzeitigen Haupt-Bureau der Kompagnie, oder denjenigen andern Orten in der Stadt London oder der Grafschaft Middlesex versammeln, welche das Direktorium von Zeit zu Zeit bestimmen mag.
21. Jede solche Versammlung zu den hierin weiter unten festgesetzten Zeiten soll eine „Gewöhnliche General-Versammlung“ und jede andere Versammlung „Eine außerordentliche General-Versammlung“ genannt werden.
22. Eine gewöhnliche General-Versammlung der Kompagnie soll Statt finden in der ersten Woche des Monates Oktober eintaufend achthundert und fünf und fünfzig, und später in der ersten Woche des Monates Oktober jedes folgenden Jahres, und zwar an denjenigen Tagen und zu denjenigen Stunden, welche die Direktoren von Zeit zu Zeit bestimmen werden.
23. Außerordentliche General-Versammlungen der Kompagnie können zu jeder Zeit aus eigener Machtvollkommenheit, oder in Folge schriftlicher Aufforderung von fünf oder mehr Aktionairen, die zusammen nicht unter fünfhundert Aktien besitzen, von den Direktoren zusammenberufen werden, welche Aufforderung jedoch die Veranlassung weshalb solche Versammlung gewünscht wird ausführlich erläutern, und ein und zwanzig Tage, vor dem Tage auf welchen solche Versammlung einberufen wird, am Bureau der Gesellschaft eingereicht werden muß.
24. Wenn nach solcher vorerwähnten Aufforderung die Direktoren es während des Zeitraums von vierzehn Tagen unterlassen, eine solche außerordentliche General-Versammlung zusammen zu berufen, so kann die Zusammenberufung durch die, dieselbe verlangenden Personen geschehen.
25. Jede gewöhnliche General-Versammlung kann sich von Zeit zu Zeit vertagen, und eine so vertagte Versammlung zu solcher Zeit gehalten werden, wie sie durch die erste oder irgend eine frühere vertagte Versammlung angelegt sein mag.
26. Jede außerordentliche General-Versammlung, sei es eine ursprüngliche oder eine vertagte, welche wie oben gesagt, durch Aktionaire, oder in Folge ihrer Aufforderung einberufen ist, soll durchaus aufgelöst werden, wenn nicht fünf oder mehr Aktionaire (Direktoren eingeschlossen) welche zusammen nicht weniger als eintaufend Aktien besitzen, innerhalb einer Stunde nach der für solche Versammlung festgesetzten Zeit, persönlich zusammentreten, — und jede andere Versammlung, sei es eine ursprüngliche oder eine vertagte, (wie hierin später erwähnt, ausgenommen) soll sich vertagen, wenn nicht fünf Aktionaire, (Direktoren eingeschlossen) welche zusammen nicht unter eintaufend Aktien besitzen, innerhalb einer Stunde nach der zur Abhaltung derselben anberaumten Zeit, persönlich oder durch Bevollmächtigte zusammentreten, — findet aber eine solche Versammlung bis zu einem vom Datum derselben nicht weniger als zehn noch mehr als vierzehn Tage entfernten Tage Statt und es ist

- von dieser Vertagung und dem Tage der Stunde und dem Orte derselben sowohl, wie der Ursache und dem Zwecke solcher Vertagung, einem jeden Aktionair wenigstens sieben Tage vor der für dieselbe angelegten Zeit schriftliche Mittheilung übergeben, oder mit der Post zugesandt, so steht es den bei einer solchen vertagten Versammlung anwesenden Aktionairen frei, nach Verlauf einer Stunde nach der dazu anberaumten Zeit, mit den Verhandlungen zu beginnen, wenngleich keine fünf Aktionaire, (Direktoren eingeschlossen) welche zusammen nicht weniger als eintausend Aktien besitzen, innerhalb oder am Ende einer Stunde nach der für eine solche vertagte Versammlung festgesetzten Zeit, persönlich oder durch Bevollmächtigte zusammengetreten sein, oder nachdem sie so zusammengetreten innerhalb oder am Ende der genannten Zeit oder später auseinander gegangen sein mögen.
27. Keine Versammlung, zu welcher fünf Aktionaire, welche zusammen nicht weniger als eintausend Aktien besitzen, innerhalb einer Stunde nach der für solche Versammlung festgesetzten Zeit zusammengetreten, kann dadurch beschlußunfähig werden, daß irgend ein Aktionair sie nach Ablauf der genannten Stunde verläßt.
28. Jede gewöhnliche oder außerordentliche General-Versammlung soll wenigstens vierzehn und nicht mehr als ein und zwanzig Tage vor der zu solcher Versammlung angelegten Zeit durch schriftliche Aufforderung an jeden Aktionair, zusammenzutreten werden, und solche Aufforderung, vom Sekretair unterzeichnet den Zweck solcher Versammlung und den Tag, die Stunde und den Ort derselben genau angeben; kommt jedoch einem Aktionair oder Aktionairen eine solche Aufforderung nicht zu Händen, so sollen die Beschlüsse irgend einer gewöhnlichen General-Versammlung dadurch nicht ungültig werden.
29. Jede gewöhnliche oder außerordentliche General-Versammlung soll wenigstens sieben und nicht mehr als vierzehn Tage vor der zu solcher Versammlung festgesetzten Zeit, einmal oder öfter in einem oder mehreren täglichen Londoner Blättern angekündigt werden.
30. Mit Ausnahme der gegenwärtigen hierin vorbenannten Direktoren und Rechnungsrevisoren, und vorbehaltlich der durch die 52. Klausel den Direktoren erteilten Ermächtigung, werden diese Beamten in den gewöhnlichen General-Versammlungen erwählt, und jeder gewöhnlichen General-Versammlung steht es zu einen Direktor oder Rechnungsrevisor zu entlassen.
31. Jede gewöhnliche General-Versammlung kann (vorbehaltlich der hierin weiter unten enthaltenen Bestimmungen) die Zahl der Direktoren sowohl vergrößern wie vermindern, oder (vorbehaltlich der hierin weiter unten enthaltenen Bestimmungen) das Gehalt der Direktoren und Rechnungsrevisoren festsetzen oder verändern.
32. Jede gewöhnliche General-Versammlung kann, vorbehaltlich der hierin weiter unten erwähnten Beschränkung, Additamente, Bestimmungen und Einrichtungen für die Kompagnie verordnen und irgend welche der zur Zeit in Kraft bestehende Additamente, Bestimmungen und Einrichtungen verändern oder zurücknehmen und die Aktionaire sollen und werden die zur jedesmaligen Zeit bestehenden Additamente, Bestimmungen und Einrichtungen beobachten, erfüllen und dadurch gebunden sein.
33. Jede gewöhnliche General-Versammlung kann die Direktoren bevollmächtigen, jedwede Parlaments-Akte oder Akten, Privilegium oder Privilegien zu den hierin weiter unten angeführten Zwecken zu beantragen und zu erlangen.
34. Zwei aufeinander folgende außerordentliche General-Versammlungen können von Zeit zu Zeit, oder zu jeder Zeit, eine Vergrößerung des Kapitals der Kompagnie beschließen, und die Direktoren ermächtigen diese Vergrößerung auf solche Weise und in solcher Ausdehnung ins Werk zu setzen, wie hierin weiter unten festgelegt.
35. Zwei aufeinander folgende außerordentliche General-Versammlungen können von Zeit zu Zeit, vorbehaltlich der Bestimmungen der genannten Akte, alle oder jedwede der Klauseln, Bedingungen und Vereinbarungen dieser gegenwärtigen Urkunde, und ebenso jedwede der Klauseln, Bedingungen und Vereinbarungen ändern oder zurücknehmen, welche Kraft dieser Nachvollkommenheit beschlossen sein mögen, vorbehaltlich jedoch der hierin weiter unten angeführten Beschränkungen.
36. Zwei auf einander folgende außerordentliche General-Versammlungen können die Kompagnie auflösen und den Tag zu Auflösung derselben festsetzen, vorausgesetzt, daß in jeder solcher Versammlungen Aktionaire oder deren Bevollmächtigte, welche zusammen wenigstens drei Fünftheile vom unterzeichneten Stammkapital repräsentiren für solche Auflösung stimmen.
37. Zwei aufeinander folgende General-Versammlungen können von Zeit zu Zeit durch Ansehen Geld

- aufzunehmen beschließen und die Direktoren beauftragen und ermächtigen dasselbe, wie hierin später bestimmt, anzuleihen, in der Art jedoch, daß die Kompagnie zu keiner Zeit eine Anleihe oder Anleihen zu einem größeren Belauf als zwanzigtausend Pfund zusammen hat, diejenige Summe ungeachtet, welche Kraft hierin weiter unten enthaltenen Ermächtigung, Befehl auszustellen und zu acceptiren und Verschreibungen auszufertigen, von den Direktoren erhoben werden kann.
38. Zwei aufeinander folgende außerordentliche General-Versammlungen können jede Handlung, That, Angelegenheit oder Sache thun, begehren oder ausführen und die Kompagnie und jeden Aktionair derselben dazu verpflichten, welche die Kompagnie kraft ihrer korporativen Eigenschaft, oder sonst irgend wie, oder alle Aktionaire derselben in Gemeinschaft zu thun, begehren oder auszuführen befähigt sind, ist oder sein würden, wenn jeder Aktionair dazu seine Zustimmung gäbe, welche aber ohne solche Zustimmung sonst nicht geschehen könnten, wobei jedoch festgesetzt wird, daß keine außerordentliche General-Versammlung befugt sein soll, die Verhältnisse, nach welchen die Verbindlichkeiten oder der Gewinn der Kompagnie getragen oder vertheilt werden, oder die Bildung oder Aufrechterhaltung des Reservefonds, worüber hierin später Erwähnung geschieht, auf Grund dieser oder irgend einer anderen Klausel dieser gewöhnlichen Urkunde zu ändern oder anzuhängen.
39. In seiner gewöhnlichen General-Versammlung oder einer verordneten Versammlung sollen (mit der zunächst hierin erwähnten Ausnahme) andere Gegenstände verhandelt werden, wie die in der Annahmeverordnung, durch welche solche General-Versammlung zusammenberufen, angegeben, doch kann jede gewöhnliche General-Versammlung (wenngleich die Gegenstände solcher Versammlung nicht wie oben gesagt, genauer angegeben sein, und wenngleich sich nicht, wie hierin oben verordnet, fünf Aktionaire mit Einschluss der Direktoren welche zusammen nicht weniger als eintausend Aktien besitzen gefunden haben mögen) die Direktoren und Rechnungsrevisoren für diejenigen erwählen, welche der Reihenfolge nach zurücktreten, oder deren Aemter offen sind, sowie auch die Rechnungen, Bilanzbögen und Berichte der Direktoren und Rechnungsrevisoren entgegennehmen und anerkennen und über Vorschläge der Direktoren zur Dividendenvertheilung Beschlüsse fassen.
47. Die Zahl der Rechnungsrevisoren soll nicht weniger als ein, noch mehr als drei sein, die der Direktoren kann, wie hierin früher gesagt, verändert werden, aber nur insoweit, daß dieselbe niemals elf übersteigt, noch geringer ist wie fünf.
48. Keine Person besitzt die Fähigkeit Direktor zu sein, wenn sie nicht zur Zeit ihrer Erwählung und fernerhin während ihres Verbleibens in diesem Amte für alleinige Rechnung mindestens hundert Aktien in der genannten Kompagnie besitzt, und jeder Direktor geht des Amtes verlustig, wenn er aufhört hundert Aktien zu besitzen, oder bankrott oder zahlungsunfähig wird, seine Zahlungen verschiebt, mit seinen Creditoren affordirt oder für wahnsinnig erklärt wird.
49. Die gegenwärtigen Direktoren der Kompagnie können zu jeder Zeit vor der ersten gewöhnlichen General-Versammlung der Gesellschaft, im Oktober eintausend achthundert fünf und fünfzig, je nach ihrem Dafürhalten, irgend welche andere Direktoren und Rechnungsrevisoren der Kompagnie einsetzen, insofern nicht im Ganzen die hierin früher erwähnte Anzahl derselben überschritten wird.
50. Die jedesmaligen Direktoren der Kompagnie sollen auf folgende Weise zurücktreten, nämlich: Bei den beiden ersten gewöhnlichen General-Versammlungen in den Monaten Oktober eintausend achthundert und fünf und fünfzig, und eintausend achthundert und sechs und fünfzig, soll ein Drittel oder bei einem Dritteltheile am nächsten kommende Anzahl der dann fungirenden Direktoren, welche durch Ballotement zu bestimmen, und bei den späteren gewöhnlichen General-Versammlungen ein Drittel, oder bei einem Dritteltheile am nächsten kommende Anzahl der dann fungirenden Direktoren gebildet aus denjenigen welche am längsten im Amte sind, zurücktreten, und die Stellen dieser zurückgetretenen jedesmal in solcher Versammlung wieder ausgefüllt werden. Jeder so zurückzutretende Direktor kann so gleich und zu jeder ferneren Zeit wieder erwählt, und soll nach solcher Wiedererwählung hinsichtlich des wechselseitigen Ausscheidens, als neuer Direktor und als unter den Direktoren eingesetzt oder erwählt betrachtet, werden. Zugleich sollen auch die Direktoren, welche zurückzutreten haben, stets durch Ballotement bestimmt werden.
51. Der Rechnungsrevisor oder die Rechnungsrevisoren, wenn ihrer mehr sind als einer, sollen bei der gewöhnlichen jährlichen General-Versammlung ausscheiden, er aber oder sie sogleich befähigt sein, wieder erwählt zu werden.
52. Tritt auf irgend eine Weise, ausgenommen durch solches vorerwähntes Ausscheiden der Reihenfolge nach, eine Bilanz im Direktoren-Amte ein, so kann diese Bilanz bis zur nächstfolgenden gewöhn-

lichen General-Versammlung nach Anordnung der übrigen jedesmaligen Direktoren lausgefüllt werden, der so angestellte Direktor soll dann dieser genannten gewöhnlichen General-Versammlung zur Bestätigung vorgelegt werden, und hierauf solche Anstellung fortbahren, oder aufhören, je nachdem die genannte Versammlung beschließen mag. Dauert eine solche Anstellung fort, so soll sie bis zu der Zeit zurück Kraft haben, da die Bilanz ausgefüllt wurde; wird sie indessen vernorfen, so sollen die in der Zwischenzeit, von solchem Direktor vorgenommenen Handlungen dadurch nicht ihre Gültigkeit verlieren. Tritt aber eine Bilanz im Amte eines Rechnungsrevisors ein, so soll dieselbe in einer General-Versammlung durch die Aktionäre ausgefüllt werden.

52. Die hierdurch ernannten oder später zu erwählenden Direktoren sollen, insofern ihnen nicht durch obige Bestimmung, oder Kraft gegenwärtiger Urkunde, die Befähigung dazu abgeht, bis zum Schluß oder der Vertagung derjenigen Versammlung im Amte bleiben, in welcher sie respektive zurückzutreten haben, und sollten nur eine ungenügende Anzahl, oder gar keine neue Direktoren in solcher Versammlung gewählt werden, so sollen diejenigen Direktoren für welche kein Nachfolger erwählt ist, bis zum Schluß oder der Vertagung derjenigen Versammlung im Amte bleiben, in welcher andere an ihrer Stelle vorschriftsmäßig erwählt werden. Ein solche Wahl soll jedoch in allen Fällen ohne Verzug Statt finden.
55. Jeder Direktor kann sein Amt niederlegen, indem er von seinem Wunsche es zu thun, dem Sekretair ein und zwanzig Tage vorher schriftliche Mittheilung macht, und nach Verlauf von ein und zwanzig Tagen nach so gemachter Mittheilung, oder wenn ein Direktor zu irgend einer Zeit ein Amt oder eine Stelle mit Salair in der Kompagnie annimmt, (außer und ausgenommen, daß hierin später erwähnte Amt eines Geschäftsführers) oder für die Kompagnie irgend einen Kontrakt oder eine Uebereinkunft macht oder abschließt, oder irgend welche Aufträge erteilt, ohne die hierin später erwähnte Bedingung dabei auszusprechen, so soll der Posten derjenigen Direktoren, welche solche vorerwähnte Kündigung geben, dergleichen Aemter oder Stellen annehmen, dergleichen Kontrakte oder Uebereinkünfte machen oder abschließen, oder dergleichen Aufträge erteilen, erledigt sein, und wird hienüt für erledigt erklärt.
56. Die Direktoren sollen am Bureau der Kompagnie zu solchen festgesetzten Zeiten wie sie von Zeit zu Zeit durch eine stehende Verordnung bestimmen mögen (wenigstens einmal in der Woche) eine periodische Versammlung und eine aussergewöhnliche Versammlung zu solchen anderen Zeiten halten wie der Vorsitzende oder irgend welche zwei der Direktoren verlangen mögen und eine jede solche letzterwähnte Versammlung wird zusammenberufen, ludem jeder der übrigen Direktoren einen Tag vor dem für solche Versammlung angeetzten Tage schriftliche Ankündigung davon, mit genauer Angabe der Zeit und des Zweckes derselben erhält. Jede solche Versammlung sei eine periodische oder aussergewöhnliche soll Direktoren-Versammlung heißen und sich nach Gefallen vertragen.
57. Drei Direktoren sind hinreichend eine Versammlung zu bilden, und sollen und können die Macht ausüben, welche durch die genannte Verordnung und durch gegenwärtigen Kontrakt oder durch jedes derselben den Direktoren gemeinschaftlich übertragen ist.
58. Alle Frage, welche vor eine solche Direktoren-Versammlung kommen, sollen durch eine Majorität unter den Direktoren, welche darüber abstimmen, entschieden werden, und kein Direktor soll mehr als eine Stimme haben, ausgenommen im Falle einer Gleichheit der Stimmen, wo dann der Vorsitzende der Versammlung eine zweite oder entscheidende Stimme hat. Die von der Versammlung vorzunehmenden Verhandlungen selbst sollen von den Gutdünken der Direktoren abhängen und durch einen endgültigen Beschluß derselben entschieden werden, dergestalt jedoch, daß solchem endgültigen Beschluß nicht vermöge der persönlichen Gegenwart des Präses eine höhere Gesetzeskraft beigelegt werde.
63. Der Sekretair, der Bevollmächtigte und die Bevollmächtigten, Rechtsbeistand und Rechtsbeistände, Bankier und Bankiers der Kompagnie (die hierin weiter oben angestellten ausgenommen) sollen von Zeit zu Zeit von den Direktoren bestellt werden, welche ebenso von Zeit zu Zeit einen Geschäftsführer der Gesellschaft und solche Agenten, kontrollirende Aufseher, Registratoren, Schreiber und Diener anstellen dürfen als sie für nöthig erachten mögen, indet sie zugleich einem Jeden derselben seine respektiven Pflichten vorschreiben. Ebenjo steht es den Direktoren frei den Sekretair, den Bevollmächtigten oder die Bevollmächtigten, Rechtsbeistand oder Rechtsbeistände, Bankier oder Bankiers, den Geschäftsführer, die Agenten, kontrollirenden Aufseher, Registratoren, Schreiber und Diener der Gesellschaft, oder irgend einen von ihnen zu entlassen, und andere dafür zu bestellen, je nach dem

freien Dafürhalten solcher genannten Direktoren, auch können sie aus dem Fonds und dem Besitztum der Gesellschaft allen oder jedem derselben, dem genannten Secrétaire, dem Bevollmächtigten oder den Bevollmächtigten Rechtsbeistand oder Rechtsbeiständen, dem Geschäftsführer, den Agenten, kontrollirenden Aufsehern, Registratoren, Schreibern und Dienern solche Unkosten, Gehalte, Löhne oder Provision bewilligen, wie genaunte Direktoren von Zeit zu Zeit passend finden mögen.

64. Die Direktoren-Versammlung soll Vollmacht haben (vorbehältlich der Bestimmungen genaunter Akte) für die Kompagnie schon eingeleitete und bestehende Verhandlungen und Verträge abzuschließen, und ebenso von Zeit zu Zeit, unter Zustimmung einer zu solchen Zweck vorher berufenen gewöhnlichen General-Versammlung, und wenn nöthig, nach Erlangung der Erlaubniß dazu vom Handelsgericht, irgendwelche Baulichkeiten, Forderungen, Erbschaftsgüter und Gebäude für den Geschäftsbetrieb der Kompagnie in Pacht zu nehmen oder anzukaufen.

65. Die Direktoren-Versammlung hat die oberste Verfügung über die, und Verwaltung der Stammkapital-Gelder, des Besitztums, Eigenthums, der Eßeten und des Geschäfts der Kompagnie, und steht es solchen Direktoren frei (sobald es nach völliger Inmatriculirung der Kompagnie mit Bequemlichkeit geschehen kann) sofort vom geschätzten Stammkapital solche Geldsummen zu verwenden, wie sie zum Ankauf oder zur Pachtung von Baulichkeiten zu Bureaus beyns des Geschäftsbetriebes derselben für erforderlich halten mögen, und zwar zu von ihrem Dafürhalten abhängigen Preisen. Sie haben ebenso Vollmacht und gesetzmäßige Gewalt aus dem genannten Stammkapital die jetzigen und späteren Kosten, Unkosten und Ausgaben der gegenwärtigen Urkunde, ihrer etwaigen Ausfertigung und Vervollständigung, die vorläufigen und späteren Ausgaben, welche die Bildung der Kompagnie und der Geschäftsbetrieb derselben auf regelmäßige Weise veranlaßt haben und weiter zur Folge haben werden, zu bezahlen und zu ersetzen. Sie haben Vollmacht und gesetzliche Gewalt, sowohl Schulden der Kompagnie wie Ausstände derselben zu liquidiren, allen und jeden Akkordsverträgen, Uebereinkünften, Verbindlichkeiten, Vollmachtsurkunden, mit oder ohne Sicherheit für Zahlung des Ganzen, oder irgend eines Theils solcher Schulden, beizutreten, auf ihrer Ueberzeugung nach schlechte Schulden Verzicht zu leisten, und in jedem Gerichts- oder Justizgericht irgend welche Klagen oder Prozesse, oder jedwede andere Schritte einzuleiten, zu verfolgen und zu verteidigen, welche die Fonds und das Eigenthum der Gesellschaft angehen und betreffen, oder in irgend einer Weise darauf Bezug haben, gleichviel ob die Kompagnie in solchem Prozesse oder anderweitigen Schritte als Partei auftritt, oder nicht, ebenso jede solche Klage, jeden solchen Prozeß, anderweitiges Verfahren, anderweitige Streitfrage, oder Streitpunkt, einem Schiedsgericht zu unterwerfen, alle Entscheidungen, Kosten und Unkosten, welche in Folge des Obengesagten zu erfolgen sein oder veranlaßt werden mögen, aus dem Fonds und dem Eigenthum der Gesellschaft zu bestreiten und überhaupt den Betrieb der Angelegenheiten, Untersuchungen und Geschäfte der Gesellschaft zu leiten und beaufsichtigen, vorbehältlich jedoch der Bestimmungen genaunter Akte und gegenwärtiger Urkunde. Ferner steht es den Direktoren gesetzlich zu, und sie werden hiermit bevollmächtigt, im Namen der Kompagnie derartige Versicherungs-Polizen anzufstellen und auszugeben, und überhaupt alle solche andere Angelegenheiten zu besorgen, welche innerhalb des Spielraums und Zweckes der Geschäfte und Operationen der Gesellschaft liegen, und zwar unter solchen Bedingungen und Risiken, zu solchen Preisanlagen oder Prämien, bei und unter solcher Zahlungsweise, und überhaupt auf solche Art und Weise, wie es den genannten Direktoren in ihrer unbeschränkten Machtvollkommenheit gerathen erscheinen mag, vorbehältlich jedoch der Bestimmungen der Kompagnie und der hierin später erwähnten Beschränkungen und übereingekommenen Punkte, nämlich:

66. Jederzeit, jedoch nur insofern jedwede von der Kompagnie bewilligte oder ausgehängigte Police unter der Handzeichnung von nicht weniger als Dreien der Direktoren vollzogen, und mit dem Siegel der Kompagnie besiegelt wird, dieselbe einen Hinweis auf diese gegenwärtige Urkunde und eine Klammer enthält, welche den Umfang und die Wirksamkeit des dadurch geschlossenen Kontrakts dahin umschreibt, daß derselbe lediglich aus demjenigen Fonds und demjenigen Eigenthum der Kompagnie, und zwar gemäß der hierin enthaltenen Bestimmungen erfüllt werden soll, welche zur Zeit da solche Verbindlichkeit eintritt, beyns solcher Verwendung den Direktoren zur Verfügung stehen mögen, und jede unbedingte Verbindlichkeit in Abrede stellt. Jederzeit jedoch nur insofern nichts hierin oder in solchen Kontrakt Enthaltene die Verbindlichkeit irgend eines Aktionärs hinsichtlich der Erfüllung solchen Kontraktes beschränkt oder die Rechte irgend einer Person, oder irgend welcher Perso-

nen gegen irgend solchen Aktionair beeinträchtigt, in Gemäßheit und kraft der Akten 7 und 8 Victoria Kap. 110.

67. Insofern ebenfalls jedesmal wenn in den Bedingungen von Polizen, welche von der Kompagnie oder in ihrem Namen ausgegeben worden irgend welche Veränderungen gemacht werden, die Direktoren auf der Polize selbst eine schriftliche Anmerkung über solche Veränderung machen lassen, welche von mindestens Dreien der Direktoren zu unterzeichnen, mit dem Siegel der Kompagnie zu besiegeln und vom Sekretair gegenzeichnen ist, und welche so unterzeichnete Anmerkung für alle dabei beteiligten Parteien bindend sein soll.
68. Insofern ebenfalls als, im Falle daß irgend eine Person, welche sich bei der Gesellschaft eine Polize hat anstellen lassen, selbst oder daß von ihr Angestellte oder Beauftragte absichtlich oder wissentlich die versicherten Gebäude oder Eigenthum, oder irgend einen Theil davon zerbrechen, zerstören oder beschädigen, irgend eine Handlung, Sache oder Ding begehen oder dabei beschüllich sind, wodurch dieselben, wie obengesagt, zerstört oder beschädigt werden können, — alsdann und in solchem Falle diese Polize und alle früheren Zahlungen auf dieselbe unbedingt der Kompagnie verfallen sein sollen, wenn nicht solche Polize früher bona fide und gegen genügende Entschädigung einer mit dem Vertrage unbekannten und dabei unbetheiligten Person abgetreten, und von solcher Abtretung dem Sekretair der Gesellschaft innerhalb dreier Kalender-Monate nach der Abtretung Mittheilung gemacht worden ist, in welchem Falle die genannte Polize soweit sich das Interesse der Person an welche sie abgetreten ist, erstreckt, gut und gültig sein soll. Insofern außerdem als, wenn irgend eine andere Person oder Personen absichtlich oder wissentlich irgend welche von der Kompagnie versicherte Gebäude oder Eigenthum zerbrechen, beschädigen oder zerstören, — alsdann und in jedem solchem Falle die Person oder die Personen welche die Polize oder die Polizen über solche Versicherung besitzen, — entweder er oder sie selbst, — die Person oder die Personen, durch welche solche Beschädigung oder Zerstörung verübt worden gerichtlich verfolgt, oder der Kompagnie den Namen und die Adresse solcher Person oder Personen angeben und der Kompagnie oder den Direktoren derselben ihren Agenten oder Beamten alle diejenigen Mittheilungen machen sollen, welche nützlich sein mögen, die Kompagnie in den Stand zu setzen, solche Person oder Personen entweder gerichtlich zu verfolgen, oder von ihr oder ihnen Entschädigung für den der Kompagnie durch solche Beschädigung oder Zerstörung erwachsenen Verlust zu erlangen, auch seinen oder ihre Namen zum Gebrauch bei jeder gerichtlichen Verfolgung, Klage und jedem Verfahren hergeben sollen, welche darüber von der Kompagnie oder ihren Direktoren eingeleitet werden mögen.
69. Bleibt die Prämie, auf eine bei der Gesellschaft genommene Versicherungs-Polize fünfzehn Tage lang nach Verfall derselben unbezahlt, so sollen jede solche Polizen, und alle bis dahin darauf geleisteten Zahlungen und alle Ansprüche auf Grund derselben an die Kompagnie durchaus verfallen und ungültig sein, in der Weise jedoch, daß es den Direktoren, und zwar wenn sie es gerathen finden, sonst nicht, gesetzlich frei steht, solche Ungültigkeit zurückzunehmen und eine solche Polize unter ihnen passend künftigen Bedingungen zu erneuern.
70. Die Direktoren sollen, nachdem am Hauptbüreau der Kompagnie Beweise der vorgefallenen Zufälligkeit, welche die Zahlung veranlaßt und welche den Direktoren genügen, und ebenso gleiche Beweise der Ansprüche und der Identität der, Anspruch auf solche Zahlung machenden Personen eingegangen sind, innerhalb dreier Kalender-Monate aus den Fonds der Kompagnie alle diejenigen Summen auszahlen oder zahlen lassen, welche auf Grund irgend einer von der Gesellschaft ausgegebenen Polize, die nicht verfallen, oder in irgend einer Weise, wie eben gesagt, ungültig geworden, zahlbar werden mögen. — Insofern jedoch daß es in allen Fällen wo Beschädigung oder Zerstörung irgend eines von der Gesellschaft versicherten Gebäudes oder Eigenthums vorfällt, gesekmäßig in der durchaus freien Wahl und Willkür der Direktoren stehen soll, entweder der Person oder den Personen, welche die Polize oder Polizen besitzen, für das beschädigte oder zerstörte Gebäude oder Eigenthum Zahlung zum vollen, kraft solcher Polize oder Polizen versicherten Betrage zu leisten oder das so Beschädigte oder Zerstörte aus den Fonds der Gesellschaft wieder herstellen zu lassen und zu vergüten, und in jedem Falle soll alles so ersetzte geborgene Glas oder anderes Eigenthum unbedingt Eigenthum der Gesellschaft sein.
71. Es steht den Direktoren gesetzlich zu, insofern sie es für rätlich halten, bei oder nach Bewilligung einer solchen vorgenannten Polize bei jeder anderen Versicherungs-Gesellschaft solche Versicherung

- gegen den Risiko auf solche Police zu nehmen, oder für solchen Risiko damit zur Hälfte oder zu mehreren Theilen zu gehen, wie es den Directoren gut scheinen mag.
72. Wird zu irgend einer Zeit, nachdem solche Versicherung geschlossen, in, an oder mit Bezug auf irgend welches von der Compagnie versichertes Eigenthum eine Veränderung vorgenommen, oder findet darin ein Wechsel Statt, so daß dadurch der Risiko oder die Gefahr solcher Versicherung vergrößert wird, so ist der Inhaber, oder sind die Inhaber der Police oder der Polizzen verpflichtet, sofort am Haupt-Büreau der Compagnie Nachricht von solcher Veränderung oder solchem Wechsel, der Natur und Ausdehnung davon einzureichen und die Directoren sind sodann berechtigt solche Veränderungen in den Beschränkungen und Bedingungen solcher Versicherung zu machen, oder die Prämie dafür so weit zu erhöhen wie sie für gut finden mögen, und im Falle der Inhaber oder die Inhaber solcher Police oder Polizzen es vernachlässigen oder unterlassen, solche obengenannte Nachricht einzureichen bis ein Verlust auf solche Police Statt findet, oder es vernachlässigen oder unterlassen, sie während sechs Kalender-Monate, nachdem die Nothwendigkeit einer solchen Mittheilung eingetreten, einzureichen, so sind die Police oder Polizzen und alle früheren Prämien-Zahlungen darauf der Compagnie verfallen.
73. Von einer Uebertragung jedweder von der Compagnie bewilligten Police ist innerhalb dreier Kalender-Monate nach solcher Uebertragung am Haupt-Büreau der Compagnie schriftliche, von der übertragenden Person, ihrem Bevollmächtigten oder Anwalt unterzeichnete Mittheilung einzureichen, und wird solche Mittheilung nicht auf geordnete Weise hinterlegt, so soll die Uebertragung von der Compagnie nicht anerkannt werden, noch für sie bindend, und in keinem Falle die Compagnie verbunden sein, über die Gültigkeit einer solchen Uebertragung oder die Entscheidung dafür Nachforschungen anzustellen, oder vom gemeinschaftlichen Besitz irgend einer Police absteigen mehrerer Personen, Verpändung darauf oder billiger Verzinsung derselben, Bemerkung zu nehmen oder dadurch berührt werden, sondern diejenige Person, welche sich die Police anstellen läßt, oder sein oder ihr Bevollmächtigter, oder der oder die persönlichen Vertreter solcher Person oder solches Bevollmächtigten sind berechtigt, bei Vorsehung einer Vestätigung oder Vollmacht als Vermögensverwalter und Einreichung der hierin früher erwähnten Beweise, die durch solche Polizzen versicherten Gelder und Vorthelle in Empfang zu nehmen und zu genießen.
74. Es steht den Directoren gesetzmäßig zu, wo sie es für gerathen erachten, bei früher angezeichneten Bedingungen berechtigter Personen, die Bedingungen, Bestimmungen und Prämien jedweder Police zu verändern und zu vermehren, und die Zurückgabe jeder von der Compagnie bewilligten Police unter solchen Bedingungen zu acceptiren oder zu erlaufen, wie ihnen gut dünken mögen.
75. Die Directoren können in jedweder Stadt und an jedweden Platz im vereinigten Königreich, oder sonst irgendwo in den Reichen Ihrer Majestät, jede beliebige Anzahl von Personen zur Bildung eines Votat-Komitees oder Verwaltungsrathes anstellen, und zwar mit solchen Vollmachten (Vollmachten wie sie gesetzmäßig erteilt werden dürfen) wie Directoren ihnen von Zeit zu Zeit erteilen mögen, und es kann die Directoren-Versammlung nach Wahlen alle oder irgend welche Mitglieder eines solchen Votat-Komitees oder Verwaltungsrathes salariren und entlassen.
76. Es soll den Directoren gesetzlich zustehen, und sie sind hierdurch ermächtigt, solche Agenten für die Compagnie, an solchen Orten mit solchen Vollmachten und Salären und unter Vergütung solcher Unkosten anzustellen, wie sie es nach ihrem Tasirhatten passend finden mögen, jedwede solche Anstellung zu widerrufen, und alle solche Saläre und Unkosten aus den Fonds der Compagnie an solche Agenten zu bezahlen und zu bewilligen, auch aus denselben Fonds jede solche Provision, wie solche Directoren für gut finden mögen, an Bevollmächtigte oder Agenten zu bezahlen, welche denselben Versicherungen zuführen.
77. Die Directoren-Versammlung kann von Zeit zu Zeit mit Bewilligung jeder gewöhnlichen General-Versammlung der Compagnie alle oder jedwede sich zur Zeit im Besitz der Compagnie befindenden Erbgüter, Pauslichkeiten, Büreaus, Mobilien und Sachen zum Nutzen der Compagnie zu solchen Preisen und unter denjenigen Bedingungen vermieten, verkaufen oder vererben lassen, welche die Directoren für gut finden mögen.
82. In dem Falle, daß die in der und durch die gegenwärtige Urkunde ernannten Bevollmächtigten, irgend einer oder jeder von ihnen, oder irgend ein späterer oder anderer Bevollmächtigter oder Bevollmächtigter der genannten Compagnie, welche wie hierin später erwähnt erkannt werden mögen, sterben, oder davon entbunden zu sein wünschen, oder sich weigern oder außer Stand gesetzt werden, oder nach Meinung der Directoren-Versammlung unfähig, unpassend oder ungeeignet sein sollten.

unter den ihm oder ihnen durch gegenwärtige Urkunde in die Hände gelegten Vollmachten zu handeln, oder gesetzlich für Bankrott oder zahlungsunfähig erklärt werden, so soll es der genannten Direktoren-Versammlung gesetzmäßig frei stehen, an Stelle des oder der Bevollmächtigten, welche so sterben, entlassen zu werden wünschen, sich weigern, außer Stand gesetzt werden zu handeln, oder der Meinung der Direktoren-Versammlung nach, unfähig, unpassend oder ungeeignet dazu sind, oder gesetzlich für Bankrott oder zahlungsunfähig erklärt werden, wie oben gesagt, jedwede Person oder Personen als Bevollmächtigte anzustellen, und ebenso bei jeder solcher Anstellung die Zahl der Bevollmächtigten zu vermehren oder zu vermindern, doch darf die Anzahl der Bevollmächtigten niemals größer sein als fünf, noch weniger wie zwei.

83. Wenn ein neuer Bevollmächtigter oder Bevollmächtigte wie oben erwähnt, ernannt werden, so soll alles dasjenige deponirte Eigenthum der Kompagnie, welches sich jedesmal in den Händen eines oder irgend welcher Bevollmächtigten befinden mag, welche so sterben, entlassen zu werden wünschen, sich weigern, außer Stand gesetzt werden, oder nach Meinung der Direktoren-Versammlung unfähig oder ungeeignet werden zu handeln, oder gesetzlich für Bankrott oder zahlungsunfähig erklärt werden, so schnell irgend thunlich (je nach der Natur und dem Wesen desselben) derartig und so respektive übertragen, übergeben, abgetreten und gesichert werden, daß dasselbe dem oder den legennannten Bevollmächtigten gemeinschaftlich mit solchen früheren Bevollmächtigten übergeben werden kann, welche geneigt und fähig sein mögen, ihr Amt zu verwalten, oder den Händen der letztgenannten Bevollmächtigten allein, wenn kein im Amte bleibender oder älterer Bevollmächtigter vorhanden ist.
84. Die Direktoren-Versammlung hat das Recht wenn sie es für gut befindet von dem Sekretair, Geschäftsführer, Rechnungsführer, Ober-Kassier, Vorkassier, Agenten und allen übrigen Beamten, Schreibern, Dienern und anderen Personen, welche die Kompagnie jedesmal beschäftigen mag, zu beanspruchen, daß sie der Kompagnie oder ihren Bevollmächtigten solche Sicherheit für gute und treue Verwaltung ihrer Aemter und Posten geben, wie es der genannten Direktoren-Versammlung gut erscheinen mag.
86. Die Direktoren sollen sofort ein gemeinschaftliches Siegel anfertigen lassen, auf welchem die Firma der Kompagnie eingegraben ist, dieses Siegel je nachdem die Umstände es verlangen mögen, verändern oder erneuern lassen und dieses gemeinschaftliche Siegel in Verwahrung behalten, doch soll dasselbe niemals anders als in Vollmacht der Direktoren oder nach Vorschrift gegenwärtiger Urkunde benutzt werden.
89. Die schriftliche Quittung irgend welcher drei Direktoren gegengezeichnet vom Sekretair, oder irgend welcher von der Kompagnie mittelst eines von drei Direktoren gezeichneten und vom Sekretair gegengezeichneten Dokumentes zur Entgegennahme irgend welcher Gelder für Rechnung der Kompagnie bestreuten Person oder Personen soll genügen, die Person oder Personen welche die Zahlung leisten, aller Verantwortlichkeit im Betreff derselben zu entlasten.
91. Die Direktoren besorgen und führen alle nöthigen Rechnungsbücher über die Angelegenheiten und Geschäfte der Kompagnie und lassen die Rechnungen in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der Akte 7 und 8 Victoria C. 110 alljährlich abschließen und revidiren. Alle jetzigen und späteren Rechnungsbücher der Kompagnie sollen vom Sekretair, und alle Urkunden, Protokolle und Papiere der Kompagnie vom Sekretair oder Rechtsanwalt aufbewahrt werden.
93. Die Bücher der Kompagnie, in welchen die Verhandlungen der Kompagnie protokolliert sind, sollen jeden Aktionair derselben, oder jedem solcher früher genannten Kuratoren, Vormünder oder Freirekstratoren am Haupt-Bureau der Kompagnie während der Stunden von elf Vormittags bis drei Uhr Nachmittags, an jedem Tage mit Ausnahme der Sonntage, des Charfreitages oder Weihnachtstages zur Einsicht offen liegen, doch steht keiner Person das Recht solcher Einsicht zu, die nicht einen Tag vorher dem Sekretair schriftliche Richtigkeit von dem Tage gemacht hat, an welchem sie dieselbe wünscht und außerdem berechtigt wäre an dem Tage, da sie solche Mittheilung macht, in einer gewöhnlichen General-Versammlung zu thutreten, wenn eine solche gerade abgehalten würde.
94. Jeder Aktionair, früherer angeordneter Aktionair, Vormund und Freirekstrator der Kompagnie hat während des Zeitraums von vierzehn Tagen vor irgend einer gewöhnlichen General-Versammlung und während eines Monats nachher das Recht, die Rechnungsbücher und Bilanz der Kompagnie einzusehen und sich Kopien und Abszüge davon anzufertigen, vorausgesetzt, daß solche Aktionaire, Kuratoren, Vormünder und Freirekstratoren dem Sekretair der Gesellschaft einen Tag vorher schriftliche Mittheilung von dem Tage machen, an welchem sie es zu thun wünschen, und vorausge-

seht, daß sie an dem Tage wo sie solche Mittheilung machen, berechtigt sein würden in einer General-Versammlung zu stimmen, wenn gerade eine solche abgehalten würde. Und kein Aktionair, Kurator, Vorruund oder Irren-Kurator soll zu irgend anderer Zeit solche Durchsicht vornehmen, oder Kopien oder Extrakte davon ziehen, als wenn er schriftlich von drei Direktoren der Kompagnie dazu bevollmächtigt ist. Ein vom Registrator der „Kompagnie mit vereinigtem Kapital“ vidimirter Auszug der Statuten, eine Liste der Aktionaire und der Aktien, welche sie besitzen, eine Liste der Direktoren und Beamten und eine Kopie der Additamente (wenn es welche giebt) der Kompagnie sollen in dem hauptsächlichsten Geschäftsflokal der Kompagnie aufbewahrt werden, und können auf Verlangen während der gewöhnlichen Geschäftsstunden von jedem Aktionair oder jeder von einem solchen schriftlich dazu autorisirten Person durchgesehen werden. Das Register der Aktionaire, die Namen und Adressen der Aktionaire, worin die Gesamtzahl nebst den Nummern ihrer Aktien und die darauf geleisteten Terminzahlungen verzeichnet sind, kann zu jeder passenden Zeit gratis von den Aktionairen geprüft werden, und stehen denselben Kopien davon gegen Zahlung eines Honorars von six pence für jede einhundert Wörter zur Verfügung.

96. Vernachlässigt es irgend ein Aktionair, gegenwärtigen Kontrakt oder irgend eine darauf bezügliche Urkunde zu erfüllen, oder unterlassen er oder sie irgend welche von ihm oder ihr zahlbare Summen auszuführen, so können die Direktoren zu jeder Zeit nach Ablauf von acht und zwanzig Tagen vom Tage an gerechnet an welchen solche Person Aktionair geworden, die Aktie oder Aktien, betreffs welcher solche Summe unbezahlt geblieben, für verfallen erklären, gleichviel ob die Kompagnie solche Summe oder Summen eingeklagt haben mag oder nicht.
99. Die Direktoren können, jedoch nur wenn sie in früher erwähnter Weise dazu autorisirt und bevollmächtigt worden, entweder zu einer Zeit oder von Zeit zu Zeit das Kapital der Kompagnie durch Ausgabe neuer Aktien bis zu einem Betrage, der einhunderttausend Pfund nicht übersteigen darf, vergrößern, und alle solche Aktien sollen denselben Werth und dieselbe Benennung haben; wie die ursprünglichen Aktien.
100. Bei Eintritt einer solchen Vergrößerung des Kapitals läßt die Direktoren-Versammlung im Namen der Gesellschaft eine Urkunde oder Urkunden zur Unterzeichnung derjenigen Personen ausfertigen, welchen solche neue Aktien überwiesen werden mögen; und sollen dieselben stets zuerst den derzeitigen Aktionairen angeboten werden. Es sind solche neue Aktien der Verordnungen genannter Aktie und gegenwärtiger Statuten unterworfen, und solche Urkunde oder Urkunden können hinsichtlich der Zahlung von Anforderungen auf solche neuen Aktien solche Klauseln, oder jedwede andere nicht auf gegenwärtige Statuten anwendbare Klauseln enthalten, wie durch die beiden außerordentlichen General-Versammlungen, welche das Kapital wie vorher gesagt, vergrößern, festgesetzt werden mögen, vorausgesetzt es werden dieselben vom Registrator der Kompagnie mit vereinigtem Kapital gestillt.
101. Die Kompagnie soll nicht anders irgend welche Gelder anleihen, wie unter den hierin enthaltenen Verordnungen, und die Direktoren leihen dieselben, nachdem sie zu dem Zwecke autorisirt und bevollmächtigt worden, auf solche Hypothekenanschreibungen oder Obligationen oder irgend welche sonstige Weise an, wie die genannte Direktoren-Versammlung für gut finden mag.
102. Die Direktoren können von Zeit zu Zeit den Sekretair der Gesellschaft bevollmächtigen und beauftragen, im Namen und für Rechnung der Kompagnie solche Wechsel und Verschreibungen zu anfordern, wie von Zeit zu Zeit als Sicherheit für Zahlung von Geldern, welche der Kompagnie von ihren Kunden zukommen, empfangen werden oder werden mögen.
103. Die Direktoren haben Vollmacht, im Namen oder für Rechnung der Kompagnie bis zu einem Betrage, der zu keiner Zeit den Verlauf von zehntausend Pfund übersteigen darf, Wechsel anzustellen oder zu acceptiren oder Verschreibungen anzustellen.
104. Die Direktoren dürfen, außer und ausgenommen wie es gegenwärtige Urkunde gestattet, oder irgend welcher unter den darin enthaltenen Vollmachten gefaßter Beschluß, bei der Leitung der Geschäfte der Kompagnie keine Schulden kontrahiren, und in allen Kontrakten und Verträgen, mögen dieselben schriftlich oder in anderer Art gemacht oder abgeschlossen werden, und in allen Aufträgen auf Waaren irgend welche Arbeit oder Dienste, oder in jedweden anderen Falle, wo der Verlust häufiger Pfund oder mehr ist, soll ein Hinweis auf gegenwärtige Urkunde und eine Klausel enthalten sein, welche die Ausdehnung und Wirksamkeit der dadurch geschlossenen Uebereinkunft in solcher Weise umschreibt, daß dieselbe in Gemäßheit der hierin enthaltenen Bestimmungen lediglich auf die Fonds und das Eigenthum der Kompagnie, welches zur Zeit da solche Verbindlichkeit eintritt den Direktoren zu solchem Zweck zur Verfügung stehen mag, kraft hat und aus denselben erfüllt, und jede unbedingte

Verbindlichkeit abgewiesen wird, vorausgesetzt jedoch, daß nichts hierin oder in solchem Kontrakt Enthaltene die Verbindlichkeit irgend eines Aktionärs hinsichtlich der Erfüllung solcher Uebereinkunft beschränkt, noch die Rechte irgend welcher Person oder Personen irgend einem solchen Aktionair gegenüber, beeinträchtigen kann, in Gemäßheit der Akte 7 und 8 Victoria C. 110.

107. Jede Mittheilung, welche in Gemäßheit genannter Akte oder gegenwärtiger Urkunde erforderlich ist, soll wie folgt erlassen werden, nämlich: Jede Nachricht an die Kompagnie wird durch die Post an das jedesmalige Hauptbureau der Kompagnie in London oder Mittlerer befördert oder dort eingebracht, — Mittheilungen an irgend einen Beamten der Kompagnie werden an seinem letztbekannten Geschäfts- oder Wohnsitzale im Vereinigten Königreich, oder ist ein solcher Beamter Aktionair der Kompagnie an seine im Register der Aktionaire eingetragene Adresse eingebracht oder mit der Post dahin befördert, — und jede Nachricht an einen Aktionair der Kompagnie, oder irgend einen der vorher benannten Kuratoren, Vormünder oder Irren-Kuratoren soll solchen respektiven Personen in seinem oder ihrem letztbekannten Geschäftslokal, oder Wohnung im Vereinigten Königreich, oder an seine oder an ihre im Register der Aktionaire verzeichnete Adresse abgeliefert oder mit der Post dahin befördert werden, auch jede Mittheilung, welche in der hierin erwähnten Weise geschieht, in jeder Rücksicht und zu allen Zwecken, Gültigkeit und Wirksamkeit besitzen.
108. Nach Bezahlung der laufenden Geschäftskosten der Kompagnie, der Gehalte, Pöhne und Provisionen der Beamten, Schreiber, Diener und Agenten derselben, und aller und jeder Abgaben, Zagen, Auflagen und Steuern, welche auf das Eigenthum der Kompagnie oder die Kompagnie für dasselbe aufgeschrieben oder ihnen auferlegt worden sind, oder noch werden mögen, können die Direktoren, vor Empfehlung einer Dividende, so viel vom Einkommen und Verdienst der Kompagnie als die Umstände verstaten und sie für nöthig und dienlich halten mögen, beabs. Bildung und Aufrechterhaltung eines Fonds, bei Seite setzen und bestimmen, welcher „der Reservefond“ genannt werden soll, bis sich zum Zwecke dieses Fonds eine Summe gesammelt hat, die sie für genügend erachten, und diese Summe, oder die Staatspapiere, Fonds oder Handfesten, in welchen oder auf welche dieselbe, wie oben erwähnt, angelegt sein mag, sollen für möglicher Weise eintretende unvorhergesehene Fälle, oder zur weiteren Ausdehnung der Operationen der Kompagnie, oder zu solchen anderen Zwecken und in solcher Weise zum Nutzen der Kompagnie bereit gehalten und verwendet werden, wie die Direktoren auf Grund oder mit Zustimmung irgend einer geschützlichen General-Versammlung für gut erachten mögen.
109. Sowohl der hierin oben erwähnten Reservefonds wie auch die Fonds und Gelder der Kompagnie überhaupt, oder jeder Ueberschuß oder größere Betrag derselben, welcher nicht irgendwie augenblicklich zum Gebrauch oder für die Bedürfnisse der Kompagnie erforderlich ist, soll oder kann von Zeit zu Zeit durch die Direktoren in einem oder mehreren gesetzlichen Staatspapieren, oder öffentlichen Fonds von Großbritannien, oder Regiments-Handfesten im Vereinigten Königreich, oder Obligationen oder Verschreibungen Dividenden zahlender Eisenbahn-Gesellschaften, oder gegen solche persönliche Sicherheit angelegt werden, wie die Direktoren acceptiren mögen; alle solche Kapital-Belegungen geschehen im Namen der jedesmaligen Bevollmächtigten der Kompagnie, und solche Staatspapiere, Fonds oder Handfesten sollen und können von Zeit zu Zeit nach Gutdünken und auf Ordre der Direktoren verkauft, cedirt, verändert oder eingezogen, auch die durch solchen Verkauf, solche Cession oder Einziehung eingehenden Gelder wieder wie vorher gesagt auf Zinsen angelegt, nun von Zeit zu Zeit, wenn und so oft die Umstände es verlangen mögen, auf die gleiche Weise verändert, anderweitig untergebracht, verkauft, cedirt, und eingezogen zu werden.
110. Die Zinsen, Dividenden und jährlichen Erträge der Staatsobligationen, Fonds und Handfesten, in welchen oder auf welche der Reservefonds und andere hierin früher erwähnte Fonds und Gelder angelegt sein mögen, sollen einen Theil der Dividenden und des Nutzens der Gesellschaft bilden, als solcher betrachtet und demgemäß benutzt und verwandt werden.
111. Die jedesmaligen Direktoren, Rechnungsrevisoren, Bevollmächtigten, Secrelair und Geschäftsführer der Kompagnie und jeder einzelne von ihnen, sowie ihre und jedwede ihren Erben, Testamentsvollstrecker und Vermögensverwalter sollen aus den Fonds und dem Eigenthum der Kompagnie für und gegen alle Kosten, Ausföhen, Verluste, Schäden und Ausgaben, entschädigt und frei gehalten werden, welche sie oder irgend einer von ihnen, oder irgend welche ihrer Erben, Testamentsvollstrecker und Vermögensverwalter auf Grund irgend einer im Namen der Kompagnie eingegangener Uebereinkunft oder Verbindlichkeit, oder in Folge irgend einer Akte, Urkunde, einer Sache oder eines Dinges,

welche sie oder irgend einer von ihnen in Ausführung der Zwecke und Absichten der Kompagnie oder in und wegen irgend einer für oder für Rechnung derselben, oder für oder auf Ordre der Direktoren, oder irgend wie darauf bezüglichen, einzubringenden, begonnenen, fortgesetzten, verfolgten, angefochtenen, oder anerkannten Auslage, Vorstellung, Klage-Prozesses, gerichtlichen Verfahrens, schiedsrichterlichen Ausspruches respektive oder sonst wie, — in oder bei Ausübung ihrer respektiven Ämter, vollziehen, oder vollziehen lassen, — tragen, zahlen, erdulden, veranlassen, bestreiten oder zu tragen haben mögen, und es sollen die Direktoren die Verpflichtung haben die Auszahlung solcher Kosten, Unkosten, Verluste, Schäden und Ausgaben zu beordern. (Ausgenommen hiervon sind diejenigen Kosten, Unkosten, Schäden oder Ausgaben, welche durch oder aus der individuellen wissentlichen Vernachlässigung oder Verschämniß irgend solcher jedesmaligen Direktoren, Rechnungswesen, Bevollmächtigten, Sekretaire, Verwalter oder anderer Beamten der Kompagnie, die sonst zu einer Entschädigung berechtigt sein würden, entstehen, und es soll ein jeder von ihnen, alle und jede ihrer Erben, Testamentsvollstrecker und Vermögensverwalter nur für solchen Betrag belastet werden oder verantwortlich sein, wie sie und ein Jeder von ihnen respektive Kraft ihrer respektiven Ämter oder Anstellungen wirklich empfangen weder Einzelne noch Mehrere von ihnen für einen Andern oder Andere von ihnen, noch für die Handlungen, Empfangsbefcheinigungen, Vernachlässigungen oder Verschämnisse eines Andern oder Anderen von ihnen sondern lediglich ein jeder von ihnen für seine eigenen Handlungen und Verschämnisse verbindlich und verantwortlich sein. Eben so wenig auch sind sie oder irgend Einer von ihnen für irgend welche Personen verantwortlich, die von der Direktoren-Versammlung zu Kollekturen oder Einfährungen von Geldern für oder im Namen der Kompagnie ernannt werden mögen, noch für die Bankiers oder irgend welche andere Person oder Personen, in deren Hände irgend welche der Gelder oder Sicherheits-Papiere der Kompagnie der Bequemlichkeit oder sichern Aufbewahrung wegen niedergelegt oder zur Verwahrung gegeben werden mögen, oder für die Unzulänglichkeit oder Mangelhaftigkeit von Ansprüchen auf die jedesmaligen Besigungen, Gebäuden oder das Eigentum der Kompagnie, welche von Zeit zu Zeit von oder auf Ordre der Direktoren-Versammlung für oder im Namen der Kompagnie gekauft, gepachtet oder genommen werden mögen, noch für die Unzulänglichkeit oder Mangelhaftigkeit irgend welcher Handfeste oder Handfeste in oder auf welche irgend welche Gelder der Kompagnie durch die oder auf Ordre der Direktoren-Versammlung in Gemäßheit der Bestimmungen gegenwärtiger Urkunde, untergebracht oder ausgelegt werden, oder werden mögen, noch auch für irgend welches andere Unglück Verlust oder Schaden, welche bei Ausübung ihrer respektiven Funktionen oder in Bezug darauf vorkommen mögen ausgenommen, wenn sie durch oder in Folge seiner oder ihrer eigenen wissentlichen respektiven Vernachlässigung oder Verschämniß eintreten.)

113. Jeder Aktionair der Kompagnie, sein oder ihre Testamentsvollstrecker und Vermögensverwalter sind unter sich gegenseitig, sowie auch die anderen Aktionaire der Kompagnie und ihre respektive Erben, Testamentsvollstrecker und Vermögensverwalter unter sich gegenseitig in Betreff der Schulden, Verluste und Schäden der oder auf die Kompagnie verbindlich, und zwar je nach Verhältnis seines oder ihres jedesmaligen Anttheiles und Interesses in den Fonds und dem Eigentum der Kompagnie doch sonst nicht.
114. Die Direktoren haben in Zukunft zu jeder Zeit das Recht, insofern sie, wie früher gesagt, durch irgend eine gewöhnliche General-Versammlung dazu ermächtigt sind, bei Ihrer Majestät dahin zu suppliciren, daß dieselben der Kompagnie alle oder irgend welche der Ermächtigungen, Privilegien oder Gerechtigkeiten (welche Ihre Majestät durch das in dieser Beziehung im ersten Jahre der Regierung Ihrer Majestät durchgegangene Statut, genannt: „Eine Akte Ihrer Majestät zu befähigen Vollmachten und Gerechtigkeiten an Handels und andere Kompagnien zu ertheilen“ zu gewähren und zu ertheilen in den Stand gesetzt, ist) durch offne königliche Schreiben gewähre, bestätige oder ertheile, oder eine Parlamentsakte oder Akten ein Privilegium oder Privilegien zu beantragen, oder zu erlangen, zu versuchen, wodurch die Kompagnie in noch höherem Grade befähigt werden möchte, die hierin zuvor aneinandergelegten Absichten oder irgend welche von ihnen zu erreichen, — oder zu irgend einem anderen Geschäftszweck der Kompagnie oder einem damit in Verbindung stehenden, mit Einschluss (wenn es für ratsam gehalten werden sollte) der Verschmelzung der Kompagnie unter solchen Klauseln und Bedingungen, wie die Direktoren für gut finden mögen.
115. An den Kraft hierin früher enthaltenen Vollmachten zur Auflösung der Kompagnie festgesetzten

Tage soll auch die Kompagnie definitiv aufgelöst, und nur noch die Abwicklung derselben, die Liquidation und Ausgleichung der Abrechnungen und Geschäfte beendet werden.

116. Bei Auflösung der Kompagnie sollen die Direktoren dieselbe so schnell als irgend geschehen kann abwickeln, die Abrechnungen und Angelegenheiten derselben in solcher Weise wie sie für gut finden, liquidiren und ordnen, und alles Eigenthum der Kompagnie, welches nach Zahlung und Befriedigung aller Anforderungen, die an die Kompagnie erhoben werden mögen, Kosten und Auslagen der Abwicklung, der Liquidation und Ordnung der Abrechnungen und Angelegenheiten derselben übrig bleibt, je nach ihren respectiven Rechten und Ansprüchen daran unter die Aktionaire vertheilen.

Amts-Blatt

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Stück 48.

Ausgegeben zu Merseburg am 29. November 1862.

- (909) Das 39. Stck der Gesetz-Sammlung, ausgegeben am 20. November 1862, enthält unter:
 Nr. 5621. Privilegium wegen Ausgabe auf den Inhaber lautender Obligationen der Stadt Eupen im Betrage von 65,000 Thalern. Vom 24. September 1862.
 Nr. 5622. Allerhöchster Erlaß vom 27. October 1862, betreffend Ergänzungen und Abänderungen des Revidirten Reglements für die Immobilien-Feuer-Societät der Regierungsbezirke Marienwerder und Danzig vom 21. November 1853.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(910) Polizei-Verordnung, die Benutzung der Gräber an kirchlichen Straßen betr.
 Auf Grund der §§ 6. und 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850, Gesetz-Sammlung S. 285, verordnen wir was folgt:

Hinsichtlich derjenigen kirchlichen Straßen, für welche die Straßbestimmungen des Chausseegeldtarifs vom 29. Februar 1840, Gesetz-Sammlung S. 95. seq., nicht bereits für anwendbar erklärt sind, wird die Benutzung der Gräber in den Seitengräben und an den Böschungen durch Behütung mit Schanzen und anderen Arten von Vieh unter Androhung einer Geldstrafe bis zu fünf Thalern für jeden Fall des Zuwiderhandelns hiermit untersagt.

Merseburg, den 12. November 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(911) Polizei-Verordnung, die Aufbewahrung des sogenannten Maschinenauspuges an andrer Mollabgänge in den Wollspinnereien betr.

Zum Schutze gegen Feuergefahr wird über die Behandlung und Aufbewahrung des sogenannten Maschinenauspuges in den Wollspinnereien und anderer unter diesem Ausdruck nicht mitbegriffener Wollabgänge, welche zur Selbstentzündung geneigt sind, auf Grund der §§ 6. 11. und 12. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 für den ganzen Umfang unseres Verwaltungsbezirktes nachstehendes verordnet:

§. 1. Die Eigenthümer solcher Fabriken, in welchen dergleichen Abgänge bei der Verarbeitung der Wolle auf Maschinen sich bilden, sind verpflichtet, für die tägliche Reinigung der Fabrications-Lokalen von diesen Abgängen Sorge zu tragen.

§. 2. Die Aufbewahrung des Maschinenauspuges innerhalb der Gebäude darf nur in vollkommen feuerichern Gefäßen stattfinden.

§. 3. Außerhalb der Gebäude darf der Maschinenauspug nicht im Freien aufgedunst, sondern er muß in Gruben gelegt und sicher bedekt werden; dies ist besonders erforderlich, wenn beabsichtigt wird, den Maschinenauspug als Düngungsmittel zu verwenden.

§. 4. Soll derselbe jedoch zu anderweitiger Verarbeitung aufbewahrt werden, so muß er sofort ausgewaschen und von Fett und Oel möglichst gereinigt, er darf aber auch dann nicht in hohe Dosen geschüttet, vielmehr nur 3—4" hoch über einander gelegt werden.

§. 5. Wenn Maschinenauspug verpackt wird, so darf er zugleich mit andern Waaren nicht ohne Vorwissen der Eigenthümer derselben verpackt werden; auch müssen Wagen, die mit Maschinenauspug befrachtet sind, die Nähe von Stallungen und leicht entzündlichen Gegenständen meiden.

§. 6. Auch keinerlei sonstige unter dem Ausdruck des Maschinenauspuges nicht mitbegriffene Wollabgänge, ungefettete sowenig als gefettete, dürfen in den Arbeitsräumen der Wollspinnereien und zwar weder freiliegend noch in Ställen aufgedunst werden; vielmehr sind alle diese Wollabgänge in getrennten Räumen oder aber innerhalb der Wollspinnereien in feuerichern Gefäßen aufzubewahren.

§. 7. Zuwiderhandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit einer Geldstrafe bis zum Betrage von 10 Thlr. geahndet.

§. 8. Unsere Amtsblatts-Bekanntmachung vom 27. Juni 1843 (Amtsblatt Jahrgang 1843 S. 135.), deren Bestimmungen über die Aufbewahrung des Maschinenauspuges in gegenwärtiger Verordnung übernommen sind, tritt hierdurch außer Kraft.

Merseburg, den 15. November 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(912) Verbot des Schießens mit Feuerwaffen u. bei öffentlichen Volksbelustigungen.

Bei den in den ländlichen Ortschaften einiger Kreise des Bezirks stattfindenden öffentlichen Volksbelustigungen, den sogenannten Räuberfesten, sind bedauerliche Unglücksfälle durch den Mißbrauch von Schießgewehren vorgekommen.

Unter Hinweis auf die Bestimmungen des §. 345. Nr. 6. des Strafgesetzbuchs vom 14. April 1851, nach welchen es bei einer Geldbuße bis zu 50 Thlr. oder Gefängnis bis zu 6 Wochen verboten ist, ohne polizeiliche Genehmigung an bewohnten oder von Menschen bewachten Orten mit Feuerwaffen oder andern Schießwerkzeug zu schießen, machen wir die Eingeseenen unseres Verwaltungsbezirks darauf aufmerksam, daß wir die Polizei-Verwaltungen unseres Verwaltungsbezirks angewiesen haben, das Schießen bei öffentlichen Volksbelustigungen polizeilich nicht zu gestatten und die Zuwiderhandelnden zur Bestrafung zu ziehen.

Merseburg, den 17. November 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(913) Die Bildung eines selbstständigen Amtsbezirks Schönan im Kreise Liebenwerda betr.

Des Königs Majestät haben mittelst Allerhöchster Ordre vom 24. September a. das im Kreise Liebenwerda im Eschraden belegene sogenannte Straucher Vorwerk zu einem selbstständigen Amtsbezirk unter dem Namen „Schönan“ zu erklären geruht, was auf Grund der Bestimmungen im §. 1. des Gesetzes über die Landgemeinde-Verfassungen vom 14. April 1856 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.

Merseburg, den 22. November 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(914) Geschenke an Kirchen.

Als erfreuliche Erweisungen kirchlichen Sinnes, welche in diesem Jahre angezeigt worden sind, bringen wir die nachstehend aufgeführten Geschenke an Kirchen hierdurch zur öffentlichen Kenntniß.

1) Ephorie Belgern.

Es sind geschenkt worden der Kirche zu Belgern eine Kanzel-, Altar- und Taufsteineinbedeckung, sowie eine Altardecke.

2) Ephorie Eckartsberga.

Der Kirche zu Kalbitz von dem dortigen Anspänner Warkner und Frau ein Crucifix.

3) Ephorie Eilenburg.

1) Der Kirche zu Mörtitz von der Ehefrau des Rittersgutsbesizers Jße zu Raasdorf eine Altarbedeckung.

2) Der Kirche zu Gosemitz a) von einem Ungenannten eine Altardecke, b) vom Gutsbesitzer Jentsch ein Altarschmuck.

4) Ephorie Ermsleben.

Der Kirche zu Harkebode von dem Rraumeister Netting 50 Thlr. zur Beschaffung einer Decke vor den Altar.

5) Ephorie Liebenwerda.

a) Der Kirche zu Blumberg von einem Ungenannten zwei Kanzelbedeckungen.

b) Der Kirche zu Langennaundorf eine Altarbedeckung und ein Abendmahlsleib nebst Patene.

6) Ephorie Liffen.

Der Kirche zu Prititz ein Crucifix.

7) Ephorie Raumburg.

a) Der Kirche zu Puntzschau von einem Ungenannten 1) ein Abendmahlsleib, 2) eine Hostienkachtel, 3) ein Hostienteller.

b) Der Kirche zu Posenbald von den dasigen Gemeindegliedern ein Abendmahlsleib nebst Patene, wozu ein Ungenannter allein 19 Thlr. beigetragen hat.

8) Ephorie Quedlinburg.

a) Der Kirche zu Altenrode von der verehel. Kirchhoff eine Kanzelbedeckung, ein Hostienteller und Weisel.

b) Der Kirche in Ober-Giesfeld von den Frauen und Jungfrauen der Gemeinde eine Altar-, Taufstein- und Bekeulbedeckung, sowie Vorhänge an die Sakristei. Ebenso hat eine Ungenannte außer einem Beitrag zu den obigen Kosten eine Kanzelbedeckung geschenkt.

c) Der Kirche zu Mörtitz von der Gemeinde zwei Glocken und eine dergl. von der Ortsrichter Friedrichschen Eheleuten.

9) Epheorte Weissenfels.

a) Der Kirche zu Storkau von dem dortigen Rittergutsbesitzer Schmalfuß ein Abendmahlsleib nebst Patene und Abendmahlskanne.

b) Der Kirche zu Jaucha von einem Gemeindegliede „Stier's Evangelien-Predigten“ zum Vorlesen in den Nachmittags-Gottesdiensten.

Merseburg, den 13. November 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(918) Verpachtung der zum Stifte Kenzelle gehörigen Güter Steinsdorf, Lauschiß und Breslad.

Die zum Stifte Kenzelle gehörigen, im Sudener Kreise ungefähr 1 Meile von der Kreisstadt entfernt gelegenen Güter Steinsdorf, Lauschiß und Breslad werden zu Johannis 1863 pachtlos und sollen von da ab anderweit öffentlich verpachtet werden.

Das dazu gehörige Areal beträgt:

a) bei Steinsdorf etwa 1400 Morgen, worunter circa 23 Morgen Gärten, 1340 Morgen Acker und 5 Morgen Wiesen,

b) bei Lauschiß ungefähr 500 Morgen und zwar 17 Morgen Gärten, 447 Morg. Acker, 26 Morg. Wiesen,

c) bei dem von der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn durchschnittenen Vorwerk Breslad ungefähr 973 Morgen, darunter ca. 650 Morgen Acker und ca. 270 Morgen Wiesen.

Auf dem Hauptvorwerk Steinsdorf befindet sich eine Branntweinbrennerei.

Das zum Vorwerk Breslad gehörige Areal liegt mit ca. 878 Morgen in der verwalten Reife-Niederung und mit 11 Morgen auf der angrenzenden Höhe, ca. 84 Morgen in der Niederung liegen außerhalb des Hauptleibes.

Das Ausgebot wird in 2 Theilen und zwar in der Art erfolgen, daß Steinsdorf mit Lauschiß und mit einem noch beizulegenden Wiesenplan in der Ober-Niederung bei Kenzelle die eine, Breslad die andere Pachtung bildet.

Vorliegendes wird mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Bestimmung und Bekanntmachung des Zeitpunktes, von welchem ab die Verpachtungs-Bedingungen und Reitations-Regeln eingelesen resp. Abschriften mitgetheilt werden können, noch vorbehalten bleibt, die Besichtigung der Pachtstücke aber schon von jetzt ab stattdessen kann.

Frankfurt a. d. D. den 4. November 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(916) Die Ermäßigung des Landbriefbessellgeldes vom 1. December c. ab betr.

Durch Verfügung des Königl. Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist eine Ermäßigung des Landbriefbessellgeldes vom 1. December d. J. ab im diesseitigen Bezirke verläufweise in der Art angeordnet worden, daß anstatt der bisherigen Säge von resp. 1 Sgr. und 2 Sgr. künftighin nur 1 Sgr. resp. 1 Sgr., mithin die Hälfte der bisherigen Säge für die betreffenden Bestellungen-Geenstände erhoben werden soll, mit der Maßgabe jedoch, daß das Bessellgeld für die im Orte der Postanstalt aufgelieferten, an Adressaten im Bestellbezirke derselben gerichtete Briefe u. nach wie vor die im §. 30. XI. B. des Reglements vom 21. December 1860 vorgeschriebenen Säge bestehen bleiben sollen.

Das Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Halle, den 22. November 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(917) Die Verabreichung der neuen Zinscoupons zu den Kreis-Obligationen des Mansfelder Seekreises vom Jahre 1856 betr.

Die neuen Zinscoupons zu den Kreis-Obligationen des Mansfelder Seekreises vom Jahre 1856 Ser. II. Nr. 1—10. nebst Talons können vom 3. December d. J. ab, gegen Rückgabe der Talons vom 1. Juli 1857, bei der Kreis-Cassa-Seebaukasse zu Eisleben in Empfang genommen werden, was den Besitzern von solchen Obligationen hierdurch bekannt gemacht wird.

Helmsdorf, den 20. November 1862.

Der Königl. Landrath. v. Kerpensdrol.

Personal-Chronik.

(918) An der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Ristritz in der Diöces Rissen ist der bisherige Pfarrer in Odersfeld in derselben Diöces, Herrmann Konstantin Roth, berufen und befristet worden.

(919) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Hohnstedt mit Kätber in der Diöces Gerststedt ist der bisherige Pfarrer in Schochwitz in derselben Diöces, Wilhelm Roderich Lange, berufen und bestätigt worden. Ueber die dadurch vacant gewordene, unter Privat-Patronat stehende Pfarrstelle in Schochwitz ist bereits disponirt.

(920) Durch die Berufung des Pfarrers Ahrendts zu Brumby nach Illenburg ist das Pfarramt in Brumby in der Diöces Salze a. d. S. vacant geworden. Dasselbe ist Privat-Patronats und gewährt nach Abzug des Emeritengehalts ein Einkommen von 1312 Thlr.

(921) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Rahnsdorf mit Werzhahna in der Diöces Rahna ist dem bisherigen Pfarrer auf St. Petersburg in der II. Halleschen Landdiöces, Carl Robert Wichmann, verliehen worden.

(922) Dem Bürgermeister Wachtel zu Lützen ist die Führung der Polizei-Anwaltschaft für den Gesamtbezirk der dasigen königlichen Kreisgerichts-Commissionen vom 1. December a. ab commissarisch übertragen worden.

(923) Der Referendar Scholze ist zum Gerichts-Assessor und der Auscultator Böhne zum Referendar ernannt.

Der Referendar Fischer und der Auscultator Bis, bisher bei dem Kammergericht zu Berlin, sind in das Departement Naumburg versetzt.

Der Auscultator v. Pouckau ist Beaufs Uebergangs zur Verwaltung aus dem Justizdienste entlassen.

Der Kreisrichter Dr. Jacobi in Kummelsburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Erfurt und Notar im Departement mit Anweisung seines Wohnsitzes in Sommerda ernannt.

Der Appellationsgerichts-Secretair, Hofrath Keil ist vom 1. Januar fut. an pensionirt und ihm zugleich der rothe Adlerorden 4. Klasse Allerhöchst verliehen.

Der Kreisgerichts-Secretair Schuele zu Liebenwerda ist an das Kreisgericht in Wittenberg versetzt.

Der Gefangenaufsicher Elze in Eilenburg ist gestorben.

(924) Für den III. Landbezirk im Raumburger Kreise ist der Ortsrichter Schumann in Hasenhausen zum Schiedsmann und der Oekonom Franke daselbst zu dessen Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

(925) In der Stadt Laucha ist der Bürgermeister Blüthgen daselbst zum Schiedsmann und der bisherige Stellvertreter, Kaufmann Schmidt fernerweit zum Stellvertreter gewählt und verpflichtet worden.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der königlichen Regierung.

Gedruckt bei Carl Zurl in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Belegblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 49.

Ausgegeben zu Merseburg am 6. December 1862

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(926) General-Verfügung, die Abänderung des Regulativs über die Portofreiheit in Staatsdienst-Angelegenheiten vom 3. Februar d. J. betr.

Im Einverständnisse mit dem Herrn Minister des Innern sind die Bestimmungen in den §§. 20. und 41. des Regulativs über die Portofreiheit in Staatsdienst-Angelegenheiten vom 3. Februar d. J. (Beilage zu Nr. 4. des Post-Amtsblatts de 1862), wie folgt, abgeändert worden.

I. An Stelle des bisherigen §. 20. treten nachstehende Bestimmungen:

§. 20. Portofrei sind:

- 1) die Dienstberichte, welche die Gensdarmen an die landrätblichen Behörden und bei außergewöhnlichen Ereignissen an den Ersten Wachtmeister oder an den Chef der Landgensdarmarie zu erstatten haben, sowie die dienstlichen Sendungen der Gensdarmen an die Polizeibehörden, an die Staats- und Polizei-Anwaltschaften und an andere königliche Behörden in demselben Umfange, wie solche von den Behörden nach den allgemeinen Bestimmungen §§. 1. bis 9. portofrei versandt werden dürfen.
- 2) Die zwischen den Gensdarmen unter einander vorkommende Dienstcorrespondenz, soweit dieselbe lediglich im staatsdienstlichen Interesse stattfindet, und ein Privat-Interesse dabei nicht concurrirt.
- 3) Gensdarmarie-Effecten, welche zur dienstlichen Bekleidung und Remontirung zwischen dem Chef der Land-Gensdarmarie und den Gensdarmarie-Behörden und zwischen der Oeconomie-Commission der Land-Gensdarmarie einerseits und den einzeln stationirten Gensdarmen und Stationen andererseits zur Versendung kommen, mit der Beschränkung des Freigewichts auf 20 Pfund für je abgehende Post von einem und demselben Abiender an eine und dieselbe Gensdarmarie-Behörde oder Station nach Maßgabe der in dieser Beziehung für die Portofreiheit der Militair-Effecten getroffenen Bestimmungen.

II. Die Bestimmung im §. 41. Alinea 1. ist zu löschen und dafür zu setzen:

Ausnahmsweise soll den Gensdarmen gestattet sein, die nach §. 20. Nr. 1. bis 3. portofrei von ihnen abzuschickenden Dienstsendungen in Ermangelung eines Dienststeigels mit ihrem Privatstempel zu verschließen. Wegen der Beglaubigung des Portofreiheits-Vermerkes bleiben die Bestimmungen in §. 43. des genannten Regulativs maßgebend.

Berlin, den 12. November 1862.

Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten.
Graf v. Benckise.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(927) Die Gebäudesteuer betr.

Auf Grund des §. 9. des Gesetzes vom 21. Mai 1861, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer (Ges. Samml. für 1861 S. 320.) und des §. 9. der vom Herrn Finanz-Minister am 14. October d. J. für die östlichen Provinzen erlassenen Anweisung zur Ausführung dieses Gesetzes bringen wir hierdurch Folgendes zur öffentlichen Kenntniss:

I. Die Veranlagungsbezirke der Gebäudesteuer sind im hiesigen Regierungsbezirke in der Weise festgesetzt worden, daß jeder landrätbliche Kreis mit den darin belegenen Städten und ebenso die Stadt Halle mit dem dazu gehörigen Gebiete einen besondern Veranlagungsbezirk bildet.

II. Zu Ausführung-Commissarien sind ernannt:

- 1) für den Kreis Sangerhausen der Königl. Landrath v. Döttingem zu Sangerhausen.

- 2) für den Kreis Quedfurt der Königl. Landrath **v. Heuborff** zu Baunersroda,
- 3) für den Kreis Merseburg der Königl. Landrath **Weidlich** hieselbst,
- 4) für den Kreis Delitzsch der Königl. Landrath **v. Rauchsaupt** zu Delitzsch,
- 5) für den Kreis Weissenfels der Königl. Landrath **v. Wurmb** zu Weissenfels,
- 6) für den Saalkreis der Königl. Landrath **v. Kroßig** zu Halle,
- 7) für den Kreis Bitterfeld der Königl. Landrath und Geheimen Regierungsrath **v. Leipziger** zu Bitterfeld,
- 8) für den Kreis Eudartsberga der Königl. Landrath **v. Münchhausen** zu Gölleda,
- 9) für den Mansfelder Gebirgskreis der Königl. Landrath Freiherr **v. Hardenberg** zu Mansfeld,
- 10) für den Kreis Liebenwerda der Königl. Landrath **v. Schaper** zu Liebenwerda,
- 11) für den Kreis Naumburg der Königl. Landrath und Geheimen Regierungsrath **Danneil** zu Naumburg,
- 12) für den Kreis Zeitz der Königl. Regierungs-Referendar und Landrathsamts-Verweiser **v. Hellborff** zu Zeitz,
- 13) für die Stadt Halle der Königl. Districts-Steuer-Controllleur **Hensen** zu Halle.

Die Bekanntmachung der Ausführungs-Commissarien für die übrigen Kreise bleibt vorbehalten.

III. Von der Stadt Halle sind 8 und von jeden der landrätlichen Kreise 6 Mitgliedern für die zu bildenden Veranlagungs-Commissionen, und außerdem für jeden Veranlagungsbezirk 2 Stellvertreter derselben zu wählen.

IV. Zu unserem ständigen Commissar für die Veranlagung der Gebäudesteuer haben wir den Königl. Regierungsrath **Messerschmidt** hieselbst ernannt und denselben mit der Leitung des Veranlagungswerts für den ganzen Regierungsbezirk Merseburg dergestalt beauftragt, daß er in unmittelbarem Verkehr mit den Ausführungs-Kreisen die zur Förderung der Arbeiten und zur Erreichung der notwendigen Gleichmäßigkeit in den Resultaten derselben erforderlichen Anordnungen unter seinem Namen zu treffen, nach seinem Ermessen an Ort und Stelle von dem Fortgange der Geschäfte Kenntniß zu nehmen und Revisionen abzuhalten, für die Abstellung bemerkter Mängel ungehäumt Sorge zu tragen und überhaupt eine selbstständige Wirksamkeit insoweit auszuüben hat, als nicht durch das Gesetz in gewissen Punkten ein selbst die Entscheidung übertragen ist.

Merseburg, den 1. December 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für directe Steuern, Domänen und Forsten.

(928) Verpachtung des zum Stifte Neuzelle gehörigen Vorwerks Lindorf.

Das im Subener Kreise der Niederlausitz belegene, 3 Meilen von der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Station Neuzelle entfernte, zum Stifte Neuzelle gehörige Vorwerk Lindorf nebst Zubehör, mit einem Areal von 1218 Morgen 179 Q Ruthen, wovon 7 Morgen 15 Q Ruthen Gärten, 1092 Morgen 123 Q Ruthen Acker, 38 Morgen 148 Q Ruthen Wiesen, 51 Morgen 98 Q Ruthen Hütung, 4 Morg. 36 Q Ruthen Fischerei, Gewässer und 24 Morgen 119 Q Ruthen theils Hof- und Bauwelle, theils unnutzbares Land, soll auf die 16 Jahre von Johannis 1863 bis dahin 1879 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Wir haben zu diesem Behuf einen Citationstermin auf den **18. December d. J. Vormittags 10 Uhr**, im Königl. Regierungsgedäude hieselbst und zwar in unserem Sitzungszimmer vor dem Herrn Regierungsrath Windler anberaumt und bringen folches mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß das Pachtgeld-Minimum auf 1200 Thlr. festgesetzt und zur Uebnahme der Pachtung ein disponibles Vermögen von 7000 Thlr. erforderlich ist.

Die Verpachtungsbedingungen und die Regeln der Licitation, sowie die Karte, können in unserer Registratur während der Dienststunden eingesehen werden, auch sind wir bereit, auf Verlangen die speciellen Verpachtungsbedingungen gegen Erstattung der Copialkosten durch Postvorschuß abchristlich mitzutheilen.

Frankfurt a. d. O., den 28. October 1862.

Königliche Regierung,
Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(929) Verpachtung des zum Stifte Neuzelle gehörigen Vorwerks Treppeln.

Das im Subener Kreise der Niederlausitz belegene, 1 Meile von der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn Station Neuzelle entfernte, zum Stifte Neuzelle gehörige Vorwerk Treppeln nebst Zubehör, mit einem Areal von 709 Morgen 166 Q Ruthen, wovon 19 Morgen 86 Q Ruthen Haus- und Feldgärten, 613 Morgen 62 Q Ruthen Acker, 32 Morgen 26 Q Ruthen Wiesen, 13 Morgen 89 Q Ruthen Hütung, 11 Morgen 8 Q Ruthen Fischereigewässer und 20 Morgen 75 Q Ruthen theils Hof- und Bauwelle, theils unbrauchbares Land, soll auf die 16 Jahre von Johannis 1863 bis dahin 1879 im Wege des öffentlichen Ausgebots anderweit verpachtet werden.

Wir haben zu diesem Behuf einen Auktionstermin auf **den 8. December d. J., Vormittags 10 Uhr**, im Königl. Regierungsgedäude hier selbst und zwar in unserm Sitzungszimmer vor dem Herrn Regierungsrath Windler anderaumt und bringen solches mit dem Bemerken zur allgemeinen Kenntniß, daß das Pachtgeld Minimum auf 700 Thlr. festgesetzt und zur Uebnahme der Pachtung ein disponibles Vermögen von 5000 Thlr. erforderlich ist.

Die Verpachtungsbedingungen und die Regeln der Auktion, sowie die Karte, können in unserer Registratur während der Dienststunden eingesehen werden, auch sind wir bereit, auf Verlangen die speciellen Verpachtungsbedingungen gegen Erhaltung der Copialien durch Postvorschuß abschriftlich mitzutheilen.

Frankfurt a. d. O., den 28. October 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(930) Bestätigung der Braunkohlen- Bergwerke Clara- Verein.

Durch Urkunde von heute ist die von den Eigenthümern der Braunkohlen- Bergwerke Clara- Verein und Titus bei Bennewitz, belegen im Bergreviere westlich Halle, beschlossene Vereinigung derselben zu Einem ungetrennlichen Ganzen unter dem Namen Clara- Verein bestätigt worden.

Halle, den 18. November 1862.

Königliches Ober- Bergamt.

(931) Die Vernichtung ausgelosener Rentenbriefe der Provinz Sachsen betr.

Nachstehende Verhandlung:

„Verhandelt Magdeburg, den 12. November 1862.

In Gemäßheit der §§. 46. bis 48. des Rentenbank- Gesetzes vom 2. März 1850 wurden diejenigen ausgelosten Rentenbriefe der Provinz Sachsen, welche nach dem von der Königl. Direction der Rentenbank zu den Acten gegebenen Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben sind, und zwar:

| | |
|---|------------------------------------|
| 88 Stück zu 1000 Thlr. == 88,000 Thlr., | 35 Stück zu 25 Thlr. == 875 Thlr., |
| 13 „ „ 500 „ == 6,500 „ | 151 „ „ 10 „ == 1,510 „ |
| 44 „ „ 100 „ == 4,400 „ | |

überhaupt: Ein und Fünfzig Tausend Zwei Hundert Fünf und Achtzig Thaler nebst 2480 Stück Zinscoupons, in Gegenwart der Unterzeichneten heute durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Friedrich Adolph Damm, Justizrath und Notarius.

W. v. Rathbusius, als Abgeordneter des Provinzial- Landtags.

Brenning, Commissarius der Direction der Rentenbank.

wird nach Vorschrift des §. 48. des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Magdeburg, den 14. November 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(932) Die Vernichtung ausgelosener Schuldverschreibungen der Eisenbahn Tilgungskasse.

Nachstehende Verhandlung:

„Verhandelt Magdeburg, den 12. November 1862.

In Gemäßheit der §§. 46. bis 48. des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 wurden diejenigen ausgelosten Schuldverschreibungen der mit der Königl. Rentenbank für die Provinz Sachsen vereinigten Eisenbahn Tilgungskasse, welche nach dem von der Königl. Rentenbank- Direction zu den Acten gegebenen Verzeichnisse gegen Baarzahlung zurückgegeben sind, und zwar:

| I. à 3½ % | II. à 4 % |
|--------------------------------------|--------------------------------------|
| 4 Stück zu 500 Thlr. == 2,000 Thlr., | 8 Stück zu 500 Thlr. == 4,000 Thlr., |
| 1 „ „ 400 „ == 400 „ | 11 „ „ 100 „ == 1,100 „ |
| 1 „ „ 50 „ == 50 „ | 7 „ „ 50 „ == 350 „ |
| | 3 „ „ 25 „ == 75 „ |

überhaupt: Sieben Tausend Neun Hundert Fünf und Siebenzig Thaler nebst 4 Stück Coupons, in Gegenwart der Unterzeichneten heute durch Feuer vernichtet.

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.

Friedrich Adolph Damm, Justizrath und Notarius.

W. v. Rathbusius, als Abgeordneter des Provinzial- Landtags.

Brenning, als Commissarius der Direction der Rentenbank.

wird nach Vorschrift des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht. Magdeburg, den 14. November 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(1933) Die Eröffnung einer Telegraphenstation zu Eilenburg betr.

Zu Eilenburg im Regierungsbezirk Merseburg wird am 1. k. R. eine Telegraphenstation mit beschränktem Tagesdienste (sfr. §. 4. des Reglements für die telegraphische Correspondenz im Deutsch-Oesterreichischen Telegraphen-Verein) eröffnet werden.

Berlin, den 27. November 1862.

Königliche Telegraphen-Direction.

Personal-Chronik.

(1934) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Werbelin und Brodau in der Diöcese Delitzsch ist der bisherige Archidiaconus in Delitzsch, Friedrich Gustav Julius **Scharr**, berufen und bestätigt worden.

(1935) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Groß-Lissa in der Diöcese Delitzsch ist dem bisherigen Pfarrer in Klein-Raina, Diöcese Weisenfels, Johann Gottlob **Weilepp**, verliehen worden.

(1936) Die unter Königl. Patronate stehende Pfarrstelle in Treßen, Diöcese Lissa; mit welcher ein Einkommen von 994 Thlr. 20 Sgr. verbunden, ist durch das Ableben des Pfarrers **Gebecke** vacant geworden. Zur Pfarochie gehört eine Kirche und eine Schule mit zwei Lehrern.

(1937) Die Schul- und Küsterstelle in Kleinjena, Ephorie Naumburg, Königl. Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(1938) Die Schulstelle in Lößersdorf, Ephorie Brehna, Königl. Patronats, ist durch die Weiterbeförderung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(1939) Der Unterschentwirth und Restkalbbusengutsbesitzer **Hofmann** in Großthiemig ist zum Schiedsmann für den XII. Landbezirk im Kreise Liebenwerda gewählt und verpflichtet worden.

(1940) Für den III. Bezirk in der Stadt Merseburg ist der Justitiar a. D. **Vönicke** daselbst zum Schiedsmann gewählt und verpflichtet worden.

(1941) Pensionirt: der berittene Steueraufsieber **Mielenz** in Jähna, der Thorcontroleur **Rast** in Halle.

Entlassen: der Chauffeegelderheber **Däumel** in Drosdorf.

Befördert: der Regierungsrath **Zack** in Magdeburg zum Ober-Regierungsrath bei der Provinzial-Steuerdirection in Danzig, der Hauptamtsassistent **Jorn** in Stendal zum Ober-Steuercontroleur in Querfurt, der berittene Steueraufsieber **Rischer** in Torgau zum Hauptamtsassistenten in Halberstadt.

Versezt: der Regierungsrath **Herrose** von Stettin zur Provinzial-Steuerdirection in Magdeburg, der Ober-Steuercontroleur **Helms** von Querfurt unter Reichhalt des Charactere als Ober-Controleur nach Salzweil als Hauptamtsassistent, der Steueraufsieber **Gies** von Wittenberg nach Jähna, der Steueraufsieber **Holz** von Merseburg nach Wittenberg, der Steueraufsieber **Wagner** von Köln (Rhein) nach Merseburg, der Steueraufsieber **Hälscher** von Toraau nach Alt-Baterleben, der Steueraufsieber **Jäger** von Halle nach Jörbig, der Steueraufsieber **Lincke** von Bismarckstein nach Halle, der Grenzaufsieber **Schmuckler** von Amel (Rhein) als Steueraufsieber nach Torgau, der Grenzaufsieber **Rost** von Lützelbracht (Rhein) als Steueraufsieber nach Jabis, der Thorcontroleur **Detto** von Merseburg nach Halle, der Thorcontroleur **Thinius** von Zeiz nach Merseburg, der Gewichtsleger **Rittel** von Torgau als Hauptamtsdiener nach Magdeburg, der Thorwärter **Müller** von Zeiz als Gewichtsleger nach Torgau.

Neu angestellt: der Polizei-Sergeant **Scharf** in Meleben als Steueraufsieber in Dölben, der pensionirte Steueraufsieber **Kulka** in Stüterlingen als Chauffeegelderheber in Benndorf, der invalide Sergeant **Banse** in Magdeburg als Thorwärter in Zeiz.

Hierzu ein Extra-Blatt, die Gebäudessteuer betr.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Nurf in Merseburg.

Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Folgsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Extra-Blatt

zum Amtsblatt der Königl. Regierung zu Merseburg pro 1862.

Anweisung

vom 14. October 1862

zur

Ausführung des Gesetzes, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, vom 21. Mai 1861

(Gesetz-Sammlung Seite 317.)

in den Provinzen **Preußen, Posen, Pommern, Schlesien, Brandenburg** (mit Ausnahme der Stadt Berlin) und **Sachsen.**

Zur Ausführung des Gesetzes, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, vom 21. Mai 1861. (Ges. Samml. S. 317.), von welchem ein Abdruck in der Anlage beigelegt ist, wird folgende Anweisung ertheilt.

I. Allgemeine Grundsätze.

§. 1. Der Veranlagung zur Gebäudesteuer sind unterworfen die Gebäude nebst den dazu gehörigen Hofräumen und denselben Hausgärten, deren Flächeninhalt einen Morgen nicht übersteigt (§. 1. des Gesetzes, betreffend die anderweite Regelung der Grundsteuer, vom 21. Mai 1861, Ges. Samml. S. 253.).

Ausgeschlossen von der Veranlagung bleiben nur die im §. 3. des Gesetzes vom 21. Mai v. J., betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, bezeichneten Gebäude nebst den dazu gehörigen Hofräumen und Hausgärten.

§. 2. Als Gebäude im Sinne des Gesetzes sind nur solche Baulichkeiten anzusehen, welche zur Erreichung dauernder Zwecke hergestellt worden sind. Darnach sind als der Steuer zu unterwerfende Gebäude nicht zu erachten diejenigen Baulichkeiten, welche im Wesentlichen nur vorübergehenden Zwecken dienen, wie Schuppen oder Hütten, welche während eines Baues zur Unterbringung des Materials oder als Obdach für die Arbeiter errichtet worden, Ziegelföfen, welche nur für einen Brand bestimmt sind, hölzerne Buben, welche nur für gewisse Zeiten im Jahre aufgerichtet beziehungsweise benutzt werden u. a. m.

§. 3. Unter Hausgärten sind solche Gärten zu verstehen, welche, — ohne Rücksicht darauf, ob sie mit dem betreffenden Gebäude in derselben Befriedigung, oder auch nur im unmittelbaren Anschluß an ersteres oder dessen Hofraum liegen, — als Zubehör des betreffenden Gebäudes für den Nutzungswert desselben mitbestimmend sind.

Gehören zu einem Gebäude mehrere Hausgärten, so darf, selbst wenn jeder einzelne derselben die Größe von einem Morgen nicht übersteigt, immer nur einer der ersteren und zwar von denselben immer nur derjenige, welcher im unmittelbaren Anschluß an das Gebäude beziehungsweise dessen Hofraum belegen ist, bei Berechnung des Nutzungswertes des Gebäudes berücksichtigt werden.

Wenn zwei oder mehrere Hausgärten im unmittelbaren Anschluß an das Gebäude beziehungsweise dessen Hofraum belegen sind, oder sämtliche Hausgärten sich in größerer Entfernung von dem Gebäude befinden, so ist derjenige der Veranlagung zur Gebäudesteuer mit zu unterwerfen, welcher zu diesem Zwecke von dem Eigentümer selbst bezeichnet wird. Falls eine solche Bezeichnung nicht erfolgt, hat der Ausführungskommissar die erforderliche Bestimmung zu treffen.

§. 4. Hofräume und von der Gebäudesteuer mitbetroffene Hausgärten bilden keine selbstständigen Steuerobjekte. Sie sind in den Veranlagungsnachweisungen z. n. nur nachrichtlich und ohne Ausweisung eines selbstständigen Nutzungswertes als Zubehör desjenigen Gebäudes zu vermerken, dessen Nutzungswert durch sie erhöht wird.

Wenn ein Hausgarten über einen Morgen groß und deshalb — gemäß §. 1. des vorangeführten Gesetzes vom 21. Mai 1861 (Ges. Samml. S. 253.) — seinem ganzen Flächeninhalte nach der Grundsteuer

Anlage A

von den Eigenschaften zu unterwerfen ist, so muß bei Berechnung beziehungsweise Veranschlagung des Nutzungswerts des betreffenden Gebäudes eine entsprechende Ermäßigung eintreten, über deren Umfang die Veranlagungscommission in jedem einzelnen Falle, unter Berücksichtigung der sonstigen hierbei in Betracht kommenden Verhältnisse des Gebäudes, besondere Entscheidung zu treffen hat.

§. 5. Wollen Zweifel darüber vor, ob ein Garten als ein Hanggarten im Sinne des Gesetzes zu betrachten sei oder nicht, so hat sich der Ausführungscommissar für die Veranlagung der Gebäudesteuer (§. 10. dieser Anweisung) mit dem Veranlagungscommissar zur Regelung der Grundsteuer in Einvernehmen zu setzen, im Falle aber eine Meinungsverschiedenheit zwischen beiden verbleibt, die Entscheidung der Regierung einzuholen, welche darüber vorher die gutachtliche Aeußerung des Bezirkscommissars zur Regelung der Grundsteuer zu erfordern hat.

Von den Veranlagungscommissarien zur Regelung der Grundsteuer ist die erforderliche Auskunft darüber zu erteilen, welche Hanggärten in den einzelnen Ortschaften des Kreises den Flächeninhalt von einem Morgen übersteigen.

§. 6. Die zu Bahnhöfen gehörigen Grundflächen sind, soweit sie zum Verkehr des Publikums oder zum Transportgeschäft benutzt werden, als Hofräume zu behandeln.

Die bei den Bahnhöfen etwa vorhandenen Hanggärten von mehr als einem Morgen Größe, sowie diejenigen Grundflächen, welche weder zum Verkehr des Publikums noch zum Transportgeschäft benutzt werden, sind, auch wenn sie innerhalb der Umwallung des Bahnhofs belegen, der Besteuerung durch die Grundsteuer von den Liegenschaften zu unterwerfen.

§. 7. Unbewohnte Gebäude, welche nur zum Betriebe der Landwirtschaft bestimmt sind, oder zu gewerblichen Anlagen gehören und nur zur Aufbewahrung von Brennmaterialien und Maschinen, sowie als Ställe für das lediglich zum Gewerbebetriebe bestimmte Zugvieh dienen, sind nach §. 3. Nr. 7. des Gesetzes von der Gebäudesteuer frei zu lassen. Es gehören hierher alle Gebäude, welche in der Erreichung der vorgedachten landwirtschaftlichen oder gewerblichen Zwecke ihre Hauptbestimmung finden, und in welchen zum dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmte Räume entweder gar nicht oder doch nur in untergeordnetem Maße vorhanden sind.

Hierzu sind Ställe oder Speicher, welche Räumlichkeiten enthalten, die nur zum Aufenthalt der mit der Wartung des Viehes oder mit Bewachung der aufzubewahrenden Gegenstände beauftragten Personen dienen, z. B. Ställe mit Schlafkammern für die mit der Wartung des Viehes beauftragten Knechte oder Mägde, Speicher mit Wohnräumen für den Aufseher u. s. w. als besetzte Gebäude im Sinne des Gesetzes nicht anzusehen.

§. 8. Alle Behörden, Gemeinden und Privatpersonen sind verpflichtet, die in ihren Besitz befindlichen Zeichnungen, Pläne, Risse, Taxen und sonstige Schriftstücke, welche bei der Ausführung des Veranlagungsgeschäfts von Nutzen sein können, den damit beauftragten Commissarien auf deren Erfordern zur Einsicht und Benutzung vorzulegen; auch die mit der Aufnahme des Gebäudebestandes oder mit der Revision der Listen beauftragten Commissarien auf Erfordern in alle Theile der Gebäude einzulassen. (§. 13. Absatz 2. des Gesetzes.)

II. Ausführende Behörden, Beamte und Commissionen.

§. 9. Mit der oberen Leitung des Gebäudesteuerveranlagungswerts innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke sind die Regierungen beauftragt. Ihnen liegt die Feststellung der Veranlagungsbezirke und der Mitgliederanzahl der Veranlagungscommissionen, die Berufung der Ausführungscommissarien und die Sorge für die gleichmäßige Förderung und rechtzeitige Beendigung der Veranlagungsarbeiten ob.

Die Regierungen haben das bei der Veranlagung stattfindende Verfahren sorgfältig zu überwachen, beziehungsweise durch einen zu diesem Behufe ein- für allemal abzuordnenden Commissar überwachen zu lassen, die zur Herstellung der erforderlichen Gleichmäßigkeit notwendigen Anordnungen zu treffen, oder durch ihren Commissar, welcher in dieser Beziehung förmlich mit allgemeiner Vollmacht versehen werden kann, treffen zu lassen, auch etwaige Irrthümer und Verstöße gegen die Veranlagungsvorschriften von Amtswegen zu berichtigen.

Den Regierungen steht die Entscheidung über die vorkommenden Reclamationen einzelner Beisitzigen und über die Berufungen der Ausführungscommissarien gegen die Beschlüsse der Veranlagungscommissionen zu.

§. 10. Der Ausführungscommissar hat innerhalb des ihm überwiesenen Veranlagungsbezirks darüber zu wachen, daß kein Besteuerungsobject der Veranlagung entgeht und daß die Veranlagungsgrundlagen gleichmäßig und richtig zur Anwendung kommen.

Er führt den Vorsitz in der Veranlagungscommission, deren Zusammenberufung von ihm ausgeht, und deren Mitglieder er mit Ausführung einzelner Geschäfte zu beauftragen berechtigt ist.

Er hat die Aufnahme der erforderlichen Nachweisungen u. s. w. zu veranlassen, und alle zur Geschäftnahme der Commission sonst nöthigen Vorbereitungen zu treffen, auch deren Beschlüsse zur Ausführung zu bringen, sofern er sich nicht veranlaßt findet, gegen dieselben bei der Regierung Vererbung einzulegen.

Der Ausführungscommissar ist verpflichtet, die Vererbung einzulegen, wenn die Beschlüsse der Veranlagungscommission gegen die Vorschriften des Gesetzes oder der zu dessen Ausführung erlassenen Anweisungen und Verfügungen verstößen, oder wenn die Regierung ihn dazu anweist.

§. 11. Die Mitglieder der Veranlagungscommission werden bei ihrer ersten Zusammenberufung von dem Ausführungscommissar zur gewissenhaften und unparteiischen Verrichtung der ihnen übertragenen Geschäfte mittelst Handschlages verpflichtet.

§. 12. Zu den Sitzungen sind die Commissionsmitglieder schriftlich einzuladen, und die Bescheinigungen über die gegebene Infimation der Einladungen zu den Acten zu bringen.

Die Commissionen sind bei geordneter beschleunigter Vorladung ihrer Mitglieder ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlußfähig.

Der Ausführungscommissar ist in der Veranlagungscommission stimmberechtigt, im Falle der Stimmengleichheit giebt seine Stimme den Ausschlag.

Über den Gang in einer jeden Sitzung ist ein Protocoll aufzunehmen, in welchem die gefaßten Beschlüsse unter kurzer Darlegung der Erwägungsgründe aufzuzeichnen sind, und welches von dem Vorsitzenden und einem, von der Commission dazu erwählten Mitgliede zu vollziehen ist.

III. Vorschriften für die Veranlagung in den Städten, sowie in denjenigen ländlichen Ortschaften, in welchen eine überwiegende Anzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch Vermietung benutzt wird.

§. 13. In den Städten, sowie in denjenigen von den Regierungen zu bezeichnenden und durch die Amtsblätter bekannt zu machen den ländlichen Ortschaften, in welchen eine überwiegende Anzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch Vermietung benutzt wird, hat der Ausführungscommissar zuvörderst nach dem Muster I. eine Veranlagungsnachweisung der sämtlichen zum Communallverbande der Stadt beziehungsweise ländlichen Ortschaft gehörigen Gebäude, nebst den dazu gehörigen Hofräumen und Hausgärten, durch den Gemeindevorstand aufnehmen zu lassen.

§. 14. Sofern die zur Ausfüllung der Spalten 1. bis 19. einschließlich dieser Nachweisung erforderlichen Unterlagen sich in dem Archive des Gemeindevorstandes bereits vollständig vorfinden, hat der Letztere die Ausfüllung der gedachten Spalten der Nachweisung sofort vornehmen und das ausgefüllte Exemplar dem Ausführungscommissar innerhalb einer von dem Letzteren angemessen zu bestimmenden Frist, unter Angabe derjenigen Aktenstücke, Nachweisungen u. s. w., welche die erforderlichen Nachrichten enthalten, sowie unter Bezeichnung des Ortes, an welchem dieselben zu jeder Zeit eingesehen werden können, zugehen zu lassen.

§. 15. Wo es an dergleichen Unterlagen fehlt, oder die vorhandenen einer Vervollständigung bedürfen, hat der Gemeindevorstand vollständige tabellarische Uebersichten der Admittalitäten eines jeden Gebäudes nebst den dazu gehörigen Hofräumen und Hausgärten nach dem Muster II. aufstellen zu lassen.

Die Gemeindevorstände sind berechtigt, die Aufstellung der tabellarischen Uebersichten durch die Eigentümer der zum Communallverbande der Stadt beziehungsweise ländlichen Ortschaft gehörigen Gebäude oder deren Stellvertreter (Miether, Nutznießer, Verwalter u.) selbst vornehmen zu lassen, sie müssen insofern auch bei einer solchen Ausführung für die Richtigkeit der tabellarischen Uebersichten verantwortlich sein.

§. 16. Bei der Aufstellung der tabellarischen Uebersichten ist Folgendes zu beachten:

a) In Spalte 2 der tabellarischen Uebersichten sind die einzelnen zu der Belegung gehörigen Gebäude, Hofräume und Hausgärten aufzuführen, von den Gebäuden zuerst die Vorbergebäude, dann die Hintergebäude.

Die einzelnen Gebäude sind so zu bezeichnen, daß ihre Bestimmung deutlich ersichtlich ist, z. B. Wohnhaus, Wädhhaus, Branntweinbrennerei, Schmiede, Maschinenhaus, Rodenkluppen, Stall, Scheuer, Speicher u. s. w.

Die mit einem Gebäude im unmittelbaren Zusammenhange befindlichen Flügel oder Seitengebäude sind mit ersterem als ein Ganzes zu behandeln.

b) In Spalte 6 sind sämtliche Räume und sonstige Zugehörigkeiten des betreffenden Gebäudes, an denen Stuben, Kammern, Kichen, Kellern, Werkstätten, Gemöbeln, Niederlagen, Ställen u. s. w. nach Stockwerken beziehungsweise Abtheilungen, wie sie zusammengehören, und entweder vermietet sind,

Muster I.

Muster II.

oder zur Vermietung bestimmt leer stehen, oder von dem Eigenthümer selbst benutzt werden, einzeln ihrer Zahl nach aufzuführen.

c) In der Spalte 7. und 8. ist der jährliche Mietzins, den die in Spalte 6. aufgeführten einzelnen Wohnungen oder Räume in den Jahren 1853 bis einschließlich 1862 wirklich gewährt haben, dergestalt auszuwerfen, daß für die einzelnen Jahre dieses Zeitraums die darin wirklich bezogenen Mieten bestimmt zu übersehen sind. Von letzteren darf ein Abzug für die vom Eigenthümer aufgewendeten Reparatur- oder Unterhaltungskosten nicht gemacht werden.

d) Besondere Verhältnisse, welche auf die Höhe der gezahlten Mietpreise etwa von Einfluss gewesen sind (z. B. wenn dem Mieter neben dem Nominalbetrage des Mietpreises noch andere Leistungen oder Verpflichtungen — Einquartierungskosten, Unterhaltung der gemieteten Wohnung, Abgaben irgend welcher Art u. s. w. — auferlegt sind; ferner, wenn aus verwandtschaftlichen oder sonstigen Rücksichten eine Wohnung besonders niedrig vermietet oder für eine Wohnung durch vortheilhafte Vermietung an Fremde u. s. w. eine Zeit lang ein ungewöhnlich hoher Mietvertrag erzielt worden ist u. s. w.), sind in Spalte 14. zu erwähnen. Ebendasselbe muß angegeben werden, wenn die Wohnung zusammen mit anderen Grundstücken, als dem zum Gebäude gehörigen und von der Gebäudesteuer mit zu treffenden Hausgärten vermietet ist, wenn dem Mieter Mobilien, Maschinen und dergleichen zur Benutzung überwiesen worden.

e) In Spalte 9. und 10. ist der durchschnittliche jährliche Mietzwertb derjenigen in der Spalte 6. aufgeführten Wohnungen oder Räume zu vermerken, für welche ein wirklich gezahlter Mietzins nicht hat ermittelt werden können.

f) Sind auf die Höhe der in Spalte 11. und 12. einzutragenden Kaufpreise etwaige Nebenbedingungen bei dem Verkauf von Einfluss gewesen, z. B. zinsfreie Terminalsahlungen, ungewöhnlich hohe oder niedrige Zinsen für den gekauften Theil des Kaufpreises, mitabgelassene Maschinen, Mobilien u. s. w., so ist dies in Spalte 14. zu vermerken.

g) Namentlich gehört auch hieher, wenn ein Haus besonders kostbare Einrichtungen hat, welche nach den gewöhnlichen Verhältnissen des Orts nicht leicht von einem Mieter vergütet werden, auf die Höhe des gezahlten Kaufpreises oder von wesentlichem Einfluss gewesen sind.

h) Sind während der vorstehend zu c. bezeichneten zehn Jahre besondere Veränderungen mit dem betreffenden Gebäude vorgenommen worden, ist dasselbe z. B. erst ganz neu gebaut, oder sind neue Stodwerke, Nebengebäude oder einzelne Behältnisse auf- oder angebaut worden, so ist dies unter Angabe des Jahres, in welchem die fragliche Veränderung stattgefunden hat, in Spalte 14. zu vermerken.

i) In Spalte 13. ist der Betrag, mit welchem das Gebäude nebst Zubehör gegen Feuergefahr versichert ist, unter Angabe der betreffenden Feuerversicherungsgesellschaft zu vermerken.

j) Diejenigen Gebäude, für welche von den Eigenthümern auf Grund des §. 3. des Gebäudesteuergesetzes die Steuerfreiheit in Anspruch genommen wird, sind auf dem Titelbilde der tabellarischen Uebersicht nach den laufenden Nummern der letzteren zu bezeichnen. Die die Steuerfreiheit bedingende Eigenschaft des Gebäudes ist ebendasselbst kurz und möglichst bezeichnend auszu drücken, wie mit „dem Staate gehörig“, „öffentliche Schule“, „Pfarrhaus“, „Armenhaus“, „Kohlenkuppeln“, „Schurne“, „Bewässerungsanlage“ u. s. w.

Für die im §. 3. des Gesetzes bezeichneten steuerfreien Gebäude bedarf es einer Ausfüllung der Spalten 7. bis 13. der tabellarischen Uebersicht nicht, einer Ausfüllung der Spalte 6. dagegen nur insoweit, daß die Identität des betreffenden Gebäudes darnach festgestellt werden kann.

§. 17. Die tabellarischen Uebersichten sind von dem; mit deren Ausnahme beauftragten Beamten beziehungsweise von dem Hauseigenthümer oder dessen Stellvertreter mit der ausdrücklichen Versicherung: daß die darin enthaltenen Angaben nach ihrem besten Wissen und Gewissen gemacht seien, eigenhändig zu vollziehen.

Bei der Aufnahme der tabellarischen Uebersichten sind die Eigenthümer beziehungsweise deren Stellvertreter darauf aufmerksam zu machen, daß, wenn bei der zu veranlassenden Revision sich unrichtige oder unvollständige Angaben hinsichtlich der einzelnen Theile des Gebäudes oder der in Ansatz gebrachten Mietpreise ergeben sollten, ihnen die Kosten der Revision, sowie der etwa nothwendigen anderweitigen Aufnahme der Uebersicht zur Last gelegt und von ihnen eingezogen werden würden.

§. 18. Sobald die tabellarischen Uebersichten (§. 15.) sämtlich aufgenommen, geprüft beziehungsweise vervollständigt und berichtigt sind, hat der Gemeindevorstand deren Resultate in die Spalten 1. bis 19. der Veranlagungsnachweisung (Muster I.) zu übertragen, in Spalte 20. sein Gutachten über den Zug-

zungswertb beizufügen und dann die Nachweisung nebst den, den laufenden Nummern der Letzteren entsprechend geordneten und geordneten tabellarischen Uebersichten, auf welchen die wirklich erfolgte Uebernahme in die Veranlagungsnachweisung vermerkt sein muß, dem Ausführungscommissar zu überreichen.

§. 19. Bei Ausfüllung der einzelnen Spalten der Veranlagungsnachweisung 1. ist zu beachten:

a) Unter einer laufenden Nummer (Spalte 1.) sind sämmtliche zu einer Beizung gehörigen Gebäude nebst den dazu gehörigen Hofräumen und den nicht über einen Morgen großen Hausgärten aufzuführen.

b) Die einzelnen Beizungen sind in Spalte 2. in der Reihenfolge aufzuführen, wie sie örtlich an einer Straße, einem Plage u. s. w. neben einander liegen beziehungsweise auf einander folgen.

c) Die zu einer und derselben Beizung gehörigen Gebäude, Hofräume und nicht über einen Morgen großen Hausgärten sind in Spalte 3., mit dem Hauptwohngebäude der Beizung beginnend, unter fortlaufenden Buchstaben des Alphabets einzeln aufzuführen und so zu bezeichnen, daß ihre Bestimmung deutlich ersichtlich ist, z. B. „Wohnhaus“, „Badehaus“, „Schauspielhaus“, „Fabrik“, „Waschenhaus“ u. s. w.

d) In Spalte 10. ist die Anzahl der Zimmer und Kammern eines jeden Gebäudes, sowie alles dazugehörige hervorzuheben, was geeignet ist, als Anhalt für die Beurtheilung des Nutzungswertb des betreffenden Gebäudes zu dienen.

Für die nach §. 3. des Gesetzes steuerfreien Gebäude bedarf es hier nur einer solchen Beschreibung, daß die Identität des betreffenden Gebäudes darnach festgestellt werden kann.

e) In Spalte 11. ist diejenige Eigenschaft eines Gebäudes, welche die Steuerfreiheit desselben nach der Ansicht des Gemeindevorstandes bedingt, möglichst kurz und bezeichnend (§. 16. zu i.) einzutragen.

Einwaise Ansprüche des Eigenthümers eines Gebäudes auf Steuerfreiheit des letzteren, welche der Gemeindevorstand für unbegründet erachtet, sind in Spalte 25. zu vermerken.

f) In Spalte 14. sind die für das Gebäude beziehungsweise die einzelnen Theile desselben (Spalte 12.) in den verschiedenen Jahren von 1863 bis 1862, — welche in Spalte 13. zu vermerken, — ermittelten, wirklich gezahlten Mietbpreise anzugeben.

g) Für die nach §. 3. des Gesetzes steuerfreien Gebäude bedarf es einer Ausfüllung der Spalten 12. bis 24. der Veranlagungsnachweisung nicht.

h) Einwaise, die wirklich gezahlten Mietbpreise (Spalte 14.), den Mietbwerth (Spalte 15.), den Kaufpreis (Spalte 19.) oder endlich den Nutzungswertb (Spalte 20.) bedingende besondere Verhältnisse sind in Spalte 25. mit kurzen Worten einzutragen.

i) Die Veranlagungsnachweisung ist am Schlusse von dem Gemeindevorstande mit der ausdrücklichen Versicherung zu versehen:

daß darin sämmtliche zum Kommunalverbanbe der Stadt oder Ortschaft gehörigen Gebäude aufgenommen und die darin enthaltenen Angaben nach seinem besten Wissen und Gewissen gemacht seien.

§. 20. Nach dem Eingange der Veranlagungsnachweisung (§. 19.) hat die Veranlagungscommission die erste und deren Unterlagen einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen, nöthigenfalls durch einzelne ihrer Mitglieder örtliche Revisionen in allen Theilen der Stadt beziehungsweise ländlichen Ortschaft vornehmen, zu lassen und nach den Resultaten derselben die Nachweisung selbst zu berichtigen und zu vervollständigen.

Der örtlichen Revision müssen alle diejenigen Gebäude zc. unterworfen werden, hinsichtlich derer die von den Eigenthümern oder deren Stellvertretern gemachten Angaben ungenügend oder mit der persönlichen Kenntniss der einzelnen Commissionsmitglieder nicht in Uebereinstimmung zu sein scheinen; ferner einzelne solcher Gebäude, welche nach Beschaffenheit, Größe und innerer Einrichtung in der Stadt beziehungsweise ländlichen Ortschaft häufiger vorkommen, und nach welchen deshalb später voraussichtlich die Einschätzung solcher Gebäude bewirkt werden muß, für welche sich ein durchschnittlicher Mietbwerth nach wirklich gezahlten Mietbten nicht ermitteln läßt.

Sollten sich bei einer derartigen Prüfung wesentliche Unrichtigkeiten ergeben, oder findet sich, daß bei der Aufstellung der Nachweisung überhaupt von unrichtigen Grundfäzen ausgegangen ist, so können auf Grund eines Beschlusses der Veranlagungscommission sämmtliche Gebäude der ganzen Ortschaft oder einzelner Theile derselben einer Revision unterworfen werden.

Der Gemeindevorstand hat bei letzterer den dazu abgeordneten Mitgliedern der Veranlagungscommission die erforderliche Unterstützung zu gewähren.

§. 21. Die Commission hat demnach:

a) für alle diejenigen Gebäude, welche während der Jahre 1853 bis 1862 einschläßlich, oder während einzelner dieser Jahre ganz vermiethet waren und hinsichtlich deren die für das ganze Gebäude innerhalb des vorgebachten sehnjährigen Zeitraums wirklich gezahlten Mietpreise ermittelt sind, nach dem Durchschnitt der letzteren den mittleren jährlichen Bruttomietzwert zu berechnen, dem entsprechend die Stufenstufe festzusetzen und hiernach die Spalten 21. bis 24. der Veranlagungsnachweisung auszufüllen;

b) für diejenigen Gebäude, welche nur theilweise vermiethet gewesen sind, sowie für diejenigen Gebäude, bei denen nur hinsichtlich einzelner ihrer Theile ein in den Jahren 1853 bis 1862 wirklich gezahlter Mietpreis hat ermittelt werden können, den durchschnittlichen Mietzwert derjenigen Theile, in Betreff deren ein wirklich gezahlter Mietpreis nicht vorliegt, im Verhältnis zu den wirklich gezahlten und bekannten Mietpreisen der andern Theile des betreffenden Gebäudes abzuschätzen, hiernach erforderlichenfalls die Spalten 15. und 16. der Veranlagungsnachweisung zu berücksichtigen und demnach nach den Vorschriften unter a. zu verfahren.

In allen diesen Fällen ist auf die im §. 16. zu d. erwähnten besonderen Verhältnisse, welche auf die Höhe der gezahlten Mietpreise etwa von Einfluß gewesen sind, die erforderliche Rücksicht zu nehmen, und demnach der durchschnittliche Mietzwert verhältnismäßig höher oder geringer in Ansaß zu bringen. Die nöthigen Erläuterungen hierzu sind in Spalte 25. der Veranlagungsnachweisung bei dem betreffenden Gebäude zu vermerken.

Esso kann bei der Einschätzung solcher vorstehend zu a. gedachten Gebäude, hinsichtlich deren nur für einzelne der Jahre 1853 bis 1862 für das ganze Gebäude wirklich gezahlte Mietpreise haben ermittelt werden können, der durchschnittliche Mietzwert verhältnismäßig höher oder niedriger in Ansaß gebracht werden, wenn in der betreffenden Stadt oder Ortschaft beziehungsweise in einzelnen Theilen derselben im Laufe der Jahre 1853 bis 1862 die Mietzwerte der Gebäude thatsächlich erheblich gestiegen oder gefallen sind. Ein solches während der Jahre 1853 bis 1862 stattgefundenen Steigen oder Fallen der Mietzwerte in einer Ortschaft beziehungsweise einzelnen Theilen derselben muß indessen von der Veranlagungscommission im Protokoll ausdrücklich bezeugt werden.

§. 22. Den Nutzungswert derjenigen Gebäude nebst dazu gehörigen Hofräumen und Hausgärten, für welche ein während der Jahre 1853 bis 1862 gezahlter Mietpreis überhaupt nicht hat ermittelt werden können, hat die Veranlagungscommission nach pflichtmäßigem, billigem Ermessen festzusetzen.

Sie hat dabei den nach §. 21. gefundenen Nutzungswert ähnlicher in derselben Stadt oder Ortschaft befindlichen Gebäude, sowie die Lage, bauliche Beschaffenheit, innere Einrichtung, endlich alle solche etwa vorhandenen Annehmlichkeiten oder Nachtheile des betreffenden Gebäudes zu berücksichtigen, welche im Falle einer stattgefundenen Vermietzung auf den Mietpreis von Einfluß gewesen sein oder bei einer zu bewirkenden Vermietzung berücksichtigt werden würden.

§. 23. Haben in einer Stadt oder Ortschaft wirklich gezahlte Mietpreise nur für so wenige Gebäude ermittelt werden können, daß im Vergleich mit den letzteren die Einschätzung der übrigen Gebäude auf dem im §. 22. bezeichneten Wege nicht erfolgen kann, oder hängt die Höhe der Mietpreise von Umständen ab, welche in jedem Jahre zu wechseln pflegen, wie in Wabern, wo die Höhe der Mietpreise sich in einem jeden Jahre nach der mehr oder minder großen Anzahl der Stabgäste zu richten pflegt, so ist zunächst nach billigem Ermessen der Nutzungswert der schlechtesten in der Stadt oder Ortschaft befindlichen Gebäude festzustellen und demnach im Vergleich mit den letzteren die Einschätzung der übrigen Gebäude, von den minder schlechten zu den besseren und besten aufsteigend, festzustellen.

§. 24. Bei der Einschätzung derjenigen Gebäude nebst dazu gehörigen Hofräumen und Hausgärten, für welche ein in den Jahren 1853 bis 1862 wirklich gezahlter Mietpreis nicht hat ermittelt werden können, kann die Anstellung von Mustergebäuden angeordnet werden.

Als Mustergebäude sind für einen solchen Fall Gebäude nebst dazu gehörigen Hofräumen und Hausgärten auszuwählen, wie dergleichen am Ort vorzugsweise vorzukommen pflegen, und ist hierbei auf die Lage der betreffenden Gebäude in dem Ort (ob in dem schöneren, lebhafteren Theile desselben, oder in einem mehr oder weniger abgelegenen schlechteren), sowie auf die bauliche Beschaffenheit und innere Einrichtung des Gebäudes (die Zahl und Größe der darin befindlichen Wohn- und Wirtschaftsräume, die vorhandenen Nebengebäude, etwaige besondere Annehmlichkeiten u. s. w.), wonach das Gebäude sich mehr oder weniger für wohlhabende oder für ärmerere Personen zur Wohnung eignet, die erforderliche Rücksicht zu nehmen.

§. 25. Bei der Einschätzung der Gebäude in den Tarif ist Folgendes zu beachten:

a) Auf die einem Gebäude etwa zustehenden besonderen Berechtigungen oder ihm obliegenden besonderen Lasten und Servituten ist bei der Einschätzung nur so weit Rücksicht zu nehmen, als die Ersteren den Werth des Gebäudes etwa erhöhen oder erniedrigen möchten.

b) Ebenso sind besondere Verzerrungen im Aeußern oder Innern einzelner Gebäude nur dann zu berücksichtigen, wenn sie auf die Höhe des zu schätzenden Werthes nach den gewöhnlichen Verhältnissen des Ortes von Einfluß sind.

c) Bei Ermittlung des Werthes von Gebäuden ganz ungewöhnlicher Größe und Beschaffenheit (Schlössern und ähnlichen) für welche der Maßstab eines Werthes durch Vergleichung mit anderen Gebäuden am Orte nicht gefunden werden kann, muß nach dem verständigen Ermeßen der Commission ein angemessener Tarifssatz festgestellt werden, wobei auf die größere oder geringere Möglichkeit, das fragliche Gebäude zum gewöhnlichen Gebrauch und zur Vermietung nutzbar zu machen, so wie auf die nach den Verhältnissen des Ortes anzunehmende Möglichkeit, die darin befindlichen Räume, nach ihrer entsprechenden Umgestaltung, auch wirklich vermieten zu können, besonders Rücksicht zu nehmen ist.

d) Außerhalb des eigentlichen Beringes der Stadt oder Ortschaft belegene, zum Communalverbande der letzteren gehörige bewohnte Gebäude sind, wenn nicht besondere Umstände etwas Anderes bedingen, verhältnismäßig niedriger einzuschätzen, als Gebäude von ähnlicher Größe und Beschaffenheit im Innern der Stadt oder der Ortschaft.

e) Schaupspiel, Ball-, Gesellschaftsbauwer und ähnliche Gebäude, Gasthöfe u. s. sind befuhs ihrer Einschätzung mit gewöhnlichen Wohnhäusern nach billigem Ermeßen zu vergleichen.

§. 26. Nach Beendigung sämmtlicher Einschätzungen in jeder Stadt und Ortschaft hat der Ausführungskommissar die Zusammenstellung auf der Rückseite des Formulars der Veranlagungsnachweisung ausfüllen und abschließen zu lassen.

IV. Vorschriften für die Veranlagung der Gebäudessteuer in denjenigen ländlichen Ortschaften, in welchen keine überwiegende Anzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch Vermietung benutzt wird.

§. 27. In denjenigen ländlichen Ortschaften, welche von der Regierung im Amtsblatte nicht als solche bezeichnet worden, in denen eine überwiegende Anzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch Vermietung benutzt wird (§. 13.) hat der Ausführungskommissar zuvörderst nach dem Muster III. eine Veranlagungsnachweisung der sämmtlichen, zum Communalverbande der Ortschaft gehörigen Gebäude nebst Hofräumen und Hausgärten durch den Gemeindevorstand beziehungsweise durch den Inhaber des selbstständigen Ortsbezirks aufnehmen zu lassen.

Dem Ausführungskommissar steht es frei, einzelne zu einem Gemeindebezirk oder zu einem selbstständigen Ortsbezirk nicht gehörige Gehöfte oder Gebäude befuhs Veranlagung zur Gebäudessteuer mit einem benachbarten Gemeindeverbande oder selbstständigen Ortsbezirk zu vereinigen.

§. 28. Sollte der Gemeindevorstand beziehungsweise der Inhaber eines selbstständigen Ortsbezirks außer Stande sein, die Veranlagungsnachweisung aufzustellen, so hat er dies sofort nach dem Empfange der diesfälligen Aufforderung dem Ausführungskommissar anzuzeigen. Der Letztere hat alsdann die Veranlagungsnachweisung durch eine dazu geeignete Persönlichkeit aufstellen und die hierdurch entstehenden Kosten von der Gemeinde beziehungsweise dem Inhaber des selbstständigen Ortsbezirks einziehen zu lassen.

§. 29. Bei Ausführung der einzelnen Spalten der Veranlagungsnachweisung (§. 27.) ist Folgendes zu beachten:

1. Sämmtliche zu einer Besizung gehörigen Gebäude nebst Hofräumen und nicht über einen Morgen großen Hausgärten sind unter einer laufenden Nummer aufzuführen.

2. Gehören zu einem Ortsbezirk u. s. w. mehrere örtlich getrennt liegende Höfe, Vorwerke und dergleichen, so ist ein jeder dieser Höfe u. s. w. unter einer besonderen laufenden Nummer aufzuführen.

3. Die einzelnen Besizungen (zu 1.) sind in der Reihenfolge aufzuführen, wie sie örtlich an einer Straße, an einem Platz u. s. w. neben einander liegen, beziehungsweise auf einander folgen und in Spalte 2. in ortsüblicher Weise („Bauergut Nr. 3“, „Grüchölkeise“, „Gärtnerstelle Nr. 7“, „Gäuslerstelle Nr. 8“, „Amalienbüttel“, „Petersbaude“ u. s. w.) zu bezeichnen.

4. In Spalte 5. sind die zu einer ländlichen Besizung, oder zu einem selbstständigen Ortsbezirk beziehungsweise zu einem der Vorwerke oder Höfe eines selbstständigen Ortsbezirks u. s. w. (Nr. 2.) gehörigen einzelnen Gebäude, Hofräume und nicht über einen Morgen großen Hausgärten, mit dem Hauptwohngebäude beginnend, einzeln unter fortlaufenden Buchstaben des Alphabets aufzuführen und

Muster III.

so zu bezeichnen, daß ihre Bestimmung deutlich ersichtlich ist, z. B. „Wohnhaus“, „Wohnhaus des Besitzers“, „Wohnhaus des Verwalters“, „Gesindehaus“, „Ausgubehaus“, „Stall“, „Scheune“, „Fabrit“, „Schmiede“, „Spelcher“ u. s. w.

Dienen mehrere Gebäude dem Besizer abwechselnd zur Wohnung, so ist das vorzugsweise bewohnte Gebäude als „Hauptwohngebäude“, das andere dagegen als „Nebenwohngebäude“ zu bezeichnen.

5. Land- und Gartenhäuser, welche nur zum Sommeraufenthalt dienen (§. 8. Nr. 3. des Gesetzes) sind in Spalte 5. als „Land-“ oder „Gartenhaus“ zu bezeichnen.

6. In Spalte 7. ist zu vermerken, ob die Umfassungswände massiv, in Fachwerk, in Holz u. s. w. gebaut sind.

7. In Spalte 8. ist anzugeben, ob das Dach mit Ziegeln, oder Stroh, oder Rohr, oder Pappe, oder Schindeln u. s. w. eingedeckt ist.

8. In Spalte 10. ist das Gebäude unter Angabe der heizbaren und nicht heizbaren Zimmer oder Kammern kurz zu beschreiben.

Für die nach §. 3. des Gesetzes steuerfreien Gebäude bedarf es hier nur einer solchen Beschreibung, daß die Identität des betreffenden Gebäudes danach festgestellt werden kann.

9. In Spalte 11. ist die, die Steuerfreiheit des Gebäudes bedingende Eigenschaft desselben kurz und möglichst bezeichnend einzutragen, z. B. „dem Staate gehörig“, „öffentliche Schule“, „Wartthaus“, „Armenhaus“, „Stall“, „Scheune“, „Verwässerungsanlage“ etc.

Hinsichtlich der nach §. 3. des Gesetzes steuerfreien Gebäude bedarf es der Ausfüllung der Spalten 12. bis 20. nicht.

10. In Spalte 12. ist diejenige Anzahl von Familien einzutragen, welchen das betreffende Gebäude zur Zeit Wohnung giebt oder, wenn es ganz oder theilweise unbewohnt, nach seiner Bauart und Einrichtung, sowie der Landesstille gemäß, Wohnung zu geben bestimmt ist.

11. Die Spalten 13. und 14. sind, unter Benutzung der sichersten Unterlagen (etwa vorhandener Grundsteuerrollen, Einkommensteuernachweisungen, Klassensteuerrollen oder ähnlicher) mit größter Sorgfalt auszufüllen.

12. In Spalte 16. bis 18. ist der für ein Gebäude beziehungsweise einzelne Theile desselben im Durchschnitt der Jahre 1853 bis 1862 oder einzelner dieser Jahre wirklich gezahlte Miethspreis einzutragen, und zwar dergestalt, daß in Spalte 18. der wirklich gezahlte durchschnittliche Miethspreis, in Spalte 17. die Reihe von Jahren, welche der Berechnung des durchschnittlichen Miethspreises zu Grunde gelegen hat, endlich in Spalte 16. vermerkt wird, ob der Miethspreis (Spalte 18.) für das ganze Gebäude oder nur für einzelne Theile desselben bedungen worden ist. Im letzteren Falle ist kurz anzugeben, für welche Räume von dem ganzen Gebäude der durchschnittliche Miethspreis ermittelt worden ist.

13. In Spalte 19. ist der Betrag, zu welchem das Gebäude nebst Zubehör gegen Feuergefahr versichert ist, unter Angabe der betreffenden Feuerversicherungsgesellschaft, zu vermerken.

14. In Spalte 20. endlich ist das Gutachten des Gemeindevorstandes über den jährlichen Nutzungswert des Gebäudes einzutragen.

§. 30. Die Veranlagungsnachweisung ist mit der ausdrücklichen Versicherung zu versehen: daß in dieselbe sämtliche zum Gemeindeverbande beziehungsweise zum selbstständigen Gutbezirke gehörigen Gebäude aufgenommen und daß die darin enthaltenen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht seien,

und demnach dem Ausführungscommissar zuzustellen.

§. 31. Der Ausführungscommissar hat die Aufstellung der Veranlagungsnachweisungen sorgfältig zu überwachen und die ihm eingereichten Nachweisungen einer nähern Prüfung zu unterwerfen, esforveollensfalls deren Berichtigung und Vervollständigung herbeizuführen.

§. 32. Die Veranlagungscommission hat sich zunächst über die allgemeinen Grundsätze für die Einschätzung der ländlichen Wohngebäude zur Steuer zu verständigen, sodann aber in ihrer Gesamtheit sämtliche Gebäude einer Ortschaft, oder, wenn sie es nach den Verhältnissen des Kreises für notwendig erachtet, mehrerer Ortschaften an Ort und Stelle zur Steuer einzuschätzen und die für die Einschätzungen im Allgemeinen von ihr aufgestellten, sowie die bei der gemeinschaftlichen Einschätzung der einzelnen Gebäude in den einzelnen Ortschaften speciell befolgten Grundsätze in einem Protokoll des Näheren niederzulegen.

§. 33. Hierbei ist zu beachten, daß das Gesetz für die Ermittlung des Nutzungswerts der auf dem flachen Lande befindlichen Gebäude unterscheidet:

- a) die zu ländlichen Besitzungen gehörigen Wohngebäude, mit Einschluß der Land- und Gartenhäuser, und
 b) die Wohngebäude, welche zu anderen, als den in Verbindung mit Landwirtschaft betriebenen Fabriken oder ähnlichen Anlagen gehören und alle sonstigen nicht zum Wohnen bestimmten, im §. 6. zu Nr. 1. und 2. des Gesetzes aufgeführten steuerpflichtigen Gebäude.

Die Grundsätze für die Einschätzung der zu a. bezeichneten ländlichen Wohngebäude sind im §. 7. und im §. 8. unter Nr. 1 bis 3., die für die zu b. bezeichneten Gebäude dagegen im §. 8. unter Nr. 4. des Gesetzes gegeben.

§. 32. Bei Feststellung des Nutzungswerts der ländlichen Wohngebäude, mit Ausnahme derjenigen, welche zu anderen, als den in Verbindung mit Landwirtschaft betriebenen Fabriken oder ähnlichen Anlagen gehören (§. 33. zu a. dieser Anweisung), sollen (§. 7. des Gesetzes), insoweit aus wirklichen Miethspreisen ein zureichender Anhalt für die Feststellung des Nutzungswerts der Gebäude nicht zu gewinnen ist, neben der Größe, Bauart und Beschaffenheit der Gebäude und neben der Größe und Beschaffenheit der zu den letzteren gehörigen Hofräume und Hausgärten, die Gesamtverhältnisse der zu denselben gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke berücksichtigt werden, wobei die Annahme zu Grunde liegt, daß es für den Nutzungswert der ländlichen Wohngebäude neben deren Bauart und Beschaffenheit vorzugsweise darauf ankommt, inwieweit sie den Anforderungen genügen, welche der Landesitte gemäß an die Befriedigung des Wohnungs- und Wirtschaftsbedürfnisses nach den Gesamtverhältnissen der Besitzungen von den Eigentümern der letzteren gestellt zu werden pflegen, und daß deshalb aus den Verhältnissen der bei den Wohngebäuden befindlichen ländlichen Besitzungen ein wesentlicher Anhalt für die Schätzung des Nutzungswerts dieser Gebäude zu entnehmen sei.

§. 33. Die gezahlten Miethspreise sollen für die Ermittlung des Nutzungswerts nicht maßgebend sein, sondern nur einen Anhalt gewähren können. Ein weiteres Gewicht darf mit Ausnahme des im Schlußsatz der Nr. 2. des §. 8. des Gesetzes vorgesehenen Falles den gezahlten Miethspreisen in der Regel nicht beigemessen werden, da die Höhe der letzteren, sowie die Möglichkeit zur Vermietung eines Gebäudes auf dem platten Lande in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle von Zufälligkeiten abhängt.

Insbesondere dürfen diejenigen Miethen, welche auf größeren Gütern von Arbeiterfamilien oder sonst zur Verwirthschaftung dieser Güter bestimmten Personen für die ihnen überlassenen Wohnungen, ebenso auch in Bauernhöfen für einzelne vermietete kleine Gebäude oder Wohnräume gezahlt zu werden pflegen, niemals zum Anhalt für die Einschätzung genommen werden.

Als Haupteinschätzungsmerkmale sind demnach neben der Größe, Bauart und Beschaffenheit der Gebäude selbst, die Größe und Beschaffenheit der zu denselben gehörigen Hofräume und Hausgärten, sowie die Gesamtverhältnisse der dazu gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke in Anwendung zu bringen.

§. 36. Bei der Einschätzung der einzelnen Wohngebäude kommt es zunächst darauf an, jedes der letzteren einer der im §. 7. des Gesetzes bezeichneten drei Hauptklassen zu überweisen, und sind hierfür die Gesamtverhältnisse der zu den betreffenden Gebäuden gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke vorzugsweise entscheidend.

Für die Wohngebäude, welche der ersten — die Stufen 1. bis 6. des Tarifs umfassenden — Hauptklasse zu überweisen sind, ergeben sich die Anhaltspunkte unmittelbar aus dem Gesetz (§. 7. Nr. 1. und §. 8. Nr. 1. und 2. des Gesetzes).

Für die Ueberweisung der Wohngebäude zur zweiten und dritten Hauptklasse ist als entscheidendes Kriterium hingestellt, ob die selbstständige ländliche Besitzung, zu welcher das betreffende Gebäude gehört, nach ungefähre Schätzung einen jährlichen Reinertrag von 1000 Thlr. und darüber abwirft oder nicht.

§. 37. Mit Beachtung der allgemeinen Veranlagungsgrundsätze wird sich die Veranlagungscommission zunächst über die Abgrenzung der drei Hauptklassen zur Veranlagung der ländlichen Wohngebäude des Näheren zu verhandigen und im Allgemeinen festzustellen haben,

welche Kategorien von Besitzungen im Veranlagungsbezirk beziehungsweise in einzelnen Theilen desselben zu den selbstständigen Besitzungen d. h. also zu solchen Besitzungen zu rechnen, deren Eigentümer nicht genöthigt sind, sich durch Tagelohn, Lehnfuhrn u. s. w. einen Nebenverdienst zu verschaffen;

sodann nach welchen Grundsätzen die Reinerträge der Besitzungen im Veranlagungsbezirk beziehungsweise einzelnen Theilen desselben zu beurtheilen und gleichmäßig festzustellen;

insbesondere unter welchen Verhältnissen im Veranlagungsbezirk beziehungsweise in einzelnen Theilen desselben bei einer ländlichen Besitzung das Vorhandensein eines Reinertrags von 1000 Thlr. und darüber anzunehmen sein dürfte.

§. 38. Die zur ersten Hauptgebäudeklasse gehörigen, in Stufe 1. bis 6. des Tarifs einschlagenden Wohngebäude sind im §. 7. zu Nr. 1. und im §. 8. zu 1. und 2. des Gesetzes näher bezeichnet und werden für deren Auswahl die Klassenvertheile die erforderlichen Anhaltspunkte gewähren.

Um für die einzelnen dieser Hauptklasse zu überweisenden Wohngebäude die angemessene Steuerstufe festzustellen, ist gemäß §. 8. zu Nr. 1. des Gesetzes davon auszugehen, daß in die erste Stufe des Tarifs der Regel nach nur Wohngebäude von geringem Werthe einschlagen sind, zu welchen gar keine oder nur kleine Grundstücke von geringem Ertrage gehören, und welche nur für eine Familie Wohnräume darbieten.

Die zu einem solchen Wohngebäude gehörigen Grundstücke dürfen nicht über einen halben Morgen groß sein und den Reinertrag von 3 Thlr. jährlich nicht überschreiten.

Wenn also zu einem Gebäude der in Rede stehenden Art Grundstücke von einem größeren Umfange beziehungsweise einem höheren Reinertrage gehören, oder ein solches massiv gebaut ist, oder für eine zweite beziehungsweise für mehrere Familien Wohnraum gewährt, so ist dasselbe nicht mehr in die erste Stufe, sondern, seinen Verhältnissen entsprechend, in eine der folgenden bis zur sechsten Stufe des Tarifs zu verweisen. Welche dieser Stufen zu wählen sei, muß sich darnach richten, in welchem Maße die vorerwähnten, die höhere Einschlagung begründenden Verhältnisse zusammenstreffen.

§. 39. Bei Ermittlung des Nutzungswerts der zur zweiten und dritten Hauptklasse gehörigen Wohngebäude ist zu beachten, daß nach §. 7. zu Nr. 2. und 3. des Gesetzes die Wohngebäude der zweiten Hauptklasse in die Stufen 7. bis 22. des Tarifs, die zur dritten Hauptklasse gehörigen Wohngebäude dagegen in die Stufen 17. bis 37. eingeschätzt werden sollen. Aus diesem Uebergreifen der Steuerstufen 17. bis 22. für beide Hauptklassen ergibt sich, daß als höchste Steuerstufe für die zur zweiten Hauptklasse gehörigen Wohngebäude mittlerer gemeingewöhnlicher Größe, Bauart und Beschaffenheit in der Regel die 19. Stufe mit einem Nutzungswert von 140 bis 159 Thlr. jährlich, und als niedrigste Steuerstufe für die zur dritten Hauptklasse gehörigen Wohngebäude mittlerer gemeingewöhnlicher Größe, Bauart und Beschaffenheit in der Regel die 20. Stufe mit einem jährlichen Nutzungswert von 160 bis 179 Thlr. festzuhalten sein wird, dergestalt, daß Wohngebäude, welche den Verhältnissen der dazu gehörigen ländlichen Besitzungen entsprechend der zweiten Hauptklasse angehören, nur ausnahmsweise und jedenfalls nur dann in die Stufen 20, 21 oder 22 des Tarifs einschlagen sein werden, wenn die betreffenden Gebäude ungewöhnlich geräumig oder von vorzüglicher Bauart und Beschaffenheit sind, sowie angehört der dritten Hauptklasse angehörige Wohngebäude nur ausnahmsweise und nur dann in die 17., 18. oder 19. Stufe des Tarifs eingeschätzt werden dürfen, wenn die ersteren ungewöhnlich klein, oder von sehr mangelhafter Bauart und Beschaffenheit sind.

§. 40. Was insbesondere die Einschlagung der zur zweiten Hauptklasse gehörigen Wohngebäude in die einzelnen, im §. 7. zu Nr. 2. des Gesetzes dafür ausgeworfenen Steuerstufen andetrifft, so ist bei der Ermittlung des Nutzungswerts für ein bestimmtes Wohngebäude neben den im §. 7. des Gesetzes aufgeführten allgemeinen Einschlagungsmerkmalen, nämlich der Größe, Bauart und Beschaffenheit des Gebäudes und der Größe und Beschaffenheit des dazu gehörigen Hofraumes und Hausgartens, sowie neben den Gesamtverhältnissen der zum Gebäude gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke, namentlich auch das Verhältnis, nach welchem die Nutzungswerte der Wohngebäude der ersten Hauptklasse festgestellt sind, zu berücksichtigen, und im Einschlage an die zur Stufe 6. veranlagten Gebäude der letztgedachten Hauptklasse die angemessene Steuerstufe und zwar dergestalt zu wählen, daß in der Regel einschlagen sind, Wohngebäude von mittlerer gemeingewöhnlicher Größe, Bauart und Beschaffenheit, welche zu solchen selbstständigen ländlichen Besitzungen gehören, deren durchschnittlicher Reinertrag anzunehmen ist auf

| | in die Stufen |
|---|-----------------|
| etwa bis zu 250 Thlr. jährlich | 7—9 des Tarifs, |
| von 250 Thlr. bis etwa 500 Thlr. jährlich | 10—13 |
| 500 750 | 14—16 |
| 750 999 | 17—19 |

§. 41. Der jährliche Nutzungswert der zur dritten Hauptklasse gehörigen Wohngebäude ist einerseits unter Berücksichtigung ihrer Größe, Bauart und Beschaffenheit, sowie der Gesamtverhältnisse der dazu gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke, andererseits im Hinblick auf diejenigen Steuerstufen festzustellen, in welche Wohngebäude von ähnlicher Größe, Bauart und Beschaffenheit in den nächstgelegenen Landstädten eingeschätzt worden sind.

Die der dritten Hauptklasse angehörigen Wohngebäude sind theils solche, deren Größe, Bauart und Be-

schaften hinsichtlich des Wohn- und Wirtschaftsbedarfes mit der dazu gehörigen Bestimmung in einem angemessenen Verhältniß steht, theils solche, welche über dieses Bedürfnis hinausgehen und der persönlichen Annehmlichkeit, sowie dem persönlichen Lebensgenuß ihrer Besitzer in einem höheren Grade Rechnung tragen. Bei sonst gleichen Gesamtverhältnissen der betreffenden ländlichen Besitzungen werden Wohngebäude der letzteren Art in eine höhere Stufe des Tarifs zu verweisen sein, wie Wohngebäude der ersteren.

§. 42. Esfern von dem Provinziallandtag gemäß der Vorschrift unter Nr. 5. im §. 8. des Gesetzes noch anderweite Merkmale festgestellt werden sollten, nach welchen die steuerpflichtigen Gebäude mit Berücksichtigung etwaiger provinzieller Eigentümlichkeiten in die verschiedenen Stufen des Tarifs einzuschätzen, werden dieselben unter entsprechender Abänderung der in den §§. 34. bis 41. ertheilten Vorschriften besonders mitgetheilt werden.

§. 43. Die im §. 8. zu Nr. 4. des Gesetzes (§. 33. zu b. dieser Anweisung) bezeichneten ländlichen Gebäude sind in diejenige Stufe des Tarifs einzuschätzen, in welche Gebäude von demselben Art und von gleichem oder ähnlichem Umfange in denselben Städten eingeschätzt sind, welche zum Zweck der Vergleichung nach Anhörung des Provinziallandtags für jeden Kreis von der Regierung noch besonders bejeichnet werden.

§. 44. Nach Beendigung der gemeinschaftlichen Einschätzung (§. 32. dieser Anweisung) sind die zum Veranlagungsbezirk gehörigen ländlichen Ortschaften von dem Ausführungscommissar in verschiedene Einschätzungsbezirke zu zerlegen, innerhalb deren die einzelnen Mitglieder der Veranlagungscommission als Einschätzungsdeputirte die Gebäude unter Controlle des Ausführungscommissars einer Voreinschätzung zu unterwerfen, dabei die Veranlagungsnachweisungen in Bezug auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit zu prüfen, erforderlichenfalls zu vervollständigen und zu berichtigen, endlich insbesondere auch diejenigen Verhältnisse einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen haben, auf Grund deren für einzelne Gebäude die Steuerfreiheit in Anspruch genommen wird.

Dem Ausführungscommissar steht es frei, die Voreinschätzung in den einzelnen Ortschaften je nach den erhaltenden Verhältnissen durch ein Mitglied der Veranlagungscommission allein oder durch je zwei dergleichen gemeinschaftlich bewirken zu lassen.

Die Einschätzungsdeputirten haben ihre Gutachten über den Nutzungswert der einzelnen Gebäude in Spalte 21., im Falle einer zwischen zweien die Voreinschätzung gemeinschaftlich ausübenden Deputirten vertheilenden Meinungsvertheilung aber in Spalte 25. der Veranlagungsnachweisung einzutragen.

§. 45. Bei der Einschätzung ist Folgendes zu beachten:

- 1) Die Einschätzung muß unter Beobachtung der Vorschriften im §. 7. und 8. des Gesetzes beziehungsweise in den §§. 34. bis 41. dieser Anweisung, endlich der von der Veranlagungscommission aufgestellten allgemeinen Einschätzungsgrundsätze (§. 32. dieser Anweisung) und im steten Hinblick auf die Einschätzungen in der nächstgelegenen Landstadt (Schlußsatz des §. 7. des Gesetzes) beziehungsweise in der Normalität (§. 8. Nr. 4. des Gesetzes) geschehen.
- 2) Bei gleichen oder ähnlichen Gesamtverhältnissen der zu den Wohngebäuden gehörigen ländlichen Besitzungen und nachbaren Grundstücke erfordern die Verschiedenheiten der Wohngebäude, selbst in Bezug auf ihre Größe, bessere oder schlechtere Bauart und bessere oder schlechtere Beschaffenheit der dazu gehörigen Hofräume und Hausgärten, die Bestimmung einer höheren oder niederen Stufenstufe.
- 3) Wohngebäude, welche zu einer der im §. 7. des Gesetzes aufgestellten drei Hauptklassen gehören, dürfen nur dann in andere als die der betreffenden Hauptklasse angewiesenen Steuerstufen eingeschätzt werden, wenn sie nach Größe, Bauart und Beschaffenheit, sowie nach der Größe und Beschaffenheit der zu ihnen gehörigen Hofräume und Hausgärten den höchsten Gebäuden, wie sie nach den in der Gegend üblichen Verhältnissen zu Besitzungen von einem gewissen Umfange zu gehören pflegen, in sehr erheblichem Maße abweichen, was beispielsweise dann der Fall sein kann, wenn ländliche Wohngebäude sich nach ihrer Bauart und Einrichtung von den zu Besitzungen von ähnlichem Umfange gewöhnlich gehörigen Gebäuden besonders auszeichnen; oder wenn auf ländlichen Besitzungen sich Wohngebäude befinden, welche den Gesamtverhältnissen der betreffenden Besitzungen nicht entsprechen und augenscheinlich nicht mit vorliegender Rücksicht auf die Bedürfnisse der Wirtschaft derselben eingerichtet sind, oder wenn das zu einer ländlichen Besitzung gehörige Wohngebäude sich in einem ganz schlechten Bauzustande befindet u. s. w.
- 4) Solche Wohngebäude, welche zu ländlichen Besitzungen gehören, die in früherer Zeit einen größeren Umfang und Werth gehabt haben als jetzt, und diesen früheren Verhältnissen entsprechend nach Bauart, Größe oder Beschaffenheit einesthetet sind, gehören aber die Wohnungen und Wirtschaftsbedürfnisse des gegenwärtigen Eigentümers mit Rücksicht auf den jetzigen Umfang und Werth seiner

Bewertung hinausgehen und von demselben auch anderweit nicht verwertet werden können, sind mit überwiegender Rücksicht auf die Gesamtverhältnisse der gegenwärtig dazu gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke einzuschätzen.

5) Für Gebäude von ungewöhnlicher Größe und Beschaffenheit (Schlösser, umfangreiche Fabrikgebäude u. s. w.), deren Nutzungswert durch Vergleichung mit anderen Wohngebäuden oder Fabrikanlagen in den nächstgelegenen Landstädten beziehungsweise den gemäß §. 8. Nr. 4. des Gesetzes nach Anhörung der Provinziallandtage zu bezeichnenden Städten, nicht füglich ermittelt werden kann, muß ein angemessener Tarifssatz nach dem verständigen Ermessen der Commission festgesetzt werden, wobei auf die größere oder geringere Ausdehnung, in welcher das Gebäude in der Regel benutzt wird, sowie auf die Nutzungswerte der übrigen Gebäude in den nächstgelegenen Landstädten Rücksicht zu nehmen ist. (Siehe §. 26. dieser Anweisung u. c.)

6) Bei im Allgemeinen geschlossenen Ortschaften sind außerhalb der eigentlichen Dorflage belegene Wohngebäude (sogenannte Ab- oder Ausbauten) in der Regel nicht niedriger einzuschätzen, wie die innerhalb der Dorflage selbst belegenen Wohngebäude von ähnlicher Größe, Bauart und Beschaffenheit und von ähnlichen Gesamtverhältnissen der dazu gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke. Eine niedrigere Einschätzung solcher Ausbauten darf nur dann erfolgen, wenn die entfernte Lage von der Ortschaft nachweislich einen geringeren Nutzungswert dieser Gebäude mit sich führt.

§. 46. Die Einschätzungsdeputirten haben über ihre Thätigkeit an jedem Kalendertage ein Protokoll aufzunehmen, aus welchem der Umfang der an diesem Tage ausgeführten Arbeiten ersichtlich sein muß. Insbesondere sind in diesem Protokoll die erforderlichen Angaben über folgende Fälle, sofern dieselben vorgekommen, zu vermerken:

- a) wenn Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der Einschätzung verblieben sind,
- b) wenn Einschätzungen nach dem Ermessen des oder der Einschätzungsdeputirten durch die örtlichen Verhältnisse besonders zu begründen sind,
- c) wenn die für ein Gebäude in Anspruch genommene Steuerfreiheit von dem oder den Einschätzungsdeputirten nicht anerkannt wird,
- d) wenn einem in der Veranlagungsnachweisung als steuerpflichtig aufgeführten Gebäude nach der Ansicht des oder der Einschätzungsdeputirten die Steuerfreiheit zuerkennen ist,
- e) wenn die Fortsetzung der Arbeiten des oder der Einschätzungsdeputirten aus irgend einem Grunde verhindert worden ist.

§. 47. Nach Beendigung der Voreinschätzungen hat die Veranlagungscommission die ausgeführten Voreinschätzungen einer eingehenden Prüfung zu unterwerfen, zu genehmigen beziehungsweise abzuändern, dabei auch über die bei der Voreinschätzung verbliebenen Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten, erforderlichenfalls nach nochmaliger örtlicher Besichtigung, zu entscheiden.

Den gefaßten Beschlüssen gemäß sind die Spalten 22, 23 und 24 der Veranlagungsnachweisung auszufüllen und dabei die von den Eintragungen der Einschätzungsdeputirten in Spalte 21. der Nachweisung abweichenden Beschlüsse der Commission in der gedachten Spalte dergestalt zu registriren, daß der von dem oder den Deputirten angegebene Nutzungswert lesbar durchstrichen und der von der Commission angenommene Werth mit rother Tinte darüber geschrieben wird.

Endlich hat der Ausführungskommissar die Zusammenstellung auf der Rückseite des Musters der Veranlagungsnachweisung ausfüllen und abschließen zu lassen.

V. Vorschriften für das Publikations-, Reklamations- und Rekursverfahren.

§. 48. Nach Beendigung der Einschätzungen in allen städtischen und ländlichen Ortschaften des Veranlagungsbezirks hat der Ausführungskommissar deren Ergebnisse in einer Uebersicht nach Muster IV. zusammenzustellen, diese Uebersicht mittelst gutachtlichen Berichts über die Ausführung des gesamten Veranlagungswerts der Regierung vorzulegen, und von Letzterer die Genehmigung zur Einleitung des Publikationsverfahrens zu erbitten.

§. 49. Nach ertheilter Genehmigung ist dem Gemeindevorstande beziehungsweise dem Inhaber eines selbstständigen Ortsbezirks durch den Ausführungskommissar

- 1) die Veranlagungsnachweisung,
- 2) für einen jeden Hauseigenen oder dessen Stellvertreter ein Auszug aus der Veranlagungsnachweisung nach dem Muster V.,

den Gemeindevorständen in den Städten, sowie in denjenigen ländlichen Ortschaften, in welchen eine überwiegende Mehrzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch Vermietung benutzt wird, auch ein

▲ Verzeichniß der für die betreffende Stadt oder Ortschaft etwa aufgestellten Mustergebäude (§. 24. dieser Anweisung)

gegen Empfangsbekundigung zuzufertigen.

§. 50. Der Gemeindevorstand hat die Auszüge (§. 49. zu 2.) aus der Veranlagungsnachweisung binnen längstens 14 Tagen vom Tage des Empfangs an den Hauseigenenthümern zu behändigen und den Letzteren dabei mitzutheilen, an welchem Ort und wie lange Zeit die Veranlagungsnachweisung zur öffentlichen Kenntniß ausliegen werde. Demnach hat er die Offenlegung in der vorgeschriebenen Weise zu bewirken, endlich die Infirmationsdokumente, nach den laufenden Nummern der Veranlagungsnachweisung geordnet, numerirt und gebefelt, nebst der Veranlagungsnachweisung mit der Bescheinigung darüber dem Ausführungskommissar zurückzugeben, daß und wie lange die erstere zur öffentlichen Kenntniß ausgelegen hat.

§. 51. Die Reclamationen müssen bei dem Ausführungskommissar schriftlich, unter Beifügung des Auszugs aus der Veranlagungsnachweisung (§. 49. Nr. 2.), eingebracht werden.

Der Ausführungskommissar hat die eingehenden Reclamationen in ein darüber zu führendes besonderes Register einzutragen und nach Ablauf der Reclamationsfrist in eine nach Ortschaften geordnete Nachweisung nach Muster VI. zusammenzustellen, die Auszüge aus der Veranlagungsnachweisung den laufenden Nummern der Reclamationenachweisung entsprechend zu numeriren, etwa erforderliche thatsächliche Ermittlungen vorzunehmen, das Gutachten der Veranlagungskommission einzuholen, sein eigenes abzugeben und endlich die Verhandlungen (Veranlagungsnachweisung nebst Unterlagen, die Reclamationschriften und Reclamationenachweisung) der Regierung einzureichen.

Reclamationen, welche nach Ablauf der vierwöchentlichen Präklusivfrist eingeßen, End vom Ausführungskommissar ohne Weiteres zurückzuweisen.

§. 52. Die Regierung entscheidet über die eingegangenen Reclamationen, berichtigt der Entscheidung gemäß die Veranlagungsnachweisung und läßt die Verhandlungen nebst den Bescheiden an die Reclamanten zur Ausbändigung gegen Empfangsbekundigung dem Ausführungskommissar wieder zugehen.

Erfolgt die Zurückweisung der Reclamation, so sind die Gründe hierfür kurz und bestimmt anzugeben.

§. 53. Dem Recurse, welcher schriftlich bei dem Ausführungskommissar anzubringen ist, muß der ablehnende Bescheid der Regierung (§. 52.) beigelegt sein.

Die nach Ablauf der sechs wöchentlichen Präklusivfrist zur Anbringung der Recurse bei dem Ausführungskommissar eingehenden Recursgesuche sind ohne Weiteres zurückzuweisen.

Für die rechtzeitig eingegangenen Recursgesuche nimmt der Ausführungskommissar ungefäumt diejenigen Erörterungen vor, zu welchen der Recurs Veranlassung giebt; stellt demnach über die eingegangenen und vollständig erörterten Recurse eine Nachweisung nach dem Muster VII. in doppelter Ausfertigung aus und überreicht die Nachweisung mit den Recurschriften, den auf deren Veranlassung ausgenommenen Verhandlungen und mit einer Abschrift der in der Veranlagungsnachweisung über das betreffende Gebäude enthaltenen Bemerkte nach dem Muster I. beziehungsweise III. der Regierung.

Die Regierung prüft zunächst, ob die Erörterungen, zu welchen die Recurse Veranlassung geben, vollständig bewirkt sind, läßt nach Umständen dieserhalb das Erforderliche nachholen, versieht die Recursnachweisungen mit ihrem Gutachten und überreicht dieselben nebst sämtlichen vom Ausführungskommissar vorgelegten Unterlagen und den nach §. 43. dieser Anweisung aufgestellten Heberbüchern, welche zuvor nach den durch die Entscheidung der Reclamationen herbeigeführten Abänderungen zu berichtigen und in ihren Schlussergebnissen zu einer Bezirksübersicht — nach Städten und plattem Lande getrennt — nach dem Muster IV. zusammenzustellen sind, dem Finanzminister.

Berlin, den 14. October 1862.

Der Finanz-Minister.
von Bodelschwingh.

Vorstehende Anweisung wird hierdurch, höherer Anordnung gemäß, zur öffentlichen Kenntniß gebracht, und werden insbesondere die städtischen und ländlichen Gemeindevorstände wie die Besitzer selbstständiger Ortsbezirke auf die Bestimmungen über ihre Obliegenheiten bei Aufstellung der Veranlagungsnachweisungen von den Gebäuden der Ortschaften mit der Anweisung aufmerksam gemacht, die dazu erforderlichen Materialien ungefäumt zu sammeln und bereit zu halten, damit die Aufstellung dieser Nachweisungen selbst in kürzester Frist erfolgen kann.

Merseburg, den 7. November 1862. Königl. Regierung.

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

G e s e t z, betreffend

die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen etc.,
verordnen, für den Umfang Unserer Monarchie, mit Ausschluß der Hohenzollernschen Lande und des Jabs-
gebiets, unter Zustimmung beider Häuser des Landtags, was folgt:

§. 1. Die im §. 2. des Gesetzes vom heutigen Tage, betreffend die anderweite Regelung der Grund-
steuer, angeordnete Gebäudesteuer tritt gleichzeitig mit der Steuer für die Liegenschaften §. 1. b. des ge-
dachten Gesetzes in Hebung

§. 2. Von dem im §. 1. bestimmten Zeitpunkte ab werden außer Hebung gesetzt:

- 1) die zur Zeit in den ländlichen Ortsteilen mehrerer Theile der östlichen Provinzen des Staates auf
den Wohn- und sonstigen Gebäuden unter verschiedenen Benennungen ruhenden Grund- und Haus-
steuern und grundsteuerartigen Abgaben, soweit dieselben zur Staatskasse fließen;
- 2) diejenigen Grundsteuern und grundsteuerartigen Abgaben, welche in mehreren Theilen der östlichen
Provinzen auf den Städten im Ganzen oder auf den in den Städten und deren Feldmarken befind-
lichen Gebäuden ruhen, soweit dieselben zur Staatskasse fließen;
- 3) der nach §. 8. des Gesetzes über die Einrichtung des Abgabewesens vom 30. Mai 1820 zu entrich-
tende städtische Servis;
- 4) die nach dem Gesetz vom 1. August 1856 (Gesetzsammlung für 1855 Seite 579) oder nach früheren
Specialverträgen den Städten an Stelle der Verpflichtung zur Tragung der Kriminalkosten auf-
gelegten Renten;
- 5) der bisher an die Rammereikasse in der Stadt Erfurt entrichtete sogenannte Realgeschoss (Gesamtbet-
rag der jetzigen städtischen Grundsteuer);
- 6) in den beiden westlichen Provinzen die Grundsteuer, welche nach Maßgabe der Katastralerträge auf
die Gebäude und auf die zu denselben gehörigen Hofräume und Hausgärten (§. 1. des im §. 1. er-
wähnten Gesetzes) veranlagt ist.

§. 3. Befreit von der Gebäudesteuer sind:

- 1) Die Gebäude, welche sich im Besitz der Mitglieder des königlichen Hauses oder eines der beiden
Hohenzollernschen Fürstenhäuser befinden oder zu den im Besitz des Staats befindlichen Gütern ge-
hören; desgleichen die zu den Standesherrschaften der vormals reichsunmittelbaren Fürsten und Gra-
fen in dem durch §. 24. der Instruction vom 30. Mai 1820 (Gesetzsammlung für 1820 Seite 84)
bezeichneten Umfange gehörigen Gebäude, sofern nicht die gedachten Fürsten und Grafen in beson-
deren Verträgen auf die Grundsteuerfreiheit verzichtet haben;
- 2) diejenigen Gebäude, welche dem Staate, den Provinzen, den communalständigen Verbänden, den Krei-
sen oder den Gemeinden resp. zu selbstständigen Ortsbezirken gehören, insofern sie zu einem öffent-
lichen Dienst oder Gebrauch bestimmt sind, insonderheit also die zum Gebrauche öffentlicher Behör-
den oder zu Dienstwohnungen für Beamte bestimmten Gebäude, als Willkür-, Regierungs-, Justiz-,
Polizei-, Steuer- und Postverwaltungsgebäude, Kreis- und Gemeindehäuser, sowie Bibliotheken
und Museen;
- 3) Universitäts- und andere zum öffentlichen Unterricht bestimmte Gebäude;
- 4) Kirchen, Kapellen und andere dem öffentlichen Gottesdienste gewidmete Gebäude, sowie die gottesdien-
stlichen Gebäude der mit Korporationsrechten versehenen Religionsgesellschaften;
- 5) die Diensthäuser der Erzbischöfe, der Bischöfe, der Dom- und Kurat- oder Pfarrgeistlichen und sonsti-
ger mit geistlichen Funktionen beauftragter Personen, der mit Korporationsrechten versehenen Religions-
gesellschaften, ferner der Gymnasial-, Seminar- und Schullehrer, der Räte und anderer Diener
des öffentlichen Kultus;
- 6) Armen-, Waisen- und Krankenhäuser, Besserungs-, Aufbewahrungs- und Gefängniskastellen, sowie
Gebäude, welche milden Stiftungen angehören und für deren Zwecke unmittelbar benutzt werden;
- 7) diejenigen unbewohnten Gebäude, welche nur zum Betriebe der Landwirtschaft, z. B. zur Unterbringung
des Wirtschaftsviehes, der Wirtschaftsgewölbe, der Bodenerzeugnisse u. s. w. bestimmt sind; nicht
sowohl solche zu gewerblichen Anlagen gehörige Gebäude, welche nur zur Aufbewahrung von Brenn-

materialien und Rohstoffen, sowie als Stallung für das lediglich zum Gewerbebetriebe bestimmte Zugvieh dienen;

8) die zu Entwässerungs- oder Bewässerungsanlagen dienenden unbewohnten Gebäude.

§. 4. Die Veranlagung der Gebäuesteuer erfolgt dergestalt, daß jedes der Steuer unterliegende Gebäude nach Maßgabe seines jährlichen Nutzungswerts zu einer der in dem anliegenden Tarif bestimmten Steuerstufen eingeschätzt wird.

Trifft der ermittelte Nutzungswert zwischen zwei Stufen, so wird das Gebäude zu der geringeren eingeschätzt.

§. 5. Die Steuer beträgt jährlich:

- 1) für Gebäude, welche vorzugsweise zum Wohnen und nur in Ansehung einzelner Räume zu gewerblichen Zwecken, z. B. zu Kauf- und Kramläden, Werkstätten u. s. w. benutzt werden; ferner für Schauspiel-, Ball-, Bade-, Gesellschaftshäuser und ähnliche Gebäude, Vier vom Hundert des Nutzungswerts;
- 2) für solche Gebäude, welche ausschließlich oder vorzugsweise zum Gewerbebetriebe dienen, namentlich für Fabriken und Manufakturgebäude, Ziegel-, Kalk- und Gyps Brennereien, für Brauereien und Branntweinbrennereien, für Hammer- und Hüttenwerke, Schmieden und Schmelzhöfen, Dampf-, Wasser- und Windmühlen, desgleichen für solche, nicht zur Vererbung für die Landwirtschaft und Fabriken (§. 3. Nr. 7.) bestimmte Keller, Speicher, Remisen, Scheunen und Ställe, welche als selbstständige Gebäude betrachtet werden müssen, Zwei vom Hundert des Nutzungswerts. Bei den genannten Gebäuden kommt jedoch nur der Mietzwert des räumlichen Gelasses, ohne Rücksicht auf die damit verbundenen Triebwerke oder die darin befindlichen Maschinen oder Geräthschaften in Betracht.

§. 6. In den Städten, sowie in denjenigen ländlichen Ortschaften, in welchen eine überwiegende Anzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch Vermietung benutzt wird, ist der Nutzungswert (§. 4.) der steuerpflichtigen Gebäude mit Einschluß der zu diesen gehörigen Hofräume und Hausgärten (§. 1. des im §. 1. erwähnten Gesetzes) nach dem mittleren jährlichen Mietzwert derselben festzusetzen und letzterer nach den durchschnittlichen Mietpreisen abzumessen, welche innerhalb der dem Veranlagungsjahr unmittelbar vorangegangenen zehn Jahre in der Stadt oder Ortschaft bezeugen worden sind.

§. 7. In den übrigen ländlichen Ortschaften sind, insoweit aus wirklichen Mietpreisen einzureichen der Anhalt für die Feststellung des Nutzungswerts der Gebäude nicht zu gewinnen ist, zu diesem Behuf neben der Größe, Bauart und Beschaffenheit der Gebäude und neben der Größe und Beschaffenheit der zu den Gebäuden gehörigen Hofräume und Hausgärten (§. 1. des im §. 1. erwähnten Gesetzes), auch die Gesamtverhältnisse der zu denselben gehörigen ländlichen Besitzungen und nutzbaren Grundstücke zu berücksichtigen.

In der Regel sind

- 1) die Wohngebäude, welche zu ländlichen Grundstücken von so geringem Ertrage gehören, daß deren Besitzer zu ihrem Unterhalt noch anderweiten Verdienst durch Tagelohn oder dergleichen ähnliche Lohnarbeit suchen müssen, imgleichen die Wohngebäude der kleinen Handwerker, Fabrikarbeiter u. s. w. in eine der Stufen 1. bis 6. einzuschätzen;
- 2) die Wohngebäude, welche zu solchen selbstständigen ländlichen Besitzungen gehören, deren wirtschaftlicher Reinertrag nach ungefährer Schätzung durchschnittlich weniger als 1000 Thlr. jährlich beträgt, zu den Stufen 7. bis 22.;
- 3) die Wohngebäude, welche zu solchen größeren ländlichen Besitzungen gehören, deren wirtschaftlicher Reinertrag auf 1000 Thlr. jährlich oder darüber geschätzt wird, zu den Stufen 17. bis 37. des Tarifs zu veranlagern.

Diese Wohngebäude dürfen niemals in eine höhere Stufe eingeschätzt werden, als Wohngebäude von gleicher Größe, Bauart und Beschaffenheit in den nächstbelegenen Landstädten.

§. 8. Bei der Veranlagung der Gebäude in den im §. 7. gedachten Ortschaften sind außerdem nachstehende Vorschriften zu beachten:

- 1) zu der ersten Stufe des Tarifs sind in der Regel die Wohngebäude von geringem Werthe einzuschätzen, zu welchen gar keine oder nur kleine Grundstücke von geringem Ertrage gehören, und welche nur für eine Familie Wohnräume darbieten;
- 2) gehören zu einer ländlichen Besitzung mehrere Wohngebäude, so wird nur das Hauptwohngebäude zu der, den Gesamtverhältnissen der Besitzung entsprechenden Stufe des Tarifs eingeschätzt. Die Art-

gen zu derselben Bestimmung gehörenden Wohngebäude, wie Pächter-, Inspectoren-, Hofmeister-, Förstlerwohnungen, Gehinde-, Tagelöhner-, Drescherhäuser u. s. w., sind mit Berücksichtigung ihres Umfangs und ihrer Wohnungsräume zu einer der Stufen von 1. bis 6. einzuschätzen. Eine über diese Sätze hinausgehende Besteuerung nach dem Miethswerte ist bei solchen Gebäuden nur dann zulässig, wenn dieselben an Personen vermietet werden, welche weder zur Bewirthschaftung der Bestimmung bestimmt sind, noch im Dienste des Besitzers derselben stehen;

3) solche Land- und Gartenhäuser, welche nur zum Sommeraufenthalt bestimmt sind, werden ohne Rücksicht auf den Umfang und Ertragswerth der dazu gehörigen nutzbaren Ländereien nach Maßgabe ihrer Größe, Bauart und Einrichtung eingeschätzt;

4) die außer den Wohngebäuden der Steuer unterliegenden, im §. 5. zu 1. und 2. bezeichneten Gebäude, einschließlich der zu andern, als den in Verbindung mit Landwirtschaft betriebenen Fabriken und ähnlichen Anlagen gehörigen Wohngebäude, werden in diejenige Stufe eingeschätzt, in welche die Gebäude von derselben Art und von gleichem oder ähnlichem Umfange in denselben Städten eingeschätzt sind, welche zum Zwecke der Vergleichung nach Anhörung des Provinziallandtags für jeden Kreis bezeichnet werden;

5) für jede Provinz sind nach Vernehmung des Provinziallandtags die Merkmale zusammenzustellen, nach welchen die steuerpflichtigen Gebäude mit Berücksichtigung der in der Provinz obwaltenden Verhältnisse in die verschiedenen Stufen des Tarifs eingeschätzt werden sollen.

§. 9. Die Veranlagung der Gebäudesteuer geschieht unter der Leitung der Bezirksregierung innerhalb zu bildender Veranlagungsbezirke durch Commissionen unter dem Vorstehe besonderer Ausführungskommissionarien. Die Zahl der Mitglieder dieser Commissionen wird mit Rücksicht auf den Umfang des Veranlagungsbezirks und die Anzahl der dazu gehörigen Städte von der Bezirksregierung bestimmt.

Die Mitglieder werden von der kreisständischen Versammlung, für solche Städte jedoch, welche einen Veranlagungsbezirk für sich bilden, von der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Bei der Wahl durch die kreisständische Versammlung ist darauf zu sehen, daß die dem Veranlagungsbezirke angehörigen Städte angemessen vertreten werden, auch kann einzelnen dieser Städte von der Bezirksregierung das Recht beigelegt werden, durch die Stadtverordnetenversammlung ein Mitglied der Veranlagungscommission wählen zu lassen.

§. 10. Die Beschlüsse der Veranlagungscommission werden nach einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Im Falle einer Stimmengleichheit giebt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. Dem Letzteren steht auch das Recht zu, gegen die Beschlüsse der Veranlagungscommission die Berufung an die Bezirksregierung einzulegen, welche die Veranlagungscommission nochmals zu hören und demnach die Entscheidung zu treffen hat, an welche sodann die Commission gebunden ist.

Das Ergebniß der Veranlagung wird den Gebäudeeigenthümern durch Offenlegung der Veranlagungsnachweisung und durch Fertigstellung von Auszügen aus derselben bekannt gemacht.

Die gedachten Auszüge müssen unter specieller Bezeichnung der zur Veranlagung gekommenen Gebäude die für dieselben in Ansatz gebrachten Miethswerte und die den Gebäuden auferlegten Gebäudesteuerbeträge enthalten. Die Veranlagungsnachweisungen sind während eines Zeitraums von mindestens vierzehn Tagen offen zu legen.

Reclamationen gegen die gefasste Veranlagung dürfen nur binnen einer Präklusivfrist von vier Wochen, vom Empfange des Auszugs aus der Veranlagungsnachweisung an gerechnet, bei dem Ausführungskommissar des Veranlagungsbezirks angebracht werden, was den Theilnehmigen besonders zu eröffnen ist.

§. 11. Ueber die Reclamation (§. 10.) entscheidet nach Vernehmung des Gutachtens der Veranlagungscommission die Regierung. Gegen die Entscheidung derselben steht dem Reclamanten innerhalb einer Präklusivfrist von sechs Wochen nach dem Empfange der Entscheidung der Rekurs an den Finanzminister offen.

Die durch die Untersuchung unbegründeter Reclamationen entstandenen Kosten sind von dem Reclamanten zu erstatten.

§. 12. Der Finanzminister, welchem die oberste Leitung des gesammten Veranlagungsgeschäfts zugeht, ist befugt, von den Veranlagungsarbeiten durch besondere Commissarien an Ort und Stelle Einsicht nehmen zu lassen, die zur Herstellung der erforderlichen Gleichmäßigkeit nothwendigen Anordnungen zu treffen, auch etwaige Irrthümer und Verlässe gegen die Veranlagungsvorschriften von Amtswegen zu berichtigen.

§. 13. Die Kosten der Gebäudesteuerveranlagung fallen der Staatskasse zur Last. Jedoch sind von den Gemeinden beziehungsweise den Besitzern selbstständiger Ortsbezirke u., auf deren Kosten die zur Aus-

Ausführung des Veranlagungsgeschäfts erforderlichen Vorarbeiten, insbesondere Nachweisungen und Beschreibungen von Gebäuden zu beschaffen.

Alle Behörden, Gemeinden und Privatpersonen sind verpflichtet, die in ihrem Besitz befindlichen Zeichnungen, Pläne, Pläne, Lagen und sonstigen Schriftstücke, welche bei der Ausführung des Veranlagungsgeschäfts von Nutzen sein können, den damit beauftragten Commissarien auf deren Erfordern zur Einsicht und Benutzung vorzulegen.

Die Mitglieder der Commissionen erhalten für Geschäfte außerhalb ihres Wohnorts Reise- und Tagelöhner, welche nach §. 3. des Kosten-Regulativs vom 25. April 1836 (Gesetzsammlung für 1836 Seite 181) festgesetzt werden.

§. 14. Die Gebäudesteuer wird überall nach Maßgabe der für die Grundsteuer bestehenden Bestimmungen zur Staatsklasse erhoben.

Die Gemeinden und Besitzer selbstständiger Gutsbezirke in den östlichen Provinzen sind verpflichtet, die Gebäudesteuer von den einzelnen Steuerpflichtigen einzuziehen und in monatlichen Beträgen vor dem Ablauf eines jeden Monats an die ihnen bezeichnieten Klassen abzuführen.

Für die Einziehung der Steuer wird der Betrag von drei vom Hundert der eingegangenen Steuer als Hebegebühr gewährt, aus welchem auch alle Nebenkosten des Erhebungs geschäfts zu bestreiten sind.

§. 15. Um die aufzustellenden Gebäudesteuerrollen bei der Gegenwart zu erhalten, müssen darin alle Veränderungen nachgetragen werden, welche dadurch entstehen, daß

- 1) in dem Eigenthumsverhältniß der Gebäude ein Wechsel eintritt;
- 2) bisher steuerpflichtige Gebäude in die Klasse der steuerfreien (§. 3. dieses Gesetzes) oder bisher steuerfreie Gebäude in die Klasse der steuerpflichtigen übergeben;
- 3) Gebäude durch Veränderung ihrer Bestimmung aus der §. 2. bezeichneten Klasse in die §. 3. Nr. 1. bezeichnete Gebäudeklasse übergehen und umgekehrt;
- 4) Gebäude neu entstehen oder gänzlich eingehen;
- 5) besetzte Gebäude durch Veränderung in ihrer Substanz, namentlich durch das Aufsetzen oder Abnehmen eines Stockwerks, oder durch das Anbauen oder Abbrechen eines Gebäudetheils, durch Vergrößerung oder durch gänzliche oder theilweise Abtrennung der dazu gehörigen Hofräume und Gärten an Nutzungswerth gewinnen oder verlieren.

§. 16. Die Eigenthümer oder Nutznießer der Gebäude sind verpflichtet, die im §. 15. gedachten Veränderungen den mit der Fortführung der Gebäudesteuerrollen beauftragten Beamten schriftlich oder protokolllarisch anzuzeigen und die zur Verichtigung der Rolle erforderlichen Nachrichten beizubringen.

§. 17. Ist die Anzeige von dem Wechsel in dem Eigenthum (§. 15. zu 1.) nicht erfolgt, so wird die veranlagte Gebäudesteuer von dem in der Rolle eingetragenen Eigenthümer bis für den Monat einschließlich forterhoben, in welchem die zur Fortschreibung und Verichtigung der Rolle erforderliche Anzeige geschieht, ohne daß dadurch der neue Besitzer von der auch ihm gesetzlich obliegenden Verpflichtung für die Gebäudesteuer entbunden wird.

Ist die Anzeige von einer Aenderung unterlassen, welche eine Steuerverminderung, oder die Freiheit von der Steuer begründet (§. 15. zu 2. bis 5.), so wird die Steuer ebenfalls bis für den Monat einschließlich forterhoben, in welchem die Anzeige erfolgt.

Neu entstandene Gebäude (§. 15. zu 4.), desgleichen wesentliche Verbesserungen von Gebäuden, sowie Vergrößerungen der zu ihnen gehörigen Hofräume u. s. w. (§. 15. zu 5.), sind spätestens drei Monate vor dem Termine anzumelden, mit welchem sie zur Besteuerung gelangen müssen (§. 19. zu 1. und 2.); Veränderungen in der Einrichtung, oder Benutzung der im §. 5. Nr. 2. gedachten Gebäude, wodurch dieselben in die §. 5. Nr. 1. erwähnte Gebäudeklasse übertreten, sind binnen drei Monaten nach Ablauf des Jahres, in welchem die Veränderung eingetreten ist, anzumelden. Wer die Anmeldung unterläßt, verfällt, wenn dadurch dem Staate Steuer vorenthalten ist, in eine dem doppelten Betrage der vorenthaltenen Steuer gleichkommende Geldbusse, in den übrigen Fällen in eine Geldbusse von zehn Silbergrößen bis fünf Thaler.

Die Untersuchung und Entscheidung steht dem Gerichte zu, wenn nicht derjenige, welcher der Verletzung einer der vorstehenden Vorschriften beschuldigt wird, binnen einer von dem Landrath beziehungsweise Gemeindevorstand zu bestimmenden Frist den ihm bekannt gemachten Strafbetrag, nebst der etwa zu erlegenden Steuer, und die durch das Verfahren gegen ihn entstandenen Kosten freiwillig zahlt.

§. 18. Als Beitrag zu den Fortschreibungskosten haben die Eigenthümer der Gebäude, in deren Eigenthumsverhältniß ein Wechsel eintritt (§. 15. Nr. 1.), nach der näheren Bestimmung des Finanzmin-

stets, eine Gebühr zu entrichten, welche den Betrag von 5 Sgr. für eine zu bewirkende Fortschreibung in keinem Falle übersteigen darf.

§. 19. 1) Neu erbaute, oder vom Grunde aus wieder aufgebaute Gebäude werden erst nach Ablauf zweier Kalenderjahre seit dem Kalenderjahre, in welchem sie bewohnbar beziehungsweise nutzbar geworden sind, zur Gebäudesteuer herangezogen.

2) Ebenso treten Steuerhöbungen in Folge von Verbesserungen der Gebäude (§. 15. zu 5.) erst nach Ablauf zweier Jahre seit dem Kalenderjahre in Kraft, in welchem die Verbesserung vollendet worden ist.

3) Für solche Gebäude, welche durch Brand, Ueberschwemmung, oder sonstige Naturereignisse vollständig zerstört, oder von ihrem Eigentümer gänzlich abgebrochen worden sind, wird die Gebäudesteuer, von dem ersten Tage desjenigen Monats ab, in welchem die Zerstörung erfolgt, oder der Abbruch vollendet ist, abgesetzt.

4) Geht durch Ereignisse der zu 3. gedachten Art der Jahresertrag eines solchen Gebäudes ganz oder theilweise verloren, so ist, sofern der erlittene Verlust den dritten Theil des jährlichen Nutzungswerts des Gebäudes erreicht oder übersteigt, ein dem Verhältniß des stattgefundenen Verlustes entsprechender Theil, nach Umständen der ganze Jahresbetrag der Gebäudesteuer zu erlassen.

5) Dieser ganze Betrag ist auch dann zu erlassen, wenn ein Gebäude erweislich während eines ganzen Jahres unbenutzt geblieben ist.

§. 20. Die Gebäudesteuerveranlagung wird alle funfzehn Jahre einer Revision unterworfen, bei deren Ausführung die im gegenwärtigen Gesetze enthaltenen Vorschriften ebenfalls zur Anwendung kommen.

§. 21. 1) Denjenigen Städten und den Besitzern derjenigen städtischen Grundstücke, deren grundsteuerartige Abgaben (Orbuden, Fundschöck) innerhalb der letzten zwanzig Jahre abgelöst worden sind, sollen die an die Staatskasse bezahlten Ablösungskapitalien aus dieser erstattet werden.

2) Der Stadt Erfurt wird an Stelle des bisher an die Kammererklasse entrichteten Realgeschosses (§. 2. zu 5.) der für das Jahr 1861 zur Sollennahme gestellt gewesene Gesammbetrag des letzteren und der bis zur Aufhebung des Realgeschosses ohne Veränderung in dem System der jetzigen Steuerveranlagung oder des Prozentsatzes der Steuer sich ergebende Zuwachs als eine auf Verlangen des Fiskus mit dem zwanzigfachen Betrage in baarem Gelde ablösbare Staatsrente gezahlt.

3) Ist in Gemäßheit des §. 6. des Abgabengesetzes vom 30. Mai 1820 der von einer Stadt an die Staatskasse abzuführende Servisbeitrag den städtischen Grundstücken als Grundsteuer auferlegt, so wird den Eigentümern der vom Realservise freigebliebenen Gebäude, sofern die Freiheit sich auf einen speziellen Rechtstitel gründet, als Entschädigung für die Aufhebung dieser Freiheit aus der Staatskasse der zwanzigfache Betrag desjenigen Beitrags bezahlt, mit welchem die betroffenen Gebäude, wenn ihnen nicht die Freiheit vom Realservise zugehanden hätte, zu letzterem jährlich herangezogen sein würden. Bleibt jedoch die neu auferlegte Gebäudesteuer (§. 4.) hinter diesem Beitrag zurück, so wird nur der zwanzigfache Betrag der neuen Gebäudesteuer in baarem Gelde als Entschädigung aus der Staatskasse gewährt.

4) In derselben Art werden in allen übrigen Ortschaften die Eigentümer von Gebäuden entschädigt, deren seiberrige Haus- oder Grundsteuerfreiheit auf einem speziellen Rechtstitel beruht.

§. 22. Die Vorschriften des Gesetzes über die Verzögerungsfristen bei öffentlichen Abgaben vom 18. Juni 1840 (Gesetzsammlung für 1840 Seite 140) nebst den dazu ergangenen Erläuterungen und Abänderungen finden, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz etwas Anderes bestimmt, auch auf die Gebäudesteuer Anwendung.

§. 23. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt und hat behufs derselben die erforderlichen Anweisungen zu erlassen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Inseigel.
Gegeben Berlin, den 21. Mai 1861.

(L. S.) **Wilhelm.**

Fürst zu Hohenzollern-Sigmaringen. v. Auerwald. v. d. Seydt.
v. Schleinitz. v. Patow. Gr. v. Pücker. v. Bethmann. v. Goltzweg.
Gr. v. Schwerin. v. Roon. v. Bernuth.

T a r i f

(Bu §. 4.)

zur Veranlagung der Gebäudesteuer.

| Steuer
stufe. | Jährlicher
Nutzungswert
der Gebäude.
Thlr. | J a h r e s s t e u e r | | | | | |
|------------------|---|-------------------------|------|-----|------------------|------|-----|
| | | nach §. 5. zu 1. | | | nach §. 5. zu 2. | | |
| | | Thlr. | Sgr. | Pl. | Thlr. | Sgr. | Pl. |
| | bis | | | | | | |
| 1. | 4 | — | 4 | — | — | 2 | — |
| 2. | 6 | — | 6 | — | — | 3 | — |
| 3. | 8 | — | 8 | — | — | 4 | — |
| 4. | 12 | — | 12 | — | — | 6 | — |
| 5. | 15 | — | 18 | — | — | 9 | — |
| 6. | 20 | — | 24 | — | — | 12 | — |
| 7. | 25 | 1 | — | — | — | 15 | — |
| 8. | 30 | 1 | 6 | — | — | 18 | — |
| 9. | 35 | 1 | 12 | — | — | 21 | — |
| 10. | 40 | 1 | 18 | — | — | 24 | — |
| 11. | 45 | 1 | 24 | — | — | 27 | — |
| 12. | 50 | 2 | — | — | 1 | — | — |
| 13. | 60 | 2 | 12 | — | 1 | 6 | — |
| 14. | 70 | 2 | 24 | — | 1 | 12 | — |
| 15. | 80 | 3 | 6 | — | 1 | 18 | — |
| 16. | 90 | 3 | 18 | — | 1 | 24 | — |
| 17. | 100 | 4 | — | — | 2 | — | — |
| 18. | 120 | 4 | 24 | — | 2 | 12 | — |
| 19. | 140 | 6 | 18 | — | 2 | 24 | — |
| 20. | 160 | 6 | 12 | — | 3 | 6 | — |
| 21. | 180 | 7 | 6 | — | 3 | 18 | — |
| 22. | 200 | 8 | — | — | 4 | — | — |
| 23. | 225 | 9 | — | — | 4 | 15 | — |
| 24. | 250 | 10 | — | — | 5 | — | — |
| 25. | 275 | 11 | — | — | 5 | 15 | — |
| 26. | 300 | 12 | — | — | 6 | — | — |
| 27. | 325 | 13 | — | — | 6 | 15 | — |
| 28. | 350 | 14 | — | — | 7 | — | — |
| 29. | 375 | 15 | — | — | 7 | 15 | — |
| 30. | 400 | 16 | — | — | 8 | — | — |
| 31. | 450 | 18 | — | — | 9 | — | — |
| 32. | 500 | 20 | — | — | 10 | — | — |
| 33. | 550 | 22 | — | — | 11 | — | — |
| 34. | 600 | 24 | — | — | 12 | — | — |
| 35. | 650 | 26 | — | — | 13 | — | — |
| 36. | 700 | 28 | — | — | 14 | — | — |
| 37. | 750 | 30 | — | — | 15 | — | — |
| 38. | 800 | 32 | — | — | 16 | — | — |
| 39. | 850 | 34 | — | — | 17 | — | — |
| 40. | 900 | 36 | — | — | 18 | — | — |
| 41. | 950 | 38 | — | — | 19 | — | — |
| 42. | 1000 | 40 | — | — | 20 | — | — |
| 43. | 1100 | 44 | — | — | 22 | — | — |

Bis 2000 Thlr. steigt jede Stufe um je 100 Thlr., von 2000 Thlr. und weiter um je 200 Thlr.

| Muster-Nr. | | Beschreibung | | Ausgegeben am | |
|------------|----|--------------|----|---------------|----|
| 1862 | | 1862 | | 1862 | |
| 1 | 1 | 1 | 1 | 1 | 1 |
| 2 | 2 | 2 | 2 | 2 | 2 |
| 3 | 3 | 3 | 3 | 3 | 3 |
| 4 | 4 | 4 | 4 | 4 | 4 |
| 5 | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 |
| 6 | 6 | 6 | 6 | 6 | 6 |
| 7 | 7 | 7 | 7 | 7 | 7 |
| 8 | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 |
| 9 | 9 | 9 | 9 | 9 | 9 |
| 10 | 10 | 10 | 10 | 10 | 10 |
| 11 | 11 | 11 | 11 | 11 | 11 |
| 12 | 12 | 12 | 12 | 12 | 12 |
| 13 | 13 | 13 | 13 | 13 | 13 |
| 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 |
| 15 | 15 | 15 | 15 | 15 | 15 |
| 16 | 16 | 16 | 16 | 16 | 16 |
| 17 | 17 | 17 | 17 | 17 | 17 |
| 18 | 18 | 18 | 18 | 18 | 18 |
| 19 | 19 | 19 | 19 | 19 | 19 |
| 20 | 20 | 20 | 20 | 20 | 20 |
| 21 | 21 | 21 | 21 | 21 | 21 |
| 22 | 22 | 22 | 22 | 22 | 22 |
| 23 | 23 | 23 | 23 | 23 | 23 |
| 24 | 24 | 24 | 24 | 24 | 24 |
| 25 | 25 | 25 | 25 | 25 | 25 |
| 26 | 26 | 26 | 26 | 26 | 26 |
| 27 | 27 | 27 | 27 | 27 | 27 |
| 28 | 28 | 28 | 28 | 28 | 28 |
| 29 | 29 | 29 | 29 | 29 | 29 |
| 30 | 30 | 30 | 30 | 30 | 30 |
| 31 | 31 | 31 | 31 | 31 | 31 |
| 32 | 32 | 32 | 32 | 32 | 32 |
| 33 | 33 | 33 | 33 | 33 | 33 |
| 34 | 34 | 34 | 34 | 34 | 34 |
| 35 | 35 | 35 | 35 | 35 | 35 |
| 36 | 36 | 36 | 36 | 36 | 36 |
| 37 | 37 | 37 | 37 | 37 | 37 |
| 38 | 38 | 38 | 38 | 38 | 38 |
| 39 | 39 | 39 | 39 | 39 | 39 |
| 40 | 40 | 40 | 40 | 40 | 40 |
| 41 | 41 | 41 | 41 | 41 | 41 |
| 42 | 42 | 42 | 42 | 42 | 42 |
| 43 | 43 | 43 | 43 | 43 | 43 |
| 44 | 44 | 44 | 44 | 44 | 44 |
| 45 | 45 | 45 | 45 | 45 | 45 |
| 46 | 46 | 46 | 46 | 46 | 46 |
| 47 | 47 | 47 | 47 | 47 | 47 |
| 48 | 48 | 48 | 48 | 48 | 48 |
| 49 | 49 | 49 | 49 | 49 | 49 |
| 50 | 50 | 50 | 50 | 50 | 50 |

Die zu der Anweisung vom 14. October 1862 gehörigen Muster I. bis VII. werden im Anschluß an die obige Seitenzahl mit dem nächsten — 50ten — Stücke des Amtsblatts ausgegeben.

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 30.

Ausgegeben zu Merseburg am 13. December. 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(912) Das Legat. des verehrlichen Commerzienraths Degenfols zu Eilenburg. Schein. Ordnung. über. Aufnahme. in. die. Stadt. Eilenburg. von. in. die. Stadt. Eilenburg. von. in. die. Stadt. Eilenburg. von.

Der am 15. August d. J. verstorbene Herr Commerzienrath Degenfols zu Eilenburg hat dieser Stadt Behufs Gründung einer zur Aufnahme und Unterstützung invalider Fabrikarbeiter oder Fabrikarbeiter-Wittwen, beziehungsweise zur Pflege und Aufsicht verlassener oder verwaisteter Kinder bestimmten Stiftung ein Haus- und Gartengrundstück, genannt die Colonie, sowie ein Capital von 20,000 Thlr. letztwillig zugewendet, und ist der Stadt Eilenburg durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 27. September d. J. die Annahme dieser Zuwendung gestattet worden.

Zum ehrenbaren und dankbaren Andenken an den schon bei seinen Lebzeiten um die Stadt Eilenburg vielfach verdienten Wohlthäter bringen wir die wohlthätige Stiftung desselben mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntniß, daß die Stiftung nach dem Willen des Gründers unter dem Namen „Emilie-Versorgungsanstalt“ ins Leben treten wird.

Merseburg, den 29. November 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(943)

Schaureglement

für die Nebengräben an der Schwarzen Elster.

Nachstehende Gräben im Elstertale werden unter Schau gestellt und wird auf Grund des Ortes vom 11. März 1850 §§. 6. und 11. (Gesetz-Sammlung 1850 Seite 265.) verordnet, was folgt:

§. 1. Als zur Aufstellung eines Special-Katasters oder anderweitig bei Gelegenheiten einer Separation getroffenen Bestimmungen werden von den dabei aufgeführten fiskalischen Stationen, Gütern und Gemeinden in ihren resp. Flurgrenzen nachstehende Gräben mit den dazu gehörigen Städten unterhalten:

- 1) der Siphoner Graben in Kätschitzer und Großschöner Flur, soweit er von der Baucommission des Elster-Verbandes auf Kosten der Theilnehmenden angelegt ist, von den Gemeinden Kätschwitz und Großschön;
- 2) der Buchwalder Binnengraben vom Königlichen Buchwalder Forstrevier abwärts bis zum Untergraben der Senftenberger Amtsmühle von der Gemeinde Buchwalde;
- 3) der Großschöner-Kämisch-Vielen-Guteborn-Schwarzbach-Naundorf-Rußländer Binnengraben von den obigen Gütern und Gemeinden in ihren resp. Grenzen;
- 4) der Wollschins-Graben vom Senftenberger Brauhans-Wehr abwärts bis zu seinem Austritt in die Wölsitz von der Stadtgemeinde Senftenberg mit Züttendorf und Thamm, der Gemeinde Priestitz, den Gütern Vielen und Guteborn, der Gemeinde Vielen und der Gem. Guteborn in ihren resp. Grenzen;
- 5) der Naundorf-Zichornegosda-Dollshäda-Vodwitz-Müdenberg-Plessner Binnengraben von jedem Gute und jeder Gemeinde in ihren resp. Grenzen;
- 6) der Siechgraben, soweit er von der Baucommission des Elster-Verbandes angelegt ist, von der Gutsherrschaft Rußland, Stadt Rußland und dem Elster-Verbande und zwar vom letzteren 165 laufende Fuß von der Einmündung in die Elster aufwärts, dann von der Gutsherrschaft und der Stadt Rußland in ihren Grenzen;
- 7) der Haupt-Binnengraben im Schraden auf Herrschaftlich Rußländer Flur beginnend, durch Kleintmehlener, Lindenauer und Kroppeener Gutsflur über die Wäbäuser, durch Frauendorfer, Letzener Guts- und Gemeindeflur über Großmehlener Gutsflur, durch Großmehlener, Frauendorfer und Groß-Ziehmiger Flur, durch das fiskalische, durch Plessner Flur, durch das fiskalische über Rablitz, Droschke, Traupner, Elsterwerder und Frauendorfer Grundstücke führend, bis zu seiner Einmündung oberhalb

Eisenerwerda in die Schwarze Elster wird von dem Forstfiskus, den Gütern und Gemeinden, durch deren Bezirk er führt, in ihren resp. Grenzen unterhalten;

- 8) der noch anzulegende Bierengraben wird nach seiner Herstellung durch die Baucommission von der Gemeinde Gr. Thiemitz und dem Forstfiskus in ihren resp. Grenzen unterhalten;
- 9) der Hirschfeld-Gröben-Krauszhäger Binnengraben wird von diesen drei Gemeinden und dem Königl. lichen Fiskus in ihren resp. Grenzen unterhalten;
- 10) der Wessa-Kahla-Dresda-Eisenerwerda-Biehla-Heibach Binnengraben wird von jeder Gemeinde in ihren resp. Grenzen unterhalten;
- 11) der Kotschka-Saathain-Würdenpalmer Binnengraben wird von jeder Gemeinde in ihren resp. Grenzen unterhalten;
- 12) der Katba-Fischeicha-Dobra-Weinbergs-Liebenwerda-Maagdorfer Binnengraben wird von jedem Gute und jeder Gemeinde in ihren Grenzen unterhalten;
- 13) der Liebenwerda-Lausig-Rönitz-Sagische-Wahrenbrücker Binnengraben wird von dem Königl. lichen Fiskus und den betreffenden Gemeinden in ihren resp. Grenzen unterhalten;
- 14) der Deuteritz — forstfiskalische — Langenmaundorfer Binnengraben wird von Fiskus und jeder Gemeinde in ihren Grenzen unterhalten;
- 15) der Jinsdorf-Niebigau-Bomsdorf-Faltenberg-Melchroffen-Herzberger Binnengraben wird von jedem Gute und jeder Gemeinde in ihren resp. Grenzen unterhalten;
- 16) der Wiederau-Bahnsdorf-Neudeck-Friedrichsluga-Friedersdorf-Altholzberger Binnengraben wird von jedem Gute und jeder Gemeinde in ihren resp. Grenzen unterhalten.

§. 2. Zur Ausführung dieser Schau wird für jeden Graben eine Schaucommission bestellt. Diese Schaucommission besteht aus 3 Mitgliedern, welche von den dabei theilnehmenden fiskalischen Stationen, Besitzern von Rittergütern und Ortsvorständen der Gemein von 3 zu 3 Jahren dergestalt gewählt werden, daß bis zur Feststellung des Katasters jede fiskalische Station, jedes Rittergut und jede Gemeinde 1 Stimme hat. In Stadtgemeinden übt der Magistrat das Wahlrecht aus.

Die Schaucommission ernannt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden und einen Kassensführer.

§. 3. Die Räumungspflichtigen haben jährlich 2mal die Räumung auszuführen und zwar in den Tagen vom 15. Mai bis 1. Juni und 15. September bis 1. October. Die Frühjahrsräumung soll gewöhnlich nur in einer Krautung bestehen und die Grundräumung, bei welcher die ursprüngliche Tiefe, Breite und Uferböschung wieder hergestellt worden, im Herbst erfolgen.

Die Schaucommissionen bestimmen die Meißelzeile und Zeit, in welcher die Räumung Seitens der einzelnen Ortschaften oder Besitzer von unten aus erfolgt. Sie fann die obigen Räumungstermine nach Bedürfnis ändern, auch außerordentliche Räumungen und Krautungen anordnen.

- §. 4. a) Der Auswurf ist gleichmäßig auf beide Ufer c. 3 Fuß vom Grabenborde zu werfen, damit er nicht zurücksinkt. Die Uferbesitzer haben denselben fortzuschaffen oder zu pflanzen.
- b) Damit das Kraut nicht aus der oberen in die untere Niederungsstrecke schwimmt, hat der Räumungspflichtige am unteren Ende seiner Kavel während der Krautung einen Krautfang anzubringen, bei 10 Sgr. Strafe für den Unterlassungsfall.
- c) Die Ufer müssen vom Räumungspflichtigen angemessen abgebohrt und so befestigt werden, daß der Abbruch den Wasserlauf nicht stört.
- d) Auch ist das Ufer von Bäumen und Sträuchern so weit zu räumen, als es nöthwendig ist, um die Vorfluth zu erhalten und eine ordentliche Räumung möglich zu machen.
- e) Längs dem Ufer dürfen keine Päume angebracht werden, damit die Commission längs denselben zu gehen im Stande ist.
- f) Das Einlegen von Fischkasten oder anderen die Vorfluth erschwerenden Gegenständen in das Fluth-Profil ist verboten bei 10 Sgr. Strafe und nur in Ufer-Einschnitten nach dem Ermessen der Schaucommission gestattet.
- g) An angemessenen Punkten, gewöhnlich an der oberen Grenze der Räumungsstrecke jeder Ortschaft, ist die richtige Sohlenlage durch einen Pfahl oder Stein Seitens der Schaucommission auf Kosten der Räumungspflichtigen der betreffenden Strecke festzustellen.

Die näheren Bestimmungen über die vorstehenden Punkte trifft die Schaucommission.

§. 5. In den ersten 8 Tagen nach Ablauf der Räumungsfrist wird die Schau abgehalten und ein Protocoll darüber aufgenommen, mit einem Verzeichniß der verurtheilten Strafen und der erforderlichen Nacharbeiten. Die Schaucommission setzt die Strafen fest und zieht dieselben zur Strafkasse ein, wozu ein von ihr dazu erwähltes Mitglied der Schaucommission verordnet.

Es läßt ferner alsbald die erforderlichen Nacharbeiten durch Lohnarbeiter auf Kosten der säumigen Räumungspflichtigen ausführen und zahlt die Kosten von denselben ein.

Es kann auch die Ausführung der Nacharbeiten dem Räumungspflichtigen selbst aufgeben, wenn dieser dazu will, ist und der Zweck nach dem Ermessen der Schaucommission auf diese Weise rechtzeitig erreicht wird. Die Einziehung der Strafen und Kosten erfolgt nöthigenfalls im Wege der Execution durch Requisition der Ortspolizeibehörde oder des Kreislandrathes. Beim königlichen Fiskus erfolgt die Festsetzung der Strafen gegen den betreffenden königlichen Oberförster resp. Domainenbeamten.

§. 6. Die Strafe beträgt

| | | |
|---------------------------|--------------------|--------------|
| für unterlassene Räumung | pro laufende Ruthe | 2 Sgr. — Pf. |
| für mangelhafte Räumung | 1 | — |
| für unterlassene Krautung | 1 | — |
| für mangelhafte Krautung | 1 | 6 |

§. 7. Die Schaucommission steht in der Regel bei der Schau einen Grabenmeister oder einen in Grabenarbeiten erfahrenen Schachtmeister zu, welchem die auszuführenden Nacharbeiten nöthigenfalls gleich übertragen werden können unter Anfertigung eines Kostenüberschlages. Die Bekanntmachungen an die Be-theiligten erläßt der Vorstehende der Schaucommission auf ortsübliche Weise.

§. 8. Die Verrichtung der Schaucommissarien ist unentgeltlich, doch sollen sie an Schautagen jeder 2 Taler Entschädigung für Diäten und Reisekosten erhalten, soweit der Bestand der Strafkasse dazu ausreicht. Etwaige größere Bestände der Strafkasse sind nach Bestimmung der Schaucommission zu Verbesserungen an den Wasserzügen zu verwenden.

§. 9. Beschwerden über die Schaucommission entscheidet der königliche Landrath endgültig.

In zweifelhaften Fällen wird der Vorstand des Verbandes zur Regulirung der Schwarzen Elster darüber gehört werden.

Merseburg, den 2. December 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(914)

Deichvertheidigungs-Ordnung
für den Crannichau-Polziger Deichverband.

Damit die Deichgenossen über ihre Verpflichtungen gegen den Deichverband im Allgemeinen und die Ortsvorsteher über ihre Obliegenheiten gegen die Deichverwaltung unterrichtet und insbesondere die Dienste und sonstigen Leistungen bei der Vertheidigung der Deiche gegen Eisgang und Hochwasser geregelt werden, wird auf Grund des §. 29. des Deichstatuts für den Crannichau-Polziger Deichverband vom 30. April 1851 (Gesetz-Sammlung 1851 Seite 289. und folgende), sowie auf Grund des §. 11. des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung nachstehende Verordnung erlassen.

§. 1. Die Communalbehörden, die Besitzer der selbstständigen Güter, welche zum Deichverbande gehören, und alle übrigen Deichgenossen sind verpflichtet, in allen das Deichwesen oder die Entwässerung der Niederung des Verbandes betreffenden Angelegenheiten die Anweisungen des Deichhauptmanns, oder in seiner Stellvertretung des Vice-Deichhauptmanns, als des obersten Deichpolizeibeamten in der Niederung, mögen diese unmittelbar von ihm oder in seinem Auftrage vom Deichinspector und den Deichschöppen ausgehen, zu befolgen und ohne jede Weiterung, vorbehaltlich späterer Beschwerde, auszuführen.

Ordnungsstrafen darf zwar der Deichhauptmann gegen die Communalbehörden und Ortsvorsteher nicht festsetzen, er muß sich dieselben vielmehr an die betreffende königliche Oberaufsichtsbehörde wenden, gegen die Deichgenossen aber kann er, wenn sie sich in Erfüllung ihrer Verpflichtungen säumig zeigen, alle gesetzlich zulässigen Mittel der Execution in Anwendung bringen.

§. 2. Soweit nach dem Deichstatut vom 30. April 1851 das Deichamt durch den Deichhauptmann, seinen Stellvertreter und den Deichinspector vertreten wird, so tritt auch ihre Function und Autorität bei der Deichvertheidigung ein.

§. 3. Die Functionen der Deichschöppen bei der Deichvertheidigung werden durch besondere Instruktionen geregelt.

§. 4. Außer jenen Beamten fungirt noch für jeden Wachtposten ein Wachtmeister und sein Stellvertreter. Sie werden beim Wechsel der Wachtmannschaften von den Deichschöppen ernannt und die Wachtmannschaften jedesmal ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß sie denselben bei Strafe zu gehorchen haben.

§. 5. Zur Beaufsichtigung und Vertheidigung der Deiche werden für die 6 Aufsichtsbezirke des Verbandes (§. 49. des Statuts) neun Wachtstationen gebildet und zwar:

- a) im ersten Aufsichtsbezirke:
- 1) die erste Wachstation vom Beginne des Deiches bei Crannichau bis zur Mehderisch-Wesniger Grenze, Wachstation: das Gut Crannichau;
 - 2) die zweite Wachstation von der Mehderisch-Wesniger bis zur Cünzwerda-Lohwiger Grenze, Wachstation: das Freigut Cünzwerda;
- b) im zweiten Aufsichtsbezirke:
- 3) die dritte Station von der Cünzwerda-Lohwiger bis zur Lohwig-Mark Gnesener Grenze, Wachstation: die dortige Wachbude;
 - 4) die vierte Station von der Lohwig-Mark Gnesener Grenze bis zur Länette Lohwig, Wachstation: die Tabagie beim Kleebergischen Kalkfein;
- c) im dritten Aufsichtsbezirke:
- 5) die fünfte Station von der Länette Repp bis zur fiskalisch Döbernschen Grenze, Wachstation: das Gasth. Repp;
- d) im vierten Aufsichtsbezirke:
- 6) die sechste Station von der fiskalisch Döbernschen Grenze bis zur Döbern-Modrigher Grenze, Wachstation: das dortige Wachhaus;
- e) im fünften Aufsichtsbezirke:
- 7) die siebente Station von der Döbern-Modrigher bis zur Modrich-Elsniger Grenze, Wachstation: das dortige Wachhaus;
 - 8) die achte Station von der Modrich-Elsniger bis zur Elsnig-Polbiger Grenze, Wachstation: das dortige Wachhaus;
- f) im sechsten Aufsichtsbezirke:
- 9) die neunte Station von der Elsnig-Polbiger Grenze bis an das Ende des Crannichau-Polbiger Dammes, Wachstation: die Schenke in Polbig.

§. 6. Zu den Wachstationen haben als einfache Wachmannschaften zu stellen:

- 1) für die erste Station: Crannichau 1 Mann, Mehderisch 3 Mann,
- 2) für die zweite Station: Wesnig 3 Mann, Cünzwerda 3 Mann,
- 3) für die dritte Station: Lohwig 4 Mann,
- 4) für die vierte Station: Torgau 6 Mann,
- 5) für die fünfte Station: Torgau 2 Mann, Welsau 2 Mann, Wabla 1 Mann, Repp 1 Mann, Gimig 2 Mann;
- 6) für die sechste Station: Döbern 3 Mann,
- 7) für die siebente Station: Modrich 3 Mann, Drögnitz 1 Mann,
- 8) für die achte Station: Elsnig 3 Mann, Reiden 1 Mann,
- 9) für die neunte Station: Polbig 4 Mann.

§. 7. Die Wachmannschaft tritt zu der von dem Deichhauptmann festgesetzten Stunde den Dienst an. Die Ablösung erfolgt von 12 zu 12 Stunden durch andere Mannschaften aus den verpflichteten (§. 6). Ortsvorfälle allemal früh 7 Uhr und Abends 7 Uhr.

§. 8. Die Wachmannschaft jedes Orts wird von einem durch den Ortsvorstand zu ernennenden Gemeindevorstande, welches zugleich Deichgenosse ist, zur Wachstation geführt, und dem Ausführenden vom Ortsvorstande ein Namens-Vergleich der Mannschaften mitgegeben, welches auf dem Wachhause bis zum Ablaufe des Hochwassers aufbewahrt wird, wo dann sämtliche Vergleichnisse vom Deichschöpfer dem Deichhauptmann übergeben werden.

§. 9. Die Wachmannschaften dürfen nur aus gesunden kräftigen Mannspersonen nicht unter 16 Jahr, nicht über 60 Jahr alt bestehen. Sie müssen zum Schutze gegen das Wetter mit gehöriger Bekleidung und für 12 Stunden mit genügenden Lebensmitteln versehen sein. Auch dürfen höchstens die Hälfte der Wachmannschaften Dienstboten sein.

§. 10. Jeder zur Deichwache gestellte Mann muß einen Spaten, eine Mistgabel und ein Fell mitbringen. Außerdem werden auf jeder Wachstation 2 Schubarren, 2 gute Laternen, 2 Schlägel, 1 Handramme, 1 Radehacke, 2 Mistgabeln vorrätig gehalten.

Die Schubarren, Laternen, Schlägel und Handramme werden vom Deichverbande befohlen, die übrigen Geräthschaften haben die Ortschaften, in deren Flur die Station liegt, für die Zeit der Wache unentgeltlich abzugeben.

§. 11. Die Ortsvorfälle haben die zum Dienste bei den Deichen brauchbaren Leute zu vergleichen.

und die Reihenfolge zu bestimmen, in welcher dieselben bei einfacher oder doppelter Besetzung die Wache zu begehren haben.

§. 12. Die Wachmannschaften sind zum ordentlichen Betragen auf der Wache und zur Folgsamkeit gegen die Befehle des Wachmeisters, sowie der übrigen Deich- und sonstigen bei der Deichverteidigung thätigen Beamten anzuweisen.

Der Wachmeister steht zunächst unter den Befehlen des Deichschöpfen.

Wenn ein Wachmeister sich genöthigt sehen sollte, Leute wegen Unfolgsamkeit oder Trunkenheit auf der Wache arrestiren zu lassen oder doch fortzuweisen, so muß auf seine Anordnung aus der Gemeinde, welcher solche Wächter angehören, unverzüglich der nöthige Ersatz abgeordnet, dem Schuldigen soll aber außer der gesetzlichen Strafe die schon geleistete Wache nicht angerechnet werden.

§. 13. Die Wachmannschaft wird bei der Ankunft und beim Abgange verlesen. Verspätung- oder ungebührliches Betragen wird nach §. 26. dieser Verordnung bestraft.

§. 14. Bei mehreren Wachstationen kann der Fall eintreten, daß die Mannschaften von ihrem Wohnorte durch das Wasser abgeschnitten werden, während sie sich auf den Deichen befinden. Namentlich kann dieser Fall eintreten bei Wesung, Lohwieg, Obbern, Rodrig, Elomig. Um diese Communication zu erhalten, hat der Deichverband für jede der Wachstation Nr. 2. 3. 6. 7. 8. je 2 Rähne, deren Jeder mindestens 10 Personen sicher tragen kann, zu beschaffen, die genannten Drischäften aber in deren Interesse jene Rähne beschafft werden, sind schuldig, sie von Torgau an ihre Deiche unentgeltlich zu fahren und zurückzuschaffen.

§. 15. Die Deichwacht tritt in einfacher Stärke bei Eisgang oder einem freien Wasserstande von 14 Fuß am Torgauer Pegel ein, zwei bis vierfach bei steigender Gefahr, unbedingt bei einem Wasserstande von 20 Fuß am Torgauer Pegel. Der Befehl zum Aufheben der einfachen oder doppelten Wachmannschaften soll in der Regel von dem Deichhauptmann ausgehen (§. 7.). Bleibt dieser Befehl aber aus irgend einem Grunde aus, trotzdem der Wasserstand die oben angegebene Höhe erreicht, so haben die Deichschöpfen sowohl das Recht als die Pflicht, selbstständig die Wachmannschaften einzubeordern und sind die Ortsvorstände ihnen unbedingt Folge zu leisten schuldig.

Die Deichverteidigung mit allgemeinem Aufgebot aller dazu fähigen Kräfte erfolgt nur auf besondere Anordnung des Deichhauptmanns resp. seines Stellvertreters. In diesem Falle muß jeder arbeitsfähige Mann unverzüglich am Deiche erscheinen, Geräthschaften mitbringen, wie solches vorgeschrieben wird, dort nach gegebener Weisung Dienste verrichten und ausbarren, bis er entlassen wird.

§. 16. Die Wachmannschaften sind bestimmt, ebensowohl den Deich zu begehren und zu reviriren, als auch jede Arbeit zu verrichten und jeden Dienst zu thun, welcher ihrem Vorgesetzten für die Deichverteidigung nothwendig erscheint.

So lange die einfache Deichwacht stattfindet, genügt es in der Regel, daß vom Wachposten aus eine Patrouille von 2 Mann fortwährend den Ramm begehrt, so daß die andere Mannschaft inzwischen ausrückt. Die Patrouille hat auf Alles, was dem Deiche nachtheilig ist, genaue Achtung zu geben und dem Wachmeister Rapport zu erstatten, welcher sich abwechselnd selbst bei der Patrouille betheiligt.

Bemerkt die Patrouille bedenkliche Zustände, so bleibt 1 Mann an der gefährdeten Stelle, der andere aber erstattet dem Wachmeister, wenn er nicht bei der Patrouille ist, schriftlich Rapport. Dieser hat sich dann sofort nach der gefährdeten Stelle zu begeben und das Nöthige zur Abwendung der Gefahr anzuordnen. Bei Nacht begehren die Mannschaften den Deich mit Laternen, Licht und Feuerzeug.

Der Wachmeister hat allen Umständen möglichst selbst abzuhelfen, von wichtigeren Dingen aber dem Deichschöpfen sofort Anzeige zu machen.

Wenn die Deichwache verläßt ist, sind die Patrouillen in doppelter Zahl akzuschicken und zwar so, daß fortwährend auf jeder Hälfte der Deichstrecke sich eine derselben in Bewegung befindet.

Wenn der Wachmeister an der Patrouille Theil nimmt, oder dieselbe revirirt, oder um Beschäftigungen zu beschaffen und deren Abhülfe anzuordnen, von der Wachstation abwesend ist, hat er in derselben mindestens 1 Mann zurückzulassen, welcher die eingehenden Rapporte und Befehle annimmt, resp. für deren Weiterbeförderung durch andere Weilen sorgt. Ueber besondene Schachhaftigkeiten rapportirt der Wachmeister an den Deichschöpfen, zeigt ihm auch an, welcher Materialien er bedarf, binnen welcher Zeit und an welcher Stelle.

§. 17. Im Nothfalle ist die Wachmannschaft verbunden, zur Deichwache und Vertheidigung auch über die regelmäßige Zeit von 12 Stunden auf dem Deiche zu verbleiben und Dienste zu thun und zwar allemal, sobald der Wachmeister oder der Deichschöpfe es befiehlt.

Ebenso können im gleichen Falle die Wachmannschaften auf jeder gefährdeten Stelle außerhalb des Wachbezirks verwendet werden und müssen diesem Befehle ohne Weiteres Folge leisten.

§. 18. Die zur Bewachung und Beschützung des Deiches bei Eizang oder Hochwasser erforderlichen Mannschaften, Fuhrwerke und Boten, reitend wie zu Fuß, werden von den Deichgenossen eines jeden Wachbezirks unentgeltlich gestellt und die Arbeitergeräthschaften, soweit sie der Deichverband nicht selbst besitzt, lahmweise unentgeltlich geliefert. Die Aufforderung des Deichbeamten ergeht an den Ortsvorstand, welcher bei eigener Verantwortung sofort die Mannschaften, Fuhrwerke resp. Boten beordert und die Personen bezeichnet, welche die Arbeitergeräthschaften zu stellen haben. Die angefahrenen Materialien und Geräte müssen durch die Deichgenossen nach Anordnung des Deichschöpfen oder Wachmeisters abgeladen und selbst bis auf die Krone des Deiches geschafft und dafelbst vertheilt werden.

§. 19. Bretter, Pfähle, Fashinen und Steine werden vom Deichverbande angekauft und aus dessen Kasse bezahlt. Mist und Stroh, einschließlich des Lagerstrohs für die Wachstationen werden von den Deichgenossen unentgeltlich geliefert und angefahren. Die Repartition des nöthigen Düngmaterials erfolgt wirtschaftsweise auf der Grundlage des Katasters an die dem Deiche zunächst gelegenen Ortschaften durch den Deichhauptmann, welcher auch die Zeit der Anfuhr und die Stelle, wo dasselbe abzuladen ist, bestimmt. Auf diejenigen Ortschaften des Verbandes, welche danach keinen Dünger anfahren oder doch weniger als ihre Kataster-Einheiten vorschreiben, werden die Fuhren für Bretter, Fashinen, Pfähle und Steine ebenfalls auf der Grundlage des Katasters dergestalt repartirt, daß danach die Düngertieferung gegen die Anfuhr der Bretter, Fashinen zc. in ein angemessenes Preisverhältniß gesetzt wird.

§. 20. Wo in einem Orte für den Vorstand desselben Schwierigkeiten für die Repartition der ausgeschriebenen Düngertieferungen und Fuhren entstehen, ist es Sache des Deichhauptmanns die diesen Ort treffende Last einzelnen Mitgliedern der Gemeinde katastermäßig aufzulegen und damit in jedem Jahre möglichst alternierend zu verfahren, es müßten denn die verpflichteten Gemeindeglieder sich über einen anderen die rechtzeitige Lieferung nicht beeinträchtigenden Leistungsmaßstab endgültig unter einander geeinigt haben.

§. 21. An dem zur Beschützung und Abnahme der gelieferten Materialien u. s. w. bestimmten Tage muß ein vom Ortsvorstande des liefernden Ortes ernannter Deichgenosse als Deputirter auf dem Deiche bei der Reception und Abnahme gegenwärtig sein. Derselbe muß vom Ortsvorstande über die Personen der Lieferanten richtig informirt sein und über alles Nöthige Auskunft zu geben im Stande sein. Die fehlenden Materialien u. s. w. müssen sofort herbeigeschafft, die als unbrauchbar zurückgewiesenen ersetzt werden.

Wer sich bei Lieferung dieser Materialien und der Geräthschaften säumig oder nachlässig zeigt, verfällt dafür nicht nur in die im §. 26. der Verordnung festgesetzte Strafe, sondern ist auch zur sofortigen Nachlieferung gehalten, oder die fehlenden resp. schlecht gelieferten Gegenstände werden ohne weiteren Zeitverlust anderweit beschafft und die Kosten von ihm eingezogen.

§. 22. Die unentgeltlich gelieferten Materialien zc. können von denen, die sie hergegeben haben, nachdem die Gefahr vorüber ist, in der Lage und Qualität, worin sie sich befinden, wieder in Empfang genommen werden.

§. 23. Bei bringender Gefahr sollen die nöthigen Materialien und Geräte jeder Art auf Befehl des Deichhauptmanns, Deichinspectors und wenn diese nicht zugegen sind, des Deichschöpfen von da genommen werden, wo sie am nächsten und in zureichender Menge vorhanden sind. Ein Jeder muß dies gestatten und wird bestraft, wenn er sich unwillfährig oder widerspenstig zeigt. Dagegen haben die Deichbeamten dafür zu sorgen, daß wenn die Gefahr vorüber ist, die Bretter, Fashinen, Pfähle und Steine, demjenigen, von dem sie genommen sind, in derselben Art und Menge zurückgegeben oder nach dem Werthe, jedoch nicht außerordentlichen Werthe vergütet werden.

Was die Lieferung von Dünger und Stroh anlangt, welche Jemand, der nicht Deichgenosse war, in solcher Zeit der Noth gemacht hat, so muß der Gegenstand nach dem wahren Werthe von den Deichgenossen des betreffenden Stationsbezirks vergütet werden, wenn der Eigentümer die Erstattung in Natura ablehnt.

§. 24. Insofern beim Erscheinen dieser Verordnung in einzelnen Bezirken die Auseinandersetzung der Interessenten wegen gelieferter von dem Verbanne nicht zu bezahlender Materialien noch nicht regulirt sein sollte, erfolgt die Ausgleichung unter den Ortschaften des Bezirks wie unter den Interessenten in den Dertern lediglich nach Maßgabe gegenwärtiger Verordnung.

§. 25. Wenn eine Pfändung wegen Uebertretung diepölyzeilicher Vorschriften oder Exécution wegen rückständiger Abgaben und Leistungen vorgenommen wird, so soll den Deichbeamten von allen Königlich und Communal-Behörden der Stadt und des platten Landes, überhaupt von allen Einwohnern auf Verlangen der nöthige Beistand geleistet werden. Ramentlich sind aber alle Deichgenossen gehalten, gesan-

betes Vieh oder sonstige Pfandstücke bei sich aufzunehmen und so lange zu bewachen und zu erhalten, bis ihnen ein Befehl zur Herausgabe von dem Deichhauptmann oder von dem Deichschöppen zugeht. Diese Beamten werden für Verschöpfung der Futterkosten sorgen.

§. 20. Uebertretungen der Vorschriften dieser Verordnung werden mit dem im §. 21. des Deichstatuts des Grannichau-Polbiger Deichverbandes bestimmten Strafen resp. mit einer Geldstrafe von 10. Sgr. bis 5 Thlr. oder verhältnismäßiger Gefängnißstrafe geahndet.

Melzburg, den 6. December 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(945)

Geschäfts-Anweisung

für die Deichschöppen und Wachtmeister des Grannichau-Polbiger Deichverbandes.

Den Deichschöppen und Wachtmeistern des Grannichau-Polbiger Deichverbandes wird auf Grund des §. 20. des Deichstatuts genannten Verbandes vom 30. April 1851 (Gesetz-Sammlung 1851 Seite 289.) nachstehende Geschäfts-Anweisung ertheilt:

§. 1. Das Amt der nach §. 49. des Deichstatuts zu ernennenden 12 Deichschöppen ist ein Ehrenamt. Jeder Deichgenosse ist verpflichtet, dasselbe anzunehmen und drei Jahre lang zu verwalten. Zur Ablehnung oder zur Niederlegung des Amtes vor Ablauf der drei Jahre berechtigen nur folgende Gründe:

- 1) körperliche Unfähigkeit,
- 2) Geschäfte, die eine häufige oder lange dauernde Abwesenheit mit sich bringen,
- 3) ein Alter von mehr als 60 Jahren,
- 4) die früher stattgehabte Verwaltung dieser Stelle für die 3 nächsten Jahre,
- 5) sonstige besondere Verhältnisse, welche nach dem Ermessen des Deichamtes eine gütliche Entschuldigung begründen.

§. 2. Wer sich ohne einen der vorausgeführten Entschuldigungsgründe weigert das Amt eines Deichschöppen anzunehmen oder das noch nicht 3 Jahre lang versetzte Amt ferner zu bekleiden oder wer sich dessen Verwaltung thatsächlich entzieht, kann durch einen Beschluß des Deichamtes, gegen welchen die Beschwerde an die vorgelegten Behörden zulässig ist, auf 3—6 Jahre der Ausübung des Wahlrechts verlustig erklärt und angemessen stärker zu den Deichabgaben herangezogen werden.

§. 3. Die Deichschöppen sind nach §. 49. des Statuts die Organe und Gehälfen des Deichhauptmanns und Deichinspectors und als solche verbunden, diese Beamten bei der allgemeinen Deichverwaltung zu unterstützen und ihre Anordnungen auszuführen.

Wenn ihnen diese Verpflichtungen nach dem Statute namentlich nur für ihren besonderen Bezirk obliegen, so dürfen sie dennoch in wichtigen und dringenden Fällen ihre Dienstleistung auch in anderen Bezirken nicht verweigern, sobald sie von dem Deichhauptmann oder Deichinspector verlangt werden.

Die Anordnungen dieser Vorgesetzten werden sie pünktlich befolgen; in ihrem Benehmen gegen die Deichgenossen und gegen die Unterbeamten und Arbeiter, denen sie mit gutem Beispiel in Ehrbarkeit und Pflichttreue vorangehen sollen, Festigkeit und Bestimmtheit mit rechtlicher Billigkeit, Unparteiligkeit und Fleißigkeit zu verbinden haben. Ganz besonders wird erwartet, daß sie in Zeiten der Gefahr mit Thätigkeit, Ausdauer und Besonnenheit die Vertheidigung der Deiche leiten und nach ihren Kräften Unglück und Schaden von der Niederung abzuwenden bemüht sein werden.

§. 4. Wenn sich ein Deichschöppe einer groben Verletzung seiner Dienstpflichten schuldig macht, so kann er abgesetzt von den besonderen dadurch verwirklichten gesetzlichen Strafen, entlassen und die Bestimmung des §. 2. auf ihn in Anwendung gebracht werden.

§. 5. Die Deichschöppen führen in dem ihnen zugewiesenen Aufsichtsbezirke über die Deichstrecke, Ufer, Uferwerke, Pflanzungen, Brücken u. über die sonstigen Societäts-Anlagen und das Eigentum des Verbandes die specielle Aufsicht. Demgemäß haben sie sich von deren Zustande in fortwährender Kenntniß zu erhalten, bemerkte Mängel und Schäden dem Deichhauptmann oder Deichinspector anzuzeigen und in dringlichen Fällen sogleich selbst die zu deren Abstellung erforderlichen Anordnungen zu treffen und auszuführen. Die Unterbeamten des Verbandes, der Wachtmeister, Wachenmeister und die Wuhnenrechte stehen innerhalb des Aufsichtsbezirks unter der Aufsicht der Deichschöppen und sind ihnen Gehorsam und Folgamsamkeit schuldig.

Sobald ein Deichschöppe von einer Uebertretung der zum Schutze der Deiche, Ufer, Wuhnen, Pflanzungen, Brücken u. erlassenen polizeilichen Vorschriften Kenntniß erhält, hat er sofort einzuschreiten, die Contravenienten festzustellen und dem Deichhauptmann zur weiteren Verfolgung Anzeige zu machen. Lassen die Verhältnisse des Contravenienten die spätere Einziehung des Bandgeldes, den Ertrag des Schadens und die Vollstreckung der etwa verwirklichten Strafe ungewiß und unsicher erscheinen, so kann er die Deposition

einer entsprechenden Geldsumme oder eines Pfandobjects fordern. Er zeigt solches dem Deichhauptmann zur weiteren Veranlassung an, führt das Geld einstmals zur Assertion an den Rentanten ab und sorgt für die Aufbewahrung des Pfandstücks in zweckmäßiger Weise. Er hat endlich darauf zu achten, daß das bewegliche Eigenthum des Verbandes an Gerätschaften, Materialien u. d. d. Beschädigungen und Verlust bewahrt, auch daß die Grundstücke des Verbandes angemessen benutzt und verwertbet und bei der an dritte Personen abgetretenen Benutzung die Bedingungen und Gränzen derselben nicht überschritten werden.

§. 6. Nach Abgang des Eises im Frühjahr, sowie nach dem Ablauf des Hochwassers haben die Deichschöppen den Zustand des Deiches, der Uferwerke, Duhnen, Pflanzungen, Brücken u. d. d. sorgfältig zu untersuchen, die wahrgenommenen Beschädigungen zu vermerken und dem Deichhauptmann von den in ihrem Aufsichtsbezirke erforderlichen Arbeiten Anzeige zu machen, damit deren Nothwendigkeit bei der nächsten Deichschau genau geprüft werden könne. Der Deichschau haben die Deichschöppen stets persönlich beizuwohnen.

§. 7. Gehehen die Bauten und Arbeiten für Rechnung der Deichkasse, so erhalten die Deichschöppen Abschrift des Kostenaufschlags auf Kosten der Deichkasse. Sie haben gleichviel, ob die Bauten und Arbeiten im Ganzen oder im Einzelnen verdungen werden, oder besondere Vauschreiber und Aufseher bestellt sind, auf die gute und auslagsmäßige Fertigung derselben zu achten. Um jedoch die Einheit der Bauleitung nicht zu stören, haben sie, wenn nicht gerade Gefahr im Verzuge ist, vorgefundene Mängel nicht sofort selbst abzuheften, sondern von solchen dem Deichhauptmann oder Deichinspector Mittheilung zu machen, damit durch diese dem Uebelstande abgeholfen werde.

Auch können die Deichschöppen aufnahmeweise von dem Deichhauptmann mit Abrechnung der Arbeiter auf der Baustelle beauftragt werden und erhalten in diesem Falle dafür eine entsprechende Vergütung.

§. 8. Eine besonders große Thätigkeit, Umsicht und Ausdauer wird von den Deichschöppen bei der Vertbeilung der Deiche gegen Eiegang und Hochwasser beansprucht.

Zunächst haben sie in Gemeinschaft mit dem Deichhauptmann die Deichschub-Materialien, Gerätschaften u. d. d. soweit sie von den Deichgenossen zu liefern sind und sofern der Umfang der Leistung im Einzelnen nicht ein für allemal feststeht, auf die Dtschaften u. d. d. zu vertheilen. Bei der Viesierung sind die Deichschöppen anwesend, prüfen die Brauchbarkeit und die Quantität der gelieferten Gegenstände und ordnen an der Stelle die Herbeschaffung des Fehlenden oder die Ergänzung der untlänglich befindlichen Gegenstände an.

§. 9. Die Deichschöppen haben darauf zu sehen, daß die in ihrem Bezirke befindlichen Wachtbuden, Materialien-Schuppen u. d. d. stets in gutem baulichen Zustande erhalten werden. Wo sich Baummängel zeigen oder die Lokaltitäten zur Unterbringung der Wachtmannschaften u. s. w. unzureichend sind, ist dies dem Deichhauptmann rechtzeitig anzuzeigen.

§. 10. Der Befehl, daß die Deichwachen aufziehen, ergeht in der Regel von dem Deichhauptmann. Weist dieser Befehl aber aus irgend einem Grunde aus, trotzdem daß das Wasser auf die Vorländer tritt, (14 Fuß am Torgauer Pegel) so haben die Deichschöppen sofort selbst die vorgeschriebenen Wachtmannschaften zu bestellen (conf. §. 7. und 15. der Polizei-Verordnung von demselben Tage).

§. 11. Beim Aufziehen und Wechseln der Wache muß ein Deichschöppe in dem Wachlocal anwesend sein. Er läßt sich die Wachtmannschaften von dem ausführenden Gemeindegliedee vorstellen, verliest sie und ernennt aus der Mitte der Wachtmannschaften den Wachtmeister und seinen Stellvertreter für die Dauer der Wachperiode. Der Wachtmeister resp. sein Stellvertreter führt in der Wachtstation die Aufsicht und den Befehl. Wachtmeister und Mannschaft sind zunächst dem Deichschöppen untergeordnet und seinen Befehlen pünftliche Folgeleistung zu leisten schuldig.

§. 12. Die Deichschöppen haben den Wachtmeister und Wachtmannschaften zu getreuer Erfüllung ihrer Pflicht zu ermahnen, dem ersteren insbesondere die Ganzhabung einer strengen Manneszucht zu empfehlen und über die Eintheilung der Mannschaften, Ausstellung der Wachposten u. s. w. zu belehren.

Während jeder Wachperiode müssen die Deichschöppen ihre Strecke wenigstens zweimal der Länge nach begehben und sich überzeugen, ob überall die nöthige Wachsamkeit und Ordnung herrscht, ob namentlich auch die Ablösung der Wache regelmäßig erfolgt und die Wachen selbst ihre Patrouillen pünftlich ausführen. So- bialen es die Umstände, so ist der Deichschöppe berechtigt, die ältere Wache zurückzuhalten, auch wenn die neue Wache bereits aufgejogen ist.

§. 13. Ueber die Anstalten und Mittel zur Abwendung eines Bruchs bei entstehender Duellung, Durchsicherung u. s. w. sollen zwar die Deichschöppen im Allgemeinen von dem Deichinspector belehrt sein, welche Maßregeln aber gerade im gegebenen Falle anzuwenden, bleibt ihrer verständigen Erwägung überlassen.

Sie müssen aber gerade in einer so mtlischen und gefährlichen Lage der großen Wichtigkeit ihres Am-

tes bewußt bleiben und durch besonnene, überlegte Anordnungen und deren kräftige und schnelle Ausführung, durch Muth und Beharrlichkeit das Vertrauen ihrer Mitbürger zu rechtfertigen und das Unglück eines Dammbrechens von der Niederung abzuwenden bemüht sein.

Wenn nichts desto weniger ein Bruch entsteht, so darf der Deichschöppe dennoch nicht den Deich verlassen, auch nicht gestatten, daß dies von der Mannschaft geschehe, sondern er muß sie zu unausgesetzter Arbeit antreiben, damit wenigstens der Deich ober- und unterhalb des Bruches gegen weiteren Abbruch gesichert werde.

§. 14. So lange die Dämme mit Mannschaften besetzt sind, findet täglich ein regelmäßiger zweimaliger Briefwechsel auf der ganzen Deichlinie in der Art statt, daß die Deichschöppen, welche am obersten und untersten Ende der Niederung die Wache haben, Morgens um 6 Uhr und Nachmittags um 3 Uhr einen offenen schriftlichen Bericht über den Stand des Wassers und Eises und über die sonstigen Vorfälle im Bezirke durch Boten von Wachtbude zu Wachtbude schicken.

Der Deichhauptmann wird die nöthigen besonderen Anordnungen beim Eintritt eines jeden Hochwassers zur Kenntniß derjenigen Deichschöppen bringen, von welchen ihm diese Rapporte zuzuschicken sind, was in dringenden Fällen durch reisende Boten zu besorgen ist. Die übrigen Deichschöppen, bei denen die Berichte durchgehen, tragen ihre Bemerkungen gleich hinter jene Berichte.

Wenn aber das Wasser bis 3 Fuß unter die Deichkrone gestiegen ist und Gefahr droht, muß alle 2 Stunden und wenn die Gefahr augenscheinlich wächst und eine wesentliche Veränderung im Stande des Eises und Wassers bemerkt wird, oder ein anderer Umstand von erheblicher Wichtigkeit eintritt, sofort ein Bericht oder, wenn zu einer schriftlichen Anzeige keine Zeit ist, eine mündliche Meldung an den Deichhauptmann abgefertigt werden.

Die Deichschöppen haben die Wachtbuden-Wachtmeister anzuweisen, daß sie ihnen von jedem in dem Wachtbudenbezirk erheblichen Vorkommniß sogleichst besondere Anzeige erstatten.

§. 15. Sobald die Mannschaften nach Beilegung der Gefahr auf Befehl des Deichhauptmanns entlassen werden können, nimmt der Deichschöppe mit dem letzten Wachtbuden-Wachtmeister eine Revision der vorhandenen Materialien, Geräthschaften u. s. w. vor, läßt die dem Deichverbande angehörenden zusammenfahren und unterbringen und weist die übrigen, soweit sie den Deichgenossen zurückgegeben werden können und müssen, denselben zu. Demnach reicht er dem Deichhauptmann einen Abschluß über den Verbrauch und Bestand derselben und den Betrag, der den einzelnen Ortschaften zu vergütigen sein möchte, ein.

Da Dünger und Stroh, soweit sie noch vorhanden sind, in Natura zurückgegeben werden, so stellt der Deichschöppe über das, was desfalls von jedem Orte requirirt worden und an welcher Stelle es sich befindet, ein Verzeichniß auf und repartirt das Quantum unter die bei der Lieferung betheiligten Ortschaften, weist auch die Ortsvorstände an, sich das auf sie fallende Quantum abzuholen. Die Vertheilung im Orte selbst ist Sache der Ortsvorstände.

Die dem Deichverbande gebührenden Materialien läßt der Deichschöppe an den durch den Deichhauptmann bestimmten Ort durch die von denselben dazu designirten Ortschaften resp. einzelne Mitglieder in denselben, hinschaffen und unterbringen. Bei vorkommender Verigerung eines Ortsvorstandes oder einzelner Mitglieder, die nöthigen Fuhrn und Dienste zu leisten, hat der Deichschöppe dieselben sofort für Geld bewirken zu lassen und dem Deichhauptmann davon Anzeige zu machen, damit dieser Strafe und Kosten von den Schuldigen einziehen kann.

Uebrig gebliebene Faschinen und Pfähle läßt der Deichschöppe durch die letzten Wachtmannschaften sammeln und bewirkt dann deren Verkauf im Wege des Meistgebots. Die bei der Deichverbesserung gebrauchten Steine hat der Deichschöppe ebenfalls durch die Wachtmannschaften auf der Deichkrone aufräumen zu lassen.

§. 16. Der besonderen Aufsicht der Deichschöppen unterliegen endlich die in ihrem Bezirke vorhandenen Hauptentwässerungsgräben, Schleusen, Brücken und sonstigen Entwässerungsanlagen, welche von dem Deichverbande unterhalten werden. Vorkommende Mängel haben sie dem Deichhauptmann anzuzeigen, auch wenn Gefahr im Verzuge ist, sofort selbst das Nöthige anzuordnen. Den angeordneten Grabenschauen wohnen sie ebenso wie den Deichschauungen persönlich bei.

Merseburg, den 5. December 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(136) Die Auswahl eines Mitgliedes für die Handelskammer in Halle aus dem Handelsstande in Eilenburg betr.

Bei der am 30. October a. stattgehabten Newwahl eines Mitgliedes der Handelskammer für Halle, die Sachörter und Eilenburg aus dem Handelsstande zu Eilenburg ist der Fabrikant Friedrich Wittföhrlich daselbst als Mitglied gewählt und ist diese Wahl durch Ober-Präsidential-Erlass vom 24. v. M. bestätigt worden.

Merseburg, den 4. December 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(317) Polizei-Verordnung, die öffentlichen Ausschreibungen, Anzeigen und Bekanntmachungen von Collecten betr.

Unter Aufhebung des §. 2. und des zweiten Alinea des §. 3. unserer Amtsblatts-Verordnung vom 25. Mai 1857 (Amtsblatt pro 1857 S. 196.) verordnen wir auf Grund des §. 11. des Gesetzes vom 11. März 1850 (Gesetz-Sammlung für 1850 S. 265.) für den ganzen Umfang unseres Verwaltungsbezirks was folgt:

Öffentliche Ausschreibungen von Collecten und derartige Aufforderungen zu Sammlungen sind, soweit diese Sammlungen nicht nach der Ausnahmebestimmung des Alinea 1. des §. 3. der Verordnung vom 25. Mai 1857 ohne Weiteres statthaft erscheinen, nur mit Genehmigung des königlichen Ober-Präsidenten der Provinz zulässig. Auch zu allen öffentlichen Anzeigen und Bekanntmachungen solcher Collecten, selbst wenn diese Veröffentlichungen keine ausdrückliche Aufforderung zu Beiträgen, sondern nur die Nachricht über das thatsächliche Stattfinden von Collecten enthalten, ist die Genehmigung des königlichen Ober-Präsidenten der Provinz erforderlich.

Gewerbandlungen gegen diese Bestimmungen werden mit der im §. 5. der Amtsblatts-Verordnung vom 25. Mai 1857 angedrohten Geldstrafe von 1—10 Thlr. bestraft.

Mertseburg, den 10. December 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(348) Die Annahmeh und Prüfung der Freiwilligen zum einjährigen Militärdienst betr.

Unter Hinweisung auf die §§. 126—165. der Militär-Erlass-Instruction vom 9. December 1858, über die Erwerbung der Berechtigung zum einjährigen Militärdienst, bringen wir hierdurch Nachstehendes zur öffentlichen Kenntniß.

I. Die Annahmeh zum einjährigen Dienst darf frühestens im Laufe desjenigen Monats erfolgen, in welchem das 17. Lebensjahr zurückgelegt wird und muß spätestens bis zum 1. Februar desjenigen Kalenderjahres stattfinden, in dem das 20. Lebensjahr vollendet wird. Der Nachweis der Berechtigung muß bis zum 1. April des letztgedachten Jahres geführt sein.

Wer diese Termine versäumt, verliert den Anspruch auf die Vergünstigung zum einjährigen Dienst und kann solche nur ausnahmsweise, bevor er an der Lösung zum dreijährigen Dienst Theil zu nehmen verpflichtet war, oder wenn er vermöge seiner Pockennummer disponibel blieb, vor der zweiten Aushebung auf den an die zuständige Kreis-Erlass-Commission zu richtenden Antrag, von den oberen Provinzial-Behörden wieder verliehen erhalten.

II. Die Annahmehungen müssen schriftlich angebracht und mit nachverzeichneten Attesten, als:

- a) dem Geburtschein,
- b) der Einwilligung des Vaters oder Vormundes,
- c) einem amtlichen Atteste über die zeitliche Führung (für Röglinge höherer Schulen haben die Directoren resp. die Rectoren der betreffenden Unterrichts-Anstalten das qu. Attest auszustellen),
- d) einem Zeugnisse über die in einer öffentlichen Lehranstalt oder durch Privatunterricht erlangte allgemeine Bildung,
- e) einer mit dem Signalemt des betreffenden Jünglings versehenen Bescheinigung des competenten Landrathsamtes darüber, daß derselbe Preussischer Unterthan, oder ein Staatsangehöriger der beiden Herzogthümer Mecklenburg oder der Herzogthümer Anhalt sei und die Absicht, einjährig freiwillig dienen zu wollen, angezeigt habe, und
- f) einem Atteste eines Militär-Oberarztes, eines Kreisphysicus oder des Hausarztes über den Gesundheitszustand,

unter der Adresse des Regierungs- und Militär-Departements-Rath von Breitenbach portofrei und spätestens bis zum

1. Februar resp. 31. August fut.

eingereicht werden.

III. Alle diejenigen, welche ihre wissenschaftliche Befähigung zum einjährigen Dienst durch Zeugnisse,

b. h. entweder durch

- 1) ein von einem Preussischen Gymnasium ertheiltes Zeugniß der Reife für die Universität, oder
- 2) ein Zeugniß eines Preussischen Gymnasiums oder einer Realschule erster Ordnung, daß der Inhaber entweder mindestens ein halbes Jahr in der Secunda an allen Gegenständen des Unterrichts mit Erfolg Theil genommen, oder in der Prima der mit dem Gymnasium etwa verbundenen Realklassen gethesen sei, oder

- 3) ein Zeugniß des Königl. Cabettenhauses zu Berlin über mindestens halbjährlichen Aufenthalt in den-
selben, oder
- 4) ein Zeugniß eines zu Entlassungs-Prüfungen berechtigten Seminars, daß der Inhaber zum Ele-
mentar-Schulamt taugl. sei, oder
- 5) ein Zeugniß eines Königl. Theaters, daß der Inhaber zu Kunstleistungen bei denselben angestellt
sei, oder
- 6) ein Zeugniß einer zu Entlassungs-Prüfungen berechtigten Bürger- oder Realschule zweiter Ordnung,
daß der Inhaber mindestens ein halbes Jahr in der Prima gelehrt habe oder das Abgangszeugniß
einer solchen der Prima erlangenden Lehranstalt, oder
- 7) ein gleiches Zeugniß eines Progymnasiums, oder
- 8) ein Zeugniß der Gärtner-Lehranstalt zu Potsdam über bestandene Prüfung als Gartenkünstler, oder
- 9) ein Zeugniß der Direction des Königl. Gewerbe-Instituts zu Berlin, darüber, daß der Inhaber das
selbst schon aufgenommen, oder zur Aufnahme zu einem bestimmt bezeichneten Termin auf Grund
des Zeugnisses der Reise von einer Provinzial-Gewerbeschule notirt sei, oder
- 10) ein Zeugniß der betreffenden Lehranstalt, daß der Inhaber dieselbe vor dem 1. Mai 1859 verlassen
habe und entweder Lecturer eines Gymnasiums gewesen sei und an allen Lehrgegenständen der 3.
Klasse mit Erfolg Theil genommen habe, oder von einer höheren Bürger- oder Realschule aus
der 2. Klasse mit dem Zeugnisse der Reise für Prima entlassen worden sei,
nachweisen und die sub II. bezeichneten Atteste beibringen, sind von der persönlichen Vorstellung vor uns
entbunden.

IV. Wer den ad III. gedachten Nachweis nicht zu führen vermag, hat sich der vorgeschriebenen wi-
ssenschaftlichen Prüfung zu unterwerfen.

V. Zu Prüfungsterminen, die, wie gewöhnlich, im Sessionssaale der Abtheilung des Innern hiesiger
Königl. Regierung stattfinden und Morgens um 8 Uhr ihren Anfang nehmen, werden hiermit für das
nächste Jahr

der 18. März und der 9. September
festgesetzt. Merseburg, am 22. November 1862.

Königl. Departements-Prüfungs-Commission der Freiwilligen zum einjährigen Militärdienst.

(949.) Ausgeloste Beirer Stadtschultheissen.

Von unsern Stadtschultheissen wurden heute planmäßig ausgelost:

| | |
|--|------------------|
| a) Lit. A. Nr. 42. & 200 Thlr. | 200 Thlr. |
| b) Lit. B. Nr. 95. und 106. & 100 Thlr. | 200 |
| c) Lit. C. Nr. 5. 125. und 126. & 40 Thlr. | 120 |
| d) Lit. D. Nr. 270. 360. 390. & 20 Thlr. | 60 |
| Summa | 680 Thlr. |

Wir kündigen diese Beträge, die wir am 1. Juli 1863 in unserer Stadthauptkasse gegen Rückgabe der
Obligationen und Coupons nebst den laufenden Zinsen zahlen. Weitere Verzinsung findet von da an nicht
statt. Zugleich machen wir den Inhabern unserer Stadtschultheissen bekannt, daß vom 2. Januar 1863
ab in unserer Stadthauptkasse neue Coupons auf sechs Jahre gegen Vorzeigung der Talons ausgehändigt
werden. Zeitz, den 1. December 1862.

Der Magistrat.

Personal-Chronik.

(950.) Die Verwaltung des Superintendenten-Amtes in der Diöces Liebenwerda wird nach dem
Abgange des Superintendenten **Waller** aus demselben einstimmen von dem Oberpfarrer **Reißbach** in
Mühlberg fortgeführt werden.

(951.) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Lieber- und Oertopsfeld in der Diöces Wei-
sensee ist der bisherige pastor extraordinarius **Otto Großer** in Mühlhausen berufen resp. ernannt und
bestätigt worden.

(952.) Durch die Versetzung des Pfarrers **Knoth** ist die unter Privat-Patronat stehende Pfarr-
stelle in Osterfeld, Diöces Witten, vacant geworden. Ueber die Wiederbesetzung derselben ist bereits disponirt.

(953.) Die Repräsentanten des Wittenberger Eibischverbandes haben für die nächste 6jährige Wahl-
periode den königlichen Rathsrat **v. Jagow** zum Deichhauptmann und den Amtsrath **Lücke** zu Biesern
zum Vice-Deichhauptmann wieder gewählt, welche Wahlen bestätigt worden sind.

(1854) Der Königl. Bau-Inspector **Deutschmann** in Wittenberg ist zum technischen Mitgliede und der Beigeordnete **Köppe** daselbst zum Stellvertreter des Vorstehenden der Königl. Prüfungs-Commission für Baugewerker zu Wittenberg ernannt worden.

(1855) Die Schulschle in Wischroba, Ephorie Edartsberga, Privat-Patronats, ist durch die freiwillige Emeritirung ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(1856) Die Schul- und Küsterstelle in Leisling, Ephorie Weisenfels, Königl. Patronats, ist durch das Ableben ihres bisherigen Inhabers erledigt.

(1857) Dem Domainenpächter, Oberamtmann **Julius Rüttich** in Wendelsheim ist der Character als Königl. Amtsrat und den Domainpächtern **Karl Ludwig Parsleben** in Rötzsch, **Otto Hochstrob** in Wendelsheim und **Karl Rüttich** zu Sittichenbach der Character als Königl. Oberamtmann verliehen worden.

(1858) In der Stadt Halle a. d. S. sind zu Schiedsmännern wieder resp. neu gewählt und verpflichtet worden: der Schornsteinfegermeister **Mangold** für den 4. Bezirk und der Fabrikbesitzer **Preßler** für den 10. Bezirk.

(1859) Im Delitzscher Kreise sind zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern gewählt und verpflichtet worden:

für den I. Landbezirk: der Ortsrichter **Lauze** in Duels zum Schiedsmann, der Gutsbesitzer **Hobusch** daselbst zum Stellvertreter;

für den II. Landbezirk: der Ortschaftsälteste **Bornschlein** in Reinsdorf zum Schiedsmann, der Gerichts-**Schöppe** **Sempel** daselbst zum Stellvertreter;

für den III. Landbezirk: der Gutsbesitzer **Troitsch** in Flemdorf zum Schiedsmann, der Ortschafts-**schulze** **Troitsch** daselbst zum Stellvertreter;

für den IV. Landbezirk: der Ortschafts-**Schmidt** in Spröda zum Schiedsmann, der Ortschafts-**Franz** in Benndorf zum Stellvertreter;

für den V. Landbezirk: der Ortschafts-**Hauptmann** in Bisthorst zum Schiedsmann, der Ortschafts-**Vogel** in Selben zum Stellvertreter;

für den VI. Landbezirk: der herrschaftliche Förster **Morgenstern** in Raschau zum Schiedsmann, der Gutsbesitzer und Ortschafts-**Naumann** in Seelhausen zum Stellvertreter;

für den VII. Landbezirk: der Ortschafts-**Tensch** in Klein-Krositz zum Schiedsmann, der Ortschafts-**Döring** in Lindenbain zum Stellvertreter;

für den VIII. Landbezirk: der Schloß-Inspector **Tartsch** in Hohenprelsitz zum Schiedsmann, der Ortschafts-**Radtzig** in Krippehna zum Stellvertreter;

für den IX. Landbezirk: der Gutsbesitzer **Löhner** in Jessatz zum Schiedsmann, der Gutsbesitzer **Erg-
leben** in Weieritz zum Stellvertreter;

für den X. Landbezirk: der Ortschafts-**Gesler** in Sprotta zum Schiedsmann, der Ortschafts-**Freischlein** Rötzsch zum Stellvertreter.

Hierzu: die zu der Anweisung vom 14. October 1862 (Extrablatt zum 49. Stück des Amtsblatts) gehörigen Muster I. bis VII. in 3. Bogen Seite 21—43.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.

Gedruckt bei Carl Zurl in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für 25. Zeilen Belagsblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Regierungsbezirk . . .
 Kreis
 Veranlagungsbezirk . .

| Lau-
fende
Nr. | Dortliche Bezeichnung
der
Besitzung.

Straße, Platz etc. | Nr. | Bezeichnung
der
Besitzung
nach dem
Hypotheken-
buch. | Vorname
Eigen- | zu 1. des Gesetzes | |
|----------------------|--|-----|---|-------------------|---|--|
| | | | | | Anzahl
der
Gebäude. | Gesam-
twerth
der St.
Kotr. |
| 1. | 2. | 3. | 4. | | 5. | 6. |
| 1 | Wilhelmsstraße | 1 | 15 | Meusel,
Eic | 136
175
186
121
184
136
137
205
226
201
162
170
99
106
63 | 27
35
49
48
80
108
157
246
316
321
291
340
237
296
265 |
| 2 | Erfelbitt | 2 | 42 | Eckel
Häl | 12
114
—
—
—
30
46
57
61
63 | 43
456
—
—
—
216
368
513
610
603 |
| 3 | Erfelbitt | 3 | 40 | Chalm
Rai | 22
—
—
—
7
—
1
1
— | 264
—
—
—
112
—
22
24
— |
| | | | | | 2180 | 6143 |

(1934) De
und der Beigeort
Commission für A

(1935) Dame,
willige Emeritiru und Stand

(1936) Des
das Ableben ihre
schimere.

(1937) De
Königlicher Amts
in Wendelstein v
sehen worden.

(1938) In
pflichtet worden:
ler für den 10.

(1939) In
worden:

für den I. Lai

für den II. La

für den III. La

für den IV. La

für den V. La

für den VI. La

für den VII. La

für den VIII. La

für den IX. La

für den X. La

für den XI. La

für den XII. La

für den XIII. La

für den XIV. La

für den XV. La

für den XVI. La

für den XVII. La

für den XVIII. La

für den XIX. La

für den XX. La

Gattung der Gebäude.
und Zeichnung der
Pforträume
und Hausgärten.

Anzahl
der
Sto-
cke-
werke.

Baulicher
Zustand
des
Gebäudes.

Bauart
der
Umfassungs-
wände.

Nähere Beschreibung
der Gebäude,
Anzahl der in denselben enthaltenen
Räume u. f. w.

| | 6. | 7. | 8. | 9. | 10. |
|-------------------------|---|----|-------------|----------|---|
| Gottfried,
Friedrich | a) Hauptwohnhaus mit
Seitenflügel, kleinem
Pfortraum und einem
etwa 2. Morgen gro-
ßen Hausgarten | 3 | Gut | Masivo | 2 Säle, 12 Stuben, 9 Kammern,
3 Küchen; außerdem Keller und
Bodenraum mit 5 Kammern.
Das 2te Stockwerk ist 1855 neu
aufgeleget. |
| | b) Wohnhaus rechts auf
dem Feste | 2 | Gut | Holzwerk | Im Erdgeschoß Stallung für 3
Pferde; im ersten Stockwerk 2
Stuben, 1 Kammer, Küche, Bo-
dengekl. 1856 neu gebaut. |
| St. Ernst,
Friedrich | a) Wohnb. mit Pfortraum
v. etwa 2 Brg. Größe | 1 | Gut | Masivo | 1 Saal, 5 Stuben, 2 Dachstuben,
Küche, Keller. |
| | b) Fabrikgebäude
(Nattunfabrik) | 2 | Mittelmäßig | Masivo | 4 Arbeitsäle, 8 Stuben, 4 Kam-
mern. |
| | c) Maschinenhaus | 1 | Gut | Masivo | Maschinenraum und 2 Stuben. |
| | d) Scheungebäude | 1 | Schlecht | Holzwerk | Einen ungetrennten Raum enthal-
tend. |
| er, Karl,
Friedrich | a) Wohnhaus mit ge-
räumigem Pfortraum
und Hausgarten von
2. Morgen Größe | 2 | Gut | Masivo | 1 Saal, 9 Stuben, 4 Kammern,
2 Küchen, Keller.
Im Jahre 1856 ist an der West-
seite in jedem Stockwerk ein
Zimmer angebaut. |
| | b) Hintergebäude | 1 | Mittelmäßig | Holzwerk | Wäschliche und Feischall, Boden-
raum. |

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königlichen Regierung.
Gebrucht bei Carl Zurl in Merseburg.
(Inserctionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

| Orand
der
etwaigen
Steuer-
freiheit. | Seit dem Jahre 1853
ist an Miete gezahlt
worden. | | Nach dem Gut-
achten des Ge-
meindevorstandes
ist der jährliche
Mieteswerth der-
jenigen Räume,
für welche ein
wirklich gezahlter
Mieteswerth nicht
ermittelt wer-
den können,
anzunehmen auf | | Der
jährliche
Durch-
schnitts-
mietes-
werth
beträgt
demnach | | Angab
der Gezell
bei welcher
der Summ
welche das
bäude ge
Feuergefähr
sichert i | |
|--|--|--|--|-------|---|-------|--|--------------------------------------|
| | Bezeichnung
des
Gebäude-
theils. | im
Durch-
schnitt
der
Jahre. | Be-
trag. | Tblr. | Tblr. | Tblr. | Tblr. | Tblr. |
| 11. | 12. | 13. | 14. | 15. | 16. | 17. | 18. | 19. |
| Ordgeloch | 1. Stochr. | 53 58 | 100 | — | 150 | 105 | Nachen-W
8000 T | — |
| | | 59 62 | 120 | — | | | | |
| | | 56 57 | 200 | — | | | | |
| | | 58 60 | 250 | — | | | | |
| | | 61 62 | 250 | — | | | | |
| | 2. Stochr.
nebst Garten | — | — | — | 150 | 150 | 1000 | |
| | Stall | 60 62 | 50 | — | 40 | | | |
| | | 1. Stochr. | 59 62 | 50 | — | 50 | | |
| | | | — | — | — | 90 | | |
| | Nur Aufbe-
wahrung von
Brennmate-
rialien nach
§. 3. zu 7. | — | — | — | 250 | 250 | | Solent
5000
6000
1200
50 |
| — | | — | — | 350 | 350 | | | |
| — | | — | — | 60 | 60 | | | |
| — | | — | — | — | — | | | |
| — | | — | — | — | — | | | |
| Ordgeloch | 1. Stochr. | — | — | 130 | 130 | — | — | |
| | | 55 62 | 100 | — | 100 | | | |
| | — | — | — | — | 230 | | | |
| | | — | — | — | 20 | | | 20 |
| Zusammen | | | | | | | | |

| Nach §. 5. zu 1. des Gezeig | | | |
|-----------------------------|-----------------|---------------------------|---------------------------------|
| Steuer-
auf. | Steuer-
lah. | Anzahl
der
Gebäude. | Gesam-
betrag
der Steuer. |
| 1. | 2. | 3. | 4. |
| 1 | — | 4 | 205 |
| 2 | — | 6 | 175 |
| 3 | — | 8 | 186 |
| 4 | — | 12 | 121 |
| 5 | — | 18 | 124 |
| 6 | — | 24 | 136 |
| 7 | 1 | — | 157 |
| 8 | 1 | 6 | 205 |
| 9 | 1 | 12 | 226 |
| 10 | 1 | 18 | 201 |
| 11 | 1 | 24 | 162 |
| 12 | 2 | — | 170 |
| 13 | 2 | 12 | 99 |
| 14 | 2 | 24 | 106 |
| 15 | 3 | 6 | 63 |
| 16 | 3 | 18 | 12 |
| 17 | 4 | — | 114 |
| 18 | 4 | 24 | — |
| 19 | 5 | 18 | — |
| 20 | 6 | 12 | — |
| 21 | 7 | 6 | 30 |
| 22 | 8 | — | 46 |
| 23 | 9 | — | 57 |
| 24 | 10 | — | 61 |
| 25 | 11 | — | 63 |
| 26 | 12 | — | 22 |
| 27 | 13 | — | — |
| 28 | 14 | — | — |
| 29 | 15 | — | — |
| 30 | 16 | — | 7 |
| 31 | 18 | — | — |
| 32 | 20 | — | — |
| 33 | 22 | — | 1 |
| 34 | 24 | — | 24 |
| 35 | 26 | — | — |
| Zu übertragen | | 2780 | 6143 |

Z u s a m m e n s t e l l u n g.

| und
Co.
wöl-
ger.
da | Nach §. 5. zu 2. des Gesetzes. | | | | | | Nach §. 5. zu 1. des Gesetzes. | | | | | | Nach §. 5. zu 2. des Gesetzes. | | | | | |
|---|--------------------------------|------|---------------------------|--|------|-----------------|--------------------------------|------|---------------------------|--|------|------------------|--------------------------------|--|------|------|--|--|
| | Steuer-
satz. | | Anzahl
der
Gebäude. | Gesamti-
Jahres-
betrag
der Steuer. | | Steuer-
fuß. | Steuer-
satz. | | Anzahl
der
Gebäude. | Gesamti-
Jahres-
betrag
der Steuer. | | Steuer-
satz. | Anzahl
der
Gebäude. | Gesamti-
Jahres-
betrag
der Steuer. | | | | |
| | Zblr. | Sgr. | | Zblr. | Sgr. | | Zblr. | Sgr. | | Zblr. | Sgr. | | | Zblr. | Sgr. | | | |
| | 5. | 6 | | 7. | | 8. | 9. | 10. | 11. | | 12. | | 13. | 14. | | | | |
| Rd | 10 | — | 2 | 422 | 28 | 4 | Uebertragen . . | 2780 | 6143 | 10 | — | — | 1656 | 537 | 17 | | | |
| in | — | 3 | 103 | 10 | 9 | 36 | 28 | — | 4 | 112 | — | 14 | — | — | — | | | |
| tel | 18 | — | 4 | 214 | 28 | 16 | 37 | 30 | 2 | 60 | — | 15 | — | — | — | | | |
| | 12 | — | 6 | 192 | 38 | 12 | 38 | 32 | — | — | — | 16 | — | — | — | | | |
| | 12 | — | 9 | 151 | 45 | 9 | 39 | 34 | — | — | — | 17 | — | — | — | | | |
| pfl | 24 | — | 12 | 142 | 56 | 24 | 40 | 36 | — | — | — | 18 | — | — | — | | | |
| le | — | 15 | 121 | 60 | 15 | 41 | 38 | — | 1 | 38 | — | 19 | — | — | — | | | |
| | — | 18 | 107 | 64 | 6 | 42 | 40 | — | — | — | — | 20 | — | — | — | | | |
| wa | 12 | — | 21 | 93 | 65 | 3 | 43 | 44 | 1 | 44 | — | 22 | — | — | — | | | |
| | 18 | — | 24 | — | — | — | 44 | 48 | — | — | — | 24 | — | — | — | | | |
| | 18 | — | 27 | 63 | 56 | 21 | 45 | 52 | — | — | — | 26 | — | — | — | | | |
| | — | 1 | — | 15 | 13 | — | 46 | 56 | — | — | — | 28 | — | — | — | | | |
| | 18 | 1 | 6 | — | — | — | 47 | 60 | 1 | 60 | — | 30 | — | — | — | | | |
| | 24 | 1 | 12 | 14 | 19 | 18 | 48 | 64 | — | — | — | 32 | — | — | — | | | |
| | 18 | 3 | 18 | 1 | 1 | 18 | 49 | 68 | — | — | — | 34 | — | — | — | | | |
| | 6 | 1 | 24 | 2 | 3 | 18 | 50 | 72 | — | — | — | 36 | — | — | — | | | |
| | — | 2 | — | 8 | 16 | — | 51 | 76 | — | — | — | 38 | — | — | — | | | |
| | — | 2 | 12 | 2 | 4 | 24 | 52 | 80 | — | — | — | 40 | — | — | — | | | |
| | — | 2 | 24 | — | — | — | 53 | 88 | — | — | — | 44 | — | — | — | | | |
| | — | 3 | 6 | — | — | — | 54 | 96 | — | — | — | 48 | — | — | — | | | |
| | — | 3 | 18 | 5 | 18 | — | 55 | 104 | — | — | — | 52 | — | — | — | | | |
| | — | 4 | — | — | — | — | 56 | 112 | — | — | — | 56 | — | — | — | | | |
| | — | 4 | 15 | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 5 | — | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 5 | 15 | 1 | 5 | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 6 | — | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 6 | 13 | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 7 | — | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 7 | 15 | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 8 | — | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 9 | — | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 10 | — | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 11 | — | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 12 | — | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | — | 13 | — | — | — | — | | | | | | | | | | | | |
| | 10 | — | — | 1656 | 537 | 17 | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | Zusammen | 2789 | 6457 | 10 | — | — | 1656 | 537 | 17 | | | |
| Anzahl der steuerfreien Gebäude. | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| Nach §. 3. des Gesetzes vom 21. Mai 1861. | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| zu 1. (Gebäude der Mitglieder des königlichen Hauses u. | | | | | | | | | | | | | | | | 10 | | |
| 2. (Gebäude des Staats, der Provinzen, Kreise, Gemeinden u.) | | | | | | | | | | | | | | | | 3 | | |
| 3. (Zum Unterricht u. bestimmte Gebäude) | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | |
| 4. (Gerechtsame Gebäude u.) | | | | | | | | | | | | | | | | 4 | | |
| 5. (Gebäude der Geistlichen u.) | | | | | | | | | | | | | | | | 8 | | |
| 6. (Armenhäuser, Gefängnißhäuser u.) | | | | | | | | | | | | | | | | 1 | | |
| 7. (Schulen, Ställe u.) | | | | | | | | | | | | | | | | 1925 | | |
| 8. (Zu Egt. und Bewässerungsanlagen dienende, unterworfne Gebäude u.) | | | | | | | | | | | | | | | | — | | |
| Zusammen | | | | | | | | | | | | | | | | 1895 | | |

Anzahl der steuerfreien Gebäude.

Nach §. 3. des Gesetzes vom 21. Mai 1861.

- | | |
|--|------|
| zu 1. (Gebäude der Mitglieder des königlichen Hauses u. | 1 |
| 2. (Gebäude des Staats, der Provinzen, Kreise, Gemeinden u.) | 14 |
| 3. (Zum Unterricht u. bestimmte Gebäude) | 3 |
| 4. (Gemeinnützige Gebäude u.) | 4 |
| 5. (Gebäude der Geistlichen u.) | 9 |
| 6. Armenhäuser, Gefängnißhäuser u.) | 1 |
| 7. (Schulen, Ställe u.) | 1825 |
| 8. (zu Eys- und Bewässerungsanlagen dienende, unbewohnte Gebäude u.) | — |

| | |
|------------------|------|
| Zusammen | 1952 |
|------------------|------|

Gebäudesteuerveranlagung.

Uebernommen in die
Veranlagungsnachweisung
unter Nr. 1. (2. 3.)

Gemeinde Neustadt
Straße (Platz) Wilhelmsstraße
Nr. 1. (2. 3.)

Tabellarische Uebersicht

der

zu dem Grundstücke des

Stadtrath Gottfried **Menzel** (Fabrikanten Ernst **Schulze** —
Kaufmann Karl **Günter**)
gehörigen Gebäude, Hofräume und Hausgärten.

Von den umstehend bezeichneten Gebäuden wird auf Grund des §. 3. des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 seitens des Eigentümers die Steuerfreiheit in Anspruch genommen.

Von dem
Gebäude
unter Nr.

Angabe des Grundes.

Entsachen des
Gemeindevorstandes.

(Zum Beispiel 2 umstehend)
Bestimmt zur Aufbewahrung von Brennmaterialien bestimmt.

Nach §. 3. zu 7. des Gesetzes
steuerfrei.

| Laufende Nummer. | Bezeichnung
der
einzelnen Gebäude,
Hofräume
und Gärten. | Nummer
des Doppelstockbuches. | Menge
der
Stockwerke. | Bauart
der
Umfassungs-
wände. | Angabe
der in den einzelnen Gebäuden befindlichen
Räume, wie letztere abtheilungsweise zusam-
men benutzt werden. |
|------------------|--|----------------------------------|-----------------------------|--|---|
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. |
| | 1. Beispiel. | | | | |
| 1 | Wohnhaus (Vorderge-
bäude mit Seitenflügel)
mit Hofraum und Haus-
garten. | 18 | 3 | Massiv | a) Im Erdgeschoss: 4 Stuben, 3 Kammern, 1 Küche;
dazu 1 Keller, 2 Bodenkammern; |
| | | | | | b) im 1. Stockwerk: 4 Stuben, 1 Saal, 3 Kam-
mern, 1 Küche; dazu 2 Keller, 2 Bodenkammern. |
| | | | | | c) im 2. Stockwerk: 4 Stuben, 1 Saal, 3 Kammern,
1 Küche; dazu 1 Keller, 1 Bodenkammer und
der Hausgarten; |
| 2 | Wohnhaus (Hinterge-
bäude) rechts auf dem
Hofe. | 2 | 2 | Fachwerk | a) im Erdgeschoss: Stallung für 3 Pferde;
b) im 1. Stockwerk: 2 Stuben, 1 Kammer, 1 Küche;
dazu 1 Bodenkammer. |
| | 2. Beispiel. | | | | |
| 1 | Wohnhaus mit Hofraum | 42 | 1 | Massiv | Enthaltend: 1 Saal, 5 Stuben, 1 Küche; dazu 2
Dachstuben, Bodengelaß und Keller; |
| 2 | Fabrikgebäude (Ratten-
fabrik) | 2 | 2 | Massiv | im Erdgeschoss: 2 Arbeitsäle, 4 Stuben, 2 Kam-
mern; ebenfalls im 1. Stockwerk; |
| 3 | Maschinenhaus | 1 | 1 | Massiv | Maschinenraum und 2 Stuben; |
| 4 | Kohlenschuppen | 1 | 1 | Fachwerk | einen ungetrennten Raum enthaltend. |
| | 3. Beispiel. | | | | |
| 1 | Wohnhaus mit Hofraum
und Hausgarten | 16 | 2 | Massiv | Im Erdgeschoss: 5 Stuben, 2 Kammern, 1 Küche;
dazu 1 Keller und Bodengelaß, nebst $\frac{1}{2}$ des
Hausgartens; |
| | | | | | im 1. Stockwerk: 4 Stuben, 1 Saal, 1 Küche,
2 Kammern, dazu Keller und Bodengelaß, nebst
$\frac{1}{2}$ des Hausgartens; |
| 2 | Hintergebäude | | 1 | Fachwerk | Holzstall und Waschküche, Bodenraum. |

| Seit dem Jahre 1853 einschließ-
lich hat der
Eigenthümer an
Miethe bezogen | | Der durchschnittliche
Mietheerth derjenigen
Räume, für welche ein
wirklich gezahlter Miethe-
erth nicht hat ermittelt
werden können ist an-
zunehmen nach dem Ein-
schätzen des | | Seit dem
Jahre 1853
einschließlich ist das
Gebäude
verkauft worden | | Angabe der
Gesellschaft, bei
welcher, und
der Summe, für
welche das Gebäude
gegen Feuergefahr
versichert ist. | | Bemerkungen. |
|---|--------|--|------------------------------------|--|---------------|---|--|-------------------------------|
| im Jahre | Thaler | Hauseigen-
thümers
auf Thlr. | Gemeinde-
verkauft
auf Thlr. | im
Jahre | für
Thaler | | | |
| 7. | 8. | 9. | 10. | 11. | 12. | 13. | | 14. |
| { 1853/58 100 | | — | — | 1852 | 8000 | Nachen • München | | In dem Kaufpreise von 8000 |
| { 1859/62 120 | | — | — | | | 8000 Thaler | | Thalern sind anderweite |
| | | | | | | | | Grundstücke zum Werthe von |
| | | | | | | | | 2000 Thlrn. mit enthalten. |
| { 1856/57 200 | | — | — | | | | | Die Wohnung im 1. Stock- |
| { 1858/60 250 | | — | — | | | | | wert wurde vor dem Jahre |
| { 1860/62 250 | | — | — | | | | | 1856 vom Eigenthümer |
| | | | | | | | | selbst bewohnt. |
| — — | | 150 | 150 | | | | | Das 2. Stockwerk ist im Jahre |
| | | | | | | | | 1856 neu aufgesetzt u. wird |
| 1860/62 40 | | — | — | | | 1000 | | seitdem v. Eigenth. bewohnt. |
| 1859/62 50 | | — | — | | | | | Der Hausgarten liegt unmit- |
| | | | | | | | | telbar am Hause, ist etwa |
| | | | | | | | | 3 Morg. groß und wird vom |
| | | | | | | | | Eigenthümer allein benutzt. |
| | | | | | | | | Das Wohnhaus unter Nr. 2. |
| | | | | | | | | auf dem Hofe ist 1856 |
| | | | | | | | | neugebaut. |
| — — | | 200 | 250 | | | Colonia | | In dem Kaufpreise von 20000 |
| | | | | | | 5000 | | Thlrn. ist der etwa auf 5000 |
| — — | | 350 | 350 | 1859 | 20000 | 6000 | | Thlr. zu veranschlagende |
| | | | | | | | | Werth der mit überlassenen |
| — — | | 60 | 60 | | | 1200 | | Maschinen zc. mit einbegriff. |
| — — | | — | — | | | 50 | | Der zum Gebäude gehörige |
| | | | | | | | | Hofraum ist etwa 2 Mor- |
| | | | | | | | | gen groß. |
| — — | | 100 | 130 | | | | | Der Hausgarten ist zur Grund- |
| | | | | | | | | steuer veranlagt. |
| | | | | | | | | Die Wohnung im Erdgeschoß |
| | | | | | | | | ist vom Eigenthümer be- |
| | | | | | | | | wohnt und diejenige im |
| 1855/62 100 | | — | — | 1854 | 4000 | | | 1. Stock ist an den Sohn |
| | | | | | | | | des Hauseigenthümers ver- |
| | | | | | | | | miehet. |
| | | 20 | 20 | | | | | Der Hofraum ist geräumig, |
| | | | | | | | | der Hausgarten etwa 3 |
| | | | | | | | | Morgen groß und hinter |
| | | | | | | | | dem Hause befindlich. |
| | | | | | | | | Im Jahre 1859 ist in jedem |
| | | | | | | | | Stockwerk an der Westseite |
| | | | | | | | | des Hauses ein Zimmer |
| | | | | | | | | angebaut. |

Daß die in der vorstehenden Nachweisung enthaltenen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen
gemacht sind, wird hiermit versichert.

den

186

| Art und
Beschränkung der Hofräume
und Hausgärten. | Anzahl
der
Stück-
werke. | Mauerwerk | | Baulicher
Zustand
des
Gebäudes. | Nähere Beschreibung
der
einzelnen Gebäude unter Angabe
der heizbaren und nicht heizbaren
Zimmer und Kammern. |
|--|-----------------------------------|---------------------------|----------------|--|---|
| | | der Um-
fassungswände. | des
Daches. | | |
| 5. | 6. | 7. | 8. | 9. | 10. |
| Wohnhaus mit geräumigem
Raum und Hausgarten
*, Morgen Größe
allgemeine
keine | 1 | Masse | Ziegel | Mittel | 2 heizbare Stuben, 4 nicht heizbare
Kammern, Küche, Keller. Das Ge-
bäude ist hell und geräumig.
Raum für 2 Pferde, 6 Kühe und 20
Schafe.
1 Tenne. |
| | 1 | Rachwerk
mit Ziegeln | Stroh | Gut | |
| | 1 | Rachwerk
mit Lehm | Stroh | Gut | |
| Wohnhaus mit kleinem Hof-
raum und Hausgarten von
Morgen Größe | 1 | Lehm | Stroh | Schlecht | 1 heizbare Stube, 1 nicht heizbare
Kammer, Keller. |
| Wohnhaus mit unbedeutendem
Raum ohne Hausgarten. | 1 | Rachwerk
mit Lehm | Stroh | Gut | 2 heizbare Stuben, 3 nicht heizbare
Kammern, 1 Küche, Keller. |
| Wohnhaus mit 2*, Morgen
Raum und Hausgarten
*, Morgen Größe
immerwerk | 1 | Masse | Ziegel | Gut | 3 heizbare Stuben, 3 nicht heizbare
Kammern, 1 Küche, Keller. |
| | 1 | Masse | Ziegel | Gut | Außer dem für das Sommerwerk fest-
bestimmten Raum befinden sich 2
nicht heizbare Kammern im Gebäude. |
| Wohnhaus neben dem Sommer-
werk | 1 | Masse | Ziegel | Schlecht | 2 nicht heizbare Abtheilungen und
Bodenraum, welche lediglich zur Auf-
bewahrung von Rohstoffen u. Brenn-
materialien dienen. |
| f. w. | | | | | |
| Wohnhaus mit kleinem Hof-
raum u. *, Morgen Hausgarten
keine | 1 | Rachwerk
mit Ziegeln | Stroh | Schlecht | 1 heizbare Stube, 2 nicht heizbare Kam-
mern, 1 Küche, Keller, Kellergeschoß. |
| | 1 | Rachwerk
mit Lehm | Stroh | Schlecht | 1 Tenne. |
| Wohnhaus mit sehr geräu-
migen Hofraum
erbschaft mit Wagenre-
te | 2 | Masse | Pappe | Sehr gut | 1 Saal, 7 Stuben, 3 Kammern,
sämmlich heizbar, 1 Küche, Keller;
hell und geräumig gebaut.
Raum für 3 Pferde und 1 Wagen. |
| | 1 | Rachwerk
mit Ziegeln | Ziegel | Gut | |

Daß die in der vorstehenden Nachweisung enthaltenen Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht sind, wird hiermit versichert.

den

186

| Grund
der
einwaisen
Steuerfreiheit. | Anzahl
der
Famili-
en,
welchen
das
Gebäude
Wohn-
ung
gehört. | Der
zur Verfügung
gehörigen
nutzbaren
Grundstücke | | Ist das
Gebäude a-
sonen v
über, die
zur Ver-
schaffung
Wohn-
stätt im
des Ge-
steher |
|--|---|---|------------------|--|
| | | Größe. | Rein-
ertrag. | |
| | | Mrg. | Thaler. | |
| 11. | 12. | 13. | 14. | 15. |
| | 1 | 220 | 450 | neu |
| Stallgebäude
nach §. 3. zu 7. | — | — | — | — |
| Scheune
nach §. 3. zu 7. | — | — | — | — |
| | 1 | — | — | neu. |
| | 2 | 3 | 12 | ja |
| | 1 | — | — | neu |
| | — | — | — | nein |
| zur Aufbewahrung
von Brennmaterialien u. Rohstoffen
nach §. 3. zu 7. | — | — | — | nein |
| | 1 | 30 | 90 | nein |
| Scheune
nach §. 3. zu 7. | — | — | — | — |
| | — | 6 1/2 | 32 | nein |
| | — | — | — | — |
| | | | | |

| Steuer-
stufe. | Nach §. 5. zu 1. des Gesetzes. | | | | Rac
Steuer-
satz |
|-------------------|--------------------------------|---------------------------|---|------------|------------------------|
| | Steuer-
satz. | Anzahl
der
Gebäude. | Gesamti-
Jahres-
beitrag
der Steuer. | Tblr. Sgr. | |
| | | | | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | |
| 1 | — | 4 | — | — | — |
| 2 | — | 6 | — | — | — |
| 3 | — | 8 | — | — | — |
| 4 | — | 12 | — | — | — |
| 5 | — | 18 | — | — | — |
| 6 | — | 24 | — | — | — |
| 7 | 1 | — | — | — | — |
| 8 | 1 | 6 | — | — | — |
| 9 | 1 | 12 | — | — | — |
| 10 | 1 | 18 | — | — | — |
| 11 | 1 | 24 | — | — | — |
| 12 | 2 | — | — | — | 1 |
| 13 | 2 | 12 | — | — | 1 |
| 14 | 2 | 24 | — | — | 1 |
| 15 | 3 | 6 | — | — | 1 |
| 16 | 3 | 18 | — | — | 1 |
| 17 | 4 | — | — | — | 2 |
| 18 | 4 | 24 | — | — | 2 |
| 19 | 5 | 18 | — | — | 2 |
| 20 | 6 | 12 | — | — | 3 |
| 21 | 7 | 6 | — | — | 3 |
| 22 | 8 | — | — | — | 4 |
| 23 | 9 | — | — | — | 4 |
| 24 | 10 | — | — | — | 5 |
| 25 | 11 | — | — | — | 5 |
| 26 | 12 | — | — | — | 6 |
| 27 | 13 | — | — | — | 6 |
| 28 | 14 | — | — | — | 7 |
| 29 | 15 | — | — | — | 7 |
| 30 | 16 | — | — | — | 8 |
| 31 | 18 | — | — | — | 9 |
| 32 | 20 | — | — | — | 10 |
| 33 | 22 | — | — | — | 11 |
| 34 | 24 | — | — | — | 12 |
| 35 | 26 | — | — | — | 13 |
| Zu übertragen | | | | | |

des §. 48. der
r 1862.

... 186

Commissar.

Zusammenstellung.

| Nach §. 5. zu 2. des Gesetzes. | | | Nach §. 5. zu 1. des Gesetzes. | | | | Nach §. 5. zu 2. des Gesetzes. | | |
|--------------------------------|---------------------|--|---|--------------|---------------------|--|--------------------------------|---------------------|--|
| er- | Anzahl der Gebäude. | Gesammt-Jahres-betrag der Steuer. Tblr. Sgr. | Steuer-stufe. | Steuer-satz. | Anzahl der Gebäude. | Gesammt-Jahres-betrag der Steuer. Tblr. Sgr. | Steuer-satz. | Anzahl der Gebäude. | Gesammt-Jahres-betrag der Steuer. Tblr. Sgr. |
| Sgr. | 6. | 7. | 8. | 9. | 10. | 11. | 12. | 13. | 14. |
| 2 | | | Uebersagen . . | | | | | | |
| 3 | | | 36 | 28 | — | — | 14 | — | — |
| 4 | | | 37 | 30 | — | — | 15 | — | — |
| 6 | | | 38 | 32 | — | — | 16 | — | — |
| 9 | | | 39 | 34 | — | — | 17 | — | — |
| 12 | | | 40 | 36 | — | — | 18 | — | — |
| 15 | | | 41 | 38 | — | — | 19 | — | — |
| 18 | | | 42 | 40 | — | — | 20 | — | — |
| 21 | | | 43 | 44 | — | — | 22 | — | — |
| 24 | | | 44 | 48 | — | — | 24 | — | — |
| 27 | | | 45 | 52 | — | — | 26 | — | — |
| 6 | | | 46 | 56 | — | — | 28 | — | — |
| 12 | | | 47 | 60 | — | — | 30 | — | — |
| 16 | | | 48 | 64 | — | — | 32 | — | — |
| 24 | | | 49 | 68 | — | — | 34 | — | — |
| — | | | 50 | 72 | — | — | 36 | — | — |
| 12 | | | 51 | 76 | — | — | 38 | — | — |
| 24 | | | 52 | 80 | — | — | 40 | — | — |
| 6 | | | 53 | 88 | — | — | 44 | — | — |
| — | | | 54 | 96 | — | — | 48 | — | — |
| 18 | | | 55 | 104 | — | — | 52 | — | — |
| 15 | | | 56 | 112 | — | — | 56 | — | — |
| 15 | | | Zusammen . . | | | | — | — | — |
| 15 | | | Anzahl der steuerfreien Gebäude, | | | | | | |
| 15 | | | Nach §. 3. des Gesetzes vom 21. Mai 1861, | | | | | | |
| 15 | | | zu 1. (Gebäude der Mitglieder des Königl. Hauses u.) | | | | | | |
| — | | | 2. (Gebäude des Staats, der Provinzen, Kreise, Gemeinden u.) | | | | | | |
| — | | | 3. (Zum Unterricht u. bestimmte Gebäude) | | | | | | |
| — | | | 4. (Gottesdienstliche Gebäude u.) | | | | | | |
| — | | | 5. (Gebäude der Geistlichen u.) | | | | | | |
| — | | | 6. (Armenhäuser, Gefängnißhäuser u.) | | | | | | |
| — | | | 7. (Schulen, Ställe u.) | | | | | | |
| — | | | 8. (Zu Ent- und Verwässerungsanlagen dienende, unbewohnte Gebäude u.) | | | | | | |
| — | | | Zusammen | | | | | | |

Das
gemacht sind,

Gebäudesteuerveranlagung.

Regierungsbezirk N. N.

Kreis N. N.

Veranlagungsbezirk (Ganzer Kreis).

Uebersicht

der

Ergebnisse der Gebäudesteuerveranlagung.

Aufgestellt auf Grund des §. 48. der
Anweisung vom 14. October 1862.

N. N. den . . . ten . . . 186

Der Ausführungskommissar.

N. N.

| Zählende Nummer. | Namen
der
Gemeinden
und
selbstständigen
Gutsbezirke. | Anzahl der zu den einzelnen | | | | | | | | | | | | | | | |
|------------------|---|-----------------------------|---------|-----------|---------|-----------|---------|-----------|---------|-----------|---------|-----------|----------|-----------|----------|-----------|----------|
| | | 1. Stufe. | | 2. Stufe. | | 3. Stufe. | | 4. Stufe. | | 5. Stufe. | | 6. Stufe. | | 7. Stufe. | | 8. Stufe. | |
| | | zu
4 | zu
2 | zu
6 | zu
3 | zu
8 | zu
4 | zu
12 | zu
6 | zu
18 | zu
9 | zu
24 | zu
12 | zu
1 | zu
15 | zu
16 | zu
18 |
| | | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. | lgr. |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. | 9. | 10. | 11. | 12. | 13. | 14. | 15. | 16. | 17. | 18. |
| | A. Städte. | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 1 | A. | 205 | 422 | 175 | 103 | 186 | 214 | 121 | 192 | 134 | 151 | 136 | 142 | 157 | 121 | 205 | 107 |
| 2 | B. | 114 | 187 | 73 | 61 | 81 | 66 | 52 | 41 | 71 | 13 | 75 | 25 | 53 | 19 | 123 | 24 |
| | Zusammen A. | 319 | 609 | 248 | 164 | 267 | 280 | 173 | 233 | 205 | 164 | 211 | 167 | 220 | 140 | 328 | 131 |
| | B. Plattes Land. | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 3 | A. | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | |
| 4 | B. | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | |
| | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Wiederholung B. Plattes Land. | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Seite 1. | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 2. | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | |
| | 3. | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | |
| | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Zusammen B. | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Schlußwiederholung. | | | | | | | | | | | | | | | | |
| A. | Städte . . . | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | |
| B. | Plattes Land | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Uebersaupt | u. f. w. | | | | | | | | | | | | | | | |
| | Seite . . | | | | | | | | | | | | | | | | |

Steuerlisten eingeschätzten Gebäude.

| 9. Stufe. | | 10. Stufe. | | 11. Stufe. | | 12. Stufe. | | 13. Stufe. | | 14. Stufe. | | 15. Stufe. | | 16. Stufe. | | 17. Stufe. | | 18. Stufe. | |
|---------------|----------|---------------|----------|---------------|----------|------------|---------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|------------|---------|---------------|---------------|
| zu
1 thlr. | zu
21 | zu
1 thlr. | zu
24 | zu
1 thlr. | zu
27 | zu
2 | zu
1 | zu
2 thlr. | zu
1 thlr. | zu
2 thlr. | zu
1 thlr. | zu
3 thlr. | zu
1 thlr. | zu
3 thlr. | zu
1 thlr. | zu
4 | zu
2 | zu
4 thlr. | zu
2 thlr. |
| 12 gr. | 1 gr. | 18 gr. | 1 gr. | 24 gr. | 1 gr. | thlr. | thlr. | 12 gr. | 6 gr. | 24 gr. | 12 gr. | 6 gr. | 18 gr. | 18 gr. | 24 gr. | thlr. | thlr. | 24 gr. | 12 gr. |
| 19. | 20. | 21. | 22. | 23. | 24. | 25. | 26. | 27. | 28. | 29. | 30. | 31. | 32. | 33. | 34. | 35. | 36. | 37. | 38. |
| 226 | 93 | 201 | — | 162 | 63 | 170 | 15 | 99 | — | 106 | 14 | 83 | 1 | 12 | 2 | 114 | 8 | — | 2 |
| 130 | — | 75 | 18 | 48 | 7 | 19 | — | 41 | 2 | 58 | — | 10 | — | 11 | — | 34 | — | 3 | — |
| 156 | 93 | 276 | 18 | 205 | 70 | 189 | 15 | 140 | 2 | 164 | 14 | 93 | 1 | 23 | 2 | 148 | 8 | 3 | 2 |

Bemerkungen.

- 1) Unter A. sind sämmtliche im Stande der Städte repräsentirte Ortschaften einzutragen, unter B. die übrigen Ortschaften.
- 2) Die Eintragung der Ortschaften erfolgt in alphabetischer Reihenfolge.
- 3) Die im §. 3, des Gebäudesteuergesetzes vom 21. Mai 1861 unter Nr. 7. und 8. bezeichneten Gebäude sind, auch wenn sie sich im Besitz der unter 1. bis 6. a. a. O. genannten Personen, Korporationen u. s. w. befinden, stets in Spalte 110. und beziehungsweise 117., nicht aber in den bezüglichen Spalten Nr. 110. bis 115. einzutragen.
- 4) Die Spalten 3. bis 119. sind zeilenweise zu summiren und zu recapituliren.

Die Summen für die Abtheilungen A. (Städte) und B. (Plattes Land) sind zunächst getrennt zu berechnen und dann behufs Erlangung der Summe für den Kreis beziehungsweise den Veranlagungsbezirk zusammenzuzählen.

Anzahl der zu den einzelnen

| 19. Stufe. | | 20. Stufe. | | 21. Stufe. | | 22. Stufe. | | 23. Stufe. | | 24. Stufe. | | 25. Stufe. | | 26. Stufe. | | 27. Stufe. | | 28. Stufe. | |
|------------|---------|------------|--------|------------|---------|------------|------|------------|------|------------|------|------------|------|------------|------|------------|------|------------|------|
| zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu |
| 3 tbr. | 2 tbr. | 6 tbr. | 3 tbr. | 7 tbr. | 3 tbr. | 8 | 4 | 9 | 4½ | 10 | 5 | 11 | 5½ | 12 | 6 | 13 | 6½ | 14 | 7 |
| 16 fgr. | 24 fgr. | 12 fgr. | 6 fgr. | 6 fgr. | 18 fgr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. | tbr. |
| 39. | 40. | 41. | 42. | 43. | 44. | 45. | 46. | 47. | 48. | 49. | 50. | 51. | 52. | 53. | 54. | 55. | 56. | 57. | 58. |
| — | — | — | — | 30 | 5 | 46 | — | 57 | — | 61 | 1 | 63 | — | 22 | — | — | — | — | — |
| 10 | — | 24 | 3 | — | — | — | 1 | 36 | — | — | — | — | — | 1 | — | — | — | — | — |
| 10 | — | 24 | 3 | 30 | 5 | 46 | 1 | 93 | — | 61 | 1 | 63 | — | 23 | — | — | — | — | — |

Anzahl der zu den einzelnen

| 29. Stufe | | 30. Stufe | | 31. Stufe | | 32. Stufe | | 33. Stufe | | 34. Stufe | | 35. Stufe | | 36. Stufe | | 37. Stufe | | 38. Stufe | |
|-----------|-------|-----------|-------|-----------|-------|-----------|-------|-----------|-------|-----------|-------|-----------|-------|-----------|-------|-----------|-------|-----------|-------|
| zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu | zu |
| 13 | 75 | 16 | 8 | 18 | 9 | 20 | 10 | 22 | 11 | 24 | 12 | 26 | 13 | 28 | 14 | 30 | 15 | 32 | 16 |
| thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. | thfr. |
| 59. | 60. | 61. | 62. | 63. | 64. | 65. | 66. | 67. | 68. | 69. | 70. | 71. | 72. | 73. | 74. | 75. | 76. | 77. | 78. |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| — | — | 7 | — | — | — | — | — | 1 | — | 1 | — | — | — | 4 | — | 2 | — | — | — |
| — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — | — |
| — | — | 7 | — | — | — | — | — | 1 | — | 1 | — | — | — | 4 | — | 2 | — | — | — |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |

Steuerhufen eingeschätzten Gebäude.

[illegible]

| Anzahl der sämtlichen steuerpflichtigen Gebäude. | | | Jahresbetrag der Gebäudesteuer. | | | | | | Von den Beträgen in Spalte 102, beziehungsweise 103, und 104, trifft durchschnittlich auf ein Gebäude in Spalte | | |
|--|--------------------------------|-----------|---------------------------------|-----|--------------------------------|-----|-----------|----|---|------------|------------|
| nach §. 5. zu 1. des Gesetzes. | nach §. 5. zu 2. des Gesetzes. | Zusammen. | nach §. 5. zu 1. des Gesetzes. | | nach §. 5. zu 2. des Gesetzes. | | Zusammen. | | 99. Tblr. | 100. Tblr. | 101. Tblr. |
| 100. | 100. | 101. | 102. | Gr. | 103. | Gr. | 104. | | 105. | 106. | 107. |
| 2789 | 1956 | 4445 | 6457 | 10 | 537 | 17 | 6994 | 27 | 2,3 | 0,32 | 1,57 |
| 1137 | 467 | 1604 | 1821 | 6 | 110 | 2 | 1931 | 8 | 1,6 | 0,23 | 1,20 |
| 3926 | 2123 | 6049 | 8278 | 16 | 647 | 19 | 8926 | 5 | 2,1 | 0,30 | 1,47 |

Digitized by Google

Gebäudesteuerveranlagung.

An

den Herrn Stadtrath **Gottfried Wenzel**,

Wilhelmstraße Nr. 1.

Der umstehende Auszug wird mit dem Bemerken mitgetheilt, daß Reclamationen gegen die geschehene Veranlagung nach §. 10. des Gesetzes vom 21. Mai 1861, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, nur binnen einer Präklusivfrist von 4 Wochen, vom Empfang des Auszuges aus der Veranlagungsnachweisung an gerechnet, bei dem Unterzeichneten angebracht werden können.

....., den ten 186

Der Ausführungscommissar.

Infonnationsdocument.

Ich bestätige hiermit, daß mir der Auszug aus der Veranlagungsnachweisung der Stadt Neu-
stadt, betreffend die Veranlagung des Grundstücks Wilhelmstraße Nr. 1. zur Gebäudesteuer, heute
besandt worden ist.
Neustadt, den ten N. N.

..... 186

Nr. 1. der Veranlagungsnachweisung.

Auszug

aus der Veranlagungsnachweisung
der Stadtgemeinde Neustadt,
betreffend

die Veranlagung der Befizung Wilhelmstraße Nr. 1.
des Herrn Stadtraths Gottfried Mengel
zur allgemeinen Gebäudesteuer.

| B e z e i c h n u n g
der
einzelnen Gebäude, Hofräume und
Hausgärten. | In Ansatz
gebrachter
Nutzungswert. | Jährlicher
Betrag der
auferlegten
Gebäudesteuer. | |
|--|--|---|------|
| | Thlr. | Thlr. | Sgr. |
| a) Hauptwohnhaus mit Seitensügel, mit kleinem
Hofraum und etwa $\frac{1}{2}$ Morgen großem Hausgarten | 460 | 18 | — |
| b) Wohnhaus rechts auf dem Hofe | 75 | 2 | 24 |

Daß der umfiehend bezeichnte Auszug aus Nr. 1. der Veranlagungsnachweisung der Stadt Neustadt dem Hauseigentümer (Besolmächtigten etc.) N. N. richtig bejchreibt worden ist, wird hiermit bezeugt.

Neustadt, den ten 186 N. N.

Gebäudesteuerveranlagung

Regierungsbezirk

Kreis

Veranlagungsbezirk

Reclamationsnachweisung

der Stadt Neustadt

(Landgemeinde Arnsdorf.)

| Laufende Nr. | Anf. d. Ber.
anlagungsabw. | Name
und
Stand
der
Reclamanten. | Nähere Beschreibung
des Gebäudes,
gegen dessen
Einschätzung recla-
mirt wird, nebst
Angabe der Be-
steuerungsmerkmale. | Das Gebäude soll jährlich
steuern nach dem
Beschl. der Veranlagungs-
commission. | | | I n h a l t
der
Reclamationschrift. |
|--------------|-------------------------------|---|---|---|-----------------|----------------|--|
| | | | | in
Stufe. | 4
%
Thlr. | 2
%
Sgr. | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. |
| 1 | 3 | 1. Beispiel.
Günter, Karl,
Kaufmann. | 2stöckiges, massives,
in gutem Bauzu-
standebefindliches
Wohngebäude mit
1 Saal, 9 Stuben,
4 Kammern, 2
Küchen, Keller.
Geräumiger Hof-
raum und 3 Mor-
gen Hausgarten. | 24 | 10 | — | Reclamant will den Nutzungswert
seines Wohngebäudes auf 200 Thlr.
jährlich festgestellt sehen, da er von
seinem Sohne für das erste Stock-
werk nur 100 Thlr. jährliche Miete
beziehe und der jährliche Mietz-
wert des von ihm selbst bewohn-
ten Erdgeschosses gleichfalls nur auf
100 Thlr. anzunehmen sei. |
| 1 | 73 | 2. Beispiel.
Fiebig, Ernst,
Bauerguts-
besitzer. | Massives einstöckiges
Wohngebäude
in gutem Bauzu-
stande.
2 heizb. Stuben, 2
nicht heizb. Kam-
mern, 1 Küche,
Keller. Dazu ge-
hörig 200 Morg.
Land mit etwä
600 Thlr. jährl.
Reinertrag. Un-
gewöhnlich großer
Hofraum. Kein
Hausgarten. | 14 | 2 | 24 | Reclamant glaubt den Nutzungswert
des Gebäudes auf höchstens 60 Thlr.
annehmen zu dürfen, da die 2te
Stube die sogen. Auszugsstube sei,
die von dem Vorbesitzer bewohnt
werde, welcher dafür keine Miete zahle. |
| 2 | 94 | Schön, Gott-
lieb,
Häusler. | Wohnhaus a. Lehm
Schlechter Bauzu-
stand. 1 heizbare
Stube, 1 nicht
heizbare Kammer,
Keller. An Hof-
raum u. Hausgar-
ten zusamm. 1/2 Morg.
4 Morg. Land mit
einem jährl. Reinertr. v. etw. 4 Thlr. | 3 | — | 8 | Reclamant bittet unter Hinweisung
auf den schlechten Bauzustand des
Gebäudes und den geringen Reinertrag
seines Acker um Herabsetzung
auf die 1. Steuerstufe. |

G u t a c h t e n

G u t a c h t e n

Entscheidung
der
Regierung.der
Veranlagungscommission.des
Ausführungscommissar.

9.

10.

11.

Die Reclamation ist als unbegründet zurückzuweisen, da nach den durchschnittlichen Mietpreisen der Stadt der Mietzwert des an den Sohn des Hauseigenenthümers vermieteten 1. Stockwerks auf jährlich 140 Thlr., und der Mietzwert des vom Hauseigenenthümer selbst bewohnten Erdgeschosses auf 130 Thlr. jährlich, der Nutzungswert des ganzen Gebäudes zumal mit Rücksicht auf den sehr geräumigen Hofraum und den 2 Morgen großen Hausgarten, mithin auf 270 Thlr. jährlich anzunehmen sei.

Die Reclamation ist als unbegründet abzuweisen, da das persönliche Verhältniß des gegenwärtigen Besitzers zu seinem Vorbesitzer von keinem Einfluß auf die Veranlagung der Steuer sein kann.

Der Mäuertrag des zum Gebäude gehörigen Ackers ist, wie die in Folge der Reclamation angestellten Erörterungen ergeben haben, bei der Veranlagung zu hoch angenommen. Die Verabreichung auf die 2. Steuerstufe scheint, auch mit Rücksicht auf den geringen Umfang des Hausgartens etc., angemessen.

Dem nebenstehenden Gutachten wird beigetreten.

Dem nebenstehenden Gutachten wird beigetreten. Das Wohngebäude ist nach seinem guten Bauzustande und nach den Gesamtverhältnissen der dazu gehörigen nutzbaren Grundstücke nur mäßig besteuert.

Mit dem nebenstehenden Gutachten einverstanden.

Die Reclamation ist aus den von der Veranlagungscommission angegebenen Gründen abzuweisen.

Die Reclamation ist aus den von der Veranlagungscommission und dem Ausführungscommissar angegebenen Gründen abzuweisen.

Aus den von der Veranlagungscommission angeführten Gründen auf die 2. Steuerstufe herabzusetzen.

Regierungsbezirk
Kreis
Veranlagungsbezirk

Recurs

Bemerkungen.

- 1) Die Recursnachweisung ist nach Kreisen beziehungsweise Veranlagungsbezirken getrennt anzulegen.
2) Die Ortschaften, aus welchen Recursbeschwerden eingegangen sind, sind in alphabetischer Ordnung, und

| Sanfende Nr. | Vauf. Nr. der Veranlagungsnachw. | Name und Stand des Recur-renten. | Nähere Beschreibung des Gebäudes, gegen dessen Einschlagungsrecurreire wird. Angabe der Besteuerungsemermale. | Das Gebäude soll jährlich steuern nach dem Beschluß der Regierung. | | | Gründe der Reclamation. | Entscheidung der Regierung. |
|--------------|----------------------------------|---|---|--|-----------------------------|-----------------------------|---|--|
| | | | | in Stufe. | 4 %
Thlr. E _g | 2 %
Thlr. E _g | | |
| 1. | 2. | 3. | 4. | 5. | 6. | 7. | 8. | 9. |
| 1. | 3. | 1. Stadtgemeinde Kestadt. | | | | | | |
| | | 1. Güter, Karl, Kaufmann | Nähere Beschreibung des Gebäudes, gegen dessen Einschlagungsrecurreire wird. Angabe der Besteuerungsemermale. | 24 | 10 | — | Die Reclamation wollte den Nutzungswert des Wohngebäudes auf nur 200 Thlr. jährlich feststellen, da für das 1. Stodwert des Gebäudes nur 100 Thlr. jährlich. Miete gezahlt werden und der jährliche Mietzwert des v. Reclamanten selbst bewohnten Erdgeschosses nur auf 100 Thlr. anzunehmen sei. | Die Reclamation ist zurückgewiesen worden, da nach den durchschnittl. Mietzpreisen der Stadt der Mietzwert des an den Sohn des Hauseigenhähmers vermieteten 1. Stodwerts auf jährlich 140 Thlr. und der Mietzwert des von dem Hauseigenhähmer selbst bewohnten Erdgeschosses auf 130 Thlr. jährlich, der Nutzungswert des ganzen Gebäudes, zumal mit Rücksicht auf den sehr geräumigen Hofraum und den 3 Morgen großen Hausgarten, mithin auf 270 Thlr. jährlich anzunehmen sei. |
| | | 4. Landgemeinde Arnsdorf. | | | | | | |
| | | 8. 94. Schön, Wohnh. a. Lehm, Gottlieb, Häusler | schlechter Bauzustand, 1. Etage, 1 nicht heiß Kammer, Keller An Hofraum und Hausgarten zusammen etwa 1 Morg. 4 Morg. Land mit ein. jährl. Reinertrag v. etwa 4 Thl. | 2 | — | 6 | Die Reclamation bat unter Hinweisung auf den schlechten Bauzustand des Gebäudes und den geringen Reinertrag des dazu gehörigen Aders um Herabsetzung auf die 1. Steuerstufe. | Mit Rücksicht auf den geringen, bei der Veranlagung zu hoch angenommenen Reinertrag des zum Gebäude gehörigen Aders und den geringen Umfang des Hausgartens etc. ist das Gebäude von der 3. Steuerstufe auf die 2. herabgesetzt worden. |

veranlagung.

nachweisung.

zwar zuerst die Städte und dann die Ortschaften des platten Landes, einzutragen (sfr. Muster IV. zu §. 47.)

| Inhalt
der
Recurs-Schrift. | Gutachten | | | Entscheidung
des
Finanzministers. |
|--|--|--|--|---|
| | der
Veranlagungs-
commission. | des
Ausführungs-
commissars. | der
Regierung. | |
| 10. | 11. | 12. | 13. | 14. |
| Der Recurrent giebt zu, daß der Mietzwertb des an seinen Sohn vermieteten 1. Stockwerks auf 140 Thlr. anzunehmen sei, erachtet aber als Mietzwertb für das von ihm selbst bewohnte Erdgeschoß höchstens den Betrag von 100 Thlr. jährlich als angemessen und bittet um die Ermäßigung auf die 23. Steuerstufe. | Der Recurs ist abzuweisen, da der Mietzwertb des vom Recurrenten bewohnten Erdgeschoßes auf 130 Thlr. jährlich anzunehmen sei. | Mit dem Gutachten der Veranlagungscommission einverstanden. | Mit dem Gutachten der Veranlagungs-Commission einverstanden. | |
| Recurrent bittet unter Hinweisung auf den schlechten Bauzustand des Gebäudes und den geringen Reinertrag des dazu gehörigen Acker wiederholt um Herabsetzung auf die 1. Steuerstufe. | Da zum Gebäude 4 Morgen Acker gehören, erscheint eine weitere Ermäßigung unzulässig. der Steuer bis zur 1. Stufe unzulässig. | Eine weitere Ermäßigung ist nach §. 38. der Antweisung unzulässig. | Mit dem nebenstehenden Gutachten einverstanden. | |

Amts-Blatt

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 31.

Ausgegeben zu Merseburg am 20. December 1862.

- (960) Das 40. Stück der **Gesetz-Sammlung**, ausgegeben am 8. December 1862, enthält unter:
- Nr. 5623. Vertrag zwischen Preußen, Oesterreich, Belgien, Brasilien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Großbritannien, Mecklenburg-Schwerin, den Niederlanden, Portugal, Russland, Schweden und Norwegen und den freien Hansestädten einerseits, und Hannover andererseits, betreffend die Aufhebung des Stader oder Brunsbütteler Zollens. Vom 22. Juni 1861.
 - Nr. 5624. Genehmigungs-Urkunde der in dem Schlus-Protocolle der sechsten Weser-Schiffahrts-Revisions-Commission d. d. Detmold, den 7. October 1861 enthaltenen Ergänzungen und Abänderungen der Bestimmungen der Additional-Acte vom 3. September 1857 zur Weser-Schiffahrts-Acte vom 10. September 1823. Vom 19. August 1862.
 - Nr. 5625. Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Genehmigung von Abänderungen und Erweiterungen des unterm 19. December 1855 Allerhöchst bestätigten Statuts der Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft. Vom 21. November 1862.
 - Nr. 5626. Bekanntmachung, betreffend die Allerhöchste Genehmigung der unter der Bezeichnung „Halberstädter Gas-Actiengesellschaft“ mit dem Domizil zu Halberstadt errichteten Actiengesellschaft. Vom 22. November 1862.
- Das 41. Stück, ausgegeben am 12. December 1862:
- Nr. 5627. Gesetz, betreffend die außerordentlichen Bedürfnisse der Marine-Verwaltung für das Jahr 1862. Vom 19. November 1862.
 - Nr. 5628. Allerhöchster Erlaß vom 16. März 1862, betreffend die landesherrliche Genehmigung einer durch die Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft auszuführenden Eisenbahn zwischen der Ruhr-Sieg Eisenbahn bei Hengstey und der Dortmund-Soester Eisenbahn bei Holzwickede.
 - Nr. 5629. Concessions- und Bestätigungs-Urkunde für die Bergisch-Märkische Eisenbahngesellschaft zur Anlage einer Verbindungs-Eisenbahn zwischen der Ruhr-Sieg Eisenbahn bei Hengstey und der Dortmund-Soester Eisenbahn bei Holzwickede. Vom 17. November 1862.
 - Nr. 5630. Allerhöchster Erlaß vom 20. October 1862, betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte für den Bau und die Unterhaltung der Kreis-Epaußee von Lndau nach Jüterbogt.
 - Nr. 5631. Allerhöchster Erlaß vom 10. November 1862, betreffend die Genehmigung der von dem General-Landtage der Westpreussischen Landschaft beschlossenen Aenderungen des Westpreussischen Landschafts-Reglements vom 25. Juni 1851.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

- (961) Den Ehrenrath der Rechtsanwälte beim Königlichen Ober-Tribunal betr.
- In Gemäßheit des §. 4. Abs. 3. des Gesetzes vom 26. März 1856, betreffend die Bildung eines Ehrenraths unter den Rechtsanwälten beim Königlichen Ober-Tribunal, ist in der am 6. December 1862 stattgefundenen Wahlverhandlung die vorgeschriebene theilweise Neubildung des gedachten Ehrenraths erfolgt.
- Danach bilden jetzt den vorbezeichneten Ehrenrath folgende Mitglieder:
- 1) der Geheime Justizrath **Kreusche**, zugleich Vorsitzender, 2) der Justizrath **Dorn**, 3) der Justizrath **Immer**, 4) der Justizrath **Strohn**, 5) der Justizrath **Wagner**, und folgende Stellvertreter:
 - 1) der Justizrath **Schmückert**, 2) der Justizrath **Simsen**.
- Dies wird in Gemäßheit des §. 28. der Verordnung vom 30. April 1847 hierdurch bekannt gemacht.
- Berlin, den 6. December 1862, Königl. Ober-Tribunal.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(1862) Polizei-Verordnung wegen zwangsweiser Vertilgung des cultur-schädlichen Ungeziefers.

Auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 verordnen wir für den Umfang unseres Verwaltungsbereichs, was folgt:

§. 1. Die Besitzer oder Inhaber von Kiefernwaldungen, wie auch von Kieferngehölz sind zur Vertilgung der großen Kiefernraupe verpflichtet, sobald durch deren Ueberhandnahme ein Nachtheil für die Landescultur zu besorgen ist.

Die Vertilgung erfolgt durch Auffammeln der Raupen und demnächstiges Einsammeln derselben.

§. 2. Den Kreislandräthen wird die Befugniß beigelegt, für den ganzen Kreis oder einzelne Theile desselben durch eine Veröffentlichung im Kreisblatt zu bestimmen, wenn die Nothwendigkeit einer zwangsweisen Vertilgung (§. 1.) der großen Kiefernraupe eintritt, sowie in welcher Weise und in welcher Frist das Auffammeln und Einsammeln der Raupen zu erfolgen hat.

Zur näheren Anweisung der betheiligten Wald- und Holzbesitzer resp. Inhaber und zur Controlle über die Ausführung der verordneten Vertilgung der Raupen können sich die Landräthe der Vermittlung der Gemeinde-Vorstände resp. der Gutsbesitzer selbstständiger Gutsbezirke bedienen, und sind die Wald- und Holzbesitzer resp. Inhaber gehalten, den ihnen zugebenden oder in ortsüblicher Weise bekannt gemachten Anweisungen der Gemeinde-Vorstände resp. Gutsbesitzer Folge zu leisten.

§. 3. Holz- und Waldbesitzer resp. Inhaber, welche der ihnen im §. 1. auferlegten Verpflichtung und den in Form dieser Verordnung ergehenden Bekanntmachungen oder Anweisungen der Landräthe, oder Gemeinde-Vorstände, oder Gutsbesitzer in der gestellten Frist nicht genügen, verfallen in eine Geldstrafe bis zum Betrage von zehn Thalern und haben außerdem zu gewärtigen, daß die von ihnen unterlassenen Verrichtungen auf ihre Kosten im Zwangswege zur Ausführung gebracht werden.

Merseburg, den 4. December 1862.

Königliche Regierung.

(1863) Polizei-Verordnung zur Verhütung der weiten Verbreitung der Krätzekrankheit.

Nachdem die Krätze in einzelnen Ortschaften unseres Verwaltungsbereichs unter der Landbevölkerung eine ungewöhnliche Verbreitung gefunden hat, verordnen wir auf Grund des §. 11. des Gesetzes über die Polizei-Verwaltung vom 11. März 1850 und unter Hinweisung auf §. 83. des Reglements über ansteckende Krankheiten vom 28. October 1835 Folgendes:

§. 1. In denjenigen Kreisen, in welchen eine ungewöhnliche Verbreitung der Krätze stattfindet, haben die Königlichen Landrathsämter die in Gemäßheit des §. 83. des vorbezeichneten Reglements vorgegebenen Schutzmaßregeln für die durch die Krankheit betroffenen Ortschaften resp. Kreise nach den jedesmaligen Verhältnissen und Bedürfnissen anzuordnen. Dahin gehören: Bildung einer Orts-Sanitäts-Commission nach Anleitung des §. 1. des citirten Reglements zur Unterstützung der Ortspolizeibehörden, Anordnung der Desinfection der Kleiderstücke, Wäsche und Betten unter Aufsicht der Sanitäts-Commission nach §. 22. der Desinfections-Instruction, je nach Bedürfnis Herstellung von Krankenzimmern zur Aufnahme und Cur der Angekündeten, nöthentliche Anzeile an die Kreispolizeibehörde über den Krankenbestand.

§. 2. Um den Zeitpunkt der Wirksamkeit dieser Anordnung zweifelsfrei festzustellen, ist von den Königlichen Landrathsämtern in der für die Publication der auf Grund des Gesetzes vom 11. März 1850 zu erlassenden ortspolizeilichen Verordnungen durch unsere Verfügung vom 18. August 1850 (Amtsblatt Stück 34. S. 232.) vorgeschriebenen Weise bekannt zu machen, daß in dem betreffenden Kreise oder in den namhaft zu machenden einzelnen Ortschaften die Krätze in ungewöhnlicher Weise ausgebrochen sei und die zu bezeichnenden Vorsichtsmaßregeln in Ausführung zu bringen sind.

§. 3. In denjenigen Ortschaften resp. Kreisen, in welchen in der im §. 2. vorgeschriebenen Weise die ungewöhnliche Verbreitung der Krätze bekannt gemacht ist, sind ferner:

- a) die Eltern, Familienvorstände, Lehrern und Dienstherrn verpflichtet, die stattgefundene Ansetzung ihrer Kinder, Angehörigen, Gefellen, Lehrlinge und Diensthofen sofort der Ortspolizeibehörde anzuzeigen,
- b) dürfen die von der Krankheit Befallenen den Ort, an welchem sie sich krank befinden, nicht vor erhaltener Erlaubniß der Ortspolizeibehörde verlassen.

§. 4. Wer die im §. 3. gegebenen Vorschriften übertreft, verfällt in eine Geldstrafe bis zu 10 Thlr. Merseburg, den 12. December 1862, Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(1864) Die Concession und die Statuten der in Amsterdam domicilirten Feuerversicherungs-Gesellschaft v. J. 1771.

In der Beilage zu diesem Amtsblatte werden die Statuten der unter der Firma „Assuranti Compagnie te Amsterdam de anno 1771“ in Amsterdam domicilirten Feuerversicherungs-Gesellschaft,

sowie die der letzteren unterm 19. November c. ertheilte Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten veröffentlicht.

Merseburg, den 8. December 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(963) Die Concessionirung der Lebensversicherungsgesellschaft Le Conservateur in Paris.

In der Beilage dieses Amtsblattstücks ist die Concession der unter der Firma Le Conservateur in Paris domicilirten Lebensversicherungsgesellschaft Le Conservateur zum Geschäftsbetriebe in den Königlich Preussischen Staaten nebst den Statuten dieser Gesellschaft abgedruckt.

Merseburg, den 15. December 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(966) Abänderungen und Zufüge zu den Statuten der Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft Helvetia in St. Gallen. Wir bringen in der Beilage die höhern Orts genehmigten Abänderungen und Zufüge zu den durch das Amtsblatt de 1861 Stück 21. publicirten Statuten der Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft Helvetia in St. Gallen zur öffentlichen Kenntniß mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß die genannte Gesellschaft nur für Transport-Versicherungsgeschäfte concessionirt bleibt.

Merseburg, den 15. December 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(967) Die ländlichen Dörfschaften des Regierungsbezirks Merseburg, auf welche der §. 6. des Gesetzes vom 21. Mai 1861 wegen Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer angewandt ist.

In Gemäßheit des §. 13. der vom Herrn Finanz-Minister vom 14. October d. J. erlassenen Anweisung zur Ausführung des Gesetzes vom 21. Mai 1861, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäudesteuer, bringen wir hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die nachfolgenden ländlichen Dörfschaften unseres Verwaltungsbezirks:

- | | |
|-------------------|-------------------------|
| 1) Siebichenstein | } im Saalkreise, |
| 2) Rothenburg | |
| 3) Rösen | } im Naumburger Kreise, |
| 4) Altenburg | |

folche sind, in welchen eine überwiegende Anzahl von Wohngebäuden regelmäßig durch Vermietzung benutzt wird.

Auf diese Dörfschaften sind demgemäß der §. 6. des obigen Gesetzes und der III. Abschnitt der erwähnten Ausführungs-Anweisung anzuwenden.

Merseburg, den 16. December 1862.

Königliche Regierung,

Abtheilung für directe Steuern, Domainen und Forsten.

(968) Verpachtung der Stift Reuzellen'schen Güter Schlaben-Wellmitz.

Zur Verpachtung der Stift Reuzellen'schen Güter Schlaben-Wellmitz ist nach dem nicht befristenden Ausfalle des auf den 30. October d. J. anberaumt gewesenem Termin ein anderweiter Vocationstermin auf den 16. Februar f. J., Vormittags 10 Uhr, im königlichen Regierungsgebäude hieselbst und zwar in unserem Sitzungszimmer vor dem Herrn Regierungsrath Windler angesetzt. Indem wir dies zur allgemeinen Kenntniß bringen, bemerken wir, daß die Verpachtung auf die 18 Jahre von Johannis 1863 bis dahin 1881 und das Ausgebot alternativ im Ganzen und in zwei Theilen erfolgt. In letzterem Fall werden die drei Vorwerke Wellmitz mit der vorhandenen Brantweinbrennerei die eine, und das Vorwerk Schlaben mit der Wassermühle und der Brauerei in Reuzelle die andere Pachtung bilden.

Das Areal besteht im Ganzen aus 3038 Morgen 35 Quth., wovon 1151 Morgen 88 Quth. in der eingezeichneten Ober-Niederung, 65 Morgen 6 Quth. ebendieselbst außerhalb des Deiches liegen. Im Falle der Trennung werden zu den Wellmitzer Vorwerken 2460 Morgen 127 Quth., einschließlich 964 Morgen 81 Quth. Acker und Wiesen zc. in der Niederung und mit dem Vorwerke Schlaben 577 Morgen 88 Quth., einschließlich 252 Morgen 13 Quth. Wiesen in der Oderaue verpachtet.

Das Pachtzinsminimum ist für die Gesamtpachtung auf 6500 Thlr., für die Vorwerke Wellmitz nebst Zubehör auf 5000 Thlr. und für das Vorwerk Schlaben nebst Zubehör auf 1500 Thlr. festgesetzt. Um zum Mitbieten auf die Gesamtpachtung versattelt zu werden, haben Pachtbewerber sich über den Besitz eines disponiblen Vermögens von 24000 Thlr. auszuweisen. Für die größere der beiden Theilpachtungen genügt ein Vermögens-Ausweis über 16000 Thlr. und für die kleinere Theilpachtung über 8000 Thlr.

Die Verpachtungs-Bedingungen und die Regeln der Licitation, sowie die Rarte, können in unserer Registratur, während der Dienststunden, die Verpachtungs-Bedingungen auch beim Rentamte in Reuzelle täglich, mit Ausnahme der Sonntage, eingesehen werden, auch sind wir bereit, auf Verlangen die speciellen

Verpachtungs- Bedingungen und die Regeln der Licitation gegen Erstattung der Copialien durch Postvorschuß abschließlich mitzutheilen.

Frankfurt a. d. D., den 28. November 1862.

Königliche Regierung.

Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen.

(1863) Die theilweise Abänderung der Geschwornen-Reviere in der Provinz Sachsen betr.

Nachdem die Mansfeldsche Kupferschieferbauende Gewerkschaft die Betriebsleitung auf ihren Werken vom 1. September d. J. an selbst übernommen hat, ist eine theilweise Abänderung der durch die Bekanntmachung vom 16. September 1861 (Amtsblatt der Königl. Regierung zu Merseburg Jahrgang 1861 pag. 234, Amtsblatt der Königl. Regierung zu Erfurt Jahrgang 1861 pag. 183.) publicirten Eintheilung der Berggeschwornen-Reviere in unserem Bezirke nothwendig geworden. Hiernach ist das Revier IV. Hettstedt von dem gedachten Zeitpunkte ab aufgelöst und es sind den Revieren

- II. südlich } Eisleben,
- III. nördlich }
- V. westlich Halle

folgende Grenzen gegeben worden.

II. Revier südlich Eisleben.

Revierbeamter: Verggeschwornener Prekler in Eisleben.

Dasselbe umfaßt:

- a) im Regierungsbezirk Erfurt: die Kreise Worbis und Nordhausen excl. der Enclave Bennedenslein,
- b) im Regierungsbezirk Merseburg denjenigen Theil, welcher von nachstehenden Grenzen eingeschlossen ist:
Die Grenzlinie dieses Reviers geht von Eisleben an der Magdeburg-Erfurter Chaussee entlang bis zu der von Salzmünde kommenden Kreischauffee, an derselben über Polleben, Schmittersdorf u. fort bis Salzmünde, von hier an der Salze aufwärts bis zur Berlin-Casseler Chaussee, an derselben östlich entlang bis zur Kreischauffee bei Bennstedt, an letzterer fort bis Eisdorf, von hier an dem nach Lauchstedt führenden Wege entlang bis zur hiesigen Chaussee daselbst, längs dieser weiter über Quersfurt bis zur Großherzoglich Weimarischen Grenze, an dieser südlich fort bis zur Einmündung an derselben aufwärts bis dahin, wo dieselbe die Fürstlich Schwarzburgsche Grenze zwischen Schönfeldt und Breleben berührt, nördlich und westlich um diese Grenze herum bis zur Kreisgrenze Nordhausen, nördlich an dieser fort bis zur Königlich Hannoverschen Grenze, östlich an derselben entlang bis zum Thürbach bei Bösenrode, an diesem Bache verab bis an die Berlin-Casseler Chaussee in Verga und endlich an dieser fort über Sangerhausen bis Eisleben.

Ausgeschlossen bleibt das in dieser Begrenzung liegende Großherzoglich Weimarische Amt Alstedt, die weiter unten sub III. c. bemerkten gewerkschaftlichen Kupferschieferwerke, der südlich von der Berlin-Casseler Chaussee bei Hettstedt gelegene Theil der der Mansfelder Gewerkschaft gehörigen Hettstedt-Emselober Braunkohlengrube und der südlich von derselben Chaussee belegene Theil der Standesherrschaft Stolberg-Köslar.

III. Revier nördlich Eisleben.

Revierbeamter: Verggrath Volze in Eisleben.

- a) Die Grenze dieses Reviers geht von Eisleben an der Berlin-Casseler Chaussee über Sangerhausen entlang bis zum Thürbach in Verga, an diesem aufwärts bis zur Hannoverschen Grenze, an letzterer östlich bis an die Anhaltische Grenze, an dieser sowie an der Grenze des Regierungsbezirks Magdeburg und des Herzogthums Anhalt bis zur Saale, an derselben aufwärts bis Salzmünde, von hier auf der Kreischauffee über Schmittersdorf, Polleben bis zur Magdeburg-Erfurter Chaussee und endlich auf dieser fort bis Eisleben.
- b) Ausgeschlossen bleiben die in dieser Begrenzung liegenden Standesherrschaften Stolberg-Stolberg, Stolberg-Köslar, die Grafschaft Falkenstein und der dazu gehörige Ort Dankerode.
- c) Inbegriffen dagegen sind alle außerhalb dieser Grenze südlich liegenden gewerkschaftlichen Kupferschieferwerke und der südlich von der Berlin-Casseler Chaussee bei Hettstedt gelegene Theil der der Mansfelder Gewerkschaft gehörigen Hettstedt-Emselober Braunkohlengrube, sowie die zum Kreise Nordhausen des Regierungsbezirks Erfurt gehörige Enclave Bennedenslein.

V. Revier westlich Halle.

Revierbeamter: Verggeschwornener Feder in Halle.

Dieses Revier wird begrenzt durch eine Linie, welche vom Durchschnittspunkte der Saale und der Herzoglich Anhaltischen Grenze unterhalb Alleben beginnt, an der Saale aufwärts bis Salzmünde, von hier an der Salze herauf bis zur Berlin-Casseler Chaussee, an derselben fort bis zur Kreischauffee bei Benn-

steht, an dieser hin bis Eisdorf, dann an dem nach Lauchstedt führenden Wege entlang bis zur dort befindlichen fiskalischen Chaussee läuft, an dieser entlang bis Holleben, von hier in gerader Richtung nach der Einmündung der Elster in die Saale, an der erstern aufwärts bis zur Königlich Sächsischen Grenze bei Schkeuditz, an derselben nach Nordosten bis zu der von Radefeld nach Landsberg führenden Straße, an letzterer entlang über Jörbig bis zur Herzoglich Anhaltischen Grenze und endlich an dieser entlang nach Westen bis zur Saale sich hinzieht.

Ausgeschlossen bleiben die in dieser Begrenzung liegenden, unter einer besondern Verwaltung stehenden Königlich Steinkohlenwerke bei Wettin und Löbejün, sowie die Königl. Braunkohlengrube bei Zscherben.

Dagegen tritt diesem Reviere die zum Saalkreise gehörige Enclave Wöbnitz hinzu.
Die übrigen in unserer Bekanntmachung vom 16. September 1861 namhaft gemachten Reviere erleiden keine Veränderung.

Halle, den 1. December 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

(970) Consolidation zweier Bergwerke.

Durch Urkunde von heute ist die von dem Alleineigenthümer der im Mansfelder Seekreise im Bergrevier Westlich Halle belegenen Bergwerke Vereinigte Sophie bei Bennstedt und Sophie IV. bei Eisdorf beschlossene Consolidation derselben, zu Einem unzertrennlichen Ganzen unter dem Namen Sophie als bergwirthschaftlich zulässig genehmigt.

Halle, den 23. November 1862.

Königliches Ober-Bergamt.

(971) Ausgeloste Rentenbriefe der Provinz Sachsen für das Halbjahr 1. October 1862 bis ult. März 1863.

In dem am 12. d. M. zur Auslösung von Rentenbriefen der Provinz Sachsen für das laufende Halbjahr (1. October 1862 bis ult. März 1863) in Gemäßheit des Rentenbankgesetzes vom 2. März 1850 abgehaltnen Termine sind folgende Rentenbriefe ausgelost worden:

1) Litera A. à 1000 Thlr., 39 Stück, nämlich:

Nr. 3. 20. 149. 415. 428. 870. 1257. 1311. 1599. 1762. 2049. 2122. 2716. 2931. 2936. 3388. 3555. 3659. 4066. 4303. 4401. 4566. 4735. 4870. 4979. 5045. 5142. 5190. 6083. 6111. 6457. 6532. 6665. 6756. 6790. 6842. 6912. 6916. 7019.;

2) Litera B. à 500 Thlr., 9 Stück, nämlich:

Nr. 96. 964. 1135. 1255. 1409. 1511. 1541. 1838. 1897.;

3) Litera C. à 100 Thlr., 51 Stück, nämlich:

Nr. 301. 316. 402. 542. 1105. 1319. 1444. 1592. 1664. 1759. 2066. 2170. 2263. 2595. 3096. 3120. 3519. 3640. 3713. 3799. 3898. 4018. 4753. 5104. 5244. 5382. 5647. 5661. 5674. 5745. 6306. 6366. 6407. 6564. 6770. 6809. 6890. 6934. 7217. 7267. 7284. 7324. 7330. 7718. 7922. 7996. 8036. 8099. 8336. 8526. 8942.;

4) Litera D. à 25 Thlr., 43 Stück, nämlich:

Nr. 47. 393. 403. 454. 533. 596. 614. 686. 1110. 1150. 1530. 1838. 1928. 1986. 2316. 2432. 2505. 2843. 2849. 2909. 2931. 2978. 3164. 3305. 3545. 3559. 3833. 4144. 4217. 5279. 5322. 5454. 5760. 5768. 5776. 5983. 5984. 5989. 6610. 6753. 6909. 7141. 7861.;

5) Litera E. à 10 Thlr., 54 Stück, nämlich:

Nr. 12131. bis 12134. und 12292. bis 12341.

Die Zahlung der Beträge derselben erfolgt vom 19. März 1863 ab durch die Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Domplatz Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr gegen Zurücklieferung der ausgelosten Rentenbriefe in coursfähigem Zustande und Quittungsleistung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare.

Auswärts wohnenden Inhabern der vorstehend aufgeführten ausgelosten Rentenbriefe ist auch bis auf Weiteres gestattet, dieselben mit der Post an unsere Rentenbankkasse einzulenden und die Ueberblendung der Valuta auf gleichem Wege, jedoch auf Gefahr und Kosten des Empfängers, unter Beifügung einer in nachstehender Form ausgestellten Quittung zu beantragen.

Q u i t t u n g.

Die Valuta der nachstehend verzeichneten ausgelosten Rentenbriefe, nämlich:

1) Lit. Nr. à Thlr. Capital.

2) 2c. 2c.

(buchstäblich) Thalern,

mit zusammen

von der Königl. Rentenbankkassse in Magdeburg baar und richtig empfangen zu haben, bescheinigt durch diese Quittung.

..... den ..ten 18 ..

N. N.

Mit dem 31. März 1863 hört die weitere Verzinsung der gedachten Rentenbriefe auf; daher müssen mit diesen die dazu gehörigen Zinscoupons Serie II. Nr. 10. bis 16. unentgeltlich abgeliefert werden, widrigensfalls für die fehlenden Coupons der Betrag derselben vom Capitale zurückbehalten wird.

Die Inhaber der ausgelooften Rentenbriefe fordern wir hierdurch auf, vom 19. März 1863 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten rechtzeitig in Empfang zu nehmen.

Zugleich werden die Inhaber folgender, bereits in früheren Jahren ausgelooften Rentenbriefe Lit. A. bis D., welche bisher nicht realisiert sind, nämlich:

- a) pro 1. April 1859: Lit. A. Nr. 6167., Lit. C. Nr. 5079.;
- b) pro 1. October 1859: Lit. C. Nr. 2939. 3690.;
- c) pro 1. April 1860, Lit. B. Nr. 958., Lit. C. Nr. 1599. 8121., Lit. D. Nr. 7034.;
- d) pro 1. October 1860: Lit. B. Nr. 73., Lit. C. Nr. 3148. 7618. 7685., Lit. D. Nr. 8. 1177. 6984.;
- e) pro 1. April 1861: Lit. A. Nr. 1448. 2141. 3065. 3862., Lit. B. Nr. 54. 1216., Lit. C. Nr. 255. 1682. 2516. 3906. 6041. 6555. 7942. 8313., Lit. D. Nr. 2526. 2734. 3199. 3357. 5545. 6515. 6830. 7201.;
- f) pro 1. October 1861: Lit. A. Nr. 356. 912. 4080., Lit. B. Nr. 169., Lit. C. Nr. 298. 672. 1007. 4146. 6188. 6442. 7620. 8705. 8727., Lit. D. Nr. 731. 1683. 1984. 2525. 2655. 3531. 3855. 4435. 5605. 5748. 7017. 7028. 7311. 7417.;
- g) pro 1. April 1862: Lit. A. Nr. 712. 2140. 6321. 6408., Lit. B. Nr. 490., Lit. C. Nr. 1220. 1609. 3252. 5990. 6673. 8509. 8793., Lit. D. Nr. 1245. 2124.;
- h) pro 1. October 1862: Lit. A. Nr. 1089. 1578. 1685. 2529. 3142. 6236. 6269., Lit. B. Nr. 1376., Lit. C. Nr. 324. 347. 660. 1433. 2203. 2231. 3404. 4893. 5051. 5256. 5305. 5829. 6254. 6317. 6382. 6507. 6510. 7328. 7415. 8954., Lit. D. Nr. 129. 131. 238. 656. 1273. 1442. 1478. 1857. 1871. 2950. 3883. 4340. 4495. 5246. 6090. 6150. 6151. 7139.,

hierdurch erinnert, dieselben unserer Kasse zur Zahlung des Betrages zu präsentieren.

Eine gleiche Erinnerung ergeht an diejenigen, welche noch Rentenbriefe der Provinz Sachsen Lit. E. & 10 Thlr. unter den Nummern 1. bis einschließlich 12,130. und von 12,135. bis einschließlich 12,291. inne haben, da diese in früheren Terminen bereits sämmtlich ausgelooft worden sind.

Magdeburg, den 13. November 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(972) Ausgelooftte Schuldverschreibungen der Eisenbahn Tilgungskasse für das Halbjahr 1. Januar bis ult. Juni 1863.

In dem am 12. d. M. zur Ausloosung von Schuldverschreibungen der mit der hiesigen Provinzial-Rentenbank vereinigten Eisenbahn Tilgungskasse für das Halbjahr 1. Januar bis ult. Juni 1863 hieselbst abgehaltenen Termine sind folgende Schuldverschreibungen ausgelooft worden:

- 1) von Lit. A. & 3½ %: a) zu 500 Thlr. Nr. 322. 332. 557. 699., b) zu 300 Thlr. Nr. 151.;
- 2) von Lit. B. & 4 %: a) zu 500 Thlr. Nr. 274. 448. 1009. 1691. 2606. 2729. 3448. 3968. 4009. 4222., b) zu 300 Thlr. Nr. 1437., c) zu 100 Thlr. Nr. 952. 1513. 1805. 2025. 2543. 2617. 2983. 3849., d) zu 50 Thlr. Nr. 932. 1066. 1443., e) zu 25 Thlr. Nr. 203.

Die Zahlung der Beträge derselben und der halbjährigen Zinsen pro 1. Januar bis ult. Juni 1863 erfolgt vom 1. Juli 1863 ab je nach der Wahl der Interessenten entweder

- a) durch die Kasse der unterzeichneten Rentenbank, Comptoir Nr. 4. hieselbst, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr sofort gegen Zurüdlieferung der ausgelooften Schuldverschreibungen im cours-fähigen Zustande oder
- b) durch die Königliche Kreisbank zu Heiligenstadt binnen 10 Tagen nach der an dieselbe im cours-fähigen Zustande bewirkten Uebergabe der Schuldverschreibungen gegen Rückgabe der von der Kreisbank darüber einstweilen auszusellenden Empfangsbcheinigung.

Ueber den gezahlten Geldbetrag ist außerdem vom dem Präsentanten der Schuldverschreibung nach einem bei der Kasse in Empfang zu nehmenden Formulare Quittung zu leisten.

Mit dem 1. Juli 1863 hört die weitere Verzinsung der gedachten Schuldverschreibungen auf; daher

müssen mit diesen zugleich die zugehörigen Coupons Ser. V. Nr. 2. bis 4. unentgeltlich zurückerliefert werden, widrigenfalls für jeden fehlenden Coupon der Betrag desselben vom Capitale zurückerhalten wird.

Indem wir die Inhaber der ausgelosten Schuldverschreibungen hierdurch auffordern, vom 1. Juli 1863 ab die Zahlung unter den vorerwähnten Modalitäten in Empfang zu nehmen, bemerken wir, daß die betreffenden beiden Klassen sich auf eine Ueberfendung des Geldbetrages an Privatpersonen mit der Post nicht einlassen dürfen.

Zugleich fordern wir die Inhaber folgender, in früheren Terminen ausgelosten, aber noch nicht realisirten Schuldverschreibungen und zwar von folgenden Auslosungsterminen:

- a) 1. Juli 1854: à 4 % Nr. 2211. zu 5 Thlr.;
- b) 1. Januar 1855: à 3½ % Nr. 450. zu 10 Thlr., Nr. 468. zu 5 Thlr., à 4 % Nr. 2920. zu 10 Thlr.;
- c) 1. Juli 1857: à 3½ % Nr. 467. zu 25 Thlr.;
- d) 1. Januar 1861: à 4 % Nr. 2905. zu 50 Thlr.;
- e) 1. Januar 1862: à 4 % Nr. 3932. zu 25 Thlr.;
- f) 1. Juli 1862: à 4 % Nr. 1686. zu 500 Thlr., Nr. 1451. zu 25 Thlr.,

hierdurch auf, dieselben bei unserer Rentenbankasse hiersebst oder bei der Kreiskasse in Heiligenstadt zur Zahlung des Betrages zu präsentieren.

Magdeburg, den 13. November 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(973) Aufforderung versorgungsberechtigter Militärpersonen zur Meldung für contractliche Stellen bei der Postverwaltung.

Versorgungsberechtigte Militärpersonen, welche bereit sind, contractliche Stellen bei der Postverwaltung als Landbriefträger, Paddeträger und dergleichen, mit welchen je nach dem Umfange der Leistung eine Abkennung bis zum Betrage von 150 Thlr. jährlich verbunden ist, zu übernehmen, werden aufgefördert, sich schriftlich oder mündlich bei der unterzeichneten Ober-Postdirection zu melden, um nach befundener Qualifikation notirt und bei eintretenden Vacanzen berücksichtigt werden zu können. Bei den Meldungen sind die Militairpapiere, welche den Versorgungsanspruch nachweisen, und die Führungsatteste vorzulegen; auch ist in jedem Falle anzugeben, ob der Bewerber die reglementsmäßige Caution von 50 Thlr. in cours-habenden Papieren zu bestellen vermag.

Bemerkt wird, daß durch die Uebernahme einer der bezeichneten contractlichen Stellen dem etwaigen Streben der Versorgungsberechtigten nach späterer Erlangung einer Anstellung als Postunterbeamter Nichts vergeben wird.

Halle, den 8. December 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

(974) Die Errichtung einer Postexpedition in dem Orte Kayna betr.

Zur Herstellung der Verbindung zwischen Kayna, woselbst mit dem 1. Januar l. J. eine Postexpedition II. Klasse ins Leben tritt, und Zeitz soll vom gleichen Termine ab eine Kariolpost eingerichtet werden, welche nur an den Wochentagen und wie folgt couffiren wird: aus Kayna um 8 Uhr früh, aus Zeitz um 5 Uhr 20 Min. Nachm. Die Beförderung findet in 1 Stunde 40 Minuten statt. Das Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Halle, den 8. December 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

(975) Die Errichtung einer Postexpedition im Orte Rothenburg bei Cönnern betr.

In dem Orte Rothenburg bei Cönnern wird mit dem 1. Januar l. J. eine Postexpedition II. Klasse eingerichtet und mit Cönnern durch eine täglich zweimalige Kariolpost mit folgendem Gange in Verbindung gesetzt werden:

I. Post aus Cönnern 7 Uhr früh, aus Rothenburg 10 Uhr Vorm.,

II. Post aus Cönnern 2 Uhr Nachm., aus Rothenburg 6 Uhr Nachm.

Die Beförderung beider Posten erfolgt in 45 Minuten. Das Publikum wird hiervon in Kenntniß gesetzt.

Halle, den 10. December 1862.

Königliche Ober-Postdirection.

Patente für Kunsterfindungen betr.

(976) Dem Fabrikanten Joseph Thoma zu Bingen bei Sigmaringen ist unter dem 4. November 1862 ein Patent auf einen durch Zeichnung, Beschreibung und Modell erläuterten, für neu und eigenthümlich erachteten Schraubenschlüssel auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(1977) Den Mechanikern **Siemens** und **Walske** (Firma: Siemens und Walske) in Berlin ist unter dem 13. November 1862 ein Patent auf einen nach den vorgelegten Zeichnungen nebst Beschreibung für neu und eigenthümlich erachteten magneto-electrischen Typen-Schnellschreiber-Apparat, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(1978) Das dem Nähmaschinen-Fabrikanten Ferdinand Otto **Schmidt** zu Berlin unter dem 6. September d. J. ertheilte Patent auf einen durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, als neu und eigenthümlich erkannten Greifer an Nähmaschinen, ist aufgehoben und ihm dagegen unter dem 13. November d. J. ein Patent auf einen durch Modell, Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, als neu und eigenthümlich erkannten Greifer mit Spule für den Unterfaden an Nähmaschinen bis zum 6. September 1867 für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(1979) Dem Kupferschmiedemeister Emil **Schulz** in Gloggnitz, im Regierungsbezirk Bromberg, ist unter dem 21. November o. ein Patent auf durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Rectifications-Beden, soweit sie als neu und eigenthümlich erkannt worden sind, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(1980) Dem Kaufmann J. H. F. **Wieland** in Berlin ist unter dem 3. December d. J. ein Patent auf eine Sengemaschine für Zeugwaaren in der durch Beschreibung und Zeichnung nachgewiesenen ganzen Zusammenfügung, ohne Andere in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(1981) Das dem Baumeister Friedrich **Hoffmann** in Berlin und dem Stadtbaurathe A. **Richt** in Danzig unter dem 27. Mai 1858 auf 5 Jahre ertheilte und durch Verfügung vom 28. Februar 1860 auf fernere 3 Jahre verlängerte Patent auf einen für neu und eigenthümlich erkannten ringförmigen feststehenden Ofen zum unausgelegten Betriebe beim Brennen von Ziegeln und anderen Gegenständen ist auf die Dauer von weiteren sieben Jahren verlängert worden.

(1982) Das dem Fabrikbesitzer Ernst **Hoffmann**, Inhaber der Firma Ernst Hoffmann und Comp. zu Breslau, unter dem 27. October 1860 ertheilte Patent auf eine mechanische Vorrichtung zur Bewegung der Förderungsgefäße in Gruben-Schächten, insoweit solche nach Modellen, Zeichnung und Beschreibung in ihrer Zusammenfügung für neu und eigenthümlich erachtet worden, ist aufgehoben.

(1983) Das dem Ingenieur Alexander **Reichel** in Berlin unter dem 26. Juli 1861 ertheilte Patent auf eine mechanische Vorrichtung an Schrauben-Prägewerken, in der durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Zusammenfügung und ohne Jemand in Anwendung bekannter Theile zu beschränken, ist aufgehoben worden.

Hierzu 3 Beilagen, und zwar:

- a) Concession und Statuten der Actien-Gesellschaft Assurantie-Compagnie te Amsterdam de anno 1771.
- b) Concession und Statuten der Actien-Gesellschaft Le Conservateur in Paris.
- c) Abänderungen u. zu den Statuten der Gesellschaft Helvetia in St. Gallen.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gebruckt bei Carl Jürk in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Beilageblätter pro Bogen 1 Sgr.)

Beilage

zum Amtsblatt

der Königl. Regierung zu Merseburg.

Der unter der Firma:

Le Conservateur

in Paris domicilirten Lebensversicherungs-Aktien-Gesellschaft wird die Concession zum Geschäftsbetriebe in den Königl. Preussischen Staaten, auf Grund der unter dem 2. August 1844 landesherrlich bestätigten Statuten hiermit unter nachfolgenden Bedingungen ertheilt:

- 1) Jede Veränderung der bei der Zulassung gültigen Statuten muß bei Verlust der Concession angezeigt und, ehe nach denselben verfahren werden darf, von der Preussischen Staats-Regierung genehmigt werden.
- 2) Die Veröffentlichung der Concession, der Statuten und der etwaigen Aenderungen derselben, erfolgt in den Amtsblättern derjenigen Königl. Regierungen, in deren Bezirken die Gesellschaft Geschäfte zu betreiben beabsichtigt, auf Kosten der Gesellschaft.
- 3) Die Gesellschaft hat wenigstens an einem bestimmten Orte in Preußen eine Haupt-Niederlassung mit einem Geschäfts-Local und einem dort domicilirten General-Bevollmächtigten zu begründen. Derselbe ist verpflichtet, derjenigen Königl. Regierung, in deren Bezirk sein Wohnsitz belegen, in den ersten sechs Monaten eines jeden Geschäftsjahres neben dem Verwaltungs-Berichte und der General-Bilanz der Gesellschaft eine ausführliche Uebersicht der im verfloßenen Jahre in Preußen betriebenen Geschäfte einzureichen.

In dieser Uebersicht — für deren Aufstellung von der betreffenden Regierung nähere Bestimmungen getroffen werden können — ist das in Preußen befindliche Actiolum von dem übrigen Actiolum gesondert aufzuführen.

Für die Richtigkeit der Bilanz und der Uebersicht, sowie der von ihm geführten Bücher, einzustehen, hat der General-Bevollmächtigte sich persönlich und erforderlichen Falls nter Stellung zulänglicher Sicherheit zum Vortheile inländischer Gläubiger zu verpflichten. Außerdem muß derselbe auf amtliches Verlangen unweigerlich alle diejenigen Mittheilungen machen, welche sich auf den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft oder auf den der Preussischen Geschäftsniederlassung beziehen, auch die zu diesem Behufe etwa nöthigen Schriftstücke, Bücher, Rechnungen u. s. zur Einsicht vorlegen.

- 4) Durch den General-Bevollmächtigten und von dem inländischen Wohnorte desselben aus sind alle Verträge der Gesellschaft mit den Inländern abzuschließen.

Die Gesellschaft hat wegen aller aus ihren Geschäften mit Inländern entstehenden Verbindlichkeiten, je nach Verlangen des inländischen Verschortten, entweder in dem Gerichtsstande des General-Bevollmächtigten oder in demjenigen des Agenten, welcher die Versicherung vermittelt hat, als Beklagte Recht zu nehmen und diese Verpflichtung in jeder für einen Inländer auszustellenden Versicherungs-Police ausdrücklich auszusprechen.

Sollen die Streitigkeiten durch Schieds-Richter geschlichtet werden, so müssen diese letzteren, mit Einschluß des Obmanns, Preussische Unterthanen sein.

Die vorliegende Concession, — welche übrigens die Befugniß zum Erwerbe von Grund-Eigenthum in den Preussischen Staaten, wozu es der in jedem einzelnen Falle besonders nachzusuchenden landesherrlichen Erlaubniß bedarf, nicht in sich schließt, — kann zu jeder Zeit, und ohne daß es der Angabe von Gründen bedarf, lediglich nach dem Ermeßsen der Preussischen Staats-Regierung, zurückgenommen und für erloschen erklärt werden. Berlin, den 9. October 1862.

Der Minister des Innern
gez. v. Jagow.

Der Minister für Handel, Gewerbe und öffentl. Arbeiten.
Im Auftrage: gez. Delbrück.

Concession

zum Geschäftsbetriebe in den Königl. Preussischen Staaten für die Lebensversicherungs-Gesellschaft „Le Conservateur“ in Paris.

M. d. J. I. A. 8274. M. f. H. etc. IV. 9337.

Statuten

der in Paris unter dem Namen „Le Conservateur“ zur Gründung und Verwaltung gegenseitiger Lebens-Versicherungs-Associationen gebildeten anonymen Gesellschaft.

Kapitel 1.

Von der Begründung der Gesellschaft.

Art. 1. Unter den Erscheinenden wird eine anonyme Gesellschaft unter der Benennung „Le Conservateur“ zur Bildung und Verwaltung von wechselseitigen Lebens-Versicherungs-Vereinen errichtet. Der Sitz der Gesellschaft wird in Paris sein.

Art. 2. Der Zweck der Gesellschaft ist die Bildung und Verwaltung von Vereinen gegenseitiger, auf die Wechselfälle des Lebens gegründeter Versicherungen, wie die besonderen, gegenwärtigen Acte beigefügten Statuten dies näher erläutern.

Sie verbietet sich jede Operation, welche nicht die Bildung oder Verwaltung benannter Vereine zum Gegenstande hat.

Art. 3. Die Dauer der Gesellschaft ist von dem Tage, wo die Ordnung zu ihrer Ermächtigung erscheint, mit Ausnahme der weiter unten bestimmten Fälle der Auflösung, auf Reunzig Jahre festgesetzt.

Kapitel 2.

Von dem Fonds der Gesellschaft und der Actien.

Art. 4. Das gesellschaftliche Capital ist auf eine Million Franken, die in tausend Actien zu tausend Franken getheilt ist, festgesetzt. Diese Tausend Actien sind von den Nachstehenden in folgenden Verhältnissen gezeichnet.

Die Herren

| | |
|--|-----|
| 1. Riffault (Jean Claude Eugene) zweihundert Actien | 200 |
| 2. Riffault (Charles Joseph Emmond) sechzig Actien | 60 |
| 3. Desbouillons, zweihundert Actien | 200 |
| 4. Desmarlain, zweihundert Actien | 200 |
| 5. Durand, zweihundert Actien | 200 |
| 6. Le Molored de la Haichois, hundert und vierzig Actien | 140 |

Total 1,000.

Die Actien sind auf den Namen lautenb und nummerirt von eins bis Tausend; sie werden von einem Stammregister abgetheilt und müssen, die Actien sowohl wie die Talens, die Unterschriften von zwei Mitgliedern des Verwaltungs-Rathes und von dem Director tragen; die Actien erhalten gleichfalls das Gepräge eines treuen Siegels mit der Inschrift: „Le Conservateur Compagnie pour la formation et la gestion d'associations d'assurances mutuelles sur la vie“ (Gesellschaft zur Gründung und Verwaltung gegenseitiger Lebensversicherungs-Vereine).

Die Veräußerung der Actien geschieht durch eine Uebertragungs-Erklärung, welche von dem Cedenten und von dem Uebernehmer oder von seinem Bevollmächtigten unterschrieben und in die Register der Gesellschaft eingetragen werden muß.

Der Uebernehmer muß jedoch vorher die Genehmigung des Verwaltungs-Rathes der Gesellschaft, durch eine Majorität von den drei Vierteln der Stimmen davon tragen.

Die Uebertragung einer Actie schließt mit vollem Rechte die Ueberlassung aller verfallenen und noch nicht bezahlten Dividenden in sich.

Die Bedingungen der gegenwärtigen Statuten verpflichten, und folgen der Actie in gleichstetiger welche Hände sie übergeht.

Art. 5. Die Actionaire haben unmittelbar nach Concessionirung der Gesellschaft zwei Bezahlte von dem Betrage einer jeden Actie in baarem Gelde zu bezahlen.

Sie bleiben verpflichtet, bis zum vollen Betrage die acht andern Bezahlte ihrer Actien, auf das Verlangen des Verwaltungsraths und in der Frist, welche in dem Benachrichtigungs-Schreiben näher bestimmt werden wird, zu entrichten.

Die unmittelbar zu entrichtenden zwei Zehntel werden vor jedem andern Gebrauch dazu angewendet werden, um die der Gesellschaft zur Bürgschaft für ihre Verwaltung in dem Artikel 50. der auf die Continen-Gesellschaft bezüglichen, weiter unten benannten Statuten, auferlegte Kaution zu beschaffen.

Art. 6. Die Verluste der Actionaire sind bloß auf den Betrag ihres Antheils an der Gesellschaft beschränkt.

Art. 7. Sollte es vorkommen, daß die Actionaire die Eingahlung der zwei ersten Zehntel ihrer Aktien nicht leisten, sowie auch, daß die Entrichtung eines oder mehrerer der übrigen Zehntel ausbliebe, nachdem die Aufforderung zur Eingahlung vom Verwaltungsrathe ergangen, und durch recommandirte Briefe bei der Post bestätigt worden, so läßt der Verwaltungsrath für jeden Tage nach Uebersendung dieser Briefe, die uneingezahlten Aktien öffentlich und ohne weitere gerichtliche Formalitäten durch den Bankagenten der Gesellschaft an der Pariser Börse verkaufen.

Dieser Verkauf findet auf Kosten und Gefahr der Nachzügler statt. Uebersteigt dieser Ertrag des Verkaufs die der Gesellschaft geschuldete Summe, so wird der Ueberschuß an den Actionair zurückgeliefert; im entgegengesetzten Falle aber muß dieser das Deficit ausgleichen.

Kapitel 3.

Von der General-Versammlung.

Art. 8. Die General-Versammlung vertritt die Gesamtheit der Actionaire.

Ihre Entscheidungen sind für Alle, selbst für die Abwesenden, verbindlich.

Die General-Versammlung besteht aus allen Actionairen, die seit drei vollen Monaten Besitzer von fünf Aktien sind. Die Administratoren und der Director haben nur in den ihrer Verwaltung fremdartigen Angelegenheiten eine beschließende Stimme.

Art. 9. Die Zusammenberufung der General-Versammlung geschieht durch besondere Briefe, so wie mindestens einen Monat vorher, durch Anzeigen in denjenigen Pariser Zeitungen, welche durch das Handelsgericht dieser Stadt in Gemäßheit des Gesetzes vom 31. März 1833 zur Publikation der Gesellschafts-Akte bezeichnet sind.

Art. 10. Die rechtmäßigen Mitglieder der General-Versammlung können sich bei derselben durch Bevollmächtigte vertreten lassen, sobald diese Bevollmächtigten selbst Mitglieder der General-Versammlung sind.

Die Besitzer von

Fünf bis neun Aktien haben Recht auf eine Stimme;

Zehn bis neunzehn Aktien haben Recht auf zwei Stimmen;

zwanzig bis neun und neunzig Aktien haben Recht auf drei Stimmen;

Dreißig bis neun und dreißig Aktien haben Recht auf vier Stimmen;

vierzig Aktien und darüber haben Recht auf fünf Stimmen.

Die Bevollmächtigten, welche zugleich Mitglieder der General-Versammlung sind, können ihre Stimmen mit denen ihrer Vollmachtgeber vereinigen, ohne jedoch im Ganzen, niemals mehr als fünf Stimmen zu erhalten zu können.

Die Beschlüsse der General-Versammlung erlangen Gültigkeit, sobald derselben die Hälfte mehr eines von den rechtmäßigen Mitgliedern betwohnen.

Die Abstimmung findet durch Sitzen und Aufstehen statt, es sei denn, daß fünf der anwesenden Mitglieder zum Mindesten, die geheime Abstimmung verlangen.

Art. 11. Sollte es vorkommen, daß eine erste Versammlung die oben angegebene Zahl für die Gültigkeit der General-Versammlung, nicht vereinige, so findet eine neue Zusammenberufung, nach einem Zwischenraum von wenigstens fünfzehn Tagen, und in der Art 9. vorgeschriebener Form statt. Die Versammlung ist alsdann regelmäßig konstituiert, gleichviel, welches auch die Zahl der anwesenden Mitglieder sein möge. Indes können nur auf diejenigen Angelegenheiten erstrebt werden, welche bei der ersten Versammlung zur Tagesordnung gehörten.

Art. 12. Die Versammlung vereinigt sich jedes Jahr im Laufe des Monats April.

Ferner findet eine außerordentliche Vereinigung statt:

1) sobald der Verwaltungsrath es für nöthig hält;

2) auf Verlangen zum Mindesten eines Viertels der stimmberechtigten Actionaire oder des Aufsichtsraths der Continen-Gesellschaften.

In den hier vorausgesehenen Fällen ist der Verwaltungsrath gehalten, die General-Versammlung sofort zusammen zu berufen und zwar in den, Art. 9., vorgeschriebenen Formen und Fristen.

Art. 13. Die General-Versammlung wird durch den Präsidenten des Verwaltungsraths oder durch ein dazu bestimmtes Mitglied dieses Rathes präsidirt.

Der Präsident ernimmt unter den bedeutendsten Actionairen zwei Scrutatoren, um ihm bei Sesse zu stehen, und bezeichnet ebenfalls den Secretair.

Die Scrutatoren so wie der Secretair können nicht unter den Mitgliedern des Rathes gewählt werden.

Art. 14. Die General-Versammlung hat als Zweck:

1. die Mitglieder des Verwaltungsraths zu ernennen;
2. den Bericht des Directors über den Zustand der Gesellschaft anzuhören;
3. die Rechnungen des verlaufenen Verwaltungsjahres anzuhören, zu beurtheilen und festzustellen;
4. die Vertheilung der etwaigen Dividende zu bestimmen;
5. über Fälle aller Art, welche ihr von dem Verwaltungsrath vorgelegt werden, sich auszusprechen;
6. alle Angelegenheiten der Gesellschaft zu beurtheilen und zu beschließen.

Kapitel 4.

Vom Verwaltungsrath.

Art. 15. Die Gesellschaft wird durch einen Rath aus sieben, von der General-Versammlung durch Scrutinium und durch die absolute Majorität der Wahstimmen ernannten Actionairen verwaltet.

Wenn bei der ersten Abstimmung die absolute Majorität nicht erreicht wird, so reicht bei der zweiten Abstimmung die relative Majorität hin.

Ihre Functionen sind unentgeltlich, sie erhalten Gegenwarts-Marken, deren Werth durch die erste General-Versammlung bestimmt wird.

Art. 16. Die Functionen der Verwalter sind dreijährig.

Die Inhaber dieser Functionen werden erneuert und zwar:

zwei am Ende des ersten Jahres,

zwei am Ende des zweiten Jahres, und

die drei übrigen Mitglieder nach Verlauf des dritten Jahres.

Während der ersten zwei Jahre werden die heraustretenden Mitglieder durch das Loos bestimmt; sie können unaufsöhrlich wieder erwählt werden.

Beim Ableben oder Zurücktritt eines oder mehrerer Mitglieder, werden dieselben vorläufig durch die übrigen Mitglieder ergänzt, bis zur nächsten General-Versammlung, welche definitiv über ihre Ersetzung entscheidet.

Art. 17. Jeder Verwalter muß Besitzer von fünf Actien sein, welche während der Dauer seiner Functionen unveräußerlich bleiben.

Art. 18. Der Verwaltungsrath ernimmt unter seinen Mitgliedern einen Präsidenten und einen Vice-Präsidenten. Ihre Functionen währen ein Jahr. Sie können nachdem wieder erwählt werden. Bei Abwesenheit des Präsidenten oder des Vice-Präsidenten fällt die Präsidenz dem ältesten der anwesenden Mitglieder zu.

Art. 19. Der Verwaltungsrath kommt monatlich wenigstens Einmal zusammen. Um Beschlüsse fassen zu können, müssen wenigstens vier Mitglieder anwesend sein. Seine Beschlüsse werden nach absoluter Majorität, der anwesenden Mitglieder gefaßt. Im Fall gleicher Stimmenzahl entscheidet die Stimme des Präsidenten.

Art. 20. Der Verwaltungsrath repräsentirt die Gesellschaft Dritten gegenüber, und nimmt von allen Geschäften, welche die Gesellschaft betreffen, Kenntniß.

Er setzt in den durch die Artikel 5. und 33. bestimmten Fällen die Stärke der Summen, welche die Actionaire auf die Behtel noch zu bezahlen haben, je nach den Bedürfnissen fest.

Er bestimmt die Verwendung der der Gesellschaft gehörenden Kapitalien.

Er wacht darüber, daß die von den Mitgliedern der Gesellschaft wechselseitiger Lebensversicherung bezahlten Fonds innerhalb der in den Statuten bestimmten Fristen in Staatsrenten angelegt werden.

Er ernimmt und setzt ab die Directoren in den Departements, so wie die anderen Agenten und Beamten der Gesellschaft.

Er regelt und bestimmt in jedem Jahre die Gehalte und Abnne, sowie die General-Ausgaben der Verwaltung in den durch die General-Versammlung bestimmten Grenzen.

Er nimmt Kenntniß von allen Registern, Correspondenzen, Rechnungen und Urkunden über sonstigen Beweisstücken, welche auf die Gesellschaft Bezug haben.

Ihm steht das Recht zu, Vergleiche zu treffen und zu compromittiren.

Art. 21. Die jährlichen Rechnungen und die Vertheilung der Gewinne werden von dem Verwaltungsrathe unter Genehmigung der General-Versammlung, welche solche definitiv festsetzt, geregelt.

Kapitel 5.

Dem Director.

Art. 22. Die Operationen der Gesellschaft werden von einem Director und einem beigeordneten Director unter Aufsicht und Ueberwachung des Verwaltungsrathes geleitet.

Es sind ernannt:

Herr Eugene Riffault zum Director,

Herr Edmond Riffault zum beigeordneten Director.

Die Ernennungen müssen jedenfalls von der ersten General-Versammlung bestätigt werden.

Art. 23. Der Director und der Beigeordnete werden auf den Vorschlag des Verwaltungsrathes von der General-Versammlung ernannt und können von diesem abgesetzt werden.

Der Gehalt des Directors und des beigeordneten Directors, so wie die übrigen Vortheile, welche ihnen attribuit werden können, werden auf Vorschlag des Verwaltungsrathes durch die General-Versammlung bestimmt.

Art. 24. Der Director und der Beigeordnete müssen jeder Eigenthümer von fünf und zwanzig Actien sein.

Diese Actien, welche als Caution zur Bürgschaft für ihre Verwaltung verwendet werden, sind während der ganzen Dauer ihrer Ainführung und bis ihre Rechnung richtig befunden worden, unveräußerlich.

Art. 25. Der Director und der beigeordnete Director wohnen den Rathssversammlungen bei, ohne jedoch in keinem Falle in denselben eine beschließende Stimme zu besitzen. Einer von beiden übernimmt darin die Functionen des Secretairs. Der Director ist mit der Ausführung der Beschlüsse des Rathes beauftragt.

Art. 26. Die Versicherungsverträge, die Uebertragung der Renten und anderer auf den Namen der Gesellschaft eingetragener Fonds, die Verträge und Conventionen, werden von einem Verwalter und dem Director unterzeichnet.

Die Briefe, Indossirungen und Quittungen werden von dem Director unterschrieben.

Die gerichtlichen Klagen werden im Namen der Gesellschaft auf den Antrag des Directors betrieben.

In Verhinderungsfällen des Directors wird er rechtmäßig durch den Beigeordneten vertreten. Wenn beide verhindert sein sollten, werden die Geschäfte des Directors durch einen Verwalter oder durch einen von dem Verwaltungsrathe dazu ernannten oberen Beamten versehen.

Art. 27. Der Director hält ein Register, in welches in der Ordnungsfolge ihrer Daten in den drei Tagen nach ihrem Empfang, alle Briefe, Anzeigen, Bestimmungen und Mittheilungen aller Art übertragen sein müssen, zu denen von Seiten der Regierung, die Aufsicht, welcher die Continien-Gesellschaften unterworfen sind, Veranlassung giebt.

Dieses Register wird dem Aufsichtsrath der Subscribenten bei jeder seiner Zusammenkünfte vorgelegt und jedesmal von dem Präsidenten visirt.

Wenn die Regierung verordnet, daß die obigen Mittheilungen gänzlich oder auszugewisse auf ein oder mehrere Register der Anstalt übertragen werden sollen, so muß diese Uebertragung ebenfalls in den folgenden drei Tagen nach Eingang dieser Mittheilungen auf Antrieb des Directors stattfinden.

Kapitel 6.

Von dem Inventarium, den Gewinnen und von dem Reserve-Fonds.

Art. 28. Jedes Jahr wird ein Inventarium von dem Activo- und Passivo-Zustande der Gesellschaft aufgenommen; dieses Inventarium wird am 31. December geschlossen, von dem Director entworfen und von dem Verwaltungsrath festgestellt.

Art. 29. Ein Zehntel mindestens und ein Viertel höchstens von dem reinen Gewinn der Operationen, wird zur Reserve gebildet und zum Besten der Gesellschaft in Staatsrenten verwandelt.
Art. 30. Von dem Ueberschuß kann die General-Versammlung auf den Vorschlag des Verwaltungsraths die Vorauserhebung einer bestimmten Summe, und die Vertheilung derselben, als Entschädigung oder Gratification unter den Angestellten der Gesellschaft und den Agenten in den Departements vertheilen.

Der übrige Theil wird als Dividende unter die Actionnaire vertheilt.
Art. 31. Die von dem Reserve-Fonds sich ergebenden Zinsen, werden mit dem Capitale vereintgt.

Sind einmal 500,000 Franken beisammen, so wird der ganze Gewinn, mit Einbegriff der Einlösungen der 500,000 Franken aus dem Reserve-Fonds unter alle Actionnaire vertheilt werden.

Die im vorhergehenden Artikel vorgeschriebene Vorauserhebung würde, in dem Falle von Neuem angefangen, wenn die Reserve von 500,000 Franken vergriffen wäre.

Kapitel 7.

Recht der Erben der Actionnaire.

Art. 32. Im Falle des Ablebens oder des Fallissements eines Actionnaire können die Erben, Gläubiger und sonstigen Berechtigten auf keine von der Gesellschaft abhängige Gegenstände Siegel anlegen lassen, noch einen Inventar errichten oder sonst den Lauf der Operationen der Gesellschaft unterbrechen lassen. Sie sind genöthigt, sich auf die jährlichen, von der General-Versammlung, festgesetzten Inventarien zu verlassen. Die Erben müssen sich verkönnen, damit einer von ihnen die Interessen des Verstorbenen während der Angetheiltheit des Nachlasses vertreten darf, fallselben findet statt, wenn durch eine oder die andere Ursache, mehrere Personen Eigenthümer einer und derselben Actie würden.

Kapitel 8.

Auflösung und Liquidation.

Art. 33. Die Gesellschaft wird von Rechtswegen aufgelöst, wenn das gesellschaftliche Capital durch Verluste auf die Hälfte vermindert ist.

Die Auflösung muß auch dann erfolgen, wenn sie von einer Anzahl Actionnaire, die Eigenthümer von drei Vierteln der Actien sind, verlangt wird.

Die Liquidation erfolgt unter Aufsicht und Ueberwachung des Verwaltungsraths, auf die Act, welche die General-Versammlung bestimmen wird.

Die Actionnaire sind verpflichtet, bis zum vollen Betrage ihrer Actien denjenigen Theil ihrer Actien baar zu entrichten, welchen die Liquidatoren zur Bezahlung der Schulden der Gesellschaft für nothwendig erachten werden.

Die nach Bezahlung der Schulden und Verpflichtungen der Gesellschaft, disponiblen bleibenden Summen werden unter die Actionnaire pro rata der geleisteten Zahlungen vertheilt, es wird aber ausdrücklich bedungen, daß bis zur vollständigen Liquidation kein auf Veranlassung der Gesellschaft gebildetes Continuum-Rezine das gesammte gesellschaftliche Capital als Bürgschaft für die Verwaltung dieser Rezine zusammen bleibt und angewiesen wird.

Kapitel 9.

Allgemeine Dispositionen.

Art. 34. In Streitigkeitsfällen zwischen den Actionnairen und der Gesellschaft oder zwischen den Actionnairen unter sich, über Gegenstände, welche auf die Gesellschaft Bezug haben, werden dieselben durch drei von dem Präsidenten des Pariser Handelsgerichts von Amteswegen ernannte Schiedsrichter gerichtet. Die Schiedsrichter richten in letzter Instanz als gültliche Vergleich.

Art. 35. Wenn die Erfahrung die Nothwendigkeit oder die Schicklichkeit darlegte, einige Dispositionen des gegenwärtigen Gesellschafts-Actes zu verbessern, so wird der Vorschlag dazu vom dem Verwaltungsrath in der General-Versammlung gemacht. In diesem Falle kann die General-Versammlung nur mit Zustimmung der Hälfte und eines der stimmberechtigten Actionnaire beschließen.

Die angenommenen Veränderungen können nur mit Bewilligung der Regierung angefertigt werden.

Kapitel 10.

Constitutionelle Bestimmungen.

Art. 36. In Abweichung des Art. 15. und bis das wenigstens 15 Personen, seit drei Monaten Eigenthümer von wenigstens fünf Actien ein Jeder ist, wird die Gesellschaft von den vorgenannten jetzigen Actionairen verwaltet, welche allein den Verwaltungsrath ausmachen und alle diesem Rathe und der General-Versammlung oben zuertheilte Macht ausüben werden.

Sobald, laut dem oben vorausgesehenen Falle, mehr als 15 Personen Eigenthümer, jeder seit drei Monaten von wenigstens fünf Actien, geworden sind, so ernennen diese sogleich zur General-Versammlung vereinten Actionaire den definitiven Verwaltungsrath, welcher sofort seine Functionen übernimmt und dies alles so, wie es in dem obigen Artikel 3. und 4. bestimmt ist.

Der provisorische Rath legt ihm sogleich Rechnung über seine Verwaltung ab.

Statuten der Continen-Vereine.

Kapitel 1.

Zweck der Stiftung, Art der Operationen.

Art. 1. Die auf die Wechselfälle des Lebens gegründeten, wechselseitigen Vereine, welche die Gesellschaft „le Conservateur“ zu bilden und zu verwalten autorisirt ist, werden durch gegenwärtige Statuten festgesetzt.

Art. 2. Diese Associationen sind gebildet:

- 1) auf den Fall des Ueberlebens;
- 2) auf den Fall des Todes.

Art. 3. Die Vereine für den Fall des Ueberlebens sind fünfterlei Art:

- 1) Gesellschaften zur Vergrößerung der Einkünfte ohne Veräußerung des Kapitals;
- 2) Gesellschaften zur Vergrößerung der Einkünfte mit Veräußerung des Kapitals;
- 3) Gesellschaften zur Vergrößerung des Kapitals ohne Veräußerung des Einkommens;
- 4) Gesellschaften zur Vergrößerung des Kapitals mit gänzlicher oder theilweiser Veräußerung der Einkünfte;
- 5) Gesellschaften zur Bildung eines Kapitals durch die Aufhäufung des Einkommens ohne Veräußerung des Einlage-Kapitals.

Art. 4. In jeder der oben beschriebenen Gesellschaften kann die Assurance entweder zum Besten des Unterzeichners oder zum Besten eines Dritten unterschrieben werden, sie kann auf das Leben des Unterzeichners oder auf das Leben eines Dritten gemacht werden, jedoch mit der Verpflichtung für denjenigen, welcher auf das Leben oder zum Besten eines Dritten contrahirt, daß er die Einwilligung des Letzteren oder der Ascendenten, Ehemänner oder Vormünder für diejenigen Personen beibringt, welche gesetzlich keinen Contract abschließen können. Die Einwilligung des Ehemannes zu einer Unterzeichnung auf das Leben seiner Frau ist unzureichend ohne die Einwilligung dieser Letztern.

Derjenige, auf dessen Namen die Versicherung beruht, ist der Versicherte.

Derjenige, der berufen ist, den Nutzen davon zu genießen, ist allein Gesellschafts-Mitglied. Der Unterzeichner ist jedesmal Gesellschafts-Mitglied, wenn die Versicherung nicht zum Vortheil eines Dritten stipulirt worden ist.

Art. 5. In den Gesellschaften zur Vergrößerung der Einkünfte ohne Veräußerung des Kapitals werden die aus der gesellschaftlichen Einlage sich ergebenden Zinsen zu gewissen, im Contracte bestimmten Fristen bloß unter diejenigen Gesellschafts-Mitglieder vertheilt, welche das Bestehen derjenigen, auf deren Namen die Versicherung beruht, nachweisen im Stande sind; das Einkommen der Gesellschafts-Mitglieder, die diesen Nachweis beigebraht haben, vermehrt sich demnach durch die Antheile derer, die mit dem Nachweise im Rückstande geblieben sind.

Geht die Gesellschaft zu Ende, so wird das Einlage-Kapital den Unterzeichnern oder deren Bevollmächtigten, je nach den Bestimmungen ihres Contractes, zurückgezahlt.

Art. 6. In den Gesellschaften zur Vergrößerung der Einkünfte mit Veräußerung des Kapitals werden die aus dem gesellschaftlichen Einlage-Kapital sich ergebenden Zinsen zu den im Contract bestimmten Fristen, wie dies im Art. 5. bemerkt ist, verteilt, und wenn die Gesellschaft ihr Ende erreicht hat, wird das Einlage-Kapital getheilt, wie dies im Art. 7. bemerkt worden ist; wenn nicht im Contract ausdrücklich bestimmt worden, daß das Kapital der Verstorbenen mit den rückständigen Zinsen des halben Jahres, welches auf den Todesfall folgt, verteilt werden soll. Das Kapital und die angehäuften Zinsen können auch jährlich, zu bestimmten Fristen, unter die Gesellschafts-Mitglieder, welche die Existenz der Individuen, auf deren Namen ihre Subscription beruht, nachweisen, verteilt werden.

Art. 7. In den Gesellschaften zur Vergrößerung des Kapitals ohne Veräußerung des Einkommens, werden die rückständigen Zinsen des Einlage-Kapitals jährlich den Unterzeichnern oder denen, die rechtlich an ihre Stelle treten, bis zum Ende ihrer Association ausbezahlt; am Ende der Gesellschaft aber wird das Einlage-Kapital nur unter die Mitglieder verteilt, welche die Existenz derjenigen, auf deren Namen die Versicherungen ruhen, nachweisen; das Kapital der Mitglieder, welche diesen Nachweis liefern, vergrößert sich demnach durch den Antheil derer, die solches nicht gethan haben.

Art. 8. In den Gesellschaften zur Vergrößerung des Kapitals mit gänzlicher Veräußerung des Einkommens werden die aus dem Einlage-Kapital sich ergebenden Zinsen allmählig zu dem Kapital, bis zum Ende der Association, hinzugefügt.

In den Gesellschaften zur Vergrößerung des Kapitals mit theilweiser Veräußerung des Einkommens, haben die Unterzeichner oder die im Contract benannten andern Personen, so lange sie leben, die Nutznießung der aus dem Einlage-Kapital sich ergebenden Zinsen, und nur erst nach ihrem Tode an gerechnet, werden die Einkünfte zum Kapital geschlagen.

Beim Aufhören dieser Gesellschaften wird das Einlage-Kapital nebst dem durch den Ankauf der Einkünfte entstandenen Kapital bloß unter die Gesellschafts-Mitglieder verteilt, welche die Existenz der Individuen, auf deren Namen ihre Versicherung beruht, nachweisen können.

Die Einzahlungen in die Gesellschaften zur Vergrößerung des Kapitals können jederzeit erfolgen, müssen unter sich gleich sein und werden so angesehen, als wären sie nach und nach in Gesellschaften, die von Jahr zu Jahr sich gebildet haben, gemacht worden, alle aber müssen zu derselben Zeit liquidirt werden.

Art. 9. In den Gesellschaften zur Bildung eines Kapitals durch Ankauf des Einkommens ohne Veräußerung der Einlagen, werden die durch die Einlagen sich ergebenden Zinsen von halb Jahr zu halb Jahr bis zum Aufhören der Gesellschaft angehauft.

Beim Aufhören der Gesellschaft kommt das Einlagekapital an die Unterzeichner oder ihre Stellvertreter zurück, und das durch Ankauf des Einkommens gebildete Kapital wird unter die Mitglieder verteilt, welche die Existenz der Individuen, auf deren Namen die Versicherung beruht, nachweisen können.

Art. 10. Außerdem können Gesellschaften zur Vergrößerung des Einkommens mit oder ohne Veräußerung des Kapitals, oder zur Vergrößerung des Kapitals mit oder ohne Veräußerung des Einkommens gebildet werden, in welchen zu gewissen durch den Contract bestimmten Fristen die Verteilungen unter die Rechtsnachfolger der Mitglieder, welche das Ableben des Versicherten nachweisen können, Statt findet.

Art. 11. Die verschiedenen obengenannten Gesellschaften können vermittlest Versicherungen auf Personen von demselben Alter oder auf solche von verschiedenem Alter gebildet werden.

Art. 12. Sie können zwischen einer bestimmten oder einer unbeschränkten Anzahl gebildet werden. Die Gesellschaften mit bestimmter Anzahl sind solche, die einmal konstituit, keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen.

Die Gesellschaften mit unbeschränkter Zahl nehmen bis zu dem zu ihrem Schlusse festgesetzten Tage neue Mitglieder auf, wenn anders nicht die Unterzeichner selbst entscheiden, wie dies im Art. 41. erläutert werden wird, daß keine neuen Aufnahmen mehr Statt finden können.

Art. 13. Die Dauer der Gesellschaften mit bestimmter Anzahl kann auf eine gewisse Zahl Jahre festgesetzt werden, oder sie richtet sich nach einer gewissen Anzahl von Sterbefällen.

Die Dauer der Gesellschaften von unbeschränkter Anzahl kann nur auf eine bestimmte festgesetzte Zahl Jahre erfolgen.

Art. 14. Der Sitz aller Gesellschaften ist in Paris.

Art. 15. Jeder Unterzeichner ist verpflichtet, in Paris, oder in den Städten, wo Agenturen errichtet sind, einen Wohnsitz für alle Akte, die auf die Vollziehung des Contractes sich beziehen, zu wählen; dieser zur Zeit der Unterzeichnung gewählte Wohnsitz bleibt in Bezug auf die Unterzeichner, das Mitglied oder dessen Stellvertreter so lange gültig, bis sie der Central-Verwaltung in Paris einen andern Wohnsitz gemacht haben. Die Stellvertreter eines Gesellschafts-Mitgliedes haben mit diesem nur einen Wohnsitz; sie müssen sich deswegen mit einander verständigen.

Zweites Kapitel.

Von der Verein.

§. 1. Ihre Bildung und ihre Wirkungen.

Art. 16. Die erste Unterzeichnung bestimmt für jede Gesellschaft alle Bedingungen in den Grenzen gegenwärtiger Statuten. Ein Protokoll wird sofort bei Eröffnung der Gesellschaft aufgenommen und ein Register zur Aufnahme der ferneren Unterzeichnungen eröffnet.

Art. 17. Niemand, der zum Contrahiren gesetzlich unzulässig ist, kann Unterzeichner werden. Dem Conservateur, in Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrath, steht das Recht zu, jede Unterzeichnung zu verweigern, ohne nöthig zu haben, die Gründe anzugeben.

Art. 18. Keine Gesellschaft kann mit weniger als zehn Mitgliedern konstituiert werden. Wenn die für eine und dieselbe Gesellschaft empfangenen Unterzeichnungen innerhalb eines Jahres nicht diese Zahl erreichen, werden sie annullirt.

Art. 19. Sobald eine Gesellschaft zehn Unterzeichner erhalten hat, ohne daß dem Conservateur von dem Ableben eines von ihnen Nachricht zugekommen ist, so erhält Jeder von ihnen in dem erwählten Wohnsitz Nachricht, und wenn in den auf diese Nachricht folgenden dreißig Tagen kein Ableben früheren Datums, als die Epoche, wo die zehnte Unterzeichnung aufgenommen worden, angezeigt wird, so ist die Gesellschaft definitiv konstituiert und alle Verpflichtungen werden bindend.

Im entgegengesetzten Falle bleibt die Unterzeichnung in den durch Art. 18. bestimmten Grenzen so lange offen, bis zehn Unterzeichnungen erfolgt sind. Die Anzeigen von den Todesfällen werden unter ihrem Datum in das zur Aufnahme der Unterzeichnungen eröffnete Register eingeschrieben.

Der erste Unterzeichner kann zur Constituirung der Gesellschaft eine größere Anzahl Unterzeichnungen als zehn verlangen, in diesem Falle werden die Vorschriften der Art. 18. und 19. auf das dem Unterzeichner geforderte Minimum anwendbar.

Art. 20. Die Eröffnung und die Constitution jeder Gesellschaft, so wie alle Bedingungen, unter welchen sie gebildet ist, werden durch besondere Beratungen des Aufsichtsraths constatirt; die Protokolle dieser Beratungen werden unter ihrem Datum nach Maßgabe der Constituirung der Gesellschaft in ein und dasselbe Register eingetragen; sie führen eine Ordnungszahl.

Art. 21. Die Acte- und Passiv-Wirkungen der Gesellschaften fangen vom Tage ihrer Constituirung an. In den fünf Jahren, welche dem Ende der Gesellschaft vorhergehen, kann keine neue Unterzeichnung mehr angenommen werden.

Art. 22. Die Verpflichtung des Unterzeichners gegen die Gesellschaft, an der er Theil nimmt, wird durch eine doppelt angefertigte, von dem Unterzeichner, dem Director und einem der Administratoren des Conservateur unterzeichneten Police constatirt.

Auf der Rückseite der Police werden wörtlich die Bestimmungen gegenwärtiger Statuten eingetragen. Die Police führt an:

den Namen, Vornamen und die Wohnung des Unterzeichners;
den Namen, Vornamen und das Domicil des Gesellschaftsmitgliedes, wenn dies nicht der Unterzeichner selbst ist;
den Namen, Vornamen und das Domicil, den Geburtsort und das Datum der Geburt des Versicherten;
die Akte der Einwilligung der Dritten, Gesellschaftsmitglieder oder Versicherten;
den Betrag der Unterzeichnung und die Epoche der Zahlung;
die Art der Eingehung der Quittungen, wie sie durch den weiter unten stehenden Art. 30. vorgeschrieben ist;
den Zweck, die Bedingungen, die Dauer und die genaue Angabe der Gesellschaft, zu welcher die Unterzeichnung gehört;
die Schlussepöche und das Ende der Gesellschaft;

die vorgeschriebenen Fristen und die Beweiskräfte, welche zur Nachweisung der Rechte der Gesellschaftsglieder, sowohl für die jährlichen Vertheilungen, als für die Finalvertheilung und den wegen Vollziehung des Contractes gewählten Wohnsitz beizubringen sind.

Sie führt für den Unterzeichner das Datum des Tages, wo der Contract durch die erste Bezahlung und durch die Aushändigung der Police, welche die Cuntung enthält, definitiv geworden ist.

Die Police darf nichts enthalten, was mit den Operationen, die durch gegenwärtige Statuten autorisirt sind, nicht übereinstimmt.

Art. 23. Jeder Unterzeichnung muß ein Geburtsheft, oder in dessen Ermangelung ein das Alter des Versicherten beglaubigender authentischer Akt beiliegen. Dieser Akt, der in jedem Falle vor Auslieferung der Police beigebracht werden muß, bleibt im Verwahrsam der Direction bis zur Liquidation der Gesellschaft.

Art. 24. Der Betrag der Unterzeichnungen wird entweder in einer einmaligen oder durch jährliche gleichmäßige Einzahlungen entrichtet. — Die einmal einzahlenden Unterzeichner thun dieses gegen Einhändigung der Police. — Diejenigen, welche jährlich bezahlen, machen die erste Einzahlung beim Empfang der Police und verpflichten sich, die folgenden zu den durch die Police bestimmten Fristen zu leisten. — Alle von der Direction empfangenen Zahlungen werden nach ihrem Datum in ein Kassabuch, das von einem der Mitglieder des Aufsichtsraths dictirt und paraphirt wird, eingetragen.

Art. 25. Wenn die Versicherten in gleichem Alter stehen, und die Unterzeichnungen zu derselben Zeit gemacht worden sind, so nehmen die Gesellschafts-Mitglieder an der Vertheilung der gesellschaftlichen Masse pro rata ihrer Unterzeichnung Theil. — In gleichem Alter stehend werden angesehen die vom 1. Januar bis zum 31. December desselben Jahres einschließlich gebornen Versicherten, oder wenn zwischen dem Ältesten und dem Jüngsten kein größerer Unterschied als der eines Jahres vorhanden ist. — Es findet keine andere Ausnahme Statt, als für das Alter zwischen dem Tage der Geburt bis zu einem Jahr, das in drei Abschnitte sich theilt; der erste umfaßt die Kinder, welche jünger, als ein Vierteljahr sind, der zweite die Kinder von einem Vierteljahr bis zu sechs Monaten und der dritte von sechs Monaten bis zu einem Jahr.

Art. 26. Wenn die Versicherten von verschiedenem Alter, oder die Unterzeichnungen nach und nach gemacht worden sind, werden die Zahlungen im Augenblick der Unterzeichnung durch Tarife, welche auf die Versicherungsfälle der Lebensdauer in jedem Alter gegründet sind und durch Anhäufung der Zinsen zu 4 von hundert zur verhältnismäßigen Gleichheit zurückgeführt. — Die jährlichen Zahlungen werden im Augenblick der Unterzeichnung zur verhältnismäßigen Gleichheit mit sich und den einmaligen Zahlungen durch die combinirte Anwendung der Versicherungsfälle der Lebensdauer in jedem Alter und der Anhäufung der Zinsen zu 4 von 100 gebracht. — In diesen Fällen nehmen die Gesellschaftsglieder an der Theilung der Fonds Theil, die pro rata des verhältnismäßigen Werths ihrer Einlage, in Bezug auf das Alter des Versicherten, den Zeitpunkt des Eintritts in die Gesellschaft und dem Datum jeder Einzahlung, zu vertheilen sind. — Die Basis, nach welcher die zu vertheilenden Fonds unter die Gesellschafter vertheilt werden sollen, wird in der Police angegeben.

Art. 27. Die in Gemäßheit des vorstehenden Artikels verfaßten Tarife sind nach den Sterblichkeits-Tabellen von Deparcieux entworfen. — Die Unterabtheilungen des ersten Jahres, die im Artikel 26. vorgeschrieben sind, werden nach den Tabellen von Demonferrand behandelt. — Ein Exemplar von jedem dieser Tarife wird der Regierung vor Eröffnung der Gesellschafts-Sitzung überreicht werden.

Art. 28. Die Unterzeichner auf jährliche Beiträge können durch Vorauszahlung sich frei machen, wenn sie ganz oder theilweise die Summe, die den periodischen, von ihnen noch zu leistenden Zahlungen gleichkommt, abtragen; die Vorauszahlungen können jedoch niemals Bruchtheile von Annuitäten enthalten.

Der Tod des Versicherten befreit den Unterzeichner auf jährliche Beiträge von allen Bezahlungen nach diesem Todesfall.

Art. 29. Der Rückstand von einem Jahre in Bezahlung der Jahresbeiträge zieht den Verlust jedes Rechts an dem Gewinne der Association nach sich; das Kapital der bezahlten Summen bleibt im Falle des Ueberlebens des Versicherten am Ende der Association allein Eigenthum des Gesellschafts-Mitglies, und erhält er dasselbe ohne Zinsen, wenn die Vertheilung Statt findet, nach Abzug der verhältnismäßigen Zinsen-Differenz, durch welche seine rückständigen Einlagen mit den von andern Gesellschaften geleisteten compensirt werden. Es wird jedoch bemerkt, daß diese Verringung der Ueberlebung bei den ohne Veräußerung des Kapitals gebildeten Gesellschaften nicht nothwendig ist; beim Ende derselben muß das Kapital jedenfalls an die Unterzeichner oder ihre Stellvertreter zurück fallen. — Der Unter-

zeichner, der im Rückstande ist und seine Zahlungen vor der Frist leistet, die den Verlust bedingt, ist verpflichtet, den rückständigen Zahlungen eine Ergänzung, berechnet auf die Wechselkurse der Sterblichkeit, und $\frac{1}{2}$ von 100 für jeden rückständigen Monat, beizufügen. — Diese Zahlungen müssen baar in die Kasse der Direction vor Ablauf der eben bemerkten Frist geleistet werden. — Die Verrechnung, die Zahlungen wieder zu leisten, um den Verlust zu vermeiden, hört in jedem Falle nach der zur Verrückung der auf die Vertheilung bezüglichen Stücke bestimmten Frist auf. Jedes Gesellschaftsmitglied, dessen Einlage zu diesem Zeitpunkt nicht gänzlich baar bezahlt sein sollte, ist jeden Rechts verlustig. — Der Unterzeichner, der sich in diesem Falle befindet, hört auf Mitglied der Gesellschaft zu sein, mit dem Vorbehalt jedoch der im ersten Paragraphen weiter oben stipulirten Rechte. — Es wird ein Register gehalten werden, in welches nach Associationen und namentlich, die verwirkten Verluste der Rechte eingetragen werden. — Dieses Register wird jeden Monat von dem Ausschichtsrathe abgeschlossen werden.

§. 2. Fonds der Vereine.

Art. 30. Die Einzahlungen müssen geleistet werden:

in Paris, baar an die Kasse der Direction;

in den Departements und im Auslande in die Hände der Agenten der Societät, oder in Mandaten zahlbar an die Ordre des Directors des Conservateur in Paris.

Der Unterzeichner steht es frei, die Zahlungen in Staatsrenten, die auf den Namen der Lebensversicherungs-Gesellschaft übertragen werden, mit genauer Angabe der Gesellschaft, zu welcher sie gehören, anzugeben. — Das Kapital dieser Renten wird nach dem Mittel-Cours des Tages, wo die Uebersetzung Statt fand, berechnet. — Cauttionen, welche aus einem von den Präsidenten oder einem dazu ernannten Mitgliede des Ausschichtsraths parapbrirten Stammregister aufgezogen sind und die fortlaufenden Nummern der Associations-Ordnung führen, werden den Unterzeichnern, für Zahlungen in baar, in Mandaten oder in Renten, Inscriptioren ausgestellt. — Der Conservateur ist für die Zahlungen, die entweder baar in Mandaten oder Renten auf den Staat geleistet werden, verantwortlich, wie dies schon bemerkt worden ist.

Art. 31. Der Conservateur kann die Fonds, welche er von einem der Vereine erbßt, welche den Zweck der gegenwärtigen Statuten ausmachen, nicht in Kasse behalten; selbige müssen spätestens innerhalb fünf Tagen in Renten auf den Staat verwandelt und diese auf den Namen der Gesellschaft für die von ihr verwalteten wechselseitigen Societäten eingeschrieben werden, sowie deren Betrag hinreichend ist, um eine Renten-Inscription anzulassen. — Die Fonds jedes Vereins werden besonders verwaltet und dürfen in keiner Beziehung mit denen der anderen Vereine vermischt werden.

Art. 32. Die Renten werden immatriculirt auf den Namen des Conservateur, annehmende Gesellschaft von Vereinen wechselseitiger Lebens-Versicherungen, mit genauer Bezeichnung jeder der Gesellschaften, zu denen sie gehören, und mit Angabe der nöthigen Formalitäten, wie dieselben in gegenwärtigen Statuten vorgeschrieben ist, damit entweder die rückständigen Zinsen erhoben werden können, oder über das Kapital verfügt werden kann. — Die Titel der Renten-Inscriptioren werden in einer mit zwei Schlössern versehenen Kasse aufbewahrt; der eine Schlüssel wird dem Director, der andere dem Präsidenten oder dem dazu ernannten Mitgliede des Ausschichtsraths zugehört.

Art. 33. Die rückständigen den verschiedenen Gesellschaften gebührenden Zinsen der Renten werden nur dem Director der Compagnie gegen eine mit der Unterschrift und dem Visa des Präsidenten oder eines zu diesem Zwecke ernannten Mitglieds des Ausschichtsraths versehenen Cauttion ausbezahlt.

Art. 34. In den Gesellschaften zur Vergrößerung des Kapitals mit Verankerung des Einkommens oder zur Bildung eines Kapitals durch Ankauf der Zinsen wird der Betrag der erhobenen ersinkenden Zinsen dazu verwendet, um an dem ersten, nach dem Datum der Cauttion folgenden Vorkommnisse, zum Besten jeder Gesellschaft neue Renten anzulassen. Ein Beschluß des Ausschichtsraths bestimmt die nöthigen, dabei zu beobachtenden Formalitäten und ein dazu ernanntes Mitglied des besagten Ausschichtsraths überwacht die Ausführung.

§. 3. Vertheilung der Rückstände und der Dividenden.

Art. 35. Die beizubringenden Beweisstücke, um das Recht an der Vertheilung genießen zu können, sind: Das Lebens-Certificat des überlebenden Versicherten, oder der Todtenschein der verstorbenen

Verstärkten, deren Tod später erfolgt ist, als zu dem in der Police zur Feststellung der Rechte der Gesellschaften angegebenen Zeitpunkt; diese Acte müssen legalisirt und der Administration gegen Empfangschein ausgeteilt werden. — Jede Ungenauigkeit in den Erklärungen und den beigebrachten Beweisstücken, deren Zweck und Wirkung wäre, die Stellung der Gesellschaftsglieder entweder im Augenblick der Unterzeichnung, oder zur Zeit der Vertheilung zu verändern, zieht den Verlust aller Rechte an dem Einkommen des Vereins nach sich und das Kapital der bezahlten Summen unter dem im Art. 29. benannten Abzuge wird allein den Berechtigten zur Zeit der Vertheilung, in den durch den ersten Paragraphen dieses Art. 29. bestimmten Fällen ausbezahlt.

Art. 36. In den Gesellschaften zur Vergrößerung des Einkommens und in jenen zur Vergrößerung des Kapitals, mit ganzer oder theilweiser Veräußerung des Einkommens, müssen die für jeden Verstorbenen beigebringenden Beweisstücke nach den Bestimmungen des Art. 35. kostenfrei der Direction, innerhalb der zwei Monate, welche auf den zur Eröffnung jeder Vertheilung bestimmten Zeitpunkt fallen, zugestellt werden. — Die Gesellschaftsglieder, welche diese Beweisstücke in der bestimmten Frist nicht beigebracht haben, verlieren jedes Recht an der Vertheilung der abgelaufenen rückständigen Zinsen.

Art. 37. In den Gesellschaften zur Vergrößerung und Nutznießung des Einkommens wird die Vertheilung des Betrags der verfallenen Zinsen und der Dividenden von jedem Semestre durch einen Beschluß des Aufsichtsraths festgesetzt und ein dazu ernanntes Mitglied dieses Raths überwacht die Ausbezahlung. — Diese rückständigen Zinsen und Dividenden werden den Berechtigten in den 14 Tagen, die auf die zur Nachweisung der Rechte der Gesellschaftsglieder bestimmten Frist folgen, ausgezahlt.

Art. 38. Die fälligen Zinsen der Renten, welche den Gesellschaften zur Vergrößerung des Kapitals ohne Veräußerung des Einkommens gehören, werden an die Berechtigten in den 14 Tagen, die auf den Ablauf eines jeden Renten-Semesters folgen, vertheilt.

Art. 39. In den Gesellschaften zur Vergrößerung und Nutznießung des Einkommens werden die fälligen Zinsen und Dividenden, die zwei Jahre nachher, wo sie regelmäßig hätten in Empfang genommen werden sollen, von den Berechtigten nicht erhoben werden sind, für ihre Rechnung in die Depositionskasse abgeliefert.

§. 4. Liquidation der Vereine.

Art. 40. In den Gesellschaften zur Vergrößerung des Kapitals, in jenen zur Bildung eines Kapitals durch Ankaufung des Einkommens, endlich in jenen zur Vergrößerung des Einkommens mit Veräußerung des Kapitals, müssen, wenn das Einlage-Kapital nur am Schluß der Gesellschaft vertheilt wird, die nach Art. 35. beigebringenden Beweisstücke der Direction kostenfrei gegen Empfangschein innerhalb der sechs Monate, welche auf die zum Schluß der Gesellschaft bestimmten Epoche folgen, zugestellt werden.

Ein Schreiben des Directors, das von einem Mitgliede des Aufsichtsraths zu kontrahiren, wird drei Monate vor Ablauf dieser Frist jedem Gesellschaftsgliede, um denselben diese Verpflichtung ins Gedächtnis rufen zu lassen, zugesandt. — Die Mitglieder, welche in dieser Frist das Nöthige nicht beigebracht haben, gehen jedes Rechts an den zu vertheilenden Fonds verlustig. — Gleichwohl werden ein Jahr lang, von dem zum Schluß der Gesellschaft bestimmten Tage an gerechnet, die Rechte der Mitglieder vorbehalten, welche den Aufenthalt desjenigen, auf dessen Kopf die Versicherung ruht, außerhalb Europa der Direction durch ein von einem französischen Consul legalisirtes Lebenscertificat, innerhalb des Jahres, welches dem Schluß der Gesellschaft vorhergeht, nachgewiesen haben. Nach Ablauf dieser Frist verlieren diejenigen, welche die Existenz der Versicherten am Ende der Gesellschaft nicht nachgewiesen haben, alle ihre Rechte.

Art. 41. Wenn ein oder mehrere Unterzeichner wünschen, daß in der Gesellschaft, zu welcher sie gehören, keine neuen Unterzeichnungen mehr anzunehmen sind, so können sie sich an den Aufsichtsrath mit dem Gesuche wenden, alle Mitglieder dieser Gesellschaft zusammenzurufen. Die Zusammenberufung wird durch Briefe, welche einen Monat vorher abgesandt werden, veranlaßt; und am festgesetzten Tage entscheiden die unter dem Vorsth des Präsidenten des Aufsichtsraths versammelten Unterzeichner durch Majorität der Stimmen, ob die Association geschlossen werden soll.

Art. 42. In den Gesellschaften, deren Dasein von einer gewissen Anzahl Sterbefälle abhängt, wird die Zahl der verstorbenen Versicherten festgesetzt. — Bei den Gesellschaften zur Vergrößerung des Einkommens durch die Nachweisungen, deren Beibringung den Mitgliedern zur Epoche jeder Vertheilung obliegt, wie dies in den Artikeln 35. und 36. näher erklärt ist; — Und bei den Gesellschaften zur Ver-

Vergrößerung des Kapitals durch die Verbringung des Lebens-Certificats für jeden Versicherten innerhalb der letzten drei Monate eines jeden Jahres. — Die Versicherten, deren Lebens-Certificat in besagter Frist nicht beigebracht worden, werden als todt angesehen, unter der Bedingung, daß die Todesfälle, welche dieses Nichtbeibringen voraussetzen läßt, die durch den Contract festgesetzte Zahl erreichen, und alsdann erhält die Gesellschaft definitiv den Gewinn, der auf ihre Person unterschriebenen Versicherungen. — So wie die Todesfälle die im Contract festgesetzte Zahl erreicht haben, um die Liquidation zu eröffnen oder über das fernere Bestehen der Gesellschaft entscheiden zu können, werden die Mitglieder davon durch Briefe in Kenntniß gesetzt, welche nach dem zur Vollziehung des Contracts erwählten Wohnort geschickt werden; von diesem Augenblicke an haben sie nur die in den Artikeln 35. und den folgenden je nach der Natur jeder Gesellschaft bestimmten Nachweisungen beizubringen, um ihr Recht an den Vertheilungen zu beweisen. — Alle Rechte werden den Erben oder Berechtigten derjenigen Mitglieder vorbehalten, welche gestorben sind, nachdem die Gesellschaft ihr Ende durch die Wirkung der sichern Todesfälle erreicht hat, wobei jedoch diesen Berechtigten obliegt, das Datum dieser Todesfälle nachzuweisen, und zwar in den zur Verbringung der Beweisstücke festgesetzten Fristen.

Art. 43. Bei den Versicherungen auf den Todesfall muß der Todtenschein des Versicherten innerhalb des Vierteljahres, welches auf die zur Eröffnung der Vertheilung bestimmten Epoche folgt, beigebracht werden, mit Vorbehalt des im vierten Absatz des Artikel 40. bestimmten Falls, dessen Bestimmungen auf die Versicherung im Todesfall anwendbar sind.

Art. 44. Beim Schlusse jeder Gesellschaft setzt ein Beschluß des Aufsichtsraths die Vertheilung des Kapitals unter die Berechtigten fest, und jedem derselben wird sein Antheil in einem auf seinen Namen eingeschriebenen Renten-Coupon ausgehändigt. Zu diesem Behuf wird dem Finanzminister eine gehörig beglaubigte, und mit der Unterschrift des Directors, so wie zweier besonders dazu ernannten Mitglieder des Raths, versehene gleichlautende Abschrift des Beschlusses des Aufsichtsraths überreicht. Wenn die Gesamtsumme der zu vertheilenden Rente, in Bezug auf die Berechtigten nicht genau sich in Coupons theilen läßt, so wird der Theil der Rente, welcher die genau theilbare Zahl übersteigt, verkauft, und der Erlös wird von der Directions-Kasse unter Kontrolle eines dazu beauftragten Mitgliedes des Aufsichtsraths unter die Berechtigten vertheilt. — Die Renten-Cessionen werden durch zwei besonders dazu ernannte Mitglieder besagten Raths, durch zwei Administratoren und den Director des Conservateurs unterzeichnet. — Gegen Empfang dieser Summen muß das Mitglied die gehörig quittirte Police zurückstellen, und wenn er solche herbeizuschaffen sich außer Stande befindet, dieselbe durch eine Quittung in gehöriger Form auf seine Kosten ersetzen.

Art. 45. Das Kapital der in den Gesellschaften zur Vergrößerung des Einkommens ohne Veräußerung des Kapitals bezahlten Einlagen wird unter die Berechtigten zu derselben Zeit wie das Einkommen vertheilt, wie dies im Art. 37. bestimmt ist.

Art. 46. Alle weiter oben bestimmten Fristen, um die Rechte der Mitglieder nachzuweisen zu können, sind unerlässlich und bringen ihre Wirkung in Betreff der nach ihrem Ablauf verwirklichten Rechte hervor, ohne daß erst durch irgend einen Akt eine Mahnung notwendig wird oder der Einwand gültig wäre, als hätten sie die im Art. 40. angezeigte Nachricht nicht erhalten. Es bedarf keiner andern Benachrichtigung, als der befallsigen in den Policen enthaltenen Erwähnung.

Die innerhalb eines Monats, von der Liquidation an gerechnet, nicht eingegangenen Antheile werden für Rechnung ihrer Eigentümer in die Depostenklasse abgeliefert.

§. 3. Verschiedene Dispositionen.

Art. 47. Wenn eine Gesellschaft durch das Ableben aller Versicherten oder dadurch, daß sämtliche Mitglieder ihre Rechte verwirkt haben, vor dem für ihre Dauer festgesetzten Zeitraum gänzlich erlischt, so fallen die der Gesellschaft gebührenden Vertheilungsansprüche dem Staate zu.

Art. 48. Im Fall des Ablebens eines Mitglieds sind seine Erben oder deren Bevollmächtigte verpflichtet, sich durch einen Einzelnen von ihnen wegen aller Ansprüche, die sie an die Gesellschaft zu machen haben, vertreten zu lassen. — Unter keiner Bedingung können sie irgend ein der Gesellschaft angehöriges Register oder Papier verweigern lassen.

Art. 49. Der Conservateur legt dem Aufsichtsrath, so oft er dazu aufgefordert wird, die Lage der Rechnungsführung und den Kassenzustand vor; er legt den Interessenten, die es verlangen, alle Re-

alter und Documente, welche auf die Gesellschaft, zu der sie gehören, Bezug haben, der, jedoch nur in seinem Geschäftslocal.

Drittes Kapitel.

Administration.

§. 1. Direction.

Art. 50. Die durch die Gesellschaft der Conservateur gebildeten Gesellschaften werden von diesem verwaltet und participiren an allen Verrichtungen seiner eigenen Verwaltung. — Die Verwaltung findet Statt unter Aufsicht eines Rathes von 15 Mitgliedern, aus den Unterzeichnern der verschiedenen Gesellschaften und durch die General-Versammlung der Unterzeichner gewählt. — Die dem Conservateur anvertraute Verwaltung wird durch eine Kaution von 5,000 Franken Rente, von drei Procent deren Nettobetrag, auf den Namen der Compagnie eingeschrieben, in der Depositionskasse niedergelegt ist, verbürgt. — Diese Kaution wird außer dem Regreß, der in nöthigen Fällen an dem Mehrbetrag des gesellschaftlichen Kapitals zu nehmen ist, dazu verwendet, um alle von dem Conservateur contrahirten Verbindlichkeiten und namentlich die Kosten der Verwaltung und Liquidation aller Gesellschaften während seiner Verwaltung zu verbürgen.

Art. 51. Der Conservateur trägt alle Kosten, die die Gründung, Verwaltung, Aufsicht, die Policen etc. betreffen, und sind nur ausgenommen die Kommissionen der Wechselagenten für den An- und Verkauf der Renten der Gesellschaften; diese Kommissionen sind zu Kosten einer jeden von ihnen. — Um für alle diese Auslagen entschädigt zu werden, erhebt der Conservateur außer den gesellschaftlichen Einlagen eine Kommissionsgebühr, deren Art und Höhe von der Bildung jeder Gesellschaft in Uebereinstimmung mit deren Gründern bestimmt wird, und nie mehr als 5 von 100 vom Ertrag einer jeden Unterzeichnung betragen darf. — In den Fällen, daß die Begleichung von dem Reditionsrecht in irgend einer oder mehreren dieser heute bestehenden Anstalten Gebrauch machend, die Lage und die Art der Erhebung der Kommissionsgebühr ändern sollte, so wird diese neue Verfügung sofort auf den Conservateur anwendbar. — Die Kommission kann für jede Unterzeichnung erst nach der definitiven Constatirung der Gesellschaft, für welche sie bestimmt ist, erhoben werden. — In dem im §. 4. des Artikels 8. bestimmten Falle wird die Kommission im Augenblick der Einfassung jeder jährlichen Einzahlung erhoben.

§. 2. Aufsichtsrath.

Art. 52. Der Aufsichtsrath besteht aus fünfzehn, von der General-Versammlung ernannten, und aus den Unterzeichnern der verschiedenen constituirten Gesellschaften gewählten Mitgliedern. — Ein Drittel derselben wird alle Jahre erneuert. Die am Ende des ersten und zweiten Jahres austretenden Mitglieder werden durch das Loos bestimmt; vom Beginn des dritten Jahres findet die Erneuerung nach der Anciennität statt. Die austretenden Mitglieder können wieder gewählt werden. — Die Mitglieder des Aufsichtsraths können nur dann im Amte bleiben, wenn sie fortfahren, an einer Gesellschaft Theil zu nehmen. — Im Fall des Ablebens, der Entlassung oder verlängerten Abwesenheit eines seiner Mitglieder, sorgt der Aufsichtsrath selbst für dessen provisorische Ersetzung. — Wenn in Folge dieser Ersetzungen der Aufsichtsrath aus weniger als sieben von der General-Versammlung ernannte Mitglieder reducirt ist, wird diese letztere zusammenberufen, um den Aufsichtsrath durch definitive Ernennungen vollständig zu machen.

Art. 53. Der Aufsichtsrath wählt aus seiner Mitte selbst einen Präsidenten und einen Secretair. — Die Dauer ihrer Dienstverrichtungen wird auf ein Jahr festgelegt. Sie sind wieder wählbar. — Im Abwesenheitsfalle wird der Präsident durch das älteste der gegenwärtigen Mitglieder, und der Secretair durch das jüngste vertreten. — Bei den Beratungen müssen wenigstens fünf Mitglieder anwesend sein. Bei Stimmengleichheit entscheidet die des Präsidenten. — Der Director der Conservateur wohnt den Beratungen des Aufsichtsraths mit consultativer Stimme bei; ausgenommen bei den ihn persönlich betreffenden Angelegenheiten. Alle Beschlüsse des Aufsichtsraths werden in ein besonderes, bei der Administration deponirtes Register eingetragen, das Duplicat bleibt dem Präsidenten. — Der Aufsichtsrath ernannt aus seiner Mitte eine aus drei Mitgliedern bestehende Kommission, die täglich die gesellschaftlichen Operationen überwacht. Sie kommt, so oft diese Operationen es erheischen, zusammen.

Art. 54. Der Aufsichtsrath versammelt sich im Locale der Administration monatlich wenigstens einmal, um von den Operationen und Rechnungen der Anstalt Kenntniß zu nehmen. Er vereinigt sich

fter, wenn es nöthig ist, auf die Zusammenberufung des Präsidenten oder Directors; er läßt sich, so oft er es für passend erachtet, die Kassenbücher, die Listen der Wechsel-Agenten und alle andere Aktenstücke vorlegen.

Art. 55. Dem Aufsichtsrath liegt es ob, für die Vollziehung gegenwärtiger Statuten in allen ihren Dispositionen, und namentlich in allen auf die Bildung der Gesellschaften bezüglichen, für die Verwendung ihrer Fonds und ihre Liquidation Sorge zu tragen, er beauftragt die Verwaltung des Directors. — Er bestimmt die Art von Renten, zu deren Ankauf die Fonds der verschiedenen Vereine verwendet werden sollen, wenn dies nicht von den Unterzeichnern selbst bei Bildung der Gesellschaften bestimmt worden ist. Er setzt die Liquidation, sowohl der Umsätze, als der Kapitale jeder Gesellschaft fest, und ermächtigt deren Vertheilung unter die Berechtigten.

Art. 56. Der Beschluß des Aufsichtsraths, der zum Zweck hat, die End-Liquidation jeder Gesellschaft festzusetzen, wird mit Beistand der sieben stärksten Gesellschafts-Mitglieder, die ihre Rechte nachgewiesen haben, gefaßt.

Der Liquidations-Ertrag wird von dem Administrationsrath der Gesellschaft „le Conservateur“ getheilt, bevor derselbe von dem Director dem Aufsichtsrath vorgelegt wird. Die von Paris abwesenden Gesellschaftsglieder können sich durch Mitglieder nach ihrer Wahl vertreten lassen; in Ermangelung dessen beruft der Aufsichtsrath, um sie zu ersetzen, die stärksten in Paris wohnenden Gesellschafts-Mitglieder.

§. 3. General-Versammlung.

Art. 57. Die General-Versammlung besteht aus den stärksten Unterzeichnern jeder constituirten Gesellschaft, welches auch die Anzahl sei. Sind weniger, als achtzig Gesellschaften vorhanden, so wird die Anzahl von achtzig Mitgliedern durch Hinzuziehung nach der Reihenfolge der Gesellschafts-Mitglieder ergänzt, welche in jeder derselben den nachfolgenden Rang einnehmen, indem, um sie zusammenzurufen, die Constituirungs-Protocolle als Richtschnur angenommen werden.

Art. 58. Die General-Versammlung repräsentirt die Gesamtheit der Interessenten; ihre Beschlüsse, wenn sie regelmäßig gefaßt werden, sind für alle verpflichtend.

Art. 59. Die General-Versammlung wird durch die Anwesenheit von wenigstens dreißig Mitgliedern, regelmäßig constituirte. — Die berufenen, von Paris abwesenden Unterzeichner können sich vermittels einer von einem Notar in Uebschrift aufgenommenen Vollmacht vertreten lassen. — Niemand kann mehrere Mandate zugleich führen. — Die Angestellten, Agenten und alle andern Interessenten in der Compagnie können weder Mandatäre sein, noch als Unterzeichner an der General-Versammlung oder am Aufsichtsrath Theil haben. — In dem Falle, wo eine erste Versammlung nicht die Zahl von dreißig Mitgliedern ergibt, wird die General-Versammlung in einem Zwischenraum von wenigstens vierzehn Tagen aufs neue zusammenberufen, und sie ist alsdann, welches auch die Zahl der anwesenden Mitglieder sein möge, regelmäßig constituirte, aber die Verabstung kann nur über solche Gegenstände sich erstrecken, die sich am Tage der ersten Berufung an der Tagesordnung befinden, und durch die Zusammenberufungsschreiben angekündigt waren. — Zu dieser zweiten Versammlung werden außer den zur ersten zusammenberufenen Mitgliedern die Unterzeichner geladen, die im Seine-Departement wohnhaft, zur Zeit der zweiten Zusammenberufung die stärksten Unterzeichner jedes Vereines sind. — Der Aufus dieser neuen Mitglieder sipet bis zur Anzahl von dreißig Mitgliedern nach der oben im Art. 57. vorgeschriebenen Ordnung statt. — Die Beschlüsse der General-Versammlung werden durch einfache Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefaßt. — Die Versammlung wählt selbst ihr Bureau, das aus einem Präsidenten, einem Secretair und zwei Skrutatoren besteht. — Die Ernennung, sowohl des Büreaus, als der Mitglieder des Aufsichtsraths, erfolgt durch Stimmzahl nach Stimmenmehrheit in angegebener Art. — Bis zur Konstituierung der Büreaus hat der Präsident des Aufsichtsraths den Vorzug. — Der provisorische Präsident ernennet den Secretair und die provisorischen Skrutatoren.

Art. 60. Die General-Versammlung vereinigt sich alle Jahr in den letzten vierzehn Tagen des Monats April, um die Mitglieder des Aufsichtsraths zu ernennen, und die Berichte der Administratoren und des Raths über die Operationen des vorigen Jahres und den Zustand der verschiedenen Gesellschaften zu vernehmen. — Sie kann entweder durch den Director oder den Aufsichtsrath außerordentlich zusammenberufen werden. — Der Tag der Zusammenkunft der Versammlung wird wenigstens vierzehn Tage vorher in einem der in Gemäßheit des Gesetzes vom 31. März 1833 dazu bezeichneten, legalen Blätter bekannt gemacht. — Die Unterzeichner erhalten die Nachricht ihrer Zusammenberufung durch Schreiben des

Directors, welche von diesem unterzeichnet und vom Präsidenten, oder einem dazu beauftragten Mitgliede des Aufsichtsraths kontrahirt sind. — Die Briefe und Ankündigungen zeigen den Zweck der Versammlung an.

Allgemeine Bestimmungen.

Art. 61. Die Veränderungen, die an gegenwärtigen Statuten vielleicht zu machen sind, können nur durch Uebereinkommen zwischen dem Director und der General-Versammlung der Unterzeichner getroffen werden. — Die Modificationen erhalten nur durch Genehmigung der Regierung Kraft.

Art. 62. Wenn durch irgend einen Umstand es nöthig wird, eine oder mehrere Gesellschaften, die nach gegenwärtigen Statuten gebildet werden, vor Ablauf der zur Liquidation bestimmten Frist zu liquidiren, so kann diese Liquidation nur in Folge einer besonderen Beschlußnahme der zu diesem Zweck zusammenberufenen General-Versammlung der Unterzeichner, von jeder dieser Gesellschaften stattfinden.

Briefe werden, wie dies im Art. 40. vorgeschrieben ist, an die Mitglieder einen Monat vor dem zu dieser Versammlung bestimmten Tage geschickt, und an diesem Tage entscheiden die unter dem Vorsitz des Präsidenten des Aufsichtsraths vereinigten Unterzeichner nach Majorität der anwesenden Mitglieder.

Art. 63. Im Fall der Nichtvollziehung der Statuten kann die General-Versammlung auf den Vorschlag des Aufsichtsraths, und durch eine motivirte Beschlußnahme, von der Regierung die Zurücknahme der der Gesellschaft Le Conservateur bewilligten Autorisation verlangen. — Die General-Versammlung ist zu dieser Beschlußnahme nur bei Anwesenheit von zwei Drittel der zusammenberufenen Mitglieder berechtigt. — Wenn die Autorisation widerrufen wird, oder wenn die Auflösung der anonymen Gesellschaft in einem der in den besondern Statuten dieser Gesellschaft bestimmten Fälle stattfindet, so wird für die Verwaltung der Gesellschaften, bis zu ihrem Ende auf die Vorschläge der Liquidatoren durch einen Beschluß der General-Versammlung, unter Genehmigung der Regierung und mit allen in diesen Statuten stipulirten Bürgschaften gesorgt.

Transitorische Bestimmungen.

Art. 64. Eine erste Zusammenkunft der General-Versammlung, um die Mitglieder des Aufsichtsraths zu wählen, findet statt, sobald 60 Unterzeichnungen für eine oder mehrere der konstituirten Gesellschaften, die den Zweck gegenwärtiger Statuten ausmachen, statt hatten. — Die General-Versammlung wird für dieses Mal aus allen Unterzeichnern der konstituirten Gesellschaften bestehen. — Sie wird bis zur Konstituierung des definitiven Büreaus von dem Administrator der Compagnie präsidirt. — Wenn die Versammlung nicht die zum Deliberiren nöthige Anzahl von Mitgliedern in sich faßt, so werden die seit der ersten Zusammenberufung in die Gesellschaft getretenen Unterzeichner zur zweiten berufen. — Die andern Bestimmungen der Art. 61., 58., 59. und 60. bleiben auf sie anwendbar.

Art. 65. So lange der Aufsichtsrath noch nicht gebildet ist, ist der Conservateur ermächtigt, alle nöthigen Akte aufzunehmen, um die Konstitution der Gesellschaften zu bilden und festzusetzen, und ihre Fonds zum Ankauf von Renten zu verwenden, jedoch unter der Bedingung, die erwähten Operationen später durch den Aufsichtsrath gut heißen zu lassen. — Der Inhaber einer Ausfertigung oder eines Auszugs erhält gänzliche Vollmacht, die gesetzlich vorgeschriebenen Ankündigungen und Einrückungen machen zu lassen.

Die Hauptniederlassung des Conservateurs für Preußen ist mit dem Geschäftssitz in Berlin begründet und der Rentier Ed. Wilm, daselbst Schöneberger Ufer 23., zum General-Bevollmächtigten ernannt worden.

Beilage

des Amtsblatts

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Abänderungen und Zusätze zu den Statuten der

Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft Helvetia in St. Gallen,

beschlossen in der am 7. November 1861 in St. Gallen abgehaltenen außerordentlichen General-Versammlung der Actionaire.

Nachdem von der Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft Helvetia laut Beschluß der Generalversammlung vom 7. November 1861 eine Gesellschaft unter dem Namen „Helvetia, schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft“ gegründet und gemäß den von der Generalversammlung ebenfalls genehmigten Statuten dieser Gesellschaft die Leitung derselben einem gemeinschaftlich mit der Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft Helvetia zu bestellenden Verwaltungsrathe anvertraut werden soll, so werden behufs Ausführung dieses Beschlusses, sowie um auch sonst eine Analogie zwischen den Statuten der beiden Gesellschaften zu erzielen, folgende Abänderungen und Zusätze zu den derzeitigen Statuten der Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft Helvetia in Form von Nachtragsartikeln beschlossen:

I. Der bisherige § 2 erhält folgende Fassung:

„Zweck der Gesellschaft ist Versicherung gegen die Gefahren des Land-, Flug-, und Seetransportes.“

II. Der bisherige § 24 erhält den Zusatz:

„Insofern die Statutenabänderungen jedoch auf die Wahl, Composition, Functionen, Amtsdauer und Entschädigung des Verwaltungsrathes und der Directionsmitglieder, sowie überhaupt auf das Verhältnis zur Helvetia, schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft, Einfluß und Bezug haben, müssen dieselben, um rechtsverbindlich zu werden, die Zustimmung der Generalversammlung der Helvetia, schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft, besitzen. Falls aber letztere Gesellschaft vor der im § 4 ihrer Statuten festgesetzten Dauer in Liquidation geräth, sollte, bedürfen keinerlei Statutenabänderungen deren Zustimmung mehr.“

III. Die bisherigen lit. d. und e. des § 26 erhalten folgende Fassung:

„d. Wahl von 4 Mitgliedern in den gemeinschaftlich mit der Helvetia, schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft, zu bestellenden Verwaltungsrath.“

e. Wahl eines Mitgliedes und eines Stellvertreters in die Direction aus der Mitte der 4 für den Verwaltungsrath bezeichneter Personen; beides für 1 Jahr.“

IV. Statt der bisherigen §§ 29 bis 31 treten folgende Bestimmungen in Kraft:

„a. Die oberste Leitung der Gesellschaft, sowie die Vertretung derselben in allen Beziehungen, wird einem gemeinschaftlich mit der Helvetia, schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft, zu bestellenden Verwaltungsrathe anvertraut, der die Interessen der beiden Anstalten zu wahren hat. Derselbe besteht aus 8 Mitgliedern, welche je zur Hälfte von jeder der beiden Generalversammlungen gewählt werden.“

b. Bis zur Abhaltung der ersten ordentlichen Generalversammlung der Helvetia, schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft, welche im April 1863 stattfinden wird, ist dem Verwaltungsrath der Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft Helvetia die Leitung der ersten Anstalt anvertraut.

Es bleibt somit auch der bisherige Verwaltungsrath der Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft Helvetia, vorbehaltlich die nach Waghabe der bisherigen Statuten in der Generalversammlung vom April 1862 vorzunehmenden Erneuerungswahlen bis zum April 1863, in seinem Amte.

c. In der ordentlichen Generalversammlung im April 1863 wird der ganze Verwaltungsrath behufs einer neuen Besetzung von seinem Amte zurücktreten.

d. In den alsdann neu zu bestellenden Verwaltungsrath wird jede der beiden Generalversammlungen 4 Mitglieder, und zwar auf die Dauer von 4 Jahren.

e. Nach Ablauf der ersten 4 Jahre werden jährlich 2 Mitglieder und zwar je eines von jeder der beiden Generalversammlungen neu gewählt. Das erste Mal wird die Reihenfolge des Austrittes jeder Gesellschaft zum Austritte gelangt, bis alle Mitglieder einer Erneuerungswahl unterworfen waren, in der Folge treten jährlich 2 Mitglieder nach der Anciennität ihrer Amtsdauer aus. Sämmtliche austretende Mitglieder sind sofort wieder wählbar.“

V. Der bisherige § 32 erhält folgende Fassung:

„Jedes der 4 in den Verwaltungsrath gewählten Mitglieder hat während seiner Amtsdauer eine ihm

eigenthümlich zugehörige Actie von jeder der beiden Anstalten, also zusammen 2 Actien, in der Gesellschaftsclasse zu hinterlegen."

VI. Der bisherige § 33 erhält folgende Fassung:

"Die Mitglieder des Verwaltungsrathes beziehen außer dem Ersatze der durch ihre Functionen verursachten Auslagen und einem durch Reglement zu bestimmenden Sitzungsgelde eine Tantieme vom Reinertrag des Geschäftes (XI). Ueber die Vertheilung dieser Tantieme hat der Verwaltungsrath allein Bestimmung zu treffen."

VII. Der fünfte und sechste Absatz des bisherigen § 34 erhält folgende Fassung:

"Zur Fassung eines gültigen Beschlusses müssen wenigstens 6 Mitglieder anwesend sein. Der Präsident des Verwaltungsrathes führt den Vorsitz; in seiner Verhinderung der Stellvertreter; in beider Verhinderung ein vom Verwaltungsrathe aus seiner Mitte zu bezeichnendes Mitglied."

VIII. Die bisherigen lit. b, d, o und h. des § 35 erhalten folgende Fassung:

b. "Er bestimmt principiell die Höhe der für Rechnung und Gefahr der Gesellschaft zu übernehmenden Risiken, doch darf auf einem Fahrzuge zur See der Versicherungsobetrag in der Regel nicht mehr als 4 Procent des Gesellschaftskapitals betragen.

d. Er entscheidet über Ernennung und Entsendung der zur Zeichnung der Policen befugten, von der Direction unmittelbar abhängigen Agenten.

e. Er ernennt und entsetzt den Spezialdirector und kann diese Stelle mit derjenigen des Spezialdirectors der Helvetia, schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft, in einer und derselben Person vereinigen. Ebenso ernennt und entsetzt er die übrigen Beamten der Gesellschaft und bestimmt deren Gehalte.

h. Er erwählt je für ein Jahr den Präsidenten aus den beiden von den Generalversammlungen in die Direction gewählten Mitgliedern und ebenso dessen Stellvertreter aus den beiden von den Generalversammlungen als Suppleanten bezeichneten Personen."

IX. Der bisherige § 40 erhält folgende Fassung:

"Die Direction besteht aus dem Präsidenten des Verwaltungsrathes, resp. in dessen Behinderung dem Stellvertreter, ferner aus dem zweiten von den beiden Generalversammlungen in die Direction gewählten Mitgliede, resp. in dessen Behinderung dem Suppleanten, und dem Spezialdirector, welcher seinen Wohnsitz in St. Gallen haben muß."

X. Der zweite Absatz des § 41 erhält statt der in der Generalversammlung vom 26. April 1860 sub § 7 des diesfälligen Protocolls festgelegten Fassung folgenden Wortlaut:

"Sämmtliche Akten und Dokumente, welche von der Direction ausgehen und die Firma der Gesellschaft tragen, mit Ausnahme der Policen, sind von dem Spezialdirector zu unterzeichnen und von dem Präsidenten, oder in dessen Behinderung von einem Mitgliede des Verwaltungsrathes, zu contrasigniren. Die Policen dagegen tragen die Unterschrift des Spezialdirectors allein. In Behinderung des Letztern unterzeichnet ein vom Verwaltungsrathe zu ernennender Stellvertreter desselben."

XI. Der folgende in § 43 enthaltene, die Tantieme betreffende Passus:

"15% der Direction als Tantieme zufallen,"

wird durch nachstehenden Wortlaut ersetzt:

"15% dem Verwaltungsrath und der Direction als Tantieme zufallen."

XII. Die in Folge des Beschlusses der Generalversammlung vom 26. April 1860, betreffend die Bestellung eines Suppleanten des Verwaltungsrathes, vorgenommenen Abänderungen und Zusätze zu den Statuten (§ 26 lit. d, § 29, § 30, § 33, § 34), wie dieselben im zweiten Geschäftsbericht des Verwaltungsrathes für das Jahr 1860 den Actionären mitgetheilt wurden, treten mit Abhaltung der ordentlichen Generalversammlung des Jahres 1863 außer Kraft, indem von da an die Functionen eines Suppleanten des Verwaltungsrathes zu bestehen aufhören.

XIII. Vorstehende Nachtragsartikel I bis XII werden erst nach Constituierung der von der Allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft Helvetia gegründeten schweizerische Feuerversicherungs-Gesellschaft, rechtsgültig und würden somit, falls letztere Gesellschaft in Folge ungenügender Actienzeichnungen (§ 5 ihrer Statuten) oder aus irgend einem andern Grunde sich nicht constituiren sollte, gar nicht in Kraft treten.

M u n s - B l a t t

der Königlichen Regierung zu Merseburg.

Stück 52.

Ausgegeben zu Merseburg am 27. December 1862.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Central-Behörden.

(984) Die 7te Verlosung der Staatsanleihe vom Jahre 1856 und die 18te Verlosung der 5procentigen Staatsanleihe von 1859 betr.

In der am heutigen Tage öffentlich bewirkten Verlosung von Schuldverschreibungen der 4procentigen Staats-Anleihe aus dem Jahre 1856 und der 5procentigen Staatsanleihe aus dem Jahre 1859 sind die in der Anlage (a) verzeichneten Nummern gezogen worden.

Dieselben werden den Besitzern mit der Aufforderung gekündigt, die darin verschriebenen Capitalbeträge vom 1. Juli t. J. ab in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr entweder bei der Staatsschuldentilgungskasse hieselbst, Dranienstraße Nr. 94, oder bei einer der Regierungs-Hauptkassen gegen Quittung und Rückgabe der Schuldverschreibungen mit den dazu gehörigen, erst nach dem 1. Juli t. J. fälligen Zinscoupons nebst Talons baar in Empfang zu nehmen.

Der Geldbetrag der etwa fehlenden, unentgeltlich mit abzuliefernden Zinscoupons wird von dem zu zahlenden Capitale zurückbehalten.

Formulare zu den Quittungen werden von den vorgebachten Kassen unentgeltlich verabreicht. Letztere können sich aber in einen Schriftwechsel über die Zahlungsleistung nicht einlassen, und es werden daher hierauf bezügliche Eingaben unberücksichtigt bleiben, beziehungsweise portopflichtig den Wittstücken zurückgesandt werden.

Zugleich werden die Inhaber der in der Anlage bezeichneten, nicht mehr verzinslichen Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe aus dem Jahre 1856, welche in den bisherigen Verlosungen (mit Auschluss der am 18. Juni d. J. stattgehabten) gezogen, aber bis jetzt noch nicht realisiert sind, an die Erhebung ihrer Capitalien erinnert.

In Betreff der am 18. Juni d. J. ausgelosten und zum 2. Januar t. J. gekündigten Schuldverschreibungen der Staats-Anleihe aus dem Jahre 1856 wird auf das an dem letzteren Tage bekannt gemachte Verzeichniß Bezug genommen, welches bei den Regierungs-Hauptkassen, den Kreis-, den Steuer- und den Forstämtern, den Rämtern und anderen Communalstellen, sowie auf den Büreaus der Landräthe, Magistrate und Domänen-Verwalter zur Einsicht offen liegt.

Berlin, den 11. December 1862.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.

Verordnungen und Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

(985) Die Bernische Stiftung in Mansfeld betr.

Der Herr Rentier **Bernicke** zu Berlin hat seiner Vaterstadt Mansfeld zur Gründung einer unter dem Namen „Bernische Stiftung“ ins Leben zu rufen, zur Aufnahme und Unterstützung alter und würdiger Wittwen der Stadt Mansfeld bestimmten Stiftung eine aus einem Wohnhause nebst Zubehör und einem Capital von 200 Thalern bestehende Schenkung gemacht.

Es ist uns eine angenehme Pflicht, diesen Beweis rühmlicher Wohlthätigkeit zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Merseburg, den 14. December 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(986) Die Veränderungen der Arzneikasse für 1863 betr.

Das Königliche Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten hat die mit dem 1. Januar 1863 in Kraft tretenden Arzneikasse-Veränderungen zusammenstellen und abdrucken lassen. Druckexemplare dieser Veränderungen sind zu dem Preise von 2 Sgr. durch alle inländische Buchhandlungen zu beziehen.

Merseburg, den 22. December 1862.

Königliche Regierung, Abtheilung des Innern.

(1987) Verleihung eines Braunkohlen-Bergwerks.

Durch Urkunde von heute ist das Braunkohlen-Bergwerk Carl Robert bei Teutschenthal im Mansfelder Seekreise, Bergrevier nördlich Eisleben, mit Fundgrube und 44 $\frac{1}{2}$ Maassen gewierten Feldes an den Grubendirektor Robert **Hoffmann** zu Halle und den Fabrikbesitzer Carl Bauermeister zu Bitterfeld verlehnt worden. Halle a. d. S., den 3. December 1862. Königlich Ober-Bergamt.

(1988) Die Auszahlung der endgültigen Quittungen über die an die Provinzial-Rentenbank eingezahlten Ablosungs-Capitalien betr.

Die von uns bescheinigten Quittungen unserer Rentenbankkasse über die zum 30 September d. J. gekündigten und eingezahlten Ablosungs-Capitalien sind den zuständigen Königlich Kreisassen zugefertigt worden mit dem Auftrage, dieselben den Empfangsberechtigten gegen Rückgabe der Interims-Quittungen, unter welchen der Empfang der endgültigen Quittungen bescheinigt sein muß, auszuhandigen.

Wir benachrichtigen hiervon die Interessenten mit der Aufforderung, die gedachten Quittungen bei der betreffenden Kreisasse spätestens bis zum 1. Februar t. J. zur Vermeidung der sonst nöthig werden den Insumation der Quittungen und Rückforderung der Interims-Quittungen sowie der ihnen daraus erwachsenden Kosten in Empfang zu nehmen.

Magdeburg, den 5. December 1862.

Königliche Direction der Rentenbank für die Provinz Sachsen.

(1989) Ermäßigung des Preises der Viehschlachtheine vom 1. Januar 1863 ab.

Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 11. December 1861 bringe ich hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß mit dem 1. Januar 1863 eine Ermäßigung des Preises der Tonne Viehschlachtheine um 2 Sgr. eintritt, so daß dieselben an der Fabricationsstelle zu Staßfurt vom gedachten Zeitpunkte ab für 1 Thlr. 18 Sgr. pro Tonne, und mit entsprechender Preisherabsetzung pro Tonne und pro Stück auch bei allen anderen Verkaufsstellen der Provinz Sachsen zu beziehen sind.

Magdeburg, den 17. December 1862.

Der Geheim Ober-Finanzrath und Provinzial-Steuerdirector. v. Jordan.

Bekanntmachungen anderer Behörden.

(1990) Ausgeloste Kriegsschuldscheine der Stadt Torgau.

Von den planmäßig zu amortisirenden Kriegsschuldscheinen hiesiger Stadt sind pro 1862 folgende Nummern ausgelost worden:

- 1) Lit. A. Nr. 12. 57. 77. 81. 88. 105. 107. 124. 186. 230. 246. 277. 290. 378. 398. 431. 447.
501. 594. 623. 677. = 21 Stück à 100 Thl.,
- 2) Lit. B. Nr. 29 b. 91 a. 110 b. 134 b. = 4 Stück à 50 Thlr.

Indem wir diese Obligationen hiermit kündigen, fordern wir deren Inhaber auf, die Valuta nebst fälligen Zinsen gegen Rückgabe der Scheine und Coupons am 1. Juli 1863 bei unserer Stadthauptkasse in Empfang zu nehmen, wobei wir bemerken, daß eine Verzinsung nur bis zu dem gedachten Termine stattfindet. Torgau, den 14. December 1862. Der Magistrat.

(1991) Ausgeloste Kreisobligationen des Mansfelder Seekreises vom Jahre 1856.

Bei der am 29. v. M. bewirkten Auslosung von 2350 Thlr. Kreisobligationen des Mansfelder Seekreises vom Jahre 1856 sind folgende Nummern gezogen worden:

- Lit. A. à 1000 Thlr. Nr. 45,
- B. à 500 Thlr. Nr. 76,
- C. à 200 Thlr. Nr. 119,
- D. à 100 Thlr. Nr. 288. 340. 351. und 377,
- E. à 25 Thlr. Nr. 93. 142. 168. 247. 272. 316. 338. 379. 381. und 480.

Den Besitzern dieser Obligationen werden die Capitalbeträge zur baaren Rückzahlung am 1. Juli 1863 hierdurch mit dem Bemerken gekündigt, daß solche vom gedachten Tage ab bei der Kreis-Cassauffbauleihe zu Eisleben gegen Rückgabe der Obligationen, sowie der dazu gehörigen Zinscoupons Ser. II. Nr. 2. bis 10. nebst Talons, erhoben werden können und mit diesem Tage die Verzinsung aufhört, weshalb auch für jeden etwa fehlenden unentgeltlich abzuliefernden Coupon der Betrag der Zinsen vom Capital gekürzt werden wird. Eisleben, den 8. December 1862.

Die ständische Commission für den Cassaufbau im Mansfelder Seekreise.

Hypothekensachen.

(992) Die Hypothekentabelle über eine in Schweiniger Hfur belegene, dem Lobgerbermeister August Pfäumer zu Jessen zugehörige sogenannte Morgenwiese von 3 Morgen 2 Q Ruthen, Planstück Nr. 113. Sect. II. der Karte, ist fertig und kann innerhalb 2 Monate, von den ersten 8 Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatte abgerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Einwendungen dagegen nicht weiter zulässig.

Schweinich, den 12. October 1862.

(993) Die Hypotheken-Tabelle über das im Dorfe Eisberg am Nr. 20 belegene Hirtenhaus nebst Hof, Stall und ein Fleck Garten, welches die Gemeinde Eisberg zu 1 und die Gemeinde Ritterode zu 2 besitzt, ist fertig und kann innerhalb 8 Wochen vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung in unserer Registratur eingesehen und Erinnerungen dagegen angebracht werden. Nach Ablauf dieser Frist werden etwaige Erinnerungen lediglich nach dem Allgemeinen Gerichts- und Hypotheken-Ordnung beurtheilt.

Gettsiedt, den 17. October 1862.

(994) Die in unserer Bekanntmachung Nr. 555. des 28. Stücks des Amtsblattes pro 1862 beschriebene Hypothekentabelle über das der Gemeinde Samma gehörige, jetzt theilweise von Andreas Stüger daselbst verkaufte Schäfererhaus ist in das Hypothekenbuch übertragen und der Erwerb neuer Hypothekenrechte an diesem Grundstücke lediglich nach den allgemein geltenden Vorschriften hinsichtlich zu beurtheilen.

Heringen, den 18. October 1862.

(995) Die von uns unterm 25. Januar c. in dem 4. Stük dieses Amtsblattes pro 1862 bekannt gemachten Tabellen sind in die Hypothekenbücher übertragen. Der Erwerb neuer Hypothekenrechte an den übertragenen Grundstücken ist von nun an lediglich nach den allgemeinen Landesgesetzen zu beurtheilen.

Wiehe, den 31. October 1862.

(996) Die im 31. Stük des Amtsblattes der Königlichen Regierung zu Merseburg vom Jahre 1862 unter der laufenden Nummer 598 bekannt gemachte Hypothekentabelle über das dem Christian August Voigt zu Britzitz gehörige Grundstück in der Hfur Kloster, als: ein Flecken Wiese, 9 Q Ruthen haltend, im Grunde Nr. 709 des Hfurbuchs, ist in das Hypothekenbuch übertragen worden, und wird nun der Erwerb neuer Hypothekenrechte an dem gedachten Grundstück, lediglich nach den Vorschriften des Allgemeinen Landrechts, der Allgemeinen Gerichtsordnung und der Hypothekenordnung beurtheilt.

Raumburg, den 18. October 1862.

(997) Die Hypothekentabelle über das laut Attestes des Königlichen Provinzial-Schulcollegiums vom 17. October 1862 seit länger als 44 Jahren im Besitz der Königlichen Landesschule Pforta gewesene und von der letzteren laut des unterm 17. October 1862 bestätigten Kaufvertrags vom 5. October 1862 an den Zimmermeister August Strube zu Kösen verkaufte Grundstück, bestehend aus der an der südlichen Seite der Siedelstraße zu Kösen belegenen Baualle mit den darauf befindlichen Gebäulichkeiten, ist fertig und kann innerhalb zweier Monate, von den ersten acht Tagen des Abdrucks dieser Bekanntmachung im Amtsblatte ab gerechnet, in unserer Registratur eingesehen werden. Nach Ablauf dieser Frist sind Erinnerungen dagegen weiter nicht zulässig.

Raumburg, den 4. November 1862.

(998) Die Hypothekentabellen über folgende der Gemeinde Schwenda gehörig gewesene und an drei verschiedene daige Einwohner verkaufte Grundstücke, als:

a) 10 Q Ruthen Gemeindeganger südlich auf der Spitze des Talschenberges, b) 10 Q Ruthen Gemeindeganger westlich neben der Fahrstraße, c) 10 Q Ruthen vom Gemeindeganger östlich neben der Fahrstraße über dem Talschenberge,

welche jetzt mit Häusern bebaut, sind fertig und können innerhalb zwei Monaten vom achten Tage nach dem Erscheinen dieser Bekanntmachung eingesehen werden. Etmalige Ansprüche sind innerhalb dieser Frist anzubringen und können, wenn sie später angemeldet werden, nicht weiter berücksichtigt werden.

Stolberg, den 3. November 1862.

(999) Die Tabelle über das Wohnhaus mit Scheune, Schweinefahl und Garten Nr. 36. und 37. des Brandtalters von Schönefeld, welches die Hüfner- und Rosstäthengemeinde zu Schönefeld seit länger als redtverjährter Zeit im ruhigen und ungestörten Besitz gehabt und welche Realitäten letztere mittelst Vertrags vom 10. Mai c. an den Schaafmeister Johann Friedrich Rettig zu Schönefeld verkauft hat, ist entworfen und kann in unserm I. Bureau vom 3. Januar bis 3. März t. J. eingesehen werden. Spätere Einwendungen sind unzulässig.

Wittenberg, den 7. November 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

(1000) Die Hypothekentabellen über die in der Flur Gßrig im IV. Gewende unter Nr. 13. 14. und 15. des Flurbuchs belegenden 3 sogenannten Stummeln, von welchen die erste Johann Andreas Leithold zu Barnstett als Inhaber des 1 Aders IV. Nr. 105. Flur Gßrig, die zweite die verheirathete Rosine Christine Loth geborne Ehrig zu Gßrig als Inhaber des 1 Aders IV. Nr. 108. und die dritte die verheir. Auguste Wilhelmine Gänlich geborne Behndorf daselbst als Inhaber des 1 Aders IV. Nr. 110. besitzen, sind fertig und können von den Interessenten binnen 2 Monaten in unserm Hypothekenbureau eingesehen werden. Späterhin sind Erinnerungen dagegen nicht mehr zulässig.

Quersfurt, den 16. November 1862.

Königliches Kreisgericht, II. Abtheilung.

Patente für Kunstfindungen betr.

(1001) Dem Ingenieur **Kayser** in Breslau ist unter dem 5. December 1862 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen, in seiner ganzen Zusammenlegung als neu und eigenthümlich erkannten Wasserkrahn für Eisenbahnen, ohne Jemand in der Anwendung bekannter Theile zu beschränken, auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

(1002) Den Herren **Emil Lauffer** und **Fritz Lauffer** (Firma Emil Lauffer u. Comp.) in Verfen ist unter dem 6. December 1862 ein Patent auf eine nach der vorgelegten Zeichnung und Beschreibung für neu und eigenthümlich erachtete Vorrichtung zum Pressen von Strohhüten auf fünf Jahre, von jenem Tage an gerechnet, und für den Umfang des Preussischen Staates ertheilt worden.

Personal-Chronik.

(1003) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Hohenmöllen in der Diöces Weiskensfeld ist dem bisherigen Superintendenten und Oberpfarrer in Liebenwerda, **Friedrich August Müller** verliehen worden.

(1004) Durch Verlegung des Pfarrers **Glöckner** zu Greiskfeld ist das dortige Pfarramt zur Erledigung gekommen, über dessen Wiederbesetzung jedoch schon Beschuß gefaßt ist.

(1005) Die erledigte evangelische Diaconatsstelle an St. Benedict in Quedlinburg in der Diöces Quedlinburg ist dem bisherigen Pfarrer in Schmiedefeld, Diöces Schleusingen, **Anton Albert Friedrich Justus Schmidt**, verliehen worden.

(1006) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Walbeck in der Diöces Weiskensfeld ist dem bisherigen zweiten Prediger in Calbe a. M., Diöces Elbige, **Rudolph Moritz Anauth** verliehen worden.

(1007) Die unter königlichem Patronate stehende Pfarrstelle am Peterberge bei Ha'e ist durch die Verlegung des Pfarrers **Wichmann** vacant geworden. Der Nachfolger des Letzteren ist bereits ernannt.

(1008) Die unter königl. Patronate stehende Pfarrstelle in Klein-Katina mit dem Filiale Groß-Katina in der Diöces Weiskensfeld ist durch die Verlegung des Pfarrers **Weilepp** vacant geworden. Das Einkommen der Stelle, mit welcher 2 Kirchen und 2 Schulen verbunden sind, beträgt excl. Wohnung 763 Thlr.

(1009) Durch die Beförderung ihres bisherigen Inhabers ist die Diaconatsstelle zu Osterburg und die mit derselben zur Zeit noch combinirte Pfarrstelle zu Düsselau, von welcher die erste Private-Patronatsstelle ist, vacant geworden. Der Gesamtvertrag beider Stellen beläuft sich nach Abzug des Ruhestandsgehalts des emeritirten Pfarrers Curdes auf 648 Thlr.

(1010) Zu der erledigten evangelischen Pfarrstelle zu Cassel und Algenstedt in der Diöces Gardelegen ist der bisherige Hülfsprediger und Gymnasiallehrer **Beelis** in Stendal ernannt und befristet worden.

(1011) Die erledigte evangelische Küsterstelle an der Kirche in Helldungen ist dem zweiten Mädchenlehrer daselbst **Gustav Ernst Jacob Weise** übertragen worden.

(1012) Die erledigte evangelische Pfarrstelle zu Schneidlingen in der Diöces Achersleben ist dem bisherigen Pfarrer in Wilsleben, Superintendentur-Bicar Carl Hermann **Waltzer Topp**, verliehen worden.

(1013) An Stelle des Bürgermeisters a. D. Blumenau in Liebenwerda ist der Bürgermeister **Bor-mann** daselbst zum Vorstehenden der Prüfungs-Commission für Baubandwerker in Liebenwerda und zum Stellvertreter desselben der Senator **Albert Müller** daselbst ernannt worden.

(1014) Der Candidat der Feldmesskunst **Friedrich Carl Heinrich Voigtgast** ist zum Feldmesser ernannt und als solcher vereidigt worden.

(1015) Der Kreisrichter **Ehrenberg** in Mählsberg ist gestorben.

Der Kreisrichter **Manifus** in Mählsberg ist an das Kreisgericht zu Quersfurt versetzt.

Der Gerichts-Assessor **Lippmann** ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Greifenberg mit der Function bei der Gerichts-Deputation in Labes und der Referendar **Saaf** zum Gerichts-Assessor ernannt. Der Referendar **Sickel**, bisher bei dem Appellationsgericht zu Magdeburg, ist in das Departement Raumburg übergetreten, der Aufcultator **Vollmann** zum Referendar befördert und der Rechtscandidate **v. Hohn** und **Vonienkist** zum Aufcultator angenommen.

Der Kreisgerichts-Secretair und Hülf Richter **Wachtel** bei der Gerichts-Commission zu Edartsberga ist in Folge seiner Ernennung zum Bürgermeister in Lützen aus dem Justizdienste entlassen.

Der Kreisgerichts-Secretair **Deyer** in Seyda in an das Kreisgericht zu Liebenwerda und der Kreisgerichts-Secretair **Ischüßner** in Prettin an das Kreisgericht zu Torgau verlegt.

Der Bureau-Assistent **Dehne** in Bitterfeld ist zum Secretair bei dem Kreisgericht in Torgau mit der Function bei der Gerichts-Commission in Prettin, und der Bureau-Assistent **Diebiche** in Delitzsch zum Secretair bei dem Kreisgericht in Wittenberg mit der Function bei der Gerichts-Commission in Seyda ernannt.

Als Bureau-Assistenten sind angestellt: die Bureau-Diätarien **Schulze** in Zeitz und **Gebicke** in Sangerhausen bei dem Kreisgericht zu Delitzsch, letzterer mit der Function bei den Gerichts-Commissionen in Bitterfeld.

Nachdem die Verlegung des Wohnsitzes des Staatsanwalts von Eilenburg nach Delitzsch genehmigt worden ist, wird derselbe von da aus die Geschäfte bei dem Kreisgericht zu Eilenburg mit besorgen.

(1016) Im Torgauer Kreise sind zu Schiedsmännern resp. Stellvertretern gewählt und verpflichtet worden:

für den I. Bezirk: der bisherige Schiedsmann, Rittergutsbesitzer **v. Kirchenpauer** auf Löbnig zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Schneider** in Schirmenitz zum Stellvertreter;

für den II. Bezirk: der bisherige Schiedsmann, Amtmann **Klingemann** in Delitzsch zum Schiedsmann, der bisherige Stellvertreter, Oekonomie-Inspector **Schneider** in Dröschkau zum Stellvertreter;

für den III. Bezirk: der Ortsrichter **Kosberg** in Beckwitz zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Elschner** in Taura zum Stellvertreter;

für den VI. Bezirk: der Ortsrichter **Hempel** in Klitzschen zum Stellvertreter;

für den VIII. Bezirk: der bisherige Schiedsmann, Rittergutsbesitzer **Grobe** auf Roitzsch zum Schiedsmann, der Gutsbesitzer **Wendt** in Pressel zum Stellvertreter;

für den IX. Bezirk: der bisherige Schiedsmann, Gutsbesitzer **Wesfe** jun. in Rodtitz zum Schiedsmann, der bisherige Stellvertreter, Gutsbesitzer und Ortsrichter **Wesfe** sen. daselbst zum Stellvertreter;

für den X. Bezirk: der bisherige Schiedsmann, Gutsbesitzer und Hauptmann a. D. **Preß** in Göllitzsch zum Schiedsmann, der bisherige Stellvertreter, Rittergutsbesitzer **Winkler** auf Ottersitz zum Stellvertreter;

für den XI. Bezirk: der bisherige Schiedsmann, Gutsbesitzer **Jähnigen** in Zischkau zum Schiedsmann, der bisherige Stellvertreter, Erbrichter **Graf** in Zweisau zum Stellvertreter;

für den XII. Bezirk: der Erbrichter **Heinrich** in Wölfnen zum Schiedsmann, der Ortsrichter **Nicolai** in Debern zum Stellvertreter;

für den XIV. Bezirk: der bisherige Schiedsmann, Pastor **Sundertmark** in Großtreben zum Schiedsmann, der bisherige Stellvertreter, Rittergutsbesitzer **Delius** auf Großtreben zum Stellvertreter.

(1017) Für den 2. Landbezirk des Querfurter Kreises ist der Kirchenrentant **Roch** in Unterfarnstedt zum Stellvertreter des Schiedsmanns gewählt und verpflichtet worden.

(1018) Für die Stadt Remberg ist der Kaufmann **Voigt** zum Schiedsmann und der Kaufmann **Sayner** zum Stellvertreter desselben gewählt und verpflichtet worden.

(1019) Dem Geheimen Justiz- und Appellationsgerichtsrath **Lenze** zu Halberstadt ist mittelst Allerhöchster Ordre vom 28. October d. J. zu seinem Amtsjubiläum der rote Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub und mit dem Abzeichen für fünfzigjährige Dienste verliehen.

(1020) Dem Kasernen-Inspector **Bielke** in Weiskensfeld ist die Vorstandsstelle bei der 2. Garnison-Verwaltungs-Inspection in Berlin und die Wahrnehmung der Garnison-Verwaltungsgeheäfte in Weiskensfeld dem Kasernen-Inspector **Gruch** in Berlin vom 1. Januar l. J. ab übertragen worden.

(1021) Befördert: der Steuerreceptor **Trescher** in Wettin zum Hauptamts-Assistenten in Stendal; der berittene Steueraufseher **Naasch** in Magdeburg zum Steuereinnnehmer in Lauscha; der Thormärter **Thiele** in Merseburg zum Thorcontrolleur in Zeitz.

Berufen: der berittene Steueraufseher **Schönekerl** von Halle nach Duedlinburg; der berittene Steueraufseher **Schlüter** von Weiskensfeld nach Halle; der berittene Steueraufseher **Hiller** von Zeitz nach Weiskensfeld; der berittene Steueraufseher **Hense** von Merseburg nach Liebenwerda; der berittene Steueraufseher **Klapproth** von Liebenwerda nach Merseburg; der berittene Steueraufseher **Föst** von Debitfeld nach Torgau; der Steueraufseher **Hildebrandt** von Annaburg als berittener Steueraufseher nach Ortrand; der Steueraufseher **Jacob** von Magdeburg als berittener Steueraufseher nach Zeitz; der Steueraufseher **Holzweißig** von Arneburg nach Annaburg; der Steueraufseher **Grünwald** von Zeitz nach Arneburg; der Steueraufseher **Bölsche** von Zeitz nach Magdeburg; der Steueraufseher **Kuthe** von Schwittersdorf nach Zeitz; der Steueraufseher **Bollmer** von Gernisch nach Schwittersdorf; der Steueraufseher **Tittel** von Weiskensfeld nach Magdeburg; der Steueraufseher **Baumgart** von Nutrena nach Weiskensfeld; der Steueraufseher **Ender** von Gernisch nach Nutrena.

Neu angestellt: der invalide Vicefeldwebel **Freund** von Mühlhausen als Steueraufseher in Zeitz; der pensionirte Gensdarm **Böhnisch** von Kofla commissariisch als Chauffeergeber in Eigenrieden; der pensionirte Gensdarm **Weser** von Neustadt-Magdeburg als Chauffeergeber in Drosdorf; der pensionirte Gensdarm **Weyer** von Weiskensfeld als Thormärter in Merseburg.

(1022) Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den Bureau-Vorsteher bei der Königlich-provinzial-Steuerdirection zu Magdeburg, bisherigen Geheimen Secretair **Schliebs** zum Kanzleirath zu ernennen.

(1023) Preussische Renten-Versicherungsanstalt.

Die unterzeichnete Direction bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß in den Monaten Januar und Februar 1863 die Zahlung der für das Jahr 1862 fälligen Renten von den vollständigen Einlagen der Jahresgesellschaften 1839 bis einschließlich 1861 sowohl hier bei unserer Hauptkasse (Kochstraße Nr. 59.), als bei den sämtlichen Agenturen nach Bestimmung des §. 26. der revidirten Statuten und nach folgenden Sätzen stattfinden wird.

| Bei der Jahres-Gesellschaft | in Klasse | | | | | |
|-----------------------------|-----------|--------|--------|--------|---------|---------|
| | I. | II. | III. | IV. | V. | VI. |
| 1839 | 4 13 6 | 5 5 6 | 5 29 6 | 7 17 6 | 12 4 4 | 25 5 4 |
| 1840 | 4 9 6 | 5 1 6 | 5 21 6 | 6 17 6 | 10 14 4 | 28 16 4 |
| 1841 | 4 9 6 | 4 29 6 | 5 15 6 | 6 14 4 | 8 1 6 | 24 10 4 |
| 1842 | 4 9 6 | 5 1 7 | 5 16 6 | 6 17 6 | 9 10 4 | 22 2 6 |
| 1843 | 4 11 6 | 4 28 6 | 5 17 6 | 6 21 6 | 9 25 6 | 26 18 4 |
| 1844 | 4 16 6 | 5 1 6 | 5 21 6 | 6 15 6 | 16 5 6 | |
| 1845 | 4 5 6 | 4 19 5 | 5 6 6 | 6 7 24 | | |
| 1846 | 4 1 6 | 4 14 6 | 4 29 6 | 6 1 6 | 7 25 6 | |
| 1847 | 4 3 6 | 4 21 6 | 5 7 6 | 5 24 6 | 7 6 6 | |
| 1848 | 4 3 6 | 4 15 6 | 5 7 6 | 6 4 12 | 5 6 6 | |
| 1849 | 4 2 6 | 4 28 6 | 4 27 6 | 6 1 6 | 8 3 6 | |
| 1850 | 4 2 6 | 4 17 6 | 4 24 6 | 5 9 8 | 13 13 6 | |
| 1851 | 4 1 6 | 4 21 6 | 4 28 6 | 5 5 6 | 6 12 6 | |
| 1852 | 4 1 6 | 4 15 6 | 5 8 6 | 6 28 6 | 6 13 6 | |
| 1853 | 4 3 6 | 4 14 6 | 4 24 6 | 5 13 7 | 1 1 6 | |
| 1854 | 4 2 6 | 4 13 6 | 5 1 6 | 5 7 5 | 24 8 6 | |
| 1855 | 4 3 6 | 4 17 6 | 4 21 6 | 5 6 6 | 6 18 6 | |
| 1856 | 4 1 6 | 4 9 6 | 4 19 6 | 5 14 5 | 22 6 6 | |
| 1857 | 4 1 6 | 4 15 6 | 4 21 6 | 5 8 5 | 13 6 6 | |
| 1858 | 4 1 6 | 4 7 6 | 4 19 6 | 5 6 5 | 12 6 6 | |
| 1859 | 4 1 6 | 4 11 6 | 4 25 6 | 5 10 5 | 13 6 6 | |
| 1860 | 3 26 4 | 4 7 4 | 4 19 6 | 5 6 5 | 12 6 6 | |
| 1861 | 3 10 4 | 3 10 4 | 3 20 4 | 4 10 4 | | |

Die fälligen Rentencoupons sind mit einem auf der Rückseite eingeschriebenen Lebensatteste zu versehen. Bei mehreren Coupons, auf eine Person lautend, ist das Lebensattest nur auf einem nöthig. Zur Ausstellung des Attestes berechtigt ist jeder, der ein öffentliches Siegel führt und muß dasselbe beigebrucht, auch der Amtscharakter des Ausstellers angemerkt werden. Nach §. 28. der Statuten verfallen Coupons, wenn sie nicht binnen vier Jahren nach der Fälligkeit abgegeben werden.

Berlin, den 20. November 1862.

Direction der Preussischen Renten-Versicherungsanstalt.

Bei Gelegenheit der vorstehenden Bekanntmachung erlauben wir uns auf die Vorteile, welche diese Anstalt bietet, aufmerksam zu machen. Die Anstalt bezweckt hauptsächlich die Fürsorge für das höhere Alter und sichert den Theilnehmern eine steigende lebenslängliche Jahresrente, welche den Betrag von 150 Thlr. für die einzelne Einlage erreichen kann und für eine erhebliche Anzahl von Einlagen erreichen muß, wie der diesjährige Rechenschaftsbericht das Nähere nachweist.

Der Betrag einer vollständigen Einlage ist 100 Thlr. Es ist indessen auch gestattet, unvollständige Einlagen von 10 Thlr. ab zu machen, welche entweder durch halbjährige Nachtragszahlungen in vollen Theilern und durch den Zutritt der Theilrente, oder auch lediglich durch diese letztere allein, vervollständigt werden können und dann mit den ursprünglich vollständigen Einlagen gleiche Rechte haben. Im Falle des Todes oder der Auswanderung eines Mitgliedes wird bei unvollständigen Einlagen die ganze eingezahlte Summe zurückerstattet, bei vollständigen Einlagen nur der Betrag, der aus der Anstalt bezogenen Renten in Abzug gebracht.

Die Statuten, Rechenschaftsberichte, sowie die Prospekte, welche den Nutzen einer Theilnehmung bei der Anstalt, sei es in den Jahren der Jugend, sei es im vorgeschrittenen Lebensalter, ausführlich darlegen, können bei uns unentgeltlich in Empfang genommen werden. Jede weitere wünschenswerthe Auskunft zu erteilen, sowie Meldungen zum Beitritt und Einzahlungen in Empfang zu nehmen und zur Zahlung der fälligen Renten sind wir jeberzeit bereit.

Gasse a. d. S., den 4. December 1862.

Haupt-Agent Barnitzon.

Agenturen:

Artern, Hr. Fr. Hendel, Kaufmann.
 Ballenstedt, Hr. J. Simon, Kaufmann.
 Bernburg, Hr. Gustav Stollberg, Kaufmann.
 Bitterfeld, Hr. Peter Kddel.
 Cölleda, Hr. Krauth, Rentant zu Schloß Weichlingen.
 Cönnern, Hrn. W. Eckhorn und Gottfr. Raundorf, Kaufleute (Firma: W. Eckhorn und Co.).
 Cöthen, Hr. J. G. Zeising, Kaufmann, Haupt-Agent für das Herzogthum Anhalt-Deßau-Cöthen.
 Delitzsch, Hr. F. Aug. Rathmann (Firma: Starkloff u. Rathmann), Kaufmann.
 Dessau, Hr. Th. Mohr, Kaufmann.
 Düben, Hr. E. Jänichen jun., Kaufmann.
 Edartsberga, Hr. J. G. Hæder, Kaufmann.

Eilenburg, Hr. A. Jrmisch, Kaufmann.
 Eisleben, Hr. A. L. Gieseke, Apotheker.
 Hettstedt, Hr. Dammann, Magistrats-Ässessor.
 Lützen, Hr. C. A. Goldberg, Kaufmann.
 Merseburg, Hr. L. Meißner, Kaufmann.
 Raumburg, Hr. Müller, Kaufmann (Firma: Geisler und Co.).
 Duerfurt, Hr. G. D. W. Höfer, Kaufmann.
 Sangerhausen, Hr. Ferd. Burghardt, Kaufmann.
 Torgau, Hr. J. C. Jahn, Kaufmann.
 Weißenfels, Hr. E. L. Zidmannelt, Kaufmann.
 Wiehe, Hr. C. A. Knorr, Kaufmann.
 Wittenberg, Hr. M. H. Werker, Kaufmann.
 Zeitz, Hr. C. A. Rothe (Firma: C. E. Rothe u. Sohn).

(1024) Preussische Renten-Versicherungsanstalt, Ausgabe neuer Coupons für die Jahre 1863/72.

Mit dem Ablauf des Jahres 1862 sind die den Rentenverschreibungen für die Jahresgesellschaften 1842 und 1852 beigegebenen Coupons verbraucht und es sollen nunmehr in Gemäßheit des §. 27. der Statuten neue Coupons und zwar für die nächsten zehn Jahre pro 1863/72 ausgegeben werden.

Die Inhaber von Rentenverschreibungen der Jahresgesellschaften 1842 und 1852 fordern wir deshalb auf, ihre Rentenverschreibungen bei den betreffenden Haupt- oder Special-Agenten der Anstalt, oder bei unserer Hauptkassse in Berlin (Mohrenstraße Nr. 59.) gegen Empfangsbescheinigung einzureichen und demnächst innerhalb dreier Monate mit den neuen Coupons gegen Zurückerlieferung der mit Quittung zu versehenen Verschreibung wieder in Empfang zu nehmen.

Sollte die Zustellung der neuen Coupons durch die betreffenden Agenten binnen drei Monaten, von der Einlieferung der Rentenverschreibungen an gerechnet, nicht erfolgen, so liegt es den Interessenten ob, hiervon binnen weiteren vier Wochen der unterzeichneten Direction Anzeige zu machen, widrigenfalls die Interessenten sich etwa entstehende Nachtheile und Verzögerungen selbst auszusprechen haben.

Berlin, den 1. December 1862. Direction der Preussischen Renten-Versicherungsanstalt.

(1028) Bitte an die Herren Kirchenbuchführer.

Sämmtliche Herren Prediger und resp. Führer der Kirchenbücher im Merseburger Reg. Bez. werden ergebenst ersucht, über die Geburt und Taufe eines gewissen Benjamin und Johann Friedrich Weise, welche am Ende des 17. und am Anfange des 18. Jahrhunderts in der Gegend von Raumburg und Frankfurt a. d. O. gelebt haben, gegen **ansehnliches** Donotar für ihre Bemühung an die unterzeichnete Adresse baldgefälligst und unfr. Nachricht zu ertheilen.

Domnitzsch a. d. E. Post. rest.

F. D. P.



Hierzu ein Verzeichniß der am 11. December 1862 gezogenen Schulverschreibungen, zu Nr. 984. gehörig.

Redigirt im Amtsblatt-Bureau der Königl. Regierung.
Gedruckt bei Carl Jurt in Merseburg.

(Insertionsgebühren für den Raum einer gewöhnlichen Druckzeile 4 Sgr. und für
Bezugsblätter pro Bogen 1 Sgr.)



